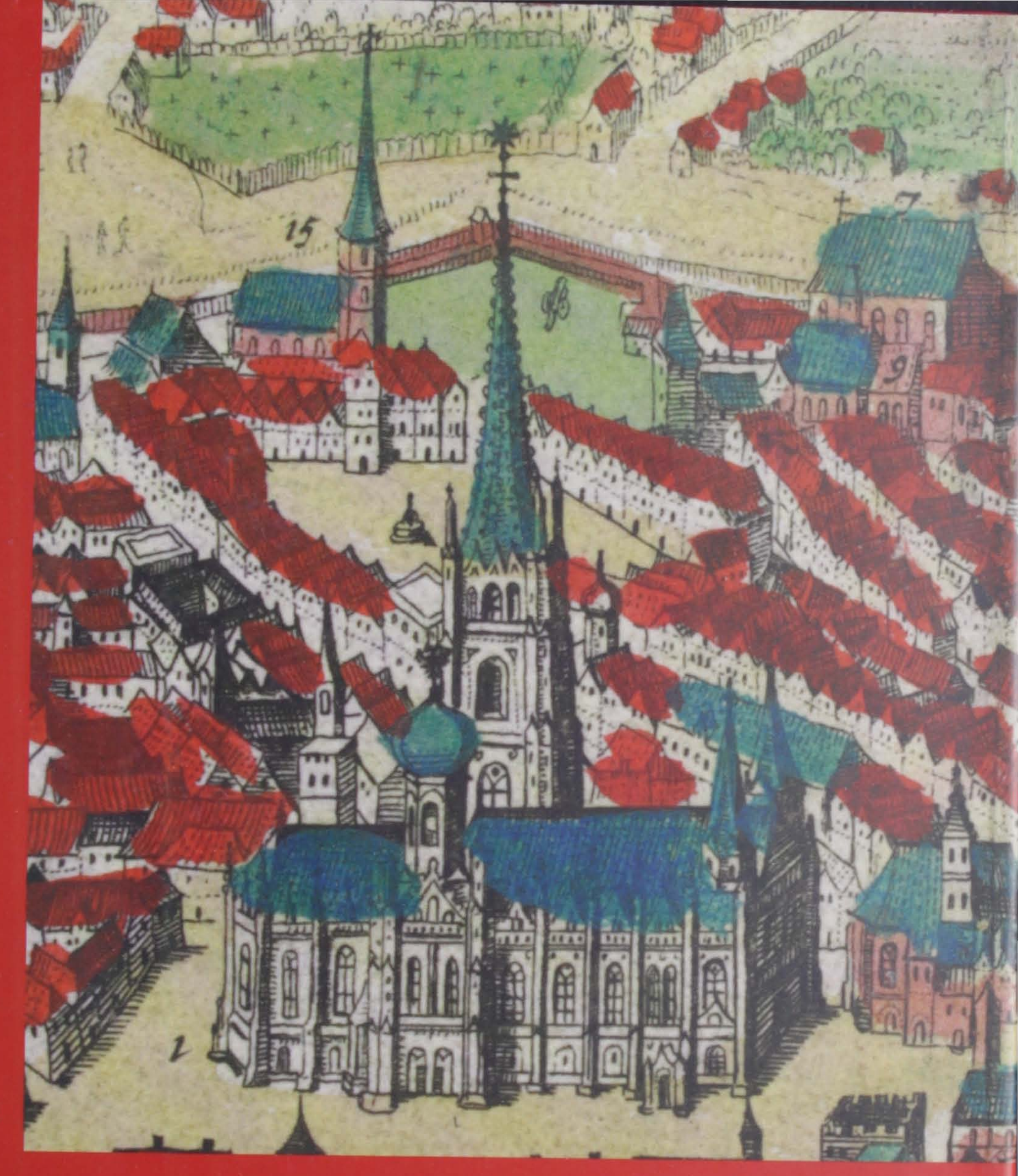


Band 2

Herausgeber
Karl Vocelka und
Anita Traninger

Peter Csendes / Ferdinand Opll (Herausgeber)

Wien

Geschichte einer Stadt
Die frühneuzeitliche Residenz
(16. bis 18. Jahrhundert)

böhlau Wien

Herausgeber dieses Bandes:

Anita Traninger, Germanistin, Mitarbeiterin am Institut für die Wissenschaft vom Menschen

Karl Vocelka, Historiker, a.o. Univ.-Prof. am Institut für Geschichte/Institut für österreichische Geschichtsforschung, derzeit Vorstand des Instituts für Geschichte

Weitere AutorInnen:

Ulrike Denk, Historikerin, Mitarbeiterin am Projekt „Die Wiener Hofgesellschaft unter Leopold I."

Peter Eigner, Historiker, a.o. Univ.-Prof. am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Andreas Gugler, Historiker, freier Mitarbeiter für die Museen des Mobiliendepots Wien

Sabine Hödl, Historikerin, Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Juden in Österreich (St. Pölten)

Erich Landsteiner, Historiker, a.o. Univ.-Prof. am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Anita Mayer-Hirzberger, Musikwissenschaftlerin, Assistenzprofessorin am Institut für Theorie, Analyse und Geschichte der Musik an der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Josef Pauser, Rechtshistoriker, Bibliothekar an der Fakultätsbibliothek für Rechtswissenschaften

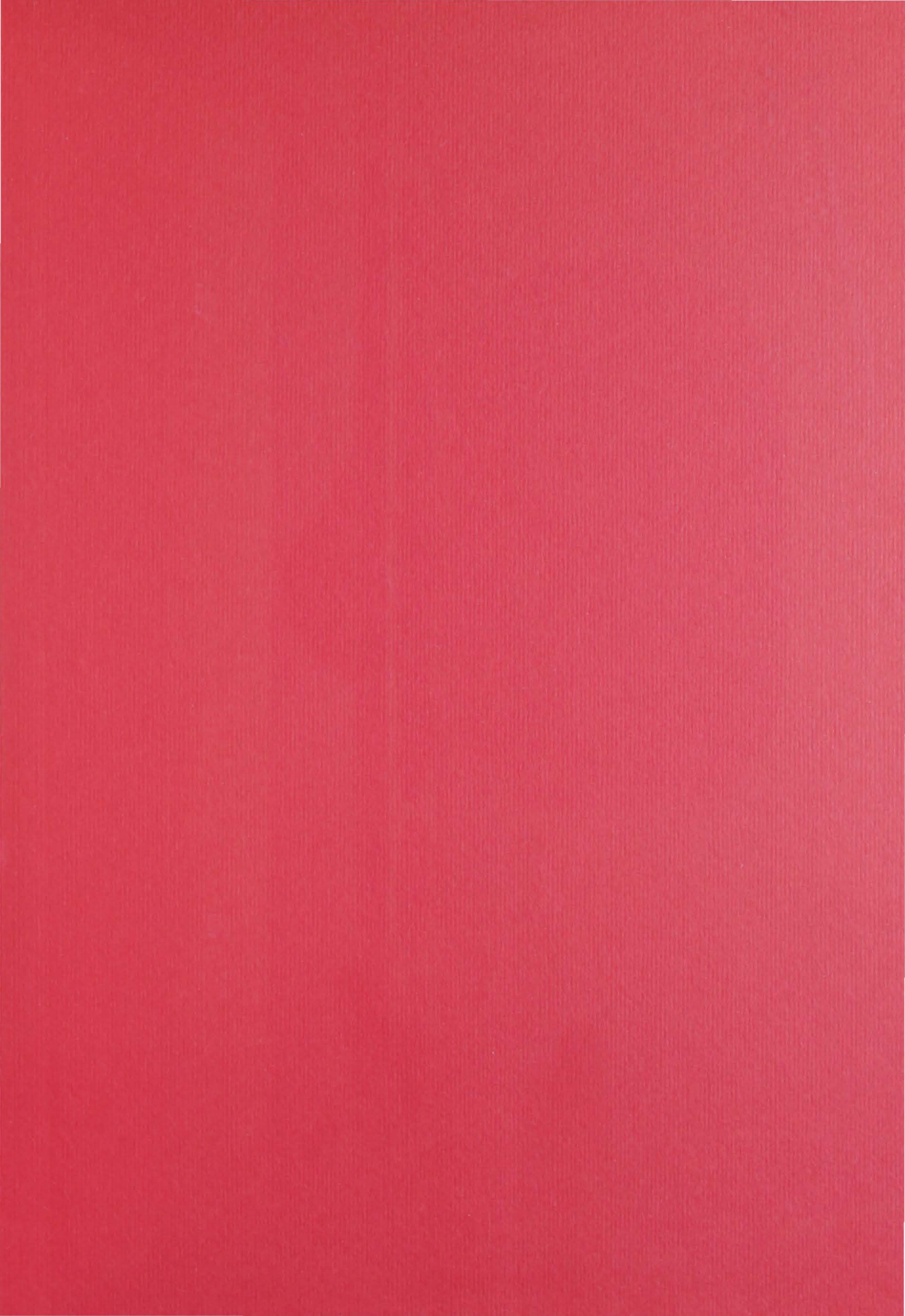
Susanne Pils, Historikerin, Mitarbeiterin am Wiener Stadt- und Landesarchiv

Friedrich Polleroß, Kunsthistoriker, Mitarbeiter am Institut für Kunstgeschichte

Andrea Sommer-Mathis, Theaterwissenschaftlerin, Mitarbeiterin am Österreichischen historischen Institut in Rom

Elisabeth Strömmer, Historikerin, Freischaffende

Andreas Weigl, Historiker, stellvertretender Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Wien, Dozent am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte





böhlau



Peter Csendes · Ferdinand Opll
(Herausgeber)

WIEN

GESCHICHTE EINER STADT

Band 2: Die frühneuzeitliche Residenz
(16. bis 18. Jahrhundert)
Herausgegeben von Karl Vocelka und Anita Traninger

Böhlau Verlag Wien · Köln · Weimar

Gedruckt mit Unterstützung durch den
Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

ISBN 3-205-99267-9

Umschlagabbildung: Ausschnitt aus: Jacob Hoefnagel, Wien (1609; in der Version des bei Janssonius 1657 in Amsterdam herausgebrachten Nachdrucks)

Umschlaggestaltung: Andreas Burghardt

Satz, Layout: Michael Rauscher, gesetzt in der Janson Text 10/13

http://www.boehlau.at

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefreiem Papier.

Druck: Imprint, Ljubljana

Inhalt

2. Der Mensch in seiner Umwelt

3. Wirtschaft und soziale Struktur



Vorwort

Mit großer Genugtuung legen die beiden Herausgeber des Gesamtwerks innerhalb des vorgesehenen Zeitraumes – genau zwei Jahre nach Erscheinen von Band 1 – nunmehr Band 2 der neuen großen Wiener Stadtgeschichte vor. Der zeitliche Rahmen, der von diesem Band abgedeckt wird, orientiert sich sowohl an grundlegenden Einschnitten in der städtischen Entwicklung Wiens, in diesem Fall der Ersten Wiener Türkenbelagerung des Jahres 1529 zum einen und der tief greifenden Magistratsreform Kaiser Josephs II. 1783 zum anderen, die zeitliche Gliederung steht allerdings auch in einem größeren, allgemeinen historischen Kontext. Die Zeitenwende des frühen 16. Jahrhunderts mit den sowohl geistes- wie auch religionsgeschichtlich so markanten Änderungen, ja regelrechten Brüchen, dem Umfeld von Humanismus und Reformation, kann hier als wohl überlegter Ausgangspunkt für eine neue Epoche der städtischen Geschichte Wiens gelten, zum anderen lassen sich auch für das endende 18. Jahrhundert mit seiner von der Aufklärung bestimmten Ideenwelt, seinem neuen Bewusstsein für Toleranz, der Abenddämmerung des Ancien Régime, dem Beginn großer verfassungsgeschichtlicher Revolutionen, in Sonderheit der Französischen Revolution, aber auch den wirtschaftlichen Umbrüchen im Gefolge der Industrialisierung zahlreiche Argumente anführen, just dort abermals einen Epochenwandel zu sehen.

Während an Band 1 des Werks insgesamt acht Autorinnen und Autoren Anteil hatten, hat sich die Zahl der MitarbeiterInnen nunmehr auf 14 beinahe verdoppelt. Dabei gilt der besondere Dank Herrn Kollegen Univ.-Prof. Dr. Karl Vocelka, dem Vorstand des Instituts für Geschichte an der Universität Wien und Motor der Forschungen zur Geschichte der Frühen Neuzeit, der es mit maßgeblicher Unterstützung von Frau Dr. Anita Traninger verstanden hat, ein besonders homogenes und in ausgesprochener Dynamik miteinander kooperierendes Team zu schaffen. Dass sich zuletzt ein Team ergeben hat, an dem zu jeweils 50 % Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Anteil haben, ist ein besonders schöner Zufall, wobei freilich zu unterstreichen ist, dass es nicht um ein Aufrechnen der Fähigkeiten von Fachfrauen oder Fachmännern gehen kann, sondern stets das Bestreben vorzuherrschen hat, die besten Fachleute für ein bestimmtes Thema im Team zusammenzuführen.

Dass dies mit Bravour gelungen ist, ergibt schon ein Blick in die vielschichtige Behandlung der hier im Mittelpunkt stehenden Epoche der Stadtgeschichte Wiens, wie sie sich bereits am Inhaltsverzeichnis – ohne noch wirklich tiefer in das Werk selbst ein- und vorzudringen – ablesen lässt.

Die Reihenherausgeber statten den Kolleginnen und Kollegen ihren tief empfundenen Dank für die Präzision und die umfassende Durchdringung des Stoffes ab, und dabei sind – neben den bereits gewürdigten beiden Bandherausgebern, Herrn Kollegen Vocelka und Frau Kollegin Traninger – in alphabetischer Reihenfolge zu nennen:

Mag. Ulrike Denk, Dr. Peter Eigner, Mag. Andreas Gugler, Dr. Sabine Hödl, Univ.-Prof. Dr. Erich Landsteiner, Dr. Anita Mayer-Hirzberger, Dr. Josef Pauser, Dr. Susanne Claudine Pils, Dr. Friedrich Polleroß, Dr. Andrea Sommer-Mathis, Dr. Elisabeth Strömmer und Univ.-Doz. Dr. Andreas Weigl. Ein spezieller Dank gilt auch dem langjährigen Lektor des Böhlau-Verlages, Herrn Dr. Robert Paula, der sich der Mühe des Mitlesens der Korrekturen unterzogen hat. Unserem Publikum, allen an der Geschichte dieser so faszinierenden Stadt Interessierten, dürfen wir einen neuen ansprechenden Band in die Hände legen.

Wien, im Sommer des Jahres 2003 — Peter Csendes – Ferdinand Opll

Die Stadt und die Herrscher

Man ist gewöhnt, Wien als die politisch zentrale und kulturell dominierende Stadt der Habsburgermonarchie (und natürlich auch der weiteren Entwicklung nach 1918) zu sehen. Doch das ist eine Perspektive, die sich erst im Lauf der Frühen Neuzeit ausgebildet hatte. Wien erlangte seine Bedeutung zweifellos in erster Linie als Residenzstadt. Die wirtschaftliche Kraft der Stadt war keineswegs mit anderen Großstädten Europas vergleichbar, doch das politische und kulturelle Gewicht einer überregionalen Dynastie, die mehr als dreihundert Jahre hindurch als Kaiser das Heilige Römische Reich beherrschte, gaben der Stadt ihr Prestige und ihren imperialen Glanz.

Der Hof als Zentrum der Stadt

Kulturelle und wirtschaftliche Faktoren der Hofhaltung prägten die Stadt entscheidend. Höfe der Frühen Neuzeit hatten ein unstillbares Repräsentationsbedürfnis, und manche Rivalität zwischen den Großmächten Europas wurde nicht bloß auf den Schlachtfeldern, sondern auch auf der symbolischen Ebene der Kunst und der herrscherlichen Grandeur entschieden. Mäzenatentum und Sammlertätigkeit, Bildung und Feste, Architektur und Musik prägten die höfische Gesellschaft, denn sowohl die Dynastie als auch die höfische Gesellschaft mussten sich stets in diesem kulturellen Feld beweisen, bestätigen und übertrumpfen. Durch diese herrscherliche Repräsentation entstand aber nicht nur ein »internationales Prestige« der Stadt, entstanden nicht nur jene Kunstschätze, die manche Residenzstadt auch heute noch – lange nach dem Ende des dynastischen Europa – zu einem Anziehungspunkt für Kunstbegeisterte aus aller Welt machen, sondern es entstanden auch wirtschaftliche Prozesse, die sich günstig auf eine Stadt auswirkten. Ohne Hofhaltung fehlte ein wesentlicher Teil der Konsumentenschicht einer Stadt, und man kann deutlich verfolgen, wie sehr sich das nicht nur auf das kulturelle Leben, sondern auch auf die wirtschaftliche Situation einer Stadt auswirkt. Ein gutes Beispiel dafür sind jene Jahre, in denen der Hof unter Rudolf II. gänzlich nach Prag übersiedelte.[1]

Beim Prozess der Ausbildung Wiens als dem höfischen Zentrum im mitteleuropäischen Raum waren einige Faktoren maßgebend, die schon lange wirksam waren. Keineswegs ist dieser Vorgang allerdings als ein linearer zu verstehen, denn es gab immer wieder Rückschläge für die Etablierung Wiens als Metropole.[2]

Die Frage, was eine Residenz im späten Mittelalter und der Frühen Neuzeit charakterisiert, ist in der aktuellen Forschung durchaus in Diskussion. Mehrere Begriffe versucht man dabei von einander abzugrenzen: Residenz bzw. Residenzstadt, Hauptstadt, Metropole und zentraler Ort. Das barocke Zedlersche Universallexikon definierte Residenz als »diejenige Stadt, in der ein Potentat oder Fürst sein Hoflager hält, daselbst auch

die obern Collegia, als Regierung, Hofgericht, Cammer und andere, so die gemeinen Angelegenheiten des Landes zu besorgen haben, verbleiben.« Klarer kann es auch die neuere Forschung nicht machen, die beiden Elemente – persönliche Anwesenheit des Fürsten einerseits und die ortsfeste Ansiedlung von Zentralbehörden andererseits – der Definition blieben auch für die Forschungsdiskussion der letzten Jahre bestimmend.[3] Was die personale Anwesenheit des Fürsten anlangt, wird Wien erst im 17. Jahrhundert endgültig zu einer Residenzstadt, für das 16. Jahrhundert sind noch Reste des »Reiseherrschertums« feststellbar. Doch zeigen andererseits die Lokalisierung von Behörden und die architektonische Ausgestaltung Wiens durch die Habsburger im 16. Jahrhundert schon deutliche Merkmale der Definition von »Residenz«. Zweifellos hat dieser schrittweise Ausbau der Residenz, durch den die schon im späten Mittelalter vorhandene Hauptstadtfunktion Wiens bestärkt wurde, auch dazu geführt, dass Wien eine der Metropolen Mitteleuropas geworden ist.

Die bestimmende Funktion Wiens ist für das späte Mittelalter und den Beginn der Frühen Neuzeit keineswegs so klar umrissen. Zwar konzentrierte sich schon in der Spätzeit der babenbergischen Herrschaft vieles im Zentralraum Wien, dazu gehört auch das noch lange wichtige Klosterneuburg, doch erst unter den Habsburgern kam es zu einer Verfestigung der Hauptstadtfunktion Wiens. Insbesondere in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts entstanden aus der Rivalität Herzog – oder wie er sich selbst nannte Erzherzog – Rudolfs IV. mit seinem Schwiegervater Karl IV. in Prag neue Impulse für die Stadt, der gotische Ausbau des Domes von St. Stephan wäre dabei zu nennen, vor allem aber die Gründung der Universität Wien, der Alma Mater Rudolphina 1365. Die Wirren innerhalb der habsburgischen Familie, die Zwiste zwischen den nach altem habsburgischen Recht »zur gesamten Hand« belehnten Habsburgern, führten in der Folge zu Länderteilungen, sodass für die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts neben Wien auch Graz und Innsbruck zu Residenzstädten habsburgischer Teillinien wurden.

Die habsburgische Residenz in Wien war um die Mitte des 15.Jahrhunderts jedenfalls noch sehr bescheiden, die politischen Konflikte dieser Zeit waren nicht dazu angetan, die Residenzfunktion einer Stadt, mit der die Habsburger Friedrich III. und sein Sohn Maximilian I. schlechte Erfahrungen gemacht hatten, zu fördern. Unter Maximilian I. war Wien nur selten Aufenthaltsort des Kaisers, er hielt sich in seinem ruhelosen Leben lieber in anderen Städten auf, allen voran in Innsbruck, dessen Lage zum Reich günstiger war und dessen landschaftliche Bedingungen die Jagd – stets eine große Leidenschaft der Habsburger – leichter ermöglichte.[4]

Dies änderte sich nur zum Teil, als unter den Enkeln Maximilians I. eine Teilung der habsburgischen Länder zwischen dem spanischen König und Kaiser des Reiches Karl V. und Erzherzog Ferdinand vollzogen wurde. Ferdinand residierte in den ersten Jahren seiner Herrschaft zwar in Wien, doch seine Konfrontation mit den aufrührerischen Ständen, an deren Spitze der Wiener Bürgermeister Dr. Martin Siebenbürger stand, vergiftete die Beziehung zu dieser Stadt erheblich. Nach den Ländererwerbungen 1526, als die böhmischen und ein kleiner Teil der ungarischen Länder unter Habsburgs Herrschaft

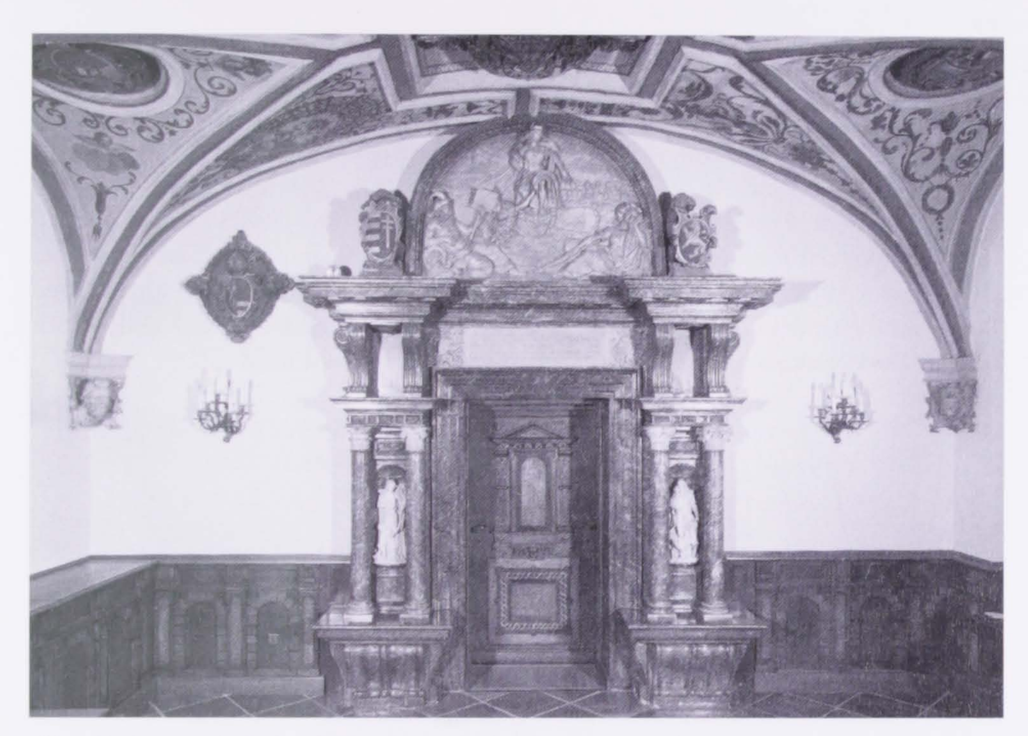


Abb. 1: Niederösterreichisches Landhaus, um 1570, Fresken 1710.

fielen, wurde Wien Residenz eines größeren Reiches, stand in einem Netz neuer politischer Konstellationen. Gleichzeitig bekam Wien aber auch Konkurrenz durch Prag, das nun ebenfalls zum Herrschaftsbereich der Habsburger gehörte, und in der Regierungszeit Ferdinands I. und Maximilians II. hielt sich der Hof häufig auch in Prag auf.

Gewissermaßen der Gegentrend zu dieser Verlagerung der Interessen nach Prag ist in dem Ausbau der Residenz zu sehen. Mit der Hofstaatsordnung Ferdinands I. 1527 entstanden Zentralbehörden wie der Hofrat, der geheime Rat, die Hofkammer und die Hofkanzlei mit dem Sitz in Wien.[5] 1554 kam mit der Instruktion Ferdinands I. zu diesen Behörden noch der Hofkriegsrat dazu. Für den landesfürstlichen Hofstaat waren Hofmarschall und Obersthofmeister die wichtigsten Ämter, dem Hofmarschall unterstand auch das Hofquartieramt, das die Aufgabe hatte, für die Hofbediensteten, die Offiziere und Soldaten der Stadtguardia Hofquartiere in bürgerlichen Häusern zu ermitteln und bereitzustellen. 1568 veranlasste das Hofquartieramt eine erste Konskription und Beschreibung der Häuser der inneren Stadt.

Parallel dazu ist zu sehen, dass seit 1510 Wien der ständige Tagungsort des Landtags des Landes Österreich unter der Enns (des heutigen Niederösterreich) war und sich die Stände zwischen 1539, als sie den Grund für die Errichtung des Landhauses ankauften, und 1571, als die Einwölbung des großen Landtagssaales stattfand, ebenfalls baulich etablierten *(Abb. 1)*. Die Stadt Wien selbst war natürlich auch in der Städtekurie der nie-

derösterreichischen Stände repräsentiert und zahlte einen Anteil von etwa einem Achtel der Steuern, was dem Gesamtanteil der übrigen Mitglieder der Städtekurie entsprach.

Am Beginn der Frühen Neuzeit war Wien also ein dreifaches Verwaltungs- und Behördenzentrum geworden, einerseits war es der Sitz der alten landesfürstlichen niederösterreichischen Ämter (z.B. Vizedom, Münzmeister), aber andererseits auch von Behörden der niederösterreichischen Gruppe der Erblande (also der Länder, die Donau- und Innerösterreich bildeten), z.B. von Regiment und Kammer, und darüber hinaus der Hofbehörden aufgrund von Ferdinands Regelungen 1527. Alle diese bisher angeführten Tatsachen zeigen deutlich, dass es ernsthafte Bemühungen der Ausgestaltung der Stadt zu einer Residenzstadt der Habsburger im 16. Jahrhundert sehr wohl gab.

Der Hof zwischen Wien und Prag – Nebenresidenzen in Graz und Innsbruck

Ein entscheidender Punkt für den Hof war das Kriterium der Sicherheit. Als Wien 1529 von den Osmanen zum ersten Mal belagert wurde, war das nicht nur für die Wiener Bevölkerung ein Schock, sondern weit darüber hinaus in Europa wurde dieses Ereignis wahrgenommen. Auch die Habsburger, die 1529 Wien fluchtartig verlassen hatten – was wäre schlimmer als ein in die Hände des Sultans fallender Herrscher –, sahen diese Gefahr. In Ungarn tobte noch Jahrzehnte lang der Krieg, und zumindest 1532 rechnete man ziemlich sicher mit einer neuerlichen Belagerung Wiens, als sich das türkische Heer vor der Festung Güns/Köszeg in Ungarn festlief. Tatarische Streifscharen verwüsteten und plünderten das umliegende Niederösterreich, stellten aber für die Stadt selbst keine Gefahr dar.[6]

Auch in der Zeit danach galt Wien als eine Grenzfestung gegen das gefürchtete Osmanische Reich, dessen Grenze, die sich in den vierziger Jahren des 16. Jahrhunderts verfestigt hatte, etwa bei Komorn/Komárno/Komárom nur etwa 70–80 km östlich der Wiener Stadtmauern verlief. Jederzeit rechnete man wieder mit einem Angriff auf die Stadt. Diese Einstellung zu Wien blieb für einen großen Teil des 16. Jahrhunderts bestimmend und stellt sicherlich mit einen wesentlichen Grund dar, weshalb die Residenzfunktion der Stadt mit Prag geteilt wurde.

Doch auch andere Argumente sprachen für Prag. Die Hauptstadt der böhmischen Länder hatte seit dem 14. Jahrhundert, als sie unter dem Luxemburger Karl IV. ausgebaut wurde, einen bedeutenden Aufschwung genommen, sie war Sitz eines Erzbischofs und einer Universität und hatte erheblich mehr Einwohner als Wien. Dazu kam noch die Tatsache, dass Prag die Hauptstadt eines Landes, oder vielmehr einer Ländergruppe (Böhmen, Mähren, Schlesien) war, die besonders reich war und daher auch für den Herrscher des Landes entsprechende Einkünfte bringen konnte. Wien hingegen schien schon vor der Ersten Wiener Türkenbelagerung in einem Niedergang begriffen, der Donauhandel ging zurück, nach dem Tod Maximilians I. und der kurz darauf folgenden Pest-



Abb. 2: Laxenburg. Schloss-Komplex. Ansicht um 1720. Zeichnung von Salomon Kleiner, wiedergegeben im Stich von Georg Daniel Heumann

epidemie verließen viele Studenten und Gelehrte die Stadt, weil auch die landesfürstlich-kaiserliche Förderung fehlte. Die Türkenbelagerung tat nun ein Übriges. Zwar hatte man in den Jahren 1531–1566 die Umwallung der Stadt mit zwölf Bastionen erweitert und modernisiert, doch die Angst blieb.[7]

Sowohl Ferdinand I. als auch sein Sohn Maximilian II. residierten oftmals in Wien, sie haben hier – schon durch die Zentralbehörden, die es in Wien gab – einen Mittelpunkt ihrer Herrschaft gehabt, aber sich auch oft in Prag aufgehalten. Mit dem Tod Ferdinands I. und der durch ihn testamentarisch verfügten Länderteilung kam es ab 1564 zu der Ausbildung weiterer habsburgischer Residenzstädte. Karl von Innerösterreich baute Graz zu seinem Herrschaftsmittelpunkt aus, und Ferdinand von Tirol residierte in Innsbruck bzw. zum Teil in Schloss Ambras. Ähnlich wie im späten Mittelalter war Wien nur mehr eine der habsburgischen Residenzen.

Die Hofburg in Wien war am Ende des Mittelalters noch recht bescheiden. Seit der Zeit Ferdinands I. ergaben sich neue Anforderungen an dieses Gebäude. Es war nicht nur der Platzmangel, der dabei zum Tragen kam, sondern auch das mit der Renaissance wachsende Repräsentationsbedürfnis. In Konkurrenz mit anderen Fürsten Europas – für das frühe 16. Jahrhundert muss man dabei in erster Linie an die italienischen Fürstenhöfe denken – musste man als Herrscher eine beeindruckende Residenz haben. Diesem

Anspruch konnte die Wiener Residenz bis in die Barockzeit hinein nur teilweise genügen, da der Platz beschränkt war und an eine wirklich umfassende Neugestaltung aus diesem, wie auch aus finanziellen Gründen nicht zu denken war. Bedenken muss man dabei allerdings die Tatsache, dass die Residenz nicht ausschließlich aus der Hofburg bestand, sondern gewissermaßen ins Land um Wien hinausreichte. Einer der ältesten Teile dieser Residenz im weiteren Sinne war das südlich von Wien gelegene Laxenburg, das schon im späten Mittelalter von den Habsburgern als Jagdschloss und Sommerresidenz genützt wurde *(Abb. 2, S. 17)*.[8]

Unter Ferdinand I. kam es von 1534 bis 1566 zur Umgestaltung der Hofburg im Renaissancestil und damit zum Ausbau des Schweizertraktes der Hofburg. Die Leitung dieses Ausbaues, der die alte gotische Burg nach Nordwesten hin erweiterte und im Zusammenhang mit der neuen Stadtbefestigung zu sehen ist, hatte der Wiener Stadtbaumeister Hermes Schallautzer, der italienische Künstler, etwa die Baumeister Francesco de Pozo und Sigmund de Preda und den Maler Pietro Ferrabosco, beschäftigte *(Abb. 3)*. Der Grund, auf dem die spätere Stallburg erbaut wurde, gehörte schon lange zum Besitz der Habsburger, 1547 stand hier das »Röm. Kön. Maj. Zeughaus«. Mit der Rückkehr Maximilians II. aus Spanien 1552 ergab sich die Notwendigkeit, für ihn eine eigene Hofhaltung und einen eigenen Palast zu bauen, und so entstand zwischen 1559–1569 die Stallburg als fast quadratische Renaissance-Arkadenanlage rund um einen Hof. 1564 übersiedelte Maximilian II. in die Hofburg, und seine bisherige Residenz wurde als Hofstallung verwendet. Später diente dieses Gebäude auch zur Unterbringung der Gemäldegalerie und der Hofapotheke. Das Untergeschoss diente weiterhin als Stallung. Diese Funktion als Standort der spanischen Hofreitschule hat das Gebäude bis heute bewahrt.

Umgeben war die Hofburg von adeligen Häusern, die oft auch vom Hof zur Unterbringung fremder Gäste oder für andere Zwecke benutzt wurden, ein Beispiel dafür ist der Cillierhof, der zunächst als Werkstätte für Tischler und Schmiede diente, dann aber niedergerissen und vom Amalientrakt ersetzt wurde. Auch dieser Teil der Hofburg verdankt seine Entstehung dem praktischen Raum- und Repräsentationsbedarf des Thronfolgers. Als Rudolf II. nach seiner Erziehung in Spanien 1571 wieder in Wien eintraf, fehlte es an einer geeigneten Residenz. So wurde 1575–1577 ein neuer Trakt in der Nähe der Hofburg gebaut, der mit ihr zunächst nicht verbunden war. Dieses Gebäude von Pietro Ferrabosco hieß Rudolfstrakt, seinen heutigen Namen verdankt es der Tatsache, dass die Kaiserwitwe Amalie Wilhelmine von 1711–1740 dort residierte.

Maximilian II. hat aber auch im Sinne der Vorstellungen, die in Italien und Spanien zur gleichen Zeit dominierten, außerhalb der Stadt ein Projekt begonnen, das die Idee einer *villa suburbana*, also eines in der Nähe der Residenz gelegenen Lustschlosses, verkörperte. Solche Schlösser hatte er bei seinem Aufenthalt in Spanien, aber auch bei seiner Reise durch Oberitalien (man denke nur an Mantua mit dem Palazzo ducale in der Stadt und dem Palazzo del Tè am Stadtrand) solche Villen gesehen. Das so genannte Neugebäude wurde ab 1569 erbaut, doch verfiel es schon bald wieder, vor allem als der Hof unter Rudolf II. Wien verließ *(Abb. 4, S. 20)*.[9]



Abb. 3: Schweizertor der Hofburg

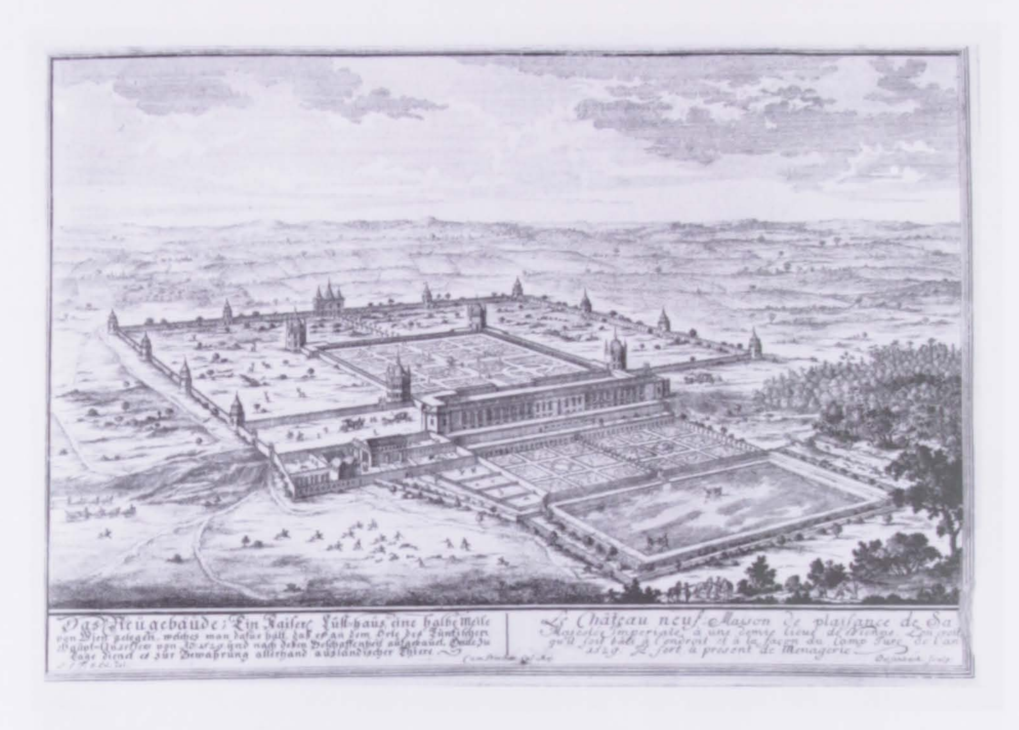


Abb. 4: Neugebäude, ab 1568; Wien, Simmering, Kupferstich von J. A. Delsenbach nach J. E. Fischer von Erlach

Nicht nur der architektonische Ausbau der Residenz kam dem Glanz der Stadt zugute, auch die Feste, die am habsburgischen Hofe gefeiert wurden, trugen zum Ansehen der Stadt weit über das Umland hinaus bei. Die Festlichkeiten der ersten Jahrhunderthälfte sind dabei relativ schwach ausgeprägt. Sicherlich war das einerseits dem Nachwirken der Türkenbelagerung, andererseits auch der Tatsache, dass Ferdinand I. nicht Kaiser des Reiches war, zuzuschreiben. Erst mit der Jahrhundertmitte wird Wien zu einem Ort der Feste, der sich mit anderen Residenzen, insbesondere mit der wittelsbachischen in Bayern durchaus messen konnte. Zwei der bedeutendsten Feste stehen auch im Zusammenhang mit den verwandtschaftlichen Beziehungen der Habsburger zu ihren bayerischen Nachbarn. Der bayerische Herzog Albrecht V. hatte in München eine großartige Renaissancekultur entwickelt, der die Habsburger nicht nachstehen durften. Ab der Jahrhundertmitte verstärkten sich die gegenreformatorischen Bestrebungen der Habsburger, und auch das trug zu einem Ausbau der Festkultur, bei der ja ideologische Inhalte verbreitet werden konnten, bei.

Der Einzug Maximilians II. aus Spanien 1552 war gewissermaßen der Auftakt der großen Feste. Er brachte als Sensation für die damalige Zeit einen lebenden Elefanten mit, der auf seiner Reise und natürlich auch in Wien großes Aufsehen erregte. Dieser Elefant hinterließ seine Spuren auf der weiten Reise von Spanien über Italien bis nach



Abb. 5: Stuhl aus Elefantenknochen 1554

Wien vor allem in Haus- und Wirtshausschildern (z.B. in Brixen/Bressanone oder Linz). In Wien wurde das exotische Tier in einem Stall außerhalb des Stubentores untergebracht und konnte öffentlich besichtigt werden. Dann wurde es in den Tiergarten nach Kaiserebersdorf gebracht, wo es allerdings schon 1554 verendete. Einige Wirtshäuser der Stadt, zum schwarzen, weißen und goldenen Elefanten, erinnerten an dieses exotische Tier, dessen Einzug in Wien zu einem großen Ereignis wurde. Aus den Knochen des rechten Vorderfußes ließ sich der Wiener Bürgermeister Sebastian Huetstocker einen Stuhl anfertigen, der über manche Umwege schließlich ins Stift Kremsmünster gelangte *(Abb. 5)*.[10]

Der Einzug Ferdinands I. 1558, nachdem er Kaiser des Heiligen Römischen Reiches geworden war, bildet gleichsam den Grundtypus des Herrschereinzuges, der sich mit geringen Veränderungen bis ins späte 17. Jahrhundert hinein wiederholte.[11] Der Kaiser kam mit dem Schiff auf der Donau nach Wien und wurde im Bereich des heutigen 9. Gemeindebezirkes außerhalb der Stadt empfangen. Die Stadt errichtete am Graben Triumphbögen. Ein »Himmel« (Baldachin) für den einreitenden Kaiser wurde bereitgestellt, und er erhielt ein Willkommensgeschenk, meist Gold- und Silbergerät mit dem Stadtwappen, große Mengen Hafer, Wein und lebende ungarische Ochsen. Für den Einzug selbst stand die Bürgerschaft in vollem Schmuck der Kostüme und Waffen bereit und

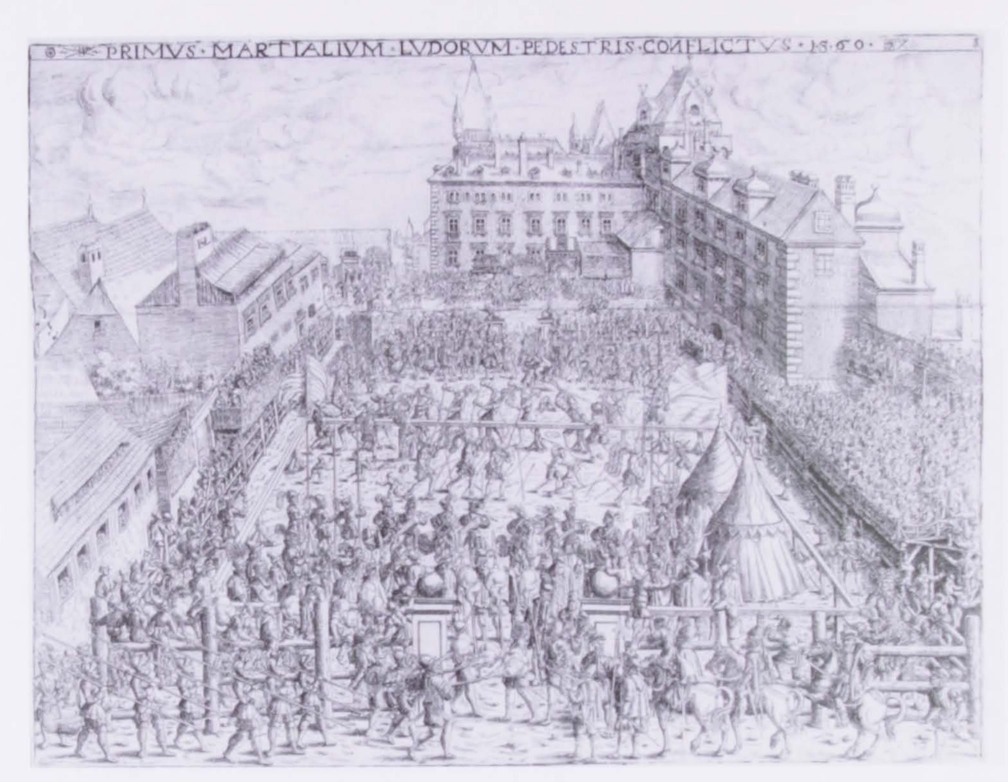


Abb. 6: Fußturnier in Wien vor der Hofburg 1560

repräsentierte die Stadt und ihre Wehrhaftigkeit. Manchmal wurden auch »Kriegsspiele« aufgeführt und viele Salutschüsse abgefeuert.

Solche Einzüge gab es bei vielen Gelegenheiten, die mit *rites de passage* im Herrscherhaus zu tun hatten, also bei Krönungen und Hochzeiten. Oft waren sie – wie etwa beim Einzug Rudolfs II. 1575 – auch mit Festen der Bürgerschaft selbst, repräsentiert durch die »Püchsen- und Stahelschutzen«, verbunden.[12] Auch andere Attraktionen schmückten solche Feste aus, 1566 und 1575 wurde vom Turm des Stephansdomes zum Platz darunter ein Seil gespannt und ein Adlerflug durchgeführt.[13]

Aus den vielen Festen der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ragen drei besonders heraus. 1560 wurde der Bayernherzog in Wien empfangen und zu seinen Ehren ein Fest veranstaltet, das alles bisher da Gewesene in Wien in den Schatten stellte. Der kaiserliche Herold Hanns Francolin hat dieses Fest in lateinischer und deutscher Sprache ausführlich beschrieben.[14] Es fand eine ganze Reihe von Turnieren statt, deren Waffen, die speziell für diesen Zweck angefertigt wurden, sich nicht nur in den Wiener Sammlungen, sondern auch in Paris, Landshut und in Graz finden lassen *(Abb. 6)*.

1563 zog Maximilian nach der ungarischen Krönung in Pressburg/Bratislava, deren Feste wenig aufregend gewesen sein dürften, in Wien ein, wo man ihm eine Ehrenpforte,

also eine temporäre Architektur, errichtet hatte. Gleichzeitig fand auch ein Schützenfest der Wiener Bürger statt, das zu einem der festlichen Höhepunkte dieser Zeit zählte.[15] Auch für diese beiden Ereignisse liegen gedruckte Beschreibungen der beiden Pritschenmeister (Festordner und Festbeschreiber zugleich) Heinrich Wirrich und Lienhard Flexel vor, die den Ruf dieser Feste und der Stadt Wien unter den Eliten Europas verbreiten sollten.

Sicherlich den Höhepunkt der Feste des Manierismus stellte die Hochzeit Karls II. von Innerösterreich mit Maria von Bayern 1571 dar. Der erste Teil des Festes wurde von Karls Bruder, Kaiser Maximilian II., ausgerichtet und in Wien gefeiert, erst dann feierte man in Graz weiter.[16] Dieses Fest, wo auch das erste öffentliche Auftreten der in Spanien erzogenen Erzherzoge Rudolf (des späteren Kaisers) und seines Bruders Ernst erfolgte, ist mehrfach beschrieben worden, und auch viele Objekte (Waffen und Geschenke zu diesem Anlass) sind erhalten geblieben. Die allegorischen Turniere und Aufzüge wurden von niemand geringerem geplant als vom Hofkünstler Giuseppe Arcimboldo, dessen Zeichnungen für die einzelnen Personen der festlichen Umzüge sich in den Uffizien in Florenz erhalten haben. Schon die wenigen Hinweise auf die Orte, an denen die Spuren dieser Feste zu finden sind, zeigen, dass von St. Petersburg bis Paris und von Norddeutschland bis Italien die Eliten Europas von diesen Ereignissen erfuhren, viele auch an ihnen teilnahmen und so den Ruhm des Kaisers und seiner Residenzstadt verbreiteten.

Ähnliches könnte man auch über die Künstler, die durch das Mäzenatentum der Habsburger in Wien wirkten, sagen. Es ist in letzter Zeit durch Ausstellungen und Publikationen viel über die Kunst Rudolfs II. in Prag gesprochen worden, dabei vergisst man nur allzu leicht, dass zumindest ein Teil der Hofkünstler Rudolfs schon bei seinem Vater Maximilian II. in Wien wirkte.[17] Der Hof Maximilians II. hat nicht nur die Künstler, Maler, Bildhauer, Dichter und Musiker besonders gefördert, sondern auch für die Naturwissenschaften, allen voran die Botanik und die Hortologie, die Gartenkunde, lebhaftes Interesse gehabt.

Viele dieser kulturellen Aktivitäten haben sich 1583 mit der Übersiedlung des Hofes nach Prag, die Rudolf anordnete, regional verlagert, und für eine Generation spielte Prag als das höfische Zentrum Mitteleuropas die führende Rolle. Die Hofhaltung verschwand zwar nicht ganz aus Wien, Erzherzog Ernst blieb als Statthalter im Lande, gefolgt von seinem Bruder Matthias, aber die großen Künstler zog es in die Residenz des Kaisers nach Prag. Nicht nur Rudolf II., sondern auch Kaiser Matthias residierte vorwiegend in Prag. Allerdings maß er der Stadt Wien mehr Bedeutung zu als sein älterer Bruder, so übersiedelte er die Bildersammlung Rudolfs II. nach Wien und zog auch feierlich in die Stadt ein, nachdem er die Herrschaft über Nieder- und Oberösterreich übernommen hatte. Sein wichtigster Bundesgenosse, Kardinal Melchior Khlesl, war ja Bischof von Wien, was ebenfalls zu einer engeren Bindung an diese Stadt führte. Dennoch spielte Wien bis 1619 keine wesentliche Rolle für die habsburgische Hofhaltung.

Erst mit der Übersiedlung Ferdinands II., der in Graz aufgewachsen war, nach Wien wurde diese Stadt endgültig zur kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt und blieb es bis zum Ende der habsburgischen Herrschaft in Österreich.

Zwar wurde unter Ferdinand II. die Residenz nach Wien verlegt, aber die Zeichen der Zeit waren dem Selbstbewusstsein der Städte, das sich stark über die protestantische Konfession definierte, nicht wohlgesonnen. Hatten die Städte im Bruderzwist Hoffnung geschöpft, dass ihnen freie Religionsausübung zugestanden werden könnte, so machten die Entwicklungen der Gegenreformation dem bald ein Ende. Schon vor den großen Entscheidungen am Beginn des Dreißigjährigen Krieges hatten sich in der Verwaltung der Stadt Wien die Katholiken weitgehend durchgesetzt, der äußere Rat hatte schon am Beginn des zweiten Jahrzehnts des 17. Jahrhunderts eine katholische Mehrheit, und auch im inneren Rat saß bald nur noch ein einziger Protestant. Während der Adel noch für die freie Religionsausübung der protestantischen Mehrheit der Bürger eintrat, hatten die Städte selbst schon »Gehorsam« versprochen und waren voll im Trend der Gegenreformation.

Die Vertreter der Wiener Bürger stellten sich auch in der kritischen Situation der Sturmpetition nicht auf die Seite der Aufständischen, sondern waren dem Landesfürst gegenüber loyal, stimmten also gewissermaßen gegen ihre eigene Religionsfreiheit. Der Wiener Bürgermeister Daniel Moser führte mit Ferdinand II. gemeinsam die Gegenreformation in der Stadt zum Sieg.[18]

Die Verlegung der Residenz nach Wien ist auch mit der Ausbildung der höfischen Gesellschaft des Barockzeitalters verbunden, der Adel wurde zunehmend an den Hof gezogen und domestiziert.[19] Seine Bautätigkeit in der Stadt und nach 1683 auch außerhalb der Stadt gab Wien das barocke Gepräge, das es über weite Strecken heute noch hat. Auch der Hof baute. Der Platzmangel in der Hofburg war groß, und die Bedürfnisse des Hofes, dessen Stäbe und Bedienstete immer mehr anwuchsen, spiegelten sich in immer größerem Raumbedarf wie auch einem steigenden Bemühen um Repräsentation. War der Hofstaat am Beginn des 16. Jahrhunderts noch klein gewesen – man zählte nur einige Hundert Mitglieder des Hofstaates unter Ferdinand I. –, so wuchs die Zahl der Höflinge mehr und mehr an und erreichte unter Karl VI. mit 2.175 Personen den Höchststand.[20] In diesem Hofstaat gab es alle Arten von Handwerkern und Künstlern, Hof- und Kammermaler, Tapezierer, Hofuhrmacher und Hofuhrrichter, Harnischmacher, Klingenschmiede und Instrumentenbauer, Hofschneider, Kammerperlhefter und Kammerseidensticker, Federnschmücker, Hoftaschner, Hofedelsteinbohrer, Hofgoldschlager und Kammergoldschmiede, Hofjuweliere und Hofsilberhändler, um nur einige Beispiele aus dem Bereich der Künste zu nennen.

Alle diese Menschen konnten in der Hofburg, die klein und wenig »modern« war, keinen Platz finden. Erst 1660 machte Leopold I. einen ersten Schritt zur Vergrößerung und Modernisierung des gesamten Komplexes der Hofburg. Er ließ vom italienischen Hofarchitekten Filiberto Lucchese einen neuen Trakt, den so genannten Leopoldinischen Trakt, bauen, der die mittelalterliche Burg mit der Amalienburg verband. Unter Karl VI. wurde der barocke Ausbau der Burg durch den Hofkanzleitrakt 1717 und den Reichs-



Abb. 7: Die Favorita. Stich nach Salomon Kleiner

kanzleitrakt 1723 sowie die außerhalb der Stadtmauer gelegenen kaiserlichen Stallungen (ehem. Messepalast, heute Museumsquartier) abgeschlossen. Fischer von Erlach und Daniel Gran schufen im Prunksaal der Hofbibliothek mit der Apotheose Karls VI. als Förderer der Wissenschaften und Künste zwar einen repräsentativen, doch aber zweckgebundenen Raum, es fehlte also der gesamten Hofburg der repräsentative Charakter vergleichbarer Residenzen.[21] Die Wiener Burg des 17. Jahrhunderts hingegen war nach der Aussage des Zeitgenossen Merian *nicht sonders prächtig erbaut und für einen solchen mächtigen und höchsten Potentaten ziemblich eng*[22], sie trug mehr den Charakter einer Befestigung als einer barocken Residenz. Die Anordnung der Zimmer folgte dem strengen spanischen Hofzeremoniell, so gab es eine Zimmerflucht von der Trabantenstube zur Ritterstube, weiter zur ersten, ab 1666 zweiten Anticamer, an die sich Ratsstube, Retirade und Cabinet anschlossen. Der ganzen Anlage fehlte ein einheitliches Konzept und die für die barocke Repräsentation so entscheidende große Schaufassade. Alle Umgestaltungen der Hofburg im Barockzeitalter erfolgten also »nicht im Sinne von Modernität, sondern Kontinuität des Hauses Habsburg«. Besonders für die Barockzeit ist diese Einstellung – zu der sicherlich auch der Geldmangel dazukam – überraschend. Man beließ zwar die Hofburg in der unmodernen, unrepräsentativen Form, aber in den Residenzen der Umgebung ahmte man die Franzosen sehr wohl nach. Die Residenz in Wien bestand eben nicht nur aus der Hofburg, sondern verlief sozusagen fließend in die umliegende

Landschaft, wobei die Trennlinie zwischen städtischer Residenz und Lustschloss schwer zu ziehen ist. Neben der Hofburg gab es außerhalb der Stadtmauern Wiens noch sehr nahe an der Stadt gelegene Teile des Residenzkomplexes: die Favorita (*Abb. 7, S. 25*), Sommersitz des Hofes, bzw. später Schönbrunn sowie die Favorita im Augarten. Dazu kamen Lustschlösser wie das Neugebäude, Ebersdorf, Laxenburg und die Marchfeldschlösser, die zum Teil ebenfalls in den jahreszeitlichen Rhythmus der Verlegung der Residenz einbezogen wurden. Der strenge jahreszeitliche Wechsel der Residenz sah vor, dass der Hof die Wintermonate in der Hofburg, den Frühling in Laxenburg, Sommer und Herbst in der Favorita verbrachte, wobei in der Jagdzeit kurzfristig auch in Ebersdorf residiert wurde. Die Favorita auf der Wieden diente seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts als kaiserliche Sommerresidenz, sie wurde 1683 bei der Türkenbelagerung zerstört, 1687–1690 erfolgte der Wiederaufbau. Unter Leopold und seinen Söhnen erfreute sich das Schloss besonderer Beliebtheit, unter Maria Theresia hingegen verlor die Favorita auf der Wieden ihre Stellung als kaiserliche Residenz und wurde 1746 den Jesuiten verkauft. Als Teil der Residenz wurde sie durch Schönbrunn abgelöst *(Abb. 8)*.[23] Die Erwerbung des Geländes, auf dem Schloss Schönbrunn erbaut wurde, geht auf das 16. Jahrhundert zurück, als Maximilian II. eine dem Stift Klosterneuburg gehörige Mühle erwarb und sie zu einem Schlösschen umbauen ließ. Auch unter seinen Nachfolgern, insbeson-

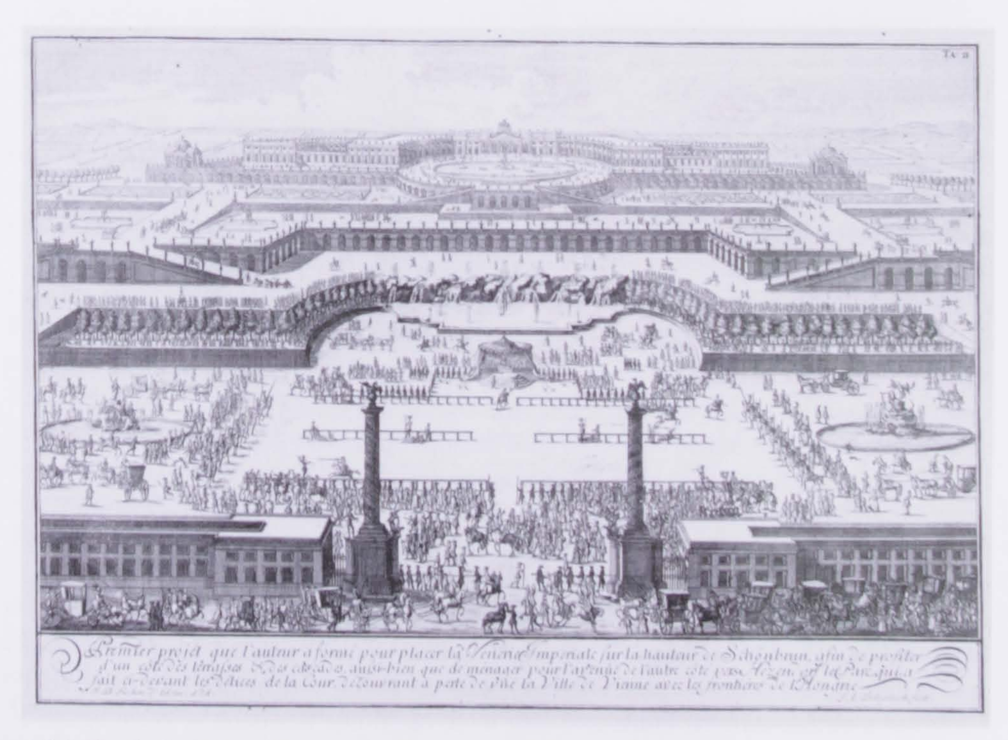


Abb. 8: Plan für das Schloss Schönbrunn von Johann Bernhard Fischer von Erlach



Abb. 9: Canaletto: Schloss Schönbrunn, Ehrenhofseite

dere unter Ferdinand III., kam es zu einem weiteren Ausbau des Schlosses. Das erste Projekt eines barocken Neubaues entwarf Johann Bernhard Fischer von Erlach 1692/93. Dieses umfasste einen geradezu größenwahnsinnigen Plan für eine Art Super-Versailles, der in dieser Form niemals zur Ausführung kam. Das eigentliche Schloss sollte dabei auf der Anhöhe, auf der heute die Gloriette liegt, stehen. Die meisten KunsthistorikerInnen nehmen an, dass es sich dabei gar nicht um einen richtigen, ernstzunehmenden Entwurf handelte, sondern dass der junge Fischer von Erlach nur zeigen wollte, was er alles kann, um sich ein Entrée bei Hofe zu schaffen. 1695 begann Fischer mit einem weitaus einfacheren Bau des Schlosses, der zügig voranging, schon 1713 waren auch die Seitenflügel vollendet. Dieser ursprüngliche Barockbau wurde dann noch zweimal tiefgreifend umgestaltet, noch unter Karl VI. wurden Steildächer an Stelle der Dachloggia angebracht, und 1744–1749 schließlich erhielt das Schloss Schönbrunn nach Entwürfen des Architekten Nikolaus Pacassi die heutige Form *(Abb. 9)*. Wichtig für die barocke Umwelt der Entstehung ist auch der im französischen Stil angelegte Park. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts kam dann der Tiergarten dazu, der die naturwissenschaftlichen Interessen der Habsburger in der Zeit der Aufklärung spiegelt.

Ähnlich wie im 16. Jahrhundert spielten die Feste des Hofes für dessen Prestige eine wichtigere Rolle als die Bautätigkeit. Die Pflege der Oper am Wiener Hof begann mit der Hochzeit Ferdinands III. mit Maria Anna von Spanien 1631. Wie an anderen Höfen waren Opernaufführungen zunächst anlassgebunden und standen meist im Zusammenhang mit dynastischen Hochzeiten. Später wurde sie dann unter Leopold I. zu einer regelmäßigen Übung, wobei Hochzeiten nach wie vor einen wesentlichen Grund für Feste

darstellten, aber auch alljährlich wiederkehrende Feste wie Geburts- und Namenstage der kaiserlichen Familie boten Gelegenheit für »feste teatrale«. Diese Tradition, die ihren Höhepunkt unter Leopold I. erreichte, wurde von Joseph I. und Karl VI. und in gewissem Maße noch von Maria Theresia weitergeführt. Große Festlichkeiten mit Theateraufführungen gab es auch im Fasching, in denen so genannte »Wirtschaften«, bei denen Kaiser und Kaiserin als Wirt und Wirtin die adeligen Gäste einluden, und Kostümfeste, Balletteinlagen oder »Königreiche« der Unterhaltung dienten. Bei diesen »Königreichen« wurden die Rollen des Hofes durch Los neu verteilt, dieses beliebte Motiv der Umkehr der Welt findet sich in der volkstümlichen Kunst ebenso wie als Lustspiel-Motiv, man denke nur an Darstellungen der Jagd, bei der die Hasen die Jäger erlegen etc. Neben diesen weltlichen Spielen und Festen gaben auch religiöse Anlässe Gelegenheit zu Festlichkeiten, in der Karwoche gab es die »rappresentazione sacre«, theatralische Aufführungen mit einer geistlichen Allegorie. Aber auch die Fronleichnamsprozessionen, an denen die Habsburger stets teilnahmen, demonstrierten einen nicht nur festlichen, sondern auch theatralischen Charakter. Gerade diesen Fronleichnamsumzügen kam eine religionspolitisch besondere Bedeutung zu, weil sie ein anti-protestantisches Element darstellten. Wir werden noch im Zusammenhang mit der habsburgischen Frömmigkeit darauf eingehen. Zu dieser Festkultur der Barockzeit gehörte das Theater also unmittelbar dazu und bildete zusammen mit der Musik den Grundstock jeder Festlichkeit, die wichtigsten Gestalter des Barocktheaters waren dabei die Bühnenbildner und Regisseure Ludovico Ottavio Burnacini, Daniel François Bertoli und die verschiedenen Mitglieder der Familie Galli-Bibiena. Erst unter Maria Theresia mündete dieses höfische Theater ins bürgerliche Theater ein. Bis zum Regierungsantritt Leopolds I. wurden große Säle in der Burg oder der Favorita, die durch eine temporäre Architektur umgestaltet wurden, fürs Theater verwendet. Seit 1659/60 wurden mehrere Hoftheater gebaut, als erstes das »Komedienhaus auf dem Tummelplatz«, dessen Gesamtkosten nur knapp über 1.000 Gulden ausmachten, also eine lächerlich geringe Summe, 1666/67 wurde als zweites Hoftheater die Hofoper anlässlich der Hochzeit Leopolds I. mit Margarita von Spanien errichtet. Die festliche Ausgestaltung dieser Hochzeit bildete den Höhepunkt der barocken Festkultur, von der weiter unten die Rede sein wird. 1697 begann man mit dem Bau eines dritten Hoftheaters, das knapp vor Vollendung einem Brand zum Opfer fiel, aber wiederhergestellt wurde, ein viertes Hoftheater ließ Joseph I. an Stelle der heutigen Redoutensäle erbauen. An diesen Schauplätzen fanden die festlichen Theateraufführungen statt, bei denen alle Musiker, Kapellmeister, Komponisten, Dichter, Bühnenarchitekten und Dekorateure Mitglieder des Hofstaates waren, sie gehörten zum Stab des Obersthofmeisters. Am Beginn des 18. Jahrhunderts waren das immerhin über 100 Personen, darunter 27 Sänger und 58 Orchestermitglieder.[24] Wichtige Inhalte der Ausgestaltung dieser Feste, insbesondere der Opern und Theaterstücke, standen in Zusammenhang mit der Selbststilisierung des Erzhauses und der Verherrlichung der Herrschertugenden, allem voran der habsburgischen *Clementia*, also der »Milde« in Fällen, wo eigentlich Strenge angemessen wäre. Stoffe der antiken Götterwelt, das römische

Kaisertum, die Herkunftssage der Habsburger von Troja und der Themenkreis des Ordens vom Goldenen Vlies waren Standardrepertoire der Darbietungen. Vor allem im 17. Jahrhundert befand man sich dabei im unmittelbaren Konkurrenzverhältnis mit dem großen Gegner Ludwig XIV., dessen Feste in Versailles Maßstab und Herausforderung waren. Im Zuge der Hochzeit Leopolds I. 1666/1667 gab es im inneren Hof der Hofburg das berühmte Ballett, bei dem auch ein Argonautenschiff in den Burghof einfuhr.[25]



Abb. 10: Carolus Clusius

Viele Bereich der Naturwissenschaften interessierten die Habsburger schon seit dem 16. Jahrhundert, vor allem hatte Maximilian II. eine Vorliebe für die Botanik und die Gartenkunst und beschäftigte Carolus Clusius (Charles de l'Ecluse) *(Abb. 10)* und Augier Ghislain de Busbecq an seinem Hof. Busbecq war auch als Gesandter im Osmanischen Reich und brachte eine Reihe von damals exotischen Pflanzen von dort mit (Tulpen, Rosskastanien, Levkojen etc.).

Das Zentrum der höfischen Kulturpflege war allerdings die bildende Kunst und vor allem das Sammelwesen, dessen kulturelles Erbe heute noch besteht. Mit der Renaissance bekam der Schatz, den die mittelalterlichen Herrscher anlegten, einen anderen Stellenwert. Das Interesse an der römischen Antike trat in den Vordergrund, man sammelte Antikes in Form von Münzen mit Herrscherporträts, Plastiken und Inschriften, wobei neben das antiquarisch, philologische Interesse auch eine Art »ideologisches Interesse« an diesen Dingen trat, da ja die Herrschaftslegitimation in Italien, vor allem aber im Heiligen Römischen Reich ihre Wurzeln in der antiken römischen Herrschaft hatte.

Außer den Werken der eigenen Hofkünstler, die naturgemäß immer ein Schwergewicht der jeweiligen Sammlung bildeten, haben die Herrscher aber auch durch ein ausgezeichnetes Netz aus teils verwandtschaftlichen, teils politischen Beziehungen zu anderen Höfen »internationale Kunst« gesammelt, und manche von ihnen (z.B. Rudolf II.) hatten auch ein modern anmutendes Netz von Agenten in Europa, die aus dem Kunsthandel der Zeit geeignete Objekte erwarben.

Der vorherrschende Typus der adelig-herrscherlichen Sammlung der Frühen Neuzeit ist die Kunst- und Wunderkammer, in der – als Spiegelung des Makrokosmos im Mikrokosmos und am ehesten als eine Form von Gesamtkunstwerk zu verstehen – Gegenstände der Kunst (Gemälde, Plastiken, Antiken, Münzen, Medaillen, Kunstgewerbe, In-

signien etc.) und Objekte der Natur (Gesteinsproben, Mineralien, ausgestopfte Tiere, Versteinerungen, exotische Dinge wie Kokosnüsse und Straußeneier) ebenso vorhanden waren, wie völkerkundliche Exponate (»Indianisches«, orientalische Waffen und Gebrauchsgegenstände etc.). Die wichtigsten Teile der habsburgischen Sammlungen entstanden zwar nicht in Wien, sondern unter Rudolf II. in Prag, unter Ferdinand von Tirol in Ambras und unter Erzherzog Leopold Wilhelm in den Niederlanden, aber alle diese Sammlungen wurden schließlich in Wien vereinigt. Erzherzog Leopold Wilhelm, der dritte der großen habsburgischen Sammler der Frühen Neuzeit, war Bischof von Passau, Strassburg, Halberstadt und Olmütz/Olomouc, Hochmeister des Deutschen Ordens und Oberbefehlshaber im Dreißigjährigen Krieg. Vor allem als Statthalter in den Niederlanden konnte er seiner Neigung zum Sammeln huldigen. Seine Gemälde- und Gobelinsammlung, die vor allem italienische Meister, Rubens und viele flandrische Gobelins enthielt, kam 1656 nach Wien und bildet einen Grundstock des Kunsthistorischen Museums.

Schon relativ früh, im 16. Jahrhundert, entstand die »Hofbibliothek«, die Vorläuferin der heutigen Nationalbibliothek, unter dem bedeutenden Bibliothekar Hugo Blotius, der 1575 Präfekt der Hofbibliothek wurde. Diese kaiserliche Sammlung hat nicht nur eine Unzahl an Manuskripten in verschiedensten Sprachen gesammelt, sondern auch einen guten Teil der gedruckten Bücher einer stetig wachsenden Produktion an Texten. Neben dem gelehrten Blotius ist auch der von 1663 bis 1680 wirkende Peter Lambeck zu nennen, der aus Hamburg stammte, in Rom studierte, zum Katholizismus übertrat, schließlich als Bibliothekar in Wien den ersten gedruckten Handschriftenkatalog veröffentlichte und auch den ersten handschriftlichen Katalog der Privatbibliothek des Kaisers anlegte. Unter dem Frühaufklärer, Theologen und Historiker Johann Benedikt Gentilotti von Engelsbrunn entwickelte sich die Hofbibliothek organisatorisch, wissenschaftlich und baulich weiter. Der Bau am heutigen Josefsplatz mit dem Prunksaal wurde 1722 begonnen und unter den Nachfolgern Gentilottis fertiggestellt, denen auch die Erwerbung großer Privatbibliotheken – darunter am wichtigsten die des Prinzen Eugen von Savoyen – für die kaiserliche Sammlung gelang.[26]

Die aufgeklärten Herrscher und der Wohlfahrtsstaat

War die Tätigkeit des Hofes bis in die Zeit Maria Theresias stark auf Repräsentation und Prestige ausgerichtet, so trat schon mit der späten Regierungszeit dieser Herrscherin und noch viel stärker mit dem Regierungsantritt ihres Sohnes Joseph II. ein gewaltiger Wandel in Erscheinung, der alle Bereiche des Hoflebens durchdrang. An die Stelle der Verschwendungssucht trat das »bürgerliche« Ideal der Sparsamkeit, die Repräsentation wurde durch Wohlfahrt verdrängt. Am besten lässt sich dieser Prozess an einem Beispiel wie dem des Festes zeigen. Bei den Habsburgern der Barockzeit – und dazu ist auch noch Maria Theresia letztlich zu zählen – findet sich der Festtypus als Gesamtkunstwerk deut-

lich ausgeprägt. Mit der Aufklärung und dem gewandelten Selbstverständnis des Herrschers, der sich nun als erster Diener des Staates verstand und dessen Leitbild eine sparsame, utilitaristische Staatsführung war, haben solche Ideen keinen Platz mehr. Charakteristisch ist, dass Joseph II. nicht nur alle Krönungen so weit wie möglich vermied und so die damit zusammenhängenden Feste einsparte, sondern auch die Galatage bei Hof und das spanische Mantelkleid im Zeremoniell abschaffte. Seine stark negative Einstellung zu Festen wurde zwar von seinen Nachfolgern nicht voll übernommen, aber die große Verschwendungssucht der Festlichkeiten war mit Maria Theresia als der letzten barocken Monarchin zu Ende gegangen. Sie hatte zu besonderen Anlässen durchaus noch Feste nach barocker Tradition veranstaltet, z. B. 1743 das Damenkarussell oder die verschiedenen Hochzeitsfeierlichkeiten für ihre Kinder.[27]

Ganz anders die Einstellung Josephs II., dessen Ideen nicht nur stark vom Gedankengut der Aufklärung beeinflusst waren, sondern auch von den Vorstellungen einer Nützlichkeit für den Staat. Im Sinne eines Ordnungmachens wurden viele Maßnahmen gesetzt und Institutionen geschaffen, die dem Wohle der Bevölkerung dienen sollten, die Menschen aber gleichzeitig auch erfassten und besser kontrollierbar machten. Volkszählungen und Konskriptionen zählen dazu ebenso wie die Häusernummerierung oder die Neuanlage des Katasters, den schon Maria Theresia als Grundlage der Besteuerung geschaffen hatte.

Eine Reihe von Maßnahmen Kaiser Josephs II. zeigen seine Hinwendung zum Volk, so hat er etwa 1766 den Prater für die Wiener Bevölkerung geöffnet, Gastwirte und Kaffeesieder siedelten sich in der Folge dort an. Ab 1774 wurde auch das Gitter, das den Eingang zu diesem ehemaligen Jagdgebiet der Habsburger wenigstens nachts versperrte, weggenommen, sodass der Prater nun auch nachts zugänglich war.[28] In ähnlicher Weise öffnete Joseph II. auch den kaiserlichen Augarten (Wien 2) für die Bevölkerung. Am Eingang dieses Areals ist eine für seine Absichten sehr bezeichnende Inschrift angebracht: *Allen Menschen gewidmeter Erlustigungsort von Ihrem Schätzer.*

Schon unter Maria Theresia war es zu einem großen Aufschwung der Medizin in Wien gekommen, verbunden mit dem Namen des großen Arztes und Universitätsreformers Gerard van Swieten, der die Erste Wiener medizinische Schule begründete. Für die große Masse der Bevölkerung änderte sich allerdings wenig in der medizinischen Versorgung. Dennoch bedeutete die Mitte des 18. Jahrhunderts einen markanten Einschnitt in der medizingeschichtlichen Entwicklung Wiens. 1745 wurde von Maria Theresia nach zähen Verhandlungen ein Schüler des großen holländischen Klinikers Hermann Boerhaave nach Wien berufen. Gerard van Swieten wurde nicht nur Leibarzt der Monarchin, sondern auch ihr wesentlichster Berater in allen Bildungs- und Sanitätsfragen, er reformierte die Gesetzgebung und die medizinische Ausbildung und legte damit den Grundstein zu einer Modernisierung der Medizin in der Habsburgermonarchie.[29] Dieser Prozess der Modernisierung lief – wie für den aufgeklärten Absolutismus nicht anders zu erwarten – nicht zuletzt auf der Ebene der Administration ab, der Staat ergriff gesetzliche Maßnahmen in der Gesundheitspolitik.

Van Swietens Schüler Anton und Melchior Störck, Johann Nepomuk Crantz, Adam Chenot und Leopold Auenbrugger waren die eigentlichen Begründer der Ersten Wiener medizinischen Schule und Träger der von van Swieten initiierten Reform der Universität, die diese aus der Erstarrung mittelalterlicher Strukturen löste, und des gesamten Gesundheitswesens. Van Swieten wurde 1749 *Praeses facultatis* und entzog zunächst der Fakultät das Recht auf die Ernennung von Professoren. Als neue Lehrer setzte er entweder seine eigenen Schüler oder ausländische Gelehrte ein, darunter Anton de Haen und Joseph Nikolaus Jacquin. Der Unterricht sollte in erster Linie auf Anschauung basieren: Die Anatomie im Hörsaal, die Botanik im botanischen Garten, die Chemie im Laboratorium und das praktische Studium am Krankenbett waren die Grundlage dieses Studiums und sind es bis heute geblieben. Van Swieten eröffnete die erste stationäre Klinik im Bereich des Wiener Bürgerspitals, die vorerst nur zwölf Betten hatte. In dieser Klinik unterrichtete Maximilian Stoll, der ein Spezialist für epidemische Fiebererkrankungen war und vor allem als Praktiker seine Bedeutung in der Ersten Wiener medizinischen Schule hatte.[30]

Van Swietens Schüler leisteten auf verschiedenen Gebieten Bahnbrechendes. Der Primararzt des Spanischen Spitals Leopold Auenbrugger entdeckte das Abklopfen des Patienten, die Perkussionsmethode. Als Sohn eines Gastwirtes hatte er in seiner Jugend gesehen, wie sein Vater durch Abklopfen der Weinfässer feststellte, wieweit sie noch gefüllt waren. So entwickelte er die Methode, die durch das »Beklopfen der Körperoberfläche aus dem Klopfschall und dem Widerstandgefühl mehr oder weniger lufthaltige und luftleere Organe zu diagnostischen Zwecken« unterscheiden konnte und beschritt damit als einer der ersten in Österreich den Weg der naturwissenschaftlichen Medizin.[31] 1761 veröffentlichte er eine Schrift *Inventum novum ex percussione thoracis humani ut signo abstrusos interni pecoris morbos detegendi* (»Eine neue Erfindung, durch Beklopfen des Brustkorbes des Menschen versteckte Krankheiten der inneren Brustorgane zu entdecken«). Allerdings blieb diese Methode, obwohl Stoll sie anerkannte, in Österreich zunächst wenig verbreitet. Als Begründer der experimentellen Pharmakologie, deren Methoden auf Selbstversuch, Tierversuch und Patientenversuch beruhte, kann Anton Störck, der Leibarzt Maria Theresias ab 1766, gelten. Die moderne Balneologie schuf Johann Nepomuk Crantz, der 1777 500 Bäder der Monarchie beschrieben hat. Johann Peter Frank war der Schöpfer der wissenschaftlichen Hygiene, Johann Lukas Boer ein Spezialist für Geburtshilfe, der zu den Grundsätzen der natürlichen Geburtshilfe zurückkehrte, die ohne Verwendung von Instrumenten – vor allem Zangen – auskommen sollte. Er machte auf Wunsch Josephs II. eine Reise nach Holland, England, Frankreich und Italien, um die neuesten Erkenntnisse zu studieren, und wurde 1788 Leibarzt des Kaisers.[32]

Eine Reise nach Paris 1777 inspirierte Joseph II. zu einer weiteren medizinischen Gründung in Wien. Er nahm das Hôtel de Dieu, damals eines der modernsten Krankenhäuser Europas, zum Vorbild für das Allgemeine Krankenhaus, das unter der Leitung von Joseph Freiherr von Quarin am Alsergrund auf dem Gebiet des von Leopold I. gegründeten Großarmenhauses 1783/84 entstand *(Abb. 11, S. 33)*. Das Krankenhaus hatte

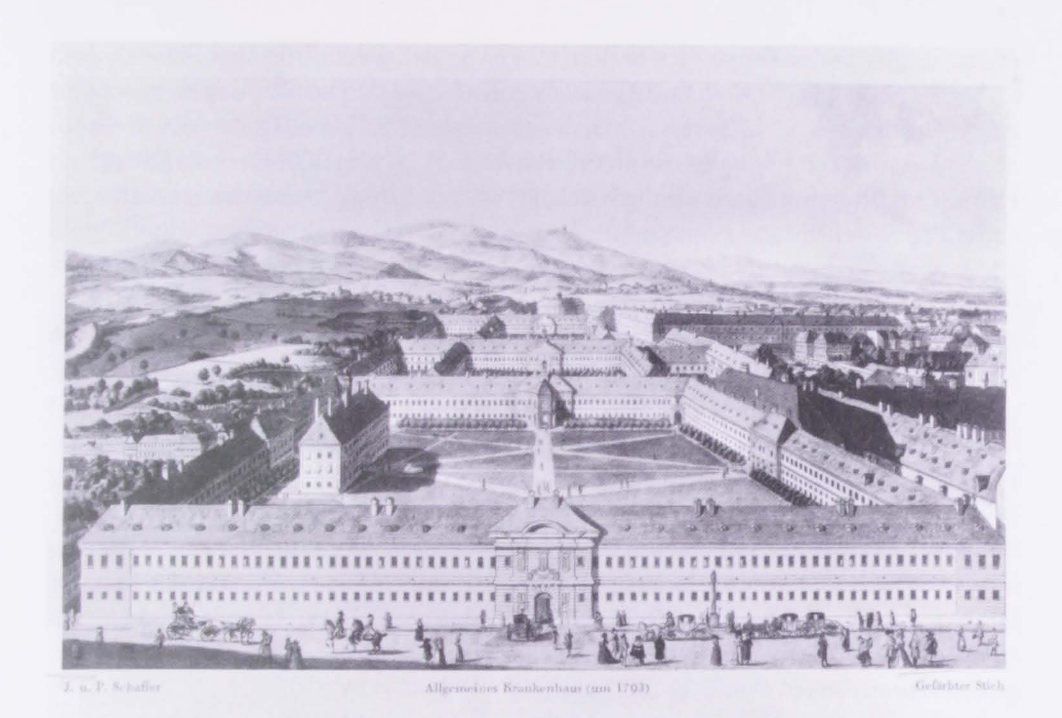


Abb. 11: Allgemeines Krankenhaus

fünf Abteilungen: neben einem allgemeinen Krankenspital noch ein Gebärhaus, ein Tollhaus, Siechenhäuser und ein Findelhaus. Es war für 2.000 Patienten angelegt und hatte 111 Krankensäle, 61 für Männer und 50 für Frauen.

Neuartig war das Gebärhaus, das Frauen jeden Standes anonym die Möglichkeit gab, ihr Kind auf die Welt zu bringen – Josephs Position war dabei weniger von der Moral seiner Mutter, als von den populationistisch-utilitaristischen Ideen der Aufklärung geprägt. Ebenso neuartig war der Narrenturm oder das Tollhaus – von der Bevölkerung »Kaiser-Joseph-Gugelhupf« genannt –, das in fünf Stockwerken 28 Zellen enthielt, die von einem zentralen Gang durch schlitzartige Fenster zu beobachten waren.

Viele der technischen und wissenschaftlichen Fortschritte, die uns heute selbstverständlich sind, riefen im späten 18. Jahrhundert das Interesse der gebildeten Öffentlichkeit hervor, wie z.B. die Elektrizität. Andere Ereignisse konnten auch die Massen der Bevölkerung ansprechen. 1783 verwirklichte sich z. B. ein alter Traum der Menschheit, der Traum, fliegen zu können. Die Brüder Joseph und Étienne Montgolfier führten in Paris den ersten Ballonflug durch, der auch in den Medien der Habsburgermonarchie regen Widerhall fand. Auch erste Versuche im Lande selbst erfolgten schon bald, 1783 in Graz und ein Jahr später auch in Wien. Auf größtes Publikumsinteresse stießen dann die Versuche des k.k. Lustfeuerwerkers Johann Georg Stuwer im Wiener Prater, der 1784 den

ersten frei fliegenden bemannten Ballon startete, 1790 kam der bekannte Franzose Jean Pierre Blanchard nach Wien und konnte hier eine erfolgreiche »Luftreise« unternehmen. Fliegen war jedenfalls ein Thema, das im späten 18. Jahrhundert die Menschen bewegte. Diese ersten Versuche standen alle unter dem Prinzip des »Fliegens leichter als Luft«.[33] Im Gegensatz dazu widmete sich der aus der Schweiz gebürtige Jakob Degen, der seit 1792 als Uhrmachermeister in Wien arbeitete, einer anderen Form des Fliegens und machte flugtechnische Versuche, die 1808 zur Erbauung eines Schwingenfliegers führten, den er 1810 in Laxenburg dem Kaiser und dem Hof vorführte. Er stand damit am Beginn der Entwicklung des »Fliegens schwerer als Luft«, die sich letztendlich durchsetzen sollte.[34]

Die Stadt als Schauplatz der Politik

Alle Ereignisse der Stadtgeschichte, die über den Bereich der lokalen Geschichte hinaus von Bedeutung und Interesse waren, hängen nicht zuletzt mit der Präsenz des Hofes in Wien zusammen. Einerseits waren es militärische Aktionen, welche die Stadt betrafen, andererseits diplomatische Treffen und Friedensschlüsse, die ebenfalls mit der habsburgischen europaweiten Politik zu tun hatten.

Am Beginn der Frühen Neuzeit war seit der Schlacht von Mohács im Jahre 1526, in der die Ungarn gegen ein osmanisches Heer eine vernichtende Niederlage erlitten hatten, die Auseinandersetzung mit den Osmanen ins Zentrum der habsburgischen Außenpolitik getreten. Der Versuch Ferdinands I., seinen Schwager Ludwig II. Jagiello, der aus der Schlacht bei Mohács nicht mehr zurückgekommen war, zu beerben, war in Böhmen – wenn auch mit Schwierigkeiten verbunden – so doch erfolgreich, in Ungarn führte das zu einer Doppelwahl des ungarischen Königs und in der Folge zu einem Krieg zwischen Ferdinand und seinem Widersacher Johann Zapolyai, in den sich die Osmanen einmengten.

Im Zuge dieser Kriegsereignisse, deren Schwergewicht in Ungarn lag, kam es 1529 zur Ersten Wiener Türkenbelagerung. In diesem Jahr drang das Hauptheer der Osmanen unter Sultan Süleyman und dem Großvezir Ibrahim bis nach Wien vor. Die Stadt wurde von Graf Niklas Salm verteidigt, der über etwa 10.000 Mann Truppen verfügte, auch der Wiener Bürgermeister Wolfgang Treu blieb in der Stadt. Das osmanische Heer, 150.000 Mann stark, überschritt am 22. September die Landesgrenze, am 23. September erreichte die Vorhut der Osmanen die Landstraße, und schließlich standen die Türken am 25. September mit ihrer gewaltigen Heeresmaschinerie vor den Mauern Wiens. Der Sultan schlug sein Zelt in der Gegend des späteren Neugebäudes – dessen Form angeblich daran erinnern soll – auf. Die Verteidigungsanlagen der Stadt waren in keinem besonders guten Zustand, die Ummauerung war noch nicht »modern«, d.h. nach italienischem Vorbild ausgebaut, was einer Belagerung mit Artilleriebeschuss besseren Widerstand hätte entgegensetzen können, als die mittelalterlichen Mauern der Stadt. Da die

Osmanen keine schwere Belagerungsartillerie mitführten, spezialisierten sie sich auf das Legen von Minen, die eine Bresche in die Mauer schlagen sollten, um einen Sturm auf die Stadt zu ermöglichen. Die Türken hatten gleich nach dem Beginn der Belagerung die Donaubrücken niedergebrannt und damit die Verbindung nach Norden abgeschnitten. Die Angriffe konzentrierten sich auf die Gegend um den Kärntner Turm, Stollen und Minen wurden an verschiedenen Punkten der Stadt unter die Mauern getrieben.

Anfang Oktober war die Lage der eingeschlossenen Stadt schon recht bedrohlich, doch auch die Versorgungslage der Türken und die Disziplin ihrer Truppen ließen zu wünschen übrig. Am 13. Oktober versuchten die Osmanen noch einmal verzweifelt, die Stadt im Sturm zu nehmen. Da der Sultan eine Annäherung eines Entsatzheeres unter Ferdinand und unter Mithilfe der Reichstruppen befürchtete, entschloss er sich in Anbetracht der fortgeschrittenen Jahreszeit am 14. Oktober 1529 zu einem Abbruch der Belagerung. Zwar war die Stadt Wien noch einmal davongekommen, doch der Schock der Türkenbelagerung wirkte lange nach.[35] Einerseits konnte man zwar stolz sein, der Belagerung widerstanden zu haben, wie es etwa der Apologet der Stadt Wolfgang Schmeltzl in seinem bekannten *Ein Lobspruch der Hochlöblichen und weitgerümbten Stat Wienn in Osterreich, wölche wider den Tyrannen vnd Erbfeindt Christi … die Hauptbefestigung ist*, der 1548 erschienen ist, beschreibt:

O Edles Wienn! selbs in mir sprach
Du bist die port vnd zir alzeit,
Befestigung der Christenheit!
Der Türck mit ernst frü vnd spat
Sein kopff an dir zerstossen hat!

Doch andererseits war der Schaden an der Stadt selbst groß, dabei muss man noch ins Kalkül stellen, dass 1525 ein verheerender Stadtbrand 400 Häuser der Stadt in Rauch und Trümmer gelegt hatte, im Zuge der Türkenbelagerung 1529 wurden 834 Vorstadthäuser zerstört. Man kann nicht mit Sicherheit sagen, ob der Aufbau der Stadt so schnell erfolgte, oder ob man der Schmeichelei Wolfgang Schmeltzls so sehr misstrauen muss, denn dieser beschreibt schon knapp 20 Jahre später die Stadt in glühendsten Farben:

Als dann ich bsicht die Stadt mit fleiß,
Vnd maint ich wer im Paradeiß.
Wie gweltig höff, hewser ich fandt
Khaum gesehen in einem landt!
An hewsern außen vnd innen gmäl,
Als werens eytel Fürsten säl!
Mit thürnen, festen gibelmaurn,
Für feind vnd fewr wol für traurn.

Unbeschadet der Frage, wie schnell und erfolgreich der Wiederaufbau der Stadt nach dem großen Brand 1525 und der Türkenbelagerung von 1529 vor sich ging, erst sehr langsam erholte sich das Image der Stadt – um es modern auszudrücken – von der Belagerung 1529. Schon drei Jahre nach der Ersten Türkenbelagerung zeichnete sich eine



Abb. 12: Wien-Ansicht aus dem Städtebuch von Braun-Hogenberg, 1572

erneute Katastrophe ab, das Heer Süleymans zog wieder gegen Westen – mit dem Ziel, Wien erneut zu belagern und diesmal die Stadt des Goldenen Apfel auch wirklich einzunehmen. Allerdings war die Ausgangslage dieses Mal etwas günstiger für die Habsburger, denn ein Reichsheer unter der Führung des Kaisers Karl V. stand bereit, um zugunsten der Stadt Wien einzugreifen. Das osmanische Hauptheer zog durch Ungarn und biss sich an der kleinen Festung Güns/Köszeg (heute nahe der österreichischen Grenze) fest, wo es Nikolaus Juritschitsch gelang, die Festung gegen das zahlenmäßig übermächtige Heer des Sultans zu halten und damit den Weitermarsch der Truppen gegen Wien zu verhindern. Nur die meist tatarischen Streifscharen kamen in den Osten Österreichs und zogen sengend und plündernd durch das Land. Am 19. September 1532 konnten sie unter ihrem Führer Kasim Beg am Steinfeld bei Wiener Neustadt in einer Feldschlacht gestellt und aufgerieben werden.[36]

Bis zum Jahre 1683 sollte Wien von der Macht der osmanischen Kriegsmaschinerie verschont bleiben, aber selbstverständlich wussten das die Zeitgenossen nicht, und die Furcht vor dem Gegner, die durch Gräuelberichte aller Art verstärkt wurde, blieb bestehen *(Abb. 12)*. Erst nach dem »langen Türkenkrieg« Rudolfs II. 1593 bis 1606, in dem mit dem Fall der Festung Raab/Györ 1594 ein Einfall bis vor Wien möglich schien, wurde langsam klar, dass diese Gefahr geringer war als gedacht.[37] Ein großes Glück, das zum Teil auch der geschickten kaiserlichen Diplomatie in Istanbul zu verdanken war, bildete die Tatsache, dass man die Osmanen in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges ruhig halten konnte, sodass der gefürchtete Zweifrontenkrieg nicht zustande kam. Zwischen 1606 und 1663 herrschte Frieden in Ungarn, und Wien konnte sich in dieser Zeit unbeschadet der osmanischen Bedrohung entwickeln. Nach dem kurzen Krieg 1663 zeichnete





Abb. 13: Medaille auf die Zweite Türkenbelagerung

sich ein Wandel in der Politik der Hohen Pforte ab. Zwar war das Osmanische Reich keineswegs mehr so mächtig wie im 16. Jahrhundert, und viele Symptome des Verfalles zeigten sich. Das System der Lehensvergabe wurde erblich, wodurch auch die untüchtigen Söhne zum Reiter-Aufgebot des Sultan, den Sipahis, gehörten. Auch die ursprünglich aus der Knabenlese – eine Art von »Abgabe« auf dem Balkan in Form von Kindern, die am Hof des Sultans erzogen wurden – stammende Elite, die Devşirme-Klasse, aus der sich unter anderem die Fußtruppe der Janitscharen rekrutierte, verfiel zunehmend. Technische Rückständigkeit, ein geringes Innovationspotential und das Fehlen »kapitalistischer« Elemente in der osmanischen Gesellschaft taten ein Übriges für den Verfall der Macht. Doch unter den Veziren aus der Familie Köprülü, Ahmet und Mehmet und deren Nachfolger Kara Mustapha, war es zu einer Reform des Reiches gekommen, die vor allem die militärische Kraft stärkte.

So kam es nach über 150 Jahren wieder zu einer Belagerung Wiens durch die Osmanen *(Abb. 13)*. Am 31. März brach das vermutlich fast 200.000 Mann starke osmanische Heer gegen Westen auf, noch war das Ziel nicht völlig klar, erst Ende Juni gab der Großvezir Kara Mustapha, der an der Spitze der Armee stand, in Stuhlweißenburg/Székésféhérvár den Entschluss zum Marsch auf Wien bekannt. Während das gewaltige Heer im Anmarsch war, flohen zwischen 30.000 und 60.000 Menschen aus der Stadt, darunter am 7. Juni 1683 der Kaiser mit seinem Hofstaat. Die Verteidigung Wiens lag in Händen des Stadtguardia-Obristen und Stadtkommandanten Ernst Rüdiger Graf Starhemberg, der am 12. Juni den Befehl gab, die Vorstädte niederzubrennen. Ihm standen etwa 11.500 Soldaten zur Verfügung, mit deren Hilfe er die Stadt verteidigen musste. Der Anteil der Wiener Bürgerschaft unter dem Bürgermeister Andreas Liebenberg – er

starb am 9. September 1683 in der belagerten Stadt – war in der Literatur des 19. Jahrhunderts umstritten, da man den Wiener Bürgern den Vorwurf machte, zuwenig für die Verteidigung der Stadt getan zu haben.

Am 14. Juli begann das osmanische Heer die Stadt einzuschließen, Kara Mustapha schlug sein Zelt auf der Schmelz auf. Schon am nächsten Tag setzte der Artilleriebeschuss ein, bereits am 23. Juli versuchten die Osmanen zum ersten Mal die Burgbastei zu stürmen, diese Kämpfe hielten bis in den August hinein an.

Die Belagerungsarmee lag vor allem im Westen der Stadt. An den Hängen des Wienerwaldes zwischen Hütteldorf und der Donau war der Großteil des türkischen Lagers konzentriert. Neben dem Artilleriebeschuss der Stadt war auch das Graben von Gängen unter den Wällen, in denen man Minen zur Explosion brachte, ein Mittel, um eine Bresche zu schlagen, die zum Sturm der Festung führen konnte. Die Annäherung an die Stadtmauern erfolgte durch das Graben von Gräben, deren Zickzackverlauf charakteristisch ist. Hauptangriffsziel der Osmanen war dabei die Gegend zwischen Löwel- und Burgbastei, nach heutigen Gegebenheiten also etwa die Gegend des Ringes zwischen Rathaus und Kunsthistorischem Museum.

Die Situation der Belagerten wurde immer schlimmer, die Nahrungsmittelversorgung funktionierte nicht, Seuchen wie die Rote Ruhr grassierten, und die Osmanen kamen in der Gegend der Burg- und Löwelbastei immer näher an die Stadt heran, die beinahe sturmreif war. Nur noch 4.000 Verteidiger waren in der Stadt.[38] Durch die lange Belagerung wurden die Lebensmittel knapp, es kam in Wien zu Preisregulierungen, der Stadtmagistrat verordnete:

Es wird jedermann ohnedies bekannt sein, daß von der Zeit der Belagerung an die Preise der Waren, sonderlich aber der Eßwaren, die zur Aufrechterhaltung des menschlichen Lebens unentbehrlich vonnöten sind, hier sehr gestiegen und wider alle Billigkeit dermaßen erhöht worden sind, daß weder der gemeine Mann noch viel weniger der Soldat diese zu so hohem Wert bezahlen, sondern einer mit dem andern, wenn hier nicht gebührendes Einsehen geschieht, künftig große Not leiden müßte … damit solcher Wucher beendet werde… (wird festgesetzt, was bestimmte Lebensmittel) … vorher gekostet haben und wie sie jetzt taxiert werden:

Das Pfund Rindfleisch früher 3 1/2, jetzt 6 Kreuzer
Kalbfleisch früher 4 jetzt 9 Kreuzer
Schweinefleisch früher 5 jetzt 8 Kreuzer
Ein Maß Wein, der beste aber jetzt 8–10 Kreuzer
Ein Paar Hühner früher 8 jetzt 24 Kreuzer
Ein Laib Brot von drei Pfund früher 2 jetzt 4–6 Kreuzer
Geben zu Wien, den 6. August 1683.[39]

Auch die hygienischen Verhältnisse ließen mehr noch als sonst zu wünschen übrig, Seuchen machten der belagerten Stadt zu schaffen und dezimierten auch die Zahl der Soldaten. Der Wiener Stadtschreiber Dr. Nikolaus Hocke berichtete:

Da die Bürgerschaft teils durch den Feind, teils aber durch die Rote Ruhr ziemlich abgenommen hat, krank geworden oder gestorben ist, haben sich die Stadthauptleute wegen der täglichen Stellung der Mannschaft beschwert. Deswegen hat der Rat eine neue Repartition gemacht und von den gezogenen 1332 Bürgern 555 Mann, dann von den andern fünf Kompanien 245 Mann, also 800 Mann, täglich zum Wachen und Schanzen geschickt; daneben hat er dennoch 300 Mann in Reserve und Bereitschaft gehalten, so daß die Arbeiten und Wachen ohne Klage Ihrer Exzellenz des Kommandanten versehen worden sind.

Mittlerweile aber wandte sich das Blatt, das Entsatzheer unter Karl von Lothringen rückte gegen Wien vor. Auch der König von Polen, Jan III. Sobieski, mit dem der Kaiser Ende März ein Bündnis geschlossen hatte, brach Mitte August von Krakau/Kraków aus gegen Wien auf.

Es war höchste Zeit für die Stadt. Am 3. September hatten die Belagerungstruppen nach schweren Kämpfen den Burgravelin eingenommen, ein Hauptsturm auf die Löwelbastei am Tag darauf konnte gerade noch abgewehrt werden, wenige Tage später kam es zur Eroberung einer Vorbefestigung zwischen Löwel- und Burgbastei durch die Türken.

Am 11. September wurde der Kahlenberg von den Entsatztruppen besetzt, den Schlachtplan für die Entsatzschlacht arbeitete Karl von Lothringen aus, den nominellen Oberbefehl führte der polnische König. Am 12. September griff das Entsatzheer überraschenderweise vom Kahlenberg her die osmanischen Truppen an. In kurzer Zeit war die Schlacht für die Allianztruppen entschieden, die Osmanen flohen unter Zurücklassung ihres Lagers, konnten aber nicht verfolgt werden.

Am 13. September 1683 zog König Jan III. Sobieski feierlich in Wien ein, erst am Tag darauf konnte Kaiser Leopold I. das Gleiche tun. Am 15.September trafen die beiden in Schwechat erstmals zusammen. Ihr Gegenspieler Kara Mustapha hatte ein großes gewagtes Spiel gespielt und verloren, am 25. Dezember 1683 wurde er in Belgrad/Beograd hingerichtet.

Parallel mit diesen Kriegen gegen das Osmanische Reich in Ungarn verliefen auch die verschiedenen Erhebungen der ungarischen Adeligen, die sich in ihren ständischen und religiösen Freiheiten durch die Habsburger bedroht sahen. Einige dieser Ereignisse hatten auch eine unmittelbare Auswirkung auf Wien. Der Einfall des siebenbürgischen Herrschers Bethlen Gábor bis vor die Tore Wiens steht im Zusammenhang mit den Ereignissen in Böhmen am Beginn des Dreißigjährigen Krieges und wird weiter unten behandelt werden müssen.

Einen weiteren Höhepunkt erreichten die Konflikte zwischen den Habsburgern und den ungarischen Ständen nach dem Türkenkrieg 1664. In diesem Krieg[40] gewannen die habsburgischen Truppen zwar die entscheidende Schlacht bei Mogersdorf und St. Gotthard, aber im Friedensschluss von Eisenburg/Vasvár gaben die Habsburger klein bei, um sich den Rücken für die Auseinandersetzungen mit Frankreich frei zu halten. Die Empörung des ungarischen Hochadels, der Magnaten, führte zu einer Reihe von Aufständen, die im Jahre 1666 mit der so genannten »Magnatenverschwörung« begannen. Einem der

Führer dieses Magnatenaufstandes, Franz Graf Nadasdy wurde in Wien der Prozess gemacht, der am 30. April 1671 mit seiner Hinrichtung in der Ratsstube des alten Wiener Rathauses endete. Damit war die Situation in Ungarn noch lange nicht bereinigt. Der Magnat Emmerich Thököly heiratete die Tochter Peter Zrinyis (eines der weiteren hingerichteten Magnaten), die auch die Witwe des Führers des ungarischen Widerstandes Franz I. Rákóczy war. Thököly selbst, aber auch sein Stiefsohn Franz II. Rákóczy sollten in den Jahren bis 1711 eine wesentliche Rolle im Kampf gegen die Habsburger spielen. 1703 begann sich der Widerstand gegen die verhasste habsburgische Dynastie wieder zu formieren und führte zum so genannten »Kuruzzenaufstand«. Diese Kuruzzen fielen mehrfach im Osten Österreichs ein und bedrohten auch die Stadt Wien, ihre Angriffe am 13. März und am 11. Juni 1703 wurden abgewehrt. Prinz Eugen regte daher den Aufbau einer zweiten Befestigungslinie vor der Stadt zum Schutz vor den Kuruzzen an. Aufgrund eines kaiserlichen Hofdekrets vom 17. Dezember 1703 wurde eine allgemeine Schanzsteuer eingeführt, und der Hofmathematiker Johann Jakob Marinoni entwarf die Pläne für den Linienwall *(Abb. 14)*. Alle Einwohner Wiens zwischen 18 und 60 mussten



Abb. 14: Plan von Wien von Leander Anguissola und Jakob Marinoni, 1706



Abb. 15: Gefecht zwischen kaiserlichen und ständischen Truppen am 25. Oktober 1619 im Norden vor Wien, Gemälde von Peter Snayers

Schanzarbeit leisten, dadurch wurde der Wall in knapp über einem Monat Arbeit beendet, allerdings erst 1738 mit Ziegeln gemauert. Der Linienwall war nicht nur eine Verteidigungsanlage, sondern auch eine Mautlinie.[41] Zwar kamen die Kuruzzen in den nächsten Jahren noch einige Male nach Ostösterreich, aber Wien wurde nicht mehr bedroht, im Jahre 1711 kehrte mit dem Frieden von Szatmár mit Rákóczi Ruhe ein.[42]

Eine andere militärische Bedrohung der Stadt hängt mit den religiösen Konflikten zusammen, die zum Dreißigjährigen Krieg führten. Nach der Erhebung der böhmischen Stände gegen die Habsburger, die spektakulär mit dem Prager Fenstersturz begann, rückten die Truppen im Mai 1619 gegen Wien vor, Anfang Juni übersetzten sie die Donau bei Fischamend und eroberten die südlichen und westlichen Vorstädte. Schon am 13. Juni brach allerdings der Führer des böhmischen Heeres Heinrich Matthias Thurn-Valsassina die Belagerung der Stadt ab und zog nach Böhmen.[43] Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen am Beginn des Dreißigjährigen Krieges steht auch der Vormarsch des siebenbürgischen Fürsten Gabriel Bethlen (Bethlen Gábor) auf Wien, der im November 1619 in (Kaiser-)Ebersdorf vor den Toren der Stadt lagerte. Seine religiöse Position als Calviner hatte ihn ebenso wie sein Ehrgeiz dazu geführt, sich mit den böhmischen Protestanten gegen den Kaiser zu verbünden, er gab allerdings die aussichtslos scheinende Belagerung der Stadt auf und zog mit seinen Truppen ab. Seine weitere Position im

Dreißigjährigen Krieg war durchaus schwankend, er wurde 1620 zum ungarischen König gewählt, verzichtete 1621 in einem Friedensschluss mit dem Kaiser auf diese Würde, schloss sich allerdings 1626 wieder der antihabsburgischen Koalition an *(Abb. 15, S. 41)*.

Diese Bedrohung der Stadt Wien von Seiten der böhmischen »Aufständischen« im Jahre 1619 war bald vorbei, denn im darauffolgenden Jahr wurden die böhmischen Stände in der entscheidenden Schlacht am Weißen Berg geschlagen, ein Ereignis, das auch für die Gegenreformation in Österreich von maßgeblicher Bedeutung war.[44]

Im Zuge des Dreißigjährigen Krieges, der durch den »böhmischen Aufstand« ausgelöst wurde, kam Wien noch einmal in militärische Bedrängnis. 1645 zogen schwedische Truppen am linken Donauufer bis auf die Höhe des Unteren Werds, eroberten im April 1645 die Wolfsschanze (heute etwa Umspannwerk Wien Nord, Wien 21, Jedleseer Straße) und beschossen von dort die kaiserlichen Truppen in der Brigittenau. Dabei ereignete sich der Sage nach das so genannte »Kugelwunder«: Erzherzog Leopold Wilhelm,[45] der jüngere Sohn Ferdinands II. und Feldherr im Dreißigjährigen Krieg, stand an der Spitze der eilig zusammengezogenen kaiserlichen Truppen, eine Kanonenkugel traf der Legende nach sein Zelt, als er gerade beim Gebet kniete, doch er blieb unverletzt. Dies soll sich am Tag der hl. Brigitta ereignet haben – was aber nicht stimmen kann. Gemeinsam mit einigen anderen Legenden bildete das den Anlass zur Stiftung einer Kapelle (Brigittakapelle im 20. Bezirk) durch Kaiser Ferdinand III., die 1645–1651 von Filiberto Lucchese als achteckiger Zentralbau errichtet wurde. Historische Tatsache hingegen ist, dass es Erzherzog Leopold Wilhelm am 31. Mai 1645 gelang, die Wolfsschanze von den Schweden zurückzuerobern, wodurch die Bedrohung der Stadt zu Ende war.

Die andere Seite der kaiserlichen Politik, die in der Residenzstadt ihre Spuren hinterließ, war mit der Rolle Wiens als Schauplatz für Staatsbesuche, Einzüge von Botschaftern und Verhandlungen von Friedensschlüssen gegeben. Sicherlich war kaum eines dieser Treffen für das weitere Schicksal eines ganzen Landes so bedeutend wie der Wiener Kongress und die Doppelhochzeit von 1515, aber aus der großen Zahl solcher gesellschaftlich-politischer Ereignisse sollen einige hervorgehoben werden. Ohne Zweifel war z.B. der oben erwähnte Besuch des bayerischen Herzogs 1560 in Wien ein besonderes Ereignis für die Stadt, denn bei dieser Gelegenheit versuchten die Habsburger ihren wittelsbachischen Verwandten mit einem Prunk zu beeindrucken, den dieser von seinem kunstsinnigen Hof in München gewohnt war.

Von den vielen Diplomaten, die am Kaiserhof in Wien präsent waren und feierlich in die Stadt einzogen, waren sicherlich die pittoresken orientalischen Gesandtschaften für die schaulustigen Wiener die größte Sensation. Immer wieder kamen im Zuge der diplomatischen Verhandlungen mit dem Osmanischen Reich türkische Gesandtschaften nach Wien, so empfing etwa 1634 der Wiener Bürgermeister Daniel Moser einen türkischen Botschafter, der im Gasthaus »Goldener Bär« am Fleischmarkt untergebracht wurde. Besonders spektakulär gestaltete sich am 30. Januar 1700 der Einzug des türkischen Großbotschafters Ibrahim Pascha in Wien knapp nach dem Abschluss des Friedens von Karlowitz/Sremski Karlovci.[46]

1783 traf eine Gesandtschaft aus Marokko in Wien ein, die mit dem Kaiser Verhandlungen über einen Handels-, Friedens- und Freundschaftsvertrag führte. Der Pascha von Tanger Muhamed Ben Abdil Malik wurde von einem Gefolge von 22 Personen begleitet, hatte Audienzen bei Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg, Rudolf Graf Colloredo und schließlich am 28. Februar 1783 bei Joseph II. und machte auf die Wiener Bevölkerung einen besonderen Eindruck. Der Besuch der Botschaft, die im »Kalkreiterischen Haus« in der Vorstadt Wieden residierte, war der Höhepunkt des gesellschaftlichen Lebens im Jahre 1783 und fand in Straßennamen, Wirtshausschildern und zeitgenössischen Darstellungen einen reichen Niederschlag.[47]

Von den unzähligen anderen Staatsbesuchen soll nur der vierzehntägige Aufenthalt von Zar Peter dem Großen 1698 hervorgehoben werden. Er reiste inkognito – allerdings hatte er auch Audienz bei Kaiser Leopold, mit dem er über das Osmanenproblem verhandelte, und es wurden Feste zu seinen Ehren veranstaltet, er wohnte im gräflich Königsegg'schen Palast in Gumpendorf (Wien 6, Ecke Gumpendorfer Straße und Esterhazygasse).[48]

Als Folge der Tatsache, dass Wien die Residenz der Habsburger war, fanden nach kriegerischen Auseinandersetzungen viele der Verhandlungen, die zu Friedensverträgen führten, in Wien statt. So wurde der Aufstand des ungarischen Magnaten Stefan Bocskay während des »langen Türkenkrieges« Rudolfs II. 1606 im Wiener Frieden durch Erzherzog Matthias beendet. Bocskay wurde in diesem Friedensschluss als Fürst von Siebenbürgen und Herr über einige ungarische Gespanschaften anerkannt, die Würde des Palatins (ein Art Statthalter des Königs) in Ungarn lebte wieder auf und der Türkenkrieg sollte beendet werden, was in weiterer Folge zum Frieden von Zsitva Torok mit den Osmanen führte. Dieser Vertrag, der durch die böhmischen, mährischen und österreichischen Stände garantiert wurde, bildete in der Folge die Vorgeschichte des »Bruderzwistes« zwischen Matthias und seinem kaiserlichen Bruder, der den Vertrag nicht anerkennen wollte.[49]

Ein ähnlicher Friedensschluss erfolgte 1624 mit Gabriel Bethlen, der ebenfalls gegen den Kaiser in Ungarn – und wie wir gesehen haben – auch vor Wien kämpfte. Er hielt sich nach dem Frieden von Nikolsburg/Mikulov vom 31. Dezember 1621, in dem er unter dem Eindruck der ständisch-protestantischen Niederlage auf dem Weißen Berg dem ungarischen Königstitel entsagte und dafür Reichsfürst von Oppeln und Ratibor wurde, nicht an die Vereinbarungen, begann 1623 wieder einen Feldzug gegen die Habsburger und verhandelte mit den Türken, England, Frankreich und Venedig. In Wien setzte sich allerdings die Friedenspartei unter Johann Ulrich Eggenberg durch, und der Kaiser entschloss sich zum Vergleich. Das führte zum Frieden von Wien am 8. Mai 1624 mit Bethlen.

Auch in den vielen kriegerischen Ereignissen des 18. Jahrhunderts war Wien immer wieder Ort der Friedensschlüsse und Bündnisverträge, am 16. März 1731 erkannte England im Wiener Vertrag die Pragmatische Sanktion an, am 18. November 1738 beendete der Wiener Friede, der den Wiener Präliminarfrieden von 1735 bestätigte, den polnischen Thronfolgekrieg. Die beiden Konkurrenten wurden jeweils mit Territorien ausge-

stattet, August von Sachsen erhielt dabei Polen, Stanislaus Lesczynski durfte zwar den Titel eines polnischen Königs führen, erhielt aber real die Herzogtümer Bar und Lothringen, auf die Franz Stephan von Lothringen zugunsten der Toskana verzichtete.[50]

Am 3. Jänner 1778 wurde die Wiener Konvention in der bayerischen Erbfolgefrage abgeschlossen. Nach dem Aussterben einer Linie des Hauses Wittelsbach versuchte Joseph II. das Land an sich zu bringen. Er hatte sich mit dem Wittelsbacher Karl Theodor von der Pfalz verständigt, der Pfälzer verzichtete auf das bayerische Gebiet gegen die Zusage, ihm bei der Beschaffung von Reichsfürstentümern für seine illegitimen Söhne behilflich zu sein. Doch ein Protest Karls von Zweibrücken (hinter dem wohl Friedrich II. von Preußen stand) führte schließlich dennoch zum bayerischen Erbfolgekrieg.[51]

Spezifisch für die Stadt ist wohl, dass die meisten Ereignisse, die über den lokalen Rahmen hinaus bekannt sind, mit der Dynastie der Habsburger und ihrer Politik in Verbindung stehen. Das Verhältnis zwischen Stadt und Hof ist ein sehr kompliziertes und komplexes Wechselspiel, in dem Konflikte, aber auch Zusammenarbeit und Integration von Menschengruppen in den jeweils anderen Bereich eine wesentliche Rolle spielen. Sicherlich hat in Wien der Hof dominiert, die kulturellen Aktivitäten wurden von ihm ebenso geprägt, wie die soziale Gestaltung durch die Anwesenheit der herrscherlichen Zentralbehörden beeinflusst wurde. Aber andererseits hat das auch infrastrukturelle Veränderungen der Stadt ermöglicht, soziale und wirtschaftliche Impulse gegeben, von denen in der Folge noch die Rede sein wird. Die Stadt und ihre Bevölkerung bildeten auch den Rahmen, das Publikum für den Hof und seine politischen und kulturellen Aktivitäten, ohne allerdings selbst eine politische Rolle spielen zu können.

Schwierig ist die Vereinigung von städtischem Regiment und städtischem Unabhängigkeitsstreben mit der Anwesenheit des Fürsten, der dieser Gemeinschaft seinen Stempel aufprägen will. Die Einschränkungen städtischer Autonomie, die schon im mittelalterlichen Wien durch die Residenzfunktion spürbar waren, können in der Frühen Neuzeit massiv festgestellt werden. Wien ist damit sicherlich ein politisches und kulturelles Zentrum in Mitteleuropa, doch weniger aus eigener Kraft, denn aus der Funktion als Residenzstadt der Landesfürsten und Kaiser des Reiches, der Habsburger. Diese Dynastie gab der Stadt Wien – vor allem seit dem 17. Jahrhundert – ihr internationales Prestige und machte sie zu einer der wichtigsten Städte des europäischen Kontinents.

Anmerkungen

1 Vgl. allgemein Vocelka - Heller, Lebenswelt, und Vocelka, Rudolf II. und seine Zeit.

2 Vocelka, Port.

3 Vgl. dazu zusammenfassend Hirsch, Residenz im späten Mittelalter; besonders aber Engel - Lambrecht, Hauptstadt 11–31, dort auch neuere Literatur zur Forschungsdiskussion.

4 Kraus, Itinerarium.

5 Vgl. dazu Žolger, Hofstaat.

6 Gerhartl, Steinfeld.

7 HUMMELBERGER - PEBALL, Befestigungen Wiens.
8 Zur Residenz vgl. KÜHNEL, Hofburg, KÜHNEL, Beiträge, und VOCELKA/HELLER, Lebenswelt.
9 LIETZMANN, Neugebäude.
10 GIESE, Wiener Menagerien, 7 ff., und allgemein GRÜLL, Elefant, und PESENDORFER, Elefantenreise.
11 Vgl. zu den Festen allgemein VOCELKA, Wiener Feste, 133–148. – Zum Einzug 1558 FEIL, Kaiser Ferdinand's Einzug.
12 Vgl. vor allem SCHEYRER, Wiener Schützenwesen.
13 Eine genaue Beschreibung bei SCHIMMER, Alt und Neu Wien, 649 ff.
14 Vgl. FRANCOLIN, Wahrhafftiger Ritterlicher Thaten.
15 WÜNSCH, Einzug, 9–24, und JÄGER-SUNSTENAU, Schützenfest, 138–143.
16 VOCELKA, Habsburgische Hochzeiten.
17 Vgl. die Kataloge Prag um 1600, und FUČIKOVÁ (Hg.), Rudolf II. und Prag.
18 PRADEL, Wiener Bürgermeister, 178 ff.
19 Vgl. ELIAS, Höfische Gesellschaft, DUINDAM, Court, und EHALT, Ausdrucksformen.
20 VOCELKA - HELLER, Lebenswelt, 256.
21 LORENZ, Imperial Hofburg.
22 KÜHNEL, Beiträge, 280.
23 IBY – KOLLER, Schönbrunn.
24 HADAMOVSKY, Barocktheater.
25 DIETRICH, Goldene Vlies-Opern.
26 STUMMVOLL, Nationalbibliothek.
27 SOMMER-MATHIS, Tu felix Austria nube.
28 PEMMER – LACKNER, Prater.
29 LESKY, Gesundheitswesen, 192 f., und LESKY – WANDRUSZKA (Hg.), Gerard van Swieten.
30 HERRMANN, Lehrkörper.
31 Österreichische Naturforscher, 107.
32 HERRMANN, Lehrkörper.
33 Vgl. Österreich zur Zeit Kaiser Josephs II., 146–147, dort auch die ältere Literatur, dazu allgemein STANGLER, Luftfahrt.
34 Österreichische Naturforscher, 187–189.
35 HUMMELBERGER, Wiens erste Belagerung; STURMINGER, Türkenbelagerungen; Türken vor Wien; CSENDES, Erinnerungen.
36 GERHARTL, Belagerung.
37 Vgl. VOCELKA, Propaganda, 296 ff.
38 BROUCEK – LEITSCH u.a., Sieg bei Wien; GERHARTL, Belagerung.
39 ACKERL – OPLL – VOCELKA, Chronik Wiens, 92.
40 WAGNER, Türkenjahr 1664.
41 BUCHMANN, Linienwall.
42 BROUCEK, Kuruzzeneinfälle.
43 KRETSCHMER, Sturmpetition.
44 Vgl. dazu unten S. 467 f.
45 SCHREIBER, Leopold Wilhelm.
46 PETERMANN, Wien, 273, und PERGER – PETRITSCH, Goldenes Lamm.
47 Österreich zur Zeit Josephs II., 513 ff., und WITZMANN, Löschenkohl, 46.
48 BENEDIK, Zeremonielle Abläufe, 175 f.
49 LENCZ, Aufstand Bocskays.
50 BRAUBACH, Friedensvermittlung.
51 BERNARD, Joseph II. and Bavaria.



Verfassung und Verwaltung der Stadt

Die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des frühneuzeitlichen Wien wird durch zwei gravierende Ereignisse auf der Normenebene umrahmt, die entscheidenden Einfluss auf die gesamte Verfassungs- und Verwaltungsstruktur der Stadt nahmen. Am Beginn der Epoche steht die Erlassung der Stadtordnung von 1526, die Ferdinand I. nach seinem Herrschaftsantritt im Zuge der Neuorganisation der landesfürstlichen Verwaltung ausarbeiten ließ. Sie sollte über mehr als 250 Jahre hinweg die rechtliche Grundordnung des städtischen Gemeinwesens und damit die Regierungsform, die Einrichtung, die Organisation und die Funktionsweise der Stadtherrschaft und ihrer Organe prägen. Das Ende der Epoche markiert die so genannte Josephinische Magistratsreform von 1783, mit der Joseph II. versuchte, die städtische Verfassung und Verwaltung harmonisch in die Josephinische Staatsreform einzubauen.

Beide Einschnitte verbindet Gemeinsames: Zeitlich erfolgten 1526 wie auch 1783 die Verfassungsänderungen nur einige wenige Jahre nach Übernahme der Herrschaft durch neue Landesfürsten; inhaltlich zielten sie beide Male – entgegen mancherorts geäußerten Ansichten – nicht darauf ab, altes Recht vollkommen zu beseitigen, vielmehr entwickelten sie konsequent im Ansatz bereits erfolgte verfassungsrechtliche Adaptierungen weiter oder normierten in der Praxis bereits gelebte Zustände. Vor einem Eingehen auf diese zwei verfassungsrechtlichen Marksteine soll aber noch kurz die Struktur der Stadtverfassung an der Zeitenwende dargestellt werden.

Stadtherrschaft

Die Stadtherrschaft über Wien[1] wurde abstrakt von zwei Herrschaftsträgern ausgeübt: dem Stadtherrn und der Bürgergemeinde. Deren Rechte und Kompetenzen waren aber nicht völlig gleichgewichtig, sondern verschoben sich je nach den politischen Umständen. Blickt man auf die frühneuzeitliche Geschichte der Stadt Wien, so muss auf lange Sicht ein immer stärker werdendes Überwiegen des stadtherrlichen Einflusses konstatiert werden, der schon in der Stadtordnung von 1526 deutlich zu Tage tritt, aber erst mit der Josephinischen Magistratsreform seinen Höhepunkt erreichen sollte.

Der jeweilige Landesfürst von Österreich unter der Enns war in der Frühen Neuzeit immer auch Stadtherr von Wien. Wien entsprach damit durchgehend dem Typus einer landesfürstlichen Stadt.[2] Als solche gehörte die Stadt mit den anderen landesfürstlichen Städten und Märkten zum landesfürstlichen Kammergut und hatte wegen der damit verbundenen Landstandschaft – die landesfürstlichen Städte und Märkte bildeten den vierten Stand im Landtag – auch Anteil an der Landesherrschaft. Wien war aufgrund seiner Größe, politischen Bedeutung und Wirtschaftsmacht die bedeutendste der un-

terennsischen Städte und damit federführend im vierten Stand, der aber insgesamt über relativ wenig Macht verfügte und von den drei oberen Ständen, dem Herren-, Ritter- und Prälatenstand, im Laufe des 16. Jahrhunderts stark zurückgedrängt werden konnte.[3] Die Vertretung des Landesfürsten in der Stadt oblag dem Stadtrichter, der auf einen rechtlich nicht bindenden Wahlvorschlag des Rats hin formell vom Landesfürsten bestellt wurde. Darüber hinaus wies Wien mit dem Stadtanwalt auch noch ein besonderes landesfürstliches Amt auf, welches in anderen Städten nicht existierte. Der Stadtanwalt wurde vom Landesfürsten ernannt und hatte besondere Aufsichtsrechte im Sinne des Landesfürsten im Stadtrat auszuüben.[4] Er sollte gegen den Landesfürsten gerichtete Beschlüsse verhindern.

Dem Landesfürsten als Stadtherrn gegenüber stand die Bürgergemeinde, ein genossenschaftlicher, durch den Bürgereid verbundener Schwurverband der Wiener Bürger. Landesfürstliche Privilegien gewährten der Stadt Rechte und Freiheiten, die von dieser eifersüchtig gehütet wurden und Grundlage der städtischen Autonomie vor allem im Bereich der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit waren.[5] Wien besaß dennoch »das Höchstmaß an Autonomie, die einer landesfürstlichen Stadt in Österreich zukommen konnte«.[6]

Um 1500 verfügte die Stadt über folgende Gremien:[7] Bürgermeister und Rat, Genannte sowie die Gemein. Der Bürgermeister war der Vorsitzende eines 18-köpfigen Rats, des einflussreichsten Gremiums, das jährlich von den Genannten gewählt wurde. Die Ratsherrenmandate fielen seit 1396 theoretisch je zu einem Drittel an Kaufleute, Erbbürger und Handwerker, wobei jedes Ratsmitglied Hausbesitzer sein musste. Die »200 oder mehr« Genannten entsprachen in etwa dem Typus eines erweiterten »Äußeren Rats«. Sie wurden auf Lebenszeit vom Rat bestellt. Aus ihrer Mitte kamen die Beisitzer des Stadtgerichts. Etwa die Hälfte von ihnen war dem Handwerksstand zuzurechnen. Die Gemein umfasste den Rest der Bürgergemeinde. Sie hatte keine ausdrücklich festgelegte spezifische Funktion, wurde aber bei besonders wichtigen Angelegenheiten herangezogen. Insgesamt dürften sich nach Perger unter den geschätzten 20.000 Einwohnern etwa 2.000 Bürger befunden haben.[8] Einen kleinen (und wohl etwas vereinfachenden) Einblick in das Verfassungsgefüge kurz vor dem Erlass der Stadtordnung von 1526 gibt ein Brief des damaligen Stadtanwalts Dr. Johann Cuspinian (1473–1529) an Markgraf Albrecht von Brandenburg.[9] Cuspinian berichtete von 18 Stadträten, die noch durch Bürgermeister, Stadtrichter und Stadtanwalt ergänzt wurden. Die Kompetenzen des Bürgermeisters umfassten alle bürgerlichen Rechtssachen *(in civilibus)*, die des mit Blutbann versehenen Stadtrichters sämtliche hochgerichtlichen Angelegenheiten *(in criminalibus)*. Der Stadtrat tagte drei Tage die Woche und verhandelte die bürgerlichen Klagen. Ihm stand auch die Gesetzgebungskompetenz bezüglich der städtischen Handwerksordnungen zu. An den restlichen drei Tagen der Woche verhandelte das Stadtgericht unter dem Vorsitz des Stadtrichters und mit den Beisitzern auf der Bürgerschranne Schuldklagen und die hochgerichtlichen Strafsachen.

Die Stadtordnung von 1526

Vorgeschichte

Bald nach der Übernahme der Herrschaftsgewalt in den niederösterreichischen Ländern mit dem Wormser Vertrag und dem Verzicht Kaiser Karls V. von Ende April 1521 ging Ferdinand I. daran, eine neue Behördenstruktur zu schaffen sowie landesfürstliche Rechte zu sichern.[10] Reformationskommissionen durchzogen das Land und visitierten die Kammergüter, darunter auch die landesfürstlichen Städte. Der neugeschaffene Niederösterreichische Hofrat bekam am 15. Oktober 1521 die Instruktion, bestehende Rechte und Freiheiten, die auf Maximilian I. zurückgingen bzw. von ihm bestätigt worden waren, bei Vorlage *auch [zu] bestäten und confirmiren*.[11] Doch hinsichtlich bestimmter Privilegien und Freiheiten wie denjenigen der Stadt Wien sollte der Hofrat vorerst nur die Originale annehmen und Ferdinand I. ein Gutachten erstatten, ob diese Freiheiten *dermassen zu bestätten oder zu minderen oder zu meren* seien. Da die Stadt vorerst nicht um Bestätigung ihrer Privilegien ansuchte, ergriff Ferdinand I. die Gelegenheit und veranlasste am 4. Juli 1522 die Wiener Genannten zu einer demütigenden Auslieferung der Wiener Freiheitsbriefe, die nach Wiener Neustadt gebracht werden mussten.[12] Der nähere Hintergrund dieses Verhaltens liegt in der maßgeblichen Beteiligung der Stadt Wien an den Wirren verborgen, die nach dem Ableben Maximilians I. Anfang 1519 zwischen dem alten Regiment, das nach einer letztwilligen Verfügung Maximilians I. weiter bestehen sollte, und dem von ständischer Seite eingesetzten neuen (Gegen-)Regiment ausgebrochen waren.[13] Der Aufenthaltsort Ferdinands I. war aus mehreren Gründen bezeichnend: Wiener Neustadt war der Zufluchtssitz des entmachteten alten Regiments nach der Bildung des neuen Regiments gewesen, dorthin war auch – pikanterweise auf ausdrücklichen Wunsch der unterennsischen Stände – ein Sondergerichtshof (das später so genannte »Wiener Neustädter Blutgericht« – *Abb. 16, S. 50*) einberufen worden, welcher unter dem Vorsitz von Ferdinand I. vom 10. bis 16. Juli 1522 tagte und die Rädelsführer des Ständeaufstandes wegen Aufruhrs und Aneignung landesfürstlichen Vermögens mit Urteil vom 23. Juli 1522 streng bestrafte.[14] Zehn Wiener Bürger wurden verhaftet, sechs von ihnen – darunter mit Dr. Martin Siebenbürger (Bürgermeister 1521), Hans Rinner (Bürgermeister 1517) und Friedrich von Pieschen (Bürgermeister 1514) drei ehemalige Wiener Bürgermeister – hingerichtet, die restlichen mit Verweisungs- und Geldstrafen belegt.

Am 14. August 1522 hob Ferdinand I. als direkte Folge dieses Gerichtsverfahrens das alte Wiener Gremium der Genannten, eine 200 Personen umfassende Körperschaft Wiener Bürger mit dem Recht zur Ratswahl, auf, weil sie entgegen *guter regierung und policey* ihre Freiheiten und Gewohnheiten missbraucht hätten.[15] Auch die Hausgenossen, ein Konsortium der bürgerlichen Wiener Oberschicht, dem seit dem Mittelalter die Organisation und Verwaltung der Münze, der Handel mit Edelmetall sowie der Geldwechsel oblagen, ereilte dieses Schicksal. Genannte und Hausgenossen sollten in Folge wie alle anderen Wiener Bürger behandelt werden und keinen Vorzug mehr genießen.[16] Da-



Abb. 16: Wiener Neustädter Blutgericht 1522

mit tat sich allerdings ein Verfassungsproblem größeren Ausmaßes auf. Ohne die Genannten konnten weder Rat noch Bürgermeister gewählt werden, auch waren die Beisitzer des Stadtgerichts bislang aus dieser Körperschaft entnommen worden. Nichts weniger als die Besetzung der höchsten Wiener Organe hing damit in der Luft. Ferdinand I. verfügte deshalb noch am 4. Oktober 1522 die Einsetzung von zwölf Beisitzern für das Stadtgericht, am 18. Dezember 1522 – nur wenige Tage vor dem sonst üblichen Bürgermeister- und Ratswahltermin am 21. Dezember – verlängerte er zudem die Funktionsdauer von Bürgermeister, Richter und Rat, sodass keine Vakanzen eintreten konnten.[17] Hintergrund dieser Anordnung war der im fraglichen Schreiben auch angekündigte Plan Ferdinands, der Stadt Wien eine *neue ordnung unnd pollicey* zu geben, welcher aber infolge anderweitiger Arbeitsbelastungen der Niederösterreichischen Hof- und Kammerräte, die federführend in diesem Gesetzgebungsprojekt waren, lange nicht in die Tat umgesetzt werden konnte.

Der ursprünglich angedachte Plan der Kodifikation des städtischen Rechts sah nicht nur eine neue Stadtordnung, die auch eine städtische Policey- und Handwerksordnung enthalten sollte, sondern auch eine eigene Stadtgerichtsordnung vor.[18] Vorerst wurde aber allein eine inhaltlich schlankere Stadtordnung am 12. März 1526 in Augsburg erlassen *(Abb. 17)*.[19] Das Projekt des Einbaus einer städtischen Policey- wie auch Handwerksordnung in die Stadtordnung selbst wurde anscheinend nicht weiter verfolgt, da man auf den baldigen Erlass einer umfassenden Policeyordnung für die niederösterreichischen Länder, der auch bereits im Entwurf vorlag, vertraute. Am 5. Dezember 1527 folgte dann

eine »Policeyordnung und Satzung« für die Wiener Handwerker,[20] die in ihrem allgemeinen Teil identisch war mit der kurz zuvor publizierten *New Pollicey vnd Ordnung der Hanndtwercher vnd dienstuolck* für die niederösterreichische Ländergruppe.[21] Der erhoffte baldige Erlass einer umfassenden »Policeyordnung« für die niederösterreichischen Länder sollte schließlich erst 1542 erfolgen. Waren diese Teile durch andere Gesetze zumindest – wenn auch später – »extern« geregelt worden, so dürfte die geplante Stadtgerichtsordnung überhaupt nicht erlassen worden sein. Sie ist jedenfalls quellenmäßig nicht nachweisbar.[22] Der deutlich sichtbare Drang zur Kodifikation von Ordnungen und Satzungen war zeittypisch: Dort wo landesfürstliche Verwaltungseinheiten sich gerade erst bildeten, mussten sie ihr Terrain sondieren und mittels Gesetzen »ordnen«. Die auch immer weiter ausholende landesfürstliche Gesetzgebungstätigkeit berief sich zudem verstärkt auf die fast alles legitimierende »gute Policey«. Mit diesem ubiquitären Legitimationsmuster hatte der Landesfürst den rhetorischen Schlüssel für den zukünftigen Gesetzesstaat in seine Hand gebracht.

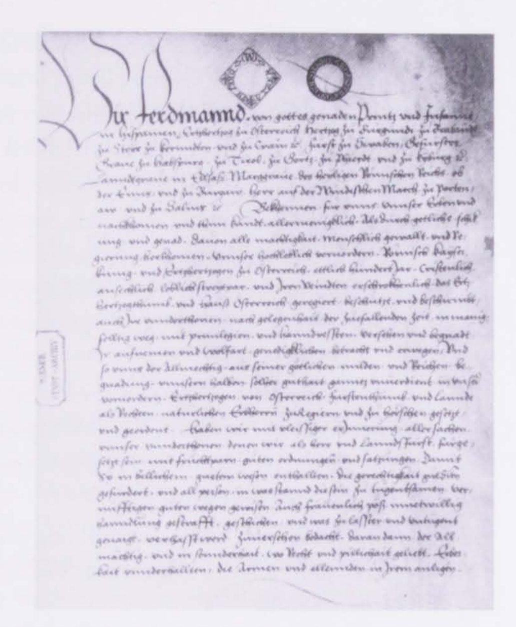


Abb. 17: Stadtordnung von Wien 1526

Inhalt

Die Stadtordnung von 1526 enthält insgesamt 69 Artikel.[23] Grob sachlich gegliedert lassen sich mehrere Themenblöcke herausfiltern: Nach einer *Einleitung* folgt in einem ersten Teil die *Bestätigung diverser Rechte und Freiheiten* (Art. 1–17); ein zweiter Teil enthält *neu erteilte Freiheiten* (Art. 18–22); daran schließen in einem dritten Teil Bestimmungen über die *Stadtregierung* und die *städtischen Ämter* an (Art. 23–48); ein vierter Teil umfasst Regelungen zur *Bürgeraufnahme* sowie zu den *Inwohnern* und *Tagwerkern;* ein fünfter Teil bringt *privatrechtliche Normen* (Art. 49–63); schließlich finden sich in einem sechsten Teil noch relativ ungeordnet Artikel über den *Stadtrichter* und die *Beisitzer*, die *landesfürstlichen Räte und Diener* sowie zum *Bierschankprivileg des Bürgerspitals* (Art. 64–68).

Die Tatsache des Erlasses eines neuen, nun auch erstmals »Ordnung« benannten Stadtrechts in neuer Form wurde wortreich in der Einleitung legitimiert. Weil *die lewff in der natur mit newen geschichten furdrinngen und in sonnderm form und gestallt sich erzaigen*, hätte man eine *new satzung und ordnung der zeit und irer erzaigung gleichformig* be-

dacht. Das Recht des Landesfürsten, das Wiener Stadtrecht *aufzuheben, [zu] mindern oder [zu] meren*, worauf man sich jetzt berief, war schon 1517 in einer Privilegienbestätigung durch Kaiser Maximilian I. als allgemeiner Abänderungsvorbehalt formal in den städtischen Rechtsbestand aufgenommen worden.[24] Diese Formel existierte allerdings schon wesentlich länger. Sie verbreitete sich mit der Frührezeption des römischen Rechts und gehörte seit dem Hochmittelalter zum festen Kern landesfürstlicher Rechtsvorstellungen.[25] Der Text der Einleitung lässt auch deutlich anklingen, dass die Stadtordnung mit Ausschlusswirkung versehen war. Die Bürger sollten nämlich *allain nach diser [...] confirmation, new gegeben freyhaiten, ordnungen vnd satzungen [...] geregiert, gehalten und versehen* werden.

In die Stadtordnung aufgenommen und bestätigt wurden insbesondere eine ganze Reihe vorwiegend wirtschaftlicher *Privilegien* der Stadt meist aus dem 13. und 14. Jahrhundert, die jüngeren sogar in wörtlicher Insertion (Einfügung). Eine chronologisch geordnete Liste ergibt folgendes Bild:[26]

- Albrecht I. über das Niederlagsprivileg (24. Juli 1281)
- Albrecht I. über Schule, Wassergut, Weingartenbau, Weinlese, Befestigung, Burgmaut (12. Februar 1296)
- Friedrich I. über die Kaufleute und die Stadtwaage (8. September 1312)
- Albrecht II. über die Einfuhr ungarischer und welscher Weine (24. Juli 1340)
- Albrecht III. und Leopold III. über den Weinzehent (27. September 1370 als Insert)
- Albrecht III. über die Kaufleute (30. April 1375)
- Albrecht III. über die Jahrmärkte (29. September 1382 als Insert)
- Albrecht III. über die Erbgüter und das Heimfallsrecht (2. Februar 1383 als Insert)
- Ladislaus über die Weingartenüberstücke (12. November 1452 als Insert).

Der *Einganng newer freyhaiten* folgt den bestätigten alten. Sie betreffen zum Großteil den Weinbau und -handel als den bedeutsamsten Wiener Wirtschaftszweig. Auf Bitten der Stadt Wien verbot Ferdinand I. das Aussetzen von Weingärten im Jurisdiktionsbereich des Stadtgerichts – das Stadtgericht fungierte als Landgericht und ging über den städtischen Burgfried hinaus – sowie Weineinfuhr und -ausschank der Geistlichen ohne Privilegien. Wirtschaftliche Sonderbestimmungen privilegierten am Schluss der Ordnung noch die Räte und Diener am landesfürstlichen Hof bzw. in den Zentralbehörden, denen erlaubt wurde, zum Eigenbedarf Wein und andere Nahrungsmittel frei in die Stadt einzuführen. Die Einfuhr von Bier *zu irem lusttrinkhen* bedurfte allerdings einer Anzeige beim Bürgermeister. Letzteres war auch Bürgern zu gestatten. Ansonsten blieb aber das Bierausschankprivileg des Wiener Bürgerspitals unberührt. Hatten die Räte und Diener auf dem Erbweg bzw. über Heirat Nutzungsrechte an Weingärten erworben, so waren sie diesbezüglich den Wiener Bürgern gleichgestellt. Zur Eindämmung der Kompetenzstreitigkeiten der Stadt mit den in ihrem Burgfried gelegenen »fremden« Grundherrschaften erließ der Landesfürst eine neue Regelung, welche die Herrschaftsrechte exakter definierte.[27] Innerhalb des Burgfrieds unterstanden nun ex lege alle fremden Grund-

bücher hinsichtlich *ansprach, vordrungen und irrungen* dem Stadtgericht und nicht der zuvor angemaßten grundherrschaftlichen Jurisdiktion. Allein über die Einziehung öder Gründe durch fremde Grundherrschaften sollte ein unparteiisches Schiedsgericht entscheiden. Damit war den Bestrebungen der fremden Grundherrschaften, welche sich wegen der von ihnen geführten Grundbücher Jurisdiktionsrechte über Wiener Bürger anmaßten, ein Riegel vorgeschoben.

Die verfassungsrechtlich bedeutsamsten Teile betrafen die Bestimmungen über die Stadtregierung. Die Bürgerschaft, die vormals große politische Bedeutung hatte, war nun vollkommen ohne Belang. Die Stadtordnung sah vor, dass ein Gremium von 100 ehrbaren, »frommen«, »tauglichen« und behausten Bürgern zur »Regierung« der Stadt berufen sein sollte. Zwölf Personen davon bildeten den Stadtrat (Inneren Rat) – von dem Handwerker generell ausgeschlossen waren –, zwölf weitere Personen fungierten als Beisitzer des Stadtgerichts, die restlichen 76 Personen bildeten den Äußeren Rat. Die genannten Gremien waren durch gegenseitige Wahlvorgänge miteinander verwoben. Fielen Räte durch Krankheit, Tod oder andere Gründe aus, so waren sie durch alljährlich am 21. Dezember (St.-Thomas-Tag) abzuhaltende Wahlen – ein bereits im 15. Jahrhundert belegter Termin – zu ergänzen. Diese Wahlen waren vom Landesfürsten oder der Niederösterreichischen Regierung vorab zu bewilligen. Stadträte und Beisitzer wählten dann neue Äußere Räte, der Äußere Rat dagegen die Stadträte. Die Beisitzer wurden vom Landesfürsten ernannt. Es fanden somit immer nur Ergänzungswahlen statt, völlige Neuwahlen der Gremien sah die Stadtordnung nicht vor. Diese Ergänzungswahlen waren von landesfürstlichen Kommissaren durchzuführen und zu überwachen. Sie sammelten die Stimmzettel, die namentlich zu kennzeichnen waren, ein und präsentierten dem Landesfürsten oder der Niederösterreichischen Regierung das Ergebnis. Diesem stand nun die Bestellung der Inneren und Äußeren Räte aus den gewählten Personen vollkommen frei; dieser Grundsatz beruhte bereits auf älterem Recht. Schon 1396 hatte sich der Landesfürst die Bestätigung der Stadträte vorbehalten. Eine ähnliche fast unbeschränkte Einflussmöglichkeit hatte auch das maximilianeische Stadtprivileg von 1517 vorgesehen, welches dem Niederösterreichischen Regiment die nachträgliche Bestätigung der Ratswahl überantwortet hatte.[28] Nun konnten Mandatare, die dem Regiment nicht genehm erschienen, einfach durch andere Personen ersetzt werden. Eine gewisse, von der Anzahl her unbestimmte personelle Veränderung der Gremien durch eine gegenseitige Auswechslung von Äußeren und Inneren Räten sollte alle drei Jahre ebenfalls durch Wahl stattfinden und zu einer Fluktuation der Ratsstellen führen. Die Beisitzer wurden überhaupt vom Landesfürsten ernannt. In der Praxis scheint ein gewisser »cursus honorum« eingehalten worden zu sein, nach dem man als Wiener Bürger üblicherweise zuerst in den Äußeren Rat gewählt, dann zum Beisitzer ernannt und schließlich in den Inneren Rat befördert wurde.[29] Diese Praxis legitimierte Leopold I. schließlich 1668.[30] In der Zeit der Gegenreformation wurde das landesfürstliche Bestätigungsrecht dazu benutzt, eine Rekatholisierung des Rates herbeizuführen. Diese Strategie der Katholisierung der obersten städtischen Vertretungsorgane griff auch in den anderen landesfürstli-

chen Städten. Ab 1647 war vor dem Amtseid im Stephansdom die »professio fidei«, das Gelöbnis, der katholischen Religion treu ergeben zu sein, abzulegen.[31] Gegen die Beeinflussung der Ergänzungswahlen durch *Schenckung / gute Wort / oder in andere Weg* richteten sich 1656 und 1665 landesfürstliche Verordnungen, die aber die Praxis des Stimmenfangs wohl nicht endgültig eindämmen konnten.[32] Die Zahl der Stadträte und Beisitzer überstieg in der Praxis aufgrund des erhöhten Bedarfs an Verwaltungspersonal des Öfteren die in der Stadtordnung von 1526 vorgesehene Anzahl. Diese »überzähligen« Räte nannte man dann »Supernumerarii«.

Ebenfalls am 21. Dezember und nach denselben Wahlbestimmungen sollte jedes Jahr von den Inneren und Äußeren Räten sowie den Beisitzern ein Bürgermeister gewählt werden *(Abb. 18)*.[33] Dieser konnte (musste aber nicht) aus den genannten Gremien stammen. Jedenfalls hatte er aber zu diesen wählbar, d. h. ein behauster Bürger zu sein, und durfte nicht dem Handwerksstand angehören. Die Wahlzettel waren wiederum dem Landesfürsten bzw. der Regierung vorzulegen, die aus den Wahllisten die *tauglichst person zu burgermaister* bestimmen würden. Der Stadtrat hatte nach den Vorstellungen der Stadtordnung immer aus zwölf Personen zu bestehen, worin der Bürgermeister inkludiert war. Den Vorgang der Wahl, Stadtrats- und Bürgermeistereinsetzung hat Wolfgang Schmeltzl in seinem Lobspruch auf die Stadt Wien 1547 folgendermaßen plakativ, wenn auch nicht in allen Details richtig, in Reime gefasst:[34]

Heut eben ist die rathwahl gschehn
Durch Künigkliche Maiestat
Die setzt hie ein gefürsten Rath
Vnd gschicht gleich an sanct Thomas tag
Wo man in der Stat finden mag
Hundert man erbar verstendig
Fromb vnd behaust auch auffrichtig
Auß den wirdt der weysest erwelt
Erstlich zum Burgermaister gstelt
Der yedermann außrichtung thu
Darnach welht man vnd gibt jm zu
Zwölff menner / die man ersam khennt
Vnd wirdt der jnner Rath genent
Bey Burgerlichem Handel bleibn
All habhafft vnd nit handwerck treiben
Als dann erwehlt vnd setzt man mehr
Ein Richter vnd zwölff beysitzer
Die er zu hilff bey gericht hat
Die andern bleibn im aussern Rath.

Wurde ein Beisitzer bzw. Äußerer Rat zum Bürgermeister gewählt, dann nahm derjenige Stadtrat, der sich am kürzesten im Rat befunden hatte, die Stellung der nun zum Bür-



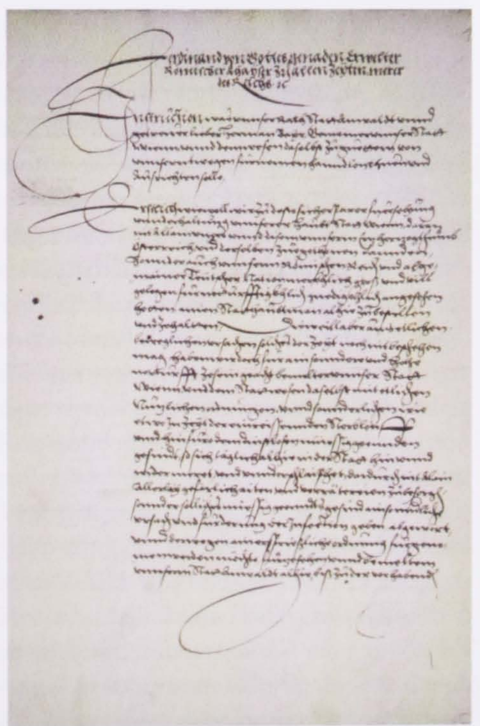
Abb. 18: Wappenzeichnung für Bürgermeister Simon Stephan Schuster (1683–1687)

germeister gewählten Person ein, wechselte also ex lege in das jeweilige andere Gremium. Kam der Bürgermeister von außen, dann verdrängte der Jüngste der Stadträte nun den Jüngsten der Äußeren Räte. Letzterer hatte aber ein Rückkehrrecht auf die erste frei werdende Stelle im Äußeren Rat. Das Privileg von 1517, welches festgelegt hatte, dass jedes Jahr ein neuer Bürgermeister gewählt werden sollte und eine allfällige Wiederwahl erst wieder nach drei Jahren zulässig sei, wurde nicht übernommen.[35] 1561 wurde allerdings die in der Praxis schon länger bestehende Regel eingeführt, dass sowohl der Bürgermeister wie auch der Stadtrichter nicht länger als zwei Jahre in Folge ihr Amt ausüben sollten.[36] Eine Wiederwahl war erst nach einer mindestens zweijährigen Unterbrechung möglich. Seit 1656 galt diese Regelung mit einer erweiterten vierjährigen Amts- wie auch Wartezeit.[37]

Der Stadtanwalt wurde vom Landesfürsten in den Stadtrat entsandt, um die Ratsgeschäfte unmittelbar vor Ort als sein Interessenvertreter zu kontrollieren, ohne jedoch darin ein Stimmrecht zu haben.[38] Konsequenterweise konnte und durfte er kein Bürger sein, um nicht der Stadt durch den Bürgereid verpflichtet zu sein, auch wurde er vom Landesfürsten besoldet. Daneben sollte er aber auch keine »Parteisachen« oder Ähnliches erledigen, um sich nicht dem Vorwurf der Vergünstigung oder Parteilichkeit auszusetzen, sondern ganz unbefangen allein sein landesfürstliches Amt ausfüllen. Bei allen Ratssitzungen nahm der Anwalt teil und hatte die landesfürstlichen Interessen zu beobachten und zu fördern, die Stadträte bei Bedarf im landesfürstlichen Sinn zu lenken. Gegen den Landesfürsten gerichtete Akte waren von ihm sofort zu beeinspruchen und der Regierung anzuzeigen. Selbst bei internen Streitigkeiten sollte er schlichtend eingreifen und zur Güte mahnen. Insbesondere wurden ihm auch die Beobachtung der Einhaltung der Ratszeiten durch die Stadträte sowie allfällige Ermahnungen bei Nachlässigkeiten aufgetragen. In diesem Sinne oblag ihm eine Art von »Sitzungspolicey«. Ratssitzungen durften nicht ohne den Stadtanwalt angesetzt werden. Aus mehreren Instruktionen der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ist auch ersichtlich, dass der Stadtanwalt die Oberaufsicht über die Handhabung der »guten Policey« ausübte, jener Rechtsmaterie, an der den Landesfürsten sehr viel lag und die diesen immer wieder Eingriffsmöglichkeiten bot. 1564 wurden ihm etwa – anstatt eines geplanten Stadthauptmanns – die Kontrollagenden bezüglich der städtischen Gewerbe-, Sicherheits-, Armen-, Gesundheits-, Fremden- und Marktpolicey überantwortet *(Abb. 19)*, 1598 noch im gegenreformatorischen Sinn gewisse Bereiche der Religionspolicey, die Überwachung der Finanzgebarung der städtischen Ämter, die Beobachtung diverser Preisregelungen und die Beförderung einer zügigen Rechtssprechung anheim gestellt.[39] Die Beaufsichtigung der städtischen Finanzverwaltung wurde ihm 1656 mittels einer Instruktion auferlegt.[40]

Bürgermeister und Stadtrat (wie der gesamte Äußere Rat sowie Stadtrichter und Beisitzer) waren dem Landesfürsten speziell zu Treue und Gehorsam verpflichtet. Sie waren ihm eidlich verbunden und hatten dessen Befehle bzw. die der Regierung zu vollziehen und allgemein den gemeinen Nutzen zu fördern. Ratssitzungen sollten zumindest an drei Tagen in der Woche und nur im Rathaus abgehalten werden. Wurden sie ohne

Abb. 19: Landesfürstliche Instruktion für den Stadtanwalt mit der vorläufigen Überantwortung policeylicher Kompetenzen, 1564

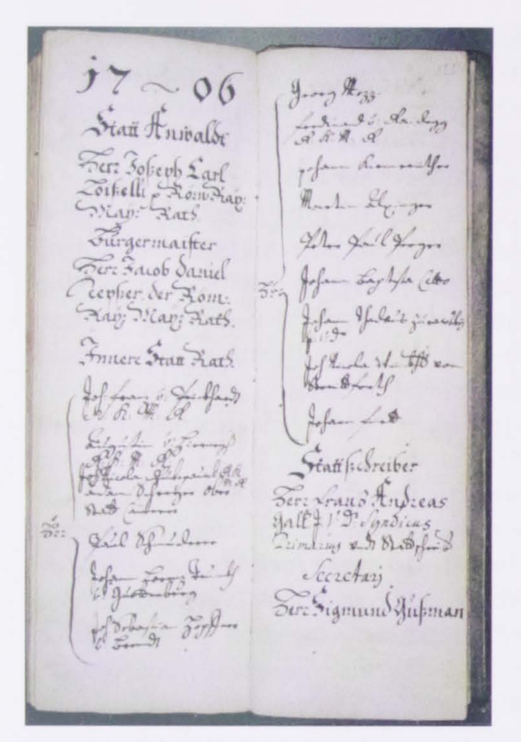


den Stadtanwalt durchgeführt, dann drohte dem Bürgermeister Strafe an »leyb und gut«. Über den Inhalt der Amtshandlungen waren sie zu Verschwiegenheit verpflichtet. Bei wichtigen Angelegenheiten konnte der ÄUSSERE RAT um Ratschlag gebeten werden. Der Äußere Rat durfte aber nur mit Wissen des Bürgermeisters und auf Aufforderung des Stadtrats Sitzungen abhalten, ein selbstständiges Versammlungsrecht blieb ihm verwehrt. Bei Bedarf waren einzelne Personen daraus zu Amtshandlungen heranzuziehen. Die Stadtordnung erwähnt insbesondere Verhöre, gütliche Vergleiche, Vornahmen von Beschauen, Schätzungen usw., wobei natürlich alle landesfürstlichen Befehle, Ge-

setze, Ordnungen und »polliceyen« zu beachten waren. Formal war der Äußere Rat zwar eine Neuschöpfung, inhaltlich repräsentierte er allerdings in vielem das zuvor aufgelöste Gremium der Genannten.

Allgemein oblag dem Bürgermeister die Führung der gesamten städtischen Verwaltung und damit auch die oberste Aufsicht und Kontrolle. Speziell erwähnt die Stadtordnung noch, dass er gegen Ungehorsam und Aufruhr in der Stadt auftreten solle, *gut ordnung* im Bereich der Feuerpolicey aufzurichten und das Bürgerspital alle zwei Wochen nach den Stadtratssitzungen zu visitieren habe. Diese Punkte waren wohl aktuelle Reminiszenzen auf die politischen Ereignisse 1519–1521 sowie auf die verheerende Feuersbrunst, die Wien 1525 heimgesucht hatte. Als oberster Repräsentant der Stadt hatte der Bürgermeister auch die Schlüssel zu den Stadttoren sicher zu verwahren.[41] Die meisten Ämter der Stadt waren gemäß der Stadtordnung mit Mitgliedern des Äußeren Rats zu besetzen, so der Spitalmeister, der Kirchmeister zu St. Stephan, St. Michael und Maria am Gestade, der Brückenmeister, die Raitpersonen, die Steuerpersonen (zum Teil) und der Grundbuchshandler. Einzig die Funktion des Oberkämmerers war einem Mitglied des Inneren Rates vorbehalten. Das Brückenmeister- und das Kirchmeisteramt konnten auch eventualiter mit einer Person aus der Bürgerschaft besetzt sein.

Der Stadtrichter wurde wie der Stadtanwalt ausschließlich vom Landesfürsten bestellt, ohne dass dieser auch nur irgendwie in der Auswahl beschränkt gewesen wäre. Er musste auch nicht unbedingt ein Wiener Bürger sein, doch zeigte die Praxis, dass dies durchgehend der Fall war.[42] Er gehörte kraft seiner Funktion dem Stadtrat mit Sitz und Stimme an, war aber nicht wie Stadtanwalt und Bürgermeister zur Anwesenheit verpflichtet. Ab dem Zeitpunkt der landesfürstlichen Verleihung von *pan unnd acht* und der Ablegung des Stadtrichtereids war der Stadtrichter für *guet gericht und recht* zuständig. Das Stadtgericht (Stadtschranne) bestand aus dem Stadtrichter als Vorsitzenden und den zwölf Beisitzern. Die Beisitzer wurden vom Landesfürsten aus dem Gremium der 100 Bürger heraus bestellt und von ihm besoldet. Sie hatten das *urtl* zu sprechen. In der für den frühneuzeitlichen Menschen besonders wichtigen zeremoniellen Hierarchie hatten die Beisitzer gleich nach dem Stadtrat ihren Rang. Bei weltlichen und geistlichen Festen (Prozessionen, Umgänge) schritten sie hinter Bürgermeister und Rat und visualisierten damit ihre besondere innerstädtische verfassungsrechtliche Position. Das Verfahren sollte gemäß der Stadtordnung nach einem eigenen Stadtgerichtsordnungsbuch abgehandelt werden, doch ist dieses Gesetzgebungsprojekt nie verwirklicht worden. So richtete man weiter nach Gewohnheitsrecht. In der Praxis lässt sich ein Einfluss des römischrechtlichen Prozessrechts ab dem Ausgang des 15. Jahrhunderts nachweisen, ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts stand das (zivilrechtliche) Verfahren »völlig auf dem Boden des gemeinen Rechts«.[43] Herr des Verfahrens hinsichtlich der Blutsgerichtsbarkeit blieb der Landesfürst. Der Landesfürst bzw. die Niederösterreichische Regierung konnten die Einstellung der Verfahren durch Befehl, der schriftlich oder mündlich durch glaubwürdige Personen überbracht werden musste, veranlassen. Bei Zuwiderhandeln drohte dem Stadtrichter *schwar ungenad und straff*.



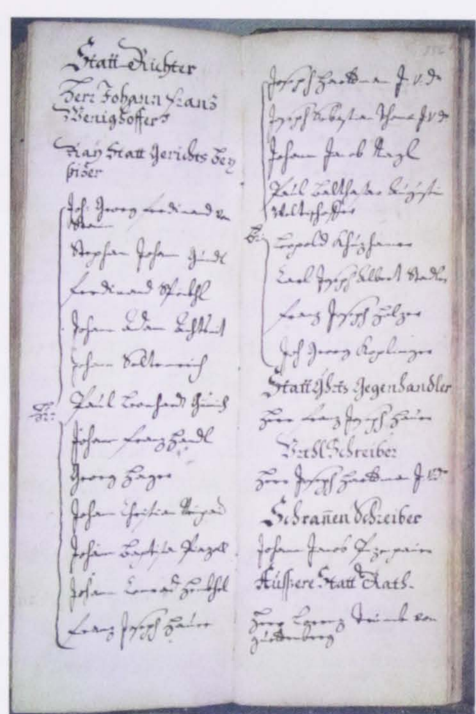


Abb. 20: Verzeichnis des Personalstandes des Wiener Stadtrats und des Stadtgerichts, 1706

Da die Stadtordnung von 1526 keine genaue Abgrenzung zwischen den gerichtlichen Zuständigkeiten des Stadtgerichts und des Stadtrats *(Abb. 20)* aufwies, kam es immer wieder zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen diesen beiden Organen. In der Praxis war es nicht einfach so, dass der Stadtrat bloß die zivile, das Stadtgericht die hochgerichtliche Gerichtsbarkeit ausübte, vielmehr gab es Überschneidungen und eifersüchtige Kompetenzrangeleien, die vielleicht auch in dem Umstand begründet waren, dass anfallende Taxen und Strafgelder zu verteilen waren. Mitte der dreißiger Jahre führten die Streitigkeiten schließlich zu der so genannten Schrannenordnung von 1536.[44] Diese »Schrannenordnung« stellt keinen landesfürstlichen Gesetzgebungsakt dar, sondern es handelt sich um einen so genannten »Abschied«, ein Urteil der Niederösterreichischen Regierung und Kammer, die von den Streitparteien zur Entscheidung angerufen worden war. Dieses Urteil beendete den Kompetenzkonflikt und legte folgende Kompetenzen fest:

Die Kriminalgerichtsbarkeit oblag dem Stadtgericht, doch scheint der Stadtrat seine vormals ausgeübten Rechte bezüglich der Urteilsfindung weiter bewahrt zu haben. Die Stadtordnung von 1526 vermerkt diese jedenfalls nicht. In der Praxis war das Urteil Bürgermeister und Stadtrat zur Bestätigung vorzulegen.[45]

Hinsichtlich der Zivilgerichtsbarkeit ist zu differenzieren: Der Stadtrat hatte zu entscheiden über letztwillige Verfügungen (Testamente, Legate), Vormundschaften und

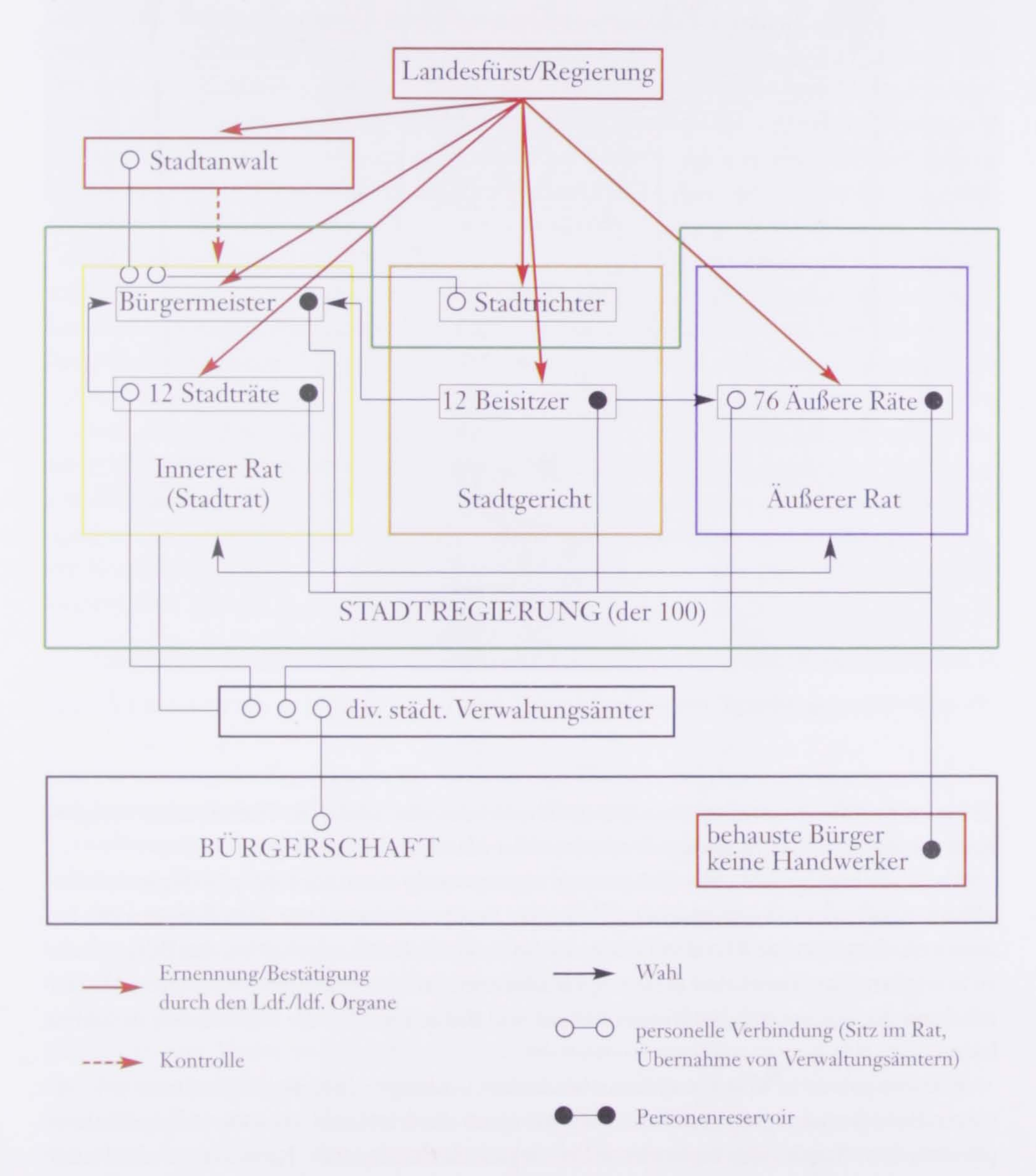
Sachwalterschaften sowie alle »actiones reales« wie Sätze, Verpfändungen, Burgrecht und Burgrechtszinse, welche die Wiener Grundbücher betrafen. Das Stadtgericht sollte nun Schuldklagen und alle fremde Grundbücher betreffenden Realklagen sowie Injurienklagen und Personalklagen (hinsichtlich so genannter »bürgerlicher Kontrakte«) behandeln.

Bezüglich der vielfältigen VERWALTUNGSAUFGABEN ist genauer zu unterscheiden: Die Formulierung und Publizierung von städtischen Satzungen, Ordnungen und öffentlichen Rufen, aber auch die Warenbeschau stand dem Rat zu, der aber den Stadtrichter, der ja Sitz und Stimme im Rat hatte, zu diesen Angelegenheiten zu laden hatte. Satzungsbefugnis und Gerichtsbarkeit bezüglich der Handwerker kam dem Rat allerdings allein zu. Bestimmte handelsrechtliche Agenden (Eich- und Maßwesen, Betrug im Warenhandel) verblieben dagegen im Bereich des landesfürstlichen Hansgrafen (Handelsrichter) und des Stadtrichters. Die Verwaltungsstrafgerichtsbarkeit (Niedergerichtsbarkeit) hatte das Stadtgericht zu vollziehen. Als Delikte genannt werden etwa Frevel, Schlägereien, »Friedbruch«, Gotteslästerung, Spielunternehmungen, Spielen sowie Prostitution. Sicherheitspolicey und Nachtwache wurden durch vom Stadtrat aufgenommene städtische Diener durchgeführt, bei Gefahr in Verzug bzw. Bedarf durfte auch das Stadtgericht mit Personal einschreiten. Die Aufnahme von Markt- und Nachrichter erfolgte durch Bürgermeister, Richter und Rat gemeinsam. Die sich aus der gemeinsam zu verantwortenden Feuerpolicey, Straßenreinigung, Waren-, Fisch- und Fleischbeschau, Bäckerordnung ergebenden Strafgelder sollten je zur Hälfte zwischen Bürgermeister und Rat sowie Stadtrichter geteilt werden. Der Stadtrichter konnte allerdings auch an den Strafen aus dem Handwerksbereich mit $1/5$ (in Geld) partizipieren.

Die »Schrannenordnung« regelte zwar umfangreich, aber letztendlich nur punktuell die Mitte des 16. Jahrhunderts virulenten Streitigkeiten. Eine systematische Aufarbeitung erfolgte nicht. Weiterhin blieb die Verteilung diverser gemeinsamer Strafgelder eine konfliktträchtige Angelegenheit.[46] Die Instruktion und Ordnung für den Stadtrichter aus 1686 bestätigte allerdings die genannten Kompetenzen und brachte noch einige Verfahrensregelungen.[47] Das Personal des »landesfürstlichen Stadt- und Landgerichtes« bestand gemäß dieser Instruktion aus je einem Stadtgerichtsgegenhandler, Urteilsschreiber, Schrannenschreiber, Unterrichter, Nachrichter und einigen Gerichtsdienern.

Die Bewohner der Stadt unterteilte die Stadtordnung von 1526 in rechtlicher Hinsicht in Bürger, Inwohner und Tagwerker.[48] Die Aufnahme von Bewerbern unter die Wiener Bürgerschaft war Bürgermeister und Rat vorbehalten. Jedermann, der sich in Wien niederlassen wollte, sollte bei diesen um Aufnahme ansuchen. War man zuvor Bürger einer anderen Stadt gewesen, so war durch einen Abschieds- oder Abfahrtbrief das Ausscheiden aus diesem »fremden« Bürgerverband zu beweisen. Darüber hinaus war noch zu überprüfen, ob der Ansuchende ehrbar war. Hausbesitz war keine Voraussetzung für den Erwerb der Bürgerschaft, sehr wohl aber für die passive Wahlfähigkeit zu einem der oberen politischen Ämter. Nach Abnahme des Bürgereides und Bezahlung der Bürgerrechtstaxe in der Höhe von zwei Gulden war der neue Bürger in die Bürgerschaft aufgenommen und hatte damit Anteil an deren Rechten und Privilegien wie auch Pflichten.

Fig. 1: Verfassungssituation nach der Stadtordnung von 1526 (Grobstruktur)



So waren etwa bestimmte Berufe, wie der Groß- (Kaufleute) und Kleinhandel, das Handwerk und bestimmte Dienstleistungen, hauptsächlich Bürgern vorbehalten, andererseits übernahm der Bürger nun auch die Verpflichtung der Zahlung bürgerlicher Steuern, der Leistung bestimmter Dienste für die Stadt usw. Der Bürgereid enthielt zudem ein

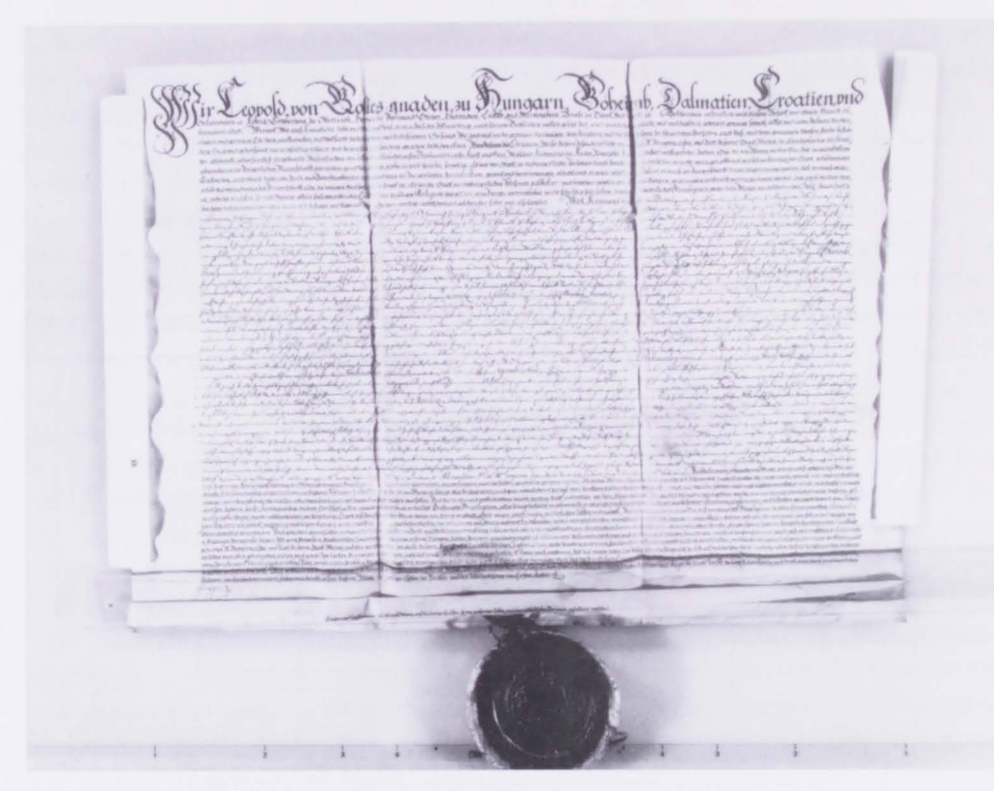


Abb. 21: Bestätigung der Wiener Privilegien durch Leopold I., 1657

Treuebekenntnis gegenüber dem Landesfürsten und der Stadt, die Handwerker versprachen zusätzlich die Einhaltung der städtischen Handwerksordnungen.

Als Inwohner wurden alle Personengruppen – ausgenommen die privilegierten Bevölkerungsgruppen[49] – angesehen, die in der Stadt wohnten, aber kein Bürgerrecht innehatten. Betrieben sie Handwerk oder Handel, so waren sie angehalten, das Bürgerrecht zu erwerben. Die Tagwerker (Hauer-, Holzknechte usw.) unterlagen besonderen Meldepflichten. Sie sollten sich bei Bürgermeister und Rat anmelden, die Meldelisten zu führen hatten.

Weiters gab es in Wien noch eine besonders umfangreiche, die so genannte privilegierte Bevölkerungsgruppe. Diese Gruppe einte das Merkmal, dass sie aufgrund ihres persönlichen Status oder besonderer Privilegien der städtischen Jurisdiktion nicht oder nur in eingeschränktem Umfang unterlagen. Zu ihnen gehörten der Landesfürst mit seinem Hof (unter der Jurisdiktion des Hofmarschalls), der ständische Landadel (unter der Jurisdiktion des Landmarschalls), die Geistlichkeit (unter der Jurisdiktion des Offizials bzw. von Orden), die Universitätsangehörigen (unter der Jurisdiktion der Universität bzw. des Rektors) sowie die Hofbefreiten (durch besondere Privilegien ebenfalls der Ju-

risdiktion des Hofmarschalls zugeordnet). Diese Exemtionen von der städtischen Gerichtsbarkeit und Verwaltung brachten eine Vielzahl an Kompetenzstreitigkeiten mit sich. Hinsichtlich der vom städtischen »Mitleiden« (d. h. Steuer zahlen) befreiten Freihäuser der Landstände erreichte der Wiener Stadtrat 1552 sogar einen Vergleich mit den drei oberen Ständen von Österreich unter der Enns, in dem die Anzahl der Freihäuser mit 120 Häusern (90 davon für den Adel, 30 für die Geistlichkeit) limitiert wurde.[50] Dennoch gab es immer wieder besondere Ausnahmen, welche die Zahl anwachsen ließen. 1751 beseitigte schließlich ein Patent diese Privilegien und unterstellte alle Häuser (ausgenommen u. a. landesfürstliche Gebäude) der städtischen Steuerhoheit.

Die Stadtordnung von 1526 (*Abb. 17, S. 51*) wie auch das daneben noch weiterhin bestehende Gewohnheitsrecht wurde von allen nachfolgenden Landesfürsten bis hin zu Leopold I. bestätigt. Maximilian II. bekräftigte der Stadt bereits am 26. September 1564 ihre *privilegien, freiheiten, begnadungen, ordnung unnd satzungen* – gemeint ist damit die zuvor vollständig in das Dokument inserierte Stadtordnung von 1526 –, *sampt anndern iren löblichen alten gewonhaiten, wie sy das alles in ubung und gepranch ruebigclich hergepracht haben*.[51] Ohne wörtliche Inserierung formulierten ihre allgemeinen Privilegienbestätigungen Rudolf II. am 8. August 1578, Matthias am 10. Februar 1613, Ferdinand II. am 17. April 1621 und Ferdinand III. am 9. April 1638.[52] Leopold I. nahm sich dagegen in seiner Konfirmation am 14. August 1657 *(Abb. 21, S. 62)* wieder das maximilianeische Dokument zum Vorbild.[53]

Die Verwaltung der Stadt – Die einzelnen Ämter

Die Verwaltung der Stadt baute im Großen und Ganzen auf den Fundamenten auf, die sich bereits im Spätmittelalter als äußerst tragfähig erwiesen hatten. Die Zuordnung der Verwaltungsämter auf Bürgermeister und Rat wurde durch die Pflicht der Amtsträger fixiert, vor diesen ihren Amtseid abzulegen.[54] Dass in einer zweiten Ebene die Interessen des Landesfürsten zu bewahren waren, wird durch die Anwesenheit des Stadtanwalts bei der Ablegung des Eides deutlich. Besonderes galt für den Brückengegenschreiber, der allein dem Landesfürsten eidlich verpflichtet war. Die Stadtordnung von 1526 regelte nun den größten Teil der einzelnen städtischen Verwaltungsämter in formal relativ gleichförmiger Weise und inhaltlich in auffallender Übereinstimmung mit existierenden Amtsinstruktionen und -eiden.[55] Diese haben mit großer Sicherheit den landesfürstlichen Beamten bei der Formulierung der Stadtordnung als Vorlage gedient, womit altes, bestehendes Verwaltungsrecht in die Stadtordnung übernommen wurde, jedoch unter ausdrücklicher und wiederholt betonter Ausrichtung auf den Landesfürsten und seine Regierung. Die Stadtordnung von 1526 stellte somit in rechtsgeschichtlicher Hinsicht keine Zäsur, sondern vielmehr eine konsequente Fortentwicklung und teilweise Kodifikation bereits bislang geltenden städtischen Gewohnheitsrechts dar. Die in ihr normierten Grundsätze zementierten darüber hinaus auch das städtische Nor-

mengefüge nicht ein, sondern wurden weiterhin durch städtische Amtsinstruktionen sowie landesfürstliche Privilegien und Gesetze den Verhältnissen angepasst und weiterentwickelt. Die in der Stadtordnung ausgesprochene Ausschlusswirkung hatte vor der Praxis keinen Bestand.

Im Folgenden sollen nun die wichtigsten städtischen Verwaltungsämter in gebotener Kürze vorgestellt werden, ohne eine Institutionengeschichte modernen Zuschnitts bieten zu können.[56] Die vorhandenen Vorarbeiten reichen dazu – mit wenigen Ausnahmen – lange noch nicht aus.

Das Stadtschreiberamt als zentrale städtische Verwaltungsstelle

Der Stadtschreiber war ein vom Rat auf unbestimmte Zeit angestellter und vereidigter Beamter, welcher der städtischen Kanzlei vorstand.[57] In dieser Funktion oblag ihm als Hauptaufgabe die Protokollierung der Ratssitzungen. Im Stadtrat hatte er einen Sitz, verfügte allerdings über kein Stimmrecht. Daneben hatte er vielfältige weitere Verwaltungsaufgaben zu erfüllen. Er verantwortete die städtische Korrespondenz, hatte die Beschlüsse und Verordnungen des Rates auszufertigen, beglaubigte Abschriften herzustellen, die Stadtbücher zu führen und die in der Kanzlei anfallenden Dokumente und Papiere zu archivieren. Damit war er unbestritten der wichtigste Angelpunkt der städtischen Verwaltung.

Die Stadtordnung von 1526 brachte einige markante Neuerungen.[58] Der Stadtschreiber war zwar weiterhin von Bürgermeister und Rat zu bestellen, eine unmittelbare Gehorsamspflicht bestand nun aber auch gegenüber dem Landesfürsten. Bei *aufruerig sachen* und anderen gegen die landesfürstliche Obrigkeit gerichteten Angelegenheiten waren diese sofort beim Landesfürsten anzuzeigen. Konsequenterweise hatte der Stadtschreiber seinen Amtseid vor Bürgermeister und Rat unter Anwesenheit des Stadtanwalts abzulegen. Damit entsprach der Stadtschreiber einer Art von städtisch bestelltem landesfürstlichen Kontrollorgan. Neben den alten Stadtbüchern wie dem Eisenbuch,[59] dem Handwerksordnungsbuch usw. sollte er nun auch ein spezielles »Abschiedbuch« des Rates führen, in welches alle Entscheidungen, Verordnungen und Beschlüsse des Stadtrats sowie die Verhöre und hinausgehenden Bescheide einzutragen waren, damit man künftighin zu jeder Zeit *was vormals gehanndlt* finden könne. Diese Informationsverbesserung mittels neuer Amtsbücher sollte auch allfälligen Parteien zugute kommen, die gegen eine geringfügige Taxe vom Stadtschreiber Abschriften verlangen konnten. Die Annahme eines Geschenks, das ein normales, geringfügiges Entgelt überstieg, war ihm verboten.

Ab dem 16. Jahrhundert war es üblich, dass der Stadtschreiber wegen seiner wichtigen Funktion juristische Kenntnisse besaß, ab 1591 übernahmen ausschließlich Doktoren der Rechte dieses Amt. Diese Professionalisierung des Stadtschreiberamts war gemessen an den Aufgaben einer großen Stadt unabdingbar. Immer mehr wurde der Stadtschreiber damit zum juristischen Berater des Rats, sodass er ab der Mitte des 17. Jahrhunderts auch den Titel eines »Syndicus Primarius« führte. Neben ihm führten

Rechtsanwälte als Syndici die Prozesse der Stadt. 1706 verordnete ein Hofdekret, dass weder der Stadtschreiber noch die Syndici neben ihrer Tätigkeit eine Ratsstelle bekleiden sollten.[60]

Die vielfältigen Tätigkeiten konnte aber nicht eine Person allein erfüllen. Dem Stadtschreiber standen deshalb einige besoldete Schreiber als Mitarbeiter zur Verfügung. Später wurden ihm auch Sekretäre, Konzipisten und sonstiges Personal beigestellt. Die städtische Kanzlei wurde in weiterer Folge zusätzlich personell ausgestattet. Im Jahr 1740 wies der Personalstand der Kanzlei den Stadtschreiber, zwei Sekretäre, drei Ratsdiener, zwei geschworene Visitierer, zwei Kanzleischreiber, zwei Aufseher und neun Skartdiener (= Amtsknechte) auf. An der Spitze des Expedits stand ein »Expeditor«, die daneben eingerichtete Registratur leitete ein »Registrator«, dem Adjunkten zur Hilfe beigegeben waren.

Die Finanzverwaltung: Oberkammer-, Unterkammer-, Steueramt, Raitherren, Stadtbuchhaltung

Die gesamte städtische Finanzverwaltung unterstand dem Oberkammeramt, welches vom Stadtoberkämmerer geleitet wurde.[61] Der Oberkämmerer war sowohl dem Bürgermeister wie auch der Niederösterreichischen Regierung verpflichtet. Dass er ein Mitglied des Stadtrats war, unterstreicht nur seine besondere Wichtigkeit und sein enges Verhältnis zu Bürgermeister und Rat, deren Anweisungen er zu folgen hatte. Die Stadtordnung von 1526 enthielt eine umfassende Aufzählung seiner Kompetenzen in Art einer Instruktion. Er hatte sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Stadt in den so genannten Oberkammeramtsrechnungen zu verbuchen, wofür er auch einer jährlichen Rechnungslegungspflicht unterlag, die meist vor einer Kommission abgenommen wurde. Er durfte weder größere Ausgaben noch Verwertungen städtischen Vermögens wie den Verkauf städtischer Liegenschaften ohne Zustimmung von Bürgermeister und Rat tätigen und sollte in all seinem Tun den Nutzen der Stadt verfolgen. Das städtische Zeughaus sowie die Instandhaltung der Stadttore und Türme fiel ebenfalls in seinen Aufgabenbereich. Umfassend war auch seine Kompetenz in Angelegenheiten der Feuer-, Straßen- (Pflasterung, Reinhaltung), Brunnen- und Baupolicey (insbesondere im Hinblick auf städtische Häuser). Letztere Kompetenzen wurden aber traditionell von dem untergeordneten Unterkammeramt durchgeführt. Dem Oberkämmerer unterstanden als Hilfsapparat der Oberkammeramtsgegenschreiber (-remanzer) und der Oberkammeramtsschreiber. Erhalten gebliebene Instruktionen des 17. und 18. Jahrhunderts (1692, 1717) widmeten sich vor allem der Beseitigung von Missständen und der Verbesserung der internen Handlungsabläufe.[62] Die Oberkammeramtsrechnungen sind relativ vollständig bis zum Rechnungsjahr 1768 erhalten geblieben und stellen eine hervorragende und noch wenig bearbeitete Quelle für die Wiener Stadtgeschichte dar.[63]

Das Unterkammeramt ist 1485 aus einer Teilung des vormals umfassenden Kammeramts hervorgegangen und unterstand dem Unterkämmerer.[64] Dieser war – im Gegensatz zum Oberkämmerer – kein Ratsmitglied, sondern sollte aus der *gemainen burgerschafft*

erwählt werden. Die Stadtordnung von 1526 ging nur ganz kursorisch auf ihn ein, als ihm relativ unspezifisch die Aufnahme von Arbeitern und die Verrichtung *annder[er] sachen* überantwortet wurden. Tatsächlich verantwortete er – nach einer Instruktion von 1680[65] (aber auch schon früher) – eine Vielzahl an Agenden, welche die Stadtordnung von 1526 beim Oberkammeramt erwähnt hatte. So oblag ihm letztendlich in Unterordnung unter das Oberkammeramt das gesamte städtische Bauwesen (Bau, Instandhaltung und Verwaltung städtischer Häuser, Brücken usw.),[66] die Aufsicht über das allgemeine Bauwesen und die Feuerpolicey, die Überwachung der Stadtreinigung, teilweise auch das Marktwesen. Einnahmen bezog das Unterkammeramt aus den städtischen Bestandobjekten (Miethäuser, Keller usw.), den Standgeldern einiger Gewerbe, die permanent auf öffentlichem Grund – etwa am Graben – ihre Verkaufsstände errichtet hatten (Fleischbänke, Bäcker, Lebzelter, Zuckerbäcker), wie auch den Stand- und Platzgeldern bei Märkten und von Glückshafenbetreibern, Künstlern usw. Die Einnahmen flossen vornehmlich den oben genannten Aufgabenbereichen (etwa für Reparaturen, Straßenpflege) zu. Das Personal des Unterkammeramts bestand im 17. Jahrhundert aus einem Wasserknecht, zwei Übergehern, je einem Zimmer-, Maurer-, Pflaster- und Brunnenmeister, einem Möhrungsräumer, einem Stadtsäuberer, drei Mistrichtern sowie dem Scharfrichter. Nach der Zweiten Türkenbelagerung führte die Ausdehnung der Stadt auch zu einer weiteren Aufstockung des Personals. Zusätzlich gab es nun auch diverse Poliere und Adjunkte, ab 1721 sogar vier ständige Feuerknechte für die Brandbekämpfung.

Neben dem Oberkammeramt war das Steueramt das wichtigste Amt der städtischen Finanzverwaltung.[67] Die Steuerhandler (Steuerpersonen) wurden nach der Stadtordnung von 1526 durch Bürgermeister und Rat aus dem Äußeren Rat und der Bürgerschaft bestimmt.[68] Im 16. Jahrhundert waren dies meist drei bis vier, von 1637 bis 1748 regelmäßig nur mehr zwei Personen, die dann Steuereinnehmer (bzw. -verwalter) und Steuergegenschreiber genannt wurden. Die Steuerhandler waren die Einnehmer der direkten und indirekten städtischen Steuern sowie der sonstigen Einnahmen der Stadt und mussten Bürgermeister und Rat jährlich Rechnung legen. Die Stadtsteuer sollte alljährlich während der Zeit der Weinlese eingebracht werden. Bei Bezahlung waren durch die Steuerhandler Steuerbescheinigungen *(zedl)* auszufertigen. Nur diejenigen Bürger, die diese *zedl* nachweisen konnten, durften Maische und Most in die Stadt einführen. Säumigen Steuerschuldnern wurden Zahlungstermine gesetzt, die auch während des Jahres schlagend wurden. Sie durften allerdings dennoch mittels besonderer Bescheinigungen Maische und Most in die Stadt bringen. Waren sie weiterhin zahlungsunfähig, so sollten die Steuerhandler mit Pfändungen gegen sie vorgehen und mit der Eintreibung von Steuerrückständen nicht erst bis zur nächsten Weinlese warten. Die Steueranschläge wurden von Bürgermeister und Rat verantwortet, die sich zur Bemessung besonderer Steueranschlagskommissionen bedienten. Nach einer Instruktion von 1542 waren dies etwa die Steuerhandler, zwei Mitglieder des Inneren Rates und zwölf Personen aus der Bürgerschaft.[69] Der Steueranschlag sollte vom Grundsatz her Arme und Reiche gleich behandeln und keine ungerechten Forderungen beinhalten. Die Steuerunterworfenen konn-

ten gegen die Höhe der jeweiligen Steuerbemessung beim Stadtrat, der obersten Instanz in Steuerangelegenheiten, Beschwerde einlegen, der sogleich eine Entscheidung fällen sollte, damit die Stadt »in einem fridlichen wesen« verbliebe. 1691 erfährt man von besonderen Maßnahmen, die einer Verbesserung der Besteuerung dienten.[70] Veränderungen des Hausbesitzes und der Bevölkerung sollten gemeldet werden, weiters die Weinlese besonders beschrieben und die unbürgerlichen Handwerker in den Vorstädten ebenfalls zum »Mitleiden« herangezogen werden. Sonderkommissionen der einzelnen Stadtviertel, bestehend aus zwei Mitgliedern des Äußeren Rates sowie Steuerdienern, sollten diese Informationen beschaffen und dabei etwa von den vorstädtischen Grundrichtern unterstützt werden. Unter den Steuerdienern ist niederes Hilfspersonal der Steuerhandler zu verstehen, die nicht nur in steuerlichen Angelegenheiten wie etwa der Zustellung von Steueranschlägen herangezogen, sondern bei Bedarf auch in vielfältigen anderen städtischen Verwaltungsfunktionen eingesetzt wurden. So hatten sie beispielsweise bei der Straßensäuberung und bei der Feuerstättenvisitation mitzuwirken, dienten als Leichenträger und wurden während der Gegenreformation auch zur Austeilung der Beichtzettel usw. herangezogen.[71] Es existierten insgesamt acht Steuerdiener, je zwei für ein Stadtviertel. Der Steuergegenhandler betreute vor allem buchhalterische Agenden (Führung der Anschlagbücher und diverser Register).[72] Zur Eintreibung fälliger Steuern diente auch im 17. Jahrhundert noch ein Remanenzer oder Steuerrestantenkommissär. Fallweise wurde weiteres Hilfspersonal aufgenommen.

Aus den Einnahmen des Steueramts wurden die Amtspersonen des Steueramts und die Inneren Räte besoldet sowie diverse Ausgaben der städtischen Rechnungskontrolle und Buchhaltung beglichen. Nur auf ausdrückliche Anordnung von Bürgermeister und Rat erfolgte eine Übergabe des Kassenrests an das Oberkammeramt, ansonsten wurde ein Reservefonds angespart. Erst mit dem 17. Jahrhundert wurden einige dieser Ausgaben beim Oberkammeramt zentralisiert, ab 1721 auch die Besoldung des Amtspersonals und der Stadträte.

Für die Rechnungskontrolle hatte sich gleich nach der Stadtordnung von 1526 das Gremium der Raitherren herausgebildet, die im Steueramt ihren Sitz hatten.[73] Die Raitherren wurden vom Stadtrat auf ein Jahr gewählt und kamen aus den Kreisen des Inneren und Äußeren Rats, der Stadtgerichtsbeisitzer oder waren Vertreter der Bürgerschaft. Die genaue Zusammensetzung der Kommission schwankte. Meist waren zwei Stadträte, vier Äußere Räte und zwei Personen der Bürgerschaft in ihr vertreten. Ihre Kontrollfunktion wurde im 17. Jahrhundert von der Stadtbuchhaltung übernommen.

Aus dem Steueramt dürfte sich in den achtziger Jahren des 16. Jahrhunderts die Stadtbuchhaltung als eigene Verwaltungseinheit abgespalten haben, doch blieb der Nahebezug zum Steueramt naturgemäß sehr eng.[74] Aus 1598 ist erstmals eine Instruktion überliefert, die sich vor allem den Mängeln der städtischen Buchführung widmete.[75] Die Rechnungskontrolle verlief gegen Ende des 17. Jahrhundert folgendermaßen: Nach Ende des Rechnungsjahres hatte das Steueramt die Steueramtsrechnung der Buchhaltung bis spätestens Ende März des folgenden Jahres zur Kontrolle vorzulegen, und zwar

unter Einschluss der dazugehörenden Amtsunterlagen (Quittungen, Ratsbefehle usw.). Befand die Stadtbuchhaltung die Amtsrechnung als ordnungsgemäß, so »notifizierte« sie dieses an den Stadtrat, der dem rechnungsführenden Steuerhandler in einem *raitbrief* die Richtigkeit und Abnahme der Rechnung attestierte. Das Personal der Stadtbuchhaltung bestand aus einem Buchhalter, sechs Offizianten, einem Registrator, einem Adjunkten und einem Supernumerarius.

Die Verwaltung aufgrund der zivilgerichtlichen Zuständigkeit: Grundbuchsamt, Pupillenraitkammer

Der gesamte Liegenschaftsverkehr sowie die auf Liegenschaften bezogenen Rechtsgeschäfte waren vom Grundbuchsamt in den Grundbüchern (Gewähr-, Satz-, Dienstbücher) zu protokollieren, das dafür bestimmte Taxen bezog.[76] Das Grundbuchsamt wurde von Grundbuchshandlern geführt, die bis 1526 aus Stadträten, danach aus Mitgliedern des Äußeren Rats und der Bürgerschaft bestanden. Sie verwahrten auch das Stadtsiegel. Die Schreibarbeiten erledigten eigene Grund(buchs)schreiber. Steuerdiener des Steueramts hatten zudem die Eintragungen wegen allfälliger Steuerneufestsetzungen zu verfolgen. Genauere Vorgaben zum Geschäftsgang sollte eine eigene Grundbuchsordnung, die in der Stadtordnung von 1526 angekündigt worden war, festlegen. Eine solche Ordnung wurde allerdings nicht erlassen. Die so genannte Grundbuchsordnung der Stadt Wien von 1566 ist dagegen »ein Katechismus der Grundbuchspraxis für herrschaftliche Grundbuchsverwalter« in der Art einer Sammlung von Fragen und Antworten, die das geltende Gewohnheitsrecht darstellen.[77]

Da für die der Stadt zugeordneten Grundbücher kein topographisch angeordnetes Hauptbuch – wie das sonst üblich war – existierte, hatte der Stadtrat schon mehrmals die Anlegung eines solchen angeregt (1720, 1739). Erst auf eine landesfürstliche Resolution von 1740 hin errichtete man ein Urbar, welches die Inhalte der bisherigen Gewähr- und der vier 1711/12 angelegten Viertelbücher zusammenführte.[78]

Die Pupillenraitkammer besorgte die Verlassenschaftsabhandlungen, die Oberaufsicht über die vormundschaftliche Vermögensverwaltung von Waisenkindern bis zu deren Volljährigkeit sowie den Einzug der erbenlosen Güter.[79] Im Zuge dieser Aufgaben war ihr besonders auferlegt, Steuerrückstände, die sich auf diese Güter bezogen, an das Steueramt abzuführen. Vier geschickte und verständige Personen des Äußeren Rats sollten gemäß der Stadtordnung von 1526 die Raitpersonen (Raithandler) bilden. Hinsichtlich ihrer Amtsdauer war ausdrücklich angeordnet worden, dass ein häufiger Wechsel der Amtsinhaber wegen der besonderen Aufgaben des Amts nicht angebracht erschien. Strittige Fragen waren dem Stadtrat zur Entscheidung zu hinterbringen, Raitbriefe dementsprechend von Bürgermeister und Rat auszufertigen. Mehrere Instruktionen, die teilweise Reaktionen auf Missstände waren, geben Einblick in die spezifischen Verwaltungsvorgänge der Pupillenraitkammer (1550, 1558, 1614, 1659, 1715, 1738).[80] Die vier Raitpersonen gliederten sich danach funktionell in einen Präsidenten (später Oberrait-

handler), zwei Beisitzer und einen Buchhalter bzw. Registrator. Ihnen war die exakte Führung mehrerer Amtsbücher aufgetragen, in denen die unterschiedlichen Daten der Waisen protokolliert werden sollten. Überhaupt war der Umgang mit Mündelvermögen besonderen Vorsichtsmaßnahmen unterworfen. So sollten bei Abrechnungen zumindest zwei Raithandler mitwirken.

Hinsichtlich der Verlassenschaftsabhandlungen waren die Todfallregister allwöchentlich zu überprüfen, um von Amts wegen schnell Kenntnis von Todesfällen zu erlangen und die Verfahren beschleunigen zu können. Der Verwaltungshoheit der Pupillenraitkammer unterlagen jedenfalls Bürger, Inwohner und Fremde, soweit sie nicht der besonderen Jurisdiktion der Universität, des Hof- oder des Landmarschalls unterlagen. Nach Kenntnis von einem Todesfall war die Sperre der Verlassenschaft zu verhängen und möglichst innerhalb von acht Tagen eine Inventur vorzunehmen. Sperr- und Inventurskommissäre, Schätzleute sowie Ratsdiener waren dazu heranzuziehen.

Die Vermögensverwaltung städtischer Kirchenbaufonds: Kirchmeisterämter

Nicht unbedeutend waren die Kirchmeisterämter, die gemäß der Stadtordnung von 1526 mit jedenfalls vermögenden Personen aus dem Äußeren Rat oder aus der Bürgerschaft zu besetzen waren.[81] Im Mittelalter waren dies noch Mitglieder des Inneren Rates gewesen. Der Hinweis auf die private Vermögenslage der Kirchmeister ist schon ein Indiz dafür, dass diese Mehrbelastungen aus dem Amt selbst zu tragen hatten. Städtische Kirchmeisterämter waren für St. Stephan, St. Michael und St. Maria am Gestade vorgesehen.[82] Die Kirchmeister waren die treuhänderischen Verwalter desjenigen Stiftungsvermögens, welches den Kirchen von den Bürgern der Stadt gewidmet worden war (Kirchenbaufonds). Diesen Stiftungen – zweckgewidmete Vermögen, die als juristische Personen angesehen werden können – oblagen die Baulasten (Instandhaltung, Ausgestaltung etc.) und die Gottesdienste, wodurch die Kirchmeister als deren Verwalter ein »sehr hohes, städtisches Amt« ausübten. Hauptaufgabe der Kirchmeister in der Verwaltung des Kirchenbaufondsvermögens waren die Einnahmen- und Ausgabenverbuchung und eine alljährliche Rechnungslegung gegenüber Bürgermeister und Rat, denen zudem die Ausgaben im Vorhinein bekannt zu geben waren. Dann betraf den Kirchmeister noch die sorgfältige Verwahrung von Heiligtümern, Kelchen, Messgewändern und anderen Kirchenkleinodien sowie die Überwachung der Kirchen durch (tägliche) Visitationen sowie Beaufsichtigung der ihm beigegebenen jeweiligen Kustoden und Kirchenschreiber. Bezüglich des Stephansdoms übte der Kirchmeister auch konsequenterweise ein Aufsichtsrecht über den Dombaumeister aus. Daneben hatte er auch Aufsichtsrechte bezüglich der Friedhöfe sowie feuerpoliceyliche Agenden wahrzunehmen. Vor allem seit dem 17. Jahrhundert versuchte der Wiener Bischof, die Kontrolle oder zumindest ein Mitspracherecht an der Vermögensverwaltung von St. Stephan zu erlangen. Diese Ansinnen wurden aber von der Stadt immer wieder zurückgewiesen. Zahlreiche Instruktionen für das Kirchmeisteramt zu St. Stephan verdeutlichen dessen Bedeutsamkeit für die bürger-

liche Stadtverwaltung (1650, 1668, 1700, 1704, 1707).[83] Seit 1700 dürfte es zu einem hauptberuflichen Amt mit einer städtischen Besoldung geworden sein.

Das Armenwesen: Spitalmeisteramt, Pilgramhaus, Zucht- und Arbeitshaus

Das gesamte städtische Armenwesen wurde vom Spitalmeister verwaltet.[84] Zusätzlich erhielt er 1526 auch die Agenden der Bettelpolicey zugewiesen, das 1443 dafür begründete Amt des »Sterzermeisters« wurde abgeschafft. Der Spitalmeister entstammte dem Äußeren Rat und sollte neben dieser Ratsstelle keiner anderen Beschäftigung nachgehen, um sich voll und ganz den Armen widmen zu können. Er hatte das Vermögen der Spitäler zu verwalten und jährlich Rechnung zu legen.[85] Regelmäßige Visitationen der Spitäler und seiner Insassen dienten der Kontrolle der Unterbringung und Verpflegung, aber auch der Suche nach gesunden und arbeitsfähigen Personen unter den Insassen. Diese waren zu entlassen, damit Platz für kranke und arbeitsunfähige Bürger, Handwerker und Dienstleute geschaffen werden konnte, deren Aufnahme allerdings nur mit Wissen des Bürgermeisters und des Stadtrats erfolgen sollte. Allgemein war durch das Amt zu verhindern, dass Arme und Kranke auf der Straße landeten. Auch die in der Stadtordnung von 1526 sowie in einer großen Anzahl von Einzelmandaten und landesfürstlichen Policeyordnungen normierte Bettelpolicey unterschied genau zwischen fahrenden (fremden) und einheimischen Bettlern sowie in einem zweiten Schritt zwischen gesunden und arbeitsfähigen sowie kranken und bedürftigen Personen.[86] Gesunde wie auch alle fahrenden Bettler waren an den Pranger zu stellen und der Stadt zu verweisen, kranke dagegen in das Spital aufzunehmen. Bettelei war generell verboten. Almosen sollten allein dem Bürgerspital zugute kommen, für dessen Unterhalt bei Bedarf auch städtische Sammlungen durchgeführt werden konnten. In der Praxis war der Spitalmeister hauptsächlich mit Verwaltungsaufgaben hinsichtlich der Unterhaltung der Spitäler beladen. Als Verwalter des Bürgerspitals, das auch eine große Grundherrschaft war, befehligte er einen Mitarbeiterstab von an die 120 Personen.[87] Die oberste Leitung nahm der Superintendent ein, der meist dem Stadtrat entnommen wurde. Kontrollen in der Stadt übernahmen die Wachkörper, Ende des 17. Jahrhunderts existierten auch eigene »Überreiter«, die im Gebiet außerhalb der Stadtmauern und in den Vororten Patrouillendienste versahen.[88] Ab 1624 wurde auch wieder ein Bettelrichter (der 1526 abgeschafft worden war) und ein Stadtprofos installiert, die beide dem Spitalmeister unterstanden.[89]

Das Pilgramhaus war eine Art von Obdachlosenasyl für Arme, Bettler und bedürftige Durchreisende, das im 15. Jahrhundert von einer Wiener Bürgersfrau gestiftet worden war und in der Johannesgasse errichtet wurde.[90] Die Verwaltung des Hauses oblag gemäß der Stadtordnung von 1526 einem von der Stadt bestellten Verwalter, der Bürgermeister und Rat bzw. besonderen Verordneten rechnungspflichtig war. Die Einnahmen sollten den armen Leuten und Pilgern zugute kommen, unnötige Bauten jedenfalls mit diesem Geld nicht unternommen werden. Das Pilgramhaus hatte aber nur einen kurzen Anteil an der Wiener Verwaltungsgeschichte. Nach der Türkenbelagerung von 1529 stand das

Haus leer und wurde auf landesfürstlichen Befehl (1531/1546) den Klarissinnen übertragen, deren altes Kloster nun das Bürgerspital beherbergte, welches auch die Aufgaben des Pilgramhauses übernahm.

Mit Privileg vom 13. Juli 1671 wurde in der Leopoldstadt ein ZUCHT- UND ARBEITSHAUS eingerichtet, welches vor allem der Bekämpfung des Bettelns im merkantilistischen Sinn gewidmet war.[91] Müßiggehende Bettler und vagierendes Gesindel sollte im Zuchthaus zu einem obrigkeitskonformen Leben geführt werden. Arbeit wurde als Strafmittel eingesetzt, das sozialdisziplinierend wirken sollte. Träger des Zuchthauses war die Stadt Wien, der für diese Aufgabe bestimmte Sondersteuern zufielen. Als städtisches Personal sind ein Zuchtmeister,[92] mehrere Zuchtknechte und ein Zuchthaussollizitator überliefert. Letzterer war für die Eintreibung der dem Betrieb des Zuchthauses gewidmeten Gefälle zuständig.

Das Gesundheitswesen: Totenbeschreibamt

Das Gesundheitswesen war traditionell eine vor allem zwischen der Universität Wien, der Niederösterreichischen Regierung und der Stadt geteilte Materie. 1540 wurde etwa wegen der Pestbedrohung von der Universität die Stelle eines »Magister sanitatis« (Stadtphysikus) geschaffen, der von der Niederösterreichischen Regierung besoldet war. Daneben gab es auch einen »Chirurgus sanitatis« (Infektionschirurgen) und einen »Inspector mortuorum« (Totenbeschauer), deren Funktionen aber auch von ein- und derselben Person ausgeübt werden konnten. Da zu den Aufgaben der städtischen Verwaltung auch die Totenbeschau gehörte, entwickelte sich wahrscheinlich im Gefolge der Infektionsordnungen des 16. Jahrhunderts ein eigenes TOTENBESCHREIBAMT.[93] Eine Instruktion aus 1705 erweiterte die städtische Totenbeschau auch auf die Vorstädte sowie Dörfer innerhalb des Linienwalls, selbst wenn diese einer fremden Jurisdiktion unterstanden.[94] Das interne Verfahren wurde in einem Bericht zu Anfang des 18. Jahrhunderts wie folgt beschrieben: Jeder Tote wurde von Beschauern besichtigt, die dabei ausgestellten Totenscheine anschließend von Skartdienern ins Totenbeschreibamt zur Eintragung in das Totenbeschauprotokoll gebracht. Der im Totenbeschreibamt ausgestellte Begräbniszettel wurde schließlich von den Skartdienern den Hinterbliebenen ausgehändigt. Erst danach durfte der Tote bestattet werden. Die Beschau selbst nahm ein Unterrichter des Stadtgerichts vor. Die Totenbeschauprotokolle sind ab 1648 überliefert.[95]

Das Marktwesen und die städtische Versorgung: Marktrichter-, Metzenleiher-, Kasten- und Proviant-, Fischtrögel-, Fächtamt, Fronwaage, Ziegelschaffer-, Unschlitthandlungs-, Taz- und Ungeldamt

Besonderes Augenmerk wurde von der Stadt und vom Landesfürsten auf ein gut funktionierendes Marktwesen gelegt, und diesbezüglich wurde auch eine Reihe von Verwaltungsämtern geschaffen, die eine gute Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln und

anderen Gütern sicherstellen sollten. Von großer Bedeutung war zuallererst das Marktrichteramt, welches erst 1504 von Maximilian I. auf Bitten der Stadt geschaffen worden und damit ein relativ junges Amt war.[96] Die Marktrichter – ursprünglich gab es zwei Marktrichter – wurden von Bürgermeister und Rat ausgewählt und dann dem Stadtrichter präsentiert, der ihnen auch *Glübd und Pflicht* abnahm. Seinen Anordnungen hatten die Marktrichter Folge zu leisten. Ihm waren sie auch anfangs berichtspflichtig. Später dürften die Marktrichter direkt der Stadt zugeordnet worden sein. Das Hauptaufgabengebiet der Marktrichter war vorerst die Bekämpfung des Vorkaufs, d. h. des Verkaufs von Marktwaren außerhalb der Märkte (vor allem dachte man an den Aufkauf durch Händler), was zu Preissteigerungen und Versorgungsschwierigkeiten in den Städten führen konnte. Der Vorkauf (Fürkauf) wurde regelmäßig in den Policeyordnungen und Mandaten verboten. Die Marktrichter hatten deshalb unter anderem die Wirtshäuser zu visitieren, weil dort gewöhnlich derartige verpönte Geschäfte angebahnt wurden. Dann waren generell die Märkte, die Marktstände und die Qualität der Marktwaren zu überwachen. Die Vielfalt der Aufgaben bedingte in späteren Zeiten eine Erhöhung der Marktrichteranzahl. 1683 zählte man beispielsweise drei Marktrichter, später sogar vier. Dem Marktrichteramt unterstand eine Vielzahl an Aufsehern und spezifischen Beschauern, wie die Fleisch-, Mehl-, Fisch-, Brotbeschauer. 1715 werden noch zwei Getreidemarktrichter als Hilfspersonal erwähnt. Der Landesfürst scheute sich nicht, direkt in die Marktordnung einzugreifen, schließlich hing auch die Versorgung des Hofes vom Funktionieren der städtischen Märkte ab. 1571 etwa erging ein landesfürstlicher Befehl an die Stadt mit einer Beschwerde über die *unvleissigen Markhtrichter* und korrupten Beschauer. Die Entschuldigung von Bürgermeister und Rat, dass *die Markhtbeschauer schlechte leitt sein vnd khain straf an Inen helffe, dass auch bessere nicht zubekhumen*, demonstriert die Hilflosigkeit der Stadtoberen in manchen Verwaltungsangelegenheiten. Jedenfalls wurde ihnen strikt aufgetragen, zu den Marktämtern in Zukunft nur mehr taugliche und fleißige Personen zu nehmen.

Mit der besonderen Aufsicht über den Mehl- und Getreidehandel in Wien war das Metzenleiheramt beauftragt.[97] Die landesfürstliche »Traidtmarkt- und Mehlgrubenordnung« von 1648 regelte das diesbezügliche Markthandelsrecht.[98] Der Metzenleiher hatte seinen Sitz auf der Mehlgrube (1, Neuer Markt) und verlieh dort an Händler genormte Hohlmaße (Wiener Metzen), die er in seinem Haus sicher zu verwahren hatte. Diese Ausmessungen waren zum Schutz der Konsumenten verpflichtend vorgesehen und mit Taxen belegt. An Wochentagen unterlag der Metzenleiher deshalb auch einer speziellen Residenzpflicht. Er hatte im Metzenleiheramt erreichbar zu sein, damit der Handel nicht behindert würde. Die Getreidemärkte sollte er in eigener Person regelmäßig beobachten, dabei die Einhaltung der Getreidepreissatzungen überprüfen und auch auf die Marktrichter, Mehlbeschauer, Sackträger und Stadtknechte achten. Darüber hinaus hatte er die Pflastermaut einzuheben. Berichte des Metzenleihers an die Niederösterreichische Regierung dienten in der Folge als Grundlage für die Erlassung neuer Preissatzungen. Bis 1707 waren die Einnahmen aus dem Metzenleiheramt zwischen Stadt und

Landesfürst geteilt, dann erwarb die Stadt die Gefälle für einen Betrag von 60.000 Gulden. Seine Stellung als oberster Eichungsbeamter behielt der Metzenleiher bis zur Abschaffung des Wiener Getreidemaßes 1752. Ihm als Gehilfen beigeordnet waren die Mehlmesser, deren Anzahl 1588 mit 18 Mann angegeben wurde. 1673 schuf man für den Leopoldstädter Wochenmarkt ein neues Metzenleiheramt.[99]

Um die Versorgung der Stadt mit Getreide in Notzeiten sicherzustellen, wurde 1537 in Wien das Kasten- und Proviantamt neuerlich auf landesfürstlichen Wunsch hin errichtet.[100] Eine ähnliche Einrichtung hatte bereits im 15. Jahrhundert bestanden. Um das eingelagerte Getreide nicht verderben zu lassen, musste es durch den Traidkastner von Zeit zu Zeit verkauft und durch neu Angekauftes ersetzt werden, welcher Austausch unter Einbeziehung des Metzenleihers vonstatten ging.

Das Wiener Fischtrögelamt verwaltete den Fischmarkt, der sich bis 1753 am Hohen Markt befand und dann zum Schanzel an das Ufer des Donaukanals verlegt wurde.[101] Am Fischmarkt nahm es nicht nur Abgaben von den Fischhändlern und Häringern (Heringsverkäufern), sondern darüber hinaus auch von bestimmten anderen Marktleuten (Verkäufer von Zwetschken, Kirschen, Bretzen usw.), den Stärkemachern und Seifensiedern ein, die alle ihre Waren auf dem Hohen Markt feilboten. Der Name des Amts leitete sich von den hölzernen Bottichen, den Trögen, ab, die von der Stadt an die Fischhändler »vermietet« wurden. Der Fischtrögler hatte ein Wiener Bürger zu sein. Ihm waren zwei Brunnknechte beigegeben.

Die Verwaltung der Fronwaage war nach der Stadtordnung von 1526 Bürgermeister und Rat überantwortet, die einen »frommen«, vertrauenswürdigen Mann als Waagmeister einsetzen sollten.[102] Bis zu diesem Zeitpunkt war die Waage von den Kaufleuten und Krämern selbst verwaltet worden. Von 1529 bis 1672 beherbergte das Waaghaus auch die Hauptmaut, bei der auf den Märkten nicht verkaufte Viktualien eingelagert und außerhalb der Marktzeiten verkauft werden konnten.

Für die Kontrolle der Flüssigkeitsmaße bestand das Fächtamt, dessen Name sich von »fächten« (= eichen) herleitet.[103] Ein Fächter und ein Visierer – das Visieramt war 1594 mit dem Fächtamt verschmolzen worden – wurden dort im städtischen Dienst tätig und hatten Eimer und andere Behälter zu eichen.

Die Stadt Wien besaß im 16. Jahrhundert für den Eigenbedarf eine Ziegelbrennerei, die sie durch das Ziegelschafferamt verwaltete.[104] Später dürfte sie verpachtet worden sein. Ein Ziegelschaffer sowie ein Gegenschreiber standen dafür im Dienst der Stadt. Bereits im 16. Jahrhundert existierte auch eine städtische Unschlittschmelze (Kerzenerzeugung), die aber regelmäßig an Bürger verpachtet war. Erst 1722 kam es zur Errichtung des Unschlitthandlungsamts als städtischem Eigenbetrieb, der das Monopol des Unschlittschmelzens und -handels für die Stadt innehatte und die Versorgung mit Unschlitt sicherstellen sollte, die zuvor mangelhaft gewesen war.[105]

Im engen Zusammenhang mit dem städtischen Handel ist die Einhebung von Verbrauchssteuern wie Ungeld und Zapfenmaß (der »Taz«) zu sehen. Ungeld und Zapfenmaß waren ursprünglich landesfürstliche bzw. landständische Aufschläge auf Getränke.

Im 16. Jahrhundert wurden diese aber bisweilen an die Stadt Wien verpachtet, die für die Abwicklung der Zahlungen ein eigenes städtisches Taz- und Ungeldamt einrichtete.[106] Das Personal bestand aus einem Ungeldshandler, einem Gegenschreiber sowie je zwei Ungeltern (Ungelddiener) für jedes Stadtviertel. 1642 bis 1719 hatte die Stadt wieder dauernd das Ungeld gepachtet, ab 1663 das Zapfenmaß erworben. Ab 1707 hatte das Amt auch den Tanz- und Musikimpost, eine landesfürstliche Abgabe auf Musik in Wirtshäusern bzw. Tanzveranstaltungen mit Musik, einzuheben.[107] 1749 wurde diese Abgabe schließlich der Stadt Wien überlassen.

Das Verkehrs- und Mautwesen: Brückenmeisteramt, Mautämter

Das Wiener Brückenmeisteramt hatte die Überwachung und Instandhaltung der Donaubrücken zur Aufgabe.[108] Dem Brückenmeister unterstanden dafür der Brückengegenschreiber, Brückenknechte, Brückenzimmerleute, Tagwerker und der Hauptmann am Tabor mit seiner Mannschaft. Die Stadtordnung von 1526 äußert sich ausführlich zu Brückenmeister und -gegenschreiber, was deren besondere Wichtigkeit für den *gemainen nutz* unterstreicht. Der Brückenmeister sollte demgemäss kein Stadtrat, sondern eine Person aus dem Äußeren Rat oder der Bürgerschaft sein und war – wie das restliche Personal – sowohl Bürgermeister und Rat wie dem Landesfürsten mit Eid verpflichtet. Der Brückengegenschreiber hatte sich dagegen als einziger nur dem Landesfürsten zu vereidigen und war damit funktional als landesfürstliches Kontrollorgan anzusehen. Das Brückengeld war je zur Hälfte zwischen der Stadt und dem Landesfürsten zu teilen. Die Einnahmen der Tabormaut waren für die Instandhaltungen sowie die Besoldung des Personals vorgesehen und waren vom Gegenschreiber ordentlich zu protokollieren. Die Rechnungskontrolle erfolgte alljährlich durch Bürgermeister und Rat sowie den landesfürstlichen Vizedom. Der Überschuss der Einnahmen war für den Ankauf und die Bevorratung diverser Materialien für die Brückenerhaltung auszugeben.

Die Stadt Wien hatte wesentliche Einkünfte aus unterschiedlich bezeichneten Mauten und Zöllen, die durch diverse Mautämter eingenommen wurden. Diese Einnahmen waren allerdings zumeist mit dem Landesfürsten zu teilen.[109] Die Mauteinhebung oblag nicht einem einzigen Amt, sondern variierte von Maut zu Maut je nach sachlicher Nähe zu einem bestimmten städtischen Amt. Hauptsächlich für diejenigen Mauten, welche die Ausfuhr von Waren betrafen, war die Hauptmaut (Pfund-, Wagenmaut) zuständig. Sie befand sich von 1529 bis 1672 im Waaghaus, danach wurde sie mit der Wassermaut beim Roten Turm vereinigt. Das Personal umfasste zwei Mauthandler und eine größere Anzahl von Beschauern. Für die Einfuhr von Waren wurde die Burgmaut (Tormaut) bei den Stadttoren eingehoben, die zur Gänze der Stadt zugute kam. Die Pflastermaut (Fleisch-, Getreide-, Innerer Zoll) war vom städtischen Metzenleiheramt einzuziehen. Ab 1620 gehörte sie zur Gänze der Stadt, die aus den Erträgnissen die Straßenpflasterung zu bestreiten hatte. Die Brückenmaut (Tabormaut) wurde für die Benutzung der Donaubrücke eingehoben. Daneben gab es für Überfuhren noch die Maut am Urfahr, die allein der Stadt gebührte.

Öffentliche Sicherheit: Wachkörper, Viertelmeister, Öffnung der Stadt

Die öffentliche Sicherheit war ursprünglich von allen Bürgern in eigener Person zu erhalten. Sie übernahmen Wach- und Tordienste und wachten über den städtischen Frieden. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts lösten besoldete Torsteher endgültig die bürgerlichen ab. Anzahl und Bezeichnung des städtischen Wachapparates, der die Tor- und Mauerwacht sowie innere Ordnung, Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten sollte, differierten anfänglich stark. Eine »Ordnung der Wächter auf der Stadtmauer« von 1531 beziffert je vier Torsteher pro Stadtviertel. 1546 gab es etwa einen Hauptmann und Obristwachtmeister der Torsteher und 75 Soldaten, 1569 unterstanden einem Stadtwachtmeister schon 150 Personen, die in den Quellen als »Stadtguardia« *(Abb. 22)*, »Stadtwacht« oder »Tag- und Nachtwache« bezeichnet wurden. Daneben unterhielt der Bürgermeister eine »Scartwacht«, bestehend aus einem Rottmeister und sieben »Scartleuten«.[110] Zur Zeit der Weintraubenreife und Lesezeit besoldete die Stadt Wien für ihren Bereich auch besondere »Überreiter« (meist zwei bis vier Personen), welche die Weinhüter zu kontrollieren hatten.[111] Ab 1536 sind auch »Übergeher« nachzuweisen, welche die Einhaltung der Weingartenordnungen und damit die Qualität der Weingartenarbeit zu überwachen hatten.



Abb. 22: Stadtguardisten, um 1730

Das Amt eines STADTHAUPTMANNES als dem für militärische Sicherung und policeyliche Agenden zuständigen Organ taucht kurz nach der Ersten Türkenbelagerung 1529 auf (1530–1538), wurde später aber wohl wegen des Widerstands der Bürger nicht mehr besetzt.[112] 1564 erhält man durch die (ursprünglich dem Stadthauptmann und) nun dem Stadtanwalt zugewiesenen Aufgaben einen genauen Überblick über dessen Kompetenzbereiche:[113] strikte Beobachtung der Einhaltung der landesfürstlichen Gesetze und Ordnungen sowie der Handwerksordnungen in der Stadt, Kontrolle der Vorstädte, Mauern und Basteien, Artillerie, Munition, Überwachung des städtischen Meldewesens, Einschreiten gegen die vagierenden Personengruppen, Reinhaltung der Stadt, Preiskontrolle für Handel und Gewerbe, Bevorratung mit Wein, Getreide und Proviant. Erst 1580 bestellte der Landesfürst wieder einen Stadthauptmann, der ab 1582 die zeitgleich zu

einem landesfürstlichen Truppenkörper gewandelte und dem Hofkriegsrat unterstehende Stadtguardia befehligte.[114] Einen Teil der Besoldung hatte allerdings weiterhin die Stadt zu leisten. Nach dem Tod des Amtsinhabers gingen die Kompetenzen großteils auf die Stadtguardiahauptleute (-obristen) über. Das Stadtguardiapersonal wuchs weiter. 1618 bestand das nun militärisch gegliederte und in Folge auch militärisch genutzte Stadtguardia-Regiment aus 1.000 bis 1.200 Mann. Das Renommee der Truppe in der Stadtbevölkerung war aber denkbar schlecht. Schlechte Bezahlung führte zu einer großen Anzahl von Soldaten, die Nebenbeschäftigungen ausübten und mit bürgerlichem Handel und Gewerbe in Konkurrenz standen. Darüber hinaus wurde der Stadtguardia oft willkürliches Vorgehen vorgeworfen.

Neben der Stadtguardia existierte ab 1646 mit der Rumorwache ein zweiter militärischer Sicherheitswachkörper, der allerdings der Niederösterreichischen Regierung unterstand.[115] Auch hier leistete die Stadt einen Beitrag zur Besoldung und hatte damit gewisse Einsatzrechte. Die Rumorwache bestand ursprünglich aus einem Rumormeister/-hauptmann, einem Leutnant, zwölf Rumorsoldaten und zwei Stockmeistern, später wurde sie zu einer Stärke von bis zu 60 Mann ausgebaut (1688). Ein eigener städtischer Wachkörper erstand im 17. Jahrhundert wieder mit der Tag- und Nachtwache, die das Stundenrufen, die Beaufsichtigung und Pflege der Straßenlaternen (ab 1688) sowie die Bettelpolicey zu besorgen hatte, in vielen Dingen allerdings der Rumorwache unterstand.[116] Das Nebeneinander von drei Wachkörpern mit unterschiedlichen Dienstherren verursachte des Öfteren Zwietracht und Kompetenzstreitigkeiten. Besonders die Rumorwache harmonierte nicht mit der Stadtguardia.

Je einen frommen, verständigen und geschickten Bürger sollten Bürgermeister und Rat nach der Stadtordnung von 1526 für jedes Stadtviertel (Widmer-, Kärntner-, Stuben- und Schottenviertel) als Viertelmeister einsetzen.[117] Dem Bürgermeister und dem Stadtrat untergeordnet, hatten sie in den Vierteln die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Vor allem sollten sie Versammlungen in ihren Vierteln nur nach Erlaubnis gestatten. Sie waren das amtliche Bindeglied zwischen der Bevölkerung der Stadtviertel und dem Bürgermeister und Rat, deren Befehlen sie zu gehorchen hatten. Ursprünglich eine militärische Gliederung für das Bürgeraufgebot, waren die Stadtviertel in der Neuzeit vor allem von sicherheits- und feuerpoliceylicher Bedeutung. Den Viertelmeistern unterstanden zwar weiterhin auch die nach Vierteln gegliederten Bürgermilizen, doch hatten diese zunehmend bloß eine zeremonielle Bedeutung, die militärische war auf die unmittelbare Verteidigung der Stadt im Belagerungsfall beschränkt. Während der hitzigsten Phase der Gegenreformation (1619–1626) hatte die Bürgermiliz ihre Waffen im bürgerlichen Zeughaus zu hinterlegen.

Die Stadttore waren in der Nacht geschlossen zu halten. Bei Nacht durfte niemand, es sei denn auf ausdrücklichen allerhöchsten Befehl, die Stadttore öffnen.[118] Die Schlüssel zu den Stadttoren verwahrte der Bürgermeister, doch hatte auch der Rat (und bei Bestehen des Amtes der Stadthauptmann) gewisse Mitspracherechte.[119] Je zwei Bürger waren für jedes Stadttor als Schlüsselhandler für die Sperre und Öffnung zuständig.[120] Ab

1626 wurden die strikten Nachtsperren Zug um Zug gelockert und für den Ein- und Auslass nach der Sperrstunde Gebühren verlangt, die von Sperreinnehmern eingenommen wurden und in den Befestigungsbau flossen.[121] 1726 bezifferte man diese Einnahmen mit stolzen 30.000 Gulden. Den Anfang der Öffnung der Stadttore machte man beim Kärntner Tor (1626), es folgten das Rotenturmtor (1673), das Schottentor (1706) sowie das Stubentor (1717), womit der durchgehende Verkehr auch während der Nacht ermöglicht war.

Dienstbotenwesen: Dienstbotenamt

Nur kurz war die Dauer des 1707 neu gegründeten Dienstbotenamtes.[122] Der Amtmann sowie die Assistenten und Kommissäre entstammten dem Stadtrat oder Stadtgericht. Die Dienstbotenordnung von 1688 hatte vorgesehen, dass in jedem Stadtviertel städtische Zubringer einzurichten waren, die Anlaufstelle für Dienstsuchende waren. Doch bereits 1714 kam es zur Auflösung des Dienstbotenamts.

Tendenzen vor der Magistratsreform

Die Struktur der Wiener Stadtverfassung und -verwaltung blieb seit der Stadtordnung von 1526 relativ konstant. Auffällig erscheint, dass mit Leopold I. 1657 letztmalig die Stadtordnung von 1526 bestätigt worden war. Kleinere Änderungen der Verwaltung, die zwar meist nicht den Kern der Verfassung tangierten, waren immer wieder durch landesfürstliche Verordnungen vorgenommen worden. Dies zog aber auf lange Sicht eine immer stärker werdende Anbindung des städtischen an den übergeordneten landesfürstlichen Behördenapparat nach sich. Die Oberaufsicht durch die Niederösterreichische Regierung bzw. Niederösterreichische Repräsentation und Kammer (1749–1759) kam letztendlich einer umfassenden Unterordnung gleich. Baltzarek bezeichnet diesen Vorgang plastisch als ein »Überhandnehmen der staatlichen Bevormundung«.[123] Dazu vielleicht nur ein Beispiel aus dem Bereich der Feuerpolicey: Die von der Niederösterreichischen Regierung (!) erlassene Wiener Feuerordnung von 1688 bestimmte, dass die Visitationskommissare nicht nur dem Stadtmagistrat, sondern auch direkt der Niederösterreichischen Regierung ihre Visitationsberichte zu übersenden hätten. Eine Fülle von ähnlichen Einflussnahmen der Niederösterreichischen Regierung sind für das 18. Jahrhundert dokumentiert.[124] Auch das Amtsrecht der obersten städtischen Organe wurde vereinzelt durch Verordnungen verändert. So hatten Bürgermeister und Stadtrichter ab 1731 alle zwei Jahre ihre Ämter zu wechseln.[125] Wenig später scheint die Funktionsdauer nicht mehr begrenzt gewesen zu sein. Angesichts des stetig steigenden Einflusses der staatlichen Behörden und Kommissionen auf die Stadtverwaltung verwundert es nicht, dass der Stadtanwalt als landesfürstliches Aufsichtsorgan immer mehr zurückgedrängt wurde. 1750 dachte man sogar aus finanziellen Gründen an eine Auflösung des Amts, nahm aber schließlich davon Abstand.[126] Ab 1778 fehlte er schließlich im Amtsschematismus.[127]

Auffällig ist die Weiterentwicklung des städtischen Verwaltungspersonals. Ein Vergleich der Amtsstellen nach den Hof- und Staatsschematismen zu Beginn und Ende der Herrschaft Maria Theresias vermag nicht nur eine Ausweitung des Personalstands zu verdeutlichen, sondern zeigt auch einen Vorgang, den man mit »Verbeamtung« beschreiben könnte.[128] Der Personalstand des Magistrats im engeren Sinn umfasste 1740 bis 1781 (ab 1778:*) folgende Personen:[129] 1 Stadtanwalt, 1 Bürgermeister, 10–25 Innere Räte, 1 Stadtschreiber, 2–4 Secretarii, 3 Ratsdiener, 1 Ratsdieneradjunkt, 2–3 Supernumerarii Ratsdiener, 2 Visierer, 1–2 Kanzleischreiber, 7–9 Skartdiener, 2 Pretiosenschätzmeister*, 1 Bilderschätzmeister*, 2 Mobilienschätzmeister*, 1 Mobilienschätzmeisteradjunkt*.

Die genaue Festlegung der Personenanzahl der Ratsmitglieder durch die Bestimmungen der Stadtordnung von 1526 wurde – wie deutlich sichtbar ist – nicht mehr so genau genommen, sondern entsprach dem erhöhten Bedarf, den der wirtschaftliche Aufschwung Wiens mit sich gebracht hatte. Das Amt des Stadtrats war kein Ehrenamt mehr, sondern mehr und mehr das eines besoldeten Beamten. Waren im 17. Jahrhundert nur rund ein Viertel der Räte beamtet, so stieg dieser Anteil in der Zeit Maria Theresias auf 81,6 %.[130] Wegen der Besetzung der obersten Amtsstellen mit Beamten auf Dauer verringerte sich auch die Bedeutung des Äußeren Rates beträchtlich. Der Personalstand des Äußeren Rates sank deshalb auch bisweilen auf unter 30 Personen ab. Im Ganzen zeigte sich ein Vorgang, den man als »Professionalisierung« des Verwaltungspersonals qualifizieren kann. Dieser Vorgang ist Ausdruck einer auf Grund der gewachsenen Aufgaben zunehmend ausdifferenzierten Verwaltung, die spezialisiertes Personal erforderte, wie es auch die Daten zum Personal einiger ausgesuchter Ämter vermitteln:[131]

	1740	1781
Oberkammeramt	7	11
Unterkammeramt	14	17
Pupillenraitkammer	14	21
Städtische Kanzlei	20	24
Stadtbuchhaltung	15	18

Auch hinsichtlich des Justizwesens ist anzuführen, dass das Stadtgericht sich immer mehr in Richtung einer aus rechtskundigen Beamten zusammengesetzten landesfürstlichen Behörde entwickelte. Bis 1724 wurden regelmäßig zwei Äußere Räte zu den Verhören der Angeklagten zugezogen, dies wurde dann aber mit Hinweis auf deren Unerfahrenheit in Rechtsangelegenheiten abgeschafft.[132] Stattdessen wurden vier *in jure et praxi tam civili quam criminali* gelehrte Männer – Doktoren der Rechte – als Stadtgerichtsassessoren aufgenommen.[133] Sie waren *in causis magis arduis et perplexis* beizuziehen und hatten Sitz und Stimme im Stadtgericht. 1749 beseitigte schließlich eine Resolution die bislang geübte Vorlage der Strafurteile durch den Stadtrichter an Bürgermeister und Rat zur formalen Bestätigung.[134] Da sie juristisch bisweilen unkundig waren, konnte eine Verbesse-

rung der Justizpflege durch sie nicht erreicht werden. Bei der Gründung der »Stadt Wiener Wirtschaftskommission« war 1737 bereits ausgesprochen worden, dass eine Trennung von Oeconomicum, Politicum und Judicium anzustreben sei, wie sie in der Staatsreform des Aufgeklärten Absolutismus aus kameralistischen und nicht rechtstheoretischen Gesichtspunkten angedacht war. Der Stadtrichter hatte ab diesem Zeitpunkt keinen Einfluss mehr auf die ökonomischen Verhältnisse.

Besonders die Finanz- und Wirtschaftsgebarung der Städte gelangte im 18. Jahrhundert zunehmend unter die Kontrolle des Staates. Noch bevor die Gaisruck'schen Instruktionen das Finanzwesen und damit die Verwaltung der landesfürstlichen Städte und Märkte von Österreich unter der Enns in der Mitte des Jahrhunderts einer radikalen Reform unterwarfen, wurde 1737 mit landesfürstlichem Dekret die Stadt Wiener Wirtschaftskommission gebildet.[135] Bereits 1727 war eine solche angedacht, nicht aber umgesetzt worden. Die Wirtschaftskommission bestand aus dem Bürgermeister, der auch den Vorsitz führte, dem aktuell amtierenden sowie vier ehemaligen Oberkämmerern und war direkt der Hofwirtschaftskommission untergeordnet. Ihr Aufgabenbereich umfasste die Überwachung der gesamten Stadtwirtschaft und der Ämter vor allem hinsichtlich des Zieles einer Einnahmenerhöhung und Ausgabenreduzierung. Damit war das Personalwesen unter besondere Beobachtung gestellt, weil es das städtische Budget am meisten belastete. Die Sitzungen der Kommission sollten zwei- bis dreimal pro Woche erfolgen und protokolliert werden. Die Protokolle und Gutachten waren an die Hofwirtschaftskommission zu erstatten. In der Praxis war bald klar, dass die Entscheidungsgewalt bei der Hofkommission lag und die Wiener Wirtschaftskommission funktional eher als deren »Beratungs- und Vollzugsorgan« anzusehen ist.

Mit den Haugwitz'schen Reformen wurde die Stadt Wiener Wirtschaftkommission 1748 in Wiener Wirtschaftsrat umbenannt, der bis 1783 bestehen sollte und noch stärker in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den landesfürstlichen Stellen geriet. Der Wirtschaftsrat umfasste nun zwei landesfürstliche Kommissäre – einer davon hatte die Leitung inne –, den Bürgermeister, den Oberkämmerer sowie zwei vom Landesfürsten zu bestellende Innere Räte. Hervorragende Kenntnisse des Wirtschaftswesens waren für die Mitglieder der Kommission unerlässlich. Dies verhinderte beispielsweise vorerst auch die Bestätigung des 1751 durch Wahl zum Bürgermeister vorgeschlagenen Dr. Peter Joseph Kofler, da es ihm nach Meinung des »Directorium in Publicis et Cameralibus« an Wirtschaftswissen mangelte. Monatlich waren vom Wiener Wirtschaftsrat Berichte an die Hofwirtschaftskommission unter Graf Haugwitz oder an das »Directorium in Publicis et Cameralibus«, ab 1760, nach dessen Auflösung, an den Staatsrat abzuliefern. 1768 übernahm wieder der Bürgermeister das Präsidium der städtischen Wirtschaftskommission, womit ein landesfürstlicher Kommissär eingespart werden konnte. Weiters sollten nun der Stadtrichter sowie der städtische Buchhalter bei den Sitzungen anwesend sein. Die Tätigkeit der Kommission war vielen Anfeindungen ausgesetzt, sodass Maria Theresia 1779 eine Untersuchungskommission einsetzte, die sich für die Auflösung der Wirtschaftskommission aussprach. Trotzdem blieb diese aber weiterhin bestehen.

Auch die Stadtbuchhaltung als städtisches Kontrollorgan wurde ab 1749 an die staatliche Kandare genommen.[136] Sie hatte ab nun ihre Berichte an die Wiener Wirtschaftskommission zu richten. Mit einem Hofdekret von 1779 vereinigte man die Stadtbuchhaltung sogar mit der landesfürstlichen Stiftungshofbuchhalterei, die einem Hofbuchhalter unterstand. Ein Vizehofbuchhalter sollte ab nun die Leitung der Stadtbuchhaltung, die eine Unterabteilung der Hofbuchhaltung bildete, übernehmen. Nach Protesten der Stadt Wien beließ man 1780 die Stadtbuchhaltung unter der Abhängigkeit der Stadt, die Direktion verblieb aber bei der k.k. Rechenkammer.

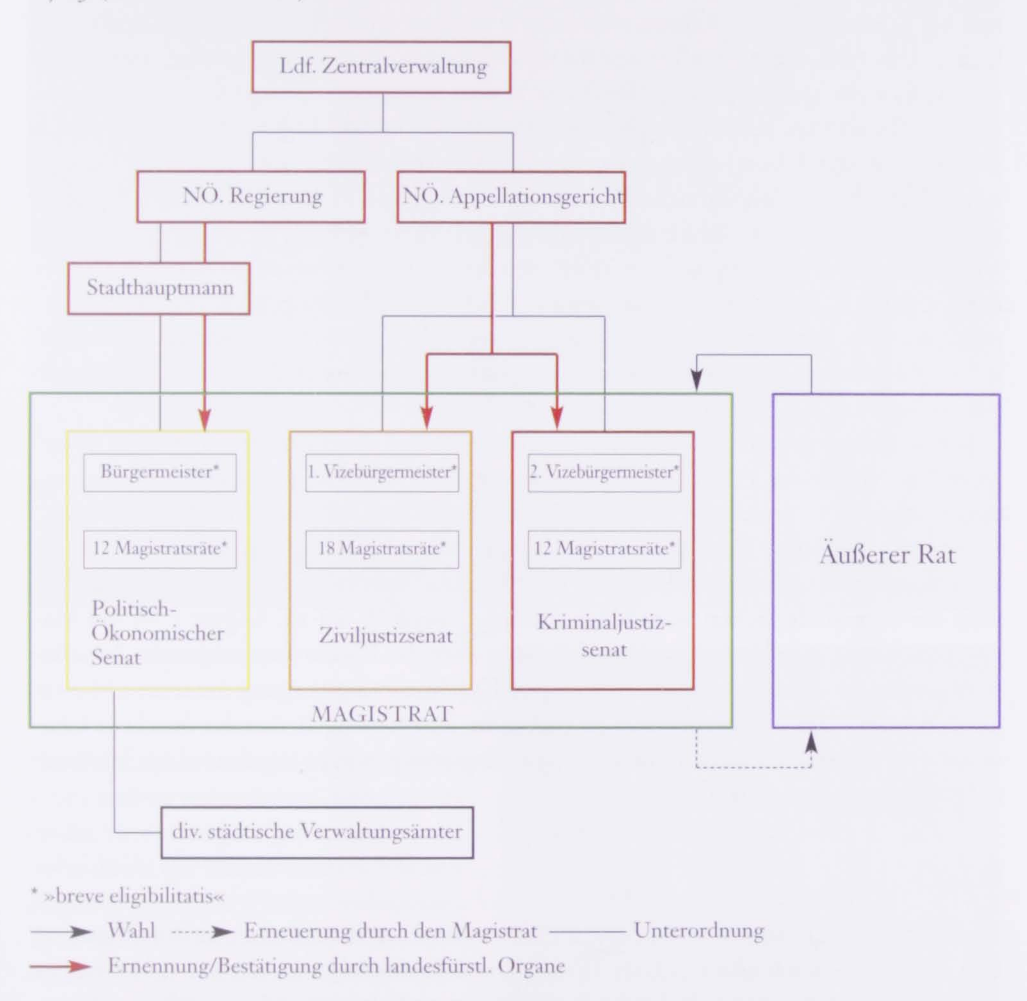
Die Wiener Magistratsreform von 1783

Vorgeschichte

Bedeutender als die mariatheresianischen sollten sich für die Stadt Wien die josephinischen Reformen auswirken, denn der Aufgeklärte Absolutismus josephinischer Prägung strebte nach einer Umstrukturierung des Staatsapparates durch eine umfassende Neuorganisation zu einem zentralisierten »Gesetzes- und Behördenstaat«.[137]

Die Magistratsverfassung *(Fig. 2)* stellt insgesamt ein »organisches Element der gesamten josephinischen Staatsreform« dar und stand in Wechselwirkung zur Justizreform, zur Verwaltungsreform in den Ländern sowie zur Reform der Zentralbehörden.[138] Unmittelbarer Auslöser war vorerst die Josephinische Justizreform, die Joseph II. ab 1781 mit der Erlassung mehrerer wichtiger Gesetze vorangetrieben hatte: der Allgemeinen Gerichtsordnung 1781, der Allgemeinen Konkursordnung 1781, des Josephinischen (Allgemeinen Bürgerlichen) Gesetzbuches 1786, des Allgemeinen Gesetzbuches über Verbrechen und deren Bestrafung 1787 und der Kriminalgerichtsordnung 1788.[139] Ziel war, die Rechtsvereinheitlichung auf dem Gebiete des Zivil- und Zivilverfahrensrechts sowie des Straf- und Strafverfahrensrechts zu erreichen und damit die bestehende Rechtszersplitterung im Gesamtstaat durch allgemeine, d. h. territorial allgemein gültige Gesetze zu beseitigen. Verbunden damit war die Herausbildung eines rechtlich einheitlichen Untertanenverbandes, der wiederum später die Entwicklung von Untertanen hin zu Staatsbürgern eröffnete. Wien war davon durch erhebliche Änderungen der Gerichtsverfassung betroffen. So wurde 1782 und 1783 der Wirkungsbereich des Stadtgerichts wesentlich erweitert.[140] Zuerst erfolgte eine Ausweitung auf jene nichtadeligen Personen, die innerhalb der Linien wohnten und bisher der Niederösterreichischen Regierung jurisdiktionell unterstanden waren, schließlich hob man mit dem »Jurisdiktionsnormale für Österreich unter der Enns« am 27. September 1783 alle Sondergerichte mit Ausnahme der Militär-, Merkantil-, Wechsel- und Berggerichte sowie des Niederösterreichischen Landrechts auf. Damit war das Stadtgericht erste Instanz für Nichtadelige innerhalb der Linien geworden (ausgenommen waren noch Personen, die fremden Grundherrschaften unterstanden) und Personengerichtsstände von einem territorialen Gerichtsstandsprinzip abgelöst worden.

Fig. 2: Verfassungssituation nach der Josephinischen Magistratsreform 1783 (Grobstruktur)



In einem zweiten Schritt wurden auch die Kompetenzen des Stadtrates erweitert.[141] Im April 1782 waren nämlich fast sämtliche Kommissionen aufgelöst worden, darunter auch für Wien besonders wichtige wie die Hofwirtschaftskommission sowie die Wiener Wirtschaftskommission. Deren Agenden wanderten vollständig an den Stadtrat, der nun nach einer Hofresolution vom 22. Mai 1782 Folgendes zu besorgen hatte: Preissatzungswesen (betreffend Nahrungsmittel, Bau- und Brennholz), Handwerks- und Gewerbeangelegenheiten (Polizei- und Kommerzialgewerbe), Feuerpolizei, Bauwesen, Stadtpflasterung und -säuberung. Der Wegfall der Wirtschaftskommission wurde durch die Errichtung einer neuen landesfürstlichen *Stadthauptmannschaft* am 22. Mai 1782 sub-

stituiert.[142] Der Stadthauptmann wurde als Mittelbehörde zwischen dem Stadtrat und der Regierung eingerichtet, hatte umfassende Aufsichts- und Kontrollfunktionen hinsichtlich der Stadtverwaltung wahrzunehmen und entsprach damit in etwa den Kreishauptleuten. Über ihn ergingen alle Gesetze und Verordnungen der Regierung, umgekehrt waren alle Berichte, Ansuchen, Tabellen u. ä. vom Stadtrat an ihn zu richten. Die Kommunikationsstränge hatten verpflichtend über ihn zu laufen. Die Praxis hat schließlich gezeigt, dass durch den Stadthauptmann eine Bevormundung der städtischen Verwaltungstätigkeit einsetzte, die sich selbst mit geringfügigsten Fragen beschäftigte.[143] Selbst dem Stadtgericht wurde die Stadthauptmannschaft kurzfristig mit einem Hofdekret vom 29. November 1782 übergeordnet. 1783 blieb die Stadthauptmannschaft trotz der Äußerung Josephs II., dass der Stadthauptmann durch die Aufbürdung aller möglicher Kleinigkeiten zum Bürgermeister und Magistrat gemacht worden war, weiterhin bestehen, jedoch fungierte er jetzt als Mitglied der Regierung. Ein eigener Behördenapparat blieb ihm verwehrt.

Schließlich ging man daran, die Stadtverfassung einer umfassenden Reform zu unterziehen.[144] Neben der Vereinigten Hofstelle waren die Oberste Justizstelle, die Niederösterreichische Regierung, die Kompilationskommission und sogar die Wiener Stadtverwaltung beteiligt. Man beauftragte Bürgermeister Hörl, einen Vorschlag für die Reorganisation der Stadtverfassung zu unterbreiten, dem er auch nachkam. Nach Prüfung der unterschiedlichen Vorschläge stimmte Joseph II. am 16. August 1783 der Magistratsreform zu und ließ diese Entschließung über das Niederösterreichische Appellationsgericht der Stadt kundmachen.[145] Dieser Kundmachungsvorgang unterstreicht zwar die Bedeutung und den Vorrang der Justizreform, ihm ermangelt aber der feierliche Charakter einer landesfürstlichen Stadtrechtsprivilegierung, wie er im 16. und 17. Jahrhundert noch gang und gäbe war.

Inhalt

Die Magistratsreform von 1783 *(Abb. 23)* führte zu einer Neugliederung der Organisation und der Geschäftsführung der Wiener Stadtverwaltung und trat am 1. November 1783 in Kraft.[146] Stadtanwalt, Stadtrat und Stadtgericht hörten auf, weiterhin zu bestehen. Eingerichtet wurde stattdessen ein Magistrat der Stadt Wien. Der Magistrat galt als »bürgerliche Behörde« und war ausdrücklich nicht als »landesfürstliche Stelle« zu verstehen. Nach außen sollte er »nur einen Körper ausmachen«, nach innen wurde er aber nach sachlichen Gesichtspunkten in drei Senate mit unterschiedlichem Personal geteilt und zwar in

1. den Senat in publico-politicis et oeconomicis,
2. den Senat in judicialibus civilibus sowie
3. den Senat in judicialibus criminalibus.

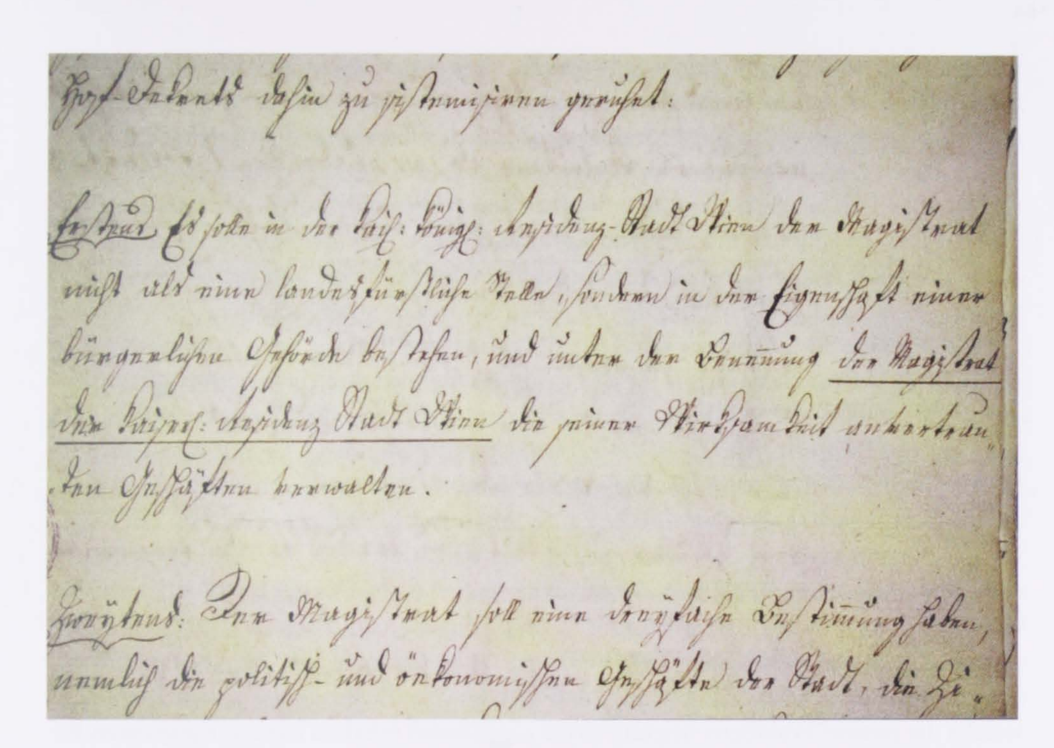


Abb. 23: Magistratsreform 1783

Der erste Senat besorgte mit den politischen und wirtschaftlichen Agenden typische Verwaltungsaufgaben und unterstand direkt der Niederösterreichischen Regierung bzw. der Hofrechenkammer. Eine nähere Spezifikation der Kompetenzen wurde einer eigenen allerhöchsten Entschließung vorbehalten, die am 25. August 1783 erging und folgende Kompetenzen auflistete:[147] Markt- und Gesundheitswesen, Bau- und Feuerpolizei, Konskriptions- und Gewerbewesen, Straßenerhaltung, Mitwirkung im Schulwesen, Steuerwesen, Vermögens- und Wirtschaftsverwaltung.

Der zweite Senat hatte die Zivilgerichtsbarkeit, und zwar sowohl die streitige wie außerstreitige Gerichtsbarkeit

zu besorgen. Er übernahm damit teilweise Kompetenzen des alten Stadtrates wie auch in geringerem Umfang solche des alten Stadtgerichts. Den Geschäftsgang bestimmte eine Instruktion aus 1783 näher. Viermal wöchentlich sollte der Ziviljustizsenat in Sachen der streitigen Gerichtsbarkeit verhandeln (Dienstag, Mittwoch, Freitag, Samstag), zweimal wöchentlich außerstreitige Angelegenheiten (Vormundschafts-, Verlassenschafts- und Rechnungsfälle) behandeln (Montag, Donnerstag). Der dritte Senat übernahm die Kriminalgerichtsbarkeit vom alten Stadtgericht.[148] Beide Justizsenate waren konsequenterweise dem Niederösterreichischen Appellationsgericht untergeordnet.

An der Spitze des Magistrats stand der Bürgermeister, ihm zur Seite zwei Vizebürgermeister mit Vertretungsbefugnis für den gesamten Bereich des Magistrats sowie 42 Magistratsräte.[149] In der Praxis kristallisierte sich eine Aufteilung der Senate dergestalt heraus, dass der Bürgermeister dem Verwaltungssenat, die beiden Vizebürgermeister den beiden Justizsenaten vorstanden. Die Organe waren – etwas unklar formuliert – *von der Bürgerschaft respective derselben Ausschuß* zu wählen. Auf Nachfrage erläuterte ein Erlass vom 11. September 1783 dies dahingehend, dass der Äußere Rat das Wahlgremium bildete, womit diese alte Institution der Stadtordnung von 1526 weiter bestehen blieb. Die Mitglieder des Äußeren Rats wiederum wurden gemäß einem Erlass von 1787 vom Magistrat ernannt und sollten besondere Verdienste aufzuweisen haben. Zum Bürgermeister, Vizebürgermeister sowie Magistratsrat wählbar waren allerdings nur solche Personen, welche die passive Wahlberechtigung (*breve eligibilitatis*) erhalten hatten. Kandidaten für den Verwaltungssenat hatten diese Berechtigung von der Niederösterreichischen Regierung, Kandidaten für die Justizsenate vom Niederösterreichischen Appellationsgericht zu verlangen. Insgesamt wurde damit der Professionalisierung der Beamtenschaft – eines der vordringlichsten Ziele des Aufgeklärten Absolutismus – weiterer Vorschub geleistet, weil nur diejenigen Personen die Wahlberechtigung erhielten, die für derartige Tätigkeiten als hinreichend qualifiziert erachtet wurden. Die Wahlberechtigung ist damit funktional als Befähigungsnachweis zu werten, gleichzeitig sicherte sie der Niederösterreichischen Regierung und dem Niederösterreichischen Appellationsgericht einen bestimmenden Einfluss auf die Personenauswahl. Als Erfordernis galt in Zukunft meist ein absolviertes Rechtsstudium, womit das so genannte »Juristenprivileg« für den höheren Beamtenstand vorgezeichnet war. Bürgermeister und Vizebürgermeister wurden auf vier Jahre gewählt. Diese Wahl sollte im Beisein je eines Vertreters der Niederösterreichischen Regierung und des Niederösterreichischen Appellationsgerichts erfolgen und war durch den Landesfürsten zu bestätigen. Die Magistratsräte wählte man dagegen auf Lebenszeit, ohne dass es einer Bestätigung bedurfte. Da die Amtszeiten von Bürgermeister und Vizebürgermeister von der Regierung ohne weitere Wahl beliebig verlängerbar waren, kann man das Wahlrecht durchaus als »Scheinbefugnis« werten. Das Bürgermeisteramt hatte insgesamt stark an politischer Bedeutung verloren und war – wie Czeike dies treffend charakterisiert – »zu einer landesfürstlichen Beamtenstelle degradiert«.[150]

Das gehobenere Personal der Senate bestand aus je eigenen Magistratsräten, Sekretären und Ratsprotokollisten. Das untere Dienstpersonal konnte dagegen zu den Ge-

schäften aller drei Senate herangezogen werden. Da das gesamte Personal des Magistrats vom Staatsschatz zu bezahlen war, ist auch hier der besondere Einfluss des Staates sichtbar, der Magistrat war damit eine von der Regierung »abhängige Exekutivbehörde«. Die Magistratsreform systemisierte nun insgesamt folgende Stellen:

Magistrat der Stadt Wien		
Senat in publico-politicis et oeconomicis	*Senat in judicialibus civilibus*	*Senat in judicialibus criminalibus*
Bürgermeister 12 Magistratsräte 3 Sekretäre	Vizebürgermeister 18 Magistratsräte 6 Sekretäre 3 Ratsprotokollisten	Vizebürgermeister 12 Magistratsräte 3 Sekretäre 2 Ratsprotokollisten
1 Protocollista exhibitorum (Sekretär), 3 Adjunkten, 1 Registrator, 8 Registranten, 30 Kanzlisten, 20 Gerichtsdiener		

Die Gewaltentrennung zwischen Justiz und Verwaltung war aber nicht nur eine sachliche und teilweise personelle, sondern auch eine räumliche. Der Senat *in publico-politicis et oeconomicis* residierte im (Alten) Rathaus in der Wipplingerstraße, der Senat *in judicialibus civilibus* in der Schranne am Hohen Markt, der Senat *in judicialibus criminalibus* in der Alservorstadt.

Die einzelnen Wiener Verwaltungsämter wurden ebenfalls von der Magistratsreform betroffen. Die alte Pupillenraitkammer wurde sogleich aufgehoben, die Pupillen- und Kuratelsabrechnungen der Buchhaltung und die Geschäfte dem Depositenamt übertragen. Über die weitere Reform der einzelnen Stadtämter hatte der Magistrat Vorschläge zu unterbreiten, die 1785 in einem Regierungserlass mündeten. Nach dieser Reorganisation bestanden schlussendlich folgende magistratische Hilfs- und Nebenämter:[151] Oberkammeramt, Unterkammeramt, Taz- und Musikimpostamt, Grundbuchsamt, Unschlitthandlungsamt, Kastenamt, Mautamt, Steueramt, Buchhaltung, Depositenamt, Taxamt, Konskriptionsamt, Dienstbotenamt, Bahrausleiher- und Kirchmeisteramt, Totenbeschreibamt, Metzenleiheramt.

Die starke Abhängigkeit der Wiener Stadtverwaltung von Niederösterreichischer Regierung, Hofrechenkammer und Niederösterreichischem Appellationsgericht konterkariert die eingangs dargestellte ausdrückliche Ablehnung der Definition des Magistrats als »landesfürstliche Stelle«. Tatsächlich war Wien nun in den gesamtstaatlichen, straff hierarchisch durchorganisierten Behördenaufbau miteinbezogen worden, ja man könnte sogar mit einigem Recht von einer völligen Eingliederung sprechen. Czeike überschreibt deshalb den der Zeit nach der Magistratsreform gewidmeten Teil seiner großen Bürgermeisterchronik mit »Die Stadtverwaltung als landesfürstliche Behörde«. In der Gerichtsbarkeit hatte die Wiener Bürgerschaft zudem den letzten Rest an Einfluss auf die Rechtsprechung eingebüßt. Im Ganzen zeigt sich ein Vorgang, den Otto Brunner schon trefflich beschrieben hat: Der »absolutistische oder zum Absolutismus strebende Staat«

erreicht »seine wesentlichen Ziele nicht durch Verfassungsgesetze, sondern durch den Aufbau einer modernen Verwaltungsorganisation. Seine Einwirkung auf die Stellung [...] der Städte vollzieht sich nicht in feierlichen Rechtsakten, sondern in der alltäglichen Verwaltungspraxis.«[152]

Die Magistratsverfassung von 1783 sollte bis 1848 nicht nur die verfassungs- und verwaltungsrechtliche Grundlage der Stadt bleiben, sondern sie bildete gemäß Hofdekret vom 19. Dezember 1785 auch das Vorbild für die Verwaltung der übrigen landesfürstlichen Städte.[153] Bei der Ausarbeitung der Reform hatte Joseph II. schon die Niederösterreichische Regierung beauftragt, »die Stadt Wien unter keinem anderen Gesichtspunkt zu betrachten, wie alle anderen Städte«.[154] Fernziel war eben, die Vereinheitlichung der Lokalverwaltung zu erreichen. Wien war damit kein Sonderfall, sondern bildete insgesamt ein kleines, wenn auch nicht unbedeutendes Rädchen im Modernisierungsprozess, »der vom patrimonialen Personenverbandsstaat zum modernen, bürokratischen Flächenstaat führte«.[155]

Anmerkungen

1 In der Terminologie von Perger, Ratsbürger, 7: »Ortsherrschaft«; zum Folgenden auch ebd., 6 ff.
2 Vgl. auch zum Folgenden allgemein Brunner, Selbstregierung.
3 Vgl. Perger, Landesfürst; Petrin, Stände.
4 Grössing, Stadtanwälte; Perger, Ratsbürger, 22.
5 Die Rechte wurden im »Eisenbuch« dokumentiert: Opll, Eisenbuch.
6 Baltzarek, Stadtordnung, 188.
7 Perger, Ratsbürger, 18 ff.
8 Perger, Ratsbürger, 17.
9 Tomaschek, Rechte, II, 130 f. – Zum Humanisten und kaiserlichen Leibarzt Cuspinian siehe: Ankwicz von Kleehoven, Cuspinian; Perger, Cuspiniana, 168 ff.; Tersch, Selbstzeugnisse, 160–170.
10 Allgemein vgl. Burkert, Landesfürst, 127 ff.
11 Dazu und zum Folgenden: Stürzlinger, Stadtordnung.
12 Stürzlinger, Stadtordnung, 218.
13 Dazu Perger (Hg.), Kirchhofer.
14 Perger (Hg.), Kirchhofer, 25; Burkert, Landesfürst, 139 ff.
15 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 72.
16 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 73.
17 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 75.
18 Zu der Vorgeschichte siehe Stürzlinger, Stadtordnung.
19 WStLA, Privileg 57; Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76.
20 WStLA, HAU 7953.
21 Thiel, Handwerkerordnung.
22 Baltzarek, Stadtordnung, 193 f.
23 Nach der Zählung von: Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76.
24 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 71/16.
25 Baltzarek, Stadtordnung, 190 f.; Voltelini, Stadt- und Stadtgerichtsordnung, 107. – Allgemein mit vielen Beispielen: Wolf, Gesetzgebung, 43 ff.

26 Die Privilegien bei Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 14, 17, 18, 34, 39, 20, 42, 61, 64.

27 Dazu auch Opll, Burgfried, 15 f.

28 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 71.

29 Stögmann, Staat, 504 f., 513 ff. – Zu den Ratsbürgern siehe auch die Dissertationenreihe: Pradel, Ratsbürger; Skoda, Ratsbürger; Kunze, Ratsbürger; Kleedorfer, Ratsbürger.

30 Codex Austriacus II, 203.

31 Suttinger, Consuetudines, 896.

32 WStLA, HAA 19/1665; Suttinger, Consuetudines, 893 f.; Skoda, Ratsbürger, 85 f.

33 Zu den Bürgermeistern siehe: Czeike, Bürgermeister, 130 ff.

34 Schmeltzl, Lobspruch, Signatur [Cviiib] und D.

35 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 71.

36 Fajkmajer, Rechtsleben 111; QuGStW I/2, 1485.

37 Kunze, Ratsbürger, 46.

38 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/27; zur Vorgeschichte vgl. Csendes, Nennung.

39 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 77; Fajkmajer, Rechtsleben, 108.

40 WStLA, HAA 8/1656; Fajkmajer, Rechtsleben, 131.

41 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/45; Fajkmajer, Rechtsleben, 125.

42 Fajkmajer, Rechtsleben, 110 f., missinterpretiert m. E. in dieser Frage das Gutachten wegen der Stadtrichterbesoldung bei Tomaschek, Rechte und Freiheiten, II, 162.

43 Voltelini, Stadt- und Stadtgerichtsordnung, 118 f.; Wesener, Einflüsse, 58.

44 Das in der Literatur und der Edition bei Tomaschek, Rechte und Freiheiten, II, 189–191 kursierende Datum 27. Juli 1566 ist falsch. Die Schrannenordnung datiert vom 27. Juli 1536! Siehe: Geyer, Literatur, 256. Zum Inhalt vor allem Demelius, Stadtrichter (falsches Datum), und Demelius, Beiträge, 135 (Anm. 33: Korrektur des Datums).

45 Zur Kriminalgerichtsbarkeit: Csendes, Strafgerichtsbarkeit; Hartl, Kriminalgericht (Überblick).

46 Fajkmajer, Rechtsleben, 111.

47 Instruktion und Ordnung für den Stadtrichter: WStLA, HAA 40/1686. Siehe Skoda, Ratsbürger, 35 ff.

48 Fajkmajer, Rechtsleben, 141 ff.; Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/48–51. Vgl. auch Perger, Ratsbürger, 14 ff.

49 Siehe dazu im Folgenden. Die Ansicht von Fajkmajer, Rechtsleben, 142, dass »Prälaten, Landherren, Ritter und sonstige Personen, die sich nicht um das Bürgerrecht bewarben«, unter die Inwohner fielen, ist eine Missdeutung des Art. 50 Stadtordnung 1526: *Inwoner. Sy sein beheyratt oder nicht, die nit burger sein und sich zu Wienn enthallten, und dasselbst, es sein* [ergänze: *in*] *prelaten, herrn vom adl oder anndern hewsern, kain behausung ausgenomen noch hindangesetzt, zymer, kammer oder annder gemach besteen und darinnen wonen* [...]. Gemeint war, dass auch Bewohner von Freihäusern unter diese zu zählen waren.

50 Tomaschek, Rechte und Freiheiten, II, 160 f.; Winner, Vertrag.

51 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 78.

52 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 79, 81, 82, 84.

53 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 86.

54 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/48.

55 Baltzarek, Steueramt, 384–388; Baltzarek, Ämtercharakteristiken.

56 Weiterhin fundamental bleiben die Darstellungen von Fajkmajer, Rechtsleben, sowie Fajkmajer, Handel. Die Darstellung von Salzmann, Ämter, geht nicht darüber hinaus.

57 Allgemein siehe Czeike, Stadtschreiber; Perger, Ratsbürger, 23.

58 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/30.

59 Siehe Opll, Eisenbuch.

60 Fajkmajer, Rechtsleben, 116 f.

61 Allgemein Fajkmajer, Rechtsleben, 117 f.; Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/32.

62 Instruktionen: WStLA, HAA 11/1692, ebda., Alte Registratur 2/1717.

63 Die Oberkammeramtsrechnungen wurden in finanzhistorischer Sicht berücksichtigt in den Studien von Rankl, Finanzhaushalt; Hecht, Finanzhaushalt; Alscher, Finanzen; Tangl, Finanzen; Spring, Finanzen; Zoubek, Finanzhaushalt. – Auch die Kulturgeschichte hat sich ihrer bedient: Pils, Lebensraum.

64 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/33. Allgemein Fajkmajer, Rechtsleben, 118; Wimmer, Unterkammeramt.

65 Instruktion: WStLA, HAA 5/1680.

66 Dazu Perger, Wandlung, 210 ff.

67 Dazu umfassend Baltzarek, Steueramt.

68 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/41.

69 WStLA, HAA 3/1542. Fajkmajer, Rechtsleben, 120.

70 WStLA, HAA 4/1691.

71 WStLA, HAA 4/1574.

72 Instruktionen: WStLA, HAA 9/1650, HAA 4/1684 sowie 13/1693.

73 Baltzarek, Steueramt, 118–123.

74 Fajkmajer, Rechtsleben, 126 f.; Hecht, Finanzhaushalt, 118 f.; Baltzarek, Steueramt, 123–129.

75 Instruktion: WStLA, HAA 4/1598.

76 Fajkmajer, Rechtsleben, 121 f.; Hecht, Finanzhaushalt, 54 f., 120; Baltzarek, Steueramt, 129–131; Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/47.

77 Demelius, Grundbücher, 117 (Zitat); Wesener, Einflüsse, 33.

78 WStLA, Alte Registratur 12/1740.

79 Fajkmajer, Rechtsleben, 123 ff.; Hecht, Finanzhaushalt, 52 f., 72 ff., 119 f.; Baltzarek, Steueramt, 131 f.

80 Instruktionen: WStLA, HAA 4/1550, HAA 3/1558, HAA 10/1614, HAA 10/1659, Alte Registratur 3/1715, 14/1738.

81 Allgemein Fajkmajer, Rechtsleben, 119; Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/38.

82 St. Stephan: Flieder, Stephansdom, 71–136; Perger – Brauneis, Kirchen und Klöster, 68 f.; Klein-Bruckschwaiger, Kirchmeisteramt; Perger, St. Stephan, 38 f. – St. Michael: Perger – Brauneis, Kirchen und Klöster, 83; Perger, Pfarrgemeinde, sowie ders., Baugeschichte. – St. Maria am Gestade: Perger – Brauneis, Kirchen und Klöster, 41.

83 Instruktionen: WStLA, HAA 8/1650, 18/1668, 3/1700, 5/1704, 2/1707.

84 Fajkmajer, Rechtsleben, 119 f.; Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/34.

85 Instruktionen: WStLA, HAA 2/1703, HAA 2/1704.

86 Allgemein siehe Just – Pils, Randgruppen.

87 Dazu Just, Umgang; Just, Gericht.

88 Instruktion: WStLA, HAA 36/1693; Bräuer, Bettler, 66.

89 Instruktion: WStLA, HAA 7/1624; Just, Umgang, 384 f.

90 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/39; Fajkmajer, Rechtsleben, 120; Just, Pilgramhaus; Just, Pilgerhaus.

91 Codex Austriacus II, 545 ff.; Fajkmajer, Rechtsleben, 128; Stekl, Zucht- und Arbeitshäuser, 62 ff.; Bräuer, Bettler, 63 ff.

92 Instruktion: WStLA, HAA 6/1692.

93 Fajkmajer, Rechtsleben, 127 f.; Pils, Pest, 357 ff.

94 Opll, Burgfried, 27.

95 WStLA, Totenbeschauprotokolle, 1648 ff. – Eine Auswertung unter kriminalitätshistorischen Gesichtspunkten bei Gugitz, Mord.

96 Gigl, Geschichte; Fajkmaier, Handel, 559 f. Instruktionen: WStLA, HAA 5/1660, 15/1715.

97 Fajkmaier, Handel, 560 f.; Rankl, Finanzhaushalt, 185 f.; Instruktion: WStLA, HAA 7/1661.

98 Codex Austriacus II, 346 ff.

99 WStLA, HAA 31/1673.

100 Fajkmaier, Handel, 561; Rankl, Finanzhaushalt, 102 f.; Hecht, Finanzhaushalt, 81; Instruktionen: WStLA, HAA 7/1548, 4/1573.

101 Fajkmaier, Handel, 561; Rankl, Finanzhaushalt, 93 ff.; Hecht, Finanzhaushalt, 80; Perger, Hoher Markt, 43 ff.; Instruktion: WStLA, HAA 21/1659.

102 Fajkmaier, Handel, 561; Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/12; Instruktion: WStLA, HAA 21/1659.

103 Fajkmaier, Handel, 561.

104 Fajkmajer, Rechtsleben, 128; Rankl, Finanzhaushalt, 100; Instruktionen: WStLA, HAA 6/1548, HAA 1/1561, HAA 2/1562.

105 Fajkmaier, Handel, 562; WStLA, Alte Registratur 137/1722.

106 Fajkmaier, Handel, 562; Rankl, Finanzhaushalt, 236 ff.; Hecht, Finanzhaushalt, 36 ff., 164 ff.; Instruktionen: WStLA, HAA 13/1639, 14/1639, 4/1649.

107 Fajkmajer, Rechtsleben, 128.

108 Fajkmaier, Handel, 573 f.; Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 76/35 f.; Instruktion: WStLA, HAA 21/1659.

109 Überblick bei: Fajkmaier, Handel, 574 ff.; Hecht, Finanzhaushalt, 45 ff.

110 Hecht, Finanzhaushalt, 120.

111 Dazu Rankl, Finanzhaushalt, 195 ff.; Hecht, Finanzhaushalt, 124.

112 Veltzé, Kriegswesen, 180 f.

113 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 77.

114 Zur Stadtguardia: Veltzé, Stadtguardia; Veltzé, Kriegswesen, 178–196; Just – Weigl, Stadtguardia; Pils, Stadtguardia.

115 Zur Rumorwache: Veltzé, Kriegswesen, 196 f.

116 Zur Tag- und Nachtwache: Veltzé, Kriegswesen, 197–199.

117 Fajkmajer, Rechtsleben, 125; Csendes, Rechtsquellen, Nr. 76/46.

118 Vgl. Dekret WStLA, HAA 1/1600.

119 Fajkmajer, Rechtsleben, 125 f.

120 Instruktion: WStLA, HAA 5/1571.

121 Dazu und zum Folgenden Veltzé, Kriegswesen, 199–202.

122 Kunze, Ratsbürger, 60; WStLA, Alte Registratur 15/1714

123 Baltzarek, Steueramt, 9 ff.; Baltzarek, Stadtarchiv, 464.

124 Siehe nur: Czeike, Feuerlöschwesen, 155 ff.

125 Fajkmajer, Rechtsleben, 115.

126 Till, Stadtverwaltung, 15.

127 Kleedorfer, Ratsbürger, 24.

128 Till, Stadtverwaltung, 18.

129 Kleedorfer, Ratsbürger, 28 f.

130 Kleedorfer, Ratsbürger, 64.

131 Till, Stadtverwaltung, 16 ff.

132 Till, Stadtverwaltung, 16.

133 WStLA, Alte Registratur 106/1724. Zum folgenden auch: Hartl, Kriminalgericht, 31 ff.

134 Till, Stadtverwaltung, 16.

135 Dazu vor allem: Till, Wirtschaftskommission; Till, Stadtverfassung,13 ff. – Zu den Gaisruck'schen Reformen vor allem: Baltzarek, Beiträge.

136 Till, Stadtverwaltung, 17.

137 Vgl. Brauneder, Verfassungsgeschichte, 85.

138 Dazu Hofmeister, Magistratsverfassung, 110 ff.

139 Zu den Gesetzen vgl. Loschelder, Gerichtsordnung; Brauneder, ABGB.

140 Till, Stadtverwaltung, 19; Geyer, Literatur, 258; Hartl, Kriminalgericht, 36 f.; Sauer, Grund-Herrschaft, 82.

141 Till, Stadtverwaltung, 19 f.

142 Till, Stadtverwaltung, 20 f.; Czeike, Vizebürgermeister, II/22 ff.

143 Aktenmaterial zur Stadthauptmannschaft (1782–1819) ist im NÖLA, Regierungsarchiv überliefert.

144 Till, Stadtverwaltung, 20 f.

145 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, Nr. 89.

146 Siehe Gatscha, Magistratsreform; Till, Stadtverwaltung, 21 ff.; Czeike, Bürgermeister, 248 ff.; Czeike, Stadtrecht, 267 f.; Hofmeister, Magistratsverfassung, 107 ff.

147 Nach Czeike, Vizebürgermeister, II/24.

148 Dazu Hartl, Kriminalgericht, 37 ff.

149 Zu ihnen: Czeike, Bürgermeister, 249; Czeike, Vizebürgermeister; Wild, Kommunalbeamtentum; Wild, Magistratsräte.

150 Czeike, Bürgermeister, 249.

151 Dazu Wallner, Ämter, besonders 14 f.

152 Brunner, Selbstregierung, 223.

153 Vgl. dazu nur Brunner, Selbstregierung, 247.

154 Czeike, Bürgermeister, 249.

155 So allgemein zu den Josephinischen Reformen (allerdings ohne Bezug auf Wien): Vocelka, Glanz, 386. Ein Überblick über die Reformen Maria Theresias und Josephs II.: Vocelka, Glanz, 353 ff.

Klima und Naturkatastrophen

Die Epoche des 15. bis 18. Jahrhunderts kann in Europa als eine Welt der bäuerlichen Gemeinschaft bezeichnet werden. Etwa 80 % der Menschen lebten ausschließlich von der Landwirtschaft. Abfolge, Qualität und Menge der Ernten beherrschten das gesamte materielle Leben, weshalb neben politischen und wirtschaftlichen Ereignissen auch dem Witterungsgeschehen oft schicksalhafte Bedeutung zukam. Der Himmel entschied jedoch nicht nur über das Ausmaß der Ernten. Auch die Verfügbarkeit von Wind- und Wasserkraft sowie die Befahrbarkeit von Straßen, Brücken und Wasserwegen hing von den jeweiligen Launen der Natur ab. Die Schäden, die beispielsweise durch Hochwasser verursacht wurden, bedrohten die Menschen in ihrer Existenz viel direkter und massiver als heute. Nach Überschwemmungen im Sommer waren die Felder verheert und die Ernte zumeist verloren. Regionale Hungersnöte und Teuerungen waren die Folge, nicht zuletzt infolge eines Wirtschaftssystems, das kaum Überschüsse produzierte. Jedes Hochwasser, gleich zu welcher Jahreszeit, brachte zusätzlich das Problem, dass Mühlen nicht betrieben werden konnten. Hielt der überhöhte Wasserstand mehrere Tage an, kam es örtlich zu Engpässen in der Brotversorgung. Neben dem Ausfall der Ernte traf die Bauern besonders der Verlust des Viehs, das größtenteils ertrank. Und die Menschen? Sie flüchteten bei steigendem Wasserspiegel auf Hügel in der Umgebung. Wurden sie vom Hochwasser überrascht, wie bei der durch einen Eisstoß ausgelösten Überschwemmung in der Nacht vom 4. auf den 5. März 1744 in Wien, blieben ihnen oft als einziger Ausweg die Dächer. Damals saßen die Bewohner der tiefer gelegenen Vorstädte Lichtental, Rossau, Leopoldstadt und Weißgerber tagelang auf den Dachfirsten ihrer Häuser fest. Versorgt wurden sie, indem ihnen von Booten aus auf langen Stangen Lebensmittel gereicht wurden. Infolge derartiger Überschwemmungen kam es auch zu starken Verunreinigungen des Grundwassers, welche in vielen Fällen Ruhr- und Choleraepidemien nach sich zogen.

Die Menschen der Frühen Neuzeit, welche in einer Phase der Klimaungunst lebten, waren in besonderem Ausmaß den Widrigkeiten der Natur ausgesetzt. Nachdem im frühen Mittelalter eine Wärmephase dominiert hatte, in der bisher unwirtschaftliche Mittelgebirgslagen und Hochtäler besiedelt worden waren und die Alpengletscher vermutlich kleiner als heute gewesen waren, kam es in Mitteleuropa ab etwa 1200 zu einer etappenweisen Verschlechterung des Klimas. Diese fand in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ihren ersten Höhepunkt in der so genannten »Kleinen Eiszeit«. Der markante Temperatursturz und die gleichzeitig ansteigenden Sommerniederschläge ließen die Alpengletscher stark vorstoßen. Die Gletscherzungen erreichten dabei Gebiete, die seit dem Ende der letzten Eiszeit nicht mehr überschritten worden waren. Dies bedeutete zugleich den Niedergang des Goldbergbaues in den Alpen. Noch Anfang des 16. Jahrhunderts hatte dieser im Rauriser Tal eine Blütezeit erlebt, als im Auftrag der Salz-

burger Erzbischöfe Reingolderträge von bis zu 2.600 kg pro Jahr hatten erzielt werden können. Zwischen 1580 und 1610 kam es jedoch zu einem massiven Vorstoß der Gletscher. Sie drangen bis in die Stollen vor und bedeckten die Eingänge, sodass die Erzförderung unrentabel bzw. überhaupt unmöglich wurde.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts setzte sich eine etwas trockenere Periode durch, das niedrige Temperaturniveau blieb jedoch erhalten. Als ein Beispiel für die in dieser Folge im Weinbau erlittenen Schäden sei ein Eintrag einer Klosterneuburger Handschrift für das Jahr 1666 genannt: *Item habe ihr H. Praelat aus eigener innerlicher lieb gegen den gemainen regen verordnet, das man solle alle tag durch den März (weillen in solchem monat schon etliche jahr nach einander grossen schaden gelitten von der kelte und reif der weinstock und alles verderbet worden) eine mess nach gehaltenem frühamt lesen.*[1] Daneben existieren zahlreiche Berichte über extreme Schneemengen, wie jener vom Jänner des Jahres 1670: *Den 4. continuiert grosser windt mit schneestober undt ist worden ein solcher grosser zu unser Liben Frauen Hietzing das mit grosser mühe durchzukhomen ein khaiserlicher sessltreger ist bis über die khnie offt auch stekhen bliben.*[2]

Das letzte Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts erbrachte einen weiteren Negativrekord. Die Kälte zog sich nun durch alle Monate des Jahres, wobei die Übergangszeiten Frühjahr und Herbst am extremsten ausfielen. Dies führte zu einer spürbaren Verkürzung der Vegetationsperioden, da bei sämtlichen Getreide- und Weinsorten sowohl Temperatur als auch Niederschlag wesentliche Faktoren in der Entwicklung darstellen. Warme, nicht zu trockene Sommer wirken sich günstig auf die Erträge aus. Hohe Niederschläge können hingegen in diesen Monaten zur Vernichtung oder starken Einbußen durch Auswuchs, Insektenbefall oder Schimmelbildung führen. Beim Wein stellen vor allem Spätfröste in den Monaten der Blütezeit ein großes Risiko dar. Nasskaltes Wetter führt zu mangelnder Befruchtung, was das Abfallen von Einzelblüten oder ganzen Blütenständen zur Folge hat. Wein war Nahrungs- und Genussmittel in einem und leistete bei seinem beträchtlichen Kaloriengehalt einen nicht unbedeutenden Beitrag zur Ernährung der Bevölkerung. Damit wird die starke Abhängigkeit der Bewohner in den Weinbaugebieten von Witterungs- und damit von Ertragsschwankungen deutlich. Diese übertrugen sich direkt auf die Preise und von da auf den Konsum. Preisreihen von Wein und Getreide sowie Angaben zu Qualitäten und Quantitäten spiegeln somit klimatische Entwicklungen wider, müssen jedoch auch unter Berücksichtigung von politischen und wirtschaftlichen Komponenten beurteilt werden.

Für das erste Drittel des 18. Jahrhunderts lässt sich im Raum Ostösterreichs eine beginnende Wiedererwärmung nachweisen. Nach zahlreichen Fehl- und Katastrophenernten, die in weiten Teilen Europas Hungersnöte nach sich gezogen hatten, stieg die Tendenz zu vergleichsweise warmen, trockenen Sommern und überdurchschnittlich guten Weinerträgen. Dabei sei erwähnt, dass die Bauern ihren Wein in den seltensten Fällen selber getrunken haben. Vielmehr wurde von ihnen der so genannte »Haustrunk« konsumiert. So bezeichnete man eine Mischung, bei der zuerst die Trauben gepresst und der daraus entstehende Saft abgefüllt wurde. Danach schaufelte man die ausgepressten

Trauben in einen Bottich mit Wasser und ließ diesen über Nacht stehen. Die vollgesogenen Trauben wurden danach neuerlich in den Presskorb geschaufelt und ein zweites Mal ausgepresst. Der daraus entstandene Traubensaft war zwar durchaus bekömmlich, jedoch bei weitem nicht mehr so gehaltvoll wie jener, der während des ersten Pressvorgangs gewonnen wurde. Nach der alkoholischen Gärung war dieses Getränk, der so genannte »Haustrunk«, für den täglichen Konsum, während der eigentliche Wein zumeist ausschließlich für den Verkauf bestimmt war.

In den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts kam es neuerlich zu einer kühleren und niederschlagsreicheren Phase, wobei der europaweit herrschende strenge Winter von 1739/40 ein singulär herausragendes Ereignis darstellt. Über den Höhepunkt der Kälte am 9. Jänner 1740 findet sich in einer Handschrift des Klosters St. Dorothea folgender Eintrag: ... *reisende erstarten auf den wagen sammt ihren pferden, andere kammen, so wie sie auf dem schlitten sassen, todt an den thoren der stadt an, alles jungvieh erstarrte, den kühen wurden die striche, dem hornvieh die klauen und hinterbeine beschädiget. Die kühe verrekten, hühner und gänse lagen in den ställen hingereket, reh und hirschen wurden in den wäldern todt gefunden, feldhünner liessen sich mit händen fangen. In dem frühjare fand man ratten und mäuse erfroren, wein, bier und essig wurden, wan man damit über die gasse gienge, zu eise. Die haut zersprang im gesicht, als ob sie verbrannt wäre.*[3] Erst in der zweiten Märzhälfte löste sich der in diesem Jahr über zehn Wochen anhaltende Eisstoß auf der Donau, worauf es in weiterer Folge zu Überschwemmungen und Schäden an den Brücken kam.

Die Mitte des Jahrhunderts brachte eher durchschnittliche Witterungsverhältnisse mit sich. Ausnahmen bildeten die Jahre 1746 bis 1749 und 1760 bis 1762 mit teils extrem trockenen und warmen Sommern. So war beispielsweise im September 1746 der nächst der Stadt gelegene Donauarm beinahe völlig ausgetrocknet, weshalb zu Ende des Monats der Schiffsverkehr eingestellt werden musste. Auch in den beiden folgenden Jahren veranlasste der Wiener Erzbischof die Geistlichen in den Klöstern sowie sämtliche Pfarrer in und vor der Stadt, gemeinsam mit den Gläubigen um fruchtbaren Regen zu beten. Die ab 1765 wieder zunehmend feuchter werdenden Jahre führten schließlich von 1770 bis 1772 zur größten Hungersnot des 18. Jahrhunderts. Dabei waren Böhmen und Mähren im Bereich der habsburgischen Länder am stärksten betroffen. Durch anhaltende Niederschläge kam es zu extremen Ernteausfällen, weshalb nicht einmal das für das kommende Jahr benötigte Saatgut eingebracht werden konnte. Schon nach wenigen Jahren erfolgte jedoch ein neuerlicher Anstieg der Temperaturen bei gleichzeitiger Abnahme der Niederschläge. Dies bedeutete eine im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts vorherrschende Tendenz zu eher warmen und trockenen Sommern. Insgesamt jedoch sorgten die meist höheren Niederschläge sowie die Neigung zu kühleren Frühjahrs- und Herbstmonaten dafür, dass sich die Gletscher auch noch im 18. Jahrhundert nur wenig von ihrem Maximalstand um 1600 zurückzogen.

Um derartige Aussagen über die klimatische Entwicklung der Vergangenheit treffen zu können, bedarf es neben einer Reihe naturwissenschaftlicher Disziplinen (wie zum Beispiel der Meteorologie, Dendrochronologie oder Glaziologie) auch der Arbeitsmethoden der Geschichtswissenschaft. Die vorhandenen schriftlichen Quellen müssen textkritisch untersucht und ausgewertet werden, um sie in das Bild vergangener Lebensumstände einzuordnen.

Die Beschäftigung mit klimageschichtlichen Quellen wirft unter anderem die Frage nach den Personen auf, die sich zur Aufzeichnung vereinzelter Witterungsereignisse oder aber täglicher Beobachtungen veranlasst sahen. Welche Intentionen standen dahinter, und was war das soziale Umfeld, dem sie entstammten? Ein auch noch für die Frühe Neuzeit wesentlicher, weil stark eingrenzender Faktor lag in der Schriftlichkeit. Demnach waren es anfänglich Mitglieder kirchlicher und weltlicher Institutionen, die in Chroniken und Annalen über Wettergeschehnisse berichteten. Vor allem in klösterlichen Aufzeichnungen wurden bis in die Barockzeit Elementarereignisse wie Hungersnöte, Überschwemmungen oder Epidemien als ein direktes Eingreifen Gottes, eine Strafe für die Sünden der Menschheit interpretiert. Zusätzlich wurden diese Ereignisse mit ungewöhnlichen Himmelserscheinungen (Kometen, Sonnenfinsternissen, Nordlichtern und Ähnlichem) in Zusammenhang gebracht, um deren überirdische Herkunft zu unterstreichen. Daneben bezogen sowohl geistliche als auch weltliche Obrigkeiten ihre Einkünfte aus der Landwirtschaft bzw. dem Weinbau, weshalb mehr oder weniger regelmäßige Aufzeichnungen über die Witterung auch im Hinblick auf die zu erwartenden Erträge gemacht wurden. Ab dem 15. Jahrhundert treten in zunehmendem Maß Gelehrte wie Johannes Tichtel oder Johannes Cuspinian als Wetterbeobachter in Erscheinung. In ihren oft als Tagebüchern verwendeten Ephemeriden (Schreibkalendern) verglichen sie die von Astronomen vorausberechneten Vorhersagen mit den tatsächlich eingetroffenen Wetterverhältnissen. Auch die ältesten erhaltenen täglichen Wetterbeobachtungen aus dem Raum Wien befinden sich in einem Exemplar von Johann Stöfflers Ephemeriden und stammen aus dem Besitz des Arztes Johann Emmerich Aichholz. Dieser wurde 1520 in Wien geboren, immatrikulierte an der Wiener Universität und führte seine Studien im weiteren Verlauf auch an den Universitäten von Ingolstadt, Wittenberg, Paris und zuletzt in Padua fort, wo er das Doktorat der Medizin und Philosophie erwarb. Seine mit einigen Unterbrechungen in den Jahren 1546 bis 1550 verfassten Wetteraufzeichnungen spiegeln dabei eine Facette seiner vielseitigen naturwissenschaftlichen Interessen wie Medizin, Botanik und eben auch der Meteorologie. 1557 ließ er sich als Arzt in Wien nieder, erhielt, obwohl Konvertit, bereits nach kurzer Zeit eine Professur und leitete den universitären Anatomieunterricht. Neben seiner Tätigkeit als Magister sanitatis war Aichholz ab 1559 fünfmal Dekan und im Jahre 1574 Rektor der Wiener Universität, bevor er 1581 an den Hof von Kaiser Rudolf II. nach Prag berufen wurde und schließlich 1588 in Wien verstarb.

Derart naturwissenschaftlich orientierte Gelehrte brachten im Verlauf der Frühen Neuzeit bestimmte Witterungsverläufe vermehrt in kausalen Zusammenhang mit Hungersnöten, Epidemien und Viehseuchen. Diese Erklärungsmodelle wurden in unterschiedlichen Abhandlungen und Traktaten im Rahmen von Akademien und gelehrten Gesellschaften publiziert. Zu einem gewissen Teil sicherlich von diesen Schriften beeinflusst, wurde der Verlauf des Wetters nun auch von so genannten »Laien« in Tagebüchern und Briefen thematisiert. Als Beispiel einer derartigen Quelle können die Tagebücher von Sebastian Mayr genannt werden. In Eberswang/Bayern geboren, erwarb er das Doktorat der Philosophie und trat im Jahr 1651 in das Augustiner-Chorherrenstift Klosterneuburg ein, wo er ab 1681 das Amt des Propstes innehatte. Die Aufzeichnungen Mayrs geben neben recht detaillierten Beschreibungen seines Alltagslebens auch regelmäßige, manchmal sogar zwei- oder dreimal täglich verfasste Angaben zu Wetter- und Witterungsverhältnissen. Die in deutscher Sprache geführten Einträge bestehen aus ein bis zwei Wörtern, wie *schön*, *große khelten*, oder geben in Form längerer Sätze, wie *Sonnenschein aber sehr khalter windt. Dise nacht grosser reiff und sehr gefroren, grosser schaden gethan zu weingartten und opst* eine genaue Darstellung des Wetters und seiner Auswirkungen. Da Sebastian Mayr auch die Aufgabe eines Beichtvaters in der dem Stift inkorporierten Pfarre Hietzing zufiel, finden sich darin neben häufigen Schilderungen über die Ereignisse und seine Besuche im benachbarten Schloss Schönbrunn oder seine Einkäufe im Ort auch Berichte über den Wasserstand des unweit der Kirche vorbeiströmenden Wienflusses. Ohne spezielle weiterführende naturwissenschaftliche Interessen waren seine Wetteraufzeichnungen somit ein für ihn ganz selbstverständlicher Bestandteil seiner Tagebucheintragungen.

Frühe instrumentelle Messungen

Ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts begann man Wetterbeobachtungen zunehmend durch Messungen mit neuentwickelten Instrumenten durchzuführen. Für den Wiener Raum gelten die Aufzeichnungen von Alois Ferdinand Graf Marsigli als die ältesten bekannten instrumentellen Witterungsbeobachtungen. Am Ufer der Donau wurden von Dezember 1696 bis August 1697 sowohl barometrische als auch thermometrische Messungen vorgenommen und mit zusätzlichen Wahrnehmungen von Wind, Regen, Schnee und Hagel in Marsiglis Werk *Danubius* publiziert. Als Beispiel für einen der Ersten, die ab dem 18. Jahrhundert im Dienste meteorologischer Anstalten ihre täglichen Wahrnehmungen verzeichneten, kann der Jesuitenpater Anton Pilgram genannt werden. Er erstellte von Dezember 1762 bis November 1786 eine Beobachtungsreihe, die er zwei Jahre später in seinem Werk *Untersuchungen über das Wahrscheinliche der Wetterkunde*, das für Wien als bedeutendste meteorologische Abhandlung des 18. Jahrhunderts gilt, publizierte. Neben den darin veröffentlichten Temperaturmessungen führte Pilgram auch Messungen des Niederschlages durch. Aufzeichnungen über die Wind-

stärke schienen ihm nach der an der Mannheimer Akademie aufgestellten vierteiligen Schätzungsskala für eine große Stadt als wenig zweckmäßig:

Für das Land und Städte lasse ich diesen einen guten Vorschlag sein; wie sollen wir aber mitten in der Stadt die Bewegung der Baumblätter beobachten? Wir müßten uns die Blätter jener Gärten vorstellen, die jetzt die Frauenzimmer auf ihren Hüten zu tragen pflegen, worüber man folgende Windgattungen bestimmen könnte:

1. Der diese Blätter und Sträusse bewegt.

2. Der diese Sträusse fortträgt.

3. Der die Sträusse samt den Hüten fortträgt.

4. Der die Hüte samt den Frauen fortträgt.[4]

Seit dem Jahr 1775 existiert eine vollständige meteorologische Beobachtungsreihe für Wien, die anfänglich an der alten Universitätssternwarte (1, Dr.-Ignaz-Seipel-Platz 1) erstellt wurde. Thermometrische, barometrische, später auch hydrographische und Windmessungen wurden dreimal täglich vorgenommen und in Form eigener Rubriken unter anderem in der Wiener Zeitung veröffentlicht.

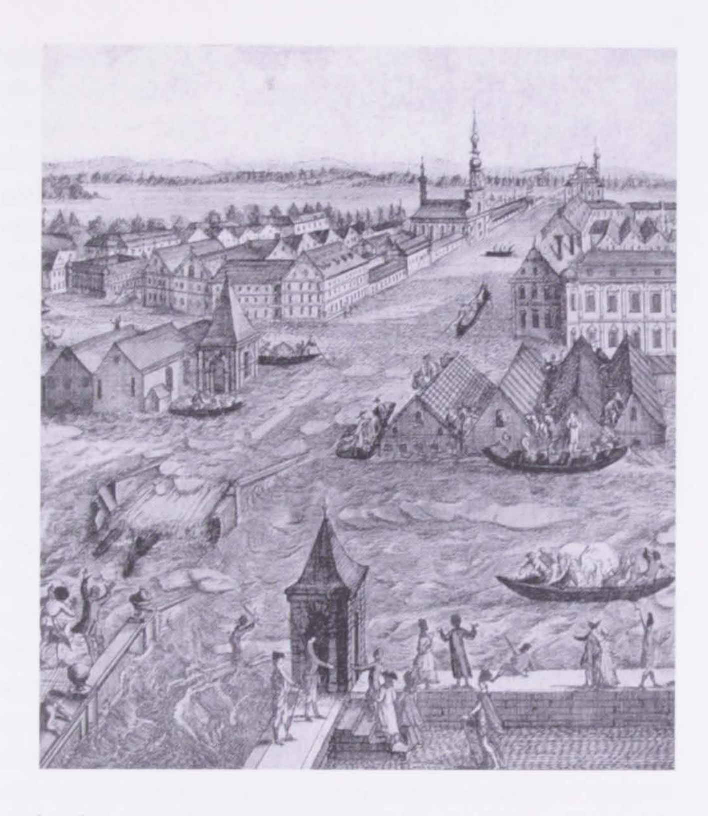
Chronologie der Ereignisse

Im Verlauf der Frühen Neuzeit ereigneten sich eine Reihe extremer Naturkatastrophen. Das Spektrum reicht von Hungersnöten, Überschwemmungen und Stürmen bis hin zu Erdbeben. Gleich zu Beginn des 16. Jahrhunderts kam es nach intensiven und anhaltenden Regenfällen im bayerisch-österreichischen Grenzgebiet sowie entlang der Flüsse Inn, Traun und Enns im August 1501 zum größten bekannten Donauhochwasser der Geschichte. Zahlreiche Inschriften und Hochwassermarken dokumentieren auch heute noch das Ausmaß der Überschwemmungen. Diese richteten besonders in Niederösterreich und Wien enorme Schäden an: *Die Donau war mit allen Gattungen Hausgeräthen bedeckt, die das Wasser samt einer großen Anzahl Menschen fortgerissen hatte.*[5] Der Wasserstand lag im Bereich von Wien-Nussdorf noch um fast zwei Meter über jenem des Hochwassers vom Juli 1954.

Besonders im Raum Wien war der Lauf der bis ins 19. Jahrhundert unregulierten Donau in viele einzelne Arme aufgesplittert. Ihr ständig wechselndes Flussbett hatte dazwischen eine Reihe von Inseln und Sandbänken, Aulandschaften und toten Armen geschaffen, sodass immer wieder riesige Flächen überflutet wurden. In der Folge gingen vor allem am linken Donauufer viele Ortschaften, Dörfer und Weiler im wahrsten Sinn des Wortes »unter«. Andere Orte, wie Jedlersdorf, Kagran oder Leopoldau, wurden – um dem Wasser auszuweichen – mehrmals an eine andere Stelle verlegt *(Abb. 24)*.

Im Juli 1572 kam es erneut zu einem gewaltigen Hochwasser der Donau, wodurch Tullner und Marchfeld überflutet und die Ernte völlig zerstört wurde. Eine Klosterneu-

Abb. 24: Überschwemmung der Leopoldstadt 1784



burger Handschrift berichtet darüber: *In selben jar umb Margaretha ist die Thonau gewaltig groß gewest, das das gantze Thulnerfeld ist überunen gewest, auch das Marichvelt und hat grossen schaden gethan an dem getraidt. Den es hats an den velt hinwöck gefürt, und ist gleich zur erntte zeyd geschehen.*[6] Auch in den Städten Krems und Stein kam es zu enormen Schäden, wie ein Schreiben des Magistrats an den Kaiser mit der Bitte um Steuernachlass überliefert:

> *… nit alleine die Thonau, sondern auch alle andern wasser gewalltig und über die massen sich ergossen, und dazumallen die Thonau so erwachsen, das sie zu Stain durch die gantze stadt (außer was etwas wenig so hinten am berg gelegen) durchrunnen. In gleichen fall ain großer thail der stadt Krembs im wasser gestanden, und hierdurch baiden stetten großer schadt widerfahren, dann die gewässer die stadt meur, auch denen burgern ire heuser dermassen erwaigt, das zu Stain ain gewaltiger thurn … und dann zu Khrembs an der inneren und ausseren stadtmauer etlich klaffter lang eingegangen und nidergerissen hat, auch viel burger heuser zum einfallen genaigt.*[7]

Daneben existieren für das 16. Jahrhundert auch Nachrichten über Trockenheit und Dürre. Im Jahre 1540 … *war ein heisser und dürrer Sommer, daß sich viele Wälder selbst entzündt und ausgebrennt. Es seyn auch in Österreich alle Brunnen, auch große Bäche ausgetrocknet, daß etliche das Wasser für das Vieh, und zu andern Gebrauch auf zwo Meilen nach Hauß führen müssen.*[8] Ähnlich lautende Berichte sind für die Jahre 1556 und 1590 überliefert.

Eines der vermutlich größten Erdbeben dieser Zeit ereignete sich in der Nacht vom 15. auf den 16. September 1590, als es in weiten Teilen Mitteleuropas zu heftigen Erschütterungen der Erde kam. Das Epizentrum des Bebens lag im Raum Neulengbach, zahlreiche Ortschaften, Burgen und Schlösser des Tullner Feldes wurden dabei verwüstet. Auch in Wien richtete das Erdbeben Schäden an Kirchen und Gebäuden an, wie ein zeitgenössischer Chronist vermerkte: *In Oesterreich und ander Ort / Viel der Erdbidem hin und wider / Die schröcklich han geworffen nider / Vil Kirchen und auch manches Hauß / Viel Thuern und Gebäu durchauß.*[9] Vor allem die Kirchtürme der Stadt, die auf Grund ihrer Höhe größten Beanspruchungen ausgesetzt waren, wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Beim Stephansturm brachen oberhalb der Uhr zahlreiche Steine und Verzierungen heraus. Die Spitze, welche im Inneren mit Eisenstangen verstrebt war, verbog sich um etwa zwei Meter. Überlegungen, den Hauptturm abzutragen, wurden jedoch aus Kostengründen verworfen. Auch der Nordturm, in dem die großen Glocken hingen, wurde beschädigt. Die Türme der Michaelerkirche und der Jesuitenkirche stürzten teilweise ein, beim Schottenstift wurden Teile des Daches und der Inneneinrichtung zerstört. Listet man die Schadensmeldungen auf, so finden sich darunter die meisten bekannten Bauwerke der Stadt. Neben beinahe allen größeren Kirchen wurden auch Dächer und Rauchfänge der Hofburg beschädigt. Es gab auch Tote zu beklagen. So starben beim Einsturz der Herberge »Zur goldenen Sonne« in der Rotenturmstraße neun Personen, unter ihnen einige Kaufleute. Dass vor allem die Kirchen von dem Erdbeben betroffen waren, wurde von manchem Berichterstatter in Zeiten konfessioneller Auseinandersetzungen mit mehr oder weniger großer Genugtuung vermerkt. Der Wiener Bischof Johann Kaspar Neubeck hielt *Zwo catholische Predigen, gehalten zu Wienn wider die schröckliche Erdtbidem*, die wenig später im Druck erschienen. Neben naturwissenschaftlichen Deutungen nach dem Wissensstand seiner Zeit interpretierte er die Ereignisse im Rahmen der Sozialdisziplinierung auch als eine Strafe Gottes und rief zu Buße und Bekehrung auf. Dagegen galten für den flacianischen Prediger Markus Volmar die Schäden an den Kirchtürmen den Potentaten, Fürsten, Grafen, Rittern und Edelleuten als Zeichen Gottes gegen den Unglauben *(Abb. 25)*.

Die meisten Menschen werden die unterschiedlichsten Kapriolen des Wetters weit weniger bedrohlich empfunden haben als derartige Erdbeben, dennoch bewegten auch heftige Stürme die Bewohner Wiens. Für das 17. Jahrhundert findet sich eine Reihe derartiger Quellen. Ein Chronist berichtet: *Am 4. Jänner 1639 erlitten wir einen solchen sturm, daß er die brücken erschütterte, und einen mit 6 pferden bespannten wagen von der brücke herab in die donau stürzte … Im jahr 1656 stellte sich im März ein so heftiger sturm ein, daß er die menschen über die schlagbrücke und eine schildwache der basteij in den graben geworfen hatte.*[10] Auch in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1669 hat ein *erschröckhlicher sturmwindt blanckhen undt baum nidergerissen.*[11]

Der Sommer des Jahres 1669 war von hohen Temperaturen und Trockenheit gekennzeichnet. Die Qualität des Weines wurde daher als »sehr gut« eingeschätzt. Dem Vieh auf den Weiden war die Hitze jedoch weniger bekömmlich. Eine Tagebucheintragung vom

22. Juli vermerkt dazu: ... *schön und grosse hitz ... gegen abend grosser sturmwindt undt wetter so in früchten vill schaden gethan ... dise zeit wegen der grossen hitz und mangl des wassers seindt vill ochsen undt anders vieh umbgestonden.*[12] Ein Jahr später kam es im Raum Wien erneut zu einer extremen Hochwassersituation. Zahlreiche zeitgenössische Berichte schildern das Ausmaß der Katastrophe. Bereits im Juni 1670 war es zu anhaltenden Niederschlägen gekommen. Diese führten dazu, dass *wegen des continuierlich regen ein solcher übler weg der in vil jahren nit gewesen*[13], wodurch das Passieren der Straßen erschwert wurde. Nachdem es auch am 3. Juli den ganzen Tag hindurch geregnet hatte, ergoss sich der Wienfluss in der darauf folgenden Nacht in die nächstgelegenen Vorstädte. Der Pfarrer des Dorfes Hietzing schildert das Ausmaß der Überschwemmung in seinem Tagebuch:

Warhafftige / doch erschröckliche newe Zeyttung auß Wien / den 15. vnnd 16. Septembris / von den erschröckenlichen Erdbidem vnnd greylichen schaden am Thurn / Gwelber vnd Gebey der Statt Wien / Newstatt vnd Baden / vnnd fast im gantzen Land Oesterreich vnd der Enß / im Jar 1590.

Mit Sampt einem schreyben auß Prag / den 26. September / von den zuuor vnerhörten Flügen vber die Statt Plawen / auch Heyschrecken den 16. Septembers geflogen / etc.

Auch was vrsach die Türcken den 12. diß Monats ohn eynigkait bedreffent.

1590.

Abb. 25: Flugschrift zum Erdbeben 1590

Diese nacht ist die Wienn also angeloffen das sie bei mansgedenckhen nit so groß, überauß allenthalben grossen schaden gethan. Zu Meidling sein vill heuser nidergerissen halbe tach daher geführt, die maur des thiergartten auf 18 schritt nidergewaschen. Die schlacht ist stehen bliben. Aber alle schütt und der selben biß an die maur hinweckhgeführt, ein grossen alleebaum der vor etlich jahren auch durch das wasser ist nidergerissen worden darinnen geführt biß gegen den schönbrunnthor. Die mühlwehr bei Meidling zerrissen undt darinnen geführt. Zu Hietzing die lezten 3 heusl underwaschen das ein guetter theil eingefallen, in allen kheller wasser. In der geistlichen kheller bei den brunn mehr als mansdief. In den grossen kheller in welchen niemahlen ein tropffen wasser khomen seindt die vässer biß mitten in wasser gelegen. Zu Wienn grossen schaden zugefüegt, absonderlich auf der Landtstrassen so meiste gartten überschwembt undt in grundt verderbt. Vill menschen undt viech seindt ertrunckhen. Die heuser underwaschen das gleichsamb unausprechlich schaden geschen.[14]

Das Ausmaß der Zerstörung wird auch in einem Brief deutlich, den die *Müllherrn auf der Wien unterhalb Meidtling* im Jahr danach mit dem Hinweis auf die Neuerrichtung ihrer Mühlen auf den Gründen des Stiftes Klosterneuburg an den dortigen Propst richteten:

Demnach die vorm jahr gewesste unerdenckhliche grausambe gefährliche grosse wassergüß, unsere wöhr unnd beschlagten dergestalten zerrissen, auch das wasser in die weithe unnd braithe also außgebrochen

unnd sich selbsten zerthailt hat, daß wir unsere beschlagten unnd wasser wöhr, auf unsere seiten mit nichten auffrichten, weder das benötigte mahlwasser auff unsere mühlen fast nicht hetten leiten noch führen können.[15]

Es trat jedoch nicht nur der Wienfluss über seine Ufer. Auch im Norden der Stadt kam es zu weitläufigen Überschwemmungen durch die Donau. Ein Chorherr des Stiftes Klosterneuburg hielt als Augenzeuge seine Eindrücke in einem Schreibkalender fest:

Den 3. hats angefangen nachmittag zu regnen das ohne aufhören gleichwie ein starkher plazregen continuirt sowoll die nacht als den andteren tag nemblich den 4TEN den ganzen tag welches ein solches gewässer veruhrsacht das die Tonau alle feldter überschwembt hat von Chlosterneuburg an biß an den Bissemberg nichts als wasser gesehen wordten. Zu St. Andrea in Häkhenthal hats zunachts die heusser sambt den leuten wekhgenommen. Deren der häuser 3, der personen auf die 7 personen. Hier zu Chlosterneuburg hats auch zwei häusl und ain halbes hinwekhgerissen mit einem stall sambt der khüe. Item hats des chlosters schlachtbankh, welche etwas schon undterwaschen auch völlig zubodten geworffen.[16]

Aber nicht nur anhaltende Niederschläge führten zu großen Verlusten. Auch ein kurzer, heftiger, oft von Hagel begleiteter Regenschauer brachte vor allem die zahlreichen Weinbauern in und um Wien in große finanzielle Schwierigkeiten. Als eines von vielen Beispielen sei das Unwetter vom 23. August 1673 genannt, das den Nordwesten der Stadt heimsuchte:

23. Augusti in vigilia Bartholomaei zwischen 12 und 1 Uhr hat des grosse und gähe schauerwetter weit grössern schaden zu weingärtten verursacht als das vorige in Maio, in denen es zu St. Andreae in Hakenthal item zu Weidling fast alles erschlagen dem kloster allein zu Weidling fast alle weingärtten erschlagen, auch hat es zu Nusdorff, Kalenberg, Grinzing und Sivering getroffen, doch nicht so starkh als zu Weidling und St. Andreae.[17]

Die unter anderem dadurch erfolgten Einbußen in der Menge des Weines konnten in diesem Jahr jedoch dank der guten Qualität des gekelterten Rebensaftes etwas gemildert werden. Ein vermutlich ähnlich heftiges Unwetter wie jenes vom August 1673 beeinflusste auch die Arbeiten an der Pestsäule am Graben. Anlässlich der großen Epidemie des Jahres 1679 gelobte Kaiser Leopold I. die Errichtung einer Dreifaltigkeitssäule, welche ursprünglich nur aus Holz gefertigt war. Im März 1682 wurde jedoch ... *die pro interim aufgesezte säule und heiligiste dreifaltigkeit auf dem graben durch das ungewitter also ruinirt...*,[18] worauf der Kaiser den Auftrag zur Errichtung einer Marmor- bzw. Steinsäule gab.

Am 13. Mai 1690 wurde Leopold I. beinahe selbst zum Opfer der Naturgewalten. Zu diesem Zeitpunkt weilte der Kaiser im Schloss Laxenburg, als um die Mittagszeit *ein wetter mit donner, hagl, plitzen und regen angefangen, welches gegen ein uhr als ihre kaiserliche Majestät sich zur taffl setzen wollen, und die händ gewaschen hatte, in denselben zimmer eingeschlagen.*[19] Dieses Ereignis gab auch noch Jahrzehnte später Anlass für Gedenkfeiern und

Prozessionen, wie zahlreiche Berichte in dem seit 1703 erschienenen Wienerischen Diarium dokumentieren.

Am Beginn des 18. Jahrhunderts kam es im Raum Wien zu einer Häufung sehr warmer und trockener Sommer. Immer wieder wurde von Seiten der Kirche zu Gebeten um Regen aufgerufen, wie jenes Beispiel vom Juni 1701 veranschaulicht:

Eß seye zu besorgen, wann gott die dürstig und ausgedörte erdten nicht mit ainen fruchtbahren regen befeuchtige und erquickhe, das nicht allein die früchten der erden, in ihrem gewächs grosse hinternuß und abbruch leiden, ia woll gar verderben, und vor der zeit ausgedoret, das fueder fier das viech von der sonenhüz außgebrenet, dardurch viech in allen unterhaltungsmittlen aine grosse hungers noth unfehlbar entstehen würde, sofern mann nicht gott mit andechtigen gebett versehen, und umbwendtung solcher straff ruethen bitten wierdet, damit mit der gnadt gottes mit ainen fruchtbahren regen, die erden erquickhet werden solle.[20]

Die Wärme und Trockenheit dieser Jahre schmälerte zwar auch die Menge des gekelterten Weines, dennoch wurden diese Jahrgänge weit über ihre Zeit hinaus gerühmt.

Der Winter 1708/09 galt neben jenem von 1739/40 als der kälteste des 18. Jahrhunderts. Nicht nur anhaltend tiefe Temperaturen, auch die enormen Schneemengen führten zu starken Behinderungen im Alltagsleben. Wege und Straßen waren unpassierbar, die Stadttore konnten infolge von Verwehungen oft erst mit einiger Verspätung geöffnet werden. Das Schmelzen der gewaltigen Schneemassen führte schließlich zu Überschwemmungen. Die Donau trat aus ihren Ufern und setzte die Leopoldstadt unter Wasser, wodurch der Augarten schwer beschädigt wurde. Dies gab in weiterer Folge Anlass für Hochwasserschutzmaßnahmen:

Indem um dergleichen unglückh ins künfftig abzukheren, und forderist ihrer kaiserlichen Majestät höchster dienst erfordert, daß zu conservierung seiner Majestät obgemelten Augartten, und aldortigen gebäus, hinter demselben gegen der donau, wo der gefährlichste anlauff des wassers seyn kann, einen damm oder schantzel vorgeworffen.[21]

Der Winter 1721/22 war weniger von Schnee und Kälte, als vielmehr von häufigen, teils auch sehr heftigen Stürmen geprägt. Das Wienerische Diarium berichtete am 18. Jänner: *Heute Nachts abermalen ein so starker Sturmwind entstanden, daß dadurch nicht allein zu Maria-Hülf die Kuppel vom Thurm, so rechter Hand stehet, wan man in die Kirche geht, sondern auch zu Maria-Trost von dasigem Kirchen-Thurm die halbe Kuppel des Morgens, gegen 9 Uhr, herunter geworffen worden.*[22] Diese bis weit ins Frühjahr anhaltenden Witterungsverhältnisse behinderten auch die Vergnügungen des Hofes. So berichten die Jagdkalender von Kaiser Karl VI. mehrmals von Absagen bereits geplanter Jagden in den Praterauen sowie den Wäldern um Schönbrunn und Laxenburg auf Grund von Wind und Regen.

Insgesamt wurde im Verlauf des 18. Jahrhunderts die so genannte »Kleine Eiszeit« durch mehrere wärmere Phasen unterbrochen. Als ein Beispiel seien die so genannten

»Goldenen zwanziger Jahre« genannt, die sich durch eine Reihe sehr warmer und trockener Sommer auszeichneten. Die daraus resultierenden (geringen) Verluste in der Landwirtschaft konnten durch Spitzenernten im Weinbau kompensiert werden, weshalb es in dieser Zeit auch zu einem beträchtlichen Preisverfall kam. Die Tendenz zu kalten Wintermonaten und erhöhten Niederschlägen blieb jedoch auch in dieser Zeit erhalten. Der Frühling des Jahres 1726 brachte beispielsweise Schnee und Kälte in so beträchtlichem Ausmaß mit sich, dass sogar das Verbot des Fleischessens während der Fastenzeit gelockert wurde.

Der bereits genannte Winter des Jahres 1739/40 zählte zu den längsten und kältesten seiner Zeit. Bereits Anfang November waren die Flüsse mit Eis bedeckt, der Eisstoß auf der Donau hielt über zehn Wochen. Zum Entstehen derartiger Eisstöße kam es durch Stauungen der Eisschollen. Tauwetter oder heftige Regenfälle führten zum Ansteigen des Wasserstandes und damit zu weitläufigen Überflutungen. Wurde der Druck auf die Eisbarriere zu groß, erfolgte ein gewaltiger Durchbruch, der neben einer mehrere Meter hohen Flutwelle auch noch riesige Eisblöcke vor sich her schob und das unterhalb gelegene Land verwüstete. Derartige Auswirkungen blieben den Bewohnern der Stadt im Frühjahr 1740 zwar erspart, trotzdem begann sich der Eisstoß erst Ende März zu lösen. Aus Anlass dieses außergewöhnlich kalten und langanhaltenden Winters wurde eine Gedenkmünze geprägt, die folgende Aufschrift trägt: *Weil Lieb' und Andacht sind in Kält und Eys verkehrt, hat hart und langer Frost das arme Land beschwert.*

Im Sommer des Jahres 1741 kam es in Wien neuerlich zu weitläufigen Überschwemmungen. Heftige Unwetter und Regenschauer führten Anfang Juni zum Hochwasser sämtlicher durch Wien strömenden Bäche. Die Häuser und Gärten von Neustift, St. Ulrich und längs des Alserbaches standen völlig unter Wasser. Vor allem jedoch entlang des Wienflusses war der Schaden enorm. Sämtliche angrenzenden Ortschaften und Gebäude wurden verwüstet, Mauern hinweggerissen und die nahe dem Kärntner Tor befindliche Bärenmühle zerstört. Ähnliche Verheerungen brachte das Hochwasser vom März 1744 mit sich. Ein von heftigen Niederschlägen begleiteter Warmlufteinbruch ließ Schnee und Eis dahinschmelzen, worauf es in weiterer Folge zu einer weitläufigen Überschwemmung kam. Sämtliche Brücken am Tabor wurden hinweggerissen, die Vorstädte Rossau und Leopoldstadt standen unter Wasser, weshalb sich die Bewohner der Häuser auf die Dächer retten mussten. Maria Theresia stellte als Soforthilfe unentgeltlich Verpflegung in Form von Brot und Fleisch zur Verfügung, welche ihr Gemahl, Kaiser Franz I., persönlich unter den Not Leidenden verteilte.

Am 27. Februar 1768 wurde die Umgebung Wiens von einem heftigen Erdbeben erschüttert. Das Epizentrum lag in Brunn am Steinfeld nahe Wiener Neustadt. Im Auftrag Maria Theresias untersuchte in den folgenden Wochen der Hofmathematiker Josef Anton Nagel die Auswirkungen des Bebens. Er bereiste das Gebiet um den Schneeberg, befragte Augenzeugen und erstellte eine systematische Schadenserhebung. Noch im selben Jahr publizierte Nagel seine Erkenntnisse. Er versuchte dabei, das Erdbeben aus naturwissenschaftlicher Sicht zu erklären. So vermutete er unter allen Orten, an denen derar-

tige Beben zu spüren waren, ein Netz von Gängen, welche mit gärender Materie und Wasserdünsten gefüllt seien. Das hätte zur Folge, dass die Luft darin so lange zusammengedrückt werde, bis die zu schwache Erdrinde dieser Gewalt nicht mehr widerstehen könne. In Wien hielt sich, mit Ausnahme einiger eingestürzter Rauchfänge, das Ausmaß der Zerstörungen in Grenzen. Weit verheerender waren die Folgen in Wiener Neustadt, wo der südöstliche Turm der alten Burg in sich zusammenfiel und in den meisten Häusern und Gewölben tiefe Mauerrisse entstanden.

Ab 1765 kam es in den habsburgischen Ländern, vor allem jedoch in Niederösterreich, Böhmen und Mähren, zu einer Reihe zunehmend feuchter werdender Jahre. Diese brachten nicht nur zahlreiche Überschwemmungen mit sich. Sie führten in den Jahren 1770 bis 1772 auch zur größten Hungersnot des 18. Jahrhunderts. Die Getreideernten waren so schlecht, dass nicht einmal das für das kommende Jahr benötigte Saatgut eingebracht werden konnte, was sich auch in den Rechnungsbüchern des Wiener Bürgerspitals widerspiegelt. So kam es in den Jahren 1769 bis 1772 zu einer hundertprozentigen Preissteigerung bei Weizen, der Kornpreis verdreifachte sich sogar innerhalb von zwei Jahren. Aus diesem Anlass erließ Maria Theresia ein Dekret, in dem die zollfreie Lieferung von Getreide aus Ungarn, das von den Missernten kaum betroffen war, verfügt wurde. Der Transport des Getreides brachte jedoch große technische und organisatorische Probleme mit sich. Soweit es möglich war, benutzte man den Wasserweg, indem das Getreide in Schiffen auf der Donau nach Wien bzw. Stockerau gezogen wurde, wo man es auf Wagen verlud und weiter transportierte. Im Winter musste die Schifffahrt jedoch eingestellt werden, im Frühjahr und Sommer wurde sie durch Überschwemmungen zusätzlich erschwert. Zusammen mit der neu geschaffenen Proviantierungshofkommission kann hierbei von den ersten staatlich organisierten Hilfsmaßnahmen gesprochen werden. In weiterer Folge wurde nun auch nach jahrzehntelangem Widerstand der Mais- und Kartoffelanbau in den Ländern der Habsburgermonarchie in zunehmendem Maße betrieben. Man zog dabei nicht nur die hohen Erträge, sondern auch die größere Verlässlichkeit in Bezug auf die Resistenz gegenüber klimatischen Widrigkeiten verstärkt in Betracht.

Der Sommer des Jahres 1779 wurde neuerlich durch zahlreiche Niederschläge geprägt. Am 10. August fand ein außergewöhnlich heftiges Unwetter statt, das große Schäden sowohl in der Natur als auch an den Häusern der Vorstädte hinterließ. Das Wienerische Diarium schildert die Ereignisse:

Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr erhob sich in der Gegend hiesiger Stadt von der Abendseite gegen Mittag ein so heftiges, mit Hagel und Gußregen vermischtes Ungewitter, welches in seiner Wuth seit langer Zeit, und mit so vielen Schaden nicht leicht gedenkt wird. Es überzog auf dem Lande die Gegenden über Dornbach, Währing, Weinhaus, Hernals, und Ottakrin; dann zog es sich über Breitensee, Baumgarten, Penzing, Hiezing, und von da gegen Enzerstorf, Baaden, Traißkirchen und dasige Gegend, in erstern Orten flößte das Wasser von den Weinbergen die Erde sammt den in schönstem und reichlichstem Flor gestandene Weinstöcke mit ihren Trauben fort, überschwemmte die Thäler; der Hagel zerschlug die

Bäume, und beraubte sie ihrer Früchte. Das von den Bergen zusammfließende Wasser suchte seiner überhäuften Menge wegen aller Orten seinen Auslauf, und richtete in seinem Laufe die betrübtesten Wirkungen an. Seine Wuth erstreckte sich bis in hiesige Vorstädte, allwo das von Währing hereingekommene Wasser in dem Lichtenthale und der Rossau fast alles überschwemmte, und mit Schlamm erfüllte, am ärgsten aber tobte es auf dem sogenannten Neustift, und alten Lerchenfeld, wo es viele Wohnungen zu ebener Erde überschwemmte, einige Häuser verschiedentlich beschädigte, und den Inwohnern an ihrem Hausgeräthe vielen Schaden verursachte; an welch allen Orten man nun noch immer mit Reinigung der mit Sand und Schlamm erfüllten Wohnungen beschäftigt ist.[23]

Als klimageschichtlich interessantes Ereignis kann ein Geschehnis im Jahr 1783 bezeichnet werden, das als das Jahr des großen trockenen Nebels in die Annalen der Klimatologie einging. Verursacht durch einen am 8. Juni dieses Jahres beginnenden gewaltigen Vulkanausbruch auf Island, breitete sich ein schwefelartiger Nebelschleier über die gesamte nördliche Erdhalbkugel. Die Wiener Zeitung berichtete am 6. August, dass *ein dichter trockener Nebel den Horizont lange Zeit bedecket habe, der aber auch hier sonst keine anderen Folgen hatte, als die vielen und ungewöhnlich heftigen Donnerwetter, die meist noch mit sehr starken Regengüssen und Hagel begleitet waren.*[24] Diese ungewöhnliche Häufung von Sommergewittern veranlasste Kaiser Joseph II. zu einem Verbot des Wetterläutens. Man nahm an, *daß die durch das Glockengeläut in Bewegung gesetzten Metalle, statt die Gewitterwolken zu zerstreuen, vielmehr den Blitz anziehen, und die Gefahr vergrössern. In diesem Jahre besonders ist die schädliche Wirkung des Läutens in allen Orten her durch sehr häufige Beispiele von Menschen, die bei dem Läuten selbst durch den Blitz getödtet, von Thürmen und Kirchen, die vom Donnerstrale gezündet worden, nur zu sehr bestättiget.*[25] Die geringe Akzeptanz, mit welcher dieser Erlass in der Bevölkerung ganz offensichtlich aufgenommen wurde, lässt eine neuerliche Regierungsverordnung vom 2. August 1784 vermuten, worin dieser Brauch abermals untersagt wurde.

Der darauf folgende Winter 1783/84 war außerordentlich kalt und lang anhaltend. Anfang Jänner bildete sich ein Eisstoß auf der Donau, und der Schnee lag so tief, dass die Wölfe bis in die Vorstädte kamen und *die Raubthiere an aller Nahrung Noth leiden*[26] mussten. Ende Februar führte ein plötzlicher Warmlufteinbruch zu einer verheerenden Überschwemmung in weiten Teilen der Stadt. Das Tauwetter war *so schnell erfolget, daß bey der Menge des allenthalben verbreiteten Schnees, das Wasser nicht genug Auswege fand, um eben so geschwinde abzulaufen, und daher, in mehreren tiefer gelegenen Vorstädten, so wie auf den Ebenen zwischen diesen und der Stadt, auf beyden Seiten der erhöhten Strassen sich häufig sammelte, und gleichsam Teiche bildete. Wie dann nach und nach dieses Wasser in den Alserbach, die Wien oder die Donau sich ergoß, so wurden selbe so sehr angeschwellet, daß ersterer aus seinen Ufern tratt, und sich an dessen beyden Seiten verbreitete, der Wien-Fluß aber so ungewöhnlich stark zunahm, daß er fast allenthalben in das Ebenmaß mit seinen Ufern kam, es auch an einigen Orten wirklich übertratt, und dabey mit solcher Gewalt gegen seinen Ausguß fortströmte, daß er in der Nacht vom 26. zum 27. des Monats alle hölzerne Brücken und Stege durch die Stärke des mitführenden Eises niederrieß.*[27] Einen Tag später fiel neuerlich starke Kälte ein, wodurch das

Wasser in den Straßen gefror. Im Bereich von Nussdorf begann sich jedoch der Eisstoß zu lösen. Die Wiener Zeitung berichtete:

Des Morgens am 29. erhielt das Eis in dem Donauarme nächst Wien ebenfalls einigen Treib, stemmt sich aber gleich Anfangs an der ersten Donaubrücke nächst dem Augarten. Hier waren Arbeitsleute vorhanden, welche die Eisschollen zerbrachen, um sie in leichteren Gang zu bringen. Sie wurden gegen die Mittagszeit plötzlich von der Arbeit weggescheucht, da die Donau mit einem mächtigen Schwalle sich in schnelle Bewegung setzte. In ihrem Laufe wälzte sie an beyden Seiten des Ufers, wo es nicht ganz steil und sehr hoch war, mächtige Eisschollen übereinander hin, und bildete sich ein neues erweitertes Ufer. Es war eine unglaubliche Menge Eis, welches auf der Donau hinschwamm.[28]

Kälte und Schneefälle hielten bis April an, und noch im Juli kam es zu einem ungewöhnlichen Temperatursturz. Dabei lagen auf den Höhen des Wienerwaldes einige Zentimeter Schnee, *so daß einige Leute zum Andenken dieser seltenen Begebenheit zu solcher Jahrszeit mit Schlitten gefahren.*[29]

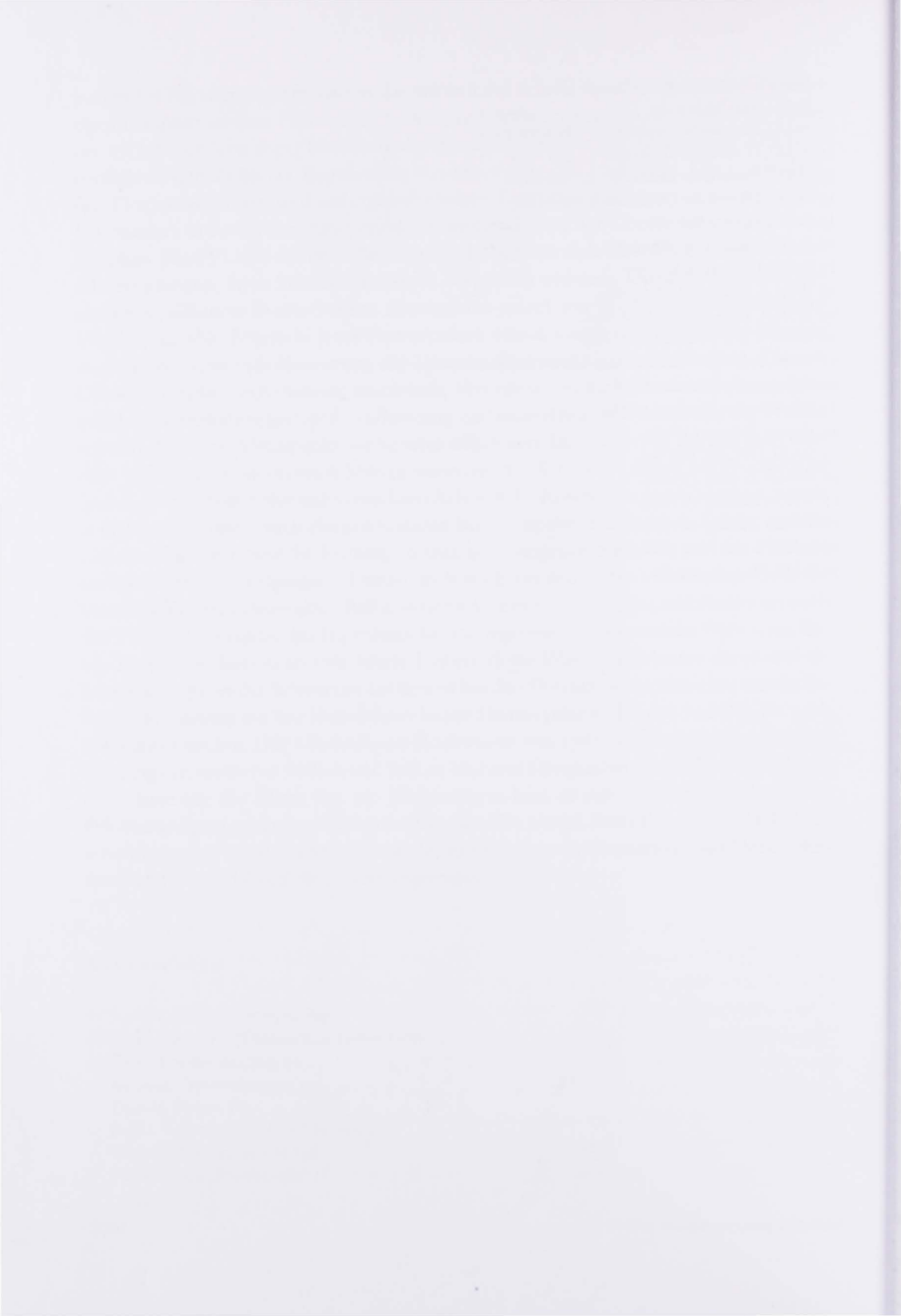
Anfang November 1787 ereignete sich zu einer Zeit, in der die Donau normalerweise Niederwasser führt, die größte Überschwemmungskatastrophe seit dem Jahre 1501. Diese wurde wegen des am 1. November erreichten Höchststands der Donau als »Allerheiligen-Hochwasser« bezeichnet. Bereits Ende Oktober ließen die Niederschläge den Schnee an den Hängen des Wienerwaldes dahinschmelzen. Die Wiener Zeitung vermutete sogar, dass die Menge des Wasser aus den Tiroler Alpen komme, wo es durch das Schmelzen eines Eisberges entstanden sei. Wie ein Klosterneuburger Chronist berichtete, war der Donaustrom *so ausserordentlich angeschwollen, daß er aus seinen ufern trat, und alle gegenden an beyden seiten unter wasser setzte. Diese überschwemmung war so hoch, daß es die gröste von diesem jahrhundert von dem jahre 736 und 743, welche beyde hier bey dem donauthor angemerkt waren, überstieg. Der neue damm bey Nusdorf wurde eingestürzet, ein gleiches schiksal hatte der kostbare damm bey Langenzersdorf, welcher das Marchfeld sammt dem damm bey dem eingang der Schwarzenlake hätte beschüzen sollen. Langenzersdorf wurde nach eingestürzten damm so sehr überschwemmet, daß man auf der strasse mit schiffen hat fahren können. Viele häuser von der wasserseite besonders wurden eingestürzet, die meisten beschädiget. Korneuburg, bis Leobendorf, und hinunter Eipeltau, Kagran, ja das ganze Marchfeld stund unter Wasser.*[30] Die in dieser zeitgenössischen Überlieferung erwähnten Dämme entlang der Donau spiegeln die damals neuentstandenen Initiativen zur Errichtung von Hochwasserschutzbauten. Bereits im 14. Jahrhundert hatte es erste Versuche einer Donauregulierung gegeben. Diese Arbeiten hatten den Zweck gehabt, das damalige Hauptfahrwasser, den Donaukanal, schiffbar zu erhalten. Auf Grund der gegebenen technischen Unzulänglichkeiten waren sie jedoch eher bescheiden ausgefallen und hatten sich auf die Errichtung von Leiteinrichtungen (Buhnen) und kleinen Bollwerken beschränkt, um das Wasser auf das rechte, stadtseitige Ufer zu lenken und damit den Wiener Arm mit genügend Wasser zu versorgen. Trotz dieser Bemühungen wurde um etwa 1550 ein Nebenarm zwischen dem »Fahnenstangenwasser« (benannt nach den dort aufgestellten Fahnenmasten, die den

wartenden Händlern und Frächtern die Ankunft der Schiffe signalisierten) und dem heutigen Hauptstrom zum Fahrwasser. Gewaltige Uferbrüche ließen die Donau am Ende des 17. Jahrhunderts sogar bis weit in das Marchfeld vordringen. Die heutige Alte Donau bildete damals bis zur Regulierung von 1870–1875 den Hauptarm. Die große Zahl von Hochwasserfluten und außergewöhnlichen Eisstößen machten vor allem das 18. Jahrhundert zu einer Ausnahmeperiode in der Geschichte der Überschwemmungskatastrophen. Karl VI. rief die erste Behörde ins Leben, die sich ausschließlich den Überschwemmungen, ihren Schäden und ihrer Verhütung widmete. Dieses in Nussdorf ansässige, so genannte Wasserbauamt war de facto jedoch nur für die nähere Umgebung Wiens zuständig. Bereits in jener Zeit erkannte man das zentrale Problem der Erosion und die entscheidende Bedeutung der Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens. Diesem Umstand wurde durch mehrere gesetzliche Verordnungen im Verlauf des Jahrhunderts gebührend Rechnung getragen. Aufforstung und eingeschränkte Abholzung der Wälder standen ab nun im Mittelpunkt der Schutzmaßnahmen. Im Jahre 1768 wurden auch erstmals Ingenieure an die vereiste Donau zitiert, um vor Ort eine Lösung des Problems zu finden. Unter ihrer Anleitung versuchten Arbeiter die Eisschollen zu zerbrechen, um sie in Gang zu bringen. Nach einigen Stunden hatte man damit tatsächlich Erfolg, und die Gefahr schien gebannt. In Erdberg türmte sich hingegen nach wie vor das Eis, und schließlich trat die aufgestaute Donau doch noch aus den Ufern und ergoss sich in die Vorstädte Wiens. Infolge einer Reihe weiterer Überschwemmungen errichtete man nach den Plänen des Pressburger Ingenieurs Johann Sigismund Hubert einen Damm am linken Donauufer. Bereits ab 1769 führte Hubert kleine Wasserbauarbeiten durch und arbeitete ab 1771 an der Schwarzen Lacke und bei den Donaubrücken. Bis 1784 wurde unter seiner Leitung ein fast sechs Meter hoher Damm gebaut, der von Jedlesee bis nach Floridsdorf reichte. Das Allerheiligen-Hochwasser von 1787 durchbrach diesen Damm allerdings an mehreren Stellen und ließ an Huberts Fähigkeiten große Zweifel aufkommen. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts kam es zur Wiederherstellung und Erhöhung des so genannten Hubertusdammes. Die letzten Reste dieser alten Hochwasserschutzbauten wurden erst im Zuge der Errichtung von Donauinsel und Donauufer-Autobahn in den Jahren 1972–1987 abgetragen.

Anmerkungen

1 StAKl, Calendariis excerpta, pag. 5.
2 StAKl, Historische Denkmale, 4. Jänner 1670.
3 StAKl, Continuatio, pag. 31.
4 Pilgram, Untersuchungen, 592.
5 Ziegler, Donau, 28.
6 StAKl, Wetter-und-Zufälle-Chronik, o. S.
7 Weikinn, Quellentexte II, 290.
8 Preuenhuber, Annales, 260.

9 Newe Chronica, o. S.
10 StAKl, Tag-Buch, o. S.
11 StAKl, Historische Denkmale, 27. Februar 1669.
12 StAKl, Historische Denkmale, 22. Juli 1669.
13 StAKl, Historische Denkmale, 11. Juni 1670.
14 StAKl, Historische Denkmale, 3. Juli 1670.
15 StAKl, Hs. 250, fol. 153.
16 StAKl, ClCal, 3.–4. Juli 1670.
17 StAKl, Historia, o. S.
18 WStLA, HAA, Serie B 31/1682.
19 WStLA, HAA, Serie B 682/1690.
20 DAW, K 1/2, Diözesancurrenden.
21 StAKl, K Briefe Sebastian Mayr, Jakob Cini, Ernest Perger, Nr. 117.
22 Wienerisches Diarum 1823/1721.
23 Wienerisches Diarum 64/1779.
24 Wiener Zeitung 63/1783.
25 StAKl, DW 52g, pag. 801.
26 Wiener Zeitung 13/1784.
27 Wiener Zeitung 17/1784.
28 Wiener Zeitung 18/1784.
29 StAKl, K 220, Nr. 41 NR, fol. 266v.
30 StAKl, Hs 21/3, pag. 82.



Frühneuzeitliches Bevölkerungswachstum

Stadtwachstum

Am 8. November 1529 kehrte der kaiserliche Diplomat Sigmund von Herberstein von einer Reise nach Wien zurück. Er fand die Stadt nach der Ersten Türkenbelagerung *als mir gegen der vorigen gestallt fremd. Alle vorstet … warn all geschlaipfft unnd ausgeprenndt, damit der veindt sein bequemlichkeit darinn nit haben möcht … Es ward erbärmlich zu sehen.*[1] Tatsächlich stellt das Jahr 1529 den absoluten Tiefpunkt in der frühneuzeitlichen Bevölkerungsgeschichte Wiens dar. Stadt und Vorstädte, die noch zu Beginn der zwanziger Jahre des 16. Jahrhunderts rund 30.000 Einwohner beherbergt haben dürften,[2] befanden sich in einem überaus beklagenswerten Zustand. Wahrscheinlich der gesamte Häuserbestand der Vorstädte war von Belagerern und Belagerten vernichtet worden.[3] Zu allem Überdruss hatte ein Brand im Jahr 1525 ein Drittel der rund 1.250 Häuser der Altstadt zerstört, von denen 1529 erst ein Teil wiederhergestellt war.[4] Noch einmal, 1683, sollte sich dieses Geschick der Vorstädte im Zuge der Zweiten Türkenbelagerung wiederholen.

Die militärische Bedrohung aus dem Osten übte auf die frühneuzeitliche Stadtentwicklung Wiens bis zur Errichtung des schützenden Linienwalls im Jahr 1706 tatsächlich einen nachhaltigen Einfluss aus, der allerdings demographisch auch wieder nicht überbewertet werden sollte. Über die gesamte Periode betrachtet, wurde Wien in der Frühen Neuzeit von einer größeren mitteleuropäischen Stadt zu einer der bedeutendsten Großstädte Europas. Etwa ab der Mitte des 18. Jahrhunderts war die Stadt nach London, Paris und Neapel die viertgrößte in Europa.[5] Das frühneuzeitliche demographische Wachstum erfolgte im Wesentlichen in drei Phasen: Zwischen den beiden Türkenbelagerungen betrug die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate 0,7–0,8 %. Danach setzte bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts eine Phase beschleunigten Wachstums mit einem durchschnittlichen jährlichen Anstieg von etwa 1,3 % ein, während in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Wachstumsrate wieder auf das Niveau zwischen den Belagerungen fiel. Stadt, Vorstädte und Vororte, also ein großer Teil des heutigen Stadtgebiets, wuchsen langfristig betrachtet sowohl im 17. als auch im 18. Jahrhundert mit einer jährlichen Wachstumsrate von etwa 0,8 % ziemlich konstant.[6]

Räumlich betrachtet, differierten die Wachstumszonen in den einzelnen Phasen erheblich. Zwischen den Türkenbelagerungen trug das Wachstum der ummauerten Altstadt maßgeblich zum Bevölkerungswachstum bei, während jenes der Vorstädte durch den Abbruch zahlreicher Häuser aus fortifikatorischen Notwendigkeiten gebremst wurde. Nach 1683 bildete die Hauptwachstumszone der Vorstadtgürtel. Um 1750 lebten bereits mehr als doppelt so viele Wiener außerhalb der Stadtmauern als innerhalb. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts setzte sich dieser Trend fort, wobei nunmehr

Fig. 3: Wiens Bevölkerung 1520–1794/95 [1)] [2)]

Jahr	Stadt und Vorstädte [3)]			Vororte(V)/ heutige Außenbezirke [4)]	Agglomeration [5)]
	Zusammen	Männlich	Weiblich		
um 1520	30.000				
1530	12.000				
1563	25.000				
um 1600	30.000–35.000			(V) 10.000	50.000
um 1650	50.000				
um 1680	70.000				
1710	110.000			(V) 10.000	123.500
1754	175.403	81.401	94.002	(V) 15.927	191.330
1772	192.971				
1777 [6)]	204.188	98.949	105.239		
1783	209.121			38.632	247.753
1785	213.347				
1789	217.353				
1794	220.337			36.963	257.300

1) Stadt und Vorstädte. – 2) 1520–1710: Schätzungen auf Basis von Häuser-, Geburten- und Sterbezahlen bzw. zeitgenössischen Angaben; 1754–1794: Ergebnisse der Volkszählungen. – 3) 1520–1710: anwesende Bevölkerung; 1754–1794: anwesende Zivilbevölkerung. – 4) Gebiet der heutigen Außenbezirke nach zeitgenössischen Vorortgrenzen. – 5) 1600: eigene Schätzung, 1710–1754: Schätzung nach Baltzarek. – 6) Vermutlich ohne jüdische Bevölkerung.

Quelle: Weigl, Demographischer Wandel, 50–53, 55, 60. – Thomas, Wien, 108. – Hummelberger, Wiens erste Belagerung, 38. – Baltzarek, Wachstum, 13. – Klein, Bevölkerung Österreichs, 92.

auch bereits das Bevölkerungswachstum der Vororte Bedeutung erlangte, wenn auch die absolute Zahl der Vorortebewohner noch relativ gering war.

Vom Schock der Ersten Türkenbelagerung erholte sich die Stadt zunächst nur langsam. Noch in einer Eingabe aus dem Jahr 1546 wiesen Bürgermeister und Rat darauf hin, dass *des Neunundzwaintzigisten jars, Turggischer belegerung, ausser der Stat ueber Neunhundert Burgershewser abgestossen und der Erden gleich niedergerissen sein, weliche nimer mer zupauen gestatt werdenn.*[7] Das war so wohl übertrieben, denn die Vorstädte wurden teilweise sehr wohl wieder aufgebaut, aber es spiegelt anschaulich die zerstörerische Wirkung der Belagerung wider. Die baulichen Aktivitäten konzentrierten sich in der Folge auf den Ausbau der Festungswerke und der Residenzbauten innerhalb der ummauerten Stadt. Vor allem in den 1550er und 1560er Jahren erlebte Wien einen ausgesprochenen Bauboom. Ein norddeutscher Reisender fand im Jahr 1560 den Bau des Befestigungsgürtels bereits sehr weit gediehen.[8] Wenige Jahre später waren alle zwölf Basteien fertig gestellt.[9] Rechnet man die in den Hofquartierbüchern angeführten Wohneinheiten hoch, dann dürften in den Mauern der nunmehr bedeutendsten Festung Mitteleuropas um 1560 nahezu 20.000 Einwohner gelebt haben, während unmittelbar nach Ende der Ersten Türkenbelagerung gerade 12.000 Menschen die Stadt bewohnt hatten.[10] Der Wiederaufbau der Vorstädte war jedoch – bedingt durch eine bebauungsfreie Zone vor den mächtigen Befestigungsanlagen – nur teilweise voran gekommen, sodass Stadt und Vorstädte um

1563 nicht mehr als 20.000–25.000 Einwohner gehabt haben dürften.[11] Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts verdoppelte sich diese Einwohnerzahl. Die alten spitzgiebeligen zweigeschossigen gotischen Bauten der Altstadt wichen zusehends drei- und mehrgeschossigen Barockhäusern oder gingen in ihnen auf. Gleichzeitig verdichtete sich die Besiedlung in der Vorstadtzone, wobei sich der Untere Werd (heute: Wien 2) und das Viertel um St. Ulrich (heute: Wien 7) besonders dynamisch entwickelten. In den Jahrzehnten vor der Zweiten Türkenbelagerung setzte sich dieser Ausbau insbesondere in einigen Vorstädten im Westen, wie etwa Mariahilf (heute: Wien 6), fort.[12] Nun erreichte die Zahl der Vorstadthäuser annähernd jene vor der ersten Belagerung.[13] Volle Entfaltung erlebte die Bautätigkeit in den Vorstädten jedoch erst nach der Zweiten Türkenbelagerung. Vor allem dank der rasch wachsenden Vorstädte nahm die Einwohnerzahl nach 1683 rasant zu. 1754 standen etwa 50.000 Einwohnern der Stadt rund 120.000 der Vorstädte gegenüber. Bis zum Ende der josephinischen Periode war eine anwesende Zivilbevölkerung von rund 230.000 Einwohnern erreicht. Einschließlich der Vororte lebte eine Viertelmillion Menschen in der Agglomeration. Im 18. Jahrhundert bildete zunächst der westliche Teil der Vorstadtzone einen Wachstumskern, wobei auf dem Gebiet des heutigen 7. Bezirks die größte Wohndichte erreicht wurde. Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts fiel das Wachstum jedoch im Süden und Osten am stärksten aus.[14]

Demographische Krisen

Die langfristige Betrachtung des städtischen Bevölkerungswachstums suggeriert allerdings eine Kontinuität, die es so nicht gab. Demographische Krisenjahre sorgten kurzfristig immer wieder für beträchtliche Bevölkerungsverluste, sodass der Wachstumspfad einer Kurve mit vielen Zacken entsprach. Wie bereits erwähnt, hatten die beiden Türkenbelagerungen schwere demographische Konsequenzen. Den unmittelbaren Kampfhandlungen fiel bei der Ersten Türkenbelagerung ein Großteil der flüchtenden Stadtbevölkerung, der von den beweglichen osmanischen Akindschi westlich von Wien niedergemetzelt wurde,[15] zum Opfer, während bei der zweiten Belagerung die Opfer unter der Zivilbevölkerung geringer gewesen sein dürften. Nimmt man die Zahl der Sterbefälle der Monate Juli–September des Jahres 1682 zum Maßstab, dann betrug der Sterbeüberschuss in den Vergleichsmonaten während der zweiten Belagerung lediglich rund 1.000.[16] Dazu müssen allerdings noch relativ viele von den Totenbeschauprotokollen nicht erfasste Todesfälle von Soldaten dazugerechnet werden, denn von den etwa 16.000 Kämpfenden, davon 5.000 Einwohner,[17] überlebten schätzungsweise 5.000 die Belagerung des Jahres 1683 nicht.[18] Nachhaltiger als die militärischen Verluste der Belagerungen erwies sich die Zerstörung der Vorstädte und teilweise auch der Vororte. Obdachlosigkeit der Vorstadtbewohner bewog beispielsweise im Jahr 1530 Bürgermeister und Rat der Stadt den Landesfürsten zu bitten, Klostergebäude für diese Personen freizugeben.[19]

Der demographische Effekt von militärischen Kampfhandlungen oder aber auch nur von Truppendurchzügen ging jedoch über die Gefallenen weit hinaus. In der belagerten Stadt entstand gar nicht so sehr durch Unterernährung als durch die Zusammendrängung der Bewohner und Militärs auf engstem Raum erhöhte Seuchengefahr. Beispielsweise brach im Sommer 1683 im belagerten Wien eine Ruhrepidemie aus, obwohl während der gesamten Belagerung keine ernsthaften Versorgungsprobleme auftraten.[20] Einer der Belagerung folgenden Typhusepidemie fielen im Herbst 1683 ebenfalls zahlreiche Einwohner zum Opfer.[21] Im Gefolge der militärischen Blockade Wiens durch schwedische Truppen im Jahr 1645 brach ebenfalls eine schwere Seuche – vermutlich eine Pestepidemie – in der Stadt aus. Die Einschleppung von Seuchen durch durchziehende oder in den Vorstädten lagernde Truppen während des Dreißigjährigen Krieges ist 1632, 1634/35 und 1649 wahrscheinlich.[22]

Der regelmäßige Ausbruch von Seuchen war der frühneuzeitlichen städtischen Gesellschaft ohnehin systemimmanent. Die nachhaltigsten Wirkungen zeigten ohne Zweifel »Pest«-Epidemien – ob es sich dabei um jene Krankheit handelt, die man seit dem bakteriologischen Zeitalter als Pest bezeichnet, ist freilich nicht ganz sicher[23] –, die bis zum Jahr 1713 die Wiener Bevölkerung heimsuchten. Im 16. Jahrhundert sind Epidemien für die Jahre 1521, 1541, 1563, 1570 und 1586 belegt.[24] Ebenfalls Seuchenjahre waren die Jahre 1562, 1582/83, 1588, 1613 und 1625.[25] Die wahrscheinlich schwersten Epidemien fielen in die Jahre 1645 und 1679. Der Epidemie von 1679 scheint ein Fünftel der Einwohner zum Opfer gefallen zu sein, jedenfalls aber zumindest 12.000 Personen.[26] Im kollektiven Bewusstsein der Wiener waren es jedoch wesentlich mehr. In seiner 1680 erschienenen Schrift »Mercks Wienn« schildert Abraham a Sancta Clara das Wüten der Seuche so: *Summa, es ist keine Gassen noch Strassen … sowohl in Wienn, als in dero grossen weiten Vorstätten, welche der rasende Todt nicht hätte durchstrichen. Man sahe das Gantze Monath um Wienn und in Wienn nichts als Todte tragen, Todte führen, Todte schlaiffen, Todte begraben …*[27] Neben den Pestepidemien spielten jedoch auch andere epidemische Infektionskrankheiten, wie Ruhr, Typhus und Pocken, eine wichtige Rolle.

Obwohl die Übertragbarkeit der »Pest« grundsätzlich bekannt war, wenn sie auch von den Anhängern der so genannten Miasmentheorie (die an die schädlichen Leichengerüche glaubten) bestritten wurde, mangelte es den seit dem späten 16. Jahrhundert stufenweise ausgebauten Maßnahmen der Sanitätsbehörden häufig an Effizienz, vor allem weil die allgemeinen hygienischen Verhältnisse katastrophal gewesen zu sein scheinen. Es war wohl nicht nur barocke Übertreibungslust, wenn es in einem medizinischen Gutachten aus dem Jahr 1654 hieß:

> *… sonderlich in der Statt Wien, bringen vilfältige böse Krankheiten, Pest und Petetchien [Synonym für Pest] auß ihren Hurrenwinkheln herfür, in welchen sie wie dass Unziefer übereinander ausheckhen. In denselben ist alles voller Mückheln, Meyß, Wantzen, Fliegenmist und ein solcher gestanckh, daß auch einem, so darbey vorübergeht darüber möchte grausen.*[28]

Erfolglosigkeit in der Seuchenbekämpfung leistete mehr oder minder obskuren Vorschlägen der Pestbekämpfung Vorschub. 1561 erhielt ein Kroate, der vorgab, die Pest vertreiben zu können, vom Stadtrat Geld für den Ankauf verschiedener Spezereien in der Apotheke, um diese dann an verschiedenen Orten auf Haselholzhaufen zu verbrennen.[29] Auch während des Dreißigjährigen Krieges und in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts änderte sich an der Pestbekämpfung nur wenig, wenngleich disziplinierende Zugriffe der Obrigkeiten sich verstärkten.[30] Obwohl man den ab 1728 eingerichteten regelmäßigen Schließungen der Militärgrenze im Fall von Seuchenausbrüchen in Ost- und Südosteuropa eine gewisse Effizienz nicht absprechen kann, ist es eher fraglich, ob sie alleine für das Verschwinden der Pest nach ihrem letzten Ausbruch im Jahr 1713 verantwortlich gemacht werden können. Mutationen des Krankheitserregers, Veränderungen in den mitteleuropäischen Rattenpopulationen und eine Immunisierung durch Yersinia pseudo-tuberculosis (eine pseudo-tuberkulöse Infektionskrankheit) könnten ebenfalls dazu beigetragen haben. Jedenfalls sind die Ursachen für das Verschwinden der Pest nach 1713 nach wie vor ungeklärt.[31]

Lebenserwartung

Man hat die werdenden Metropolen der Frühen Neuzeit auch als große Friedhöfe bezeichnet. Das ist freilich nur bedingt richtig. Die Lebenschancen im Wien des 16.–18. Jahrhunderts waren sehr ungleich verteilt. Säuglinge und Kinder hatten über die gesamte betrachtete Periode mit einer sehr geringen Lebenserwartung zu rechnen. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts lag sie bei Knaben bei der Geburt bei 13–18 Jahren, bei Mädchen bei 17–22 Jahren. War jedoch ein Alter von 20 Jahren erreicht, konnten Männer mit fast 50, Frauen mit weniger als 60 Lebensjahren rechnen. Jene, die 60 Altersjahre überschritten, wurden sogar im Durchschnitt älter als 70. Dies entsprach der Lebenserwartung älterer Menschen zwei Jahrhunderte danach.[32] Dennoch war es gegen Ende des 18. Jahrhunderts nicht unzutreffend, wenn der Schriftsteller Johann Rautenstrauch das josephinische Wien als *unersättlichen Schlund, der aus allen Gegenden der Monarchie die fruchtbaren Flüsse und Ströme an sich zieht, und verschlingt*,[33] bezeichnete. Am zutreffendsten war diese Bemerkung für die in Wien geborenen Säuglinge. Auch im Vergleich mit anderen Metropolen bot Wien Kleinkindern besonders schlechte Überlebenschancen.[34] Im Durchschnitt der Jahre 1728/29 starben von 100 Neugeborenen 55 innerhalb des ersten Lebensjahres, 1716 etwa 49. Ähnlich hoch muss die Säuglingssterblichkeit auch im 16. und 17. Jahrhundert gewesen sein, doch sind aufgrund der Untererfassung eines Teils der verstorbenen Säuglinge in den Sterbematriken präzisere Aussagen nicht möglich. Im Lauf des 18. Jahrhunderts ging die Säuglingssterblichkeit zwar um die Mitte des Jahrhunderts auf etwa 40 % zurück, um jedoch bis in die späten 1780er Jahre annähernd 50 % wieder zu erreichen. Exemplarisch für die hohe Kindersterblichkeit kann die Familie des Seidenwebers Paul Mestrozzi angeführt werden. Sein 1765 aus Görz nach Wien gewander-

ter Vater heiratete 1771. Seine Mutter hatte zwölf Kinder, von denen acht die ersten Lebensjahre nicht überlebten.[35]

FIG. 4: SÄUGLINGSMORTALITÄT 1728–1790 (AUF 1.000 LEBENDGEBORENE)[1)]

Jahr	Säuglingssterblichkeitsrate	1. Woche	1. Monat	2.–12. Monat
1716 [2)]	486			
1728–1729	554			
1752–1754	406	75	161	245
1783–1786	475			
1789/91	494			

1) Stadt und Vorstädte. - 2) etwa 25%ige Stichprobe.

Quelle: Weigl, Demographischer Wandel, 206 f. – Peller, Kenntnis, 240. – Travnicek, Wien 1716. – Sedlaczek, Löwy, Wien, 13–17. – de Luca, Topographie, 35, 47–52. – Eigene Berechnungen

Die Überlebenschancen im frühneuzeitlichen Wien waren jedoch nicht nur in Bezug auf das Alter ungleich verteilt. Nach einer Statistik über die Bevölkerung des Jahres 1790 war von den etwa 17 % der Gesamtbevölkerung umfassenden »Söhnen und Töchtern« ein deutlich höherer Anteil letzteren zuzuordnen, nämlich 57 %, ein Hinweis auf eine Übersterblichkeit der Knaben.[36] Abgesehen davon bestand eine ausgeprägte soziale Ungleichheit vor dem Tod. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts betrug das durchschnittliche Sterbealter von jenen, die das 20. Lebensjahr einmal erreicht hatten, bei Adeligen, Beamten, Geistlichen und der jüdischen Bevölkerung annähernd 50 Jahre, bei Agenten, Schreibern, Barbieren, Wundärzten und Hausbedienten waren es nur etwa 40 Jahre. Ein Unterschied von etwa zehn Altersjahren lässt sich auch zwischen den entsprechenden Durchschnittswerten des Sterbealters für die Leopoldstädter Oberschicht, bestehend aus Aristokraten, Hofbedienten und Beamten, und der übrigen Bevölkerung in den 1720er Jahren belegen.[37] Hinsichtlich der Säuglingssterblichkeit dürften die Differentiale ähnlich gewesen sein. Ausgeprägt hohe Säuglingssterblichkeit wiesen neben Kindern von in Dienstleistungsberufen Beschäftigten auch Kinder von in der Metallverarbeitung, in den Textil- und Bekleidungsgewerben Tätigen und Hauer- bzw. Taglöhnerkinder auf.[38] Ungewöhnlich niedrig war die Säuglings- und Kindersterblichkeit nicht nur um die Mitte des 17. Jahrhunderts bei der jüdischen Bevölkerung. Bei den unter 15-Jährigen betrug sie um die Mitte des 18. Jahrhunderts weniger als ein Viertel der Rate der übrigen Bevölkerung.[39]

Epidemiologischer Übergang

Auch bei vorsichtiger Interpretation der altersspezifischen Sterberaten lässt sich für den Zeitraum von Mitte des 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts bei allen Altersgruppen im Erwachsenenalter ein merklicher Rückgang der Sterblichkeit feststellen. Lediglich bei 50-Jährigen und Älteren ist er nicht sehr signifikant. Wie die Berechnungen der Sterberaten für die Leopoldstadt in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts belegen, scheint es sich um einen kontinuierlich verlaufenden Rückgang gehandelt zu haben, der jedoch nicht vor dem späten 17. Jahrhundert, wahrscheinlich sogar erst ab etwa 1720 einsetzte.[40] Das späte 18. Jahrhundert war dagegen wieder durch einen merklichen Anstieg der Sterblichkeit gekennzeichnet. Mit Ausnahme der Kinder und Jugendlichen bis etwa zum 15. Lebensjahr, deren hohe Sterblichkeit kaum übertroffen werden konnte, stieg die Sterblichkeit bei allen anderen Altersgruppen drastisch um mehr als das Doppelte an. Lediglich bei den 50-Jährigen und Älteren war der Mortalitätsanstieg etwas geringer.

Fig. 5: Altersspezifische Sterberaten 1650–1754

Altersgruppen	Stadt+Vorst. [1) 3)]	Vorstädte [1) 3)]	Leopoldstadt [2) 3)]		Stadt+Vorstädte [3)]	
	1650+1660	1650+1660	1721/30	1731/35	1752/54	1791
Einwohner	45.000	15.000	12.900	13.300	175.403	207.977
1 bis unter 15	29,1	34,1	37,5	35,3	31,6	43,6
15 bis unter 20	5,9	7,4	6,1	5,2	4,6	12,1
20 bis unter 40	15,3	15,1	23,9	24,1	7,4	23,6
40 bis unter 49	28,3	30,8	27,0	24,8	14,4	29,1
50 u.mehr	53,7	58,6	44,6	43,2	50,4	87,1
Gesamt	[4)]	[4)]	48,3	47,3	32,7	54,9

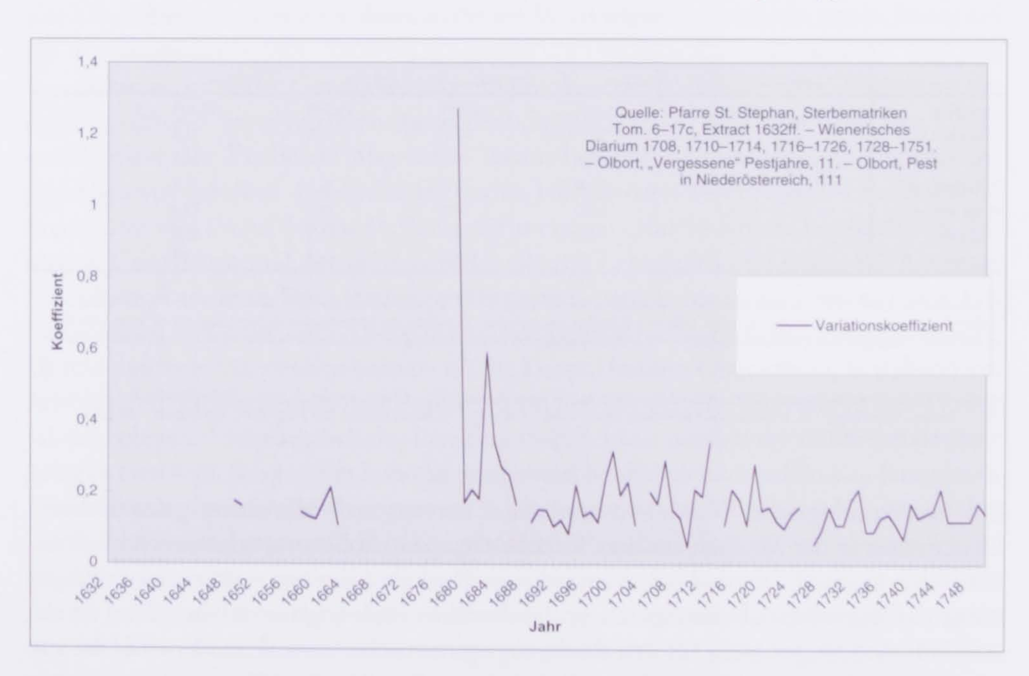
1) Altersaufbau 1650, 1660 geschätzt nach dem Altersaufbau von Salzburg 1647. – 2) Altersaufbau geschätzt nach jenem der Vorstädte laut Volkszählung 1754. – 3) Schätzung der unter 1jährigen Bevölkerung nach dem Verhältnis der Säuglingssterblichkeit zum Anteil unter 1jähriger an den unter 15jährigen laut Volkszählung 1869. – 4) Aufgrund deutlicher Untererfassung der Säuglingssterbefälle nicht sinnvoll berechenbar.

Quelle: WStLA, Totenbeschauprotokolle 1650, 1660. – Schwarz, Wiener Ghetto, 265f. – Bräuer, Bettler, S. 91 f. – Peller, Kenntnis, 232–235, 240. – Steiner, Sterbealter, 145. – Gemeinde-Verwaltung 1867–1870, 15, 43, 47. – WStLA, Steiner, Die Toten der Leopoldstadt. – de Luca, Topographie, 48. – Eigene Berechnungen.

Der epidemiologische Wandel ist angesichts der weiten Verbreitung galeanischer[41] Denkmuster in der Medizin aus den Totenbeschauprotokollen nur schwer erschließbar. Immerhin lässt sich ein merklicher langfristiger Rückgang der saisonalen Schwankungsbreite der Sterbefälle ab dem späten 17. Jahrhundert eindeutig feststellen.[42] Dies ist ein ziemlich eindeutiges Indiz für den Rückgang epidemischer Seuchenausbrüche, die zumindest bei Typhus und Ruhr, aber auch bei akuten Septikämien (Blutvergiftungen) wie der Pest, einen auffälligen Sterbegipfel – häufig im Spätsommer – im jahreszeitlichen Verlauf besitzen.[43] In Jahren ohne große Seuchenausbrüche scheinen jedoch zumindest seit dem 17. Jahrhundert Lungentuberkulose bzw. andere Lungenerkrankungen eine dominante Rolle gespielt zu haben. Unter den Todesursachen der Einjährigen und Älteren

des Jahres 1660 beispielsweise waren jene, die auf Lungenerkrankungen, vor allem auf Lungentuberkulose, hindeuten (Hectica, Katarrh, Lungensucht, Schwindsucht), mit einem Anteil von 28 % bereits sehr prominent vertreten. Auf eher degenerative Erkrankungen deuten die Todesursachen »Schlag« und »Wassersucht«, auf die ein weiteres Fünftel der Sterbefälle entfällt. Eindeutig epidemisch auftretenden Infektionskrankheiten zuzuordnen sind für dieses Jahr 12 % der Fälle, einschließlich der unter Kindern bereits verbreiteten Pocken.[44] Bei Betrachtung eines längeren Zeitraums, der natürlich Seuchenjahre inkludiert, fällt der Anteil der epidemischen Infektionskrankheiten höher aus. So betrug er bei den jüdischen Sterbefällen des Zeitraums 1648–1654 fast ein Fünftel.[45] Ein Jahrhundert danach hatte sich der Anteil der Lungenerkrankungen kaum verändert. Nach Berechnungen des Wiener Arztes Sigismund Peller entfielen etwa 27 % aller Sterbefälle von Ein- und Mehrjährigen der Jahre 1752/54 auf die Lungentuberkulose.[46] Eindeutig an Bedeutung gewonnen hatten jedoch die Pocken, deren epidemisches Auftreten sich im 18. Jahrhundert häufte.[47]

Fig. 6: Relative saisonale Streuung der Sterbefälle 1632–1750



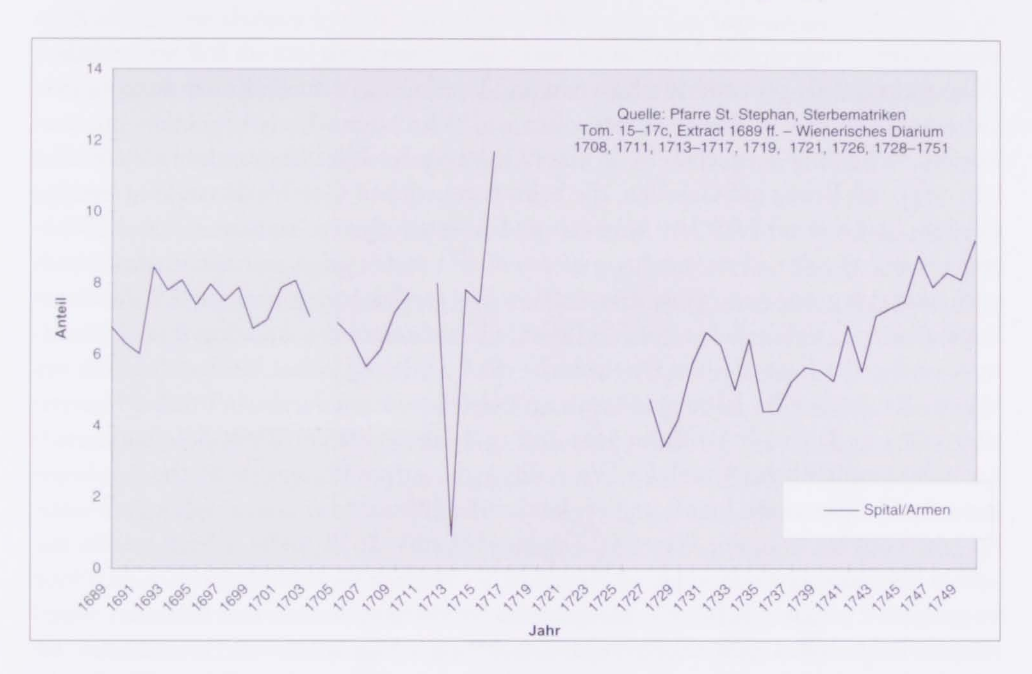
In der Frühen Neuzeit scheint die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln im Allgemeinen gut gewesen zu sein, profitierten doch auch die städtischen Unterschichten vom höfischen Konsum.[48] Selbst einem Beobachter wie dem Merkantilisten Philipp Wilhelm von Hörnigk, dem man kaum eine besondere Animosität gegenüber den Wienern unterstellen kann, schien in der Residenzstadt »die Lüsternheit und die Sehnung nach fröhlichem Leben gleichsam zu einem allgemeinen Herkommen erwachsen«.[49] Wirft man einen Blick auf den Durchschnittsverbrauch der Einwohner Wiens, kann man dem nicht unbedingt widersprechen. Im Jahr 1784 etwa kamen auf jeden Bewohner pro Kopf rund 220 kg Brot, 72 kg Fleisch, 6 kg Butter und rund 130 l Wein und ebensoviel Bier. Was den in Wien traditionell hohen Rindfleischverbrauch betrifft, war das doch etwas weniger als noch um die Mitte des 16. Jahrhunderts, doch ist ein gravierender Wandel der Ernährungsgewohnheiten in der Frühen Neuzeit wenig wahrscheinlich.[50] Bei den zitierten Mengen handelt es sich freilich um Durchschnittswerte. Angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel der Wiener Bevölkerung im josephinischen Wien ohne Vermögen starben und daher als arm zu bezeichnen sind,[51] deuten sie jedoch auch auf einen verhältnismäßig nicht allzu geringen Nahrungsmittelverbrauch auch in den Unterschichten, denn sonst wären die Durchschnittswerte deutlich niedriger gelegen.

Während der Einfluss veränderter Ernährungsgewohnheiten auf den Mortalitätsrückgang von der Mitte des 17. zur Mitte des 18. Jahrhunderts wenig wahrscheinlich ist, könnte ein gewisses Maß an Pauperisierung bzw. Proto-Proletarisierung für den folgenden Anstieg der Mortalität der städtischen Bevölkerung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mitverantwortlich gewesen sein. Jedenfalls lag das Brotäquivalent eines Taglohnes in den 1720er und 1730er Jahren im Vergleich zur spätmariatheresianischen und josephinischen Periode merklich höher, und zwar um etwa 30 %. Damit ist freilich über das gesamte Jahreseinkommen und die Einkommenssituation in Phasen der Unterbeschäftigung der städtischen Unterschichten wenig gesagt.[52] Letztlich entscheidend für das, was John Komlos ein »Early-Industrial-Growth-Puzzle« – das Sinken der Lebenserwartung bei steigendem Wirtschaftswachstum[53] – genannt hat, dürfte jedoch der deutliche Anstieg der Illegitimität bei den Säuglingen und Kleinkindern und die gestiegene Wohndichte bei allen Altersgruppen gewesen sein. Immerhin drängten sich in der Stadt und den dichter verbauten Vorstädten nunmehr wesentlich mehr Menschen als noch um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Mit der Steigerung der Bevölkerungsdichte ging eine Verschlechterung der Wohnverhältnisse der Wiener Unterschichten im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts einher. Eine Denkschrift aus dem Jahr 1780 kam zu dem Schluss, dieser Teil der Bevölkerung müsste es sich *gefallen lassen, zum größten Nachtheil seiner Gesundheit sehr eng und unbequem zu wohnen, und seinen Siz entweder in tiefen, feuchten, und des Taglichtes und der freyen Lufft ganz gänzlich beraubten orthen, oder aber in den höchsten Stockwerken zu nehmen*.[54]

Eine besondere Rolle für das insgesamt gesehen hohe Mortalitätsniveau Wiens in der Frühen Neuzeit spielte zweifelsohne die zunehmende Verbreitung von Illegitimität. Nicht von ungefähr wurde bereits im Jahr 1644 die Errichtung eines Findelhauses angeordnet und bezeichnenderweise mit der Vermeidung der »Weglegung« von unehelichen Kindern in den *möhrungen* (Senkgruben) begründet.[55] Unehelich Geborene kamen bis zur Eröffnung des Gebär- und Findelhauses im Wiener Allgemeinen Krankenhaus im Jahr 1784 überwiegend im Bürgerspital und ab 1712 im organisatorisch mit dem Bürgerspital vereinten Spital zu St. Marx zur Welt.[56] Die Zahl der Geburten dieser beiden Spitäler und die nicht ins Gewicht fallende des Armenhauses vor dem Schottentor ist daher ein guter Indikator für das Ausmaß der Illegitimität in Wien in der Frühen Neuzeit. Man kann davon ausgehen, dass etwa 85 % der Spitalgeburten im späten 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts unehelich waren.[57] Zuvor war der Anteil illegitim Geborener unter den Bürgerspitalgeburten allerdings deutlich niedriger, von der Tendenz her jedoch steigend. So lag er beispielsweise im Jahr 1638 bei rund 56 %, 1670 jedoch bereits bei 64 %.[58] Nach einer aus diesen Zahlen abgeleiteten groben Schätzung dürfte die Illegitimitätsrate 1638 um 3 %, 1670 um 6–8 % geschwankt haben. Letztere Zahl entspricht dem Anteil der Anstaltsgeburten im ausgehenden 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Von den späten 1720er bis zu Beginn der 1740er Jahre sank der Anteil der Anstaltsgeburten allerdings markant ab, um in der Folge wieder deutlich anzusteigen, und zwar auf rund 10 % um das Jahr 1750. Die tatsächlichen Illegitimitätsraten dürften etwas darunter gelegen sein – allerdings nicht allzu viel, denn vereinzelte illegitime Geburten scheinen auch in anderen Pfarren vorgekommen zu sein.[59] Zu diesem Ergebnis passt, dass der Anteil der unehelichen unter den verstorbenen Säuglingen der Jahre 1752–1755 – unter denen die illegitim Geborenen wahrscheinlich überrepräsentiert waren – 9 % betrug.[60] Dem leichten Anstieg der Illegitimität zur Jahrhundertmitte folgte ein dramatischer in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Bis zur Jahrhundertwende (1797–1800) kletterte die Illegitimitätsrate auf 28 %.[61] Neben ökonomischen Gründen hing dieser enorme Anstieg auch mit veränderten institutionellen Rahmenbedingungen zusammen. Die Kapazitäten des im Jahr 1784 gegründeten Gebär- und Findelhauses erreichten nach wenigen Jahren seines Bestehens das Doppelte des Bürgerspitals.[62] Das Gebär- und Findelhaus förderte daher den »Import« von Illegitimität aus dem niederösterreichischen Umland.

Die in frühneuzeitlichen Spitälern geborenen Kinder besaßen eine sehr geringe Überlebenschance. Zum Teil lag das an den hygienischen Bedingungen in den Spitälern. Die Zustände in der Gebärabteilung des St. Marxer Spital beschrieb ein Zeitgenosse rückblickend so: *(S)ie war so elend beschaffen, dass nur solche, denen äußerste Noth bereits alles erträglich gemacht hatte, sich dahin versteckten.*[63] Kein Wunder, dass die Wöchnerinnen- und Säuglingssterblichkeit in St. Marx im 18. Jahrhunderts sehr hoch war. In den 1770er Jahren lag sie bei den Müttern bei 3 %, und fast 25 % der Neugeborenen starben noch im

Fig. 7: Anteil der Spitals- und Armenhausgeburten 1689–1750



Spital in der ersten Lebenswoche.[64] Generell war es gerade die Sterblichkeit der ersten Lebenstage, welche die Wiener Säuglingssterblichkeit über jene anderer großer Städte hob.[65] Fatalerweise verschlechterten sich die Überlebenschancen der Neugeborenen mit der Gründung des Gebär- und Findelhaus noch weiter. Bezieht man die jährliche Zahl der aufgenommenen Säuglinge auf die Zahl der Verstorbenen – dabei handelt es sich nicht um die gleiche Population –, dann kann man die Mortalität der Jahre 1784–1790 mit rund 80 % beziffern.[66] Nicht von ungefähr galten die Findelhäuser daher im Volksmund als wahre Mördergruben.

Die illegitim geborenen Kinder starben jedoch nicht nur in den Spitälern, sondern nicht zuletzt auch bei den schlecht bezahlten Pflegeeltern. Von den Findelkindern des Bürgerspitals befanden sich im Oktober 1783 lediglich ein Viertel bei Ammen, drei Viertel jedoch bei nichtstillenden Pflegemüttern. Schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurde ein Großteil der Wiener Findelkinder an Pflegeeltern außerhalb der Stadt abgegeben.[67] Angesichts eines monatlichen Pflegegeldes von 2 fl 30 kr, wie es im 1784 gegründeten Findelhaus vorgesehen war,[68] verwundert es nicht, dass die Kinder mit den üblichen mit unreinem Wasser oder Milch zubereiteten Breien wohl häufig mehr schlecht als recht ernährt wurden und in der Regel den Aufenthalt bei den Pflegeeltern nicht lange überlebten.

Wie andere mitteleuropäische urbane Gesellschaften war auch jene im frühneuzeitlichen Wien nicht gerade pronatalistisch zu nennen. Voreheliche sexuelle Beziehungen waren insbesondere unter den Handwerksgesellen und -lehrlingen scharfen Sanktionen unterworfen. So heißt es beispielsweise in einer Ordnung der Kurzmesserschmiede aus dem Jahr 1725 mit Bezug auf Gesellen, die beim vorehelichen Geschlechtsverkehr ertappt würden: *Und man wird dich herr nehmmen und die hossen abziehen und eine rodten an dir abstreichen und wan du noch nicht willst, so wird man dir 2 ruthen geben, und du wirst dem Handwerk nicht gutt genug sein, biß du dem maistern und gesellen geniege thun wirst.*[69] Zu dieser Stigmatisierung vorehelicher geschlechtlicher Beziehungen trat im bürgerlichen Handwerk und in der bürgerlichen Oberschicht ein traditionell hohes Heiratsalter. Für die Wiener Ratsbürger der Jahre 1706–1740 ist beispielsweise ein durchschnittliches Heiratsalter von 30,5 Jahren beim Bräutigam und 23,6 Jahren bei der Braut dokumentiert.[70] Auch der beträchtliche Anteil der Witwenheiraten sorgte für eine deutliche Beschränkung der Geburtenzahl. Im 16. und 17. Jahrhundert erreichte er erstaunlich hohe Werte. Im Jahr 1543 lag er in der Pfarre St. Stephan bei rund 60 %, in St. Ulrich im Durchschnitt der Jahre 1590–1599 bei 45 % und in St. Stephan im Jahr 1635 bei 42 %.[71] Erst im späten 17. und im 18. Jahrhundert ging der Witwenanteil unter den Bräuten – wahrscheinlich durch den stark ansteigenden Zuzug junger Migranten – merklich zurück. Im Durchschnitt der Jahre 1709–1717 betrug er in Stadt und Vorstädten 18 %.[72] Von durchwegs späten Heiraten ist auch bei vielen im Haus tätigen Dienstboten auszugehen, wenn diesen die Heirat nicht überhaupt lebenslang verwehrt blieb. Einzig im Adel und in den »unbürgerlichen« städtischen Unterschichten, bei den Taglöhnern, Stadtguardisten und bei manchen Dekretisten und »Störern« dürfte das Heiratsregime weniger von restriktiven Ordnungen bestimmt worden sein, doch galt auch für diese Bevölkerungsschichten ein hohes Maß an Diskriminierung und Stigmatisierung von Illegitimität.

Für das 16. Jahrhundert und frühe 17. Jahrhundert gibt es nur vereinzelte Belege, die auf ein niedriges Fertilitätsniveau – zumindest im Handwerk – schließen lassen.[73] Dazu zählt der bereits für diese Zeit belegbare hohe Anteil fremder Meister in vielen Gewerben, der darauf hindeutet, dass es an Söhnen, die das Erwachsenenalter erreichten, fehlte.[74] Dies galt im Übrigen für die gesamte betrachtete Periode. So dürften etwa drei Viertel aller Wiener Handwerksgesellen im 18. Jahrhundert zugewandert sein.[75] Selbst unter durchwegs jungverheirateten außerzünftischen Schneidern war in den 1760er Jahren der Anteil kinderloser Ehen beträchtlich,[76] ein deutlicher Hinweis, dass es nicht allein am Heiratsalter, sondern auch an innerehelicher Geburtenkontrolle – vermutlich primär durch sexuelle Enthaltsamkeit praktiziert – lag, dass das Fertilitätsniveau unter den Gewerbetreibenden lange Zeit gering war.

Ab dem 17. Jahrhundert lässt sich für einzelne Jahre das allgemein niedrige Geburtenniveau mit einer Geburtenrate knapp über 30 näher beziffern. Eine temporäre Ausnahmesituation trat jedoch infolge der Bevölkerungsverluste der Pestepidemie von 1679

ein. Ab den 1680er Jahren bewegte sich die Geburtenrate für einige Jahrzehnte deutlich nach oben. Erst ab etwa 1715 trat wieder ein Rückgang ein. Im zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts war die Geburtenrate kaum höher als ein Jahrhundert zuvor. Ein neuerliches massives Ansteigen der Geburtenrate ist erst wieder ab den 1770er Jahren feststellbar, nun aber auf ein vorher und nachher nicht mehr erreichtes Niveau. Im josephinischen Wien kletterte die Geburtenrate auf Werte über 50. Das war für eine Großstadt ein enorm hoher Wert.

Wie bereits angedeutet, bestimmte die Nuptialität den Verlauf der Fertilität im frühneuzeitlichen Wien im hohen Maß. Die Entwicklung der ehelichen Fertilität in den ersten beiden Dritteln des 17. Jahrhunderts auf äußerst niedrigem Niveau bestätigt dies. Die eheliche Fertilität lag fast um etwa ein Drittel unter dem Niveau des ersten Drittels des 18. Jahrhunderts. Im Vergleich zu den 1770er Jahren nahm sie in der Folge um weitere 20 % zu.[77] Es waren zunächst jeweils Wiederaufbauphasen nach Kriegs- und Seuchenperioden, in denen die Regierung eine enorme Lockerung des städtischen Heiratsregimes als bevölkerungspolitisches Instrument einsetzte. Nach den Katastrophen der Jahre 1679 und 1683 und auch nach der Pest von 1713 stieg die Geburtenrate parallel mit der Trauungsziffer, der Zahl der Eheschließungen bezogen auf 1.000 der Bevölkerung, deutlich an. Im Durchschnitt der Jahre 1721–1730 erreichte die Trauungsziffer in der Folge einen Wert von fast 10. Danach trat jedoch wieder ein Rückgang ein.[78] Erst durch die weitgehende Liberalisierung der Heiraten ab den 1760er Jahren – die verpflichtenden herrschaftlichen Heiratserlaubnisse wurden aufgehoben, Gesellen- und Soldatenheiraten erlaubt[79] – nach dem Ende einer langen Kriegsepoche kam es nun zu einem langanhaltenden Anstieg der Trauungsziffer, die von 7,3 im Durchschnitt der Jahre 1754 bis 1760 auf 10,7 1781–1790 zunahm. Dass dieser Heiratsboom im engen Zusammenhang mit der familienwirtschaftlichen Basis eines erheblichen Teils der protoindustriellen, aber auch außerzünftischer traditioneller Gewerbe stand, belegt der hohe Verheiratetenanteil unter den Wiener Seidenzeugmachergesellen seit dem späten 18. Jahrhundert.[80] Auch unter den außerzünftischen Schneidern war er – wie eine Aufstellung aus dem Jahr 1766 belegt – besonders hoch.[81] Dennoch lag der Verheiratetenanteil der Gesamtbevölkerung selbst in den 1780er Jahren bei nur etwa 35 %.[82] Davor dürfte er noch deutlich darunter gelegen sein.

Der Aufschwung der in erheblichem Ausmaß auf familienökonomischer Basis oder aber auch in zentralisierten Manufakturen betriebenen protoindustriellen (Textil-)Gewerbe verschärfte Fertilitätsdifferentiale zwischen »bürgerlichen« und »proto-proletarischen« Bevölkerungsteilen, die wohl auch schon zuvor in eingeschränktem Maß bestanden haben müssen. Beispielsweise war im Jahr 1783 die Geburtenrate in typischen »Seidenweberpfarren«, wie in St. Ulrich und in Gumpendorf, mehr als dreimal so hoch wie in den von der Oberschicht und dem Bürgertum dominierten Stadtpfarren und nahezu doppelt so hoch wie in den meisten übrigen Pfarren.[83] Mit der Protoindustrialisierung ging auch ein Wandel der Haushaltsgröße einher. Die auf familiärer Arbeitsteilung beruhenden protoindustriellen Arbeiterfamilien besaßen trotz hoher Geburtenraten eine

kleinere Haushaltsgröße als die traditionellen Handwerkerhaushalte mit ihrem zahlreichen Gesinde. Daher sank die Haushaltsgröße allein im Zeitraum von 1780–1790 von 4,4 auf 4,1.[84]

»Wandermekka« Wien

Als wesentlichster Wachstumsfaktor des frühneuzeitlichen Wien erwies sich die Hauptstadt- und Residenzfunktion. Nachdem 1510 die Mittelbehörden der niederösterreichischen Ländergruppe dauerhaft nach Wien verlegt worden waren – landesfürstliche Ämter hatten seit dem Hochmittelalter ihren Sitz in Wien –, etablierten sich hier unter Ferdinand I. auch die für alle Erblande zuständigen Hofbehörden.[85] Von noch größerer Bedeutung erwies sich jedoch die Entscheidung Ferdinands, Wien zu seinem dauernden Hoflager zu erwählen, obwohl das nicht unbedingt die ständige Präsenz des Herrschers implizierte. Diese Konzentration von Regierungs- und Verwaltungseinheiten in der Stadt sorgte mittelfristig für ein enormes demographisches Wachstumspotential. Die Ausgestaltung der »Residenzzone« im zweiten Drittel des 16. Jahrhunderts bot dem zuziehenden Hofstaat städtischen Raum, der sich mit der Ausweitung der Hofquartierspflicht, vor allem nach 1620, systematisch vergrößerte.[86] Im Jahr 1644 fanden bereits 672, 1709 1.200 Haushalte im Rahmen des Hofquartierwesens Unterkunft in der Stadt.[87] Nicht von ungefähr erfuhr das Wien-Bild in zeitgenössischen Reiseberichten im zweiten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts einen tiefgreifenden Paradigmenwechsel.[88] Die Funktion der Stadt als kaiserliche Residenz trat nun vollends in den Vordergrund. Mit der Aufwertung der Funktion des Hofes nahm sein Umfang ständig zu.[89] Hatte das Hofpersonal Kaiser Ferdinands I. noch lediglich 486 Personen umfasst, so erreichte im Jahr 1615 der Haushalt von Kaiser Matthias bereits die Zahl von 779 Höflingen. Um 1675 war der Hof weiter auf 1.347 Personen angewachsen, wozu eigentlich auch noch 186 Beamte in der landesfürstlichen Regierung und mehr als 320 Personen aus den »Höfen« der Kaiserinnen hinzuzuzählen wären. Mit dieser Gesamtgröße von nahezu 2.000 Personen hatte der Hof Leopolds I. freilich keineswegs das Ende seines Wachstums erreicht.[90] Zu den Höflingen und Hofbeamten im engeren Sinn sind jedoch demographisch auch deren Familien zu rechnen. Eine Auszählung dieser »Hofstaatsbevölkerung« aus den Jahren 1650 und 1660, die die hochadelige Schicht leicht untererfasst, kommt auf rund 10 % der damaligen Bevölkerung unter städtischer Jurisdiktion, was etwa 4.500 Hofbedienten und deren Angehörigen entsprochen haben könnte. 1730 gab es bereits 2.050 Hofbediente, die mit ihren Familien etwa 10.000 Personen umfassten.[91] Im 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zählten demnach rund 7–10 % der damaligen Bevölkerung der Stadt und Vorstädte zum höfischen Bereich. In der Folge stieg bis Ende des 18. Jahrhunderts die absolute Zahl der Hofbeamten zwar weiter auf etwa 3.600 an, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank nun jedoch kontinuierlich, weil der »proto-proletarische« Zuzug an Bedeutung gewann.[92]

Die demographische Bedeutung des Hofes ging jedoch weit über den unmittelbaren Hofstaat hinaus, denn vom höfischen Konsum lebten auch Handwerker, Dienstboten oder aber auch Bettler. Es ist daher nicht überraschend, dass Wien in »Anleitungen« für Handwerksgesellen als ein »Wandermekka« bezeichnet wurde.[93] Aus den Statistiken bestimmter Teilpopulationen nach dem Geburts- oder Herkunftsort geht freilich das hohe Maß der temporären Wandervorgänge gar nicht hervor. So waren zum Beispiel in den 1760er Jahren rund 200 Tischlergesellen in der Wiener Tischlerinnung inkorporiert, jedoch rund 600 kamen pro Jahr auf Arbeitssuche nach Wien.[94] Diese ausgeprägte Mobilität konnte wie im Fall der Gesellenwanderung im Handwerk geradezu habituelle Züge besitzen, sie konnte auf existentiellen Notwendigkeiten beruhen, wie im Fall der Taglöhner- und Bettlermigration, sie konnte jedoch auch höfische, ratsbürgerliche oder gewerbliche Chancenwanderung inkludieren. In jedem Fall bedingte sie Informationsnetze zwischen Ausgangs- und Endpunkt der Wanderung, die im zünftischen Handwerk einen etablierten institutionellen Rahmen besaßen. In zunehmendem Maß bedingte die Wanderung jedoch auch zumindest ein gewisses Maß an obrigkeitlicher Akzeptanz. Während der Frühen Neuzeit nahm die Bedeutung dieses Faktors zu, wiewohl der Zugriff der frühneuzeitlichen »Staatsgewalt« erst allmählich an Effizienz gewann, wie die vergeblichen Versuche, des Zuzugs von Bettlern im leopoldinischen Wien Herr zu werden, beweisen.[95]

Seit die Wiener Innungen unter Erzherzog Ferdinand unter verstärkter landesfürstlicher Kontrolle standen, die in der Polizeiordnung von 1527 festgeschrieben wurde, begann die Konfessionspolitik des Landesfürsten die traditionelle (Gesellen-)Migration im Handwerk immer mehr zu beeinflussen. Noch im Spätmittelalter wurde diese Migrationsform von der Nahwanderung aus dem niederösterreichischen Raum dominiert. Von der Mitte des 14. bis Ende des 15. Jahrhunderts dürften fast 50 % der Wiener Handwerker aus Niederösterreich gestammt haben, rund ein Sechstel aus dem bayerischen Raum und ein Siebentel aus den böhmischen Ländern.[96] Im Zuge der Konfessionspolitik der Habsburger im Reformationszeitalter gewann ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts die bayerische Handwerkerwanderung eindeutige Dominanz, während die Zuwanderung aus dem überwiegend protestantisch gewordenen Niederösterreich stark rückläufig war. Schon 1543 lag der Anteil der bayerischen Zuwanderer unter den nicht-ortsansässigen Brautleuten in St. Stephan bei 19 %, 1635 waren es 32 %.[97] Wie eine Auswertung der Matriken der Gewerbevorstadt St. Ulrich belegt, bildete der Dreißigjährige Krieg schließlich einen Wendepunkt. Infolge gegenreformatorischer Maßnahmen in Niederösterreich nach 1620 und der Kriegswirren nahm nun die Zuwanderung niederösterreichischer Handwerker – und auch die anderer Unterschichten – wieder zu, während jene aus dem bayerischen Raum ihren Höhepunkt überschritten hatte. Um 1742 stammte bereits wieder jeder fünfte Wiener Handwerksmeister (einschließlich der nichtzünftischen) aus Niederösterreich. Von den Nicht-Hernalser Getrauten der Jahre 1684–1720 kamen 33 % aus Niederösterreich und 12,5 % aus Bayern. In den Jahren 1721–1750 waren es 38 % aus Niederösterreich und 10 % aus Bayern.[98] Von den Wiener Buchbinder-

lehrlingen stammten 1750–1774 17,5 % aus Niederösterreich und lediglich 1,3 % aus Bayern.[99] Dennoch behielt die Zuwanderung aus dem Reich auch im 18. Jahrhundert noch eine nicht zu unterschätzende Bedeutung, wobei die Migranten nun primär nicht mehr aus Bayern, sondern aus anderen süddeutschen Territorien kamen. Obwohl sich beispielsweise in den stark expandierenden protoindustriellen Textilgewerben die Gesellen hauptsächlich aus Wienern rekrutierten, besaßen im Zeitraum 1711–1780 die deutschen Gesellen einen Anteil von etwa 12 %. Darunter befanden sich jedoch nur noch wenige Migranten aus Bayern.[100]

Die handwerkliche Zuwanderung aus den böhmischen Ländern erfuhr während der Frühen Neuzeit nur wenig Veränderungen. Mit Ausnahme einiger Gewerbe, in denen der schlesische Raum als Herkunftsgebiet der Gesellen von größerer Bedeutung war, ein Raum, der nach dem Ersten Schlesischen Krieg (1742) als Einzugsgebiet verloren ging,[101] hatte die Zuwanderung aus den böhmischen Ländern einen langfristig ziemlich konstanten Anteil von etwa 8 %. In einzelnen Gewerben konnte er durchaus etwas höher liegen. Beispielsweise stammten 18 % der in den Jahren 1738–1745 in Wien ankommenden Tischlergesellen aus den böhmischen Ländern.[102] Lediglich im ausgehenden 16. und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts ging die Zuwanderung aus den böhmischen Ländern, wohl durch die konfessionelle Situation und die kriegerischen Ereignisse bedingt, etwas zurück. Im spätmariatheresianischen und josephinischen Wien war jedoch ein merkbarer Anstieg der Zuwanderung aus den böhmischen Ländern feststellbar.[103] Während bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts fast ausschließlich Migranten aus deutschsprachigen Gebieten Böhmens nach Wien gelangten,[104] nahm im letzten Drittel des Jahrhunderts auch die tschechischsprachige Migration allmählich zu.[105]

Die Herkunft der nicht im Handwerk Tätigen übrigen Mittel- und Unterschichten unterschied sich von jener der Handwerksmeister und -gesellen nicht wesentlich, wie etwa eine Auswertung der Heiratsmatriken der mit Abstand größten Wiener Pfarre, St. Stephan, aus dem Jahr 1635 belegt. Sogar bei den Bettlern wird ein ähnliches Herkunftsprofil erkennbar, zumindest im 16. und 17. Jahrhundert, in einer Zeit also, in der das »Bettlerproblem« besondere quantitative Dimensionen erreichte. Auch unter den Bettlern war der Zuzug aus dem bayerischen Raum beträchtlich, was die ungeheure Mobilität frühneuzeitlicher Unterschichten belegt. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts kam rund ein Viertel der zugewanderten Bettler aus dem bayerischen Raum. Im leopoldinischen Wien war ihr Anteil etwa ebenso hoch.[106]

Ein davon abweichendes Muster zeigt die Oberschichtenwanderung. Sie wird etwa im Wiener Hausbesitz fassbar. So lag der Anteil ausländischer Wiener Hausbesitzer in Wien im Jahr 1566 bei 1 %, 1664 jedoch schon bei rund 10 %.[107] Unter diesen Hausbesitzern überwogen Zuwanderer aus dem romanischen Raum, vor allem aus (habsburgischen) italienischen Territorien. Um 1560 stammten etwa 20 % der Wiener Niederleger aus Italien.[108] Zu Beginn des 18. Jahrhunderts hatten Italiener immerhin einen Anteil von etwa 2 % an der Wiener Bevölkerung.[109] Von den Seidenzeugmachermeistern kamen 1711–1799 12,5 % aus Norditalien.[110] Unter den Wiener Ratsbürgern war der Zuzug aus

Fig. 8: Zuwanderung nach Wien 16.–Ende 18. Jh.

Geburts-/Herkunftsregion	Anteile bezogen auf Fälle mit bekannter Herkunft																	
	Wien		St. Stephan				St. Ulrich											
	1501–1600		1635				1590–1599				1642–1678				1684–1720			
	Handwerker		Bräutigam		Braut		Bräutigam		Braut		Bräutigam		Braut		Bräutigam		Braut	
	abs.	in%	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in%	abs.	in%
Wien	26	11	44	13	9	6	56	19	59	32	397	19	214	45	1.308	17,0	1.821	27
Niederösterreich	23	10	32	10	29	19	24	8	13	7	421	20	117	25	1.314	17,0	1.939	29
übriges Österreich	10	4	62	19	51	34	40	13	34	18	558	26	57	12	1.574	20,4	1.146	17
Böhmen/Mähren/Schlesien [1]	17	7	17	5	9	6	17	6	5	3	175	8	13	3	816	10,6	427	6
Krain/Friaul/Ungarn	9	4	10	3	5	3	11	4	4	2	70	3	9	2	326	4,2	224	3
Bayern(+Oberpfalz,Franken)	84	37	108	33	31	21	77	26	44	24	254	12	41	9	1.172	15,2	902	13
Schwaben, Baden-Württemberg [2]			21	6	6	4	32	11	16	9	73	3	9	2	404	5,2	38	1
restliches Deutschland [3]	10	4	22	7	8	5	28	9	9	5	116	5	7	1	471	6,1	190	3
Sonstige [4]	51	22	10	3	3	2	12	4	1	1	73	3	6	1	330	4,3	71	1
unbekannt/ohne Angabe			204		379		68		180		408		2.072		1.670		2.617	
Gesamt mit bekannter Herkunft	230		326		151		297		185		2.137		473		7.715		6.758	

Geburts-/Herkunftsregion	Anteile bezogen auf Fälle mit bekannter Herkunft			
	Wien			
	1742		1711–1780	
	Handwerker		Seidenzeugmachergesellen	
	abs.	in%	abs.	in%
Wien	1.160	24	593	57
Niederösterreich	970	20	39	4
übriges Österreich	478	10	124	12
Böhmen/Mähren/Schlesien [1]	366	8	79	8
Krain/Friaul/Ungarn	100	2	37	4
Bayern(+Oberpfalz,Franken)	324	7	18	2
Schwaben, Baden-Württemberg [2]	17	0	5	0
restliches Deutschland [3]	1.228	26	101	10
Sonstige [4]	130	3	48	5
unbekannt/ohne Angabe				
Gesamt mit bekannter Herkunft	4.773		1.044	

1) Einschließlich der beiden Lausitzen. – 2) Einschließlich Strassburg. 1742: nur Vorderösterreich. 1711–1780: nur Baden. – 3) Einschließlich Brandenburg/Preußen, 1742: einschließlich Baden-Württemberg, Pfalz. 1711–1780: einschließlich Schwaben, Pfalz. – 4) Bei den Handwerkern 1501–1600: Einschließlich Schwaben, Baden-Württemberg.

Quelle: Teibenbacher, Handwerksimmigration, S. 265 f. – Pfarre St. Stephan, Trauungsmatriken Tom. 15. – Griehbaum, Beiträge, 85–87. – Weigl, Residenz, S. 89. – Thiel, Gewerbe, 430. – Steidl, Regionale Mobilität, 218 f. – eigene Berechnungen

entfernteren Territorien ebenfalls nicht ungewöhnlich. Von den Ratsbürgern der Jahre 1519–1526 kamen fast ein Drittel aus Süddeutschland, vor allem aus Bayern. Ein Jahrhundert später waren es nur noch 11 %. Bereits die Hälfte besaß Wiener Herkunft. Im Lauf des 17. und der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts veränderte sich an diesem Herkunftsprofil wenig. Im mariatheresianischen Wien trat jedoch eine noch weiter verstärkte Selbstrekrutierung dieser Schicht aus in Wien Gebürtigen ein.[111] Nun waren es vor allem Großhändler und Bankiers, die in erheblichem Ausmaß aus entfernteren Regionen zuwanderten, gegen Ende des 18. Jahrhunderts zu etwa einem Fünftel aus dem Reich und einem weiteren Fünftel aus dem übrigen Ausland.[112]

Von entscheidender Bedeutung für die zwei großen Abwanderungswellen im frühneuzeitlichen Wien war die landesfürstliche Konfessionspolitik. Die Vertreibung protestantischer Exulanten setzte um 1620 ein und erlebte in den Jahren 1625 und 1626 ihren Höhepunkt. Vor allem Händler, Schneider und Schuster waren unter den Wiener Exulanten überproportional vertreten.[113] Innerhalb weniger Jahre löste sich die große protestantische Bürgergemeinde in Wien praktisch auf. Zumindest ein Fünftel der Bürgerschaft wählte das Exil.[114] In Summe dürften einige Tausend Glaubensflüchtlinge die Stadt verlassen haben. Die Wirkung gegenreformatorischer Pression war so groß, dass sich gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges nur noch ganz wenige Protestanten in Wien aufhielten. Auch diese meist aus den Unterschichten stammenden Personen wurden in den folgenden Jahren »bekehrt« oder zur Auswanderung gezwungen.[115] Lediglich einige Großhändler, auf die die katholischen Landesherren nicht verzichten konnten, blieben von der Gegenreformation verschont. Mit der Intensivierung der wirtschaftspolitischen Bemühungen zur Anwerbung ausländischer Unternehmer und Fachkräfte nahm in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die protestantische Gemeinde in Wien allmählich wieder zu. Im josephinischen Wien lebten bereits wieder etwa 3.000 Lutheraner und 700 Calvinisten in der Stadt.[116] Sie blieben damit freilich eine kleine Minorität.

Ständig von landesfürstlichen Ausweisungsbefehlen bedroht war die Existenz der kleinen jüdischen Gemeinde. Nach dem schrecklichen Pogrom von 1421 begann die jüdische Bevölkerung Wiens erst gegen Ende des 16. Jahrhunderts wieder zuzunehmen. Um 1615 lebten rund 300 Juden in Wien.[117] Unter Ferdinand II. nahm die jüdische Gemeinde, die 1625 in ein Getto im Unteren Werd umgesiedelt wurde, rasch zu. Unter dem Druck der Bürgerschaft und des Wiener Neustädter Bischofs Kollonitsch verfügte Leopold I. jedoch 1670 die völlige Vertreibung der gesamten, nunmehr 1.346 Personen zählenden jüdischen Gemeinde, die die zweite große Auswanderungswelle im betrachteten Zeitraum darstellt.[118] Von diesem Schock erholte sich die Gemeinde vorerst nicht mehr. Im mariatheresianischen Wien lebten gerade 450–600 Juden in Wien. Erst in der josephinischen Ära begünstigte das Toleranzpatent den Zuzug jüdischer Familien, sodass die Zahl der Wiener Juden um 1790 auf 875 anstieg.[119]

Allgemeine Charakteristika der Wiener Bevölkerungsentwicklung in der Frühen Neuzeit

Das frühneuzeitliche Bevölkerungswachstums Wiens lebte von Zuwanderung, und Wanderungsüberschüsse bildeten auch die Basis für das Werden der Metropole. Allein im 18. Jahrhundert, in dem die Wiener Bevölkerung um mehr als 130.000 Einwohner wuchs, betrug der Wanderungsgewinn 250.000.[120] Ganz ähnlich muss das Verhältnis von Bevölkerungswachstum und Wanderungssaldo auch in den übrigen Phasen der frühneuzeitlichen Bevölkerungsgeschichte Wiens gewesen sein.

Eine bedeutsame Ausnahme bildeten die zwei Jahrzehnte nach der Zweiten Türkenbelagerung, die durch deutliche Geburtenüberschüsse geprägt waren, obwohl selbst in dieser Phase der Wanderungsüberschuss fast dem Geburtenüberschuss entsprach. Der mehr oder minder ungehinderte Zuzug von Migranten, die häufig außerhalb des zünftisch regulierten Teils der städtischen Ökonomie tätig und daher auch dem entsprechenden restriktiven Heiratsregime nicht unterworfen waren, sorgte in dieser Phase für ein deutliches Ansteigen der Geburtenrate, während sich die Sterberate auf einem ungewöhnlich niedrigen Niveau bewegte. Dieses niedrige Mortalitätsniveau könnte aus der Teil-Resistenz der die vorangegangenen Epidemien überlebenden Einwohner gegenüber den entsprechenden Krankheitserregern resultiert haben. Eine solche wäre zumindest bei der Pest medizinisch belegbar.

Wie sehr die kaiserliche Haupt- und Residenzstadt in der Folge Migranten anzog, lässt sich auch aus manchen Details herauslesen. So sollen bei Ausbruch des Spanischen Erbfolgekrieges allein 24.000 Mann in Wien rekrutiert worden sein. Ein erheblicher Teil davon stammte aus deutschen Territorien.[121] Es war jedoch nicht nur das militärische Engagement der Habsburger in Südosteuropa und im Spanischen Erbfolgekrieg, welches die Zuwanderung außerordentlich begünstigte. Ohne Zweifel trug die Ausnahmesituation vom Herbst 1683 zur Durchsetzung merkantilistischer Konzeptionen, die in der »Peuplierung« eines Landes ein wirtschaftspolitischen Erfolgsrezept sahen, bei.[122] Diese Konzeptionen bestimmten auch in der Folge zunehmend die Wirtschaftspolitik der Regierung und mündeten schließlich in eine bevölkerungspolitisch liberale Ära – Aufhebung der Schollenpflicht, Toleranzpatent – im josephinischen Wien der 1780er Jahre.

Die entscheidende Bedeutung der Zuwanderung für das städtische Bevölkerungswachstum spiegelt sich auch in der Altersstruktur der Wiener Bevölkerung, die allerdings erst für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts aus den Ergebnissen der mariatheresianischen Volkszählungen ermittelbar ist. Die Zählungen belegen eine Bevölkerung in Stadt und Vorstädten mit verhältnismäßig geringem Kinder- und Altenanteil. 1754 etwa betrug der Anteil der unter 15-Jährigen 25 %, der der 50-Jährigen und Älteren 14 %. Nach einer Zählung aus dem Jahr 1777 lag der Anteil der unter 15-Jährigen an der weiblichen Bevölkerung bei 24 %. Ausgesprochen hoch waren hingegen die Besetzungszahlen im typischen Migrantenalter. Im Jahr 1754 beispielsweise betrug der An-

teil der 20- bis unter 40-Jährigen in Stadt und Vorstädten 39 %, im übrigen Erzherzogtum Österreich unter der Enns jedoch lediglich 32 %.[123]

Fig. 9: Geburten- und Sterberate 1622–1790

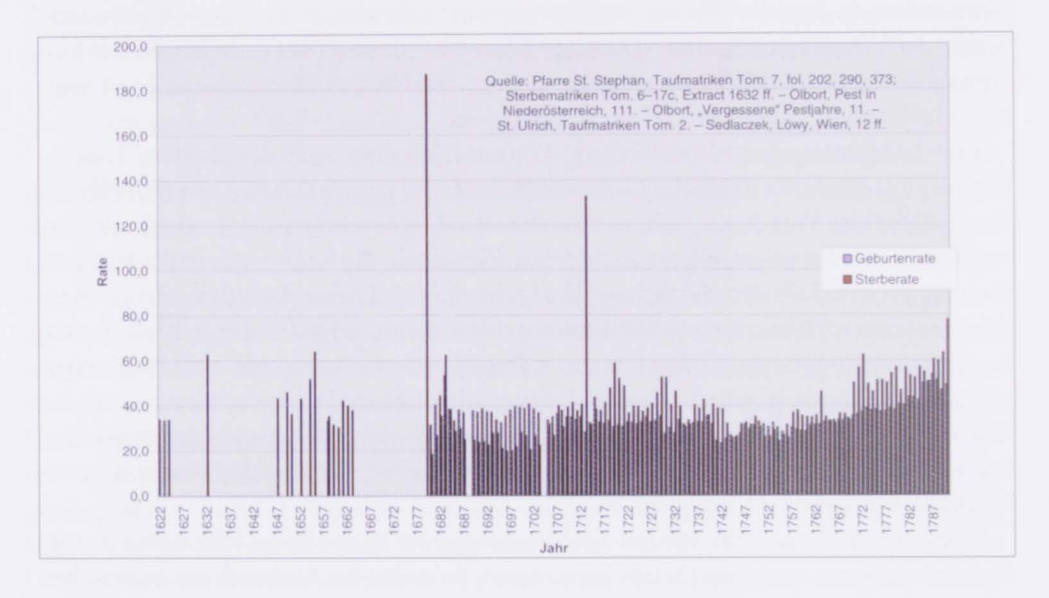


Fig. 10: Altersstruktur der Wiener Bevölkerung 1754

Altersgruppe	Stadt		Vorstädte		Wien	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
0 bis unter 15	10.042	18,4	33.891	28,0	43.933	25,0
15 bis unter 20	6.007	11,0	10.910	9,0	16.917	9,6
20 bis unter 40	25.125	46,1	43.358	35,9	68.483	39,0
40 bis unter 50	6.410	11,8	15.199	12,6	21.609	12,3
50 u.mehr	6.893	12,7	17.568	14,5	24.461	13,9
Gesamt	54.477	100,0	120.926	100,0	175.403	100,0

Quelle: Peller, Kenntnis, S. 232–235

Anmerkungen

1 Thomas, Wien als Residenz, 108.
2 Klein, Bevölkerung, 92, schätzt die Bevölkerungszahl auf 35.000–40.000, davon rund 8.000 in den Vorstädten, Thomas, Wien als Residenz, 105, nimmt mit 20.000 in der Altstadt die wohl realistischere Zahl an.
3 Müller, Wiens räumliche Entwicklung, 298.
4 Czeike, Feuerlöschwesen, 55 ff.; Perger, Wandlung, 198.
5 de Vries, European urbanization, 270–278.
6 Weigl, Wiener Bevölkerung, 9.

7 Hummelberger, Wiens erste Belagerung, 36.
8 Opll, Wien im Reisetagebuch, 321–360.
9 Perger, Wandlung der österreichischen Städte, 100.
10 Lichtenberger, Bürgerstadt, 313, geht von 18.000 aus; Hummelberger, Wiens erste Belagerung, 38.
11 Weigl, Demographischer Wandel, 52; Perger, Wandlung, 217.
12 Heimatbuch Mariahilf, 112.
13 Klein, Bevölkerung, 92.
14 Weigl, Demographischer Wandel, 82–85.
15 Hummelberger, Wiens erste Belagerung, 19 f., 38.
16 Pfarre St. Stephan, Sterbematriken Tom. 14, Extract 1682, 1683. Die Sterbezahlen für die jeweiligen Sommer betragen: 1682 = 644, 1683 = 1.648.
17 Gerhartl, Belagerung, 9.
18 Barker, Doppeladler, 245, 319.
19 Müller, Wiens räumliche Entwicklung, 300 f.
20 Barker, Doppeladler, 257 f.
21 Pfarre St. Stephan, Sterbematriken Tom. 14, Extract 1683.
22 Weigl, Residenz, 61–63.
23 Vasold, Pest, 177.
24 Krafft-Ebing, Pest, 15.
25 Smets, Wien, 66, 101, 105, 150, 203.
26 Olbort, Pest, 113. Diese Schätzung findet ihre Bestätigung durch Berechnungen auf der Basis der Hofquartierbücher, die den Schluss nahe legen, dass mindestens 20 % des Hofpersonals an der Pest verstarben. Vgl. dazu Spielman, City, 141.
27 Abraham a Sancta Clara, Mercks Wienn, 36.
28 Gutachten des A.D. Rezers an die Landstände vom 8. Februar 1654 zitiert nach Senfelder, Sanitätswesen, 41.
29 Fajkmajer, Skizzen, 66.
30 Pils, Pest, 378; Schmölzer, Pest, 112–120.
31 Vasold, Pest, 174–177; Schmölzer, Pest, 123; Ruffié – Sournia, Seuchen, 64.
32 Weigl, Residenz, 67; Weigl, Wiener Bevölkerung, 17.
33 Zitiert nach Sadowsky, Reiseerfahrung, 241.
34 Peller, Kenntnis, 239.
35 Ehmer, Soziale Traditionen, 217 f.
36 Nützliches Adress- und Reisebuch, 50–62.
37 Weigl, Residenz, S. 69 f., und eigene Berechnungen auf der Basis einer 10 % Stichprobe aus WStLA, Steiner, Leopoldstadt 1721–1730.
38 Weigl, Residenz, 72 f.
39 Peller, Kenntnis, 260.
40 Dieser Rückgang wurde in West- und Mitteleuropa generell ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts beobachtet. Vgl. dazu Flinn, Stabilization, 285–318.
41 Der griechisch-römische Arzt Galenos (129–199) entwarf in seinen Schriften die Lehre von den vier Kardinalsäften, die in jedem Menschen in einer harmonischen, aber individuell differierenden Säftemischung vorhanden sind. Gerät diese durcheinander, entstehen Krankheit und Tod. Galeanische Denkmuster gingen daher von einer Nicht-Übertragbarkeit von Krankheiten aus.
42 Siehe *Fig. 6*.
43 Kinzelbach, Gesundbleiben, 189.
44 Eigene Berechnungen nach WStLA, Totenbeschauprotokolle 1660; Schwarz, Ghetto, 259–304.
45 Eigene Berechnungen nach Schwarz, Ghetto, 259–279. Der von Tekely für die Jahre 1648–1669 errech-

nete Prozentsatz von 40 % Lungen-Tuberkulose-Sterbefällen erscheint auf Grund der Einbeziehung der eher unspezifischen Todesursache »Dör« überhöht. Vgl. dazu TEKELY, Soziale Pathologie, 185.

46 PELLER, Kenntnis, 254, fasste darunter die Verstorbenen mit den Todesursachen Hectica, abzehrendes Fieber, Lungendefekt, Lungenkatarrh, Lungen- und Schwindsucht zusammen.

47 WEIGL, Demographischer Wandel, 233.

48 SANDGRUBER, Einkommensentwicklung, 252.

49 HÖRNIGK, Oesterreich über Alles, 59.

50 SANDGRUBER, Konsumgesellschaft, 150, 162.

51 STEKL, Unterschichten, 296; SANDGRUBER, Einkommensentwicklung, 258.

52 SANDGRUBER, Anfänge, 114–118.

53 KOMLOS, Leute, 157–160.

54 SAUER, Grund-Herrschaft, 98.

55 PILS, Lebensraum, 159 f.

56 PAWLOWSKY – ZECHNER, Gebär- und Findelhaus, 13.

57 Im St. Marxer Spital waren es im Zeitraum 14. November 1715–30. Dezember 1735 85,3 %. Vgl. HORN, Wiener Hebammen, 106.

58 Eigene Berechnungen nach dem Augustiner Pfarrarchiv, Taufbuch Bürgerspital Tom. 1, 1621–1673, hier 1638, 1670.

59 Eigene Berechnungen nach Pfarre St. Stephan, Sterbematriken Tom. 15–17b, Extract 1689–1706; Wienerisches Diarium 1708–1751. Siehe dazu *Fig.* 7.

60 PELLER, Kenntnis, 241.

61 EHMER, Familienstruktur, 96.

62 Am 5. Oktober 1783 wurden im Bürgerspital 1.027 Findelkinder versorgt, im 1784 gegründeten Gebär- und Findelhaus jedoch 1790 bereits 2.180. PAWLOWSKY – ZECHNER, Gebär- und Findelhaus, 16 und Anhang Tabelle 1.

63 PAWLOWSKY, Mutter, 40.

64 HORN, Wiener Hebammen, 106; PAWLOWSKY – ZECHNER, Gebär- und Findelhaus, 16.

65 PELLER, Kenntnis, 240 f.

66 Eigene Berechnungen nach PAWLOWSKY – ZECHNER, Gebär- und Findelhaus, Anhang Tabelle 1.

67 PAWLOWSKY – ZECHNER, Gebär- und Findelhaus, 16.

68 Nachricht an das Publikum, 31.

69 ZATSCHEK, Handwerk und Gewerbe, 210 f.

70 KUNZE, Ratsbürger, 212.

71 Eigene Berechnungen nach Trauungsbücher St. Stephan, Beilage, 5–11, und Trauungsmatrikeln im 16. Jahrhundert, Beilage, 1–9 (ausschließlich nicht zuordenbarer Fälle); für St. Stephan 1635 siehe WEIGL, Residenz, 81.

72 EHMER, Familienstruktur, 44.

73 WEIGL, Demographischer Wandel, 277.

74 ZATSCHEK, Handwerker Wiens, 35–37.

75 STEIDL, Regionale Mobilität, 205.

76 ALTFAHRT, Unbefugte Schneider, 22 f., 30.

77 WEIGL, Residenz, 78 f.

78 Eigene Berechnungen nach SCHIMMER, Bevölkerung, 11; SEDLACZEK, LÖWY, Statistischer Bericht, 16–17.

79 LEUCHTENMÜLLER-BOLOGNESE, Bevölkerungspolitik, 202 f.

80 EHMER, Soziale Traditionen, 32.

81 ALTFAHRT, Unbefugte Schneider, 31.

82 EHMER, Familienstruktur, 40 f.

83 WEIGL, Demographischer Wandel, 282 f., 394.

84 Ehmer, Familienstruktur, 56.

85 Perger, Wandlung der österreichischen Städte, 98 f.

86 Csendes, Probleme, 220 f.

87 Kallbrunner, Wiener Hofquartierwesen, 35.

88 Tersch, Kategorisierung des Blicks, 112.

89 Zum systematischen Ausbau der Hofämter zusammenfassend Ehalt, Ausdrucksformen, 32–54.

90 Dibble, Architecture, 88, 90.

91 Lichtenberger, Altstadt, 121; eigene Berechnungen nach WStLA, Totenbeschauprotokolle 1650, 1660; Schwarz, Ghetto, 265 f., 287–290. Eine Schätzung geht sogar von 25.000 Höflingen und Bediensteten aus. Vgl. dazu Bauer, Höfische Gesellschaft, 65 f.

92 Nützliches Adress- und Reisebuch, 50–62.

93 Steidl, Regionale Mobilität, 207.

94 Ehmer, Worlds of mobility, 187.

95 Bräuer, Bettler, 79.

96 Teibenbacher, Handwerksimmigration, 265 f.

97 Weigl, Residenz, 88–90.

98 Lugsch, Siedlungs- und Sozialgeschichte, 104 f.

99 Skvarics, Migrationsgeschichte, 43 f.

100 Siehe *Fig.* 7.

101 So etwa bei den Taschnern. Vgl. dazu Zatschek, Geschichte der Handwerker aus den Sudetenländern, 82.

102 Steidl, Regionale Mobilität, 213.

103 Goehlert, Historisch-statistische Notizen, 182–184.

104 Zatschek, Handwerker aus den Sudetenländern, 76.

105 Koukolik, Studien, 4.

106 Sailer, Einwanderung, 50 f.; Bräuer, Bettler, 122–124.

107 Eigene Berechnungen nach Walter, Beiträge, 59. Die Angaben von Walter beruhen allerdings auf der Zuordnung von Familiennamen und sind daher in ihrer Genauigkeit vorsichtig zu beurteilen.

108 Lichtenberger, Altstadt, 71.

109 Jekl, Italiener, 7.

110 Steidl, Regionale Mobilität, 266.

111 Perger, Rat, 164; Pradel, Ratsbürger, 81; Kunze, Ratsbürger, 75, und eigene Berechnungen nach Kleedorfer, Ratsbürger, 55 f.

112 Mittenzwei, Bourgeoisie, 43.

113 Weigl, Residenz, 97.

114 Dibble, Architecture, 87.

115 Stögman, Staat, 564.

116 Pezzl, Skizze, 393.

117 Hödl, Juden in Österreich, 178.

118 Lohrmann, Finanz, 129.

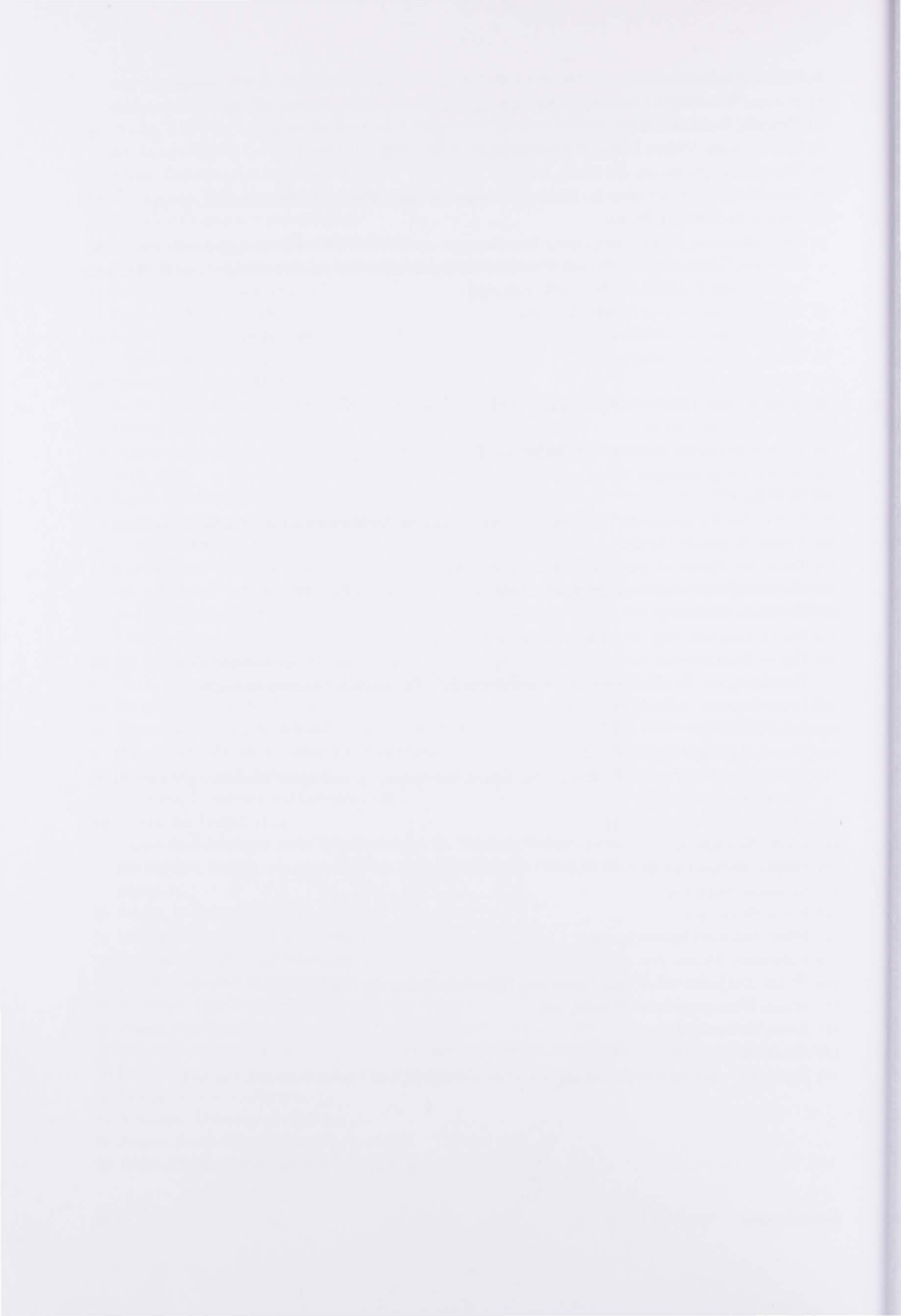
119 Tietze, Die Juden Wiens, 104; Goehlert, Historisch-statistische Notizen, 183.

120 Weigl, Demographischer Wandel, 106.

121 Zahn, Ferdinand III., 73.

122 Adler, Anfänge, 63.

123 Eigene Berechnungen nach Grossmann, Volkszählung, 58, und Peller, Kenntnis, 232–235.



Der strukturelle Wandel der frühneuzeitlichen Stadtökonomie

wer sich zu Wienn nit neren kan,
Ist vberal ein verdorbener man![1]

Wien im zentraleuropäischen Kontext

Ein möglicher Weg, sich der Frage nach der Stellung der Stadt Wien in der frühneuzeitlichen europäischen Wirtschaftslandschaft anzunähern, besteht darin, das Wiener Preisniveau für Grundnahrungsmittel und Arbeitskraft mit demjenigen anderer europäischer Städte von ähnlicher Dimension zu vergleichen. Wie jeder größere, über Austauschbeziehungen integrierte Raum war auch das frühneuzeitliche Europa durch ein beträchtliches Preisgefälle zwischen den einzelnen Teilregionen gekennzeichnet, in dem sich die wirtschaftlichen Entwicklungsunterschiede widerspiegelten. Obwohl die natürliche Ressourcenverteilung und die Verkehrserschließung hierbei ebenfalls eine Rolle spielten, gilt generell, dass in den wirtschaftlichen Zentren das Preisniveau in der Regel beträchtlich höher war als in den peripheren Zonen. Betrachtet man das Europa des 16. Jahrhunderts durch das Prisma der Getreidepreise, zeigt sich, dass diese in Oberitalien und im Nordwesten des Kontinents sowie in den Städten und Regionen entlang des Handelskorridors, der diese beiden Zentralräume miteinander verband, am höchsten waren. Westlich, insbesondere aber östlich dieser Kontinentalachse sank das Preisniveau mit der Entfernung von den wirtschaftlichen Kernzonen. Grundlegende wirtschaftliche Strukturveränderungen führten dazu, dass die Positionierung der einzelnen Regionen im Rahmen dieser Hierarchie sich im Verlauf der Frühen Neuzeit veränderte. So wurde die iberische Halbinsel durch den Zustrom des amerikanischen Silbers ab dem zweiten Drittel des 16. Jahrhunderts zu einer Hochpreiszone, während in Holland die Getreidepreise auf Grund der Versorgungsmöglichkeiten aus dem Ostseeraum im 16. und 17. Jahrhundert nicht das Niveau erreichten, das der hohe wirtschaftliche Entwicklungsstand in diesem Teil Europas erwarten ließe. Im Verlauf des 18. Jahrhunderts übernahm schließlich England die Führung in der Getreidepreishierarchie. Darüber hinaus ist auf lange Sicht eine tendenzielle Angleichung des Preisniveaus im gesamteuropäischen Rahmen feststellbar, die jedoch das Gefälle von West nach Ost im Verlauf der Frühen Neuzeit nie gänzlich aufhob.[2]

Betrachtet man hingegen die Kaufkraft der Nominallöhne, zeigt sich in groben Zügen ein spiegelverkehrtes Bild. In Warschau/Warszawa oder Krakau/Kraków konnte ein Bauarbeiter für seinen Taglohn im 16. Jahrhundert die sieben- bis achtfache Menge Getreide kaufen wie seine Berufskollegen in einer oberitalienischen Stadt. Die Reallöhne

waren, gemessen in Getreideeinheiten, in der Peripherie wesentlich höher als in den wirtschaftlichen Kernzonen, sodass der Eindruck einer negativen Korrelation zwischen wirtschaftlichem Entwicklungsstand und dem Lohnniveau entsteht. Grundlegende Strukturunterschiede, etwa im Hinblick auf die Bevölkerungsdichte und den Grad der Proletarisierung breiterer Bevölkerungsschichten, spielten hier eine Rolle, während eine günstige Verkehrslage, ein hoch entwickeltes Transportsystem und das Ausmaß der Dominanz, die ein wirtschaftliches Zentrum über seine Peripherie auszuüben vermochte, auch Abweichungen von der Regel ermöglichten. So waren die Reallöhne in Holland auf Grund der günstigen Versorgungsmöglichkeiten mit Getreide aus dem Ostseeraum im 17. Jahrhundert verhältnismäßig hoch.[3]

Zur Bestimmung der Position Wiens im Rahmen der frühneuzeitlichen europäischen Preis- und Lohnhierarchie bietet sich vor allem ein Vergleich mit Augsburg an *(Fig. 11)*. Das neben Nürnberg zweite bedeutende Wirtschaftszentrum des süddeutschen Raumes hatte im 16. Jahrhundert durchgehend eine um etwa 10.000 Personen größere Einwohnerzahl als Wien,[4] im Hinblick auf das Handelskapital, die gewerbliche Produktion und die Finanzkraft überragte Augsburg Wien in dieser Zeit wohl um ein Vielfaches, ohne dass sich hierfür eine präzise Relation angeben ließe. Ein Hektoliter Roggen kostete in Wien im zweiten Drittel des 16. Jahrhunderts etwa halb so viel wie in Augsburg oder Köln. Somit war das Preisniveau in Wien etwa gleich hoch wie in Danzig, einem der großen Handelszentren des östlichen Mitteleuropa, von wo aus das polnische Getreide durch den Sund nach Nordwesteuropa verfrachtet wurde.

Im Zuge des in den sechziger Jahren des 16. Jahrhunderts auch im mitteleuropäischen Raum spürbar werdenden säkularen Preisanstieges, insbesondere aber der durch mehrere aufeinanderfolgende Missernten verursachten Getreideversorgungskrise der ersten Hälfte der siebziger Jahre des 16. Jahrhunderts,[5] zogen die Preise in Wien und Augsburg stark an. Der Abstand zwischen den Preisniveaus der beiden Städte verringerte sich jedoch erst in den Jahrzehnten des langen Türkenkrieges an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert. In dieser Periode kostete der Hektoliter Roggen in Wien deutlich mehr als in Danzig. Dem im Vergleich zu Augsburg wesentlich niedrigeren Getreidepreisniveau in Wien entsprach im 16. Jahrhundert eine zwar nicht ganz proportional, aber doch beträchtlich höhere Kaufkraft des Bauarbeiterlohnes, wobei die Reallöhne in beiden Städten, dem gesamteuropäischen Trend folgend, im Verlauf der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts um fast 50 % sanken. Das höhere Reallohnniveau in Wien spielte gewiss auch bei der für diese Periode feststellbaren, starken Zuwanderung aus dem süddeutschen Raum eine Rolle.[6]

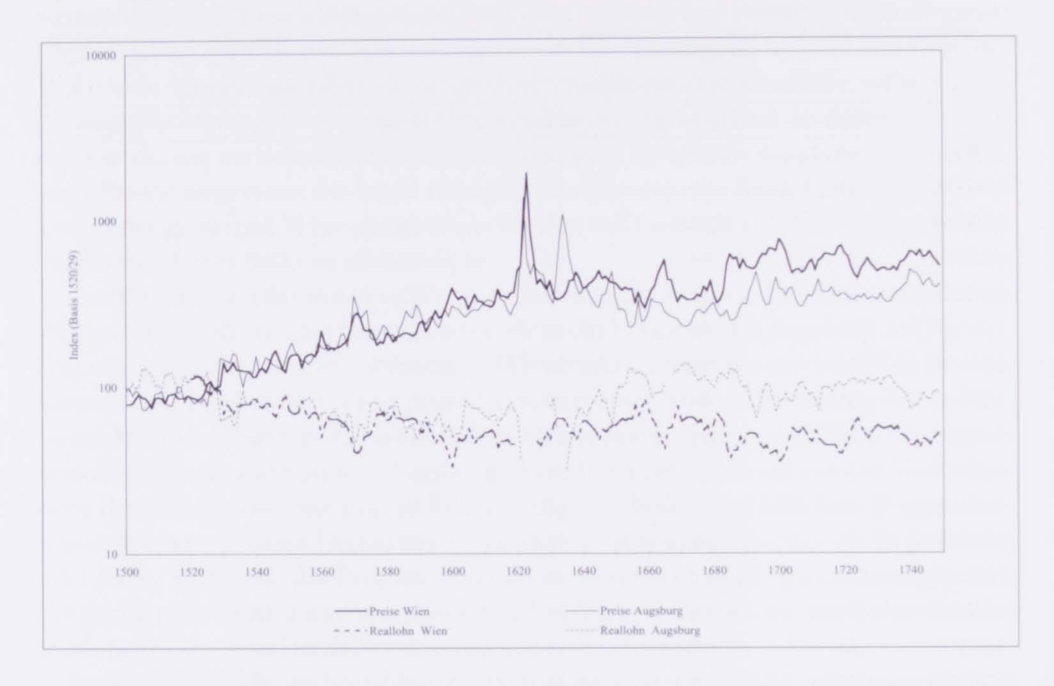
Fig. 11: Roggenpreise und Bauarbeiterlöhne in Wien und Augsburg im langfristigen Vergleich (zehnjährige Durchschnittswerte)

	Roggenpreis (Hektoliter in Gramm Silber)			Taglohn eines Maurergesellen (in Liter Roggen)		
	Wien	Augsburg	Köln	Danzig	Wien	Augsburg
1530/39	13	24	22	–	–	14
1540/49	12	24	22	14	–	35
1550/59	14	25	31	15	28	19
1560/69	20	35	34	20	26	13
1570/79	30	62	48	22	17	11
1580/89	23	46	50	23	21	11
1590/99	34	53	50	31	14	10
1600/09	33	49	40	27	18	10
1610/19	25	48	45	29	19	9
1620/29	–	–	–	–	–	–
1630/39	41	67	62	36	–	15
1640/49	42	64	43	34	–	14
1650/59	24	22	48	40	26	36
1660/69	34	26	39	27	18	26
1670/79	26	27	44	25	19	24
1680/89	32	29	38	21	19	24
1690/99	34	50	57	34	15	14
1700/09	27	34	41	25	18	17
1710/19	30	40	40	28	17	16
1720/29	22	31	38	23	26	20
1730/39	24	41	34	22	22	18
1740/49	30	53	36	27	17	14

Quellen: Wien: Přibram, Materialien, Reihen 398 u. 567 (bis 1691 ergänzt durch Interpolierung der Weizenpreise). Silberäquivalent des kr ebd. 74–77 (korrigiert mit Talerkurs 1571–95: 70 kr, 1596–1602: 72 kr; Löhne: ebd., R. 549 (Sommertaglohn ohne Kost). Augsburg: Elsas, Umriß, Bd. 1, 594–597; Silberäquivalent des Pfennigs ebd. 122 (korrigiert 1568–1618 mit Talerkurs in Hirsch, Münzarchiv, Bd. 5, 49 ff.; Löhne: ebd. 731 ff. Köln u. Danzig: Rahlf, Getreide, 150 ff.

Über die Phase des Dreißigjährigen Krieges hinweg veränderten sich die Positionen Wiens und Augsburgs im Rahmen der Preis- und Lohnhierarchie grundlegend. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts war, mit Ausnahme der neunziger Jahre, der Roggenpreis in Wien ebenso hoch, wenn nicht höher als in Augsburg, das Reallohnniveau hingegen in markantem Gegensatz zur zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts deutlich niedriger. Darin kommt einerseits der im Rahmen der gesamteuropäischen Städtehierarchie für das 17. Jahrhundert konstatierte Aufstieg der Haupt- und Residenzstädte auf

Fig. 12: Konsumgüterpreis- und Reallohnindices für Wien und Augsburg 1500–1750[7]



Kosten der alten, vor allem binnenländischen Handelsmetropolen zum Ausdruck.[8] Andererseits bildet sich darin das unterschiedliche Schicksal der beiden Städte im Dreißigjährigen Krieg ab. Augsburg verlor im Zuge der Krieges, insbesondere während der schwedischen Besatzung und der Belagerung der Stadt durch kaiserliche Truppen 1635, mehr als die Hälfte seiner Bevölkerung,[9] während Wien nur am Beginn des langen Krieges kurzfristig in Bedrängnis geriet, durch die endgültige Stabilisierung des Kaiserhofes unter Ferdinand II., die Verlagerung von Regierungsstellen und den vermehrten Zuzug des Adels der Erbländer seinen Haupt- und Residenzstadtcharakter verstärkte und dadurch immer mehr zu einem rasch wachsenden Konsumptionszentrum wurde. Obwohl keine Zählungen aus dieser Periode vorliegen, deutet eine Reihe von Indikatoren darauf hin, dass die Bevölkerung der Stadt im Verlauf der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts um 50 % oder mehr zunahm.[10] Die für den gesamten mitteleuropäischen Raum charakteristische Nachkriegsdepression war daher in Wien weniger stark zu spüren als in den alten süddeutschen Metropolen. Die Hauptstadt der sich im 17. Jahrhundert formierenden habsburgischen Großmacht, im 16. Jahrhundert noch Teil der Peripherie des oberdeutschen Zentralraumes, überholte in dieser Phase endgültig die oberdeutschen Handels- und Gewerbezentren, die im zweiten Drittel des 17. Jahrhunderts schwere Verluste an ihrer Bevölkerungszahl und ihrem wirtschaftlichen Potential erlitten und in der Folge auf wesentlich niedrigerem Niveau stagnierten. Dass trotz des rasanten demographischen

Wachstums Wiens – um 1700 wurde die Grenze von 100.000 Einwohnern überschritten, bis 1750 wuchs die Bevölkerungszahl auf 175.000 an, während Augsburg um 1700 26.000, um 1750 etwa 31.000 Einwohner hatte – das Getreidepreisniveau in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hier wiederum niedriger und die Reallöhne höher waren als in Augsburg oder Köln, kann auf den sich nach Südosten hin ausweitenden agrarischen Versorgungsraum der Stadt, wo nach der Zurückdrängung des Osmanischen Reiches eine neuerliche Kolonisationsphase begann, zurückgeführt werden. Darin kommt der Vorteil des Zentrums eines in west-östlicher Richtung in wirtschaftlicher Hinsicht zunehmend ungleich strukturierten politischen Großraumes gegenüber den alten oberdeutschen Reichsstädten, die sich in ihrer stark fragmentierten politischen Umwelt behaupten mussten, zum Ausdruck.

Betrachtet man, Henry Phelps Brown und Sheila V. Hopkins folgend,[11] nicht die absoluten Werte, sondern die relative Entwicklung der Konsumgüterpreise und der Kaufkraft der Löhne in Wien und Augsburg *(Fig. 12)*, zeichnet sich der Umbruch der dreißiger Jahre des 17. Jahrhunderts noch deutlicher ab. Das ganze 16. Jahrhundert hindurch stiegen die Preise und sank die Kaufkraft der Löhne in den beiden Städten in nahezu identischem Ausmaß – ein starkes Indiz für ein hohes Maß an wirtschaftlicher Integration zwischen dem süddeutschen und dem ostösterreichischen Raum. An der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert zogen die Preise in Wien erstmals stärker an als in Augsburg, was zu weiteren Reallohnverlusten für die Wiener Arbeiter führte und auf eine mit dem langen Türkenkrieg einhergehende Krise verweist. Nach einer wiederum parallelen Entwicklung der Preise in den Jahren der Hyperinflation am Beginn des Dreißigjährigen Krieges erlebte Augsburg in den dreißiger Jahren des 17. Jahrhunderts einen neuerlichen Preisschock, der keine Entsprechung in Wien hatte und mit dem Kriegsverlauf im süddeutschen Raum in Zusammenhang steht. Danach zeigt das Preis- und Lohngefüge in den beiden Städten eine deutlich von einander abweichende Dynamik.

Die Haupt- und Residenzstadt als Konsumptionsstadt

Der literarische Topos vom genusssüchtigen Wiener Phäaken gehörte seit Enea Silvio Piccolominis berühmter Schilderung der Wiener aus der Mitte des 15. Jahrhunderts zum fixen Repertoire Wiener Stadtbeschreibungen. »Den« Wiener Phäaken gab es freilich nicht. Vielmehr erlaubte die höchst ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung einem Teil der Bevölkerung jenen üppigen Lebensmittelkonsum, der fremden Besuchern ins Auge stach und der den Durchschnittsverbrauch in beachtliche Höhen trieb. Insofern besaß dieser Topos bereits zum Zeitpunkt der Entstehung von Wolfgang Schmeltzls eingangs zitiertem berühmtem Lobspruch auf die *Khünigkliche Stat Wien in Osterreich* einen gewissen Realitätsgehalt. Den Lebensbedingungen der städtischen Unterschichten wird er allerdings nicht gerecht. Die habsburgischen Erbländer zählten unzweifelhaft zu

den reichsten Teilen des Reiches, und dieser Reichtum floss mit der steigenden Effizienz, mit der Steuern vom Landesfürsten und Renten und Abgaben von der Oberschicht abgeschöpft wurden, in erheblichem Ausmaß in die Haupt- und Residenzstadt. Glaubt man den Schilderungen Johann Pezzls aus den 1780er Jahren, dann verschlang »der Magen von Wien« nahezu alles, was die habsburgischen Länder zu bieten hatten:

Österreich liefert ihm Wein, Holz, Kälber, Salz, Eier, Milch und Butter, Gemüse und Hülsenfrüchte, Obst, Geflügel. – Ungarn: jene unerschöpflichen Herden Ochsen, davon, o Wunder, nicht ein einziger schwarz oder braun ist, Schweine, Lämmer, Fische, Tabak, Getreide, Wein, Geflügel, Heu. – Böhmen und Mähren: Wildbret, Fasane, Fische, Eier, Getreide, Geflügel, Stroh. – Steiermark: Ochsen und Kapaune. – Mailand: Käse und Seidenwaren. – Triest: Austern und Schildkröten. – Tirol: Obst und Holz. – Die Niederlande: Tücher, Zeuge und Spitzen.[12]

Dieser sich vor allem nach 1620 intensivierende Charakter Wiens als Konsumptionsstadt – ein großstädtischer Typus, dessen Wachstum primär aus dem (Luxus-)Konsum städtebildender Großkonsumenten resultiert[13] – erklärt den strukturellen Wandel der urbanen Ökonomie in der Frühen Neuzeit in erheblichem Ausmaß. Aus der Konsumptionsstadtfunktion leiten sich auch die beiden anderen bestimmenden Prozesse ab, welche die Transformation der städtischen Gewerbelandschaft vom 16. bis zum 18. Jahrhundert kennzeichnen: Diversifizierung und Spezialisierung auf der einen und Expansion protoindustrieller »Exportindustrien« auf der anderen Seite. Die Spezialisierung im Wiener Handwerk, vor allem im Luxusgewerbe, wäre ohne die quantitative und qualitative Nachfrage einer wachsenden Konsumptionsstadt kaum möglich gewesen, denn an einer überregional bedeutsamen gewerblichen Tradition fehlte es. Mit Hilfe der erheblichen innerstädtischen Binnennachfrage einer Großstadt und staatlicher Förderung konnten manche im 18. Jahrhundert entstehende urbane Exportgewerbe die schwierigen ersten Jahre nach ihrer Gründung überleben und schließlich zu einem bedeutenden Faktor der Stadtökonomie in spätmariatheresianischer und josephinischer Zeit werden.

Im 16. Jahrhundert besaß Wien den Charakter einer klassischen Konsumptionsstadt eigentlich noch nicht, weil der Hof sich häufig in Prag oder anderswo aufhielt. Auch spielten der privilegierte Zwischenhandel und der Weinexport noch immer eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Im zweiten Drittel des 16. Jahrhunderts etablierten sich allmählich zentrale Herrschaftsinstitutionen, deren Größe mit dem Werden frühneuzeitlicher Staatlichkeit mehr und mehr wuchs. Parallel dazu flossen in den Ausbau der Befestigungsanlagen und der Residenz erhebliche Mittel, von denen direkt oder indirekt auch das Wiener Gewerbe profitierte. Langfristig am bedeutendsten für den zunehmenden Charakter Wiens als Konsumptionsstadt erwies sich schließlich der Zuzug einer höfischen Oberschicht, die zum Zweck repräsentativen Konsums Luxusgüter und eine breite Palette an persönlichen Dienstleistungen nachfragte. Die Akkumulation von Vermögenseinkünften in der Wiener Oberschicht nahm im Lauf der Frühen Neuzeit geradezu gigantische Dimensionen an. Nach Angaben des zeitgenössischen Statistikers Ignaz de

Luca aus dem Jahr 1787 bewegten sich die jährlichen Einkünfte der 21 in Wien ansässigen fürstlichen Häuser zwischen 100.000–500.000 fl, Einkünfte, mit denen einige von ihnen nicht einmal das Auslangen fanden. Wenn man als »reich« eine Person mit hinterlassenem Vermögen von mehr als 10.000 fl definiert, dann dürften etwa 3 % der damaligen Wiener Bevölkerung dieses Kriterium erfüllt haben.[14] Von einem nicht näher bezifferbaren Konzentrationsprozess hoher Einkommen in der Haupt- und Residenzstadt ist mit Blick auf die landesfürstliche, adelige und kirchliche Bautätigkeit zumindest seit dem zweiten Drittel des 17. Jahrhunderts auszugehen. Das Größenwachstum und der Bedeutungsgewinn des Hofes beeinflussten in Form des Zuzugs von Hofpersonal und häuslichen Bediensteten des Hofadels und durch die Nachfrage nach Luxusgütern und spezialisierten Dienstleistungen jenes demographische Wachstum, welches die Voraussetzung für die massenhafte Nachfrage und schließlich auch die »Massenfertigung« – in frühneuzeitlichen Kategorien – von »populuxen«[15] Konsumgütern bildete. Der repräsentative Konsum des Hofes und der Hocharistokratie bildete das Vorbild für das Konsumverhalten der aufstrebenden wirtschafts- und besitzbürgerlichen Mittelschichten und wurde mit bescheidenen Mitteln auch zuweilen von anderen Teilen der städtischen Bevölkerung imitiert. Zumindest beim Nahrungsmittelkonsum, und eingeschränkt auch in der Nachahmung der Kleidermode – mehr oder minder in jenen Grenzen, die die landesfürstlichen Kleiderordnungen zuließen[16] –, traten diese in bescheidene Konkurrenz zur Oberschicht, suchten höfischen Lebensstil auf die eine oder andere Art zu kopieren. Der Durchschnittsverbrauch von kurzlebigen Konsumgütern im frühneuzeitlichen Wien fiel daher in frühneuzeitlichen Dimensionen ungewöhnlich hoch aus. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurden etwa 70 kg Fleisch, Geflügel und Fisch pro Kopf und Jahr verzehrt, um 1784 sogar 86 kg. Der im 18. Jahrhundert allmählich sinkende traditionell hohe Weinkonsum wurde durch den steigenden Bierkonsum annähernd wettgemacht. Während um 1730 pro Kopf jährlich etwa 225 Liter Wein und Bier getrunken wurden, waren es um 1780 bereits 267 Liter.[17] Selbst den Bürgerspitalinsassen wurde eine vergleichsweise hohe Weinration zugestanden, so etwa in den Jahren 1616, 1618 und 1621 0,36–0,45 Liter täglich oder 130–165 Liter jährlich.[18] Welche vielfältige Speisenfolge eine Mahlzeit im frühneuzeitlichen Wien aufweisen konnte, lässt sich anhand erhaltener Speisekarten von Gasthäusern zumindest für jenen Teil der Bevölkerung, der sich solche Menüs auch leisten konnte, annähernd umreißen. Dieser Teil kann nicht ganz unbedeutend gewesen sein, denn Speisen mit »vier Schüsseln« waren noch in josephinischen Zeiten um 6 kr zu haben, sechs Speisen erhielt man vor 1740 schon um etwa 10 kr. Das war etwa für Gesellen im Baugewerbe zumindest das eine oder andere Mal in der Woche nicht unerschwinglich, bekamen sie doch im Sommer 24–27 kr Taglohn.[19] Im Jahr 1745 umfasste ein 7-Kreuzer-Menü eine Suppe, Rindfleisch mit Kren und Gurken, eine Portion Gemüse und eine Portion eingemachtes oder gebratenes Fleisch. An Fasttagen ersetzten Fisch und Mehlspeise die Fleischgänge. Beim 24-Kreuzer-Menü kamen dazu noch Soßen, Würste, Pasteten sowie eigene Speisegänge mit Wildbret oder Krebsen und ein solcher mit Kalbs-, Lamm- oder Schweinefleisch oder gebratenem Ge-

Fig. 13: Verteilung der nichtlandwirtschaftlich/en Erwerbstätigen/ Betriebe 1650/60, 1736 und 1784

Wirtschaftsklasse	1650/60 15jährige und ältere Männer		1736 Gewerbetreibende		1784 Betriebsinhaber [1]	
	Sterbefälle	in %	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Metallverarbeitung	20	7	1.030	10	988	7
Textil	7	2	373	3	1.082	8
Lederverarbeitung	6	2	338	3	220	2
Bekleidung	54	19	4.569	42	5.781	41
Holzbearbeitung	7	2	341	3	240	2
Nahrungs- u. Genussmittel	41	14	958	9	670	5
Chem./Graph. Gewerbe	1	0	34	0	92	1
Baugewerbe, Verarb. v. Steinen, Glas	52	18	1.233	11	2.305	16
Gast- u. Schankgewerbe	23	8	790	7	700	5
Handel u. Verkehr	71	25	714	7	1.647	12
Gesundheitswesen/Reinigung	6	2	431	4	323	2
Gesamt ohne Landwirtschaft	288	100	10.811	100	14.048	100

1) „Herren". Zählung unvollständig.

Quelle: WStLA, Totenbeschauprotokolle 1650, 1660. – Schwarz, Wiener Ghetto, 265f., 287–290. – Thiel, Gewerbe, 432–437. – de Luca, Staatsanzeiger, 835–843. – Eigene Berechnungen.

flügel und dazu jeweils Salate.[20] Aber auch der Verbrauch von Kleidungsstücken muss erheblich gewesen sein. Der gut informierte Merkantilist Philipp Wilhelm von Hörnigk schätzte um 1680 den Wiener Umsatz von so genannter »Französischer Ware« – feine Stoffe und Tuche, insbesondere aus Seide – als sehr beträchtlich ein.[21] Etwa ein Jahrhundert danach bezifferte Johann Pezzl die jährlichen Kleidungsausgaben eines unverheirateten Mannes aus dem Mittelstand mit rund 170 fl, was etwa 37 % des Haushaltsbudgets entsprochen haben dürfte. Etwa gleich hoch waren die Ernährungsausgaben.[22] Bei den Unterschichten kann von entsprechend höheren Anteilen für letztere ausgegangen werden.

Dem Charakter einer Konsumptionsstadt vor dem Aufschwung protoindustrieller »Exportindustrien« entsprach zunächst ein hoher Tertiärisierungsgrad der städtischen Ökonomie. Geht man von den Berufen der in den Jahren 1650 und 1660 verstorbenen nichtadeligen männlichen Zivilbevölkerung im Erwerbsalter (15 bis unter 65 Jahre) aus, dann waren um die Mitte des 17. Jahrhunderts 3 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, etwa ein Drittel im Produktionssektor – einschließlich von Berufen wie Bäcker, Fleischer und Taglöhner – und zwei Drittel im Dienstleistungssektor – einschließlich häuslicher und höfischer Bediensteter – tätig.[23] Diese Berechnung beruht freilich auf der – unrealistischen – Annahme gleicher durchschnittlicher Lebenserwartungen der Erwerbstätigen in den verschiedenen sektoralen Gruppen und vernachlässigt allfällige sektorübergreifende Berufswechsel im Lauf einer Erwerbsbiographie. Auch waren die Grenzen zwischen Produktion und Handel im Kleingewerbe, vor allem im Lebensmittelkleingewerbe, fließend.[24] Da davon auszugehen ist, dass fast alle weiblichen Erwerbstätigen, deren Anteil sich nicht eindeutig aus den Totenbeschauprotokollen erschließen lässt, in Dienstleistungsberufen tätig waren, dürfte um die Mitte des 17. Jahrhunderts ein Tertiärisierungsgrad der städtischen Ökonomie von rund 65–70 % absolut plausibel sein. Zumindest was die selbstständigen Gewerbetreibenden bzw. Betriebe betrifft, ist ein Bedeutungsrückgang des Dienstleistungssektors im 18. Jahrhundert unverkennbar. Während von den zwischen 1650 und 1660 Verstorbenen 15-jährigen und älteren Männern etwa ein Drittel den klassischen Dienstleistungsgewerben des Gastgewerbes, des Handels und Verkehrswesens sowie des Gesundheitswesens zuzurechnen ist, waren es von den Unternehmern (»Herren«) des Jahres 1784 – nach einer allerdings unvollständigen Zählung – nur noch 19 %. Angesichts der dynamischen Entwicklung protoindustrieller Gewerbe in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts dürfte der Anteil der im Produktionssektor Beschäftigten im spätjosephinischen Wien auf vielleicht 50 % angestiegen sein.[25]

Wien – eine Weinbaustadt?

Im Stadtrechtsprivileg Albrechts I. von 1296 heißt es, dass der *stat ze Wienne ere und gevure allermaist an den weingarten leit*, und auch noch in der Stadtordnung Ferdinands I.

(1526) wird behauptet, dass der *weingartpau unserer stat Wienn maiste narung ist.*[26] War Wien also eine Weinbaustadt, war sie das auch noch in der Frühen Neuzeit, und wie lange dominierte, wenn dies der Fall war, dieser Produktionssektor die städtische Ökonomie?

Lukas Clemens hat am Beispiel von Trier folgende Definition einer Weinbaustadt vorgeschlagen, die auf fünf Kriterien beruht:[27]

1. die Lage der Stadt in einem Weinbaugebiet,
2. die Beteiligung breiter Schichten der Stadtbevölkerung an der Weinproduktion,
3. ein differenziertes, mit dem Weinbau verbundenes Gewerbe,
4. die Konzentration von kostspieligen Produktionsstätten (Presshäusern, Kellern),
5. die Existenz eines Weinmarktes, ausreichender Lagerkapazitäten und einer günstigen Verkehrsanbindung für den Vertrieb des Produktes.

Versuchen wir, dieses Kriterienbündel auf die frühneuzeitliche Wiener Stadtökonomie anzuwenden.

In seinem »Weinbuch« aus 1580 beschrieb Johann Rasch, Organist im Wiener Schottenstift, das »Wiennergebürg« als vom Donauufer im Nordwesten der Stadt entlang des Wienerwaldes bis an die Piesting im Süden reichend.[28] In der Weinleseordnung der Stadt Wien aus dem Jahr 1461 wurde die Einfuhr von Eigenbau- und zugekauftem Wein durch die Bürger auf einen Bezirk beschränkt, der ebenfalls durch die Donau im Norden, den Wienerwald und die Alpenausläufer im Westen, die Piesting im Süden sowie Leitha und Fischa im Osten begrenzt war.[29] Dass Wien einst am nordöstlichen Rand eines Weinbaugebietes lag, das laut Rasch *das herrlichist, mächtigist, trächtigist und gröſst Weingebürg in Österreich* gewesen sein soll, daran besteht kein Zweifel. Bis zum Ausbau der Befestigungsanlagen nach der Ersten Türkenbelagerung reichten die Rebpflanzungen im (Nord)Westen der Stadt an die mittelalterlichen Stadtmauern heran. Die heutigen Bezirke bzw. Bezirksteile Wieden, Mariahilf, Lerchenfeld, Josefstadt und Alsergrund bestanden am Beginn des 16. Jahrhunderts über weite Strecken aus Weingartenrieden, und die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingemeindeten Dörfer außerhalb des heutigen Gürtels im Norden und Westen der Stadt waren Weinbausiedlungen, in deren Gemarkungen das Wiener Bürgertum einen erheblichen, wenn nicht den überwiegenden Teil der Weingärten besaß. Zudem reichte der Weingartenbesitz der Wiener über Perchtoldsdorf, Mödling und Gumpoldskirchen entlang der so genannten Thermenlinie bis nach Baden.[30]

Da die Stadt Wien den bürgerlichen Weingartenbesitz bis zum Jahr 1705 nicht im Rahmen einer Liegenschaftssteuer fiskalisch erfasste, sondern von ihren Weinbau treibenden Bürgern eine nach der jährlichen Erntemenge bemessene Weinsteuer einhob, lässt sich auch der Anteil der Bürger mit Weingartenbesitz an der Gesamtzahl der von der Stadt besteuerten Haushalte beziffern. Der zur Lesezeit in die Stadt gebrachte Most oder die Weinmaische wurde an den Burgfriedsgrenzen und an den Stadttoren registriert und zu Martini (11. November) in den Kellern nochmals beschrieben. Daher enthalten

die erhalten gebliebenen Steueranschläge des 16. und 17. Jahrhunderts detaillierte Angaben über die Weinproduktion der Wiener Bürgerschaft.[31]

Fig. 14: Anteil der zur Weinsteuer veranlagten an der Gesamtzahl der steuerpflichtigen bürgerlichen Haushalte in Wien im 16. und 17. Jahrhundert

	besteuerte Haushalte	mit Weinsteuer	
	Anzahl	absolut	%
Widmerviertel 1526	560	205	37
Widmerviertel 1616	517	168	32
Stadt um 1600	1734	572	33
Stadt u. Vorstädte um 1600	2392	756	32
Stadt u. Vorstädte 1650	2314	649	28
Stadt 1681	1717	552	32

Quelle: WStLA, Steueranschläge. »Um 1600«: Schotten-, Kärntner- u. Stubenviertel 1600; Widmerviertel 1616.

Fig. 14 gibt den absoluten und relativen Anteil der zu den jeweiligen Stichjahren eine Weinernte versteuernden Haushalte an der Gesamtzahl der zur Steuer veranlagten bürgerlichen Haushalte wieder. Für das 16. Jahrhundert sind lediglich für das Widmerviertel Steueranschläge erhalten. Die Resultate für dieses Stadtviertel, in dem am Beginn des 16. Jahrhunderts noch eine beträchtliche Anzahl von Steuerzahlern lebte, die explizit als »Hauer« bezeichnet werden, lassen eine tendenzielle Abnahme der Weinbau treibenden Bürger im Verlauf dieses Jahrhunderts annehmen. Dennoch, der Anteil der zur Weinsteuer veranlagten an der Gesamtzahl der besteuerten bürgerlichen Haushalte war mit knapp einem Drittel so hoch, dass man tatsächlich sagen kann, dass der Weinbau auch im 16. und 17. Jahrhundert derjenige Produktionszweig war, an dem relativ die meisten Wiener Bürger partizipierten. Selbstverständlich lebten nicht alle bürgerlichen Haushalte, die die Weinsteuer entrichteten, ausschließlich vom Ertrag ihrer Weingärten. 55 % der um 1600 zur Weinsteuer veranlagten Bürger entrichteten auch eine Gewerbesteuer für ihre »Hantierung«, betrieben also neben Weinbau auch ein Handwerk oder Gewerbe. Knapp 5 % lassen sich als Beamte in landesfürstlichen oder ständischen Diensten identifizieren. 83 % der Steuerzahler mit eigener Weinernte besaßen ein oder mehrere Häuser in der Stadt, womit insgesamt 53 % aller hausbesitzenden Bürger Wiens zu dieser Zeit über Weingärten im Wiener Weingebirge, wie es oben definiert wurde, verfügten. Der Anteil der Weingartenbesitzer an den steuerzahlenden Wiener Haushalten ohne eigenen Hausbesitz war dagegen mit 12 % wesentlich geringer, was sich aus der Natur der Sache ergibt, da zur Weinproduktion ja auch Pressen und Kellerräumlichkeiten erforderlich waren.[32] Mitte des 16. Jahrhunderts soll es noch 108 Presshäuser innerhalb der

Wiener Stadtmauern gegeben haben.[33] Der stechende Essiggeruch der Tresterhaufen im Herbst und die Myriaden von Essigfliegen, die sich um diese herum tummelten, haben Ferdinand I. 1563 veranlasst, wegen der Verunreinigung der Straßen und der vermeintlich davon ausgehenden Infektionsgefahr das Weinpressen in der Stadt zu verbieten.[34] Da der Anteil der Weinbau treibenden Bürger am Hausbesitz in den Vorstädten deutlich höher war als derjenige der nicht Weinbau treibenden Bürger, ist davon auszugehen, dass Erstere häufig über Pressanlagen in den Vorstädten verfügten. In diesen Vorstädten, soweit sie sich in den Steueranschlägen von der eigentlichen Stadt abgrenzen lassen, brachten um 1600 184 von insgesamt 658 zur Steuer veranlagten Haushalten eine Weinernte ein.

Der Hausbesitz in den Vorstädten diente denjenigen Weinbau treibenden Bürgern Wiens, die über eine größere Weingartenfläche verfügten, auch zur Unterbringung der zahlreichen, für die intensive und zeitaufwendige Bearbeitung der Weingärten benötigten Arbeitskräfte. Deren Arbeitsverhältnisse und Löhne wurden durch landesfürstliche Weingartenordnungen geregelt. Auch hier spielte die Haupt- und Residenzstadt im Kontext des Landes Niederösterreich eine Vorreiterrolle. 1534 wurde für das Wiener Weingebirge die erste dieser Ordnungen – Beispiele einer frühneuzeitlichen Arbeitsmarktpolitik im Dienste der Weinbau treibenden Bürgerschaft – erlassen, 1540 und 1548 folgten weitere für den Kremser Raum und das westliche Weinviertel. Sie dienten der Regulierung der Löhne und der Arbeitszeit, sahen Kontrollen der Arbeitsqualität vor und zielten auf eine Disziplinierung des sich zum Teil aus Wanderarbeitern rekrutierenden Weinbauproletariats ab. Die Taglöhne wurden alljährlich am Sonntag nach Dreikönig im Rahmen einer Versammlung der Abgeordneten der wichtigsten Ortschaften des Wiener Weinbaugebietes im Wiener Rathaus festgesetzt. 1597 kam es auf Grund der zunehmenden Divergenz zwischen Lebenshaltungskosten und Löhnen zu einem Aufstand der »Hauerknechte« in der Umgebung von Mödling und Gumpoldskirchen, der blutig niedergeschlagen wurde.[35]

Was die Existenz von mit dem Weinbau in Verbindung stehenden Gewerbezweigen betrifft, so belief sich der Anteil der Fassbinder, Fasszieher, Schankwirte und Leitgeben am Beginn des 17. Jahrhunderts auf 13 % der zur Gewerbesteuer veranlagten bürgerlichen Haushalte. Nach einer Zählung aus dem Jahr 1621 soll es nicht weniger als 140 Leitgeben, die mit dem Weinausschank beschäftigt waren, in der Stadt gegeben haben.[36] Man kann auch annehmen, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil des Eisen verarbeitenden Gewerbes der Stadt auf die Erzeugung von Arbeitsgeräten für den Weinbau ausgerichtet war.

Bis zur Zweiten Türkenbelagerung hat sich, nach den Steueranschlägen zu schließen, der Anteil der Weinbau treibenden Bürgerhaushalte an der Gesamtzahl der steuerbaren Bürgerschaft, sieht man von einem leichten Rückgang um die Mitte des 17. Jahrhunderts ab, nicht wesentlich verändert. Bei der Interpretation dieser Daten ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Anteil der der Steuerhoheit des Magistrats unterstellten Einwohner an der gesamten Stadtbevölkerung im Zuge des Stadtwachstums kontinuierlich

zurückging und die Daten aus der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts für die Gesamtheit der Wiener Bevölkerung und deren ökonomische Basis nicht mehr als repräsentativ erachtet werden können. Nach 1683 reduzierten das rasche architektonische Wachstum der Stadt über die Grenzen der Befestigungsanlagen hinaus, die Expansion der Vorstädte und die Errichtung zahlreicher Gartenpalais durch die Aristokratie die Weinbaufläche in der unmittelbaren Umgebung der Stadt drastisch.[37] Die Weinversorgung der wachsenden Großstadt Wien erfolgte nun nicht mehr aus dem Wiener Weinbaugebiet allein, sondern begann weit ins nördliche Niederösterreich und nach Südmähren auszugreifen – Regionen, die durch die zunehmende Nachfrage der Hauptstadt einen starken Impuls zur Ausweitung ihrer Produktion erhielten.

In den achtziger Jahren des 16. Jahrhunderts wurden durchschnittlich 45.000 Hektoliter (hl) Wein pro Jahr in der Stadt ausgeschenkt.[38] Bei einer Bevölkerungszahl von 20.000 bis 30.000 Einwohnern entspricht dies einem rechnerischen Konsum von 150–220 Litern pro Kopf und Jahr. Dabei ist zu bedenken, dass es sich hierbei lediglich um die ausgeschenkte Weinmenge handelte, viele Wiener Haushalte aber zusätzlich von der eigenen Weinproduktion zehren konnten. Bier spielte hingegen im Alkoholkonsum der Wiener Bevölkerung nur eine untergeordnete Rolle. Das Brauen und der Bierschank waren seit 1432 ein Monopol des Wiener Bürgerspitals, das erst angesichts einer ganzen Serie von Weinmissernten am Ende des 16. Jahrhunderts dazu überging, neben Importbier auch größere Mengen von eigenem Gebräu auszuschenken.[39] 1730/31, nach einer Reihe sehr reichhaltiger Weinernten, wurde für durchschnittlich 435.000 hl niederösterreichischen und 7.100 hl »ausländischen« Weines die 1725 eingeführte Verzehrungssteuer entrichtet. Geht man davon aus, dass diese Weinmenge auch in Wien konsumiert wurde, dann entfielen bei einer Bevölkerungszahl in der Größenordnung von 150.000 in diesen – was den Wein betrifft – wohlfeilen Jahren 295 Liter auf einen statistischen Wiener Konsumenten.[40]

Trotz dieser beeindruckenden Konsummengen war Wien im Spätmittelalter und auch noch im 16. Jahrhundert vor allem eine Weinexportstadt. Der nach Wien eingeführte und hier zum Verkauf gelangende Wein durfte bis an den Ausgang des 17. Jahrhunderts nur aus dem in der Weingartenordnung umschriebenen Bezirk stammen und nur von Wiener Bürgern in die Stadt eingeführt werden. Wein, der durch Anbieter, die nicht das Wiener Bürgerrecht besaßen, aus anderen Gegenden im Burgfried der Stadt abgelegt wurde, drohte die Konfiskation. Der Import von ungarischem Wein war seit dem 13. Jahrhundert untersagt, stellte er doch eine höchst unliebsame Konkurrenz für den Absatz der bürgerlichen Weinproduktion dar. Lediglich nach schweren Missernten wurden die Burgfriedsgrenzen per landesfürstlichem Dekret geöffnet, und es durfte Wein selbst aus Westungarn nach Wien eingeführt werden.

Zahlen über die in den Wiener Kellern gelagerten Weinmengen stehen nur für die Mitte des 15. Jahrhunderts zur Verfügung, man darf aber annehmen, dass sie im 16. Jahrhundert noch übertroffen wurden. 1461 wurden im Zuge der Wein- und Moststeuerbeschreibung zu Martini 118.799 Hektoliter heuriger und 20.114 Hektoliter alter Wein er-

fasst, 1445 140.600 hl aus Wien vor allem auf der Donau nach Westen, zum geringeren Teil auch auf dem Landweg nach Böhmen und Mähren verfrachtet. 1446 waren es 71.600 Hektoliter.[41] Im oberösterreichischen Engelhartszell knapp unterhalb von Passau, wo seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert ein Exportzoll für Wein zu entrichten war, wurden in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts pro Jahr 80.000–100.000 Hektoliter durchgeführt. Dieser Wein stammte neben der Wachau und dem Kremser Raum vor allem aus dem Wiener Weinbaugebiet, zumal der in Korneuburg verladene, einfachere und billigere Landwein aus dem Weinviertel primär für den Konsum in Oberösterreich bestimmt war.[42] Kaum ein Wiener war aktiv am Export dieser für die Stadt zentralen Handelsware beteiligt. Sie verließen sich offenbar darauf, dass die Käufer aus Passau, Regensburg, den bayerischen Städten und Nürnberg sowie die Schiffleute entlang der Donau, des Inn und der Salzach den Wein in Wien abholten.[43]

Im Verlauf des 17. Jahrhunderts ging die Menge des donauaufwärts verfrachteten Weines rapide zurück. Um 1640 wurden in Engelhartszell lediglich 40.000 hl pro Jahr verzollt, um 1670 waren es nur mehr 32.000 hl. Durch die Maut Aschach gingen um 1750 bloß 20.000 hl.[44] Am Ende des 17. Jahrhunderts fielen, nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Wiener Magistrat und den niederösterreichischen Landständen, auch die Schranken gegen die Einfuhr von Wein, der nicht von Wiener Bürgern innerhalb der Grenzen des Wiener Weingebirges produziert worden war. Seit 1749 wurde auch die Einfuhr ungarischen Weins gegen Entrichtung eines Importzolls nach Wien und Niederösterreich gestattet.[45] Die Konsumbedürfnisse der wachsenden Großstadt erforderten eine Neugestaltung der aus dem Spätmittelalter überkommenen stadtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wien hatte sich von einer Weinbau- und Weinexportstadt in ein Konsumzentrum für Wein gewandelt, das aus seinem näheren und weiteren Umland parallel zum Wachstum der Stadtbevölkerung zunehmend größere Mengen von billigem Wein für den Massenkonsum importierte.

Gewerbliche Konjunkturen

Vergleicht man die quantitative Entwicklung der einzelnen Gewerbezweige vom Spätmittelalter bis in das 18. Jahrhundert, so zeigt sich, dass das Wachstum der Bekleidungsgewerbe ab dem ausgehenden 17. Jahrhundert den sektoralen Wandel am stärksten geprägt hat. Waren nach einer Liste des Bürgeraufgebots aus dem Jahr 1454 rund ein Fünftel der darin Verzeichneten den Bekleidungsgewerben zuzuordnen und um die Mitte des 17. Jahrhunderts weniger als ein Fünftel der verstorbenen Männer, so entfielen in den Jahren 1736 und 1784 bereits mehr als 40 % aller Betriebe auf die Bekleidungsgewerbe. Die Metall verarbeitenden Gewerbe hatten im Spätmittelalter quantitativ etwa das Gewicht der Bekleidungsgewerbe, verloren jedoch bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts dramatisch an Bedeutung, um in der Folge wieder Anteile zu gewinnen. Die Metall verarbeitenden Gewerbe stellten im Jahr 1736 nicht einmal 10 % der Betriebe. In

der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nahm ihre Bedeutung wieder ab. Einen deutlichen Zuwachs von der Mitte des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts verzeichneten die Textilgewerbe, wobei der »take off« eindeutig in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts fiel. Sie besaßen ursprünglich allerdings nur ein verhältnismäßig geringes Gewicht innerhalb der urbanen Ökonomie. Auf der anderen Seite verloren im betrachteten Zeitraum die Kleinhandelsbetriebe am deutlichsten an Bedeutung. Deren Anteil sank von einem Viertel auf etwa 6,5 %, um dann in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts allerdings wieder anzusteigen. Im zünftisch gebundenen Gewerbe zeigt sich ein ähnliches Bild, wenn auch der Zuwachs der Bekleidungsbetriebe auf Grund des hohen Anteils an Störern und anderen außerzünftischen Gruppen schwächer ausfällt. 1621 entfiel jeder fünfte bürgerliche Meisterbetrieb auf den Bekleidungssektor, 1742 und 1775 jeder dritte. Aber auch in der Zahl der bürgerlichen Meister drückt sich der enorme Bedeutungsgewinn der Bekleidungsgewerbe im 17. und 18. Jahrhundert aus. Wie aus den *Figuren 13 (S. 140)* und *15* ersichtlich ist, beruhte das weitere Wachstum des Bekleidungssektors in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts allerdings nicht mehr auf den bürgerlichen Meisterbetrieben. In der Textilverarbeitung nahm jedoch auch ihr Anteil unter bürgerlichen Gewerben noch zu, obwohl in der Regel außerzünftische Produktionsformen – zentralisierte Manufakturen in ihrem Zusammenspiel mit dezentralisierter Produktion im Verlag – eine immer größere Rolle spielten.[46]

Fig. 15: Verteilung der bürgerlichen Meister nach Wirtschaftsklassen 1621–1775

Wirtschaftsklasse	1621		1742		1775	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Metallverarbeitung	88	7	516	11	706	14
Textil	33	3	169	4	253	5
Lederverarbeitung	45	3	133	3	158	3
Bekleidung	266	20	1.561	34	1.712	33
Holzbearbeitung	59	5	152	3	208	4
Nahrungs- u. Genussmittel	242	19	513	11	526	10
Chem./Graph. Gewerbe	11	1	9	0	13	0
Baugewerbe, Verarb.v.Steinen, Glas	91	7	439	10	462	9
Gast- u. Schankgewerbe	184	14	542	12	512	10
Handel u. Verkehr	269	21	466	10	472	9
Gesundheitswesen/Reinigung	19	1	121	3	186	4
Gesamt	1.307	100	4.621	100	5.208	100

Quelle: Otruba, Wiens Gewerbe, 115. – Thiel, Gewerbe, 432–437. – Klose, Lage. – Eigene Berechnungen.

Der sektorale Wandel war jedoch keineswegs nur ein quantitatives Phänomen. Anhand der Gewerbesteuerleistung der großen Bekleidungsgewerbe wird auch ihr steigender Anteil an der gesamten Wertschöpfung der urbanen Ökonomie annäherungsweise fassbar. Im Jahr 1618 betrug die Summe der Gewerbesteueranschläge der größten Bekleidungsgewerbe, der Schneider und Schuster, etwa 800 fl, jene der größten Lebensmittelge-

werbe, der Bäcker und Fleischhauer, fast 900 fl und die der Handelsleute und Krämer etwa 1.500 fl. Bereits 1650 hatte sich das entsprechende Verhältnis auf rund 600:800:600 zu Ungunsten des Handelsstands verändert. Mehr als ein Jahrhundert später – im Jahr 1770 – leisteten die Schneider und Schuster insgesamt fast 8.000 fl Gewerbesteuer, der Handelsstand jedoch nur noch 6.800 fl und die Bäcker und Fleischhauer 3.100 fl. Im selben Jahr erbrachten die bürgerlichen Bekleidungsgewerbe insgesamt eine Steuerleistung von 10.000 fl, während zur selben Zeit die Nahrungsmittelgewerbe auf 6.800 fl kamen.[47] Die Dominanz des Textil- und Bekleidungssektors war jedoch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts noch wesentlich größer als in diesem Vergleich hervorkommt, denn im hier ausgeklammerten Bereich der Manufakturen, »Fabriken« und unzünftischen Meister war der Anteil dieses Sektors noch ausgeprägter. Von den Erwerbstätigen in Wiener Fabriken und Manufakturen im Jahr 1785 arbeiteten rund 60 % im Textil- und Bekleidungssektor.[48]

Die Diversifizierung und Spezialisierung im Gewerbe in der Frühen Neuzeit wird anhand der Erteilung neuer Innungsordnungen fassbar. Während im Mittelalter 81 Ordnungen entstanden, kamen im 16. Jahrhundert 22, im 17. Jahrhundert 67 und im 18. Jahrhundert bis zum Jahr 1740 weitere 35 dazu. Ein besonders hohes Maß an Spezialisierung trat in den Bekleidungsgewerben ein. Im 17. Jahrhundert entstanden Innungen wie die der Barett-, Hosen- und Strumpfstricker, der ungarischen Hut- und Kappenmacher oder auch der Seidenstrumpfwirker. In der Textilerzeugung etablierte sich vor allem im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts eine Vielzahl neuer Luxusgewerbe, wie die der Gold-, Silber-, Brokat- und Seidenerzeuger, der Seidenfärber, Seidenzeug-, Schleier-, Flor- und Tüchelmacher und der Schönfärber, um nur einige zu nennen.[49] Die Blüte des Wiener Textilgewerbes fiel jedoch erst in das späte 18. Jahrhundert und wurde von der Expansion außerzünftischer Produktionsformen getragen, die jedoch das Zusammenspiel mit bürgerlichen Meistern keineswegs ausschloss. Ein Kommerzialschema aus dem Jahr 1780 nennt beispielsweise Seidenflor-, Seidenband- und Baumwoll-»Fabriken«, aber auch »Seidenzeug-Dessinateurs und -Appreteurs«. Eine breite Palette an Manufakturbetrieben war nunmehr auch in der Metallverarbeitung entstanden.[50] Selbst klassische Dienstleistungsgewerbe, wie das Gesundheits-, Gast- und Schankwesen, erlebten seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert eine markante Auffächerung und Erweiterung des Angebots, etwa in Form der Einführung und ersten Blüte des Wiener Kaffeehauses.

An vergleichbaren Zählungen oder zumindest Schätzungen der Zahl der Erwerbstätigen fehlt es weitgehend. Eine quantitative Zunahme ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wird jedoch aus einigen verstreuten Angaben erkennbar. Nach einer vom Merkantilisten Philipp Wilhelm von Hörnigk durchgeführten Zählung existierten um das Jahr 1674 1.679 bürgerliche Handwerksleute in Wien, die rund 4.000 Gesellen beschäftigten.[51] Im Jahr 1702 lag nach einem Verzeichnis die Zahl der Wiener Handwerker – vermutlich der Handwerksmeister – bei ca. 3.700.[52] 1780 befanden sich laut Angaben des Wiener Magistrates etwa 6.000 »Bürger und Professionisten« unter der christlichen Bevölkerung, 1790 rund 7.000.[53] Nach einer zeitgenössischen Schätzung standen im Jahr

1784 rund 14.000 Faktoren und Meistern (»Herren«) etwa 50.400 untergeordnete Arbeiter (ohne Berücksichtigung der Lehrlinge) gegenüber.[54] Die durchschnittliche Betriebsgröße war demnach im Zeitraum 1674–1784 vermutlich um zumindest zwei Drittel angestiegen.

Für die Flexibilität der zünftisch regulierten Ökonomie spricht, dass bis zum Verbot von Innungsneugründungen durch Maria Theresia im Jahr 1755[55] der Zugang an neuen Gewerben über die gesamte frühneuzeitliche Periode nie abriss. Im Gegenteil: Gerade in der zweiten Hälfte des 17. und in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden viele neue Innungen. Diese repräsentierten in der Regel privilegierte, einflussreiche Gruppen innerhalb des jeweiligen Gewerbes,[56] wobei der Anteil außerzünftischer Gewerbetreibender von Gewerbezweig zu Gewerbezweig erheblich schwankte. Ohne ihn für das gesamte Wiener Gewerbe über einen längeren Zeitraum vergleichen zu können, besteht doch kein Zweifel, dass der außerzünftische Teil der gewerblichen Wirtschaft in der Frühen Neuzeit kontinuierlich zunahm. Vor allem in auf Massenkonsum orientierten Gewerben, wie jenen der Schneider, Schuster und Tischler, in Teilfertigungen der Textilbranche, in Holz verarbeitenden und in deklassierten Gewerben, wie dem der Tandler, war der Anteil der »Störer« groß und tendenziell wachsend.[57] Angesichts der demographischen Entwicklung war das nicht weiter verwunderlich. Die wachsende Bevölkerung der Haupt- und Residenzstadt wäre vom zünftischen Gewerbe bei weitem nicht ausreichend zu versorgen gewesen. Qualitativ traf das mit Sicherheit bereits auf die Regierungszeit Kaiser Ferdinands I. zu, in der im größeren Ausmaß außerzünftische Luxushandwerker an den Hof gezogen wurden, quantitativ vor allem auf die Zunahme der in den Versorgungsgewerben Tätigen im Zuge des demographischen Wachstums der Stadt im 17. und 18. Jahrhundert. Auf 1.000 Einwohner kamen in Wien in den Jahren 1674, 1736 und 1775 nur etwa 20–25 bürgerliche Meister, zum Vergleich dazu rund 70 in kleineren österreichischen Städten. In etwa auf eine solche Versorgungsdichte kommt man jedoch, wenn man die zuvor erwähnte Zahl aller Betriebe im Jahr 1784 mit der damaligen Bevölkerungszahl in Beziehung setzt.[58]

In der zweiten Hälfte des 16. und im 17. Jahrhundert dürften vor allem Hofhandwerker und Stadtguardisten (Militärhandwerker) in Konkurrenz zu den bürgerlichen Innungen getreten sein. Im Jahr 1621 standen 1.319 bürgerlichen Meistern bereits ca. 300 Hofhandwerker gegenüber.[59] 1674 betrug das Verhältnis der bürgerlichen Meister und Gesellen zu den rund 4.000 Hofbefreiten und Störern bereits eins zu eins.[60] Dieses Verhältnis verschob sich in den folgenden Jahrzehnten weiter dramatisch zugunsten der außerzünftischen Gewerbetreibenden. Eine Zählung für das Jahr 1736 kam auf 3.345 bürgerliche Handwerker, 3.126 Dekretisten, 301 Hofbefreite, 1.116 Militärhandwerker, 40 Universitätshandwerker, 2.941 registrierte Störer und 976 Livreebedienstete – Dienstboten, die sich mit handwerklicher Tätigkeit ein Zusatzeinkommen verschafften.[61] Tatsächlich dürfte die Zahl der Dekretisten damals bereits wesentlich höher gewesen sein. Nach Angaben des Wiener Stadtrates existierten einige Jahre vor dieser Zählung, im Jahr 1728, bereits 6.628 Schutzdekretisten.[62] Das bürgerliche Gewerbe stellte dem-

nach um 1730 nur noch etwa ein Viertel aller Betriebe. Im späten 18. Jahrhundert sank sein Anteil an allen Betrieben weiter, weil nunmehr nicht nur die Zahl der Störer, sondern auch die der Manufakturen und die unbürgerlicher hausindustrieller Familienbetriebe stetig zunahm, während – wie sich anhand der Zahl der Betriebe und der Gewerbesteuereinnahmen zeigen lässt – die bürgerlichen Gewerbe stagnierten.[63]

Die formale Trennung in bürgerliche Gewerbe und außerzünftische Betriebe suggeriert allerdings eine Dichotomie zwischen »traditionaler Korporation« und »moderner Assoziation« innerhalb der urbanen Ökonomie, die so nicht bestand.[64] Trotz zahlreicher Konflikte ergänzten sich zünftisches und außerzünftisches Handwerk, überwog die Komplementarität gegenüber der Konkurrenz, eine Konkurrenz, die so von den Zeitgenossen – mit Ausnahme der Innungsmitglieder und der Obrigkeiten – ohnehin kaum wahrgenommen wurde.[65] Beim Kampf zünftischer Handwerker gegen Störer ging es primär um Wettbewerbsvorteile und nicht um die völlige Ausschaltung von Konkurrenz,[66] die angesichts der zur Verfügung stehenden Disziplinierungsmittel ohnehin nicht voll durchzusetzen gewesen wäre. Dass diese Wettbewerbsvorteile auch sehr teuer erkauft sein konnten, illustriert beispielsweise das finanzielle Desaster der Hafnerzeche im Jahr 1756. Aktiva von 60 fl in der Meisterlade standen Passiva von 500 fl gegenüber. Wie eine Kommission der Stadtverwaltung feststellte, war dieses Defizit vor allem durch Advokatenspesen und Zahlungen an den Rumor-Hauptmann, also wohl primär für Maßnahmen zur Verteidigung des Produktionsmonopols, aufgewendet worden.[67] Wie isoliert der Kampf einzelner Innungen gegen »Störer« um enge Marktsegmente zu sehen ist, belegt das weitgehende Fehlen einer innungsübergreifenden Monopolistensolidarität. So fand im Jahr 1716 ein bürgerlicher Bäckermeister nichts dabei, einen Guardiasoldaten mit Stukkateurarbeiten zu betrauen, was ihm vom bürgerlichen Stukkateur Paul Stelzer den Vorwurf eintrug, *ob ihme gefahlen thätte, wann Soldaten Kipfel oder anders Brodt bachen thätten.*[68] Die Durchlässigkeit zwischen dem zünftischen Handwerk und den übrigen Sektoren der Wirtschaft belegen zahlreiche Bestimmungen aus den Innungsordnungen. Seit dem 17. Jahrhundert erlaubten verschiedene Handwerksordnungen den Gesellen, für bestimmte Zeiten – zumeist etwa zwei Wochen – außerhalb der Innung zu arbeiten.[69] Außerzünftische Hofhandwerker besaßen in manchen Gewerben bessere Eintrittsrechte. So erhielten Hofköche, die Witwen von Stadtköchen heirateten, leichtere Aufnahmebedingungen.[70] Der Übergang zwischen zünftischem Gewerbe und Verlag erwies sich als durchaus fließend. Verleger erhielten Meister- und Bürgerrechte, Innungsmeister wurden zu Verlegern, bürgerliche Meister verlegten in Zeiten hoher Nachfrage »Störer«. Auch Patron-Klient-Verhältnisse waren häufig, da in Bezug auf Betriebsgröße und Ertrag sowohl innerhalb der Innungen als auch unter den jeweiligen Störern erhebliche Unterschiede bestanden. Im Besonderen traf das auf den Bekleidungs- und Textilsektor zu. Nicht zu vergessen ist auch, dass die Existenz eines selbstständigen Handwerksbetriebes auf gewerblicher und weiblicher Hausarbeit beruhte, die jedoch beim manchmal von den Meisterinnen betriebenen Verkauf auch die gewerbliche Sphäre berühren konnte. Der Unterschied zwischen traditionellen und hausindustriellen Formen der Produktion und

Arbeitsorganisation war daher in der Praxis manchmal nicht so groß, wie er auf den ersten Blick scheinen mochte. Zu wirklich scharfen Auseinandersetzungen zwischen Innung und »Störern« kam es lediglich dann, wenn die jeweilige Suprematie der Innung gefährdet erschien, und selbst bei diesen Konflikten einigte man sich häufig auf einen »modus vivendi«.[71]

Einen gewissen Einblick in Ertragslage und Einkommenshierarchie der bürgerlichen Gewerbe in Wien liefert die in den Steueranschlägen fixierte Steuerleistung. Geht man nach den allerdings nur für das Widmerviertel (einschließlich der vorgelagerten *Lucken* und der Vorstadt Laimgrube) vorliegenden Steueranschlägen des Jahres 1527, so waren es am Beginn der Neuzeit vor allem Hauer, mit Abstand dann auch noch traditionelle Bekleidungsgewerbe, wie Schneider, Schuster, Hutmacher, Kürschner und Färber, sowie im Handel Greißler, Ladner und Leinwandhändler, die die größten Teilsummen zu den Eingängen an Gewerbesteuer aus dem Kreis der bürgerlichen Handwerker und Gewerbeinhaber beitrugen. Da im 16. Jahrhundert die lokale Konzentration bestimmter Gewerbe auf bestimmte Stadtteile noch hoch war, sind diese Ergebnisse für lediglich ein Stadtviertel jedoch vorsichtig zu interpretieren. Unzweifelhaft war jedoch bereits zu diesem Zeitpunkt die relative Ungleichheit und die Konzentration der Gewerbesteuer auf ein kleines Segment von Vermögenden innerhalb des gewerblichen Sektors ausgeprägt. Insgesamt lagen die durchschnittlichen Steueranschläge im Widmerviertel bei nicht ganz 2 Pfund bzw. fl. Die Hälfte der Gewerbesteuer Leistenden wurden jedoch für weniger als 0,8 fl Steuer veranschlagt. Im Jahr 1618, am Vorabend des Dreißigjährigen Krieges, war der durchschnittliche Gewerbesteueranschlag im gesamten Stadtgebiet auf mehr als 6,5 fl nominell angestiegen. Die Hälfte der Steuerzahler hatte nunmehr jährlich weniger als 4 fl zu zahlen. Ungleichheit bestand nicht nur innerhalb, sondern auch zwischen den Gewerben. Der Masse der kleinen Steuerzahler, die etwa wie die 50 Eierhändler im Schnitt nur etwas mehr als 2 fl zu leisten hatten, standen Gewerbe mit deutlich überdurchschnittlicher Steuerleistung gegenüber. Zu ihnen zählten zu Beginn des 17. Jahrhunderts vor allem Handelsleute, aber auch Eisen- und Tuchhändler und Apotheker. Namhafte Gewerbesteuersummen auf Grund ihrer großen Zahl erbrachten auch Bäcker, Fleischhauer und Gastwirte, doch waren deren durchschnittliche Steuerleistungen deutlich geringer als die der Handelsleute, die im Schnitt auf über 20 fl kamen und damit den mittleren Wert um mehr als das Fünffache überschritten. Die Wirkungen des Dreißigjährigen Krieges drückten um die Mitte des 17. Jahrhunderts die durchschnittliche nominelle Gewerbesteuerleistung auf etwa 5,7 fl, was einem Rückgang von rund 15 % entspricht – angesichts der Starrheit der Steueranschläge ein nicht unbeträchtliches Minus. An der Steuerungleichheit und -konzentration hatte sich jedoch nichts Wesentliches geändert. Nunmehr erzielten Apotheker, Baumeister, Handelsleute sowie die Buch- und die Tuchhändler die höchsten durchschnittlichen Steuerleistungen. Dennoch war im Gewerbe um diese Zeit die Dominanz der Handelsleute – nicht zuletzt auf Grund der gegenreformatorisch motivierten Vertreibung protestantischer Handelsleute in den 1620er Jahren – gebrochen.[72]

Die gewerbliche Entwicklung im 18. Jahrhundert wurde in immer stärkerem Maß vom Aufschwung protoindustrieller Gewerbe geprägt, deren Steuerleistung nicht in die Gewerbesteuerbücher eingegangen ist. Innerhalb der vornehmlich für den lokalen Bedarf bedeutenden Gewerbe blieb die Steuerhierarchie jedoch im Wesentlichen erhalten. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts war es der Handelsstand mit fast 7.000 fl jährlicher Steuerleistung, der die mit Abstand höchste Steuerleistung aufwies. Im besonderen Maß vom Wachstum der Konsumptionsstadt profitiert hatten die Gastwirte und Bierleutgeben, die zusammen fast 5.000 fl Steuerleistung erbrachten. Unter den traditionellen Bekleidungsgewerben steuerten die Schneider und die Schuster in Summe weitere 5.000 fl jährlich. Das gesamte Steueraufkommen der Schuster war mit etwa 2.000 fl etwas höher als jenes der Bäcker und Zuckerbäcker. Den Aufstieg der Luxusgewerbe auch innerhalb des bürgerlichen Gewerbes beleuchtet die Steuerleistung der Gold- und Silberarbeiter, die mit 1.360 fl jener traditioneller Versorgungsgewerbe, wie der der Fleischhacker, kaum nachstand. Die mit Abstand höchsten Steuerleistungen pro Betrieb erbrachten Apotheker und Handelsleute mit 90 bzw. 70 fl. Zum Vergleich dazu steuerte ein durchschnittlicher Schusterbetrieb nur 3,6 fl.[73] In der späten mariatheresianischen Zeit fielen die durchschnittlichen nominellen Steuerleistungen nicht unerheblich. Im Jahr 1770 betrugen diese bei den Apothekern 71 fl, beim Handelsstand 31 fl, bei allen Bekleidungsgewerben jedoch nur 6 fl.[74] Beträchtliche Einkommensunterschiede müssen auch im Lebensmittelhandel und im Gastgewerbe bestanden haben. Unter den verkäuflichen Kammerhändeln waren 1786 die Betriebe der Ölhändler (Öler) durchschnittlich mit 5.832 fl bücherlich belastet. Ertragreich müssen auch Greißler-, Kaffeesieder- und Branntweiner-Gewerbeberechtigungen gewesen sein, die fast 5.000 fl Schuldenstand aufwiesen. Dagegen machten sich 333 fl durchschnittlicher Belastung der Fischkäufler-Kammerhändel geradezu lächerlich aus.[75]

Die Verteilung der Gewerbesteuerleistung um 1650 zeigt wesentlich ausgeprägter als zu den früheren Stichjahren einen so genannten rechtsschiefen Verlauf, der durch die Häufung vieler Steuerleistungen im unteren Drittel der Einkommenspyramide gekennzeichnet ist. Als besonders charakteristisch für eine solche Steuerverteilung erweist sich etwa jene der Handelsleute oder die der Schneider. Die Steuerverteilungskurven der Bäcker und Gastwirte divergierten davon recht deutlich. Bei diesen Gewerben bestand eine größere Symmetrie und geringere Konzentration der Steuerleistungen. Auch etwa hundert Jahre später hat sich an diesem gewerbespezifischen Verteilungsmuster unter den bürgerlichen Gewerben kaum etwas verändert. Wieder zeigen etwa das Gast- und Schankgewerbe und die Holz, Horn und Ton verarbeitenden Kleingewerbe eine ausgesprochen »flache« Struktur, während die Steuerkonzentration innerhalb der Handelsgewerbe sehr ausgeprägt war. Eine dritte Kategorie hinsichtlich der Gewerbesteuerverteilung bildeten kleine, sehr ertragreiche Gewerbe wie etwa die Apotheker. In diesem Gewerbe lagen die häufigsten Steuerleistungen beispielsweise im Jahr 1756 über dem Durchschnitt, es bestand also eine linksschiefe Verteilung.[76]

Über den gesamten betrachteten Zeitraum nahm das Gewicht der Spitzensteuerzahler

tendenziell ab. Wenn 1527 im Widmerviertel die obersten 10 % der steuerleistenden bürgerlichen Gewerbe rund 50 %, 1618 rund 39 % und 1756 rund 32 % der Gesamtgewerbesteuerleistung aufbrachten, dann lag das vor allem an der abnehmenden Bedeutung der Handelsleute, unter denen viele überdurchschnittliche Gewerbesteuerbeträge leisteten, und der zunehmenden Bedeutung des kleinbetrieblichen Textil- und Bekleidungssektors innerhalb der bürgerlichen Gewerbe.[77]



FIG. 16: VERTEILUNG DER HAUS- UND GEWERBESTEUER 1618

Betrachtet man das Vermögen der Wiener Gewerbetreibenden, dann erweist sich – nicht weiter überraschend – der Hausbesitz als wesentlichstes Kriterium. Über den gesamten betrachteten Zeitraum erbrachte die Besteuerung des Hausbesitzes etwa das Zweieinhalb- bis Vierfache des Ertrags der bürgerlichen Gewerbebesteuerung. Nach dem Steueranschlag des Jahres 1618 standen 27.725 fl Haussteuer 11.606 fl Gewerbesteuer gegenüber. Im Jahr 1650 betrug das Verhältnis 30.140 zu 8521 fl, hatte sich demnach eindeutig zugunsten des Hausbesitzes verschoben.[78] Dieses Verhältnis der beiden Steuerarten blieb auch in der Folge bestehen. Ein Jahrhundert später gingen in Stadt und Vorstädten insgesamt 202.775 fl an Haussteuern ein, während die bürgerliche Gewerbe- und Hantierungssteuer 47.762 fl erbrachte und einschließlich der übrigen Gewerbesteuern kaum mehr als 60.000 fl eingenommen wurden.[79] Auch wenn aus diesen Summen kein direkter Rückschluss auf den Ertrag von Häusern und Gewerbeberechtigungen

zulässig ist, lässt sich doch aus ihnen die Bedeutung des Hausbesitzes für die Vermögenslage einigermaßen ableiten, eine Bedeutung, die auch aus der Auswertung von Verlassenschaftsakten erkennbar wird. Beispielsweise erbrachte in den 1760er und frühen 1770er Jahren das im Besitz des Zuckerbäckers Johann Anton Postl befindliche Haus im Hühnergassel in der Stadt Zinserträgnisse zwischen 1.140 und 1.240 fl, wofür eine Hauszinssteuer von 162, ab 1768 von 117,9 fl zu leisten war, während die für dieses Gewerbe vergleichsweise hohe Gewerbesteuerleistung bei 17 fl jährlich lag. Ein direkter Zusammenhang zwischen gewerblichen Konjunkturen und Hausbesitz bestand jedoch nicht unbedingt. In dem im 18. Jahrhundert florierenden und vermögenden Gewerbe der Wasserbrenner (Branntweinerzeuger), das später mit jenem der Kaffeesieder vereinigt wurde,[80] gab es im dritten Viertel des 18. Jahrhunderts nach den anfallenden Verlassenschaften keinen Hausbesitz.[81]

Im bürgerlichen Handwerk und Gewerbe bildeten Hausbesitzer eine Minderheit. Von den bürgerlichen Meistern dürften mit einiger Konstanz über die gesamte betrachtete Periode etwa ein Drittel Hausbesitzer gewesen sein. Dies legen jedenfalls Auswertungen für die Stadt für das Jahr 1563 und von Wiener Verlassenschaftsakten des Jahres 1785 nahe. Der Hausbesitzeranteil unter den einzelnen Gewerben variierte dabei beträchtlich. 1563 waren bei den Textilgewerben mehr als die Hälfte der Gewerbetreibenden Hausbesitzer, in den Bekleidungsgewerben jedoch nur etwas mehr als ein Viertel.[82] Im Jahr 1650 wurden 31 von 37 Fleischhauern zur Haussteuer veranlagt, von den Gastwirten jedoch nur 44 von 120, von den Schneidern 33 von 116 und von den Kramern 11 von 49.[83] In Summe waren es die Handelsleute und jene Lebensmittelgewerbe, die radiziert, also an ein Haus gebunden waren, die überdurchschnittlich hohe Anteile an Hausbesitzern aufzuweisen hatten, während im Kleinhandel und in den Bekleidungsgewerben eher Mietverhältnisse vorherrschten. Im Zuge des Verdrängungsprozesses gewerblicher Hausbesitzer in die Vorstädte, der bereits nach 1620 einsetzte[84] und bis in das späte 18. Jahrhundert unvermindert anhielt,[85] konnte sich nur ein kleinerer Teil der bürgerlichen Meister mit Hausbesitz in der Stadt halten. Im Jahr 1779 waren von 1.294 Häusern der Stadt nur noch 585 in bürgerlichem Besitz, davon 241 im Besitz von Gewerbetreibenden. Namhaft war der Hausbesitz zu diesem Zeitpunkt nur noch unter den Handelsleuten und Wirten, die in Summe jeweils mehr als 20 Innenstadthäuser in ihrem Besitz hatten.[86] Nach einer Auszählung für das Jahr 1622 war ursprünglich in den nördlichen und westlichen Vorstädten der Anteil des bürgerlichen Wiener Hausbesitzes am höchsten. Im Oberen Werd (heute: Wien 9) betrug er zwei Drittel, während er im Unteren Werd (heute: Wien 2) nur etwa 20 % ausmachte. Unter den »Wiener« Hausbesitzern in den Vorstädten befand sich allerdings bereits ein kleinerer Teil von Hofbediensteten. Wenn von den im erwähnten Stichjahr in den Steuerbüchern erfassten 182 bürgerlichen Häusern des Unteren Werds und der Landstraße mehr als 90 %, auf der Wieden mehr als 80 % im Besitz von Gewerbetreibenden waren, dann dominierten unter ihnen Vorstadthandwerker, und nicht zuletzt Weinhauer. Im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts gab es bereits Vorstädte wie die Alsergasse, in denen kirchliche Institutionen und (Hof-)Beamte

Fig. 17: Verteilung der Haus- und Gewerbesteuer 1650



verstärkt in den Besitz bürgerlicher Häuser gekommen waren. Der gewerbliche Anteil am bürgerlichen Hausbesitz war daher bereits zu diesem Zeitpunkt mit etwas über 50 % deutlich geringer als in anderen Vorstädten.[87] An diesem regionalen Muster der Besitzverhältnisse in den Vorstädten änderte sich auch in der Folge wenig. Unter allen Häusern der Wieden waren um das Jahr 1780 – wenn man Besitzer ohne Berufs- und Standesbezeichnung ausklammert – mehr als zwei Drittel im Besitz von Handwerkern und Gewerbetreibenden, ein Sechstel im Besitz von Adeligen. In der Alser- und Währingergasse betrug der gewerbliche Hausbesitzeranteil 40 %, der der Adeligen rund 27 %.[88]

Ähnlich wie bei der Gewerbesteuer werden auch aus der Besteuerung des Hausbesitzes erhebliche Ungleichheiten erkennbar. Während im Jahr 1600 im Stubenviertel im Durchschnitt etwa 17 fl an Haussteuer veranschlagt wurden, hatte die Hälfte der Steuerzahler 4 fl und weniger zu bezahlen. 1618 betrug das Verhältnis von durchschnittlichem zu mittlerem Wert rund 19 fl zu 13 fl, 1650 21 fl zu 13 fl. Hoch waren die Erträge der Haussteuer beim Handelsstand, bei Eisenhändlern, Apothekern, Badern und Barbieren, Köchen und Kupferschmieden. Sie lagen bei diesen Gewerbegruppen im Jahr 1618 durchschnittlich über 30 fl. Ähnlich hoch fielen sie auch bei den »Aufsteigern« der Frühneuzeit – Akademikern, städtischen und landesfürstlichen Beamten – aus. Nach dem Dreißigjährigen Krieg kamen zu diesen Gruppen noch Baumeister, Buch- und Tuchhändler sowie Sattler dazu, die nunmehr durchschnittlich zum Teil mehr als 40 fl Haussteuer jährlich bezahlten. Ganz im Gegensatz zur Höhe der Steuer unterschied sich die

Steuerkonzentration von der Gewerbesteuer nur geringfügig.[89] Ertrags- und Vermögensungleichheit differierten demnach unter jenen Bevölkerungsgruppen, die in den Steuerbüchern aufscheinen, vermutlich nur wenig.

Die Versorgung einer wachsenden Grossstadt

Das demographische Wachstum der frühneuzeitlichen Residenzstadt schuf einen wachsenden Markt für Güter des täglichen Bedarfes. Die Versorgung der Stadt mit diesen Gütern erfolgte traditionellerweise einerseits durch die im 18. Jahrhundert als »Polizeygewerbe« bezeichneten Kleinhändler- und Kleinproduzenten, zum anderen durch die Urproduzenten oder aber auch Zwischenhändler, die ihre Waren auf den Wochenmärkten zum Kauf anboten. Die Bedeutung der Versorgung über Märkte – wiewohl auch noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts ein konstitutives Element des Wiener Kleinhandels – nahm in der Frühen Neuzeit nicht nur in Wien langfristig ab,[90] während das Einzelhandelsgeschäft zunehmend zur dominanten Form der lokalen Versorgung wurde. Geht man von einem Bericht des städtischen Unterkammeramtes aus dem Jahr 1803 aus, der insgesamt 303 Markthütten und 324 Marktstandeln auflistet, dann war es am Ende der betrachteten Periode vor allem der Lebensmittelkleinhandel, der in dieser Zeit noch über Märkte abgewickelt wurde.[91] In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts scheint es zu einem nicht unbeträchtlichen Bedeutungsrückgang der Märkte gekommen zu sein, denn im Jahr 1744 wurden von der Stadt insgesamt noch 1.269 Markthütten und Marktstände vergeben.[92] Ein starkes Indiz, dass der Verkauf gewerblicher Erzeugnisse im Rahmen des Marktbetriebes seit dem 15. Jahrhundert im Vergleich zu jenem in den Verkaufsläden an Gewicht verlor, ist das Verschwinden von Verkaufsstätten am wichtigsten in der Stadt gelegenen Marktplatz – dem Hohen Markt – seit dem ersten Drittel des 17. Jahrhunderts. Handwerker und Händler verkauften zunehmend auch während der Markttage in ihren Läden.[93]

Wie bereits im Rahmen der Überlegungen zur sektoralen Gliederung der frühneuzeitlichen Stadtwirtschaft angedeutet, dürften über den gesamten betrachteten Zeitraum rund 60–75 % der Wiener Erwerbstätigen im Bereich der lokalen Versorgung – Kleinhandel, Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, Gast- und Schankgewerbe, Bekleidungsgewerbe – tätig gewesen sein.[94] Unter den zünftischen Meistern hatten diese Gewerbe nach einer Zählung des Jahres 1621 einen Anteil von rund 74 %, im Jahr 1775 von etwa 62 %. Von den im Jahr 1736 erfassten Betrieben – einschließlich der Dekretisten, Hofbefreiten und Störer – lag er ebenfalls bei 62 %.[95] Zu den zahlenmäßig bedeutendsten Versorgungsgewerben zählten über den gesamten betrachteten Zeitraum Krämer, Gastwirte, Schneider und Schuster.

Das Zentrum der Getreideversorgung Wiens bildete der Neue Markt, auf dem sich ab 1453 auch die »neue Mehlgrube«, das städtische Proviant- und Kastenamt, befand.[96] Kornbauern boten ihre Ware auf der Seilerstätte und der Freyung an.[97] Gemahlen wurde

das Getreide in den zahlreichen außerhalb der Stadtmauern gelegenen Mühlen, wobei zur Wiener Müller-Zeche im Jahr 1534 nur die Mühlen an der Schwechat und am Wienfluss gehörten. Allmählich dehnte sich der Einflussbereich der Zeche auf einen Umkreis von drei Meilen von der Stadt aus.[98] Als wichtigstes Grundnahrungsmittel wurde Brot in Stadt und Vorstädten mehr oder minder flächendeckend in Bäckerläden oder auf Verkaufstischen angeboten, wobei erstere allerdings in der Stadt zunehmend aus den Hauptgeschäftsstraßen in Seitengassen verdrängt wurden. Noch 1563 häuften sich die Bäcker in räumlicher Nähe zur städtischen Mehlgrube am Neuen Markt zwischen Kärntner Straße und Rauhensteingasse, rund um den Judenplatz und bei den Stadttoren.[99] Brot- und Mehlverkaufstische befanden sich auch am Hohen Markt.[100] Im Jahr 1803 ist bei den Marktstandeln und Markthütten der Bäcker innerhalb der Stadt keine lokale Konzentration mehr feststellbar.[101] Vor allem nach 1683 verlagerten sich die Betriebsstätten der Bäcker zunehmend in die Vorstädte. Von den im Bäckerzechbuch verzeichneten Meistern der Jahre 1560–1599 hatten noch rund 85 % die Betriebsstätte in der Stadt, in den Jahren 1690–1730 weniger als 40 %.[102] Die Verlagerung der Betriebsstätten der Bäcker in die Vorstadtzone förderte den mobilen Brotverkauf, der üblicherweise auf Brottischen und Brotbänken ursprünglich auch von Meisterinnen abgewickelt wurde. Allmählich entwickelte sich jedoch ein spezialisiertes Kleinhandelsgewerbe, die so genannten Brotsitzer, das vornehmlich von Frauen ausgeübt wurde.[103] Der Kleinverkauf erfolgte jedoch auch – wie bereits erwähnt – über eigene Läden und Hütten.[104] Der wachsende großstädtische Markt sorgte für eine deutliche Zunahme der Betriebe vor allem im 18. Jahrhundert. Um 1620 existierten 46 bürgerliche Bäcker in der Stadt, 1736 gab es hingegen insgesamt bereits 100, davon 64 bürgerliche, 1783 121 und 1794 150 Bäcker in und vor der Stadt.[105] Die quantitative Zunahme des Brotkonsums machte es jedoch auch notwendig, Bäcker mit Backstuben außerhalb der Linien in die Versorgung der Stadt und der Vorstädte miteinzubeziehen. Obwohl die Bäckerinnung dagegen protestierte, scheint sie damit nicht viel Erfolg gehabt zu haben.[106] An der Brotversorgung waren im Übrigen auch die Müller beteiligt. Das ihnen zustehende »Müllermassel« (1/16 Metzen) durfte verbacken und verkauft werden.[107] Zumindest nach Angaben der Bäcker legten die Müller diese Bestimmung extensiv aus und verkauften Mehl und Gebäck wagenweise.[108]

Das Angebot der Bäcker beschränkte sich zunächst auf Brot, Semmeln, Wecken und einige Sorten Luxusgebäck (Flecken, Beugel, Brezen). Die Produktpalette wurde durch Kipfel, Vorformen des Briochegebäcks und des mürben Gebäcks sowie so genannte Passauer Wecken allmählich ergänzt.[109] Dem Konkurrenzverhältnis von auswärtigen und Wiener Bäckern verdankten die Wiener die Einführung des feinen Weißgebäcks in Wien. Im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts belieferten Mödlinger, aber auch Atzgersdorfer und Perchtoldsdorfer Bäcker den Wiener Markt heimlich mit Semmeln, Weckerln und Kipfeln aus bestem Mehl. Der Protest der Bäckerzeche blieb nicht aus, doch war die Obrigkeit nur dann bereit, an der Seite der Wiener Bäcker in die Auseinandersetzung einzugreifen, wenn diese das umstrittene Weißgebäck selbst in ihr Angebot aufnehmen wollten. Dazu wurden per Los zwei Meister bestimmt, die in der Folge

die »Mödlinger Bacht« innehatten. Eine Ausdehnung dieser Befugnis auf die gesamte Innung scheiterte im Jahr 1693 am Widerstand einer Mehrheit der Meister. Die Innung reagierte also auf Produktinnovationen zunächst mit Abwehr und dann mit dem Versuch der Monopolisierung,[110] ähnlich auch beim übrigen Spezialgebäck, dessen Herstellung nur einer bestimmten Anzahl von Bäckern, die durch Los ermittelt wurden, erlaubt war.[111] In der Praxis jedoch scheint der »Produkt- und Gebietsschutz« keineswegs immer eingehalten worden zu sein. Wie anders wäre es zu erklären, dass Leopold I. im Jahr 1698 die Landbäcker im Umkreis von zwei Meilen um Wien auffordern musste, mehr Brot zu backen, um den Bauern den Einkauf bei den Wiener Bäckern zu ersparen.[112] Erst in mariatheresianischer Zeit kam es zu einer gewissen Produktliberalisierung bei den Bäckern. Im Jahr 1770 wurde das Backen von Roggenbrot und Rundsemmeln den Schwarz- und Weißbäckern erlaubt.[113]

Das bürgerliche Bäckergewerbe galt nicht zu Unrecht als ein eher wohlhabendes, das hinsichtlich der durchschnittlichen Gewerbesteuerleistung schon im 16. und 17. Jahrhundert etwa Gastwirte und Fleischhauer hinter sich ließ und auch im 18. Jahrhundert als besonders ertragreich gelten konnte. Die Konzentration der Erträge innerhalb des Gewerbes war offensichtlich gering. Dazu passt eine linksschiefe oder zumindest nur leicht rechtsschiefe Verteilung der Steuerleistungen auch noch im 18. Jahrhundert.[114] Angesichts der Tatsache, dass um das Jahr 1736 noch etwa zwei Drittel aller Bäcker bürgerlich waren,[115] ist von einer hohen Repräsentativität dieser Aussagen für das gesamte Gewerbe auszugehen. Geht man nach den durchschnittlichen Haussteueranschlägen der Jahre 1618 und 1650, dann besaßen Bäcker nicht unbedingt Häuser mit besonders hohem Ertrag, und sie waren auch nicht im wesentlich höheren Maß als andere Gewerbeinhaber Hausbesitzer.[116] In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts trat unter den Bäckern ein gewisser Dekonzentrationsprozess der Einkommen und Vermögen ein, der sich auch im Rückgang des bürgerlichen Hausbesitzes manifestiert.[117]

Mit der allmählichen, vom Luxuskonsum des Hofes inspirierten Verbreitung von Genussmitteln etablierten sich zahlreiche Gewerbe, die mit der Verarbeitung und mit dem Verkauf von Zucker, Kaffee, Tabak und ähnlichen Produkten zu tun hatten. Im Jahr 1519 findet sich erstmals ein Zuckermacher in einer Wiener Urkunde. Mitte des 16. Jahrhunderts werden die ersten Wiener Zuckerbäcker erwähnt, die zunächst primär für den Bedarf des Hofes Süßigkeiten produzierten und anboten. Gegen den hinhaltenden Widerstand der Bäcker gelang es den Zuckerbäckern jedoch erst 1744, sich als bürgerliche Zuckerbäcker zünftisch zu organisieren.[118] Das Gewerbe entwickelte sich in der Folge stabil, wenn auch nicht ganz so ertragreich wie jenes der Bäcker. Die Vermögenslage verstorbener Zuckerbäcker aus dem mariatheresianischen Wien lässt jedoch eine beträchtliche Vermögensakkumulation erkennen.[119] Wie sich anhand des Zuckerverbrauchs erkennen lässt, fanden im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts Süßspeisen und gesüßte Getränke immer größere Verbreitung. Während um 1770 im Durchschnitt pro Jahr 2 kg Zucker pro Kopf konsumiert wurden, waren es 1783 etwa 4,5–5 kg. Im josephinischen Wien nahm der Zuckerverbrauch weiter rasant zu.[120] Mit dem Zucker verbreitete sich

auch der Konsum von Kaffee, Tee und Speiseeis, Produkten, die vor allem in Kaffeehäusern angeboten wurden.[121] Die ersten Wiener Kaffeesieder waren armenischer Herkunft. Im Jahr 1685 wurde einem Johannes Diodato die Erlaubnis, *Caffé, The und Scherbet*[122] *zu praeparieren*, gewährt. Schon 1697 erhielten drei bürgerliche Kaffeesieder ein Privileg auf den Kaffeeausschank.[123] Im 18. Jahrhundert nahm die Zahl der Kaffeesieder rasch zu. 1736 gab es 37, 1790 bereits 70. Den größten Zuwachs erlebten sie im josephinischen Wien. Für den Bedeutungsgewinn dieses Gewerbes sprechen die beträchtlichen Verkaufssummen, die für Kaffeesiederkammerhändel schon um 1770 erzielt wurden. Ein gut gehendes Stadtkaffeehaus wurde in Summe mit 15.000–20.000 fl abgelöst. Auch die Steuerleistungen in diesem Gewerbe gingen im mariatheresianischen und josephinischen Wien nominell eher nach oben.[124]

Im Gegensatz zu den traditionellen Lebensmittelgewerben, die immer mehr in die Vorstädte abwanderten, konzentrierten sich die neuen (Luxus-)Gewerbe – Zuckerbäcker, Schokolademacher, Kaffeesieder – auf die Stadt. Die Gast- und Einkehrhäuser, die Verkehrsgewerbe und einige alteingesessene bürgerliche Gewerbe, wie die der Kürschner, Lederer und Handschuhmacher, waren hingegen auf die alten Straßenvorstädte konzentriert. Im Jahr 1789 bestanden nicht weniger als 41 Gasthöfe in der Leopoldstadt, 31 auf der Landstraße und unter den Weißgerbern und 36 auf der Wieden. In dieser räumlichen Konzentration kommt auch die in der Frühneuzeit hohe Bedeutung der Nord-Süd-Achse für die Entwicklung der Verkehrsströme im Wiener Raum zum Ausdruck.[125]

Neben der Brotversorgung war jene mit Fleisch von zentraler Bedeutung für die Versorgungslage der Stadt. Auf Grund des gestiegenen Bedarfs und der zunehmenden Verbauungsdichte in der Stadt wurde der Ochsenhandel im Lauf des 16. Jahrhunderts vor die Stadtmauern verlagert. Der jeden Freitag stattfindende Ochsenmarkt befand sich im 17. Jahrhundert am linken Ufer der Wien. Anfang des 18. Jahrhunderts wurde er an das rechte Ufer nächst der Stubenbrücke verlegt.[126] Der Schweinemarkt wurde am Lobkowitzplatz abgehalten. Auf den Fleischbänken am Lichtensteg und im Tiefen Graben erfolgte der Detailverkauf.[127] Am Bauernmarkt wurde junges Vieh und Fleisch zweimal wöchentlich von bäuerlichen Urproduzenten angeboten.[128] Während um die Mitte des 16. Jahrhunderts die Betriebsstätten der Fleischhauer in funktioneller Nähe zu den Lederern sich noch häufig in der Stadt befanden, wurden sie in der Folge zusehends in die Vorstadtzone, vor allem auf die Landstraße, verdrängt, mit ihnen die Weißgerber und Lederer.[129] Die Fleischhauer bildeten eine besonders abgeschlossene Innung, die sich ausschließlich aus Meistersöhnen und aus in das Gewerbe Eingeheirateten rekrutierte.[130] Die Erblichkeit des Fleischhauerhandwerks wurde selbst 1741 noch von Maria Theresia bestätigt.[131] Den Gassenverkauf gebratenen Fleisches übernahmen in der Frühen Neuzeit zunehmend die so genannten Bratlbrater – die »Würstelstände und Imbissstuben« des frühneuzeitlichen Wien –, die eine ähnliche Funktion innerhalb des Lebensmittelkleinhandels ausübten wie die Brotsitzer im Rahmen des Broteinzelhandels.

Die Monopolisierung des Fleischeinzelhandels durch die Stadtfleischhacker war angesichts des wachsenden städtischen Marktes auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Schon

um die Mitte des 17. Jahrhunderts wurde der Geltungsbereich des Monopols auf die Vorstädte Wieden, Laimgrube, Windmühle, St. Ulrich, Neubau und Neustift ausgeweitet. Im Gegenzug erhielt im Jahr 1689 die Mödlinger Zeche der Landfleischhauer im Viertel unter dem Wienerwald die Erlaubnis, auch die Stadt zu beliefern. 1748 lösten sich schließlich die Vorstadtfleischhacker von der Mödlinger Zeche, und mit den Fleischselchern spaltete sich ab 1733 eine eigene Innung von den Stadtfleischhauern ab.[132] Angesichts des rasch wachsenden Marktes bot die Fleischversorgung auch außerzünftischen Fleischhauern gute Absatzmöglichkeiten. Im größeren Maßstab wurde das Fleischhauergewerbe von den Stadtguardisten betrieben. Um 1700 gingen 60–70 Guardisten diesem Gewerbe nach. Als temporäre »Störer« des Fleischhauergewerbes sind auch jüdische Fleischhauer zu bezeichnen, die selbstgeschächtetes Kalbfleisch verkauften.[133]

Mit dem Vordringen der Gegenreformation und der damit verbundenen strengeren Einhaltung der fleischlosen Fastentage stieg der Fischkonsum in der Stadt deutlich an, wenn er sich auch mit dem Rindfleischverbrauch in keiner Weise messen konnte. Im josephinischen Wien dürften pro Kopf und Jahr etwa 2,2 kg Fisch konsumiert worden sein.[134] Sein örtliches Zentrum hatte der Fischhandel traditionell entlang der Fischerstiege und Fischergasse.[135] Marktmäßig wurden Fische am Hohen Markt gehandelt.[136] 1753 wurde der Fischmarkt auf das Schanzel vor dem Roten Turm verlegt.[137] Um den Fischkonsum zu fördern, waren die Fischkäufler, die 1716 privilegiert wurden, von den Mautgebühren an den Linien befreit.[138]

Neben Brot, Fleisch und Fisch wurden natürlich zahlreiche andere Nahrungsmittel im Einzelhandel und auf den Wochenmärkten von den Urproduzenten und privilegierten oder nicht privilegierten Kleinhändlern angeboten. Auf den Wochenmärkten waren es neben den bereits genannten Waren junges Vieh, Viktualien, Kraut, Salat, Rettich, Kren, Obst, Hühner und anderes Geflügel, Wildbret, Heringe, Käse und Schmalz. Diese Waren nennt die Marktordnung von 1569 als marktmäßig. Die Marktordnung von 1791 unterscheidet zwischen diesen Waren und so genannten marktläufigen Waren, die zum Markt gebracht wurden, aber auf eigene Plätze verwiesen waren und nicht notwendigerweise mit dem Marktverkauf verbunden waren. Sie nennt darunter Mehl, Hülsenfrüchte und Fleisch.[139] Spezialisierter Lebensmittelhandel mit Zucker, Kaffee, Reis, Mandeln und anderen »Spezereien« wurde jedoch nahezu ausschließlich über den Einzelhandel in der Stadt betrieben. Im Jahr 1789 gab es allein in der Altstadt 44 solcher »Spezereihändler«. Bedingt durch den steigenden Luxuskonsum der Oberschicht, aber auch durch die Imitation dieses Lebensstils durch andere Schichten der städtischen Gesellschaft kam es gerade in den Lebensmittelgewerben in der Frühen Neuzeit zu einer breiten Auffächerung. Während im Jahr 1563 15 Lebensmittelgewerbe existierten, waren es in den Jahren 1736/42 bereits mehr als doppelt so viele, nämlich 34. Davon waren 1563 drei, 1736/42 13 Handelsgewerbe.[140] Organisiert waren die wichtigsten Lebensmittelhändler zunächst in einer 1436 gegründeten Zeche. Zu dieser Bruderschaft zählten Wildbreter, Gänsler, Hühnereirer, Kässtecher, Schmälzer, Öler, Greißler und Heringer. In der Folge erhielten jedoch die meisten dieser Gewerbe eigene Ordnungen.[141] Eine spezifische Form des

Kleinhandels bildeten auch Gewerbe, die den Vertrieb von Gewerbeprodukten übernahmen, deren Produktionsstandorte ursprünglich auf bestimmte Gassen in der Stadt konzentriert waren und die in der Frühen Neuzeit zunehmend in die Vorstädte abwanderten. Dazu zählten etwa die Bratlbrater. Bestand für Letztere eine eigene Innungsordnung, so beschränkte sich die obrigkeitliche Kontrolle beim Lebensmittelzwischenhandel – wenn überhaupt ausgeübt – auf die Vergabe von Verkaufsbefugnissen (im spätmariatheresianischen Wien als »Bolleten« bezeichnet) gegen Bezahlung einer geringen Gebühr. Völlig unorganisierten Straßenhandel betrieben hingegen etwa Fratschlerinnen, Safran- und Zwetschkenhändler, Dürrkräutler und Milchverkäuferinnen *(Abb. 26)*.[142] Wenn sie von den Behörden auch ungern gesehen waren, bildeten sie *zu allen Zeiten* ... und *zur Erleichterung des Verkehrs* ein unverzichtbares Element des Kleinhandels, wie ein Vortrag der Hofkanzlei an Maria Theresia im Jahr 1778 betonte.[143] Insofern bestand kein Interesse, den Straßenhandel, in welcher Form auch immer, wirklich zu unterbinden. Nicht zu vergessen ist auch das erhebliche Beschäftigungspotential des Straßenhandels. Im dritten Viertel des 18. Jahrhunderts scheint es in Wien ca. 1.500 Lebensmittelzwischenhändler gegeben zu haben, die – je nach Zeit und Legalität – als *Ablöser*, *Fratschler*, *Bolletenweiber* oder *Hökerinnen* bezeichnet wurden. Etwa zwei Drittel von ihnen besaßen Verkaufsbefugnisse.[144] Diese Form des Kleinhandels war immerhin so populär, dass ein Bericht des Bürgermeisters und des Rats im Jahr 1781 feststellte, junge Leute würden lieber *fratscheln* als in den Fabriken spinnen.[145]



Abb. 26: Milchweib. Stich von Feigel

Geht man nach der durchschnittlichen Steuerleistung, dann zählten viele dieser Kleinhandelsgewerbe – nicht weiter überraschend – zu den wenig ertragreichen Beschäftigungen. Im Jahr 1650 beispielsweise lag der Durchschnitt der Gewerbesteueranschläge der Kässtecher bei 4 fl, der der *Ayrer* (Eierhändler) bei 1 fl und der Fischkäufler bei 3,5 fl, während er bei den Fleischhauern fast 13 fl betrug. Ähnlich niedrige durchschnittliche Steuersätze lassen sich für die gesamte Frühe Neuzeit belegen. Auch die Anschläge der Haussteuer weisen auf geringes Vermögen in diesen Gewerben hin.[146] Viele wurden als erbliche und verkäufliche »Kammerhändel« behandelt. Schließt man von der bücherli-

chen Belastung dieser Gewerbe im Jahr 1786 auf ihre Ertragslage, dann befanden sich Essig-, Gurken- und Fischhändler sowie Bratelbrater am unteren Ende der Einkommens- und Vermögenshierarchie.[147]

Unter jenen Kleinhandelsgewerben, die an fixe Verkaufsstände gebunden waren, wanderten in der Frühen Neuzeit viele in die Vorstädte ab, während die Greißler, Wildbrethändler und Obsthändler stadtzentriert blieben. Sie bildeten damit unter den Einzelhändlern im Stadtzentrum nur mehr eine Minderheit. Im josephinischen Wien war die Stadt bereits vom Textilhandel dominiert. 217 Gewölben von Textilkleinhändlern standen 88 von Lebensmittelhändlern gegenüber.[148]

Der Tisch der Wiener – Ein kulturgeschichtlicher Exkurs

Der Tisch der Wiener scheint in der Frühen Neuzeit reichlich gedeckt gewesen zu sein – sieht man von den Notzeiten bei Krieg und Belagerung ab. Die Reiseberichte und Stadtbeschreibungen entwerfen jedenfalls das Bild des Wieners als eines Menschen, der den sinnlichen Genüssen nicht abgeneigt ist. Enea Silvio Piccolomini, später Papst Pius II., schreibt in seinem Bericht über die Stadt Wien, dass das Volk ganz dem Leibe geneigt und ergeben sei; Abraham a Sancta Clara schimpft die Wiener »abgöttische Bauchdiener«. Jacob Paul Marperger[149] bestätigt in seinem Küch- und Keller-Dictionarium von 1716 das zu dieser Zeit wohl umlaufende Sprichwort, dass die habsburgischen Erblande zum Essen und Trinken eigentlich gemacht seien und alles nicht nur reichlich, sondern im Überfluss vorhanden sei. Johann Basilius Küchelbecker bringt es in seiner »Nachricht vom Kaiserlichen Hof« und der Residenzstadt Wien von 1730 auf den Punkt:

> *Am meisten wird zu Wien in Essen und Trincken, oder besser zu reden, in Fressen und Sauffen excediret, welches so wohl von Hohen und niedrigen, als auch von Geistlichen und Weltlichen geschicht, und weiß man den grösten Theil des Tages nicht besser und vergnügter, als bey Tische und bey dem Glaß Wein zuzubringen. Hierzu nun hat das gemeine Volck nicht nur in der Stadt, sondern auch ausserhalb derselben in denen Vorstädten und auf dem Lande tausend Gelegenheiten, und in ihren Häusern muß an Essen und Trincken ebenfalls nichts abgehen.*[150]

Dieses Zitat findet sich auch in der Reisebeschreibung von Friedrich Nicolai von 1781, er ist nur zu gern bereit, diese Beobachtung zu bestätigen:

> *Das Schmausen und Wohlleben in Wien ist weltbekannt, und fällt einem Fremden nur allzusehr, auch beym ersten Anblicke auf; obgleich die mehrsten Leute daselbst, welche des beständigen Schwelgens so gewohnt sind, nicht meynen, daß hierin zu viel geschehe.*[151]

Im Städtevergleich Berlin, London und Wien äßen die Wiener ein Viertel mehr Rindfleisch, dabei sei der Verbrauch des reichlich vorhandenen Wildbrets, Federviehs und der

anderen Leckerbissen noch gar nicht gerechnet. Nicht nur die Tafeln reicher und wohlhabender Bürger, sondern auch die der mittleren und niederen Stände seien so reich gedeckt, dass man von der Schleckerei und Gefräßigkeit der Wiener keine Vorstellung habe, wenn man es nicht mit eigenen Augen gesehen habe.

Bekannte Wiener Figuren sind die »Häferlgucker«, die Leopold I. losschickte, um zumindest dem Treiben der niederen Stände Einhalt zu gebieten. Stellte es doch die gottgewollte Ordnung in Frage, wenn jeder Handwerker so tafelte, wie es nur den höheren Ständen zukam. Im Luxuspatent von 1671 wurde die Gesellschaft in fünf Rangstufen gegliedert, denen entsprechend ihrem dort definierten Status ein gewisser Aufwand an Kleidung, Schmuck, Perücken und Dienstboten zugestanden wurde. Darüber hinaus wurde darin auch reglementiert, wie jeweils standesgemäße Hochzeiten, Begräbnisse und andere Feierlichkeiten begangen werden durften.[152]

Eine weitere Einschränkung ihrer leiblichen Genüsse wurde den Wienern durch die Fastengebote zugemutet. Besonders streng achtete Maria Theresia auf die Einhaltung der Fastenzeiten, mit einer Resolution aus dem Jahr 1753 wurde das Fleischessen in der Fastenzeit und an Fasttagen verboten.[153] Im Mittelalter waren es immerhin 148 Tage im Jahr, die als Fasttage galten; dazu zählten allerdings auch die Freitage und Samstage jeder Woche. Wer jedoch die entsprechende gesellschaftliche Stellung hatte, konnte auch mit einem Dispens die Fastengebote umgehen. Der theologische Sinn des Fastens scheint in der Wiener Bevölkerung nicht wirklich Beachtung gefunden zu haben, die Einhaltung der Fastengebote war eher eine Frage der Befolgung obrigkeitlicher Anordnungen.[154]

Not machte erfinderisch: Das Gebot zur Einhaltung des Fastens hatte die Entwicklung einer großen Vielfalt von Speisen und ihrer Zubereitung zur Folge. Fisch wurde gebraten, gekocht oder gebacken, und es entstand ein großer Variantenreichtum bei den Fischsoßen. Als Fastenkost kamen außer Fisch Krebse, Krabben, Austern, Miesmuscheln, Seesterne, Schnecken, Frösche in Frage. Außerdem konnte auch Fleisch von Tieren verzehrt werden, die im Wasser leben, wie zum Beispiel Biber und Otter. Ignaz Gartlers »Wienerisches bewährtes Kochbuch« von 1787[155] handelt beispielsweise den gebratenen Biber[156] beim Fischwerk ab. Dort findet man auch den *Türkischen gesultzen Bund am Fasttage*[157] (verschiedene Fische, blau abgesotten, Krebseier und Krebse, Pistazien, Mandeln, Limonenschalen, Ingwer, Pfeffer, Nelken, Lorbeer, Rosmarin, Kudelkraut, Essig, Wein, Safran, am nächsten Tag kann mit lauem Wasser die Sulz aus der Form gelöst werden). Wer in der Fastenzeit auf Bratwürstchen nicht verzichten wollte, konnte diese auch aus Fisch[158] herstellen. Als Fastenspeisen sind bei ihm auch eine Reihe von Suppen zu finden: Artischockensuppen, Chokoladesuppen (aus Einbrenn, Milch, Zimt, Schokolade, Butter), falsche Rindsuppe (aus Fischköpfen), Froschsuppe, Krebssuppe (aus 30 Krebsen), Schneckensuppe, Schildkrötensuppe (aus 4 oder 5 Schildkröten). Weiters nennt er Fleckelspeis, Krebsbecherl, Wespennest, »Mageronipasteten«, Schildkrötenpasteten. Bei den »Grünen Speisen,« die wohl eher als Beilage zu denken sind, bringt er unter anderem gefüllte Artischocken, Erbsen auf Englisch, Kohl, Kraut, Spinat. »Schunkenfleckerl«, Speckknödel und Linzer Torte sind auch schon bei ihm zu finden, zählen aber

nicht mehr wirklich zu den Fastenspeisen. Gartler gibt auch Speisepläne für die Fastenzeit und die übrige Zeit der »Fleischspeisen« an. Die spartanischste Variante sah etwa folgendermaßen aus:

Speißzettel für die Fasttäge.
Lange Tafeln zu Mittag.
Nro. 1.
1 Chokoladesuppen.
2 Gesetzte Eyer mit Nagerlschwammerl.
3 Griesschmarren.
4 Spenat mit gebackenen Fröschen.
5 Dick gebraten mit Sallat.[159]

Auch in der Fastenzeit konnten die Tafeln üppiger gedeckt sein, Gartler gibt auch Empfehlungen für Tafeln in drei Gängen, mit oder ohne »Aßietten«, also Tellern oder Platten, mit Speisen wie weichgekochten Eiern, die unabhängig von den eigentlichen Gängen »eingeschoben« werden konnten.

An »Fleischtägen« bogen sich mitunter die Tafeln:

Nro. 22
Erster Gang.
In der Mitte der Tafel eine Beschautorten mit Figuren.
1 Fleischknödeln in einer weißen Suppen.
2 Saftsuppen mit Reisnudeln.
3 Ein heißgesottenes Rindfleisch.
4 Einen schöpsenen Schlegel in einer Paradeisäpfelsoß.
Hierzu 7 Aßietten.
5 Rothe Ruben.
6 Umurken [Gurken].
7 Oberskren.
8 Sardellensoß.
9 Einen gesottenen Kapauner.
10 Eine Böckelzung.
11 Hascheepastetteln.

Zweyter Gang.
1 Sauerkraut mit Fasan.
2 Köhl mit Kästen.
3 Eine gefüllte kälberne Brust in einer weißen Schampionsoß.
4 Wildschnepfen in einem Bonat.
Hierzu 7 Aßietten.

5 Eine mit Bratwürst.
6 Lämmerne Karmenadeln [Kotelette].
7 Marchwandel [eine Mehlspeise mit Knochenmark].
8 Kälberne Vögel.
9 Pfenigsemmeln mit Brrüß [Bries] in einer braunen Soß.
10 Hühnerkamp.
11 Ein faschirtes Polackel in einer Wurzelsoß.

Dritter Gang.
1 Einen kälbernen Schlegel.
2 Zwey Kapauner.
3 Sechs Rebhühner,
4 Einen Rehrucken,
Hierzu 7 Aßietten.
5 Lerchsallat mit Bricken,
6 Krausten Sallat mit Zucker.
7 Gesulzte Aepfel.
8 Kandirte Birn.
9 Austern.
10 Gebratene Lerchen.
11 Gebratene Gansleber.
Sulzen, Konfekt und Obst nach Belieben.[160]

Der oben schon erwähnte Paul Jacob Marperger hatte – zu Anfang des 18. Jahrhunderts – eine hohe Meinung von der Wiener Kochkunst:

Ich werde auch nicht irren / wann ich sage / daß vielleicht in Oesterreich die besten Köche und Köchinnen der Welt anzutreffen / und zwar aus Ursache des Kayserlichen Hoffs / und der an solchen sich aufhaltenden vielen ausländischen Fürsten und Ambassadeurs, die ihre eigene Köche mehrentheils bey sich führen / welche / weil ihre Herren grossen Staat führen / und stattliche Tractirungen ausrichten müssen / unter einander certiren / wer die beste Speisen zur Tafel bringen möge; Einer siehet / lernet und erfähret es von andern / der Teutsche von Italiänern / dieser von Frantzosen / der Frantzose von Englischen / und so nimmt hernach das Bürgerliche Frauenzimmer auch davon an / was ihnen eine delicate Küche zu machen nützlich seyn kann.[161]

Andererseits hebt er hervor, dass in Wien die Lebensmittel nicht nur im Überfluss vorhanden seien, sondern dass den Köchen auch eine große Vielfalt zur Verfügung stände. Auch Lady Mary Montagu berichtet in ihren Briefen aus Wien um 1716 davon:

Alle Sorten von Lebensmitteln sind hier in einer Menge und Vorzüglichkeit, wie ich sie an keinem anderen Platze je sah. Es kostet hier nur wenig, eine köstliche Tafel zu führen. Die Märkte zu besuchen mit

ihrem Ueberfluß an Geflügel und Wildpret, die uns als Seltenheiten gelten, die täglich aus Ungarn und Böhmen hierher gebracht werden, ist wahrlich ein Vergnügen. Es mangelt nichts als Schellfische. In Austern ist man vernarrt. Man läßt sie aus Venedig kommen und schluckt sie, auch wenn sie stinken.[162]

Auf den Märkten[163] der Residenz- und Hauptstadt Wien war ein großes Sortiment an Waren aus Österreich und anderen Ländern zu finden. Getreide, Salz kamen aus Oberösterreich, Fisch aus der Donau und aus den südböhmischen Karpfenteichen, aber auch Seefische und Austern aus Italien waren auf dem Markt zu finden. Fleisch von Ochsen und Schafen, Wildbret und Geflügel brachte man aus Ungarn nach Wien, ebenfalls Wildbret und Geflügel lieferte die Steiermark, Früchte Italien, Wein wurde im Umland von Wien erzeugt, aber auch aus der Steiermark, Ungarn, Italien, Spanien und Deutschland (Rheinwein) eingeführt. Die Vormachtstellung des Weines bei den Getränken, die er seit dem Mittelalter bei allen Bevölkerungsschichten inne hatte, machte ihm im Laufe des 18. Jahrhunderts das Bier streitig. Spezialitäten wurden aus ganz Europa herangeschafft: Käse aus Holland und Italien, Mortadella aus Cremona, Konfekt aus Venedig, Schinken aus Westfalen, Gewürze aus Indien.

Ignaz Gartler gibt in seinem Wiener Kochbuch von 1787 eine Übersicht und Empfehlungen zum Warenangebot für jeden Monat des Jahres. In den Wintermonaten standen natürlich nur Dörrobst und lagerbares Gemüse wie Kohl, Kohlrabi, rote Rüben, Sellerie, Rettich und Erdäpfel zur Verfügung. Die Erdäpfel oder Kartoffeln waren zwar schon seit dem Ende des 16. Jahrhunderts in Wien bekannt, konnten sich aber als Grundnahrungsmittel erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts durchsetzen. An frischem Grün war im Winter Brunnenkresse und Winterrapunzel zu haben. Dafür gab es eine breite Palette an Fleisch: Rindfleisch, Schöpsenfleisch (Schaffleisch), Schweinefleisch, Wildbret, Hasen und Geflügel. Neben Seefischen wie Hering oder Bücklingen bot der Markt die Süßwasserfische Karpfen, Schleien, Aale und Lachse. Auch Fischotter wurden angeboten.

Schon ab März lieferten die Gärten alle Arten von Salat und verschiedene Kräuter. Der April war die Zeit für das Fleisch von jungen Schweinen, Hasen, Geflügel und Lamm. Während Wildbret nun seltener wurde, empfahl Gartler Aal, Weißfisch und Stör. Reichhaltiger war das Angebot an frischem Gemüse und Salat: frischer Blattsalat, Rettich und Gurken, aber auch Aniswurzeln und Artischocken, die ab dem Anfang des 18. Jahrhunderts auf den Wiener Märkten auftauchten und sich rasch großer Beliebtheit erfreuten.

Im Sommer war der Markt natürlich voll von allen Sorten Obst aus Österreich, aber auch aus anderen Ländern, neben Erdbeeren, Kirschen, Marillen, Birnen, Weichseln, Weintrauben, Äpfeln auch Limonen, Zitronen, Melonen und Pfirsiche. Im Juli war mehr Fisch als Fleisch im Angebot, der August war die Zeit für die Spanferkel und Kalbfleisch.

Im September war wieder reichlich Wildbret verfügbar, auch Schnepfen, Drosseln, Krammetsvögel, Haselhühner und Lerchen. Fische gab es reichlich. Im November überwogen das geräucherte Fleisch und Würste, Frischfleisch wurde seltener und war nicht mehr besonders gut.

Der Lebensmittelhandel Wiens fand hauptsächlich auf den Märkten statt; das Marktwesen war eine der Hauptaufgaben der mittelalterlichen Stadtverwaltung. Die ältesten Hinweise auf Marktordnungen in Wien stammen aus der Mitte des 13. Jahrhunderts; seit dieser Zeit florierte das Marktwesen in Wien. Die Märkte wurden auf verschiedenen Plätzen der Stadt abgehalten; teilweise finden sich die Bezeichnungen der alten Märkte noch in den heutigen Namen von Straßen und Plätzen der Innenstadt. Am Dienstag und Samstag fanden Wochenmärkte statt, gegen Ende des 16. Jahrhunderts kam noch der Freitag hinzu. Nach der Überprüfung durch die Aufseher des Marktamtes konnten die Bauern der Umgebung ihre Waren auf den ihnen zugewiesenen Plätzen zum Verkauf anbieten. Der Marktbeginn wurde auf jedem Platz durch das Hissen einer Fahne angezeigt. Dann hatten zuerst die Bürger, dann die Geistlichen, gefolgt vom Hofgesinde, Gelegenheit zum Einkauf. Danach wurde die Fahne eingezogen und die Waren zum allgemeinen Verkauf auch an Händler, Wiederverkäufer und Wirte freigegeben.



Abb. 27: Schneckenweib. Stich von Conti

Das Zentrum des Marktgeschehens lag seit dem Ende des 13. Jahrhundert auf dem Hohen Markt, dort wurden schon früh Donaufische, Karpfen und Krebse verkauft. Die Landfleischhauer hatten dort ihre Fleischbänke, neben Geflügel, Fett und Butter wurden hier Brot und Obst verkauft; auch Schuster und Gewandkramer hatten auf diesem Platz ihre Stände, ab 1354 wurden hier dann auch venezianische Glaswaren angeboten. Gewandkramer und Tuchschneider fand man seit dem Ende des 13. Jahrhunderts unter den Lauben, den heutigen Tuchlauben. Auf dem Platz Am Hof gab es Fische und Krebse, außerdem Bäcker.

Der Petersfreithof (Friedhof um die Peterskirche) war an der Westseite Milchmarkt, heute befindet sich dort die Milchgasse, auf der Ostseite war der Eiermarkt. Am Petersfreithof gab es auch Käse, später kamen noch Geflügel, Salzfleisch, Obst, Gemüse und Schnecken *(Abb. 27)* hinzu. Zwischen Petersfreithof und Hohem Markt entstand ab Mitte des 15. Jahrhunderts ein Bauernmarkt. Im 18. Jahrhundert wurde durch den Neubau der Peterskirche der Petersfreithof auf den wesentlich kleineren Petersplatz reduziert; der Markt »am Peter« bestand aber noch bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Der Graben wurde wegen seines Angebotes auch Grüner Markt genannt; neben Kraut und Grünwaren waren hier Fleisch und Mehl zu bekommen. Der Neue Markt war der eigentliche Mehl- und Getreidemarkt, auch Butter war hier erhältlich. Die Brandstätte war Markt für Gewandhändler, Messerer, Bürstenbinder, Spiegler, aber auch Wildbret und Geflügel wurden hier angeboten. Der Kohlmarkt hat seinen Namen von der hier verkauften Holzkohle. Schweine konnte man am Lobkowitzplatz kaufen, zeitweise auch Pferde. Der Handel mit Pferden fand zeitweise aber auch auf dem Stock-im-Eisen-Platz, in der Renngasse, vor dem Kärntner Tor und vor dem Stubentor statt.

Beim heutigen Heumarkt befand sich ein Viehmarkt, der Ochsengries; hier wurden vor allem die Ochsen aus Ungarn verkauft. Fleischbänke fand man jedoch auch auf dem Alten Fleischmarkt, der diesen Namen schon seit 1285 führte.

Im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit wurde wegen der Fastengebote viel Fisch[164] gegessen, an Fasttagen reichten die Fischstände vom Hohen Markt bis zu den Tuchlauben, im Heiligenkreuzer Hof wurden alle Arten von importierten Fischen en gros angeboten. Ältester Fischmarkt war der Hohe Markt, der Lobspruch von Wolfgang Schmeltzl von 1548 spiegelt das breite Angebot: Hausen, Karpfen, Scheiden, Seekarpfen, Seepunkel, Garauß, Wachsfisch, Zindel, Mailing, Barben, Stör, Forellen, Saibling, Reinanken, Äsche, Brachsen, Elritze, Schille, Aal, Tück, Schierken, Sprenzling, Huchen, Älten, Schiegeln, Barsche, Rotten, Näsling, Rothäugel, Stretzl, Neunaugen, Steinbeiß, Kräuterling, Bißgurre, Baddieren, Nerfling, Weißfisch, Stichling, Hundshecht, Schnecken, Greßling, Sandel, Koppen, Grundel, Pfrillen, Hechte, Stockfisch, Lachsforellen, Häring, Theißkarpfen, Plattfisch, Bückling.

Um die Frische der Ware zu gewährleisten und auch für die Kunden kenntlich zu machen, mussten den unverkauften Fischen die Schwänze abgeschlagen werden. Außerdem durften die Fischhändler ihre Waren nicht im Sitzen verkaufen, Mäntel und Kopfbedeckungen waren ihnen nicht erlaubt: Der Verkauf der verderblichen Fische sollte so schnell wie möglich vor sich gehen.

1756 wurde ein einheitliches Maß- und Gewichtssystem, basierend auf Wiener Maßen, eingeführt, das 1871 durch das metrische System abgelöst wurde. Am 14. August 1753 sollte die »Victualien-Märkte-Transferierung« zu einer gewissen Konzentration des Marktgeschehens führen, außerdem wurden die Märkte vom Zentrum der Innenstadt an die Ränder verlagert: Die Fischverkäufer bekamen ihren Markt am Schanzel vor dem Roten Turm, die »grünen Waren« waren von nun an auf dem Salzgries zu finden. Hühner, Schmalz gab es auf der Seilerstätte, Mehl und Gries blieb auf dem Neuen Markt. Insgesamt verbesserte diese Änderung nicht unbedingt die Situation, der Einkauf wurde schwieriger: *Mich wunderts gar nicht [...], daß d'Menscher so Fux wild sind, wenns auf den Markt kommen, sind doch die Märkte so weit auseinander, daß man eine kleine Kirchfahrt machen könnt, bis man von einem zum andern kommt.*[165]

Die alten Märkte sind aus dem Zentrum der Stadt heute mehr oder weniger verschwunden, der älteste und bekannteste Markt der Stadt ist heute der Naschmarkt.[166] Schon im 16. Jahrhundert soll es im Bereich der Kärntner Vorstadt einen kleinen Markt

gegeben haben, auf dem Milch, Obst und Gemüse verkauft wurde. Die Geschichte des Naschmarktes ist wohl mit dem Starhembergischen Freihaus verbunden, vor dem zu Anfang des 18. Jahrhunderts schon Hökerstände standen. 1774 wird der Markt erstmals schriftlich erwähnt, und zwar als »Aschenmarkt«, hier wurde Milch verkauft. Zur Erklärung dieses Namens gibt es zwei Theorien: Die eine besagt, dass der Name des Marktes von der Bezeichnung »Asch« für Milcheimer kommt, die andere führt den Namen darauf zurück, dass sich an dieser Stelle eine aufgelassene städtische Müll- und Aschendeponie befand. Infolge der Tatsache, dass auf diesem Markt auch kandierte Früchte, Datteln und Feigen verkauft wurden, mag die Verballhornung von »Aschenmarkt« zu »Naschmarkt« nahegelegen haben. Vor 1812 taucht der Name »Naschmarkt« nicht auf. Offiziell hieß dieser Markt jedenfalls im 19. Jahrhundert »Kärntnertormarkt«, und erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts setzte sich die Bezeichnung »Naschmarkt« auch offiziell durch.

Der Textil- und Bekleidungssektor und die Protoindustrialisierung

Der quantitativ bedeutendste Zweig des Wiener Gewerbes waren die Bekleidungsgewerbe. Schon um 1620 wiesen Schneider und Schuster die mit Abstand höchste Zahl an bürgerlichen Meistern auf. Aber auch Kürschner gab es in größerer Anzahl.[167] Nach einer Gewerbezählung für das Jahr 1736, die alle, oder zumindest den größten Teil der unbürgerlichen Gewerbetreibenden erfasste, versorgten nicht weniger als 1.874 Schuster und 1.646 Schneider die rasch zunehmende Wiener Bevölkerung. Im josephinischen Wien war im Jahr 1784 die Zahl der Schuster auf mittlerweile 2.980, die der Schneider auf 2.472 angewachsen. Auf 1.000 Einwohner kamen demnach im Jahr 1736 nahezu 11 Schuster und 9 Schneider, 1784 etwa 14 Schuster und 12 Schneider.[168] Um 1784 hatten die Bekleidungsgewerbe einen Anteil von rund 40 % an allen Gewerbebetrieben und »Fabriken«, deutlich mehr als etwa im 17. Jahrhundert.[169] Die Versorgungsdichte und damit wohl auch die Nachfrage im gesamten Bekleidungsgewerbe dürfte demnach im Lauf des 18. Jahrhunderts beträchtlich zugenommen haben.

Die Grenzen zwischen zünftischen und außerzünftischen Betrieben waren bei den Massengewerben der Schneider und Schuster besonders fließend. Im 16. Jahrhundert war es die namhafte Zahl an Hofschustern und Hofschneidern, die in Konkurrenz zu den bürgerlichen Meistern traten und 1597 und 1605 eigene Ordnungen erhielten.[170] Zu diesen traten in der Folge auch immer mehr Guardiasoldaten und deren Angehörige.[171] Beachtlich war auch die Zahl nichtinkorporierter Vorstadtschuster, die sich im späten 17. Jahrhundert nur widerwillig in die Schusterinnung eingliederten. Versuche, die Zahl der Schuster in den Vorstädten zu beschränken, wie etwa im Jahr 1699 auf 40 in der Vorstadt St. Ulrich, hatten keinen oder nur temporären Erfolg.[172] Störer waren jedoch auch unter anderen kleineren Textil- und Bekleidungsgewerben, so bei den Strumpfstrickern, seit dem 16. Jahrhundert weit verbreitet.[173]

Wie in anderen großen Haupt- und Residenzstädten war es das Textilgewerbe, und in Wien insbesondere die Seidenweberei, welche ein besonders dynamisches Element im Rahmen der Differenzierung der frühneuzeitlichen urbanen Gewerbelandschaft seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert bildete. Überwiegend für den lokalen Bedarf produzierende Textilgewerbe hatten sich im ausgehenden 15. und frühen 16. Jahrhundert zu Innungen vereinigt, so etwa im Jahr 1530 die Tuch- und Kotzenmacher. Die seit 1480 bezeugten Lein- und Barchentweber erhielten 1547 eine Ordnung.[174] Weitere Ordnungen der Zeugweber aus den Jahren 1661 und 1710 belegen die Existenz bodenständiger, allerdings nicht allzu bedeutsamer Textilverarbeitungsgewerbe.[175] Mit dem wachsenden urbanen Markt änderte sich die Situation in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts jedoch allmählich. Nach Angaben des Merkantilisten Wilhelm von Schröder lebten zu dieser Zeit bereits rund 4.000 Menschen in Wien von der Zeugmacherei, unter ihnen Färber, Drechsler, Tischler, Schlosser, Geschirrbinder, Kupferschmiede, Seiler, Walker, Tuchscherer, Taglöhner, Spinner, Seifensieder, Leimsieder und Binder.[176] Vom Luxuskonsum des Hofes profitierend, gewann ab dem Ausgang des 17. Jahrhunderts vor allem die Seidenweberei an Boden.[177] Die Technologie wurde dabei aus dem oberitalienischen Raum importiert. Eine Zählung aus dem Jahr 1702 kam bereits auf 20 »Seidenfabricatores«, aus deren Kreis sich 1710 die Bruderschaft der »Golden:Silber:Procat: ganz und halbseiden Zeugmacher« bildete. Es handelte sich dabei um kleinere bürgerliche Betriebe, die sich mittels der Innungsprivilegien gegen die nichtbürgerliche Konkurrenz zu schützen trachteten.[178] Die ersten bürgerlichen Seidenweber stammten durchwegs aus der Lombardei. Die Bruderschaft hatte allerdings kein Produktionsmonopol erhalten,[179] denn in der Seidenverarbeitung waren auch einige Handelsleute engagiert. *Privilegia privativa* erlaubten es ihnen, Meister und Gesellen zu verlegen (sie also von Seiten eines Unternehmers mit Rohstoffen und Halbfertigprodukten zu versehen), technische Neuerungen einzuführen und den Vertrieb im größeren Rahmen zu gestalten als dies im bürgerlichen Gewerbe möglich gewesen wäre.[180] Aufdingung und Freisprechung von Lehrlingen und die Verleihung des Meisterrechtes blieben allerdings der Innung vorbehalten.[181] Die Grenzen zwischen zünftischer und außerzünftischer Produktion erwiesen sich jedoch als fließend. Seit 1784 war auch die wohl schon früher praktizierte Beschäftigung von Webergesellen in der Seidenproduktion erlaubt.[182] Die Zahl der zünftischen Seidenzeugmachermeister stieg im 18. Jahrhundert rasch an. Im Jahr 1783 betrug sie 183.[183] Allerdings erklärt sich dieser Anstieg teilweise aus der 1778 erfolgten Vereinigung der Seidenzeugmacher mit den Dünntuchmachern.[184] Die Dünntuchmacher hatten sich 1731 zu einer Union zusammengeschlossen, die aus bürgerlichen Meistern und Schutzverwandten bestand und 1740 vom Stadtrat bestätigt wurde. Die Bildung dieser Bruderschaft war auf den Umstand zurückzuführen, dass in Fabriken ausgebildete Meister und Gesellen das Recht besaßen, Kleinbetriebe zu gründen. In Summe kletterte die Zahl der Kleinmeister – einschließlich Schutzverwandter – bis 1789 auf 302.[185] Die überwiegend kleinbetriebliche Struktur der Seidenzeug- und Dünntuchmacher belegt der Umstand, dass mehr als ein Drittel der Meister bis 1780 nur mit einem Gesellen arbeitete – Meister

ohne Gesellen dabei nicht berücksichtigt. Allerdings gab es auch damals bereits größere Betriebe, wie jenen des Seidenzeugmachermeisters Josef Beywinckler, bei dem von 1731 bis 1778 nicht weniger als 45 Gesellen in Arbeit standen.[186] In den 1780er Jahren nahm die Größe der Meisterbetriebe jedoch beträchtlich zu. Mehr als die Hälfte dieser Betriebe dürfte nunmehr bereits 20 und mehr Beschäftigte gehabt haben.[187]

In die 1670er Jahre fiel der erste Versuch, einen vergleichsweise großen zentralisierten Betrieb, der auch eine Seidenband- und Wollmanufaktur beinhalten sollte, in Form des Manufakturhauses auf dem Tabor zu etablieren. Der 1676 ins Leben gerufene Betrieb scheiterte jedoch bereits nach wenigen Jahren an unzulänglicher Förderung und am mangelnden kommerziellen Geschick seiner Betreiber, der Frühmerkantilisten Johann Joachim Becher und Wilhelm von Schröder.[188] Wie schon das Projekt Johann Joachim Bechers aus den 1670er Jahren gezeigt hatte, lag die Zukunft der Seidenzeugproduktion in einem Zusammenspiel mehrerer Produktionsweisen, kleiner zentralisierter Manufakturen, zünftischer Meisterbetriebe, die selbst verlegten oder verlegt wurden, und hausindustrieller Fertigungen. Als häusliche Nebentätigkeit war die Weberei seit dem 16. Jahrhundert bei Hauern, Spielleuten und Haltern durchaus üblich.[189] Auf diese protoindustrielle »Reservearmee« konnten sich auch die ersten »Seidenindustriellen« stützen. Eine personelle Kontinuität zu den in den 1660er und 1670er Jahren ausgebildeten Arbeitern bestand allerdings wohl kaum.[190] Dennoch, es war kaum zufällig, dass die spätestens seit dem Jahr 1697 vom Handelsmann Bratti aufgestellten Seidenwebstühle in den Räumen des Armenhauses vor dem Schottentor lokalisiert waren. Die von fremden Meistern auf seine Kosten betriebenen Webstühle griffen auf die Bewohner des Armenhauses als Arbeitskräfte zurück.[191] Dieser erste größere Betrieb wurde später von Peter Passardi, Johannes Bussi und Matthias Hengstberger übernommen. Hengstberger begründete schließlich 1728 auf dem Schottenfeld eine »Fabrik« und erhielt dafür ein Privileg für die Produktion gold- und silberreicher Seidenzeuge. Bedeutend war auch die Gründung des Genfer Glanztaftfabrikanten Jean François Dunant, der im Jahr 1717 mit 31 Arbeitern nach Wien übersiedelte.[192] Seit etwa 1752 kam es zu einer kontinuierlichen Zunahme der »fabrikmäßigen« seidenverarbeitenden Betriebe, wobei zunächst die Zeugweberei, dann die Bandweberei und schließlich die Florerzeugung einen enormen Aufschwung erlebten.[193] Insgesamt nahm die Zahl der in der Seidenindustrie Beschäftigten von 4.637 im Jahr 1762 auf 9.935 für 1774 und 10.278 für 1785 zu. Gleichzeitig stieg die Zahl der Webstühle von 476 im Jahr 1764 auf 980 für 1774, 2.500 für 1785 und 6.000 für 1792.[194] Der »take off« fiel eindeutig in die 1780er Jahre, in denen die Seidenindustrie zum dominierenden Wiener Produktionszweig wurde.[195] Dieser dramatische Aufschwung war mit einem merklichen Konzentrationsprozess in der Seidenweberei verbunden. Um 1790 beschäftigten allein die Manufakturen von Hebenstreit und Hornbostel etwa 900 Personen und hatten zusammen rund 400 Webstühle.[196] Selbst diese Konzentration von Produktionskapazitäten in den Händen einiger weniger Unternehmer trug jedoch keineswegs zum Niedergang des zünftischen Systems bei. Im Gegenteil: Aufnahmegebühren und Bürgertaxen begünstigten eher den Eintritt vermögenderer, ur-

sprünglich privilegierter Produzenten in die Innung, während finanzschwache Klein-Seidenweber sich mit Schutzdekreten zufrieden geben mussten.[197] Ein Großteil der Manufakturunternehmer rekrutierte sich daher aus dem Handwerk. Ausgangspunkt für die Vergrößerung des Betriebes zu einer Manufaktur war häufig die eigene Werkstatt und nicht unbedingt der Neubau einer Manufaktur »auf der grünen Wiese«.[198]

Für den Aufschwung der Seidenerzeugung bot Wien mit seinem kapitalkräftigen Publikum und der Existenz einer »proto-industriellen Reservearmee« an Spinnerinnen, Spulerinnen, aber auch Kindern, die für verschiedene Hilfstätigkeiten herangezogen werden konnten, hervorragende Ausgangsbedingungen. Die Orientierung der Textilerzeugung am Luxuskonsum war jedoch mit einem gesteigerten konjunkturellen Risiko erkauft. Der sich rasch wandelnde Geschmack der modebewussten Konsumenten im späten 18. Jahrhundert – von einer Wiener Mode konnte seit etwa 1770 die Rede sein[199] – sorgte immer wieder für kurzfristige Absatzkrisen. Die starke Abhängigkeit der Seidenerzeugung vom lokalen Markt wurde beispielsweise anlässlich der Anordnung einer einjährigen Hoftrauer nach dem Tod Kaiser Franz Stephans im Jahr 1765 offensichtlich, die prompt einen Absatzeinbruch verursachte und die aufstrebende Branche in Schwierigkeiten brachte.[200] Absatzkrisen und nicht zuletzt die in diesem Zusammenhang vorgenommene Substituierung von »teuren« Seidenzeugmachergesellen durch angelernte weibliche Arbeitskräfte und Kinder waren auch die Gründe für das mehrmalige Ausbrechen von Gesellenstreiks. Ein 1756 ausgebrochener Streik sorgte zwar kurzfristig für eine Anhebung der Löhne, langfristig stieg jedoch die Arbeitslosigkeit unter den Seidenzeugmachergesellen. Gewalttätige Demonstrationen in den Jahren 1770 und 1792 konnten daran kaum etwas ändern.[201] In eine kritische Lage gerieten bei Absatzschwierigkeiten jedoch häufig auch viele bürgerliche Kleinmeister, die sich auf Grund mangelnden Kapitals von Händlern verlegen ließen. Letztere stiegen bei einer Verschlechterung der Konjunktur aus dem Geschäft aus, ohne dabei allzu viel zu verlieren, denn die vorgeschossenen Garne banden wenig Kapital.[202] Den Meistern drohte der soziale Abstieg zum Gesellen und in weiterer Folge auch in manchen Fällen die Existenz als Bettler.

Quantitativ zunächst noch von geringer Bedeutung, nahm die Frauen- und Kindererwerbstätigkeit im 18. Jahrhundert in den Textil- und Bekleidungsgewerben systematisch zu. Diese Gewerbe boten für viele weibliche Arbeitskräfte ein von den zünftischen Schranken relativ wenig eingeschränktes Betätigungsfeld. Verstreute Verbote aus Ordnungen der Barett- und Sockenstricker aus dem Jahr 1675 und der Perlhefter aus dem Jahr 1683 sowie ein Beschäftigungsverbot von *menschern* in der Schnürriemenerzeugung für Hofbediente und Guardisten aus dem Jahr 1717 belegen Frauenerwerbstätigkeit in unterschiedlichsten Branchen. Vermehrte Verbote von Frauenarbeit im 16. und 17. Jahrhundert lassen darauf schließen, dass sie dennoch nicht allzu selten vorkam.[203] Die Höhe der Strafen, mit denen Gesellen zu rechnen hatten, wenn sie *neben einem Weibsbild stricken thäte(n)*, wie es bei den Strumpfstrickern hieß, könnte allerdings auch eine gewisse Prohibitivwirkung ausgeübt haben. Dennoch war gerade in jenen Gewerben, die sich schließlich in Richtung Hausindustrie entwickeln sollten, der Kampf der Innungen, und

1766 vereinigten die Vorstädte Gumpendorf, Mariahilf, Neubau, Ober- und Unterneustift und Schottenfeld 61 % aller Seidenfabrikanten Wiens auf sich, im Jahr 1780 unwesentlich weniger, nämlich 57 %.[214]

In noch stärkerem Ausmaß als in der Seidenerzeugung verbreitete sich im 18. Jahrhundert die fabriksmäßige Herstellung in der Baumwoll- und Lederproduktion. Als wichtigste Gründung erwies sich die im Jahr 1726 eröffnete Schwechater Kotton- und Barchentfabrik. 1752 arbeiteten für diese Fabrik 2.759, 1785 bereits 23.549 und 1790 28.046 Spinner.[215] Ein nicht unerheblicher Teil stammte aus dem Wiener Raum. Ähnlich wie in der Seidenerzeugung erlebte die Baumwollwarenindustrie einen quantitativen und qualitativen »take off« in den 1780er Jahren, der allerdings – was die Produktion betraf – großteils am flachen Land und nicht so sehr in der Stadt stattfand. Dennoch kam es auch in einigen Wiener Vorstädten zu bedeutenden Gründungen, wie etwa jener der Manufaktur des Leopold Edtmayer in Gumpendorf.[216] Zeitlich ähnlich, allerdings in bescheideneren Dimensionen, gestaltete sich der Aufschwung der fabriksmäßigen Ledererzeugung. Im Jahr 1755 erhielt Freiherr Don Michele de lo Presti das Privileg zur Errichtung einer Lederfabrik. Etwa ein Jahrzehnt später beschäftigte er bereits 29 Arbeiter. In den 1780er Jahren entfaltete sich die Produktion von feinem Sämischleder für die Handschuherzeugung. In Summe existierten zu Beginn der 1790er Jahre bereits sechs »Lederfabriken« in Wien.[217]

In den übrigen Produktionszweigen fallen einige kleinere Manufakturgründungen bereits in das erste Drittel des 18. Jahrhunderts. Im Jahr 1709 erhielt Adam Ignaz Höger ein *privilegium privativum* für eine Weinkörner-Ölfabrik. Von einer Gründerwelle kann jedoch erst ab etwa 1715 gesprochen werden.[218] In diese Phase fiel die Eröffnung der Porzellanmanufaktur in der Rossau im Jahr 1718 durch den Hofkriegsagenten Claudius Innocentius Du Pacquier. Die Manufaktur hatte zunächst mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen und ging 1744 auf Grund finanzieller Schwierigkeiten in staatlichen Besitz über. Ihre für den Binnenmarkt geschützte Produktion wuchs in der Folge rasch. Im Jahr 1761 waren in der Manufaktur bereits etwa 140, 1784 280 und 1790 395 Arbeiter beschäftigt. Ihre Blütezeit erlebte sie unter Baron von Sorgenthal, der 1784 die Leitung der Manufaktur übernommen hatte.[219]

Quantitativ bedeutsam war das Vordringen neuer Produktionsformen auch in der Metallverarbeitung. Schon in den 1750er Jahren errichtete der Goldschläger Johann Georg Hietl mit staatlicher Unterstützung im Margaretner Schloss eine Manufaktur für Leonische Waren – Metallgegenstände aus vergoldetem oder versilbertem Kupfer –, die nach Anfangsschwierigkeiten sowohl am Binnenmarkt als auch im Export erfolgreich war. Am stärksten expandierten ab den 1770er Jahren die von englischen Fabrikanten eingeführte Fertigung von Edelmetallimitationen sowie Stahl- und Galanteriearbeiten. Auf die direkte Initiative Kaiser Josephs II. ging die im Jahr 1789 durchgeführte Ansiedlung einer Schweizer Uhrmacherkolonie in Wien zurück. Die Genfer Uhrmacher erhielten auf der Wieden ein säkularisiertes Noviziathaus der Piaristen, das auf staatliche Kosten adaptiert wurde, zu ihrer Verfügung. Trotz einer erheblichen Steigerung der Uhrenproduktion –

um das Fünffache – des von den traditionellen Kleinuhrmachern nur ganz ungenügend versorgten Uhrenmarktes, erfüllte diese Ansiedlung die in sie gesetzten Erwartungen jedoch nicht, primär weil es den Schweizern am nötigen Kapital fehlte. Trotz dieser und einiger anderer Gründungen von Metall verarbeitenden »Großbetrieben« konnte der Metall verarbeitende Sektor mit dem Wachstumstempo des Textil- und Bekleidungssektors nicht mithalten, weil die Stagnation der älteren Metall verarbeitenden Gewerbe insgesamt die Entwicklung bremste. Während in den 1730er Jahren in der Metallverarbeitung mit rund 2.000–3.000 noch ungefähr doppelt so viele Personen beschäftigt gewesen sein dürften als in der Textilindustrie, beschäftigten um 1785 die Wiener Metallfabriken lediglich etwa 800 Personen[220], während allein in der Seidenverarbeitung mehr als 10.000 beschäftigt waren.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erlebte das Buchdruckergewerbe einen beachtlichen Aufschwung, der mit dem Aufstieg eines Mannes, des Raubdruckers Johann Thomas Trattner, in enger Verbindung stand. Dank zahlreicher Privilegierungen und kameraler Finanzspritzen wurde Trattner in wenigen Jahren zu einem der bedeutendsten Großunternehmer Wiens. Um das darnieder liegende Buchdruckergewerbe zu fördern, unterlag der Nachdruck in der Habsburgermonarchie keinen Beschränkungen. Deshalb gelang es Trattner rasch, seinen Betrieb auszuweiten und eine dominante Stellung am Buchmarkt der Monarchie zu erlangen. Am Höhepunkt seines Erfolges beschäftigte Trattner etwa 200 Personen und betrieb 37 Pressen.[221] Sein Betrieb vereinigte in einem Offizingebäude Druckerei, Schriftschneiderei und -gießerei, Kupferstecherei, Buchbinderei, den Buchhandelsbetrieb und zahlreiche Magazine. Sein Erfolg blieb jedoch nicht singulär, wobei der josephinischen Ära besondere Bedeutung zukam. Bestanden 1780 sechs bedeutende Buchdruckereien in Wien, waren es 1790 schon 15. Insgesamt lag die Zahl der Druckereien nunmehr bei 23.[222]

Angesichts des Fehlens auch nur rudimentärer Bestandteile einer Wertschöpfungsrechnung für die urbane Ökonomie lässt sich der Anteil des »protoindustriellen« Sektors am gesamten »Urbanprodukt« nicht wirklich ermitteln. Einige zeitgenössische Angaben vermitteln allerdings die besondere Dynamik dieses Sektors im josephinischen Wien. Der Wert der Produktion in 543 »Fabriken« wurde im Jahr 1783 auf 12 Millionen fl geschätzt. Zum Vergleich dazu: Der jährliche Geldumlauf soll rund 18 Millionen fl betragen haben.[223] 1785 waren in Wien und seinen Vororten annähernd 600 »Filatorien« und 7.500 »Stühle« im Betrieb. Dazu kamen noch rund 600 Pressen und Hämmer, etwa 100 Scheiben-, Zug- und Plattmühlen und 800 »Kessel«. In den Wiener Kommerzialgewerben und Fabriken waren zu dieser Zeit mehr als 30.000 Menschen beschäftigt. Aber auch Manufakturbetriebe aus dem Wiener Umland, allen voran die Schwechater »Kottonfabrik«, verlegten Wiener Erwerbstätige, sodass die Zahl der in protoindustriellen Fertigungen Beschäftigten sicher noch beträchtlich darüber lag.[224] Im Jahr 1790 waren in Wien und seinen Vororten folgende Unternehmen als »Großbetriebe« einzustufen: drei Leinenbandmanufakturen, 14 Seidenzeug- und drei Seidenflorfabriken, mehr als die Hälfte der Betriebe der bürgerlichen Seidenzeugmacher, eine Schweizerseidenbandfa-

brik, 15 Buchdruckereien, zwei Nürnberger Spiegelmanufakturen, die Porzellanmanufaktur, drei Stahlwarenmanufakturen, ein Instrumentenmacherbetrieb, die Genfer Kolonie der Uhrerzeuger, fünf »Argenthache«- und ebenso viele Tombackene Saiten- und Öhrlknopffabriken (französischer Modeschmuck aus Silberimitaten).[225] In der Textil- und Metallverarbeitung und im Buchdruck fiel das Größenwachstum der Betriebe demnach am deutlichsten aus.

Fig. 18: Manufakturtabelle 1785: Ergebnisse für Wien

Beschäftigte	Fabriken [1)]	bürgerliche Kommerzialzünfte	Schutzverwandte	Gesamt
Faktoren und Beamte	90	.	.	90
Meister und Witwen	306	1.456	1.004	2.766
Gesellen, Modelstecher u.ä. Arbeiter	1.707	2.773	815	5.295
Lehrjungen u. Scholaren	687	1.166	137	1.990
Zurichter, Gehilfen u. Handlungsknechte	601	290	431	1.322
arbeitende Weibspersonen	1.208	1.149	2.996	5.353
Schweiferinnen, Seidenwinderinnen	994	1.624	1.176	3.794
Lehrmädchen	435	270	585	1.290
Spinner(innen), Spulerinnen	3.496	2.304	3.432	9.232
Krämpler, Sortierer u. derlei	214	72	60	346
Beschäftigte zusammen	9.738	11.104	10.636	31.478
maschinelle Ausstattung				
Filatorien u.ä. Maschinen	440	133	1	574
Pressen, Hämmer u.ä. Werke	291	240	40	571
Scheiben-, Zug- u. Plattmühlen	25	86	.	111
Gruben, Bodungen u. Kessel	214	486	125	825
Stühle	1.515	3.490	2.627	7.632

1) Einschließlich der Vorortezone. Geringe Unschärfen auf Grund von räumlich nicht völlig sicher zuordenbaren Fabriken.

Quelle: HKA, Hs.-1148: Manufakturtabelle für Niederösterreich 1785. – Přibram, Gewerbepolitik, 407.

Gewerbepolitik

Die Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen im frühneuzeitlichen Wien ist vor dem Hintergrund eines wachsenden landesfürstlichen Herrschaftsanspruchs und der damit in Verbindung stehenden Herausbildung staatlicher Strukturen in der Habsburgermonarchie zu sehen. Zu diesem ursprünglich dominanten Politikelement trat allmählich, verstärkt ab der Mitte des 17. Jahrhunderts, eine bewusstere, genuine Wirtschaftspolitik, die von dem Programm der so genannten »österreichischen« Kameralisten Becher, Hörnigk, Schröder, Justi und Sonnenfels – mit Ausnahme von Sonnenfels stammten alle aus dem Reich – nicht unwesentlich, wenn auch zum Teil mit zeitlicher Verzögerung, beeinflusst wurde. Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verdichtete sich dieser Einfluss zu einem konzertierten und einigermaßen konsistenten Maßnahmenbündel, das in wesentlichen Teilen auf merkantilistischen Prinzipien basierte. Die späte Regierungszeit Maria Theresias und die josephinische Ära wurden schließlich zunehmend von wirtschaftsliberalen Experimenten charakterisiert. Das liberale Programm der 1780er Jahre wurde jedoch teilweise schon zu Lebzeiten Josephs II. wieder zurückgenommen.

Landesfürstliche Gewerbepolitik im frühneuzeitlichen Wien bewegte sich zwischen Anspruch und Wirklichkeit absolutistischer Herrschaft, der durch die Macht tradierten (zünftischen) Herkommens Grenzen gesetzt wurden. Dazu trat eine merkliche Ambivalenz im Verhältnis der Obrigkeit zu den Innungen, auf deren sozial stabilisierende Kraft man nicht verzichten zu können glaubte. Dennoch ist ein gewisser Wandel schon im 16. Jahrhundert in Ansätzen erkennbar. Wesentlich für die frühabsolutistische Gewerbepolitik war ein neues Verständnis der Innungsprivilegien, die nunmehr als jederzeit widerrufbare landesfürstliche Gnadenakte interpretiert wurden. Ein erster Ausfluss dieser neuen Herrschaftsauffassung war die in der Polizei- und Handwerksordnung von 1527 angeordnete Aufhebung der Innungen und Zechen. Ein solcher Gedanke einer völligen Entmachtung der Innungen kehrte auch in der Generalhandwerksordnung Karls VI. von 1732 wieder.[226] Seit Maximilian II. benötigte jede Handwerksordnung die Bestätigung des Herrschers. Vor allem von Leopold I., Joseph I. und Karl VI. wurde deren Bestätigung nicht mehr als bloßer Formalakt betrachtet. Einen Schritt weiter ging Maria Theresia. Ab den 1750er Jahren wurden Handwerksprivilegien als reine Ordnungsvorschriften interpretiert, deren Einhaltung ausschließlich von den Verwaltungsbehörden zu kontrollieren war.[227] »Handwerksartikel« und schließlich Hofdekrete ersetzten in der spätmariatheresianischen und josephinischen Zeit die früheren »Innungsordnungen«.[228]

Versuche, auf das Innungsleben Einfluss zu nehmen, verdichteten sich im 17. Jahrhundert. Teilweise bereits seit dem Dreißigjährigen Krieg wohnten Handwerkskommissäre den Quatemberzusammenkünften der Meister bei.[229] Bei den Kommissären handelte es sich durchwegs um Magistratsbeamte.[230] Griffen diese Kommissäre zunächst lediglich bei innerzünftischen Streitfällen oder bei befürchteten Gefährdungen des *bonum publicum* ein, erstreckte sich die obrigkeitliche Kontrolle in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer mehr auf ursprünglich autonome zünftische Entscheidungsfelder. In spätmariatheresianischer Zeit entzog eine Normalverordnung aus dem Jahr 1776 schließlich den Innungen die alleinige Entscheidung über die Aufnahme neuer Meister.[231] Nicht zu übersehen ist freilich, dass die Innungen selbst Landesfürst, Regierung oder Stadtrat als Schiedsrichter anriefen. Beim Kampf gegen die »Störerei« kam es in Einzelfällen auch zu einem Zusammenwirken von Obrigkeit und Innung, etwa wenn im Jahr 1716 bei vazierenden Stukkateuren Werkzeug beschlagnahmt wurde. Aber selbst in solchen Fällen blieb es bei vereinzelten spektakulären Aktionen, die in Summe nicht verhindern konnten, dass beispielsweise Stukkateure auch Maurerarbeiten erledigten.[232] Zusätzlich kompliziert wurden manche Streitfälle durch unterschiedliche Positionen von Regierung und Stadt. Ein Vergleich der Ledererordnungen von 1632 und 1663 und die Vorgeschichte der Ordnung von 1663 zeigen beispielsweise, dass die niederösterreichische Regierung den Zutritt erschwerenden Vorschläge der Innung billigte, während der Magistrat eine offenere, sozialere Haltung einnahm.[233] Vor allem im 18. Jahrhundert nahm jedoch die Regierung eher den innungskritischen, die Stadt jedoch den bewahrenden, innungsfreundlichen Standpunkt ein. Grundsätzlich bleibt zu betonen, dass viele Eingriffe in das Innungsleben mehr einer Machtdemonstration der Obrigkeiten als

einem tatsächlich verwirklichten wirtschaftspolitischen Programm entsprachen. Dies zeigt etwa der Umstand, dass die in Niederösterreich im Jahr 1732 publizierte Generalhandwerksordnung Karls VI. noch um 1750 vielen Betroffenen nicht einmal bekannt war.[234]

Dennoch wäre es verfehlt, der landesfürstlichen Innungspolitik jede Wirkung abzusprechen. Einer verhältnismäßig scharfen obrigkeitlichen Kontrolle unterstanden Lebensmittelerzeugung und -kleinhandel. Nicht ganz von ungefähr erhielten trotz der schon der in der Polizeiordnung von 1527 verkündeten generellen Aufhebung der Innungen und Zechen bereits zu Beginn der 1530er Jahre Müller und Bäcker Innungsordnungen, 1561 die Bäckerknechte und -jungen.[235] Die Brotversorgung war den Obrigkeiten offensichtlich wichtiger als die Prinzipien der Polizeiordnung. Bei radizierten Gewerben, wie dem der Bäcker, besaß der Magistrat ein massives Eingriffsrecht bei der Übergabe und beim Betrieb von Bäckerstuben. Er verweigerte die Zustimmung zum Betrieb einer Backstube, wenn nicht genug Geld zum Mehleinkauf vorhanden war oder generell Verarmung drohte.[236] Diese Vorgangsweise sorgte für eine äußerst flexible, »marktwirtschaftliche« Reaktion der Betroffenen. Manche »Konjunkturbäcker« übten bei niedrigem Mehlpreis ihr Gewerbe aus, während sie bei steigenden Preisen dieses niederlegten. Proteste der Bäckerzeche gegen diese Vorgangsweise – etwa im Jahr 1759 – blieben nicht aus,[237] scheinen aber keinen Erfolg gehabt zu haben. Klassische Störer waren im Bäckergewerbe jedoch selten, wie ein Blick auf die Gewerbezählung des Jahres 1736 zeigt. Dazu bestand ein zu dichtes Netz an obrigkeitlicher Überwachung. Städtische Metzenleiher und Mehlmesser setzten auf der Basis der Einkaufpreise Brotsatzungen fest, Brotbeschauer kontrollierten das Gebäck auf satzungsgemäßes Gewicht.[238] Im Fall wiederholter Übertretungen wurde auch noch im 18. Jahrhundert ohne Ansehen der Person das berüchtigte »Bäckerschupfen« praktiziert,[239] auf das man erst 1792 endgültig formell verzichtete.[240] Insbesondere in Zeiten massiver Unterversorgung kam es dennoch zu häufigen Übertretungen der Preis- bzw. Mengenfestsetzungen. Im Jahr 1642 – während des Dreißigjährigen Krieges – wurden beispielsweise acht Bäcker gleichzeitig »geschupft«.[241] Einer ähnlich scharfen täglichen obrigkeitlichen Kontrolle durch Beschauer unterlagen auch die Fleischhauer.[242] Es wurde jedoch in den großen Lebensmittelgewerben nicht nur eine Qualitätskontrolle vorgenommen, sondern auch eine – mehr oder minder erfolgreiche – aktive Versorgungspolitik betrieben. Bei Fleischknappheit versuchte die Regierung, den Fleischpreis durch Prämien, Darlehen und zeitweilige Nachlässe des Auftriebgeldes und des Fleischpfennigs zu stützen.[243]

Das bestimmende Element der frühneuzeitlichen obrigkeitlichen Marktpolitik war der Kampf gegen den so genannten *fürkauf*, also unterschiedliche Formen des Zwischenhandels, die als verteuerndes Element angesehen wurden. Das generelle Fürkaufs-Verbot der Marktordnungen wurde 1647 auch auf zu Wasser transportierte Waren ausgedehnt.[244] Die Existenz des Fürkaufs bildete eine wesentliche Begründung für die Einrichtung verschiedener Marktämter. Die Funktion des 1504 etablierten Marktrichters wurde ausdrücklich mit dem Argument, dem *fürkauf* zu *weeren*, begründet. Der von

der Stadt erwählte Marktrichter war dem landesfürstlichen Stadtrichter unterstellt. Seit 1566 wurde er von Richter und Rat bestellt. Ab 1646 assistierten bei Amtshandlungen der Rumormeister und die Rumorwache. Auf Grund des mit der Bevölkerung wachsenden Marktvolumens musste die Zahl der Kontrollorgane immer wieder angehoben werden. Im Jahr 1790 existierten bereits sieben Marktrichter. Die Effizienz dieser Überwachung des Marktlebens sollte allerdings nicht überschätzt werden. In der Praxis gab es häufige Klagen über die Nachlässigkeit der Marktrichter.[245] Formal erfolgte der Erlass der Marktordnungen von der niederösterreichischen Regierung auf Ansuchen des Magistrates. Amtsort der städtischen Marktaufsicht war das Schrannengebäude am Hohen Markt. Später wurde die Marktaufsicht ins Rathaus verlegt.[246] Die Schrannenordnung von 1566 verwies bei Geldschulden an den Richter, bei Rentenschulden an den Rat. Gewerberecht und Lebensmittelpolizei unterstanden dem Rat. Die Einhaltung von Gewichten und Handelsvorschriften überwachte der Hansgraf.[247] Wie aus der immer wiederkehrenden Wiederholung einschlägiger Marktvorschriften gegen den *fürkauf* hervorgeht, blieben jedoch alle Versuche, ihn zu unterbinden, erfolglos. Im Gegenteil: Nach dem Ende der offiziellen Marktzeiten vertrieben die von den Wiederverkäufern bestochenen Marktaufseher die Urproduzenten, denen nichts anderes übrig blieb, als die nicht verkauften Waren billig abzugeben, um sie nicht mühsam wieder nach Hause transportieren zu müssen.[248] Erst in spätmariatheresianischer Zeit setzte sich eine Politik des bedingten »laissez-faire« in der Marktpolitik allmählich durch. Mit der Marktordnung von 1775 erhielten die Bauern unbeschränkten Zugang zum Markt, Ablöser hingegen zunächst erst ab 11 Uhr. In der Marktordnung von 1791 wurde schließlich das Ablöserwesen, also der Zwischenhandel, in welcher Form auch immer voll legalisiert.[249]

Es liegt auf der Hand, dass die Ausübung vieler Gewerbe des Lebensmittelkleinhandels keine besondere Berufsausbildung erforderte. Daher konnte sich eine spezifische Rechtsform, die so genannten Kammerhändel, verbreiten. Dabei handelte es sich um Gewerbe, die gegen eine beim städtischen Oberkammeramt zu entrichtende Gebühr ausgeübt werden durften und in der Regel keine Lehr- und Gesellenjahre bzw. keine Meisterprüfung erforderten. Schon im frühen 17. Jahrhundert zählten zu den Kammerhändeln Greißler, Tändler, Heringer, Öler, Kässtecher, Zwetschkenhändler, Fütterer, Branntweiner und Pfaidler. In der Folge erweiterte sich der Bestand an Kammerhändeln auch über den Lebensmittelkleinhandel hinaus. Im Jahr 1773 bestanden bereits 26 Arten von Kammerhändeln – insgesamt 349 Gewerbeberechtigungen –, unter ihnen nunmehr auch Landkutscher, Rauchfangkehrer, Perückenmacher und Apotheker.[250] Während die Vermehrung der Kammerhändel wohl wegen der zu entrichtenden Taxe zunächst von den Obrigkeiten nicht behindert wurde – gewerbepolitische Eingriffe beschränkten sich zunächst auf die Fixierung eines Mindestpreises für den Kauf einer Konzession, der z. B. bei den Fütterern im Jahr 1621 40 fl, bei den Greißlern jedoch 100 fl betrug[251] –, stand im 18. Jahrhundert die Hofkanzlei ihrer Vermehrung zusehends kritischer gegenüber. Weil sie als erblich und verkäuflich galten und auch bücherlich belastet werden konnten, entstand vor allem nach 1683 ein richtiger Kammerhändelschacher. Die hohen Kauf-

preise wurden offensichtlich auf die Endverbraucherpreise und damit auf die Konsumenten abgewälzt, was nicht im Sinn der Versorgungspolitik sein konnte. Dass in den Kammerhändeln erhebliche Kapitalien gebunden waren, zeigte sich anhand der im Jahr 1786 in das Grundbuch übertragenen Belastungen. Der Versuch seitens der Hofkanzlei, die Neuvergabe von Kammerhändeln zu beschränken, scheiterte jedoch zunächst am hartnäckigen Widerstand des Stadtrates und zunehmend auch der niederösterreichischen Regierung. Erst ab den 1770er Jahren wurden tatsächlich keine neuen Konzessionen mehr erteilt und die bisher erzielten Preise als Maximalpreise fixiert. Einer grundlegenden Reform der Polizeigewerbe stand die Existenz der Kammerhändel jedoch weiterhin im Weg. Deshalb ventilierte die Hofkanzlei verschiedene Pläne zur Ablösung der Kammerhändel und auch anderer verkäuflicher Realgewerbe.[252] Versuche, diese staatlicherseits abzulösen, scheiterten jedoch 1783 und 1786 an den damit verbundenen erheblichen Kosten.[253] Die Gewerbebefugnisse wurden jedoch nunmehr lediglich als Personalbefugnisse verliehen und durften nicht mehr belastet werden.[254] Dennoch, letztlich erwiesen sich die althergebrachten Besitzrechte mächtiger als der josephinische Wirtschaftsliberalismus.

Mochten in der Frühen Neuzeit die Versuche, ordnungspolitisch in das Innungsleben einzugreifen, auch insgesamt nur sehr bedingt erfolgreich gewesen sein, erwies sich die Duldung und in weiterer Folge Förderung außerzünftischer Konkurrenz als die effizienteste Form landesfürstlicher Wirtschaftspolitik. Mit der Anwesenheit des Hofes stieg bereits im 16. Jahrhundert die Zahl der »hofbefreiten« Gewerbeleute massiv an. Im Jahr 1572 erhielten sie eine eigene Ordnung.[255] Manche von ihnen wurden im 17. Jahrhundert in die entsprechenden Innungen inkorporiert. Allmählich löste sich jedoch die Vergabe von hofbefreiten Gewerben von der tatsächlichen Versorgung des Hofes. Ab der Mitte des 17. Jahrhunderts wurden vom Hof Privilegierungen in Form von Freibriefen ausgestellt.[256] Diese Vergabepraxis mündete schließlich seit 1725 unter Karl VI. in eine gezielt antizünftische Schutzdekretpolitik, die Gewerbetreibenden außerhalb des Innungswesens die Ausübung ihres erlernten Gewerbes erlaubte.[257] Ebenfalls außerhalb des Innungswesens bewegten sich die Militärhandwerker – Stadtguardisten und deren Frauen –, die zum Zweck der Aufbesserung ihres kärglichen Lohnes verschiedenen Gewerben nachgingen und dazu nach und nach auch die landesfürstliche Erlaubnis erhielten. Vor allem Bäcker, Schuster, Schneider, Fleischhauer, Leutgeben und Lebensmittelkleinhändler waren unter ihnen häufig anzutreffen.[258]

Schufen Hofhandwerker, Stadtguardisten und Schutzdekretisten ein breiteres Angebot im Kleingewerbe, erwies sich die Vergabe von so genannten *privilegia privativa* als aktivste und am meisten in die Zukunft weisende Form landesfürstlicher Wirtschaftsförderung. Sie zielte auf die Ansiedlung größerer (Manufaktur-)Unternehmen, und nicht zuletzt auf den Export. Die seit dem frühen 18. Jahrhundert in Wien vergebenen *privilegia privativa* erlaubten die zeitlich begrenzte Einfuhr von Rohstoffen oder Fertigwaren zum Zweck des Aufbaus einer einheimischen Produktion, für die ein ausschließliches Erzeugungsrecht und völlige Innungsfreiheit gewährt wurden. Wenn die Produktion sich

etabliert hatte, wurde sie durch Importverbote geschützt. Daneben gab es auch Privilegien geringeren Umfangs zum Zweck der Verbesserung der Produktion u. ä. m.[259] In der Folge wurde die Vergabe von Privilegien in immer systematischerer Form für eine gezielte Anwerbungspolitik eingesetzt. Im Jahr 1717 erging eine »Universal-Einladung« der Regierung an »fremde Fabrikanten, Kaufleute und Manufakturisten ohne Unterschied der Religion«, sich in den kaiserlichen Erblanden anzusiedeln.[260] Der dauerhafte Erfolg dieser Politik ließ allerdings noch zu wünschen übrig, nicht zuletzt weil die Vergabepraxis zu Missbräuchen einlud. Nach 1750 war eine allgemeine Abkehr von der Vergabe ausschließlicher Privilegien festzustellen,[261] wobei die Bemühungen um ausländische Spezialisten jedoch intensiviert wurden und generell eine breitere »Industrieförderung« betrieben wurde. Seit 1787 ersetzten Fabriksbefugnisse die früheren Privilegien.[262] Mit dem Begriff »Fabrikanten« wurden für den auswärtigen Absatz, auf fremde Rechnung arbeitende, in der Regel außerzünftische Meister bezeichnet.[263] Zu den Privilegien und Befugnissen traten zumeist auch monetäre Zuschüsse, im Besonderen wenn bisher in Wien nicht hergestellte Produkte erzeugt wurden. Beispielsweise erhielt der Bologneser Seidenzeugfabrikant Ferdinand Bartoli für die Gründung einer Fabrik 900 fl an staatlicher Beihilfe, in weiterer Folge ein unverzinsliches Darlehen von 15.000 fl, dessen Rückzahlung ihm schließlich erlassen wurde, weil er erfolgreich Bologneser Dünntuche, ganzseidene Toskanaerzeugnisse, glatte Mantini- und Seudeltafte und Musseline in Wien herstellen ließ.[264]

Die Förderung ausländischer Spezialisten blieb jedoch auf ein kleines, innovatives Segment der Stadtwirtschaft beschränkt. Grundsätzlich wurden bei der Vergabe von Gewerbeberechtigungen in den Kleingewerben Einheimische klar bevorzugt. Beispielsweise erhielt der Mann einer Fragnerswitwe das Gewerbe u. a. mit der Begründung, er sei ein *unter Österreich gebürtiges landes Kind*.[265] Ausländische Geburt war ein Hindernis für die Erlangung von Meisterstellen und musste von der Regierung dispensiert werden. Zumeist versuchten ausländische Gesellen über Witwenheiraten diese Hürde zu umschiffen.[266] Sie stießen dabei teilweise auf erbitterten Widerstand der übrigen Gesellen. Im Jahr 1726 brach sogar ein Aufstand der Zeugmachergesellen aus, weil ein damals ja noch österreichischer Bürger aus Schweidnitz/Swidnica in Schlesien als Meister in die Innung aufgenommen worden war.[267]

Liberale gewerbepolitische Elemente brachen sich zunächst nur in Ausnahmesituationen Bahn. Nach dem Ende der Zweiten Türkenbelagerung veranlassten die durch Kampfhandlungen entstandenen Zerstörungen die Regierung, im Generalpatent vom 12. Februar 1684 für die Bauhandwerke temporär Gewerbefreiheit zu gewähren. Diese wurde jedoch nach wenigen Jahren wieder zurückgenommen.[268] Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts wurden die für den Export produzierenden Kommerzialgewerbe völlig aus jedwedem Innungszwang entlassen, ebenso in der Folge auch eine Reihe von »Polizeygewerben«, vor allem im Bereich der Textilverarbeitung. In diesem Gewerbezweig waren schon zuvor zünftische Beschränkungen gelockert worden. Im Jahr 1738 hob die Wiener Hofkanzlei jede Beschränkung der Zahl der Webstühle und Lehrjungen bei den

Galanteriearbeitern und Seidenzeug- und Brokatmachern auf.[269] 1785 wurde von der Kommerzialbehörde eine Verordnung erlassen, die Webergesellen das Umsatteln zu Seidenzeugmachern um »gesellenmäßigen« Lohn gestattete.[270]

Eine zunehmende Liberalisierung kennzeichnete auch die Wirtschaftspolitik im Bereich der Qualitätssicherung. Während die Innungsordnungen auf die Überwachung durch von der Innung bestellte Beschaumeister – ursprünglich häufig die Zechmeister, später vor allem bei den Lebensmittelgewerben zunehmend von der Obrigkeit nominierte Beamte[271] – setzten und solche Beschaumeister auch anfänglich in den protoindustriellen Textilgewerben ihre Funktion ausübten, lockerte sich schon Mitte des 18. Jahrhunderts diese Kontrolle. Die erste Manufakturqualitätenordnung aus dem Jahr 1751, de facto eine Seidenzeugs-Verfertigungsordnung, wurde noch von Beschaumeistern kontrolliert. Im Jahr 1782 jedoch wurde die Qualitätenordnung völlig aufgehoben[272] und die Qualitätskontrolle den Kräften des Marktes überlassen.

Der vorsichtigen Liberalisierung der Gewerbepolitik entsprach jedoch keine Freihandelspolitik. Im Gegenteil: Die von den frühen Merkantilisten propagierte konsequente Schutzzoll- und Einfuhrverbotspolitik gewann im späten 17. und im 18. Jahrhundert immer mehr an Effizienz. Ein 1749 erlassenes generelles Einfuhrverbot auf fremde Textilerzeugnisse ließ sich zwar in dieser Form nicht aufrechterhalten. Es wurde in den Jahren 1756–1763 dahingehend spezifiziert, dass es lediglich für in den Erblanden erzeugte Waren Geltung hatte. Dies betraf 1756 Seidenstoffe, 1757 glatte Samte, 1760 Damast und Florentiner und 1763 geblumte Samte. Bei Engpässen bestand allerdings eine Kontingentregel, die den blühenden Schwarzhandel förderte. Joseph II. ging daher vom Instrument der Einfuhrverbote ab und rief mit dem im Jahr 1784 erlassenen Zollpatent eine effiziente Prohibitivzollpolitik ins Leben, die in ihrer Wirkung einem Einfuhrverbot für ausländische Waren sehr nahe kam.[273]

Obwohl seitens des Staates immer wieder versucht wurde, gezielt ausländische Spezialisten anzuwerben, kann die Technologiepolitik auch noch im 18. Jahrhundert keineswegs als konsistent bezeichnet werden. Vor allem im Kleingewerbe blieb sie – hin und her gerissen zwischen Sicherung des »bürgerlichen Auskommens« und Innovationsförderung – äußerst widersprüchlich. Im Jahr 1743 erlangte beispielsweise der Gürtlermeister Josef Funk die Erlaubnis zur Errichtung der ersten Metallpresse in Wien. Andererseits wurde einem Langmesserschmied im Jahr 1754 die Herstellung einer neuen Metalllegierung zur Verfertigung von Schnallen für Patronentaschen verboten, weil diese in das Gürtlerprivileg eingegriffen hätte.[274] Häufig stand auch innerhalb der Innung das Prinzip der Innungsehre technischen Neuerungen entgegen. Den Posamentierern war beispielsweise das Arbeiten auf mit Wasserkraft betriebenen Mühlstühlen verboten. Dieses Verbot wurde erst von Maria Theresia aufgehoben.[275] Erst im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts setzte sich immer mehr die Förderung neuer Produktionsmethoden gegenüber der Wahrung zünftischer Interessen durch. Beispielsweise wurden im Jahr 1782 im staatlichen Auftrag fünf Frauen nach Brünn/Brno geschickt, um die Arbeit am neu entwickelten zweispuligen Spinnrad zu erlernen.[276] Trotz dieser nunmehr gezielteren

Maßnahmen hielt sich die Verbreitung von produktivitätsverbessernden Innovationen bis in die 1780er Jahre in bescheidenen Grenzen. Lediglich in der Bandweberei erlangten Mühlstühle, die es einer Person erlaubten, eine größere Zahl von Bändern mechanisch herzustellen, ohne das Bandmachen erlernt zu haben, einige Bedeutung. Obwohl schon um 1600 erfunden, sorgten landesfürstliche Verbote und zünftischer Widerstand dafür, dass sich diese Innovation erst ab den 1760er Jahren langsam durchsetzte. Aber selbst 1785 standen 400 Mühlstühlen noch immer rund 2.000 Handstühle gegenüber. Seidenbandfabriken wie jene im Jahr 1763 in Penzing gegründete, die 1779 etwa 90 Mühlstühle mit 8–26 Gängen besaß und der eine eigene Maschinentischlerei und eine Seidenfärberei angegliedert waren, bildeten eher noch die Ausnahme. Es waren also nicht so sehr angebotsseitige Verbesserungen der Produktionstechnik, sondern in weitaus größerem Maß die quantitative und qualitative Ausweitung der Nachfrage – auf die ja die merkantilistische Wirtschaftspolitik im besonderen Maß zielte –, die den wirtschaftlichen Aufschwung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bestimmte.[277]

Wenn man angebotsseitigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen dennoch einen gewissen Einfluss auf die weitere Entwicklung nicht absprechen kann, dann noch am ehesten in der Bildungspolitik. Als wichtigste angebotsseitige Maßnahme erwies sich das Spinnschulen-Aufrichtungs-Patent vom 27. November 1765, welches alle Kinder, deren Arbeitskraft von den Eltern entbehrt werden konnte, zum Besuch einer Spinnausbildung verpflichtete.[278] Mit dem Inkrafttreten des Volksschulgesetzes im Jahr 1781 wurde das Pflichtschulwesen begründet. Schon 1718 wurden eine Ingenieurschule und 1758 eine »Dessinateur-Schule«, die für die zeichnerische Ausbildung der in der Weberei tätigen Gewerbetreibenden von besonderer Bedeutung wurde, ins Leben gerufen.[279] Daneben entstanden weitere berufsbildende Schulen, so im Jahr 1748 im Hofstallgebäude eine Malerakademie, 1768 eine höchst erfolgreiche Kupferstecherakademie, die für Metall verarbeitende Kunstgewerbe ausbildete, und 1770 die Real-Handelsakademie, die kaufmännische und kameralistische Kenntnisse vermitteln sollte.[280] Die Berufsschulen wurden entgegen ihrer ursprünglichen Konzeption vor allem von Meistersöhnen frequentiert. Allmählich begann sich die Ausbildung in diesen Bildungsanstalten, die zunächst vor allem im Abzeichnen französischer Vorlagen bestand, von ausländischen Vorbildern zu emanzipieren, was die Entwicklung einer eigenständigen Wiener Mode förderte. Nicht ganz von ungefähr wurde daher im Jahr 1786 die Zeichenschule mit der Akademie der bildenden Künste vereinigt.[281]

Das Besitzbürgertum

Neben Handwerkern und Gewerbeleuten mit Hausbesitz existierte auch eine Schicht bürgerlicher Rentiers, die ausschließlich oder zumindest primär von ihrem Vermögen leben konnten. Nach Schätzungen von Elisabeth Lichtenberger befand sich im Jahr 1566 nahezu jedes vierte Haus in der Altstadt im Besitz dieser Schicht, die herkunftsmäßig mit

dem städtischen Beamtentum und der akademischen Elite eng verschränkt war. Dass die Vermietung von Wohnraum die wichtigste Einkommensquelle der Besitzbürger darstellte, illustriert die durchschnittliche Mieterzahl. Auf jeden Hausbesitzer kamen unter den Besitzbürgern 4,1, unter den Gewerbetreibenden jedoch nur 1,7 Mieter. Eine noch größere Zahl an Mietern hatten Hausbesitzer mit akademischer Ausbildung aufzuweisen. Gemeinsam kamen auf diesen Teil der Mittelschicht, einschließlich der zunächst noch kleinen Gruppe hausbesitzender Beamter, mehr als die Hälfte aller Mietverhältnisse in der Altstadt.[282] Die Zusammensetzung dieser besitzbürgerlichen Mittelschicht scheint sich auch in der Folge wenig verändert zu haben, wobei das Gewicht der Beamten nach der mehr oder minder dauerhaften Verlegung der Residenz nach Wien unter Kaiser Ferdinand II. zunahm. Für die Jahre 1618 und 1650 gehörten zur Haussteuer veranlagte Akademiker zu den wichtigsten Steuerzahlergruppen. Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts stießen zu dieser bürgerlichen Schicht mit namhaftem Hausbesitz auch noch Stadträte, Stadtgerichtsbeisitzer und Beamte der Niederösterreichischen Regierung, die in der Regel ebenfalls Spitzensteuersätze an Haussteuer bezahlten.[283]

Einen gewissen Einblick in die Vermögensverhältnisse des Besitzbürgertums erlaubt auch die Verteilung der Mitleidenssteuer, einer Art Vermögenssteuer für jene, die keine Gewerbesteuer zu bezahlen hatten.[284] Wie eine Auswertung der Steueranschläge für die Jahre 1618 und 1650 zeigt, waren die Steueranschläge der Mitleidenssteuer relativ hoch und nach dem Dreißigjährigen Krieg im steigenden Ausmaß mit jenen der Haussteuer, und damit mit Hausbesitz, korreliert. Im Gegensatz dazu bestand zum Besitz von Weingärten und der damit verbundenen Weinsteuer ein eher schwacher und im zweiten Drittel des 17. Jahrhunderts abnehmender Zusammenhang. Ein Hinweis auf die steigende Bedeutung dieser nicht im Gewerbe tätigen Mittelschicht gibt auch das Gesamtsteueraufkommen an Mitleidenssteuer. Dieses nahm nach den Steueranschlägen von 1618 bis 1650 beträchtlich zu (+133 %), während das Gewerbesteueraufkommen einbrach (–27 %). Abgesehen von den rund zwei Dritteln Mitleidenssteuerzahlern ohne spezifische Berufsbezeichnung tauchen unter den übrigen wieder jene Sozialgruppen prominent auf, die auch hinsichtlich der Hausbesitz- und Mietverhältnisse eng mit den Rentiers verschränkt waren. Dazu zählten im Jahr 1618 Akademiker, Handelsleute und auch Hauer. Im Jahr 1650 hatte sich dieser Kreis um Äußere Stadträte, Stadtgerichtsbeisitzer, Beamte der Niederösterreichischen Regierung und Hofangehörige erweitert, während die Hauer nunmehr keine wichtige Rolle mehr spielten.[285]

Während im Zeitraum von 1566 bis 1664 besitzbürgerlicher Hausbesitz in der Altstadt – ebenso wie der bürgerliche Hausbesitz im Allgemeinen – deutlich zurückging, gewann er in den Vorstädten an Bedeutung. In den Jahren 1642–1678 finden sich in St. Ulrich etwa 23 % der Besitzer bürgerlicher Häuser ohne Berufs- oder Standesbezeichnung – ein erheblicher Teil wohl Besitzbürger –, in den Jahren 1683–1720 in St. Ulrich und Neubau jedoch 42 %.[286] Im 18. Jahrhundert nahm innerhalb des bürgerlichen Hausbesitzes selbst in der Stadt der Anteil von Besitzbürgern wieder zu, und zwar um 1780 auf annähernd den Ausgangswert von einem Viertel. Offensichtlich gewann unter vermö-

genderen Wirtschaftsbürgern und Akademikern Hausbesitz als Kapitalanlage wieder an Attraktivität.[287] Der Anteil der Hausbesitzer ohne Berufsbezeichnung in den Vorstädten war ähnlich hoch, allerdings mit beträchtlichen Schwankungen innerhalb der Vorstadtzone. So betrug er etwa im Jahr 1780 auf der Wieden 30 %, in der Alser- und Währingergasse 15 %.[288] Dies alles spricht für eine nicht unerhebliche und zeitlich an Bedeutung gewinnende ökonomische Position außergewerblicher bürgerlicher Schichten im frühneuzeitlichen Wien, einschließlich der Vorstädte.

Handel und Kaufleute[289]

Jeder Versuch einer Darstellung der Wiener Handelsgeschichte der Frühen Neuzeit sieht sich mit drei grundlegenden Schwierigkeiten konfrontiert, von denen eine aus dem Epochencharakter dieser Phase der europäischen Geschichte resultiert, während die beiden anderen mit den Voraussetzungen einer Geschichte der Stadt Wien und einer spezifischen historiographischen Tradition zusammenhängen.

Im Verlauf der Frühen Neuzeit vollzog sich in Europa der Übergang von einem auf städtischen Knotenpunkten beruhenden Handelsnetzwerk zu einem auf territorialen Wirtschaftseinheiten basierenden Austauschsystem. Die in der Regel als »merkantilistisch« bezeichnete Wirtschaftspolitik der an Macht, Ressourcen und Kompetenzen gewinnenden Staatsgewalten begann das städtische Handelsnetzwerk nach ihren Bedürfnissen und Zielsetzungen zu remodellieren, indem sie Grenzen errichtete, die seit langem bestehende Austauschbeziehungen erschwerten oder blockierten, alten Handelszentren ihre Vorrangstellung entzog, neue Knotenpunkte schuf und generell die Regeln des Handelsbetriebs zu definieren begann. Obwohl bereits das 16. Jahrhundert in Wien in dieser Hinsicht mit einem Paukenschlag einsetzte und die autonome Regelungskompetenz der Stadt als eines der urbanen Zentren der territorialen Hausmacht der habsburgischen Dynastie deutlich limitiert wurde, macht es für das 16. Jahrhundert doch noch Sinn, von einer Handelspolitik und -geschichte der Stadt Wien zu sprechen. Im Hinblick auf das 18. Jahrhundert, als eine energische Politik der Zentralgewalt Maßnahmen zu setzen begann, die darauf abzielten, die dynastische Union der ererbten und eroberten Länder in einen einheitlichen Wirtschaftsraum umzuwandeln und dessen Stellung im Rahmen der europäischen und bis zu einem gewissen Grad auch der Weltwirtschaft neu zu definieren, ist dies nicht mehr möglich. Wien wurde dadurch zum rasch expandierenden politischen, finanziellen, kommerziellen und konsumptiven Zentrum einer kontinentaleuropäischen Großmacht, zum Sitz von Behörden und Firmen, deren Handlungsspielräume nicht mehr von der Bürgergemeinde und ihren administrativen Instanzen, sondern von der Wirtschafts- und Machtpolitik der die Geschicke dieser Großmacht im Rahmen des europäischen Staatensystems lenkenden Personen und Institutionen bestimmt wurden.

Seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wird die Wiener Handelsgeschichte der Frühen Neuzeit in Form eines Niedergangsszenarios erzählt. Während das Wien des

Spätmittelalters auf Grund der Stellung der Stadt und ihrer Kaufleute im Ungarn- und Venedighandel als bedeutendster Handelsplatz im Südosten des Reiches gesehen wird, hätten politische Wirren, Münzverschlechterung, grundlegende Wandlungsprozesse des europäischen Fernhandels am Beginn der Neuzeit im Verein mit der – aus den weitläufigen Handelsprivilegien der Stadt resultierenden – passiven Haltung der Wiener Kaufmannschaft und dem Vorstoß des oberdeutschen Kaufmannskapitals zu einem Bedeutungsverlust im interregionalen Handel und einer Provinzialisierung der Kaufmannschaft geführt. In der Folge sei der Wiener Handelsplatz beziehungsweise das, was von seinem mittelalterlichen Glanz übrig geblieben war, bis ins späte 18. Jahrhundert hinein ganz und gar von »Ausländern« dominiert worden.[290] Mit spitzer Feder hat Otto Brunner, der hier stellvertretend für viele andere Autoren zitiert sei, 1950 diese Sichtweise auf den Punkt gebracht:

> 1515 ist das Stapelrecht für den Großhandel aufgegeben worden und bis ins 18. Jahrhundert hinein haben hier die oberdeutschen und dann auch italienischen Niederleger die führende Stellung inne. Die Kaufmannschaft begnügte sich im wesentlichen mit dem lokalen Absatz und dem Detailgeschäft. Man hat diese Tatsache auf die ›Passivität‹, die ›Indolenz‹ der Wiener Kaufleute zurückgeführt, die durch das Stapelrecht gesichert, sich lange mit dem bequemen Zwischengewinn begnügte und auf eine aktive Tätigkeit in der Fremde verzichtete. (…) So ist hier tatsächlich ein wenig aktiver Kaufmannstyp gezüchtet (sic!) worden. (…) Es fehlte (…) an Schulung und Erfahrung im Auslandsgeschäft und der unternehmende, aktive Typ zog anderwärts hin, während die passiven eben da blieben. So wiegt im Wiener Großbürgertum ein Menschentyp vor, der bei allen liebenswerten Zügen doch hinter den Unternehmerschichten anderer Länder zurücksteht. (…) Das wirkte bis ins 19. Jahrhundert nach. (…) Noch die Industrie ist doch sehr wesentlich von Zuwanderern aufgebaut worden, denen der zweifelhafte Typ des kleinen ›Wiener Vorstadtfabrikanten‹ ähnlich gegenüber steht wie der Wiener Kaufmann der älteren Zeit dem fremden ›Niederleger‹.[291]

Immerhin bemerkte Brunner auch, dass mit der vielbeschworenen »Passivität« der Wiener noch nichts erklärt ist und man nach den geschichtlichen Voraussetzungen dieser Erscheinung fragen müsse, zumal ja auch andere bedeutende europäische Handelsplätze im Verlauf der Frühen Neuzeit grundlegende Veränderungen ihrer Position erfahren haben.

Eine Revision dieses fest etablierten Bildes vom Verfall der Wiener Handelsstellung seit der Mitte des 15. Jahrhunderts ist leichter eingefordert als durchgeführt. Das hängt vor allem mit einer sehr vertrackten und ausgedünnten Quellenlage zusammen. Für Wien existieren – außer einigen Fragmenten – weder Mautregister, die es erlauben würden, den Umfang und die Zusammensetzung des in und durch die Stadt gehenden Handelsverkehrs für das 16. und 17. Jahrhundert zu erfassen, noch umfangreichere und leicht zugängliche Quellenbestände, die die Zahl, Gliederung und Aktivität der aus Wien stammenden oder in Wien tätigen Kaufleute für diese Periode dokumentieren. Erst für die Zeit ab der Mitte des 18. Jahrhunderts wird die Quellenlage dichter, und es zeigt sich,

dass zumindest für die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, wie Ingrid Mittenzwei kürzlich in einem wichtigen Buch dargestellt hat,[292] das von Brunner (und anderen) gefällte Urteil über das Wiener Bürgertum in mancherlei Hinsicht mehr auf einer historiographischen Tradition, wenn nicht gewissen Vorurteilen, denn auf einer genauen Analyse der historischen Realität beruht. Im Folgenden werden zunächst die Handelslage Wiens im Hinblick auf die wichtigsten, die Stadt berührenden interregionalen Handelswege, deren relative Bedeutung und die Veränderungen, die sich im Verlauf der Frühen Neuzeit in deren Hierarchie vollzogen, dargestellt und die Grundlinien der Handelspolitik im Übergang von der stadtwirtschaftlichen zur territorialwirtschaftlichen Prägung verfolgt. Daran schließt ein Versuch an, anhand einiger Indikatoren ein Bild der wesentlichen Handelskonjunkturen im hier betrachteten Zeitraum zu skizzieren. Abschließend werden die Zusammensetzung der Wiener beziehungsweise am Wiener Platz aktiven Kaufmannschaft und deren Veränderung erörtert. Obwohl punktuell, insbesondere für die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert, auf eigene Forschungsresultate zurückgegriffen werden konnte, weist die Darstellung einige empfindliche Lücken auf, die auf Grund der schwierigen Quellenlage und des ungleichen Standes der Forschung zu diesen Problemen nicht zu vermeiden waren.

Strukturelle Determinanten der Stellung Wiens im interregionalen Handel

Wien verdankt seinen Aufstieg zu einem bedeutenden Handelszentrum seit dem 13. Jahrhundert einerseits seiner Verkehrslage am Kreuzungspunkt zweier Handelswege des zentraleuropäischen Raumes – der Donau als der wichtigsten West-Ost-Verbindung und der Straße, die von Venedig durch das Kanaltal und die Mur-Mürz-Furche über den Semmering nach Wien und von hier weiter in die böhmischen Länder führte –, andererseits der Förderung und Privilegierung der Stadt als dem zentralen Handelsplatz des Erzherzogtums Österreich durch die babenbergischen und habsburgischen Landesherren.[293] Verkehrslage und Handelspolitik stellten auch im Verlauf der Frühen Neuzeit die wesentlichen Determinanten der Rolle, die die Stadt als überregionales Handelszentrum spielte, dar. Im folgenden Abschnitt wird zuerst auf die West-Ost-Achse und die Veränderungen, denen der Donauhandel in diesen Jahrhunderten unterworfen war, eingegangen, um dann die Nord-Süd-Transversale und die auf sie einwirkenden Kräfte zu betrachten.

Wien und der Donauhandel

Die Stellung Wiens im interregionalen Handel wurde auch im Verlauf der Frühen Neuzeit vor allem anderen dadurch bestimmt, dass die Stadt an einer der bedeutendsten zentraleuropäischen Verkehrsadern dieser Zeit, der Donau, liegt. Diese einfache geographi-

sche Tatsache machte die Stadt im Verein mit ihrem Stapelrecht, das im Zuge der Eroberung und Besetzung weiter Teile Ungarns durch die Osmanen auch im 16. und 17. Jahrhundert seine den interregionalen Handel strukturierende Funktion bewahrte, vor dem Hintergrund eines von Nordwesten nach Südosten zunehmenden Gefälles im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau zur wichtigsten Drehscheibe im Handel zwischen dem süddeutschen Zentralraum und der südostmitteleuropäischen Peripherie. Die handels- und verkehrsgeschichtliche Bedeutung der Donau resultierte aus den Vorteilen des Wassertransportes unter vorindustriellen Verkehrsbedingungen und dem weiten Einzugsbereich, den der Strom mit seinen Nebenflüssen eröffnete. Der Oberlauf der Donau, wo Lech und Isar zumindest mit Flößen befahren werden konnten, gewährleistete den Kontakt mit Ulm, Augsburg und der bayerischen Hauptstadt München. In Regensburg wurden die über Land von Nürnberg kommenden oder dorthin gehenden Waren umgeladen. Bei Passau mündet der ab Hall in Tirol befahrbare Inn, der gemeinsam mit der Salzach (schiffbar ab Hallein) eine Verbindung mit den beiden wichtigsten östlichen Alpenübergängen, der Brenner- und der Tauernstraße, herstellte, in den Strom. In Oberösterreich stoßen die für den Salzhandel donauabwärts wichtige Traun und die seit den siebziger Jahren des 16. Jahrhunderts auch für den Schiffsverkehr zugängliche Enns, auf der der Transport von Eisen, Stahl und Metallwaren aus dem Innerberger Revier an die Donau abgewickelt wurde, hinzu. Der Wassertransport auf der Donau und ihren Zubringern gewährleistete somit einerseits eine Anbindung Wiens an den großen, sich von Nordwesteuropa nach Oberitalien erstreckenden zentraleuropäischen Handelskorridor, der zwischen 1450 und 1650 von grundlegender Bedeutung für den kontinentaleuropäischen Fernhandel war und in dem die oberdeutschen Handelsmetropolen Nürnberg und Augsburg wesentliche Drehscheiben und Angelpunkte darstellten. Andererseits ermöglichte er im Anschluss an die Brenner- und Tauernstraße einen direkten Kontakt mit dem oberitalienischen Zentralraum. Für die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert wurde das Verkehrsvolumen auf der Donau (Maut Linz) auf etwa 27.000 metrische Tonnen (t), auf der Brennerstraße auf 12.000 t und auf der Tauernstraße auf 4.000 t geschätzt.[294]

Die überragende Rolle der Donau für den Handelsverkehr bildete die Grundlage für die Ausbildung eines hoch entwickelten Transportgewerbes entlang des Stromes und seiner befahrbaren Nebenflüsse.[295] In dieser Hinsicht zeichnet sich eine klare Hierarchie der den Warenverkehr vermittelnden Orte ab. 1627, einem der wenigen Jahre, für die ausführliche Daten vorliegen, passierten 5.617 Schiffe – einzeln oder in Form von Schiffszügen – und 899 Flöße die Mautstelle Linz. Von den Schiffen fuhren 3.903 stromabwärts, 1.714 wurden großteils in Frachtzügen gegen den Strom aufwärts gezogen. Insgesamt waren 840 Frächter aus 145 unterschiedlichen Orten, die 3.409 Fahrten durchführten, an diesem Verkehrsaufkommen beteiligt.[296]

Frächter aus Regensburg und Hall in Tirol, die 1627 gemeinsam beinahe die Hälfte der Mautzahlungen leisteten, sowie Spediteure aus Salzburg hatten eine dominierende Stellung im Transport- und Speditionswesen im Bereich der Donau oberhalb von Wien inne. Das hoch entwickelte, in Form eines Schiffmeisteramtes straff organisierte Re-

gensburger Transportgewerbe wickelte den Transport von Kaufmannsgütern aus Nürnberg, Augsburg, Frankfurt und Ulm donauabwärts zu den Jahrmärkten in Linz, Freistadt und Krems und in die Wiener Niederlage ab. Ein bis zwei Mal im Monat sandte das Schiffmeisteramt große Frachtschiffe mit Kaufmannswaren nach Wien, sodass im ausgehenden 16. Jahrhundert jährlich etwa 15–17 solcher »Regensburger Güterschiffe« in der Stadt ankamen.[297] In Hall wiederum übernahmen die dort ansässigen Schiffmeister diese Funktion für über den Brenner aus Oberitalien und von den Bozener Messen eintreffende Waren.[298] Salzburger Spediteure vermittelten einen erheblichen Teil des Handels aus Venedig über die Tauernpässe an die Donau.[299] Bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts hatten alle wichtigen Handelsorte an der oberen Donau einen regelmäßigen Schiffsverkehr mit Wien eingerichtet.

Eine Spezialisierung der einzelnen, am Warentransport beteiligten Orte hinsichtlich der Transportrichtung ist klar erkennbar. Die Frächter aus Regensburg, Hall in Tirol, Ulm und Salzburg fuhren mit ihren Schiffen fast ausschließlich donauabwärts und ließen diese meist am Bestimmungsort der Waren zurück, während diejenigen aus dem Großraum Linz und den Frachtorten unterhalb von Linz die Gegenfuhren stromaufwärts übernahmen. Lediglich die Frächter aus Passau, Laufen und Spitz an der Donau waren in beiden Richtungen aktiv. In dieser Arbeitsteilung spiegelt sich die Struktur und Frequenz des Warenverkehrs auf der Donau wider. Während flussabwärts hauptsächlich Gewerbeprodukte und Fernhandelsgüter verfrachtet wurden, dominierten Massengüter wie Wein, Getreide, Eisen, Wachs und Honig den Transport in die Gegenrichtung. Die Frachtkosten pro Gewichtseinheit der flussaufwärts transportierten Güter, die mittels Pferden gegen den Strom gezogen werden mussten, waren somit wesentlich höher als bei den donauabwärts gehenden Waren. Bei allen Vorteilen, die der Wassertransport sonst bot, war dies ein gravierender Nachteil für den Handel mit Gütern aus dem ostösterreichischen und ungarischen Raum. Das Verkehrsaufkommen donauabwärts war daher nicht nur im Hinblick auf den Wert der Güter, sondern auch hinsichtlich der Zahl der Frachtfuhren wesentlich größer als dasjenige flussaufwärts, bei dem relativ wenige große Frachtzüge für Wein, Getreide, Eisen u. a. das Transportgeschehen prägten.[300]

Im Verlauf des 16. Jahrhunderts gewannen entlang der Donauroute neben der – vor allem im Handel mit Ungarn – weiterhin alle anderen Plätze überragenden Wiener »Niederlage« die Jahrmärkte in Linz, Krems und Freistadt zunehmend an Bedeutung. Insbesondere der Handelsaustausch mit den nördlichen und nordöstlichen Nachbarländern Böhmen, Mähren, Schlesien und Polen wurde zunehmend über diese Jahrmärkte abgewickelt, von denen die Linzer im Verlauf des Jahrhunderts Messecharakter annahmen und zu wichtigen Zahlungsterminen für den interregionalen und den Fernhandel wurden.[301] Die Frequenz des Warentransportes auf der oberen Donau, die kurz vor dem Linzer Oster- und Bartholomäusmarkt (24. August) sowie den Kremser Märkten zu Jakobi (25. Juli) und Simon und Judas (28. Oktober) deutlich anstieg, spiegelt die Rolle dieser Veranstaltungen als Warenumschlagplätze und Treffpunkte der im zentraleuropäischen Raum aktiven Kaufleute wider. Diese Entwicklung musste zwangläufig auf Kosten

des durch Straßenzwang und Stapelrecht bislang stark bevorzugten Wiener Handelsplatzes gehen. Die Tatsache, dass in der Mautordnung von 1675 Linz und Krems gleichberechtigt mit Wien als Legstätten für den interregionalen, die Grenzen der österreichischen Erbländer überschreitenden Handel genannt wurden,[302] ist ein deutlicher Ausdruck für die seit dem 16. Jahrhundert zunehmende Dezentralisierung des Fernhandels entlang der Donauroute. Lediglich im Handelsaustausch mit Ungarn behielt Wien auch im 17. und 18. Jahrhundert seine alle anderen Plätze überragende Bedeutung.

Der Rolle der Donau als Handelsstraße kam auch darin zum Ausdruck, dass sich mit Linz, Mauthausen, Ybbs, Stein und Wien eine Kette von landesfürstlichen Mautstellen, die einen nicht unwesentlichen Teil der Kammereinkünfte einbrachten, entlang des Flusslaufes in Ober- und Niederösterreich befanden. Seit dem ausgehenden 15. Jahrhundert wurde zudem in Engelhartszell ein Ausfuhrzoll auf Wein, ab der Mitte des 16. Jahrhunderts dann auch auf Getreide, aus Niederösterreich eingehoben. War die Nutzung dieser Maut- und Zollämter im 16. und der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts noch primär fiskalischer Natur, setzte mit der Vectigal- und Mautordnung des Jahres 1672 eine Politik ein, die darauf abzielte, die Mauten auch als Instrumente einer territorialen Handelspolitik einzusetzen. Die Tarife dieser Mautordnung, die auf Grund heftiger Proteste der Kaufleute und der ständischen Gremien zwar rasch wieder zurückgezogen und 1675 in veränderter Form neuerlich implementiert wurde, enthielten erstmals unterschiedliche Ansätze im Hinblick darauf, ob eine Ware in den Erbländern selbst produziert oder aus dem ›Ausland‹ importiert wurde. Im Zuge der Auseinandersetzungen um die Mautpolitik erscheint in dieser Periode auch der Gedanke, das Mautsystem dahingehend zu reformieren, dass es den Aufbau eines Grenzzollsystems bei gleichzeitigem Abbau der Binnenmauten ermöglichte, wenn auch bis zur Realisierung dieser Konzeption noch ein weiteres Jahrhundert vergehen sollte und das System der vorgeschriebenen Legstätten (an der Donau Linz, Krems und Wien) als Verzollungsorte für Kaufmannsgüter aufrechterhalten wurde.[303]

Beide Ansätze, die einerseits auf einen Schutz der in den Erbländern entstehenden und von staatlicher Seite geförderten Manufakturproduktion ausgerichtet waren, andererseits der territorialstaatlichen Konsolidierung dienten, wurden im zweiten und dritten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts unter Karl VI. im Rahmen eines sich in seinen Grundzügen nun deutlicher abzeichnenden, territorialen wirtschafts- und handelspolitischen Konzeptes weiter vorangetrieben.[304] Diese Politik, die auch auf den Zusammenschluss der habsburgischen Erbländer zu einem vom Reich getrennten Wirtschafts- und Handelsraum abzielte und gleichzeitig bestrebt war, den Außenhandelsverkehr durch Straßenbau und Binnenzollerleichterungen über die Adriahäfen zu lenken, führte tendenziell zu einer Herabsetzung der Bedeutung der Donau als zentralem Handelsweg durch die österreichischen Länder und nach Wien. Mit der Maut- und Vectigalordnung des Jahres 1725 für Ober- und Niederösterreich wurde durch eine weitere Differenzierung der Tarifsätze der Donaumauten deren Schutzzollcharakter verstärkt, 1728 wurden gleichzeitig Importverbote für gewerbliche Produkte erlassen und eine zunächst provisorische Aufhe-

bung der Binnenmauten auf den Transportwegen aus den böhmischen und österreichischen Ländern nach Triest durchgeführt. Den Protest insbesondere der oberdeutschen Reichsstädte, die den Verlust eines wesentlichen Absatzmarktes für ihre gewerbliche Produktion befürchteten, beantwortete der Vorsitzende der Hauptkommerzkommission in Wien, Graf Sinzendorf, mit der Aussage, dass »jeder selbst sehen (müsse), wie er seine Bettler versorge. Österreich könne wegen der sich selbst allernächst schuldigen Treue mit seinem Schaden nicht für andere zuerst sorgen«.[305]

Die Autarkie- und Abgrenzungspolitik der Erbländer gegenüber dem Reich untergrub die Stellung der Linzer Märkte und führte zu einer Reduzierung des Handelsverkehrs aus Oberdeutschland nach Wien, die im Lauf des 18. Jahrhunderts vermutlich durch einen zunehmenden Transport von Waren aus Ungarn und dem europäischen Teil des Osmanischen Reiches donauaufwärts aufgewogen wurde. Allerdings mangelt es an quantitativen Belegen für diese Annahme. Parallel dazu wurde durch die Förderung der Häfen Triest/Trieste und Fiume/Rijeka und den damit einhergehenden Ausbau der Verkehrswege in nord-südlicher Richtung bei gleichzeitiger starker Ausrichtung auf Wien, der ebenfalls in den zwanziger Jahren energisch vorangetrieben wurde, die Verkehrspolitik verstärkt auf eine Förderung der Nord-Süd-Transversale ausgerichtet. Dahinter stand die Intention, den Außenhandel der Erbländer von den bislang für ihn zentralen Seehäfen Hamburg im Norden und Venedig im Süden in einen Hafen des eigenen Herrschaftsbereiches umzulenken.[306] Obwohl diese Bestrebungen und Maßnahmen erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu dem intendierten Ergebnis führten,[307] sind die Grundlagen dafür doch bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren geschaffen worden. Nach einer Erlahmung des Reformelans in den letzten Regierungsjahren Karls VI. und einer Umlenkung der staatlichen Energien in die außenpolitische Arena im Zuge des österreichischen Erbfolgekrieges und der Auseinandersetzungen mit Preußen in den vierziger und fünfziger Jahren wurde die gesamtstaatliche Schutzzoll- und Autarkiepolitik ab den sechziger Jahren weit energischer, als es bislang der Fall war, fortgesetzt und auch auf Ungarn ausgedehnt, dessen Außenhandel nun wieder verstärkt auf Wien ausgerichtet werden sollte. Nach 1725 war auf Grund der hohen Ein- und Durchfuhrzölle durch die österreichischen Länder der Import von Manufakturwaren nach Ungarn vermehrt über die Leipziger Messen und Breslau erfolgt. 1755 wurden die Zollsätze dahingehend verändert, dass erbländische Manufakturerzeugnisse gegenüber ausländischen beim Import nach Ungarn deutlich bevorzugt und der Export von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus Ungarn in die Erbländer erleichtert wurde, während gleichzeitig durch hohe Zollsätze auf importierte Roh- und Hilfsstoffe die Entwicklung gewerblicher Produktionszentren in Ungarn zum Schutz der erbländischen Industrien behindert wurde. Solcherart wurde die Arbeitsteilung zwischen den ›deutschen Erbländern‹ der Monarchie und den Ländern der Stephanskrone vertieft und Ungarn in die Rolle eines Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten gedrängt. Der Handelsplatz Wien als nach wie vor wichtigstes Transaktionszentrum für den Handel mit Ungarn und das in der Stadt ansässige Kaufmannskapital profitierten von dieser Politik. 1775 kam es, nachdem die Privatmauten

nach und nach abgelöst worden waren, zur Vereinigung der österreichischen und böhmischen Erbländer mit Ausnahme Tirols und der Vorlande zu einem einheitlichen Zollgebiet, an das 1784 auch Galizien angeschlossen wurde, während Ungarn und seine Nebenländer bis 1851 durch eine Zolllinie davon getrennt blieben.[308] Der Außenhandel der beiden größten Zollgebiete der Monarchie bietet daher ein »ein treffendes Spiegelbild des Wirtschaftsgefälles«[309] zwischen ihnen.

Unterhalb von Wien war die Donau von weit geringerer Bedeutung für den Handelsverkehr. Der Handelsaustausch mit Ungarn und dem Osmanischen Reich vollzog sich bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts hauptsächlich auf dem Landweg. Die Ursachen dafür lagen einerseits in den schwierigen Bedingungen der Donauschifffahrt unterhalb Wiens, zumal der Flusslauf zwischen Pressburg/Bratislava und Komorn/Komárom/Komárno auf Grund der Zersplitterung des Flussbettes in eine Vielzahl von Armen und deren Versandung – es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die Donau sich hier jedes Jahr ein neues Bett grub – den Schiffsverkehr und insbesondere die Bergfahrt bis zu den Regulierungsarbeiten an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ungemein erschwerte.[310] Bei Transporten flussaufwärts wurden daher die Waren in der Regel in Komorn von den Schiffen für den Weitertransport nach Wien auf Wagen umgeladen. Andererseits war das Hauptausfuhrgut Ungarns im 16. und 17. Jahrhundert Lebendvieh, das über Land auf die Viehmärkte im Raum Wien getrieben wurde. Die osmanische Eroberung weiter Teile des ungarischen Königreichs hatte keineswegs zu einer Unterbrechung des Handelsaustausches in westlicher Richtung geführt. Vielmehr ist es im Verlauf des 16. Jahrhunderts auf Grund einer mit den Kriegsschäden und Bevölkerungsverlusten einhergehenden Extensivierung der Landwirtschaft in der ungarischen Tiefebene zu einer beträchtlichen Steigerung des Exports von Lebendvieh gekommen, der zunächst hauptsächlich über die Wiener Viehmärkte, im späten 16. Jahrhundert dann auch über diejenigen im mährischen Auspitz/Hustopeče abgewickelt wurde.

Der Außenhandel Ungarns in westlicher Richtung war im Verlauf der gesamten, hier betrachteten Periode dadurch gekennzeichnet, dass er auf dem Export von Rohstoffen und Agrargütern beruhte, wobei sich der Anteil des Viehs (Schlachtochsen) im 16. Jahrhundert auf 90 % des offiziellen Exportwertes belief. Daneben spielten Häute, Wachs, Honig, Trockenfrüchte und Fische eine nicht unbeträchtliche Rolle. Der bedeutende Kupferexport aus den oberungarischen Gruben wurde an den Dreißigstzollämtern – Dreißigst war der ungarische Außenhandelszoll, der sich auf 3 % des Zollwertes der Waren belief – in der Regel nicht erfasst und im 16. und 17. Jahrhundert zum überwiegenden Teil in nördlicher Richtung über Polen und Schlesien zu den Ostseehäfen abgewickelt. Die Importe bestanden hingegen fast ausschließlich aus Gewerbeprodukten aus dem west- und mitteleuropäischen Raum, insbesondere Textilien und Metallwaren. Diese Struktur des westlichen ungarischen Außenhandels hat sich bis ins späte 18. Jahrhundert nicht grundlegend verändert, wobei allerdings im Verlauf dieses Jahrhunderts Getreide, Wolle und Tabak die einseitige Ausrichtung der ungarischen Agrarexporte auf die Viehausfuhr reduzierten.[311]

Der zunehmende Viehexport und der Rückgang der Nachfrage nach Importgütern im Zuge der Eroberung durch die Osmanen, insbesondere auf Grund der Verwüstungen des Landes und der Bevölkerungsverluste im Verlauf des langen Türkenkrieges an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert, führte dazu, dass Ungarn in westlicher Richtung eine das 16. Jahrhundert über zunehmend positivere Handelsbilanz aufwies. Die – im Hinblick auf die Importe teilweise lückenhaften – Daten für das Jahr 1542 lassen auf einen zollwertmäßigen Anteil der Exporte am gesamten westlichen Außenhandel Ungarns von 70 % schließen. Bis ans Ende des 16. Jahrhunderts schrumpfte der Importanteil im Handel über Wien auf 10 %. 1783 beliefen sich die Exporte auf 57 % des Außenhandelswertes Ungarns mit dem Zollgebiet der »österreichischen Länder« der Habsburgermonarchie.[312]

Trotz der einseitigen Struktur des Handels und der schrumpfenden Nachfrage nach westlichen Gewerbeprodukten profitierte Wien im 16. Jahrhundert insofern stark vom Handel mit Ungarn, als die osmanischen Eroberungen dazu geführt hatten, dass deutsche und österreichische Kaufleute den Aktivhandel in Ungarn nahezu zur Gänze einstellten und sich Wien dadurch noch mehr als dies im Spätmittelalter der Fall war zum Treffpunkt deutscher und italienischer mit ungarischen Kaufleuten entwickelte. Als nach dem Abschluss eines Handelsvertrages mit dem Osmanischen Reich 1615, der den Kaufleuten beider Seiten Handelsfreiheit im Gebiet des Gegners gegen Entrichtung eines Zolls von 3 % des Warenwertes gewährte,[313] die Hofkammer die Wiener und in Wien tätigen auswärtigen Kaufleute zu einem Gutachten über die angesichts der neuen Situation zu ergreifenden Maßnahmen aufforderte, antworteten diese, dass *nit ainer von den unsern, so etwas fürnembst ist, sich mit seinen Waren nur gen Ofen begeben, geschweigent noch weiter in des Türken Gebiet, oder gar nach Constantinopl wagen würde*. Das Vorhaben der Kammer, in Hainburg eine Handelsniederlage zu errichten, die auch von türkischen Kaufleuten hätte besucht werden können, lehnten sie kategorisch ab. Vielmehr sollte es dabei bleiben, wie es seit der Eroberung Ofens in Friedenszeiten im Handel mit den Türken gehalten worden sei: Die ungarischen Handelsleute aus Komorn, Raab/Györ, Tyrnau/Trnava, Pressburg und anderen Orten sowie die Ungarn, die auf türkischem Gebiet wohnten, sollten weiterhin nach Wien zur »Generalniederlage« reisen und den Türken die Waren in ihr Gebiet hinabführen. Die Siebenbürger, Debreziner, Großwardeiner und oberungarischen Kaufleute hätten vor dem Fünfzehnjährigen Krieg von Wien aus durch türkisches Gebiet bis nach Waitzen/Vác mit ihren Waren freien Durchgang zu Wasser – also doch wohl auf der Donau – gehabt, von wo sie dann auf guten Wegen nach Hause gereist wären. Seit dem Krieg müssten sie einen großen Umweg über Land nehmen und würden sich deshalb vermehrt nach Krakau/Kraków und Breslau/Wrocław wenden. Dieser Vorkriegszustand sei wieder herzustellen, die Türken sollten weiterhin mit den Ungarn, die Ungarn mit Wien Handel treiben. Solcherart könnte auch der Handel mit Konstantinopel in Gang gebracht werden, wodurch man die levantinischen Waren sogar billiger erhalten könnte als über Venedig.[314]

Dieses Dokument verdient deshalb Beachtung, weil es das Verhältnis zwischen Wien und dem osmanisch besetzten Teil Ungarns auch für die folgenden hundert Jahre tref-

fend charakterisiert. Wien war das gesamte 17. Jahrhundert hindurch ein wichtiger, aber im Hinblick auf das Handelsvolumen kaum expandierender, im Vergleich zum 16. Jahrhundert sogar stark reduzierter Umschlagplatz für den Handel mit Ungarn und bis zu einem gewissen Grad auch dem europäischen Teil des Osmanischen Reiches. Im Verlauf des 16. Jahrhunderts, vor allem aber seit der Wende zum 17. Jahrhundert, trat die von Frankfurt am Main bzw. Leipzig über Breslau nach Krakau verlaufende Handelsstraße in Konkurrenz zur Donauroute, wobei sich vor allem die oberungarischen und Siebenbürger Kaufleute verstärkt auf den Krakauer und Breslauer Handelsplatz und in weiterer Folge auf die Messestadt Leipzig hin zu orientieren begannen. Die Wiener bzw. am Wiener Platz tätige Kaufmannschaft verhielt sich im Handel mit Ungarn (mit Ausnahme des Vertriebs der Erze aus den oberungarischen Gruben) und dem Osmanischen Reich weitgehend passiv, und auch eine erste staatlich gestützte Initiative in Form einer Orientalischen Handelskompanie (1667–1683) konnte in dieser Hinsicht nur bescheidene Ergebnisse erzielen. Zwar schickte die mit einem Monopol für den Handel mit dem Osmanischen Reich ausgestattete Kompanie, deren Betreiber sich aus dem Kreis der Wiener Niederleger, Hofhandelsleute und hochrangiger Angehöriger der Kameralverwaltung rekrutierten, in den ersten Jahren ihres Bestehens zahlreiche Schiffe mit Textil- und Eisenwaren donauabwärts und errichtete Niederlagen in Ofen, Belgrad und Konstantinopel. In der Folge konzentrierte sie ihre Aktivitäten aber vor allem auf den monopolisierten Ochsen- und Häuteimport aus Ungarn.[315]

In den siebziger Jahren des 17. Jahrhunderts war diese erste Orientalische Kompanie auch im Import von Olivenöl aus dem östlichen Mittelmeerraum über Triest nach Wien tätig, und in diesem Zusammenhang wurde von Seiten der Wiener Niederleger erstmals der Gedanke ins Spiel gebracht, Triest zum Freihafen zu erheben und von hier aus den Seehandel in die Levante und an die Atlantikküste zu fördern. Ansätze zur Realisierung dieses Projekts scheiterten aber zu dieser Zeit noch am Widerstand Venedigs und dem Desinteresse der holländischen Kaufmannschaft.[316] Letztere interessierte sich mehr für den Landweg über Wien ins Osmanische Reich und damit für den Handel entlang der Donaulinie. Die Niederlande gewährten nach 1683 materielle und personelle Unterstützung für den Aufbau einer Donauflottille, zunächst vor allem für Kriegszwecke, ein gemeinsames Handelsprojekt wurde entworfen, der diesbezügliche Vertrag trat aber nicht in Kraft.[317] Aus Wiener Sicht hatten beide Projekte, die Aktivierung des Donauhandels mit dem Osmanischen Reich und der Ausbau eines eigenen Adriahafens ein gemeinsames Ziel: die für die österreichischen Länder nach wie vor bestehende Dominanz Venedigs im Handel mit levantinischen Waren und damit auch die Herrschaft der alten Handelsmetropole über die Schifffahrt in der oberen Adria zu brechen.[318]

Nach den großen militärischen, in den Friedensverträgen von Karlowitz/Sremski Karlovci 1699 und Passarowitz/Požarevac 1718 abgesicherten Erfolgen gegen das Osmanische Reich wurden beide Projekte mit vermehrtem Elan neuerlich aufgegriffen. 1717 verkündete Karl VI. per Patent die Freiheit der Schifffahrt in der Adria, zwei Jahre später, am 15. März 1719, erhob er Triest und Fiume zu Freihäfen. Am 27. Juli 1718 wurde, kurz

nach dem Friedensvertrag, in Passarowitz auch ein Handels- und Schifffahrtsvertrag geschlossen, der, über die seit 1615 in Friedenszeiten bestehenden Handelsmöglichkeiten im jeweils gegnerischen Machtbereich hinausgehend, auch die Handelsfreiheit österreichischer Untertanen auf der Donau unterhalb Belgrads – jedoch nicht die Einfahrt ins Schwarze Meer, die erst 1784 von den Osmanen gestattet wurde – gewährleistete.[319] Die eigens zu diesem Zweck in Wien eingesetzte Hofkommission sah damit auch bereits den Weg für eine kommerzielle Eroberung des osmanischen Herrschaftsbereichs in Europa geebnet:

> *(...) die Türkische Nation, welche von keiner Fabrique nichts weiß, die sich mit fremden Tüchern, europäischem und persianischem seidenen Zeug kleidet, an Eisen und Kupfer gar einen wenigen Vorrat hat und solches noch dazu nicht zu bereiten weiß, die Nürnbergische und andere Cramereywaren liebet und die unsere Gläser und Spiegel verwendet und über das sich nit befleißt, mit Waren und Früchten, so ihre Länder hervorbringen, außer ihren Porten zu handeln, wird alles, was sie braucht, so gern von Euer Maj. Untertanen als von allen fremden Nationen annehmen und entgegen den Einkauf ihrer Waren gestatten, wann sie findet, daß solche nach ihrem Gebrauch zugerichtet und in der Wohlfeile, worauf diese geldgierige Nation mehrers als nach der Güte und Schönheit der Waren schaut, noch bevor seind, zu geschweigen, daß Euer Maj. Untertanen vor denen anderen europäischen Nationen den Vorsprung haben, daß sie die nächsten seind, folglich zu dem Transport weniger Unkosten als die andern zu machen haben und nebst dem unter der Protection eines Monarchen, dessen glorreiche Waffen die Türken erst empfunden haben (...).*[320]

Was die Nachfrage nach in den österreichischen Erbländern erzeugten Waren, deren ›Wohlfeilheit‹ (teils wegen der gegenüber der Konkurrenz minderen Qualität) und den Vorteil der geographischen Nähe betrifft, mag diese stark vom Gefühl der militärischen Überlegenheit beeinflusste Expertise des Vorsitzenden der Hofkommission, Graf Philipp Ludwig Sinzendorf, durchaus zutreffend gewesen sein. Allerdings hatte man in Wien die Rechnung ohne die ›türkischen‹, d. h. die unter osmanischer Herrschaft lebenden Handelsnationen gemacht. In der Folge eroberten »griechische« Kaufleute aus Mazedonien und Thessalien sowie Armenier und sephardische Juden den Wiener Markt, sowohl was den Import von Waren aus dem osmanischen Herrschaftsbereich als auch den Export erbländischer Produkte betrifft, wobei das bereits vor 1718 bestehende Handelsbilanzdefizit bis ans Ende des 18. Jahrhunderts kaum verringert werden konnte, sondern sich eher noch vergrößerte und durch den Export von Silber in Form des Conventionstalers (»Maria-Theresien-Taler« bzw. »Levantiner Taler«) gedeckt wurde.[321]

Auch dem zweiten Versuch, eine Handelskompanie mit Monopolrechten für den Handel mit dem Osmanischen Reich auf die Beine zu stellen, war nur ein kurzfristiger Erfolg beschieden. In der Aufbruchsstimmung nach dem Frieden von Passarowitz 1719 gegründet und von hohen Regierungsbeamten geleitet, hatte die Kompanie aufgrund des Widerstandes und Misstrauens der Kaufleute von Beginn an Schwierigkeiten, das notwendige Einlage- und Betriebskapital aufzubringen. Daher musste die Wiener Stadtbank

einspringen; die Kapitalbeschaffung durch eine Lotterie endete in einem finanziellen Desaster. Zur Beschaffung von Exportprodukten erhielt die Kompanie das Privileg, Manufakturen und Fabriken zu gründen. 1722 erwarb sie die Linzer Wollzeugfabrik, 1726 gründete sie eine Kattunfabrik in Schwechat und eine Barchentfabrik in Graz. Schiffsbau in den Adriahäfen, die Errichtung einer Zuckerraffinerie in einem dieser Häfen und einer Wachsbleiche und Kerzenfabrik in Fiume, um endlich den Wachshandel durch Innerösterreich von Venedig abzulenken, ergänzten die weit gespannten Pläne. In Belgrad und Konstantinopel wurden Handelsniederlassungen und Magazine errichtet, die allerdings nur von kurzer Dauer waren. Nach einem Jahrzehnt ihres Bestandes kam man zu der ernüchternden Einsicht, dass die Kompanie sich gegenüber den Kaufleuten aus dem Osmanischen Reich nicht zu behaupten in der Lage war. Ein Angebot englischer und holländischer Kaufleute, sie mit allen ihren Privilegien und Fabriken zu übernehmen, wurde 1732 abgelehnt.[322] Damit war, parallel zum Scheitern der Ostende-Kompanie, auch der zweite Versuch, nach dem Vorbild der westeuropäischen Staaten ein staatlich privilegiertes Unternehmen zu schaffen, das der Monarchie im Welthandel dieser Epoche Geltung verschaffen sollte, gescheitert. Der Unterschied zur ersten Orientalischen Kompanie, die noch den Charakter einer Wiener Kompanie gehabt hatte und von Repräsentanten des in Wien ansässigen Kaufmannskapitals gelenkt und finanziert worden war,[323] bestand darin, dass es sich in diesem Fall um eine gesamtstaatliche Institution handelte, die zwar in Wien ihren Sitz hatte, jedoch von den Hofstellen geleitet wurde, ohne dass sich die Wiener Kaufmannschaft an ihr in maßgeblicher Form beteiligt hätte.

Hauptimportgüter aus dem europäischen Teil des Osmanischen Reiches waren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mazedonische Baumwolle und gefärbtes Baumwollgarn sowie Tabak. Die Baumwolle wurde über Thessaloniki und Niš auf dem Landweg bis Semlin/Zemun transportiert und dort meist auf Donauschiffe für den Weitertransport nach Wien verladen. Bevor am Beginn des 19. Jahrhunderts die amerikanische und ägyptische Baumwolle den kontinentaleuropäischen Markt eroberten, war Wien durch diesen hauptsächlich von »griechischen« Kaufleuten abgewickelten Handel das wichtigste Verteilerzentrum für Baumwolle und Baumwollgarn im zentraleuropäischen Raum. Erst in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts bezog, bedingt durch die Behinderung des Handels auf dem Landweg im Zuge des Türkenkriegs 1787–1791, die süddeutsche Baumwollindustrie ihren Rohstoff verstärkt über Triest, wie überhaupt bis zu diesem Zeitpunkt die Donauroute den Seeweg über Triest im Handel mit dem Osmanischen Reich an Bedeutung übertroffen haben dürfte.[324] In Mazedonien bedingte die im Verlauf des 18. Jahrhunderts stark zunehmende Nachfrage nach Baumwolle im Verein mit der Formierung von Chiftlikgütern[325] einen starken Anstieg der Produktion, die Entstehung von lokalen Zentren der Verarbeitung zu gefärbtem Garn und die Bildung von Handelsgesellschaften, die häufig eine Faktorei in Wien unterhielten. Um 1790 wurden zirka 5.000 Tonnen Baumwolle, die etwa 30 % der Gesamtproduktion in der Provinz Saloniki entsprachen, über die Donauroute nach Wien verfrachtet.[326] Da die importierte Baumwolle großteils mit Silbertalern bezahlt wurde, entwickelte sich Wien in der zweiten

Hälfte des 18. Jahrhunderts zum bedeutendsten zentraleuropäischen Finanzplatz für den Zahlungsverkehr mit Saloniki, über den auch französische, italienische und holländische Handelshäuser ihre Transaktionen abwickelten. Von 1752 bis 1776 wurde der durch das beträchtliche Agio sehr profitable Talerhandel als Monopol vom Wiener Bankhaus Fries & Co. betrieben, das die Taler entweder von den ärarischen Münzämtern bezog oder aus eigenem Silber dort prägen ließ und sie an »griechische« Händler weitergab.[327] Die Ursprünge einiger in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert in Wien von »griechischen« Einwanderern gegründeter Bankhäuser gehen auf die Beteiligungen am Baumwollhandel und die damit verbundenen Finanztransaktionen zurück.[328]

Wien, Venedig und Triest

Die Handelsbeziehungen Wiens zu Venedig reichen zumindest bis an den Beginn des 13. Jahrhunderts zurück.[329] Es existieren mehrere Belege dafür, dass die Wiener Kaufmannschaft sich auch im 16. Jahrhundert noch ihrer Pionierrolle in diesem Zusammenhang bewusst war. So heißt es etwa in der in den Jahren 1527/28 verfassten Denkschrift über die Handelslage der Stadt, dass *die selbigen Wienner under den Teutschen die ersten gewest, die dasselb Venedig umb die orientisch kaufmanschaften ersuecht, und deshalb bei der Venedigischen herschaft die höchst tafelstat im Teutschen haus, die man noch die Wiener tafel nennt, cammern und gewelbn erlangt (…).*[330] In der älteren handelsgeschichtlichen Literatur wurde auf der Basis solcher Selbstbeschreibungen und anderer Quellen, die einen Aktivhandel Wiener Kaufleute mit Venedig auch im 16. und 17. Jahrhundert belegen, die Ansicht vertreten, dass im Unterschied zur unterstellten Passivität der Wiener im Donauhandel und ihrer Verdrängung aus diesem Bereich der Venedighandel einen beträchtlichen Umfang erreicht hätte und dies das Bild von der Passivität der Wiener Kaufmannschaft und des Niedergangs der Handelsstellung der Stadt im Verlauf des 16. Jahrhunderts korrigieren könnte: »Wäre unser Material über den Handel Wien – Venedig nicht gar so gering, so würde wohl die Rede von der Passivität des Wiener Kaufmanns eine gewisse Einschränkung erfahren. Denn was wir aus den dürftigen Quellen des 13. bis 16. Jahrhunderts darüber erfahren, zeigt uns den Wiener Kaufmann hier durchaus aktiv.«[331]

Lässt sich diese von Otto Brunner geäußerte Vermutung aus heutiger Sicht bestätigen? Wie war es um den Venedighandel Wiens im 16. und 17. Jahrhundert bestellt, und wie groß war die Rolle der Wiener Kaufleute im Handel mit den traditionellen venezianischen Waren (Gewürze, Seide und Seidenwaren, Baumwolle, Olivenöl, Südfrüchte, Süßweine, Seife, Glas, Farbstoffe, Alaun etc.)? Die alte Handelsstraße von Wien nach Venedig verlief über den Semmering, Bruck/Mur, Leoben und Judenburg nach Villach und von hier durch das Kanaltal über Gemona in die Adriametropole. In Wien war man auch am Beginn des 16. Jahrhunderts noch der Ansicht, dass venezianische Waren allein auf dieser Straße nach Wien gelangen sollten und in der Stadt niederzulegen waren, keineswegs aber auf dem Donauweg in die Stadt gebracht werden sollten. Die Durchfahrt durch Wien von Norden wie von Süden war demnach nicht gestattet, der Weg über den

Semmering allein den Wiener und den Kaufleuten der nieder- und innerösterreichischen Städte vorbehalten.[332] Die Kaufleute der landesfürstlichen Städte Oberösterreichs besaßen seit 1351 das alleinige Recht, die gleiche Straße bis zur Abzweigung über die Zeiring bei Judenburg zu benützen. Im Spätmittelalter setzte Wien alles daran, mögliche Umgehungen dieser Route durch andere Kaufleute – etwa die Straße über den Karst und Laibach/Ljubljana nach Pettau/Ptuj – zu verhindern.[333] In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts vertrat man die Ansicht, dass der Semmering allein den Wiener Kaufleuten sowie denjenigen von Wiener Neustadt und Schottwien vorbehalten sei, und 1573 bestätigte Maximilian II. das bis zu diesem Zeitpunkt nicht durch landesfürstliches Privileg verbriefte Recht.[334] Das ganze 16. Jahrhundert hindurch und auch noch am Beginn des 17. Jahrhunderts kämpfte Wien verbissen um die Aufrechterhaltung dieses Monopols und ging gegen Verstöße mit Konfiskation der Waren und langwierigen Prozessen vor. Selbst die mächtigen Appaltatoren[335] des oberungarischen Kupfers und des Quecksilbers aus Idria mussten sich dem beugen.[336]

Soweit sich diese Form des Straßenzwangs und die damit verbundenen Monopolisierungsbestrebungen aufrechterhalten ließen, fiel Wien die Rolle eines Verteilermarktes für venezianische Waren in die böhmischen Länder und nach Westungarn zu, und die Wiener Kaufleute hatten allen Grund, ihre Kontakte nach Venedig zu intensivieren. Gleich zu Beginn des 16. Jahrhunderts kam es allerdings zu grundlegenden Veränderungen nicht nur im zentraleuropäischen, sondern auch im gesamteuropäischen Handel mit Waren, die im Spätmittelalter primär von Venedig aus über Europa verteilt worden waren. Mit dem Vordringen der Portugiesen in den Indischen Ozean an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert, der Errichtung einer portugiesischen Faktorei für den Gewürzhandel in Antwerpen und der Aufnahme von Handelskontakten einiger oberdeutscher Gesellschaften zur portugiesischen Krone gelangten große Gewürzmengen von Augsburg und Nürnberg aus in den zentraleuropäischen Handel. Nolens volens musste die Wiener Kaufmannschaft akzeptieren, dass der Pfeffer und andere »Spezereien« nun die Donau herab kamen, auch wenn sie weiterhin darauf beharrten, dass es sich dabei nur um die »Callicutische Gattung« handeln durfte.[337] Dies war schon allein deshalb eine illusorische Vorstellung, weil um 1520 auch der Saumweg von Villach über den Katschberg und den Radstädter Tauern für den Verkehr mit Wagen ausgebaut wurde und diese Straße in der Folge vor allem für die Nürnberger Kaufleute sowie eine Reihe von Salzburgern, die im weiteren Verlauf des 16. und am Beginn des 17. Jahrhunderts eine maßgebliche Rolle im Speditionsgeschäft mit Venedig spielten, vermehrt benützt wurde. Da der Weg von Venedig nach Wien über die Hohen Tauern und von Salzburg auf der Salzach, dem Inn und der Donau nur um ein Drittel länger ist als über den Semmering, bot sich nun auf Grund des Kostenvorteils des Wassertransportes die Ausweichmöglichkeit über Salzburg an. Damit ging den Wienern durch die zunehmend wichtiger werdende Vermittlerrolle der Linzer Jahrmärkte auch der böhmische Markt für den Absatz venezianischer Waren verloren.[338] Italienische Waren, die nicht direkt aus Venedig stammten, insbesondere Seidenwaren, Tuche und Südfrüchte, gelangten

ohnehin traditionell über den Brenner und ab Hall in Tirol auf Inn und Donau nach Linz und Wien.

Hält man sich an die Judenburger Mautregister, so belief sich die Menge der von Wiener Kaufleuten über den Semmering nach Wien gebrachten venezianischen Waren im letzten Drittel des 16. Jahrhunderts auf 1.000–2.000 Wiener Zentner (ein Zentner entspricht 56 kg), während auf der Tauernstraße um 1600 40.000 Zentner Kaufmannsgüter transportiert wurden, mehr als die Hälfte davon in nördlicher Richtung.[339] Böse Zungen behaupteten, dass in dieser Zeit gerade einmal fünf Wiener Kaufleute im Handel mit Venedig aktiv waren und es daher nicht einzusehen sei, dass die Stadt ein alleiniges Recht auf die Benutzung der Semmeringstraße beanspruche, während der Wiener Magistrat die Zahl der bürgerlichen Venedighändler mit zehn angab, die Judenburger Mautbücher fünf bis acht Wiener Kaufleute ausweisen und in einer anderen Quelle aus den neunziger Jahren des 16. Jahrhunderts immerhin dreizehn Namen aufscheinen.[340] Die von den Wienern aus Venedig bezogenen Warentransporte enthielten in dieser Zeit nur mehr sehr geringe Gewürzmengen, von Wien nach Venedig gingen hauptsächlich Wachs, Häute und im ausgehenden 16. Jahrhundert auch zunehmend größere Mengen oberungarischen Kupfers, das jedoch in den innerösterreichischen Mautregistern großteils nicht aufscheint, da es mit speziellen Passbriefen transportiert wurde. Einzelne Wiener Kaufleute wie Elias Bayr, Andreas und Sebastian Eisler, Marx Lutz, Simon Hetzenpüchler und andere verfrachteten zwar fallweise große Mengen Wachs und Kupfer nach Venedig. Insgesamt war das Handelsvolumen auf der Semmeringstraße aber so gering, dass man nicht von einem übermäßig starken Aktivhandel Wiener Kaufleute sprechen kann, der es erlauben würde, von dieser Seite das düstere Bild der Wiener Handelsstellung im 16. Jahrhundert aufzuhellen.[341] Die Tatsache, dass die im Handel mit Venedig engagierten Kaufleute darüber klagten, dass sie mehr Waren von Wien nach Venedig schicken würden, als sie von dort bezögen und daher Probleme hätten, ihre Fuhrleute mit einer Gegenfracht zu beschäftigen,[342] verweist darauf, dass der Wiener Einzugsbereich für den Absatz venezianischer Waren am Ende des 16. Jahrhunderts bereits stark geschrumpft war. Dazu kommt noch, dass Wien kein starkes Exportgewerbe besaß und die Waren für den Handel mit Venedig von außen bezogen werden mussten. Oberösterreichische Städte wie Steyr und Wels, deren Kaufleute große Mengen an Metallwaren (v. a. Messer) und Leinwand nach Venedig verkauften, übertrafen in dieser Zeit wahrscheinlich das Volumen des Wiener Venedighandels.

Obwohl kein Zweifel besteht, dass die Wiener Niederlage eine Verteilerfunktion für venezianische Waren nach Ungarn und in die böhmischen Länder sowie über Krakau ins südliche Polen hatte, sind wir über den Umfang dieses Handels nur sehr mangelhaft informiert. Für eine Einschätzung des Wiener Handels mit den böhmischen Ländern im 16. Jahrhundert ist man auf die spärlichen Angaben in den Korneuburger Kaltmautregistern[343] angewiesen. Darin scheinen vor allem Lebensmittel, Leinwand und Tuch (aus Iglau/Jihlava und anderen mährischen Städten), Hüte, Wolle und Zinn als Importgüter auf. Die Nennung »böhmischer Wägen«, auf denen Tuch, Hüte, Leder und Wolle nach Wien gebracht wurden, lässt auf ein organisiertes Transportwesen schließen. Ausführli-

chere Angaben über aus Wien nach Norden gehende Waren enthalten diese Quellen nicht. In der Versorgung Prags und anderer böhmischer Städte mit venezianischen Waren spielten jedenfalls Nürnberg und die Linzer Messen in der Frühen Neuzeit eine größere Rolle als Wien. Der Handelsaustausch mit Krakau war für die Belieferung Wiens mit Wachs und Häuten, wichtige Waren im Venedighandel der Wiener, von Bedeutung, aber in diesem Bereich machten die Kremser Märkte dem Wiener Handelsplatz bereits im Verlauf des 16. Jahrhunderts Konkurrenz. Krems war gleichzeitig auch ein Verteilerzentrum für den Handel mit Eisen, Stahl und Metallwaren nach Nordosten. Der Import italienischer Waren nach Krakau, auch derjenige über Krems, wurde im 17. Jahrhundert vor allem von italienischen Kaufleuten dominiert, die sich zahlreich in der Stadt niedergelassen hatten. Im 16. Jahrhundert verlief er auch über Nürnberg.[344]

Was die Versorgung Ungarns mit venezianischen Waren anbelangt, so kann man davon ausgehen, dass zumindest der westungarische Raum damit über Wien beliefert wurde. Im südwestlichen Teil Ungarns bestanden auf Grund der zunehmenden Viehausfuhr nach Venedig direkte Handelsbeziehungen mit der Adriametropole entlang der Straße Görz – Laibach – Pettau. Das östliche Ungarn und Siebenbürgen bezogen ihren Gewürzbedarf hingegen über die Schwarzmeer- und Donauhäfen aus dem Osmanischen Reich. Der Import von Gewürzen über die Siebenbürger Handelszentren Kronstadt/Braşov und Hermannstadt/Sibiu, von wo sie weiter nach Norden transportiert wurden, hat am Beginn des 16. Jahrhunderts den Import nach Pressburg über Wien jedenfalls erheblich übertroffen.[345] In dieser Zeit wurden auch Messer aus Steyr in Ungarn gegen Pfeffer getauscht.[346]

In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts stellten sich unerwartete Konkurrenten auch auf der Semmeringroute ein. Karl V. hatte der Stadt Triest 1519 großzügige Handelsfreiheiten im Königreich beider Sizilien gewährt,[347] und die Stadt nutzte diese Begünstigung offenbar für einen schwunghaften Handel mit Orangen, Zitronen und Limonen aus Apulien, die gemeinsam mit Süßwein in großen Mengen nach Wien verfrachtet wurden. Triestiner und Laibacher Kauf- und Fuhrleute transportierten diese Waren über Laibach, Pettau, Radkersburg, Hartberg und den Wechsel nach Wien, drängten aber auch immer häufiger auf die Semmeringstraße, was zu nicht enden wollenden Streitigkeiten mit Wien führte, das weiterhin das alleinige Recht der Benützung dieser Straße für seine Bürger beanspruchte, dabei aber in Konflikt mit der innerösterreichischen Regierung geriet, die sich schützend vor die Triestiner und Laibacher stellte.[348] Nach einer Behauptung der Wiener Venedighändler hatten die Triestiner Wien so sehr mit Obst überschwemmt, *daß man es oft von Haus zu Haus zu verkaufen trägt und noch jetzt in allen Winkeln Pomerantschenläden sind.*[349] In den Jahren 1589–1591 brachten Triestiner und Laibacher Kaufleute insgesamt 877 Saum Süßwein, Südfrüchte und Fastenspeise (Fisch und Meeresfrüchte) nach Wien, während die von den Wienern aus Venedig bezogenen Waren lediglich 370 Saum ausmachten.[350]

Während der Handelsverkehr über die Alpenpässe auf Grund des Bedeutungsverlustes Venedigs als Handelszentrum in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, des Niedergangs

der oberdeutschen Handelszentren in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts und der gesamteuropäischen konjunkturellen Trendwende dieser Zeit zurückging, stiegen die Importe Wiens aus Venedig in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts auf 2.000–3.000 Zentner an.[351] Ab der Mitte dieses Jahrhunderts setzte aber auch hier die für den zentraleuropäischen Handel typische Nachkriegsdepression ein. Der Handel mit den traditionellen Exportgütern Wiens nach Venedig – Wachs, Häute und Kupfer – ging nach der Jahrhundertmitte stark zurück. Während der Verkehr über den Brenner dank der Anziehungskraft der Bozener Messen und der Verlagerung des Alpentransits auf diese Route im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts wiederum stark zunahm und das Niveau des späten 16. Jahrhunderts zu übertreffen begann, geriet die Tauernstraße dauerhaft ins Hintertreffen. Entscheidend für den Handelsverkehr Wiens in südwestlicher Richtung war die Erklärung Triests zum Freihafen 1719, die mit der Durchbrechung der Vorherrschaft Venedigs in der oberen Adria einherging. Der Ausbau der Verkehrswege aus dem innerösterreichischen Raum nach Triest und eine diskriminierende Zollpolitik, die vor allem auf Kosten des Verkehrs durch das Kanaltal und über die Tauernpässe ging, trugen wesentlich zum Wiederanstieg des Verkehrs auf der Semmeringstraße, die in den Jahren 1726–28 ausgebaut wurde, bei. Bereits 1735 passierten 8.000 Zentner Olivenöl und 9.000 Zentner anderer, aus Triest kommender Güter Bruck/Mur auf dem Weg nach Wien.[352]

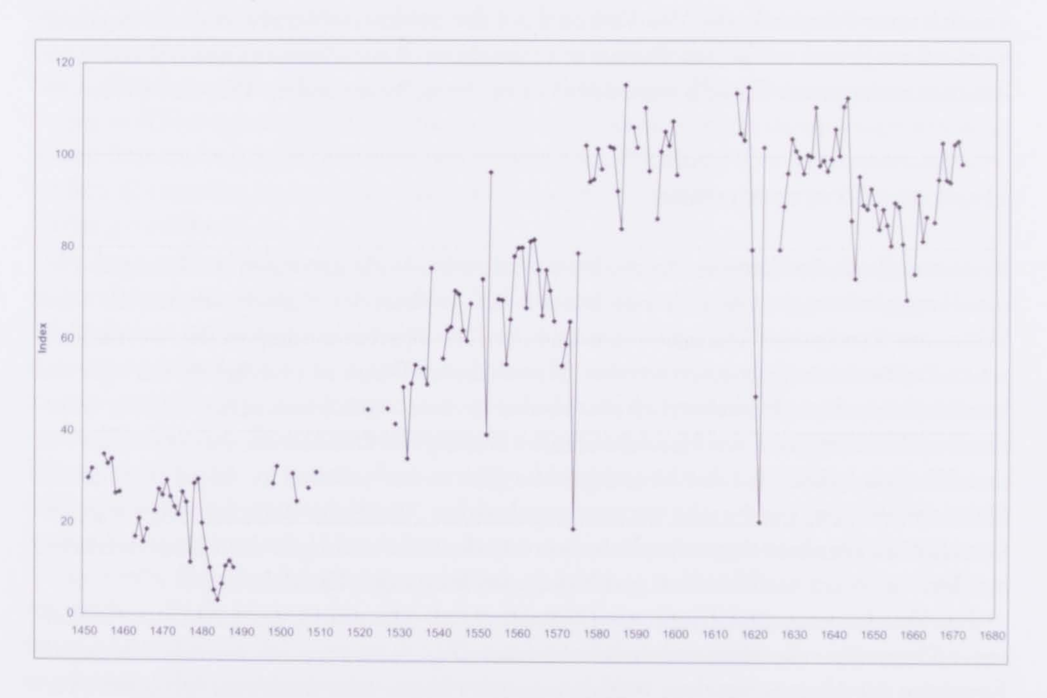
Handelskonjunkturen

Kontinuierliche Indikatoren für die konjunkturellen Veränderungen des Handelsvolumens im hier betrachteten Zeitraum können auf der Basis der Mauteinnahmen der Stadt Wien, der Erträge der Donaumauten und der Dreißigsteinnahmen in den westungarischen Zollbezirken gewonnen werden. Mittels dieser Daten ist es möglich, ein zwar mit beträchtlichen Unsicherheiten behaftetes, aber dennoch aufschlussreiches Bild der quantitativen Fluktuationen des Handelsverkehrs entlang der Donauroute zu entwerfen. Für den Handelsverkehr auf der Venedigstraße gibt es nur vereinzelte Angaben über das Handelsvolumen, die bereits im vorhergehenden Abschnitt berücksichtigt wurden. Gänzlich im Dunkeln liegen das Volumen und die Schwankungen des Handelsverkehrs auf den von Wien nach Norden und Nordosten führenden Handelswegen.

Die Zusammenstellung der in den Wiener (Ober-)Kammeramtsrechnungen enthaltenen Daten über die Mauteinnahmen der Stadt *(Fig. 19, S. 202)* – es handelt sich um die Eingänge der Mauten aus dem Waaghaus, auch Haupt- oder Stadtmaut genannt – verweist auf einen starken Rückgang des Handelsverkehrs in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, wobei der Tiefpunkt in den Jahren der Herrschaft des ungarischen Königs Matthias Corvinus über die Stadt (1485–1490) und den damit einhergehenden Kämpfen erreicht wurde. Dass der Donauhandel in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts schwere Rückschläge hinnehmen musste und das Handelsvolumen in dieser Periode sank, wird auch durch die Einnahmenentwicklung der bayerischen Donaumauten be-

stätigt.[353] Im ersten Drittel des 16. Jahrhunderts setzte ein zunächst langsamer, ab 1530 beschleunigter Anstieg des Handelsvolumens ein, der bis in die Mitte der sechziger Jahre andauerte. Darauf folgte ein mit der Krise um 1570 in Zusammenhang stehender Einbruch,[354] der aber den Aufwärtstrend des 16. Jahrhunderts nicht dauerhaft unterbrach. Ob die hohen Mauteinnahmen an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert auf einen realen Anstieg des Handelsvolumens in Wien verweisen oder eher die Folge der am Beginn der neunziger Jahre einsetzenden Bestrebungen einer Reform der Mauttarife waren, kann anhand dieser Daten nicht entschieden werden. Offensichtlich ist hingegen ein dramatischer Rückgang der Handelstransaktionen am Beginn des Dreißigjährigen Krieges.

Fig. 19: Mauteinnahmen des Wiener Oberkammeramts 1450–1680 (Index: Basis 1580/89 für die Periode 1450–1623; Basis 1630/39 für die Periode 1626–1671)[355]



Bei einer Beurteilung des weiteren Verlaufs ist die Tatsache zu berücksichtigen, dass sich ab 1624 die Abführung der Mauteinnahmen an das Oberkammeramt verändert hat. Waren in den vorhergehenden Jahren monatliche Pauschalsummen an das Oberkammeramt gezahlt und etwaige Überschüsse erst zu Jahresende verrechnet worden, fand nun eine monatliche Abführung des tatsächlich eingenommenen Betrages statt, was einen beträchtlichen Anstieg der Einnahmen zur Folge hatte.[356] Mit aller Wahrscheinlichkeit ist

anzunehmen, dass dieser Anstieg eine Folge der veränderten Verrechnungsweise war und keinem tatsächlichen Anstieg des Handelsvolumens in den dreißiger und vierziger Jahren des 17. Jahrhunderts entsprach, und dass möglicherweise in den Jahren vor dieser Änderung lediglich die Nettoeinnahmen der Maut nach Abzug der Kosten der Einhebung abgeführt worden waren. Um dieser Diskontinuität in der Datenreihe Rechnung zu tragen, wurde eine zweifache, getrennte Indexierung vorgenommen. Bis zum Jahr 1623 dient der Durchschnittswert der Mauteinnahmen der achtziger Jahre des 16. Jahrhunderts als Basis, ab 1626 wurde dafür der Durchschnitt der Mauteingänge der dreißiger Jahre des 17. Jahrhunderts verwendet.

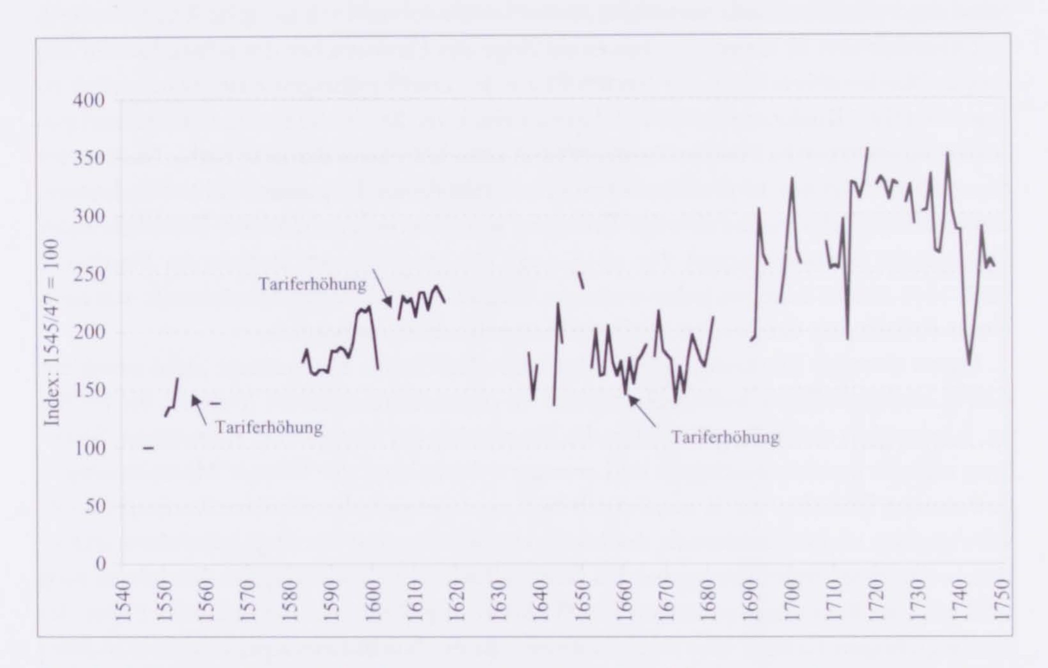
Offensichtlich ist hingegen, dass es im Zuge des Einmarsches der schwedischen Armee in Niederösterreich in der letzten Phase des Dreißigjährigen Krieges neuerlich zu einem starken Rückgang des Handelsvolumens kam, der in die für den zentraleuropäischen Raum typische Nachkriegsdepression mündete. Dass der neuerliche Anstieg der Mauteinnahmen um 1670 nicht bereits das Ende dieser Depressionsphase bedeutete, sondern lediglich eine kurzfristige Erholung war, lässt sich anhand der Einnahmen der Donaumaut Aschach belegen *(Fig. 20, S. 204)*. Die grundlegende Reform der Mauttarife nach 1672 macht dagegen jeden weiteren Vergleich der Wiener Mauteinnahmen nach dieser Reform mit denjenigen vor ihrer Inangriffnahme unmöglich.

Daten über die Mauteingänge bei der landesfürstlichen Donaumaut Stein sowie der sich in adeligem Besitz befindlichen Maut im oberösterreichischen Aschach, die für das 17. Jahrhundert durch Angaben über die Einnahmen der bayerischen Donaumaut Straubing ergänzt wurden, bestätigen und erweitern das anhand der Wiener Mauteinnahmen gewonnene Bild *(Fig. 20, S. 204)*. Auch hier zeichnet sich der säkulare Konjunkturaufschwung des 16. Jahrhundert ab, der bis ins zweite Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts andauerte, wobei eine Tariferhöhung bei den österreichischen Donaumauten in den Jahren 1566 und 1604 in Rechnung zu stellen ist. Während die Reihe für die kritische Phase des Dreißigjährigen Krieges eine Lücke aufweist, ist die Nachkriegsdepression hier in ihrer vollen, bis in die neunziger Jahre des 17. Jahrhunderts andauernden Länge erkennbar.

Johann Joachim Becher bemerkte 1674 angesichts des geringen Handelsverkehrs, dass die Donau zwar einer der wichtigsten schiffbaren Flüsse Europas sei und dennoch *so wenig Handel darauf getrieben (wird), dass es beinahe eine Schande zu melden.*[357] Als Ursachen der Verringerung des Handelsverkehrs auf der Donau oberhalb Wiens sind der Zusammenbruch des Ungarnhandels an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert *(Fig. 21, S. 205)*, der Niedergang der oberdeutschen Wirtschaftszentren Nürnberg und Augsburg ab den dreißiger Jahren und der Rückgang des Alpentransits sowie eine generelle Restrukturierung des kontinentaleuropäischen Handelsverkehrs im Verlauf der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts zu nennen. Die von den Niederlanden nach Oberitalien verlaufende Handelsachse verlor in dieser Phase auf Grund des Verfalls der oberdeutschen Handelsplätze und des relativen Bedeutungsverlustes Oberitaliens im Kontext der gesamteuropäischen Wirtschaftsstruktur rapide an Bedeutung. Das wirtschaftliche Gravitationszentrum Europas verschob sich im Verlauf des 17. Jahrhunderts endgültig an die

Atlantikküste, wo die nördlichen Niederlande in eine hegemoniale Position im innereuropäischen und im Welthandel einrückten. Die von Becher entworfenen Projekte zur Reorganisation des Außenhandels der habsburgischen Erbländer, die auf den Export von Wein, Metallen, Leinwand und anderen Waren in die Niederlande abzielten, sind ein deutlicher Ausdruck dieser Situation.[358]


Fig. 20: Indices des Warenverkehrs auf der Donau 1540–1750[359]



Eine Erholung und neuerliche Expansion des Donauhandels setzte in den neunziger Jahren des 17. Jahrhunderts ein. In den Erträgen der Donaumaut Aschach zeichnet sich deutlich ein Konjunkturzyklus ab, der in seiner ansteigenden Phase durch heftige Schwankungen gekennzeichnet ist. Die Trendwende in den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts fällt mit der nun einsetzenden Schutzzoll- und Importverbotspolitik zusammen. In den vierziger Jahren kam es infolge des österreichischen Erbfolgekrieges neuerlich zu einem gravierenden Einbruch. Für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts stehen keine kontinuierlichen Daten zu Verfügung.

Für den Wiener Handel in östlicher und südöstlicher Richtung lassen die Dreißigstzoll-Einnahmen der westungarischen Zollbezirke Pressburg und Ungarisch Altenburg (*Fig. 21*) auf ein Ansteigen des Handelsvolumens in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts und einen fast vollständigen Zusammenbruch des Ungarnhandels im Zuge des langen Türkenkrieges an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert schließen. Nach einer kurzfristigen Erholung im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts fluktuierte der Handels-

austausch mit Ungarn das ganze 17. Jahrhundert hindurch auf sehr niedrigem Niveau. In der zweiten Jahrhunderthälfte wurden die Ansätze zu einer Ausweitung des Handelsverkehrs immer wieder durch Kriegsphasen im Konflikt mit dem Osmanischen Reich unterbrochen. Mit einem dauerhaften Wiederanstieg des Handels in südöstlicher Richtung ist erst nach 1720 zu rechnen.

Fig. 21: Dreissigstzoll-Einnahmen (in Gulden) aus den westlichen ungarischen Zollbezirken 1540–1720[360]



Die Kaufleute

Die Position Wiens als Handelszentrum im Südosten des Reiches resultierte aus der Verknüpfung seiner günstigen geographischen Lage am Kreuzungspunkt zweier wichtiger Handelsstraßen mit einem Komplex von Rechten, der den Wienern eine außerordentlich privilegierte Stellung im Verkehr mit anderen, nicht das Bürgerrecht der Stadt besitzenden Kaufleuten einräumte. Das Stapelrecht als Teil des Wiener Stadtrechtes seit 1221 verbot allen fremden Kaufleuten die Weiterreise über Wien hinaus, sei es nun auf der Donauroute nach Ungarn oder von Norden kommend nach Venedig sowie in die jeweilige Gegenrichtung. Der Straßenzwang verpflichtete alle Kaufleute, die »österreichischen Boden« berührten, mit ihren Waren in die Niederlage nach Wien zu ziehen und

diese nirgendwo sonst zum Verkauf anzubieten. Der Einzugsbereich dieses Straßenzwangs ist eine offene Interpretationsfrage, er erstreckte sich vermutlich zu keiner Zeit über Niederösterreich hinaus. Vollendet wurde dieses Privilegiengebäude durch ein Gästehandelsverbot, das den direkten Handelsverkehr zwischen stadtfremden Kaufleuten außerhalb der Jahrmarktszeiten untersagte, wobei Kaufleute aus anderen »österreichischen« Städten untereinander, aber nicht mit Gästen, handeln durften.[361]

Auch wenn diese Restriktionen nicht durchgehend aufrechterhalten – das Gästehandelsverbot war zwischen 1281 und 1312 aufgehoben worden – und vielfältig umgangen wurden, kam die Verbindung von Stapelrecht, Straßenzwang und Gästehandelsverbot der Realisierung eines von vielen mittelalterlichen Handelsplätzen angestrebten Systems, das die Stadt zum Emporium und ihre handeltreibenden Bürger zu unumgehbaren Vermittlern machte, sehr nahe. Während sich die einzelnen Elemente dieses Komplexes in vielen anderen Städten finden, war ihre Vereinigung, wie man sie im Wiener Stadtrecht des Spätmittelalters findet, selten. Als Vorbild, auf das sich die Wiener auch noch im 16. Jahrhundert beriefen,[362] diente wohl Venedig; Köln verfügte über ähnlich weitgehende Rechte.[363] Auch sollte man diese Privilegien nicht vorschnell und ausschließlich als Handelshemmnisse, die lediglich ein Zwischenhandelsmonopol der Wiener Kaufleute zum Ziel hatten, interpretieren. Angesichts der Abwesenheit eines umfassenden staatlichen Gewaltmonopols und einer territorial allgemein gültigen Rechtsordnung gewährten sie Rechtssicherheit und senkten durch die Konzentrierung und Belebung des Handels an einem mit den entsprechenden Institutionen versehenen Ort die Transaktionskosten. Obwohl ihnen ein Zwangscharakter inhärent war, wurden diese Regelungen erst dann zum Hindernis, wenn die allgemeine Entwicklung der Bedingungen des Handelsverkehrs sie überflüssig machten.

Aus der Sicht der Wiener Kaufleute hatten die Auseinandersetzungen zwischen Kaiser Friedrich III. und König Matthias von Ungarn um die Herrschaft über Wien ihr Privilegiengebäude zum Einsturz gebracht. Seit dem »ungarischen Krieg«, so behaupteten sie 1527/28 in einer an Ferdinand I. gerichteten Denkschrift, würden sich die Kaufleute nicht mehr an die alte Ordnung halten, die Stadt nach allen Richtungen umgehen und ihre Bürger aus dem Handel verdrängen. In diesem in vielerlei Hinsicht aufschlussreichen Dokument ersuchten sie den Herrscher um Maßnahmen zur Wiederinkraftsetzung des Wiener Niederlagsrechtes. Von einem Gästehandelsverbot war jedoch nicht mehr die Rede, sondern es ging nur mehr um eine Festsetzung der Mindestmengen, unter denen fremde Kaufleute ihre Waren nicht zum Verkauf anbieten durften.[364] Bereits 1506 hatte Maximilian I. eine *Ordnung und messigung, wie und welicher massen die ausländischen kaufleut aus dem heiligen reich und andern landen in der stat Wien zwischen den zwaien merkhten, so daselbst gehalten werden, mit irer waar und kaufmannschaft handeln und die vertreiben und verkaufen sollen*, erlassen, die ebenfalls auf die Festlegung von Mindestverkaufsmengen hinauslief.[365] Obwohl diese Ordnung einer Aufhebung des Gästehandelsverbots gleichkam, bestätigte Maximilian das Verbot 1512 neuerlich, was die Wiener zum Anlass nahmen, den auswärtigen Kaufleuten ihre Verkaufsgewölbe zu sperren. Letztere verleg-

ten daraufhin ihre Warenlager nach Mähren und drohten damit, die Donauroute zum Schaden der landesfürstlichen Mauten ganz zu meiden.[366] Offensichtlich handelte es sich bei den »Ausländern« um Kaufleute aus den oberdeutschen Reichsstädten, allen voran Nürnberger und Augsburger, denen der Kaiser in mehrfacher Hinsicht, auch in finanzieller, verpflichtet war, weshalb er nicht bloß einen Rückgang der Erträge der Donaumauten fürchten musste. Daher hatte er nichts Eiligeres zu tun, als die Bestätigung des Gästehandelsverbotes unter Berufung darauf zurückzuziehen, dass *den selben von Wien solich yr freyhait, des sy sich dann yetzo behelffen wollten, durch weylennt könig Mathias von Hungern, der die selb Zeit die Stat innegehabt, ist ganntzlichen abgeschnitn und nachmalln durich uns den freyen Kaufmann darin zu handeln, sein Kaufmannschaft, doch mit rechten Wag und Mass, zutreiben vergonnt und erlaubt worden.*[367] Im Rahmen des herrschenden Rechtsverständnisses bedurfte es zur endgültigen Beseitigung einer Beschränkung des Handlungsspielraumes, die die Oberdeutschen an einem so wichtigen Handelsplatz, wie es Wien für sie vor allem im Hinblick auf den Ungarnhandel war, nun nicht mehr zu akzeptieren bereit waren, der Berufung darauf, dass das alte Recht bereits einmal außer Kraft gesetzt worden war – in diesem Fall pikanterweise durch eine Maßnahme des vormaligen Rivalen des Kaisers. Zudem lässt sich der in Wien ausgetragene Konflikt zwischen einheimischen und oberdeutschen Kaufleuten in einen größeren Kontext einordnen. Die Ofener Kaufleute drängten im Jahr 1500 darauf, die Handelsrechte ausländischer Kaufleute in Ungarn drastisch einzuschränken, mussten aber auf Grund von Vergeltungsmaßnahmen Nürnbergs und Interventionen beim ungarischen König nachgeben. Prag hatte 1488 mit Nürnberg einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, der die Freiheit von gästerechtlichen Beschränkungen und Zollermäßigungen beinhaltete. Auf Grund des ungleichen ökonomischen Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Städten versuchten die Prager Kaufleute 1497, restriktive Verhaltensregeln auch für die Nürnberger wiederum in Kraft zu setzen, mussten aber 1499 dem Druck des übermächtigen Partners nachgeben. Breslau musste 1515 endgültig auf sein Stapelrecht zu verzichten, nachdem es der polnische König durch eine Handelssperre in die Knie gezwungen hatte. Auch in diesem Fall wurde die angestrebte Verschärfung gäste- und stapelrechtlicher Bestimmungen mit den Abwehrmaßnahmen gegen die Konkurrenz oberdeutscher Kaufleute und Handelsgesellschaften begründet.[368] Somit waren im zweiten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts die wesentlichen institutionellen, auf den Grundsätzen mittelalterlicher Stadtwirtschaftspolitik beruhenden Hindernisse für eine Eingliederung der wichtigsten zentraleuropäischen Handelsplätze in das Netzwerk der oberdeutschen Kaufleute gefallen. Wien bildete dabei keine Ausnahme. 1515 erging eine kaiserliche Verordnung, die neuerlich für die wichtigsten Kaufmannsgüter Mindestabgabemengen für den Verkauf durch stadtfremde Kaufleute an andere Gäste festlegte. Den »ausländischen und fremden Kaufleuten« wurde gestattet, in ihren Verkaufsgewölben eigene Maße und Gewichte zu haben, den Wienern die Beschau der Warenlager untersagt. Die Gäste sollten hingegen keinen eigenen Haushalt in Wien unterhalten (*khein aigen kuchen halten*), sondern in Bürger- und Gasthäusern ihr Quartier nehmen.[369]

Dieses bis ans Ende des 17. Jahrhunderts mehrmals reformierte und aktualisierte Statut gilt in der Regel als Begründungsurkunde der Institution der »Wiener Niederleger«. Darüber hinaus wird es in der diesbezüglichen Literatur häufig als Aufhebung des Wiener Stapelrechtes und damit auch als das definitive Ende der beherrschenden Stellung der Wiener Kaufmannschaft im Donauhandel, insbesondere im Handel mit Ungarn, interpretiert, zumal die Wiener in der Folge keine Gelegenheit ausließen, über die Konkurrenz der Fremden und »Ausländer« heftig Klage zu führen. Das Stapel- beziehungsweise Niederlagsrecht war aber 1515 keineswegs aufgehoben worden. Zahlreiche Aktionen des Wiener Stadtrates und des landesfürstlichen Hansgrafen, der mit seiner Überwachung betraut war, belegen dies.[370] Eine Handelsreise über Wien hinaus nach Ungarn war weiterhin nur mit Erlaubnis des Hansgrafen zur Schuldeneintreibung gestattet, ein Überqueren der Donau auf niederösterreichischem Gebiet unter oder oberhalb Wiens ebenso verboten wie ein Warentransport über Wien hinaus nach Venedig.[371] Der Aufstieg der Kremser Jahrmärkte zu überregionaler Bedeutung ließ sich dadurch freilich nicht aufhalten. Schon 1571 klagten die Wiener darüber, dass immer mehr Fremde mit Wachs, Kupfer und Kürschnerwaren über Krems donauaufwärts reisten, Krems sich dadurch immer mehr zu einem neuen Niederlagsort entwickle und weder der Hansgraf noch die Regierung dagegen einschreite.[372] Bereits 1599 erlaubte ein Patent Rudolfs II. über verbotene Straßen und ordnungsgemäße Handelswege den Warentransport über Krems und beschränkte den Straßenzwang nach Wien auf den Bereich unterhalb von Krems sowie auf die aus Ungarn kommenden Waren. Diese Regelung galt das ganze 17. Jahrhundert hindurch.[373] Dadurch und auf Grund der geopolitischen Lage, die weiter oben bereits dargelegt wurde, blieb Wien Stapelplatz für den Handel mit Ungarn entlang der Donauroute.

Was nun die behauptete Passivität und die Verdrängung der Wiener Kaufleute aus dem Donauhandel betrifft, so ist es nicht ganz von der Hand zu weisen, dass die weitläufigen Privilegien der Stadt, die den Wiener Kaufleuten eine fast monopolartige Stellung im Handelsaustausch zwischen Oberdeutschland und Ungarn gesichert hatten, zu einer passiven Haltung der Wiener in dem Sinn geführt haben könnten, dass sie Importwaren nicht selbst herbeibrachten und Exportgüter nicht aktiv in andere Regionen vertrieben. Als analoger Fall wäre etwa Sevilla zu nennen, wo der Vorbehalt des Amerikahandels für Untertanen der kastilischen Krone zu einer ebensolchen Passivierung der Kaufleute der Stadt, die nach und nach zu Strohmännern ausländischer Handelshäuser herabsanken, geführt hatte.[374] Die Zerrüttungen durch die Auseinandersetzungen zwischen Ungarn und Österreich am Ende des 15. Jahrhunderts, die Handelsdepression im Donauraum, der dadurch verschärfte Konkurrenzkampf im überregionalen Handel, die in dieser Periode stark zunehmende wirtschaftliche Potenz der oberdeutschen Handelshäuser und schließlich der Schock der Ersten Türkenbelagerung könnten im Verein mit dieser Tendenz zur Passivität im Fernhandel durchaus zu einer zunehmenden Marginalisierung der Wiener Kaufleute in dieser Phase geführt haben. Aber darf man daraus ein generelles Urteil über die Stellung der Wiener Kaufmannschaft in der Frühen Neuzeit ableiten, wie dies lange Zeit in der Literatur der Fall war?

Eine bislang unberücksichtigte Quelle aus dem späten 16. Jahrhundert gibt Anlass dazu, dieses Urteil in Frage zu stellen. 1589 hatte der kaiserliche Rat und Buchhalter der niederösterreichischen Kammer, Georg Schröttl, die landesfürstliche Maut beim Wiener Waaghaus auf fünf Jahre in Pacht genommen. Gleichzeitig hatte die Kammer eine bislang nicht übliche, eingehende Beschau der zu Wasser und zu Land nach Wien gebrachten Waren angeordnet. Die neuen Modalitäten der Vermautung und dadurch ausgelösten Streitigkeiten zwischen den Kaufleuten und dem Mautpächter Schröttl führten dazu, dass die Kammer eine Untersuchungskommission einsetzte, die die Beschwerden der in diesen Jahren in Wien aktiven Kaufleute zu Protokoll nahm. In den Protokollen und weiteren in diesem Zusammenhang produzierten Verzeichnissen scheinen 172 Kaufleute namentlich und großteils mit Herkunftsangaben auf. Darunter befanden sich 45 Wiener (26 %), 37 Nürnberger (22 %), 26 Ungarn (15 %), 20 Italiener (12 %), 11 Augsburger (6 %), je drei Kaufleute aus Breslau und St. Gallen, zwei aus Köln sowie jeweils einer aus Regensburg, Frankfurt am Main, Iglau und einer Reihe kleinerer bayerischer Städte. 18 Personen (10 %) konnten im Hinblick auf ihre Herkunft nicht identifiziert werden. 13 der genannten Wiener Kaufleute waren nachweislich im Venedighandel aktiv, 14 im Donauhandel. Von den 233 Warenladungen an Kaufmannsgütern, die in den Jahren 1589–1591 auf Regensburger Schiffen in Wien ankamen, waren immerhin 20 % Eigentum Wiener Kaufleute. Darin wurden die Wiener nur von den Nürnbergern übertroffen, deren Anteil sich auf knapp die Hälfte der Fracht belief. Wenn auch die Nürnberger Kaufmannschaft im Warenhandel auf der Donau nach Wien eine dominante Position einnahm, war diejenige der Wiener in diesem Bereich keineswegs marginal.[375]

Bestätigt wird dieser Eindruck durch eine Analyse der ältesten erhaltenen Mautregister der Donaumaut Aschach knapp oberhalb von Linz aus dem Zeitraum zwischen Juli 1627 und Juli 1628.[376] Unter Vernachlässigung der Wein- und Getreide- sowie der Personen- und Hausratstransporte ergibt sich ein Anteil der Wiener Kaufleute (38 Namen) von 10,3 %. Darin werden sie lediglich von den Nürnbergern (100 Kaufleute) mit 18,9 % und den Italienern (75 Kaufleute) mit 11,3 % übertroffen. 627 von insgesamt 1.415 genannten Wareneigentümern, die aber nur 14,5 % der Mautzahlungen entrichteten, konnten im Hinblick auf ihre Herkunft nicht identifiziert werden. Unter den 100 Kaufleuten, die die größten Mautsummen entrichteten und für 58 % der gesamten Aschacher Mauteinnahmen (ohne Wein, Getreide und Hausrat) dieses Jahres aufkamen, befanden sich 23 Nürnberger, 16 Wiener, 12 Augsburger, 11 Italiener, 10 Regensburger, 9 Salzburger, 6 Ulmer, 4 Passauer, zwei Kaufleute aus Hall/Tirol sowie jeweils einer aus Braunau, Bremen, Steyr und Wels. Vier Namen konnten hinsichtlich ihrer Herkunft nicht identifiziert werden. Da ein erheblicher Teil der durch die Aschacher Maut gehenden Waren für die beiden großen Linzer Märkte bestimmt war, kann man annehmen, dass ein beträchtlicher, wenn nicht der überwiegende Teil der für Wien bestimmten oder aus Wien donauaufwärts gehenden Waren im Auftrag von Wiener Kaufleuten transportiert wurde. Wiederum ist der Anteil der Wiener alles andere als marginal, wenn auch zu diesem Zeitpunkt der Donauhandel nach wie vor eine Domäne der Nürnberger Kauf-

mannschaft war und der Anteil der Italiener gegenüber dem Ende des 16. Jahrhunderts zugenommen hatte. Eine Führungsposition hatten die Wiener Kaufleute im Handel mit Tuch und Rohseide inne, während die Nürnberger den Handel mit Kramwaren, Gewürzen, Buntmetallen, Stahl, Metallwaren, Farbhölzern, Alaun, Häuten und Büchern beherrschten und die Italiener den Import von Seidenwaren, italienischem Tuch, Südfrüchten sowie den Export von Kupfer, Juchten, Wachs und Federn dominierten.

Im Hinblick auf die geographische Herkunft der an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert am Wiener Handelsplatz aktiven Kaufleute aus Ungarn und Italien lässt sich eine Reihe von signifikanten Merkwürdigkeiten feststellen. So stammten 11 der 26 ungarischen Kaufleute, die 1591 ihre Beschwerden gegen den Mautpächter beim Wiener Waaghaus protokollieren ließen, aus dem Marktflecken Túr (Mezö Túr, Komitat Heves) in der großen ungarischen Tiefebene. Bei ihnen handelte es sich um eine Gruppe von Ochsen- und Rohhäutehändlern, die – angeführt vom 1593 in den Freiherrenstand erhobenen Sebestyén Thököly, der in den Protokollen nicht genannt wird – zu dieser Zeit eine beherrschende Stellung im Viehhandel nach Wien einnahmen.[377] Obwohl nur zwei Kaufleute aus Klausenburg/Koloszvár/Cluj-Napoca 1591 über Probleme bei der Maut klagten, ist davon auszugehen, dass Wien in dieser Periode auch von Siebenbürger Kaufleuten stark frequentiert wurde. Nach den Klausenburger Dreißigstzollregistern aus dem ersten Drittel des 17. Jahrhunderts stammten 55 % (Zollwert) der nach Klausenburg eingeführten Waren aus Wien, während bei der Ausfuhr 24 % des Zollwertes auf für Wien bestimmte Güter entfielen. Aus Wien nach Klausenburg eingeführt wurden hauptsächlich Tuch, Hüte, Leinwand, Kramwaren und Messer, nach Wien gingen Ochsen und Wachs.[378] Betrieben wurde der Handelsaustausch zwischen Wien und Klausenburg ausschließlich von Kaufleuten aus Klausenburg und Umgebung, zumal sich die Wiener und oberdeutschen Kaufleute seit den dreißiger Jahren des 16. Jahrhunderts fast gänzlich aus dem Aktivhandel in Ungarn zurückgezogen hatten. Da man die aus Siebenbürgen und dem osmanisch besetzten Teil Ungarns stammenden Kaufleute in Wien der Spionage und des heimlichen Waffenhandels verdächtigte, war ihnen der Aufenthalt in der Stadt nur dann erlaubt, wenn ein Wiener Bürger für sie Bürgschaft leistete. Ansonsten mussten sie in den Vorstädten bleiben und sich eines Dolmetsch für den Verkehr mit anderen Kaufleuten bedienen.[379] 1575 wurde elf Kaufleute, die zum überwiegenden Teil aus Túr stammten, in Wien wegen Spionageverdachts unter Hausarrest gestellt.[380]

Die in Wien im ausgehenden 16. Jahrhundert aktiven italienischen Kaufleute stammten nur zum geringen Teil aus den bedeutenden oberitalienischen Handelsstädten, sie rekrutierten sich vielmehr häufig aus wenig bekannten Orten in den italienischen Alpentälern. Neben Chiavenna und dem 1618 durch einen Erdrutsch verschütteten Piuro (Plurs) im Bergell, von wo zahlreiche Kaufleute nach Nürnberg zogen (am bedeutendsten von allen waren die Angehörigen der weit verzweigten Familien Vertema und Pestalozzi, die auch in Wien aktiv waren),[381] sticht hier vor allem die Stadt Gandino im Valgandino nördlich von Bergamo hervor. Sechs der 1591 Beschwerde gegen den Mautpächter am Waaghaus führenden italienischen Kaufleute beziehungsweise Firmen

stammten aus dieser auf die Erzeugung einfacheren Wolltuchs spezialisierten Stadt und ihren Nebenorten. Seit den sechziger Jahren des 16. Jahrhunderts waren sie über Tuchlieferungen (für die Truppen in den ungarischen Grenzfestungen) und Kredite an die Hofkammer in die Wiener und Prager Handels- und Finanzwelt eingedrungen, hatten nach und nach den Status von Hofhandelsleuten erlangt und begannen, den oberdeutschen Firmen in diesen Geschäftsbereichen Konkurrenz zu machen. Von dieser Position aus rückten sie in andere Bereiche der Kameralwirtschaft der österreichischen und böhmischen Länder ein, so auch in den Handel mit oberungarischem Kupfer, der das 16. Jahrhundert über eine Bastion des Augsburger Kaufmannskapitals dargestellt hatte. War zunächst Bartholomäus Castello, der sich von 1587 bis zu seinem Konkurs 1605 am ungarischen Kupferkauf beteiligte und auch sonst eine bedeutende Rolle in den Finanztransaktionen der Hofkammer spielte, der prominenteste Exponent dieser Gruppe,[382] nahmen in seinem Gefolge ab dem beginnenden 17. Jahrhundert Angehörige der Gandineser Patrizierfamilie Giovanelli (Joanelli) diese Positionen ein.[383] Von 1642 bis 1681 waren sie die Verleger des oberungarischen Kupferbergbaus in Neusohl/Banská Bystrica und Schemnitz/Banská Stiavnica.[384] 1665 brachte der 1662 in den ungarischen Magnatenstand aufgenommene Giovanni Andrea Giovanelli ein Darlehen in der Höhe von 1,1 Millionen Gulden an Kaiser Leopold I. zum Rückkauf der schlesischen Fürstentümer Oppeln/Opole und Ratibor/Racibórz auf.[385]

Überblickt man die Wiener Handelswelt an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert, so setzte sie sich aus oberdeutschen Kaufleuten und Handelsgesellschaften, unter denen die Nürnberger sowohl hinsichtlich ihrer Zahl als auch ihrer Bedeutung bis in die zwanziger Jahre des 17. Jahrhunderts die erste Geige spielten, Italienern, die zum überwiegenden Teil aus dem italienischsprachigen Teil Graubündens und der venezianischen *terra ferma* stammten, und einer nicht zu unterschätzenden Gruppe von Wiener Kaufleuten zusammen. Letztere waren, sieht man von Lazarus Henckel ab, im großen Finanzgeschäft von untergeordneter Bedeutung, spielten aber im Warenhandel eine nicht unwesentliche Rolle. Seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert drängten sich nach und nach die Italiener in den Vordergrund, sodass man geradezu sagen könnte, dass im zentraleuropäischen Raum in der Finanz- und Handelswelt ebenso wie im Bereich der Architektur und bildenden Kunst, auf den hier nicht näher einzugehen ist, ein italienisches Zeitalter anbrach. Selbst in Nürnberg zählten italienische Firmen mit Anteilen an den Gesamtumsätzen des dortigen Banco Publico von 10–20 % zu den kapitalkräftigsten Unternehmen.[386] In Prag und Wien wurden unter der Obhut der Jesuiten italienische Kongregationen gegründet (1573 in Prag, 1625 in Wien),[387] im Umkreis des Grazer Hofes, in der innerösterreichischen Kameralwirtschaft und im Handel nahmen oberitalienische Unternehmer ebenfalls eine beherrschende Stellung ein.[388] Ihren Aufstieg verdankten sie neben ihren überlegenen Geschäftspraktiken und ihren ausgedehnten familiären Netzwerken in den habsburgischen Ländern auch der Tatsache, dass sie dem ›rechten und allein seligmachenden‹ Glauben anhingen, während die Oberdeutschen großteils Protestanten waren und ihnen daher an den Höfen, je mehr sich der Religionskonflikt zuspitzte,

mit zunehmendem Misstrauen begegnet wurde. Im Gegenzug machte sich in den stadtbürgerlichen Kreisen und im protestantischen Adel eine zunehmende Feindlichkeit gegenüber den geschäftstüchtigen »Welschen« breit. Die Repräsentanten der Wiener Kaufmannschaft malten bereits in den siebziger Jahren des 16. Jahrhunderts das Gespenst an die Wand, dass sie *der herkommenden und zum Teil aus andern Landen entlaufenen welschen Fackhierer Schiavi* zu werden drohten,[389] die oberösterreichischen Städte klagten 1591, dass *italienische Kaufleuth sich sonderlich bey etlichen Jaren in disen Österreichischen Landen (...) sehr überflüßig herein gelegt und die besten gwerb an sich gezogen, also das alle ort mit welschen Kaufleuthen (...) in und außer Jahrmarktzeit voll sein*.[390] Im gleichen Jahr beschlossen die Kärntner Stände, keine »Welschen« mehr in den Adel aufzunehmen.[391] 1611 verdächtigte man die in Prag anwesenden Italiener, im Zusammenhang mit dem Einmarsch des Passauerischen Kriegsvolks eine Verschwörung angezettelt zu haben.[392] Einige italienische Kaufleute nahmen im Verlauf des 17. Jahrhunderts das Wiener Bürgerrecht an und gelangten auch zu Ratswürden, so etwa Angehörige der Familien Pestalozzi und Peverelli aus Chiavenna und der Lumaga aus Piuro/Plurs, andere stiegen in den Adel der österreichischen, böhmischen und ungarischen Länder auf.

Heißt das nun, dass sich, wie oft behauptet, tatsächlich die »Ausländer« im Wiener Handelsleben auf Kosten der Wiener Kaufleute breit gemacht hätten? Stimmt man in diesen Chor ein, so unterstellt man ein modernes Nationalbewusstsein, das es in dieser Zeit so nicht gab. Wenn der Wiener Stadtrat und die Repräsentanten der Kaufmannschaft über »Fremde« und »Ausländer« klagten, dann meinten sie damit schlicht alle nicht das Wiener Bürgerrecht besitzenden Konkurrenten, allenfalls mit der Ausnahme von Kaufleuten aus anderen niederösterreichischen Städten. Ein gewisse Feindseligkeit zwischen »Welschen« und »Deutschen«, die von der – in dieser Hinsicht alles andere als kosmopolitischen – humanistischen Literatur der Zeit und der wirtschaftlichen Konkurrenz genährt wurde, hat es wohl gegeben. Urteile wie jenes von Friedrich Engel-Janosi, dass »die innere Geschichte Österreichs einen anderen Verlauf genommen (hätte), wenn österreichische Staatsangehörige Herrn der Werke gewesen wären, die das Münzmetall für einen großen Teil Mitteleuropas förderten«, sind aber kaum angebracht.[393] Standen den Tiroler Landesherren die Augsburger nicht näher als die Wiener, war der Kaiser nicht auch der Herr der Reichsstädte, und was soll man sich im Rahmen der dynastischen Union der habsburgischen Länder des 16. Jahrhunderts unter einer »österreichischen Staatsangehörigkeit« vorstellen?

Die wichtigen Handelsplätze des frühneuzeitlichen Europa beherbergten eine kosmopolitische Kaufmannschaft, die sich im Hinblick auf ihre Herkunft nicht zufällig, sondern entsprechend der wirtschaftlichen Niveauunterschiede und den Beziehungen zwischen Zentren und Peripherien immer auch aus Angehörigen anderer Handelsstädte rekrutierte. Ein weiterer Wesenszug der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen europäischen Kaufmannswelt bestand darin, dass es einander ablösende Diasporen von kaufmännischen »Nationalitäten« (im älteren Wortsinn) gab: Angehörige der großen oberitalienischen Handelsstädte, die seit dem 14. Jahrhundert die westeuropäischen Han-

delsplätze frequentierten und sich dort niederließen, in die deutschsprachigen Städte aber erst in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts vermehrt eindrangen; die Antwerpener Kaufleute und diejenigen anderer flandrischer und Brabanter Städte, die im Zuge des Aufstands der Niederlande nach Köln, Hamburg, Frankfurt, Leipzig und Nürnberg auswanderten, aber kaum bis Wien vorstießen, wenn man von der im den siebziger und achtziger Jahren des 16. Jahrhunderts erratisch aus der Wiener Geschäftswelt herausragenden Figur des Jobst Croy absieht; die französischen Hugenotten, die im späten 17. Jahrhundert mit ihrem Kapital, ihren Kenntnissen und Fähigkeiten das kaufmännische Leben an zahlreichen europäischen Handelsplätzen belebten; schließlich die beständig vertriebenen und doch immer wieder zurückkehrenden Juden.

Je nach dem, ob eine Stadt eher eine zentrale oder eine eher periphere Stellung einnahm, machte sie ihre Tore weit auf oder gebärdete sich fremdenfeindlich gegenüber den Angehörigen anderer Kaufmannsnationen. Das im 16. und 17. Jahrhundert durch seine geopolitische Lage nicht gerade begünstigte Wien gehörte zur zweiten Kategorie. Die feindselige Haltung gegenüber den »Welschen« und die penetrante Judenfeindlichkeit, den die Kaufleute und der Magistrat der Stadt in der Frühen Neuzeit an den Tag legten, bezeugen es. Das Schicksal des Wiener Gettos im 17. Jahrhundert ebenfalls. Da der Hof auf die »Kammerknechte« und ihre Dienste in Kriegsnöten nicht verzichten wollte und konnte, wurden sie, oder zumindest die Wohlhabenden, Kreditwürdigen, in das weite Netzwerk des jüdischen Finanz- und Handelskapitals dieser Epoche Integrierten unter ihnen, kaum dass man sie auf Drängen der Wiener vertrieben hatte, wieder zurückgerufen und unter die Protektion des Hofes gestellt.[394] Handeln durften sie offiziell nur mit Geld, Edelmetall und Juwelen, keinesfalls mit anderen Kaufmannswaren, es sei denn, die Hofkammer schloss mit ihnen einen Kontrakt zwecks Lieferung an den Hof oder für das Kriegswesen.[395]

Eine Besonderheit der Zusammensetzung der am Wiener Platz aktiven Kaufmannschaft war im zentraleuropäischen Rahmen des 17. und 18. Jahrhunderts die zunehmende Präsenz von Kaufleuten aus dem Osmanischen Reich. Seit der Mitte des 17. Jahrhunderts und vermehrt nach dem Friedensschluss von Passarowitz 1718 nutzten diese die wechselseitige Handelsfreiheit zwischen den beiden Reichen und belebten dadurch das Wiener Handelsleben. Zunächst kamen die Armenier, die die Protektion der Hofstellen durch nützliche Dienste als Spione und Kundschafter im gegnerischen Lager erwarben,[396] und die Raizen (Serben)[397] sowie einige wenige Sephardim,[398] nach Passarowitz dann die »Griechen«, die bis ins späte 18. Jahrhundert den Handelsaustausch mit dem europäischen Teil des Osmanischen Reiches beherrschten und insbesondere in Ungarn und Siebenbürgen eine dominante Stellung einnahmen. Ähnlich wie die Italiener am Ende des 16. Jahrhunderts stammten sie aus einigen wenigen Orten, etwa dem mazedonischen Moschopolis, und arbeiteten sich aus bescheidenen Anfängen auf der Basis ausgedehnter Netzwerke mit großer Gewandtheit und auf Grund ihrer Vertrautheit mit den lokalen Verhältnissen in Thessalien und Mazedonien zu beherrschenden Figuren im Handel mit Baumwolle, Tabak, Leder und Wolle hoch.[399] Die in dieser Hinsicht tatsäch-

lich höchst passiven Wiener Kaufleute, ängstlich und unvertraut mit den Sprachen und Handelsbräuchen in diesem Teil Europas, hatten das Nachsehen.

Seit der Niederlagsordnung Maximilians I. von 1515 war der Status der nicht das Wiener Bürgerrecht besitzenden Kaufleute, die dauerhaft in Wien ihren Geschäften nachgingen, Schritt für Schritt reglementiert und präziser definiert worden, sodass sich im Verlauf des 17. Jahrhunderts ein Stand der »Niederlagsverwandten« herausbildete, der über spezifische Privilegien, etwa die Steuer- und Religionsfreiheit, verfügte und nicht der Jurisdiktion des Wiener Magistrats, sondern derjenigen der niederösterreichischen Regierung und Kammer unterstand, dessen Angehörige hinsichtlich ihrer Handelstätigkeit aber auch bestimmten Beschränkungen unterlagen. Sie durften keinen Detailhandel betreiben und sich nicht in den Zwischenhandel am Wiener Platz einschalten.[400] Seit 1713 wurde ihr Aktionsradius auf den Import von Waren aus dem Ausland beschränkt, und die zahlreicher werdenden Importverbote der Folgezeit entzogen ihnen zusehends den Boden. Die bürgerlichen Kaufleute hatten sich hingegen 1662 mit den Krämern zu einer »Bruderschaft der bürgerlichen Kaufleute« vereinigt, die 1731 270 Mitglieder gezählt haben soll. Da man ihnen hinsichtlich ihres Aktionsradius und ihrer Kapitalkraft nicht zutraute, Handels- und Finanztransaktionen in großem Stil durchzuführen, galten die Niederleger weiterhin als unverzichtbar.[401] In der Regierungszeit Karls VI. bestand die in Wien agierende Kaufmannschaft daher aus dem geschlossenen, innungsähnlich organisierten Stand der bürgerlichen Kaufleute, dessen Mitglieder zum überwiegenden Teil Detailhandel betrieben, den Niederlagsverwandten und den hofbefreiten Kaufleuten, zu denen auch die jüdischen Firmeninhaber zählten. Seit 1717 waren die Angehörigen aller drei Gruppen, die Handel in größerem Stil betrieben, dem Wiener Merkantil- und Wechselgericht unterstellt.[402] Hinsichtlich ihrer Herkunft stammten die Niederlagsverwandten im 18. Jahrhundert hauptsächlich aus süddeutschen und Schweizer Städten, einige Firmeninhaber waren Franzosen, während die Zahl der Italiener gegenüber dem 17. Jahrhundert stark zurückgegangen war.[403]

1774 ging man staatlicherseits daran, ein Gremium von Großhändlern zu schaffen und knüpfte jede weitere Erteilung einer Niederlagsfreiheit an die Bedingung, dass der Bewerber sich zur Errichtung einer Fabrik oder zur Verlegung eines Fabrikanten bereit erklärte. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch 36 Niederlagsverwandte in Wien, denen lediglich zwölf Mitglieder des Großhändlergremiums gegenüberstanden. Im Jahr 1800 war die Zahl der Niederleger auf zehn geschrumpft, diejenige der Großhändler auf 88 angestiegen.[404] Das von Ingrid Mittenzwei für die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert erstellte und analysierte Sample von 500 Wiener Manufakturunternehmern, Verlegern, Großhändlern und Bankiers weist aus, dass in der Gruppe der Großhändler und Bankiers immerhin 25 % aus Wien selbst stammten, 15 % aus anderen Teilen der Monarchie und 19 % aus den südwestlichen Regionen des Reiches. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte sich Wien aus seiner »Satellitenstellung« gegenüber Oberdeutschland und Oberitalien befreit und war zum Zentrum einer kontinentaleuropäischen Großmacht geworden, in dem sich eine kapitalistische Bourgeoisie zu formieren begann.[405]

Das neue Stadtrecht von 1517 und die Stadtordnung von 1526, mit der Wien eine Verfassung erhielt, die im Wesentlichen bis zur Magistratsreform von 1783 in Kraft blieb, signalisieren mit der Einschränkung der städtischen Autonomie und der Ausweitung der landesfürstlichen Macht eine Zeitenwende für Wien. Ähnlich wie es in der Abänderung der Stadtverfassung zum Ausdruck kam, stieg auch im Hinblick auf wirtschaftliche Fragen der Einfluss des Staates markant an. Seit dem Ende des 16. Jahrhunderts wurde die städtische Finanzgebarung von der Regierung stärker überwacht, unter Karl VI. wurde das Wirtschaftswesen der Kontrolle einer Hofkommission unterstellt.

Ein Blick auf das Budget Wiens, die Einnahmen und Ausgaben der Stadt, erlaubt einige vorsichtige Bemerkungen über die Haushaltsstruktur, ohne gesicherte Aussagen über die finanzielle Lage Wiens im 16. Jahrhundert zu ermöglichen.[406] Eine Reihe von Steuern waren reine Durchlaufposten. Den Rechnungen der Stadt- bzw. Oberkämmerer ist zu entnehmen, dass die wichtigsten Einnahmen die städtischen Steuern (Schatzsteuer, Weinsteuer, außerordentliche Steuern) bildeten, gefolgt von Mauten und Monopolen (Salzkammer, Taverne) sowie Gebühren, Strafgeldern, heimgefallenen Gütern, Grundbesitz, Stiftungen usw.[407] Durch die Pauschalierung jenes Betrages, den die Stadt an Steuerleistungen dem Landesfürsten abführen musste, eröffnete sich Wien auf Grund potentieller Überschüsse eine wichtige Einnahmenquelle, wobei einschränkend festzuhalten ist, dass die Überschüsse aus der ordentlichen Steuer zur Deckung der Ausgaben einer außerordentlichen Steuer herangezogen werden mussten. Einen weiteren wichtigen städtischen Budgetposten machten jene Gelder aus, die der Stadt aus den Bereichen Schuldenwesen und Kredit zuflossen und nicht selten über die Hälfte der gesamten Jahreseinnahmen betrugen.[408] Auf der Ausgabenseite sind die landesfürstlichen Steuern (Stadtsteuer, außerordentliche Steuer), die Aufwendungen für Verwaltung und Rechtsprechung, für Bauwesen, Kriegsdienste oder Repräsentation anzuführen. Eine strukturelle Änderung ergab sich aus dem Bedeutungsverlust der alten Stadtsteuer in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Die Schuldentilgung spielte wiederum auf Grund der wiederholten Darlehensaufnahme zur Deckung fälliger Verpflichtungen eine wesentliche Rolle. Eine immer wichtigere Rolle im Budget der Stadt bildete jene direkte Steuer, die Wien auf Grund seiner Beteiligung an den Landtagsbewilligungen als Mitglied des Vierten Standes (Wien galt als halber Vierter Stand) zu entrichten hatte. Der Erwerb von Grundherrschaften im Umland Wiens verpflichtete die Stadt zur Zahlung von Dominikalsteuern, die von den Grundholden einzuheben waren.

Einnahmen und Ausgaben der Stadt waren eng miteinander verbunden. Die Höhe der insgesamt an den Landesfürsten abzuführenden Gelder war vom Zustand der Staatsfinanzen abhängig, was dementsprechend oft – insbesondere in Kriegs(vorbereitungs)zeiten – zu erhöhten Belastungen der Wiener Bevölkerung führte. Diese Budgetstruktur hielt sich im Wesentlichen bis zum 18. Jahrhundert.

Der Ausbau Wiens zur Grenzfestung und zum »Bollwerk der Christenheit« schlug

sich im städtischen Haushalt erstaunlich gering nieder, da die Leitung und hauptsächliche Finanzierung des Befestigungsbaues 1529 von der Stadtgemeinde in die Kompetenz der Hofbehörden überging.[409] Eine weitere Entlastung des Budgets brachte die Minderung des Anteils der landesfürstlichen Städte und Märkte an den gemeinsamen Lasten der Stände, allerdings um den Preis des Ausscheidens aus dem Verordnetenkollegium, der ständigen Repräsentanz der Stände, womit Wien einen wichtigen politischen Rückhalt verlor.

Die Auswirkungen zweier Wiener Katastrophen – des verheerenden Großbrandes von 1525 und der Verwüstungen auf Grund der Türkenbelagerung von 1529 – hatten Wohlstand und Steuerkraft der Wiener Bevölkerung deutlich geschwächt. Im 16. Jahrhundert wurde Wien als Folge des Türkenkrieges Grenzfestung, was nicht ohne Auswirkungen auf die Handelsströme mit Ungarn blieb. Techniken und Praktiken des Geldgeschäftes befanden sich in einem frühen Entwicklungsstadium. Geldmangel und periodisch wiederkehrende Münzknappheit charakterisierten trotz einer Zunahme des europäischen Geldvolumens die Frühe Neuzeit.[410] Diese Epoche erlebte eine starke Zunahme unterschiedlicher Kreditformen (ungesicherte und gesicherte Darlehen, Pfandleihe, Schuldscheine, Zahlungsanweisungen, Bankgeld, Papiergeld, übertragbare Wertpapiere), um die Verwendung von Edelmetallen zu vermeiden. Als Ausweg aus dieser Situation entwickelte sich in einigen Regionen ein »raffiniertes System ineinandergreifender multilateraler Zahlungen, kontrollierter und garantierter Kredite« ohne neue Prägungen von Gold und Silber. Parallel dazu entstand ein Gedankengebäude, demzufolge »die Begründung solider Finanzierungseinrichtungen, eines elastischen Geldangebotes und leicht erhältlichen und billigen Kredits«[411] zunehmend als unerlässliche Voraussetzungen des Produktionswachstums erachtet wurden. Für die Vermehrung des Geldbestandes galten die Konzentration von Kreditmöglichkeiten auf einige Handelsplätze und die Entwicklung eines internationalen multilateralen Zahlungsverkehrs als unabdingbare Voraussetzungen.

Bank- und Geldgeschäfte waren und sind seit jeher – mit wenigen Ausnahmen mittelalterlicher Messen – auf Städte konzentriert. Städte verfügen in mehrerlei Hinsicht (verkehrsmäßig, für die verzweigten Kreditketten) über eine Knotenpunktfunktion, hier residieren ferner die Großgläubiger des Staates: Hof, Hocharistokratie und Kaufleute. Insbesondere in Kriegszeiten (und sowohl das 17. wie das 18. Jahrhundert erlebten unzählige kriegerische Auseinandersetzungen) erhöhte sich die Kapitalnachfrage sprunghaft, große Kapitalmengen verschlang auch der außerordentliche Luxuskonsum der absolutistischen Herrscher und des Hofes.[412] Dementsprechend katastrophal stand es die meiste Zeit um den Staatshaushalt. Immer wieder vom völligen finanziellen Zusammenbruch bedroht, bildeten Reformüberlegungen in der Form einer Hofkammerreform, einer Zentralisierung des Kassenwesens bzw. einer Neuorganisation der Buchhaltung im späten 17. und 18. Jahrhundert eine Konstante. Den engen Zusammenhang mit dem Staatshaushalt verdeutlicht die Tatsache, dass sich rein quantitativ im Untersuchungszeitraum keine kommerzielle private Kreditaufnahme auch nur annähernd mit dem Fi-

nanzbedarf von Hof und Hofkriegskammer vergleichen konnte. Die Konditionen der Kreditgeschäfte waren von der Zahl der Anbieter abhängig. Das Kapitalangebot am Wiener Finanzmarkt wurde vor allem von zwei Quellen gespeist, von wohlhabenden Aristokraten,[413] insbesondere aber von ausländischen Großkaufleuten. Besondere Bedeutung erlangten dabei die jüdischen Hoffaktoren.

»Retter in der Kriegsnoth«[414] – Die jüdischen Hoffaktoren

Im Gegensatz zu den ländlichen Regionen waren in den Städten die Kreditmöglichkeiten vielfältiger, wobei auch hier das Geldgeschäft als ein Experimentierfeld bezeichnet werden kann. Die Geschäftsmethoden waren noch weitgehend unausgereift, oft undurchschaubar und mit hohen Risiken belastet, wobei das größere Risiko zumeist eindeutig auf Seiten des Kreditgebers lag. Eine wichtige Rolle im Geldverleihgeschäft (gegen ein Pfand oder einen Schuldschein) spielten neben der Existenz eines umfangreichen – im Großen wie im Kleinen – christlichen Kreditgeschäftes dabei zunehmend Juden, insbesondere die Gruppe der »hofbefreiten Juden« (oder Hoffaktoren). Diese erwiesen sich für die geldbedürftigen Kaiser als viel ergiebigere Einnahmsquelle als die Inanspruchnahme der armen Landjuden. Erste Vertreter der Gruppe der Hofjuden sind ab dem späten 16. Jahrhundert nachweisbar.[415]

Fest steht, dass dieser Status erhebliche Privilegien mit sich brachte, als Gegenleistung mussten dem Kaiser – die wirtschaftlichen Unternehmungen der Hofjuden waren vor allem am kaiserlichen Hof orientiert – bedeutende finanzielle Leistungen erbracht werden.[416] Im Falle der Nichterbringung wurde mit der Ausweisung gedroht, zu der es letztlich, nach einer Art »Verhandlungsspiel«, nie kam. Sowohl die Kriegsführung wie die ständig wachsenden Kosten der Hofhaltung wurden auf diesem Weg vorfinanziert. Ab 1596 erhöhten sich die an die Juden gestellten Geldforderungen rasch. Waren in diesem Jahr noch 600 Gulden als Kriegskontribution gezahlt worden, waren die Juden drei Jahre später bereits mit weitaus höheren Forderungen konfrontiert.[417] Die Verhandlungen wurden von Seiten des Hofes mit Drohungen wie der Ausweisung, der Schließung der Synagoge bzw. der Geschäftsgewölbe oder der Arrestnahme der Ältesten geführt. Die Juden wiederum versuchten durch Hinauszögerung sowie mit Argumenten, dass sie Summen in den geforderten Höhen nicht zahlten könnten, nicht nur den Zahlungszeitpunkt, sondern vor allem auch Zahlungshöhe und -art zu beeinflussen. Die Gewährung eines noch so unsicheren Kredits kam ihnen immer noch gelegener als die Leistung einer außerordentlichen Kontribution.

Enge Kooperationen von Juden mit führenden adeligen Entrepreneurs wie Albrecht von Wallenstein oder dem kaiserlichen Statthalter Karl von Liechtenstein belegen, dass die Hoffaktoren zunehmend in das merkantile System eingebunden wurden. Besondere Anforderungen erwuchsen aus dem Dreißigjährigen Krieg. 1615 erfolgte die Privilegienbestätigung für 18 Juden, die teilweise schon den Status von Hofbefreiten aufwiesen

und für den Hof bereits tätig gewesen waren, sie fungierten in den ersten Kriegsjahren als Geldgeber, Heereslieferanten und Münzverwalter.[418] 1621–1622 war die Wiener Münze an ein Konsortium rund um Israel Wolf verpachtet. Danach ging die Pacht an ein Konsortium um Hans de Witte und den Prager Juden Jakob Bassevi von Treuenburg über. Die Gründe für die Etablierung des jüdischen Gettos im Unteren Werd (auf dem Gebiet des heutigen 2. Wiener Gemeindebezirks, der Leopoldstadt) sind noch nicht ganz geklärt, Anfeindungen seitens der Stadt Wien dürften nur einen Faktor gebildet haben.[419] Fest steht, dass sich insbesondere in Kriegszeiten der fiskalische Druck auf die Wiener Judengemeinde erhöhte, Kredite und Sonderkontributionen gab es seit 1620.[420] Ab 1629 ist von einer regelmäßigen jährlichen Kontribution von 10.000 Gulden auszugehen. Nachdem Kaiser Ferdinand II. die Gemeinde rechtlich anerkannt hatte, wurde Wien in zunehmendem Maße – die Residenzfunktion der Stadt bot vielfältige soziale und wirtschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten – ein wichtiger Anziehungspunkt für ökonomisch starke und privilegierte Juden.[421] Hofbefreiungen wurden vermehrt ausgegeben und das Privilegiensystem ausgebaut, die Bedeutung der Wiener Hofjuden im Münz- und Kreditwesen stieg.

Wirtschaftliche Misslagen schürten andererseits judenfeindliche Vorurteile. Die Juden Wiens erschienen den Wiener Bürgern zunehmend (etwa in der Beschwerde und Bittschrift von Bürgermeister und Rat der Stadt Wien 1637 an den jungen Kaiser Ferdinand III.) als einzig Schuldtragende an ihrer tristen Lage. So wurde ihnen vorgeworfen, sie würden die Münze verfälschen und die Christen durch Wucher und Übervorteilung in den Ruin treiben.[422] Wenn der Kaiser auch der Bitte nach Ausweisung nicht nachkam, so wurde die Lage der Juden immer schwieriger.[423] 1649 waren die Verpflichtungen an das Ärar, Rückstände und laufende Zahlungen bereits auf 80.000 Gulden angewachsen.[424] Zu der jährlichen Besteuerung von 10.000 Gulden traten erhebliche Kontributionen, Strafgelder und Mautabgaben. Die Stimmung gegen die jüdischen Gemeinden, nicht nur jene in Wien, sondern in ganz Niederösterreich, schaukelte sich auf und mündete in die Vertreibung der Juden in den Jahren 1669/70. Die Stadt Wien bot sich – unter der Bedingung, bei einer generellen Ausweisung die Häuser zugesprochen zu bekommen – im Gegenzug zur Zahlung der Judensteuer, der so genannten Toleranzgelder, an.

Nach der Vertreibung der Juden aus Wien dauerte es nur kurze Zeit, bis Hofkammer und niederösterreichische Stände sich aus finanziellen Gründen (wegen des Nutzens für das »camerale«) für eine Wiederansiedelung aussprachen. Es wurde auf die negativen wirtschaftlichen Folgen der Vertreibung hingewiesen, die etwa in einer beträchtlichen Teuerung bei bestimmten Waren, deren Handel in den Händen von Juden gelegen war, in Wien zum Ausdruck kamen.[425] Die Wiederansiedelungsbemühungen scheiterten – es begann eine Periode, in der Juden sich nur auf der Basis individueller, zeitlich begrenzter Privilegien hier aufhalten durften. Hier sei ein Beispiel näher erläutert:[426] Isaak Arnsteiner war bis 1709 als Angestellter seines Cousins Samson Wertheimer unter dessen Schutzprivileg tätig. Danach machte er sich selbstständig und erlangte für sich und seine Familie 1717 durch ein Kriegsdarlehen das Aufenthaltsrecht. Als Kompagnon Wolf

Wertheimers errang er 1727 durch ein Darlehen über 80.000 fl ein Privileg auf weitere zehn Jahre. Ein Vorschuss über 100.000 fl sicherte ihm 1736 die Verlängerung um weitere 15 Jahre. Ein Teil dieser Gelder floss in den Ausbau der Stadt nach 1683, einer Periode, in der Wien das Gesicht einer barocken Gartenstadt erhielt. Die Bauten Schloss Schönbrunn, Karlskirche und Hofbibliothek wurden auf diese Weise mitfinanziert.

Für die Erteilung des Aufenthaltsrechts übernahmen einzelne Juden unter dem Titel »Hoffaktor und Jude« die Aufgabe, die beträchtlichen Lücken hinsichtlich Kriegsfinanzierung und -lieferung bzw. Kreditgewährung und -vermittlung zu schließen. Weder Adel noch Bürgertum konnten oder wollten diese Risiken übernehmen. Bereits 1672, also nur zwei Jahre nach der Vertreibung, wurde Samuel Oppenheimer (1635–1703) für die Belieferung des kaiserlichen Heeres für den Holländischen Krieg (1672–1679) herangezogen *(Abb. 28)*.[427] Seit 1677 führte er als wichtigster Finanzpartner und vor allem Kriegslieferant des Staates (etliche Historiker sprechen von einer Monopolstellung Oppenheimers) den Titel eines »Kaiserlichen Kriegsfaktors«.[428] Sein Kredit war seit 1686 mit dem der Hofkammer ident, schließlich auch mit dem des Kaisers.[429] Akzeptierte er die Bedingungen der Hofkammer nicht, griff man zum Mittel der Erpressung, doch auch Oppenheimers Geschäftsgebarung und -methoden waren umstritten. Bezüglich dieser Einschätzung scheint allerdings größte Vorsicht geboten, da die Literatur zu Oppenheimer nicht frei von antisemitischen Stereotypen ist. So wird Oppenheimer des öfteren vorgeworfen, dass er sich der Korruptheit einiger Beamter zu bedienen wusste. Korruption und Ämterkauf waren aber durchaus gängige zeitgenössische Praktiken. Zur Realisierung der oft gigantischen Kreditoperationen Oppenheimers bedurfte es eines ausgedehnten Netzwerks von Geschäftskontakten und -freunden.[430] Seine Geschäftsverbindungen erstreckten sich von London und Amsterdam bis Buda und Venedig. Im Türkenkrieg übernahm Oppenheimer die Verproviantierung des Kaiserlichen Heeres praktisch allein. Er schoss dem Staat Gelder zur Zahlung von Kriegsmaterialien und Proviant in der Form von Wechseln vor, die auf Handelsplätze in der Nähe der Truppen lauteten.[431] Sein Profit lag im Wechselagio, das je nach Entfernung und Beschaffenheit des Handelsplatzes



Abb. 28: Samuel Oppenheimer

differierte, in der Provision und in den eigentlichen Kreditzinsen. Oppenheimer verrechnete für investiertes Kapital in der Regel 6% Zinsen zuzüglich 0,5 bis 3,5 % Provision sowie 3,5 bis 5% Wechselagio, was der Praxis seiner christlichen Konkurrenten gleichkam.[432] Die Höhe dieser Sätze erklärt sich aus der hohen Rückzahlungsunsicherheit,[433] diese wiederum beschränkte den privaten Verkehrswert staatlicher Assignationen.

So ein rasanter Aufstieg wie jener Oppenheimers, dessen Methoden noch dazu nicht unumstritten waren, rief mehrere Neider und Feinde auf den Plan. Oppenheimer hatte Zeit seines Lebens mit Anfeindungen zu kämpfen, die ihn zweimal ins Gefängnis brachten und einmal mit der Verwüstung seines Hauses am Bauernmarkt in Wien endeten. Der Bischof von Wien, Graf Kollonitsch, machte Oppenheimer für die katastrophale Finanzgebarung des Staates verantwortlich, übersah dabei aber, dass gerade Oppenheimer den Staat vor dem Finanzkollaps bewahrte. Dies zeigte sich deutlich, als Oppenheimer 1703 starb. Mit dem Tod Oppenheimers war das Vertrauen seiner Geschäftspartner geschwunden, ein Run auf die Liquidation ihrer Forderungen setzte ein, der zum Konkurs des Hauses Oppenheimer führte, dessen Aktiva großteils aus Forderungen gegenüber dem Staat bestanden, an deren Rückzahlung niemand mehr glaubte. Und dies nicht zu Unrecht: Zu oft hatte der Staat seine Verpflichtungen nicht eingelöst, Verträge geändert, Zahlungsfristen verlängert, zuletzt hatte oft der Herrscher die Schuld einfach für illiquid erklärt.[434]

Nach Oppenheimers Tod übernahm sein Sohn Emanuel die Geschäfte, bereits 1704 wurde er als »Oberfaktor und Jude« zum ständigen Hofkammerlieferanten ernannt. Emanuel Oppenheimer konnte die Position seines Vaters allerdings nicht halten, wie bei seinem Vater kam es immer wieder zu Unstimmigkeiten mit der Hofkammer und dem Ärar. Größere Bedeutung als Emanuel Oppenheimer erlangte Samson Wertheimer (1658 bis 1724), der sich Ende 1684 in Wien niedergelassen hatte und nach Samuel Oppenheimers Tod (1703) zum Oberhoffaktor ernannt wurde.[435] Wertheimer dürfte bei seinen Finanzgeschäften mit mehr Vorsicht vorgegangen sein.[436] An Lieferungsgeschäften beteiligte er sich nur gelegentlich, in der Regel betätigte er sich nur als Bankier und Geldverleiher und achtete auf größere (Rückzahlungs-)Sicherheit, wohl ein durch Oppenheimers Scheitern angeregter Lernprozess. Ferner erschloss er mit dem Siebenbürgener Salzregal und der Monopolisierung des polnischen Salzhandels neue Geldquellen. Der von ihm verrechnete Zinssatz lag relativ konstant bei 9 Prozent (6 % Zinsen, 1 % Provision und 2 % Einbringungskosten). Wertheimer diente drei Kaisern, Leopold I., Joseph I. und Karl VI., und gewann durch seine finanziellen Leistungen im Spanischen Erbfolgekrieg (im Kriegsjahr 1708 übernahm Wertheimer zwei Drittel des Kriegsbedarfes in der Höhe von 24 Millionen fl zur Deckung)[437] und in den Türkenkriegen die Freundschaft Prinz Eugens. Als dritter Wiener Großfinanzier kann Gottfried Schreyvogel bezeichnet werden, als Finanziers mittlerer Größe können die Häuser Gaun & Zanchoni und Seiter & Pieri sowie die Wechsler Pestaluzzi, Lazarus Hirschl, Abraham Ulm und Bolza klassifiziert werden.[438] Aus dieser Aufzählung wird deutlich, dass sich die Geldgeschäfte bei weitem nicht ausschließlich auf Juden konzentrierten. Im Schatten dieser Großhändler und Wechsler ar-

beiteten so genannte »Winkelwucherer«, die Kredite meist nur gegen Pfand gewährten und zuweilen Zinssätze zwischen 100 und 200 Prozent verlangten.

Das Schicksal der Juden Wiens war generell eng an die politische Lage gebunden. Ihr rechtlicher Status (etwa das Recht, Grundbesitz zu erwerben) war zahlreichen Schwankungen unterworfen. Ihre Involvierung in Darlehens- und Handelsgeschäfte erregte immer wieder Neid, wie das Beispiel Oppenheimers drastisch verdeutlicht. Die soziale Außenseiterposition eines Oppenheimer oder Wertheimer war allerdings nicht (oder zumindest kaum) auf ihre Rolle als führende Großfinanziers, sondern allein auf ihr Judentum zurückzuführen. Die Schutzprivilegien der Oppenheimer und Wertheimer bildeten Zentren, um die sich weite Netzwerke von Verwandten, Geschäftsfreunden und Angestellten gruppierten.[439] Eine Sonderstellung nahm Diego d'Aguilar, ein portugiesischer Jude, ein, der 1723 zur Neuorganisation des Tabakmonopols nach Österreich berufen wurde.[440] Auf dieser Handvoll jüdischer Geschäfts- und Geldleute ruhte ein beträchtlicher Teil des staatlichen Finanzwesens. Dieses stand unter Leitung Graf Gundakers von Starhemberg. Die Hauptaufgabe der meisten jüdischen Hoffaktoren lag in der Belieferung des Heeres.[441] Die Kosten der zahlreichen Kriegshandlungen des 17. und 18. Jahrhunderts überstiegen die durch die Staatsfinanzen gegebenen Möglichkeiten bei weitem. Proviantlieferungen und Darlehensvermittlungen nicht einbezogen, streckten die Hoffaktoren (zusammen mit auswärtigen Geschäftsfreunden) dem Ärar zwischen 1698 und 1739 Vorschüsse von mindestens 78 Millionen Gulden vor.[442] Die Kreditgeschäfte mit dem Staat bargen hohe Risiken. Die Karrieren von Emanuel Oppenheimer wie von Samson Wertheimers Sohn Wolf belegen dies: Zahlungstermine wurden nicht eingehalten, die Rückstände wurden immer höher, bis nicht einmal mehr die Zinsen bezahlt werden konnten, zuletzt stellte man die ganze Schuld in Frage.[443]

1774/6 wurde das »Gremium der Großhandlungshäuser« gegründet. Mitglied wurde man durch den Nachweis einer bestimmten Summe,[444] und trotz der Tatsache, dass Hofjuden und jüdische Heereslieferanten Handel im Großen betrieben, blieb ihnen – bis zum Toleranzpatent – die Aufnahme in das Gremium versagt. Zugleich zeichnete sich bereits vor der Toleranzpolitik Josephs II. ein struktureller Wandel bezüglich der jüdischen Finanziers ab. Bislang waren die Juden mit wenigen Ausnahmen Lieferanten von Kriegsmaterial und Luxusgütern gewesen, als Hofjuden standen sie in einem besonderen Verhältnis zum Herrscher und seinem Hofstaat.[445] Nun wurden sie vermehrt für staatliche Einrichtungen, z. B. die Organisation staatlicher Monopole, wie Tabak oder den Handel mit Staatspapieren, tätig. Dazu kamen weitere wirtschaftliche Leistungen wie die Schaffung des Salzgefälles, die Regelung der Judenbesteuerung, die Förderung der Kupfer-, Baumwoll- und Tabakindustrie, die Hebung des Münzwesens, die Unterstützung der Stadtbank etc.[446]

Individuelle Ausnahmeregelungen für das prinzipielle Aufenthaltsverbot für Juden in Wien wurden in Fällen industrieller Betätigung, der Anlage von Fabriken etc. gewährt. Das Toleranzpatent zielte in erster Linie darauf, die Juden für die Zwecke des Staates, vor allem für seine ökonomischen Interessen, nutzbar zu machen,[447] brachte aber auch

eine weitere soziale Aufstiegsmöglichkeit mit sich. 1789 verlieh Kaiser Joseph II. Israel Hönig, dem früheren Pächter des Tabakgefälles bzw. Direktor der Tabakregie, als erstem nicht getauften Juden einen Adelstitel (zu Hönigsberg).[448] Die Fortschritte in der Gesetzgebung dürfen allerdings nicht über das Fortbestehen von Vorurteilen hinwegtäuschen, so lautete die Begründung in Josephs berühmten Handschreiben vom 13. Mai 1781 für die Erweiterung der Berufsfelder von Juden, »damit sie (die Juden) von dem ihnen so eigenen Wucher und betrügerischen Handel abgeleitet werden«[449].

»Trial and error« – Zur Geschichte der frühen Wiener Banken

Im 16. und 17. Jahrhundert verdichteten sich auf Grund der zunehmenden Bedeutung der Residenz- und Verwaltungsfunktion die Voraussetzungen für die Entstehung eines Finanzplatzes. Folge dieser zentralen Funktionen waren die Konzentration des Großhandels und des Zahlungsverkehrs auf Wien, zudem zwang die Staatsnachfrage nach langfristigen Krediten zu immer neuen Finanzexperimenten. Erste konkrete Überlegungen zu Bankprojekten stammten aus den 1620er Jahren, auch bei den Merkantilisten Becher und Schröder tauchen derartige Überlegungen in den Schriften auf. Die ersten Wiener Bankgründungen sind als Reaktion auf die Unzulänglichkeiten des Wiener Kapitalmarktes zu verstehen, dem Modell eines »unvollkommenen Marktes« entsprechend waren Angebots- und Nachfrageseite von einigen wenigen Parteien dominiert.[450] Die dominierende Stellung der Großfinanziers im Kreditwesen zu brechen und damit auch die drückende Zinsbelastung zu mindern, war bei den Überlegungen der öffentlichen Hand vorrangig. Gerade Budget- und Finanzierungskrisen erwiesen sich mehrfach als treibende Kräfte, die zur Schaffung neuer Finanzinstitutionen führten. Die Geschichte der ersten Wiener Banken und der urbanen Finanztechnologie lässt sich so als Lernprozess deuten, in dem – zuweilen katastrophenhaft verlaufende – Fehlentwicklungen zu institutionellen Neuerungen Anlass gegeben haben.[451]

Dies trifft auch auf eine Reihe anderer Finanzinstitutionen zu. So war dem 1707 in Wien gegründeten Versatz- und Fragamt, das für breitere Bevölkerungsschichten eine Alternative zum Geldleihen auf Faustpfand bringen sollte, kein Erfolg beschieden. Die erste Bank auf Wiener Boden, die jedoch nur wenige Geschäftsjahre überlebte, war der 1703 gegründete Banco del Giro, der nach dem Vorbild der venezianischen Staatsbank errichtet wurde.[452] Es sind zwei Ereignisse, die für den Kontext der Gründungsgeschichte wesentlich wurden. Der Beginn des Spanischen Erbfolgekrieges (1701) – kurz nach den kostspieligen Auseinandersetzungen mit dem Osmanischen Reich – hatte die Geldnot des Staates deutlich gesteigert.[453] Unmittelbarer Anlass der Bankgründung war jedoch ein verdeckter Staatsbankrott, der Konkurs des Hauses Oppenheimer nach dem Tod des Oberhoffaktoren Samuel Oppenheimer. Die Größe der Oppenheimerschen Konkursmasse bewirkte eine deutliche Erschütterung des Wiener Kapitalmarktes, handelte es sich dabei

doch um eine Summe, die größer als der jährliche Kameraletat von rund 7 Millionen Gulden war. Die Bankgründung sollte auch helfen, »sich die ungeduldig drängenden Oppenheimerschen Gläubiger vom Hals zu schaffen«.[454] Der Krach von 1703 ließ somit die Unvollkommenheiten des Wiener Kapitalmarktes deutlich zu Tage treten. Der Staat selbst war – auf Grund seiner Doppelidentität als Schuldner und Obrigkeit – für die hohe Rechtsunsicherheit der Werte von Kreditkontrakten verantwortlich.[455] Die Bank sollte die Gesamtschuld des Staates an Oppenheimer übernehmen und die Gläubiger des Finanziers vorläufig durch Bank-Obligationen (»Assignationen«) befriedigen. Der von Vertretern der öffentlichen und privaten Hand geleitete Banco del Giro erhielt den Charakter einer Zwangsclearingstelle: Anweisungen aller Art (einschließlich der Geschäftswechsel) mussten über die Girobank laufen. Dass der Staat selbst als Hauptschuldner der Bank ihre Geschäfte führte, stärkte das Vertrauen in die neuen Institution ebenso wenig wie die Tatsache, dass Bestimmungen über Verzinsung und Rückzahlungen fehlten. Daran konnte auch eine Reform der Bankstatuten im Jahr 1704 nichts ändern. Im September 1705 wurde die Einstellung sämtlicher Bankzahlungen verfügt, im November wurden die Bancokassen beauftragt, Bancoanweisungen nicht mehr an Zahlungsstatt anzunehmen. Dies war das Ende der Girobank, auch wenn sie formell noch weiterbestand.[456]

Schon ein Jahre später, 1706, erfolgte die Gründung des »Wiener Stadt-Banco« durch einen Vertrag zwischen der Stadt Wien und der Hofkammer.[457] Die Stadt übernahm die Verantwortung über die Geschäftsführung der Bank, deren Aufgabe vor allem in der Tilgung der Staatsschuld liegen sollte. Die Übernahme von Zahlungsverpflichtungen durch die Wiener Stadtbank erfolgte auf Grund so genannter »Anweisungen«, die entweder auf ein bestimmtes Gefälle (Steuern, Abgaben oder Gebühren) oder die Gesamtheit der Gefälle lauteten.[458] Der Magistrat der Stadt Wien agierte als Administrator der Gefälle. Im Gegensatz zum Banco del Giro wurde der Stadtbank nicht von vornherein eine jährliche riesige Dotation zugesprochen, sondern nach dem »Prinzip der proportionalen Deckung« sollten nur für die effektiv übernommenen Verpflichtungen Fonds erhalten werden, wobei Schulden und Fonds im Verhältnis 10:1 stehen sollten. Wesentlich solider fundiert (mehrere Einnahmequellen der öffentlichen Hand, insbesondere Mauten und Steuern, wurden der Stadtbank übertragen, dazu galt die Stadt Wien als Schuldner hoher Bonität), vermochte sich die auf den Kredit der Kasse des städtischen Oberkammeramtes gestützte Bank über Jahrzehnte hindurch erfolgreich zu behaupten.[459] Auch erste Krisen vermochte die Bank erfolgreich zu bewältigen.[460] Ein nicht unwesentlicher Teil ihres Erfolges hing sicher mit der Persönlichkeit des Hofkammerpräsidenten Graf Gundaker Thomas Starhemberg zusammen.[461] So überschritt Anfang der dreißiger Jahre die Gesamteinlagenhöhe 51 Millionen Gulden.[462] Einer Bank im heutigen Sinne entsprach die Stadtbank jedoch nicht.[463] Ihre Hauptaufgaben bestanden zum einen in der Verzinsung und Tilgung der an sie übertragenen Staatsschulden, zum anderen in der Hereinnahme von Privatkapital, um es dem Staat insbesondere in Zeiten gesteigerten Finanzbedarfs in Form von Darlehen oder Vorschüssen zur Verfügung zu stellen. Doch es war weder von einem Wechsel- noch von einem Kontokurrentgeschäft die Rede. 1714

entstand die Universalbankalität[464] als staatliches Konkurrenzinstitut zum Wiener Stadt-Banco. Sie sollte als allgemeine Staatskasse dienen, durch die alle Geldangelegenheiten in Kameral- und Militärangelegenheiten laufen sollten, und die nicht durch die Stadtbank abgedeckten Staatsschulden verwalten. Es war ihr jedoch wenig Erfolg beschieden. Bereits 1721 musste der Stadt-Banco 25 Millionen fl zur Abzahlung und Verzinsung übernehmen. Die Bankalität fungierte bis 1745, dem Jahr ihrer formellen Auflösung, stark reduziert als Staatshauptkasse.

Von den drei Bankgründungen der öffentlichen Hand vermochte sich somit nur die Wiener Stadtbank – ein Mittelding zwischen staatlichem und städtischem Institut – länger durchzusetzen.[465] In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden die Stadtbank und ihr Leitungsgremium, die Ministerial-Bankodeputation, zunehmend in die sich stärker herausbildende zentralistische Finanzverwaltung eingebaut, ihre Autonomie weitgehend gemindert und der Einfluss des Stadtmagistrats immer mehr eingeschränkt.[466] Die Wiener Stadtbank blieb Notenbank bis zur Gründung der Nationalbank 1816. Es gelang ihr zwar nicht, die Dominanz der Großfinanziers auf Wiener Boden zu durchbrechen, doch verschaffte sie dem Staat besseren Zugang zum Kapitalmarkt, und die Zinsenlast der öffentlichen Hand verringerte sich deutlich. Mit den Stadtbankobligationen befriedigte man zudem eine schon lang bestehende Nachfrage nach sicheren Anlagemöglichkeiten, wozu sowohl die hohe Verkehrsfähigkeit wie die flexibel gestaltbare Stückelung beitrugen.[467] Ungünstige Anlagebedingungen hatten bis dato zu einer beträchtlichen Anhäufung von nicht produktiv genutzten Kapitalien geführt. Nunmehr enthielten zahlreiche Verlassenschaften von Handwerkern Obligationen der Wiener Stadtbank. Der Erfolg der Bank – als Kapitalmarktindikator kann auf den Zinssatz für Stadtbankobligationen mit 5 % verwiesen werden, der deutlich unter den Zinssätzen der Großfinanziers, die zwischen 9 und 20 % für Barvorschüsse verlangten, lag – verleitete zu weiteren Experimenten.

Das wohl bedeutendste finanztechnische Experiment der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die Ausgabe erster Banknoten, der so genannten »Bancozettel«, nummerierter Inhaberpapiere ohne Anspruch auf Verzinsung, im Wert von 12 Millionen fl erfolgte im Jahr 1762 unter Regie der Stadtbank.[468] Der Siebenjährige Krieg (Beginn 1756) endete nicht nur mit einer Niederlage, auch die Staatsfinanzen waren völlig zerrüttet – nach fünfjähriger Kriegsdauer ergab sich 1761 ein Abgang von 13 Millionen fl im Staatshaushalt.[469] Eine Bedeckung dieses Fehlbetrages schien weder durch Darlehensaufnahme noch durch Besteuerung möglich. Die Rufe nach einer Zentralisierung des Staatskredites wurden lauter, die Bedeutung des Finanzwesens für die Genese eines modernen Staates drängte nach Veränderung jenes Systems, das seit dem Mittelalter von ständischem Partikularismus und der Autonomie von Städten und Ämtern geprägt war. Ziel war es, den Finanzbedarf des Staates (seit 1756 Krieg mit Preußen) ohne künftige Zinsbelastung oder Münzverschlechterung zu decken. Um diese Innovation abzusichern, wurde den Bankozettelinhabern das Recht zugesichert, die Bankozettel in die normalen, mit 5 % verzinsten Stadtbankobligationen umtauschen zu können bzw. bei Zahlungen an die Staatskasse

die Hälfte der Summe in Bankozettel zu erlegen. Wenn auch zunächst[470] kein Annahmezwang im Privatverkehr bestand, so war die Ausgabe der Bankozettel der erste Schritt zur Einführung von Papiergeld als Instrument des allgemeinen Geschäftsverkehrs. Die Ausgabe von Papiergeld war eine jener Maßnahmen, die den Staat aus seiner katastrophalen Finanzlage und schweren Geldkrise retten sollte. Doch zuletzt war die Versuchung für die öffentliche Hand zu groß, das Staatsdefizit mit Hilfe der Notenpresse heimlich abzudecken. 1771 erfolgte die zweite Ausgabe von Bankozetteln, wobei bestimmte Abgaben zur Hälfte in Papiergeld eingezahlt werden mussten. 1785 erfolgte eine weitere Neuausgabe. Drohende Anzeichen eines möglichen Überangebots an Bankozetteln wurden ignoriert. Die Erfüllung der Einlösepflicht (sonst wäre der Kurs der Bankozettel völlig verfallen) führte zu einem ständig anwachsenden Abfluss von Bargeld. So entschloss man sich letztlich doch zur völligen Aufhebung der Einlösung bei gleichzeitig verordnetem Annahmezwang unter Privaten. Kaum dass der Abfluss von Konventionsmünzen aus den kaiserlichen Kassen gestoppt war, lief die Druckerpresse wieder rascher.[471] Das Disagio auf die Bankozettel wuchs stetig. Entgegen Plänen einer amtlichen Abwertung der Bankozettel wurde der vermehrten Bankozettelproduktion kein Einhalt geboten. Der Staat griff auf das alte Mittel der Ausgabenfinanzierung zurück: den »Münzgewinn«. Der Rückgriff auf »Finanzierung durch Seignorage« (also Deckung nicht durch Edelmetallwerte, sondern herrschaftliche Autorität) beschränkte sich dabei nicht auf die Bankozettel. Erst Anfang 1811 vollzog der Kaiser in einem offiziellen Patent nach, was die Börse bereits besiegelt hatte, die Abwertung der Bankozettel: Die Banknoten wurden nur mehr zu einem Drittel (Fünftel) ihres Nennwertes von der öffentlichen Hand angenommen. Somit musste der Kaiser den Staatsbankrott erklären.

Notiert wurden die Bankozettel, ebenso wie Staatsobligationen, an der 1771 gegründeten Wiener Börse, deren Aufgabengebiet – die dauerhafte Einrichtung des Warengeschäfts scheiterte – sich im Wesentlichen bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts auf diese staatliche Funktion beschränkte.

Das gesteigerte Interesse der Stadt an einer Hebung der Wirtschaft spiegelt sich auch in der 1737 erfolgten Gründung einer Stadt-Wiener Wirtschaftskommission wider, die der Hofwirtschaftskommission unterstellt war und eine Überwachungsfunktion ausüben sollte. Zunächst führte der Bürgermeister den Vorsitz, ehe 1749 die Haugwitzsche Reform die Entsendung zweier landesfürstlicher Kommissäre verlangte, von denen einer den Vorsitz innehaben sollte. Die Verschuldung dieser Institution führte zur Magistratsreform 1782/83 und letztlich zu ihrer Auflösung.[472] Die Agenden der Wirtschaftskommission wurden dem Stadtrat übertragen.

Trotz des permanenten staatlichen Finanzbedarfs gelang zumindest zeitweise eine Stabilisierung der chaotischen Zustände im Geld- und Münzwesen. 1753 schloss Maria Theresia die »bayrische Münzconvention« ab: Die Vertragspartner hatten nach einem neuen Münzfuß, dem »20-Gulden-Fuß«, aus einer kölnischen Mark (233,89 dag) Feinsilber 20 Einguldenstücke zu prägen. Ein solcher Gulden wurde als »Conventionsmünze« (CM) bezeichnet.

Während Anfang des 18. Jahrhunderts Kredit- und Handelsgeschäfte im Haus Oppenheimer fest verbunden waren und das Finanzkapital noch nicht vom Handelskapital geschieden war, vollzog sich bei einer neuen Gruppe ausländischer Privatbankiers eine allmählich deutlichere Trennung dieser Geschäftsbereiche, die sich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts zunehmend bemerkbar machte.[473] Ein Beispiel dafür ist der wohl bedeutendste Privatbankier Wiens, Johann Fries (1719–1785), dessen 1766 gegründetes Bankhaus Fries & Co. unabhängig vom Großhandelshaus geführt wurde.[474] Der aus der Schweiz stammende Fries handelte bereits mit Summen, die bei weitem die Größenordnungen Oppenheimers überschritten. Wenn er sich auch im Industriegründungsgeschäft engagierte, so erzielte er die höchsten Gewinne aus dem Anleihengeschäft mit dem Staat. Auf die Verselbstständigung des Bankgeschäftes verweist eine Transaktion aus dem Jahr 1779, als bereits vom »hiesigen Wechselhaus« die Rede war. Neben dem Haus Fries operierten auf dem Wiener Kapitalmarkt unter anderem die »Wechsler« Geymüller, Arnstein und Eskeles. Diese erlebten während der Napoleonischen Kriege auf Grund des dadurch bedingten enormen Kapitalbedarfs einen weiteren Machtzuwachs. So löste das Bankhaus Geymüller 1806 Wien durch einen Vorschuss von 32 Millionen Franken an die französische Besatzungsmacht aus. Doch auch sie verstanden sich noch nicht ausschließlich als Finanzleute, sondern agierten zugleich als Heeres- bzw. Hoflieferanten, Händler und Industrielle.[475]

Besonders deutlich trat die sich im 18. Jahrhundert vollziehende Trennung von Bank- und Handelsgeschäft bei der Gründung der ersten Aktienbank auf Wiener Boden, der Commercial-Leih- und Wechselbank (1786/7), hervor, deren Geschäfte sich allerdings, verglichen mit den alteingesessenen Wechselhäusern, in eher bescheidenen Bahnen bewegten.[476] Gründer war die Firma Carl und Friedrich Bargum, die seit drei Jahren als Großhandelshaus protokolliert war, zu den Hauptaktionären zählten die Fürsten Schwarzenberg und Colloredo-Mansfeld bzw. Graf Nostitz.

Mit Sicherheit trifft jedoch auch für die Habsburgermonarchie und den Finanzplatz Wien zu, was Gille für den europäischen Kontinent im Gegensatz zu England feststellt, dass nämlich die Banken einen Großteil ihrer Gewinne aus der Finanzierung der Staatstätigkeit zogen und langfristige Kredite an die Wirtschaft so gut wie unbekannt waren.[477]

Anmerkungen

1 Schmeltzl, Der Wiener Hans Sachs, 31.

2 Grundlegend dazu Braudel – Spooner, Preise, 44–48 und 140–141.

3 Siehe dazu zuletzt Van Zanden, Wages.

4 Zu Wien siehe Weigl, Bevölkerungswachstum, in diesem Band, S. 110; zu Augsburg Rajkay, Bevölkerungsentwicklung.

5 Siehe dazu Landsteiner, Trübselige Zeit.

6 Siehe dazu Weigl, Bevölkerungswachstum, in diesem Band, S. 125.

7 Phelps Brown – Hopkins, Perspective, 95 ff.

8 De Vries, Urbanization, 141 f.

9 Roeck, Stadt, 680–768.

10 Weigl, Bevölkerungswachstum, in diesem Band, S. 110.

11 Phelps Brown – Hopkins, Perspective, 78–98. Der gewichtete Konsumgüterpreisindex setzt sich aus den Preisen für Getreide (20 %), Fleisch (37,5 %), Getränke (22,5 %), Heizungs- und Beleuchtungsmaterialien (7,5 %) und einfaches Wolltuch (12,5 %), zusammen; der Reallohnindex entspricht der Kaufkraft der Taglöhne von Mauer- und Zimmermannsgesellen im Hinblick auf diesen Warenkorb. Als Quellenbasis dienten die von Přibram, Materialien, publizierten Daten aus den Wiener Bürgerspitalsrechnungen. Über die Gewichtung insbesondere der Lebensmittelkomponenten und die Art, wie die Autoren mit den zum Teil beträchtlichen Lücken in den Serien umgingen, ließe sich streiten.

12 Pezzl, Skizze, 346.

13 Betz, Sombarts Theorie der Stadt, 230.

14 Sandgruber, Einkommensentwicklung, 252, 258.

15 Farr, Artisans, 62.

16 Sandgruber, Massenproduktion, 219–226.

17 Sandgruber, Konsumgesellschaft, 160, 187.

18 WStLA, Bürgerspitalrechnung 1616, fol. 19r; 1618, fol. 18r; 1621, fol. 13v.

19 Pemmer, Gast- und Vergnügungsstätten, 329; Přibram, Materialien, 349.

20 Schram, Bausteine, 132 f.

21 Hörnigk, Oesterreich über Alles, 165.

22 Pezzl, Skizze, 345.

23 Eigene Berechnungen nach WStLA, Totenbeschauprotokolle 1650, 1660; Schwarz, Ghetto, 265–266, 287–290.

24 Ehmer, Traditionelles Denken, 76.

25 Siehe *Fig. 13* (S. 140) und *15* (S. 147).

26 Csendes (Hg.), Rechtsquellen, 99, 274.

27 Clemens, Trier, 413 f.

28 Rasch, Weinbuch, 2. Teil (unpaginiert): *Underscheidung oder abtheilung des Haubtgebürg und weingewächs in Underösterreich ...*

29 Zeibig (Hg.), Copey-Buch, 271–276.

30 Siehe dazu jetzt zusammenfassend Bauer, Weinbau, 57–61.

31 Baltzarek, Steueramt, 81 ff. Der gekaufte Wein wurde, im Unterschied zum Eigenbau, getrennt und wesentlich höher im Rahmen der so genannten »Moststeuer« fiskalisch erfasst.

32 Siehe dazu ausführlicher Landsteiner, Weinbau, 174 ff.

33 Lichtenberger, Altstadt, 67.

34 Landsteiner, Hantierung, 21.

35 Siehe dazu ausführlich Landsteiner, Einen Bären anbinden.

36 Diese Aussage basiert auf den Berufsangaben in den Steueranschlägen des Jahres 1618. Die Zahl der Leitgeben ist bei Thiel, Gewerbe, 434, genannt.

37 Lichtenberger, Altstadt, 123 f.

38 Weber, Weinhandel, 47.

39 Landsteiner, Crisis, 328 f.

40 HHStA, Depot Herrschaft Grafenegg, Karton 333, Nr. 4.

41 Landsteiner, Hantierung, 40.

42 Landsteiner, Hantierung, 28.

43 Sulovsky, Weinhandel, 34–42. (Es handelt sich um Angaben über den Weinverkauf des Stiftes Klosterneuburg.)

44 Landsteiner, Hantierung, 28.

45 Landsteiner, Weinbau, 122.
46 Opll, Sozialstruktur, 25, und *Figur 13* und *15* (S. 140 und 147).
47 Eigene Berechnungen nach WStLA, Steueranschläge 1650; Klose, Lage, 429, 433, 442; Wagner, Kleingewerbe, 159.
48 Eigene Berechnungen nach HKA, Hs. 1148: Manufakturtabelle für Niederösterreich für das Jahr 1785.
49 Otruba, Wiens Gewerbe, 118–120.
50 Chaloupek, Merkantilismus, 90–94.
51 Adler, Anfänge, 16.
52 Sandgruber, Luxusindustrie, 209 f.
53 Goehlert, Historisch-statistische Notizen, 183.
54 de Luca, Staatsanzeiger, 843. Die von de Luca angeführte Summe ergibt sich nicht aus der Aufsummierung der einzelnen Gewerbszweige und wurde daher korrigiert.
55 Otruba, Wirtschaftspolitik, 96.
56 Ehmer, Traditionelles Denken, 60 f.
57 Lichtenberger, Altstadt, 125 f.
58 Ehmer, Traditionelles Denken, 68, und eigene Berechnungen nach Klose, Lage, de Luca, Staatsanzeiger, 843, und Weigl, Wiener Bevölkerung, 30.
59 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 37.
60 Adler, Anfänge, 16.
61 Otruba, Wiens Gewerbe, 115; Adler, Anfänge, 84.
62 Buchner, Störer, 117 Anm. 8.
63 Klose, Lage, 12, 428–445.
64 Ehmer, Traditionelles Denken, 60.
65 Buchner, Störer, 127.
66 Ehmer, Traditionelles Denken, 75.
67 Hafner=Zeche, 23.
68 Sailer, Stukkateure, 35 f.
69 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 201.
70 Kretschmer, Handwerkerfrauen, 184.
71 Ehmer, Traditionelles Denken, 60–63, 71 f.; Steidl, Witwenpensionskassen, 321.
72 Eigene Berechnungen nach WStLA, Steueranschläge 1527 (Widmerviertel), 1618, 1650.
73 Eigene Berechnungen nach Klose, Lage, 428–445.
74 Wagner, Kleingewerbe, 159.
75 Chaloupek – Wagner – Weigl, Handel, 1028.
76 WStLA, Steueranschläge 1527 (Wibmer/Widmerviertel), 1600 (Stubenviertel) 1618, 1650; Wagner, Kleingewerbe, 161–163; Chaloupek – Wagner – Weigl, Handel, 1031.
77 WStLA, Steueranschläge 1527 (Wibmer/Widmerviertel), 1618, 1650; Wagner, Kleingewerbe, 162.
78 WStLA, Steueranschläge 1618, 1650.
79 Baltzarek, Steueramt, 299.
80 Gugitz, Kaffeehaus, 160.
81 Klose, Wirtschaftliche Lage, 289 f., 300; Weigl, Gaststätten, 1063.
82 Lichtenberger, Altstadt, 75; Wagner, Kleingewerbe, 141.
83 WStLA, Steueranschläge 1650.
84 Weigl, Residenz, 44 f.
85 Lichtenberger, Bürgerstadt, 310–313.
86 Lichtenberger, Altstadt, 106, 108.
87 Kittel, Vermögensverhältnisse, 51–58.
88 Eigene Berechnungen nach Verzeichniß, 1–11, 200–219.

89 WStLA, Steueranschläge 1600 (Stubenviertel), 1618, 1650.
90 Farr, Artisans, 60 f.
91 Opll, Markt, 53, 68 f.
92 Till, Wiener Marktwesen, 30.
93 Gigl, Marktordnungen, 58.
94 Eigene Berechnungen nach WStLA, Totenbeschauprotokolle 1650, 1660; Schwarz, Ghetto, 265–266, 287–290.
95 Eigene Berechnungen nach Thiel, Gewerbe, 432–437; Klose, Wirtschaftliche Lage.
96 Thiel, Gewerbe, 568.
97 Till, Wiener Marktwesen, 31 f.
98 Thiel, Gewerbe, 483.
99 Lichtenberger, Altstadt, 84.
100 Till, Wiener Marktwesen, 31 f.
101 Opll, Markt, 55.
102 Eigene Berechnungen nach Rotter, Betriebsstätten (Manuskript in der WStLB).
103 Kretschmer, Handwerkerfrauen, 39.
104 Ressel, Archiv, XIX.
105 Thiel, Gewerbe, 416, 434; Chaloupek – Wagner – Weigl, Handel, 1030.
106 So z.B. im Jahr 1741. Siehe dazu Wiener Bäcker=Innung, 27.
107 Otruba, Lebensmittelkleinhandel, 80.
108 Thiel, Gewerbe, 483.
109 Ressel, Archiv, XIII.
110 Zatschek, Studien, 243–249; Chaloupek – Wagner – Weigl, Handel, 1024 f.
111 Ressel, Archiv, XV.
112 WStLA, Patent Nr. 880 vom 12. Dezember 1698.
113 Thiel, Gewerbe, 485.
114 Eigene Berechnungen nach WStLA, Steueranschläge 1527 (Widmer-Viertel), 1618, 1650; Chaloupek – Wagner – Weigl, Handel, 1029 f.
115 Thiel, Gewerbe, 434.
116 WStLA, Steueranschläge 1618, 1650.
117 Chaloupek – Wagner – Weigl, Handel, 1030.
118 Leitich, Das süsse Wien, 21, 38.
119 Chaloupek – Wagner – Weigl, Handel, 1030, 1034.
120 Sandgruber, Bittersüße Genüsse, 176; Sandgruber, Konsumgesellschaft, 207.
121 Ein Gutachten aus dem Jahr 1789 kommt zu dem Schluss, dass der überwiegende Teil des Zuckerverbrauchs mit dem Genuss von Kaffee in Verbindung steht. Siehe dazu Baxa, Zuckererzeugung, 44.
122 Aus Fruchtsäften bereitete Erfrischungsgetränke. Vgl. dazu Teply, Einführung des Kaffees, 161.
123 Teply, Einführung des Kaffees, 104, 159–161.
124 Weigl, Gaststätten, 1043, 1065.
125 Lichtenberger, Altstadt, 128, 136, 141.
126 Till, Wiener Marktwesen, 32.
127 Perger, Hoher Markt, 42; Gigl, Marktordnungen, 51; Festschrift Fleischhauergenossenschaft, 29.
128 Gigl, Marktordnungen, 58.
129 Lichtenberger, Altstadt, 84.
130 Rothenberg, Reorganisation, 22.
131 Festschrift Fleischhauergenossenschaft, 31.
132 Festschrift Fleischhauergenossenschaft, 24, 31 f.
133 Thiel, Gewerbe, 489.

134 SANDGRUBER, Konsumgesellschaft, 162.
135 LICHTENBERGER, Altstadt, 84.
136 GIGL, Marktordnungen, 58.
137 TILL, Wiener Marktwesen, 31 f.
138 OTRUBA, Lebensmittelkleinhandel, 96.
139 GIGL, Marktordnungen, 44, 47 f., 51.
140 LICHTENBERGER, Altstadt, 127, 132.
141 OTRUBA, Lebensmittelkleinhandel, 81 f., 87, 94.
142 GIGL, Marktordnungen, 62; OTRUBA, Lebensmittelkleinhandel, 101; OTRUBA, Wiens Gewerbe, 138; KRETSCHMER, Handwerkerfrauen, 92.
143 GIGL, Marktordnungen, 36.
144 TILL, Wiener Marktwesen, 24; GIGL, Marktordnungen, 72 f.
145 GIGL, Marktordnungen, 74.
146 Eigene Berechnungen nach WStLA, Steueranschläge 1527, 1618, 1650; KLOSE, Lage, 428–430.
147 CHALOUPEK – WAGNER – WEIGL, Handel, 1028; KLOSE, Lage, 428–430.
148 LICHTENBERGER, Altstadt, 128, 131.
149 MARPERGER, Dictionarium, 858.
150 KÜCHELBECKER, Nachricht, 396.
151 NICOLAI, Reise.
152 ÖHLINGER, Wien, 118.
153 KRISCH, Fischmarkt, 27.
154 MÜLLER, Fastengebote, 119.
155 GARTLER, Kochbuch.
156 Ebd., 56.
157 Ebd., 90.
158 Ebd., 86.
159 Ebd., 27. – Dick ist ein Fisch, zubereitet wie Hausen oder Stör.
160 Ebd. 9–40. Für Hinweise zur Identifizierung der Speisen danke ich Frau Dr. Ingrid HASLINGER.
161 MARPERGER, Dictionarium, 863.
162 MONTAGUE, Reisebriefe, 50–51.
163 Hierzu BAUER, Märkte, und vor allem die materialreiche Arbeit MÜLLER, Märkte. Weiterführende Literatur ist in diesen beiden Werken verzeichnet.
164 Hierzu KRISCH, Fischmarkt.
165 RICHTER, Eipeldauerbriefe.
166 Hierzu LASSACHER, Naschmarktküche.
167 THIEL, Gewerbe, 417.
168 Eigene Berechnungen nach THIEL, Gewerbe, 435 f.; DE LUCA, Staatsanzeiger, 842; WEIGL, Wiener Bevölkerung, 29.
169 Siehe *Fig. 13*, S. 140.
170 THIEL, Gewerbe, 502, 505.
171 JUST – WEIGL, Stadtguardia, 26; VELTZÉ, Stadtguardia, 98–100.
172 THIEL, Gewerbe, 503.
173 JÄGER-SUNSTENAU, Innung der Stricker, 132.
174 THIEL, Gewerbe, 471.
175 OTRUBA, Wiens Gewerbe, 150.
176 SCHRÖDER, Schatz= und Rent=Kammer, 63, 77.
177 DEUTSCH, Seidenindustrie, 53 f.
178 BUCEK, Seidenfabrikanten, 1.

179 Ehmer, Traditionelles Denken, 58 f.; Steidl, Regionale Mobilität, 105.
180 Rizzi, Gewerbe, 77.
181 Bucek, Seidenfabrikanten, 2 f.
182 Steidl, Regionale Mobilität, 110.
183 Bucek, Seidenfabrikanten, 25.
184 Přibram, Gewerbepolitik, 514 f.
185 Bucek, Seidenfabrikanten, 5, 10, 87 f.
186 Steidl, Regionale Mobilität, 127 f.
187 Hassinger, Manufakturen, 139.
188 Hatschek, Manufakturhaus; Srbik, Schröder, 65–74; Chaloupek, Merkantilismus, 66 f.
189 Thiel, Gewerbe, 471.
190 Hassinger, Bechers Bedeutung, 244 f.
191 Sauer, Grund-Herrschaft, 67.
192 Lausecker, Produktionsformen, 39.
193 Klose, Lage, 157; Hassinger, Manufakturen, 139.
194 Cerman, Proto-Industrialization, 307.
195 Ehmer, Familienstruktur, 21.
196 Hassinger, Manufakturen, 139.
197 Steidl, Regionale Mobilität, 115 f.
198 Mittenzwei, Bourgeoisie, 150, 171.
199 Sandgruber, Massenproduktion, 229.
200 Dreger, Beginn, 13, 18.
201 Blümml, Aufstand, 155.
202 Mittenzwei, Bourgeoisie, 167.
203 Thiel, Gewerbe, 455.
204 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 246; Otruba, Frauen- und Kinderarbeit, 150 f.; Ehmer, Handwerksgesellen, 70.
205 Thiel, Gewerbe, 435 f.
206 Kretschmer, Handwerkerfrauen, 147, 155 f., 164, 167 f.
207 Steidl, Regionale Mobilität, 117.
208 Bujatti, Geschichte, 60 f.; Deutsch, Seidenindustrie, 108 f.
209 Ehmer, Soziale Traditionen, 160 f.
210 Feldbauer, Kinderelend, 33, 37, 45–48.
211 Bucek, Seidenfabrikanten, 149 f.
212 Feldbauer, Kinderelend, 76, 81 f.
213 Dreger, Beginn, 9 f.
214 Bucek, Seidenfabrikanten, 155, 157.
215 Hassinger, Manufakturen, 137.
216 Mittenzwei, Bourgeoisie, 146 f.
217 Otruba – Sagoschen, Gerberzünfte, 164 f.
218 Otruba, Wiens Gewerbe, 130 f.
219 Falke, Porzellanfabrik, 7–9, 14, 22–23; Hassinger, Manufakturen, 143.
220 Till, Schweizer Uhrmacherkolonie, 52 f., 59 f.; Chaloupek, Merkantilismus, 72, 89 f.
221 Cloeter, Trattner, 23–25, 32–41.
222 Mittenzwei, Bourgeoisie, 153 f.
223 Sandgruber, Indikatoren, 61; Pezzl, Skizze, 28.
224 Siehe *Figur 18* (S. 176) und exemplarisch Chaloupek, Merkantilismus, 71.
225 Otruba, Entstehung der »Industrie«, 238 f.

226 Die beiden Ordnungen finden sich abgedruckt in OTRUBA, Untersuchungen, 337–348 und 348–351.
227 OTRUBA, Wirtschaftspolitik, 96.
228 ALTFAHRT, Handwerksmißbräuche, 16.
229 ZATSCHEK, Handwerk, Stadt und Landesfürst, 142.
230 BUCEK, Seidenfabrikanten, 21.
231 PŘIBRAM, Gewerbepolitik, 96 f.
232 SAILER, Stukkateure, 26–28.
233 ZATSCHEK, Handwerk, Stadt und Landesfürst, 161.
234 ALTFAHRT, Handwerksmißbräuche, 21 f.
235 ROTHENBERG, Reorganisation, 9 f.
236 KRETSCHMER, Handwerkerfrauen, 62 f., 67.
237 Wiener Bäcker=Innung, 29.
238 TILL, Wiener Marktwesen, 29.
239 KRATOCHWILL, Bäckerschupfen, 250–254.
240 Wiener Bäcker=Innung, 37.
241 THIEL, Gewerbe, 485 Anm. 1.
242 TILL, Wiener Marktwesen, 27.
243 Festschrift Fleischhauergenossenschaft, 33.
244 GIGL, Marktordnungen, 91 f., 95.
245 TILL, Wiener Marktwesen, 26 f.; PERGER, Hoher Markt, 26 f.
246 TILL, Wiener Marktwesen, 28.
247 PERGER, Hoher Markt, 24.
248 TILL, Wiener Marktwesen, 24.
249 GIGL, Marktordnungen, 70, 106.
250 PŘIBRAM, Gewerbepolitik, 302 f.
251 THIEL, Gewerbe, 447 f.
252 PŘIBRAM, Gewerbepolitik, 306–318, 339–342.
253 CHALOUPEK – WAGNER – WEIGL, Handel, 1026 f.
254 KRETSCHMER, Handwerkerfrauen, 207 ff.
255 ADLER, Anfänge, 71.
256 THIEL, Gewerbe, 419.
257 RIZZI, Gewerbe, 84.
258 VELTZÉ, Stadtguardia, 94–100; LICHTENBERGER, Altstadt, 125; JUST – WEIGL, Stadtguardia, 26.
259 OTRUBA, Fabriksprivilegien, 19.
260 OTRUBA, Wiens Gewerbe, 128.
261 PŘIBRAM, Gewerbepolitik, 337.
262 OTRUBA (Hg.), Fabriksprivilegien, 25–30.
263 PŘIBRAM, Gewerbepolitik, 17.
264 BUCEK, Seidenfabrikaten, 180 f.
265 KRETSCHMER, Handwerkerfrauen, 212.
266 KRETSCHMER, Handwerkerfrauen, 135 f.
267 BUJATTI, Seidenindustrie, 24.
268 ADLER, Anfänge, 15 f.; SAILER, Stukkateure, 25 f.
269 THIEL, Gewerbe, 426.
270 STEIDL, Regionale Mobilität, 110, 124.
271 THIEL, Gewerbe, 442 f.
272 BUCEK, Seidenfabrikanten, 89–94.
273 HANN, Seidenmanufakturen, 31 f.; BUCEK, Seidenfabrikanten, 95 f.

274 PROCHASKA, Gürtlergewerbe, 238.

275 OTRUBA, Wirtschaftspolitik, 105.

276 KRETSCHMER, Handwerkerfrauen, 191.

277 CHALOUPEK, Merkantilismus, 96–98; Neueste Beschreibung, 182 f.

278 OTRUBA, Frauen- und Kinderarbeit, 168.

279 OTRUBA, Wiens Gewerbe, 131; DREGER, Beginn, 11 f.

280 OTRUBA, Wirtschaftspolitik, 191, 193; ILG, Handel, 32 f.

281 BUCEK, Seidenfabrikanten, 107–110.

282 LICHTENBERGER, Altstadt, 58 f., 88, 101.

283 Eigene Berechnungen nach WStLA, Steueranschläge 1618, 1650.

284 Nach BALTZAREK, Steueramt, 78–80, wurde der Begriff alternativ für eine Steuer für unbürgerliche Gewerbetreibende und eine Kopfsteuer für jene bürgerlichen und unbürgerlichen Personen, die weder eine Liegenschaft besitzen noch ein Gewerbe ausüben, verwendet. Tatsächlich zeigen Steueranschläge, dass offensichtlich eine Kombination beider Definitionen vorgenommen wurde. Da völlig Mittellose aus dieser Gruppe für Steuerleistungen nicht in Frage kommen und eine relativ hohe Konzentration mit Hausbesitz vorliegt, dürfte es sich daher primär um eine Art »Rentierssteuer« gehandelt haben, ergänzt durch die Gruppe unbürgerlicher Gewerbetreibender.

285 Eigene Berechnungen nach WStLA, Steueranschläge 1618, 1650.

286 Eigene Berechnungen nach GRIEHBAUM, Beiträge, 94–99, 118–121, 128–129, 134–135, 138.

287 LICHTENBERGER, Altstadt, 106, 109.

288 Eigene Berechnungen nach Verzeichniß 1778, 1–11, 200–219.

289 Die Arbeit an diesem Thema war durch ein Forschungsstipendium des Referats für Wissenschafts- und Forschungsförderung des Wiener Magistrats (Projektnummer WI 1009/97) möglich.

290 Zu nennen sind hier – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – vor allem MAYER, Handel, insbes. 109–163; FAJKMAJER, Handel; ENGEL-JANOSI, Geschichte; BRUNNER, Bürgertum; HASSINGER, Wien; BRUNNER, Neue Arbeiten; TREMEL, Kaufmann; CHALOUPEK, Großhandel.

291 BRUNNER, Neue Arbeiten, 23 und 26.

292 MITTENZWEI, Bourgeoisie, 42–60.

293 Zur Frühgeschichte des Handelsplatzes Wien siehe zuletzt OPLL, Studien.

294 HASSINGER, Länder, 957.

295 VANGEROW, Isarflöße; VANGEROW, Donauhandel; VANGEROW, Schiffleute.

296 VANGEROW, Donauhandel, Teil 1, 233–237 u. 285.

297 HKA, NÖ. Herrschaftsakten W 66/C/48, fol. 1236–1267.

298 PASELLER, Innschiffahrt.

299 HASSINGER, Geschichte, 328–337.

300 VANGEROW, Donauhandel, Teil 1, 282 ff.

301 RAUSCH, Handel; JANÁČEK, Handelsbeziehungen; BIENIARZÓWNA, Handelsbeziehungen.

302 QGStW I/5, Nr. 6216.

303 SCHENDL, Maut Linz, 117–151; Alfred HOFFMANN, Wirtschaftsgeschichte, 145–150. Zum Synchronismus von Staatsbildungsprozess und merkantilistischer Wirtschaftspolitik ab der Mitte des 17. Jahrhunderts siehe den grundlegenden Überblick von KNITTLER, Habsburgermonarchie, 880–915.

304 Zur Wirtschafts- und Handelspolitik unter Karl VI., deren Leistungen allzu sehr im Schatten der theresianisch-josephinischen Reformperiode stehen, siehe MAYER, Anfänge; SRBIK, Exporthandel, 291–308; FREUDENBERGER, Economic progress; KNITTLER, Habsburgermonarchie, 909–913.

305 Zitiert in BOG, Wirtschaft, 301.

306 KNITTLER, Verkehrswesen, 137–160; KNITTLER, Habsburgermonarchie, 910 f.

307 RAMCKE, Beziehungen. Zu Venedig siehe unten, S. 197 ff.

308 BEER, Zollpolitik; BEER, Handelspolitik; SAUER, Aspekte; KNITTLER, Habsburgermonarchie, 911 f.

309 HASSINGER, Außenhandel, 62.

310 WINKLER, Wien, 84 ff.

311 EMBER, Außenhandel, 86–104; HASSINGER, Außenhandel, 83 f.

312 EMBER, Außenhandel, 91; PRICKLER, Volumen, 137 f.; HASSINGER, Außenhandel, 83.

313 Die zwischen dem Osmanischen Reich und der Habsburgermonarchie geschlossenen Handelsverträge des 17. und 18. Jahrhunderts sind abgedruckt in: Österreichisches wirtschaftsstatistisches Archiv 9 (1909), 420–437. Zu dem Vertrag von 1615 siehe hier 420.

314 Das von Lazarus Henckel als »verordnetem Direktor« in dieser Sache und einer großen Zahl von Wiener, oberdeutschen und italienischen Kaufleuten unterzeichnete Gutachten ist abgedruckt in: GECSÉNYI, Memoranduma, 82–87.

315 Siehe dazu grundlegend HASSINGER, Handelskompanie.

316 HASSINGER, Handelskompanie, 38; SRBIK, Adriapolitik, 627 f.

317 SRBIK, Adriapolitik, 635–639.

318 GASSER, Karl VI.

319 Vgl. Handels- und Schifffahrtsvertrag.

320 HHStA, Staatskanzlei ad Hofkammer, Karton 242: Referat des Vorsitzenden der Hofkommission, Graf Philipp Ludwig Sinzendorf, *was in materiis commmerciorum teils beschehen ist oder noch beschehen solle*, s.d. (1718), fol. 35.

321 HERZFELD, Orienthandelspolitik; STOIANOVICH, Merchant; TREMEL, Griechenkolonie; PEEZ – RAUDNITZ, Maria-Theresien-Thaler, 34–72.

322 MAYER, Anfänge; DULLINGER, Handelskompagnien.

323 HASSINGER, Handelskompanie, 37.

324 HALM, Osthandel, 153–155; HASSINGER, Außenhandel, 92–95.

325 Landgüter lokaler Potentaten, die durch die Aneignung von Bauernland entstanden waren, von ihren Besitzern entweder direkt bewirtschaftet oder in Teilpacht betrieben wurden und sich in günstig gelegenen Regionen auf die Produktion von Agrarprodukten (Baumwolle, Tabak) für den Export spezialisierten. Siehe MCGOWAN, Economic life, 45–79, 121–170.

326 Das Werk des französischen Konsuls in Saloniki, Félix BEAUJOUR, bietet reichhaltige Informationen über die Baumwollproduktion und -verarbeitung sowie den Baumwollhandel mit Wien. Siehe BEAUJOUR, Tableau Bd. 1: 70–75, 272–281; Bd. 2: 82–86. Zu den Produktionsziffern siehe STOIANOVICH, Commerce, 348 f.

327 BEAUJOUR, Tableau, Bd. 2, 88–91; PEEZ – RAUDNITZ, Maria-Theresien-Thaler, 40 ff.

328 Siehe etwa LANIER, Geschichte, 39–42.

329 OPLL, Studien, 56–61.

330 Gedruckt in BRUNNER, Denkschrift, 495; siehe auch ebd., 478; WStLA, HAA 5 (1552; das Stück stammt wie die Denkschrift mit aller Wahrscheinlichkeit ebenfalls aus den Jahren 1527/28).

331 BRUNNER, Neue Arbeiten, 23.

332 BRUNNER, Denkschrift, 491 f.

333 LUSCHIN VON EBENGREUTH, Münzwesen, 762.

334 TOMASCHEK, Rechte und Freiheiten, Bd. 1, Nr. 88.

335 Appalt ist ein monopolartiger Vertrieb von Bergbauprodukten durch Kaufleute, die mittels Kredits (»Verlag«) den Betrieb der Gruben und die Verhüttung der Erze vorfinanzierten, vgl. SRBIK, Exporthandel.

336 WStLA, HAA, 2/1571 u. 12/1573, fol. 204–205; QGStW, 1. Abt., Bd. 8, Nr. 16.494 – 16.498.

337 BRUNNER, Denkschrift, 492.

338 KLEIN, Tauern, 411–425; HASSINGER, Villach, 217 f.

339 TREMEL, Italienhandel, 26 f.; HASSINGER, Villach, 223.

340 WStLA, HAA 12/1573, fol. 206; ebd. 2/1572, fol. 3; ebd., 2/1571, fol. 27v.; TREMEL, Italienhandel, 22 f.; HKA, NÖ. Herrschaftsakten W 66/C/48, fol. 1236–1267.

341 TREMEL, Italienhandel; QGStW I/8, Nr. 16.486.

342 WStLA, HAA 2/1571, fol. 27v.

343 Die Kaltmaut wurde zwischen Colomani (13. Oktober) und dem Dreikönigstag (6. Jänner) in Wien, Korneuburg und Klosterneuburg eingehoben. HKA, NÖ. Herrschaftsakten, M 54/A/1, fol. 420–428 (1544/45) u. fol. 432–439 (1540/41); M54/A/2, fol. 964–971 (1577/78) u. fol. 1048–1089 (1587/88).

344 Bieniarzówna, Handelsbeziehungen; Obuchowska-Pysiowa, Trade, 633–653.

345 Pach, Transylvanian route.

346 Hack, Messerhandel.

347 Werunsky, Rechtsgeschichte, 433.

348 Zahlreiche Beispiele in WStLA, HAA 2/1572 u. 12/1573.

349 WStLA, HAA 2/1572: *Sebastian Wilfing und Christoffen Wittiber, bede des Innern, und Andreen Eyseller des Aussern Raths, auch ander Ihre Mitverwanten bürgerlichen Venedigischen Handelsleuth gehorsamer Bericht, die Straß übern Semmering betreffent* (s. d., ca. 1573/74).

350 HKA, NÖ. Herrschaftsakten, W 66/C/48, fol. 1236–1267.

351 Tremel, Venezianer Handel.

352 Hassinger, Villach, 263–265.

353 Ziegler, Studien, 90 f., 383, 501 f.

354 Siehe dazu Landsteiner, Trübselige Zeit.

355 Die Daten stammen aus Brunner, Finanzen, 119 f.; Rankl, Finanzhaushalt, 41; Hecht, Finanzhaushalt, 47; Alscher, Finanzen, 45; Vennersten, Wirtschaftswesen, 23 f.

356 Alscher, Finanzen, 44.

357 Zitiert in Landsteiner, Wiederaufbau, 149.

358 Hassinger, Becher, 164–172.

359 Die Indexreihe wurde durch Verkettung der Bruttoerträge der Donaumauten Stein (NÖ) 1545–1617, Aschach (OÖ) 1637–1748 und Straubing (Bayern) 1583–1680 konstruiert. Quellen: Stein: HKA, Handschrift 83, fol. 61; Ebd., NÖ. Herrschaftsakten S 103/B; Schendl, Maut Linz, 108. Aschach: Oberösterreichisches Landesarchiv, Depot Harrach, Schachteln 74, 75, 80, 83. Straubing: Bayerisches Staatsarchiv Landshut: Kurbayern/Hofkammer/Ämterrechnungen – Rentamts und Rentkastenamtsrechnungen Straubing.

360 Zimányi – Prickler, Konjunktura.

361 Mayer, Stapelrecht, 355–382.

362 Siehe etwa WStLA, HAA 2/1572, fol. 1–16: *Der von Wien untertäniger und gehorsamer Bericht (an die nö. Regierung und Kammer) um ernstliche Handhabung gemeiner Stadt uralter löblicher und confirmierter Freiheiten, die verbotene Straße übern Semmering betreffend* (s. d., 1572), insbes. fol. 11 f.

363 Vgl. dazu Gönnenwein, Niederlagsrecht, 357 ff.

364 Brunner, Denkschrift, 489–496.

365 Tomaschek, Rechte und Freiheiten, Bd. 2, Nr. CLXXIV.

366 Eine Quellensammlung zu diesem Konflikt bietet Böhm, Verhandlungen. Siehe auch Luschin von Ebengreuth, Münzwesen, 767–772.

367 Böhm, Verhandlungen, 287.

368 Kubinyi, Ofen und Pest, 420 f.; Schenk, Nürnberg und Prag, 124 ff.; Rauprich, Streit.

369 Böhm, Verhandlungen, 301 ff.; Druck auch in QGStW II/4, Nr. 6068.

370 Zahlreiche Beispiele in Csendes, Handelsgeschichte.

371 Siehe dazu HKA, NÖ. Herrschaftsakten H 82/A/1, fol. 39–40: Aktion des Hansgrafen gegen den Nürnberger Michael Flick, der ohne Erlaubnis von Wien über Mähren nach Ungarn gereist war (s.d., um 1520/30). Weiters ebd. H 82/B/3, fol. 1064–1066: Niederlagsverstoß des Daniel Meichsner, Tuchmacher aus Mährisch Schönberg, der mit 20 Stück Tuch die Donau bei Fischamend überquert hatte (1607). WStLA, HAA 8/1608: Die Stadt Wien konfisziert Kupfer, das der Nürnberger Georg Meindl vom steirischen Radmer über Wien nach Venedig führen lassen wollte (1605).

372 WStLA, HAA 2/1571, fol. 7–16, insbes. 12 f.

373 Eine Abschrift des Patents vom 5. August 1599 in WStLA, HAA 8/1608; weiters QGStW I/5, Nr. 6216 (Maut- und Vectigalsordnung 1675).

374 Siehe dazu Van Klaveren, Wirtschaftsgeschichte, 110–25.

375 Das Material, auf dem das hier lediglich skizzierte Bild basiert, befindet sich im HKA, NÖ. Herrschaftsakten W 66/C/88.

376 Oberösterreichisches Landesarchiv, Depot Harrach, Bücher Nr. 5–28. Im Unterschied zu den Linzer Mautregistern aus 1627 – siehe Vangerow, Donauhandel – bieten die Aschacher Mautbücher den Vorteil, dass nicht bloß die Frächter, sondern auch die Eigentümer der von diesen transportierten Waren, häufig mit Herkunftsbezeichnungen, aufgeführt werden. Siehe dazu auch bereits Pickl, Handel.

377 Siehe dazu Gecsényi, Ungarnhandel.

378 Pap, Kolozsvári harmincadjegyzékek, 24–30, 660–662.

379 QGStW I/2, Nr. 1413, 1415, 1416.

380 Gecsényi, Ungarnhandel, 149 f.

381 Peters, Nürnberg, 131, 179 f. u. 260.

382 Hildebrandt (Hg.), Quellen, 31 und Regest Nr. 174; Peters, Nürnberg, 536 f.

383 Mazzei, Itinera, 156 ff.

384 Srbik, Exporthandel, 41–65.

385 Bérenger, Public loans.

386 Peters, Nürnberg, 89–98.

387 Janáček, Italové, 101 ff.; Salvadori, Congregazione.

388 Valentinitsch, Italienische Unternehmer.

389 WStLA, HAA 2/1572: *Sebastian Wilfing und Christoffen Wittiber, bede des Innern, und Andreen Eyseller des Aussern Raths, auch ander Ihre Mitverwanten bürgerlichen Venedigischen Handelsleuth gehorsamer Bericht, die Straß übern Semmering betreffent* (s. d., ca. 1573/74).

390 Oberösterreichisches Landesarchiv, Annalen 1590/91, 109.

391 Valentinitsch, Italienische Unternehmer, 700.

392 Janáček, Italové, 107.

393 Engel-Janosi, Geschichte, 43. Er meinte damit die Tiroler Silber- und die oberungarischen Kupferbergwerke, deren Ertrag im 16. Jahrhundert großteils gegen Kredite an oberdeutsche Firmen verpfändet war.

394 Siehe dazu die in Přibram, Urkunden, edierten Quellen, insbes. 197–262; weiters Israel, Jewry, insbes. 123 ff., sowie das Kapitel »Finanzplatz Wien« in diesem Band S. 215 ff.

395 Siehe die Wiener Judenordnungen von 1724 und 1753 in Přibram, Urkunden, Nr. 143/II und 161/III.

396 Teply, Armenische Kolonie.

397 Peez, Handelsbeziehungen.

398 Till, Spanische Juden.

399 Stoianovich, Merchant, 263 ff.; Tremel, Griechenkolonie.

400 Siehe die diesbezüglichen Ordnungen und Patente des 16. und 17. Jahrhunderts in: Codex Austriacus I, 57 ff.

401 Chronik, 16 ff.; Dickson, Finance, Bd. 1, 154.

402 Rintelen, Merkantilprotokoll.

403 Dickson, Finance, Bd. I, 142–78, 399–436.

404 Chaloupek – Wagner – Weigl, Handel, 1010.

405 Mittenzwei, Bourgeoisie, 42–61.

406 Dazu ist einschränkend zu bemerken, dass es auf Grund der Quellenlage schwierig ist, ein Urteil über den städtischen Haushalt zu fällen. Während die Rechnungen des Oberkammeramtes, dem seit 1485 als zentrale Finanzstelle wichtigsten städtischen Amt, fast vollständig zur Verfügung stehen, sind die Rechnungen des Steueramtes, des Mautamtes und des Unterkammeramtes – mit wenigen Ausnahmen – nicht mehr vorhanden, vgl. Hecht, Finanzhaushalt, 1.

407 Vgl. dazu und im Folgenden Csendes – Opll (Hg.), Städtebuch, 226 f.

408 HECHT, Finanzhaushalt, 92 ff. Eine durchaus übliche Praxis der Stadt lag darin, neue Schulden aufzunehmen, um alte bezahlen zu können.

409 Vgl. dazu und im Folgenden PERGER, Wandlung, 201 f.

410 Vgl. dazu und im Folgenden PARKER, Entstehung, 338.

411 PARKER, Entstehung, 338.

412 Unter Kaiser Karl VI. stieg die Zahl der Personen mit Hofstaats- bzw. Dikasterialstatus auf 2.175 Köpfe an, HOLL, Starhemberg, 357; mehrere Beispiele zur Bedeutung von Krieg und Luxuskonsum für die Kapitalnachfrage bei EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 915 ff.

413 Näheres dazu EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 917 f.

414 So bezeichnete Prinz Eugen den wohl berühmtesten Wiener Hoffaktoren, Samuel Oppenheimer, zitiert nach HEIMANN-JELINEK, Judentum, 33. Das folgende Kapitel stützt sich im Wesentlichen auf die spärliche, großteils im 19. Jahrhundert verfasste Literatur, die in einigen Fällen, etwa MENSI, Hoffinanzen, noch dazu deutlich antisemitische Untertöne aufweist. Insbesondere zur Geschichte der frühen Wiener Hofjuden bestehen noch etliche Forschungsdefizite. Neueste, auf jahrelanger Archivarbeit beruhende Forschungsergebnisse lässt das von Klaus Lohrmann geleitete Forschungsprojekt »Juden in Mitteleuropa 1520-1670. Austria Judaica« erwarten, das am Institut für Geschichte der Juden in Österreich beheimatet ist und von den Projektmitarbeiterinnen Lydia Gröbl, Sabine Hödl, Barbara Staudinger und Elisabeth Strömmer durchgeführt wurde und wird. Ein Aufsatz von Sabine Hödl und Barbara Staudinger über die Funktion von Juden als kaiserlichen Kreditgebern wird voraussichtlich 2003 oder 2004 erscheinen, HÖDL/STAUDINGER, »Ob mans nicht bei den juden leichter und wolfailer bekommen müege«. Juden im Habsburgerreich als kaiserliche Kreditgeber 1520-1620, in: Friedrich EDELMAYER, Maximilian LANZINNER, Peter RAUSCHER (Hgg.), Finanzen in den habsburgischen Ländern und im Heiligen Römischen Reich am Beginn der Neuzeit (in Druckvorbereitung). Ich möchte mich insbesondere bei Kollegin Hödl für wertvolle Hinweise und die kritische Durchsicht meiner Ausführungen bedanken. Für etwaige Fehler bin ich selbstverständlich alleine verantwortlich.

415 Bei TIETZE, Juden, 48, findet sich der Hinweis, dass die Institution der Hofjuden zumindest seit 1582 nachweisbar ist. Neueren Forschungen zufolge wurden derartige Privilegien aber auch schon vorher erteilt, ohne dass sich ein genauer Zeitpunkt feststellen lässt. Vergleiche dazu STAUDINGER, Privilegien, die sich in diesem Aufsatz neben der Begrifflichkeit und den Privilegientexten mit der frühen Entwicklung der Wiener Hofjuden auseinandersetzt.

416 Vgl. dazu und im folgenden die Ausführungen von Sabine HÖDL »Die Juden in Wien von 1529 bis 1783«, Unterkapitel Rechtsstellung, in diesem Band (S. 285 ff.), die die Rechte der Hofbefreiten nach den neuesten Forschungen auflistet, ferner STAUDINGER, Privilegien, 22 f. Zur Tätigkeit einiger Hofjuden im 17. Jahrhundert siehe auch GRUNWALD, Oppenheimer, 11 ff.

417 Die bei TIETZE, Juden, 49, genannten Summen, bei ihm ist 1598 bereits von 11.000 Gulden die Rede, 1599 wird von der Bitte um ein Darlehen über 30.000, mindestens aber 20.000 Gulden berichtet, wurden nach Hödl jedoch nie bezahlt.

418 Die Angabe von TIETZE, Juden, 50, dass 1615 18 Juden in die Kategorie der Hofbefreiten aufgenommen wurden, ist nach Hödl falsch.

419 Die Vermutung bei LOHRMANN, Finanz, 126, wonach die Aufwendungen für den Dreißigjährigen Krieg wahrscheinlich den Anlass bildeten, eine Ansiedlung von Juden in Wien zu veranlassen, dürfte nicht richtig sein. Nach Sabine Hödl wurde die Ansiedlung, die bereits seit den 1570er Jahren bestand, schon kurz nach 1600 ziemlich ausgebaut. Ferdinand II. hat die Rolle der Juden dann nur verstärkt vereinheitlicht und institutionalisiert. Die Begründung des Gettos könnte in der durch die Konzentration auf einen Ort besseren Zugriffsmöglichkeit auf die Juden bestanden haben. Dahinter dürfte aber auch der Gedanke gesteckt haben, den Juden verbesserte Lebensbedingungen zu verschaffen, womit ihnen auch die Aufbringung größerer Geldmengen möglich wurde.

420 Diese Information verdankt sich den Forschungsergebnissen von Hödl u. a. Die in der Literatur ange-

führten Summenangaben (z. B. für 1619 10.000 Gulden zu Kriegszwecken, 1620 17.000, 1623 20.000, 1625 3.000 Gulden, dann erst wieder 1632 15.000 Gulden) sind aber nicht korrekt oder zumindest ungenau, unklar ist weiters die Form der Zahlungen, ob es sich um Kredite, Kontributionen oder um Geschenke handelte.

421 Dazu und im folgenden Staudinger, Privilegien, 23, 30 f.

422 Dazu und im folgenden Tietze, Juden, 59 f.

423 Die Ausweisungsdrohung (und die anderen in Aussicht gestellten Sanktionen) dürfte des öfteren nur dem Zweck gedient haben, die Juden zu einer besonderen Leistung für die kaiserliche Kammer zu bewegen, Grunwald bezeichnet diese Praxis als eine »bereits herkömmlich gewordene Methode außerordentlicher Besteuerung«, siehe Grunwald, Oppenheimer, 19.

424 Offensichtlich auch in diesem Zusammenhang stand das bei Sabine Hödl in ihrem Abschnitt (S. 282) unter Darlehen, Steuern, Kontributionen genannte Geschäft hinsichtlich der Kreditübernahme über die Herrschaft Wels.

425 Vgl. dazu und im Folgenden Přibram, Urkunden I, 257 - 261; Lohrmann, Finanz, 27 ff.

426 Vgl. Heimann-Jelinek, Judentum, 24.

427 Vgl. dazu auch die Ausführungen in Sabine Hödls Abschnitt (S. 282).

428 Bei Grunwald, Oppenheimer, 69 f bzw. 78 ff., werden die Leistungen des Heeres- und Hoflieferanten näher spezifiziert. Unklar ist, ob bei Grunwald nicht auch fortlaufende Geschäfte als neue angeführt wurden. Für einen Überblick zu Person und Transaktionen Oppenheimers siehe auch Mentschl/Otruba, Industrielle, 9 ff.

429 Grunwald, Oppenheimer, 90 f., führt jene Einnahmequellen an, die der Fiskus Oppenheimer nach und nach überließ.

430 Grunwald, Oppenheimer, 74 ff., listet die Vertreter und Korrespondenten Oppenheimers detailliert auf.

431 Vgl. dazu und im folgenden Eigner – Wagner – Weigl, Finanzplatz, 913.

432 Grunwald, Oppenheimer, 95.

433 Um nur ein Beispiel anzuführen: 1702 standen Oppenheimer statt der präliminierten 2 Millionen Gulden bloß 500.000 Gulden aus dem ihm assignierten Militärkontributionen der Länder zur Verfügung, Mensi, Finanzen, 137.

434 Zu den Schwierigkeiten bezüglich der Bezahlung Grunwald, Oppenheimer, 85 ff.

435 Als Vorname Wertheimers tauchen sowohl Simson wie Samson auf. Nähere Details zu Wertheimer siehe Grunwald, Oppenheimer, 217 ff.; für einen Überblick zu Person und Transaktionen Wertheimers siehe Mentschl/Otruba, Industrielle, 20 ff.

436 Mensi, Finanzen, 144 f.; Tietze, Juden, 89.

437 Mentschl/Otruba, Industrielle, 23.

438 Eigner – Wagner – Weigl, Finanzplatz, 919.

439 Um Emanuel Oppenheimer gruppierten sich seine Schwäger Herz Löw Manasses, Emanuel Drach, der Neffe Löw Sinzheim, Lemle Moses, der Geschäftsfreund Ulm und der Angestellte Leidersdorfer. Zu Wertheimers Personennetzwerk zählten die Verwandten Arnsteiner und Eskeles, Isaak Nathan Oppenheimer, und die Geschäftsfreunde Markbreiter und Deutsch. Der Familie Hirschl, die seit 1706 ein drittes Privileg besaß, waren die Verwandten Spitz und Herz Lehmann, die Teilhaber an Hirschls Privileg, Michael und Schlesinger, und der Geschäftsfreund Salomon Beer zuzurechnen. Siehe Grunwald, Oppenheimer, 163; Holl, Starhemberg, 192.

440 Zu d'Aguilar siehe Grunwald, Oppenheimer, 295 ff.

441 Heimann-Jelinek, Judentum, 24 f.

442 Grunwald, Oppenheimer, 168, listet auch die Anteile der einzelnen Firmen auf.

443 Heimann-Jelinek, Judentum, 22 bzw. 25.

444 Diese betrug bis 1804 30.000 Gulden, danach wurde die Summe für Christen auf 50.000, für Juden auf 60.000 Gulden festgesetzt, Brusatti, Unternehmensfinanzierung, 334.

445 Vgl. dazu und im folgenden LOHRMANN, Finanz, 25.

446 GRUNWALD, Oppenheimer, 169.

447 TIETZE, Juden, 114.

448 HEIMANN-JELINEK, Judentum, 31.

449 Zitiert nach LOHRMANN, Finanz, 25.

450 Vgl. dazu und im Folgenden ausführlicher EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 920.

451 EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 911.

452 Vgl. dazu MENSI, Finanzen, 179 ff., insbesondere 182 ff.

453 Zur Finanzlage Österreichs zu Beginn des 18. Jahrhunderts vgl. BIDERMANN, Stadt-Bank, 3 ff.

454 HOLL, Starhemberg, 106.

455 EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 915 f.

456 MENSI, Finanzen, 205.

457 Vgl. dazu und im Folgenden MENSI, Finanzen, 207 ff.; EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 922 ff.

458 Vgl. FUCHS, Stadtbank, 47 f.; HOLL, Starhemberg, 248.

459 In einem Bericht an die Geheime Finanzkonferenz bezifferte Starhemberg die Gesamtleistung der Stadtbank auf rund 22 Millionen fl (14 Millionen fl Bardarlehen, 8 Millionen fl Übernahme von Staatsschulden), FUCHS, Stadtbank, 67.

460 Vgl. dazu MENSI, Finanzen, 244 ff., 633 ff.

461 Graf Starhemberg wurde, nachdem er bereits von 1698 bis 1700 Vizepräsident und Leiter der Hofkammer war, 1703 abermals an die Spitze der Hofkammer berufen, die er bis zu seiner Amtsniederlegung 1715 leitete. 1706 wurde er zum Präsidenten der Ministerialbancodeputation ernannt. Seit der Errichtung der Geheimen Finanzkonferenz 1716 eines ihrer Mitglieder, wurde Starhemberg 1741 zum persönlichen Finanzberater Maria Theresias. Starhemberg starb 1745. Vgl. dazu HOLL, Starhemberg, 22 f.

462 BIDERMANN, Stadt-Bank, 31 f.; PRESSBURGER, Noteninstitut I, 1, 372. Die kolportierte Zahl von 90.000 Einlegern in den 1720ern Jahren kann hingegen mit Sicherheit nicht stimmen.

463 FUCHS, Stadtbank, 42.

464 Zur Universalbankalität vgl. MENSI, Finanzen, 433 ff.; EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 924 f. Auch dieses Institut erprobte einige finanztechnische Neuerungen, um das Publikum zu freiwilligen Einlagen zu verlocken, etwa mit der so genannten »Barattierung«, einer Form der Geldschöpfung ohne Deckung, die fehlschlug und bei PRESSBURGER, Noteninstitut I, 1, 37 f. ausführlicher beschrieben wird.

465 EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 925.

466 FUCHS, Stadtbank, 92 f.; MENSI, Finanzen, 742 f. Einen Endpunkt dieser Konzentrations- und Zentralisationsbestrebungen in der Finanzverwaltung setzte die Reform von Joseph II. 1782, durch die Hofkanzlei, Hofkammer und Ministerial-Bancodeputation zusammengefasst wurden, siehe FUCHS, Stadtbank, 108 f.

467 Vgl. dazu und im Folgenden EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 926 f.

468 Vgl. dazu und im Folgenden EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 928 f.; FUCHS, Stadtbank, 129 ff.

469 Vgl. dazu PRESSBURGER, Noteninstitut I, 1, 47.

470 Der Annahmezwang unter Privaten wurde gegen Ende des Jahrhunderts dekretiert.

471 Allein zwischen 1797 und 1802 vervierfachte sich die Bankozettelmenge von rund 74 Millionen fl auf 337 Millionen.

472 Zur Magistratsreform vgl. GÖBEL, Finanzen, 13 ff.

473 Vgl. dazu und im Folgenden EIGNER – WAGNER – WEIGL, Finanzplatz, 930 f.; MITTENZWEI, Bourgeoisie, 216 ff.

474 Zu Person und Transaktionen von Johann Fries MENTSCHL – OTRUBA, Industrielle, 39 ff.

475 LOHRMANN, Finanz, 198 f., charakterisiert die Tätigkeit von Nathan Adam Freiherr von Arnstein und Bernhard Freiherr von Eskeles noch immer als Kombination aus Großhandel und Bankwesen und spricht zudem von einer Verbindung einer geradezu beamteten Tätigkeit im kaiserlichen oder Staatsauftrag mit dem freiem Unternehmertum.

476 Vgl. dazu Eigner – Wagner – Weigl, Finanzplatz, 932 f.
477 Gille, Bankwesen, 168.

Die frühneuzeitliche Sozialstruktur

Wenn man sich ein Bild der frühneuzeitlichen Sozialstruktur der Wiener Bevölkerung machen will, lohnt ein Blick auf die in der »Policey«-Ordnung von 1671 dokumentierte ständische Gliederung der Gesellschaft, wie sie von den Zeitgenossen wahrgenommen wurde. Sie gibt eine Rangordnung wieder, die sich nicht unbedingt mit den ökonomischen Verhältnissen völlig decken musste. Nach dieser Ordnung stand an der Spitze der großstädtischen Gesellschaft der Adel, gefolgt von den höheren kaiserlichen und landesfürstlichen Beamten und den höheren nichtadeligen Hofbediensteten – Amtmännern, Zahl- und Quartiermeistern, Sekretären, Juristen, Medizinern, Kammerbuchhaltern, Stadtanwälten, Kammerdienern, dem Bürgermeister, dem Stadtrichter u. ä. m. Auf der darunter liegenden Stufe der ständischen Gesellschaft befanden sich Rechnungsräte der niederösterreichischen Buchhalterei, Hofmusiker, Hof-, Stall- und Münzmeister, Kammerjungfern und Oberpfleger. Die weiter nach unten zu folgende ständische Gruppe bildeten Buchhaltereibedienstete, Kellermeister, Türhüter, Kammerheizer, Trompeter, Wagenmeister und vornehme bürgerliche Handelsleute, die Künstler unter den Handwerkern (Bildhauer, Kupferstecher etc.) sowie Besitzbürger. Erst danach reihte sich die Masse der Handwerker und Gewerbsleute, niederen Hofbediensteten, Schulmeister und Kirchendiener. Am Ende der ständischen Leiter standen Inwohner, Tagwerker und das übrige gemeine Volk, wohl einschließlich der »würdigen« Armen und Bettler.[1] Wohl nur zur temporär anwesenden Bevölkerung sind »fremde« Vaganten und Bettler zu rechnen. Diese ständische Gliederung bestimmte über lange Phasen der frühneuzeitlichen Stadtgeschichte den Sozialaufbau der Stadtbevölkerung. Dynamische Faktoren bildeten die Ausdifferenzierung der (Hof-)Bürokratie und vor allem in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts der Aufstieg des Wirtschaftsbürgertums.

Schwieriger ist die Frage zu beantworten, wie sich diese Gesellschaftsschichten auf die Gesamtbevölkerung verteilten. Da Volkszählungsergebnisse mit Standesmerkmalen nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stehen, ist der nicht unproblematische Rückgriff auf Haushaltszählungen sowie Tauf-, Trauungs- und Sterbematriken notwendig. Geht man unter Vernachlässigung unterschiedlicher Lebenserwartungen nach den Sterbematriken, dann hatte um die Mitte des 17. Jahrhunderts die Oberschicht (Adel, hohe Beamte, Akademiker, Offiziere) in Stadt und Vorstädten einen Anteil von mindestens 7 % an der Bevölkerung – bei einer Untererfassung des (Hoch-)Adels in den Sterbematriken –, Hofbedienstete und städtische Beamte und deren Angehörige von etwas mehr als 10 %. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung dürfte um diese Zeit dem (bürgerlichen) Handwerk und dem Handel, etwa 5 bis 10 % dem Besitzbürgertum zuzurechnen gewesen sein. Etwa 12 % waren als häusliche Bedienstete beschäftigt oder zählten zu den Angehörigen von Hausbediensteten. Der überwiegende Rest von mindestens einem Viertel – einschließlich eines Teils der Witwen – ist den klassischen Unterschichten zuzurechnen.[2] Aus den

Zählungen der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sind sehr grobe Sozialgliederungen überliefert. Eine aus dem josephinischen Wien stammende Statistik aus dem Jahr 1781 kommt auf einen Anteil der Adeligen unter der erwachsenen Bevölkerung von 1,5 %, einen der Beamten von 2,0 % und einen der Bürger und Professionisten von 4,9 %.[3] Um das Jahr 1790 waren weniger als ein Prozent der anwesenden Bevölkerung Kleriker und 3,6 % Bürger und Professionisten.[4] Der Anteil der Dienstboten an der Wiener Bevölkerung lag zu dieser Zeit bei rund 15 %.[5] So bruchstückhaft diese Angaben auch sein mögen, man wird wohl nicht ganz falsch liegen, wenn man von einer anteilsmäßigen Zunahme der Unterschichten unter der ständig anwesenden Bevölkerung im mariatheresianischen und josephinischen Wien im Vergleich zum 16. und 17. Jahrhundert ausgeht.

Adel: Zuzug, Adeliges Haushalten, Sozialtopographie

Nichts anderes dominierte die topographische Entwicklung Wiens in der Frühen Neuzeit *(Abb. 29)* so sehr, wie der Wandel von der mittelalterlichen Bürgerstadt zur barocken Residenz. Die bauliche und sozioökonomische Polarität von Bürgerstadt und Adelsstadt bestimmte bereits im Mittelalter das Aussehen der Stadt,[6] die eine der Großstädte des deutschen Sprachraumes war.[7] Seit der Errichtung der Pfalz unter den Babenberger-Herzögen blieb Wien mit wenigen Unterbrechungen und trotz der – vor allem an der Wende vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit – zeitweilig schwierigen Beziehung zu den Stadtherren Residenz. So bevorzugte noch Friedrich III. Wiener Neustadt als Residenz und sein Sohn Maximilian I. Innsbruck. Nachdem Ferdinand I. im Wiener Neustädter Blutgericht 1522 und mit der neuen Stadtordnung 1526 seine Position hinsichtlich der Regierung im Land und in der Stadt rigoros klargestellt hatte,[8] verlegte er vier Jahre nach der Ersten Türkenbelagerung seinen Hof 1533 endgültig nach Wien. Mit seiner Übersiedlung nach Wien wurden auch eine Reihe von Hofämtern – (seit 1558 Reichs-)Hofrat, Hofkammer und Hofkriegsrat (1556 geschaffen) – in der Stadt etabliert, wodurch sich einerseits kaiserliche Beamte hier niederließen. Mit Ferdinand zogen jedoch andererseits auch zahlreiche adelige Familien an den Hof bzw. in die Stadt. Sie erhofften durch die Nähe zum Herrscher, Ämter bei Hof zu erlangen, ihren Rang zu erhöhen und sich dadurch finanzielle Quellen zu erschließen. Zu den angestrebten Ämtern zählten als die leitenden Chargen die Funktionen des Obersthofmeisters, des Obersthofmarschalls, Oberkämmerers und Oberststallmeisters.[9] Daneben besetzte der Adel neben den wenigen bürgerlichen Juristen und Geistlichen vor allem die leitenden Beamtenposten der Hofbehörden sowie der »Mittelbehörden«, die für die Ländergruppen zuständig waren.[10]

Nobilitierungen von bürgerlichen Beamten und die Verleihung von Hofämtern trugen »zur immer umfassenderen und subtileren Hierarchisierung der adeligen Gesellschaft bei.«[11] Nur über die Präsenz am Hof ließ sich die »Absicherung einer adeligen Familie und ihrer Mitglieder insbesondere gegen die Möglichkeit der Verarmung etwa



Abb. 29: Vogelschau des Jakob Hoefnagel, 1609

mittels Fideikommisses oder anderer Rechtsinstitute oder ihre materielle Unterstützung durch Ämter oder Zuwendungen sowie ihre weitere Mitgliedschaft am Hof als Voraussetzung künftiger relativer Rangwahrung«[12] organisieren.[13] Sowohl mit den Hofämtern, als auch den Verwaltungsstellen waren auf unterschiedlichen Ebenen auch erhebliche Erwerbsmöglichkeiten verbunden. Die nicht unbeträchtlichen Besoldungen wurden durch Gnadengelder erhöht. Konnte sich beispielsweise der kaiserliche Obersthofmeister Maximilian Graf von Trauttmansdorff für seine Leistungen bei den Westfälischen Friedensverhandlungen über 100.000 Gulden freuen, die ihm vom Kaiser gewährt wurden, so waren diese Gnadengelder innerhalb des Hofes auch auf niedrigeren Stufen breit gestreut. 1655 wurden insgesamt 82.294 Gulden vornehmlich an hochadelige Mitglieder des Hofstaates verteilt, wobei ranghohe Höflinge besonders begünstigt wurden.[14] Aber nicht nur für sich selbst konnten Hofleute die Vorteile ihrer Positionen nutzen: Auf sie konnten sich ebenso abwesende Mitglieder des Hofes wie auch Nichtmitglieder der Hofgesellschaft stützen und ihre Wünsche einbringen. In diesem Zusammenhang sind die Familienverbände und sonstigen strukturierten Beziehungsnetze (nach Hengerer) kaum zu überschätzen, die sich aber auf der anderen Seite auch zu kaiserlichen Zwecken verwenden ließen. Die »langfristige Hofmitgliedschaft wichtiger Familien« bot demnach die beste Gewähr für »wechselseitige Kontinuität«,[15] der Hof insgesamt neigte zu »einer familienbasierten Abschließung«. So verwundert es auch nicht, dass viele Familien dieses Hofes sich dort bis zum Ende der Monarchie erhalten haben.

Der Zuzug von Beamten und Adeligen stellte die Stadt vor Probleme. Einerseits wurden die Bürger angewiesen, (Hof-)Quartiere zur Verfügung zu stellen, die der Hofquartiermeister kontrollierte und den Beamten und Adeligen zuwies. Mietwohnungen waren Mangelware in der Stadt und zudem teuer. Dies veranlasste viele Adelige, die selbst nur

in den wenigsten Fällen über Häuser in der Residenzstadt verfügten, Bürgerhäuser anzukaufen. Für die Stadt Wien hatte das weit reichende Folgen, unterstanden ihrer Fiskalhoheit doch nur bürgerliche Hausbesitzer, nicht jedoch Hof, Adel, Geistlichkeit und Universität. Auf Grund der Befreiung dieser Gruppen von der Steuer verminderte sich das Steueraufkommen Wiens so drastisch, dass nach Verhandlungen der Stadt mit dem Herren-, Ritter- und Prälatenstand 1552 die Zahl der »Freihäuser« begrenzt wurde.[16] Bei einem Bestand von rund 1.200 Häusern in der Innenstadt sollten nur noch 90 adelige Freihäuser sein.

Der angesprochene (Umwandlungs-)Prozess, der mit diesem Zuzug einsetzen konnte, vollzog sich im Wesentlichen in zwei Etappen, die sich in die Zeit vor und die Zeit nach der Zweiten Türkenbelagerung gliedern lassen. War die erste Etappe noch von der ständigen Bedrohung durch das Osmanische Reich geprägt, die bedingte, dass die Stadt zwar zur Festung ausgebaut, das Stadt-, nicht aber das Bevölkerungswachstum sonst jedoch weitgehend gehemmt blieb, so lässt sich die zweite Etappe als Phase adeliger Prachtentfaltung umschreiben. Was davor mit Hilfe des Hofquartierwesens zu regeln versucht wurde, nämlich die Unterbringung des in die Stadt strömenden Adels, der sich am Hof zu etablieren versuchte, fand damit seinen Abschluss. Der Adel hatte sich in Wien vollständig integriert, was sich nicht nur durch den Ankauf von Häusern und ihren Umbau zu großzügigen Palais ausdrückte, sondern auch in der Erwerbung von Begräbnisstätten in Wiener Kirchen und Klöstern.[17] Die Verdrängung der Handwerker in die Vorstädte, die sich vor der Zweiten Türkenbelagerung nur zögerlich entwickelt hatten, und der großzügige Bau von Adelspalais innerhalb und außerhalb der Stadt setzten nach 1683 voll ein. Im Vergleich der Jahre 1664 und 1701 stieg die Zahl der Adelsniederlassungen in der Stadt von 109 auf 271, um nicht weniger als 150 %. Um 1730 standen 930 Bürgerhäusern 248 Adelspaläste gegenüber.[18]

Wer verbirgt sich nun hinter dem in die Stadt strömenden Adel und wie versuchte er seine Position bei Hof und damit auch in der Stadt zu festigen? Welche Wandlungsprozesse machte der Adel innerhalb der etwa 250 Jahre bis zur zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durch? An dieser Stelle seien exemplarisch mehrere Lebensläufe bzw. Familien aus drei Jahrhunderten skizziert.

Der geadelte Bürger: Markus Beck

Eine typische Karriere unter Ferdinand I. präsentiert jene von Markus Beck,[19] der 1491 in Mengen (Baden-Württemberg) als Sohn von Konrad Beck, der vielleicht Arzt war, geboren wurde. Mit 15 Jahren von seinen Eltern an die Universität Tübingen geschickt, erwarb er dort 1507 das Baccalaureat und 1509 das Magisterium. Ein Jahr später setzte er sein Studium in Wien fort und wurde hier 1513 Prokurator des niederösterreichischen Landrechts. Mit der 1515 erfolgten Promotion zum Doktor der Rechte in Ferrara schloss er seine Ausbildung ab. Berührungspunkte zu Wien blieben aber nicht allein auf sein Studium beschränkt. Zum einen heiratete er 1516 in Wien die neun Jahre ältere Witwe

Apollonia Lazar, geb. Leuninger, die allerdings bereits nach fünfjähriger Ehe starb. Ihr folgte 1522 Martha Heuberger, mit der er acht Kinder hatte, von denen aber nur zwei – Barbara, verheiratete Zinzendorf, und Hieronymus – die Eltern überlebten. Ein Jahr nach dem Tod seiner zweiten Frau, 1543, heiratete er Barbara von Werdenstein. Zum anderen wurde er 1519 mit dem Erwerb eines Hauses vorerst in Wien sesshaft. Im Wiener Neustädter »Blutgericht« 1522 ist Markus Beck an prominenter Stelle zu finden: Er wurde 1522 von Ferdinand I. zu seinem Rat und Kammerprokurator ernannt, wodurch er »die Ansprüche der landesfürstlichen Kammer rechtlich zu vertreten hatte.«[20] Für Ferdinand I. führte er in diesem Jahr beim erwähnten »Blutgericht« auch Anklage gegen die aufständischen Vertreter der Wiener Stadtverwaltung. Seine weiteren beruflichen Stationen zeigen ihn bis an sein Lebensende mit einer Reihe wichtiger Ämter betraut: 1526 bis 1539 war er niederösterreichischer Vizedom, wurde 1528 von Ferdinand I. mit der Erarbeitung eines Reformkonzeptes für die Wiener Universität betraut und spielte auch während der Ersten Türkenbelagerung Wiens 1529 als Proviantmeister der Stadt eine Rolle. Mehrere Gesandtschaftsreisen führten ihn nach Ungarn, so 1526 an den Hof Ludwigs II. von Ungarn sowie in den Jahren 1531 bis 1533 gemeinsam mit Sigmund von Herberstein wiederum nach Ungarn. Dass diese Leistungen von Markus Beck nicht unbelohnt bleiben konnten, war logische Konsequenz: Nach dem Kauf der Herrschaft Leopoldsdorf bei Schwechat 1523 wurde ihm ein Jahr später der Beiname »von Leopoldsdorf« verliehen. 1530 wurde er schließlich in Prag von Ferdinand I. zum Ritter geschlagen. Er beendete sein Leben als Kanzler des »niederösterreichischen« Regiments, dem Nieder- und Oberösterreich, die Steiermark, Kärnten und Krain unterstanden, ein Amt, das ihm 1539 übertragen worden war. Auch sein Sohn Hieronymus[21] konnte als niederösterreichischer Kammerrat (1555), Hofkammerrat (1563) und Oberster Proviantmeister in Ungarn (1568) an die Karriere des Vaters anschließen, dessen Haus in Wien er 1560 allerdings verkaufte, dafür aber den Kauf des Schlosses Ebreichsdorf in der von seinem Großvater Konrad Beck begonnenen Familienchronik anmerkte.[22] Vor allem Hieronymus demonstriert in dieser Chronik das Bestreben der Familie nach einer Anbindung an den territorialen Adel. Wie Harald Tersch anmerkt, stellt die Geschichte von Markus Beck »einen Angelpunkt zwischen den ständisch-bürgerlichen und den aristokratischen Interessensfeldern von Konrad bzw. Hieronymus dar, ohne dass sie sich einem dieser Bereiche zuweisen ließe.«[23] Zwar unterstreicht bereits Markus Beck die Nähe seiner Familie zum landsässigen Adel, macht die Hochzeit seiner Tochter mit Hans von Zinzendorf zu einem politischen Akt, aber sein »primärer familiengeschichtlicher Bezugspunkt«[24] bleibt der Hof. Er bestimmte seinen gesellschaftlichen Standort vor allem durch seine Nähe zum Herrscherhaus als »Höfling«.

Leben als Landadeliger: Erasmus von Puchheim

Das Leben eines Landadeligen führte dagegen im Wesentlichen der aus der älteren Krumbacher Linie der Familie stammende Erasmus von Puchheim.[25] Der als jüngster

von vier Brüdern 1518 geborene Erasmus übernahm nach dem Tod seines Vaters Christoph III. 1527 die Verwaltung der Besitztümer der Familie, während die älteren Brüder die militärische Laufbahn einschlugen. Nachdem ihm seine Brüder Longin und Martin ihre Anteile verkauft hatten, war er seit 1546 alleiniger Besitzer der Herrschaft Krumbach und konnte darüber hinaus aber auch die Anteile an Kirchschlag, Saubersdorf und Rothengrub von Longins Sohn bei einem Prozess mit dessen Vormund an sich bringen. Daneben besaß er zwei Häuser in Wien. Eines davon, nämlich jenes am Minoritenplatz, verkaufte er allerdings 1561.

Zu den Titeln eines Freiherrn zu Raabs, Krumbach und Kirchschlag sowie des Erbtruchsessen von Österreich hatte er auch eine Reihe politischer Ämter inne, wird 1543 beispielsweise als kaiserlicher Kommissär genannt. Dabei blieb es jedoch nicht: Er wurde auch zum kaiserlichen Rat und zum Regenten des »niederösterreichischen« Regiments ernannt, war zudem zweimal niederösterreichischer Statthalteramtsverwalter unter Maximilian II. An seiner Seite ist er auch 1560 bei einem Turnier in Wien zu finden.[26] Trotz der immer wieder in der Forschung hervorgehobenen lokalgeschichtlichen Perspektive seines »Tagebuches«,[27] prägt »die zunehmende Magnetwirkung des Wiener Hofes dieses Werk zu einem nicht geringen Teil.«[28] Beide Bereiche sind identitätsstiftende Bezugssysteme für ihn, wobei für ihn die »Beschreibung seiner Teilnahme an kollektiven Handlungen wie Jagden oder Turnieren«[29] im Zentrum steht.

An seiner Familie zeigt sich auch der Beginn der Reformation sehr deutlich. Während Erasmus selbst dem Katholizismus verpflichtet blieb, betätigte sich sein Bruder Longin als eifriger Protestant. – Eine der Familien, die sich völlig dem Protestantismus verschrieb, war die Familie Jörger.

Protestantische Lebensweisen: Die Familie Jörger

Mit der Familie Jörger greift das Leben einer protestantischen Familie in der Gegenreformation in den Wiener Stadtraum aus. Während der (katholischen) Kirche in der Innenstadt vom Landesfürsten weitreichend Raum zugestanden wurde, viele Kirchen in der Stadt neu errichtet wurden,[30] die das barocke Aussehen der Stadt entscheidend prägten, wurde der Protestantismus gegen Ende des 16. Jahrhunderts zunehmend aus der Stadt in Randgebiete vor der Stadt gedrängt. Bis dahin ließen viele protestantische Adelige in ihren Häusern in der Stadt auch ohne landesfürstliche Erlaubnis Predigten halten, an denen ihre Bediensteten teilnahmen. Mit der Religionskonzession von 1568 wurde den nieder- und oberösterreichischen Herren »der Gebrauch der Augsburger Konfession ›in ihren Schlössern, Häusern und Gütern für sich selbst, ihr Gesinde und ihre Zugehörigen, auf dem Land aber und bei ihren zugehörigen Kirchen auch für ihre Untertanen‹ – unter der Auflage der Ausarbeitung einer einheitlichen ›Kirchenagenda‹ – gewährt.«[31] Diese Konzession wurde von den Wiener Protestanten genützt, in die nunmehr erlaubten Hauspredigten der Adeligen in Wien zu strömen, was jedoch der Konzession widersprach. Zwar untersagte Maximilian II. 1575 Hauspredigten in Wien, doch

konnten die Stände mit dem Kaiser den Kompromiss aushandeln, der ihnen den großen Landhaussaal als Ort zur Abhaltung von Gottesdiensten und Predigten zusicherte. Dieser »Landhausgottesdienst« war jedoch ausdrücklich nur für die Stände und ihr Gefolge, nicht jedoch für die Bürger bestimmt. Damit blieb für diese nur das »Auslaufen« in die Adelsgüter im Wiener Umland, in denen evangelische Predigten gehalten wurden. Einer der Kristallisationspunkte dieses protestantischen »Auslaufs« führt direkt zur genannten Familie: Im Vorort Hernals, in dem die Jörger Besitzungen hatten, konnten die aus der Stadt gedrängten Protestanten einige Zeit ihre Religion ausüben, d. h. den Gottesdienst feiern, stets unter den wachsamen Augen des konvertierten Bäckersohnes und Jesuitenschülers Melchior Khlesl.

Aber betrachten wir die Entwicklung dieser Familie genauer,[32] ist ihre Geschichte doch repräsentativ für die anderer adeliger Familien des 16. und beginnenden 17. Jahrhunderts: Die aus Oberösterreich stammenden Jörger von Tollet kamen bereits früh mit der Reformation in Kontakt. So stand Dorothea von Raming, die mit Wolfgang IV. Jörger, dem oberösterreichischen Landeshauptmann, verheiratet war, mit Martin Luther im Briefkontakt. Nachdem Wolf Jörger in Streit mit dem oberösterreichischen Herrenstand geriet, dem er als Ritter angehörte, blieb er gemeinsam mit seinem Sohn Christoph, der als Knappe zuerst in Burgund, dann am kursächsischen Hof diente, in Sachsen, wo er 1524 verstarb. Christoph, der hier zum Anhänger der Reformation wurde, empfing für seine Brüder das Lehen, kehrte nach Oberösterreich zurück und übernahm hier innerhalb der ständischen Organisationen eine Reihe von politischen Aufgaben. Als Mitglied des Ständeausschusses wurde er beispielsweise 1532 nach Innsbruck gesandt, zudem beteiligte er sich unter Feldhauptmann Graf Georg von Schaunberg 1537 am Türkenfeldzug Johann Katzianers. Schwierigkeiten ergaben sich bei der Übernahme von Regierungsfunktionen, waren damit doch katholische Riten verbunden, die im Widerspruch zu seinem protestantischen Bekenntnis standen. Auf Luthers Ratschlag zog er sich 1546 aus dem »niederösterreichischen« Regiment zurück, dem er seit 1543 angehört hatte. Ebenso verweigerte er das Amt eines obersten Proviantmeisters, das ihm 1556 vom Regiment angeboten worden war. Dennoch konnte er als Kommissär und später Leiter der Neusohlerischen Schmelzkommission seine Fähigkeiten vor allem auf dem wirtschaftlichen Sektor unter Beweis stellen. Trotz der Ablehnung der genannten politischen Funktionen musste er auf Titel für sich und seine Familie nicht verzichten: Maximilian II. ernannte ihn zum kaiserlichen Rat, erhob ihn in den Freiherrenstand und verlieh ihm die Würde des neu geschaffenen »Erblandhofmeisteramtes ob der Enns«.

Mit Wolfgang V. Jörger kam die Familie 1587 in den Besitz der Herrschaft Hernals, die zuvor der Familie Geyer von Osterburg gehört hatte und von dieser 1577 den Verordneten der protestantischen Stände verkauft worden war. Bereits im Jahr des Verkaufs an die Stände setzte um das hier aufgerichtete protestantische Kirchenwesen ein Kampf ein. Unter Berufung auf die »Religionsassekuration« von 1571 ordnete der Kaiser erstmals die Schließung der Kirche an.[33] Auch unter den Jörgern blieb Hernals jedoch das bedeutendste protestantische Zentrum in der Umgebung Wiens. Der ohne Genehmi-

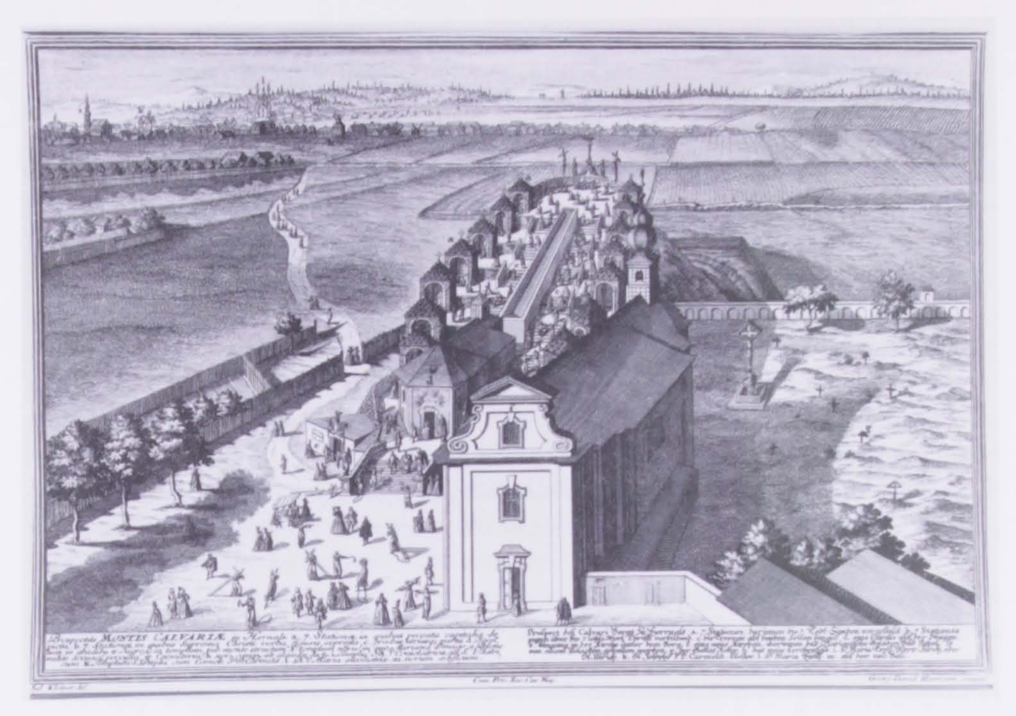


Abb. 30: Der Kalvarienberg in Hernals, Kupferstich von G. D. Heumann nach S. Kleiner

gung des Kaisers erfolgte Verkauf der Herrschaft an die Jörger sollte ihnen jedoch zum Verhängnis werden: Ab 1611 musste Helmhard IX. Jörger, gegen den Klage wegen Felonie (Verletzung der Lehenspflichten) erhoben worden war, in einem langwierigen Prozess gegen den Verlust der Herrschaft kämpfen. Dieser Kampf fand mit der Schlacht am Weißen Berg 1620 ein Ende. Als einer der Geächteten wurde Helmhard Jörger verhaftet und seiner Besitzungen für verlustig erklärt, die jedoch erst 1625 faktisch konfisziert wurden.

Bis zu diesem Jahr blieb das protestantische Kirchenwesen in Hernals bestehen, verstärkte sich nach einem Verbot jeder Form von nichtkatholischer Religionsausübung in Wien und den Vorstädten bzw. -orten 1624 sogar zunächst noch einmal. Den Einwohnern der Stadt wurde daraufhin unter Androhung schwerer Strafen verboten, sich an Orte zu begeben, *wo ein uncatholisches Exercitium gehalten würde, es wäre zu Hernals oder anderen Orten.*[34] Ein Jahr später, mit der Konfiskation der Güter von Helmhard Jörger, war das Ende des Hernalser Kirchenwesens besiegelt: Der Kaiser schenkte die Herrschaft dem Wiener Domkapitel und übertrug diesem auch das Patronatsrecht über die Hernalser Kirche. Bis 1627 bestand für die Wiener Bürger noch die Möglichkeit, nach Inzersdorf bzw. Vösendorf auszulaufen, bis durch das Generalmandat, das die Abschaffung aller Prädikanten aus Niederösterreich anordnete, jede Form der öffentlichen pro-

testantischen Religionsausübung unterbunden wurde. Mit der Errichtung des Hernalser Kalvarienberges *(Abb. 30, S. 248)* sollte die Erinnerung an den protestantischen Auslauf in diese Herrschaft nachhaltig gelöscht werden – ein Erinnerungsort sollte damit durch eine neue Funktion überlagert werden. Den Endpunkt des von St. Stephan ausgehenden Kreuzweges bildete ein 1639 in der Hernalser Kirche errichtetes Hl. Grab, das dem Urbild von Jerusalem nachgebildet sein sollte.

Zwei Familien, drei Generationen, vier Kaiser: Die Grafen von Harrach und Lamberg

> *[...] so ist mein schwester mit mir und sein auff Hernalß, dan ich bin die ganze fosten nie dort gewest, und heidt, weil niemandt traust ist gewest, ause, hab dort recht ruebich gebet, dan unser her den stundt sohn ihn krab, sein nur etliche gemeine leidt dort gewest.*[35]

Als Johanna Theresia Harrach, geb. Lamberg, ihrem Mann am 15. April 1677 von ihrer Fahrt nach Hernals berichtete, das sie während der Fastenzeit dieses Jahres noch nicht besucht hatte, brachte sie damit zum Ausdruck, dass in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts der Besuch des Hl. Grabes in Hernals zu den fixen Stationen im Fastenkalender adeliger Frauen und Männer gehörte. Mit Johanna Theresia Harrach, geb. Lamberg, und Ferdinand Bonaventura Harrach sind zwei Vertreter des neuen »gesamtösterreichischen« (katholischen bzw. rekatholisierten) kaisertreuen Hof- und Landadels genannt. Wien bzw. der Wiener Hof waren seit Beginn des 17. Jahrhunderts, spätestens jedoch ab 1620, zum »melting pot« dieses Adels geworden,[36] der sich rund um die kaiserliche Hofburg ansiedelte. Der bürgerliche Hausbesitz in der Stadt sank dagegen, wie schon erwähnt, zunehmend.[37]

Die Familien Harrach und Lamberg gehörten neben der Familie Dietrichstein zu den mächtigsten und einflussreichsten Familien am kaiserlichen Hof, an dem sie wichtige Ämter und Würden bekleideten und als Botschafter für den Kaiser an den führenden Höfen Europas tätig waren. Durch eine konsequent verfolgte Heiratspolitik verstand es der Vater von Johanna Theresia Harrach, Johann Maximilian Lamberg – ebenso wie die Familie Harrach –, ein weitreichendes Netz verwandtschaftlicher Beziehungen aufzubauen. Seine Töchter verheiratete der spätere Obersthofmeister Kaiser Leopolds I. in die Familien Starhemberg, Sinzendorf, Harrach und Porcia. Heiraten wurden also nicht dem Zufall überlassen. Ebenso wie Johanna Theresia Lamberg und Ferdinand Bonaventura Harrach strategisch, wenn auch nicht gegen deren Neigung, verheiratet wurden, verheirateten sie auch ihre beiden Töchter und den Erben. Kinder adeliger Familien wurden zudem bereits früh für bestimmte Ämter ins Gespräch gebracht, finden sich früh als Anwärter von adeligen Orden wie dem vom Goldenen Vlies wieder. Ihr Leben scheint in vielen Stationen von den Eltern und Vormündern vorgezeichnet.

Die bei den Harrachs und Lambergs verfolgte Familienpolitik findet sich auch bei anderen Familien, wie den Kaunitz, deren allmählicher Aufstieg in die vorderste Reihe der

kaiserlichen Berater sich ab dem letzten Drittel des 17. Jahrhunderts vollzog.[38] Der Adel – auf seine Kontinuität bedacht – musste Wege finden, am Hof Machtpositionen zu erreichen bzw. diese zu erhalten. Höfische Erziehung wurde als Erziehung für ein Leben in der Nähe und im Dienst des Fürsten betrachtet.[39] Die Nähe zum Hof wurde gesucht, nach Möglichkeit wurden die Kinder an den Hof geschickt. Johanna Theresia Harrach lernte ihren Mann kennen, als sie sich nach der Abreise ihrer Eltern aus Spanien, wo die Familie jahrelang gelebt hatte, weiterhin als Hoffräulein der spanischen Königin Maria Anna, einer Habsburgerin, am Hof in Madrid befand und ihr späterer Mann nach seiner Kavalierstour durch Deutschland und Italien auch an den spanischen Hof gereist war. Auch ihre Mutter und Tochter waren lange Zeit Hoffräulein, bevor sie heirateten.

Sowohl Ferdinand Bonaventura Harrach als auch sein Schwiegervater Johann Maximilian Lamberg vor ihm und sein Sohn Alois Thomas Raimund Harrach nach ihm dienten als Botschafter habsburgischer Kaiser und hatten am kaiserlichen Hof wichtige Ämter inne. Johann Maximilian Lamberg begann seine Karriere unter Kaiser Ferdinand III., setzte 1648 seine Unterschrift als einer der Vertreter des Kaisers unter den Westfälischen Friedensvertrag in Münster und beschloss sein Leben als Obersthofmeister Kaiser Leopolds I., nachdem er dieses Amt nach dem Sturz von Wenzel Eusebius Fürst Lobkowitz übertragen bekommen hatte. Auch sein Schwiegersohn war unter Leopold I. am Ende seines Lebens in dieser Funktion tätig, stand er diesem doch als ehemaliger Spielgefährte besonders nahe. Davor diente er ihm – ebenso wie sein Schwiegervater vor ihm – als kaiserlicher Botschafter in Madrid. Bereits sein Vater hatte einem weiteren Habsburger, Kaiser Ferdinand II., gedient, an den auch der erste Vorname seines Patenkindes erinnert. Ebenso dienten den Kaisern Ferdinand II. sowie Ferdinand III. seine Onkel Franz Albrecht Harrach und besonders Kardinal Ernst Adalbert Harrach, der nach dem frühen Tod seiner Eltern die Vormundschaft über Ferdinand Bonaventura Harrach ausübte und dafür sorgte, dass dieser in direkter Umgebung des späteren Kaisers Leopold aufwachsen konnte.

Anhand der »Tagzettel« Johanna Theresia Harrachs, die sie 1665 und 1676/77 an ihren zu dieser Zeit am königlichen Hof in Madrid weilenden Mann Ferdinand Bonaventura Harrach richtete,[40] lassen sich das Streben um Ämter bei Hof, um Orden, die verliehen werden sollten, die Sorge um die Erziehung der Kinder *(Abb. 31)*, für den Hofdienst und Ähnliches[41] genauso gut nachvollziehen, wie der Wunsch, dem »Haus Harrach« ein repräsentatives Gebäude zu errichten. Diesen Wunsch schien nach Ansicht des Ehepaares das Gebäude auf der Freyung, das die Familie Harrach schon einmal besessen hatte, am besten erfüllen zu können. Jedoch erst nach der Zweiten Türkenbelagerung und einem Brand konnte Ferdinand Bonaventura Harrach dieses Gebäude 1684 von den Auersperg zurückkaufen[42] und es großzügig umgestalten lassen. Bemerkenswert erscheint dabei die Drehung des Eingangsbereichs, der auch in den ersten Planungen noch auf die Herrengasse hin gerichtet war, in Richtung Freyung. Domenico Martinelli, dem der Umbau in der zweiten Phase übertragen worden war, setzte mit dieser Öffnung in den Stadtraum einen wesentlichen städtebaulichen Akzent am Eingang in die Herrengasse *(Abb. 32)*. Der Sohn von Ferdinand Bonaventura Harrach, Alois Thomas Raimund

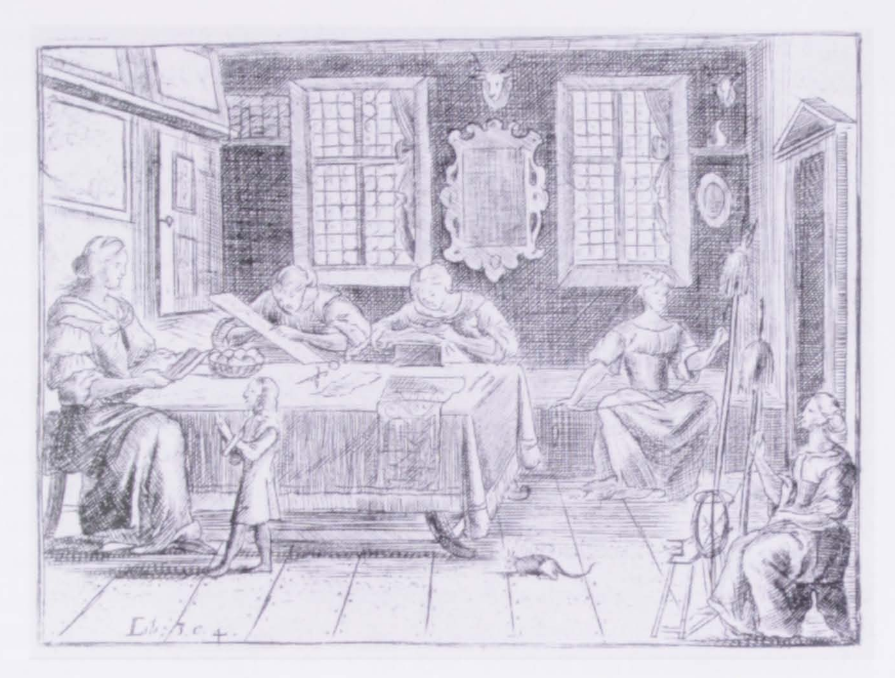


Abb. 31: Erziehung durch die Mutter (ca. 1700)

Abb. 32: Blick um 1720 gegen Palais Harrach und Schottenkirche; Stich von J. A. Corvinus nach Salomon Kleiner

Harrach, der die Familie Harrach weiterführte, richtete sein Augenmerk dagegen auf die Erneuerung der Harrachschen Stadtburg in Bruck an der Leitha, die in den Jahren 1707 bis 1711 von Johann Lucas von Hildebrandt umgebaut wurde und damit eine der frühesten Anlagen dieser Art im 18. Jahrhundert darstellt.[43] Die Familie Harrach ist damit in die Reihe der Adelsfamilien einzureihen, die sich in Wien ein Stadtpalais in der Nähe der Hofburg errichten ließen, zudem aber auch ein Sommerpalais außerhalb der Inneren Stadt sowie ihre Landgüter unterhielten.[44]

Adeliges Bauen und adelige Hofhaltung

»Jeder einigermaßen wohlhabende österreichische, böhmische und mährische Adelige des 17. und 18. Jahrhunderts, der am Kaiserhof präsent sein und/oder an den Landtagen, eventuell auch an den Landrechtssitzungen teilnehmen wollte bzw. der ein Hofamt oder ein Landesamt innehatte oder anstrebte, setzte seinen Stolz darein, in Wien, Prag, Brünn oder Linz (mindestens) ein möglichst komfortables und repräsentables Haus«[45] zu besitzen. Dieses sollte getrennte Räume jeweils für den Herrn und die Dame sowie für die Unterbringung des Personals und möglicher Hofstaatsangehöriger haben. Auch für Gäste sollte Platz sein, dazu kamen Festsaal, Kapelle, Stallungen, Wagenremise und Wirtschaftsräume. Auf den Bauboom nach der Zweiten Türkenbelagerung wurde bereits an anderer Stelle hingewiesen.[46] Die in dieser Zeit entstandenen Gebäude prägen das Wiener Straßenbild in der Inneren Stadt, besonders jenes der Freyung, der Herrengasse und am Minoritenplatz, noch in der Gegenwart. Für das Alltagsleben des Adels bedeuteten diese Neubauten eine Ausdifferenzierung ihrer Lebensweisen, während in den Zeiten davor oftmals improvisiert wurde, d. h. unter anderem Räume in gemieteten Wohnungen für die verschiedenen Funktionen adaptiert werden mussten. Nach ihrer Rückkehr aus Spanien ließ beispielsweise Johanna Theresia Harrach im November 1676 die Räume ihres Hauses soweit umgestalten, dass sie für eine Familie mit fünf Kindern und zahlreichem Dienstpersonal genug Platz boten. Für diesen Zweck wurden nicht nur Fenster vernagelt, sondern auch Küchen im Haus verlegt.[47]

Mit dem zunehmenden Machtgewinn und den zahlreicher werdenden Aufgaben und Funktionen adeliger Familien ist zudem deutlich eine aufwändiger gestaltete Haushaltsführung zu erkennen. Die Hofhaltung von Adeligen ist bislang noch wenig erforscht, stellt aber einen wesentlichen Bereich innerhalb der städtischen Gesellschaft dar, lebten doch zahlreiche Personengruppen von bzw. an diesen adeligen Höfen. Am Beispiel der Haushaltsrechnungen der Familie Harrach lässt sich dies nachvollziehen, so belegen mehrere (zum Teil leider undatierte) Bedienstetenlisten neben deren aktuellem Stand vor allem auch ihre jährliche Besoldung. Nach einer undatierten »Specification eur hochgräfl[ichen] Gn[aden] Aller bedienten zu Wien jarlicher besoldung betr[effend]« betrug die Summe, die Ferdinand Bonaventura Harrach seinen Bediensteten zu bezahlen hatte, 924 fl, in einer weiteren ebenfalls undatierten (vermutlich späteren) »Specification« war die Summe für die Bediensteten bereits auf fast das Doppelte, nämlich 1.780 fl ange-

wachsen. Eine Summe von 2.144 fl 214 ß 24 kr für die im Haushalt des Grafen tätigen Bediensteten und nochmals 101 fl 10 ß 6 kr für das Frauenzimmer, d. h. die beiden Kammerjungfrauen und die beiden Stubenmädchen von Johanna Theresia Harrach, wirft die letzte unter Ferdinand Bonaventura nachweisbare Jahresbesoldung vom 31. Jänner 1705 bis zum 1. Februar 1706 aus.[48] Die zahlreicher werdenden Aufgaben verlangten somit mehr Personal, was sich in diesen Besoldungslisten niederschlug. Kam der Haushalt von Ferdinand Bonaventura und Johanna Theresia Harrach ursprünglich mit einem Sekretär aus, der vermutlich zum Teil auch die Funktionen eines Hofmeisters zu erfüllen hatte und deshalb mit 150 fl entlohnt wurde, gab es später neben dem nur noch mit 100 fl besoldeten Sekretär einen eigenen 200 fl verdienenden Hofmeister. Der in dieser Aufstellung angesprochene Hofmeister hatte der Familie zehn Jahre von 1674 bis 1684 gedient und verwaltete – auch nachdem er 1684 kaiserlicher Hoffuttermeister geworden war – noch bis 1694 deren Gelder, bis ihn sein Dienstherr in diesem Jahr endgültig lossprach. 1706 hatte sich das Gehalt des Hofmeisters um weitere 100 fl auf 300 fl erhöht, jenes der nunmehr zwei Sekretäre auf jeweils 150 fl. Lakaien, Kutscher und Vorreiter sowohl für Ferdinand Bonaventura Harrach als auch für seine Frau Johanna Theresia Harrach, Reit- und Hausknechte, eine Einkäuferin sowie Küchenmädchen, ein Gärtner, Kammerjungfrauen und Stubenmädchen für die Hausherrin stehen auf dieser Besoldungsliste des Harrachschen Haushalts in Wien.

Damit ist jedoch nur ein Teil der Ausgaben eines adeligen Haushaltes an der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert beschrieben. Ein »Beyleuffiger Überschlag, waß in underschiedlich hernach gesezten sorten mitsamt der liberey, ordinary besoldungen, haußzünsen« und anderen, »daß jahr hindurch bei ietziger hoffhaltung aufgehen mechte«,[49] wies um 1663/65 keine Gesamtsumme aus. Diese ergibt sich jedoch aus den sehr genau angeführten Posten für einzelne Lebensmittel, die Kosten für die Livrée und die Besoldung der Diener sowie der Hauszinse, die sich samt Reparaturen auf immerhin 1.000 fl beliefen. Insgesamt wurden 10.252 fl 8 kr für dieses Jahr veranschlagt, wobei eine Summe von 2.186 fl 24 kr für Nahrungsmittel wie Rindfleisch, Schmalz, Butter, Wein, Essig, Hafer etc. miteinberechnet wurde, die von den Landgütern aufgebracht werden konnten.[50] Auch diese Kosten werden sich ebenso wie die Besoldungskosten bis zum Tod Ferdinand Bonaventura Harrachs sicherlich verdoppelt bis verdreifacht haben.

Die Harrachs stellten hinsichtlich der Größe ihres Haushalts innerhalb des Hochadels keineswegs eine Ausnahme dar. Zur Zeit Leopolds I. bestand der Haushalt großer hochadeliger Familien aus rund 40–50 Personen, bedeutende Familien kamen immer noch auf etwa 25–30 Haushaltsmitglieder.[51]

Adelige Stadträume (Zur Integration des Adels in der Residenzstadt Wien)

Nicht nur durch seine Palais schrieb sich der Adel in den Wiener Stadtraum ein. In seiner Studie zum adeligen Bestattungswesen in der Residenzstadt Wien untersucht Mark Hengerer Integrationsprozesse adeliger Familien.[52] Als sich um 1618/20 abzeichnete, dass

Wien dauerhaft Residenz bleiben würde, richteten sich zahlreiche Familien der Hocharistokratie Erbbegräbnisse in den Wiener Kirchen ein. Dabei handelte es sich hauptsächlich um jene Familien, denen die nachhaltige Etablierung in den hohen Hofämtern gelang. »Die Medien der Memoria sorgten für die dauerhafte Einbindung der bedeutsamen Einzelnen und ihrer Familien in das symbolische Ensemble der Stadt. Damit wurde die Leistung einer Familie für den Hof zu deren unverlierbarem Kapital.«[53] Die hofnahen Kirchen wurden dabei in den ersten Jahrzehnten der Herrschaftskonsolidierung bevorzugt, während erst nach der Mitte des 17. Jahrhunderts Grabmäler auch in hofferneren Kirchen gestiftet wurden.[54]

Diese Ergebnisse entsprechen in etwa dem Befund, der für den Besuch von Kirchen durch adelige Frauen und Männer im Verlauf der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erhoben werden konnte: Besuche in der Hofkirche, der Augustinerkirche, stehen in den erwähnten Aufzeichnungen Johanna Theresia Harrachs bei ihren namentlich genannten Kirchenbesuchen 1676/77 an erster Stelle, gefolgt von Besuchen in der Jesuitenkirche Am Hof und der Minoritenkirche. Es folgten Besuche in der Michaeler- und der Schottenkirche.[55] Während Adelige für den »alltäglichen« Besuch der Messe ihre Heimatpfarre bzw. die Hauskapelle aufsuchten, gab Johanna Theresia Harrach für die Besuche der namentlich genannten Kirchen immer wieder auch ihre Beweggründe an: Der Kaiser und die Kaiserin seien dort, Namenstage von Heiligen wurden in Anwesenheit des Hofes begangen. Taufen, Hochzeiten, Bestattungsfeierlichkeiten und Ähnliches versammelten somit jeweils mehr oder weniger große Teile des Hofstaates in bestimmten Kirchen. Der Einzelne war an diesen Tagen als Teil des Hofes in diesen Kirchen anwesend.

Zu den genannten Bereichen, in denen sich die Höflinge als Teil einer gemeinsamen Ordnung wussten, kamen weitere sakrale, politische und profane Ereignisse. Diese Ereignisse lieferten zahlreiche Anlässe »für die sinnfällige Repräsentation des Systems Hof und des zugehörigen Adels als einer Gemeinschaft«.[56] Als eines der bedeutendsten Feste, die im sakralen Bereich in Wien begangen wurden, galt dabei die Fronleichnamsprozession durch die Residenz, an der die gesamte Wiener Bevölkerung teilnahm. Die Fronleichnamsprozession wurde im Zuge der Gegenreformation ein geeigneter Rahmen, die Wiener Gesellschaft gegenüber Reisenden bzw. den Hof gegenüber der Bevölkerung zur Darstellung zu bringen, und verstand sich auch als sichtbares Zeichen des »Sieges über den Protestantismus«. Der Stadtraum wurde zur Bühne für die Inszenierung des frommen Kaiserhofes. In den Stadtbeschreibungen werden diese Fronleichnamsprozessionen von den Berichterstattern besonders hervorgehoben,[57] zeigten sich Fürst und Hof doch hier unter bestimmten Rahmenbedingungen, die sie selbst beeinflussen konnten.

Mit dem beginnenden 18. Jahrhundert schien damit ein Prozess abgeschlossen, in dem der Adel sich vollständig in Wien integriert hatte, in der Stadt und im unmittelbaren Umland in den Bau neuer Palais und Schlösser Gelder investierte und sich hier dauerhaft niederließ. Der Bauboom in Wien, der in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts anhielt, umfasste den Kaiserhof und die Adeligen, die der Dynastie nacheiferten, gleichermaßen. Beide übten damit gemeinsam mit der Kirche weiterhin die kulturelle

Hegemonie in der Habsburgermonarchie aus. Auch wirtschaftlich und politisch behielt der Adel weiterhin großen Einfluss, trotz der Schmälerung mancher Privilegien durch die Reformen des aufgeklärten Absolutismus.[58]

Die (bürgerliche) Mittelschicht

Anders als etwa in den oberdeutschen Reichsstädten besaß das, was man als städtische Mittelschicht bezeichnen kann, in einer Residenzstadt wie Wien weit größere Heterogenität, und diese Heterogenität nahm unzweifelhaft mit dem Größenwachstum des Hofes in der Frühen Neuzeit zu. Den harten Kern der städtischen Mittelschicht bildete unzweifelhaft die Bürgerschaft im engeren Sinn, jene etwas mehr als 2.000 »mitleidenden« (d. h. steuerzahlenden) Bürger und ihre Angehörigen, deren Zahl sich im 16. und 17. Jahrhundert kaum veränderte. Im späten 18. Jahrhundert ist dann in einer einschlägigen statistischen Quelle von rund 6.000–7.000 *Bürgern und Professionisten*, wobei von einem etwas weiter definierten Bürgerbegriff ausgegangen werden muss, die Rede.[59] Berücksichtigt man die gesamte in diesen Bürgerhaushalten im engeren Sinn lebende Bevölkerung, dann dürfte sie Mitte des 17. Jahrhunderts rund 15 % der Gesamtbevölkerung gestellt haben.[60] Auf diesen Anteil kommt man jedenfalls, wenn man die mit »bürgerlich« angeführten Berufsbezeichnungen der in den Totenbeschauprotokollen der Jahre 1650 und 1660 verzeichneten Sterbefälle – einschließlich der Berufe von Vätern und Ehemännern der verstorbenen Kinder und verheirateten Frauen – aufsummiert. Diese Bürgergemeinde im engeren Sinn verlor über die gesamte Frühe Neuzeit betrachtet erheblich an demographischem Gewicht.

Den städtischen Mittelschichten zuzuordnen sind jedoch wohl auch noch andere, an Bedeutung gewinnende Gruppen: Hofagenten und -handwerker, Dekretisten, ein Teil der »Störer«, Schreiber, aber auch Kammerdiener und anderes gehobenes Hauspersonal. Ein Zeitgenosse aus dem josephinischen Wien definierte diese Schicht – den »gemeinen Mann« wie er sie nennt – folgendermaßen: *So nenne ich nicht den letzten Pöbel, sondern den Bürger, oder, um es eigentlicher auszudrücken, den Professionisten und Handwerksmann, den Hof= und Herrschaftsbedienten von der unteren Klasse, den Kleinhändler, kurz die gewöhnliche Menschengattung zwischen Adel und Domestiken.*[61] Zumindest was den Lebensstandard anlangt, jedoch auch nach bestimmten soziokulturellen Merkmalen, bestanden zwischen dieser Mittelschicht und den bürgerlichen städtischen Handwerkern viele Berührungspunkte und Ähnlichkeiten. Mit Blick auf das Heiratsverhalten kann sogar von einer allmählichen, im späten 18. Jahrhundert noch im Gang befindlichen Verschmelzung der genannten Gruppen gesprochen werden. Bezieht man dieses Bürgertum im weiteren Sinn in die Berechnung einer groben sozialen Gliederung der städtischen Gesellschaft mit ein, dann kam im Durchschnitt der Jahre 1650 und 1660 in Stadt und Vorstädten etwa die Hälfte der Verstorbenen aus dieser Mittelschicht.[62] Nach einer zeitgenössischen Standesgliederung der Bevölkerung waren es um 1790 unwesentlich weniger, nämlich

46 % – klammert man die nicht näher zuzuordnenden 40.000 in dieser Liste angeführten so genannten »Kapitalisten und Negotianten« einmal aus.[63] Der anteilsmäßige Verlust dieser weiter definierten bürgerlichen Mittelschicht war demnach über den gesamten Zeitraum betrachtet eher gering.

Der Wandel der sozialen Gliederung der Bevölkerung hatte auch eine sozialräumliche Dimension. Grund und Boden innerhalb der seit der Mitte des 16. Jahrhunderts von ausgedehnten Festungswerken begrenzten Stadt wurden mit dem demographischen Wachstum immer knapper. Sozialräumlich betrachtet, fand daher in der Frühen Neuzeit ein Verdrängungsprozess statt, der die den (bürgerlichen) Gewerben zuzurechnende Bevölkerung teilweise zur Abwanderung aus der Inneren Stadt in die Vorstädte zwang, während der Hofadel und höfische Beamte in das Stadtzentrum drängten. Waren um das Jahr 1563 noch fast zwei Drittel der Haushaltsvorstände (»Wohnparteien«) der Altstadt dem Bürgertum, einschließlich Besitzbürgern und Akademikern, zuzurechnen, dürften es nach einer Schätzung Elisabeth Lichtenbergers um das Jahr 1730 nur noch 40 % gewesen sein. In langfristiger Perspektive wurde die bürgerliche Bevölkerung vor allem vom Adel aus der Stadt gedrängt. Der Anteil des Adels an den »Wohnparteien« der Stadt hat sich im Zeitraum 1563–1730 annähernd verdreifacht. Auch Hofbeamte und Hofpersonal nahmen anteilmäßig deutlich zu. Jeder fünfte Haushaltsvorstand der Altstadt war um 1730 dieser Gruppe zuzuordnen.[64] Dieser Verdrängungsprozess gewann vor allem ab den 1620er Jahren, als sich die dauernde Verlegung des Hofes nach Wien abzuzeichnen begann, an Dynamik. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts entfiel in der Stadt etwa jeder vierte Sterbefall auf Handwerker und deren Angehörige, in den Vorstädten jedoch jeder dritte. Beamte und Hofpersonal stellten mehr als ein Siebentel der Verstorbenen der Stadt, jedoch nur ein Fünfundzwanzigstel der Vorstädte.[65]

Vergleicht man die soziale Gliederung des Hausbesitzes nach den Hofquartierbüchern von 1566 und 1664, dann waren es vor allem adelige bzw. landesfürstliche, kaiserliche und landständische Beamte, die in die Wohnquartiere der Stadt drängten, während der bürgerliche Hausbesitz zum Teil gravierend abnahm. Verhältnismäßig moderat fiel der Rückgang an innerstädtischem Hausbesitz nur bei den Nahrungsmittel- und Gastgewerben aus. Sogar anteilsmäßige Zuwächse erzielten im Bürgertum die Kaufleute und das Gesundheitsgewerbe.[66] Im Zeitraum 1664 bis 1779 nahm der adelige Hausbesitz nun auch auf Kosten des Hofpersonals und der Hofbeamten dramatisch zu. Klammert man den Beamtenadel und geadelte Gewerbsleute einmal aus, dann verdreifachte er sich nahezu von fast 10 auf 26 %.[67] Rechtlich und ökonomisch gesehen beruhte dieser Wandel der Hausbesitzerstruktur der Stadt weniger auf der Wirkungsweise der Grundrente als auf jener des außerökonomischen Zwanges in Form der erst im josephinischen Wien aufgehobenen Hofquartierspflicht.

Exemplarisch am Beispiel der Berufs- und Standesbezeichnungen der in der Vorstadt St. Ulrich *(Abb. 33)* und den angrenzenden Vorstädten Getauften lässt sich die weitere Veränderung der Sozialstruktur in der Vorstadtzone skizzieren, wobei schichtspezifisch differierende Geburtenraten zu berücksichtigen sind. Sie ist durch die steigende Domi-



Abb. 33: St. Ulrichskirche, heute: Wien 7

nanz bürgerlicher Schichten in den klassischen Gewerbevorstädten geprägt: In St. Ulrich waren in den Jahren 1672–1682 die Hälfte der Getauften Kinder von Handwerkern, in den Jahren 1770–1780 in St. Ulrich, Neubau und Schottenfeld jedoch fast 60 %. Insgesamt nahm im betrachteten Zeitraum der Anteil des Bürgertums in dieser Vorstadtzone von etwa 70 auf 80 % zu. Unter den nichtbürgerlichen Schichten waren es einzig die Bediensteten, die ihren Anteil ebenfalls beträchtlich erhöhten.[68] In anderen auf grundherrliche Initiative erschlossenen und besiedelten »Taglöhnervorstädten« erhöhte sich im 18. Jahrhundert der proto-proletarische Bevölkerungsanteil erheblich.

Fig. 22: Soziale Schichtung 1563-1780 (in %)

Stand	Stadt			Vorstädte	St. Ulrich	St. Ulrich / Neubau / Schottenfeld
Jahr	1563	1650, 1660	1730	1650, 1660	1672/82	1770–1780
	Haushaltsvorstände	Sterbefälle	Haushaltsvorstände	Sterbefälle	Taufen	Taufen
Bürgertum	65	54	40	60	69	80
Handwerker und Gewerbetreibende	37	26	–	34	51	59
Handel, Gast/Verkehrsgewerbe	16	14	40	16	15	17
Besitzbürgertum/ Geistliche / Akademiker	13	14	–	11	3	4
nichtbürgerl. Schichten	35	46	40	40	31	20
Adel	6	2	18	0	0	0
Beamte/Hofpersonal	26	15	12	4	1	2
Militärs/Stadtguardia	3	11	10	10	16	1
Bedienstete	0	14	–	19	11	17
ohne Berufsangabe (Inwohner, Bettler etc.)	0	5	0	7	3	0
Gesamt	100	100	80	100	100	100
Anzahl der Fälle	3.000	1.953	8.000	1.184	3.134	17.196

Quelle: Griehbaum, Beiträge, 100–115, 122–127, 130–133, 136–137. – Lichtenberger, Altstadt, 120. – WStLA, Totenbeschauprotokolle 1650, 1660. – Schwarz, Wiener Ghetto, 265 f., 287–290. – Eigene Berechnungen

Gewerbehaushalt und Gewerbebetrieb

Die Frage nach Haushaltsgrößen und -strukturen im frühneuzeitlichen Wien lässt sich bis in das mariatheresianische Wien nur annäherungsweise beantworten. Fest steht, dass schon im 16. Jahrhundert ein Großteil der Handwerker und Gewerbsleute in Klein- und Kleinstwohnungen mit Zimmer und Küche bzw. Zimmer, Kammer und Küche lebten, die der Zahl der Haushaltsbewohner enge physische Grenzen setzte. Im Jahr 1563 lebten rund 55 % der Gewerbe-Haushalte (Wohnparteien) unter derart beengten Wohnverhältnissen. Größere Wohnungen waren nur in einigen Dienstleistungsgewerben, insbesondere im Gastgewerbe, häufiger.[69] Ergebnisse einer Volkszählung aus dem Jahr 1783 bestätigen, dass über die gesamte betrachtete Periode Gewerbehaushalte nach modernen Begriffen zwar relativ groß waren, verglichen mit ihren Pendants aus den ersten beiden Dritteln des 19. Jahrhunderts jedoch eine deutlich geringere Haushaltsgröße aufwiesen.

Um 1783 betrug die durchschnittliche Haushaltsgröße in Vorstadtpfarren, die außerhalb der protoindustriellen Zentren lagen, wie in St. Joseph in der Leopoldstadt oder St. Rochus auf der Landstraße, etwa 4,5–5 Personen.[70] Man kann annehmen, dass die im späten 18. Jahrhundert in typischen traditionellen »Handwerkervorstädten« erreichten Haushaltsgrößen zuvor eher unter-, denn überschritten wurden. Zum einen war die Fertilität im ausgehenden 18. Jahrhundert nicht nur im Handwerk, sondern auch in den übrigen Unterschichten sehr hoch, zum anderen lebten Kinder nun im Handwerkerhaushalt häufiger und länger als zuvor, nicht zuletzt weil im Jahr 1780 der Wanderzwang für Gesellen aufgehoben worden war.[71]

Handwerkerhaushalte bestanden in der Regel aus dem Meister und seiner Frau, zumeist nur einem oder jedenfalls wenigen Gesellen und Lehrlingen. Unverheiratete Meister gab es nur wenige, denn die Innungsordnungen schrieben die Verehelichung des Meisters innerhalb eines Jahres nach Erlangung der Meisterschaft vor. Auch verwitwete Meister heirateten zumeist in relativ kurzer Zeit nach dem Tod der Ehefrau wieder. Neben dem Meisterehepaar konnten noch Söhne im Kindesalter und unverheiratete Töchter im Handwerkerhaushalt leben. Deren Zahl dürfte jedoch angesichts der hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit und den manchmal erheblichen Altersunterschieden zwischen Meister und wiederverheirateter Meisterwitwe – die der Familiengröße biologische Grenzen setzte – nicht allzu hoch gewesen sein. Erwachsene ältere Söhne gab es in den Handwerkerhaushalten kaum. Die verhältnismäßig geringen Anteile von aus der Stadt stammenden Lehrlingen lassen vermuten, dass selbst vor der Gesellenwanderung Familienmitglieder kaum im Betrieb länger beschäftigt waren oder dass es an das Jugendalter erreichenden Söhnen überhaupt mangelte. Lediglich in einigen vermögenderen Gewerben spielte die Lehrlingsausbildung der Meistersöhne eine größere Rolle. Bei den Golddrahtziehern wurden im Zeitraum 1757–1800 nur 15 % Meistersöhne als Lehrlinge freigesprochen,[72] unter den Tischlerlehrlingen waren im Zeitraum 1675–1699 20 %, 1700–1740 33 % der Lehrlinge gebürtige Wiener, bei den wohlhabenderen Buchbindern jedoch immerhin 48 %.[73] Berücksichtigt man, dass es sich bei den in Wien Geborenen nicht unbedingt immer um die jeweiligen Meistersöhne handelte, dann können selbst bei den Buchbinderlehrlingen kaum mehr als ein Drittel Meistersöhne gewesen sein.[74]

Wie gering die Bedeutung betrieblicher Kontinuität im Wiener Handwerk war, belegen einige Zahlen eindrucksvoll: Beispielsweise findet sich unter den Wiener Buchbindermeistern der Jahre 1600–1750 kein einziger Fall einer Übergabe des Betriebs an den Sohn.[75] Unter den Wiener Barbiermeistern kam eine Übergabe vom Vater auf den Sohn im Zeitraum 1740–1780 nur in 3 %, unter den Badern nur in 4,5 % der Fälle zustande.[76] Unter den Tischlern ging im Zeitraum 1750–1760 nur in 9 % der Fälle die Gewerbeberechtigung vom Vater auf den Sohn über, in 12 % auf den Schwiegersohn oder nachfolgenden Ehemann der Witwe, jedoch in 78 % der Fälle wechselte die Meisterschaft durch Kauf.[77] Bei den Seidenzeugmachern ist immerhin in 24 % der Fälle Namensgleichheit bei der Betriebsübergabe festzustellen.[78] Die bürgerliche Vergesellschaftung des Meis-

terrechtes war demnach im späten 18. Jahrhundert bereits weit gediehen, ohne dass allerdings von einem freien Markt die Rede sein konnte.[79]

Wie beispielhaft aus den Innungsgebühren der Seidenzeugmacher hervorgeht, rekrutierten sich auch in der Frühen Neuzeit entstandene neue Innungen, die auf der Kenntnis von in Wien unbekannten Technologien beruhten, zwar primär aus der Gruppe der ersten oder frühen Zuwanderergenerationen, nicht jedoch aus den Familien selbst. Von den Seidenzeugmachermeistern der Jahre 1711–1779 zahlten nur 12,5 % eine ermäßigte Gebühr als Meistersöhne oder auf Grund der Heirat eines Angehörigen des Handwerks, 4,5 % zahlten eine erhöhte Taxe als »Fremde«, waren demnach später Zugewanderte.[80] Die mit Abstand wichtigste Form des Betriebswechsels war jedoch auch bei den Seidenzeugmachern der Kauf.

Bei näherer Betrachtung verwundert die geringe Häufigkeit von Betriebskontinuität in den Handwerkerfamilien nicht unbedingt. Welcher ausgelernte Meistersohn wollte schon nach seiner Rückkehr von der Gesellenwanderung auf die Betriebsübergabe und – nicht zu vergessen – auch auf die Heirat bis zum Ableben oder freiwilligen Verzicht des Vaters warten, wenn er ohnehin Anspruch auf den nächsten frei werdenden Betrieb hatte? Eine einzige, allerdings wichtige Ausnahme bildeten in dieser Beziehung freilich Witwenbetriebe. Bei Uxorlokalität – der gemeinsame Wohnsitz entspricht dem der Braut – besaß familienbetriebliche Kontinuität im traditionellen Handwerk große Bedeutung.[81]

Auf Grund der eindeutigen Bevorzugung von Meistersöhnen hätte man zumindest erwarten können, dass eine patrilineare Berufstradition (d. h. Berufe von Vater und Sohn decken sich) im Handwerk häufig gewesen wäre. Formal wurde sie durch verkürzte Wanderzeit und geringere Aufnahmetaxen begünstigt. Zusätzlich erwarben Meistersöhne im väterlichen Betrieb einen beruflichen Sozialisationsvorsprung, der in seiner Bedeutung für die Berufskarriere kaum zu überschätzen ist.[82] Dieser Wissensvorsprung wurde auch manchmal in Innungsordnungen ausdrücklich als Begründung für verkürzte Lernjahre der Meistersöhne angeführt, so etwa bei den bürgerlichen Seidenzeugmachern.[83] Dennoch bildeten sich nur vereinzelt richtige Handwerkerdynastien, wohl weil der großstädtische Arbeitsmarkt eine Fülle von Berufsoptionen bot. Meistersöhne konnten etwa in verwandte Gewerbezweige wechseln. Auch sollte die Endogamie innerhalb der bürgerlichen Gewerbe nicht überschätzt werden. Das Umfeld des Wiener Hofes suggerierte scheinbare oder tatsächliche Aufstiegs- und Heiratschancen, die mit der Übernahme eines Meisterbetriebes kaum zu vergleichen waren. Vor allem aber war die generative Kontinuität angesichts offensichtlich relativ niedriger Geburten- und Überlebensraten zu gering. Wie sonst wäre es zu erklären, dass nach einer Zählung aus dem Jahr 1742 nur 24 % der Wiener Meister auch in Wien geboren waren. In den großen Massengewerben der Schneider und Schuster kamen lediglich 13–15 % der Meister aus Wien. Auch unter den Störern scheinen die Verhältnisse nicht anders gewesen sein. Von den 482 im Jahr 1766 gezählten »störenden« Schneidern stammte nur etwa ein Fünftel aus Wien. Lediglich in einigen radizierten (rechtlich an den Standort gebundenen) und/oder wohlhabenden Gewerben war der Anteil der Ortsansässigen höher, so unter den Goldschmieden – auch

unter nichtzünftischen![84] –, Buchbindern und Fleischhauern. Patrilineare Kontinuität hing auch vom familiären Hausbesitz und dem städtischen Immobilienmarkt ab. Nur ein kleinerer Teil der Handwerker besaß Häuser. Die Mehrheit musste Wohnung, Produktionsstätte und Verkaufsladen mieten.[85] Dies mochte manche dazu bewegen, nicht den Beruf des Vaters zu ergreifen. Wenn sich Handwerkerdynastien herausbildeten, dann bei einer kleinen Oberschicht, die wichtige Funktionen in ihren Zünften ausübten und in eher wohlhabenden Gewerben tätig waren. Das Vorbild erfolgreicher »Wirtschaftsbürger« scheint für diese Handwerker eine am bürgerlichen Familienmodell orientierte Modernisierungsstrategie dargestellt zu haben.[86]

Aus der seltenen Übereinstimmung von Beruf des Bräutigams und des Vaters unter Handwerkertöchtern muss davon ausgegangen werden, dass Vorkenntnisse des Gewerbes unter Meisterbräuten bei der Brautwahl kaum eine Rolle spielten. Am ehesten kam Derartiges noch im Verkauf in den Lebensmittel-, Textil- und Bekleidungsgewerben vor.[87] Das heißt freilich nicht unbedingt, dass die Arbeitskraft der Meisterinnen nicht von erheblicher Bedeutung für das Weiterbestehen kleiner Betriebe sein konnte. Dennoch bestand offensichtlich häufig eine klare Trennung von gewerblicher Tätigkeit und weiblicher Hausarbeit, die berufliche Vorkenntnisse der Braut mit Bezug auf das Gewerbe des Ehegatten für die Heiratsentscheidung als irrelevant erscheinen ließ.[88]

Das Sozialprofil eines Wiener Handwerksmeisters im josephinischen Wien stellt sich nach einer Auswertung der Verlassenschaftsakten des Jahres 1785 wie folgt dar: 53 % der verstorbenen Meister des Stichjahres waren verheiratet, 19 % wiederverheiratet und weitere 19 % verwitwet. 97 % der Meister des Samples waren katholisch.[89] Seit dem Einsetzen der Gegenreformation waren akatholische Meister, ebenso wie Gesellen und Lehrlinge, nicht mehr zugelassen worden. Ausnahmen bildeten lediglich die Niederleger (Großhändler), Apotheker und Lustgärtner.[90] Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts begann dieses Prinzip jedoch von staatlicher Seite aufgeweicht zu werden. Beispielsweise wurde der gebürtige Londoner David Fleuriet im Jahr 1752 nach Wien berufen und in die Bruderschaft der Seidenzeugmacher aufgenommen, obwohl er reformierten Bekenntnisses war. Die Ladengebühr übernahm in seinem Fall bemerkenswerter Weise die Kommerzienkasse.[91] Vom Sozialprofil der traditionellen Handwerksmeister differierte jenes der so genannten »Fabrikanten« nicht unbeträchtlich, obwohl sich auch diese teilweise aus dem Handwerk rekrutierten. Die 1785 verstorbenen Fabrikanten, über die ein Verlassenschaftsakt existiert, waren im höheren Maß als die Meister, nämlich zu mehr als 70 %, verheiratet, seltener verwitwet. Sie wohnten nur zu 6 % im eigenen Haus und zu 72 % in Miete, waren also noch häufiger Mieter als die bürgerlichen Meister.[92]

Gesellen und Lehrlinge lebten in der Regel im Handwerkerhaushalt und unterstanden der hausväterlichen Gewalt des Meisters und der Meisterin. Eine Ausnahme bildeten traditionell die Baugewerbe.[93] Im spätmariatheresianischen und josephinischen Wien hatten sich die Wohnverhältnisse der Gesellen allerdings bereits wesentlich verändert. Von den in den Verlassenschaftsakten erschließbaren Gesellen – die jedoch nur eine gehobene Gesellenschicht repräsentieren – lebten rund ein Drittel bei ihrem Ableben im

Haushalt des Meisters, fast die Hälfte jedoch in Miete bzw. bei Verwandten.[94] Das Leben im gemeinsamen Haushalt war strengen Regeln unterworfen, die vom Meisterehepaar und den übrigen Gesellen überwacht wurden. So heißt es etwa in der Bäckerordnung vom 7. August 1628 unter Punkt 12: *Denen khlainen jungern und ausschüttern ist es verboten, das sie ohne erlaubnis des peckhen oder seines weibs, bey welchen sie in arbeith, nit außgehen.*[95]

Zum Habitus des mitteleuropäischen Gesellen gehörte sein Ledigenstand. Verheirateten Gesellen blieb zumeist nur eine Existenz außerhalb der Innung. Außereheliche Sexualbeziehungen unterlagen strengen Strafen durch das Handwerk. Versuche der Obrigkeit, derartige Verstöße gegen den Moralkodex der Innungen selbst zu ahnden und die Verfahren den Innungen zu entziehen, scheiterten selbst noch in mariatheresianischer Zeit. Obwohl eine entsprechende Verfügung im Jahr 1760 erlassen wurde, war es etwa bei den Schneidergesellen noch um 1770 üblich, das öffentliche Spazierengehen mit einem »Weibsbild« mit Stockhieben auf die Schultern zu bestrafen.[96] Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass die hausväterliche Kontrolle selten vollständig gelang. In den Handwerksartikeln der Bäckerjungen vom 26. Juni 1778 wird beispielsweise den in Arbeit stehenden Bäckerjungen der »ganztägige« Aufenthalt in Wirtshäusern und auf Kegelplätzen ausdrücklich verboten, ein sicherer Hinweis, dass diese Form des Ausbruchs aus dem Handwerkerhaushalt und dem Arbeitsalltag immer wieder praktiziert wurde.[97]

Seit dem späten 17. Jahrhundert mehren sich Versuche der landesfürstlichen Wirtschaftspolitik, den Widerstand der Innungen gegen verheiratete Gesellen aufzuweichen und langsam zu brechen. Ein Patent Maria Theresias aus dem Jahr 1770 drohte Gesellen, die sich weigerten, neben Verheirateten zu arbeiten, strenge Strafen an.[98] Vor allem aber scheint die Konkurrenz durch protoindustrielle Produktionsformen diese zünftische Norm doch etwas aufgeweicht zu haben. Nach den bereits erwähnten Ergebnissen der Auswertung von Wiener Verlassenschaftsakten des Jahres 1785 war etwa ein Drittel der Wiener Gesellen verheiratet oder verwitwet.[99] Im Bekleidungsgewerbe, unter außerzünftischen Schustern und Schneidern, vor allem aber im Seidenzeugmachergewerbe, prägten vom späten 18. Jahrhundert an ältere und verheiratete Gesellen, die sich verlegen ließen, das Bild.[100]

In den Manufakturbetrieben waren die Verhältnisse formal ähnlich. Grundsätzlich unterstanden auch in »Fabrikanten«-Haushalten Mitbewohner der hausväterlichen Autorität. Die Kontrolle erwies sich jedoch angesichts der Größe mancher Betriebe als schwieriger. Auf Grund der unmenschlichen Arbeitsbedingungen waren diese Fabrikanten noch stärker als traditionelle Meister mit dem Problem des Entlaufens von Lehrlingen konfrontiert. Obwohl es die Aufgabe der Obrigkeiten war, diese Lehrlinge einzufangen und zu ihrem Arbeitgeber zurückzubringen,[101] gelang es offensichtlich nicht, den Lehrlingsarbeitsmarkt voll unter obrigkeitliche bzw. hausväterliche Kontrolle zu bringen.

Das Leben der Gesellen war durch die ständige und in der Frühen Neuzeit zunehmende Gefahr des Abgleitens in die soziale Inferiorität geprägt. Betteln war für nicht we-

nige Gesellen eine saisonale Notwendigkeit. Unter den registrierten Bettlern im leopoldinischen Wien kamen 30 % aus dem Handwerk. Mehr als zwei Drittel von ihnen waren wandernde Landhandwerker, zumeist Gesellen, vereinzelt auch Lehrlinge.[102] Die vorgeschriebenen Wanderjahre differierten von Innung zu Innung zwar erheblich, ihre Dauer nahm in der Frühen Neuzeit tendenziell jedoch eher zu. So schrieben die Wiener Schneider im Jahr 1615 unglaublich lange acht Wanderjahre vor, verkürzten diese 1630 auf vier bis sechs, um dann 1717 erneut auf sechs Jahre zu verschärfen. Im Allgemeinen waren bei den Wiener Innungen vier Jahre vorgeschrieben.[103] Mit der Absolvierung der Wanderjahre war aber eine Meisterstelle keineswegs gesichert. Vielmehr sorgte die allmähliche Schließung vieler Innungen für sinkende Chancen, solch eine Stelle auch jemals noch zu erhalten. Auch garantierte die Walz keineswegs Beschäftigung. Wandernde Gesellen besaßen zwar das Anrecht auf Kost und Quartier für einige Tage oder Wochen, eine freie Stelle zu finden konnte jedoch gerade in konjunkturellen Wechsellagen mühsam und schwierig sein. Nicht von ungefähr wiesen die Wiener Verlassenschaftsakten von 1785 immerhin 14 % der verstorbenen Gesellen als »vazierend« aus. Weitere 23 % der in diesem Quellenbestand aufscheinenden Gesellen waren »auf der Walz« gestorben.[104] Die Lebensverhältnisse der aus den Regeln des Gesellenlebens Ausgetretenen und jene der darin Befindlichen hatten sich insbesondere im 18. Jahrhundert nach unten hin angenähert.

Vor sozialem Abstieg waren aber auch Meister keineswegs gefeit, wobei sich der soziale Abstieg häufig in Stufen vollzog. Verarmte Seidenzeug-Fabrikanten etwa mussten »gesellenweis« arbeiten.[105] Auch die Ausgrenzung durch die städtischen Innungen trieb manche in die Armut. Unter den Bettlern im leopoldinischen Wien fanden sich überproportional viele Land-Bäcker und Leinenweber, denen die Ausübung ihres Gewerbes offensichtlich verwehrt blieb.[106] In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bestand ein hohes Verarmungsrisiko in den rasch wachsenden Bekleidungs- und Textilgewerben, das durch hohen Konkurrenzdruck und besonders ausgeprägte konjunkturelle Wechsellagen verursacht wurde. Bei einem Bestand von je rund 600–700 bürgerlichen Schneider- und Schusterbetrieben finden sich in den Steuerbüchern verteilt über die Jahre 1749–1775 immerhin jeweils mehr als 200 Armutsvermerke. Auch Schneider- und Schusterbetriebe, die nur einige wenige Jahre bestanden, waren nicht allzu selten. Ähnlich war die Situation bei den Seidenwebern. Von 42 Verlassenschaftsakten Wiener Seidenfabrikanten der Jahre 1729–1786 weisen 17 kein nachgelassenes Vermögen auf. Armutsvermerke finden sich ebenfalls häufig.[107]

Taglöhner, Arme, Bettler

Sowohl in die Richtung der Handwerker als auch in die Richtung der Armen scheint die Existenz von Taglöhnern offen gewesen zu sein. Geht man nach den Sterbefällen von 15-jährigen und älteren Männern in den Jahren 1650 und 1660, dann könnten um die Mitte

des 17. Jahrhunderts in Stadt und Vorstädten rund 6 % der Erwerbstätigen in diese Berufskategorie gefallen sein.[108] In St. Ulrich waren es unter den Getauften der Jahre 1672–1682 4,5 %, deren Väter als Taglöhner in den Matriken ausgewiesen wurden.[109] Wie bereits erwähnt, entstanden im 18. Jahrhundert meist auf Initiative adeliger und kirchlicher Grundherren richtige Taglöhnervorstädte, wo diese Arbeitskräfte meist auf Dominikalgründen angeworben wurden und lebten. Wenn auch nicht besonders ausgeprägt, scheint ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung dennoch zugenommen zu haben. In den Jahren 1770–1780 hatten Taglöhnerväter bereits einen Anteil von 5,5 % unter den Getauften der Vorstädte St. Ulrich, Neubau und Schottenfeld, 8 % waren es unter den Sterbefällen in der Leopoldstadt in den Jahren 1721–1730.[110] Während im ausgehenden 16. Jahrhundert Taglöhner noch selten in den Trauungsmatriken begegnen – etwa 1,5 % aller Bräutigame in St. Michael in den Jahren 1585 und 1586[111] –, trifft das für das 17. und 18. Jahrhundert nicht mehr zu. In St. Ulrich (und später auch in Neubau) stellten sie 5,5–6 % der Bräutigame der Jahre 1642–1678 und 1684–1720. Die Heiratschancen von Taglöhnern scheinen demnach nicht dramatisch schlechter gewesen zu sein als jene der übrigen Bevölkerung. Wie aus den Herkunftsbezeichnungen abzulesen ist, handelte es sich bei den Taglöhnern um überproportional viele Zuwanderer, im späten 16. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts vor allem aus dem süddeutschen Raum, in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts jedoch überwiegend aus den österreichischen Alpenländern. In den Jahren 1642–1678 kamen mehr als zwei Drittel der heiratenden Taglöhner in St. Ulrich aus diesem Raum, 1684–1720 etwas mehr als die Hälfte.[112] Die Trauungsmatriken belegen eine gewisse soziale Mobilität in dieser Gruppe. Heiraten mit Handwerkerwitwen dürften gar nicht so selten gewesen sein. Im Jahr 1635 in der Pfarre St. Stephan heiratete die Hälfte der in den Matriken aufscheinenden, allerdings eher geringen Zahl von Taglöhnern eine Handwerkerwitwe. Im gleichen Jahr verehelichten sich in St. Stephan 43 % der Taglöhnerbräutigame mit Taglöhnertöchtern oder Taglöhnerwitwen. Die übrigen Ehen entfielen auf Heiraten mit Töchtern von wohl eher unzünftischen Handwerkern aus dem Metall verarbeitenden Gewerbe und mit Bauerntöchtern.[113] Gleichzeitig zeigt das relativ hohe durchschnittliche Sterbealter von Taglöhnern jedoch auch, dass manche erst im Lauf ihres Lebens aus dem Handwerk in den Taglohn abstiegen und als Taglöhner starben.[114] Fast müßig zu betonen, dass das fast immer vermögenslos geschah. In den Wiener Verlassenschaftsakten des Jahres 1790 hinterließen 96 % der ausgewerteten Fälle von verstorbenen Taglöhnern kein Vermögen. Hinsichtlich ihrer Vermögenssituation unterschieden sie sich allerdings nur wenig von den Kutschern, Rossknechten, Fuhr- und Schiffsleuten, Trägern, Stubenmädchen und in ähnlichen Dienstleistungsberufen Tätigen. Unter diesen hatte immerhin einer oder eine von fünf ein geringes »Vermögen«.[115]

Innerhalb der Unterschichten muss der Anteil der Bettler beträchtlich gewesen sein. Nach einer im Jänner 1693 durchgeführten Visitation lebten etwa 2.000 registrierte Bettler in Wien. Das könnte etwa 2,5 % der damaligen Bevölkerung entsprochen haben. Die Dunkelziffer ist dabei hoch anzusetzen. Zeitgenossen gingen sogar – sicher übertrieben –

von rund 10.000 Bettlern im spätleopoldinischen Wien aus.[116] Zum Vergleich dazu waren die Kapazitäten, »Hausarme« zu versorgen, unzureichend, wiewohl das System der Armeninstitute ausgebaut wurde. Ende 1684 war das Bürgerspital mit 728 Personen restlos überfüllt. Das 1694–1697 eröffnete Großarmenhaus in der Alser Gasse, das für die Aufnahme »würdiger« Armer und invalider Soldaten, die nach Wien außerhalb des Burgfrieds gehörig waren, diente, bot zunächst für über 1.000 Personen Platz. Im Jahr 1724 waren hier bereits 1.740 Personen untergebracht. In Summe befanden sich 1701/03 etwa 1.100 Insassen in den Wiener Spitälern und weitere 1.000 im Großarmenhaus.[117] Für die Finanzierung der Hilfe für »legale« Arme – zu den Hausarmen traten zunehmend invalide Soldaten die *mit darsetzung ihres leibs und bluts für die christenheit mit verlust ihrer glider und gesundheit ritterlich gestritten* – wurde im 17. Jahrhunderts die so genannte Armeleut-Cassa geschaffen, die unter der Kontrolle der niederösterreichischen Regierung und des Wiener Magistrates stand. Freiwillig tätige Armenpfleger regelten vor Ort die Vergabe von Unterstützungen.[118] Durch die Eröffnung des Allgemeinen Krankenhauses im Jahr 1784 in Form eines Um- und Ausbaues des Großarmenhauses wurde die Krankenfürsorge von der Armenpflege klar räumlich und finanziell getrennt. Zu einem Armenhaus für Bürger wurde das St. Marxer Spital umfunktioniert. Für nichtbürgerliche Arme standen das Armenhaus am Alserbach, das Bäckerhäusl in der Währinger Gasse, der so genannte lange Keller am Neustift und die Grundspitäler zur Verfügung. Dazu traten die Pfarrarmeninstitute.[119] Wenn im Lauf des 18. Jahrhunderts der Bevölkerungsanteil der Bettler abgenommen zu haben scheint, obwohl noch um 1740 über deren große Anzahl geklagt wurde, dann lag das an einer immer rigideren und zuletzt an »Effizienz« gewinnenden Bettlerabschaffungs- und -abschließungspolitik der Obrigkeiten.

Seit dem 16. Jahrhundert kann von einer landesfürstlichen Bettlerpolitik gesprochen werden, die eine Differenzierung zwischen würdigen und unwürdigen, d. h. arbeitsunfähigen und arbeitsunwilligen sowie zwischen einheimischen und fremden Bettlern vornahm. Nachdem 1526 erstmals ein Bettelverbot für fremde Bettler ausgesprochen worden war, wurde in der Polizeiordnung Ferdinands I. von 1552 durch die Vergabe von »Stadtzeichen« die Unterscheidung zwischen legalen und illegalen Bettlern erstmals augenfällig gemacht. Damit fand das Heimatprinzip in die Bettlerpolitik Eingang. Alle in der Folge angeordneten Visitationen, verstärkten Kontrollen an den Stadttoren wie auch der Wirte und anderer potentieller Beherberger fremder Personen erwiesen sich freilich als wirkungslos, wie im Jahr 1597 von obrigkeitlicher Seite resignierend festgestellt wurde.[120] Unter den verstorbenen Bettlern der Jahre 1650 und 1660 waren rund 80 % »Stadtzeichner« (mit dem »Stadtzeichen« Ausgestattete) und deren Angehörige, ohne die Kinder sogar fast 85 %. Bezieht man »Hausarme«, also jene Personen, die zwar in eigenen Wohnungen lebten, aber auf »Sozialhilfe« durch die Stadt angewiesen waren, in diese Gruppe mit ein, dann ergibt sich unter den jugendlichen und erwachsenen Verstorbenen ein Verhältnis von zwei Dritteln »Stadtzeichnern«, einem Fünftel »Hausarmen« und einem Achtel fremden Bettlern. Unter der anwesenden Bevölkerung war das

Verhältnis »würdiger« und »unwürdiger« Bettler jedoch umgekehrt. Die im Zuge der Bettlervisitationen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts aufgegriffenen und verhörten Bettler besaßen in ihrer Mehrheit kein Stadtzeichen. Lediglich 30 % konnten ein solches vorweisen, wobei der Anteil legaler Bettler unter den Frauen mit 40 % doch deutlich höher war.[121]

Die »unwürdigen« Bettler galt es abzuschaffen, sei es in der mit der Gründung des Zuchthauses in der Leopoldstadt im Jahr 1671 vorgesehenen Form der Wegsperrung, zu der bald die Idee der in der Neuen Peinlichen Landgerichtsordnung Ferdinands III. von 1656 forcierten Zwangsarbeit hinzutrat,[122] oder durch Abschiebung. Letztere oblag paradoxerweise bis in die 1680er Jahre der schlecht bezahlten Stadtguardia, die dabei wenig Eifer an den Tag legte.[123] Sie ging dann allmählich an die im Jahre 1646 geschaffene Rumorwache über. Seit 1732 betätigte sich eine etwa 30-köpfige Tagwache als »Bettelfanger«, wie es der Volksmund ausdrückte.[124] Regelmäßige jährliche Bettlervisitationen wurden seit den 1660er Jahren durchgeführt. Im 17. Jahrhundert begann eine Welle von »Bettlersäuberungen« in den Vorstädten, insbesondere in St. Ulrich, Neustift, Nikolsdorf, Margareten, Gumpendorf, Hundsturm, Penzing, Hietzing, Hernals und Währing, wie 1641 den Grundherren und Richtern der entsprechenden Vorstädte und Vororte befohlen wurde.[125] Geht man nach den in den Bettlervisitationen im leopoldinischen Wien auftauchenden Wohnplätzen der Bettler, dann entsprach diese Zone den tatsächlichen Bettlerzentren, zumindest was ihre Schlafplätze anlangt. Allein im Bereich Neubau/St. Ulrich scheinen mehr als ein Viertel der Bettler gehaust zu haben.[126] Nur langsam erzielte die Bettlerpolitik jedoch tatsächliche Wirkung. »Die Leitfadenfunktion der obrigkeitlichen Normen war im Zeitalter Leopolds I. der Sanktionsrealität stets voraus; letztere näherte sich dem Herrscherwillen aber vor allem seit den neunziger Jahren des 17. Jahrhunderts immer mehr an«.[127] Die landesfürstlichen Maßnahmen zur »Bettlerabwehr« wurden ab den 1720er Jahren auf der Basis so genannter »Schubpatente« verdichtet und zu einem richtigen organisierten und reglementierten Schubwesen ausgebaut, welches nicht nur Bettler, sondern alle Formen des »Vazierens« unter der nicht »heimatberechtigten« Bevölkerung mit dem Mittel der Abschiebung bekämpfte. Schubtermine, Schubwege, Verpflegsstellen u. ä. m. wurden nun genau geregelt.[128] Die Bettlerschub- und Verpflegsordnung von 1754 normierte schließlich die Abschiebung fremder Bettler detailliert. Eine Hofentschließung von 1782 ordnete an, jede Person, die ohne Reisedokument angehalten wurde, an die zuständigen Grundobrigkeiten abzuschieben, individuell oder im Rahmen der zweimal im Jahr durchgeführten Hauptschübe nach Ungarn und ins Reich.[129]

»Unwürdige« Arme unterlagen auch zunehmend einer Kriminalisierung, im Zuge derer sie vor allem zum Zweck der sozialen Disziplinierung mit Zwangsarbeit bestraft wurden. Ein Reskript Kaiser Leopolds I. aus dem Jahr 1679 ordnete an, fremde Bettler nach mehrmaligem Ertappen mit Festungsarbeit in Ketten in Wien oder in einer der Grenzfestungen zum Osmanischen Reich zu bestrafen.[130] Exemplarisch war wohl das Schicksal des erst 14-jährigen »Hundbubs« Johannes Lercher aus Prag, der aus dem Dienst da-

vonlief, mehrmals beim Betteln erwischt wurde und ohne Ansehen seines Alters »in Eißen« Zwangsarbeit leisten musste.[131] Ähnliches konnte im josephinischen Wien auch schon aufrührerischen Maurergesellen blühen, von denen im Jahr 1786 etwa 150 in Festungshaft abgeführt wurden.[132]

Die Bettler rekrutierten sich einerseits – wie bereits erwähnt – aus verarmten Handwerkern und Händlern, in geringerem Ausmaß auch aus niederen Beamten, Bediensteten und Dienstboten. Etwa von gleich großer Bedeutung scheint die Rekrutierung aus dem Taglöhner-, Hauer- und Soldatenmilieu gewesen zu sein, zu der eine aus den Quellen schwer fassbare Selbstrekrutierung trat. Unter den bettelnden Kindern im leopoldinischen Wien gab bei Visitationen fast die Hälfte an, einen gefallenen oder im Krieg befindlichen Soldaten als Vater zu haben. Wie sehr die vielen Kriege im Zeitalter des Absolutismus Bettler produzierten, wird auch daraus ersichtlich, dass fast ein Drittel der aufgegriffenen Soldaten, die bettelten, schwere Kriegsverletzungen erlitten hatte.[133]

Arbeitszeit, Arbeitsvermittlung, gewerbliche Krankenfürsorge

Nach dem Haushalt bildeten die zahlreichen Bruderschaften übergeordnete Institutionen, die eine intensive soziale Kontrolle innerhalb der Innung ausübten. Sie verpflichteten ihre Mitglieder zur Teilnahme an Zusammenkünften, Prozessionen, Begräbnissen und unterwarfen sie strengen Verhaltenskodizes, die als Habitus internalisiert wurden und über den Kreis der Innungen hinaus das Verhalten großer Teile der städtischen Mittel- und Unterschichten auf die eine oder andere Weise beeinflusst zu haben scheinen. Damit ist freilich nicht gesagt, dass das Bruderschaftsleben konfliktfrei verlief. Im Jahr 1722 baten beispielsweise die bürgerlichen Seidenzeugmacher um die Entsendung eines städtischen Kommissärs, weil Rauf- und sogar Mordhändel an der Tagesordnung waren.[134]

Man kann davon ausgehen, dass im frühneuzeitlichen Handwerk ungewöhnlich lange, aber insgesamt gesehen mit geringer Produktivität gearbeitet wurde. Die in den Ordnungen vorgeschriebene tägliche Arbeitszeit betrug durchschnittlich mehr als 15 Stunden.[135]

Für Meister, Gesellen und Lehrlinge hieß es *früh umb 5, längstens bis 6 Uhr* aufstehen und sich um 9 oder spätestens 10 Uhr am Abend *zur Ruhe begeben*, wie es etwa bei den Strumpfwirkern verordnet war. Damit war freilich nur ein zeitlicher Rahmen vorgegeben. In Zeiten der Unterauslastung wurde sicherlich wesentlich kürzer gearbeitet, in Zeiten hoher Nachfrage – etwa vor der Abhaltung der Jahrmärkte – dürfte der in den Ordnungen gegebene Rahmen sogar manchmal überschritten worden sein.[136] Jedenfalls förderte das Zusammenleben von Meister und Gesellen bzw. Lehrlingen eine aufgabenbezogene Regelung der Arbeitszeit.[137] Kürzer wurde an Samstagen, Montagen und an Badetagen gearbeitet.[138] Unterbrechung fand die Arbeitszeit durch drei Essenspausen – Frühstück, Mittagessen und Jause –, die in Summe vielleicht zwei Stunden gedauert ha-

ben dürften. Eine Veränderung der in den Ordnungen vorgegebenen Arbeitszeit im Handwerk in der Frühen Neuzeit ist kaum zu erkennen. Im 18. Jahrhundert häufen sich jahreszeitlich definierte Arbeitszeiten. Im Winter wurde eine Stunde später begonnen und die Arbeitszeit nach hinten verlängert. Manchmal wurde der spätere Beginn der Winterarbeitszeit auch durch ein um eine Stunde späteres Arbeitsende im Sommer kompensiert.[139] Traditionelle Arbeitspausen, aber auch das extensive Maß an offizieller Arbeitszeit, setzten der Arbeitsproduktivität deutliche Grenzen. Auch in den Manufakturen galt Ähnliches. Hier wurden auch »angelernte« Kinder 12 bis 14 Stunden täglich beschäftigt[140] – mit entsprechend katastrophalen Konsequenzen für deren Gesundheitszustand und Lebenserwartung.

Unterbrochen war das Arbeitsjahr durch zahlreiche Feiertage. Insgesamt kam man noch in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts auf gerade einmal 250 Arbeitstage. Seit 1549 wurde jedoch die Zahl der kirchlichen Feiertage systematisch reduziert, und zwar im Lauf der folgenden Jahrhunderte um 80 Tage. Das war eine empfindliche Steigerung der Arbeitszeit. Eine der Gegenstrategien, die die Gesellen gegen diese Erhöhung der Arbeitszeit verfolgten, war das Feiern des so genannten »Blauen Montags«, der seit dem Spätmittelalter zum Konfliktfeld zwischen Meister, Obrigkeit und Gesellen wurde. Es handelte sich dabei um keinen einheitlichen Brauch. In einigen Innungen arbeiteten die Gesellen an Montagen überhaupt nicht, in anderen nur am Nachmittag nicht, in wieder anderen war es üblich, einige Mal im Jahr den »Blauen Montag« zu feiern. Manchmal wurde er auch auf den Dienstag ausgedehnt. Seitens der Handwerksinnungen und damit der Meister versuchte man offensichtlich häufig, einen modus vivendi mit den Gesellen zu finden. Nicht alle Handwerksordnungen lehnten daher den »Blauen Montag« kategorisch ab. Stark eingeschränkt wurde er den Buchbindergesellen beispielsweise im Jahr 1549 erlaubt. Am schärfsten geriet der Brauch des »Blauen Montags« jedoch mit dem obrigkeitlichen Machtanspruch in Widerspruch. Der Kampf der Handwerkskommissare gegen den »Blauen Montag« gewann daher im 18. Jahrhundert an Schärfe.[141] Im Wesentlichen blieb er allerdings – wie sich etwa am Beispiel der Seidenzeugmachergesellen zeigen lässt – erfolglos.[142] Es gab allerdings auch noch andere Formen des Arbeitsausstandes. Gesellen konnten etwa plötzlich die Arbeit verweigern. Auch diese spontanen Arbeitsniederlegungen wurden – glaubt man den Handwerksordnungen – ebenso wie der »Blaue Montag« zumeist mit Abzug eines Wochenlohns bestraft.[143]

Die Organisation des städtischen Arbeitsmarktes orientierte sich fast spiegelbildlich am Ordnungsmodell einer zünftisch regulierten Wirtschaft mit all den Problemen der Durchsetzbarkeit dieses Modells vis à vis der tatsächlich bestehenden Teilmärkte und der daraus resultierenden Marktmechanismen. Formal befand sich die Arbeitsvermittlung der Gesellen unter strikter Kontrolle der Gesellenbruderschaften. Mittels ritualisierter, formelhaft mündlich wiederzugebender Handwerksgrüße besaßen die Gesellenbruderschaften ein starkes Regulierungselement, das Meister und Obrigkeit wenig Einflussmöglichkeiten bei der Arbeitsvermittlung von Gesellen ließ. Geheime Handwerksgrüße, mit der Ankunft des fremden Gesellen verbundene Gebühren und der so genannte

»Willkommensbecher« standen nach einschlägigen Patenten Josephs II. aus den Jahren 1780 und 1781 selbst noch im josephinischen Wien in Gebrauch. Obwohl die »Polizeyordnung« von 1527 das »Ansagen« den geschworenen Meistern zuordnete, scheint sich diese Bestimmung kaum durchgesetzt zu haben.[144] Vielmehr waren es in der Regel die so genannten »Irtengesellen«, die nach Begrüßung und Umtrunk den zuwandernden Gesellen auch Arbeit vermittelten. Diese konnten sich einen Meister, bei dem sie arbeiten wollten, aussuchen. Hatte dieser keinen Bedarf, dann erging durch die »Irtengesellen« die Rundfrage an alle übrigen Meister. Blieb auch diese erfolglos, warteten die fremden Gesellen einige Tage, manchmal auch Wochen in der Hoffnung auf Arbeit in der entsprechenden Herberge.[145] Erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts versuchte die Obrigkeit, die so genannte »schriftliche Kundschaft« durchzusetzen, um das Arbeitsvermittlungsmonopol der Gesellenzechen zu brechen. Mit harter Hand wurden Aufstände der Gesellen, die sich gegen diese Neuregelung richteten, niedergeschlagen.[146] In einem Dekret vom 20. Juni 1722 wurde streikenden Gesellen Handwerksverbot, den Anführern von Streikbewegungen Strafarbeit in Grenzfestungen angedroht.[147] Endgültig gelang es erst in der mariatheresianischen Epoche, die Arbeitsvermittlung einem strengen obrigkeitlichen Reglement zu unterwerfen. Nun hatte ein Wirtsgeselle in den Zechherbergen die nachfragenden Meister mit Gesellen zu versorgen, wobei nach erfolgreicher Vermittlung die »Kundschaft« des zugewanderten Gesellen beim Stadtrat verwahrt wurde. Diese wurde nur bei Wohlverhalten von der Obrigkeit wieder ausgehändigt.[148] Mittels in den Herbergen aushängender Stecktafeln wurde versucht, den Informationsfluss am Gesellenarbeitsmarkt zu verbessern und gleichzeitig die Arbeitsvermittlung zu kontrollieren und zu steuern.[149] Dem wandernden Gesellen stand in der Regel drei Tage lang ein »Schlafgeld« zur Verfügung. Fand sich bis dahin keine Stelle, sollte er weiterziehen, was allerdings vielfach nicht der Fall war. Vielmehr scheinen viele erfolgreich versucht zu haben, bei »Störern« Arbeit zu finden. Die Vermittlung entsprechender Stellen erfolgte wohl primär über Mundpropaganda. Die obrigkeitliche und zünftische Kontrolle des gewerblichen Teils des Arbeitsmarktes stieß gerade hier, am »grauen« Arbeitsmarkt der Störer, an unüberwindliche Grenzen.

Die Kündigung des Arbeitsverhältnisses im zünftischen Gewerbe konnte von Meister und Gesellen ausgesprochen werden, wobei die Kündigungsfrist zumeist mit acht Tagen bei Kündigung durch den Meister und mit 14 Tagen bei Kündigung durch den Gesellen festgesetzt war.[150] Keine Kündigungsfrist bestand in einigen Gewerben, wenn die Kündigung zu den Wanderzeiten ausgesprochen wurde, so bei den Hufschmieden nach der Ordnung von 1532 zu Ostern, Pfingsten, St. Jakob, St. Michael und Weihnachten.[151]

Die Arbeitsvermittlung der Dienstboten oblag im 16. und 17. Jahrhundert geschworenen Zubringern, die vom Stadtrat mit der Arbeitsvermittlung betraut wurden. Den Zubringern stand eine Vermittlungsgebühr von 15 kr zu, die jeweils von den Herren und den Dienstboten zu entrichten war. Ab dem Jahr 1707 wurde ein eigenes Arbeitsvermittlungsamt, das »Fragamt in der Alstergasse«, eingerichtet, welches jedoch wenig frequentiert war. Auch das 1788 gegründete Dienstbotenamt im Rathaus fand geringe Akzeptanz

bei den Arbeitssuchenden.[152] Bestimmungen über die Arbeitsvermittlung finden sich erstmals in der Dienstbotenordnung von 1688. In dieser Ordnung wird auch der Kreis der Betroffenen definiert:

Sollicitatores/ Schreiber/ Kauffmanns=Diener/ Kauffmanns=Jungen/ Laggey/ Kellner/ Kellner=Buben/ Weingarts=Knecht/ Gartner/ Hauß=Knecht/ Gutscher Vor=Reiter/ Fuhr-Knecht/ Roß= und Ochsen=Buben/ Mayr und Mayrin/ Mayr=Menscher/ Stuben- und Kuchel=Menscher/ Köch/ Köchinen/ Kinds=Weiber und Ameln; wie auch alle andere so Dienst annehmen wollen und sich in der Stadt oder denen Vorstädten/ feyrend oder Dienst=loß auffhalten/ sich anmelden …[153]

In der Praxis wurde die Dienstbotenvermittlung durch die teilweise sehr teuren privaten Gesindemäkler abgewickelt. Dazu traten seit dem frühen 18. Jahrhundert Inserate, die zunächst als »Kundschaftsblätl« vom Fragamt veröffentlicht, seit 1728 jedoch täglich als Beilage zum Wiener Diarium unter dem Titel »Post-tägliche Wiener-Frag- und Anzeigungs-Nachrichten von … Personen, welche … Bedienungen oder Arbeit suchen, oder zu vergeben haben« publiziert wurden. Seit den 1740er Jahren verschwand der Verweis auf das Fragamt und seit dieser Zeit kann daher von reinen Stelleninseraten gesprochen werden. Diese Form der Arbeitsvermittlung war sehr populär und wurde von den Betroffenen auch wirklich angenommen.[154]

Eine Krankenfürsorge für in Arbeit befindliche Gesellen, die nicht bei ihren Meistern in Pflege bleiben konnten, begann sich mit der Einrichtung von Gesellenverbänden allmählich zu etablieren. Sie wurde nur in Einzelfällen auch für wandernde Gesellen bezahlt. Falls der erkrankte Geselle wieder gesund wurde, musste er die anfallenden Kosten in Form eines zinsenlosen Darlehens in einem Zeitraum von vier Wochen zurückzahlen, wobei allerdings Zahlungserstreckungen möglich waren. Seit dem 17. Jahrhundert wurde es üblich, dass die Zechen und Gesellenbruderschaften Pauschalbeträge für Krankenbetten im Bürgerspital und im 1614 gegründeten Spital der Barmherzigen Brüder im Unteren Werd erlegten. Die bezahlten Beträge und damit wohl auch die Betreuungsleistung differierten dabei beträchtlich. Es gab jedoch auch pro-Kopf-weise Bezahlung wie etwa im Fall der Wiener Handlungskommis-»Confraternität«, die ab 1747 im Bürgerspital und ab 1764 im Unierten spanischen Dreifaltigkeits-Spital separate Krankenzimmer angemietet hatte. Im 18. Jahrhundert wurde die Krankenversicherung über die Gesellenbruderschaftskrankenladen immer mehr normiert und an ein festes Procedere – Feststellung des Krankheitseintritts durch bestellte Innungsorgane etc. – gebunden. Wenn das Beispiel der Hufschmiedgesellen verallgemeinert werden kann, dann verschlang die Versorgung kranker Gesellen etwa ein Drittel der Ladengelder.[155] Erst mit der Gründung des Allgemeinen Krankenhauses im Jahr 1784 kam es jedoch zu einer klaren Trennung zwischen Kranken-, Siechen- und Armenversorgung. Kranke Gewerbsleute wurden nun ausschließlich im Krankenhaus versorgt. Die Bezahlung der Krankenversorgung der Innungsmitglieder, Gesellen und Lehrlinge erfolgte jährlich pauschaliert durch die Innungen. Diese Versorgung schloss nach einer Verordnung der niederösterreichischen Regierung von 22. Jänner 1787 nunmehr auch bindend wandernde Gesellen mit ein.[156]

Die Krankheitsvorsorge der Handwerker war mit den oben beschriebenen Bestimmungen zwar einigermaßen klar geordnet, doch wie sah es mit der Versorgung anderer Schichten in Wien aus? An wen wandten sich Arme, wenn sie krank waren, an wen wandten sich Adelige? Wie sahen die großen Versorgungsanstalten in Wien aus und welche Maßnahmen ergriff die Stadt beim Ausbruch von Seuchen?

Als die größte Versorgungseinrichtung in Wien wurde das Bürgerspital bereits erwähnt. Das Bürgerspital vor dem Kärntner Tor, das auf eine Stiftung einer reichen Bürgerfamilie zurückgeht und dem Stadtrat und Bürgermeister unterstellt war,[157] beherbergte schon bald neben den Pfründnern, die sich hier einkaufen und ihren Lebensabend verbringen konnten, auch Arme, Kranke, Kinder und Fremde. Es erfüllte aber nicht nur diese sozialen Verpflichtungen im engeren Sinn, sondern hatte auch andere soziale Aufgaben, so kam etwa die Bürgerspitalsapotheke weiteren Kreisen der Wiener Bevölkerung zugute. Ebenso waren seine Wein- und Bierkeller sowie vermutlich auch seine Badstube beliebte Treffpunkte.[158] Durch zahlreiche Stiftungen wurde das Bürgerspital zu einem der größten Grundbesitzer im mittelalterlichen Wien.

Im Verlauf des Spätmittelalters vollzog sich in dieser Institution ein Funktionswandel, der sich in der Stadtordnung von 1526 erstmals schriftlich niederschlug, wenn auch das, was hier formuliert wurde, keine neuen Ansprüche waren. Ähnlich wie andere europäische Städte, versuchte auch die Stadt Wien an der Wende zur Neuzeit, die alleinige Kontrolle über die karitativen Einrichtungen zu erlangen. Vorläufer dieses neuen Umganges mit Problemen wie Armut, die den Städten immer mehr zu schaffen machten, sind in Wien in der Regelung des Bettlerwesens durch die Bettlerordnung des Jahres 1443 zu sehen. Hier wurden nicht nur Bestimmungen erlassen, die den Alltag der Bettler streng regeln sollten, sondern es wurde auch das Amt eines Bettelrichters geschaffen. Im Bürgerspital selbst fand dieser neue Umgang mit der Institution darin Ausdruck, dass sich die Aufgaben ab dem zweiten Drittel des 15. Jahrhunderts immer mehr in Richtung Krankenversorgung verschoben. Bis auf die ewigen Jahrtage, die weiterhin gelesen wurden, spielten die ursprünglichen religiösen Aufgaben, die mit dem Bürgerspital verbunden waren, zunehmend keine Rolle mehr. Mit der Zerstörung des Bürgerspitals während der Ersten Türkenbelagerung 1529 riss auch diese Praxis ab. Die Jahresabrechnung 1470 dokumentiert diesen Wandel, nennt eine Frau, die für die Kinder zuständig ist, eine Hebamme, Ammen, eine Stubenmeisterin (Aufseherin einer Stube im Bürgerspital), einen Suttenknecht, eine Köchin, eine Wäscherin und einige Dienerinnen sowie einen Wundarzt, der regelmäßig bezahlt wurde. Noch bis in die dreißiger Jahre des 15. Jahrhunderts schien einzig der Koch in den Lohnabrechnungen regelmäßig auf. Wurde die Rubrik mit den ärztlichen Aufwendungen 1470 noch nach den Ausgaben für die geistlichen Einrichtungen positioniert, so wurde der Arzt 1523 als fester Bestandteil der Lohnliste für das Personal des Spitals integriert. Der Wandel des Bürgerspitals war damit weitgehend vollzogen.

Trotz dieser erwähnten Vorläufer formulierte die Stadtordnung von 1526 Aufgaben-

bereiche teilweise dennoch neu aus bzw. verteilte diese neu. Der Bürgerspitalmeister, dessen Eigenständigkeit im Mittelalter charakteristisch war, sollte nunmehr dem Bürgermeister und dem Landesherrn weisungsgebunden unterstehen und durfte zudem in keiner höheren Funktion mehr als dem Äußeren Rat tätig sein. Nach Pohl-Resl war allerdings die grundlegendste Neuerung des Bürgerspitals, »daß ab jetzt *alle* Armen der Stadt aufgenommen werden sollten. Das Bürgerspital wurde zur zentralen Versorgungseinrichtung der Stadt.« Lag im Mittelalter seine führende Rolle darin, »daß das Engagement der reichen Kaufleute und Fernhändler die Institution so attraktiv gemacht hatte«, so kam dem Bürgerspital ab dem späten 15. Jahrhundert diese Bedeutung zu, weil die Stadtregierung es zur »einzigen Versorgungsanstalt und zu dem Medium ihrer sozialen Kontrolltätigkeit gemacht hatte«.[159]

Durch die Neuorganisation des Bürgerspitals erübrigte sich jedoch auch das Amt des Bettelrichters, deckten sich seine Aufgaben doch im Wesentlichen mit denen des Bürgerspitalmeisters. 1526 wurde dies gesetzlich festgeschrieben. Dass sich das Bürgerspital bis zur Auflösung durch Kaiser Joseph II. angesichts der sich in der Frühen Neuzeit rigider werdenden Armenpolitik weiter veränderte, neue Aufgaben übernahm, beispielsweise Einrichtungen des Bürgerspitals als Pestlazarette *(Abb. 34)* zur Verfügung standen, bedarf keiner weiteren Erwähnung. Mit dem Großarmenhaus in der Alser Straße wurde dem Bürgerspital 1693 eine Einrichtung zur Seite gestellt, in der ausschließlich Arme und Kriegsinvalide Aufnahme finden sollten. Arbeitsfähige Bettler wurden bereits ab 1671 im Zucht- und Arbeitshaus in der Leopoldstadt untergebracht. Mit der Eröffnung des Allgemeinen Krankenhauses 1784 in der Alser Straße wurden die Einrichtungen der Krankenversorgung zusammengefasst. Dem Bürgerspital wurde die Aufgabe der Krankenpflege entzogen. Es verblieb allerdings im Gegensatz zu den übrigen Institutionen in magistratischer Verwaltung.[160]

Was für die Armen oftmals die einzige Möglichkeit war, zumindest ein wenig Nahrung zu bekommen, sah der Adel nur zu bestimmten Anlässen von innen. Einer dieser Anlässe scheint zumindest in der Regierungszeit Kaiser Leopolds I. die Fastenzeit gewesen zu sein, in der es für den Adel üblich gewesen sein dürfte, die genannten Einrichtungen in Wien, das Bürgerspital sowie das Zucht- und Arbeitshaus, als Teil der religiösen Praxis, die diese Zeit verlangte, zu besuchen. Dabei wurden die Armen gespeist und mehrere Messen in der Bürgerspitals- oder der Zuchthauskapelle gehört. Im März und April 1677 berichtete die der Hocharistokratie und dem unmittelbaren Umkreis des Kaisers angehörende Johanna Theresia Harrach ihrem Mann Ferdinand Bonaventura Harrach[161] mehrmals von solchen Besuchen, zu denen sie von ihrer Schwester mitgenommen wurde. Das Zucht- und Arbeitshaus in der Leopoldstadt besuchten sie, nachdem sie bei den Karmelitern die Messe gehört hatte. Dort *hab mir die leidt [...] gespeist, sein maner, huren und kindter 40, denen mir haben zu esen geben, es sein zwar mer aber mir habenß nicht gesegen, haben auch kein arbeten segen, daz mir daß liebste wer gewest.*[162] Am liebsten hätte sie den Leuten beim Arbeiten im wenige Jahre zuvor errichteten Zuchthaus zugesehen, war dies doch der Zweck dieser Institution.[163] Auch im Bürgerspital haben Johanna Theresia Har-



Abb. 34: Pestlazarett am Alsergrund, Votivbild 1680

rach und ihre Schwester *die kinder gespeist; sein 85 kindter gewest, wie die kindter gesen haben ist nit zu beschreiben*, danach sind sie *zu den naren gangen, die ihn den codern sein, es ist under andern ein filosofo, der ihn ein stuckh redt und gewiß ardtliche einfall hadt, die narinen aber haben mir nit gefallen, nacher haben mir ihn der spidallkirchen 6 mesen geherdt.*[164] Offensichtliche Bestürztheit über den Anblick der essenden Kinder, hatte sie doch selbst zu dieser Zeit vier Söhne und zwei Töchter, um die sie sich intensiv kümmerte, gemischt mit Belustigung über einen ununterbrochen sprechenden »Philosophen« im »Narrenkotter« und kritischen Anmerkungen über die »Närrinnen«, die ihr zu wenig spektakulär gewesen zu sein schienen, schreibt sie ihrem Mann als ihre »Beobachtung« nach diesem Besuch in heiterem Plauderton, wie fromm sie sei, wenn er abwesend ist: *da denckh er, was ich vor ein andechtige sell bin, wan ich mein heren abwesent hab.* Tatsächlich bestürzt scheint sie – ihren reflexiven Gedanken um den eigenen Stand nach zu schließen – jedoch von den 83 Personen gewesen zu sein, die im Bürgerspital in einer Stube von vielen ähnlichen untergebracht waren, sodass es ein *elendt* [ist] *zu sehen, wie die leidt beisamen ligen ihn*

bedern, daz kämb einer ligen kann; was haben wir alß gott zu danckhen, daz er unß ihn ein solchen standt hadt komen lasen und nicht so elendt sein.[165]

Während Johanna Theresia Harrach die Möglichkeiten bei der Krankheitsbehandlung ausnützen konnte, die die Stadt zu bieten hatte, sie also Wundärzte, Bader, heilkundige Frauen und akademische Ärzte gleichermaßen bei Krankheiten in ihrem Haus heranzog, sie zudem über einen Hausarzt verfügte, waren Arme dazu finanziell nicht in der Lage. Da sie diesen akademischen Ärzten zudem oftmals auch misstrauisch gegenüberstanden, zogen sie zumeist ausschließlich Wundärzte und Bader bzw. Laienheiler heran. Daneben standen ihnen jedoch Institutionen wie das Bürgerspital offen, oder auch eine von den Einrichtungen, wie sie vom akademischen Arzt Franz Billiotte gestiftet wurden. Der französische Arzt Franz Billiotte, der 1665 von den niederösterreichischen Ständen nach Wien berufen worden war und hier sowohl als Leibarzt Kaiser Leopolds I. wie auch der Hocharistokratie, darunter für Johanna Theresia Harrach, tätig war,[166] hinterließ bei seinem Tod 1677 ein Vermögen. Die Summen, die er vom Adel für seine Behandlung verlangte, flossen in seine Stiftung für Arme. Im Billiotteschen Stiftungshaus in der Singerstraße sowie in seinem Haus in der Rossau, das einen botanischen (Heilpflanzen-)Garten angeschlossen hatte, wurden Kranke unentgeltlich behandelt. Ebenso kostenlos erhielten sie die erforderlichen Arzneien aus seiner Armenapotheke, die sich gegenüber dem Strudelhof befand. Die Stiftung ging 1752 im Dreifaltigkeitsspital bzw. 1754 in dem mit diesem vereinigten Spanischen Spital auf.

Drohte der Stadt dagegen eine Seuche, blieb als das letzte Mittel, das die Bewohner selbst wählen konnten, oftmals nur die Flucht. Als Strafe Gottes angesehen, sah man lange Zeit kaum Möglichkeiten, den Seuchenausbruch zu verhindern oder die Seuche wirksam zu bekämpfen. Erstmals im Jahr 1349 trat die Pest in Wien auf. Im Verlauf des 16. und 17. Jahrhunderts forderte sie hier manchmal mehrere tausend Opfer. Als endemisch gewordene Krankheit konnte die Pest nach solchen Epidemien jedes Jahr wieder in einem anderen Stadtviertel aufflackern, ohne »größeren« Schaden anzurichten. Immer im Winter begannen im frühneuzeitlichen Wien die (Kompetenz-)Streitigkeiten zwischen der niederösterreichischen Regierung, der Stadt und ihren Bewohnern um die Verantwortlichkeit bezüglich der Straßenpflasterung und der Straßensäuberung, die als eine der Ursachen für das Entstehen von Infektionen angesehen wurden. Jeweils in der Zeit zwischen Jänner und März wurde auf Grund der drohenden Infektionsgefahr im *khünfftigen früehling, oder bey negst erzaigenden waichen wettern*[167] der Ruf der Regierung an die Stadt und der Stadt an ihre Bewohner erneuert, die Straßen sauber zu halten und den Abfall nicht auf die Straße zu kippen. Kam es zur Krisensituation (z. B. zusätzliche Menschen in der Stadt durch Kriegsgeschehnisse im Umland), ließ sich das Gleichgewicht nicht mehr halten: Die Epidemie schien unvermeidlich. Besonders die Pest des Jahres 1679/80 blieb im kollektiven Gedächtnis der Stadt verankert. Die von Kaiser Leopold I. in Auftrag gegebene Pestsäule (Dreifaltigkeitssäule) am Graben wurde in die durch die Stadt führenden Prozessionen miteinbezogen *(Abb. 35)*. 1713 forderte die letzte Pestepidemie in Wien ihre Opfer, bevor sie von den Blattern »abgelöst« wurde.



Abb. 35: Pestsäule am Graben

Die Stadt blieb jedoch nicht untätig, wenn erhöhte Seuchengefahr bestand, und so entwickelte sich auch in Wien eine »Pestbehörde«, die nach Dinges[168] unter Berufung auf italienische Beispiele aus Einzelpersonen oder einem Ausschuss von Personen bestand, die entweder nur im akuten Fall berufen wurden oder ständig diese Aufgabe versahen.[169] Die Pest war jedoch nicht allein auslösendes Moment für die Entstehung medizinischer Behörden, sondern sie ist als »Schrittmacher kommunaler Gesundheitssicherung«[170] zu verstehen. Ab 1501 waren die Mitglieder der medizinischen Fakultät der Universität Wien, die neben der Ausbildung der zukünftigen Ärzte auch das Sanitätswesen der Stadt zu betreuen hatten, zur unentgeltlichen Behandlung der Armen verpflichtet. 1540 wurde die erste Infektionsordnung erlassen;[171] im selben Jahr schuf die Fakultät die Stelle eines »magister sanitatis«, für deren Finanzierung bis zur Übernahme durch den Magistrat (1870) die niederösterreichische Regierung aufkam. Im Lauf der Zeit setzte sich die Bezeichnung Stadtphysikus[172] durch. Zu seinen Aufgaben gehörten die Totenbeschau, die Rezepturüberwachung für die Pestkranken und die Untersuchung von Verdachtsfällen. Neben dem »magister sanitatis« gab es weiters einen »chirurgus sanitatis« (Infektionschirurg) und einen »inspector mortuorum« (Totenbeschauer), wobei die beiden letztgenannten Funktionen meist von einer Person ausgeübt wurden.

Das Totenbeschreibamt wurde möglicherweise ebenfalls im Zusammenhang mit den im 16. Jahrhundert erlassenen Infektionsordnungen geschaffen. Entsprechend der Infektionsordnung von 1562 fungierte das Wiener Totenbeschreibamt auch in der seuchenfreien Zeit und war verpflichtet, dem Bürgermeister täglich ein Infizierten- und Totenverzeichnis vorzulegen, der dasselbe in Abschrift der Regierung übermittelte.[173] Jede in Wien verstorbene Person sollte auf diese Weise als von einem Arzt beschaut vermerkt werden.

Zur Geschichte von Ehe und Familie im frühneuzeitlichen Wien

Aus den bisher gemachten Aussagen zur Sozialstruktur der Wiener Bevölkerung ist klar geworden, dass die Subsistenz für einen erheblichen Teil der städtischen Bevölkerung ein zentrales Problem darstellte, welches jederzeit – auf Grund saisonaler Beschäftigungsschwankungen, auf Grund von Teuerungen, äußeren Bedrohungen oder aber auch durch Krankheit und Siechtum – die eigene Existenz in Frage zu stellen drohte. Selbst in jenen Teilen der städtischen Gesellschaft, für die solche Lebenssituationen geringe Wahrscheinlichkeit besaßen, war das Risiko eines gesellschaftlichen Abstiegs nur bei Aufrechterhaltung einer standesgemäßen Lebensführung zu minimieren. Es liegt daher auf der Hand, dass die Wahl eines Ehepartners nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für deren Familien oder an der Entscheidung beteiligte Institutionen zentrale Bedeutung besitzen konnte und daher einer entsprechenden sozialen Kontrolle unterworfen war. Schon aus Fragen der Standesehre bestand daher ein hohes Maß an Endogamie. Adelige Kavaliere heirateten adelige »Fräulein«, Handwerksmeister oder Gesellen Handwerker-

töchter oder Handwerkerwitwen. Und auch die städtischen Unterschichten blieben bei Heirat und Familiengründung unter sich. Beispielsweise heirateten im Jahr 1635 unter den Bräutigamen der Pfarre St. Stephan 29 % innerhalb des Gewerbes bzw. Berufszweiges – bezogen auf den Beruf des Vaters der Braut oder des Berufes des verstorbenen Mannes der Witwe. Weitere 14 % suchten sich Ehepartner aus verwandten Gewerben.[174] Bemerkenswerterweise waren auch Heiraten bei Vaganten, Soldaten und sogar Bettlern keineswegs selten.[175]

Am stärksten fielen bei Heiratsentscheidungen die Eingriffe von außen dann aus, wenn es um ökonomisch motivierte Familienstrategien oder aber auch um Innungsehre und standesgemäßes Auskommen ging. Wenn etwa im Jahr 1772 der Schneiderssohn Johann Rothkäppl zur Übernahme des väterlichen Betriebs und zum Erhalt der Eltern finanziell nicht in der Lage war, dann musste er formell auf sein Anrecht auf den väterlichen Betrieb verzichten, und seine Schwester wurde nach Zustimmung der Innung und des Stadtrates mit dem aus Franken stammenden Handwerksgesellen Johann Georg Zier verheiratet. Nur so war die Fortführung des Schneidergewerbes in der Familie und damit letztlich auch die Altersvorsorge der Eltern gewährleistet.[176] Die betroffene Handwerkertochter konnte zwar zu dieser Ehe nicht gezwungen werden, aber man kann davon ausgehen, dass sie unter ökonomischem und familialem Druck stand, diese einzugehen. Das Ringen um ein standesgemäßes Auskommen bildete also das zentrale Motiv von Eheschließungen.

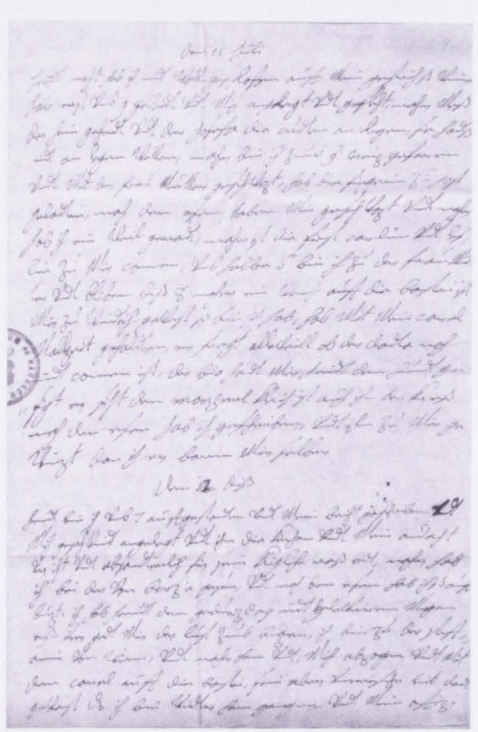


Abb. 36: Tagzettel der Johanna Theresia Harrach, 11. Juli 1665

Dazu trat der Wunsch nach einem friedlichen, von gegenseitigem Respekt getragenen Eheleben. Diese Form des »frommen Hauses« wurde in innerfamilialen Ratgebern, in der Erbauungsliteratur oder aber auch in den omnipräsenten Predigten als Ideal gepriesen und als solches auch tradiert. Es entsprach daher ganz den Anforderungen dieses Ideals, wenn eine Hochadelige wie Johanna Theresia Harrach in ihren privaten Briefen, den *Tagzetteln*, wirtschaftlichen Voraussetzungen, Zufriedenheit, Einigkeit und Friedlichkeit innerhalb der Ehe höchsten Stellenwert beimaß *(Abb. 36)*.[177]

Innerhalb dieses von der Standesehre geprägten Systems bestanden allerdings gewisse Spielräume, die ein bestimmtes Maß an sozialer Mobilität zuließen, und nur Bindungen

nicht oder nur bedingt akzeptierten, die allein mit der emotionalen Entscheidung der Partner füreinander in Verbindung standen. Selbst innerhalb des Hochadels war eine Partnerwahl aus Zuneigung nicht ausgeschlossen, »sofern diese innerhalb des komplizierten Beziehungsgeflechtes von Heiraten/Vermögen/Vermächtnis ihren ›Handlungsort‹ finden konnte«.[178] Auch hinter mancher scheinbar »berechnenden« Partnerwahl im Handwerk verbarg sich engere Zuneigung. So im Fall einer Eheschließung, in der das Einverständnis der verwitweten Braut nur dann gegeben wurde, wenn die standesgemäße Existenz des Bräutigams durch die Übernahme des Schutzdekretes des verstorben Mannes gesichert schien. Dennoch handelte es sich bei diesem konkreten Fall um keine reine Zweckehe, denn die Braut war Fragnerswitwe und der Bräutigam Bäckergeselle. Hätte die Witwe keine Zuneigung zum Brautwerber gehabt, wäre es für sie viel einfacher gewesen, im eigenen Gewerbe zu heiraten.[179] Auch hinter der standesgerechten Gelassenheit der bereits zitierten Johanna Theresia Harrach konnte sich Eifersucht verbergen, etwa wenn sie ihren jung angetrauten Ehemann von einem Seitensprung anlässlich einer diplomatischen Mission am spanischen Hof abzubringen trachtet: *alle heren die sagen mir vir gewieß, er wirdt mir untrei weren undt ihm die spaningerin verfiren lasen, gott kann allan ihn von dem unklickh behiedten, sonst wist ich kein midtel.*[180]

Es wäre allerdings völlig verfehlt, das Idealbild des frommen Hauses mit der gesellschaftlichen Realität gleichzusetzen. Auch wenn die Standesehre, die materielle Situation oder das Familienkalkül ein anderes Verhalten nahe legte, wenn beißende Satiriker wie Abraham a Sancta Clara die *närrische* Verliebtheit ironisch geißelten und lächerlich machten, so waren Emotionen den frühneuzeitlichen Menschen keineswegs fremd. *Also und dergestalten / werden durch diese Liebes Sucht / viel tausend Idioten inficiert / perturbirt / verführt / tribulirt / und in dieser Narrheit confirmirt. Und ist das die Ursach / weilen mancher bald da / bald dort / bald heut / bald morgen / bald die Urschel / bald die Gredl / bald die Sopherl / bald die Lisel carisiret / daß er von allen wird veriret / und am Narren Seil herumb gezogen / also sein eigene Unbeständigkeit Ursach ist / daß er ein arm verliebter Narr seyn und bleiben muß.*[181] Als die älteste Schwester Johanna Theresia Harrachs, Eleonore Franziska (geb. 1636), den Franz Anton Graf Lamberg gegen den Rat ihrer Schwester heiratete, war diese besorgt, galten die beiden doch als melancholisch und damit nach den Vorstellungen der Zeit nicht für eine Ehe geeignet, und sie berichtete daher ihrem Gatten: *waß der nur alß treibt und wie er sich stelt ist nicht zu sagen, dan wirdt er anmechtig und zidert wanß ihn kein guedeß wordt gibt, und da kniedt er vor ihr und kist ihr die fieß, ich hab mich offt zu kranckh gelacht.*[182]

Das traditionelle Bild der Ehe war bereits durch Renaissance und Reformation einem Problematisierungsprozess ausgesetzt, der im wachsenden Wirtschaftsbürgertum und in der Bürokratie ein neues Familienmodell entstehen ließ, das von arbeitsorganisatorischen und emotionellen Voraussetzungen ausging, die sich nicht unerheblich von jenen der Handwerker- oder aristokratischen Ehe der Frühen Neuzeit unterschieden. Mit seiner strikten Trennung von öffentlicher und privater Sphäre kann es geradezu als Prototyp der modernen städtischen Kernfamilie angesehen werden. Die Trennung dieser Sphären

bot gleichzeitig auch die Chance, die emotionelle Zuwendung zueinander zu betonen, was freilich ökonomisch motivierte Heiratsstrategien nicht ausschloss. Propagandistische Verbreitung fand dieses Familienideal zunächst über die Moralischen Wochenschriften der Aufklärungsepoche und in der so genannten »Hausmütterliteratur«. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erschienen etwa 60 einschlägige Zeitschriften in Wien, die die Rolle der Frau in der Ehe thematisierten und dabei ein neues Frauenideal propagierten. *Empfindsamkeit ist das Genie zur Tugend; und ein gefühlvolles Mädchen ist das schätzbarste Kleinod für einen Mann*, hieß es etwa in der 1774/75 erschienenen und von Johann Rautenstrauch verfassten Wochenschrift »Meinungen der Babet«.[183] Primäre Aufgabe der bürgerlichen Frau war nach diesem Konzept die Haushaltsführung, die Erziehung der Kinder und ihre Rolle als angenehme, »empfindsame« Lebensgefährtin ihres Ehemannes. Ein solches Frauenideal, das über das Bürgertum hinaus rezipiert wurde, schloss Liebesheiraten nunmehr keineswegs aus. Nicht standesgemäße Heiraten konnten so im späten 18. Jahrhundert auf nachlassenden Widerstand der Familien und Obrigkeiten stoßen. So etwa im Fall zweier Wiedner Wirtstöchter: Eine der Töchter der Wirtin Katharina Höblinger heiratete einen Baron, eine andere einen Grafen Khevenhüller. Letztere allerdings gegen den Widerstand der Mutter. In deren Abwesenheit erschien der Graf und überredete die Wirtstochter mit den Worten: *Kommen Sie schnell mit, bei den Schotten will uns ein Priester trauen und die Zeugen warten draußen im Wagen.*[184] Eine solche Ehe wäre in den Jahrhunderten zuvor wohl schärfsten Sanktionen ausgesetzt gewesen und nicht zu Stande gekommen.

Eine Veränderung erfuhren auch die Familienstrukturen in Teilen der Unterschichten. Auf der Basis des Vordringens protoindustrieller Fertigungen auf hausindustrieller Basis etablierte sich ein wesentlich von der familialen Arbeitsorganisation getragenes Familienmodell. Im Gegensatz zum bürgerlichen Familienmodell bestand in der »protoindustriellen« Arbeiterfamilie keine klare Trennung von Arbeits- und Wohnort und keine ausgeprägte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Dennoch bestanden auch Ähnlichkeiten. Die Orientierung an der Kernfamilie war wesentlich ausgeprägter als in traditionellen Handwerkerhaushalten. Damit konnte in günstigen ökonomischen Fällen auch eine emotionale Intensivierung der Familienbeziehungen einher gehen, lebten die Kinder solcher Familien nun doch in der Regel länger im elterlichen Haushalt als das in Handwerkerfamilien der Fall war.

Begünstigt wurde das Vordringen kernfamilialer Strukturen in größeren Städten wie Wien durch den relativ entwickelten städtischen Wohnungsmarkt – Mietverhältnisse waren die Regel und nicht die Ausnahme –, das Fehlen oder zumindest die geringe Intensität grundherrschaftlicher Bindungen und die bereits seit dem Mittelalter in den Städten etablierte Geldwirtschaft, die Lohnarbeitsverhältnisse beförderte.[185] Bedingt durch den knapper werdenden Raum innerhalb der ummauerten und befestigten Altstadt waren die Wiener Wohnverhältnisse in der gesamten frühneuzeitlichen Periode durch die Dominanz von Haushaltsgemeinschaften gegenüber Hausgemeinschaften geprägt, also die vergleichsweise eingeschränkte Bedeutung der alteuropäischen Familienform des

»ganzen Hauses«. Die abnehmende Bedeutung dieser Familienform bestimmte die Dominanz des Prinzips der Neolokalität – der von Eltern weitgehend unabhängigen, räumlich getrennten Haushaltsgründung junger Ehepaare – nicht nur im Handwerk, sondern auch insbesondere für große Teile des außerzünftischen Gewerbes, einschließlich des Verlagshandwerks und für die wachsende Zahl Lohnabhängiger. Die Spezifika des großstädtischen Wohn- und Arbeitsmarktes waren auch der Verbreitung »unvollständiger« Familien förderlich. Diese waren für breite Bevölkerungsgruppen in den Städten auf Grund der unausgeglichenen Sexualproportion nicht ungewöhnlich. Dies galt insbesondere auch für Frauen. Der hohe Anteil »unvollständiger« Familien resultierte einerseits aus dem langen Verbleib von Töchtern städtischer Handwerker im elterlichen Haushalt und aus dem hohen Anteil weiblichen Gesindes, das im fortgeschrittenen Alter nur eingeschränkte Verehelichungs- bzw. Wiederverehelichungschancen besaß. Aus dem Gesindedienst ausscheidende ältere Dienstboten schlossen sich daher häufig anderen Haushalten oder Wohneinheiten an. Josef Ehmer hat in diesem Zusammenhang von »unvollständigen Auflösungsprozessen des ganzen Hauses gesprochen«.[186] Einen Hinweis auf die Verbreitung solcher Haushaltsformen geben etwa der hohe Anteil über 40-jähriger lediger Frauen an der Wiener Vorstadtbevölkerung im Jahr 1754 oder die geringen durchschnittlichen Haushaltsgrößen im Stichjahr 1783 in den Pfarren Matzleinsdorf und Erdberg, die nicht als Zentren der Hausindustrie zu bezeichnen sind.[187]

Bis um die Mitte des 18. Jahrhunderts besaßen Kinder in der familialen Arbeitsorganisation großstädtischer Haushalte keine wirkliche Bedeutung. Wenn in den Unterschichten eine größere Anzahl von Kindern die ersten Lebensmonate überlebte, dann galt das viel eher als Armutsrisiko, denn als Vorteil für die betroffene Familie. Nicht von ungefähr war das Großarmenhauses vor dem Schottentor u. a. für *Ehe=Leuth / so von mittlen kommen / und sich entweders wegen Leibs=Schwachheit / und Unpäßlichkeit / oder aber grosser Anzahl der Kinder nicht ernähren könen* … konzipiert, wie das Errichtungspatent von 1693 betonte.[188] Aber auch die »soziale Kinderzahl«, »die Anzahl der innerhalb der Familiengemeinschaft in dem der Kindesposition entsprechenden Abhängigkeitsverhältnis lebenden Personen«,[189] dürfte sich in vielen Wiener Handwerkerhaushalten in bescheidenen Grenzen gehalten haben. Zur »Lehrlingszüchterei« im großen Stil waren viele Betriebe offensichtlich ökonomisch zu schwach. Zudem wurde im Rahmen der zünftisch gebundenen Ökonomie versucht, Billiglohnkonkurrenz zu limitieren. Aber auch in Haushalten von Taglöhnern, Dienstboten oder Stadtguardisten war der längere Verbleib von Kindern im elterlichen Haushalt, falls diese nicht ohnehin nach der Geburt in Pflege gegeben wurden, vermutlich selten. Kinderarbeit hatte im Bewusstsein vieler Eltern – zum Leidwesen mancher »Aufklärer« – daher noch eine untergeordnete Bedeutung. Selbst in der josephinischen Epoche beklagte eine utilitaristische Schrift die in den Mittel- und Unterschichten vorherrschende Meinung, vor dem 14. Jahr sei von einem Kind keine bedeutende Arbeit zu erwarten.[190]

Die geringe Bedeutung von eigenen Kindern für die Familienökonomie führte allerdings keineswegs zu einer bewussten Beschränkung der Familiengröße. Angesichts der

unsicheren eigenen Lebenszeit bestand kaum eine Veranlassung, das generative Verhalten in diese Richtung hin zu ändern, ganz abgesehen davon, dass es an der Kenntnis kontrazeptiver Methoden offensichtlich weitgehend mangelte. Allerdings war die Müttersterblichkeit vergleichsweise hoch, was allerdings so lange nicht wirklich ins Gewicht fiel, solange die Mortalitätskurve ihre charakteristischen »epidemischen« Zacken aufwies. Auch wenn Frauen auf Grund des Geburtsrisikos an Geburtenbeschränkung interessiert waren, war diese angesichts gesundheitsgefährdender traditioneller Abtreibungsmethoden nur im Einvernehmen mit den (Ehe-)Männern denkbar, ein Einverständnis, welches in den Unterschichten wohl nur in Phasen großer Not temporär zu erhalten war. Ökonomische Motive spielten im generativen Verhalten der Unterschichten nicht zuletzt darum auch kaum eine Rolle, da es zumeist weder etwas zu vererben gab, noch die Zahl der das Erwachsenenalter erreichenden Kinder überhaupt kalkulierbar war. Anders dürfte die Situation in wirtschaftsbürgerlichen Familien gewesen sein, doch fehlt es bisher an einschlägigen Studien, die einen entsprechenden Nachweis für die Verbreitung früher Formen der Geburtenkontrolle in Teilen der Wiener Oberschicht erbracht hätte. Die vergleichsweise sehr niedrige Geburtenrate der Stadt im Vergleich zu den Vorstädten im josephinischen Wien deutet allerdings daraufhin, dass sie bereits eine gewisse Rolle gespielt haben könnten. Zum größeren Teil dürften diese regionalen Fertilitätsdifferentiale im Verhältnis von rund eins zu zwei aus unterschiedlich hohen Anteilen von potentiell zölibatär lebenden Bevölkerungsschichten in Stadt und Vorstädten zu erklären sein.[191]

Die geringe Lebenserwartung von Säuglingen, bedingt durch die vorherrschenden ungünstigen Lebensbedingungen des Nachwuchses bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung, hat einen gewissen Defätismus beim Aufziehen eigener oder auch fremder Kinder in den städtischen Unterschichten begünstigt. Die physische und psychische Arbeitsbelastung von Müttern stieg vor allem mit dem Aufkommen protoindustrieller Produktionsformen deutlich an. Nicht immer musste es zu Kindesweglegung und Kindesmord kommen, wenn der gesellschaftliche Druck zu normgerechtem generativem Verhalten in der Frühen Neuzeit vor allem ledige Mütter zu einem scheinbar herzlosen Verhalten gegenüber ihren Kindern zwang. Wie aus einem Hofdekret vom 7. September 1784 hervorgeht, welches Erziehungsberechtigten untersagte, Kinder unter fünf Jahre zu sich ins Bett zu nehmen, um das Ersticken der Säuglinge zu verhüten, waren versteckte Formen des Kindesmordes auch im ausgehenden 18. Jahrhundert noch nicht ganz ungebräuchlich. Vom Arbeitsalltag verursachte emotionelle Defizite in der Mutter-Kind oder in der Eltern-Kind-Beziehung wurden durch die katholische Ideologie – »der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen« –, die angesichts der ohnehin ungünstigen Überlebenschancen für Kleinkinder wohl breite Akzeptanz fand, für die Betroffenen bewältigbar gemacht. Dahinter musste sich jedoch keineswegs fehlende elterliche Liebe verstecken. Neben der defätistischen Hinnahme des Todes mancher Säuglinge stand die abgöttische Liebe anderer, zumal, wenn ein bestimmtes Lebensalter erreicht sein mochte. Es kann nicht völlig aus der Luft gegriffen gewesen sein, wenn etwa Abraham a Sancta Clara übersteigerte Kinderliebe der Eltern in seinen Schriften ins Lächerliche zog. Er

zielte damit wohl nicht ausschließlich, aber doch vor allem auf die neuen städtischen Mittelschichten. In der bürgerlichen Familie bot der Rückzug der Frau in das Häusliche die Chance einer besonderen Zuwendung zum Kind, im Besonderen zum Säugling, die in Ansätzen wohl schon in frühbürgerlichen Haushalten immer intensiver ausgefallen war, als in den Unterschichten oder auch im Adel. Dieses bürgerliche Familienideal übte ungeachtet der Tatsache, dass es zunächst auf eine verhältnismäßig kleine Schicht beschränkt blieb, eine zunehmende Ausstrahlungskraft auf alle übrigen gesellschaftlichen Schichten aus. Seinen ideologischen Durchbruch erlebte es im deutschsprachigen Raum in den Jahren 1780 bis 1810.[192] Auch wenn die ökonomischen Verhältnisse vieler Unterschichteneltern die Verwirklichung dieses Ideals ausschlossen, so war es doch medial bereits präsent.

Die Juden

Die Wiederentstehung einer Gemeinde

Nach dem anlässlich der Vertreibung der Juden 1420/21[193] von Herzog Albrecht V. ausgesprochenen Ansiedlungsverbot dauerte es rund 150 Jahre, bis sich Juden wieder in Wien niederließen. Zwar gibt es Nachrichten über Juden, die um 1550 in der Stadt anwesend waren, so z. B. den jüdischen Arzt Lazarus von Günzburg,[194] doch waren dies Ausnahmen. 1571 unternahm Maximilian II. den Versuch, sieben jüdische Familien in Wien anzusiedeln. Dies scheiterte am Widerstand der Stadt, die generell eine Wiederansiedlung von Juden zu verhindern versuchte. Außerdem war das für die Juden vorgesehene Haus im Bereich der heutigen Himmelpfortgasse/Rauhensteingasse zu klein für sieben jüdische Familien, einen christlichen Aufseher mit seiner Familie und etwaige durchreisende Juden. Am 1. Dezember 1572 erließ Maximilian II. einen Ausweisungsbefehl für alle Juden in Österreich unter und ob der Enns. Von diesem Erlass waren ebenso die zu diesem Zeitpunkt in Wien anwesenden jüdischen Familien betroffen, doch dürften sie die Stadt nicht oder nur für kurze Zeit verlassen haben, da danach kontinuierlich Nachrichten über in Wien lebende Juden vorhanden sind. So wurden 1575 Darlehensverhandlungen mit den »alhiesigen« Juden angeregt, 1582 wurden Nachforschungen angestellt, wie viele Juden in der Stadt lebten und ob und wem sie Gebühren entrichteten. Deutlich wird, dass einige wenige Juden zwar in der Stadt lebten, ihre Anwesenheit aber offenbar kaum wahrgenommen, geschweige denn offiziell registriert wurde. Dieser Zustand hielt bis in die letzten Jahre des 16. Jahrhunderts an, bis zu jenem Zeitpunkt, zu dem von den Juden wieder vermehrt und regelmäßig Darlehens- und Kontributionszahlungen zur Finanzierung notwendiger Ausgaben für den Türkenkrieg gefordert wurden.[195] Knapp vor 1600 wird auch eine innerjüdische Gemeindeorganisation greifbar. Nicht nur der spätestens ab 1582 bestehende Friedhof in der Seegasse (Wien 9) *(Abb. 37)*, sondern auch der Hinweis auf die Existenz einer Synagoge und eines rituellen Tauchbads (»Mikwe«) weisen auf das Bestehen von Gemeindestrukturen hin. Die Selbstbezeich-

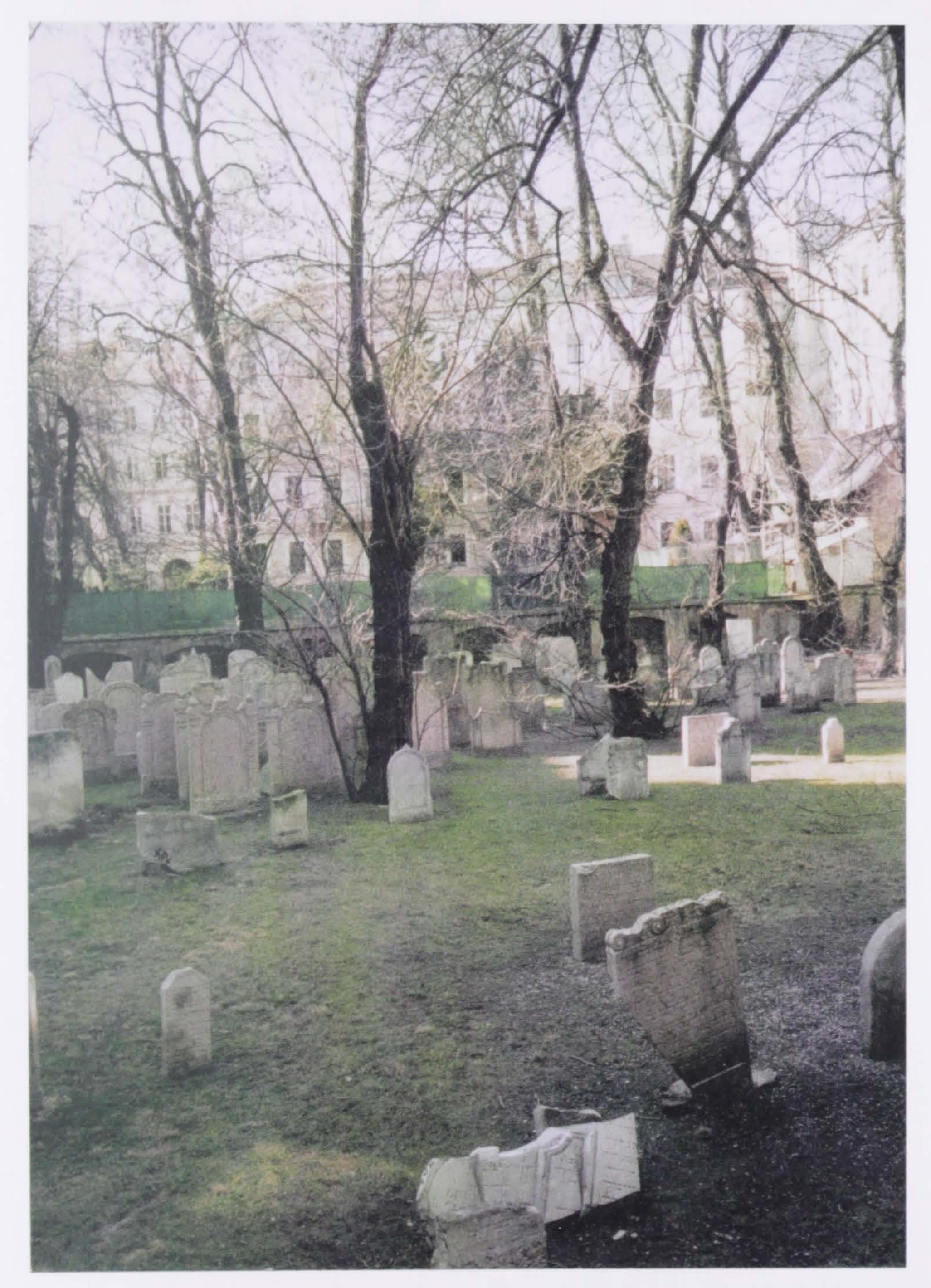


Abb. 37: Der jüdische Friedhof in der Seegasse



Abb. 38: Plan der Judenstadt im Unteren Werd (1625–1670)

nung als *die ganze befreite Judengmein albie* vervollständigt das Bild. Offiziell anerkannt wurde diese Gemeinde erst 1620 durch ein Privileg Ferdinands II., durch welches den Juden nicht nur die Errichtung einer Synagoge erlaubt wurde, sondern auch die Anstellung des dafür notwendigen Personals, so eines Rabbiners, eines Kantors und eines Schulklopfers. Auch die teilweise Ausübung der innerjüdischen Gerichtsbarkeit, wie auch die Wahl der Ältesten und die Anstellung eines Schächters und eines Schreibers für die Gemeinde wurden zugesagt. Die Errichtung einer Synagoge bedeutete allerdings nicht, dass den Juden gestattet war, einen Neubau zu errichten, ja sie erhielten überhaupt erst zwei Jahre später die Erlaubnis, ein Gebäude zu erwerben und dieses innen – von außen sollte es unverändert bleiben und damit nicht als Tempel erkennbar sein – als Synagoge umzubauen. Dieser Wunsch war entstanden, da die Juden bisher nur einzelne Räume in christlichen Häusern mieten und diese dann als Synagoge verwenden konnten. Durch Besitzwechsel und andere Geschäfte wurden teils die Mieten erhöht, teils mussten sie die Räumlichkeiten überhaupt in ein anderes Gebäude verlegen. Da dies immer wieder zur Beeinträchtigung der Abhaltung der Gottesdienste führte, versuchten die Juden dies durch den Erwerb eines schlechten »Häusels« an einer abgelegenen Stelle zu umgehen. Der Umbau dieses Hauses war es dann allerdings auch, der Pläne zur Übersiedlung und damit Separierung der Juden an einen anderen Ort der Stadt vorantrieb. 1623 wurde ihnen vorgeworfen, sie hätten fast einen Tempel erbaut, und Ferdinand II. trug daraufhin einer Kommission auf, nicht nur diese Vorwürfe zu untersuchen, sondern auch zu überlegen, wie die Juden gekennzeichnet und wohin sie transferiert werden könnten.

Am 6. Dezember 1624 erließ Ferdinand II. ein Patent, durch welches die Juden – mit der Begründung, dass der Bedarf an Wohnungen in der Stadt dauernd steige – in ein Gebiet im Unteren Werd (heute Wien 2), d. h. außerhalb der befestigten Stadt, auf der anderen Seite der so genannten »Schlagprucken« (heute Schwedenbrücke), einer der wenigen Brücken über den Donauarm (heute Donaukanal), übersiedeln sollten *(Abb. 38, S. 284)*. Nach bereits erfolgten Verhandlungen mit der Stadt Wien als Ortsobrigkeit und dem Bürgerspital als Grundherrschaft erwarben die Juden Häuser, Ställe und Gärten. Bis zum Zeitpunkt der Übersiedlung hatten die Juden im Bereich des Kienmarkts (heute: 1, Judengasse/Desider-Friedmann-Platz/Seitenstettengasse) als Mieter in christlichen Häusern gelebt. In diesem relativ wenig frequentierten Bereich der Innenstadt, der laut einem zeitgenössischen Bericht nicht als Durchgang zum nahe gelegenen Tor beim Roten Turm oder zum angrenzenden Hohen Markt, einem der Hauptmarktplätze der Stadt, verwendet wurde, besaßen die Juden auch ihre Geschäftsgewölbe. Diese behielten sie auch nach der Übersiedlung in den Unteren Werd.[196]

Rechtsstellung

Eine allgemeine Judenordnung,[197] die das Leben dieser nichtchristlichen Minderheit im Rahmen der christlichen Gesellschaft in allen Bereichen regelte, wurde weder im 16. noch im 17. Jahrhundert für Wien erlassen. Es waren immer nur Patente und Verord-

nungen, die Teilbereiche betrafen, so die Frage der Kennzeichnungspflicht, Handelsbestimmungen, Wuchererlässe, Mautfragen und Ähnliches. Am ehesten einer Judenordnung vergleichbar ist das Dokument, das im Mai 1536 für Wien bekannt gemacht wurde.[198] Darin wurde festgelegt, dass Juden, wenn sie nach Wien kamen und in oder vor der Stadt länger als die Nacht über bleiben wollten, um Geschäften oder Rechtsangelegenheiten nachzugehen, sich bei der Obrigkeit zu melden hatten. Diese Meldung sollte schriftlich den Anwesenheitsgrund des betroffenen Juden festhalten und eine »Aufenthaltsgenehmigung« für eine bestimmte Zeit gewähren. In dieser Zeit konnte der Jude seine Angelegenheiten verrichten, danach war er gezwungen, die Stadt zu verlassen. Es war ihm verboten, in Wien oder den Vorstädten »hantierung, gewerb oder wechsel« zu treiben, außerdem durfte er nur in bestimmten Häusern Herberge beziehen. Bereits in diesem Dokument wurde angeordnet, dass Juden ein »jüdisches Zeichen« offen und unverdeckt zu tragen hatten. Genau normiert und festgelegt wurde diese Kennzeichnungsverpflichtung durch ein Patent vom 1. August 1551, durch welches das Aussehen – ein gelber Ring – wie auch die Verpflichtung des Tragens, außer bei Reisen über Land, für alle Juden in den österreichischen Ländern festgelegt wurde *(Abb. 39)*.[199] Abgesehen von immer wieder ausgesprochenen Ausweisungserlässen[200] und dem Versuch, Geldgeschäfte von Juden zu regulieren bzw. gänzlich zu unterbinden,[201] kam es danach erst im Verlauf des 17. Jahrhunderts wieder zu allgemeinen Verordnungen.

Weitaus wesentlicher und für das Leben des Einzelnen prägender war die Einzelprivilegierung, die sich für Wiener Juden vorrangig in der Form von Hofbefreiungen ab dem späten 16. Jahrhundert feststellen lässt. Ziel war dabei die Bindung finanzstarker Juden an den Kaiserhof.[202] Verstärkt ausgebaut wurde das Rechtsinstrument der Hofbefreiung unter Ferdinand II., der die finanziellen wie wirtschaftlichen Fähigkeiten der Juden für sich nutzen wollte. Die *ad personam* vergebene Hofbefreiung galt für den Privilegieninhaber sowie dessen Familie, Gesinde und Angestellte (»Brotgenossen«). Abgesehen von der Verleihung des Titels »Hofjude« und der Zusicherung von Schutz und kaiserlichem Geleit, waren das Niederlassungsrecht in der Residenzstadt, das Nachreiserecht bei Verlegung des Hofstaats, Abgabenfreiheit während dieser Reisen, der Anspruch auf Hofquartierzimmer, die Zahlung christlicher Maut- und Zollgebühren, das Recht auf Verkauf von nicht eingelösten Pfändern nach Jahresfrist, die jurisdiktionelle Zuständigkeit des Obersthofmarschalls für die hofbefreiten Juden und häufig auch die Erlaubnis zur Ausübung jüdischer Zeremonien darin enthalten.[203]

Mit dem Privileg zur Übersiedlung in den Unteren Werd *(Abb. 40, S. 288)* vom Dezember 1624[204] wurden die Juden Wiens in ihrer Gesamtheit in Schutz und Schirm des Kaisers aufgenommen. Zwar blieb die seit 1617 bestehende Unterscheidung von hofbefreiten und befreiten Juden auch nach der Übersiedlung bestehen, doch schuf dieses Privileg eine relativ einheitliche Rechtsposition für alle Juden Wiens; so waren z. B. alle der Gerichtsbarkeit des Obersthofmarschalls unterstellt.

1624 wurde auch festgelegt, dass die Juden das »jüdische Zeichen« nicht mehr tragen mussten. Bis dahin hatte es nur Ausnahmen für einzelne Hofjuden gegeben. Die Juden

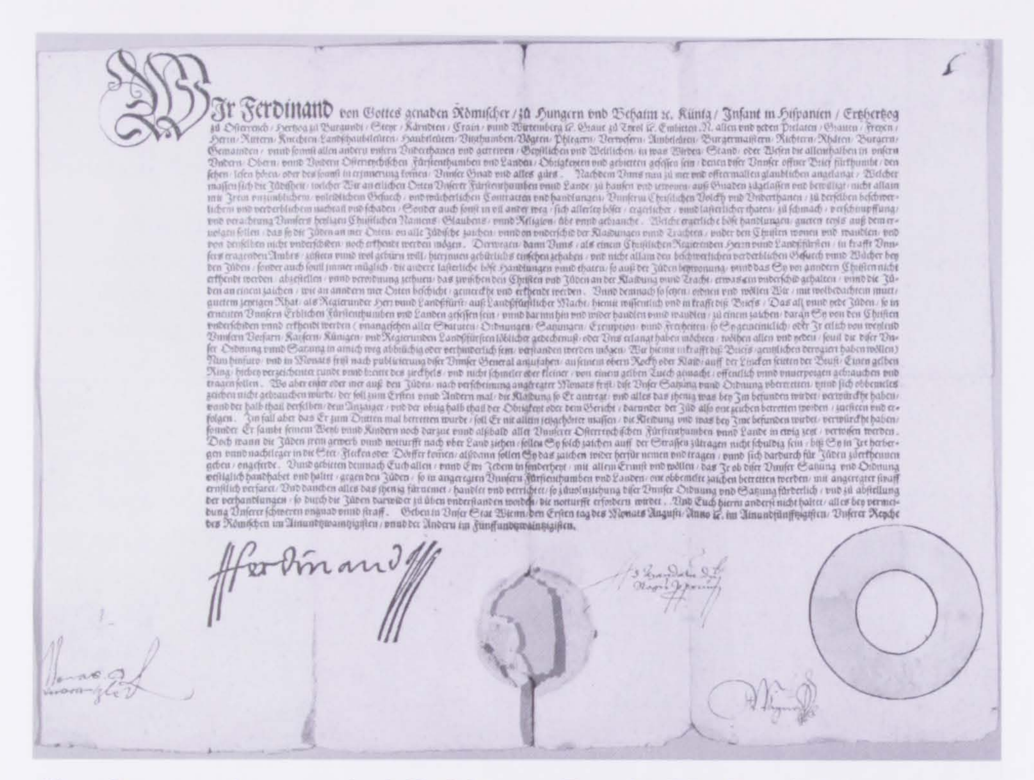

WIr Ferdinand von Gottes genaden Römischer / zu Hungern vnd Behaim rc. Künig / Infant in Hispanien / Ertzhertzog

Abb. 39: Patent vom 1. August 1551 über die Verpflichtung zum Tragen des »Gelben Rings« für Juden

Wiens durften unbehindert in der Stadt ein- und ausgehen, ihren Lebensunterhalt rechtmäßig verdienen, waren von der Einquartierungsverpflichtung für Kriegs- und Hofpersonal befreit und mussten nur die üblichen bzw. vereinbarten Steuern an die Stadt abliefern. Der Stadt wurde untersagt, weitere finanzielle Forderungen an die Juden zu stellen, wie sie auch keinen rechtlichen Zugriff auf die Juden hatte. Den Juden wurde ermöglicht, als Gemeinde mit den dazu notwendigen Institutionen und Personen ausgestattet zu leben. 1632 erhielten sie das Recht, ein Gefängnis im Getto zu errichten, wodurch ihnen die Möglichkeit zur Arretierung Einzelner auf Grund interner Konflikte gegeben wurde.[205]

Ein Herrscherwechsel bedeutete für die jüdische Bevölkerung immer eine Zeit der Unsicherheit, wie dies besonders deutlich unter Ferdinand III. wird. 1638 wurden alle Juden Wiens dem Magistrat unterstellt, dem Obersthofmarschall wurde jegliche Jurisdiktion über sie entzogen. Außerdem sollten die Juden nur noch zwei Geschäftsgewölbe in der Stadt behalten dürfen, um darin die Pfänder von Christen aufzubewahren. Diese Maßnahmen stellten sich jedoch bald als nicht zielführend heraus, und so gelang es den Juden im Lauf der nächsten Jahre, ihre ursprüngliche Rechtsstellung wiederherzustellen



Abb. 40: Grenzstein der Judenstadt von 1656, Depot des Historischen Museums der Stadt Wien

und sogar noch auszubauen.[206] Diese Rechte blieben, von Leopold I. 1659 bestätigt,[207] bis zur Ausweisung der Juden aus Wien 1669/70 erhalten.

Darlehen, Steuern, Kontributionen

Juden – Einzelpersonen wie ganze Gemeinden – erlangten für gewährte Kredite oder Kontributionszahlungen häufig die Ausstellung, Bestätigung oder Erweiterung von Privilegien und »erkauften« sich somit ihren Aufenthalt, ihre Erwerbsmöglichkeit und damit schlussendlich ihre Existenz. Deutlich wird dieser Zusammenhang mit einer Privilegienbestätigung Ferdinands III. für die Wiener Juden im Jahr 1652: Die Juden sagten die Übernahme eines Kredits, der auf der Burgvogtei Wels lag, in der Höhe von 80.000 Gulden inklusive der anfallenden Zinsen zu, auch eine einmalige Zahlung von 15.000 Gulden auf drei Raten innerhalb eines halben Jahres zur freien Disposition des Kaisers und den Verzicht auf noch ausstehende Rückzahlungen. Gleichzeitig wurde den Juden eine noch ausständige Zahlung von 3.000 Gulden nachgesehen. Ihnen wurde ausdrücklich erlaubt, die Weintäz und den Fleischkreuzer, Gebühren, die sie in der Gemeinde einhoben, zu verdoppeln, wie ihnen auch ein Moratorium auf zwei Jahre auf das Kapital aller bestehenden Gemeindeschulden – außer jenen Geldern, die sie dem Kaiser abzuführen schuldig waren – bewilligt wurde. Alle anderen Punkte des Dokuments enthalten Bestätigungen von bereits erworbenen Rechten bzw. zusätzliche Schutzbestimmungen.[208]

Für die Erblande und im speziellen Wien ist festzuhalten, dass erst ab den dreißiger Jahren des 17. Jahrhunderts einzelne Juden vermehrt als Kreditgeber herangezogen wurden, davor waren die finanziellen Möglichkeiten der meisten so beschränkt, dass größere Kredite kaum möglich waren.[209] Zu Beginn des Dreißigjährigen Kriegs war es vor allem die Tätigkeit einzelner Wiener Juden im Münzgeschäft, die sie für Ferdinand II. interessant machten. Er zog jedoch auch die gesamte jüdische Gemeinde Wiens als Geldgeber heran. Ein Beispiel: 1619 entstand die Idee, von den Juden ein Darlehen in der Höhe von 35.000 Gulden zu fordern. Nach Verhandlungen mit den Juden war kurz darauf »nur« noch von einer Kontribution in der Höhe von 20.000 Gulden die Rede. Bei Nichtbezahlung dieser Summen wurde den Juden mit der Ausweisung gedroht.[210] Dieses Beispiel zeigt die bis zur Erpressung gehende Vorgangsweise der kaiserlichen Behörden, sodass einzelne Darlehen nur unter großem Druck gewährt wurden bzw. dies soweit gehen konnte, dass »freiwillige« Geldgeschenke an den Kaiser geleistet werden mussten.

Generell lässt sich eine Entwicklung weg von Krediten hin zu regelmäßigen Kontributionen feststellen. Dies ist ein Ergebnis des steigenden kaiserlichen Finanzbedarfs und des Bedürfnisses, regelmäßige Geldeingänge verzeichnen zu können. Bis zur Übersiedlung in den Unteren Werd wie auch über die Jahre danach schweigen die Quellen über die Höhe bzw. generellen Zahlungen von regelmäßigen Steuern durch die Wiener Juden. Offenbar wurden ab 1629 jährlich 10.000 Gulden so genanntes Toleranzgeld von den Juden gefordert, welches jedoch nur teilweise bezahlt wurde, da sich nach Berechnungen der niederösterreichischen Kammer bis Herbst 1648 ein Außenstand von 58.798

Gulden ergeben hatte, welchen die Juden in das Hofzahlamt abführen sollten.[211] Die Summe von jährlich 10.000 Gulden blieb bis zur Ausweisung der Juden bestehen. Nach deren Abzug wurde die Zahlung dieser Summe von der Stadt übernommen. An die Stadt hatten die Juden jährlich 600 Gulden, an das Bürgerspital 400 Gulden abzuführen.[212]

Berechnungen im Rahmen der Suche nach Begründungen für die Ausweisung ergaben, dass die Juden jährlich 70.000 Gulden zu leisten hatten, die sich aus der großen Schuldenlast und den daraus resultierenden Zinszahlungen, zahlreichen Schenkungen und Bestechungsgeldern und weiteren Ausgaben zusammensetzten. Es wurde unterstellt, dass sie in Zukunft keinen finanziellen Nutzen mehr bringen würden. Tatsächlich bestand bei der Ausweisung aus Wien auf Grund der zahlreichen finanziellen Forderungen der vorangegangenen Jahrzehnte eine Schuldenlast auf Seiten der Juden von rund 100.000 Gulden. Diese wurden von der Stadt Wien übernommen, wofür sie die Gründe und Häuser im Unteren Werd erwerben konnte.[213]

Berufe und Handel

Der Haupterwerbszweig der Juden Wiens waren der Handel, daneben Geldgeschäfte und die Beteiligung an der Münzherstellung. Die Handelsprodukte waren höchst unterschiedlich, wobei sich gewisse Schwerpunkte feststellen lassen, so der Wein- und Viehhandel (vor allem Ochsen und Pferde), der Kauf und Verkauf von Tierhäuten und Fellen, wie auch der Handel mit Tuch, Wolle und Leinen. Wiederholt werden auch Luxusgüter wie Zobel oder Stoffe wie Taft, Atlas und Samt genannt.[214] Erwähnenswert ist die Tätigkeit der beiden Hof- und Landschaftsjuden Jakob Fränkl und Zacharias Mayer, die von 1633 bis 1666 als Tuchlieferanten für die niederösterreichischen Stände tätig waren, die diese Lieferungen als Teil der Soldzahlungen an die Soldaten an der Raaber Grenze wie auch an die Wiener Stadtguardia weiterleiteten.[215]

Kurz nach der Übersiedlung in das Getto erhielten die Wiener Juden ein umfangreiches Handelsprivileg, welches ihnen nicht nur den Handel in der Judenstadt, sondern auch in ihren bisherigen Verkaufsgewölben in der Stadt wie auch den Besuch öffentlicher Jahr- und Wochenmärkte erlaubte.[216] Nach dem derzeitigen Forschungsstand ist festzustellen, dass die Wiener Juden vorrangig im Regionalhandel tätig waren, wobei hier enge Kontakte zu Mähren, Böhmen und Ungarn bestanden. Diese Ausrichtung hing mit den familiären, gesellschaftlichen und religiösen Verbindungen in diese Gebiete zusammen. Eine Tätigkeit im Fernhandel konnte bisher für keinen Wiener Juden der Zeit bis 1670 nachgewiesen werden. Da Wien als Handelplatz keine überregionale Bedeutung hatte, besuchten Wiener Juden verstärkt die Marktorte Linz und Krems bzw. wahrscheinlich auch bedeutende Marktplätze in Böhmen und Mähren. Somit war Wien wohl weniger auf Grund seiner Bedeutung als Handelsplatz als vielmehr als kaiserliche Residenzstadt als Ansiedlungs- und Geschäftsort von Interesse.

Ein wesentlicher Erwerbszweig der Wiener Juden war der Handel mit »Pagament« (Bruchsilber), Silbergeschmeiden, Gold, Silber und Münzen. Diese Tätigkeit hing eng

mit der Münzproduktion zusammen. Eine Belieferung der Wiener Münze mit Edelmetallen durch Wiener Juden ist ab dem zweiten Jahrzehnt des 17. Jahrhunderts verstärkt festzustellen. Ab 1619 waren einzelne Juden als Münzverleger tätig, als sie von Graf Paul Sixtus Trautson, der seit 1615 das Recht auf eine eigene Münzstätte besaß, die Münze pachteten. Diese Geschäftsbeziehung endete mit dem Tod des Grafen 1621, doch konnte eine Gesellschaft von Wiener Juden von März 1621 bis Februar 1622 die Wiener Münzstätte in Pacht übernehmen. Danach wurde diese von dem bekannten Münzkonsortium um den niederländischen Bankier und Kaufmann Hans de Witte, dem auch der Prager Jude Jakob Bassevi angehörte, geführt. Wiener Juden waren danach als Lieferanten für diese wie auch andere Münzstätten tätig. An anderen Orten, so z. B. in Pressburg, waren sie auch wieder an der Münzherstellung beteiligt.[217]

Geldgeschäfte, hier vor allem Pfandleihe, blieben trotz immer wiederkehrender Restriktions- und Regulierungsversuche durch die Obrigkeit ein Hauptbestandteil der jüdischen Erwerbstätigkeit im 16. und 17. Jahrhundert. Die Darlehen einzelner Wiener Juden umfassten im 17. Jahrhundert Summen von wenigen Gulden bis zu mehreren 10.000 Gulden an Bürger, Adelige und den kaiserlichen Hof.[218] Jüdische Handwerker sind aus der Zeit bis 1670 kaum bekannt. 1621 wurde der Schneider Salomon Benedikt in die Hofjudenschaft aufgenommen. Er durfte sein Handwerk für die Bedürfnisse der Juden ausüben. Möglicherweise waren einzelne Juden als Goldschmiede oder Perlsticker tätig, auch gab es vereinzelt jüdische Mautpächter, so suchte der Wiener Hofjude Abraham Perlhefter, der bereits »mauthjud« zu Bruck an der Leitha war, 1622 um die Pachtung der Tabormaut an. 1627 wurde allerdings die Verpachtung von Mautstellen an Juden generell verboten.[219]

Abgesehen von Berufen im Zusammenhang mit Gemeindeinstitutionen, so der Rabbiner, der Gemeindeschreiber oder der Schächter, waren auch jüdische Ärzte, so z. B. aus den Familien Lucerna und Chalfan, in Wien tätig.

Leben in der Judenstadt

Die Juden Wiens dürften mit der Übersiedlung in die Judenstadt im Unteren Werd nicht unzufrieden gewesen sein, da sie dadurch nicht nur den dauernden Anfeindungen (von Seiten des Magistrats wie auch offenbar verbalen und körperlichen Attacken) entzogen waren, sondern auch Grund- und Hausbesitz erwerben sowie ein geregeltes und gesichertes Gemeindeleben führen konnten. So erhöhte sich die alltägliche Sicherheit für die Juden, auch wenn sie die schützenden Stadtmauern hinter sich ließen. Der Bau einer Mauer um die Judenstadt geht nicht auf einen der bisher bekannten Erlässe zurück, so ist vorstellbar, dass der Wunsch nach einer schützenden Mauer (mit nur einem Tor) von Seiten der Juden kam, die diese auch auf eigene Kosten erbauen ließen.[220]

Im Lauf der Zeit entstanden zwei Synagogen *(Abb. 41, S. 293)*, ein Studierhaus, zwei Gemeindehäuser, ein Gefängnis, ein Spital und zumindest ein rituelles Tauchbad (»Mikwe«). Der Friedhof in der Seegasse bestand weiterhin.[221] Die Judenstadt bestand

vorerst aus 14 Gebäuden, doch aufgrund des Bedarfs wurden bald darauf weitere Häuser und Gründe an die Juden verkauft. Bei ihrer Auflösung im Jahr 1670 standen 132 Häuser. Diese waren höchst unterschiedlich ausgestattet. Konnten sich die reichsten jüdischen Besitzer Stuckarbeiten und zumindest teilweise gemauerte Häuser leisten, so hatten die Ärmsten kleine, baufällige Häuser aus Holz.[222]

1601 hatten rund 80 Juden in der Stadt gelebt, 1615 waren es schon an die 300 Personen. Bis zur Übersiedlung in den Unteren Werd ist mit einem weiteren Zuzug von Juden nach Wien zu rechnen. In einem 1632 für die Judenstadt angelegten Grundbuch werden 120 Personen als Hausbesitzer genannt, somit ist von rund 600 Personen zu dieser Zeit auszugehen. Bei der Auflösung der Judenstadt wurden zuerst 1.346 Personen und bald danach eine Gruppe von rund 293 reichen Juden ausgewiesen.[223]

Über das Gemeindeleben in der Judenstadt ist relativ wenig bekannt. 1646 erhielten die Juden von Ferdinand III. die Bestätigung einer Gemeindeordnung, durch welche die Wahl der Richter- und sonstiger Ämter geregelt wurde,[224] doch bestand eine vergleichbare Ordnung mit Sicherheit schon davor. Von 1625 bis 1627 bekleidete der in Prag ausgebildete Jomtow Lipmann Heller das Amt des Rabbiners. Unter ihm entstand die administrative Ausgestaltung der Gemeinde.[225] Die Grabsteine einzelner Wiener Juden des 16. und 17. Jahrhunderts zeugen von Gelehrsamkeit, Wohltätigkeit, Arbeit und Bemühen für die Gemeinde.[226] Erwähnenswert sind die Kontakte zwischen Bewohnern der Judenstadt und Christen, als berühmtestes Beispiel ist hier Johann Christoph Wagenseil zu nennen, der unter anderem freundschaftlich mit dem Rabbinatsassessor Model Öttingen und dem Arzt der Gemeinde, Dr. Leo Winkler, verkehrte, wie er generell in der Judenstadt seine Kenntnisse der hebräischen Sprache wie auch sein Wissen über die jüdische Religion erweiterte.[227]

Verschiedene Kriminalfälle bzw. deren Auswirkungen erschwerten das Leben der Juden, so z. B. der Fall des böhmischen Juden Chazzim aus Engelberg, der sich nach seiner Taufe Ferdinand Franz Engelberger nannte und sich mit einem »Catholischen Wegweiser« als literarischer Judenmissionär versuchte. Nach einem von ihm gemeinsam mit zwei Juden durchgeführten Diebstahl in der kaiserlichen Schatzkammer sollte er mit dem Strang exekutiert werden. Da er am Tag seiner Hinrichtung sein christliches Bekenntnis widerrief und eine Hostienschändung gestand, wurde die Exekution unterbrochen. Ein Tumult entstand, in dessen Verlauf zahlreiche Juden erschlagen und Häuser in der Judenstadt geplündert wurden. Ferdinand Franz Engelberger wurde später nach einem ausgeklügelten Plan grausam hingerichtet.[228] Ein paar Jahre danach wurde ein Student am Betreten der Judenstadt durch einen Schuss der Wache gehindert, was einen erneuten Tumult auslöste. Das Getto wie auch die jüdischen Verkaufsgewölbe in der Stadt mussten über einen Monat lang auf Kosten der Juden mit 300 Mann streng bewacht werden.[229] Auch die Erschießung einer Jüdin durch einen unbekannten Reiter im Jahr 1651 löste Unruhe aus, da einzelne Juden als Täter angesehen und arretiert wurden. Der Fall wurde nie gelöst.[230] Ein letzter, die äußere Gefahr für die Juden Wiens verstärkender Vorfall war die Auffindung einer verstümmelten Frauenleiche in einer abgelegenen Pferdetränke in



Abb. 41: Thoravorhang aus dem 18. Jahrhundert

der Judenstadt im Mai 1665, durch welche die Volkswut erneut entfacht wurde und wiederum ein großes Wachaufgebot notwendig war, obwohl den Juden keinerlei Verschulden an diesem Mord nachgewiesen werden konnte.[231]

Auch innerhalb der Gemeinde kam es zu Schwierigkeiten, und zwar im Zusammenhang mit dem aus Langenlois stammenden, als eine Art Generalsteuereinnehmer fungierenden Hirschl Mayer. Er war für die Einhebung der Steuergelder von den in verschiedenen niederösterreichischen Orten lebenden Juden zuständig und an diesen Einnahmen prozentuell beteiligt. Offenbar kam es auf Grund seiner Tätigkeit wie auch seiner Sonderstellung zu häufigen Streitigkeiten innerhalb der Gemeinde, sodass er 1652 durch ein Privileg Ferdinands III. der jüdischen Gerichtsbarkeit entzogen und alleine dem Obersthofmarschall unterstellt wurde. Allerdings musste Hirschl Mayer weiterhin Zahlungen an die Gemeindekassa leisten, wie ihm auch zugestanden wurde, am jüdischen Gemeindeleben teilzunehmen. Eine Beteiligung an der Richter- und Ämterwahl wie auch die Ausübung eines Gemeindeamts wurden ihm jedoch untersagt. Fragen der Steuerquoten mussten vor dem Obersthofmarschall verhandelt werden.[232] Als ihm einige Jahre später hohe Unterschlagungen nachgewiesen werden konnten, sollten er und drei weitere Mittäter des Landes verwiesen werden, doch wurde mit der Begründung, dass Hirschl Mayer zu viel Kenntnis über Hof-, Militär-, Finanz- und Justizverhältnisse hätte, davon Abstand genommen.[233]

1630 war der Versuch unternommen worden, durch Judenbekehrungspredigten einzelne Juden zur Konversion zu überreden, doch auf Grund des Misserfolgs und der dadurch nicht zu rechtfertigenden Kosten wurden diese Predigten, die rund 200 Juden jeden Samstag in der Kirche der Barmherzigen Brüder anzuhören hatten, wieder eingestellt.[234] Auch rund 40 Jahre später, als die Juden nur durch einen Übertritt zum Katholizismus die Möglichkeit gehabt hätten, in Wien zu bleiben, wurde dieser Schritt nicht gewählt.[235] Am 26. Juli 1669 erging ein Ausweisungserlass an einen Großteil der Juden, die innerhalb von 14 Tagen ihre Geschäfte abschließen und daraufhin nach weiteren zwei Wochen die Stadt wie das gesamte Erzherzogtum Österreich unter der Enns verlassen sollten. Im Februar 1670 wurde ein weiterer Ausweisungsbefehl erlassen, von dem die übrigen noch in Wien verbliebenen Juden betroffen waren. Sie sollten bis zum 5. Juni desselben Jahres die Stadt und das Land verlassen haben.[236] Tatsächlich verließen die letzten Juden die Stadt am 24. Juli 1670 *(Abb. 42)*. Die Gründe für die Ausweisung waren vielfältig, von psychisch-religiösen Momenten über angebliche wirtschaftliche Vorteile bis hin zu einer starken antijüdischen Propaganda von Seiten der Stadt Wien. Obwohl die Juden versuchten, durch finanzielle Angebote diesen Schritt zu verhindern, war es ihnen nicht möglich, das Konglomerat von religiösen Begründungen, judenfeindlichen Vorurteilen und verfälschender Darstellung der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu entkräften.[237]

Die Häuser und Gründe wurden von der Stadt Wien übernommen, die Neue Synagoge wurde zur Leopoldskirche umgebaut und am 6. September 1671 eingeweiht. Die Alte Synagoge wurde einige Jahre später in die heute nicht mehr existierende Marga-



Abb. 42: Die Vertreibung der Juden aus Wien. Flugblatt »Jüdische Zeitung vom Marsch aus Wien und anderen Orten«, 1671

rethenkirche umgewandelt.[238] Der Friedhof in der Seegasse konnte durch die Zahlung von 4.000 Gulden von Seiten der Brüder Isak, Israel und Enoch Fränkel erhalten werden und wurde nach dem Wegzug der Juden von einem christlichen Friedhofswärter beaufsichtigt.[239]

Die gesamte Judenstadt wurde 1671 auf einen Wert von 216.219 Gulden und 26 Kreuzer geschätzt.[240] Der Verkauf der Häuser und Gründe zog sich allerdings über Jahre nach dem Abzug der Juden hin und blieb ein Verlustgeschäft für die Stadt Wien, wie überhaupt bald klar wurde, dass die Ausweisung aus rein wirtschaftlicher Sicht eine Fehlentscheidung gewesen war.

Jüdische Hoffaktoren in Wien bis 1740

Die Vertriebenen wandten sich in die angrenzenden Nachbarländer, so vor allem nach Mähren, aber auch Böhmen und Ungarn (Pressburg, Ofen, Eisenstadt). Einzelne gingen nach Bayern und in andere Orte des Reichs. Hier ist vor allem Brandenburg zu erwähnen, wo eine größere Zahl der reicheren Wiener Familien vom Kurfürsten aufgenommen wurde, die sich in Frankfurt/Oder und vor allem in Berlin niederließen.[241]

Im Sommer 1673 erstellte die Hofkammer ein Gutachten, aus dem hervorging, dass sich seit dem Abzug der Juden die wirtschaftliche Situation in der Stadt nicht verbessert,

sondern verschlechtert hätte, die von der Stadt übernommenen Judensteuern würden nicht pünktlich bezahlt, ein erheblicher Rückgang an verschiedenen Gebühren sei zu verzeichnen, der städtische Handel und das Handwerk hätten mit Verlusten zu kämpfen und die rasche Aufbringung von hohen Krediten sei nicht mehr möglich. Auch wenn die Argumentation der Hofkammer tendenziös wahrscheinlich übertrieben ist, so ist doch davon auszugehen, dass sich durch das Fehlen der Juden und ihrer Handels- wie Kredittätigkeit die wirtschaftliche Situation nicht, wie vor der Ausweisung von Seiten der Stadt Wien gegenüber der Inquisitionskommission dargestellt, verbessert hatte. Tatsächlicher Anlass für das positive Gutachten um Wiederaufnahme von zumindest reichen Juden in der Stadt waren Verhandlungen von einer Gruppe von Vertriebenen – unter ihnen Hirschl Mayer –, die für eine Rückkehr bereit waren, 300.000 Gulden zu bezahlen. Für notwendige Kriegsausgaben wären diese Gelder der Hofkammer sehr willkommen gewesen.[242] Die Verhandlungen mit den Juden dauerten bis 1675 an, führten jedoch nicht zum Erfolg. Ein wesentlicher Grund dafür dürften erste geschäftliche Kontakte des Hofs mit Samuel Oppenheimer gewesen sein. Der 1630 geborene Samuel Oppenheimer übersiedelte um die Mitte der siebziger Jahre des 17. Jahrhunderts nach Wien, wo er am Bauernmarkt, unweit der Peterskirche, wohnte. In seinem Haus lebten nicht nur Familienmitglieder, sondern auch Angestellte und Bedienstete mit ihren Familien. Samuel Oppenheimer machte sich durch seine umfangreichen Geschäfte als Hof- und Kriegsfaktor unentbehrlich, und es gelang ihm, Heereslieferungen in größtem Umfang abzuwickeln. Diese Tätigkeit brachte ihn jedoch auf Grund von Liefer- oder Zahlungsverzögerungen von Seiten Dritter – so war die Hofkammer ein sehr säumiger Zahler – in große Schwierigkeiten. Zahlreiche Geschäfte waren mit Verlusten verbunden. Nach seinem plötzlichen Tod 1703 kam es zu einer Finanzkrise, die durch die Verhängung des Konkurses noch verstärkt wurde, da damit jegliche bisher über Oppenheimer gelaufene Geschäftstätigkeit vorerst zum Erliegen kam.[243] Die Liquidation des Vermögens zog sich über Jahrzehnte hin, die Außenstände wurden mit 5 Millionen Gulden angegeben, ein Betrag, der sich mehr oder weniger mit den Außenständen der Hofkammer deckte. Trotzdem führte Emanuel Oppenheimer die Geschäfte seines Vaters weiter und konnte sogar nach anfänglichen Schwierigkeiten als »Oberfaktor und Jude« in die kaiserlichen Dienste und damit als Lieferant für die Hofkammer aufgenommen werden. Obwohl Samuel Oppenheimer die Annullierung aller Ansprüche des kaiserlichen Ärars an ihn erhalten hatte, wurde dies nach seinem Tod widerrufen, und schlussendlich wurde Emanuel mit einer Schuldenlast von 4.104.114 Gulden konfrontiert. Auf Grund dieser Forderungen geriet die Familie nach seinem Tod in erhebliche Schwierigkeiten, und seiner Witwe Judith gelang es 1723 gerade noch, die gänzliche Einziehung ihres Privilegs zu verhindern. Als sie 1738 starb, hinterließ sie ein Barvermögen von 10 Gulden und 38 Kreuzern.[244]

Neben Samuel Oppenheimer konnte sich – durch Heirat mit diesem verwandt und in dessen Privileg mit eingeschlossen – der aus Worms stammende Samson Wertheimer (1658–1724) in Wien etablieren, wo er sich 1684 niederließ *(Abb. 43)*. Da Samuel Op-

penheimer wie auch dessen Söhne Emanuel und Wolf geschäftlich viel unterwegs waren, vertrat Wertheimer das Oppenheimerische Haus in Wien. Es gelang ihm 1695, ein eigenes Privileg zu erwerben. Seine Geschäfte waren weder so risiko- noch so umfangreich wie jene Oppenheimers. Samson Wertheimer war vorrangig im Geldgeschäft tätig, so als Vermittler benötigter Kapitalien, oder auch als Initiator der Nutzung neuer Geldquellen, so war z. B. die Monopolisierung des polnischen Salzhandels seine Idee. 1703 wurde er zum Oberhoffaktor ernannt. Er genoss auf Grund seiner rabbinischen Gelehrsamkeit und Kompetenz hohes Ansehen nicht nur unter den Wiener Juden, sondern weit darüber hinaus. Am 4. Oktober 1693 wurde er von der Eisenstädter Gemeinde, um die er sich sehr verdient gemacht hatte, zum Ehrenrabbiner ernannt, auch seine Verbindungen zum Haus Esterházy waren sehr eng.[245] Abgesehen von eigenen Predigten und synagogalen Vorträgen hat er durch die Förderung von Gelehrten hohes Ansehen erlangt, so sah er in seinem Testament die Versorgung von 50 jüdischen Gelehrten und ihren Familien vor.[246] Samson Wertheimer wurde in dem für ihn ausgestellten Privileg 1703 als »von Uns privilegierter Rabbiner« in den Erbkönigreichen und -landen bezeichnet und übte offenbar eine innerjüdische Gerichtsbarkeit erster Instanz aus, was ihm 1721 jedoch ausdrücklich untersagt wurde.[247] Für Ungarn wurde diese Funktion Wertheimers allerdings nie in Frage gestellt. 1719 ernannte ihn Karl VI. zum ungarischen Landesrabbiner, der von seinem Eisenstädter Haus aus Recht sprach.[248]



Abb. 43: Samson Wertheimer

Die alleinige Rechtsgrundlage für die Ansiedlung von Juden in Wien nach 1670 waren an Einzelpersonen ausgestellte Privilegien, wie sie Oppenheimer und Wertheimer erhielten. In diese Privilegien miteingeschlossen waren zahlreiche Personen in Diensten oder im verwandtschaftlichen Verhältnis zu den Privilegieninhabern. 1696 wurden erstmals Schritte unternommen, die tatsächliche Anzahl der in Wien lebenden Juden zu erfassen. Oppenheimer und Wertheimer sollten angeben, welche Juden sich zu welchem Zweck in Wien aufhielten. Eine solche Spezifikation von 1699 listet neben den Haushalten von Samuel Oppenheimer und Samson Wertheimer 26 Personen auf, zum Teil mit Hinweis auf weitere Angehörige und Angestellte. Es werden auch drei Häuser genannt, in denen durchreisende Juden Unterkunft fanden.[249]

Ab dem Winter 1714/15 wurde über eine Judenordnung für Wien diskutiert, woraus sich ein in 17 Punkte gegliedertes Programm ergab: Die Ansiedlung in Wien war nur kapitalkräftigen Familien erlaubt, die »considerable Geldsummen« in stetem Umlauf halten konnten. Eine Kredittätigkeit für die kaiserlichen Finanzen war ebenso erforderlich wie die Möglichkeit *gleich ein Stuck Geld dem aerario gratis* zu geben. Geschäftlich tätig durfte nur der Haushaltsvorstand *(capo)* sein. Die Geschäftstätigkeit wurde genau bestimmt, so war z. B. der Detailhandel für Juden verboten. Zu den in einem Haushalt lebenden Personen war eine Liste (Namen, Aufenthaltsgrund, Tätigkeit) abzugeben, die bewilligt werden musste. Änderungen waren sofort bekannt zugeben. Der Haushaltsvorstand war für die in seinem Haushalt lebenden Personen verantwortlich. Die Aufenthaltsdauer für jede Familie wurde vorerst auf zehn Jahre festgelegt, vorbehaltlich von Änderungen durch den Kaiser.

Der Kaiser nahm alle Familien in seinen Schutz und Schirm. Die Juden sollten von allen Landesabgaben befreit und in Zöllen den Niederlegern gleich gestellt sein. Eine Gemeindebildung wurde untersagt, die Abhaltung von Gottesdiensten und sonstigen religiösen Handlungen gestattet, allerdings sollten sie »sine scandalo« ausgeübt werden, wie auch eine Ansiedlung möglichst weit entfernt von jeglicher Kirche erfolgen sollte. Generell sollten die Juden nah beieinander leben, nach Möglichkeit in einem Haus gemeinsam. Der Zuzug weiterer Juden wurde untersagt bzw. musste für den Aufenthalt eines Juden in der Stadt eine Erlaubnis eingeholt werden. Für jedes halbe Jahr war eine Visitation vorgesehen.[250]

Obwohl dieses Programm einer Judenordnung nie erlassen wurde, zeigt es doch deutlich die Intentionen der kaiserlichen Judenpolitik, und in späteren Dokumenten finden sich einzelne Punkte wieder. Gleichzeitig kam es zu einer Vereinheitlichung von Privilegien, die bald darauf an mehrere, bisher im Privileg Oppenheimers oder Wertheimers mitgenannte Personen ausgegeben wurden, bzw. erhielten Einzelne, die bisher nur auf Grund eines so genannten Indultums *(Gnadbrief)* in der Stadt gelebt hatten, nun auch ein eigenes Privileg: Zu nennen sind hier als Beispiele die Brüder Hirschl und Simon Michel, Wolf Schlesinger, Israel Brüll, Max Gumperts, Abraham und Hirschl Spitz sowie Marx Schlesinger.[251]

Nach Einzelerlässen, die das Leben der Juden einschränkten, wie einem Ausgehverbot am Sonntag vor 10 Uhr, einer Solidarhaftung aller Juden beim Ankauf gestohlener Waren durch einen von ihnen, einem Musik- und Tanzverbot und einer Beschränkung des Fischeinkaufs, wurde 1721 durch ein Dekret ein umfassender Regulierungsversuch unternommen. Darin wurde auch die Überlegung angestellt, ob – da Juden weder in der Tracht noch Kleidung von den Christen unterschieden werden konnten – eine Kennzeichnung möglich wäre.[252] 1723 kam es zu einem Versuch, die Juden in einem bzw. mehreren nahe beieinander liegenden Häusern unterzubringen, der sich auch in späteren Jahren wiederholte, jedoch nie gänzlich gelang.[253] Im selben Jahr wurde eine Judenordnung erlassen, die festlegte, dass ein Privilegieninhaber nur Kinder, Freunde oder Angestellte bei sich wohnen lassen durfte, die nicht verheiratet waren. Bediente und

Angestellte durften nur nach Bewilligung im Haus des Privilegierten leben, wie auch keine fremden Juden über Nacht aufgenommen werden durften. Christliches Personal war verboten, außer einem Kutscher, der allerdings jedes Jahr ersetzt werden musste. Christliche Angestellte in den Schreibstuben waren erlaubt, sofern sie nicht in Kost und Logis beim jüdischen Dienstherren waren. Geld- und Juwelengeschäfte wurden alleine dem Privilegieninhaber zugestanden, Handel jedoch war allgemein verboten. Eine Ausnahme gab es nur für jene, die ein dementsprechendes Privileg bezüglich Hoflieferungen hatten. Die Ausübung der Zeremonien wurde den Juden gestattet, allerdings in aller Stille. An Sonn- und Feiertagen durften sie nicht vor 10 Uhr das Haus verlassen. Wurde das »Venerabile« vorübergetragen, mussten die Juden die Straße verlassen, wie sie auch eine Prozession von ihren Fenstern aus nicht beobachten sollten. Es wurde auch festgelegt, wie viele Bediente und Hausgenossen jeder Privilegieninhaber bis zum Ablauf seines Privilegs in seinem Haushalt haben durfte. Dies ging von zehn bis 14 nicht verheirateten Personen bzw. durften die Angehörigen von Angestellten nicht in Wien wohnen.[254]

Bis zum Tod Karls VI. kam es weiterhin zu Diskussionen über die Anwesenheit der Juden in Wien bzw. Fragen ihrer Regulierung wie auch Überlegungen zur finanziellen Nutzung der Juden.[255] 1731 wurde bezüglich der Jurisdiktion entschieden, dass für die privilegierten Juden und ihre Familien der Obersthofmarschall, für fremde Juden jedoch die Niederösterreichische Regierung zuständig sei.[256]

Von der Regierungszeit Maria Theresias bis zum Toleranzpatent

Erst nach 1750 begann sich Maria Theresia intensiver mit ihren jüdischen Untertanen in Wien auseinander zu setzen. Bis dahin hatte sie die Judenpolitik ihres Vaters fortgeführt. Im Oktober 1752 erfolgte eine genaue Auflistung der in Wien lebenden Juden, welche eine Gesamtzahl von 452 Personen auf zwölf Haushalte verteilt ergab.[257] Im September des darauffolgenden Jahres wurde eine umfassende Judenordnung erlassen, die in ihren 33 Punkten im Wesentlichen alle bis dahin gemachten Bestimmungen wiederholte. Ausführlich wurde auf die Anwesenheit fremder Juden in der Stadt wie auch die Erfordernis von Passierzetteln für dieselben eingegangen. Der Besitz eines Grundstücks oder Hauses in oder vor der Stadt wurde ausdrücklich verboten; auch wurde angeordnet, dass die aktuelle Personenanzahl bzw. deren Veränderung in jedem Haushalt sofort zu melden war, wie auch vierteljährliche Visitationen in den jüdischen Haushalten angekündigt wurden. Auf ein kurz zuvor erlassenes Dekret bezog sich der letzte Punkt der Judenordnung, nämlich dass das Begräbnis Verstorbener innerhalb weniger Stunden nach deren Tod, wie es den jüdischen Gesetzen entsprach, verboten und wie bei Christen erst nach 24 Stunden erlaubt wurde.[258] Kurz zuvor war in einem eigenen Erlass ein Berufsverbot für jüdische Ärzte, Chirurgen, Apotheker, Bader und Hebammen ergangen.[259] In den folgenden Jahren wurden immer wieder Teilbereiche neuen Regelungs-

versuchen unterzogen, so die Frage der jüdischen Wohnungen, der Aufenthalt fremder Juden in der Stadt sowie Fragen der jüdischen Geschäftstätigkeit und ihrer Steuern.[260]

Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts waren von den Wiener Juden keine regelmäßigen Abgaben gefordert worden, allerdings hatten unregelmäßige Forderungen kurz nach dem Tod Samuel Oppenheimers eingesetzt. 1753 wurde eine Steuerleistung von 14.000 Gulden festgelegt, die allerdings ein Jahr später bereits auf 8.000 Gulden und danach noch einmal reduziert wurde. Neben diesem so genannten Toleranzgeld fielen weitere Abgaben an, so z. B. eine Sterbetaxe (zwei Kreuzer pro Gulden des Vermögens), eine Sperrgebühr für die schriftliche Aufnahme des Vermögens, eine Testamentspublizierungsgebühr oder eine Einantwortungsgebühr. Gerade in der Regierungszeit Maria Theresias wurden zahlreiche Ideen zur Einführung neuer Abgaben entwickelt, von denen allerdings nur ein Teil umgesetzt wurde. In der Universaltaxordnung von 1766 wurde festgelegt, dass für die Bewilligung, sein Gebet zu Hause verrichten zu dürfen, 24 Gulden pro Jahr zu zahlen waren, für die Erlaubnis einer gemeinsamen Thoralesung 50 Gulden.[261]

Die Geschäftstätigkeit der Juden war trotz zahlreicher Beschränkungen vielfältig. Die bereits erwähnte Beschäftigung als Heeres- und Hoflieferanten, die mitunter eine nahezu monopolartige Stellung nach sich zog, ging bis in die dreißiger Jahre des 18. Jahrhunderts stark zurück und wurde abgelöst von der Beteiligung von Juden am Aufbau staatlicher Gesellschaften in Handel und Produktion. Als Beispiel ist hier Diego d'Aguilar zu nennen, der das Tabakmonopol pachtete und die Einnahmen auf das Zehnfache zu steigern vermochte. Generell war das Pachtgeschäft relativ einträglich. Das in der Judenordnung von 1753 ausdrücklich für Juden erlaubte Wechselgeschäft wie auch der Juwelenhandel verloren an Bedeutung, wie auch Kreditgeschäfte keine großen Erträge mehr abwarfen, da der Zinssatz auf 4 % beschränkt worden war. Ab dem Beginn der sechziger Jahre wurde vor allem die Tätigkeit der Juden im Bereich von Fabriksgründungen und der Errichtung von Handelsfirmen gefördert. Großhandel als Betätigungsfeld für Juden wurde, nachdem es dazu erste Ansätze unter Karl VI. gegeben hatte, die Maria Theresia anfänglich nicht weiterverfolgte, nun unterstützt, und so erhielten einige Wiener Juden umfangreiche Handelsprivilegien für inländische Waren, wie auch in Ausnahmefällen mit ausländischen Gütern gehandelt werden durfte. Ein spezieller Bereich des Handels war jener der Edelmetalllieferanten. Auf Grund fehlender Rohstoffvorkommen versorgten so genannte »Münzjuden« die Wiener Münzstätte mit Silber. Neben den genannten Tätigkeiten der Haushaltsvorstände und den dafür bei ihnen Angestellten gab es in den jüdischen Haushalten häufig Bedienstete für Erziehungs-, Bildungs- wie auch rituelle Aufgaben (Lehrer, Kantoren, Schächter) und solche zur Versorgung des Haushalts.[262]

Nachdem 1754 erneut ein Versuch, die Juden zu separieren, erfolglos abgebrochen worden war, kam es zwischen 1766 und 1772 zu nochmaligen Planungen, die Juden in einer eigenen Judenstadt unterzubringen. Obwohl bereits Grundrisse gezeichnet worden waren, nahm man davon auf Grund der Kosten schlussendlich Abstand. Jenen Juden, die nicht gemeinsam mit Christen wohnten, wurde erlaubt in diesen Häusern zu

verbleiben, jene sechs Familien, auf die dies nicht zutraf, wurden umgesiedelt. Allerdings gab es Ausnahmen für einzelne Familien, wie z. B. die des Isaak Arnsteiner.[263]

Der Lebensstil der (begüterten) Juden unterschied sich in vielem nicht von dem der finanziell gleich ausgestatteten Christen im barocken Wien, sei es in der Ausstattung ihrer Wohnungen oder auch in der Kleidung. Aus den Verlassenschaften Einzelner ist bekannt, dass sie nicht nur Silber- und Goldgegenstände (darunter auch zahlreiche religiöse Gegenstände), sondern auch modernes, der Zeit entsprechendes Mobiliar und Geschirr verwendeten, wie Einzelne auch im Besitz eines so genannten »Hofkleids« waren, das der allgemeinen Mode bzw. den Hofvorschriften entsprach, sodass eine äußerliche Unterscheidung zu adeligen Kavalieren und anderen christlichen Geschäftspartnern kaum mehr möglich war.[264]

Das Problem der Nichterkennbarkeit von Juden wurde anlässlich der Beratungen für die Judenordnung von 1764 diskutiert, und es gab Pläne, dass nicht verheiratete Juden einen Hut mit einem gelben Band tragen sollten, wie ihnen auch der Besuch von Theatern, Kaffee- und Gasthäusern sowie Tanzlokalen verboten werden sollte. Davon blieb nur die Bestimmung, dass verheiratete Juden oder Witwer Bärte tragen mussten. Generell wiederholte diese neuerliche Judenordnung zahlreiche bereits davor erlassene Punkte. Deutlich wird, dass nur Juden in der Stadt wohnen durften, die über ein entsprechendes Vermögen verfügten, welches sie in einer Vermögensspezifikation offen legen mussten. Noch einmal wurde versucht, die Anwesenheit der Familien Angestellter zu beschränken wie überhaupt die Frage der verheirateten Familienmitglieder und Bediensteten zu regeln. Eine etwaige innerjüdische Rechtsprechung wurde nochmals ausdrücklich untersagt.[265] Trotz dieser neuen Regelungen gelang es nicht, das jüdische Leben in der Stadt gänzlich zu kontrollieren. Weiterhin hielten sich fremde, nicht gemeldete Juden in der Stadt auf, so wie nach wie vor zusätzlich Verwandte und Freunde bei Tolerierten Unterkunft fanden. Manche verschafften sich türkische Pässe, da Untertanen des Osmanischen Reichs nach den Bestimmungen des Friedens von Passarowitz der dauernde Aufenthalt in Wien gestattet war, was auch die Juden aus diesem Gebiet betraf.[266] Auch neuerliche Regulierungsversuche – z. B. die bereits erwähnte Separierung der Juden – führten nicht zum gewünschten Erfolg. Die Anzahl der dauerhaft in der Stadt lebenden und damit gemeldeten Juden nahm allerdings im Verlauf der Jahre nicht weiter zu; so waren 1767 594 Personen gezählt worden, 1777 waren es 520.[267]

Eine Gemeindebildung der in Wien lebenden Juden war bis in das 19. Jahrhundert hinein nicht erlaubt, allerdings lassen sich einzelne Elemente einer gemeindeähnlichen Organisation feststellen. Durch die kaiserlichen Erlässe waren sowohl die Erbauung einer Synagoge, die ja nicht nur Ort der Gottesdienste, sondern auch Versammlungsort war, wie auch die Ausübung der innerjüdischen Gerichtsbarkeit untersagt. Allerdings wurden Ehe- und Erbangelegenheiten häufig nach jüdischem Recht entschieden, was darauf hinweist, dass es Kenner des jüdischen Rechts am Hof gab. An »Gemeindeinstitutionen« existierten der Friedhof in der Rossau wie auch ein Spital. Der nach der Vertreibung 1670 von den Brüdern Fränkel gekaufte Friedhof war 1696 von Samuel Oppenheimer über-

nommen worden, dessen Erben bis 1794 im Besitz desselben blieben. 1698 ließ er ein Spital auf dem Friedhofsgelände erbauen, welches nicht nur als Ort für Kranke, sondern auch als Herberge für zugereiste Arme genutzt wurde (»Hekdesch«). 1723 ließen die Juden Wiens ein neues Spital an derselben Stelle erbauen. Abgesehen von Beträumen in den Häusern einzelner Privilegierter gab es offenbar im Haus des ungarischen und mährischen Landesrabbiners Berusch Eskeles eine nicht nur für die im Haus lebenden Juden verwendete Synagoge; sie dürfte mehr oder weniger als Gemeindesynagoge gedient haben. Die Gründung einer »Chewra Kadischa« (Beerdigungsbrüderschaft) 1763 ist als Vorstufe einer Gemeindebildung zu interpretieren, da hiermit ein institutioneller Rahmen für eine jüdische Gemeinschaft geschaffen wurde. Den vorrangig jungen Gründern ging es vor allem um die Erneuerung der jüdischen Tradition.[268]

War es der den Juden nicht freundlich gesinnten Maria Theresia, die sie als »Pest«[269] bezeichnete, noch 1778 um eine Verminderung und nicht Vermehrung[270] derselben gegangen, so war Joseph II. vor allem an einer ökonomischen Nutzung der jüdischen Geschäftstätigkeit für das Staatswesen interessiert,[271] wie es ihm generell um die Schaffung eines zentralistischen und vereinigten Staatsgebildes ging. Das Toleranzpatent vom 2. Jänner 1782 leitete den Weg zu einer allgemeinen Gleichstellung der Juden ein, stellte jedoch auch deren religiöse und säkulare Identität in Frage.[272] Mit den 25 Paragraphen wurden zahlreiche diskriminierende Verordnungen aufgehoben, so Handels-, Wohn- und Bildungsbeschränkungen. Juden durften ab dem Erlass des Toleranzpatents Hochschulen und Universitäten besuchen, jeglichen Handel und jegliches Handwerk ausüben, überall in der Stadt wohnen, Dienstboten nach Bedarf einstellen und öffentliche Lokale besuchen. Auch die Ausgangssperre an Sonn- und Feiertagen, die 1764 mit 12 Uhr festgelegt worden war, wurde aufgehoben, ebenso Verpflichtungen nach einer jüdischen Tracht und die bis dahin von Juden zu zahlende Leibmaut. Gleichzeitig sollte es zu einer Angleichung jüdischer Institutionen kommen, so hatten sich jüdische Erziehungseinrichtungen an den christlichen zu orientieren, wie es in der Folge des Toleranzpatents dann auch zu Angleichungen im Zivilrecht kam. Eine Zunahme der Zahl von Juden in der Stadt war jedoch nicht gewünscht wie auch die Bildung einer Gemeinde weiterhin untersagt blieb. In Niederösterreich durften sich Juden nur ansiedeln, wenn dies zum Zweck der Errichtung einer Fabrik oder der Ausübung eines nützlichen Gewerbes geschah. Das den Juden schon davor von Karl VI. wie auch Maria Theresia angebotene »Gegengeschäft« blieb somit erhalten: Aufenthaltsgenehmigung gegen die Ausübung einer nutzbringenden Tätigkeit für den Staat.[273]

Anmerkungen

1 Gutkas, Österreichs Städte, 87 f.

2 Weigl, Residenz, 49 f.

3 Otruba, Untersuchungen, XXXIV.

4 Goehlert, Historisch-statistische Notizen, 183.

5 Stekl, Hausrechtliche Abhängigkeit, 302.

6 Vgl. Lichtenberger, Altstadt, 13; vgl. dazu die Beiträge von Friedrich Polleroß (S. 453 ff.) und Andreas Weigl (S. 109 ff.) in diesem Band.

7 Zu den Schätzungen der Bevölkerungszahlen vgl. unter anderem Klein, Bevölkerung, 93, sowie zuletzt Weigl, Residenz, 31 f.

8 Vgl. dazu den Beitrag von Josef Pauser in diesem Band, S. 47 ff.

9 Zu den Hofämtern und ihren Aufgaben vgl. Duindam, Court, 24 ff., bes. 28–32.

10 Vgl. Perger, Adel, 271.

11 Hengerer, Adelsintegration, 26.

12 Hengerer, Adelsintegration, 26.

13 Vgl. dazu auch Hengerer, Zeremoniell, 276.

14 Hengerer, Adelsintegration, 26.

15 Hengerer, Adelsintegration, 29.

16 Vgl. Winner, Vertrag, 180 ff.; sowie Baltzarek, Steueramt.

17 Vgl. Perger, Adel, 274, sowie Hengerer, Adelsgräber, 250 ff.

18 Dibble, Architecture, 192; Haider, Verlorenes Wien, 11.

19 Zu Markus Beck vgl. Möschl, Markus Beck.

20 Tersch, Selbstzeugnisse, 226.

21 Vgl. Beck, Hieronymus Beck; Hormayr, Reisende.

22 Zur Geschichte der Familie Beck und ihrer Familienchronik vgl. Tersch, Selbstzeugnisse, 226–234; zur Chronik vgl. auch Lind, Chronik.

23 Tersch, Selbstzeugnisse, 231.

24 Tersch, Selbstzeugnisse, 231.

25 Vgl. Schimetschek, Landleben.

26 Vgl. Tersch, Selbstzeugnisse, 241.

27 Vgl. dazu Becker, Tagebuch.

28 Tersch, Selbstzeugnisse, 246.

29 Tersch, Selbstzeugnisse, 247.

30 Vgl. dazu den Abschnitt von Friedrich Polleroß in diesem Band, S. 453 ff.

31 Stögmann, Staat, 496.

32 Zur Geschichte der Familie Jörger vgl. Wurm, Jörger; zu ihrer Chronik Wilfingseder, Aufzeichnungen; Coreth, Geschichtsschreibung; Thurn und Taxis, Chronik; weiters allgemein zu ihrer Bedeutung für die Geschichte Oberösterreichs Haider, Oberösterreich; zu ihrer Rolle im Rahmen des Protestantismus vgl. Reingrabner, Evangelium.

33 Vgl. Stögmann, Staat, 518.

34 ÖStA-AVA, Familienarchiv Harrach, Karton 837 (9. September 1624).

35 ÖStA-AVA, Familienarchiv Harrach, Karton 350, TZ 15. April 1677.

36 Vgl. Weigl, Residenz, 42; Winkelbauer, Fürst, 39 f.

37 Weigl, Residenz, 42. Zur Abnahme der Zahl der Bürgerhäuser vgl. auch Fliedl, Lage, 71; Lichtenberger, Altstadt, 101.

38 Klingenstein, Kaunitz.

39 Stichweh, Staat, 71.

40 Vgl. Pils, Schreiben; Pils, Stadt/Raum; Pils, Tagzettel.

41 Vgl. Pils, Identität; Pils, Hof/Tratsch.

42 Zur Geschichte des Rückkaufs vgl. Pils, Stadt/Raum, 52–55.

43 Vgl. Vocelka, Glanz, 228 f. Im 19. Jahrhundert wurde die umliegende architektonisch gestaltete Landschaft im Zuge der »Romantisierung« allerdings wieder zerstört.

44 Beispiele dafür bietet der Abschnitt »Letzter Glanz der feudalen Welt« in Vocelka, Glanz, 222–234.

45 Winkelbauer, Fürst, 410; vgl. auch Fidler, Architektur, 257–383.
46 Vgl. dazu auch Pircher, Verwüstung; Kraus – Müller, Palais.
47 Vgl. Pils, Stadt/Raum, 91 ff.
48 Vgl. Pils, Stadt/Raum, 122 ff.; sowie ÖStA-AVA, Familienarchiv Harrach, Karton 770.
49 ÖStA-AVA, Familienarchiv Harrach, Karton 770.
50 ÖStA-AVA, Familienarchiv Harrach, Karton 770.
51 Pons, Herrschaftsrepräsentation, 308.
52 Vgl. dazu seinen Projektbericht Hengerer, Zeremoniell.
53 Hengerer, Adelsintegration, 32 f.
54 Vgl. Hengerer, Adelsgräber. In seinem Beitrag geht er systematisch auf die Erbbegräbnisse in den einzelnen Wiener Kirchen ein.
55 Vgl. dazu Pils, Frauen.
56 Hengerer, Adelsintegration, 31.
57 Vgl. Tersch, Kategorisierung des Blicks.
58 Vgl. Vocelka, Glanz, 222 ff.
59 Landsteiner, Weinbau, 174 f.; Goehlert, Historisch-statistische Notizen, 183.
60 Weigl, Residenz, 55.
61 Pezzl, Skizze, 150.
62 Eigene Berechnungen nach WStLA, Totenbeschauprotokolle 1650, 1660; Schwarz, Ghetto, 265 f., 287–290.
63 Eigene Berechnungen nach dem Nützlichen Adreß- und Kundschaftsbuch, 50–62.
64 Lichtenberger, Altstadt, 120.
65 Siehe *Fig. 20* (S. 204).
66 Walter, Beiträge, 54–56.
67 Lichtenberger, Altstadt, 105–110.
68 Siehe *Fig. 20* (S. 204).
69 Lichtenberger, Altstadt, 65.
70 Ehmer, Produktion, 130.
71 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 51.
72 Ehmer, Soziale Traditionen, 231.
73 Zatschek, 550 Jahre, 128, 130; Menzel, Buchbinder, 110.
74 Zatschek, Handwerker Wiens, 35.
75 Menzel, Buchbinder, 82 f., 105 ff.
76 Steiner, Bader, 125 ff.
77 Zatschek, Handwerker Wiens, 35.
78 Ehmer, Soziale Traditionen, 231.
79 Wagner, Kleingewerbe, 145.
80 Dafür entscheidend war der Lehr- und nicht der Geburtsort. Vgl. dazu Steidl, Regionale Mobilität, 255 f.
81 Mitterauer, Familienbetriebliche Struktur, 209, 212.
82 Mitterauer, Familienbetriebliche Struktur, 213.
83 Bucek, Seidenfabrikanten, 36.
84 Buchner, Störer, 125.
85 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 144 f.; Ehmer, Worlds of mobility, 179–182; Altfahrt, Unbefugte Schneider, 17, 22.
86 Ehmer, Soziale Traditionen, 214 f., 236, 244 f.
87 Mitterauer, Familienbetriebliche Struktur, 216.
88 Mitterauer, Familienbetriebliche Struktur, 217.
89 Wagner, Kleingewerbe, 140 f.

90 Thiel, Gewerbe, 446 Anm. 10.
91 Bucek, Seidenfabrikanten, 65.
92 Wagner, Kleingewerbe, 141.
93 Mitterauer, Familienbetriebliche Struktur, 218.
94 Wagner, Kleingewerbe, 128.
95 Ressel, Archiv, 15.
96 Altfahrt, Handwerksmißbräuche, 26 f.
97 Ressel, Archiv, 45.
98 Ehmer, Soziale Traditionen, 141.
99 Wagner, Kleingewerbe, 129.
100 Ehmer, Soziale Traditionen, 32; Altfahrt, Unbefugte Schneider, 19, 23.
101 Kretschmer, Handwerkerfrauen, 189 f.
102 Bräuer, Bettler, 129–133.
103 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 177.
104 Wagner, Kleingewerbe, 127.
105 Bucek, Seidenfabrikanten, 120.
106 Bräuer, Bettler, 129.
107 Bucek, Seidenfabrikanten, 136; Klose, Lage, 134–141, 158 f.
108 Eigene Berechnungen nach WStLA, Totenbeschauprotokolle 1650, 1660; Schwarz, Ghetto, 265 f., 287–290.
109 Eigene Berechnungen nach Griehbaum, Beiträge, 100–105.
110 Eigene Berechnungen nach Griehbaum, Beiträge, 106–115; Steiner, Tote der Leopoldstadt.
111 Eigene Berechnungen nach Trauungsmatrikeln in 16. Jahrhundert, 3–20.
112 Eigene Berechnungen nach Trauungsmatrikeln im 16. Jahrhundert, 3–20; Pfarre St. Stephan, Heiratsmatriken Tom. 15; Griehbaum, Beiträge, 215–269.
113 Exemplarisch dazu Trauungsmatriken im 16. Jahrhundert; Pfarre St. Stephan, Trauungsmatriken Tom. 15.
114 Weigl, Residenz, 74.
115 Stekl, Unterschichten, 296.
116 Bräuer, Bettler, 75.
117 Bräuer, Bettler, 54; Just – Pils, Randgruppen, 9, 11; Fischer-Martin – Fischer, Blumen, 101.
118 Stekl, Gesellschaftliche Außenseiter, 224.
119 Weiss, Geschichte der Stadt Wien 2, 237 f.
120 Bräuer, Bettler, 49–51; Tomek, Kirchliches Leben, 324.
121 Eigene Berechnungen nach WStLA, Totenbeschauprotokolle 1650, 1660, und Bräuer, Bettler, 87 f.
122 Stekl, Zucht- und Arbeitshäuser, 62 f.; Bruckmüller, Monarchie, 112 f.; Csendes, Strafgerichtsbarkeit, 103–119.
123 Vgl. Pils, Stadtguardia.
124 Just – Pils, Randgruppen, 11.
125 Bräuer, Bettler, 52.
126 Eigene Berechnungen nach Bräuer, Bettler, 166 f.
127 Bräuer, Bettler, 199.
128 Stekl, Gesellschaftliche Außenseiter, 226.
129 Komlosy, Selektion, 565 f., 569 f., 574, 576.
130 Just – Pils, Randgruppen, 12.
131 Bräuer, Bettler, 235.
132 Stekl, Unterschichten, 301.
133 Bräuer, Bettler, 129 f., 134.
134 Bucek, Seidenfabrikanten, 19.

135 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 185.
136 Ehmer, Handwerksgesellen, 69.
137 Meissl, Harte Zeiten, 94.
138 Thiel, Gewerbe, 452.
139 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 185.
140 Feldbauer, Kinderelend, 47.
141 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 186–188.
142 Bucek, Seidenfabrikanten, 48 f.
143 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 198 f.
144 Hülber, Arbeitsnachweise, 14, 34.
145 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 180.
146 Wagner, Kleingewerbe, 121.
147 Altfahrt, Handwerksmißbräuche, 17 f.
148 Wagner, Kleingewerbe, 122.
149 Hülber, Arbeitsnachweise, 33.
150 Wagner, Kleingewerbe, 124.
151 Prochaska, Schmiedehandwerk, 302.
152 Hülber, Arbeitsnachweise, 22 ff., 29.
153 Codex Austriacus I, 279.
154 Hülber, Arbeitsnachweise, 25–29.
155 Prochaska, Schmiedehandwerk, 303.
156 Zatschek, Handwerk und Gewerbe, 111–116; Baryli, Wiener Innungen, 91 f., 94–96, 102.
157 Zur Geschichte des Bürgerspitals bis zur Ersten Türkenbelagerung 1529 vgl. Pohl-Resl, Bürgerspital.
158 Vgl. Pohl-Resl, Bürgerspital, 189 f.
159 Pohl-Resl, Bürgerspital, 189.
160 Weiss, Armenversorgung, 268–278.
161 Zur Familie Harrach vgl. den Beitrag in diesem Band (S. 249 ff.).
162 ÖStA-AVA, Familienarchiv Harrach, Karton 350, TZ 6. April 1677.
163 Vgl. Stekl, Zucht- und Arbeitshäuser.
164 ÖStA-AVA, Familienarchiv Harrach, Karton 350, TZ 18. März 1677.
165 ÖStA-AVA, Familienarchiv Harrach, Karton 350, TZ 22. März 1677.
166 Vgl. Pils, Hühneraugen.
167 WStLA, HAA 5/1621 Jänner 13.
168 Vgl. Dinges, Pestbekämpfung, sowie Dinges, Pest und Staat.
169 Senfelder, Sanitätswesen, 59.
170 Kinzelbach, Gesundbleiben, 225; vgl. dazu auch Labisch – Vögele, Stadt und Gesundheit, 406, sowie Bergolt, Pest.
171 NÖLA, Regierungsarchiv, Kaiserl. Patente, 1540 Jänner 2.
172 Vgl. dazu Senfelder, Wiener Stadtphysikat.
173 Senfelder, Sanitätswesen, 55.
174 Eigene Berechnungen nach Pfarre St. Stephan, Trauungsmatriken Tom. 15.
175 Bräuer, Bettler, 128.
176 Kretschmer, Handwerkerfrauen, 132–135.
177 Pils, Liebe und Sexualität, 409.
178 Bastl, Tugend, 156.
179 Kretschmer, Handwerkerfrauen, 214 f.
180 Pils, Liebe und Sexualität, 413.
181 Abraham a Sancta Clara, Centi-Folium Stultorum, 33.

182 Pils, Liebe und Sexualität, 400.

183 Seidler, Idealbild, 93, 97.

184 Hartmann, Erinnerungen, 46 f.

185 Mitterauer, Familie und Arbeitsteilung, 286.

186 Ehmer, Soziale Traditionen, 55.

187 Weigl, Demographischer Wandel, 303 f.

188 Fischer-Martin – Fischer, Blumen, 98.

189 Mitterauer, Urbanisierung, 85.

190 Weigl, Demographischer Wandel, 298.

191 Weigl, Demographischer Wandel, 285.

192 Ehmer, Geschichte der Familie, 10 f.

193 Zum Ablauf der Geschehnisse vgl. Goldmann, Geserah, 112 ff., Krauss, Geserah 95 ff., Lohrmann, Judenrecht, 298 ff., und Lohrmann, Juden, 155 ff.

194 Hödl, Suche, 293–295, ebd., 293, auch der Fall des Mändl von Zistersdorf, und HHStA, Österreichische Akten, Niederösterreich, Fasz. 5 (1560–1562), fol. 242r–242v: Erlaubnis für die Witwe Kauffman, länger in Wien zu bleiben.

195 Hödl – Staudinger, Juden.

196 Zu den Darstellungen der Zeit von 1570 bis 1625 inkl. ausführlicher Literatur- und Quellenangaben vgl. Hödl, Juden in Österreich, 132–182. Die Erkenntnisse aus dieser unveröffentlichten Arbeit werden gemeinsam mit neuen Forschungen für die Zeit bis 1670 als Band II der Geschichte der Juden in Wien, hg. vom Institut für Geschichte der Juden in Österreich, erscheinen. Weiters sei an dieser Stelle auf folgende, zum Teil veraltete Literatur zur Geschichte der Juden in Wien verwiesen: Bato, Juden; Gold, Geschichte; Grunwald, Juden in Wien; Grunwald, Vienna; Frankl, Geschichte; Kaufmann, Vertreibung; Messing, Beiträge; Přibram, Urkunden; Schwarz, Geschichte; Tietze, Juden; Vielmetti, Beginn; Wachstein, Inschriften; Wertheimer, Juden; Wolf, Ferdinand II., Wolf, Geschichte, Wolf, Juden, Wolf, Juden in der Leopoldstadt.

197 Zur Rechtsstellung der Juden im 16. und 17. Jahrhundert vgl. Staudinger, Juden, 105–138, mit Angabe von grundlegender und weiterführender Literatur. Eine Veröffentlichung der Arbeit ist geplant. Speziell zur Rechtsstellung in Österreich unter der Enns im 16. und frühen 17. Jahrhundert vgl. auch Hödl, Juden in Österreich, 26–62.

198 Přibram, Urkunden 1, 1–2, Nr. 1.

199 Přibram, Urkunden 1, 10–12, Nr. 5. Angaben weiterführender Literatur zur Thematik bei Staudinger, Privilegien, 33, Anm. 16.

200 Vgl. Přibram, Urkunden 1, 5–6, Nr. 2 (17. 11. 1543); 8–9, Nr. 3 (31. 1. 1544); 9, Nr. 4 (1546); 15–16, Nr. 7 (2. 1. 1554); 21–23, Nr. 11 (2. 3. 1565); 31–33, Nr. 17/II (1. 12. 1572); 36–37, Nr. 20 (24. 2. 1585); 39, Nr. 23 (5. 2. 1600); 44–45, Nr. 28 (30. 9. 1611, unbefreite Juden).

201 Wucherverbot 31. 10. 1567, Přibram, Urkunden 1, 23–24, Nr. 12 und 12. 6. 1568; ebd., 24–25, Nr. 13. Vgl. dazu auch Hödl, Juden in Österreich, 37–41.

202 Zur Terminologie, Geschichte und Diskussion zu den Hofjuden vgl. Staudinger, Privilegien, 21–27, welche für die Zeit bis 1650 den Begriff des »frühen Hofjudentums« einführt. Der erste Wiener Jude, der im Besitz einer solchen Hofbefreiung gewesen sein dürfte, war Veit Munk (Samuel Phöbus Theomim). Vgl. hierzu Hödl, Juden in Österreich, 44–45.

203 Vgl. Staudinger, Privilegien, 21.

204 Přibram, Urkunden 1, 84–88, Nr. 52.

205 Ebd., 113–116, Nr. 72, und ausführlicher dazu auch Gröbl – Hödl – Staudinger, Steuern, 175–177.

206 Gröbl – Hödl – Staudinger, Steuern, 177–179, mit Hinweisen zu den Quellen.

207 Přibram, Urkunden 1, 179–186, Nr. 103.

208 Ebd., 159–165, Nr. 98.

209 Vgl. dazu ausführlicher Hödl – Staudinger, Juden.

210 Vgl. Gröbl – Hödl – Staudinger, Steuern, 160. Weitere Beispiele zur Vorgangsweise der Behörden gegenüber den Juden ebenda, sowie bei Hödl, Juden in Österreich, und bei Hödl – Staudinger, Juden. Hier auch Ausführlicheres zu den folgenden Darstellungen.

211 HKA, NÖK, Bd. 291 R (1648), fol. 352r, 357v und 394v–395r.

212 Přibram, Urkunden 1, 99–102, Nr. 61. Siehe zu diesem Abschnitt auch Messing, Kontributionen, jedoch zum Teil – abgesehen von der stark antisemitischen Argumentation – mit unrichtigen Angaben.

213 Ebd., 197–208, Nr. 115/I, hier 205; 213–222, Nr. 115/III, hier 219; 242–243, Nr. 115/XXI. Eine höchst verwirrende Darstellung der finanziellen Angelegenheiten der Juden Wiens bei Grunwald, Juden in Wien, 8–9.

214 Vgl. zum Handel Hödl, Juden in Österreich, 183–191.

215 Trawnicek, Tuchsold.

216 Přibram, Urkunden 1, 93–96, Nr. 56.

217 Vgl. hierzu inkl. weiterführender Literatur und umfangreichen Quellenangaben Hödl, Juden in Österreich, 202–217.

218 Dies zeigt sich vor allem in den derzeit laufenden Quellenarbeiten zum Projekt Austria Judaica. Vgl. Ausführungen dazu für die Zeit bis 1625 bei Hödl, Juden in Österreich, 196–201, und Hödl – Staudinger, Juden. Weiters finden sich Hinweise in einzelnen jüdischen Nachlässen, ediert bei Taglicht, Nachlässe. Auch die wiederholten Wuchererlässe zeigen deutlich die rege Betätigung von Juden in diesem Bereich. Im Übrigen waren Juden nicht nur Geldgeber, sondern mussten häufig auch selber Darlehen aufnehmen.

219 Přibram, Urkunden 1, 103–104, Nr. 64, und Hödl, Juden in Österreich, 217–218.

220 Ebd., 171 mit Anm. 610 und 182. Zum Mauerbau vgl. Wolf, Juden in der Leopoldstadt, 14 und 70, Beilage 2.

221 Pläne des Gettos bei Schwarz, Ghetto, und bei Rotter – Schmieger, Ghetto. Erweiterung des Friedhofsgrundes am 5. April 1629: Přibram, Urkunden 2, 580.

222 Diese Angaben »verdanken« wir einer durch die Stadt Wien unbefugt im Getto durchgeführten Aufnahme und Schätzung aller Judenhäuser. Siehe dazu Tietze, Juden, 65, und Kaufmann, Vertreibung, 71–75. Ein Druck der Beschreibungs- und Schätzungsprotokolle bei Schwarz, Ghetto, 227 ff.

223 Zu den Angaben vgl. zu 1601 Hödl, Juden in Österreich, 172, zu 1615 ebd., 178. Für 1632 wurden die Zahl der Hausbesitzer nach Schwarz, Ghetto, 176–216 (Edition des Grundbuchs 1632) eruiert und mit einer durchschnittlichen Familiengröße von 5 Personen multipliziert. Zu 1670 siehe Kaufmann, Vertreibung, 113 und 115.

224 Ediert bei Přibram, Urkunden 1, 152–155, Nr. 94, und bei Meynert, Judenschaft.

225 Tietze, Juden, 58–59.

226 Untersuchungen zum kulturellen und geistigen Leben der Wiener jüdischen Gemeinde im 17. Jahrhundert sind ein Forschungsdesiderat. Hinzuweisen ist hier auf die Darstellungen bei Kaufmann, Vertreibung, von dem alle nachfolgenden Autoren ihre Schilderungen übernommen haben. Siehe weiters Gastfreund, Rabbinen. Wesentliche Informationen liefern auch die Kommentare zu einzelnen Inschriften bei Wachstein, Inschriften.

227 Kaufmann, Vertreibung, 68–69, und Grunwald, Juden in Wien, 5–6.

228 Tietze, Juden, 61–62, und Kaufmann, Vertreibung, 36–38.

229 Tietze, Juden, 62, und Kaufmann, Vertreibung, 46.

230 Tietze, Juden, 62–63 (falsche Jahresangabe); Kaufmann, Vertreibung, 48–50; Přibram, Urkunden 1, 166; Wolf, Juden in der Leopoldstadt, 32–33; Moses, Märtyrerin.

231 Tietze, Juden, 68, und Kaufmann, Vertreibung, 89–90. Aus diesem Grund erließ Leopold I. ein Schutzpatent für die Juden, Přibram, Urkunden 1, 192–193, Nr. 110.

232 Přibram, Urkunden 1, 159–165, Nr. 98, hier 164; Tietze, Juden, 63–64, und Kaufmann, Vertreibung, 48 ff.

233 Zu Hirschl Mayer siehe auch Grunwald, Oppenheimer, 29–33, hier 32.

234 Kaufmann, Vertreibung, 21–24, und Přibram, Urkunden 1, 107–112, Nr. 68.

235 Siehe hierzu den Verweis auf zeitgenössische Berichte bei Kaufmann, Vertreibung, 147 und 152.

236 Přibram, Urkunden 1, 225–227, Nr. 115/VI und 235, 115/XII.

237 Siehe ausführlich dazu Kaufmann, Vertreibung, 99 ff.; Lohrmann, Finanz, 126–132; Pichler, Synagoge, 97 ff.; Přibram, Urkunden 1, XXXIX–XLII und 197–253, Nr. 115; Tietze, Juden, 70 ff.

238 Pichler, Synagoge, 120 ff., stellt die Abläufe genau dar und berichtigt das bei Kaufmann, Vertreibung, 155, und diesem folgend Tietze, Juden, 74, falsche Datum (18. August) der Einweihung.

239 Kaufmann, Vertreibung, 147–149; Přibram, Urkunden 1, 254–257, Nr. 117; Tietze, Juden, 47.

240 Druck bei Přibram, Urkunden 1, 250–253, Nr. 115/XXVIII, und Schwarz, Ghetto, 248–252.

241 Kaufmann, Vertreibung, 166 ff. – Zu den Hoffaktoren vgl. auch oben S. 217 ff.

242 Vgl. dazu künftig Lohrmann, Juden, 3. Ich danke Klaus Lohrmann für die Überlassung des Manuskripts. Die Darstellung der Zeit von 1670 bis 1783 folgt in vielem dieser Arbeit. Zu den Quellen zu diesen Verhandlungen siehe Přibram, Urkunden 1, 257–264, Nr. 118, und Wolf, Juden in der Leopoldstadt, 97–109, Beilage 12.

243 Grunwald, Juden in Wien, 14 ff.; Heimann-Jelinek, Judentum, 20–21; Lohrmann, Juden 3; Lohrmann, Finanz, 28–29; Tietze, Juden 84 ff. Siehe zu Samuel Oppenheimer auch ausführlich Grunwald, Oppenheimer.

244 Heimann-Jelinek, Judentum, 21–22, und Lohrmann, Juden 3.

245 Heimann-Jelinek, Judentum, 23–24. Zu Wertheimer siehe auch Grunwald, Juden in Wien, 25 ff.; Reiss, Eisenstadt, 20 ff., und Tietze, Juden, 89 ff.

246 Tietze, Juden, 91. Zum Mäzenatentum Wertheimers wie auch weiterer finanzkräftigen Hofjuden vgl. Heimann-Jelinek, Judentum, 43–45. Ebd., 51–53, auch zu deren Rolle als »Schtadlanim«, als Fürsprecher und Vertreter jüdischer Interessen vor den nichtjüdischen Behörden.

247 Lohrmann, Juden 3, und Přibram, Urkunden 1, 296–298, Nr. 139, hier S. 296.

248 Lohrmann, Juden 3. Ausführlich zu Samson Wertheimer vgl. Kaufmann, Wertheimer.

249 Přibram, Urkunden 1, 266–267, Nr. 121.

250 Ebd., 287–289, Nr. 131/II. Ausführlich dazu Lohrmann, Juden 3, und auch Lohrmann, Finanz, 32–34. Vgl. auch Přibram, Urkunden 1, XLVIII f.

251 Přibram, Urkunden 1, XLVIII f., und Lohrmann, Juden 3.

252 Přibram, Urkunden 1, 292–298, Nrn. 134–139.

253 Ebd., 302–309, Nr. 142, und Lohrmann, Juden 3.

254 Přibram, Urkunden 1, 310–312, Nrn. 143/II–III.

255 Ebd., 315–328, Nr. 145–154.

256 Ebd., 322–324, Nr. 151. Generell zu den Entwicklungen bis 1740 vgl. auch Grunwald, Juden in Wien, 29–35; Lohrmann, Finanz, 35–36, und Lohrmann, Juden 3; Přibram, Urkunden 1, XLIX–LII; Tietze, Juden, 92–98.

257 Přibram, Urkunden 1, 333–339, Nr. 159. Folgende Familien lebten zu diesem Zeitpunkt in Wien: Marx und Moyses Marx Schlesinger, Hirschel und Salomon Spitz, Abraham und Salomon Sintzheim, Joseph Simson Wertheimer, Löw Manasse, Löw Wertheimer, Samuel Wertheimer, Sara Oppenheimer, Berend Gabriel Eskeles, Simon Samuel, Samuel und Löw Leidersdorf, Familie Arnstein.

258 Ebd., 341–346, Nr. 161/III. Ausführlich dazu auch Heimann-Jelinek, Judentum, 36–38. Dekret zur Totenbestattung Přibram, Urkunden 1, 339–340, Nr. 160.

259 Přibram, Urkunden 1, 348, Nr. 162/II.

260 Ebd., 348–362, Nrn. 163–173.

261 Lohrmann, Juden 3, dort auch die Angaben zu den Dokumenten bei Přibram, Urkunden 1. Auflistungen von (erzwungenen) Darlehen bei Grunwald, Juden in Wien, 28, und bei Tietze, Juden, 94.

262 Lohrmann, Juden 3. Zur Pacht des Tabakmonopols durch Juden siehe auch Heimann-Jelinek, Judentum, 28–30.

263 Zu den Umsiedlungsplänen 1753/54 vgl. Přibram, Urkunden 1, 348–359, Nr. 163; zu 1766–1772 ebd., 391–413, Nr. 185.

264 Zur Wohnsitutation vgl. Lohrmann, Juden 3, beruhend auf den oben genannten Dokumenten bei Přibram, Urkunden, und zu den Verlassenschaftsabhandlungen Taglicht, Nachlässe. Dazu auch Tietze, Juden, 103–104. Zur Kleidung siehe Lohrmann, Juden 3, ebenfalls beruhend auf Taglicht, Nachlässe. Zu beiden Punkten vgl. auch Heimann-Jelinek, Judentum, 38 ff.

265 Přibram, Urkunden 1, 374–382, Nr. 179.

266 Přibram, Urkunden 1, LXIII. Eine sephardische Gemeinde bestand in Wien seit etwa 1737. Vgl. hierzu Heimann-Jelinek, Judentum, 27. Ausführlich dazu mit weiterführender Literatur Burstyn, Geschichte.

267 Přibram, Urkunden 1, LXVI, und Tietze, Juden, 104.

268 Vgl. Lohrmann, Juden 3, beruhend auf Taglicht, Nachlässe, Wachstein, Inschriften, und Wachstein, Chewra Kadischa, sowie Přibram, Urkunden 1.

269 Handschriftlicher Vermerk Maria Theresias auf einem Hofkanzleivortrag vom 14. Juni 1777, in dem sie die Juden des Betrugs, Wuchers und Geldvertragens beschuldigt. Vgl. Přibram, Urkunden 1, 425–426, Nr. 199, dazu auch Heimann-Jelinek, Judentum, 35 (mit falscher Jahresangabe), und Tietze, Juden 99.

270 Přibram, Urkunden 1, LXVI.

271 Ebd., LXVII, und Lohrmann, Finanz, 23.

272 Schubert, Judentum, 22.

273 Heimann-Jelinek, Judentum, 30–31, weiters Tietze, Juden, 116–118, zu den Vorverhandlungen und dem sehr wesentlichen kaiserlichen Handschreiben siehe Přibram, Urkunden 1, LXVII–LXXV, zum Inhalt ebd., LXXV–LXXVII, und sehr ausführlich Lohrmann, Juden 3, weiters Lohrmann, Finanz 21 ff. Dokumente bei Přibram, Urkunden 1, 440–500, Nr. 205. Einen Überblick bieten auch Lohrmann – Wadl – Wenninger, Entwicklung, 45–53.

Die Situation der katholischen Kirche am Beginn der Frühen Neuzeit

Das späte Mittelalter hatte die Kirche in eine schwere organisatorische und spirituelle Krise gestürzt. Mit der Übersiedlung des Papstes nach Avignon 1309 wurde der finanzielle Bedarf der Kirche immer höher, und die Steigerung der Einkünfte wurde zu einem Hauptziel der kirchlichen Hierarchie. Die Materialisierung der Gnade schritt Hand in Hand damit schnell voran. Die im 12. Jahrhundert erfolgte »Geburt des Fegefeuers«[1] ermöglichte den Gläubigen die Vorstellung, mit Hilfe des Ablasses, den man für sich selbst aber auch für verstorbene Verwandte durch Stiftungen und religiöse Handlungen (z. B. Wallfahrten) erwerben konnte, den schrecklich vorgestellten Aufenthalt im Fegefeuer um die die erworbenen Ablasstage zu verkürzen. Auch der Besitz und die Verehrung von Reliquien und Heiligenbildern war mit solchen Ablässen verbunden. Im allerbesten Falle konnte man Ablass auch käuflich in der Form eines Ablassbriefes erwerben. Der schwunghafte Handel mit solchen Dokumenten wurde schließlich zum Auslöser der Reformation.

Doch die Ursachen dieser Bewegung lagen tiefer. Korruption und Nepotismus (Vergabe kirchlicher Ämter an Verwandte des jeweiligen Papstes oder Bischofs) herrschten in Rom und in den einzelnen Diözesen, (adelige) Bischöfe kümmerten sich nicht um ihre Diözesen, waren bloße Pfründenempfänger, die Klöster waren verwahrlost und ihre Insassen führten ein im Sinne der katholischen Lehre »unmoralisches« Leben. Die Seelsorge lag ebenfalls im Argen, viele Pfründeninhaber sind niemals in ihrer Pfarre gewesen, ihre Geschäfte wurden häufig von ungebildeten Kaplänen und Leutpriestern versehen. Die lateinische Sprache der religiösen Zeremonien und der gelehrten Literatur und die mangelnde Bildungsfunktion der Kirche des Spätmittelalters ließen das Volk in Unwissenheit und Unglauben. Alle diese Missstände wurden schon im späten Mittelalter kritisiert, doch reichten die Anstrengungen nur, das große Schisma, die Kirchenspaltung (es gab zwei Päpste, einen in Rom und einen in Avignon) zu beenden, die Reform der Kirche blieb auf der Strecke.

Der Zustand der Kirche in Wien war nicht besser als fast überall sonst im deutschen Sprachraum. Zwar war es Friedrich III. gelungen, durch die päpstliche Bulle vom 18. Jänner 1469 für Wien ein eigenes Bistum zu schaffen, doch das veränderte die Situation nicht wesentlich. Das Bistumsgebiet war klein, es umfasste die Stadt Wien mit ihren drei Stadtpfarren und 14 Landpfarren der näheren Umgebung inklusive des Schlosses und der Herrschaft St. Veit. Im Wesentlichen entsprach das Gebiet dem der alten Pfarre St. Stephan, im Osten bis zur Schwechat und im Süden bis zum Petersbach und zur Liesing reichend. Das Patronats- und Präsentationsrecht für die Bischöfe hatte der Landesfürst.[2] Bischöfe im eigentlichen Wortsinn gab es keine, das Bistum wurde von Administratoren,

die meist anderswo Bischof waren, verwaltet. Der erste Wiener Bischof, der auch in der Stadt selbst residierte, war damit erst der von Maximilian I. bestellte Slowene Georg Slatkonia.

Um die Lage der Seelsorge war es nicht zum Besten bestellt, zwar gab es viele Klöster in der Stadt und ihrer Umgebung, doch die Zahl der Pfarren war klein. Erst in der Gegenreformation, vor allem seit 1713, kam es zu einer verstärkten Stiftung von Kapellen, die Kristallisationspunkt für die Neugründung von Pfarren in der josephinischen Zeit werden sollten.[3] Im späten Mittelalter hingegen bestanden in der inneren Stadt nur drei Pfarren: St. Stephan, St. Michael und die Pfarre der Schotten. In den Vororten gab es eine Reihe von Kapellen, in denen man entweder nur zu den Kirchweihfesten, manchmal aufgrund von Stiftungen auch täglich Messe hören konnte. Die Pfarrer der alten Pfarren, wie etwa Atzgersdorf, Penzing, Hütteldorf, Währing, Sievering oder Kagran, wehrten sich mit Vehemenz dagegen, diesen Kapellen einen Kaplan zu geben oder gar eine eigene Pfarre zu gründen. Dabei spielten ausschließlich materielle Gründe eine Rolle, denn die Stolgebühren, die für jede geistliche Handlung wie Taufe, Hochzeit, Begräbnis zu zahlen waren, wären damit geschmälert worden. Seelsorgerische Argumente kamen dabei – bei der stark materialistischen Orientierung der Kirche nicht verwunderlich – kaum zum Tragen.

Manche der sich offensichtlich entwickelnden Pfarren gingen auch wieder verloren, so war etwa die Kapelle St. Peter und Paul in Erdberg, die seit 1234 bestand und im 14. Jahrhundert zur Kirche umgebaut worden war, im 15. Jahrhundert vermutlich sogar eine solche Pfarre. Ähnlich verhielt es sich auch in Döbling, auch dort ist im 15. Jahrhundert das Existieren einer eigenen Pfarre, die von Heiligenstadt abgetrennt wurde, nachweisbar. Bei der Visitation in Wien im Jahre 1544 war Döbling allerdings schon seit 28 Jahren verwaist – Ferdinand I. ordnete an, die Pfarre Döbling wieder zu besetzen, doch auch im Jahre 1582 gab es noch immer keinen Geistlichen, erst 1616 wurde wieder ein Pfarrer erwähnt.

Vielfach gab es Kirchen oder Kapellen, in denen die Bewohner der Umgebung die Messe hören konnten, doch mussten sie immer noch zum Sonntagsgottesdienst in die zuständige Pfarre gehen. Viele dieser Messstiftungen stammen allerdings erst aus der Barockzeit. Aber vereinzelt gab es solche Stiftungen seit dem späten Mittelalter, so bestand in Grinzing an der Kirche Zum heiligen Kreuz seit 1426 eine Stiftung zu einer Frühmesse an allen Wochentagen, ähnlich wie in der Burgkapelle St. Andreas in Mauer, wo jeden Freitag eine von den Eckartsauern gestiftete Messe gelesen wurde. 1582 hat man diese Stiftung auf St. Erhard übertragen und in eine Sonntagsmesse umgewandelt.

Kapellen existierten in den Vorstädten und Vororten nicht selten, z. B. auf der Landstraße die St. Rochus- und Sebastian-Kapelle, die St. Joseph-Kapelle in Margareten hatte sogar einen eigenen Kaplan, die Florian-Kapelle in Matzleinsdorf, die Kapelle des hl. Theobald und der Katharina, gestiftet von Albrecht II. und seiner Frau auf der Laimgrube, oder die Oswaldkapelle in Altmannsdorf, um nur einige zu nennen.[4]

Das Vordringen des Protestantismus in Wien



Abb. 44: Grabmal des Bischofs Slatkonia

Einige Voraussetzungen waren der Aufnahme der Ideen Luthers in Wien günstig. Einerseits bestanden die eben erwähnten seelsorgerischen Missstände, vor allem gab es zu wenige und zu große Pfarren, andererseits war nicht zuletzt durch die Universität ein Potential an Menschen gegeben, die sich mit den Ideen der Reformation auseinander setzen konnten. 1492 wurde auch die erste dauernde Druckerei in Wien durch Johann Winterburger (†1519) gegründet, der eine Offizin in der Krugerstraße betrieb, in der 106 Werke – meist liturgische und religiöse Texte (u. a. das Heiltumsbuch) – gedruckt wurden.[5] Die Stimmung in Wien war sicherlich den Reformansätzen Luthers gegenüber nicht negativ. Der aus Laibach/ Ljubljana stammende Wiener Bischof Slatkonia (†1522) *(Abb. 44)* verhielt sich gleichgültig gegenüber Luthers Lehre und zögerte, die Bannbulle des Jahres 1520 zu verlautbaren. Erst unter Druck des Kaisers und der Wiener theologischen Fakultät 1521 hat er es getan.[6]

Schon vor den »Sturmjahren der Reformation« predigte in Wien 1509 Philipp Turrianus, der Komtur des Heiliggeistklosters vor dem Kärntner Tor, gegen den Ablass, und der Zisterziensermönch Jakob wetterte in der Peterskirche gegen die Reliquienverehrung.[7] Eigentlich dramatisch wurde die Situation aber klarerweise erst nach 1517. Der Rektor der Wiener Universität, Johann Wenzelhauser, wehrte sich gegen das Anschlagen der Bulle Johann Ecks, die 41 Thesen Luthers für ketzerisch erklärte, obwohl die theologische Fakultät das verlangte. Trotz des Widerstandes auch von Seiten des Wiener Bischofs und des Statthalters wurde letztlich die Bulle auf Befehl Karls V. doch verkündet, aber die Schwierigkeiten zeigen deutlich, auf welch schwankendem Boden die alte Kirche stand. Allerdings wurde auch eine der ersten Gegenschriften gegen Luther in Wien veröffentlicht, der ungarische Staatsmann Stephan Verböczy ließ für 50 Goldukaten in Wien eine Schrift des italienischen Luthergegners Ambrosius Catharinus drucken.[8] Auch die Humanisten der Universität griffen in die Auseinandersetzung ein.

Joachim Vadian druckte in der Offizin Singriener die Schrift »Ein Underschyd zu erkennnen den almechtigen got, und wie die newen göter uff sind kommen, kürtzlich begriffen«, die weitgehend Luthers Standpunkt vertrat, jedoch gleichzeitig auch gegen den Reformator polemisierte.[9]

Der Erste, von dem bekannt ist, dass er öffentlich in einer Predigt reformatorisches Gedankengut in Wien vertrat, war ein gewisser Paulus Speratus (†1551). Er wandte sich zunächst in Salzburg der Reformation zu, wurde vom Erzbischof ausgewiesen, hielt sich dann einige Zeit in mährischen Städten auf und kam schließlich nach Wien. Hier erhielt er am 12. Januar 1521 vom Wiener Bischof Georg Slatkonia die Erlaubnis, in St. Stephan über den Römerbrief (Röm. 12, 1) zu predigen, und trat für den Ehestand, gegen das Klosterleben und für andere lutherische Glaubensgrundsätze ein.[10] Speratus wurde von der Wiener theologischen Fakultät, deren Vorladung er nicht Folge leistete, exkommuniziert und musste Wien verlassen, sein weiterer Lebensweg führte über Iglau/Jihlava, wo er Stadtpfarrer war, nach Ostpreußen.

Die Stimmung in Wien für die Reformbestrebungen war positiv, wie überall sonst im deutschen Sprachraum wirkten nicht nur die Ideenwelt Luthers, sondern auch andere reformkatholische und protoreformatorische Impulse ohne die konfessionelle Verengung, die sich später geltend machte. Schon am 12. März 1523 erließ Ferdinand I. als Landesfürst ein Mandat gegen die lutherischen Bücher mit der Androhung der öffentlichen Verbrennung aller »ketzerischen« Schriften, das aber nicht durchgesetzt werden konnte. Im selben Jahr studierte Josef Hohenberg als erster Wiener Bürger an der Universität Wittenberg, später folgten Mitglieder bedeutender bürgerlicher Familien wie Huetstocker, Krämer und Siebenbürger.

Einer der Ersten, der zum Protestantismus neigte, sollte auch das erste Opfer der Verfolgung der »Ketzer« werden: Caspar Tauber taucht in unseren Quellen erstmals 1508 in Wiener Neustadt auf, als er mit seiner Frau Genoveva ein Haus kaufte, seit 1511 waren die beiden in Wien ansässig und erwarben ein Haus in der Färberstraße (der heutigen Dorotheergasse). 1516 trat Tauber der Gottsleichnamsbruderschaft in St. Stephan bei, die unter anderem für die Veranstaltung der Passionsspiele zuständig war. Der Tuchhändler und Laubenherr Caspar Tauber war 1519 Mitglied des 53-köpfigen aufständischen Bürgerausschusses, 1521 ist er als Mitglied der Genannten bezeugt. Tauber ist nach dem zweiten Quartal 1522 aus der Gottsleichnamsbruderschaft ausgetreten, was als Zeichen seiner Abwendung von der alten Kirche zu sehen ist, er verfasste auch eine eigene Flugschrift. Dies führte zu seiner Gefangennahme und dazu, dass man ihn unter Folter zwingen wollte, zu widerrufen. Er sollte seinen »Irrtümern« (er hatte die Transsubstantiation, das Fegefeuer, die Heiligenverehrung und die Ohrenbeichte geleugnet, war im Besitz lutherischer Bücher und trat für das allgemeine Priestertum ein) öffentlich abschwören und dann an drei Sonntagen vor St. Stephan *kleglich beklaydet mit einem strick vmb den halsz gebunden, mit unverdecktem haubt, vnd parfusz, mit einer brinnenden kertzen in seiner handt* stehen, außerdem ein Jahr im Kerker Buße tun und eine Geldstrafe bezahlen.[11] Am 8. September 1524 sollte der Widerruf öffentlich auf dem Stephansfreithof geschehen, doch

Tauber weigerte sich und begann öffentlich im Sinne der neuen Lehre zu predigen.[12] Wenig später, am 17. September 1524 wurde Caspar Tauber als der erste Blutzeuge der neuen Bewegung hingerichtet, er wurde geköpft und sein Leichnam verbrannt. Kaum hundert Zuseher hatten sich zu dieser Hinrichtung eingefunden. Sein Haus wurde beschlagnahmt, aber dann der Witwe gegen eine Geldzahlung wieder ausgefolgt.

Gemeinsam mit Tauber waren auch der Hofspitalpriester Jakob Peregrin und Johann Vaesel, ein Priester aus Wiener Neustadt, vor das geistliche Gericht gestellt worden. Vaesel war einer der »Achter«, also jener acht Priester an der Kirche St. Stephan, welche die »Cur« (abgeleitet vom lateinischen Wort für Seelsorge, der »cura animarum«) bildeten. Einem weiteren »Verdächtigen«, dem Prediger der Burgkapelle Johann Eckenperger, war rechtzeitig die Flucht gelungen. Angesichts des Schicksals Taubers entschlossen sich Peregrin und Vaesel zu widerrufen.[13]

Tauber wurde sowohl von Luther als einer der »Blutzeugen der Reformation« in Anspruch genommen als auch von den Täufern für ihre Bewegung reklamiert. In der frühen Phase der Reformation – noch lange vor einer Dogmatisierung der Glaubensgrundsätze und damit einer klaren Abgrenzung der Konfessionen – ist diese Frage nicht wirklich zu entscheiden. Das schreckliche Ende Taubers jedenfalls hat auch in der »öffentlichen Meinung« dieser Zeit eine Rolle gespielt, vier Flugschriften haben zur Verbreitung seines Schicksals beigetragen.[14]

Weitere Maßnahmen gegen die – sich im Reiche immer stärker formierenden – Lutheraner waren weit weniger strikt und blieben häufig auf dem Papier bestehen. So verbot die Satzung und Polizei-Ordnung für Wien vom 12. März 1526 den Predigern, Dinge zu sagen, die christlichen Verordnungen zuwiderliefen, mehrere Edikte der folgenden Jahre wiederholten diese Bestimmungen. Ein wesentliches Hindernis für den Willen des Landesfürsten, die Reformbestrebungen hintan zu halten, waren die vielen Freihäuser in Wien, deren adelige Besitzer sich wenig um die Verordnungen kümmerten. Auch einige weitere Hinrichtungen konnten die Bevölkerung nicht einschüchtern, und der lutherische Geist verbreitete sich zunehmend. Immer wieder versuchte man Druck und Verkauf lutherischer Schriften zu verbieten, doch blieb auch das am 24. Juli 1528 erlassene Mandat gegen Buchhändler und Buchführer weitgehend wirkungslos.

Während Bischof Slatkonia den Gedanken der Reformation relativ neutral gegenüber gestanden war, sollte sein Nachfolger Dr. Johann Faber (†1541), der 1530 Bischof von Wien wurde, eine explizit antireformatorische Haltung einnehmen. Er war in literarische Kämpfe und Dispute mit Zwingli und Luther verwickelt und wurde sogar 1530 in die Theologenkommission am Reichstag zu Augsburg zur Widerlegung Luthers berufen. Faber war seit 1522 der Beichtvater und Berater Ferdinands I., sodass hier ein effizienteres Zusammenwirken von Kirche und Staat ermöglicht wurde. Faber stiftete auch das Konvikt St. Niklas in der Singerstraße, er war ein überaus belesener Mann, seine Bibliothek, die er dem Kolleg vermachte, umfasste für die damalige Zeit beachtliche 4.000 Bände.[15] Faber wurde am 25. November 1528 von Ferdinand I. beauftragt, eine Zensurkommission zu bilden.[16]

Doch auch sein Einfluss auf die Stadt war gering. 1539 musste ein erneutes Edikt das Verbot von Prädikanten und evangelischen Büchern aussprechen – ein Beweis dafür, dass die bisherigen wenig Wirkung gezeigt hatten. Ferdinand hat auch mit einem Mandat vom 3. April 1539 die österreichischen Untertanen aus Wittenberg zurückberufen, allerdings war man dabei ebenfalls nicht ganz konsequent, denn Wolfgang Schiefer, einer der Lehrer des Sohnes Ferdinands und späteren Kaisers Maximilians II., hatte in Wittenberg studiert. Durch ihn und andere kam der Erzherzog mit den Glaubenssätzen Luthers in Berührung und wurde von ihnen tief geprägt. Das sollte für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts als der Blütezeit des Protestantismus in Österreich und speziell für Wien bedeutsam werden.

Weitaus weniger klar positioniert als sein Vorgänger Faber war Bischof Friedrich Nausea (†1552), der ihm 1541 folgte und bis 1551 Bischof von Wien blieb. Er war auch im diplomatischen Dienst Ferdinands tätig; seit 1534 wurde er als Hofprediger in Wien beschäftigt und starb als Orator am Konzil von Trient. Nausea trat für den Laienkelch und eine Lockerung des Zölibats ein, war also in einigen Fragen gegenüber der neuen Lehre durchaus kompromissbereit. Dennoch wurde er in der konfessionell protestantisch gefärbten Literatur als »gar zu arger Wüterich« beschimpft.[17] Mittlerweile war die Unterdrückung des Protestantismus nicht mehr so einfach, denn sowohl im Reich hatte diese Bewegung einflussreiche Fürsten hinter sich als auch in den Ständen, da der Adel schnell die neuen Glaubensvorstellungen aufgenommen hatte. Die Niederösterreichische Landesregierung hat 1544 sogar das Verbot ausgesprochen, gegen »Ketzer« zu inquirieren. Einen wichtigen Schlag gegen die Lutheraner bedeutete die Bestimmung, dass man ein Studium nur noch in Wien oder Freiburg im Breisgau ablegen konnte, die Möglichkeit, an einer der protestantischen Universitäten des Reiches zu studieren, war damit zu Ende.

1549 kam es bei der Fronleichnamsprozession – die immer als eine Demonstration der katholischen Macht verstanden wurde – zu einem charakteristischen Zwischenfall. Der protestantische Bäckerjunge Johann Hayn stürzte sich auf den Priester und die Monstranz und »schändete« das »Allerheiligste«. Er wurde gefangen genommen, und man statuierte an dem jungen Mann ein schreckliches Exempel, seine Zunge wurde abgeschnitten, seine Hände abgehauen, schließlich wurde er am Scheiterhaufen verbrannt. Als »Sühne« wurde beim Haus »zum grünen Kranz« am Graben eine Säule aufgerichtet.[18]

Die Zahl der Protestanten in Wien kann nur geschätzt werden, da es keine offiziellen Zählungen gibt. Allerdings gibt es keine einhellige Meinung zu den Prozentsätzen der Lutheraner um 1580. Während einzelne Forscher meinen, dass das Verhältnis von Protestanten zu Katholiken in manchen Gebieten 1:1000 war[19], nehmen andere an, dass fünf Sechstel oder drei Viertel der Bevölkerung Lutheraner waren[20], was wieder von dritter Seite bestritten wird. Ein Forscher kommt nach einer komplizierten Berechnung auf 50 bis 60 Prozent der Bevölkerung, umgerechnet auf die Fläche sogar auf nur 7,1 Prozent Lutheraner![21] Ein ganz anderes Bild geben die Testamente, deren Auswertung für die Zeit um 1578–1580 einen Gleichstand der Konfessionen in der Stadt und ein Überwiegen der Katholiken (10:7) in den Vorstädten zeigt.[22]

Die Hochburgen des Protestantismus waren sicherlich nicht die Städte, sondern die Schlösser des Adels. Doch geben einzelne Zeugnisse Kunde von der weiten Verbreitung des neuen Glaubens, so berichtet der polnische Jesuit Stanislaus Kostka, dass er während seiner Erkrankung in Wien viele evangelische, aber keinen katholischen Geistlichen, der ihm die Eucharistie reichen wollte, finden konnte.

Maximilian II. hatte zeit seines Lebens die Idee eines vortridentinischen Ausgleichs, einer Universalreligion, eines Kompromisskatholizismus vertreten, doch in die Religionskonzession von 1568, die sich die niederösterreichischen Stände mit einer außerordentlichen Steuerleistung von 2,500.000 Gulden erkauft hatten, und in die Religionsassekuration von 1571 waren die Städte nicht eingebunden, es blieb sogar unklar, ob die Stadtpalais des Adels privilegiert waren. Als sich der Verfasser der Christlichen Kirchenagenda *(Abb. 45)*, David Chyträus, 1569 in Wien aufhielt, schildert er, dass in den Stadtpalais des Adels evangelisch gepredigt wird. 1574 gewährte Maximilian mündlich einen öffentlichen evangelischen Gottesdienst gegen die Einstellung der Predigten in den Stadtpalais. Im Landhaus – also nicht bei den Bürgern der Stadt, sondern dem Zentrum des niederösterreichischen Adels – wirkte der Lutheraner Josua Opitz. Es waren in dieser Zeit der Blüte des Protestantismus auch organisatorische Bestrebungen im Gange, eine Landeskirche mit Superintendenten auszubauen, dem setzte Maximilian II. allerdings Widerstand entgegen.


Christliche Kirchen Agenda.
Wie die bey den zweyen Ständen der Herrn vnd Ritterschafft/im Ertzhertzogthumb Oesterreich vnter der Enns/gebraucht wirdt.
I. Corinth. XIIII.
Die Geister der Propheten sindt den Propheten vnterthan. Denn Gott ist nicht ein Gott der Vnordnung/Sonder des Friedes/wie in allen Gemeinen der Heiligen. Lassets alles Ehrlich vnd Ordentlich zugehn.
ANNO
M D LXXI.

Abb. 45: Christliche Kirchenagenda 1571

Mit Sebastian Huetstocker (†1557) gab es in Wien auch einen evangelischen Bürgermeister. Der Hofprediger Eisengrein meinte 1569 sogar, dass kaum eine Spur vorhanden sei, dass Wien einmal katholisch war.

Die Protestanten in Wien, wie überhaupt in Österreich, kamen aus sehr unterschiedlichen Lagern, neben den Anhängern des Konkordienwerkes (also der lutherischen Orthodoxie) gab es auch Kryptoreformierte, z. B. den Leibarzt Maximilians II., Crato von Crafftheim, der als Kryptokalviner die Lehre von der doppelten Prädestination vertrat, und Flacianer, die in der Erbsündenfrage einen anderen Standpunkt als die orthodoxen Lutheraner einnahmen. Eine durch den Rostocker Professor Lucas Bacmeister durchgeführte Visitation im Jahre 1580 zeigte diese Meinungsvielfalt deutlich.

Neben den evangelischen Ständen und den evangelischen Bürgern lockte selbst der Kaiserhof engagierte Protestanten an, neben dem schon erwähnten Crato sind vor allem der bedeutende Botaniker Carolus Clusius oder Caspar von Nidbruck zu nennen. Sowohl unter Maximilian II., der Sympathien für die Reformation hegte, als auch unter Rudolf II. war das kein Problem, künstlerische oder wissenschaftliche Fähigkeiten waren für eine Anstellung bei Hof entscheidender als die Frage der konfessionellen Ausrichtung.

Das wichtigste geplante intellektuelle Zentrum des Protestantismus allerdings verdankte seine Entstehung nicht den Wiener Bürgern, sondern dem ständischen Adel. 1564 gründeten sie im Haus des Hans Ungnad Freiherrn von Sonnegkh eine Landschaftsschule, um ihren Söhnen eine entsprechende, konfessionell gebundene Ausbildung zu ermöglichen. Doch diese Landschaftsschule bestand nur sehr kurze Zeit, auf Betreiben der Jesuiten wurde der Präzeptor Nikolaus Polites abberufen. Noch einmal versuchten die Stände 1576, im selben Gebäude eine solche Landschaftsschule zu eröffnen, doch zwei Jahre später wurde sie diesmal auf Anordnung Rudolfs II. geschlossen. Die wesentlichen Aktivitäten der protestantischen Bildung konzentrierten sich weiterhin nicht in Wien, sondern in Horn.[23]

Die katholische Kirche in der Defensive

Mit dem Eindringen der Reformation wurde die katholische Kirche in Wien im 16. Jahrhundert zu einer Minderheitenkirche. Ihre Lage war einfach triste, sie verlor immer mehr ihrer Schäfchen an die neue Konfession. Rein materiell wachten der Offizial Dr. Christoph Freysleben und das Konsistorium über die Rechte des Bistums, aber man konnte aus eigener Kraft zunächst keinerlei Gegenstrategien entwickeln. Das Gesetz des Handelns lag beim Landesfürsten. Schon bald nach dem Eindringen des neuen Glaubens versuchte man von Seiten der Habsburger, die sich als Vögte der Kirche definierten, die Missstände abzuschaffen. Die ersten Visitationen in Wien wurden aufgrund eines Patentes Ferdinands I. vom 24. März 1528 durchgeführt, dabei stellten sich schlimme Zustände in den Klöstern heraus. Im Schottenkloster gab es nur sieben Mönche, der Abt hatte eine Mätresse, der Propst von St. Dorothea war verheiratet und der Prior der Karmeliter und die Nonnen von St. Clara wurden wegen Unsittlichkeit angezeigt.[24] Aber auch um die Zustände bei den Kirchgängern war es (wenigstens im Sinne der religiösen Vorstellungen) nicht zum Besten bestellt. Viele kamen betrunken in die Kirche, andere nahmen Flaschen oder Kannen mit Wein mit und tranken sich in der Kirche damit zu.

Durch die Türkengefahr 1529 wurde die Kirche materiell schwer getroffen, die wohlhabenden Klöster mussten viel Geld zahlen, das Schottenkloster und das Dorotheerkloster konnten mit den Stiften Niederösterreichs zusammen 36.000 fl aufbringen, die Dominikaner 1.000 fl, während die Augustiner, St. Laurenz und St. Clara gänzlich verarmt waren.[25] Mit päpstlicher Erlaubnis konnte Ferdinand die Quart (also den vierten Teil des Kirchengutes) einziehen.

Durch die Belagerung Wiens, während der viele Ordensleute die Stadt verließen, gingen infolge von Plünderungen und Zerstörungen eine Reihe von Gebäuden und Institutionen zugrunde. Das Bürgerspital vor dem Kärntner Tor, das Kloster St. Niklas vor dem Stubentor, das Augustinerkloster auf der Landstraße, das Kloster St. Maria Magdalena vor dem Schottentor und noch eine Reihe von Kirchen in den Vorstädten wurden zerstört. Auch in der Stadt selbst wurden einige Gebäude schwer mitgenommen, das Dominikanerkloster und die St. Jakobskirche an der Stadtmauer wurden ebenso betroffen wie die Kirchen in Heiligenstadt, Grinzing, Döbling, Währing, Hernals, Ottakring, Dornbach, Hütteldorf, St. Veit, Penzing, Hietzing, Altmannsdorf und Simmering. Auch eine Reihe von Häusern, die zu geistlichen Stiftungen gehörten, fielen der Belagerung zum Opfer, die Stolgebühren der entvölkerten Vorstädte blieben aus und die materielle Situation der Wiener Kirche verschlechterte sich. Von den 13 bischöflichen Pfarren hatten 10 keinen Pfarrer. Die Lage in den Klöstern, die in den vierziger Jahren unter Bischof Nausea erneut visitiert wurden, war schlechthin katastrophal. Die Zahlen der Mönche bzw. Nonnen waren seit dem Beginn des Jahrhunderts drastisch gesunken – bei den Minoriten lebten nur noch sechs statt 50 Mönche im Konvent –, und der Lebenswandel der

Verbliebenen ließ zu wünschen übrig. Da nützten auch die Befehle des Landesfürsten zur Besetzung der leer stehenden Pfarren nicht viel.

Doch schlimmer wurden von katholischen Zeitgenossen und auch späteren Historikern die inneren Veränderungen gesehen. Zwar gab es noch in den dreißiger Jahren Prozessionen und sogar das Passionsspiel wurde noch abgehalten, aber der Bischof – Johann Fabri hatte 1530 das Wiener Bistum übernommen – musste durch Mandate versuchen, die Einhaltung der Fastenzeit, die Osterbeichte und Osterkommunion – die schon 1535 unter beiderlei Gestalt gespendet wurde – durchzusetzen. Ferdinand – im Gegensatz zu der Meinung seines Ratgebers Nausea – verbot nach dessen Tod mit seinem Patent vom 20. Februar 1554 den Empfang der Kommunion unter zweierlei Gestalt und schrieb allen Untertanen die jährliche Osterbeichte und Osterkommunion vor, die Obrigkeiten sollten alle, die das nicht taten, dazu zwingen, es binnen 14 Tagen nachzuholen.

Verschiedene Erlässe des Landesfürsten verboten auch erneut den Handel mit lutherischen Büchern, die Buchdrucker wurden überwacht, damit *keine kezerischen, aufrürigen oder schamparen Puecher* verkauft werden konnten.[26] Die Bücherzensur wurde dabei dem Bischof übertragen, der 1548 unkatholische Bücher und Traktate durch einen öffentlichen Anschlag an den Kirchentüren verbot. Doch selbst der Hof war nicht frei von den Einflüssen der neuen Strömungen, der Hofprediger Johann Sebastian Pfauser predigte gegen den Papst und heiratete sogar, ohne dass er sich allerdings voll zum Protestantismus bekannte. Er war – wie viele in dieser Zeit – ein Grenzgänger zwischen den Konfessionen. Auch in Wien am Stephansdom wurde eine Polemik gegen den Katechismus des Canisius angeschlagen,[27] die von einem Widerstandspotential gegen die alte Kirche Zeugnis gibt.

Während im Wiener Stadtrat die katholische Partei dominierte, versuchten die protestantischen niederösterreichischen Landstände, sich in die Kirchenpolitik heftig einzumischen, 1544 verboten sie dem Bischof, Menschen wegen der neuen Lehre vor das bischöfliche Gericht zu stellen.

Manche Anhänger der alten Kirche vertraten einen Kompromisskatholizismus und versuchten der Reformation etwas entgegenzukommen. So spendeten etwa die Schotten in Wien die Kommunion unter zweierlei Gestalt. Dennoch ging in allen katholischen Kirchen Wiens die Zahl der Gläubigen dramatisch zurück, in St. Michael belief sich die Zahl der Kommunikanten 1559 auf kaum 1.000, zehn Jahre früher waren es noch 10.000 gewesen, selbst die Jesuiten hatten 1560 nur 700 Beichten zu verzeichnen. Die kaiserliche Kirchenpolitik war zwar ein Hindernis für das Tridentiner Konzil, denn Ferdinands Reformplan sah den Laienkelch, die Priesterehe und den Fleischgenuss am Freitag vor – man glaubte, damit dem Protestantismus wirksam entgegen treten zu können. Der Wiener Nuntius Zacharias Delfino ist als Helfer dieser kaiserlichen Kompromisspolitik einzustufen, er verfasste ein Schreiben an den Papst und Kardinal Morone, auf das hin 1564 vom Papst eine limitierte Kelchkonzession bestätigt wurde. Er hat dafür von katholischen Autoren ebenso wenig Lob bekommen wie Kaiser Maximilian, der ebenfalls um den Ausgleich der Konfessionen bemüht war und die Veröffentlichung der Tridentiner Dekrete

abgelehnt und in Ungarn sogar verhindert hatte. Der katholische Kirchenhistoriker Eder charakterisierte Delfino als »päpstlichen Diplomat, der dauernd seinen Herrn verraten hatte« und spricht dann sein Urteil über den Kaiser: »Die schwankende Persönlichkeit Maximilians II. ließ für die Kirche Schlimmes befürchten.«[28]

Trotz allen Entgegenkommens gegenüber den neuen Ideen blieben die Probleme der alten Kirche bestehen. Ein Teil der Kirchen und Klöster ging ganz oder weitgehend verloren, ins Minoritenkloster, dessen Konvent ohnehin nur mehr wenige Mitglieder hatte, zog 1559 der Prädikant Friedrich Nausser ein, die verbliebenen Brüder wurden in zwei Kapellen abgedrängt.

Als der Wiener Bischof Anton Brus von Müglitz, der ein Günstling Ferdinands war, aber den Verfall der Kirche in Wien nicht aufhalten konnte, 1561 Erzbischof von Prag wurde, kam Urban von Gurk als sein Nachfolger. Dieser »Bischof« – eigentlich nur »administrator in spiritualibus« – war ein bedeutender Prediger, und bei manchen seiner Auftritte wurde St. Stephan zu klein. Er trat etwas energischer für die Gegenreformation ein. Schon Brus von Müglitz hatte Visitationen durchgeführt, die schreckliche Zustände zeigten. Im Kloster St. Anna musste er gleich am Tag seiner Ankunft zwei Nonnen bei Wasser und Brot arrestieren lassen, die Schotten spendeten die Kommunion unter beiderlei Gestalt, der Zustand der Weltgeistlichen war noch beängstigender. Die Zahl der Kommunikanten war von 10.000 auf bloß 1.000 zurückgegangen.[29] 1561 wurden erneut Visitationen durchgeführt, die einen Katalog von 52 Fragen zugrundelegten. Aber auch Urban von Gurk versuchte mit Hilfe des Nachgebens die Protestanten zu gewinnen, er verkündete am 18. Juni 1564 in St. Stephan das päpstliche Breve über den Laienkelch, das scheinbar großen Erfolg brachte. Die Jesuiten, die mittlerweile schon eine große Rolle spielten, stellten sich gegen den Laienkelch. Bischof Urban beklagte sich, dass der Gottesdienst *schlechtlich genug besucht* werde, dass man die Taufe auf deutsch begehre und dass die Beichte *bey der Thuembkhirchen wenig besucht, one allein was das gemain gesindt ist.*

Auch der Landesfürst hat 1566 Visitationen durchgeführt, im Schottenstift gab es neben dem Abt Johann Schreitel, der erst 33 Jahre alt war und dem 27jährigen Prior nur einige jüngere Professen ohne Priesterweihe,[30] in St. Dorothea nur einen Administrator, zwei Priester und drei Professen, bei den Augustinern ausschließlich ausländische Mönche, ebenso bei den Minoriten und Dominikanern. Bischof Urban ist 1568 – enttäuscht – nach Gurk zurückgekehrt.[31]

Erst ein Jahrzehnt später sollte es zu einer Wende in Richtung auf die Gegenreformation kommen, wenn auch parallel zu den hier geschilderten negativen Seiten für die »katholische Sache« manche erste Erfolge der Gegenreformation in diese Zeit fallen, doch von ihnen soll etwas später die Rede sein.

Verfolgung der Täufer und anderer »Sektierer«

Die reformatorischen Strömungen hatten sich relativ bald im Sinne eines orthodoxen Luthertums dogmatisiert, der Abschluss der Konfessionen, die Konfessionalisierung,[32] schritt seit 1530 vehement voran. Doch als Nebenströmungen der Reformation formierten sich eine Reihe von Gruppierungen, die außerhalb der sich etablierenden Konfessionen standen. Die Wichtigste davon sind sicherlich die Täufer (in der älteren Literatur oft als Wiedertäufer bezeichnet), die von allen Seiten verfolgt wurden. Sie vertraten nicht nur das namengebende Prinzip der Erwachsenentaufe, sondern auch freikirchliche Tendenzen, die jeder Dogmatisierung widersprachen, und waren durch ihre pazifistische Orientierung, ihre negative Haltung zu Eigentum und Obrigkeit (ausgedrückt durch die Eidesverweigerung) auch den staatlichen Autoritäten ein Dorn im Auge.[33] Die wichtigste soziale Gruppe, die von den Täufern angesprochen wurde, waren zweifellos unterbäuerliche Schichten, aber auch in den ärmeren Gruppen der städtischen Bevölkerung hatten ihre Gedanken Anklang gefunden. In Wien hatte Hans Hut in einem Haus in der Kärntner Straße gepredigt und 50 Personen getauft.

Wien war für viele Täufer eine Durchreisestation von den Tiroler Gebieten, in denen sie große Verbreitung hatten, nach Mähren, das vielen dieser Täufer zu einer zweiten Heimat wurde. Für 22 Täufer war Wien allerdings die letzte Station ihres Lebens, weil sie hier gefangen genommen und hingerichtet wurden. Seit dem Täuferpatent Ferdinands I. vom Jahre 1528 verschärfte sich die Gangart gegen diese religiöse Gruppe, die nur in Mähren eine gewisse Toleranz fand. Der Mittelpunkt der täuferischen Bewegung war Schloss Nikolsburg/Mikulov, das den Herren von Liechtenstein gehörte. Als »Märtyrer« und »Blutzeugen« der täuferischen Bewegung wären viele zu nennen, die nicht zu den »Prominenten« zählten. Der bekannteste in Wien hingerichtete Täufer war Balthasar Hubmayer, der 1528 in schweren Ketten im Kärntner Turm gefangen gehalten wurde. Am 10. März 1528 wurde er wegen seiner religiösen Ideen auf der »Haid« in Erdberg verbrannt, auch seine Frau wurde hingerichtet, sie wurde mit einem Stein um den Hals in die Donau gestürzt und ertränkt. Zwei seiner Anhänger, ein Schuster und ein Bauer aus Penzing, wurden knapp nach ihm verbrannt.[34] Bald danach wurden erneut vier Täufer geköpft, und am 31. März 1536 wurden Hieronymus Käls, Hans Oberecker und Michael Seifensieder verbrannt. Im Herbst 1546 wurde der Täufer Oswald Glait ertränkt, am 22. November 1546 Blasius Beck, Anthoni Keim, Leonhard Schneider und Hans Staudach enthauptet. Wenige Jahre später wurde am 27. Juni 1550 Hans Gurtzham in der Donau ertränkt. Michael Madschidel mit seiner Frau konnte während einer Feuersbrunst aus der Stadt fliehen und somit einer Hinrichtung entgehen.[35]

Diese Beispiele sollen auf ein Phänomen aufmerksam machen, das von der Wiener stadtgeschichtlichen Forschung bisher zu wenig berücksichtigt wurde und das zu den dunkelsten Kapiteln der Intoleranz des konfessionellen Zeitalters zählt.[36]

Der Sieg der Gegenreformation – Die Gesellschaft Jesu – Melchior Khlesl – Schlacht am Weißen Berg

Die Lage der alten Kirche in Wien war schlimm. Der Landesfürst Ferdinand I. setzte daher eine Initiative, die weitreichende Bedeutung erlangen sollte. Am 12. Dezember 1550 schrieb er an den spanischen Ordensgründer Ignatius von Loyola[37] und bat um die Entsendung von Jesuiten nach Wien. Am 31. Mai 1551 trafen zehn Jesuitenpatres, zwei Spanier, drei Niederländer, zwei Franzosen und drei Italiener in Wien ein. Als Sitz stellte Ferdinand ihnen einstweilen das verlassene Dominikanerkloster zur Verfügung, in dem dann die Schule eingerichtet wurde. Die Societas Jesu erwarb als Sitz das Karmeliterkloster am Hof, zu ihrem jährlichen Unterhalt wurden den Jesuiten 1.200 fl auf Mautgefälle zu Linz angewiesen. Die ehemalige Karmeliterkirche erhielt das Patrozinium »Zu den neun Chören der Engel«.

Der Leiter der Wiener Ordensniederlassung, Nikolaus Jajus (eigentlich Lejay) (†1552), hielt Vorlesungen an der Universität und erregte durch seine Predigten Aufsehen. Doch die größte Bedeutung für die jesuitische Ansiedlung in Wien hatte sicherlich Petrus Canisius (†1597), dessen Rolle für die Gegenreformation in Deutschland und auch am Konzil von Trient bedeutsam ist. Canisius stammte aus Nimwegen/Nijmegen, hatte in Köln und Trient studiert und schließlich in Bologna das Doktorat in Theologie erworben. 1552 bis 1554 war er in Wien, allerdings schlug er dreimal den Wiener Bischofsstuhl aus. Er wirkte vor allem an der Universität, hielt Vorlesungen über das Neue Testament und war 1554 auch Dekan. Am 3. November 1554 wurde er von Papst Julius III. zum Administrator der Diözese Wien »in spiritualibus«, ohne deren Leitung zu übernehmen, ernannt; schon im Jahr darauf ging er nach Prag, kehrte dann aber wieder nach Wien zurück, erst 1556 hat er die Stadt »endgültig« verlassen, obwohl er auch später mehrere Besuche in Wien (1558, 1560, 1561, 1562) machte und bei seinem letzten Aufenthalt in Wien auch in Maria am Gestade predigte.[38] Canisius hatte zunächst nur wenige Zuhörer bei seinen Predigten, doch mit der Zeit steigerte sich der Zulauf. Auch der weitere Lebensweg Canisius' ist zwar nicht direkt, aber doch indirekt mit der Geschichte der Gegenreformation in Österreich und damit in Wien verknüpft. 1571 bis 1577 war er Hofprediger Ferdinands von Tirol in Innsbruck und ging dann nach Freiburg.

Wirksam wurde er vor allem durch seine Bücher, die große Auflagen erlebten. Seine an Theologen gerichtete Schrift »Summa doctrinæ Christianae« ist 1555 erschienen, sie enthielt 211 später dann 222 Fragen, deren Antworten das Glaubensgerüst des Katholizismus vorstellten. Doch weitaus wirksamer für die Massen der Bevölkerung waren die deutschen Katechismen, die das Grundrüstzeug der Gegenreformatoren darstellten. 1556 erschien der kleinste Katechismus für Kinder und Volk mit nur 59 Fragen auf Deutsch.

Diese Schrift »Der Klain Catechismus ... für die ainfältigen« wurde 1558 gefolgt vom mittleren Katechismus (»Parvus Catechismus catholicorum«), der 121 Fragen enthielt und vor allem für Studenten gedacht war. Beim Tod des Verfassers existierten bereits 200 Auflagen und 12 Übersetzungen. Canisius regte auch die Gründung adeliger Pensionate und Armenkonvikte in Wien an, stand voll auf dem Standpunkt der tridentinischen Reform und bezeichnete die adelige Herkunft der Bischöfe als Hauptgrund des Niedergangs der Kirche. Canisius wurde 1864 von der katholischen Kirche selig- und 1925 heiliggesprochen.[39]

Die Jesuiten eröffneten am 1. September 1553 eine Schule in Wien. Schon ein Jahr später hatte diese Schule fünf Klassen mit 300 Schülern, weitere zwei Jahre danach schon sechs Klassen mit 400 Schülern, dazu kam noch ein Konvikt, im Jahre 1574 wohnten dort bereits 120 Schüler. Einer der ersten war der junge, später heiliggesprochene Pole Stanislaus Kostka, er studierte 1564 bis 1567 in Wien. Eines der Wunder, die von ihm berichtet werden, wurde oben schon angedeutet: Als er erkrankte, weigerte sich der evangelische Hausbesitzer Christoph Wachenschwarz, einen Priester zu holen, so brachten der Legende nach die heilige Barbara und zwei Engel die geistliche Wegzehrung. Dies geschah angeblich in der Steindlgasse im Haus zur Goldenen Schlange, wo es auch heute noch eine Stanislaus-Kostka-Kapelle gibt. Die Wirksamkeit der Jesuiten in der Rekrutierung von Eliten zeigt sich auch darin, dass schon zwischen 1570 und 1600 neun Österreicher ans Collegium Germanicum nach Rom entsandt wurden. In der Zeit bis 1780 waren es nicht weniger als 107 Wiener, die an dieser zentralen Ausbildungsstelle der katholischen Eliten in Rom studierten. Wie dringend die Verbesserung der Bildung der Kleriker erscheinen musste, wird durch einen Bericht Melchior Khlesls aus dem Jahre 1595 deutlich. Er charakterisiert die Kuratgeistlichkeit in St. Stephan und stellt fest, dass es *meistentheils gemaine, geringe und ungelehrte junge Leuth (weil ander nit zu bekhommen gewesen) [waren], die offtmalen weder tauffen, copuliern noch die Kranckhen und Sterbenden trösten, geschweigent recht Peicht hören khünen und weil sie nichts studiert und kheine fundamenta haben, so sein sie dermassen dem Wein und Müssiggang ergeben, daß solliche mehr schaden als nutzen, daher ihnen niemand sein Gewissen gehrn vertrauen will.*[40]

Ebenso wie es für die Ausbreitung der Reformation wesentlich war, sich des neuen Mediums der Buchdruckerei zu bedienen, so nützten auch die Jesuiten dieses Mittel; sie gründeten in Wien eine Druckerei, die von 1559 bis 1565 bestand. Ein anderes wesentliches Instrument der Jesuiten zur Beeinflussung und auch Anlockung der Menschen war das Jesuitentheater. Dieses hatte einen doppelten Zweck: Erstens sollten die Schüler der Jesuiten dadurch gefördert werden, indem sie die Inhalte der Stücke ebenso wie die rhetorischen Formen lernten und übernahmen, und andererseits sollte das Publikum durch die Ausstattung und die Aufführungen angezogen werden, um sie dann mit den ideologischen Inhalten zu konfrontieren und auf diese Weise zu beeinflussen.[41] Langfristig war die Berufung der Jesuiten nach Wien sicher ein sehr wirkungsvolles Mittel der gegenreformatorischen Bestrebungen, doch die eigentliche Rekatholisierung erfolgte vor allem durch ein striktes Vorgehen der staatlichen Gewalt gegen die nicht katholischen Bürger

des Staates. Von den Habsburgern wurde die Abweichung von der katholischen Lehre, die sie selbst vertraten, als ein Akt der Illoyalität, als Aufruhr und Rebellion gesehen und damit kriminalisiert. Doch auch innerkirchlich wurden Reformmaßnahmen in Angriff genommen. 1574 wurde vom Papst in Wien ein Seminar für 25 Alumnen gestiftet, die bei den Jesuiten studieren sollten. Schon 1580 hatte man 20 Priester, darunter den für die Gegenreformation nicht wegzudenkenden Melchior Khlesl, ausgebildet.

Die Städte der habsburgischen Herrschaft und natürlich auch Wien als landesfürstliche Stadt waren das erste Ziel dieser Bestrebungen der Habsburger zu einer Konfessionalisierung im Sinne der katholischen Religion. Die adeligen Stände hatten Privilegien, die ihnen zumindest zeitweise den Schutz ihrer Untertanen vor gegenreformatorischen Attacken ermöglichten, aber die Städte waren nur in einer sehr eigenartigen und indirekten Form in den verschiedenen Religionskonzessionen des konfessionellen Zeitalters enthalten. Sie stellten entschieden das schwächste Glied der Kette dar, und daher setzten die Bestrebungen der Katholisierung bei ihnen ein. 1577 verbot Kaiser Rudolf II. den öffentlichen protestantischen Gottesdienst in Wien, und im darauffolgenden Jahr wurde der Prediger Josua Opitz aus Wien ausgewiesen, die protestantischen Kirchen und Schulen in der Stadt wurden geschlossen. Die Landhauskapelle und das Schloss des Wilhelm von Geyer in Hernals, wohin man aus der Stadt »auslaufen« konnte, um dort den evangelischen Gottesdienst des Predigers Ambros Ziegler zu besuchen, wurden den Protestanten entzogen. Ziegler hatte noch 1577 Salomon Schweigger aus Tübingen als Hilfsprediger nach Wien berufen, der nach wenigen Monaten als Gesandtschaftsprediger nach Konstantinopel ging und eine der besten und weit verbreiteten Reisebeschreibungen ins Osmanische Reich hinterließ.[42] Das »Auslaufen« wurde mit hohen Strafen belegt; wer dabei ertappt wurde, dass er nach Hernals zur Messe ging, wurde mit sechs Gulden, wer ein Kind taufen ließ oder sich evangelisch trauen ließ, mit 25 oder 50 Gulden bestraft. Die Prediger am Landhaus, Josua Opitz, Johann Tettelbach, Michael Hugo und der Schulmeister Setter, wurden aus Wien entfernt. Die Wiener mussten nun nach Inzersdorf oder Vösendorf »auslaufen«.[43]

Im Jahre 1570 scheint es wieder bei der Fronleichnamprozession zu einem »Übergriff« der Protestanten gekommen zu sein, der Bäckerjunge Conrad Haußner aus Württemberg verunglimpfte die Hostie und wurde der Legende nach vom Teufel durch die Luft davon getragen. Als 1578 nach langer Unterbrechung die Fronleichnamsprozession in Anwesenheit Kaiser Rudolfs II., seiner Brüder Ernst und Maximilian sowie des bayerischen Herzogs Ferdinand stattfand, entstand am Kohlmarkt ein Auflauf – augenscheinlich ohne religiösen Hintergrund –, bei dem die Milch, Eier und Butter feilbietenden Bäuerinnen zu Schaden kamen. Milch floss auf die Straße, und daher erhielt dieses Ereignis den Namen »Milchkrieg« *(Abb. 46, S. 326)*.[44] Der Vorfall ist bezeichnend für die gespannte konfessionelle Situation in der Stadt.

1579 fand eine Demonstration von 5.000 protestantischen Bürgern – die im äußeren Rat noch immer die Mehrheit hatten, während der innere Rat schon katholisch war – in Wien statt, in der sie den Statthalter des Kaisers Erzherzog Ernst auf Knien um das



Abb. 46: Milchkrieg, 1578

Evangelium baten. Die Rädelsführer wurden verhaftet, aus dem Dienst der niederösterreichischen Regierung entlassen und viele des Landes verwiesen. Schon 1580 wurden noch schärfere Maßnahmen gegen die Protestanten in Wien getroffen, die evangelische Buchhandlung des Elias Freitag im Landhaus musste schließen, und eine Bücherzensur wurde eingeführt. Dennoch – berichtet der Reichshofrat Georg Eder (eine Art ständiger Korrespondent für Bayern in Sachen Gegenreformation in Wien) – kamen immer wieder Prädikanten nach Wien, und der Einfluss der Reformation konnte nicht zurückgedrängt werden, auch wenn der Hof, vor allem die Erzherzoge Ernst und Matthias und die verwitwete französische Königin Elisabeth, die Gründerin des Königinnenklosters, die »pietas Austriaca« noch so augenfällig vor Augen führten. Auch die Präsenz der von den Habsburgern stark geförderten Jesuiten tat das Ihrige, insbesondere als sie in Georg Scherer einen sehr guten und tatkräftigen Prediger zur Verfügung hatten.[45]

Noch immer war der Adel der Rückhalt der Reformation im Lande, wenn auch mancher Adelige sich durch Vorteile bei Hofe zum Glaubenswechsel bestimmen ließ. So berichtet Georg Eder: *der allt Herr von Harrach ist diese ostern zuem erstenmal sub una communiciert worden, dazue ihne vielleicht mer das gulden flüß alls die andacht geursacht*. Die Verleihung des Ordens des Goldenen Vlieses war an ein katholisches Bekenntnis gebunden.[46] Das Blatt wandte sich also langsam zugunsten der Katholiken, die Zahl der Über-

tritte in Richtung Katholizismus nahm zu, ein Teil dieser Konvertiten waren sicherlich adelige Karrieristen, die sahen, dass der Katholizismus die Eintrittskarte in die höfische Welt des Habsburgerhofes darstellte. Allerdings gelang es den Jesuiten auch, »ehrgeizige Halbwüchsige« zu bekehren.

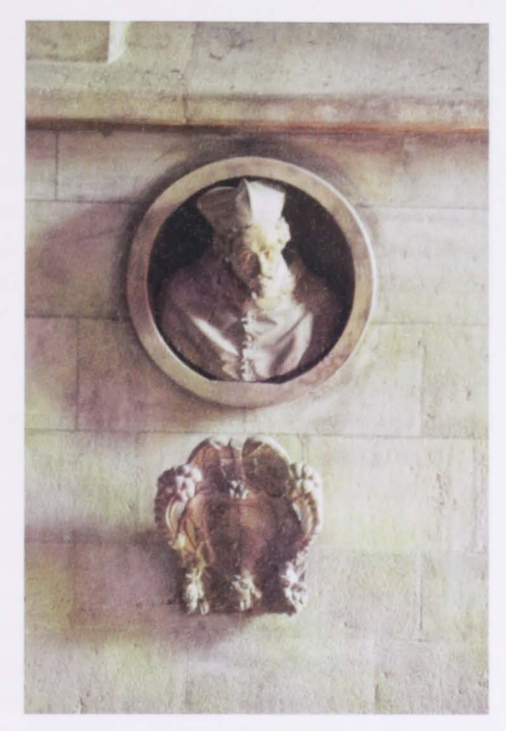


Abb. 47: Grabmal des Melchior Khlesl

Doch das war erst das Vorgeplänkel der Gegenreformation. Großen symbolischen Wert hatte sicherlich die widerstandslos erfolgende Einführung des Gregorianischen Kalenders in Wien durch ein Dekret Rudolfs II. vom 20. Jänner 1584.[47] Der eigentliche Motor der Gegenreformation in Wien war allerdings nicht der Kaiser selbst, sondern sein jüngerer Bruder Ernst, auf den die Erziehung in Spanien offensichtlich einen stärkeren Einfluss gehabt hatte und der die Ideen der Gegenreformation vehementer vertrat. Er befahl unter anderem nicht nur die Kontrolle der Wiener Buchhändler, sondern auch die Visitation der donauabwärts fahrenden Schiffe in Passau, um die Lieferung »ketzerischer« Bücher zu unterbinden.

1585 leitete ein kaiserliches Dekret zur Rekatholisierung eine energische Gegenreformation ein: Die Bestimmungen vom 22. Dezember legten fest, dass nur jene das Wiener Bürgerrecht erhalten durften, die sich in geistlichen und weltlichen Dingen der Obrigkeit unterwarfen, Beichte und Kommunion in einer katholischen Kirche wurde für die Bürger verpflichtend.[48] 1588 setzte man eine Kommission zur Bekehrung der Städte und Märkte ein. Gleichzeitig wurden Versuche unternommen, die letzten Möglichkeiten, in der Nähe Wiens – St. Ulrich (heute: Wien 7), Inzersdorf (heute: Wien 23), Vösendorf (Niederösterreich) – protestantischen Gottesdienst zu hören, zu beseitigen.[49] Provokativ wurde von Erzherzog Matthias die evangelische Schlosskapelle in Inzersdorf geschlossen, der Schlossherr Hans Adam Geyer wurde verhaftet. Die evangelischen Ständeherrn verließen daraufhin Wien und gingen nach Horn, Wien war in dem evangelischen Bündnis gegen den Landesfürsten nicht vertreten, von den Städten waren überhaupt nur Krems und Stein repräsentiert.

Seit 1590 trat mit Melchior Khlesl *(Abb. 47)* als Generalreformator ein Mann immer mehr in den Vordergrund, dessen Rolle in der Gegenreformation Österreichs man wohl kaum unterschätzen kann. Als Sohn eines lutherischen Bäckermeisters in Wien im »Haus

zum blauen Esel« in der Kärntner Straße (1, Kärntner Straße 21) geboren, wurde er durch den jesuitischen Prediger Georg Scherer bekehrt und wie viele Konvertiten ein besonders eifriger Anhänger des neuen Glaubens – immerhin gelang es ihm, sogar seine Eltern zum Katholizismus zu bekehren. Sein Aufstieg war nicht nur seinem Nahverhältnis zur Gesellschaft Jesu zu verdanken, sondern auch der Förderung durch den Reichshofrat Georg Eder, einen der maßgeblichen Vertreter der Gegenreformation in Österreich. Eder wirkte an der Universität und bei Hofe und war ein enger Vertrauter der bayerischen Wittelsbacher, denen er laufend über die religiösen Verhältnisse in Wien berichtete.[50] 1579 wurde Khlesl Dompropst in St. Stephan und Kanzler der Universität, wo er das Professorenkollegium von Protestanten säuberte. 1580 ernannte ihn der bedeutende Passauer Bischof Urban von Trennbach zum passauischen Offizial und Generalvikar im Lande unter der Enns, 1591 war er auch Rektor der Universität. In seiner Eigenschaft als Passauer Offizial mit dem Sitz in Wien hat er die Rekatholisierung vor allem der Städte Niederösterreichs vehement vorangetrieben.[51] An seiner Seite stand vor allem als Stütze der gegenreformatorischen Bestrebungen der Kanoniker von St. Stephan, Propst des Kollegiatsstiftes und seit 1586 Abt des Zisterzienserklosters Zwettl, Ulrich Hackl.

Nach dem Tod des Wiener Bischofs Kaspar Neubeck war Khlesl als Nachfolger in Diskussion, allerdings stimmten die finanziellen Verhältnisse nicht, sodass sich seine Berufung verzögerte, erst 1598 wurde er dem Domkapitel als Bischof angezeigt, und erst 1602 fand die Übergabe der Temporalien statt, 1614 wurde er schließlich konsekriert. Zusätzlich behielt Khlesl – gegen die Regelungen des Tridentiner Konzils – das Bistum Wiener Neustadt. Mit Khlesl war eine starke gegenreformatorische Aktivität entstanden, die den Handlungsspielraum der Protestanten einzuschränken versuchte. In seiner weiteren Laufbahn wurde Khlesl 1616 noch Kardinal. Sein Einfluss auf die Politik endete ganz plötzlich und unerwartet 1618, als er gefangen genommen und in Georgenberg in Tirol, später in Rom gefangen gehalten wurde. Erst 1627 konnte er zurückkehren, er starb 1630.

Doch auch auf der Seite der weltlichen Gewalt änderten sich die Dinge zunächst zugunsten der Gegenreformation. 1593 wurde Erzherzog Matthias Statthalter in den Donauländern, er war der jüngere Bruder Kaiser Rudolfs II., der seit 1583 dauerhaft in Prag residierte. Matthias' religionspolitische Haltung war ausgeprägter als die des Kaisers, der zwar gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder Ernst in Spanien erzogen worden war, sich aber eine gewisse Offenheit in Religionsfragen bewahrt hatte. Matthias bediente sich des Rates Khlesls, der sein engster Berater und Mitarbeiter wurde.

Geschwächt wurde diese Position der Gegenreformation, die Matthias und Khlesl vertraten, durch den Bruderzwist. In seinem Bestreben, Rudolf aus der Herrschaft zu verdrängen und selbst zu regieren, musste sich Matthias mit den Mächtigen im Lande verbinden. 1609 gestattete er daher den Herren und Rittern der Augsburger Konfession, die sich im Horner Bund zusammengeschlossen hatten, die freie Religionsausübung für sich und ihre Untertanen; weitaus vager waren die Versprechungen, die er den Städten ge-

genüber abgab, ganz streng genommen waren die Städte von den Privilegien nicht betroffen. Allerdings erklärte sich Matthias 1610 bereit, die Städte den beiden anderen Ständen gleichzusetzen.

Auch für Wien brachte diese Schwächung der landesfürstlichen Position im Bruderzwist Erleichterungen für die Protestanten. Matthias als neuer Landesfürst tolerierte stillschweigend das »Auslaufen« nach Hernals, wo die Familie Jörger – eine der ersten Adelsfamilien, die zum Protestantismus übergetreten waren – ab 1587 die Herrschaft innehatte. 1609 richtete Helmhard Jörger eine lutherische Pfarre an der Bartholomäuskirche in Hernals ein.[52]

Doch auch andere gegenreformatorische Maßnahmen sind charakteristisch für die Epoche, so etwa die Abschaffung des Laienkelches, die 1607 von Khlesl verkündet wurde. Die Katholiken traten jetzt öffentlicher hervor, die Hostie wurde bei Versehgängen wieder in öffentlicher Prozession unter einem Baldachin, begleitet von Fahnen, Windlichtern und Laternen, zu den Kranken gebracht.

Die Entwicklung der religiösen Verhältnisse in Wien ist nicht zu trennen von der allgemeinen politischen und religiösen Situation in der Habsburgermonarchie, die stark von den protestantischen Ständen der Länder geprägt war. Nach dem Ende des Bruderzwistes und der Herrschaftsübernahme durch Matthias, der nach dem Tod Rudolfs 1612 auch Kaiser wurde, war vor allem Böhmen Hauptschauplatz der Auseinandersetzungen, in denen Ferdinand von Innerösterreich, der spätere Kaiser Ferdinand II., eine immer größere Rolle spielte. Er war bei den Jesuiten in Ingolstadt erzogen worden und verkörperte den radikalen Flügel der Gegenreformation, die ihre konfessionellen Vorstellungen auch mit Gewalt durchdrücken wollten. Der Weg in den Dreißigjährigen Krieg war vorprogrammiert. Sicherlich hat dieser Krieg viele Facetten, aber am Beginn dieses Konfliktes standen religionspolitische Fragen sicherlich im Zentrum.

Wien wurde 1619 zum unmittelbaren Schauplatz des Kampfes, als im Frühjahr das Heer der böhmischen und mährischen Stände unter Führung des Grafen Matthias Thurn-Valsassina gegen Wien vordrang. Ferdinand II., der in Böhmen einen kalvinischen Gegenkönig hatte (Friedrich von der Pfalz, später »Winterkönig« genannt), wurde in der Stadt belagert.

Am 5. Juni 1619 versammelten sich fünfzig Adelige unter der Führung von Paul Jakob von Starhemberg und Andreas von Thonradel (Thonrädl) in der Hofburg und versuchten die Bedrängnis des Kaisers zu nützen, um ihre religionspolitischen Forderungen durchzusetzen. Die protestantischen Adeligen drangen in die Hofburg ein und bedrängten Ferdinand II. Dabei soll Thonradel – angeblich betrunken – den Kaiser beim Wams gefasst und ihn aufgefordert haben: *Gib Dich, Nandl, und unterschreib.*[53] Wieweit diese Legende der Wahrheit entspricht, ist schwer festzustellen. Ferdinand jedenfalls blieb standhaft – ebenfalls legendär ist die Geschichte, dass bei dieser Gelegenheit ein Kruzifix zu ihm gesprochen haben soll, um ihm zu versichern, dass Gott ihn nicht verlassen werde. Dieses Kruzifix spielte dann in der Barockzeit als Sterbekreuz der Habsburger eine wesentliche Rolle im Frömmigkeitsverhalten der Dynastie. Die eigentliche Rettung der Si-

tuation ist aber – nüchtern betrachtet – der Tatsache zu verdanken, dass die Dampierreschen Kürassiere – 200 Reiter aus Krems unter dem Befehl des Arsenalhauptmanns Gilbert de Saint-Hilaire – ankamen und damit den Kaiser aus seiner Bedrängnis retteten. Die »Sturmpetition« der Stände war gescheitert, zu einem Anschluss an die böhmischen Aufständischen fehlte ihnen der Mut.[54]

Der Angriff der böhmischen Ständetruppen war koordiniert mit der Tatsache, dass der kalvinische siebenbürgische Fürst Gábor Bethlen Ungarn bis Pressburg/Bratislava besetzte. Das verschaffte dem böhmischen Heer eine gute strategische Ausgangsposition. Allerdings sandte Erzherzog Leopold Graf Buquoy mit 20.000 Mann kaiserlichen Söldnern nach Wien. Bethlen und Thurn befehligten insgesamt 50.000 Mann, die bei (Kaiser-)Ebersdorf standen, auch die oberösterreichischen Protestanten rückten an. Die Lage Wiens schien kurzfristig äußerst bedroht, doch Bethlen wurde in Ungarn von seinem langjährigen Feind und adeligen Gegenspieler Georg Hommonnay angegriffen und hatte – auch die Aussichtslosigkeit der Lage einsehend – im November die Belagerung Wiens aufgegeben, was letztlich auch das böhmische Heer zum Rückzug veranlasste.

Das weitere Schicksal der religiösen Verhältnisse in Wien sollte sich vor den Toren Prags entscheiden. In der Schlacht am Weißen Berg/Bílá Hora 1620 verloren die böhmischen protestantischen Stände die entscheidende Auseinandersetzung mit den kaiserlich katholischen Truppen. Die Gegenreformation konnte nun nicht nur in Böhmen selbst, sondern auch in den anderen von Ferdinand II. beherrschten Ländern mit großer Brutalität durchgeführt werden. In Wien, wo die Vorbereitungen zu einer endgültigen Rekatholisierung schon am Ende des 16. Jahrhunderts weit gediehen waren, führte das zu einer erneuten Verschärfung der Situation. Am 18. Juli 1623 zahlten die Wiener Bürger dem Staat 50.000 Gulden und erhielten dafür das so genannte »Einstandsprivilegium« *(Abb. 48)*, wonach im Burgfried nur Bürger Besitz haben durften, und da diese Katholiken sein mussten, verließen viele Protestanten die Stadt, das Abfahrtsgeld (10 Prozent des Wertes der Häuser) machte 30.000 Gulden aus.[55] 1624 wurde das »Auslaufen« zum protestantischen Gottesdienst vom Stadtrat erneut verboten, 1625 wurden die evangelischen Prädikanten in Hernals »eingezogen«. Das »Auslaufen« der Wiener zum protestantischen Gottesdienst fand damit endgültig ein Ende. Die Herrschaft Hernals wurde konfisziert und dem Wiener Domkapitel übergeben.[56]

Am 20. März 1625 wurde angeordnet, dass sich alle Einwohner Wiens binnen vier Monaten in der katholischen Religion zu unterrichten hätten, und am 14. September 1627 verfügte ein kaiserliches Generalmandat die Ausweisung aller protestantischen Prediger und Schulmeister. In dieser Verordnung wurde auch das Lesen nicht katholischer Bücher und jede geheime Zusammenkunft unter Strafe gestellt. Viele, die ihrer religiösen Überzeugung treu blieben, verließen die Stadt, eine genaue Zahl der Exulanten ist allerdings nicht feststellbar, nur die Abfahrtsgelder, die man für den Bau der Fortifikationen erlegen musste, machen Aussagen über die Dimensionen dieser Abwanderung. Betrugen diese Abfahrtsgelder 1620 nur 609 Gulden, so erreichten sie mit 24.446 Gulden im Jahr 1625 einen Höhepunkt.[57] Da es sich bei den Protestanten vorwiegend um An-



Wir Ferdinandt der Ander von Gottes gnaden Erwolter

Abb. 48: Einstandsprivileg für Wien vom 18. 7. 1623

gehörige der Oberschicht handelte, bedeutete diese Abwanderung auch eine große wirtschaftliche Einbuße für die Stadt.

Die Jesuiten gewannen nun in dieser Phase der siegreichen Gegenreformation endgültig die Oberhand über alle Bildungsinstitutionen der Stadt, es kam zu einer Vereinigung von Jesuitenkolleg und Universität durch die »Sanctio Pragmatica« vom 13. Oktober 1623.[58] Gleichzeitig fand auch eine Säuberung des Lehrkörpers der Universität statt, 28 Professoren bekannten sich damals noch zum Luthertum, 1626 wurden sie vor die Entscheidung gestellt, zu konvertieren oder auszuwandern. Den Endpunkt der völligen Katholisierung der Universität stellte sicherlich das Dekret Ferdinands III. von 1649 dar, in dem für die Angehörigen der Universität das Feiern des Festes der Unbefleckten Empfängnis mit einem vorherigen Fasttag und einer Prozession zur Marienstatue am Hof zur Verpflichtung gemacht wurde.

Dass diese Dekrete nicht sofort verwirklicht wurden, zeigt die Tatsache, dass man sie einige Male wiederholen musste. 1645 wurde erneut unkatholischer Gottesdienst verboten und jede heimliche Hereinlassung von Predigern in die Stadt untersagt. Als letzte Möglichkeit bestand für die protestantischen Wiener noch die Möglichkeit, nach Un-

garn, in dem die Rekatholisierung nicht durchgeführt werden konnte und es daher einen konfessionellen Pluralismus gab, zu reisen; 1651 wurde dieses neue »Auslaufen« aber ebenfalls strengstens untersagt. Ein letztes Religionsedikt vom 4. Jänner 1652 fasste noch einmal alle bisherigen Bestimmungen zusammen, mit den Beichtmandaten von 1652 und 1656 wurde der Druck auf die Bevölkerung erneut verstärkt.[59]

Damit war Wien – sieht man von wenigen Ausnahmen ab – katholisch geworden, und keine andere christliche Konfession wurde toleriert. Ausnahmeregelungen galten nur für die Botschaften (vor allem die schwedische Botschaftskapelle spielte auch für die Wiener Stadtbevölkerung eine gewisse Rolle) und Adelige. Entgegen den früheren Bestimmungen allerdings galt die Religionsfreiheit des Adels nur mehr für die Personen selbst, nicht mehr für ihre Untertanen. Aber es waren in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts noch immer 30 Ritterstands- und 43 Herrenstandsfamilien in Niederösterreich protestantisch.

Für die Mehrzahl der Bürger der Stadt allerdings galt es sich anzupassen, und diverse Listen und Aufzeichnungen der kirchlichen Instanzen zeigen die steigende Zahl der Osterbeichten, Osterkommunionen (bei den Jesuiten über 11.000!) und Konversionen. Diese Zahlen wurden zum Gradmesser der Katholisierung, und man erreichte 1637 in den Kirchen der Stadt Wien schon die Zahl von 22.000 Osterbeichten.[60] Dies ist nicht so sehr der Erfolg einer besseren oder besser eingesetzten Seelsorge der Pfarren und Klöster der Stadt, sondern des politischen Druckes, der von der Dynastie ausging. Seit dem Jahre 1656 war der Empfang der Beichte und der Kommunion zu Ostern durch ein Regierungsdekret vorgeschrieben, das auch eine »gebührende Bestrafung« derjenigen, die nicht zur Beichte und Kommunion gingen – der »Ungehorsamben« –, vorsah. Oberflächlich war die Vorherrschaft des Katholizismus wiederhergestellt, aber es bedurfte noch mancher Anstrengungen in der Barockzeit, um die »innere Mission« der Stadtbevölkerung zum Abschluss zu bringen.

Die Kirche Wiens in der barocken Entfaltung – Bau-Boom der Orden – Pietas Austriaca – Wiederaufbau und Festigung

Im späten 16. Jahrhundert war die Lage der Klöster in Wien sehr schlecht gewesen. Wenig Nachwuchs zwang die Minoriten, Dominikaner und Augustiner dazu, Mönche aus Italien und Spanien nach Wien zu holen, um die Klöster aufzufüllen. Diese standen in ihren Lebensformen und Denkarten in einem dramatischen Gegensatz zu der Wiener Bevölkerung, die diese »Wälschen« vehement ablehnte.

Eine der Folgen der Gegenreformation war auch das Vordringen einer Fülle von Orden in den westlichen Ländern der Habsburgermonarchie, die das Land mit einem Netzwerk an Klöstern und barocken Kirchen überzogen. Diese neuen Orden – allen voran die Jesuiten – führten eine langfristige »innere Missionierung« durch, die kulturell prägend für die Donaumonarchie wurde. Jesuitische Erziehung, Jesuitentheater und ein üppiger barocker Bau und Umbau von Klöstern und Kirchen bestimmten das Bild der Epoche und trugen zu der oft gehörten Bezeichnung Österreichs als »Klösterreich« wesentlich bei. Die »Klosteroffensive« Khlesls und der Bauboom der Orden nach 1620 prägten das Bild der Stadt entscheidend. Jesuiten, Theatiner, Somasker, Barnabiten, Kamillianer, Piaristen, Barmherzige Brüder, Ursulinen, Salesianerinnen, Oblaten, Oratorianer, Lazaristen, Franziskaner, Kapuziner, Karmeliter, Benediktiner, Kamaldulenser und Zisterzienser kamen entweder neu nach Wien oder bauten ihre schon bestehenden Klöster im barocken Stil aus. Eine weitere Welle der Bautätigkeit der Kirche nach dem Beginn vor allem in den zwanziger Jahren des 17. Jahrhunderts erfolgte dann nach dem Ende der Bedrohung der Stadt 1683.

Eine wesentliche Rolle bei der Förderung der Orden spielte natürlich der Hof. Insbesondere Kaiser Ferdinand II., der vehemente Vertreter der Gegenreformation, war auch an der Ansiedlung verschiedener Orden interessiert. Auch seine engsten Vertrauten, wie Hans Ulrich von Eggenberg und Max von Trauttmansdorff, waren der katholischen Sache ergeben, und seine geistlichen Berater, wie Kardinal Franz Dietrichstein, der Prager Erzbischof Adalbert von Harrach, der Wiener Fürstbischof Anton Wolfradt, der päpstliche Nuntius Karl Caraffa sowie seine Beichtväter Villery, Becanus und Lamormaini, bestärkten die wohlwollende und fördernde Gesinnung des Monarchen gegenüber der bunten Welt der barocken Orden.

Den Auftakt der Klosterinitiative in Wien bildete der 1603 begonnene Bau der Franziskanerkirche. Dieser schon seit dem Mittelalter in Wien ansässige Orden übersiedelte – nachdem sein ursprüngliches Kloster in St. Theobald 1529 zerstört worden war – 1589 endgültig in die Stadt und übernahm das Büßerinnenkloster St. Hieronymus. 1611 wurde die noch im spätmittelalterlich-gotischen Stil erbaute Kirche geweiht.[61]

1614 berief Kaiser Matthias auf Anraten Karls von Liechtenstein die Barmherzigen Brüder nach Wien, der Generalvikar und Chirurg Gabriel Graf von Ferrara erwarb Haus und Garten des Hofadvokaten Dr. Andreas Taller und gründete das Spital des Ordens im Unteren Werd (Leopoldstadt).[62] Ein weiterer Orden, der schon in dieser Frühphase der Gegenreformation in Wien gefördert wurde, waren die Kapuziner, die unter der Führung des Laurenz von Brindisi[63] 1599 nach Wien gekommen waren und sich zunächst in St. Ulrich niederließen. Kaiserin Anna stiftete eine Kirche und ein Kloster in der Stadt, das allerdings erst in den Jahren 1622 bis 1632 unter Ferdinand II. gebaut wurde. Große Bekanntheit erlangte diese Stiftung der Frau des Kaisers Matthias vor allem als Begräbnisstätte der Habsburger (Kapuzinergruft).[64] Diese frühen Ordensansiedlungen leiteten den Boom der Orden ein, der nach 1620 einsetzte.

Einer der durch die innere Reform der Kirche im 16. Jahrhundert neu entstandenen, doch von einem alten Orden, der schon seit dem Mittelalter in Wien wirkte, abgespaltener Orden waren die Unbeschuhten (im Gegensatz zu den Beschuhten) Karmeliter, ein Bettelorden, der eine besonders intensive Marienverehrung betrieb. Ferdinand II. genehmigte diesem Orden 1620 die Ansiedlung im Unteren Werd, der späteren Leopoldstadt. Die Karmeliterkirche, eine Liechtensteinsche Stiftung, wurde zu bauen begonnen, der Orden erhielt 1623 das Recht zum Almosensammeln und seine Kirche wurde 1639 eingeweiht.[65] 1625 berief Kaiser Ferdinand Regularkleriker des heiligen Paulus oder Barnabiten nach Wien. Ihnen wurde die Pfarrkirche St. Michael überwiesen, wobei sich sprachliche Schwierigkeiten ergaben, da die meisten Ordensangehörigen der ersten Generation aus romanischen Ländern kamen. Die Barnabiten waren auch häufig Hofprediger. Sie führten verschiedene Andachtsformen wie das vierzigstündige Gebet oder den Blasiussegen ein, organisierten Wallfahrten und förderten den Marienkult, besonders in Mariahilf.[66] Bald darauf folgten die Paulaner, und auch die Kamaldulenser siedelten sich auf dem Kahlenberg an. Im Jahre 1630 wurde die Hofkirche St. Augustin den Unbeschuhten Augustinereremiten übergeben, die Augustiner übernahmen auch die Seelsorge in der Rochuskirche auf der Landstraße. Viele der Orden hatte ihre Wurzeln in Spanien, und ihre Ansiedlung in Wien hängt nicht nur mit der Gegenreformation zusammen, sondern auch mit den engen Beziehungen der Habsburger zu den spanischen Verwandten in Madrid. 1633 wurden etwa die Schwarzspanier (Benediktiner Unserer Lieben Frau von Montserrat) nach Wien berufen. Drei Jahre später ließen sich die Serviten in der Rossau nieder und bauten in den folgenden Jahren ihre Kirche.

Mindestens ebenso wichtig wie die Klostergründungen war auch die Reform der Ausbildung der Kleriker. 1623 gründete der Erzbischof von Gran/Esztergom, Peter Pazmany, eine theologische Lehranstalt, das nach ihm benannte Pazmaneum. Das Klima der Gegenreformation trug auch zu einer erheblichen Verbesserung der Situation der alten Orden bei, die Dominikaner etwa hatten 1626 in Wien schon wieder zehn Priester, elf Kleriker und sieben Laienbrüder, auch die Benediktiner nahmen unter den Reformäbten, von denen besonders Anton Spindler vom Wiener Schottenkloster hervorzuheben ist, erneut einen Aufschwung.[67]



Abb. 49: Mariensäule am Hof

Die wesentliche Unterstützung erfuhr die Kirche, wie schon erwähnt, durch die Habsburger, deren Ziel nach 1620 die völlige Katholisierung ihrer Länder war. Sie unterstützten daher verschiedene Orden und Kirchen nicht nur finanziell, sondern auch durch das Prestige ihrer Anwesenheit; bis in die Zeit Maria Theresias nahmen die Herrscher in einem jährlichen Zyklus am Gottesdienst vieler Kirchen in Wien teil. Auch vieles von der Ausstattung solcher Kirchen wurde von den Habsburgern gestiftet. Die spezifisch habsburgische Frömmigkeit hatte ihre Kernpunkte in einer starken Kreuzesfrömmigkeit, in einer gewaltigen Marienverehrung und einer speziellen Eucharistiefrömmigkeit.[68] Die Eucharistiefrömmigkeit war vor allem im Zeremoniell ausgeprägt: Die Habsburger stiegen z. B. aus der Kutsche und knieten nieder, wenn sie einem Priester mit dem »Allerheiligsten« beim Versehgang begegneten und nahmen vor allem an den Fronleichnamsprozessionen, demonstrativ gleich hinter dem »Himmel«, unter dem der Priester die Monstranz mit der Hostie trug, gehend, teil. Die Marienfrömmigkeit hinterließ auch Spuren in der Stadt, so errichtete Ferdinand III. eine Säule zur Unbefleckten Empfängnis am Hof, die an die Bedrohung durch die Schweden im Dreißigjährigen Krieg erinnert. Die Schweden hatten die Österreicher bei Jankau geschlagen und rückten gegen Wien vor, die Wolfsschanze bildete 1645 eine wesentliche Verteidigungslinie. 1646 wurde die Mariensäule am Hof von Johann Jakob Bock nach dem Vorbild der Münchener Mari-

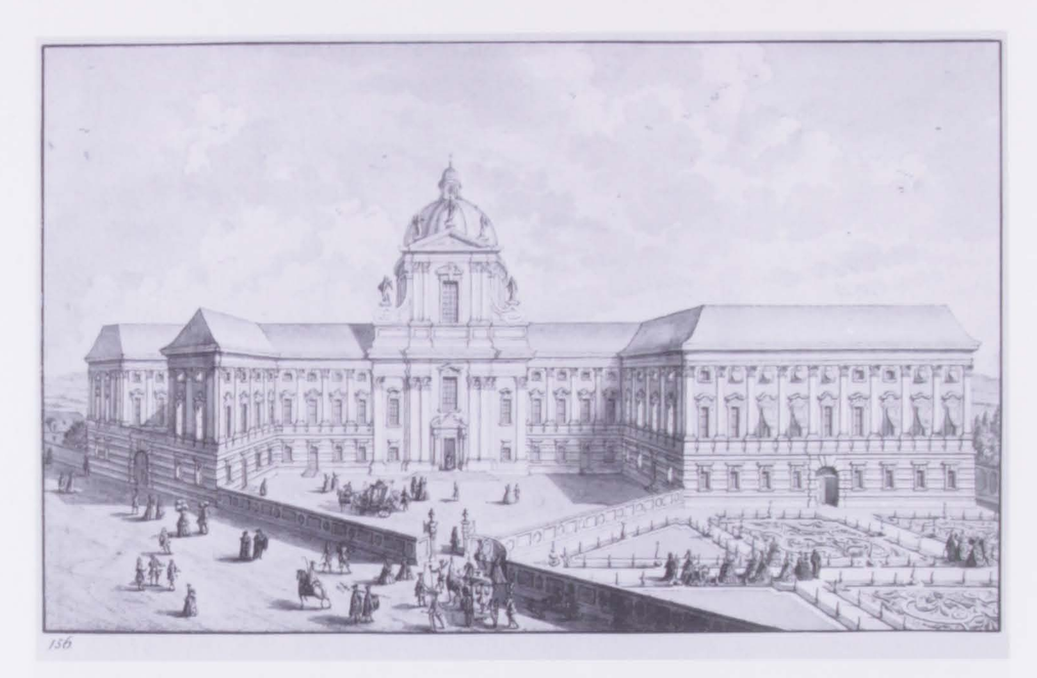


Abb. 50: Salesianerinnenkloster

ensäule errichtet. Diese erste Säule wurde allerdings 1667 abgetragen. Die Säule kann man heute in Wernstein in Oberösterreich noch sehen, wohin man sie transportierte. Kaiser Leopold I. ließ als Ersatz die heute noch stehende Säule durch den kaiserlichen Stückgießer Balthasar Herold auf einem Unterbau von Carlo Martino Carlone aufstellen *(Abb. 49, S. 335)*.[69]

Auch die starke Förderung des Kapuzinerordens durch die Habsburger veränderte die religiöse Situation in der Stadt. Die Kapuziner, die auch die habsburgische Familiengruft betreuen, die ab der Regierung Ferdinands III. regelmäßig benutzt wurde,[70] hielten volkstümliche Andachten wie das vierzigstündige Gebet, förderten die Einrichtung von Corpus-Christi-Bruderschaften und die entsprechenden Prozessionen, führten geistliche Schauspiele auf und gestalteten auch die Sakrallandschaft der Stadt durch die Errichtung von Kalvarienbergen und Passionskapellen.[71] Der bedeutendste Prediger der Kapuziner war Marco d'Aviano, der in großer Nähe zum Hofe und besonders zu Kaiser Leopold wirkte und 1699 in Wien starb. Er hatte als Bußprediger (und scharfer Jesuitengegner) große Erfolge, seine Predigten bewirkten Massenbekehrungen, und er hielt auch 1683 die berühmte Predigt auf dem Kahlenberg anlässlich der Entsatzschlacht bei der Zweiten Wiener Türkenbelagerung.[72]

Ein weiterer Boom des Kloster- und Kirchenbaus in Wien erfolgte nach 1683, denn die Entsatzschlacht auf dem Kahlenberg hatte nicht nur die Bedrohung Wiens durch die

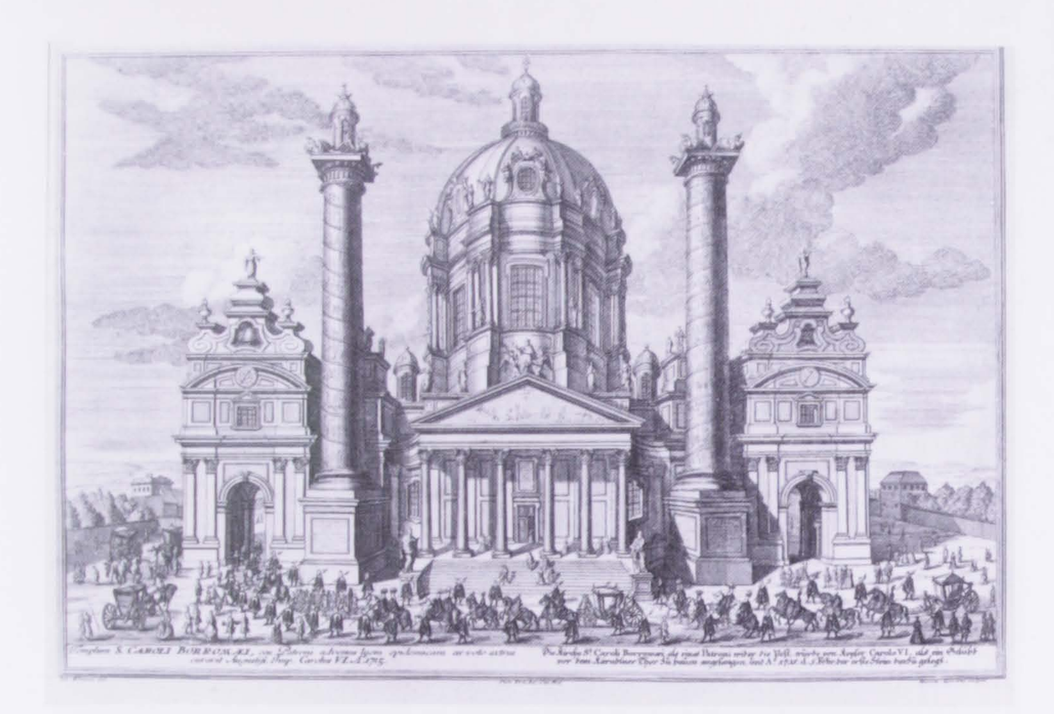


Abb. 51: Karlskirche

Osmanen beendet, sondern wurde auch als Triumph des Katholizismus interpretiert, denn der Sieg wurde der Jungfrau Maria zugeschrieben.

Allerdings war der Kirche im Jahre 1683 durch die militärischen Ereignisse schwerer Schaden entstanden. So wurden viele Vorstadtpfarren zerstört und – nicht zuletzt auch durch die Pestwellen 1679 und 1713 – entvölkert. Es wurde daher nach 1683 mit dem Bau vieler neuer Kirchen begonnen, einige bestehende Gotteshäuser wurden barockisiert. Neue Pfarrkirchen und Gotteshäuser entstanden in Lainz, Lichtental, St. Ulrich, Rodaun, Alt-Simmering und Neulerchenfeld, auch neue Klöster der Trinitarier auf der Alser Straße, der Schwarzspanier und der Piaristen wurden im Barockstil erbaut. Wichtigster Klosterbau in Wien – nicht zuletzt wegen seiner Nähe zur kaiserlichen Stifterin – war das Salesianerinnenkloster am Rennweg, das von Donato Felice d'Allio ab 1717 erbaut wurde und der Erziehung adeliger Mädchen dienen sollte *(Abb. 50)*. Die großen Aufwendung wurden zum Teil aus dem Heiratsgut der Kaiserin, zum Teil durch den Verkauf von Schmuck finanziert, schon bald legten zwei junge Wienerinnen die Profess im Kloster ab. Bis zum Tod der Kaiserin, die sich in ihrer Stiftung auch begraben ließ, waren schon 99 Zöglinge im Kloster.[73]

Dazu kamen kunsthistorisch erstklassige Bauten, wie die 1737 vollendete Karlskirche *(Abb. 51)*, der Bau der Mariahilfer Kirche nach Plänen von Sebastiano Carlone durch Paul Esterházy (vollendet 1713) und die architektonisch prachtvoll gestaltete Jesuiten-

kirche in Wien (1703–1707) von Andrea Pozzo. Das illustrativste Beispiel für einen solchen Neubau ist die Peterskirche in Wien. 1700 beschloss die Wiener Dreifaltigkeitsbruderschaft einen vollständigen Neubau der Kirche. Kaiser Leopold I., selbst Mitglied der Bruderschaft, bestätigte den Beschluss 1701, und der Entwurf des Italieners Gabriele Montani, der auch bei König Karl III. (dem späteren Kaiser Karl VI.) in Spanien wirkte, wurde in der durch Johann Lucas von Hildebrandt veränderten Form realisiert. Die Innenausstattung vollendete Johann Michael Rottmayr erst nach der Pest 1713, die Koordination durch Matthias Steinl (und später Antonio Galli-Bibiena) schuf hier eines der besten Beispiele eines programmatisch ausgerichteten »Gesamtkunstwerkes« des österreichischen Barock. Doch die letzten der dazu notwendigen 475.000 Gulden konnten letztlich erst aufgebracht werden, als der Beamte Joachim Ritter von Schwandtner die Bruderschaft als Universalerben einsetzte *(Abb. 52)*.[74]



Abb. 52: Peterskirche

Die Erhebung Wiens zum Erzbistum

Die Bemühungen um die Errichtung eines Bischofssitzes in Wien reichen schon in die Zeit der Babenberger zurück, doch erst Friedrich III. gelang 1469 die Gründung eines eigenen Bistums in der Stadt, das allerdings klein und finanziell schlecht ausgestattet war. Es umfasste ursprünglich nur drei Stadt- und 14 Landpfarren, 1475 kamen Perchtoldsdorf, Mödling und Laxenburg dazu.[75] Niemals konnte es mit der Bedeutung anderer Bistümer im Reich mithalten – es ist daher nicht verwunderlich, dass sich unter den Wiener Bischöfen kein Name eines Habsburgers findet. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde die Rolle des Wiener Bischofs etwas aufgewertet. Der auch als Präsident der Hofkammer und politischer Berater des Kaisers tätige Bischof Anton Wolfradt oder Wolfrath (1631–1639), der vorher Abt von Wilhering, dann von Kremsmünster gewesen war, setzte bei Ferdinand II. durch, dass er (und seine Nachfolger) 1631 in den Reichsfürstenstand erhoben wurde. Er war im Sinne der Gegenreformation – allerdings sehr gemäßigt – tätig und förderte die Schwarzspanier, Serviten und Kapuziner. Er integrierte die Orden auch stärker in die Seelsorge. Seine Nachfolger, Philipp Friedrich Graf von Breuner (1639–1669) und der aus einfachen Verhältnissen stammende Kapuziner Emerich Sinelli (1681–1685), zeichneten sich durch einen besonderen seelsorgerischen Eifer aus. Sinelli war der letzte Bischof, der hohe politische Funktionen im Staat ausübte, seine Position am Kaiserhof entsprach etwa der eines Ministerpräsidenten.

In der langen Regierungszeit seines Nachfolgers Sigismund Graf Kollonitsch (1716–1751) wurde die bisher betriebene Aufwertung Wiens endgültig erfolgreich abgeschlossen.[76] Kaiser Karl VI. konnte 1722 bei Papst Innozenz XIII. Wien als Metropolitansitz durchsetzen. In der Bulle »Suprema dispositione« vom 1. Juni 1722 wurde dieser rechtliche Akt vollzogen. Erzbischof Kollonitsch *(Abb. 53)* wurde 1723 in einer feierlichen Zeremonie das Pallium überreicht, das bischöfliche Kathedralkapitel wurde zum erzbischöflichen Metropolitankapitel aufgewertet. Territorial kam – allerdings erst 1729 – das Viertel unter dem Wiener Wald (Wiener Becken und Steinfeld) an Wien, sieben Städte und 69 Pfarren wurden vom Bischof von Passau auf Druck Papst Benedikts XIII. an den neuen Wiener Erzbischof abgetreten, die Passauer Kleriker und Gläubigen wurden formell aus der alten Diözese entlassen. Das Bistum Wiener Neustadt wurde als Suffragan Wien unterstellt. 1727 wurde Kollonitsch auch zum Kardinal gemacht, seither erwarben alle Wiener Erzbischöfe – wie etwa die wichtigen Bischöfe des späten 18. Jahrhunderts Johann Joseph Trautson und Christoph Anton Migazzi – ebenfalls diesen Titel und konnten auch Weihbischöfe bestellen.[77]



Abb. 53: Erzbischof Kollonitsch

Die Kirche im Zeitalter der Aufklärung – Toleranz – Klostersturm – Pfarrregulierung

Die barocke Blüte der Kirche, die sich bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts fortsetzte, hatte sowohl baulich als auch in den Frömmigkeitsformen ihren Ausdruck gefunden. Zahlreiche kirchliche Feiertage, Prozessionen und Wallfahrten dominierten das Leben der Stadt, der Neubau der Kirchen und Klöster – zusammen mit dem Bau der Paläste des Adels – machte Wien in dieser Zeit zu einer einzigen Großbaustelle. Allerdings lief der Geist der Zeit diesem Ausbau und Triumph des Katholizismus zuwider. Langsam begann sich auch bei den Eliten der Habsburgermonarchie – vor allem beim Adel, aber auch bei den Beamten und dem in dieser Schicht noch spärlich vertretenen Bürgertum[78] – das Gedankengut der Aufklärung durchzusetzen.

Ab der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden die jansenistischen und reformkatholischen Ideen dominant. Der Jansenismus, eine vor allem in Frankreich und Italien verbreitete Strömung des Katholizismus, trat gegen die »oberflächliche« barocke Frömmigkeit auf und zielte auf eine strengere, verinnerlichte Form von Frömmigkeit ab. Diese Geistesströmung hatte mit Erzbischof Christoph Anton Graf Migazzi (1757–1803), der später zu einem entschiedenen Gegner der durchaus jansenistisch beeinflussten josephinischen Reformen wurde, einen wesentlichen Förderer in Wien. Schon sein Vorgänger Kardinal Johann Joseph Graf Trautson hatte sich um die Durchsetzung von Ideen der Aufklärung bemüht. Migazzi erließ eine Menge Dekrete gegen abergläubische Praktiken, unerlaubte Exorzismen, den Bilderkult oder theatralische Weihnachtskrippen. Im Sinne des von der Wirkungsgeschichte kaum zu unterschätzenden Werkes von Ludovico Antonio Muratori (»Delle regolata divozione di Cristiani«, 1723), dessen Übersetzung unter dem Titel »Die wahre Andacht des Christen« mit einem Vorwort von Migazzi bei Trattner in Wien erschien, trat er gegen den barocken Bilderkult und die übertriebene Heiligen- und Marienverehrung auf. Im Zentrum des Kultes sollten das Messopfer und die tätige Liebe zu Gott und dem Nächsten stehen. Migazzi war auch ein starker Jesuitengegner und arbeitete der späteren Aufhebung des Ordens voraus, seine Gegnerschaft zur Gesellschaft Jesu war eindeutig theologisch motiviert. Um etwa dem Katechismus des Petrus Canisius das Wasser abzugraben, veranlasste er eine lateinische und deutsche Neuausgabe des römischen Katechismus. An der theologischen Fakultät wurde der jesuitische Leiter entlassen, an seine Stelle trat der Domherr Ambros Simon Stock, der eigentliche Begründer, Organisator und erste Führer der jansenistischen Bewegung in Wien.[79]

Ein wesentlicher Schritt zu einer Reform der Kirche war die Gründung des Priesterseminars am 31. Oktober 1758 in Wien, das zur wichtigsten Pflanzschule des Jansenismus in Österreich wurde, in der die Zöglinge im Sinne der »gesunden Doktrin« erzogen wurden. Bis zu Migazzis Zeit hatte es nur sechs von Kardinal Khlesl 1618 im

Jesuitenkolleg St. Barbara gestiftete Freiplätze für unbemittelte Priesterkandidaten gegeben, die Migazzi den Jesuiten entzog und in ein neu errichtetes Haus bei St. Stephan übersiedelte. Dazu kamen weitere Freiplätze, deren Zahl er mit Hilfe Maria Theresias und einiger adeliger Damen stufenweise auf zwanzig erhöhen konnte. Damit war der Monopolanspruch der Jesuiten auf die Klerikerausbildung in Wien gebrochen.[80]

Auch sonst bildeten sich in der Stadt jansenistische Zirkel, und auch bei Hof gewann der Jansenismus und damit das Gedankengut der Aufklärung stark an Einfluss, die Verdrängung der Jesuiten als Beichtväter Maria Theresias 1767 durch den Jansenisten Ignaz Müller gilt als wichtiger Meilenstein. Auch in Rom hatte in der Kirche diese Strömung immer mehr Einfluss gewonnen, und Papst Benedikt XIV. (1740–1758) gilt als aufgeklärter Pontifex, doch hielt diese Strömung nicht lange an.

Die Wende in Rom vollzog auch Erzbischof Migazzi mit, die Jansenisten sagten, dass die Verleihung des Kardinalspurpurs an Migazzi 1761 der erste Schritt in die Reihen der Gegner war. *Il a préféré le Cardinalat à la vérité* (»Er hat den Kardinalspurpur der Wahrheit vorgezogen«), schrieb Anton de Haen.[81] In der Auseinandersetzung um das Erscheinen des Buches von Justinus Febronius (recte: Nikolaus Hontheim), das sich gegen den Primat des Papstes richtete, wandte sich Migazzi – im Streit mit van Swieten – gegen die Zulassung des Buches in Österreich, was auch zum Bruch der Freundschaft mit Stock führte, ein endgültiger Übergang zur antiaufklärerischen Reaktion erfolgte dann 1767 auf einer Reise nach Böhmen, wo er von einem Jesuiten ein Gut gekauft hatte. Migazzi begann nun das vorher mit Liebe gehegte Priesterseminar in Wien zu hassen und versuchte ab 1770 seine Umgestaltung, bei der Lehrer und Lehrbücher ausgewechselt wurden. Das neue Ideal war die »heilige Einfalt«, wie der Erzbischof selbst sagte: *Ich will gar keine gelehrten Priester, die Wissenschaft macht stolz, ich will fromme und unterwürfige Priester, die meinem Willen gehorchen und die die Vernunft mit Maß gebrauchen.*[82]

Nach dem ersten Fußfassen der Ideen der Aufklärung im kirchlichen Bereich unter Erzbischof Migazzi ging das Gesetz des Handelns bald voll an die Herrscher über. Maria Theresia griff noch selten direkt in das Leben der Kirche ein, doch viele ihrer Reformen auf dem Gebiete der Bildung, wie etwa die Schaffung eines säkularen Schulsystems oder auch die Umgestaltung der Universität, beeinflussten die Stellung der katholischen Kirche durchaus.[83] Unter ihrer Regierung kam es auch zu Maßnahmen gegen die Orden. Sie setzte das Professalter mit dem 21. Lebensjahr fest, doch betrafen die in die Zukunft weisenden Schritte, wie etwa die ersten Klosteraufhebungen, Mailand, das als eine Art Experimentierfeld der Reform gelten kann.[84]

Der wichtigste Schritt in der Zeit Maria Theresias war die Aufhebung des Jesuitenordens im Jahre 1773,[85] bei der Maria Theresia eine zögernde Politik verfolgte, schließlich aber der europaweiten Ächtung des Ordens folgen musste. Die Jesuiten verloren vier Häuser in Wien, für die Besitzungen der Gesellschaft Jesu, die jetzt in die Hände des Staates kamen, wurde ein eigener Fonds eingerichtet, dessen Erträge der Erziehung zugute kommen sollten. Viele der Ex-Jesuiten fanden in anderen Bereichen – vor allem Wissenschaft und Erziehung – weitere Verwendung.[86]

Viel gravierender waren die Reformen Josephs II., die als Josephinismus bezeichnet werden und tief in das Leben der Kirche eingriffen. Im engsten Sinne war der Josephinismus eine Umgestaltung der katholischen Kirche, dessen Beurteilung in der Geschichtsschreibung sehr umstritten blieb.[87] Zwei wesentliche Stoßrichtungen der Reformen Josephs II. sind festzustellen, einerseits eine Beseitigung oder zumindest Einschränkung der Auswüchse des Barockkatholizismus, der Wallfahrten, Prozessionen, des Bruderschaftswesens, der Reliquienverehrung etc., also all jener Elemente des Katholizismus, die von den Vertretern der Aufklärung als Missbrauch und Aberglauben abgelehnt wurden. Andererseits wurde eine entscheidende organisatorische Neuorientierung der Kirche durchgeführt. Beide Gruppen von Maßnahmen, die für die gesamte Monarchie galten, hatten ihre Auswirkungen auf Wien. Organisatorisch fiel das meiste an Neuerungen in den Wirkungsbereich der geistlichen Hofkommission, die 1782 gegründet wurde. An ihrer Spitze standen die Josephiner Franz Karl Freiherr von Kressel und Franz Joseph von Heinke.

Schon 1781 wurde den Klöstern die Verbindung zu ihren ausländischen Ordensoberen untersagt, auch die Einführung des »Placetum regium« (also der Zustimmung des Landesfürsten) für alle geistlichen Würdenträger beim Kontakt mit Rom schränkte deren Freiheit ein. 1782 begann eine Umschichtung innerhalb der Kirche, Klöster wurden aufgelöst, gleichzeitig aber auch viele neue Pfarren gegründet. Grundidee dieser Reform war eine verstärkte Seelsorge, die durch die Pfarren besser gewährleistet schien als durch Klöster, deren Mönche oft ein ausschließlich kontemplatives Leben führten. Eremitenorden und beschauliche Orden, die »weder Schule halten, Kranke betreuen, predigen oder den Beichtstuhl versehen, in den Schulen sich hervortun« (wie z. B. die Kartäuser, Kamaldulenser, Eremiten, Karmeliterinnen, Kapuzinerinnen), wurden daher bevorzugt aufgehoben.

In Wien (heutiger 1. Bezirk) gab es vor 1782 13 Männer- und sieben Frauenklöster, davon wurden in der Klosteraufhebung drei Männer- und sechs Frauenkongregationen aufgehoben, wie etwa St. Dorothea, deren Gebäude entweiht und zum Versatzamt gemacht wurde, das Theatinerkloster bei der Hohen Brücke, St. Laurenz am Fleischmarkt, das Kloster der Zisterzienserinnen St. Nikolai in der Singerstraße, St. Agnes zur Himmelpforte und St. Jakob auf der Hülben. Da auch im weiteren Stadtgebiet Klöster geschlossen wurden, waren insgesamt 18 Klöster von dieser Klosteraufhebungswelle betroffen, darunter die Kamaldulenser-Eremie auf dem Kahlenberg, das Benediktinerstift Unserer Lieben Frau von Monte Serrato (Schwarzspanier), das Paulinerkloster in Hernals sowie das Schutzengelkloster der Paulaner auf der Wieden *(Abb. 54)*.[88] Aus den Besitzungen dieser Klöster kam es zur Gründung des Religionsfonds, der für die Ausstattung der neu errichteten Pfarren und die Priesterbesoldung verwendet werden sollte.

Von staatlicher Seite wurden Direktivregeln zur Neuordnung der Pfarrseelsorge erarbeitet, und die Gründung neuer Pfarren und Lokalkaplaneien wurde ebenfalls von der Zentralverwaltung verordnet. Am 20. April 1783 trat eine neue Pfarreinteilung für die Stadt Wien und die Vorstädte in Kraft, gleichzeitig auch eine neue Gottesdienstordnung.



Abb. 54: Kirche des Paulanerklosters

Diese Pfarren waren nicht bloß Orte der Seelsorge, sondern ein Hofdekret von 1784 regelte auch, wie die Pfarrer die Matriken zu führen hatten, das heißt, der Nützlichkeitsstandpunkt für den Staat spielte eine große Rolle bei dieser Pfarrvermehrung. Die benötigten Seelsorger für die neuen Pfarren stammten zum großen Teil aus den aufgelassenen Konventen. Der Grundsatz für die Errichtung von Pfarren in den Vorstädten war, dass jeder Ort mit eigenem Grundrichter einen eigenen Pfarrer haben sollte. Man griff auch deutlich in die Gottesdienstordnung und in das religiöse Leben dieser Pfarren ein und machte klar, welche Arten von Messen gehalten und welche nicht gehalten werden durften. Dabei wurde klargestellt, dass in jeder der sechs Stadtpfarren von 4 Uhr früh bis 12 Uhr alle halben Stunden, in den Vorstadtpfarren jede Stunde eine Messe auf dem Hochaltar zelebriert werden musste, an Sonn- und Feiertagen mussten zwei Predigten gehalten werden.

Gleichzeitig mit der Pfarrregulierung kam es auch zur Sperrung verschiedener privater Kapellen, vor allem auch der Linienkapellen, weil an ihnen während der Messe vorbeigegangen oder gefahren wurde, *welches unanständig scheinet*. Die Begründung, dass eine *emsige Verrichtung der Berufsarbeiten aus Gehorsam gegen Gott, und eine christliche Aufführung der beste Gottesdienst* sei, spiegelt den neuen Geist der Reformen deutlich wider.

In der Stadt, also dem heutigen 1. Bezirk, kamen zu den bestehenden drei Pfarren St. Stephan, St. Michael und Schottenpfarre fünf neue Pfarren dazu, in den Vorstädten

(2.–9. Bezirk) entstanden weitere 19 Pfarren. In der Stadt kamen auf 1.000 Seelen je zwei Geistliche, in den Vorstädten auf 700 Seelen ein Priester. Mit dem Hofdekret vom 20. Juli 1783 kam es zu einer Neuordnung des Pfarrwesens auf dem Lande, was das Gebiet der heutigen Bezirke 10 bis 23 betraf. Insgesamt wurden im Bereich von Wien 42 Pfarren errichtet.[89] Diese Pfarren waren sehr unterschiedlich groß; hatte von den Stadtpfarren etwa St. Stephan 14.547 Seelen, so standen dem nur 3.832 Seelen in der Burgpfarre gegenüber. Für die etwa 156.000 Menschen in den Vorstädten wurden Pfarren auf der Landstraße, in Erdberg, auf dem Rennweg, zu St. Karl, bei den Paulanern, in Matzleinsdorf, Margareten, Gumpendorf, Mariahilf, auf der Laimgrube, in St. Ulrich, Schottenfeld, Altlerchenfeld, zu Maria Treu, bei den Minoriten, in Lichtental, bei den Serviten, zu St. Leopold und bei den Karmelitern in der Leopoldstadt geschaffen; 1786 kamen dazu St. Johann Nepomuk in der Praterstraße und St. Laurenz am Schottenfeld. In der Umgebung Wiens errichtete man Pfarren in Altmannsdorf, Meidling, Lainz, (Maria) Hietzing, Baumgarten, Maria Brunn, Reindorf, Pötzleinsdorf, Gersthof, Weinhaus, Döbling, Grinzing, Neustift, Nussdorf, Großjedlersdorf, Jedlesee, Breitenlee, Kalksburg, Liesing, Mauer und Rodaun.

Der Staat regelte auch die Besoldung der Pfarrer neu, sie sollte aus den Erträgnissen der Pfarre erfolgen, einen etwaigen Rest sollte der Religionsfonds zuschießen. Ein Landpfarrer verdiente 600 fl im Jahr, ein Vorstadtpfarrer 800 fl und ein Stadtpfarrer sogar 1.500 fl. Eine der im Sinne der staatlichen Ideen wichtigsten Aufgaben für die Pfarrer war die Armenfürsorge, die ihnen zur Gänze übertragen wurde und für die der bürokratische Aufwand hoch war. Bei der Bestellung der Pfarrer wurde eine Konkursprüfung eingeführt, bei der die Kenntnisse in Dogmatik, Moral, Pastoraltheologie, Kirchenrecht, Katechese und Predigt schriftlich, bei den beiden letzten Fächern auch mündlich abgeprüft wurden.

Die Gründung so vieler neuer Pfarren machte in vielen Fällen auch den Bau von Kirchen notwendig, der in einer ganz bestimmten, genormten Weise vor sich ging. Die neuen Pfarrkirchen hatten eine schlichte Ausstattung mit einer Einturmfassade, Hauptaltar und Kanzel waren die Ausstattungsstücke im Inneren, Seitenaltäre hingegen waren nicht erwünscht. Ein gutes Beispiel für einen solchen josephinischen Pfarrbau ist die Altottakringer Pfarrkirche.[90]

Eine Besonderheit stellte die griechisch-katholische Zentralpfarre St. Barbara dar, deren Gebäude auf die Jesuiten zurückgeht. 1773, bei der Aufhebung des Ordens, wurden Konvikt und Kirche den Griechisch-Katholischen überlassen, seit 1775 war diese Kirche Ausbildungsstätte für den Klerus dieser Kirche in Ungarn, Galizien und Siebenbürgen. Unter Joseph II. tauchte der Plan auf, die Ausbildung der griechisch-katholischen Priester in Generalseminarien in Eger/Erlau und Lviv/Lemberg durchzuführen. Im Jahre 1784 besuchte Joseph selbst St. Barbara und machte diese Kirche schließlich zur Pfarre.

Im Zuge der Diözesanreform 1785, in der das Bistum Passau in Österreich völlig entmachtet wurde, kam es zu einer Ausdehnung des Wiener Erzbistums. Zu den ursprüng-

lich passauischen östlichen Landesvierteln Niederösterreichs kam auch der Salzburger Anteil südlich der Piesting und die Bucklige Welt, die ebenfalls Wien unterstellt wurden. Das Bistum Wiener Neustadt wurde »unterdrückt« und dafür in St. Pölten – ebenfalls ein Suffragan von Wien – ein neues Bistum für die westlichen Landesviertel Niederösterreichs geschaffen.

Tief waren auch die Eingriffe der josephinischen Reformen in die Frömmigkeitsvorstellungen der Menschen, vieles von dem, was die Barockzeit besonders propagiert hatte und was in die Volksfrömmigkeit Eingang gefunden hatte, wurde nun bekämpft. So bestimmte Joseph, dass Votivgaben und Votivbilder als *Zeugnisse von meistentheils unerwiesenen Wunderthaten* aus den Kirchen entfernt werden sollten,[91] dass Reliquien nicht mehr zum Küssen herumgereicht und mit diversen Tüchern, Rosenkränzen etc. berührt werden sollten.

1782 wurde die Zahl der Prozessionen (außer in der Bittwoche und zu Fronleichnam) auf zwei pro Jahr beschränkt, im Jahr darauf wurden auch die religiösen Bruderschaften, die Träger dieser Frömmigkeitsformen waren, aufgehoben und das Mittragen von Heiligenstatuen bei Prozessionen verboten. In bunter Folge wurde nun mit den bisher gebräuchlichen Frömmigkeitsformen aufgeräumt, es kam zu einem Verbot des Wetterläutens, des Ausräucherns der Häuser zu Weihnachten, Neujahr und zum Dreikönigstag, einem Verbot der heiligen Gräber am Karfreitag, auch die Ausstellung von Reliquien wurde verboten, 1785 schließlich verbot Joseph auch die meisten der bisher erlaubten Prozessionen. 1786 wurde ein allgemeines Kirchweihfest (»Kaiserkirtag«) eingeführt, um zu verhindern, dass die Menschen an unterschiedlichen Patronatsfesten in ihrer Umgebung teilnahmen und dadurch wertvolle Arbeitszeit verloren ging. Auch in die kirchliche Sphäre selbst griffen diverse Verordnungen ein, so wurden die Ankündigung von Ablässen oder die Beleuchtung der Seitenaltäre sowie der Verkauf von Kerzen und Rauchwerk in Kirchen verboten. Auch die Gebete und das Liedgut der Kirchen erfuhren in dieser Zeit eine große Veränderung; die Aufklärer setzten sich mit den Liedtexten kritisch auseinander und lehnten das barocke Lied vielfach ab, so entstand das Messlied, das genau reglementiert war. Nur 17 Lieder in der Volkssprache waren in der Erzdiözese Wien erlaubt, doch waren – wie eine zeitgenössische Erhebung zeigt – die alten Lieder, vor allem die Wallfahrtslieder, noch weit verbreitet und nicht auszurotten.[92] Auch das Verbot aller Wallfahrten, die über Nacht ausblieben – für die Wiener bedeutete dies das Ende der traditionellen Wallfahrt nach Mariazell – traf die Menschen schwer.

Ein weiterer Punkt der Maßnahmen der Aufklärer, bei dem gegen die Interessen der Bevölkerung gehandelt wurde, war das Bestattungswesen. Da in den Städten durch die Friedhöfe rund um die Kirchen ein ungesundes Geruchsklima herrschte, traten die Aufklärer für eine sozialhygienische Bewegung ein, allerdings in Wien ohne eine breitere Anteilnahme der bürgerlichen Neuerer. Schon Maria Theresia hatte in der Sorge um den allgemeinen Gesundheitszustand Vorsichtmaßregeln gegen Epidemien und Krankheiten ergriffen, gestattete aber weiterhin die Begräbnisse in den Kirchen der Stadt, ordnete allerdings an, dass die Leichname dick mit Kalk bestreut werden sollten. Eine 1781 ano-

nym erschienene Schrift »Ueber die Begraebnisse in Wien« wandte sich gegen den barocken Begräbniskult der Katholiken und löste eine Reformbewegung aus. Joseph II. bestimmte in der Folge Ende 1783, dass *alle Kirchhöfe, oder sogenannte Gottesäcker, welche sich inner den Linien befinden, geschlossen werden sollten, die außerhalb der Stadt in einer angemessenen Entfernung gewählt* werden sollten. Durch diese Reformen entstanden eine Reihe neuer Friedhöfe: St. Marxer, Matzleinsdorfer, Schmelzer, Hundsturmer und Währinger Friedhof.[93]

Auch in das Zeremoniell der Bestattung griff Joseph II. entscheidend ein. Die Leichen sollten *6 Schue tief in die Erde versenkt, mit Kalk wohl bestreut und sodann ihrer endlichen Auflösung, auf eine der Gesundheit des Menschen unschädlichen Art überlassen werden*. Jedermann müsse *ohne Sarg und Kleidung, bloß in einen linnernen Sack genäht* begraben werden.[94] Diese neue Begräbnisordnung empfand man in Wien, wo man schon immer eine »schöne Leich« zu schätzen wusste, als besonders krass, sie löste Protest aus und blieb daher nur sehr kurz in Kraft. In einem Hofdekret von 20. Jänner 1785 nahm Joseph seine Anordnungen mit Resignation und Sarkasmus zurück. Es heißt in diesem Dekret:

> *Da ich sehe und täglich erfahre, daß die Begriffe der Lebendigen leider noch so materiell sind, daß sie einen unendlichen Preis darauf setzen, daß ihre Körper nach dem Tode langsamer faulen und länger ein stinkendes Aas bleiben: so ist mir wenig daran gelegen, wie sich die Leute wollen begraben lassen; und werden sie also durchaus erklären, nachdem sie die vernünftigen Ursachen, die Nutzbarkeit und Möglichkeit dieser Art Begräbnisse gezeigt habe, ich keinen Menschen, der nicht davon überzeugt ist, zwingen will, vernünftig zu seyn, und daß also ein jeder, was die Truhen anbelangt, frey thun kann, was er für seinen todten Körper zum Voraus für das Angenehmste hält.*[95]

Im Gedankengut der Aufklärung bildete die Toleranz einen wesentlichen Bestandteil, und auch in der Habsburgermonarchie gab es besonders bezüglich der Juden eine Reihe von Schriften, die sich mit dem Thema auseinander setzten.[96] Neben dem allgemeinen geistesgeschichtlichen Hintergrund spielten auch ganz praktische Erwägungen für die Toleranzgesetzgebung Josephs II. eine Rolle. Die vorwiegend aus dem Westen des Reiches kommenden protestantischen Unternehmer hatten in der Wirtschaft der mariatheresianischen Zeit eine Rolle zu spielen begonnen. Eine ganze Reihe von Manufakturen und »Industrieunternehmungen« dieser ersten Phase der Manufakturentwicklung, die die Basis legen sollte für die wirtschaftliche Evolution des 19. Jahrhunderts, wurde von Unternehmern gegründet, die aus der Gegend des Rheinlandes und aus den Niederlanden stammten, die Kapitalien und Fachkenntnisse, Unternehmungsgeist, Strebsamkeit und meist auch protestantische Fachkräfte mitbrachten.[97] Winfried Eberhard nannte dies sehr zutreffend »Modernisierung durch Toleranz« und »Toleranz aus Notwendigkeit«.[98] In der mariatheresianischen Zeit wurden diese Protestanten zwar geduldet, weil man ihrer bedurfte, sie durften in Wien sogar am protestantischen Gottesdienst in den Kapellen der schwedischen, dänischen oder niederländischen Botschaft teilnehmen, aber daraus wurde keine allgemeine Toleranz dieser Konfession abgeleitet.

Joseph war hier weitaus konsequenter. Er verstand, dass eine Förderung dieser Menschen – eine Heranziehung zu Diensten im Sinne des Staates – mit der Zuerkennung gewisser Rechte verbunden sein musste, gewiss eine der wesentlichen Wurzeln für die Befreiung der Evangelischen durch die josephinische Toleranz von den bisherigen Beschränkungen. Ähnliches gilt für die Griechisch-Orthodoxen, die als Händler in Wien eine gewisse Rolle spielten, und für die Juden, deren Finanzkapital vom Hofe in Anspruch genommen wurde.

Am 31. Oktober 1781 traf Joseph II. eine autokratische Entscheidung und verkündete die Toleranz für die Protestanten (AB) und Calviner (HB) sowie für die Nichtunierten – also die orthodoxen Christen.[99] Dieses Patent gestand ihnen freie Religionsausübung zu und erlaubte jeder Gemeinde mit hundert Mitgliedern im Umkreis von einer Stunde die Errichtung eines Gotteshauses. Diese unterlagen gegenüber den katholischen Kirchen gewissen Einschränkungen, sie durften keinen Turm haben und keinen Eingang direkt von der Straße her (in Ungarn wurden nach 1787 auch Kirchen mit Türmen und Glocken erlaubt). Die Bestimmungen gewährten den Protestanten auch alle Bürger- und Meisterrechte, Zugang zu öffentlichen Ämtern und akademischen Studien und stellten somit einen wesentlichen Schritt zur bürgerlichen Integration dieser Gruppe dar.

Schon davor hatte es im barocken Wien privilegierte Evangelische gegeben, die sich um die niederländische (reformierte) bzw. dänische und schwedische (lutheranische) Gesandtschaftskapelle scharten, 1781 entstanden aus dieser Personengruppe bruchlos zwei evangelische Pfarrgemeinden mit etwa 3.000 Gläubigen, 1783 wurde die erste lutherische Kirche in der Dorotheergasse *(Abb. 55, S. 350)* errichtet. 1784 verlegte man das lutherische Konsistorium, aus Cieszyn/Český Těsín/Teschen nach Wien; ihm wurden Superintendenzen unterstellt.

Einen noch gewagteren Schritt in den Augen der meisten Zeitgenossen vollzog Joseph II. mit dem Toleranzpatent für die Juden am 2. Jänner 1782.[100] Das Toleranzpatent Josephs II. beseitigte die diskriminierenden Kleidervorschriften und erlaubte den Juden die Tätigkeit in Handel, Gewerbe und Industrie, sie wurden zum Universitätsstudium zugelassen, und ein eigenes Schulwesen wurde begründet.[101]

Betroffen waren davon zunächst nur wenige hundert Juden in Wien. Die Reaktion der Orthodoxen und Chassidim auf die Toleranzgesetzgebung war nicht sehr positiv, sie setzten ihr sogar Widerstand entgegen, da sie zur Integration und Assimilation ermunterte und weil die jüdischen Religionsgesetze nicht garantiert wurden. Im Gegensatz dazu begrüßten die Anhänger der jüdischen Aufklärung (Haskala) diesen Schritt. Der Hauptvertreter dieser Richtung war Moses Mendelssohn, der großen geistigen Einfluss auf das Wiener Judentum – nicht zuletzt den Kreis um Fanny Arnstein – hatte.[102]

Viele dieser Maßnahmen, vor allem aber die Einrichtung von Generalseminarien, in denen die Priester vom Staat zentralistisch als »Beamte im schwarzen Rock« ausgebildet werden sollten, alarmierten Rom und veranlassten Papst Pius VI. nach Wien zu reisen, um Joseph von seinem Reformprogramm abzubringen. Er verließ am 27. Februar 1782 Rom und reiste über Goricia/Görz, Ljubljana/Laibach, Celje/Cilli, Maribor/Marburg



Abb. 55: Evangelische Kirche AB in der Dorotheergasse

und Graz nach Wien, Philipp Cobenzl begleitete ihn ab der Staatsgrenze, allerdings erließ Joseph ein Verbot des Glockenläutens entlang des Weges und von Prozessionen zu Ehren des Papstes. Der Kaiser reiste Pius VI. bis Neunkirchen entgegen, wo er ihm auf freien Feld begegnete; damit konnte ein feierlicher Einzug in Wien vermieden werden. In Wien, wo er am 22. März 1782 eintraf, wohnte Pius in den Gemächern Maria Theresias, er verhandelte öfter mit dem Kaiser, allerdings ließ Kaunitz den Papst nie mit Joseph II. allein.



Abb. 56: Papst Pius VI. erteilt von der Kirche Am Hof seinen Segen, kolorierter Kupferstich von Carl Schütz 1782

Der Besuch des Papstes war auch ein großes gesellschaftliches Ereignis für Wien, er besuchte die Kapuzinergruft, im Refektorium des Kapuzinerklosters wurden ausgewählte Damen der Aristokratie zum Fußkuss zugelassen, er vollzog in der Hofburg statt des leidenden Kaisers die Fußwaschung, und am 31. März 1782 waren 50.000 Menschen am Platz Am Hof beim Segen des Papstes versammelt *(Abb. 56)*. Doch die Verhandlungen mit Joseph und den hohen Staatsbeamten führten, wie Joseph an Leopold schrieb, *schließlich zu nichts*. Am 22. April 1782 wurde Pius VI. von Joseph II. in Maria Brunn verabschiedet, er reiste über Melk und Oberösterreich nach Bayern weiter.[103]

Frömmigkeitsgeschichte – Pietas Austriaca und Volksfrömmigkeit

Neben dem organisatorischen Leben der Kirche und den konfessionellen Auseinandersetzungen darf man den frömmigkeitsgeschichtlichen Aspekt der Kirchengeschichte nicht vernachlässigen. Das religiöse Verhalten unterschiedlicher sozialer Schichten und auch deren gegenseitige Beeinflussung sind in der bisherigen Forschung noch viel zu wenig berücksichtigt worden. Wieweit das religiöse Verhalten der Eliten Vorbild für die Volksfrömmigkeit war, ist durchaus umstritten. Sicherlich erklärt die alte These vom »gesunkenen Kulturgut« nicht alles, eher ist im Sinne von Norbert Schindler auf den »Eigensinn« des Volkes zu verweisen, das sehr selektiv Elemente der Elitenkultur aufnahm oder nachahmte.

Am Beginn unseres Betrachtungszeitraumes steht das religiöse Leben in der oberflächlichen Art der spätmittelalterlichen Frömmigkeit, das seine Blüte im 15. Jahrhundert erreichte. Die Materialisierung von Gnade – aufbauend auf den Ideen des Fegefeuers und des Ablasses – hatte zu einer Fülle von Erscheinungsformen geführt, die das religiöse Leben beherrschten. Reliquien- und Bilderkult, fromme Stiftungen und Wallfahrten gehörten zu den auffallendsten Erscheinungen spätmittelalterlicher Frömmigkeit. Darin unterschied sich Wien keineswegs von vielen anderen Städten. Die Quellen geben uns Nachricht von vielen spätmittelalterlichen Stiftungen, vor allem Messstiftungen und Stiftungen von Altären waren an der Tagesordnung.[104]

Auch das Sammeln von Reliquien war – besonders in St. Stephan – wichtiger Bestandteil der Frömmigkeit, und es war ein gewaltiger »Schatz« an solchen (vermeintlichen) Reliquien zusammengekommen, der auch einmal jährlich öffentlich am Heiltumsstuhl vor der Kirche – in mehreren so genannten »Umgängen« – zur Schau gestellt wurde, denn mit dem Anblick dieser Reliquien war wieder Ablass verbunden. Das »Wiener Heiltumsbuch«, das im Jahre 1502 in der Druckerei von Johann Winterburger gedruckt wurde,[105] stellt eine Art Führer und gleichzeitig ein Inventar der Sammlung dar *(Abb. 57)*. Darin heißt es z. B.:

> *Item Des Stains, darin das heilig kreytz gestanden ist. Des stains darauf Christus gestanden ist zu der Tauf im Jordan. Des stains, darauf Christus gestanden ist, so er mit Moyses geredet hat … Ettlich tropfen des wunderlichen pluets Christi, so von ainem stich aines Juden, mit ainer lantzen in ain Crucifix getan heraus Geflossen ist, welche lantzen hernach gezaigt wirdet. Von dem prat des abendessen Christi …*

Es gab 38 Kreuze, die Kreuzreliquien enthielten, im zweiten Umgang gab es neben drei Dornen der Dornenkrone auch ein Stück vom Tischtuch des Letzten Abendmahles zu sehen, im dritten Umgang Erinnerungsstücke an Maria, unter anderem eine goldene Monstranz, *darynn des hars der junkfrawen Marie*, der vierte Umgang war den Aposteln,

die beiden nächsten den Märtyrern gewidmet, der letzte Umgang zeigte Reliquien von heiligen Jungfrauen.[106]

Eine ähnlich bedeutende Reliquiensammlung – allerdings erstaunlich gering im Vergleich zu anderen Fürsten – hatten die Habsburger, Reste davon finden sich heute in der geistlichen Schatzkammer.

Auch Ablässe waren durch verschiedene Gebete und andere Frömmigkeitsformen zu erwerben. Ein Beispiel für viele möge das illustrieren: *Welher mensch in sand Steffanskirchen das Salve regina, so man all Sambstag abent und in der Vasten all tag Singt, höret und mit anndacht dabey ist, erlangt albeg IIMXL Tag.* (2.040 Tage Ablass).[107] Man konnte also innerhalb kürzester Zeit ungeheure Mengen an Ablass erwerben, das Heiltumsbüchlein spezifiziert das nach Tagen, so war etwa am 1. Jänner ein Ablass von 25.594 Tagen in der Stephanskirche zu gewinnen.[108]

In disem Puechlein ist Verzaichent das Hochwirdig Heyligtūb so man In der Loblichen stat Wienn In Osterreich alle iar an sontag nach dem Ostertag zezaigen pfligt.

Abb. 57: Titelseite des Wiener Heiltumsbuches

Mit der Reformation, die sich im 16. Jahrhundert zunehmend in der Stadt ausbreitete, kam es zu dramatischen Einbrüchen in der Frömmigkeit, es wurden keine Stiftungen mehr gemacht, die Zahl der Prozessionen und das Reliquienschauen gingen zurück. Nach der Türkenbelagerung waren die Reliquien der Stephanskirche großteils ohne ihre kostbaren Umhüllungen, wurden aber dennoch hergezeigt und gingen von Hand zu Hand. Mit dem Vordringen der Gegenreformation griff man auf diese alten Frömmigkeitsformen zurück, Bischof Kaspar Neubeck kümmerte sich wieder um diese Angelegenheiten, er belebte auch die Gottsleichnamsbruderschaft von neuem und setzte in der Karwoche das Sakrament öffentlich aus.

Eine besondere Rolle als Maßstab für das Vordringen der Gegenreformation kam dem Fronleichnamsfest zu. Wie schon an anderer Stelle erwähnt, kam es dabei im 16. Jahrhundert immer wieder zu Auseinandersetzungen, da die Protestanten dieses Fest ablehnten und sich durch die öffentliche Fronleichnamsprozession provoziert fühlten. Für die katholische Partei in der Stadt und bei Hofe hingegen waren das Fronleichnamsfest und die dazugehörige Prozession ein sichtbarer Ausdruck ihres Bekenntnisses und wurden demonstrativ gestaltet. Schon Kardinal Khlesl sorgte dafür, dass kaiserliche Dekrete die

Teilnahme mit Fahnen und Abzeichen befahlen, wer bei dieser Prozession fehlte, sollte bestraft werden. Ferdinand II. verpflichtete dann 1622 den Hof zur Teilnahme. Mit der siegreichen Gegenreformation nach 1620 wurde dieses Fest zu einem zentralen Festtag des Jahres.

Daneben wurden auch viele Marienfeste mit großem Aufwand begangen. Das hing mit der besonderen Rolle Marias im Katholizismus – Luther hatte sie auf die natürliche Mutterrolle eingeschränkt – und mit der spezifisch habsburgischen marianischen Frömmigkeit zusammen. Maria galt den Habsburgern als Siegerin in allen Schlachten, man schrieb ihr neben den – ohnehin spärlichen – Siegen gegen die Osmanen auch die gegen die »neuen Türken«, die Protestanten, zu. Gerade diese marianischen Frömmigkeitsformen, das Rosenkranzgebet, die Anrufung Mariens, die vielen Bilder der Jungfrau, die man allenthalben noch in Wien sieht, auch die Wallfahrten zu marianischen Bilderwallfahrtsorten wurden vom Volk begierig aufgenommen und erfreuten sich großer Beliebtheit.

In der Barockzeit hat die spezifisch habsburgische Frömmigkeit auch im Verhalten der Stadt Wien tiefe Spuren hinterlassen. Spezifische Heilige wurden z. B. von den Habsburgern besonders verehrt, in der Barockzeit war das vor allem der heilige Leopold, der am 19. Oktober 1663 von Kaiser Leopold I. zum Landespatron erklärt wurde, die Zelebrierung seines Festtages am 15. November wurde allen Landeskindern mit Strafandrohung zur Pflicht gemacht. Die Jagdausflüge des kaiserlichen Hofes nach Klosterneuburg nahmen in der Folge immer mehr den Charakter von Staatswallfahrten zum neuen Landesheiligen an.[109] Ähnliche Verehrung bei den Habsburgern und im Volke genossen manche andere Heilige, z. B. Johann Nepomuk, der Heilige des Beichtgeheimnisses,[110] oder aber der heilige Josef, der von einer Nebenfigur des weihnachtlichen Geschehens zu einem der Hausheiligen der Habsburger aufgestiegen war.[111]

Auch ganz bestimmte Gebetsformen setzten sich durch, bei ganz bestimmten Gelegenheiten, etwa einer besonders akut scheinenden Türkengefahr, wurde das »Vierzigstündige Gebet« angeordnet. Dieses wurde im 16. Jahrhundert von den Kapuzinern in Italien eingeführt und 1592 durch Papst Clemens VIII. vorgeschrieben. In der Türkengefahr der Jahre 1594 und 1598 – in beiden Fällen war Györ/Raab, das als Schlüsselfestung für eine erneute Belagerung Wiens galt, im Mittelpunkt des Geschehens – wurde dieses Vierzigstündige Gebet angeordnet, bei dem die verschiedenen Stände jeweils eine Stunde lang beteten, und sich abwechselten, bis die Zeit um war.[112]

Die barocke Frömmigkeit verstärkte auch den Empfang der Sakramente, man ging öfter zur Kommunion – früher war das meist nur zu Ostern der Fall gewesen –, auch die Firmung und die Krankenölung wurden häufiger gespendet. Im Zusammenhang damit steht auch die Praxis der regelmäßigen Beichte, die mehr Kontrolle über die Pfarrkinder ermöglichte. Vor allem in den Ordenskirchen wurden in der Folge mehr Beichtstühle aufgestellt.

Jeder Orden hatte spezielle Verehrungs- und Frömmigkeitsformen entwickelt, die Kapuziner etwa pflegten die franziskanische Art der Frömmigkeit, Passionsandachten,

Kreuzwege und Kalvarienberge und Krippenandacht waren für sie besonders wichtig. Viele der Sakramentalien, wie die Weihungen und Segnungen von Feld, Tier, Speise, Trank, Gerät und Haus, waren am Rande »abergläubischer« Praktiken. Auswüchse des Frömmigkeitsverhaltens gab es viele, als ein Beispiel sei die Geißlerprozession von 1625 genannt, bei der auf offener Straße 116 Flagellanten und 15 Kreuzträger durch die Stadt zogen.[113]

Bei diesen mittelalterlichen und auch barocken Frömmigkeitsformen hatten die Bruderschaften in den Städten im gesamten deutschen Sprachraum einen wesentlichen Anteil. Man konnte solche Organisationen mit unterschiedlichen Zwecken gründen, viele Bruderschaften hatten sich die Erhaltung von Lichtern auf Altären oder gewisse Andachtsübungen, z. B. Rosenkranz-Beten, zur Aufgabe gemacht. Eine große Gruppe von solchen Bruderschaften war entstanden als Zusammenschluss zum Bau und zur Erhaltung von Kirchen oder einzelner Kapellen, dann zur Unterstützung von Schülern oder von Armen, zur Pflege der Kranken, zur Bestattung der Toten oder zur Aufnahme und Pflege erkrankter Pilger (Elends-Bruderschaften). Alle diese Gruppierungen waren Zusammenschlüsse von Laien unter einem geistlichen Vorstand zu religiösen und frommen Zwecken.[114]

Schon im späten Mittelalter bestand eine große Zahl von geistlichen Bruderschaften in Wien. Zu nennen sind etwa die Bruderschaft der Notare und Beamten in St. Stephan, die Bruderschaft der Bauarbeiter in der Bauhütte am Stephansdom, die St.-Martins-Bruderschaft der Schiffer oder die St.-Lukas-Zeche der Maler, die irgendwo zwischen zünftischen und religiösen Organisationen angesiedelt sind. Zu den ältesten Bruderschaften dieser Art gehörten die musikalischen Kongregationen wie die St.-Nikolaus-Bruderschaft bei St. Michael, die schon im 13. Jahrhundert entstand. In der Barockzeit entstand 1725 auch in St. Stephan eine musikalische Kongregation, die Bruderschaft der hl. Cäcilie (1725), deren erster Vorsteher Prinz Ludwig Pius von Savoyen war.

Eine besondere Gruppe von Bruderschaften war mit dem im späten Mittelalter sich ausbreitenden Eucharistiekult, der Verehrung der Hostie vor allem in der Fronleichnamsprozession, verbunden. Später spielte dieser Gedanke, wie schon gezeigt, auch in der Ideologie der Gegenreformation und im Rahmen der »Pietas austriaca« eine zentrale Rolle.[115] Fronleichnamszechen existierten in St. Stephan, in St. Michael, in der Kirche am Hof, bei den Schotten, in der Leopoldstädter Pfarrkirche, in St. Markus/St. Marx und in Gumpendorf.[116]

Besonders groß war die schon seit der Zeit Rudolfs IV. bekannte, 1479 reorganisierte und mit der Tischlerzeche verbündete Gottsleichnamsbruderschaft, die fast 1.000 aktive Mitglieder hatte. Darunter waren nicht nur die bedeutenden Kaufleute der Stadt, auch Geistliche, Adelige (z. B. Angehörige der Familien Starhemberg, Liechtenstein oder Kuenring) und Gelehrte (z. B. Cuspinian, Lazius) gehörten dieser Bruderschaft an. In den Prozessionen, vor allem beim Aufzug zur Fronleichnamsprozession,[117] spielten diese Bruderschaften eine führende Rolle. Noch knapp vor der Reformation, 1505, reiste der Wiener Bürger und Ratsherr Mathäus Heuperger auf eigene Kosten in Begleitung von drei

anderen Bürgern nach Rom und erwirkte von Papst Julius II. eine Bulle, in der die Bruderschaft bestätigt und ihr ein Ablass erteilt wurde. In der Folge wurde ein aufwändiges Gedenkbuch angelegt und 1510 bei Johannes Winterburger, der selbst Mitglied dieser Bruderschaft war, gedruckt. Der Einbruch des reformatorischen Gedankengutes schädigte diese Bruderschaft schwer, sie verlor viele angesehene Mitglieder.

Im Zuge der Gegenreformation erholten sich auch die Bruderschaften wieder, 1577 gründete Bischof Johann Kaspar Neubeck eine Bruderschaft zu Ehren des Allerheiligsten Sakramentes, die 1581 von Papst Gregor XIII. bestätigt wurde.[118] Eine Skapulierbruderschaft[119] wurde 1613 begründet, außerdem entstanden die Bruderschaft vom allerheiligsten Altarsakramente und die Bruderschaft des hl. Rochus zur Pflege der Kranken und der Bestattung der Toten.[120] Nicht nur in den Kirchen der Stadt entstanden solche Organisationen, 1726 wurden in Inzersdorf *(Abb. 58)* – lange Zeit ein Hort der Reformation – eine Bruderschaft zu Ehren des am Ölberg Blut schwitzenden Jesu zum Trost der armen Seelen im Fegefeuer und eine Todesangst-Christi-Bruderschaft gegründet.[121] Viele dieser Bruderschaften wurden von den Orden der Gegenreformation angeregt, so von den Franziskanern 1607 die Bruderschaft der Unbefleckten Empfängnis Mariens, von den Schotten 1616 eine Sebastianibruderschaft, von den Paulanern 1633 eine Schutzengelbruderschaft und von den Dominikanern eine Rosenkranzbruderschaft. Leopold I. rief 1675/76 eine Erzbruderschaft zur Allerheiligsten Dreifaltigkeit nach dem Vorbild der römischen Erzbruderschaft des »Hospitals der Genesenden und Pilgrime« mit dem Sitz in der St. Peterskirche in Wien ins Leben.[122] Als Erzbischof Migazzi 1772 in St. Stephan eine Bruderschaft der immerwährenden Anbetung des Altarsakramentes einführte, wurden die Reste der alten Corpus-Christi-Bruderschaft mit diesem neuen geistlichen Zusammenschluss vereint.

Die große Zeit des Bruderschaftswesens setzte erst nach 1664 ein. Seit damals kam es zu einem raschen Anwachsen der Zahl der Bruderschaften in Wien, fast an jeder Kirche waren zwei bis sieben solcher Bruderschaften vertreten und viele Tausende Bewohner der Stadt waren Mitglieder dieser Organisationen.[123] Die gesamte Elite der Stadt, angesehene Bürger, Künstler, Gelehrte, Adelige, Priester und Mitglieder des Hofstaates wurden von diesen Bruderschaften – ähnlich wie das schon im späten Mittelalter der Fall gewesen war – rekrutiert. Ferdinand III., Leopold I., Karl VI. und Maria Theresia nahmen häufig an den Festen und Umzügen dieser Bruderschaften teil und verliehen ihnen damit staatstragende Bedeutung.

Die Vielfalt dieser Bruderschaften ist eindrucksvoll. 1709 gründete man in St. Stephan die Bruderschaft des Johannes von Nepomuk, deren Mitglieder versprachen nach dem Vorbild des Patrons, die Zunge im Zaume zu halten und jene zu trösten, die durch Verleumdung und Ehrabschneidung Schaden gelitten hatten. 1729 wurde diese Bruderschaft von Papst Benedikt XIII. privilegiert, auch an adeliger Förderung durch Johann Adam Schwarzenberg mangelte es nicht, dennoch ging die Bruderschaft bald wieder ein. Einer besonderen kaiserlichen Privilegierung erfreute sich die Erzbruderschaft der Verstorbenen mit dem schwarzledernen Gürtel in der Augustinerkirche, auch kaiserliche Toten-



Abb. 58: Georg Matthäus Vischer, Inzersdorf, 1672

bruderschaft genannt, der die Berechtigung verliehen worden war, den kaiserlichen Adler auf der Kleidung tragen zu dürfen. Sie hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die Verbrecher zu beerdigen. An der Kirche Am Hof gab es neben der Herrenbruderschaft auch die der 72 Jünger, die eine der wohlhabendsten von allen war. Sie hat gemeinsam mit zwei reichen Bürgern, Georg Neuhauser und Johann Ferdinand Eisenhut, die Bergkirche in Hernals (1709–1714) erbaut und die Paulinereremiten dorthin berufen.[124]

Auf die innere Mission ausgerichtet war etwa die Christenlehrbruderschaft, die im Jahre 1711 vom Jesuiten Adam Sandschuster in der inneren Stadt eingeführt wurde. Sie hatte es sich zur Aufgabe gemacht, jeden Sonntag für die Jugend Glaubenslehre zu unterrichten. 1732 findet man diese Christenlehrbruderschaft bereits in den Vorstädten und im Umland von Wien, viele Erzherzoginnen und Erzherzoge sowie andere hochstehende Personen waren in sie eingeschrieben.

Viele Orden waren auf diesem Gebiet der Rekrutierung von Gläubigen besonders aktiv, insbesondere natürlich die Jesuiten. Die Marianische Kongregation als wichtigste Organisation wurde 1563 vom Flamen Johannes Leunis SJ am Collegium Romanum gegründet, bald verbreitete sie sich in Europa, und schon 1573 wurde die erste Marianische Kongregation in Wien ins Leben gerufen. Die Jesuiten hatten auch Kongregationen für

einzelne Stände, etwa drei für Studenten, in der Professhauskirche gab es sechs Marianische Kongregationen, eine für den Adel, die höhere Geistlichkeit, für Würdenträger und Gelehrte, eine für Bürger und Handwerker, eine für Italiener und kaiserliche Musiker, eine für italienische Kaufleute und Handwerker, eine für ledige Handwerksgesellen und schließlich eine für Lehrlinge.

Mit der Aufklärung und dem damit verbundenen Eingriff des Staates in den kirchlichen Bereich kam es zu einer kritischen Haltung gegenüber den Bruderschaften. Man warf ihnen vor, dass sie einen Teil des Vermögens für nicht kirchliche Zwecke verwendeten, und 1750 ordnete ein Hofkanzleidekret eine Untersuchung der Bruderschaften an. 1771 verfügte Maria Theresia, dass keine neuen Bruderschaften errichtet werden durften, die alten blieben noch bestehen, jedoch sollten diverse Missbräuche abgeschafft werden.

Weitaus strenger ging Joseph II. mit den Bruderschaften ins Gericht. Ein Vortrag der geistlichen Hofkommission 1783 kehrte das äußerliche Zeremoniell und die lediglich äußerlichen Andachtsformen der Bruderschaften hervor, und aufgrund dieses Vortrags wurden alle Bruderschaften aufgehoben und in eine einzige vereint, die den Zielen des aufgeklärten Wohlfahrtsstaates dienen sollte. Die »Bruderschaft der thätigen Nächstenliebe in Bezug auf die hilflosen Armen« war das Instrument der Armenfürsorge. Diese Bruderschaft hatte so viele Abteilungen als es Pfarren gab. Das Vermögen (immerhin 688.244 fl 24 kr) und die Einkünfte der Bruderschaften (jährlich 17.806 fl) kamen zu je einer Hälfte dem Armeninstitut und dem Normalschulfonds zugute. Trotz der Bemühungen Kaiser Leopolds II. kam es auch in der Folge zu keinem Wiederaufleben der alten Bruderschaften.[125]

Eine große Rolle spielte in der barocken Frömmigkeit auch die Bilderverehrung; in jeder Wiener Kirche konnte man verschiedene Kopien von bekannten Wallfahrtsbildern (meist Marienbilder) finden, die lokale Verehrung genossen und Ziel kleiner Wallfahrten waren.[126] Nur zwei Beispiele sollen das illustrieren: Im Jahre 1697 wurde im Zuge der Kriege gegen das Osmanische Reich das Gnadenbild Maria-Pócs, das 1675 für eine griechisch-katholische Holzkirche in Ostungarn gemalt worden war und 1696 der Legende nach Tränen vergossen hatte, unter Mitwirkung von Abraham a Sancta Clara in den Wiener Stephansdom übertragen *(Abb. 59)*. 1715 soll es erneut geweint haben, es genoss und genießt große Verehrung.[127]

Ein Gnadenbild, das sogar einem Wiener Bezirk den Namen gab, ist das Bild Maria Hilf. Das Originalbild wurde von Lucas Cranach im Jahre 1517 gemalt, es kam als Geschenk des Kurfürsten Johann Georg von Sachsen an den Bischof von Passau Erzherzog Leopold und erwies sich dem Glauben des Volkes nach als wundertätig. 1618 wurde in Passau eine Kopie angefertigt, die letztlich nach Wien kam.

Viele Wallfahrten hatten Ziele innerhalb der Grenzen der heutigen Stadt wie etwa die Prozessionen nach Hernals.[128] Eine weitere Wallfahrt im Nahbereich von Wien, die sowohl die Wiener als auch die Landleute anzog, hatte (Ober-)St. Veit zum Ziel. Am 15. Juni, am Veitstag, kamen viele hierher und opferten in der Kirche einen Hahn und eine Henne. Diese Tieropfer haben in der Aufklärungszeit Kritik gefunden, 1783 erschien



Abb. 59: Bildnis Maria Pötsch in St. Stephan

darüber eine Flugschrift. Der Aufklärer Joseph Richter schrieb 1784 unter dem Decknamen Obermayr in der »Bildergalerie katholischer Missbräuche« darüber:

> *Es war eine Zeit, wo man auch lebendige Tauben für 3 Kr. lösen konnte und sie ebenfalls mit gebundenen Füßen auf den Altar legte. Seitdem aber einige böse Vögel die Tauben, statt auf dem Alter zu opfern, zur oberen Kirchentüre hinaustrugen und im Wirtshaus braten ließen, hat die Periode der Wachsopfer ihren Anfang genommen.*[129]

Viele andere Wallfahrten gingen zu ferneren Zielen, dabei ist für die Wiener Bevölkerung vor allem Mariazell hervorzuheben. Schon 1587 pilgerte Bischof Khlesl mit den katholischen Wienern nach Mariazell, 1617 wurde die Führung der Prozessionen nach Mariazell den Dominikanern, die eine Rosenkranzbruderschaft unterhielten, übertragen. Aber auch die Fronleichnamsbruderschaft in St. Stephan unternahm ab 1632 jährlich eine Wallfahrt nach Mariazell.[130]

Zwar kam es durch die Bestimmungen Josephs II. zu starken Einbrüchen dieser Ausdrucksformen der Volksfrömmigkeit, doch überlebten viele der Ideen die Zeit des Josephinismus unbeschadet, kamen im 19. Jahrhundert wieder ans Tageslicht und haben bis in die jüngste Vergangenheit – in einigen Fällen bis heute – eine Rolle gespielt. Erst das Zeitalter der Säkularisation im späten 20. Jahrhundert hat hier eine gravierende Wende mit sich gebracht.

Anmerkungen

1 Le Goff, Fegefeuer.
2 Lechner, Diözese Wien, 135.
3 Vgl. dazu Josephinische Pfarrgründungen, 56 ff.
4 Vgl. die Dehios und Josephinische Pfarrgründungen, 56 ff.
5 Mayer, Buchdrucker-Geschichte, 21 ff.
6 Loidl, Erzbistum, 9.
7 Smets, Wien, 2.
8 Titel: *Apologia pro veritate catholicae et apostolicae fidei a doctrina adversus impia ac valde pestifera Martini Lutheri dogmata*; vgl. dazu Tomek, Kirchengeschichte, 2, 225.
9 Mayer, Buchdrucker-Geschichte, 45, und Tomek, Kirchengeschichte, 2, 228.
10 Smets, Wien, 21 f. (Predigt, gedruckt Königsberg 1524); Wiedemann, Reformation, 1, 24 ff. Titel: *Von dem hohen gelübd der Tauff, sampt andern, ein Sermon zu Wienn in Österreich gepredigt. Paulus Speratus zu Königsberg in Preußen 1524.*
11 Alker, Tauberiana, 6.
12 Otto, Tauberiana, vgl. Otto, Reformation, und Perger, Tauber.
13 Smets, Wien, 30 f.
14 Alker, Tauberiana.
15 Helbling, Faber; Radey, Faber; Loidl, Erzbistum, 43 ff., und Lhotsky, Bibliothek.
16 Petermann, Wien, 159.
17 Smets, Wien, 44.

18 Smets, Wien, 49; vgl. auch Sturminger, Milchkrieg, 614.
19 Barton, Evangelisch, 47.
20 Wodka, Kirche in Österreich, 2, 213.
21 Bernleithner, Konfessionelle Gliederung, 14 f.
22 Matt, Bürgertestamente, 13.
23 Reingrabner, Landschaftsschule, 314 ff.
24 Eder, Geschichte.
25 Tomek, Kirchengeschichte, 2, 251.
26 Tomek, Kirchengeschichte, 2, 249.
27 Tomek, Kirchengeschichte, 308–312. Titel: *Dialogus contra impia Petri Canisii dogmata de sacramento Eucharistiae compositum et Viennae Austriae in valvis templi S. Stephani V. Jd. Maii affixus 1555.*
28 Eder, Geschichte.
29 Till, Anton Brus.
30 QuGStW, I/3, Nr. 2682.
31 Tomek, Kirchengeschichte, 318–336.
32 Zur Forschungsproblematik vgl. Schmidt, Konfessionalisierung.
33 Vgl. etwa Goertz, Täufer; Packull, Hutterer.
34 Johann Fabri schrieb über den Prozess zwei Schriften, eine lateinische, die 1528 in Leipzig erschien, und eine deutsche mit dem Titel *Ursach warumb der Widerteufer Patron unnd erster Anfenger Dr. B. H. zu Wienn auff den zehenden tag Martii Anno 1528 verbrennet sey.*
35 Mais, Gefängnis, 89.
36 Es scheint bezeichnend, dass die Namen Hut und Hubmayer in dem sonst so gründlichen und detailreichen Werk Czeike, Historisches Lexikon, fehlen. Einzig unter dem Stichwort »Wiedertäufer« (sic!) finden sich Hinweise.
37 Duhr, Geschichte der Jesuiten, und Kröll, Aufhebung.
38 Brodrick, Canisius; Braunsberger, Canisius; Berndt (Hg.), Canisius.
39 Eder, Geschichte, 79 ff.
40 Tomek, Kirchengeschichte, 2, 511.
41 Hadamowsky, Barocktheater.
42 Schweiger, Reyssbeschreibung.
43 Till, Glaubensspaltung, 8.
44 Sturminger, Milchkrieg, 615 f.
45 Müller, Prediger.
46 Bibl, Berichte, 138 f.
47 QuGStW, I/5, Nr. 5560, und Codex Austriacus 1704, I 2 , 241; vgl. dazu Uhlirz, Gregorianischer Kalender.
48 Petermann, Wien, 190.
49 Vancsa, Politische Geschichte, 123 f.
50 Stieve, Briefe; Schrauf, Reichshofrat; Bibl, Berichte.
51 Kerschbaumer, Klesel; Hammer-Purgstall, Khlesls Leben.
52 Wurm, Jörger, und Uhl, Hernals.
53 Völker, Sturmpetition.
54 Kretschmer, Sturmpetition.
55 Petermann, Wien, 219.
56 Till, Glaubensspaltung, 10; zu den Umgestaltungen und der Einrichtung einer Prozession nach Hernals vgl. S. 247 ff.
57 Matt, Bürgertestamente, 47.
58 Details bei Tomek, Kirchengeschichte, 2, 523, und Volltext bei Kink, Universität, 2, Nr. 84 (460–466).

59 Petermann, Wien, 225.
60 Tomek, Kirchengeschichte, 2, 539.
61 Kopallik – Holzland, Franziskanerkonvent.
62 Senfelder, Barmherzige Brüder.
63 Loidl, Heilige, 34.
64 Hawlik-Van de Water, Kapuzinergruft (dort auch ältere Literatur).
65 350 Jahre Karmeliter.
66 Posch, Barnabitenprovinz.
67 Eder, Geschichte, 102.
68 Coreth, Pietas Austriaca.
69 Kurz, Mariensäule.
70 Hawlik-Van de Water, Kapuzinergruft.
71 Eder, Geschichte, 99.
72 Vgl. die älteren, leider sämtlich apologetischen Arbeiten, z. B. Heyret, Aviano.
73 Waach, Salesianerinnen.
74 Polleross, Geistliches Zelt- und Kriegslager, vgl. auch Kovács, Benefiziatskapitel, 25 ff.
75 Flieder, Erzbistum Wien, 1.
76 Loidl, Erzbistum, 114 ff.
77 Lechner, Diözese Wien.
78 Vgl. dazu Vocelka, Glanz, 315 ff.
79 Hersche, Migazzi, 282 ff.
80 Hersche, Migazzi, 290 f.
81 Hersche, Migazzi, 296.
82 Hersche, Migazzi, 306.
83 Vgl. dazu Vocelka, Glanz, 239 ff.
84 Kovács, Klosteraufhebungen, 170.
85 Kröll, Auswirkungen, sowie Kröll, Universität Wien.
86 Haberzettl, Exjesuiten, und Ortner, Jesuiten.
87 Vocelka, Glanz, 368 ff.
88 Loidl, Klosteraufhebungen, 3 f.
89 Josephinische Pfarrgründungen, 11 ff.
90 Josephinische Pfarrgründungen, 51 ff.
91 Josephinische Pfarrgründungen, 37.
92 Vgl. Hollerweger, Reform.
93 Josephinische Pfarrgründungen, 142 f.
94 Josephinische Pfarrgründungen, 142.
95 Vacha (Hg.), Habsburger, 333.
96 Vgl. Grell – Porter (Hg.), Toleration; speziell zur Situation in Österreich Wagner, Idee der Toleranz, und Häusler, Josephinische Publizistik.
97 Otruba, Wirtschaftspolitik.
98 Eberhard, Voraussetzungen und Widersprüche, 348 und 354.
99 Barton (Hg.), Im Lichte der Toleranz; Barton (Hg.), Im Zeichen der Toleranz.
100 Erbe, Deutsche Geschichte, 56.
101 Häusler, Judentum, und Lohrmann, Judentum.
102 Vgl. dazu zuletzt Teufel, Schüler Mendelssohns.
103 Kovács, Pabst.
104 Vgl. Kopallik, Regesten.
105 Mayer, Buchdrucker-Geschichte, 150.

106 Tomek, Kirchengeschichte, 2, 180.
107 Tomek, Kirchengeschichte, 2, 186.
108 Tomek, Kirchengeschichte, 2, 187.
109 Röhrig (Hg.), Heiliger Leopold.
110 Sporer (Hg.), Johannes von Nepomuk.
111 Mikuda-Hüttel, Hausmann.
112 Vocelka, Propaganda, 244 f.
113 Wiedemann, Geisslerfahrt, 47 ff.
114 Vgl. dazu allgemein Bauer, Bruderschaftswesen.
115 Coreth, Pietas Austriaca.
116 Bauer, Bruderschaftswesen, 211.
117 Zum Verzeichnis von 1463 vgl. Tomek, Kirchengeschichte, 2, 177 f.
118 Tomek, Kirchengeschichte, 2, 639 ff. Die Ordnung dieser Bruderschaft ebd., 640 ff.
119 Der Name (abgeleitet von »scapulare«) bezieht sich auf ein besonderes Schulterkleid, wie es bei manchen Orden (Benediktiner, Dominikaner) üblich ist.
120 Eder, Geschichte, 356 f.
121 Weissensteiner, Schematismus, 7 f.
122 Kovács, Benefiziatskapitel, 25.
123 Bauer, Bruderschaftswesen, 206.
124 Bauer, Bruderschaftswesen, 215.
125 Bauer, Bruderschaftswesen, 216–222.
126 Vgl. dazu Gugitz, Wallfahrten.
127 Loidl, Maria-Pötsch.
128 Vgl. oben, S. 247 ff.
129 Gugitz, Huhnopfer, 214.
130 Eberhart (Hg.), Schatz und Schicksal.



Schulwesen und Universität

Mit dem Auftreten von Humanismus und Reformation kam es auch im Bereich der Universitäten und Schulen zu tief greifenden Änderungen. Lag die Schulbildung im Mittelalter noch erstrangig in den Händen der Kirche, so kam es im späten Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit zu einem Aufbrechen dieses Bildungsmonopols. Die Obrigkeiten erkannten den Nutzen, der ihnen aus der Kontrolle des Bildungswesens erwuchs, und begannen deshalb, Einfluss auf Schulen und Universitäten zu nehmen.[1] Zudem kam es zu einer neuen Beurteilung des Unterrichts durch den Humanismus: So hob Erasmus von Rotterdam den Wert des Unterrichts hervor, indem er meinte, erst die rechte Bildung mache den Menschen zum Menschen.[2] Diese Neuorientierung im Bereich der Erziehung und Bildung ging parallel mit einer neuen Sicht von Kindheit als eigenem Lebensabschnitt. Im Mittelalter wurde die Kindheit als Vorstufe zum Erwachsenenleben angesehen, die möglichst rasch zurückgelegt werden sollte. In den pädagogischen Schriften des Humanismus findet sich zunehmend die Feststellung des eigenen Status der Kindheit und einer positiven Betonung derselben.[3]


CATECHISMVS
D. Martini Lutheri.
Mit angehengten Fragen
vnd Antworten/wider welche fü-
cke diser Catechistischen lere/fürnem-
lich das Antechristisch Bapstumb
vnd alle newe Rotten vnd
Secten streitten.
Gestellet für die einfeltige Jugent zu
Villach/ durch Johann Hauser/ Pfarrherr vnd
Diener im Evangelio. Jetzt widerumb von jhm
selber mit fleiß vbersehen/ vnd mit etlichen
nötigen vnd nützlichen Fragen vnd
Antworten vermehret.
15 83.
Sampt den Morgen vnd Abend vor
vor vnd nach tisch Gebetlein/ Haußtafel vnd
den zwanzig Fragen/ für die so zum
Sacrament gehen wöllen.

Abb. 60: Katechismus Martin Luthers (Titelblatt)

Diese positive Bewertung der Bildung wurde zunächst von Martin Luther nicht geteilt; er maß der Bildung nur geringe Bedeutung bei. Da diese Geringschätzung bald zu einem Mangel an Predigern und gebildeten Laien führte, kam es zu einem Umdenken. Die Bedeutung der Erziehung (im protestantischen Sinn) wurde wieder aufgegriffen. Die Erziehung sollte allerdings nicht – wie im Humanismus gefordert – der persönlichen Entwicklung des Menschen dienen, sondern den Schüler zu einem rechten Christen machen. Deshalb wurden nach dem Elementarunterricht in erster Linie die Sprachen der Bibel (Latein, Griechisch, Hebräisch) und die Evangelien gelehrt – Religion wurde erstmals als eigenes Fach eingeführt.[4]

Außerdem betonte Luther, dass die Erziehung nicht allein eine Privatangelegenheit der Eltern zu sein habe, sondern auch im Interesse der Obrigkeit sei.[5] Deshalb sollten

Fürsten und Städte Schulen gründen und fördern und ihre Untertanen gegebenenfalls durch Zwang veranlassen, ihre Kinder in diese Schulen zu schicken.[6] Luther *(Abb. 60, S. 365)* spricht sich damit für eine Art allgemeiner Schulpflicht aus – eine Maßnahme, die erst im 18. Jahrhundert tatsächlich umgesetzt wurde.

Krise des traditionellen Schulwesens und Entstehung neuer Schulformen

Das Auftreten des Protestantismus führte in Verbindung mit anderen Faktoren zunächst zu einer Stagnation im Schul- und Universitätsbereich und in einer zweiten Phase zu einer Neugestaltung des Unterrichtswesens. Die Universität Wien war um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert eine der beliebtesten Universitäten des deutschen Sprachraumes gewesen; hohe Immatrikulationszahlen und das Vorhandensein hervorragender Lehrer bezeugen diese Blüte. Ab 1520 kam es zu einem starken Rückgang der Studentenzahlen und einem Abfall des Unterrichtsniveaus.[7] Einer der Hauptgründe für diesen Verfall, der bereits von Zeitgenossen angesprochen wurde, war die Verbreitung der Lehren Luthers und seine Ablehnung der Universitäten.[8] Zwar war dieser jähe Einbruch nicht nur auf Wien beschränkt, doch kann man bei anderen Universitäten im Reich ungefähr ab der Jahrhundertmitte wieder eine positive Entwicklung beobachten, während in Wien weiterhin nur geringe Studentenzahlen festzustellen sind. Dies liegt daran, dass die bis dahin zahlenmäßig am stärksten vertretenen Studenten der »Rheinischen Nation« weitgehend ausblieben, weil in diesen Gebieten etliche neue Universitäten gegründet worden waren. Andererseits gingen viele Studenten aus den österreichischen Erblanden an Universitäten im Reich.[9]

Neben der konfessionellen Entwicklung gab es noch andere Gründe, die Wien als Studienort zunehmend unattraktiv machten. Hier ist als erstes die ständige Bedrohung durch die Osmanen zu nennen, die 1529 Wien belagerten. Im Zuge der Belagerung kam es zu einer Entvölkerung der Universität, da die meisten Lehrer und Studenten aus der Stadt flohen. Im auf die Belagerung folgenden Wintersemester 1529/30 wurden bloß zwei (!) Studenten immatrikuliert *(Abb. 61)*.[10] Weitere Minuspunkte waren regelmäßig auftretende Seuchen und Stadtbrände sowie eine allgemeine wirtschaftliche Krise, die zu einer enormen Preissteigerung führte. Die Universität ihrerseits war weitgehend auf hohe Studentenzahlen angewiesen, um sich zu finanzieren, da die landesfürstliche Dotation nur sehr gering war. Somit war Wien sowohl für Studenten als auch für Lehrer nicht erstrebenswert.[11]

Die Bildungskrise beschränkte sich nicht nur auf die Universität, auch die übrigen Schulformen wurden von den oben erwähnten Faktoren teilweise in Mitleidenschaft gezogen; allerdings sind die schriftlichen Zeugnisse dazu spärlich. Im Bereich der Elementarschulen gab es einerseits die »deutschen Schulen«, die von Stadt- und Marktgemeinden oder Pfarren und Klöstern betrieben wurden. Während der Betrieb in den

Gemeindeschulen durch die beginnende Konfessionalisierung nur wenig eingeschränkt wurde – der jeweilige Schulmeister hatte sich nur an die konfessionellen Vorgaben der Gemeinde zu halten –, waren die Pfarrschulen wesentlich stärker betroffen, da sie meist an Klöster gebunden waren. Der Auflösung vieler Klöster fielen auch die Pfarrschulen zum Opfer. Teilweise wurden die Schulen von anderen kirchlichen Stiftungen unterstützt oder von der jeweiligen Gemeinde übernommen.[12]

Der Unterricht umfasste Schreiben, Lesen und Rechnen; die Protestanten erhielten außerdem eine Unterweisung im Katechismus Luthers.[13] Dieser Unterricht vermittelte wirklich nur elementarste Kenntnisse, wie aus Visitationsberichten, Beschwerden und ähnlichem hervorgeht: So hatten viele Schulhalter selbst nur sehr geringes Wissen und übten das Amt des Schulmeisters nur als Nebentätigkeit aus, da sie von den Einkünften aus dem Unterricht nicht leben konnten. Dies wirkte sich natürlich auf das Unterrichtsniveau aus. Auch die Räumlichkeiten für den Unterricht waren oft baufällig oder inadäquat.[14] Deshalb ließen vor allem gut situierte Familien ihre Kinder lieber privat unterrichten.

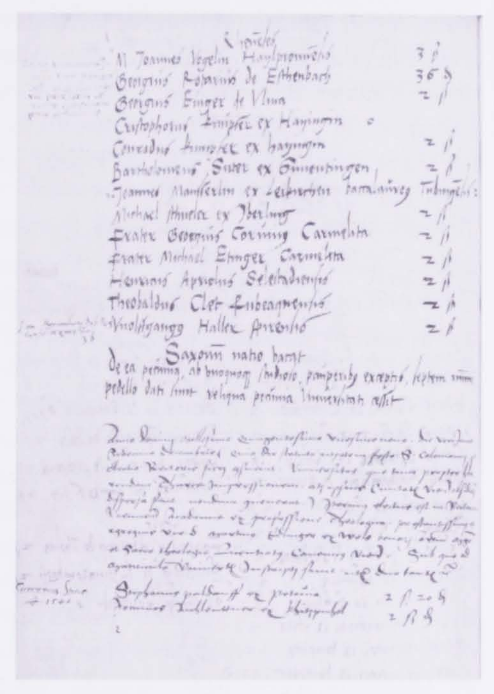


Abb. 61: Universitätsmatrikel 1529/30

Als Zwischenstufe zwischen den Elementarschulen und den Universitäten gab es die Lateinschulen oder »particular Schulen«, in denen die Schüler den für die Universität notwendigen Lateinunterricht erhielten. Traditionelle Formen waren städtische Bürger- und Lateinschulen sowie Klosterschulen. Elementar- und weiterführender Unterricht waren aber meist nicht getrennt, sondern wurden gemeinsam erteilt. Auch diese Schulen wurden durch das Aufkommen des Protestantismus beeinträchtigt.[15]

In Wien werden um 1500 folgende öffentliche Lateinschulen genannt: die Bürgerschule bei St. Stephan, die von ihr abhängigen Schulen bei St. Michael und im Bürgerspital sowie die Schule im Schottenkloster. Über diese Schulen gibt es aus dieser Zeit wenige Meldungen. Die Bürgerschule bei St. Stephan befand sich auf dem »stephans freythof«, wo heute das Churhaus steht; sie war traditionellerweise stark mit der Universität verbunden. Der Rektor und die Lehrer waren meist Universitätsangehörige. Die Krise, von der die Universität betroffen war, wirkte sich auch auf die Bürgerschule aus.[16] Der Rektor und die Lehrer erhielten zwar seit der Mitte des 15. Jahrhunderts eine ge-

ringe Besoldung von der Stadt, die aber nicht ausreichend war. Deshalb waren sie auf weitere Einkünfte angewiesen. Diese kamen teilweise von der Universität, an der etliche Lehrer ebenfalls unterrichteten (die dortigen Verdienstmöglichkeiten waren aber ebenfalls nicht hoch), und vor allem aus dem von den Schülern zu entrichtenden Schulgeld. Durch die sinkenden Schülerzahlen wurden diese Einnahmen immer geringer. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wurde nochmals ein Versuch unternommen, die Bürgerschule wieder in einen besseren Stand zu versetzen. Die Schulordnung von 1558 orientierte sich deutlich an den Bestimmungen der Jesuitenschule; damit sollte die Schule an modernere Lehrmethoden herangeführt werden.[17] Über die von der Bürgerschule abhängigen Schulen bei St. Michael und im Bürgerspital gibt es außer der Nennung von Schulmeistern keine Nachrichten.

Die Schule des Schottenklosters, die noch zu Beginn des 16. Jahrhunderts hohes Ansehen genossen hatte und stark vom Humanismus geprägt war, verfiel ab 1520 ebenfalls.[18] Das Aufkommen des Protestantismus führte hier zwar nicht zu vermehrten Übertritten wie in anderen Klöstern, aber die Zahl der Mönche sank sehr stark. Die Schülerzahlen gingen ebenfalls zurück, und der Schulbetrieb wurde vermutlich teilweise ausgesetzt. 1529 flüchtete der gesamte Konvent vor den Osmanen; die Klosterbibliothek wurde durch Landsknechte, die im Stift untergebracht waren, verwüstet. Es ist kaum anzunehmen, dass es in dieser Zeit geregelten Unterricht gab. Erst unter dem Abt Wolfgang Traunsteiner (1541–1562) ist wieder ein Schulbetrieb nachweisbar.[19]

Die Protestanten ihrerseits erkannten bald die Notwendigkeit einer gründlichen und konfessionell geprägten Ausbildung. In Österreich unter der Enns gingen die ersten Initiativen dazu von den Ständen aus. Neben religiösen Überlegungen waren auch geänderte Ansichten des Adels über eine adäquate Ausbildung ihrer Söhne maßgebend. Die im Mittelalter verbreitete Methode, die Söhne zur Ausbildung an fremde Höfe zu schicken, nahm immer mehr ab, da seit Beginn der Neuzeit nicht mehr die praktische Unterweisung in den ritterlichen Künsten und Sitten, sondern auch zunehmend die Aneignung von Wissen in den Vordergrund trat. Lediglich die Erziehung der »Edlknaben« am Wiener Hof blieb als Relikt dieser älteren Erziehungsform bis ins 18. Jahrhundert bestehen.[20] Der protestantische Adel hatte aber naturgemäß wenig Interesse an dieser katholisch geprägten Bildungsmöglichkeit. Generell wurden die Adelssöhne von Hofmeistern unterrichtet und gingen anschließend auf die so genannte »Kavalierstour«, bei der sie einige Zeit an ausländischen Universitäten Erfahrungen sammelten. Da diese Ausbildung aber sehr kostenintensiv war, dachte man bald an die Einrichtung von entsprechenden Schulen im eigenen Land.[21] Die von den Ständen eingerichteten Landschaftsschulen waren selbstverständlich konfessionell geprägt. Die zum Großteil protestantischen Stände der österreichischen Länder standen damit in Opposition zum Landesfürsten. An den von den Ständen errichteten Landschaftsschulen wurden vorrangig, wenn auch nicht ausschließlich, die Söhne des Adels unterrichtet. Zusätzlich wurden auch Bürgersöhne und andere Nichtadelige aufgenommen.[22] Die Schwerpunkte des Unterrichts lagen in der religiösen Bildung sowie in der Vermittlung von Lateinkenntnis-

sen, die für das weiterführende Studium an einer Universität unerlässlich waren. Die Schüler hatten den vorgeschriebenen Lehrstoff stufenweise zu absolvieren, indem sie von Klasse zu Klasse aufstiegen. Die Anzahl der Klassen konnte je nach Schule unterschiedlich sein.[23]

Die Einrichtung einer protestantischen Landschaftsschule in Wien war nicht sehr erfolgreich. 1546 kauften die Stände ein Haus auf dem Minoritenplatz, worin sie eine Schule errichteten. Diese Schule war allerdings nur gering dotiert, was sich auf die Verpflegung und den Unterricht der Schüler negativ auswirkte,[24] auch konnten kaum Schulmeister für eine längere Zeit gewonnen werden. Dafür war einerseits die schlechte finanzielle Situation, andererseits die religiöse Opposition zum Landesfürsten verantwortlich.[25] Als sich die Stände 1554 wegen der Neubesetzung der Präzeptorenstelle nicht mit den landesfürstlichen Beamten einigen konnten, lösten sie die zu diesem Zeitpunkt nur mehr sehr schwach besetzte Schule auf.[26]

In den siebziger Jahren gab es einen erneuten Versuch, eine protestantische Landschaftsschule einzurichten. 1574 wurde ein Kantor angestellt, der außer der musikalischen Leitung des Gottesdienstes in der Landhauskirche auch Erziehungsaufgaben zu erfüllen hatte. Da dieser Unterricht recht bescheiden war, wurde den Religionsdeputierten 1575 aufgetragen, sich mit der Einrichtung einer Landschaftsschule und der Erstellung einer Schulordnung zu befassen; ein Jahr später wurde der Unterricht im Gebäude der ehemaligen Landschaftsschule aufgenommen. Neben den Söhnen der Adeligen waren auch bürgerliche Knaben zugelassen.[27] Ein Schwerpunkt der Schule sollte die Ausbildung von protestantischen Theologen sein. Zu diesem Zweck sollte eine Reihe von begabten Schülern als Stipendiaten der Landschaft ausgebildet werden. Doch auch diese Schule kam wegen der geringen Dotation nur langsam voran. Daraus ergab sich die Notwendigkeit eines relativ hohen Schul- und Kostgelds für das Internat.[28] Nach dem Tod Maximilians II. 1576 gewannen die gegenreformatorischen Kräfte an Boden. Rudolf II. war zunächst noch bereit gewesen, einen eingeschränkten protestantischen Unterricht zu bewilligen; 1578 wurde allerdings die Ausweisung der nicht katholischen Kirchendiener aus Wien verfügt. Dadurch konnte auch die protestantische Landschaftsschule nicht weiter bestehen und wurde nach Horn verlegt.[29] Dort blieb sie noch bis 1584 bestehen; danach wurde sie nochmals verlegt – diesmal nach Mistelbach. Zu diesem Zeitpunkt war sie allerdings bereits stark geschrumpft. Der Adel schickte seine Söhne auf verschiedene Schulen, die in einzelnen protestantischen Herrschaften bestanden.[30]

Ein weiterer Versuch, eine protestantische Schule in Wien einzurichten, wurde zu Beginn des 17. Jahrhunderts gemacht: Im Herrschaftsbereich der Familie Jörger in Hernals wurde eine Lateinschule errichtet, die jedoch keine größere Bedeutung erlangte.[31]

Neben der protestantischen Landschaftsschule gab es auch von Seiten des Landesfürsten den Versuch zur Errichtung einer Landschaftsschule. Ferdinand I. plante nach der Aufhebung der protestantischen Schule, eine Adelsschule unter katholischen Vorzeichen zu errichten. Der ursprüngliche Plan war, diese Schule in einem Haus in der Nähe des Jesuitenkollegs einzurichten und den Unterricht in die Hände der Jesuiten zu legen, was

an der Weigerung der Stände scheiterte. Deshalb kaufte Ferdinand ein Grundstück neben dem Dominikanerkloster, wo die Schule errichtet werden sollte. Allerdings starb er, bevor dies in die Wege geleitet werden konnte.[32] Sein Nachfolger Maximilian II. beschloss, die Schule, wie zunächst geplant, in der Nähe des Jesuitenkollegs einzurichten, da sowohl die Jesuiten als auch die Dominikaner gegen den neuen Standort protestierten. Allerdings war es wegen der Unterbringung der Schüler notwendig, das Grundstück beim Dominikanerkloster ebenfalls für die Schule zu nutzen. Die Schule stand unter der Aufsicht des Landesfürsten. In der Frage der religiösen Erziehung verhielt sich Maximilian indifferent. Die Instruktion sah keine Festlegung auf eine Konfession vor, und auf eine Anfrage der Stände erklärte der Kaiser, dass die Jugend in »Christlicher Zucht« erzogen werden solle, ohne sich auf ein Bekenntnis festzulegen.[33] Die konfessionelle Unsicherheit blieb während der Regierung Maximilians bestehen. Die Schüler besuchten sowohl katholische als auch protestantische Gottesdienste.[34] Auch in der Erziehung gab es keine eindeutige Festlegung: So wurde 1572 in einem Visitationsbericht festgestellt, dass die Lehrer Protestanten seien; 1573 wurde die Grammatik des Philipp Melanchthon für den Lateinunterricht vorgeschrieben.[35] Diese religiöse Zwitterstellung machte die Schule den Anhängern beider Glaubensrichtungen verdächtig, sodass sowohl Protestanten als auch Katholiken zögerten, ihre Kinder in die Landschaftsschule zu schicken. Neben den religiösen Gründen war die schlechte Verwaltung der Schule ein Grund für den mäßigen Schulbesuch. Da die Schule nur unregelmäßig kontrolliert wurde, geriet die Wirtschaft in Unordnung. Die auf Grund zahlreicher Beschwerden 1572 eingesetzte Kommission berichtete über chaotische Zustände und schlug zur Verbesserung eine ordentliche Dotation sowie die Einschränkung der Schülerzahlen vor. Auch der Lehrbetrieb wurde scharf kritisiert, da die Unterrichtszeit zu kurz sei und die Klassen aus Raummangel nicht voneinander getrennt seien.[36] Trotz immer wiederkehrender Visitationen und Verbesserungsversuchen änderte sich kaum etwas an der schlechten Situation der Schule. Unter Rudolf II. wurde zwar die religiöse Indifferenz beseitigt und verfügt, dass nur katholische Schüler aufzunehmen seien und dass diese regelmäßig die Messe zu besuchen hätten. 1623 wurde die Schule den Jesuiten übergeben. Nach einer längeren Auseinandersetzung mit den Dominikanern wurde 1648 in einem Vergleich beschlossen, dass die Dominikaner das Gebäude zurückerhalten sollten; die Jesuiten erhielten eine Entschädigung und verpflichteten sich, ein Konvikt samt Kapelle zu erbauen. Mit der Übersiedlung in dieses Gebäude 1651 erlosch die Landschaftsschule.[37]

Reform der Universität unter Ferdinand I.

Der seit 1521 in den Erblanden regierende Erzherzog Ferdinand war bestrebt, die landesfürstliche Macht durch den Ausbau eines zentralen Verwaltungs- und Behördenapparates zu stärken. In diesem Zusammenhang zeigte er großes Interesse an der Neuordnung und Wiederherstellung der Wiener Universität, aber auch der niederen Schulen.

Der Universität kam als Ausbildungsstätte für künftige landesfürstliche Beamte eine wichtige Bedeutung zu. Deshalb war es wichtig, dass sie ihren Studenten eine fundierte Ausbildung auf katholischer Basis bieten konnte.[38]

Einige Gründe für den Niedergang der Universität wurden bereits oben angeführt. Neben äußerlichen Ursachen wie Seuchen und Kriegsgefahr war noch die prekäre finanzielle Situation der Universität eine Ursache für den Verfall. Die von den Landesfürsten zugesagte Dotation war von Anfang an sehr bescheiden gewesen. In der Blütezeit der Universität fiel dies allerdings nicht so stark ins Gewicht, da durch andere Einkünfte wie diverse Gebühren, Kollegiengelder und Prüfungstaxen genügend Geld hereinkam. Außerdem hatten viele der vor allem geistlichen Lehrer zusätzliche Einkünfte durch Benefizien.[39] Nun hatten die wenigen verbleibenden Lehrer wegen der sinkenden Studentenzahlen weniger Einkünfte, die außerdem durch die immer weiter steigende Inflation noch zusätzlich entwertet wurden.[40]

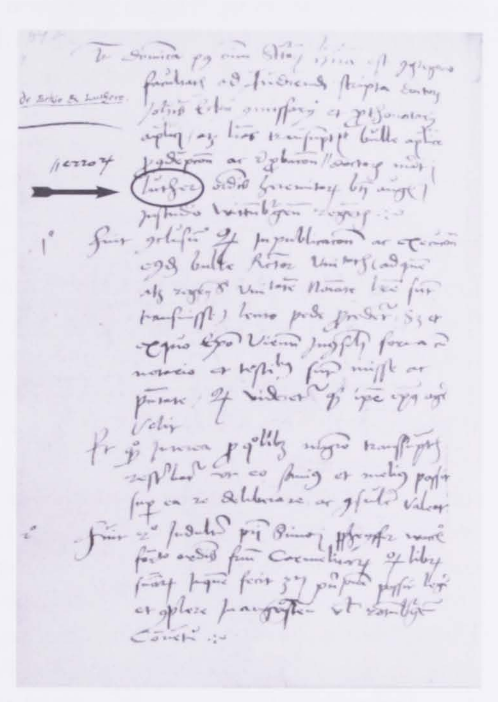


Abb. 62: Erwähnung Luthers in den Akten der Theologischen Fakultät (4. 11. 1520)

In erster Linie war es aber die Ausbreitung des Protestantismus und die sich daraus ergebende Uneinigkeit innerhalb der Universität, die diese schwächte. Die Theologische Fakultät hatte mit einem immer größeren Mitgliederschwund zu kämpfen (seit 1533 gab es sie nur mehr dem Namen nach)[41] und fand sich zunehmend gegenüber den drei weltlichen Fakultäten isoliert. An diesen fanden sich schon früh zahlreiche Anhänger der Lehren Luthers *(Abb. 62)*. Bereits 1520 konnte die päpstliche Bannbulle gegen Luther erst nach einem ausdrücklichen Befehl des Kaisers publiziert werden, da sich die weltlichen Fakultäten dagegenstellten und erklärten, vor der Publizierung das Gutachten der Universität Paris abwarten zu wollen.[42] 1524 beauftragte Ferdinand I. die Universität, Argumente gegen die lutherischen Lehren zu sammeln. Während die Theologische Fakultät diesem Auftrag nachkam, lehnten die Juridische und Medizinische Fakultät ab; sie erklärten, dass dies Sache der Theologen sei und dass sie genügend andere Aufgaben hätten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fielen. Die Artistenfakultät stellte fest, dass sie diesen Auftrag nicht ausführen könnte, da es seit 1520 verboten sei, lutherische Bücher zu lesen. Schließlich sei es nicht möglich, ein Gutachten über etwas abzugeben, was sie nicht gelesen hätten und nicht lesen dürften.[43]

Durch die starke Hinwendung vieler Universitätsangehöriger zum Protestantismus kam es zu einer Lockerung der Bindung zwischen Universität und Kirche. Von Seiten kirchlicher Vertreter wurde versucht, diese Bindung wieder zu intensivieren, was zu länger dauernden Rechtsstreitigkeiten führte, die die Universität zusätzlich schwächten.[44] All diese Missstände machten die Universität als Instrument für den Ausbau der landesfürstlichen Zentralmacht unbrauchbar. Aus diesen Gründen war für Ferdinand eine tief greifende Reform unumgänglich. Auch von Seiten der Universität sah man die Notwendigkeit einer Reform und ersuchte deshalb den Landesfürsten um Hilfe.[45] Diese Reform zog sich über mehrere Jahrzehnte hin und reicht von ersten, nicht durchgeführten Vorschlägen 1524 bis zur »Reformatio nova« von 1554.

1524 wurden hauptsächlich einige der schwerwiegenden Probleme der Universität, wie die offene Jurisdiktionsfrage und vor allem die unzureichende Dotation, angesprochen, aber noch keine Verbesserungsvorschläge geliefert. 1528 beauftragte Ferdinand die Niederösterreichische Regierung, die Universität zu überprüfen und Vorschläge für Reformen zu liefern. Die hierzu bestellte Kommission stellte als dringendstes Problem den Geldmangel der Universität dar und schlug vor, die Güter des St. Ulrichsklosters in Wiener Neustadt für die Universität zu widmen sowie von den Prälaten eine Zahlung zugunsten der Universität einzuheben.[46] Diese Vorschläge wurden wegen der Belagerung Wiens nicht durchgeführt.

Nach erneuten Beratungen wurde am 2. August 1533 das »erste Reformgesetz« erlassen. Um dem eklatanten Geldmangel abzuhelfen, sollten die bestehenden Lehrkanzeln reduziert werden, um den verbleibenden Lehrern eine bessere Bezahlung zu ermöglichen. Das Stipendienwesen sollte ebenfalls gefördert werden. Zur weiteren Finanzierung griff man auf die bereits 1528 vorgeschlagene Prälatenkontribution und die Güter des St. Ulrichsklosters zurück.[47] Die Finanzierung war aber der Schwachpunkt dieser Verfügung, da sich die Verhandlungen mit den Prälaten als äußerst schwierig gestalteten und die aufgebrachten Summen nicht ausreichend waren.[48]

1534 wurden einige Änderungen bezüglich der Universitätsversammlung vorgenommen. Waren bis dahin bei wichtigen Belangen der Universität alle Fakultätsangehörigen zusammengetreten, so wurde nun das Konsistorium (ursprünglich eine Gerichtsversammlung) zur zentralen Regierungsinstanz der Universität aufgewertet. Das Konsistorium bestand aus den obersten Vertretern der Fakultäten und Nationen, den Dekanen und Prokuratoren. Der Rektor hatte den Vorsitz inne; unmittelbar nach ihm und noch vor den Dekanen und Prokuratoren kamen der Kanzler und der Superintendent der Universität.[49] Der Kanzler als Vertreter des Wiener Bischofs an der Universität wurde dadurch stärker in die Hochschule eingebunden. Die Position des Superintendenten wurde aufgewertet. Er war die Kontrollinstanz des Landesfürsten in der Universität. Er wurde von der Regierung ernannt und legte als landesfürstlicher Beamter seinen Eid als Superintendent vor dem Landesfürsten, und nicht vor der Universität ab. Er verwaltete die Dotationen und Stiftungen der Universität, von denen auch die Gehälter der Lehrer bezahlt wurden.[50]

Mit dem am 15. September 1537 erlassenen »zweiten Reformgesetz« wurde der Studienplan neu organisiert. Im Wesentlichen wurde der Studienbetrieb stark normiert und die vor allem an der Artistenfakultät frei lesenden Magistri überflüssig gemacht. Für das Studium waren nur mehr die vom Landesfürsten vorgegebenen besoldeten Lehrkanzeln verpflichtend.[51]

Mit der Reformatio Nova vom 1. Jänner 1554 *(Abb. 63)* wurden im Wesentlichen bereits ergangene Neuerungen nochmals festgeschrieben. Großer Wert wurde auf die Kontrolle der Rechtgläubigkeit gelegt; so sollten die Bursen und Studentenhäuser regelmäßig auf diesen Punkt hin überprüft werden. Bei den Studiengängen gab es teilweise kleinere Änderungen.[52]

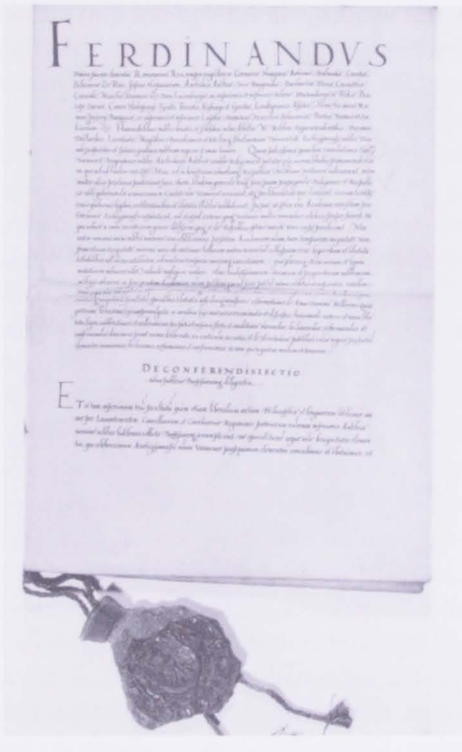

FERDINANDVS

Abb. 63: Die Reformgesetze Ferdinands I.: Reformatio nova – Titelseite

Insgesamt war durch die Reformen Ferdinands I. die Universität wesentlich stärker dem Einfluss des Landesfürsten unterworfen als früher. Als wichtige Person fungierte hier der kaiserliche Superintendent, der die Finanzen verwaltete und die Lehrer auf die korrekte Abhaltung der vorgeschriebenen Vorlesungen hin überwachte. Der zweite Hauptpunkt der Reformen war die Wiederherstellung des katholischen Glaubens. So wurde zusätzlich zu den Verfügungen der Reformgesetze 1536 angeordnet, dass die Bursenkonventoren die Studenten auf ihre Rechtgläubigkeit zu überprüfen hatten.[53] Im selben Jahr wurde den Absolventen der Universität Wittenberg die Zulassung in Wien verboten. Diese Maßnahme wurde 1554 ausgedehnt: In Wien durften nur mehr Studenten promoviert werden, die an katholischen Universitäten studiert hatten. Den österreichischen Untertanen war seit 1548 der Besuch ausländischer Universitäten mit Ausnahme von Ingolstadt (Jesuitenuniversität) verboten.[54] Auch die Professoren wurden seit 1547 auf ihre Rechtgläubigkeit überprüft.[55]

Berufung der Jesuiten – Neuorganisation des niederen Schulwesens

Ein weiterer wichtiger Schritt zur Rekatholisierung des Schulwesens in Wien war die 1551 erfolgte Berufung der Jesuiten nach Wien. 1550 nahm Ferdinand I. Kontakt zu Ignatius von Loyola auf und bot ihm an, ein Kolleg in Wien zu errichten, in dem neben Priesterkandidaten auch künftige Staatsbeamte ausgebildet werden sollten. 1551 kamen mit Nikolaus Jajus und Peter Schorich die ersten Jesuiten nach Wien, die zunächst theologische Vorlesungen an der Universität hielten. 1552 kam Petrus Canisius nach Wien, der als einziger der ersten in Wien wirkenden Jesuiten die deutsche Sprache beherrschte. 1553 eröffneten die Jesuiten mit Zustimmung der Universität eine öffentliche Schule, deren Besuch unentgeltlich war. Nicht zuletzt aus diesem Grund war der Schülerandrang sehr groß; so hatte die Schule bereits ein Jahr später über 300 Schüler.[56]

Als provisorische Unterkunft hatten die Jesuiten zunächst einen Teil des Dominikanerklosters erhalten; 1563 erhielten sie das verlassene Karmeliterkloster Am Hof sowie Einkünfte aus der Linzer Maut. Das Jesuitenkolleg und die von ihnen betriebene Schule wuchs in den folgenden Jahren rasch an, sodass das Gebäude bald zu klein wurde. Außer dem Gebäude Am Hof unterhielten sie ein Konviktsgebäude neben der Rosenburse sowie ein Gebäude in der Nähe des Kollegs.[57] Die wichtigsten Neuerungen der Jesuiten bezüglich des Sekundärunterrichts waren die strenge Trennung der einzelnen Klassen voneinander. Die drei unteren Klassen waren Grammatikklassen; hier wurden die Grundkenntnisse der lateinischen Sprache vermittelt. Daran schloss sich die Humanitäts- oder Poetikklasse an, in der Dichter gelesen wurden. Die höchste Klasse war die Rhetorikklasse, in der die Schüler die Kunst der Rede und der Argumentation lernen sollten.[58] Die Klasseneinteilung sowie die Lehrbücher, die für die einzelnen Stufen zu verwenden waren, wurden durch die »Ratio atque Institutio Studiorum Societatis Jesu« (1599) festgelegt. Durch diese Festschreibung erreichten die Jesuiten in allen ihren Schulen einen gleichförmigen Unterricht, der den Lehrern des Ordens den Wechsel von einem Kolleg zum anderen erleichterte.[59] Ob ein Schüler am Jahresende in die nächsthöhere Klasse aufsteigen durfte, entschied sein Abschneiden bei den Jahresprüfungen. Die Lehrer sollten mit ihren Klassen aufsteigen; hier gab es also noch keine Spezialisierung, sondern jeder Lehrer sollte den gesamten Lehrstoff vermitteln können.[60] In der Praxis wurde dies allerdings anders gehandhabt. Die Lehrer unterrichteten oft nur kurze Zeit an einem Gymnasium und stiegen keineswegs immer mit den Klassen auf.[61]

Interessanterweise wurde dem Religionsunterricht kein bedeutender Platz eingeräumt. Die Jesuiten hielten die Anleitung der Schüler zur Religions*ausübung* für wichtiger als den Religions*unterricht*. Der Unterricht beschränkte sich auf etwa eine Stunde pro Woche, in der der Katechismus vorgetragen und erläutert wurde. Diese von Petrus Canisius *(Abb. 64)* verfasste »Summa doctrinæ Christianae« war vor allem für den Unterricht in den Jesuitenschulen vorgesehen, wurde aber bald das Lehrbuch für den katholischen Religionsunterricht.[62]

Um den Lerneifer der Schüler anzuspornen, wurde im Unterricht eine ständige Wettbewerbssituation geschaffen. So wurden zwei Schüler einander als Konkurrenten (»aemuli«) gegenübergestellt, die schriftliche oder mündliche Fehler des jeweils anderen zu verbessern hatten. Den besten Schülern wurden Ehrenämter übertragen, und sie erhielten am Ende des Schuljahres Prämien, die in einer feierlichen Zeremonie überreicht wurden.[63] Neben diesen Anreizen wurden die Schüler auch außerhalb der eigentlichen Unterrichtsstunden dazu angehalten, sich mit dem Lernstoff zu beschäftigen. So wurde die Teilnahme an den so genannten Schülerakademien (»Academiae Scholasticorum«) gefördert, obwohl auch hier nur die Besten aufgenommen wurden. Das im Unterricht Gelernte wurde hier gemeinsam wiederholt und in Disputationen angewandt.[64] Damit es aber nicht zu einer Überbeanspruchung der Schüler kam, war in der Studienordnung auch Zeit für die Rekreation vorgesehen, in der die Schüler sich durch Spiele, Spazierengehen, körperliche Übungen, Musik oder Gespräch erholen sollten.[65]



Abb. 64: Petrus Canisius

Eine weitere Besonderheit der Jesuitengymnasien, die für die Schüler sicherlich sehr anziehend war, war die Mitwirkung am Schultheater. Die Schüler sollten sich dadurch im Latein üben; durch den Inhalt der Stücke sollten ihnen religiöse und moralische Wertvorstellungen vermittelt werden. Diese Stücke wurden öffentlich aufgeführt und erfreuten sich großer Beliebtheit. Es wurden immer mehr szenische Mittel eingesetzt, um die gewünschten Effekte zu erreichen. Meist wurden die Stücke in der Aula der Schule aufgeführt; in Wien wurde allerdings um die Mitte des 17. Jahrhunderts ein eigenes Theater errichtet, das mehrere tausend Personen fassen konnte.[66]

Neben dem glanzvollen Auftreten der Jesuiten verblassten die anderen Schultypen. Viele Klosterschulen boten nur mehr Grammatikunterricht an und schickten ihre Schüler anschließend in die Jesuitengymnasien. Auch die städtischen Lateinschulen verfielen allmählich. So beklagte der Rektor der Bürgerschule zu St. Stephan, Benedikt Kleinschmitz, 1561, dass es in Wien ungefähr zwanzig Lateinschulen gäbe und dass vor allem die Schule der Jesuiten eine große Konkurrenz für die Bürgerschule darstelle, da der Unterricht *an alle Belonung* stattfinde, während seine Schule auf Schulgeldzahlungen

angewiesen sei und deshalb schlecht besucht werde.[67] 1558 wurde eine neue Schulordnung eingeführt, die sich stark an das Unterrichtssystem der Jesuiten anlehnte. Trotz dieses Reformversuches ging es mit der Bürgerschule weiter bergab, wie sich aus den spärlichen Nachrichten ablesen lässt. 1623 erklärte der damalige Rektor Johann Baptist Lindenberger, dass die Bürgerschule ebenso wie die Schule bei St. Michael und die Schule im Bürgerspital keinerlei Ansehen mehr genieße.[68] 1632 wurde die Bibliothek der Bürgerschule der Stadtbibliothek einverleibt.[69] 1635 ersuchte der damalige Wiener Bischof Anton Wolfrath den Magistrat um die Überlassung des Schulgebäudes, da er den Platz für den Bau des Bischofshofes benötige. Er verpflichtete sich, der Schule Räumlichkeiten im Kuratengebäude abzutreten. Da die Schülerzahl nur sehr gering war, wurde ihm diese Bitte bewilligt. Seit dieser Zeit hatte die Schule zu St. Stephan kein eigenes Gebäude mehr.[70] Im Laufe des 17. Jahrhunderts wurde die Bürgerschule zu einer deutschen Schule, die nur mehr Elementarunterricht anbot. Erst 1770 wurde sie wieder etwas aufgewertet und in eine Normalschule umgewandelt.[71] – Die Schule zu St. Michael verfiel ebenfalls und wurde 1620 komplett aufgelassen; die Schule im Bürgerspital wurde bereits im 16. Jahrhundert eine deutsche Schule.[72] – Auch die Schule im Schottenkloster konnte sich nicht mehr von der allgemeinen Krise erholen und stellte keine ernstzunehmende Konkurrenz zu der Schule der Jesuiten dar. Unter dem Abt Wolfgang Traunsteiner wurde zwar der Schulbetrieb wieder aufgenommen, wie Wolfgang Schmeltzl in seinem Lobspruch auf Wien berichtet, allerdings war der Unterricht vermutlich in erster Linie für die Chorknaben des Stiftes gedacht – der Adel blieb jedenfalls aus.[73] Der Chronist und Organist des Schottenstiftes Johann Rasch berichtet zwar, dass gegen Ende des 16. Jahrhunderts die externe Schule bestanden habe und von Bedeutung war, doch muss man diesen Bericht für stark übertrieben ansehen.[74] Die Schottenschule übernahm das Schulsystem der Jesuiten; 1595 wurde eine Humanitätsklasse an der Schottenschule erwähnt. Der Unterricht wurde somit bis zur 5. Klasse im Stift erteilt, während die Fortsetzung bei den Jesuiten erfolgte.[75] 1696 wurde letztmals ein Schulmeister der externen Schule erwähnt; danach kam die Schule zum Erliegen.[76] Der Unterricht für die Ordensangehörigen wurde weiterhin durchgeführt, wenngleich er gegen Ende des 17. Jahrhunderts durch äußere Umstände wie Seuchen oder die Belagerung Wiens 1683 sehr eingeschränkt wurde.[77]

Der Bereich der Elementarschulen ist für das 16. und 17. Jahrhundert noch weniger dokumentiert. Für Wien finden sich hauptsächlich Erlässe über die konfessionelle Überprüfung der Schulmeister. Die tatsächliche Rekatholisierung wurde erst unter Rudolf II. durchgesetzt.[78]

Die Jesuiten übernahmen im Laufe des 16. Jahrhunderts den gesamten Lateinunterricht in Wien, während die übrigen Schulen eingingen oder sich auf den vorbereitenden Unterricht beschränkten.

Mädchenbildung

Der Großteil der hier beschriebenen schulischen Bildungsmöglichkeiten war nur für Knaben erreichbar. Mädchen konnten lediglich Elementarunterricht erhalten; weiterführender Unterricht war ihnen in öffentlichen Schulen verwehrt. Die Pädagogen des Humanismus vertraten zwar in der Theorie den Wert der Mädchenbildung, weil ihrer Ansicht nach ein gewisses Maß an Bildung die Mädchen eher von schlechten Handlungen abhalten würde als völlige Unbildung. Allerdings sollte bei dieser Ausbildung weniger Wert auf Wissen als auf die praktische Erziehung zu Sittlichkeit und Keuschheit sowie die Erlernung hausfraulicher Tätigkeiten gelegt werden. Auch Luther sprach sich für eine Elementarbildung der Mädchen aus, da diese ebenfalls fähig sein sollten, das Wort Gottes zu lesen und zu verstehen. Ansonsten sprach er sich wie die Humanisten für die sittliche Unterweisung und das Erlernen von Hausfrauentätigkeiten aus.[79]

In der Praxis waren die Mädchen durch die Reformation in ihren Bildungsmöglichkeiten äußerst eingeschränkt, da viele Frauenklöster, die früher Unterricht angeboten hatten, aufgelöst wurden. Die städtischen Elementarschulen waren davon weniger betroffen; allerdings forderten sowohl Protestanten als auch Katholiken die Trennung der Mädchen von den Knaben, um sittliche Gefährdungen zu vermeiden.[80]

In Wien wurde 1569 im Kloster der Büßerinnen zu St. Hieronymus eine Schule eingerichtet, in der zwanzig arme Bürgermädchen durch eine Stiftung versorgt wurden. Die Mädchen wurden in Religion, Lesen, Schreiben sowie in Hand- und Haushaltsarbeiten unterrichtet. Zusätzlich wurden externe Schülerinnen gegen Zahlung von Schulgeld aufgenommen.[81] Maximilian II. plante gegen Ende der 1560er Jahre die Einrichtung einer höheren Schule für adelige Mädchen, um die nach der Auflösung vieler Frauenklöster fehlenden Bildungsmöglichkeiten für Mädchen neu zu schaffen. Das Projekt scheiterte allerdings am Desinteresse des Adels.[82]

In der Schulordnung Rudolfs II. für Wien wurden auch Instruktionen für Schulmeisterinnen aufgestellt. Auch hier stehen religiöse und moralische Fragen im Vordergrund. Offiziell waren die Mädchen also auf den Elementarunterricht eingeschränkt. Für die Töchter des Adels und auch des gehobenen Bürgertums bestand nur die Möglichkeit, bei entsprechender Akzeptanz der Eltern am Privatunterricht der Söhne teilzunehmen. Die Töchter der Habsburger erhielten eine gehobenere Ausbildung, aber auch hier waren religiöse und moralische Erziehung sowie die Unterweisung in der Haushaltsführung und Handarbeiten die Hauptschwerpunkte.[83]

Ausbau der Vorherrschaft der Jesuiten an der Universität

Die Jesuiten beschränkten sich in ihrem Wirken nicht auf die Lateinschulen, sondern versuchten sich auch an der Universität zu etablieren und machten dieser Konkurrenz. Sie boten in ihrem Kolleg nicht nur Grammatik- und Sprachunterricht, sondern auch

Vorlesungen über die »artes« und in Theologie an und hielten öffentliche Disputationen ab. Die Universität sah dies als Eingriff in ihre Privilegien; als die Jesuiten versuchten, Schüler ihrer Kollegien an der Universität promovieren zu lassen, lehnte die Universität ab und verwies darauf, dass nur Absolventen jener Universitäten, die von Papst und Kaiser bestätigt wurden, zur Repetition (formelle Zulassung von Absolventen anderer Universitäten) zuzulassen seien.[84] Damit wurde auch den Jesuitenlehrern die Aufnahme an die Universität verweigert. 1558 wurde dies durch eine Verfügung Ferdinands I. für die Jesuiten aufgehoben. Zudem sollten unter den Professoren der Theologie zwei Jesuiten sein.[85] Als den Jesuiten dann im Jahre 1563 das Karmeliterkloster Am Hof übertragen wurde, wurde ihnen im Stiftbrief auch das Promotionsrecht zugesprochen. Dies wurde allerdings rasch wieder eingeschränkt, da Ferdinand I. erkannt hatte, dass dieses Privileg für die Universität äußerst nachteilig sein würde.[86] 1570 erhielten die Jesuiten die landesfürstliche Bewilligung, in ihrem Kolleg Vorlesungen über artistische und theologische Fächer zu halten. Die Universität sah darin einen Verstoß gegen die Bestimmungen des Stiftbriefes von 1384, da dort festgehalten wurde, dass neue Schulen in Wien nur mit ihrer Zustimmung errichtet werden dürfen. Als Reaktion darauf weigerte sich die Universität, die bei den Jesuiten absolvierten Studien anzuerkennen, und zog sogar Stipendien ein, falls die Stipendiaten Vorlesungen im Jesuitenkolleg besuchten. Die Jesuiten ihrerseits schürten den Konflikt, indem sie ihre Vorlesungen an denselben Tagen und Zeiten anboten wie die Universität.[87] Da dieser dadurch noch mehr Studenten abhanden kamen, wandte sich das Konsistorium 1573 an Maximilian II. und ersuchte um die Entfernung der Jesuiten. Maximilian willigte zwar darin nicht ein, schränkte aber das Promotionsrecht der Jesuiten auf die Ordensmitglieder ein; die übrigen Studenten hatten an der Universität promoviert zu werden bzw. dort zu repetieren. Außerdem wurde es den Jesuiten untersagt, jene Gegenstände, die auch an der Universität gelesen würden, zur selben Zeit in ihrem Kolleg vorzutragen. Dieser Kompromiss fand aber auf beiden Seiten keine große Zustimmung; in einem zweiten Dekret wurde der Universität die Kundmachung des ersten Dekrets und den Jesuiten dessen Befolgung nochmals ausdrücklich befohlen.[88] Die Spannung zwischen den Jesuiten und der Universität drückte sich in kleinlichen Schikanen und Spötteleien aus: So wurden die an der Universität lehrenden Jesuitenprofessoren oft lange Zeit nicht bestätigt, die Magistri des Ordens wurden in der Matrikel unter die Schüler geschrieben und ähnliches. Die Jesuiten wiederum spotteten beispielsweise über die geringe Zahl der Studenten an der Universität und meinten anlässlich einer Pestepidemie 1583, dass die Schließung der Vorlesungen an der Universität nicht nötig sei, da bei den derzeitigen Schülerzahlen kaum Ansteckungsgefahr gegeben sei.[89]

Der Hauptgrund für die Feindseligkeiten war, dass die von den Jesuiten gebotenen Vorlesungen besser und effizienter waren als jene an der Universität.[90] Da sich die Studentenzahlen nicht wieder erhöht hatten,[91] kamen der Universität durch diese Konkurrenz noch mehr Hörer abhanden. Dadurch blieb auch der chronische Geldmangel der Universität bestehen, nicht zuletzt deshalb, weil die von Ferdinand zugesagten Geldmit-

tel nur sehr unregelmäßig hereinkamen. Durch die fast ständige Kriegssituation im 17. Jahrhundert und eine äußerst mangelhafte Verwaltung der Finanzen seitens der Universität wurde die finanzielle Krise zusätzlich verschärft.[92]

Unter dem Nachfolger Ferdinands, Maximilian II., kam es zwar zu einer wissenschaftlichen Blüte, die aber keine Blüte der Universität war.[93] Der selbst sehr gebildete Maximilian zog eine Reihe von Gelehrten an seinen Hof, wo eine Art »Hofakademie« entstand. Vertreter dieser Hofakademie waren der kaiserliche Leibarzt Johann Crato von Crafftheim, der Botaniker Charles de l'Ecluse oder Clusius, der Mediziner und Astronom Paul Fabritius, der Anatom Johann Aichholz oder der Professor der Dialektik Andreas Dadius. Auch der kaiserliche Hofbibliothekar Hugo Blotius *(Abb. 65)*, der Gräzist Georg Tanner, der Arzt und Historiograph Wolfgang Lazius und der Diplomat Augier Ghislain de Busbecq gehörten zu diesem Kreis.[94] Der Wirkungskreis dieser Gelehrten war in erster Linie der Hof; Verbindungen zur Universität bestanden nur durch zusätzliche Lehrverpflichtungen an der Hochschule.



Abb. 65: Hugo Blotius

In konfessioneller Hinsicht war die Regierungszeit Maximilians II. auch für die Universität durch weitgehende Duldung der Protestanten geprägt. Trotz des Wirkens der Jesuiten war für Protestanten de facto ein Studium an den weltlichen Fakultäten möglich. Bereits kurz nach seinem Regierungsantritt hob Maximilian am 5. September 1564 die Verordnung auf, nach der Promovenden vor ihrer Zulassung das römisch-katholische Glaubensbekenntnis vor dem Universitätskanzler abzulegen hätten. Statt dessen genügte die Erklärung, dass der Kandidat der katholischen Kirche angehöre.[95] Die Bezeichnung »katholisch« steht hier im Gegensatz zu »römisch-katholisch« und konnte auch auf Protestanten angewandt werden, da im Augsburger Bekenntnis der Protestantismus als »recht katholisch und apostolisch« bezeichnet wird.[96] Diese Verordnung blieb trotz der Bulle Pius' IV. vom 13. November 1564 aufrecht, die sämtlichen Universitätsabsolventen das Tridentinische Glaubensbekenntnis vorschrieb. 1568 wurde durch eine kaiserliche Anordnung befohlen, dass der hamburgische Sekretär Anton Witterschan trotz seines Bekenntnisses zum Protestantismus an der Juridischen Fakultät zu promovieren sei.[97] Die Jesuiten wurden 1573 auf die beiden ihnen zugesagten theologischen Lehrkanzeln beschränkt. Das Amt des Universitätskanzlers blieb unter der Regierung Maximilians unbesetzt.[98] Andererseits wünschte Maximilian den »römisch-katholischen« Charakter

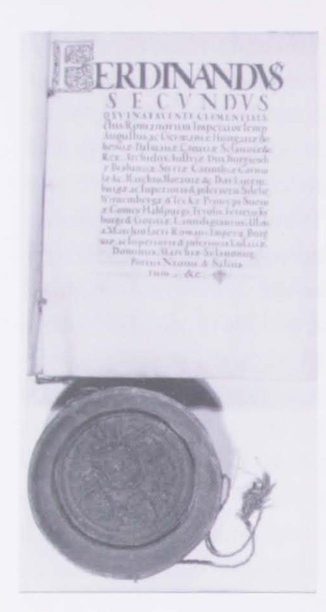
der Universität zu erhalten, indem er anordnete, dass nur solche Universitätsangehörige zu Rektoren gewählt würden, die imstande waren, die Universität bei verschiedenen öffentlichen und auch religiösen Anlässen zu vertreten. Dies galt vor allem für die Fronleichnamsprozession. Dadurch sollten Protestanten vom Amt des Rektors ausgeschlossen werden, obwohl es in der Praxis protestantische Rektoren gab.[99] Polemiken zwischen den beiden Bekenntnissen waren nicht erwünscht: So erteilte Maximilian dem katholischen Theologen und Juristen Georg Eder einen scharfen Verweis, als dieser seine Streitschrift »Evangelische Inquisition« veröffentlichte, und verbot ihm für die Zukunft schriftstellerische Tätigkeiten in Religionsangelegenheiten.[100]

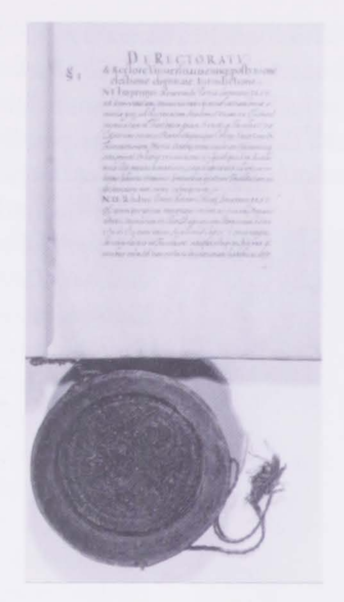
Unter dem Nachfolger Maximilians II., Rudolf II., und seinen Regenten Ernst und Maximilian wurde die Gegenreformation in Österreich und auch an der Wiener Universität forciert. 1577 erhielt die Universität die Weisung, dass ihre Mitglieder nicht mehr an den protestantischen Predigten in Wien und vor allem in Hernals teilzunehmen hatten. Ein Jahr später wurde die Wahl des protestantischen Juristen Johann Baptist Schwarzenthaler zum Rektor vom Kaiser für ungültig erklärt und eine Neuwahl befohlen.[101] Ein entscheidender Schritt für die Gegenreformation an der Universität war die Ernennung Melchior Khlesls (1552–1630) zum Universitätskanzler am 4. September 1579.

Khlesl ging als Universitätskanzler daran, die päpstlichen Bestimmungen bezüglich der Ablegung des Glaubensbekenntnisses durchzusetzen; zusätzliche Unterstützung erhielt er durch eine Verordnung Erzherzog Maximilians III. (des Deutschmeisters) vom 2. Juli 1581, worin verfügt wurde, dass nur jene Kandidaten zur Promotion zuzulassen seien, die zuvor das vorgeschriebene römisch-katholische Glaubensbekenntnis abgelegt hatten.[102] Eine Beschwerde der weltlichen Fakultäten gegen Khlesl blieb erfolglos.

Die starke Dominanz der Protestanten an der Universität war wohl mitentscheidend für die Feindseligkeiten zwischen der Universität und den Jesuiten gewesen. Khlesl versuchte auch für diesen Konflikt eine Lösung zu finden. 1593 hatte die Universität in einer Beschwerdeschrift an den Kaiser Maßnahmen gegen das für sie schädliche Auftreten der Jesuiten erbeten und verlangt, dass sich diese wieder auf den Vorbereitungsunterricht zu beschränken hätten, wie dies von Ferdinand I. vorgesehen war.[103] Diese Bitte wurde nicht erfüllt; statt dessen tauchte erstmals der Plan auf, die Universität und das Jesuitenkolleg miteinander zu vereinen. Diese Idee wurde weder von der Universität noch von der Gesellschaft Jesu gutgeheißen und wegen ihrer Proteste zunächst nicht weiter verfolgt. Erst am 25. Februar 1617 wurde den Jesuiten neben den zwei theologischen Lehrkanzeln, die sie bereits innehatten, drei philosophische übertragen. Dafür hatten die Philosophievorlesungen im Kolleg aufzuhören; dort sollte nur mehr der vorbereitende Gymnasialunterricht stattfinden. Die Besetzung ihrer Lehrkanzeln oblag den Jesuiten; der Rektor und der kaiserliche Superintendent mussten aber über jeweilige Neubesetzungen informiert werden. Im Konsistorium und an den Fakultäten wurde den Jesuiten gar keine bzw. nur eine untergeordnete Stellung eingeräumt.[104]

Mit diesem Kompromiss zeigte sich aber keine der beiden Seiten zufrieden: Die Universität war verstimmt über die Feststellung, dass die Verbesserung der Lehre nur durch


FERDINANDVS
SECVNDVS


DE RECTORATV

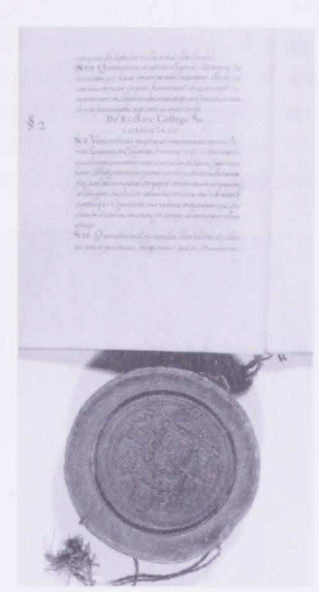


Abb. 66: Sanctio pragmatica: § 1 De Rectoratu … § 2 De Rectore Collegii soc. Jesu

die Jesuiten erreicht werden könne, während die Jesuiten sich mit ihrer untergeordneten Stellung an der Universität nicht abfinden konnten. So blieb diese Verbindung nicht lange bestehen. Nach der Absetzung Khlesls und dem Tod Matthias' gingen die Jesuiten daran, diese Vereinigung wieder rückgängig zu machen; 1620 wurde ihnen wieder die Abhaltung philosophischer Vorlesungen im Kolleg gestattet.[105] Der erneute Vorstoß der Jesuiten, durch die Bewilligung der Graduserteilung die Eigenständigkeit von der Universität zu erlangen, war nicht mehr erfolgreich, da zu dieser Zeit bereits die Inkorporation des Kollegs in die Universität geplant war.[106]

Ab 22. Oktober 1622 führten die kaiserlichen Kommissäre Verhandlungen mit der Universität und den Jesuiten. Die wesentlichen Bestimmungen der Inkorporation waren: die Übergabe der gesamten Theologischen und Philosophischen Fakultät an die Jesuiten, die die Lehrkanzeln zu besetzen hatte. Das Herzogskolleg sowie die Bursengebäude wurden den Jesuiten übergeben, die an deren Stelle ein Kolleg und eine Kirche zu errichten hatten. Die Leitung der Seminarien und die Disziplinargewalt über die bei den Jesuiten Studierenden blieben beim Orden; Kriminalfälle waren vor dem Universitätsgericht zu verhandeln. Das Jesuitenkolleg wurde als eigene Einrichtung aufgehoben. Die Einrichtungen der Juridischen und Medizinischen Fakultät blieben unverändert.[107]

Bei der Durchführung dieser Maßnahmen gab es allerdings noch Schwierigkeiten auf beiden Seiten zu überwinden, bevor am 7. August 1623 Vertreter der Universität und des Jesuitenordens die Übereinkunft über die Inkorporation des Jesuitenkollegs unterzeichneten, die am 13. Oktober als »Sanctio pragmatica« *(Abb. 66)* publiziert wurde.[108] Durch diese Inkorporation erhielten die Jesuiten eine deutliche Vormachtstellung an der Uni-

versität, da sie sowohl an der Theologischen als auch an der Philosophischen Fakultät die Mehrheit stellten. Auch im Konsistorium hatten sie einen bedeutenden Einfluss, da zusätzlich der Rektor des Jesuitenkollegs Sitz und Stimme im Konsistorium erhielt.[109]

Nachdem nun der rechtliche Rahmen für die Neugestaltung der Universität geschaffen war, konnten die Jesuiten daran gehen, die in der Pragmatischen Sanktion geforderten Um- und Neubauten vorzunehmen. Für den geforderten Neubau des Kollegs und der Kirche wurden eine Reihe alter Universitätsgebäude wie die Bibliothek oder die Bruck- und die Lammburse niedergerissen. An ihrer Stelle wurden zunächst das Kolleg, das 1625 fertig gestellt wurde, und die Jesuitenkirche (1630) errichtet.[110] Als Ausgleich für die von der Universität übernommenen Gebäude kauften die Jesuiten 1625 ein Haus, das sie der Universität überließen.[111] Die von den Jesuiten übernommenen Fakultäten konnten bald eine große Zahl von Studenten aufweisen; als Anreiz für besondere Studienleistungen wurde 1661 die »Promotio sub auspiciis imperatoris« *(Abb. 67)* eingeführt. Auch das Jesuitentheater entwickelte sich zu einem gesellschaftlichen Großereignis.

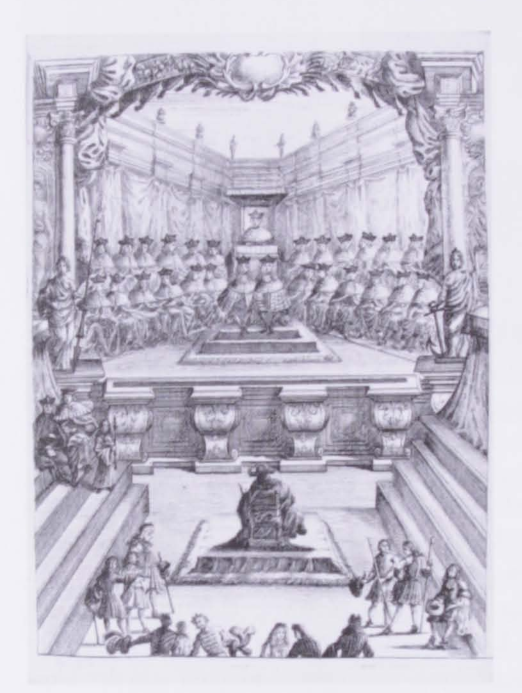


Abb. 67: Promotion sub auspiciis (1693) – Stich von Theodor Bonanno

Die Inkorporation des Jesuitenkollegs war für Ferdinand II. ein weiteres Mittel gewesen, um die Universität wieder zu einer rein katholischen Einrichtung zu machen. Um diese Entwicklung zu beschleunigen, wurden 1626 mehrfach Befehle erlassen, dass nur Katholiken Mitglieder der Universität sein dürften. Die nichtkatholischen Universitätsangehörigen wurden entweder dazu gebracht, zu konvertieren, oder sie wurden von der Universität ausgeschlossen und zur Auswanderung getrieben, die Abhaltung der kirchlichen Universitätsfeste wurde ebenfalls wieder genauer beachtet.[112] 1649 wurde durch ein kaiserliches Reskript der Universität befohlen, dass sämtliche Kandidaten für die Verleihung eines akademischen Grades oder eines Universitätsamtes zuvor einen Eid auf die Unbefleckte Empfängnis Mariens abzulegen hatten.[113]

Die Katholizität der Wiener Universität war zwar wieder hergestellt; der Zusammenhalt zwischen den einzelnen Fakultäten war allerdings nicht mehr gegeben. Die Medizinische und Juridische Fakultät agierten weitgehend eigenständig und kümmerten sich kaum um Verfügungen des Konsistoriums.[114] Was die Dotation und die Lehre an diesen

beiden Fakultäten betraf, so bot sich ein trauriges Bild. Die regelmäßige Bezahlung der Professoren war auf Grund der nach wie vor angespannten finanziellen Situation kaum möglich. Auch die Lehre war in einem schlechten Zustand: So wurde an der Juridischen Fakultät nach wie vor nur Römisches Recht gelehrt. Das österreichische Landesrecht mussten sich die Juristen in der Praxis erarbeiten.[115] An der Medizinischen Fakultät war das Lehrniveau ebenfalls sehr niedrig. Deshalb fanden sich im 17. Jahrhundert an beiden Fakultäten keine bedeutenden Persönlichkeiten. Lediglich der Mediziner Paul de Sorbait verdient eine nähere Erwähnung. Sorbait war Leibarzt der Kaiserinwitwe Eleonora und Professor an der Medizinischen Fakultät. Er war als Beauftragter für die Seuchenbekämpfung tätig und erreichte eine zeitweise Hebung des Niveaus an der Fakultät, konnte aber keine länger wirksamen Maßnahmen setzen. Allerdings hatte Sorbait *(Abb. 68)* seine Ausbildung nicht in Wien, sondern in Padua genossen.[116]



Abb. 68: Paul de Sorbait als Rektor

Der sichtbare Verfall dieser beiden Fakultäten führte mehrfach zu Reformbemühungen. 1629 beauftragte Ferdinand II. eine Kommission, Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten. Diese schlug eine Steigerung der Zahl der Lehrstühle und vor allem die gründliche Erhöhung der Gehälter und die Sicherstellung der Auszahlung vor. Diese Pläne kamen wegen der folgenden Kriegsjahre nicht zur Ausführung.[117] 1687 wurde erneut eine Kommission bestellt, die ebenfalls als Hauptgrund für den schlechten Zustand der Juridischen und Medizinischen Fakultät die mangelhafte Bezahlung der Professoren anführte, während sie den Zustand der Philosophischen und Theologischen Fakultät lobend erwähnte. Als Verbesserung wurde erneut eine Erhöhung der Gehälter vorgeschlagen, was wiederum ohne Erfolg blieb.[118]

Andere Maßnahmen waren wiederholte Verordnungen, die einerseits Kinder begüterter Eltern im Land halten sollten und andererseits armen Schülern den Zugang zu Gymnasium und Universität erschweren sollten. Oft wurden Promotionen ausgesetzt oder an eine kaiserliche Bewilligung gebunden, um auf diese Weise weniger schlecht qualifizierte Leute zu erhalten.[119] 1725 erstellte die Universität auf Befehl des Landesfürsten eine Aufstellung der offenen Forderungen der Universität an das Ärar und überreichte ihre Vorschläge für eine Reform. Vermutlich wegen der Höhe der Forderungen (angeblich beliefen sie sich auf 511.259 fl 49 kr) kamen von Seite der Regierung keine weiteren Initiativen.

Die Universität versuchte mehrmals, durch Eingaben eine Entscheidung zu erreichen. Die am 16. November 1735 erlassene Verordnung brachte für die Universität lediglich die Einrichtung eines Lehrstuhles für Anatomie; die weitere Reform der Fakultäten wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Ansonsten wurden Änderungen im Lehrsystem der Jesuitengymnasien verfügt und diese unter staatliche Kontrolle gestellt.[120]

An den beiden von den Jesuiten geleiteten Fakultäten war das wissenschaftliche Niveau zwar besser, allerdings begannen sich auch hier gewisse Mängel ihres Studiensystems zu zeigen, wenngleich die Studentenzahlen hoch blieben.[121] Die Hauptkritikpunkte, die gegen Ende des 17. Jahrhunderts laut wurden, waren eine zu formale Behandlung des Lehrstoffes, der das Verstehen nicht berücksichtigte und lediglich Vorbilder nachahmte.[122] In der Verordnung über die Gymnasien von 1735 wurde dieser Kritik von staatlicher Seite erstmals Rechnung getragen.

Die niederen Schulen bis zum Regierungsantritt Maria Theresias

Nicht nur die Universitäten, sondern auch das darunter liegende Schulwesen befand sich im 17. und frühen 18. Jahrhundert in keinem guten Zustand. Das Hauptaugenmerk der Landesfürsten war auf die fast ununterbrochenen kriegerischen Auseinandersetzungen gerichtet, was der Förderung des Schulwesens nicht zuträglich war. Die Situation im Inneren war geprägt von der allmählichen Ausschaltung des Adels und dem Aufbau eines zentralistischen und absolut regierten Staates. Im wirtschaftlichen Bereich begannen die Ideen des Merkantilismus Fuß zu fassen. Theoretiker wie Johann Joachim Becher (1635–1682) forderten in diesem Zusammenhang neue Schwerpunkte im Unterricht. So sollten in den weiterführenden Schulen verstärkt auch Naturwissenschaften und wirtschaftliche Belange gelehrt werden. Im eigenen Interesse sollte der Staat die Kontrolle über das Lehrprogramm und seine Umsetzung in der Praxis übernehmen.[123] Mit der Verbreitung dieser Ideen rückte die Schule allmählich wieder in den Interessenbereich des Staates.

Der Bereich der Gymnasien war seit der Entstehung der ersten Kollegien gleichsam ein Monopol der Jesuiten gewesen. Was die Lehrpläne und die Unterrichtsmethoden anlangte, waren sie damals auf der Höhe der Zeit. Allerdings hatten sie sich seit der erneuten Durchsetzung des Katholizismus in den österreichischen Ländern kaum mehr weiter entwickelt. Die Vorschriften der »Ratio studiorum« *(Abb. 69)* ließen keinen Spielraum für neue Entwicklungen, wie sie gegen Ende des 17. Jahrhunderts immer stärker auftraten. Es wurde vor allem die Forderung nach mehr und praxisorientierter Mathematik im Lehrplan laut. Dies war speziell für Offiziere unerlässlich, die sich mit Artillerie auseinander setzen mussten. Auch die Art und Weise, in der ein Lehrstoff vermittelt wurde, sorgte für Kritik. Nicht mehr durch reines Auswendiglernen, sondern durch Verstehen und Beurteilen sollten die Schüler lernen.

Die Jesuiten wiesen die Kritikpunkte zunächst zurück und erklärten diese neuen pädagogischen Ansätze für nicht verwertbar, da sie von Nichtkatholiken entwickelt wurden. Zusätzlich konnten sie weiterhin auf steigende Schülerzahlen in ihren Gymnasien verweisen, was allerdings mangels brauchbarer Alternativen nicht wirklich verwundert. Diese steigenden Schülerzahlen führten aber zu einer Verminderung der Qualität, da riesige Klassen mit über 100 Schülern keine Seltenheit waren. Auch die pädagogischen Fähigkeiten vieler Lehrer waren nicht allzu groß, und ihre Aufgabe wurde durch die riesigen Klassen noch erschwert.[124]

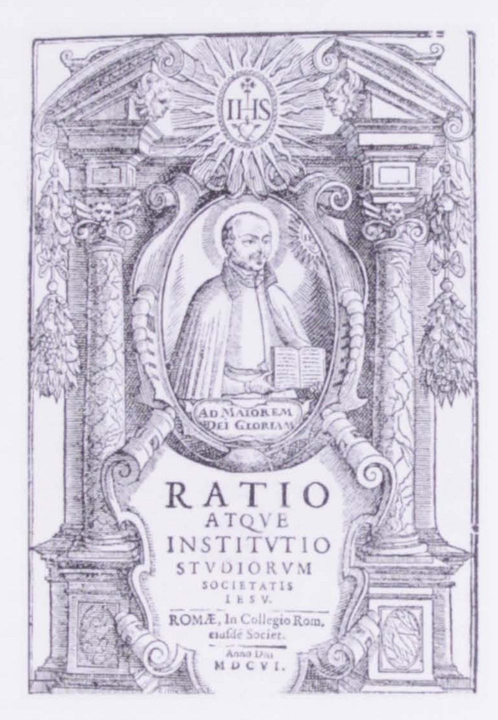


Abb. 69: Ratio studiorum (Titelblatt)

Das Elementarschulwesen befand sich ebenfalls in einem schlechten Zustand. Obwohl die Zahl der Schulen relativ hoch war, war die Elementarbildung der einfachen Bevölkerung sehr gering. Auf dem Land schickten viele Eltern ihre Kinder nicht in die Schulen, da ihre Arbeitskraft zuhause benötigt wurde und sie sich das Schulgeld nicht leisten konnten oder wollten. In den Städten bevorzugten die vermögenderen Bevölkerungsgruppen den Privatunterricht ihrer Kinder, da die »deutschen Schulen« als »arme Schulen« galten.[125] In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts kam es gerade in diesem Bereich durch das Auftreten einiger neuer Orden, die sich vorrangig dem Unterricht widmeten, zu wichtigen Impulsen für die Verbesserung der Unterrichtsmethoden. Allerdings war ihre Verbreitung in den österreichischen Ländern oft mit Schwierigkeiten verbunden und beschränkte sich auf die Städte; die arme Landbevölkerung kam daher kaum in den Genuss einer unentgeltlichen Elementarbildung.

Einer dieser Orden waren die »Patres Scholarum Piarum«, die sich dem unentgeltlichen Unterricht der ärmeren Bevölkerungsschichten widmeten. Bereits 1625 versuchte der Orden sich in Wien anzusiedeln, was aber scheiterte. So setzten sich die Piaristen zunächst im mährisch-schlesischen Raum fest. 1657 kamen sie nach Horn, wo ihr Gymnasium schon bald regen Zulauf hatte. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts schafften sie endlich den Sprung nach Wien. 1697 erhielten sie nach langjährigen Verhandlungen die Bewilligung zur Errichtung eines Kollegiums. Zu diesem Zweck erwarben sie ein Grundstück in einer der Vorstädte (der heutigen Josefstadt; Wien 8, Piaristengasse 43), wo sie

eine Kirche und ein Kolleg errichteten (*Abb. 70*). 1701 wurde eine Schule mit drei deutschen Klassen für den Elementarunterricht und zwei lateinischen Klassen, in denen die Grundkenntnisse der lateinischen Sprache, Mathematik und Geographie unterrichtet wurden, eröffnet. Die deutschen Klassen wurden schon bald auf vier erweitert.

Im Elementarunterricht kam es in den Piaristenschulen zu einer Neuerung; in den ersten beiden Klassen lernten die Schüler Lesen und Schreiben. Die dritte Klasse, die Rechenschule, ging jedoch über den Elementarunterricht deutlich hinaus. In ihr wurden vertiefte mathematische Kenntnisse vermittelt, die für künftige Feldmesser, Beamte oder Militärpersonen notwendig waren. Daher kann man diese Klasse bereits als berufsbildende Klasse ansehen. Dementsprechend war der Altersschnitt dieser Klasse deutlich höher als an anderen Elementarschulen; es fanden sich sogar Schüler, die bereits ein Universitätsstudium absolviert hatten.[126]

Eine weitere Neuerung war die sorgfältige Ausbildung der Ordensmitglieder, die vorrangig für den Unterricht in den »deutschen Schulen« ausgebildet wurden. In der Regel besaßen sie eine akademische Ausbildung, sammelten bereits während ihrer Ausbildung praktische Erfahrung in den unteren Klassen und wurden angehalten, ihr Wissen durch ständige Weiterbildung auf dem neuesten Stand zu halten.[127] Die Piaristen unterrichteten nur Knaben; Unterricht für Mädchen wurde nicht angeboten. Allerdings gab es andere Orden, die sich der Mädchenbildung widmeten, wie der »Ordo Sanctae Ursulae«, der 1660 von der Kaiserinwitwe Eleonore nach Wien berufen wurde, wo er sich rasch durchsetzte.[128] Die Ursulinen unterrichteten in der Schule ihres Klosters (1, Johannesgasse 19) arme Mädchen unentgeltlich in Lesen, Schreiben und Rechnen; zusätzlich wurden die Schülerinnen in Religion und Handarbeiten unterwiesen. Diese Ausbildung sollte praxisorientiert sein, *damit die armen ihr Brod verdienen mögen*[129]. Der Unterricht sollte in räumlich getrennten Klassen erfolgen. Neben diesem unentgeltlichen Unterricht bestand auch ein Internat, in dem Kostgeherinnen zusätzlichen Unterricht erhielten, an Sonntagen boten die Ursulinen religiöse Unterweisung für Frauen an.[130] Die Ausbildung der Lehrerinnen erfolgte zunächst durch praktische Einführung in den Unterricht; später gab es dafür eigene Lehrveranstaltungen.[131]

1717 wurden die Salesianerinnen von der Witwe Josephs I., Wilhelmine Amalie, nach Wien berufen, da sie eine Erziehungsanstalt für arme adelige Mädchen einrichten wollte und dem Orden diese Aufgabe übertrug. In der Schule des Klosters am Rennweg wurden die Mädchen in Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen sowie Handarbeiten und Malen unterwiesen. Zusätzlich erhielten sie Unterricht in Geschichte, Geographie und der französischen Sprache, womit dieser Unterricht über die reine Elementarbildung hinausging.[132]

Die von Ferdinand II. 1627 nach Wien berufenen »Englischen Fräulein« (*Abb. 71, S. 389*) konnten ihre Schule nur bis 1631 führen, da in diesem Jahr der Orden aufgehoben wurde. Nach der erneuten Zulassung siedelten sie sich in St. Pölten und Krems an.[133]

Die Piaristen waren in Wien zunächst mit der Elementarbildung betraut worden und stellten daher formell keine Konkurrenz zum Gymnasium der Gesellschaft Jesu dar. Sie



Abb. 70: Piaristenkirche und Kolleg in der Josefstadt (Carl Schütz, 1780)

begnügten sich allerdings nicht mit dieser Aufgabe, sondern versuchten auch im Gymnasialbereich Fuß zu fassen. 1617 hatten sie durch ein päpstliches Breve die Erlaubnis erhalten, neben mittellosen Kindern auch Kinder aus reicheren Elternhäusern zu betreuen, für die sie weiterführenden Unterricht anboten, und sie gedachten, diese Möglichkeit auch zu nutzen. Als sie 1697 eine Schule in Wien eröffnen durften, wurden sie dazu verpflichtet, der Universität und den lateinischen Schulen keine Konkurrenz zu machen.[134] Allerdings hielten sie sich nicht daran und boten auch einführenden Lateinunterricht an. Dieses Angebot wurde genutzt, wie die in den folgenden Jahren ständig steigenden Schülerzahlen belegen. Die Schule der Piaristen wurde vor allem von ärmeren Schülern, die den kostenlosen Unterricht nutzten, besucht. Auf Grund der steigenden Beliebtheit versuchten die Jesuiten, der neuen Schule möglichst Steine in den Weg zu legen.[135] Der Unterricht der Piaristen umfasste noch kein vollständiges Gymnasium, nach dessen Absolvierung die Schüler die Universität besuchen konnten. Ein sechsklassiges Gymnasium durften lange Zeit nur die Jesuiten führen. Die Schüler der Piaristen, die an der Universität studieren wollten, mussten die Poetik- und Rhetorikklasse bei den Jesuiten absolvieren. Hier kam es nun vor, dass die Schüler nicht direkt in die letzten beiden Klassen aufgenommen wurden, sondern wegen angeblicher Wissenslücken eine oder zwei Gram-

matikklassen wiederholen mussten. Die Piaristen bemühten sich deshalb um die Erlaubnis, selbst ein vollständiges Gymnasium führen zu dürfen, was sie 1735 auch erreichten.[136]

Die Ursulinen und Salesianerinnen versuchten ebenfalls, im sekundären Bildungssektor Fuß zu fassen und erteilten in ihren Internaten zahlenden Schülerinnen weiterführenden Unterricht. Da sie nur Mädchen unterrichteten, waren sie in den Augen der Jesuiten keine Konkurrenz und hatten weniger Widerstände zu überwinden. Der Lehrplan wurde auf die Bedürfnisse der meist aus den höheren Ständen kommenden Schülerinnen abgestimmt. Die Mädchen lernten Konversation sowohl in ihrer Muttersprache als auch in einer Fremdsprache – meist Französisch – sowie gute Umgangsformen und erhielten eine musikalische Ausbildung.[137]

Neben den neuen Orden versuchten auch die von den Jesuiten verdrängten alten Ordensgemeinschaften, wieder im Unterrichtswesen Fuß zu fassen. So errichteten die Benediktiner in ihren Stiften verstärkt wieder öffentlich zugängliche Gymnasien, die sich einer gewissen Beliebtheit erfreuten; vor allem der Adel schickte seine Söhne verstärkt in die Stiftsgymnasien.[138] Die Schule des Wiener Schottenstiftes, die der Konkurrenz der Jesuiten unterlegen war, wurde gegen Ende des 17. Jahrhunderts wieder reaktiviert. 1686 wurde das Hausstudium für die Ordensmitglieder intensiviert; die Disputationen waren auch öffentlich zugänglich.[139] Unter dem Abt Karl Fetzer (1705–1750) nahm der Unterricht im Stift einen enormen Aufschwung. Er eröffnete ein Gymnasium für die Söhne des Adels; nichtadelige Schüler waren nur dann zugelassen, falls sie als Sängerknaben im Stift tätig waren. Der Lehrplan orientierte sich stark an jenem der Jesuiten und legte großen Wert auf die religiöse und sittliche Ausbildung der Schüler.[140] Diese Schule, die sich großer Beliebtheit erfreute, musste 1741 wieder geschlossen werden, als die Stiftsgebäude wegen des Krieges als Kaserne genutzt wurden.[141] Neuerlichen Gymnasialunterricht im Schottenstift gab es erst wieder im 19. Jahrhundert.

Da die Mängel der Jesuitengymnasien immer deutlicher kritisiert wurden, gab es bereits gegen Ende des 17. Jahrhunderts erste Versuche, diese genauer zu untersuchen. Eine 1696 begonnene Untersuchung hatte noch damit geendet, dass die Jesuiten erneut unter staatlichen Schutz gestellt wurden.[142] Staatliche Maßnahmen beschränkten sich zunächst darauf, den Zugang zu den Gymnasien einzuschränken und ihn vor allem für die ärmeren Bevölkerungsschichten zu erschweren. Um die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert häuften sich die Verordnungen, dass arme Schüler nur dann die Gymnasien besuchen durften, wenn sie *besondere ingenia* aufzuweisen hatten. Die Schulen wurden angewiesen, diese Begabung streng zu prüfen.[143] Unter Karl VI. wurde seit 1726 über mögliche Verbesserungen im allgemeinen Schulwesen beraten. Die Universität hatte in einem Gutachten die Ursachen für den schlechten Zustand der Gymnasien damit angegeben, dass zu viele Schüler die Gymnasien besuchen. Deshalb dürfe die Aufnahme erst nach einer ausführlichen Prüfung erfolgen, der in erster Linie die armen Schüler zu unterwerfen waren, auch die üblichen frühen Unterrichtszeiten und der häufige Lehrerwechsel wurden gerügt.[144] In den folgenden Jahren wurden mit den verschiedenen Schulen langwierige Verhandlungen über die notwendigen Verbesserungen geführt, bis am 10. Novem-



Abb. 71: Aufnahme eines Mädchens in das Institut der Englischen Fräulein (Daniel Gran; ca. 1730)

ber 1735 die Verordnung über die Reform des Gymnasialunterrichtes erlassen wurde. Das sechsklassige Gymnasium wurde beibehalten; in der Methodik wurden starke Anleihen bei der Unterrichtspraxis der Piaristen genommen. So erhielt die deutsche Sprache eine stärkere Verankerung im Unterricht; vor allem in den Anfangsklassen sollte die Unterrichtssprache Deutsch sein. Die griechische Sprache sollte ebenfalls mehr Beachtung finden, und der Geschichtsunterricht wurde in den Lehrplan aufgenommen. Die Schüler sollten nicht durch reines Auswendiglernen überfordert werden. Die Lehrbücher mussten vor der Benutzung vom Hof genehmigt werden. Schließlich sollten nur hinreichend ausgebildete und nicht zu junge Lehrer eingesetzt werden.[145] Die Jesuiten setzten diesen Verordnungen offenbar passiven Widerstand entgegen, wie sich aus wiederholten Ermahnungen zur Einhaltung der Bestimmungen schließen lässt.[146] Mit dieser Verordnung war ein erster Versuch unternommen worden, das Schulwesen unter staatliche Kontrolle zu bringen. Endgültig gelingen sollte dies erst unter Maria Theresia und ihren Nachfolgern.

Erste Formen von »berufsbildenden« Schulen

Neben den bisher traditionellen Formen der Schulausbildung begann man sich im 17. und 18. Jahrhundert auch für die schulische Berufsausbildung zu interessieren. So wurde die überlieferte Handwerksausbildung, wie sie durch die Innungen vorgeschrieben war, zunehmend als veraltet und ineffizient kritisiert.[147] Als eine der ersten Schulen für Berufsausbildung kann das von Johann Joachim Becher 1676 auf dem Tabor errichtete »Kunst- und Werckhauß« angesehen werden. Hier sollten heimische Handwerker neue Kenntnisse lernen, und hier sollte auch technische Forschung betrieben werden.[148] Diese Pläne konnten aber nicht dauerhaft verwirklicht werden. Auch Bechers Nachfolger Wilhelm von Schröder (1640–1699) war mit seinem Plan, das Werkhaus als Musterwerkstätte für die Handwerksausbildung zu führen, nicht erfolgreich.[149]

Ein weiterer Versuch einer berufsbildenden Schule wurde 1688 vom Maler Peter Strudel unternommen. Er errichtete in der Alservorstadt (Strudelhof) eine Akademie für Künstler, an der neben Malerei und Bildhauerei auch Fortifikationswesen, Militär- und Zivilarchitektur gelehrt werden sollte. 1705 übersiedelte die Akademie in die Stadt (Tuchlauben). Trotz des Zustroms von Schülern ging sie mit dem Tod des Gründers 1714 ein. 1726 wurde die Akademie auf Grund eines Gesuches des Malers Jakob van Schuppen wieder eingerichtet. Ihre Tätigkeit wurde allerdings auf die bildenden Künste eingeschränkt. 1751 erhielt sie einen hochschulähnlichen Status. Über die Aufnahme der Studierenden entschied der jeweilige Direktor nach Ansicht der Arbeiten der Kandidaten und der Abnahme einer mündlichen Prüfung; diese Bewerber hatten innerhalb von drei Monaten eine Kompositionsarbeit vorzulegen.[150]

Die ursprünglich an dieser Kunstakademie ebenfalls gelehrten technischen Disziplinen, die vor allem für das Militär wichtig waren, wurden an eigene Ausbildungsstätten übertragen. 1717 wurde in Wien die »Ingenieurakademie« *(Abb. 72)* gegründet. Prinz Eugen von Savoyen hatte sich bereits seit Jahren für die Schaffung einer derartigen Schule eingesetzt. Da die Schule in erster Linie für das Militär gedacht war, wurde sie unter die Aufsicht des Hofkriegsrates gestellt. An ihr wurde Architektur und Fortifikationstechnik, Mathematik, Statik und Mechanik gelehrt. Da die finanzielle Ausstattung zunächst sehr bescheiden war, hielt sich auch die Zahl der Schüler in Grenzen.[151] Eine Konkurrenz erwuchs der Ingenieurakademie durch die Umwidmung der Chaosschen Stiftung. Die Stiftung des Johann Konrad Richthausen Freiherr von Chaos von 1663 war ursprünglich für die Armen Wiens gedacht. Die Testamentsvollstrecker nahmen Waisenknaben in ein Stiftungshaus auf und ließen sie ausbilden. Danach erlernten diese ein Handwerk. Die Ausbildungsmöglichkeiten wurden allmählich vielfältiger, und es wurden auch Söhne begüterter Eltern gegen Bezahlung aufgenommen. Die Stiftung übersiedelte auf das Grundstück der heutigen Stiftskaserne. 1736 machte Georg Franz Griener eine Zusatzstiftung, mit der 50 Jünglinge aus der Chaosschen Stiftung in der Ingenieurkunst unterwiesen werden sollten. Auf Grund weiterer ähnlicher Stiftungen wurde die Chaossche Stiftung immer mehr zu einer Ingenieurschule mit breit gefächer-



Abb. 72: Ingenieurakademie in Wien (ca. 1770)

tem Angebot. Neben den technischen Disziplinen wurden die Schüler auch in Geschichte, Geographie und Französisch unterrichtet.[152]

Eine weitere Art von »berufsbildender Schule« waren die Ritterakademien für Angehörige des Adels. Durch die allmählich politische Entmachtung des Adels und die immer stärkere Bindung an den Hof waren neue Bildungsziele gefragt; auch verwahrte sich die Aristokratie zunehmend dagegen, dass ihre Söhne gemeinsam mit Nichtadeligen unterrichtet werden sollten. Erstens verbot ihnen ihr Standesbewusstsein, sich mit Bürgerlichen zu messen, außerdem wurde bei dieser Erziehung zu wenig Gewicht auf die »adelichen exercitien« wie Tanzen, Reiten oder Fechten gelegt. In Wien gab es allerdings lange keine Adelsschule. Nach dem Ende der ohnedies nur spärlich besuchten kaiserlichen Landschaftsschule gab es vorerst keine diesbezüglichen Initiativen. 1642 beschlossen die Stände die Aufnahme eines Bereiters für den Unterricht der jungen Adeligen; 1658 wurde in der Rossau eine landschaftliche Reitschule errichtet, deren Bedeutung allerdings nicht allzu groß war.[153]

Die niederösterreichischen Stände dachten nun an die Gründung einer Ritterakademie, um eine adäquate Ausbildung ihrer Söhne zu gewährleisten. 1663 wurde ein dem-

entsprechender Plan vom Landtag angenommen, doch ergaben sich Schwierigkeiten bei der Finanzierung. 1665 wandten sich die Stände an den Kaiser und baten ihn um Unterstützung für dieses Projekt. Sie wiesen darauf hin, dass eine bessere Ausbildung des Adels für den Staat von Nutzen sei. Da die Verhandlungen mit der Hofkammer um Finanzierung sich langwierig hinzogen, schlief das Vorhaben ein und wurde erst 1681 wieder aufgenommen. 1682 wurde die Gründung der Akademie beschlossen; der Bau des Akademiegebäudes (heute befindet sich dort die Nationalbank) konnte wegen der Belagerung Wiens durch die Osmanen erst ab 1685 durchgeführt werden.[154] Trotz etlicher kaiserlicher Privilegien – vor allem der Zusage, dass die Absolventen der Akademie bei der Stellenvergabe sowohl im Zivil- als auch im Militärdienst bevorzugt behandelt würden – blieb der Zustrom an Schülern äußerst gering. 1749 wurde die Akademie wieder geschlossen. Die Gründe für das Scheitern der Akademie lagen vermutlich in einem stark überfrachteten Lehrplan auf der einen Seite und in einer äußerst inhomogenen Zusammensetzung der Zöglinge auf der anderen Seite. Es gab zwar eine untere Altersgrenze mit 16 Jahren, dennoch war das Alter der Schüler sehr unterschiedlich, auch die Vorbildung der Zöglinge war sehr unterschiedlich und vielen fehlte grundsätzliches Wissen. Außerdem hatten die meist nichtadeligen Lehrer ihren Schülern gegenüber einen schweren Stand; diese wiederum waren nicht dazu verpflichtet, sämtliche Unterrichtsstunden zu besuchen, sondern durften sich auf jene beschränken, die sie für ihre spätere Laufbahn für notwendig hielten. Lange Zeit gab es keine Prüfungen, Zeugnisse wurden vermutlich gar nicht ausgestellt.[155]

In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts finden sich also bereits Ansätze jener Ideen, die unter Maria Theresia und ihren Söhnen charakteristisch für die Umgestaltung des Schulwesens werden sollten: Kontrolle des Staates über die Schulen und die darin vermittelten Lehrinhalte und Abstimmung derselben auf die Erfordernisse des Staates.

Die Reform der Universität unter Maria Theresia und ihren Söhnen

Die groß angelegte Verwaltungsreform, die unter Maria Theresia einsetzte, machte auch eine Neuordnung des gesamten Schulwesens nötig. Für eine effiziente Verwaltung war ein ebensolches Schulwesen nötig, da hier die künftigen Beamten ausgebildet wurden. Deshalb lag es im Interesse der Landesfürstin, auch hier regulierend einzugreifen und einen einheitlichen und zweckmäßigen Ausbildungsmodus zu schaffen. Mit dem Ausspruch *Das Schulwesen ist und bleibt ein Politikum* hat Maria Theresia die Notwendigkeit beschrieben, den Schulunterricht in die Reformen mit einzubeziehen.

Was die Universität anlangte, so war eine Reform dringend notwendig. Die Situation der Juridischen und Medizinischen Fakultät konnte schlechter kaum sein, und auch die von den Jesuiten geleiteten theologischen und philosophischen Studien waren ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Das Hauptproblem aber war die finanzielle Situation.[156] Der

Ausgangspunkt für die Reformen war das Gesuch der Medizinischen Fakultät um die Bestätigung ihrer Privilegien am 24. April 1747. Maria Theresia nahm dies zum Anlass, um einen ausführlichen Bericht zu fordern, warum so viele Studenten ihre Studien im Ausland abschlossen und wie diesem Missstand abzuhelfen sei. Das Ergebnis war, dass vor allem die naturwissenschaftliche Ausbildung und der praktische Unterricht, wie sie an anderen Universitäten bereits praktiziert wurden, fehlten; außerdem fehle es an fähigen Professoren, und die Kosten für Studium und Promotion seien in Wien weit höher als an anderen Universitäten.[157]



Abb. 73: Gerard van Swieten

Mit der Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen beauftragte Maria Theresia Gerard van Swieten (1700–1772). Van Swieten wurde in Leiden geboren und studierte zunächst in Löwen und dann in seiner Geburtsstadt Medizin, wo er anschließend mehrere Jahre unterrichtete. 1743 lud ihn Maria Theresia nach Wien ein und bot ihm den Posten eines kaiserlichen Leibarztes und des Präfekten der Hofbibliothek an. 1745 kam er nach Wien, wo er zusätzlich noch Vorlesungen an der Universität hielt und dadurch Einblick in den Zustand der Medizinischen Fakultät erhielt. 1749 wurde er mit der Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen beauftragt.[158] Seine Vorschläge umfassten neben fachlichen Änderungen allgemeine Punkte wie die Installation eines kaiserlichen Vertreters, der bei Prüfungen, Promotionen und Dekanswahlen den Vorsitz führte und von der Fakultät unabhängig war. Die Professoren sollten nicht vom Konsistorium, sondern von der Landesfürstin ernannt werden. Auch die Wahl der Dekane sollte an die kaiserliche Zustimmung gebunden sein. Die Gehälter der Professoren seien deutlich zu erhöhen, und sie sollten während ihrer Lehrtätigkeit nicht mehr zu Dekanen gewählt werden dürfen. Die Promotionen sollten nicht wie bisher an bestimmte Jahrgänge gebunden sein, sondern der Kandidat sollte nach Beendigung seiner Studien und nach Bestehen der strengen Prüfungen, die genauer gehandhabt werden sollten, seinen Grad erhalten.[159] Diese Vorschläge fanden die Zustimmung Maria Theresias und wurden am 7. Februar 1749 als Patent über die Reform der Medizinischen Fakultät umgesetzt. Van Swieten *(Abb. 73)* wurde als Direktor der Fakultät eingesetzt, der über die Einhaltung der Studienvorschriften zu wachen und die

Versammlungen einzuberufen und zu leiten hatte. Die Vorschläge über die Ernennung und Besoldung der Professoren sowie der Wahlmodalitäten für den Dekan wurden aufgegriffen. Bezüglich der strengen Prüfungen (Rigorosen) wurde genau festgelegt, welche Fächer von wem zu prüfen seien. Jeder Student einer approbierten Universität hatte nach der Absolvierung seiner Studien und der strengen Prüfungen das Recht auf die Verleihung des akademischen Grades. Absolventen anderer Universitäten hatten sich nicht mehr der Repetition zu unterziehen. »Akatholiken« konnten nur mit einer landesfürstlichen Bewilligung einen Grad erhalten. In weiterer Folge wurden die Taxen für Prüfungen und Promotionen sowie die Besoldung der Professoren neu geregelt sowie die Einrichtung eines botanischen Gartens und die Einführung von praktischen Vorträgen im Krankenhaus beschlossen.[160]

Diese Änderungen, die vorerst nur die Medizinische Fakultät betrafen, wurden schon bald auf die gesamte Universität ausgedehnt. Am 13. November 1750 wurde die Aufhebung der Repetition für alle Fakultäten angeordnet. Am 21. und 25. Juni 1752 wurden die Studienpläne für die Theologische und Philosophische Fakultät publiziert. Für beide Fakultäten wurden genau geregelte Lehrpläne erlassen, wobei vor allem auf die Vortragsweise großes Gewicht gelegt wurde. Hier wird erneut die Kritik an der Lehrmethode der Jesuiten sichtbar. Auch diese beiden Fakultäten erhielten Direktoren, deren Aufgabengebiet ähnlich wie das van Swietens war. Zum Direktor der philosophischen Studien wurde Joseph Franz, zu jenem der theologischen Studien Ludwig Debiel ernannt. Für die strengen Prüfungen wurden zusätzlich je vier Examinatoren ernannt. Die beiden Fakultäten wurden unmittelbar dem Erzbischof von Wien, Johann Joseph Graf von Trautson (1707–1757), unterstellt, der den Titel eines Studienprotektors erhielt.[161]

Bei der Neugestaltung der Juridischen Fakultät wurde kein detaillierter Lehrplan wie für die anderen Fakultäten erlassen, da keine Einigung darüber erzielt werden konnte, wie wissenschaftliche Kriterien und die Ausbildung für den Staatsdienst miteinander vereint werden konnten. Deshalb wurde das erarbeitete Konzept am 28. April 1753 nur probeweise eingeführt. Die Lehrfächer wurden festgelegt und die Professoren angewiesen, ihre Lehrbücher auszuarbeiten. Die für die Studenten vorgeschriebenen Prüfungen waren je nachdem, ob sie in den Staatsdienst treten wollten oder nicht, unterschiedlich. Am 16. Oktober wurden die Professoren ernannt und Johann Franz von Bourgignon zum Studiendirektor bestellt.[162]

Auch bezüglich der Gesamtorganisation der Universität wurden Reformen vorgenommen, die vor allem die finanzielle Situation betrafen. Wie bereits erwähnt, war die landesfürstliche Dotation der Universität, die ohnedies spärlich war, oft nicht ausbezahlt worden, sodass sich im Laufe der Zeit gewaltige Forderungen an das Ärar ergeben hatten. Bei dem Versuch einer Reform unter Karl VI. waren diese Forderungen ebenfalls zur Sprache gekommen; nun wurde der Universität erneut befohlen, die ausständigen Zahlungen bis zum Jahr 1751 vorzulegen.[163] Die Universität legte diese Aufstellung vor, die sich auf 565.852 fl 49 kr belief. Diese Summe wurde allerdings nicht mehr ausbezahlt, sondern die Finanzverwaltung wurde der Universität entzogen und vom Staat übernom-

men. Die Verwaltung des Vermögens wurde dem »Directorium in publicis et cameralibus« übergeben und ein eigener Staatsbeamter damit beauftragt. Am 24. November 1753 wurde der erste Universitätskassier ernannt; das Amt des Universitätsquästors, der bis dahin für die Finanzen zuständig war, wurde aufgehoben. Die alten Forderungen an das Ärar wurden per Verordnung vom 12. März 1754 für nichtig erklärt.[164] Das zentrale Verwaltungsgremium der Universität, das Konsistorium, wurde ebenfalls umgestaltet. 1752 wurde das Konsistorium in das Konsistorium in judicialibus, das die Zivil- und Kriminalsachen der Universität zu regeln hatte, und in das Konsistorium ordinarium, das die übrigen Belange zu behandeln hatte, getrennt. Die Zusammensetzung dieser Gremien wurde genau festgelegt; Professoren waren davon ausgeschlossen, da sie sich in erster Linie ihrer Lehrtätigkeit zu widmen hatten. Das Jurisdiktionsrecht wurde eingeschränkt; Universitätsangehörige, die in den Staats- oder Privatdienst traten oder nobilitiert wurden, unterstanden nicht mehr der universitären Gerichtsbarkeit. Die Fakultäten standen durch ihre Direktoren unter der Aufsicht des Staates; Lehrbücher und die Methoden des Vortrages waren genau vorgegeben. Die Direktoren wiederum unterstanden dem Studienprotektor. Das frühere Amt des kaiserlichen Superintendenten wurde am 9. März 1754 ebenfalls aufgehoben.[165] Damit war die Universität gänzlich dem Staat unterstellt. Die Verwaltung oblag dem Staat; die Professoren waren Staatsbeamte, die durch Instruktionen an die Vermittlung eines genau vorgegebenen Lehrstoffes gebunden waren.

Dieser neue Status der Universität wurde auch durch den Bau eines neuen Universitätsgebäudes, das aus dem Ärar finanziert wurde, ausgedrückt. Die »neue Aula« (die heutige Akademie der Wissenschaften, 1, Dr. Ignaz-Seipel-Platz), die vom Architekten Jean Nicolas Jadot (1710–1761) entworfen wurde, wurde am 5. April 1756 der Universität übergeben *(Abb. 74, S. 397)*. Der Jahrestag der Übergabe wurde auf kaiserlichen Befehl durch das so genannte »Restaurationsfest« begangen.[166]

Schon bald wurde eine eigene Behörde für die Leitung des Studienwesens geschaffen. Zunächst war die Universität dem »Directorium in publicis et cameralibus« unterstellt gewesen; nach dem Tod des Erzbischofs Johann Joseph Graf von Trautson 1757 wurde sein Amt des Studienprotektors nicht neu besetzt, sondern zunächst dem Obersten Kanzler übertragen. Für die Studienangelegenheiten bildete sich eine eigene Kommission, die am 23. März 1760 als Studienhofkommission zu einer eigenen Behörde erhoben wurde.[167]

Der weitere Fortgang der Reformen bestand darin, die Universität noch mehr als weltliche, dem Staat unterstellte Lehranstalt zu etablieren und den Einfluss der Kirche auf sie auszuschalten. So wurden die Promotionen, die bis dahin in St. Stephan stattfanden, in den Festsaal des neuen Universitätsgebäudes verlegt. Die Ablegung des Eides auf das römisch-katholische Glaubensbekenntnis und die Unbefleckte Empfängnis Mariens wurde zwar noch nicht abgeschafft, der Kanzler hatte aber nicht mehr die Möglichkeit, die Zulassung zur Graduserteilung zu verweigern.[168] In diesem Zusammenhang wurden auch die Jesuiten allmählich aus der Universität hinausgedrängt. Neben van Swieten waren daran auch Vertreter des höheren Klerus wie Erzbischof von Trautson oder sein

Nachfolger Christoph Graf Migazzi (1714–1803) beteiligt.[169] Ein weiterer Vertreter dieser Richtung war Joseph von Sonnenfels (1733–1817). Sonnenfels war der Sohn eines jüdischen Gelehrten aus Nikolsburg/Mikulov, der zum Katholizismus konvertiert war. Nach einigen Jahren beim Militär studierte er ab 1754 die Rechte und erhielt 1763 die neugeschaffene Professur für Polizei- und Kameralwissenschaft. Er war ein Befürworter des aufgeklärten Absolutismus und vertrat demnach auch die Nutzbarmachung der Schulen für den Staat. Als Jurist trat er für die Abschaffung der Todesstrafe und der Folter ein; auf seine Initiative wurde letztere 1776 abgeschafft. Sonnenfels setzte sich auch für Reformen im Theaterbereich wie die Schaffung einer Nationalbühne ein; seit 1770 war er als Theaterzensor tätig. Seine Ideen veröffentlichte er in zahlreichen Schriften. Unter Leopold II. war er hauptsächlich mit der Durchsicht neuer Gesetzestexte befasst, weshalb er seine Professur aufgab.

Im Zuge des Vorgehens gegen die Jesuiten wurde 1757 der Rektor des Jesuitenkollegs aus dem Konsistorium ausgeschlossen, 1759 wurden die Direktoren der philosophischen und theologischen Studien, die beide der Gesellschaft Jesu angehörten, ihres Amtes enthoben. Auch der Professor für Kirchenrecht verlor seinen Platz im Konsistorium, da er für weltliche Rechtsangelegenheiten nicht zuständig sei.[170] Diese theologische Lehrkanzel wurde 1767 gänzlich aufgehoben; die Theologen wurden für diese Vorlesung zu den Juristen verwiesen.[171] So waren die Jesuiten schon aus vielen Positionen an der Universität hinausgedrängt worden, als der Orden durch Papst Clemens XIV. am 21. Juli 1773 aufgehoben wurde. Das Vermögen des Ordens wurde vom Staat eingezogen; der so genannte Jesuitenfonds sollte für die Schulen verwendet werden. Die Universität Wien erhielt die Jesuitenkirche, das akademische Kolleg ging 1780 an das Stift Montserrat.[172] Trotz der Auflösung des Ordens verblieben etliche Jesuiten als Lehrer an der Universität, vor allem auf naturwissenschaftlichem Gebiet. Von der Übernahme theologischer Lehrkanzeln wurden sie ausgeschlossen.[173]

Die Aufhebung der Gesellschaft Jesu machte eine erneute Reform vor allem der Philosophischen und Theologischen Fakultät nötig. Eine Erhebung dieser Reformmöglichkeiten war bereits seit 1772 im Gange. 1774 wurde der neue Studienplan veröffentlicht; im selben Jahr wurden die Direktorenstellen aller vier Fakultäten neu besetzt. Die Fakultäten verblieben weiterhin unter der Aufsicht der Studiendirektoren, die sämtliche Studienangelegenheiten überwachten und bei Prüfungen und Fakultätsversammlungen den Vorsitz führten. Sein Stellvertreter war der Dekan, der nun wieder von der Fakultät gewählt und nicht mehr von der Landesfürstin ernannt wurde. Die Fakultätsangehörigen waren verpflichtet, an den Fakultäts- und Nationsveranstaltungen teilzunehmen.[174] Die Lehrfächer und -kanzeln an den Fakultäten wurde ebenfalls erneut festgelegt. Der Lehrplan der Theologischen Fakultät, der vom Direktor Stephan Rautenstrauch (1734 bis 1785) erstellt worden war, legte besonderen Wert auf die praktische Ausbildung der künftigen Priester und umfasste nun auch vermehrt Textstudium und -kritik sowie die neueingeführten Fächer Pastoraltheologie und Katechetik.[175] An der Juridischen Fakultät wurde auf Veranlassung des Studiendirektors Franz Ferdinand Schrötter (1736–1780) die



Abb. 74: Neue Aula (Ansicht Universitätsplatz), Bernardo Bellotto (ca. 1760)

Allgemeine Reichsgeschichte sowie die Verfassung der europäischen Staaten aufgenommen, auch ein eigenes Studium für Kirchenrecht wurde eingeführt.[176] An der Medizinischen Fakultät änderte sich wenig am Lehrplan. Die Philosophische Fakultät gab weiterhin den Vorbereitungsunterricht für die drei übrigen Fakultäten; die Zahl der Lehrkanzeln wurde neu festgelegt. Der Kursus war auf drei Jahre festgeschrieben, wobei die Fächer der ersten beiden Jahre vorgeschrieben waren, während die Vorlesungen des dritten Jahres frei gewählt werden konnten.[177] Seit 1778 war den Protestanten das Studium an den weltlichen Fakultäten gestattet.[178]

Unter Joseph II. wurde die Universität weiter als Ausbildungsstätte für künftige Staatsbeamte ausgebaut. Seine bildungspolitischen Vorstellungen lassen sich am besten durch seinen Ausspruch, dass *die Anzahl der das lesen und schreiben lernenden so groß als möglich, Jene der auf höhere Studien sich verwendenden minder und endlich Jene, die alle Studien der Universität frequentieren, nur die ausgesuchteste Talente seyn müssen,*[179] verdeutlichen. Da diese »ausgesuchtesten Talente« in erster Linie dem Staat nützen sollten, wurde den österreichischen Untertanen das Studium an fremden Universitäten verboten. Im Lehrplan der heimischen Universitäten wurde alles in den Augen des Kaisers »Unnütze« eliminiert. Bei diesen »unnützen« Sachen konnte es sich um Schulen, die nach der Ansicht des Kaisers

eine überflüssige Konkurrenz zu anderen Lehranstalten darstellten, um einzelne Fächer oder auch um Insignien und Festkleidung der Universitätsvertreter handeln.[180] Um die vollständige Bindung an den Staat zu gewährleisten, wurden vor allem alle Reste kirchlicher Einflussnahme auf die Universität getilgt. 1782 wurde die Verpflichtung zur Ablegung des Eides auf die Unbefleckte Empfängnis Mariens abgeschafft, 1785 die Verpflichtung auf das römisch-katholische Glaubensbekenntnis. Statt dessen wurde bei der Promotion eine feierliche Angelobung eingeführt, bei der der Kandidat sich der Universität und seiner Fakultät verpflichtete. Die meisten kirchlichen Universitätsfeste wurden ebenfalls abgeschafft.[181] Andererseits wurde in Folge des Toleranzpatents vom 13. Oktober 1781 den Protestanten und Juden der Zugang zu den Studien gestattet.[182]

Auch die Finanzverwaltung der Universität, die bereits unter Maria Theresia der Kontrolle des Staates (durch den Universitätskassier) unterstellt worden war, wurde weiter verstaatlicht. Bis dahin war die Universität teilweise aus dem Universitätsfonds, teilweise aus dem Jesuitenfonds finanziert worden. 1782 schlug die Hofrechenkammer vor, alle diese Fonds zu vereinheitlichen, was durch die Entschließung vom 15. November 1783 befohlen wurde. Auch die sich im Besitz der Universität befindlichen Häuser wurden eingezogen, wobei ihr jene Häuser, die für Unterricht und Verwaltung benötigt wurden, sowie der botanische Garten zur weiteren Nutzung zugesagt wurden. Die Universitätsgüter wurden verkauft. In der Verwaltung der Universität verblieben nur die Stiftungskapitalien, über die ebenfalls regelmäßige Berichte an die Studienhofkommission zu erstatten waren.[183]

Am 4. August 1783 wurde die gesonderte universitäre Gerichtsbarkeit, die ohnedies schon sehr eingeschränkt war, gänzlich aufgehoben.[184] Damit waren die alten Korporationsrechte der Universität endgültig beseitigt.

Auch im Studien- und Lehrsystem kam es zu Änderungen entsprechend der Zielsetzung, dass die Universität Staatsdiener heranzubilden habe. So wurde 1783 die Einführung der deutschen Sprache als Unterrichtssprache verfügt; nur für wenige Fächer wurde weiterhin Latein beibehalten.[185] Die Professoren waren weiterhin strikt an vorgegebene Lehrbücher gebunden; jede noch so geringe Änderung bedurfte der Genehmigung durch die Studienhofkommission. Diese strenge Reglementierung führte zu einer immer stärkeren Geringschätzung des Lehrberufes.[186] Auch die Lehrpläne der einzelnen Fakultäten wurden erneuten Änderungen unterzogen, die generell Kürzungen des Studienganges und Streichung »unnützer« Fächer beinhalteten. Die philosophischen Studien wurden nun noch stärker als Vorbereitung auf die höheren Fakultäten gesehen. Die Lehrkanzeln für Naturgeschichte sowie für politische und Kameralwissenschaften wurden an die Medizinische und Juridische Fakultät übertragen. Der Sprachunterricht der lebenden Fremdsprachen wurde weitgehend eingestellt. Der Magistergrad wurde aufgelassen.[187]

Der Lehrplan der Juridischen Fakultät wurde ebenfalls verkürzt und an die praxisorientierten Erfordernisse angepasst. So fielen vor allem die rechtshistorischen Fächer den Kürzungen zum Opfer, während 1781 ein neuer Lehrstuhl für Geschäftsstil eingerichtet wurde. Hier sollten die künftigen Beamten mit einem zweckmäßigen Kanzleistil vertraut gemacht werden. Dieser Lehrstuhl wurde mit der Kameralwissenschaft vereinigt. Dafür



Abb. 75: Ein Wachspräparat aus dem Josephinum

wurde die Lehrkanzel für politische Wissenschaften von der Philosophischen an die Juridische Fakultät übertragen.[188]

Auch die theologischen Studien wurden verkürzt, indem mehrere Fächer zusammengefasst wurden: so wurden Patristik und Kirchengeschichte sowie Polemik und Dogmatik zusammengelegt. Die Kirchengeschichte wurde zusätzlich für Theologen und Juristen gemeinsam vorgetragen. Außerdem wurden die Generalseminare zur praktischen Ausbildung der Seelsorger geschaffen.[189]

Die medizinischen Studien dagegen wurden verhältnismäßig stark gefördert. Auch hier stand der praktische Nutzen im Vordergrund; der Lehrplan wurde ebenfalls verkürzt. Im Sinne der Praxis wurde die Chirurgie aufgewertet, die bis dahin eine eher untergeordnete Rolle gespielt hatte. 1783 wurde die Chirurgie zu einem höheren freien Studium erklärt und damit dem Medizinstudium gleich gesetzt. Ein Jahr später wurde den Chirurgen der Eintritt in die Medizinische Fakultät ermöglicht; Studenten der Chirurgie durften nun auch Stipendien erhalten.[190] Die Notwendigkeit einer ordentlichen Chirurgenausbildung vor allem im Militärbereich führte 1786 zur Gründung der »Medizinisch-chirurgischen Akademie zur Heranbildung von Militärärzten« *(Abb. 75)*. Diese Ausbildung fand ursprünglich in Gumpendorf statt und wurde von Joseph II. verlagert. Die Lehranstalt erhielt ein eigenes Gebäude in der Nähe des Allgemeinen Krankenhauses. Der repräsentative Bau des Josephinums auf der Währinger Straße 25, der von Isidor Canevale (1730–1786) entworfen wurde, unterstreicht die Bedeutung, die Joseph

der Chirurgenausbildung zugestand. Die Akademie hatte das Recht, ihren Absolventen Magister- und Doktorgrade zu verleihen, die jenen der Universität gleichrangig waren.[191] Weitere Maßnahmen, die der Medizinischen Fakultät zugute kamen, waren die zwischen 1781 und 1784 erfolgte Umwandlung des Großarmenhauses in das Allgemeine Krankenhaus, das gleichermaßen der Krankenpflege und dem praktischen Unterricht der Medizinstudenten dienen sollte,[192] sowie die 1784 erfolgte Neugestaltung des »Anatomischen Theaters« *(Abb. 76)* in der neuen Aula.[193] Auch die Veterinärmedizin wurde durch Joseph II. gefördert. Die seit 1765 bestehende »Pferde-Curen- und Operationsschule« wurde auf Veranlassung Josephs ausgebaut. Der Mediziner Johann Gottlieb Wolstein (1738–1820) erarbeitete nach Studien in Frankreich, England und Deutschland das Konzept für das 1778 eröffnete kaiserlich-königliche Tierspital, das im ehemaligen Jesuitenhaus auf der Landstraße (heute: Wien 3, Beatrixgasse) errichtet wurde.[194]

Um nach dem Ausspruch Josephs nur den *ausgesuchtesten Talente[n]* den Besuch der Universitäten zu ermöglichen, wurde 1783 für sämtliche Gymnasien, Lyzeen und Universitäten die Einführung von Studiengebühren beschlossen. Das dadurch gewonnene Geld sollte für die Trivialschulen sowie für Stipendien für begabte Schüler der höheren Schulen verwendet werden.[195]

Eine zentrale Rolle bei diesen Reformen spielte die Studienhofkommission, die seit 1781 unter der Leitung Gottfried van Swietens (1734–1803) stand. Der Sohn Gerard van Swietens war nach seiner Ausbildung an der Theresianischen Ritterakademie zunächst in den diplomatischen Dienst getreten. Nach dem Tod seines Vaters 1772 übernahm er dessen Posten als Präfekt der Hofbibliothek. 1781 wurde er zum Präses der Studienhofkommission ernannt. Van Swieten verfocht die Idee des staatlichen Lehrmonopols und eines möglichst gleichförmigen Unterrichts, der in erster Linie Staatsbürger und -beamte zu erziehen hatte. Hierbei wurde er vor allem von Sonnenfels unterstützt. Diese Ideen verfolgte er mit äußerstem Nachdruck, so dass sich allmählich die Beschwerden gegen seine Amtsführung und die Auswirkungen auf das Unterrichtswesen häuften.[196] Seine Hauptgegner waren der Jurist Karl Anton von Martini (1726–1800) und Johann Melchior von Birkenstock (1738–1809), die für eine größere Lehrfreiheit und eine geringere Bevormundung der Universität durch den Staat eintraten.

Nach dem Tod Josephs versuchte sein Nachfolger Leopold II. die allzu drastischen Lenkungsmaßnahmen seines Bruders zu mildern und vor allem der Universität Wien wieder zu einem höheren wissenschaftlichen Niveau zu verhelfen.[197] Zu diesem Zweck richtete er am 13. April 1790 die Studieneinrichtungskommission ein, mit deren Leitung er Martini (*Abb. 77, S. 402*) beauftragte. Die Ämter der Studiendirektoren wurden abgeschafft;[198] auch die durch die Entstehung der Studieneinrichtungskommission entmachtete Studienhofkommission wurde aufgelöst.[199] Martini ging nun daran, neue Studienpläne zu erstellen, wobei er die Lehrer stärker in die Planung und Verwaltung der Studienangelegenheiten miteinbeziehen wollte.[200] Zu diesem Zweck wurde der Studienkonsess eingerichtet, der sich aus Vertretern der Lehrer an den Universitäten, Gymnasien und Normalschulen zusammensetzte und jeweils für die Studienangelegenheiten einer



Abb. 76: Anatomisches Theater

Provinz zuständig war. Die Lehrerkollegien der einzelnen Schulen konnten sich an den Studienkonsess wenden, der ihre Anliegen prüfte und mit einem Gutachten an die Hofkanzlei weiter reichte.[201] Der Hauptgrund für die Einrichtung war wohl, das Vertrauen der Lehrer wiederzugewinnen und direktere Einblicke in die Praxis des Schulwesens zu erlangen. Was die Studienpläne selbst anlangt, so gab es hier keine großen Änderungen; es kam nur zu kleineren Akzentverschiebungen. Die Generalseminarien, gegen die stets große Vorbehalte bestanden hatten, wurden aufgehoben. Die Professoren waren weiter an bestimmte Lehrbücher gebunden, doch sollte die wissenschaftliche Betätigung gefördert werden, indem sie verpflichtet wurden, jährlich zwei Aufsätze drucken zu lassen. Allgemein wurden wieder einige Vorlesungen in Latein gehalten, da Klagen über die schlechten Lateinkenntnisse laut geworden waren. Die Semestralprüfungen wurden zugunsten mehrerer kleiner Prüfungen abgeschafft.[202] Der von Leopold verfolgte Plan war vermutlich, das Unterrichtswesen zwar unter staatlicher Kontrolle zu belassen, ihm aber eine gewisse Mitbestimmung zu geben und vor allem die Universitäten wieder zu Stätten wissenschaftlicher Betätigung zu machen. Diese Absichten konnten auf Grund seines frühen Todes am 15. Mai 1792 nicht vollendet werden.



Abb. 77: Karl Anton von Martini

Die Gymnasien

Die Verordnung über die Neuorganisation des Gymnasialunterrichts von 1735 war ein erster Versuch von staatlicher Seite gewesen, Kontrolle auszuüben, doch waren noch kaum Maßnahmen getroffen worden, die Einhaltung dieser Bestimmungen durchzusetzen. Zwar waren die Universität Wien und insbesondere der kaiserliche Superintendent angehalten worden, über die Einhaltung der Bestimmungen zu wachen, doch hatte Letzterer keine genaueren Befugnisse erhalten.[203] Außerdem hatten vor allem die Jesuiten sich gegen die Umsetzung der Verordnung gewehrt; die Piaristen, deren Unterrichtsmethoden den Neuerungen ähnlich waren, hatten ihnen keinen großen Widerstand entgegengebracht.

Maria Theresia hatte sich daher im Zuge der Reform des gesamten Unterrichtswesens auch den Gymnasien zu widmen. 1752 wurde mittels Hofdekrets eine neue Studienordnung für die Gymnasien erlassen. Was die Anforderungen an Unterricht und Lehrer anlangte, so gab es keine großen Veränderungen zu 1735. Auch nun wurde die deutsche Sprache verstärkt in den Unterricht eingebunden, und es wurden zusätzliche Fächer wie Geschichte, Geographie oder Arithmetik gefordert. Auch die Anforderungen an die Lehrer – sie durften nicht zu jung sein und mussten Erfahrung im Unterricht haben – waren ähnlich. Allerdings wurde der kaiserliche Superintendent mit weiter reichenden Befugnissen ausgestattet, um die Einhaltung dieser Bestimmungen zu gewährleisten. Bei dieser Gelegenheit wurden erneut Verfügungen zur Einschränkung der Schülerzahlen gemacht; die *unfähigen, sonderheitlich mittellosen Knaben* sollten durch strenge Prüfungen während der gesamten Schulzeit ausgesiebt werden.[204] Die Kontrolle über die Gymnasien musste schon bald neu vergeben werden, nachdem 1754 das Amt des Superintendenten aufgelöst wurde; bereits 1753 war der Direktor der philosophischen Studien als »Director des studii humanistici« mit diesen Aufgaben betraut worden. 1759 wurde Giovanni Battista de Gaspari (1702–1768, *Abb. 78*) zum »Director scholarum humaniorum« ernannt und begann nach ausführlichen Visitationen mit der Ausarbeitung von Reformvorschlägen. Er schlug eine Verbesserung und Vereinheitlichung der Schulbücher sowie eine intensivere Nutzung der Unterrichtszeit vor. Am 4. Februar 1764 wurde Gasparis »Instructio pro scholis humanioribus« als verbindliche Unterrichtsgrundlage veröffentlicht. Latein als Unterrichtssprache wurde weiter zugunsten des Deutschen eingeschränkt. Es wurden zusätzliche Gegenstände wie Religion, Griechisch, Geschichte, Geographie und Arithmetik eingeführt. Schulzeiten und Prüfungen wurden reguliert, Ferien und schulfreie Tage eingeschränkt. Die Kontrolle über die Gymnasien oblag dem »Director scholarum humaniorum«.[205]



Abb. 78: Giovanni Battista de Gaspari

Auch gegen diese Reform gab es vor allem von Seiten der Jesuiten Widerstände, auch fanden sich nicht genügend geeignete Lehrer, die nach den neuen Lehrplänen unter-

richten konnten. Deshalb kam es schon bald zu erneuten Diskussionen über eine Reform der Gymnasien. Es wurden mehrere Pläne diskutiert, die jedoch nicht zur Ausführung kamen. In diesen Plänen wurde die Einführung neuer Fächer, vor allem im Bereich der Naturwissenschaften, die bessere Ausbildung der Lehrer, die vom Staat übernommen werden sollte, und die vermehrte Förderung von weltlichen Lehrern verlangt.[206]

Durch die Aufhebung der Gesellschaft Jesu war die Neuordnung der Gymnasien dringend notwendig geworden. Da die Diskussion über die möglichen Reformen kein Ergebnis brachte, wandte sich Maria Theresia an den Präfekten der Savoyischen Ritterakademie Gratian Marx (1721–1810) und ließ ihn Vorschläge erarbeiten. Sein Plan wurde von der Studienhofkommission akzeptiert und am 13. Oktober 1775 von Maria Theresia genehmigt. Er sah eine Reduzierung auf drei Grammatik- und zwei »Humanitätsklassen« und eine genau geregelte Aufnahmeprüfung vor. Die Sprachen Deutsch und Latein wurden zu Hauptgegenständen, während die Fächer Geschichte, Geographie, Naturkunde und Mathematik als Nebengegenstände geführt wurden, wobei sich Haupt- und Nebenfächer abzuwechseln hatten, um einseitige Beanspruchung zu vermeiden. Weitere Bestimmungen regelten die Unterrichts- und Ferienzeiten, die Prüfungen und die zu vergebenden Noten.[207] Besonderes Augenmerk legte Marx auf die Lehrbücher. Teilweise stützte er sich auf die von Gaspari verfassten Bücher, teilweise erarbeitete er selbst neue Bücher und beauftragte die Lehrer, für jene Gegenstände, für die noch keine Lehrbücher existierten, selbst Lehrbehelfe zu verfassen. Die Instruktion schrieb zwar einen bestimmten Lehrplan und Lehrbücher vor, Marx ließ den Lehrern bei der Umsetzung dieser Bestimmungen aber weitgehend freie Hand, sodass diese nicht streng nach der Reihenfolge des Lehrbuches vorzutragen hatten.[208]

Die Neuordnung der Gymnasien betraf in Wien das Jesuiten- oder Akademische Gymnasium im Universitätsviertel sowie das Gymnasium der Piaristen in der Josefstadt. Das Akademische Gymnasium wurde nach der Aufhebung des Jesuitenordens zunächst mit weltlichen Lehrern besetzt; 1816 wurde es von den Piaristen übernommen.[209] Die Schule der Piaristen, die seit 1735 als vollständiges Gymnasium geführt wurde, florierte ebenfalls. Gegen Ende des Jahrhunderts waren dort allerdings verstärkt weltliche Lehrer tätig, da der Orden mit Nachwuchsproblemen zu kämpfen hatte. 1775 wurde ein drittes Gymnasium bei St. Anna im ehemaligen Noviziatshaus der Jesuiten gegründet. In diesem Gebäude wurden neben dem Gymnasium noch die Normalschule, die aus dem Churhaus hierher übersiedelte, die Orientalische Akademie und die Realschule untergebracht. Das Gymnasium hatte allerdings nicht lange Bestand; 1807 wurde es aufgelöst. Die Schüler kamen in das neubegründete Schottengymnasium.[210]

Unter Joseph II. kam es zu wenigen Maßnahmen im Bereich der Gymnasien, da er sich eher dem Elementarschulwesen widmete. Die meisten Verordnungen waren Disziplinarmaßnahmen. So wurde die Schulleitung an die Kreisämter und die dort beschäftigten Vizedirektoren übergeben, die regelmäßig den Unterricht zu kontrollieren hatten. Der Lehrplan, der nach der Instruktion Marx' relativ frei zu handhaben war, wurde stark reglementiert. Die Lehrer wurden strikt an die Vorgaben der Lehrbücher gebunden und

ihre Unterrichtsmethoden und der dabei erzielte Erfolg jährlich kontrolliert. Auch die Schüler wurden durch umfangreiche Disziplinarvorschriften reguliert. Die körperliche Bestrafung der Schüler wurde 1785 verboten, statt dessen wurden Ehrenstrafen eingeführt. Besonders verdiente bzw. undisziplinierte Schüler wurden in das »Buch der Ehre« oder das »Buch der Schande« eingetragen und erhielten Plätze auf der Ehren- oder Strafbank.[211]

Sonstige Verordnungen zielten hauptsächlich auf die Reduzierung der Schülerzahlen durch weitere Verschärfungen der Prüfungen sowie durch die 1784 erfolgte Einführung des Schulgeldes ab. Da es vor allem dadurch zu einer deutlichen Reduzierung der Schülerzahlen kam, wurde diese Maßnahme scharf kritisiert, weshalb 1787 Erleichterungen im Zugang zur Schulgeldbefreiung eingeführt wurden.[212]

Eines der größten Probleme der Gymnasien war der Lehrermangel. Die Motivation für den Lehrberuf war wegen der schlechten Bezahlung und der strengen Reglementierung nicht sehr hoch. Die geistlichen Orden, die sich dem Unterricht widmeten, waren meist in einer schlechten finanziellen Lage und konnten nur schwer Nachwuchs finden.[213]

Leopold II. versuchte auch im Gymnasialbereich die allzu heftigen Maßnahmen seines Bruders zu mildern und band die Lehrer stärker in die Schulreformen ein. Das Direktorat der Gymnasialstudien (»Director humaniorum«) war ebenso wie die Fakultätsdirektorate aufgehoben worden und im oben angesprochenen Studienkonsess hatten auch die Gymnasiallehrer ihren Platz. Mögliche Reformen sollten vor allem hier erarbeitet werden. Dass die Gymnasiallehrer diese Aufforderung ernst nahmen, zeigt die Tätigkeit der »Wienerischen Lehrerversammlung«, die sich intensiv mit Reformmöglichkeiten befasste. Der von ihr erarbeitete Plan wurde allerdings erst nach dem Tod Leopolds 1793 vorgelegt und dann nicht umgesetzt.[214] Wegen der kurzen Regierungszeit Leopolds kamen auch im Gymnasialbereich die Änderungen nicht über das Stadium der Planung und Konzeption hinaus.

Mädchenbildung im 18. Jahrhundert

Für die höhere Mädchenbildung wurden unter Maria Theresia und Joseph II. erstmals staatliche Institutionen eingerichtet. Der Grundschulunterricht der Mädchen war durch die Allgemeine Schulordnung geregelt. Mädchen sollten nach denselben Lehrinhalten wie Knaben unterrichtet werden. Dies galt sowohl für die gemischten Schulen als auch für die reinen Mädchenschulen, die vor allem von Frauenklöstern betrieben wurden. Zusätzlich sollten sie dort in Handarbeiten und Haushaltsführung unterwiesen werden.[215] Der Unterricht in den Klöstern war Vorbild für das 1775 in St. Pölten eingerichtete »Officierstöchter-Erziehungs-Institut«, wo verarmte Offizierstöchter zu Erzieherinnen ausgebildet wurden, und das 1786 nach Wien übersiedelte.[216] Im selben Jahr richtete Joseph II. auf Betreiben der Privatlehrerin Therese Luzac eine weitere derartige Schule ein, die der Aus-

bildung weiblicher Lehrkräfte dienen sollte, da der Mädchenunterricht an den Trivialschulen verstärkt durch weltliche Lehrerinnen übernommen werden sollte. Der Unterricht in diesem »Civil-Mädchen-Pensionat« baute auf dem Elementarunterricht auf und beinhaltete Geschichte, Geographie, Naturkunde, Französisch und Musik. Das Pensionat wurde 1787 in einem Teil des Ursulinenklosters untergebracht.[217] Der Unterricht in den Frauenklöstern wurde durch die Ordensaufhebungen deutlich eingeschränkt, wenn auch Schulorden wie die Ursulinen davon nicht betroffen waren. Allerdings hatten sämtliche Frauenorden mit Ausnahme der Salesianerinnen ab 1787 öffentliche Mädchenschulen zu führen. Auch die Aufnahme von Novizinnen war daran gebunden, ob sich diese für den Unterricht eigneten. Die meisten von diesen Orden geführten Mädchenschulen blieben aber Elementarschulen; die höhere Schulbildung war weiterhin auf wenige Einrichtungen beschränkt.[218] An den Lehrinhalten änderte sich nach wie vor wenig. Die Notwendigkeit der Mädchenbildung war durch Joseph wohl anerkannt worden, wie die von ihm eingerichteten Schulen zeigen; dennoch dürfte er die Ausbildung der Mädchen als Luxus betrachtet haben, wie die Verordnung eines höheren Schulgeldes für Mädchen zeigte. Erst nach der Fürsprache Gottfried van Swietens *(Abb. 79)* wurde diese Verordnung wieder zurückgenommen.[219]



Abb. 79: Gottfried van Swieten

Die Elementarschulen – Einführung der allgemeinen Schulpflicht

Im Elementarunterricht kamen Anregungen zur Verbessung von verschiedenen Seiten. Als wichtige Persönlichkeit auf diesem Gebiet ist der Jesuitenpater Ignaz Parhamer (1715–1786) zu nennen, der sich in Graz und Wien für die Verbesserung der deutschen Schulen einsetzte. 1759 wurde ihm die Leitung des Waisenhauses auf dem Rennweg übertragen; hier konnte er seine pädagogischen Vorstellungen umsetzen. Die Kinder wurden neben den Primärfächern später auch in Geographie, Musik, Geometrie und Zeichnen unterwiesen. Sein Ziel war es, die Kinder zu nützlichen Untertanen des Staates heranzubilden und sie nicht – wie in anderen Waisenhäusern – als billige Arbeitskräfte in

Manufakturen einzusetzen. So wandte er sich 1763 gegen die Einführung der Manufakturarbeit in seinem Waisenhaus und schaffte es auch, die 1764 getroffene diesbezügliche Verordnung zu umgehen.[220]

Auch der Bischof von Passau Leopold Ernst Graf Firmian (1708–1783) setzte sich für eine Verbesserung des Erziehungswesens in seiner Diözese ein, konnte sich aber allein nicht entsprechend durchsetzen. Deshalb richtete er 1769 ein »Promemoria« an Maria Theresia, worin er um staatliche Unterstützung bei der Verbesserung des Schulwesens ersuchte und die Nützlichkeit guter Schulen für den Staat betonte. Die Kaiserin griff diese Gedanken sofort auf; am 19. Mai 1770 wurde nach einigen Anlaufschwierigkeiten die »Commission in Schulsachen« eingerichtet. Am 22. Oktober wurde die Aufsicht über das Schulwesen im Erzherzogtum Österreich der »niederösterreichischen Schulkommission« anvertraut. Außerdem wurde die Gründung einer Normalschule, die als Ausbildungsstätte für künftige Lehrer dienen sollte, verfügt.[221] Diese Normalschule wurde 1771 im Churhaus von St. Stephan eröffnet (die deutsche Schule, die sich dort befand, war die Nachfolgerin der Bürgerschule bei St. Stephan). Der Rektor dieser Schule, Johann Meßmer, der sich für die Schaffung einer Normalschule ausgesprochen hatte, entwarf den Lehrplan, der außer Lesen, Schreiben und Rechnen auch Geschichte, Geographie, Naturlehre und Haushaltungskunde vorsah. Die Schule sollte neben ihrer Vorbildwirkung für einen »gleichförmigen« Unterricht auch die Lehrer in die Unterrichtspraxis einführen. Meßmer wurde zum Direktor dieser Schule ernannt, die sich eines großen Zulaufs erfreute.[222] Dennoch konnte sie ihre Vorbildwirkung nicht so recht entfalten, da die an ihr tätigen Lehrer bezüglich der Lehrmethoden uneinig waren und der Direktor keine einheitliche Linie durchsetzen konnte. Ähnliche Probleme ergaben sich innerhalb der niederösterreichischen Schulkommission.



Abb. 80: Johann Ignaz Felbiger

Nach der Aufhebung des Jesuitenordens 1773 standen dem Staat durch die Einziehung des Ordensvermögens (»Jesuitenfonds«) bedeutende finanzielle Mittel zur Verfügung, die für die Finanzierung der Schulen verwendet werden sollten. Für die Reform der Elementarschulen entschloss sich Maria Theresia, eine anerkannte Autorität auf diesem Gebiet hinzuzuziehen, und ersuchte Johann Ignaz Felbiger (1724–1788), nach Österreich zu kommen.[223] Felbiger *(Abb. 80)* stammte aus Schlesien und hatte sich als Abt des

Augustiner-Chorherrenstiftes Sagan/Zagan mit Schulfragen befasst. Dieses Gebiet war gemischt konfessionell, und die evangelischen Schulen hatten sich gegenüber den vom Stift betriebenen katholischen Schulen als besser erwiesen, weshalb auch Kinder katholischer Eltern die evangelischen Schulen besuchten. Deshalb befasste sich Felbiger intensiv mit pädagogischen Schriften und besuchte auch andere Schulen, um die dort geübte Praxis zu studieren. Seine Erkenntnisse setzte er dann in einer Schulordnung für Schlesien um.[224] Felbiger erarbeitete nun auf Grund seiner eigenen Erfahrungen und unter Berücksichtigung der Handhabung in anderen Staaten eine Schulordnung, in die er aber auch bereits vorliegende österreichische Vorschläge einarbeitete. Diese wurde von Maria Theresia am 6. Dezember 1774 als »Allgemeine Schulordnung für die deutschen, Normal-, Haupt- und Trivialschulen in sämmtlichen Kayserl. Königl. Erbländern« unterschrieben *(Abb. 81)*.



Allgemeine
Schulordnung,
für die deutschen
Normal- Haupt- und Trivialschulen
in
sämmtlichen Kaiserl. Königl. Erbländern
d. d. Wien den 6ten December 1774.

WIEN,
gedruckt bey Johann Thomas Edlen von Trattnern,
kaiserl. königl. Hofbuchdruckern und Buchhändlern.

Abb. 81: Erlass der allgemeinen Schulordnung von 1774

Durch diese Schulordnung wurde bei jeder Landesregierung eine Schulkommission bestellt, die als Aufsichts- und Verwaltungsorgan vorgesehen war. Am Sitz der Schulkommission war eine Normalschule einzurichten, die der Ausbildung der Lehrer dienen sollte. In größeren Städten oder bei Klöstern waren Hauptschulen und in jedem Ort mit einer Pfarr- oder Filialkirche Trivialschulen zu errichten. Bei der Errichtung neuer Schulgebäude sollten die Kosten von der Grundherrschaft und der Gemeinde getragen werden. Jedem Lehrer sollte ein eigenes Klassenzimmer zur Verfügung gestellt werden, das von seinem Wohnraum abgetrennt war.

Die Trivialschulen waren ein- bis zweiklassig zu führen und boten Unterricht in Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen *(Abb. 82)*. Die Haupt- und Normalschulen umfassten drei bis vier Klassen, in denen zusätzlich Latein, Anleitung zum schriftlichen Aufsatz, Naturlehre, Geschichte, Geographie, Zeichnen sowie Grundsätze des Feldmessens, der Architektur und Mechanik gelehrt wurden. Die Normalschulen mussten diese Fächer anbieten, während es den Hauptschulen je nach Möglichkeit freistand. Das Schuljahr begann mit dem Ende der Ernte (circa 3. November) und endete am 29. September. Die Sommerferien waren um die Osterzeit. Die Schüler der Landschulen durften in festgelegtem Ausmaß dem Unterricht fernbleiben, falls die Wetterlage im Winter den Schulbesuch zu sehr erschwerte oder falls sie im Sommer in der elterlichen Landwirtschaft



Abb. 82: Schulszene (ca. 1760)

benötigt wurden. Auch die Unterrichtszeit wurde vorgegeben. Der Schulbesuch war für Kinder zwischen dem sechsten und zwölften oder dreizehnten Lebensjahr verpflichtend. Für Schulentlassene bis zum 20. Lebensjahr gab es sonntägliche Wiederholungsstunden.

Der Unterricht erfolgte in Leistungsgruppen und koedukativ, wobei aber die Mädchen möglichst von den Knaben abzusondern waren. Die Lehrer hatten Klassenlisten zu führen, in denen der Fortschritt der Schüler und der Lehrstoff verzeichnet waren. Halbjährlich waren öffentliche Prüfungen vorgeschrieben. Hier wurde auch festgestellt, ob ein Schüler in ein Gymnasium übertreten durfte oder nicht.

Schließlich wurden Vorschriften über die Ausbildung der Lehrer erlassen, da nur Lehrer, die an einer Normalschule ausgebildet wurden, eine Anstellung erhalten durften.[225] Die Lehrerausbildung fand in Wien an der Normalschule statt, die 1775 aus dem Churhaus in das ehemalige Noviziatsgebäude der Jesuiten in der Annagasse verlegt wurde. Die künftigen Lehrer wurden nach einer Aufnahmeprüfung in einem ungefähr dreimonatigen Kurs in den zu lehrenden Gegenständen, der Methodik des Unterrichts sowie in verwaltungsmäßigen Aufgaben unterwiesen. Nach Absolvierung der Abschlussprüfung durften sie unterrichten.[226] Diese Ausbildung sollte auch für diejenigen, die bereits unterrichteten, verpflichtend sein, was auf Widerstände von Seiten der Lehrer und der Gemeinden stieß. Deshalb fand die Ausbildung teilweise auch an Hauptschulen und bestimmten Trivialschulen statt.[227]

Ein weiterer Schritt zur Vereinheitlichung des Unterrichtes war die Vorschreibung einheitlicher Lehrbücher. Diese sollten nach den Vorstellungen Felbigers zusätzlich möglichst preiswert sein, damit sie auch von ärmeren Schülern erworben werden konnten. Ein Viertel der im »Verlagsgewölbe der deutschen Schulanstalt bei St. Anna in der Johannesgasse« gedruckten Bücher wurde kostenlos an arme Kinder abgegeben.[228]

Die Kontrolle über die Umsetzung dieser Maßnahmen hatte Felbiger, der seit 1777 die *Direction und respective Oberaufsicht des gesammten Normal-Schulen Geschäfts gleichsam wie ein Ober-Director* innehatte. Dadurch entstand eine Zentralstelle, die nur mehr der böhmisch-österreichischen Hofkanzlei verantwortlich war. Hierher wurden die Berichte der Landesstellen geschickt, hier alle wesentlichen Entscheidungen getroffen.[229]

Die Einführung dieser Maßnahmen stieß auf Widerstand von verschiedenen Seiten. Die Lehrer verwahrten sich gegen die vorgeschriebenen Kurse. Die Pfarrgeistlichen, die meist mit dem Religionsunterricht betraut waren, wehrten sich gegen den regelmäßigen Unterricht, der zu ihren sonstigen Aufgaben hinzukam. Viele stießen sich daran, dass Felbiger (obwohl katholischer Geistlicher) bei der Erarbeitung der Lehrinhalte und -methoden protestantische Werke verwendet hatte und fürchteten deshalb Schäden für die Rechtgläubigkeit.[230] Auf Seiten der bäuerlichen Bevölkerung wurde der verpflichtende Schulbesuch der Kinder als Entzug notwendiger Arbeitskräfte gesehen, der außerdem zusätzliche Ausgaben für Schulgeld, Schulbücher und Schreibsachen bedeutete. Die gehobeneren Stände wiederum hatten Vorbehalte, ihre Kinder gemeinsam mit »Krethi und Plethi« unterrichten zu lassen und beschäftigten lieber Privatlehrer.[231] Von Seite der Behörden wurde gegen diese Widerstände zunächst noch sehr behutsam vorgegangen, und man bemühte sich, die Gegner vom Nutzen dieser Maßnahmen zu überzeugen, anstatt zu strafen.[232]

Eine der größten Schwachstellen der Reform waren die fehlenden finanziellen Mittel. Von der Zentralstelle kamen zwar Verordnungen, aber kaum Geld. Die vorhandenen Einnahmen konnten gerade die notwendigen Ausgaben der Schulkommissionen finanzieren (im Notfall wurde aus dem Jesuitenfonds zugeschossen), an eine Bezahlung der Lehrer konnte überhaupt nicht gedacht werden. So waren diese weiterhin auf Nebeneinnahmen wie die zusätzliche Arbeit als Mesner oder Organist und vor allem auf das von den Schülern entrichtete Schulgeld angewiesen.[233] Auch die Schulraumsituation lag wegen der fehlenden Geldmittel weiterhin im Argen. Vor allem außerhalb der Städte hatten die Gemeinden oft kein Geld, um geeignete Gebäude zu errichten oder zu adaptieren, so dass der Unterricht oft in Gasthäusern stattfand.[234]

Trotz dieser Mängel wurde das Schulnetz kräftig ausgebaut, und es kam zu einer Verbesserung der Unterrichtsqualität und der Lehrerausbildung. Mit letzterer war auch eine gewisse Aufwertung des Lehrberufes verbunden, wenngleich sich dies nur in einer rangmäßigen Besserstellung und nicht in gesteigerter Bezahlung ausdrückte.[235]

Unter Joseph II. erfolgte eine erneute Umstrukturierung; der für die Elementarschulen zuständige Felbiger war ihm bei seinen Vorstellungen im Weg. Deshalb veranlasste Joseph 1781 eine Umorganisation der Schulbehörden, wobei Felbiger seines Amtes ent-

hoben und in die Propstei Pressburg/Bratislava abgeschoben wurde, wo er 1788 starb. Sein Nachfolger als Oberdirektor, Joseph Anton Gall (1748–1807), war in seinen Kompetenzen stark durch die Studienhofkommission und deren mächtigen Präses Gottfried van Swieten eingeengt.[236]

Joseph II. verfügte zunächst vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der Schulfrequenz, da 1781 durchschnittlich nur ein Drittel aller schulpflichtigen Kinder der Monarchie die Schulen besuchte. Die anfänglich verordneten Strafen und Disziplinarmaßnahmen in den Schulen verbesserten die Situation nicht wesentlich. Deshalb verfügte Joseph, dass der Besuch der Trivialschulen gratis zu sein habe. Dieser Gratisunterricht sollte durch die Einhebung von Schulgeld an den Gymnasien, Lyzeen und Universitäten sowie durch Sparmaßnahmen finanziert werden. 1783 wurde verfügt, dass die Lehrer der Trivialschulen die Knaben unentgeltlich, die Mädchen aber gegen das bisher übliche Schulgeld zu unterrichten hätten. An den Hauptschulen hatten Knaben das halbe, Mädchen das volle Schulgeld zu zahlen. Van Swieten wandte sich gegen diese Diskriminierung der Mädchen; er verwies darauf, dass gerade den Müttern eine besondere Bedeutung bei der Erziehung der Kinder zukomme. 1785 wurden diese Schulgeldbestimmungen wieder aufgehoben und nur mehr von den vermögenden Eltern Schulgeld verlangt.[237] Gleichzeitig wurde ein Ausbau des Schulnetzes verfügt, an allen Orten, wo etwa 100 schulpflichtige Kinder lebten, sollten Schulen – möglichst in eigenen Schulgebäuden – errichtet werden.[238] 1785 wurde bei den Kreisämtern Kreisschulkommissäre für die Kontrolle der Haupt- und Trivialschulen eingesetzt.[239]

Außerdem versuchte Joseph eine finanzielle Besserstellung der Lehrer zu erreichen. Deshalb wurde 1783 ein fixes Gehalt für die Lehrer der Trivialschulen ähnlich jenem der Lehrer an den Haupt- und Normalschulen eingeführt. Auch für die Alters- und Witwenversorgung wurde teilweise Sorge getragen. 1788 erklärte Joseph II. die Lehrer der Haupt- und Normalschulen für pensionsberechtigt; auch ihre Witwen hatten damit Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Die Landlehrer waren im Alter weiterhin auf die Unterstützung der Gemeinden angewiesen.[240] Da eines der größten Hindernisse bei der Umsetzung dieser Maßnahmen die prekäre Lage des Schulfonds war, versuchte Joseph II., diesem neue Einnahmen zuzuweisen. So erhielt der Schulfonds die Stiftungen der verbotenen Wallfahrten und Prozessionen. Auch ein Teil des Vermögens der aufgehobenen Bruderschaften floss dem Schulfonds zu. Durch zusätzliche Abgaben konnte das Vermögen des Schulfonds deutlich gesteigert werden.[241]

Unter der kurzen Regierung Leopolds II. kam es im Elementarschulwesen zu keinen weiteren Änderungen, da dieser sich mehr den höheren Schulen zuwandte.[242]

Berufsbildende Schulen

Unter Maria Theresia und ihren Nachfolgern wurden auch weitere berufsbildende Schulen eingerichtet, da diese der Grundtendenz der schulischen Reformen – der Nutz-

barmachung der Schulen für den Staat – entsprachen. So wurde 1758 in Wien die »Zeichnungsschule« oder »k. k. Commerzial-Zeichnungs-Academie« für den technisch-gewerblichen Unterricht eröffnet, an der Musterzeichner für die Seidenindustrie ausgebildet wurden. Die Schule erhielt bedeutende staatliche Unterstützung und stellte eine Verbindung von Schule und Lehre dar. Eine ähnliche Einrichtung war die 1766 eröffnete »Kupferstecher-Academie«, die aber neben der praktischen Ausbildung künstlerische Ziele verfolgte, außerdem wäre noch die ein Jahr später gegründete »Possier-, Verschneid- und Graveur-Akademie« zu nennen. Die beiden letztgenannten Schulen wurden 1772 mit der Akademie der bildenden Künste *(Abb. 83)* vereinigt. Als diese 1785 nach St. Anna verlegt wurde, wurde ihr auch die »Commerzial-Zeichnungs-Academie« eingegliedert, auch an einigen Haupt- und Normalschulen wurde ein derartiger Unterricht angeboten.[243]

Klagen von Seiten der Kaufmannschaft über mangelnde Vorbildung der Handelsleute führten 1769 zur Einrichtung der »Realschule«, die nach dem Vorbild einer Hamburger Kaufmannsschule eingerichtet wurde. Der seit 1762 von den Piaristen angebotene Unterricht in Buchhaltung, Wechselrechnung und ähnlichem hatte sich als nicht ausreichend erwiesen. Nachdem die neue Schule erfolgreich begonnen hatte, wurde sie als »Realcademie« oder »Real-Handlungs-Akademie« 1770 bestätigt. Der Unterricht umfasste Schreiben und Rechnen, Fremdsprachen, Buchhaltung, Handels- und Seerecht und andere notwendige Fächer. 1775 wurde sie in St. Anna untergebracht. Trotz der guten Akzeptanz hatte die Schule wegen der mangelhaften finanziellen Ausstattung mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Verschiedene Pläne, sie mit anderen Schulen wie der Normalschule zu vereinen, konnten sich nicht durchsetzen. Erst 1815 verlor sie ihre Eigenständigkeit, als sie in das Polytechnische Institut aufgenommen wurde.[244]

Auch die in erster Linie dem Adel vorbehaltenen Institute wurden in das staatliche Schulsystem eingebunden. Zur besseren Ausbildung des Adels vor allem für den Staatsdienst wurde die in Österreich nicht sehr erfolgreiche Institution der Ritterakademie wiederbelebt. 1746 übergab Maria Theresia den Jesuiten das ehemalige Lustschloss ihres Vaters, die Favorita, für die Errichtung eines Adelskollegs. Der Unterricht des Collegium Theresianum umfasste nach dem Gymnasialunterricht philosophische und juristische Studien (letztere wurden einige Jahre in einer eigenen Institution geführt). Ein ähnliches Programm, das allerdings erst mit den oberen Gymnasialklassen begann, hatte die 1746 gegründete Savoyische Ritterakademie. Der Unterricht wurde von den Piaristen übernommen; die Zöglinge konnten außerdem die Ingenieurschule der Chaosschen Stiftung besuchen. 1776 erhielten die Savoyische Ritterakademie und das Theresianum eine gemeinsame Direktion; 1778 wurden sie in einem gemeinsamen Gebäude (Theresianum) untergebracht.[245] Eine weitere Ritterakademie, das Löwenburgische Konvikt, konnte sich dagegen nicht lange behaupten (1748–1782). Der Unterricht an diesen Akademien orientierte sich zwar an der Universitätsausbildung (so waren etliche Lehrer an den Akademien, wie Sonnenfels oder Martini, auch an der Universität tätig), er war aber kürzer und praxisorientierter. Zusätzlich wurden Fremdsprachen wie Französisch und spezifisch



Abb. 83: Aktsaal der »Kaiserlichen Akademie der vereinigten bildenden Künste« (Martin Franz Quadal, 1787)

»adelige« Fächer wie Fechten oder Reiten gelehrt.[246] Unter Joseph II. wurde das Theresianum aufgelassen, da er diese Form der Ausbildung als überflüssigen Luxus ansah. Das frei werdende Vermögen wurde zu Stipendien umgewidmet; die Stipendiaten besuchten die Schulen in der Stadt.[247]

Eine weitere Spezialform der Berufsausbildung war die 1754 gegründete »Orientalische Akademie«, die aus dem älteren »Sprachknaben-Institut« hervorging. Die Schüler wurden hier für den diplomatischen Dienst an der Hohen Pforte ausgebildet. Dementsprechend umfasste der Unterricht neben allgemeinen Fächern die Sprachen Türkisch, Persisch, Arabisch sowie modernes Griechisch. Außerdem erhielten sie Unterricht in Geschichte, Geographie, Literatur und Rechtswissenschaften, wobei wieder die osmanischen Gegebenheiten stark berücksichtigt wurden. Die Akademie wurde zunächst in einem Teil des Jesuitenkollegs untergebracht und übersiedelte 1775 nach St. Anna. 1785 wurde sie in das ehemalige Jakobskloster transferiert und 1883 mit der Theresianischen Akademie vereint.[248]

Die Offiziersausbildung wurde hauptsächlich in der 1752 eröffneten Militärakademie in Wiener Neustadt durchgeführt. Die Militäringenieure wurden weiterhin in der Ingenieurakademie ausgebildet. Diese war zeitweise in Gumpendorf angesiedelt und befand sich seit 1769 zunächst auf dem Grund der heutigen Stiftskaserne. 1784 übersiedelte sie in das Theresianum.[249]

Auch die Priesterausbildung erfuhr unter Maria Theresia und ihren Söhnen eine Vereinheitlichung. Da diese bis dahin in den Händen der einzelnen Bischöfe und Klöster lag, war das Ausbildungsniveau äußerst unterschiedlich. Maria Theresia verfügte deshalb, dass Pfründen nur an Universitätsabsolventen zu vergeben seien; die Priesterweihe durften nur diejenigen erhalten, die eine Ausbildung an der Normalschule gemacht hatten. Joseph II. verfügte im Sinne der »Gleichförmigkeit«, dass an den geistlichen Seminarien und Hauslehranstalten nach dem Lehrplan der Theologischen Fakultät zu unterrichten sei. 1782 wurde mit der Geistlichen Hofkommission eine Zentralstelle geschaffen, in Wien, Graz und Innsbruck wurden Generalseminarien eingerichtet. Die gesamte Ausbildung der Geistlichen war damit auf diese drei Städte konzentriert. Der Schwerpunkt der Seminarien lag auf der praktischen Ausbildung für die Seelsorge. Der Klerus war von Anfang an gegen die Seminarien, da ihrer Ansicht nach die Geistlichen eine zu geringe theologische Bildung erhielten. Diese zentralisierte Priesterausbildung fand auch sonst wenig Anerkennung, was sich in den geringen Studentenzahlen ausdrückte. Nach dem Tod Josephs wurden die Generalseminarien bald wieder aufgelassen. Allerdings hatten die theologischen Ausbildungsstätten sich an die staatlichen Lehrpläne zu halten, wodurch weiterhin eine Kontrolle durch den Staat gegeben war.[250]

Schüler und Studenten

Die Veränderungen an den Schulen und Universitäten betrafen selbstverständlich nicht nur die Institutionen und Lehrer, sondern auch die Schüler und Studenten. Ebenso wie die Schulen wurden sie immer stärker der Kontrolle des Staates unterworfen, wobei sich diese Kontrolle nicht nur auf ihre Studienleistungen, sondern auch auf ihr sonstiges Leben erstreckte. Allerdings sind Berichte über das Alltagsleben von Schülern und Studenten aus dieser Zeit sehr selten. Berichte über Schüler finden sich meist in Ge- und Verboten sowie in der Darstellung von der Norm abweichenden Verhaltens.

Infolge des Niedergangs der Universität Wien zu Beginn des 16. Jahrhunderts veränderte sich die Zusammensetzung der Studenten. Die Einteilung der Universitätsangehörigen in die Österreichische, Rheinische, Ungarische und Sächsische Nation zeigte die traditionellen Einzugsgebiete der Universität. Im Mittelalter kam ein Großteil der Wiener Studenten aus Süd- und Mitteldeutschland; die Rheinische Nation war die zahlenmäßig größte.[251] Nach 1520 blieben diese Studenten weitgehend aus. Neben der Unsicherheit des Studienplatzes Wien waren dafür konfessionelle Gründe und die Qualität der Lehre entscheidend. Viele Studenten aus den Rheinlanden entschieden sich für eine der neugegründeten protestantischen Universitäten, an denen auch die besseren Lehrer zu finden waren. Ab dieser Zeit nimmt der Anteil der Studenten der Österreichischen und Ungarischen Nation zu, während die Studenten der Sächsischen Nation stets den zahlenmäßig geringsten Anteil stellten. Vor allem der Anteil der direkt aus Wien stammenden Studenten wuchs in der Neuzeit auf über 50 %, während er im Mittelalter noch

sehr gering gewesen war.[252] Trotz der geänderten Zusammensetzung blieb die Nationeneinteilung bis ins 19. Jahrhundert bestehen.[253] Allerdings wurde mehrfach eine Neueinteilung diskutiert: So wurde 1747/48 die Aufhebung der Sächsischen Nation zugunsten einer Böhmischen Nation (Studenten aus den Gebieten der Wenzelskrone wurden zur Ungarischen Nation gerechnet) diskutiert, da diese zahlenmäßig stark vertreten war.[254] Erst 1838 wurden anstelle der Rheinischen Nation die Rheinisch-slavische Nation und anstelle der Sächsischen Nation die Italienisch-illyrische Nation eingeführt.[255] Was die soziale Gliederung der Studenten anging, so waren seit der Gründung der Universität die sozial schwächeren Schichten stark vertreten. Der Anteil der »Armen« *(pauperes)*, die von der Zahlung der Immatrikulationsgebühren befreit waren, lag meist zwischen einem Viertel und der Hälfte der Gesamtimmatrikulationen. Der Anteil des Adels an den Studenten war dagegen sehr gering; er bewegte sich zwischen ein und zwei Prozent der Immatrikulationen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde dieser Anteil etwas höher; so sind 1780 14 % der Immatrikulierten als Adelige (»nobiles«) vermerkt.[256] Allerdings war zu dieser Zeit die Zahl der geadelten Universitätslehrer und sonstiger Beamter schon recht hoch, so dass ein Großteil der adeligen Studenten von den Söhnen dieses Beamtenadels gestellt wurde.

Die Unterrichtsmethoden änderten sich im Vergleich zum Mittelalter nicht wesentlich; noch immer waren Vorlesung (»lectio«), Wiederholung (»repetitio«) und Disputation (»disputatio«) die Teile des Unterrichts. Allerdings war durch die Festlegung der Lehrstühle in den Reformgesetzen Ferdinands I. der Lehrplan sehr genau vorgegeben und ließ wenig Raum für alternative Vorlesungen. Die früher vor allem an der Artistenfakultät lesenden freien Lektoren verloren an Bedeutung.[257] Durch diese Reglementierung des Lehrplanes waren auch die Studenten einer immer stärkeren Kontrolle unterworfen. Doch nicht nur die Studienleistungen, auch die sonstigen Lebensumstände unterlagen dieser Kontrolle. Im 16. Jahrhundert war es noch weitgehend die Überwachung des religiösen Bekenntnisses der Studenten, die dem Landesfürsten ein Anliegen war: Die Verfügungen Ferdinands I. ermahnten die Universität mehrfach, die Rechtgläubigkeit der Studenten zu kontrollieren.[258] Durch die immer stärkere Dominanz der Jesuiten im Bildungswesen wurde dies gewährleistet. Ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts richtete sich das Hauptaugenmerk auf den sozialen und finanziellen Hintergrund der Studenten sowie auf ihr sonstiges Betragen. Der Zugang zum Studium wurde den sozial schwächeren Schichten zunehmend erschwert. Die Universität hatte seit ihrer Gründung keine sozialen Schranken aufgerichtet; arme Studenten waren von der Zahlung diverser Gebühren, die direkt der Universität und den Fakultäten zugute kamen, befreit. Die Zahlungen an die vortragenden Lehrer unterlagen deren Ermessen.[259] Auch der Unterricht der Jesuiten war – da unentgeltlich – für ärmere Schüler leichter erschwinglich. Diese Möglichkeit des sozialen Aufstieges über die Bildung wurde nun durch landesfürstliche Erlässe eingeengt. Immer wieder wurde gefordert, dass die Schüler, *sonderlich die Armen*, streng zu prüfen seien, ob sie auch die notwendige Eignung zum Studium hätten.[260] Bestimmungen über die Behandlung untalentierter, aber zah-

lungskräftiger Schüler finden sich dagegen nicht. Die Einführung des Schulgeldes 1784 diente ebenfalls dazu, ärmere Schüler von den höheren Studien abzuhalten.

Auch die Wohnsituation der Studenten änderte sich im Laufe der Neuzeit. Im Mittelalter bestand noch weitgehend die Verpflichtung, in Bursen oder Kodreien zu wohnen; das Wohnen außerhalb dieser von der Universität kontrollierten Quartiere war an eine Bewilligung des Rektors gebunden und wurde nur in Ausnahmefällen gestattet. Seit dem Beginn des 16. Jahrhunderts wurde dieser Bursenzwang immer mehr gelockert. Die mittelalterlichen Bursen waren zu einem großen Teil »Unternehmerbursen«, die zwar mit der Universität verbunden waren, aber weitgehend eigenständig agieren konnten. Hier erhielten die Studenten nicht nur Quartier und Verpflegung, sondern auch Unterricht. Da die Vorlesungen im 16. Jahrhundert stark normiert wurden, fiel die Notwendigkeit dieses Unterrichts weg. Die meisten Unternehmerbursen verschwanden im Laufe des 16. Jahrhunderts. Die »Stiftungsbursen« dagegen, die als Teil einer Stipendienstiftung bestanden, konnten sich halten.[261] Allerdings verloren auch sie ihre Bedeutung für die Unterbringung der Studenten, da viele Stiftungen dazu übergingen, ihren Stipendiaten nur Geldbeträge auszuzahlen und ihnen keine Quartiere zur Verfügung stellten. Traditionelle Bursen wie die Lammburse, Bruckburse oder Rosenburse wurden im Zuge der »Sanctio pragmatica« von 1623 den Jesuiten übergeben und für die Errichtung der Kirche und der verschiedenen Kollegien geschleift.[262] Die Stipendien wurden als Geldstipendien weitergeführt. Etliche dieser Stipendiaten fanden Unterkunft in den neuerrichteten Kollegien. Der Großteil der Studenten musste sich privat um Wohnungen umsehen. Auch das größte studentische Armenhaus, die Kodrei Goldberg (benannt nach dem Vorsteher Johann Aldeholz aus Goldberg in Schlesien), wurde den Jesuiten übergeben. Die Jesuiten kümmerten sich zwar um die armen Studenten, boten ihnen aber offenbar nur eingeschränkt Unterkünfte. Etwa um 1635 klagen die Juridische und Medizinische Fakultät in einem Bericht an das Konsistorium, dass durch die Übergabe des Goldbergs die armen Studenten keine Unterkunft mehr hätten und dass die Universität ein Haus für sie bereit stellen sollte.[263] Der Goldberg wurde im Laufe der Zeit ebenfalls in eine Stiftung umgewandelt. 1735 wurde für diese Stiftung nachträglich ein Stiftbrief errichtet. Bezeichnenderweise kam die nunmehr bestätigte Stiftung in erster Linie den Söhnen von Universitätsangehörigen zugute.[264] Arme Studenten konnten auch im städtischen Armenhaus Unterkunft finden.[265] Die Änderung der Wohnsituation mag unter anderem damit zu tun haben, dass ein immer höherer Prozentsatz der Studenten direkt aus Wien oder aus der näheren Umgebung kam und während des Studiums bei Eltern oder Verwandten wohnen konnte. Diejenigen Studenten, die diese Möglichkeit nicht hatten, mussten – wie oben erwähnt – unter teilweise recht ärmlichen Umständen wohnen und studieren. Um sich ihr Studium zu finanzieren, mussten sie zusätzlich Geld verdienen. Mögliche Einnahmequellen waren die Annahme eines Dienstpostens vor allem bei Universitätsangehörigen oder Betteln und Singen. Gerade diese »Bettelstudenten« *(Abb. 84)* gerieten durch ihr öffentliches Auftreten in das Blickfeld der Behörden, die gegen sie Maßnahmen einleiteten.[266] Die Universität dagegen stand diesem Phänomen weitgehend neutral gegenüber.



Abb. 84: Bettelstudenten (15. Jh.)

Eine andere Möglichkeit, der studentischen Armut zu begegnen, waren die zahlreichen Stipendienstiftungen, die bei der Universität bestanden. Ein Großteil dieser Stiftungen wurde erst ab dem 16. Jahrhundert errichtet. Neben den Stiftungen, die für Familienangehörige der Stifter gedacht waren, richteten sich die meisten Stiftungen an »arme« Studenten. Die sonstigen Aufnahmebedingungen waren je nach Stifter unterschiedlich. Allerdings kamen die tatsächlich armen Studenten, wie sie oben beschrieben wurden, wohl kaum in den Genuss dieser Stiftungen. Der Begriff »Armut« wurde vermutlich eher dahingehend interpretiert, dass das Familienvermögen nicht für die Finanzierung des Studiums ausreichte, und es keine existenzielle, sondern eine standesmäßige Armut war. Außerdem wurden Stipendienplätze trotz gegenteiliger Verfügungen oft auf Grund von Protektion vergeben.[267] Unter den Stipendiaten finden sich oft Namen, die

auf Verwandtschaft mit Universitätsangehörigen schließen lassen; auch Einflussnahme von Seiten des Herrscherhauses kam vor: So intervenierten Ferdinand I. und sein Sohn Maximilian zugunsten des Franz Gramber, des Sohnes einer Dienerin des Erzherzogs Ernst.[268] Trotz dieser Beeinflussung von außen standen die Stipendien lange Zeit unter der Verwaltung der Universität; erst unter Maria Theresia wurde die Kontrolle verschärft. Das Konsistorium hatte der Landesregierung regelmäßig Berichte über die Verwaltung der Stiftungskapitalien und die Vergabe der Stipendien vorzulegen; letztere benötigte die Bewilligung der Regierung.[269] Auch weiterhin wurden Stipendien nicht an »tatsächlich« Arme, sondern an »relativ« Arme vergeben. Beamtensöhne wurden bei der Stipendienvergabe sogar bevorzugt behandelt.



Abb. 85: Tanzmeister

Viele Freizeitvergnügungen der Studenten sind hauptsächlich durch Verbote und regulierende Maßnahmen bekannt. So wurden beispielsweise Schlittenfahrten oder bestimmte Spiele – vor allem Glücksspiele – mehrfach verboten.[270] Weitere immer wieder geäußerte Verbote betreffen den Besuch von Gasthäusern und Theatern (mit Ausnahme des akademischen Theaters) und den Umgang mit Frauen. Generell näherte sich die Lebensweise vieler Studenten trotz beengter finanzieller Verhältnisse ab dem 17. Jahrhundert jener des Adels an, wofür auch die Bestellung von akademischen Fecht- und Tanzmeistern *(Abb. 85)* spricht.[271] Auch das Tragen von Degen, welches ein Adelsprivileg war, wurde von den Studenten in Anspruch genommen. So erhielten 1759 die an der Universität immatrikulierten Apothekergesellen dieses Recht, das sie den übrigen Studenten gleichstellte.[272] Dies entsprach einem allgemeinen Trend der Universität, die ihre Angehörigen als Geistesadel sah und für sich das Recht auf Adelsverleihungen in Anspruch nahm. Im 18. Jahrhundert kam es zu einem langanhaltenden Rechtsdisput der Universität mit der Regierung, nach dem diese einem Juristen das Tragen von »Pleureusen« (Trauerschleifen) verboten hatte, welche als Privileg des Adels galten. Die Universität berief sich auf ihr Recht, Adelsverleihungen vorzunehmen, war aber damit nicht erfolgreich.[273]

Vor allem aus den zuletzt genannten Ge- und Verboten mag das Bild des rauf- und sauflustigen Studenten entstehen, der sein Leben genießt und sich wenig um seine Studien kümmert. Die besprochenen Beispiele behandeln jedoch meistens Abweichungen

von der Norm; das Alltagsleben der Studenten war sicher weit mehr von Arbeit und Lernen als von Vergnügungen geprägt, was jedoch nicht in dem Maß überliefert wurde.

Über das Alltagsleben der sonstigen Schüler lassen sich mangels Quellen noch weniger Angaben machen. Schülerkataloge der Wiener Gymnasien sind erst ab dem 18. Jahrhundert erhalten. Die meisten Schüler der Gymnasien stammten aus Wien; andere Schüler finden sich nur vereinzelt.[274] So waren unter den Stipendiaten, die das Jesuitengymnasium besuchten und im Konvikt lebten, auch Schüler, die nicht aus Wien kamen. Unter den Schülern des Schottengymnasiums finden sich einige Schüler aus Deutschland oder Italien,[275] und das Gymnasium bei St. Anna hatte ein gewisses Kontingent an Schülern aus Ungarn und Siebenbürgen.[276] Was die soziale Herkunft der Schüler anlangt, so bemühten sich die Jesuiten mit steigenden Schülerzahlen mehr und mehr um Schüler aus sozial höheren Schichten, während die Piaristen sich gerade der Kinder der kleinen Leute annahmen. Das Schottengymnasium dagegen war ein ausgesprochenes Adelsgymnasium; nichtadelige Schüler wurden nur im Ausnahmefall angenommen.[277] In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts schickte der Adel seine Söhne eher ins Theresianum, sodass die Gymnasiasten hauptsächlich aus dem städtischen Bürgertum und der Beamtenschicht kamen.[278]

In der Frühphase der Gymnasien wurden die Schüler meist ohne genauere Prüfung aufgenommen; die Jesuiten begannen wegen des großen Andrangs zu ihrer Schule eine Auslese zu treffen und prüften die fachliche und charakterliche Eignung der aufzunehmenden Schüler. Auf Grund der landesfürstlichen Verordnungen kamen ab dem 17. Jahrhundert noch soziale und finanzielle Kriterien dazu.[279] Die Piaristen dagegen trafen keine derartigen Maßnahmen; so erklärte der Rektor des Josefstädter Gymnasiums auf einen landesfürstlichen Befehl hin, dass er Aufnahmeprüfungen ablehne, da über die Tauglichkeit der Schüler meist erst nach einer gewissen Studienzeit entschieden werden könne.[280] Trotz dieser Weigerung war seit 1735 eine Aufnahmeprüfung für die Gymnasien vorgeschrieben; 1775/76 wurde diese Verordnung nochmals bekräftigt. Die Schüler mussten die in den Elementarschulen gelehrten Gegenstände beherrschen und entsprechende Zeugnisse vorweisen. Außerdem sollten die Vermögensverhältnisse berücksichtigt werden. Schüler aus ärmeren Familien durften nur mit ausgezeichneten Noten ins Gymnasium eintreten, während sozial und finanziell besser gestellte Schüler auch mit mittelmäßigen Fähigkeiten aufgenommen wurden.[281] Auch für die Gymnasiasten war die Einführung des Schulgeldes eine zusätzliche soziale Hürde.

Was den Tagesablauf der Schüler anlangt, so war dieser weitgehend von den jeweiligen Lehrplänen abhängig. Die »Ratio studiorum« der Jesuiten sah einen Wechsel von Lernen, Gebet und Freizeit vor, der die Schüler den ganzen Tag beschäftigen sollte.[282] Diese Ordnung galt sowohl für die Schüler der Kollegien als auch für die außerhalb wohnenden Schüler.[283] Der Lehrplan des Schottengymnasiums orientierte sich weitgehend an der Ordnung der Jesuiten. Der Lehrplan der Piaristen war ebenfalls dem der Jesuiten ähnlich; er unterschied sich hauptsächlich durch die Lehrmethoden. Individuelle Berichte über den Schulalltag sind selten und behandeln meist Fehlverhalten.

Insgesamt wurden Schüler und Studenten bis zum Ende des 18. Jahrhunderts einer immer genaueren Kontrolle durch den Staat unterworfen. Dies begann mit der Aufnahme in die Schule; Studienleistungen und Betragen wurde überwacht – bis hin zur Vorschreibung der Sitzplätze in den Hörsälen.[284] Diese Kontrolle und Auslese entsprach ebenfalls der Nutzbarmachung des Schulwesens für den Staat.

Schlussendlich soll noch das Verhältnis zwischen den Schulen und der Stadt kurz beleuchtet werden: Die städtischen Elementarschulen waren zumeist unter Mitwirkung des städtischen Magistrats eingerichtet worden; die Lehrer wurden vom Magistrat angestellt und teilweise auch besoldet. Da auch die Schüler meist aus der Stadt kamen, standen sie ebenfalls in engerer Beziehung zu dieser und unterstanden der städtischen Gerichtsbarkeit.

Mit der Universität und den ihr verbundenen Gymnasien verhielt es sich anders. Zwar befand sich die Universität in der Stadt und hatte hier Grundbesitz, ihre Angehörigen waren teilweise ebenfalls Stadtbürger. Dennoch waren sie über lange Zeit nicht wirklich Teil der Stadt, sondern waren auf Grund der eigenen universitären Gerichtsbarkeit ein Fremdkörper in der Stadt. Dementsprechend finden sich in den Quellen häufig Beispiele für Auseinandersetzungen zwischen der Universität und der Stadtobrigkeit. Ein immer wiederkehrender Streitpunkt zwischen der Universität und dem städtischen Magistrat war die Frage der Jurisdiktion über die Universitätsangehörigen, die Besitz in der Stadt hatten.[285] Auch die Jurisdiktion über jene Universitätsangehörigen, die mit städtischen Gesetzen in Konflikt gerieten, führte immer wieder zu Auseinandersetzungen. Vor allem Studenten wurden wegen der Beteiligung an Raufereien von der Stadtwache verhaftet, wogegen die Universität Protest einlegte und deren Auslieferung verlangte. Der Magistrat sah darin eine Einschränkung seiner Rechte und war wohl auch im Zweifel, ob die Universitätsangehörigen tatsächlich bestraft wurden. Diese Zweifel wurden offenbar von der Landesregierung geteilt: 1733/34 verlangte die Regierung von der Universität einen Bericht über die Bestrafung von Schülern des akademischen Kollegs und des Schottengymnasiums, die die Stadtwache angegriffen hatten.[286] 1763 wurde es dem Pedell untersagt, die Verhaftung von Universitätsangehörigen zu verhindern; 1776 wurde verfügt, dass bei Gesetzesübertretungen in der Stadt die Verhaftung von der Stadtwache vorzunehmen sei. Universitätsangehörige mussten aber der Universität übergeben werden, die die Verurteilung vorzunehmen hatte. Durch die Aufhebung der universitären Gerichtsbarkeit wurde dieser Streitpunkt beigelegt.[287] Das Verhältnis zwischen Vertretern der Universität und dem Magistrat war ebenfalls nicht genau definiert, was sich meist in Streitigkeiten über die Rangfolge bei Prozessionen und ähnlichem ausdrückte.[288] Dennoch war die Beziehung zwischen Stadt und Universität nicht nur von diesen Gegensätzen geprägt. Gerade zu Zeiten kriegerischer Auseinandersetzungen stellten sich Universitätsangehörige zunehmend dem Militärdienst, auch wenn die Universität sich ursprünglich gegen den Kriegsdienst der Studenten und Lehrer aussprach. Waren bei der ersten Belagerung Wiens 1529 noch die meisten Studenten und Professoren aus der Stadt geflohen, so wurde zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges 1619 ein Kontingent



Abb. 86: Studenten und Krieg – Trommel des Studentenaufgebots von 1683

von 400 Studenten aufgestellt. 1632, 1645 und 1663 fanden ebenfalls Musterungen statt. Bei der zweiten Belagerung Wiens 1683 stellte die Universität drei Kompanien. Der Mediziner Paul de Sorbait war Oberstwachtmeister des Studentenaufgebots, welches sich bei der Verteidigung der Stadt mehrfach auszeichnete.[289] Auch zu Beginn der Regierungszeit Maria Theresias und während der Koalitionskriege wurden Studenten gemustert *(Abb. 86)*.[290]

Die zunehmende Kontrolle durch den Staat und vor allem die Aufhebung der universitären Gerichtsbarkeit entzogen möglichen Konflikten zwischen der Universität und der Stadt den Boden. Die Universität war nun auch rechtlich in die Stadt eingebunden.



Literatur und intellektuelles Leben

Dichtung und Wissenschaft, Rhetorik und Gelehrsamkeit waren im 16. Jahrhundert, in der Blütezeit des Humanismus, untrennbar miteinander verwoben. So umfasste das von Konrad Celtis 1501 an der Universität Wien ins Leben gerufene *Collegium poetarum* zwei Lehrstühle für Poetik und Rhetorik, zwei für mathematische Disziplinen. Nachfolger Celtis' als Vorstand des Poetenkollegs war Johannes Cuspinianus (1473–1529), der oft als bedeutendster Humanist Wiens bezeichnet wird. Als Entdecker und Editor antiker und mittelalterlicher Quellen, wie der Chronik des Cassiodor oder der Chronik des Otto von Freising, erwarb er sich bleibenden Ruf. Sein Hauptwerk »De Caesaribus atque Imperatoribus Romanis«, ein »Kaiserbuch« von den Römern bis Maximilian I., wurde erst 1540 gedruckt, erschien dafür aber gleich im Jahr darauf auf Deutsch. Cuspinian, der von Lucas Cranach d. Ä. in einem berühmten Doppelbildnis mit seiner Frau Anna Putsch porträtiert wurde, liegt im Stephansdom begraben.

Erst die Rückverlegung der Habsburgerresidenz nach Wien 1533 schuf – nach hundertjähriger Abwesenheit – den Nährboden für eine höfische Wissenschaft. Am toleranten Hof Maximilians II. waren Protestanten, wie der schlesische Arzt Johannes Crato von Crafftheim (1519–1585), zugleich Freund des Reformators Philipp Melanchthon und Vertrauter Maximilians, oder der Botaniker Charles de l'Ecluse (Carolus Clusius, 1526–1609) tätig. Beide waren nicht an der Wiener Universität ausgebildet worden, sondern wurden als bereits international renommierte Experten an den Hof berufen.

Der Wiener Hof war ein humanistisches Zentrum, und Latein war die Sprache der gebildeten Schicht. Der Kreis um Maximilian war in höchstem Maße kosmopolitisch und zog vor allem Italiener und Niederländer an, die nach Anerkennung und ungestörten Arbeitsbedingungen suchten. Die Universität unterstand in dieser Zeit direkt dem Hof, und viele Humanisten hatten Stellen an der Universität inne. Themen der Disputationen, der akademischen rhetorischen Wortgefechte, waren u. a. Literatur, Inschriften, Moral und Grundsätze der Erziehung. Maximilian selbst war bei vielen dieser aristotelisch geprägten Disputationen zugegen und stieg dann und wann selbst in die Argumentation ein.[291]

Mit dem Wiener Stadtleben hatte die Dichtung der Humanisten wenig bis nichts zu tun. Die neulateinischen Elegien eines Paul Fabritius waren für eine internationale humanistische Gelehrtengemeinschaft geschrieben, die in ausgedehnter Korrespondenz ein Kommunikationsnetz über ganz Europa gezogen hatte, nicht für ein lokales Publikum. Der aus Polen stammende Paul Fabritius (1529–1589) war eine der Schlüsselfiguren des geistigen Lebens in Wien und in vielen, heute unvereinbar scheinenden, damals aber in ihrer Kombination fast typischen Funktionen tätig: Er war Mathematiker, Astronom, Botaniker, Geograph und kaiserlicher Leibarzt, darüber hinaus Mitglied der Kalenderreformkommission. Er sorgte auch dafür, dass die Dichterkrönungen, wie sie zu Beginn des Jahrhunderts üblich gewesen waren, wieder eingeführt wurden.[292] Die Dichtkunst wurde

in regelmäßigen Dichterfesten zelebriert, bei denen Fabritius, der Rechtsgelehrte Peter de Rotis, der Professor für Rhetorik an der Universität Wien, Elias Corvinus, und andere den Vorsitz führten. Dem Erfolgreichen winkten die Gunst des Kaisers und der Titel eines »poeta laureatus«.[293]

Die große Zahl der Gelehrten, die sich vom Hof in Wien angezogen sah, soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nur einer Minderheit möglich war, angemessene Stellen zu erlangen. So bemühte sich der aus Ungarn gebürtige Johannes Sambucus (János Zsámboky, 1531–1584), Verfasser eines einflussreichen Emblembuchs (1564) und in ganz Europa als Kenner des Griechischen berühmt, vergeblich um eine angemessene öffentliche Anstellung in Wien.[294]



Abb. 87: Wolfgang Lazius (Grabplatte in der Peterskirche)

Zahlreiche Universitäts- und Hofämter hatte dagegen Wolfgang Lazius (1514 bis 1565) inne, darunter auch das eines Vorstehers der königlichen Sammlungen. Auf ausgedehnten Bibliotheksreisen durch die Erblande sammelte er Materialien und Quellen, die die Grundlage der ersten Landeskunde Österreichs, die er 1545 im Druck herausgab, bilden sollten. Lazius *(Abb. 87)* verdanken wir auch die erste Stadtgeschichte Wiens, »Vienna Austriae« (1546). Erst 1619 wurde sie vom Rektor der Bürgerschule zu St. Stephan, Heinrich Abermann, ins Deutsche übersetzt und mit *etlichen Annotationibus auch anderen schönen Historien gemehrt* in den Druck gegeben. In bitterer Konkurrenz stand der fleißige und gewissenhafte Lazius zu dem glamourösen, international orientierten Antikenkenner und kaiserlichen Berater in ästhetischen Fragen, Jacopo da Strada (1507–1588), der in seinem prächtigen Palais in der Nähe des heutigen Burgtheaters ein großes Haus führte. Beide wurden immer wieder mit der Ausarbeitung von Konzepten für Ehrenpforten und sonstige Festarchitekturen beauftragt.[295] Einen Eindruck von der Unterschiedlichkeit der beiden Charaktere mag allein ein Vergleich der Grabplatte des Lazius in der Peterskirche und des Porträts Stradas von Tizian *(Abb. 88)*, das im Kunsthistorischen Museum zu sehen ist, geben – hier der ernsthafte Manuskriptsammler, dort der weltgewandte Kunstconnaisseur.

Lazius jedenfalls, der auch umfangreiche Werke zur antiken Geschichte, Numismatik, Genealogie und Geographie verfasste, blieb bis ins 18. Jahrhundert hinein die maß-

gebliche Autorität auf dem Gebiet der Stadtgeschichte. Seine Stadtbeschreibung sollte erst knapp 200 Jahre später durch Matthias Fuhrmanns »Alt und Neues Wien« (1739) abgelöst werden.

Man bemühte sich, auch den aufstrebenden Humanisten Justus Lipsius, der zu seinen Lebzeiten ebenso berühmt werden sollte wie Erasmus von Rotterdam, für Wien zu ge-



Abb. 88: Porträt des kaiserlichen Antiquarius Jacopo da Strada, Ölgemälde von Tizian, 1566/67



Abb. 89: Augier Ghislain de Busbecq

winnen, und tatsächlich stattete dieser dem Hof einen ausgedehnten Besuch ab. In seiner sorgsam erstellten Autobiographie nannte er an erster Stelle unter den heimischen Größen den kaiserlichen Diplomaten Busbecq, dessen bekannter Bericht über das Osmanische Reich viele Exkurse über die Antike sowie linguistische Anmerkungen enthält. Es war Augier Ghislain de Busbecq *(Abb. 89)*, der gleichsam die Grundlage für das Tulpenfieber des 17. Jahrhunderts schuf. Als Gesandter Ferdinands I. an den Hof des Sultans des Osmanischen Reichs sah er 1556 erstmals die von den Türken kultivierten Tulpen, die in den Gärten von Adrianopel/Edirne und Konstantinopel/Istanbul blühten.

Eine weitere von Erfolg gekrönte Unternehmung war Sigmund von Herbersteins (1486–1566) Gesandtschaftsreise nach Russland, die mit der »Moskowitische(n) Reisebeschreibung« einen großen internationalen Bucherfolg nach sich zog. Nachdem der Reisebericht 1549 im lateinischen Original (»Rerum Moscoviticarum Commentarij«) erschienen war, wurde er in der Folge in alle westeuropäischen Sprachen übersetzt. Her-

bersteins Ausführungen blieben bis ins 18. Jahrhundert die verbindliche Quelle über das russische Reich.

Nach der erfolgreichen türkischen Reise war Busbecq auch gemeinsam mit Carolus Clusius mit Konzepten für die Bepflanzung des Lustgartens und des Blumengartens des unter Maximilian II. erbauten Schlosses Neugebäude – heute in Wien-Simmering – betraut. Der französische Botaniker Clusius war es im Übrigen, der die Tulpe nach Holland brachte. Er war 1573 von Maximilian II. nach Wien berufen worden und legte in seiner Funktion als Hofbotaniker nicht nur einen Medizinalkräutergarten, sondern auch das erste Alpinum an. Aus seiner Feder stammt das erste Buch über die Flora des Landes, das er zu Forschungszwecken auch durchwanderte. So bestieg er gemeinsam mit Paul Fabritius als erster den niederösterreichischen Ötscher. Die meisten Wiener würden sein Andenken aber wahrscheinlich weniger aufgrund seiner botanischen Arbeiten hochhalten als vielmehr wegen der heute zentralen Elemente der Wiener Alltagskultur, die ihm zu verdanken sind: 1576 führte er die Kastanie, 1588 den Erdapfel ein.

Die Hofbibliothek war gerade von Busbecq und anderen um wertvolle griechische Manuskripte bereichert worden, als 1575 Hugo Blotius das Amt des Hofbibliothekars übernahm. In einem von Maximilian II. aus Prag an den Hofkammerrat Helfrich Guett gerichteten Schreiben heißt es: *Getrewer lieber. Wir erindern dich genedigclich, das wir Zaigern disß, Doctorem plocium, Zu vnserm Bibliothecario genedigclich angenommen. Dier hieneben die Schlüsseln Zu vnserer Biblioteca in dem Minoriten Closter oder hofspital vberschickhendt vnnd genedigclich beuelhendt, das du angetzogne Biblioteca eröffnen [...].*[296] Der Kaiser schickte also aus Prag die Schlüssel für die Bibliothek nach Wien, woraus wir schließen, dass sie nicht eben frequentiert war. Blotius' Reaktion auf den Zustand der Bibliothek, die damals rund 20.000 Einzelwerke in 7.379 Bänden umfasste, bestätigt dies: *In welchem Zustand, du lieber Gott, haben wir sie (die Bibliothek) im Juli des vergangenen Jahres angetroffen! Wie ungepflegt und wüst erschien alles – wie viel Schimmel und Fäulnis überall – wie viele Schäden von Motten und Bücherwürmern – wie war alles von Spinnennetzen überzogen!*[297] In einem Schreiben an den Vizekanzler Weber hielt Blotius fest, dass ab sofort täglich gelüftet werden müsse. Wichtiger noch als diese banale Aufräumarbeit war freilich die Erstellung eines ersten Katalogs, mit der Blotius beauftragt war, sodass nicht nur der Bestand erschlossen wurde, sondern auch Diebstähle bemerkt werden konnten. Als Nachfolger von Wolfgang Lazius sah er sich zunächst mit einer kaum geordneten Ansammlung von Büchern aus dem kaiserlichen Privatbesitz konfrontiert. Die Hofbibliothek war ein kontinuierlich gewachsener Bestand, den er schrittweise in eine strukturierte Aufstellung überführte, katalogisierte und auch der Öffentlichkeit zugänglich machte. Selbst ein international renommierter Wissenschaftler, unterhielt der aus Delft stammende Blotius Briefwechsel mit Gelehrten in ganz Europa und führte sorgfältige Verzeichnisse mit Adressen und Titeln seiner Freunde.

Um eine Vermittlung zwischen der antiken Tradition und der deutschen Volkssprache ging es freilich keinem der Star-Humanisten des Wiener Hofes. Auch die Erziehung in jesuitischen und anderen von Orden geführten Bildungsanstalten war weitestgehend

am Lateinischen orientiert; und auch beispielsweise die Spanier, die Ferdinand I. an seinen Hof nach Wien holte, dichteten in der überwiegenden Mehrzahl lateinisch – und nicht spanisch.[298] Verdienste um die Entwicklung volkssprachlicher Dichtung erwarben sich eher Lehrer in den Schulen der Stadt, wie beispielsweise Wolfgang Schmeltzl, der ab 1540 am Wiener Schottenstift unterrichtete und dort – ganz in der Tradition der lateinischen Unternehmungen des Celtis – Schuldramen mit biblischen Inhalten, erstmals aber in der Volkssprache, aufführen ließ. Schmeltzl zeigte sich aber nicht allein dem humanistischen Ideal verpflichtet und dichtete im genuin deutschen Knittelvers einen »Lobspruch der hochlöblichen weitberümbten Küniglichen Stat Wienn in Osterreich« (1547) *(Abb. 90)*.

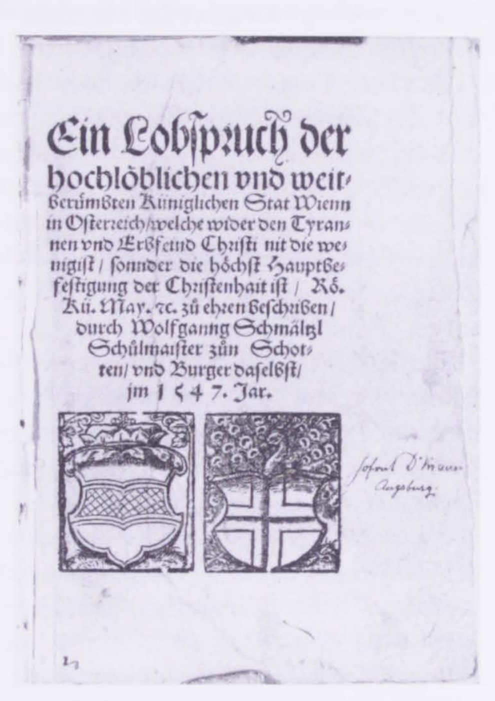

Ein Lobspruch der hochlöblichen vnd weitberümbten Küniglichen Stat Wienn in Osterreich/welche wider den Tyrannen vnd Erbfeind Christi nit die wenigist/ sonnder die höchst Hauptbefestigung der Christenhait ist/ Rö. Kü. May. etc. zů ehren beschriben/ durch Wolfganng Schmältzl Schůlmaister zůn Schotten/ vnd Burger daselbst/ im 1547. Jar.

Abb. 90: Wolfgang Schmeltzl, Lobspruch auf Wien, Titelblatt

Die bekanntesten Buchdrucker zu Beginn des 16. Jahrhunderts waren Hieronymus Vietor (†1546) und Hans Singriener (um 1480 – 1545), die von 1510 bis 1514 auch einen gemeinsamen Buchhandel am Alten Fleischmarkt besaßen. Buchhändler waren in Wien traditionell insbesondere auf der Brandstätte anzutreffen, aber auch im Bischofshof bei St. Stephan. Konkurrenz machten den ansässigen Buchhändlern fahrende Buchführer, die auf Märkten wie dem Christi-Himmelfahrts-Markt oder dem Katharinenmarkt ihre Ware feilboten. Seit dem 13. Jahrhundert fanden Jahrmärkte in Wien zweimal im Jahr statt. Von zunächst zwei wurden sie Ende des 14. Jahrhunderts auf vier Wochen ausgedehnt und um Christi Himmelfahrt im Frühling und St. Katharina (25. November) abgehalten.

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts wurden verstärkt Zensurmaßnahmen gesetzt. 1522 wurden Drucker und Buchführer angewiesen, verdächtige Bücher weder zu drucken noch zu verkaufen. Ab 1528 durften Druckereien nur noch in Residenzstädten und Provinzhauptstädten betrieben werden. Darüber hinaus wurde eine Zensurbehörde eingerichtet, der in Wien der Bischof vorstand, während die Universität das Aufsichtsrecht erhielt. Dies blieb so, bis Kardinal Khlesl 1615 das Zensurrecht – zwar nicht ohne Widerstände, aber doch – ganz an sich zog. Eine protestantische Druckertätigkeit konnte sich in Wien nie richtig entfalten, und auch die Druckerei der niederösterreichischen – evangelischen – Landstände im Wiener Landhaus, die von 1576 bis 1618 bestand, war

nur sporadisch in Betrieb.[299] Die katholische Seite arbeitete vielmehr mit monopolartig agierenden Druckereien. Im Wien des 17. Jahrhunderts waren die Offizinen von Gregor Gelbhaar und Matthias Formica die einschlägigen Hauptakteure. Ab 1640 waren sogar noch ihre beiden Betriebe verschmolzen, nachdem Matthäus Cosmerovius von Gelbhaar die Funktion des Hofbuchdruckers übernommen und Formicas Witwe geheiratet hatte. Weitere wichtige Drucker des barocken Wien waren Johann van Ghelen und dessen Sohn Johann Peter. Um 1700 bestanden in Wien sieben Buchdruckereien.

Das Haus Formica-Cosmerovius ist auch von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Wiener Zeitungswesens. Matthias Formica war Herausgeber der ersten periodisch erscheinenden Zeitung, der »Ordinari Zeittung«, die ab 1621 wöchentlich erschien. Das Wort Zeitung bedeutete im Sprachgebrauch der Frühen Neuzeit nichts anderes als ›Neuigkeiten‹ oder ›Nachrichten‹. So erhielt beispielsweise Matthäus Formica 1588 das kaiserliche Privileg, die *wöchentlich einlangenden ordinari und extraordinari Zeitungen zu drucken.*[300] Diese Zeitungen erschienen dann wöchentlich im Quartformat auf ein oder zwei Blättern.

Der Hof der Habsburger in Wien war für die deutschsprachige Literatur auch im 17. Jahrhundert kein Musenhof. Man richtete zwar sehr wohl eine Dichterakademie ein – doch eine italienische. Zweifellos hegte der kaiserliche Hof in Wien ein weitaus größeres Interesse für die Musik als die Literatur, und so waren die Hofdichter in erster Linie Librettisten. So stand das 17. Jahrhundert im Zeichen des Italienischen, und sogar noch in der französisch geprägten Aufklärungszeit waren es ausschließlich italienische Dichter, die den Rang eines Hofdichters zu erobern vermochten: Apostolo Zeno (ab 1719), Pietro Metastasio (ab 1730), Giambattista Casti (ab 1778), Lorenzo da Ponte (ab 1784 bis zum Tod Josephs II.) – alle im Wesentlichen mit dem Verfassen von Libretti für Opern – so für Salieri und Mozart (da Ponte) – befasst.

Die erste italienische Dichterakademie, die so genannte »Accademia de' Crescenti«, beruhte auf einer Initiative von allerhöchster Stelle. Erzherzog Leopold Wilhelm hatte zehn Angehörige des Hofstaats ausgewählt, die sich regelmäßig zu gelehrten Zusammenkünften treffen sollten. Der Erzherzog selbst trug den Gesellschaftsnamen »Il Crescente«, sein Bruder Kaiser Ferdinand III. war als »L'Occupato« zugegen, dessen Frau Eleonora de Gonzaga als »La Immutabile«.

Die erste Sitzung fand 1657 statt, und zwei Protokolle der Akademiesitzungen sind uns überliefert, ebenso wie ein schmaler Band »Poesie diverse« aus der Hand von Ferdinand III. persönlich, verfasst – wie das Titelblatt anzeigt – ganz in humanistischer Tradition in den »Nebenstunden« (»hore rubate«). Bei den Zusammenkünften wurde zunächst ein Debattenthema vorgegeben, das geistreich und unter Einsatz aller rhetorischen Kunstgriffe und Stilmittel abzuhandeln war – ob die Eifersucht Qual oder Würze der Liebe sei; ob die Schönheit des Geistes jene des Körpers übertreffe; in jedem Fall war das Thema in eine Entscheidungsfrage gegossen, die die rhetorische Argumentation »in utramque partem«, also pro und contra, ermöglichte. Es folgten Musik und der Vortrag der eigenen lyrischen Produktion.

Mit dem Tod Ferdinands 1657 hörte diese Akademie zu bestehen auf. Zehn Jahre nach dem Tod ihres Mannes gründete Eleonora de Gonzaga die »Accademia degli Illustrati« (Akademie der Erleuchteten), selbstredend wiederum eine italienische, nachdem sie nach wie vor kein Wort deutsch konnte. Ab 1674 kam dann noch eine von Leopold I. gegründete »Accademia« dazu. Ablauf und Themenstellungen blieben im Wesentlichen gleich, allein dass Leopold die Akademietätigkeit stärker in die Repräsentation einband und sie in die höfische Festkultur integrierte.

Die Gründung der italienischen Akademie darf nicht als Bewahrungsversuch einer in der Fremde gefährdeten Kultur missverstanden werden. Die Akademien war nach dem Vorbild der florentinischen »Accademia della Crusca« gestaltet, die bereits 1617 als Vorbild für die erste deutsche Sprachgesellschaft, die »Fruchtbringende Gesellschaft« unter dem Vorsitz des Fürsten Ludwig von Anhalt-Köthen, gedient hatte. Unter Leopold I. freilich war es das Deutsche, das wie eine Fremdsprache behandelt wurde. Es berichtet sein Biograph Eucharius Gottlieb Rinck:

> *Hingegen sahe der käyser überaus gerne/ wann man sich in der italienischen [Sprache] bey hofe bediente. Teutsch redete er mit solcher reinlichkeit und zierlichkeit/ daß man sich darüber zum höchsten zu verwundern hatte/ absonderlich da in Oesterreich diese sprache fast in einem fremden lande ist.*[301]

Der Vorschlag, eine Sprachgesellschaft nach deutschem Vorbild zu gründen, kam erst zu Beginn des 18. Jahrhunderts, also fast 100 Jahre nach der ersten Realisierung der Idee, vom kaiserlichen Antiquar Carl Gustav Heraeus. Der schwedische Konvertit war ab 1710 nicht nur für die kaiserliche Medaillensammlung zuständig, er hatte auch Konzepte für ephemere Festarchitekturen und Trauergerüste sowie deutsche und lateinische Inschriften und Gelegenheitsdichtungen zu liefern. 1721 erschienen seine »Gedichte und Lateinische(n) Inschriften« in zweiter, verbesserter Auflage in Nürnberg, eine Publikation, die einen guten Überblick über anlassgebundene literarische Produktion im Dienste höfischer Repräsentation bietet. Neben zahlreichen Gedichten auf das Erzhaus und ranghohe Höflinge ist auch ein Gedicht »Uber Die grosse Wiennerische Glocke Vom Kayser Joseph glorwürdigster Gedächtnuß gestifftet« – die Pummerin, die gerade erst (1711) nach der Türkenbefreiung aus dem Metall türkischer Kanonen gegossen worden war – enthalten.

So sehr Heraeus mit seinem Konzept für eine deutsche Sprachgesellschaft der gesamtdeutschen Entwicklung hinterherhinkte, so innovativ war er andererseits, was seine Poetik betrifft. Hat er doch lange vor Klopstocks »Versuch einer Critischen Dichtkunst vor die Deutschen« (1730) versucht, den Hexameter und das elegische Distichon für das Deutsche fruchtbar zu machen, eine Neuerung, die dem »nicht gesehenen Ruhm« des Kaisers gerecht werden sollte.

Mitglieder in den deutschen Sprachgesellschaften des 17. Jahrhunderts waren fast ausschließlich die protestantischen Adeligen, die fern des Hofs auf ihren Landgütern lebten. Was heute in der deutschsprachigen Barockdichtung bestehen kann, fand folglich auch nicht in Wien statt. Die protestantischen Adeligen lebten in Einsamkeit und Isolation auf

ihren Landsitzen und kamen nur sporadisch nach Wien; so auch Catharina Regina von Greiffenberg (1633–1694), die als Freiherrin von Seisenegg im westlichen Niederösterreich lebte. Die Greiffenberg war ein Jahrzehnt lang (1666–1676) damit beschäftigt, zu versuchen, Kaiser Leopold zum protestantischen Glauben zu bekehren. Die zu diesem Zweck verfasste allegorische Schrift »Adler-Grotta« ist leider nicht erhalten. Der Plan war, dass Vertraute bei Hof dem Kaiser den Text unauffällig zuspielen, und er durch die vermeintlich zufällige Lektüre den »richtigen« Glaubensweg erkenne. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat Leopold den Text nie zu Gesicht bekommen.[302] Die Greiffenberg war als Dichterin in Wien und in Österreich kein Begriff, gedruckt und verlegt wurde sie immer nur außerhalb der Landesgrenzen.

Orientierung und Maßstab für ihre tiefreligiöse, im Sprachlichen höchst innovative, mit bis dahin unerhörten Metaphern-Kombinationen arbeitende Lyrik waren nicht die Hofdichter in Wien, sondern vielmehr die sprachpflegerischen Gesellschaften in Nürnberg und Hamburg, aber auch der dichtende Welfenherzog Anton Ulrich in Braunschweig. Im Kreis der landadeligen Freunde, die in regem Briefwechsel standen und einander häufig besuchten, wurde diese europäische Orientierung noch ergänzt um Übersetzungen aus dem Französischen und dem Spanischen. Zu dem Kreis protestantischer Adeliger zählten der Mentor Greiffenbergs, Wilhelm von Stubenberg (auf der Schallaburg; 1619–1663), Wolf Helmhard von Hohberg (1612–1688) auf Rohrbach bei Haag, Georg Adam von Kuefstein (1605–1656) auf Greillenstein und auch Gottlieb Amadeus von Windischgrätz (1630–1695), der nach seiner Konversion zum Reichsvizekanzler avancierte.

Stubenberg war einer der bedeutendsten Übersetzer seiner Zeit, er übertrug nicht nur die lateinischen Schriften eines Francis Bacon ins Deutsche, sondern auch die aktuellen italienischen (Biondi, Leondini, Loredano) und französischen Romane (Madame de Scudéry). Hintergrund seiner Aktivitäten bildete das Bestreben, das Deutsche literaturfähig zu machen, ganz im Sinne der Fruchtbringenden Gesellschaft, deren Mitglied er war. Hohberg ist Verfasser der bedeutendsten Ökonomie-Schrift des 17. Jahrhunderts, der »Georgica Curiosa« (1682), in denen er die umfassenden Kenntnisse, die er bei der Bewirtschaftung seines Landguts erwarb, zusammenfasst. Das Lob des Landlebens ist hier freilich ideologischer Ausdruck der Hofferne und des aus der grundherrlichen Verfügungsgewalt abgeleiteten Selbstbewusstseins.[303] Dem Haus Habsburg gewidmet ist sein 40.000 Alexandrinerverse umfassendes Heldenepos »Der Habspurgische Ottobert«, das sich in die Nachfolge Homers und Vergils stellt.

Im gegenreformatorischen Wien wurde freilich auch in der Volkssprache gepredigt. Dass viele Wienerinnen und Wiener dem Protestantismus nicht abgeneigt waren, führte zweifellos dazu, dass auf die Überzeugungskraft der Predigten allerhöchster Wert gelegt wurde. Der aus Schwaben stammende Augustinermönch Abraham a Sancta Clara (1644–1709), eigentlich Hans Ulrich Megerle *(Abb. 91)*, der seit 1677 kaiserlicher Prediger war, ist bei weitem vielschichtiger als es die Stereotypisierung der Figur annehmen lässt. Als volkstümlicher, warmherziger, aber auch direkter und scharfzüngiger Prediger,

der die Versöhnung von Thron und Altar, von Kaiser und Kirche verkörpert, gehört er zum Figureninventar der österreichischen Nationalgeschichte. Bei einem weitgehend illiteraten Publikum gilt es natürlich, jene Mittel der Überzeugung einzusetzen, die einer oralen Kultur entsprechen: Wiederholungen, eingängige Historien und Anekdoten, emotionale Erregung. Diese Grundregeln waren in der Predigttheorie des 17. Jahrhunderts bereits fest verankert. Erstaunlicherweise ist genau diese Einstellung auf das Publikum bei Abraham nicht auszumachen. Seine Predigten sind stellenweise sehr komplex, die Wiederholung ist bei ihm nur als rhetorische Stilfigur präsent, und Historien kommen nur am Rande vor. Abraham war der Seelsorger der städtischen Mittelschicht, seine Predigten wurden auch vom Hofadel besucht. Die Massen dagegen wusste eher der charismatische Kapuzinerpater Marco d'Aviano anzuziehen und zu bewegen. Zweifellos war Abraham aber stilbildend. Schon recht früh wurde er als Inbegriff des Barockpredigers verstanden, wenngleich diese Konzentration auf eine paradigmatische Figur den Blick auf die reiche Predigtproduktion der Zeit zu verstellen imstande ist.[304]

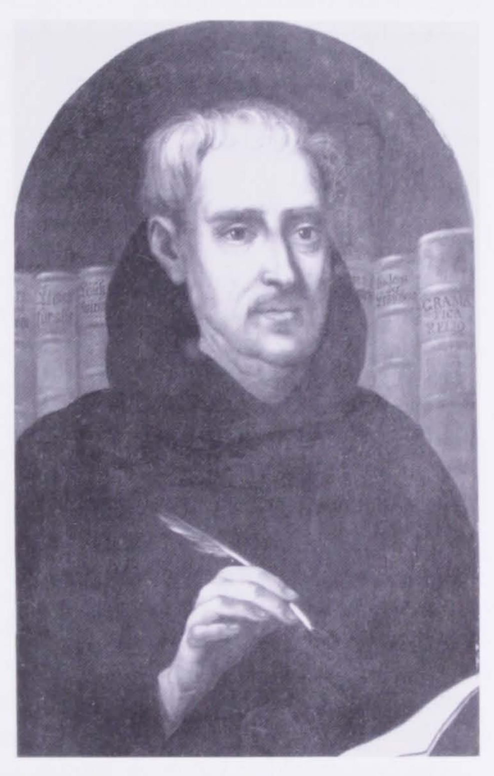


Abb. 91: Abraham a Sancta Clara

Abrahams Predigten erschienen ab 1673 im Druck, darunter die Pestbußpredigt »Mercks Wienn!« (1680), nachdem die Pest ein Jahr lang in Wien gewütet und etwa 12.000 Todesopfer gefordert hatte. Der im Zusammenhang mit der Pestepidemie zur beliebten Wiener Sagenfigur avancierte Sackpfeifer Augustin findet, nebenbei gesagt, erstmals im »Wunderbahrer Adlers-Schwung« (1694) des Johann Konstantin Feigius Erwähnung. – Abrahams Predigt »Auff, auff Ihr Christen! Das ist: Ein bewegliche Anfrischung, der Christlichen Waffen-Wider den Türckischen Bluet-Egel« erschien knapp vor der Türkenbelagerung von 1683 im Druck und rief zum ideologischen Abwehrkampf gegen die Türken auf.

Ein gern gehörter und viel gelesener Prediger war noch vor Abraham der Barnabiten-Prediger an der Kirche Sankt Michael, Florentius Schilling (1602–1670). In seiner Predigtsammlung »Amaradulcis Oder Je Länger / Je Lieber« (1658) kreisen die zahlreichen Widmungsgedichte um die Eigenschaften der Pflanze Amaradulcis, die zunächst bitter schmeckt, aber je länger man sie kaut immer süßer wird – darunter übrigens das einzige

bekannte Gedicht des späteren Bürgermeisters der Stadt Wien, Johann Andreas von Liebenberg (1627–1683). Dass Schilling ein *langwiriger Wol=Redner* war, konstatiert eines der enthaltenen Widmungsgedichte, doch soll man sich nicht täuschen und das für eine Schwäche Schillings halten. Ausführlichkeit und Ausschmückung gelten der frühneuzeitlichen Literatur als probate Mittel rhetorischer Überzeugung und keineswegs als unangebrachte Umständlichkeit.

Die Hofbibliothek erfuhr im 17. Jahrhundert enormen Zuwachs durch die Einführung des Pflichtexemplarsystems durch Ferdinand II. im Jahr 1624. Von jedem im Reich gedruckten Buch musste ein Exemplar an die Hofbibliothek abgeliefert werden. Ein Jahr davor war die Bibliothek aus den beengten Verhältnissen des Minoritenklosters in das so genannte »Harrachsche Haus« übersiedelt worden, das den Namen seines früheren Besitzers behielt, auch nachdem es vom Hof angekauft worden war. Es dürfte sich ungefähr auf dem Gelände des heutigen Reichskanzleitrakts befunden haben. Doch bereits 1663, als der aus Hamburg stammende Peter Lambeck die Leitung der Bibliothek übernahm, war der Platz bereits wieder knapp geworden für die mittlerweile rund 80.000 Exemplare. Ein Neubau wurde diskutiert, doch Lambeck organisierte wegen der zu erwartenden exorbitanten Kosten nur die Neuaufstellung der Bestände. Ein englischer Besucher merkte allerdings 1669 an, dass die Regale in den dunklen, engen Räumlichkeiten so dicht aufgestellt waren, dass man kaum durchgehen konnte.

Lambeck verfolgte eine offensive Ankaufspolitik, die er sich aus den Mitteln der jüdischen Toleranzgelder finanzieren ließ. Mit diesen musste die jüdische Bevölkerung ihr Recht, ansässig zu bleiben, immer wieder neu erkaufen. Angekauft wurde beispielsweise Lambecks eigene, rund 3.000 Bände umfassende Bibliothek, die er in Hamburg hatte zurücklassen müssen. In Lambecks Bibliothekarszeit wurde aber beispielsweise auch die Ambraser Bibliothek, die seltene Manuskripte und das berühmte »Ambraser Heldenbuch« enthielt, in die kaiserliche Sammlung integriert. Lambeck persönlich überführte die Bestände auf dem Wasserweg nach Wien.

Der hoch gebildete Lambeck stand in fast freundschaftlichem Kontakt zu Leopold I. Für ihn stellte er die Lektüre für Reisen zusammen und erstellte in seiner Funktion als Historiograph Auszüge aus Urkunden. Seine Tätigkeit in der Bibliothek ist in den acht Bänden der »Commentariorum de Augustissima Bibliotheca Caesarea Vindobonensi Libri« dokumentiert. Diese »Commentarii« enthalten nicht nur Handschriftenverzeichnisse, sondern auch eine Geschichte der Hofbibliothek und Notizen über den bibliothekarischen Alltag. Lambeck hatte noch mehr an Verzeichnissen und Katalogen geplant, seine ehrgeizigen Vorhaben aber bis zu seinem Tod 1680 nicht vollenden können.

Durch den Hof waren zahlreiche Gelehrte mit Wien verbunden, wenn sie auch nicht in Wien lebten oder sich nur zeitweilig in der Stadt aufhielten. Das beginnt mit dem Universalgelehrten des 17. Jahrhunderts, Athanasius Kircher, dessen prächtige, kostspielige Publikationen – Folioformate mit unzähligen Kupfern – vom Erzhaus mitfinanziert wurden, und geht bis zum Begründer der Kunstgeschichte und der Archäologie, Johann Joachim Winckelmann. Diesem verlieh Maria Theresia 1768 goldene Medaillen für seine

Verdienste um die Altertumsforschung. Winckelmann wurde daraufhin auf dem Rückweg nach Italien in Triest Opfer eines Raubmordes, nachdem er stolz seine Medaillen herumgezeigt hatte.

Die Großzügigkeit der Habsburger, die ohnehin als Investition in den Ruhm und die höhere Ehre des Hauses zu sehen ist, soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Hof seit Ferdinand III. beständig in Geldschwierigkeiten war. Nahezu ununterbrochene Kriegsführung bei gleichzeitiger Vergrößerung des Hofstaats und insbesondere Leopolds aufwändige Repräsentationsunternehmen waren die Gründe für die kontinuierliche Finanzmisere. Nicht zuletzt aus diesem Grund hatte Leopold einen Ruf als Patron der Alchemisten, ebenso wie Ferdinand III. und natürlich Rudolf II. in Prag. Die spektakulärste und berühmteste Transmutation führte im 17. Jahrhundert der Alchemist und Augustinermönch Wenzel Seiler durch. Heute noch kann man im Münzkabinett des Kunsthistorischen Museums ein mehr als 30 cm großes und 7,2 kg schweres Medaillon bewundern, das Gegenstand der Demonstration war. Auf der Vorderseite mit Porträts von 40 zum Teil sagenhaften Vorfahren Leopolds versehen, tauchte Seiler das aus einer silbrig schimmernden Gold-Silber-Kupfer-Legierung gefertigte Stück am Namenstag des Kaisers 1677 in eine Säure, die das Herauslösen des Silberanteils bewirkte und dem Medaillon eine goldgelbe Farbe verlieh. Seiler wurde in Anerkennung seiner Leistung als Beamter der Münze nach Böhmen entsandt. Die Tätigkeit der Alchemisten bei Hof mag heute wie leicht zu durchschauende Scharlatanerie erscheinen, doch war man nicht nur überzeugt, dass die göttliche Gnade einer gelungenen Transmutation allein einem frommen Herrscher gewährt würde; genauso wichtig war das kurzweilige »divertissement« und natürlich der Ruhm, den erfolgreiche Transmutationen über das Herrscherhaus brachten. Man investierte in die Alchemie genau wie in Literatur, Musik, Fest und Wissenschaft als Bestandteil der herrscherlichen Repräsentation.

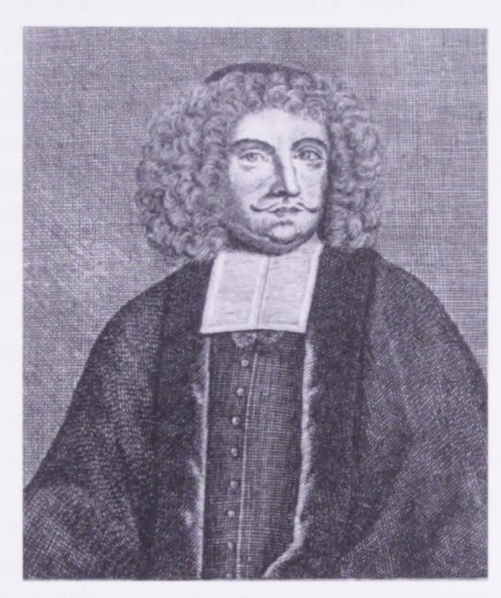


Abb. 92: Johann Joachim Becher

Die Kunst der Alchemisten bereitete das Aufmarschfeld für die so genannten Projektemacher. Einer von ihnen, der in Wien besonders umtriebig war, war Johann Joachim Becher (1635–1682), der bereits fünf Jahre lang des Kaisers Berater in wirtschaftlichen Fragen war, bevor er 1675 nach Wien kam *(Abb. 92)*. Zwar sah er seine Aufgabe darin, den Kaiser vor betrügerischen Scheidekünstlern zu warnen, doch nutzte er sehr wohl den Auf-

merksamkeitswert, den er selbst mit Transmutationen zu erreichen imstande war, um dem Kaiser seine Projekte auf direktem Weg nahe zu bringen. So gelang es ihm, die Finanzierung eines »Kunst- und Werckhauses« sicherzustellen. Nach der vom Kaiser verfügten Vertreibung der Juden entstand auf dem Areal der ehemaligen Judenstatdt diese proto-industrielle Einrichtung, die Manufakturen zur Porzellan- und Glasherstellung, Seiden- und Wollweberei, Chemielabore und Medikamentenproduktion, Archiv, Wunderkammer und Bibliothek vereinen sollte. Handwerker aus dem ganzen Reich sollten hier ausgebildet werden. Bechers Arbeiten sind mitbegründend für die Kameralistik, und so scheint es nur nahe liegend, dass sein Schwager, Philipp Wilhelm von Hörnigk, mit »Österreich über alles, wenn es nur will« (1684) die erste nationalökonomische Darstellung Österreichs und zugleich das grundlegende Werk des österreichischen Merkantilismus vorlegte.

Der Einsatz der Alchemie als »Türöffner« bei Fürsten, die für sonstige Ideen nicht zu begeistern waren, war eine viel versprechende Strategie und war durchaus auch bei großen Namen, wie z. B. Leibniz, nicht unüblich.[305] Gottfried Wilhelm Leibniz (1646 bis 1716), Philosoph, Mathematiker und Jurist, besuchte Wien insgesamt fünfmal. 1712 bis 1714 verbrachte er fast zwei Jahre in der Stadt, vorgeblich mit Materialsammlung für eine Geschichte des Welfenhauses, seines Dienstgebers, befasst. Tatsächlich versuchte Leibniz während dieser Zeit, die Gründung einer Sozietät oder Akademie der Wissenschaften unter seiner Führung voranzutreiben. Als Leibniz 1712 in Wien ankam, war der Entwurf für eine solche Akademie das erste Projekt, das er in Angriff nahm. In einer Audienz Anfang Jänner 1713 unterbreitete er den Plan Karl VI., nicht ohne weitere Memoranda, unter anderem seine eigene Präsidentschaft der zu gründenden Institution betreffend, folgen zu lassen. Seine Bemühungen schienen von Erfolg gekrönt: Im August 1713 erhielt Leibniz die Nachricht, dass ihn der Kaiser zum designierten Präsidenten der Akademie ernannt habe, womit ein jährliches Salär von 4.000 Gulden verbunden sei. Danach passierte … nichts. Leibniz versuchte, sein Projekt durch Interventionen, auch über Prinz Eugen, Realität werden zu lassen, doch spätestens Ende des Jahres 1714 wurde ihm klar, dass er einen Pyrrhussieg errungen hatte; nun war er Präsident einer nicht existenten Institution. Tatsächlich gegründet wurde die Akademie der Wissenschaften, nach zahlreichen Interventionen namhafter Gelehrter, erst 1847.

Während dieser Zeit arbeitete Leibniz aber nicht nur an zwei Zusammenfassungen seines philosophischen Systems – »Die Vernunftsprinzipien der Natur und der Gnade / Principes de la nature et de la Grâce fondées en raison« und den »Philosophischen Prinzipien«, besser bekannt unter ihrem späteren Titel »Monadologie« –, sondern verfasste auch verschiedene Traktate zu wirtschaftlichen Fragen, Handel und Industrie, Bankwesen, Steuern und Lotterien, Beschäftigung, über die Kriegskasse und anderes mehr. Ein Zusammenhang mit seinem Bemühen, das Geld für die Gründung der Akademie aufzutreiben, darf angenommen werden.

Bereits im März 1713 war Leibniz zum Reichshofrat ernannt worden. Damit verbunden war der Anspruch auf 1.000 Taler jährlich, doch erst im Jänner 1714 erhielt Leibniz ein Viertel seines Gehalts, und trotz vieler Petitionen und Proteste wurde die Bezahlung

nie einem regelmäßigen Rhythmus unterworfen. Leibniz' Beispiel mag hier für viele andere stehen, die erfahren mussten, dass der Anspruch auf ein Salär keineswegs auch dessen tatsächliche Auszahlung bedeutete. [306]

Besonders beeindruckt zeigte sich Leibniz von Prinz Eugen von Savoyen. An seinen Patron und Dienstherren, Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, schrieb er: *Der Prinz kann ungleich besser sprechen von der Theologi als ich vom Kriegswesen (...).*[307] Leibniz und der Prinz hielten lebhafte Diskussionen über philosophische und auch politische Fragen. Die »Vernunftsprinzipien der Natur und der Gnade« sind Prinz Eugen gewidmet.

Während im 17. Jahrhundert die deutsche Sprache in all ihren regionalen Ausprägungen erst als Literatursprache etabliert wurde, begann im 18. Jahrhundert der Kampf um ihre Normierung. Nach 1740 neigte sich die Waage in Bezug auf das politische Gewicht deutlich Richtung Preußen, die norddeutsch-protestantischen Reichsstände erlangten gegenüber den süddeutsch-katholischen eine Vormachtstellung. »Deutsch« hieß nunmehr norddeutsch, und die deutsche Nationalliteratur orientierte sich am Idiom eines Gottsched oder Adelung.[308] Für die Literatur in Wien bedeutete das nichts weniger, als dass man plötzlich Provinz war.

Bei Hof wurde im 18. Jahrhundert wenn schon deutsch, dann sogar Wiener Dialekt gesprochen. Das belegen für Kaiserin Maria Theresia die Erinnerungen einer sächsischen Hofdame. Sie konnte die Äußerung der Kaiserin, *Bring sie mir das blobe Buich*, nicht verstehen und musste erst durch Nachfragen herausfinden, dass es sich um ein blaues Buch handelte.[309] Das belegt nebenbei, dass damals in Wien die heute noch im Burgenland und in Teilen Niederösterreichs gebräuchliche ui-Mundart gesprochen wurde. Klarerweise widerspricht das nicht dem Faktum, dass der Hof der Habsburger ein polyglottes Zentrum war. Ferdinand I. hatte einen spanisch sprechenden Hofstaat um sich versammelt, Leopold I. schuf sich einen italienischen Kulturkreis, und Maria Theresia und Franz Stephan von Lothringen verkehrten miteinander meist auf Französisch, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Die international orientierten Habsburger hatten denkbar wenig Interesse an einer deutschen Spracharbeit, setzten aber sehr wohl nationalsprachliche Schwerpunkte.

Der Buchhändler und Verleger Johann Baptist Schönwetter, der 1715 die Cosmerovius'sche Offizin kaufte, begründete 1703 die Wiener Zeitung. Die älteste noch erscheinende Tageszeitung erschien erstmals am 8. August unter dem Titel »Wiennerisches Diarium«, ihren heutigen Namen erhielt sie erst 1780. Sie enthielt, so das Titelblatt, »Alles Denckwürdige so von Tag zu Tag so wohl in dieser Kayserlichen Residentz-Stadt Wienn selbsten sich zugetragen als auch von anderen Orthen auß der gantzen Welt allda nachrichtlich eingetroffen«. Ausgestattet mit kaiserlichen Privilegien erschien sie zunächst »posttäglich« (Mittwoch und Samstag), unter Joseph II. dreimal wöchentlich, nach den napoleonischen Kriegen schließlich als Tageszeitung. Offizielles Blatt der Regierung wurde sie erst 1812, 1857/58 übernahm der Staat auch noch die Herausgeberschaft. Gleichzeitig war die Wiener Zeitung Gegenstand einer der ersten Zeitungsspekulationen überhaupt: 1724 kaufte Peter van Ghelen den »Mercurius« und das

»Wiennerische Diarum«, um den »Mercurius« gleich darauf einzustellen. Das »Diarium« wurde dadurch zur offiziellen Stadtzeitung Wiens. Die Verpflichtung zu nüchterner und sachlicher Berichterstattung, die bis heute das Leitbild der Zeitung prägt, wurde freilich von Anbeginn ernst genommen. Nachdem die »Ankunfft von Standts-Personen« stets im Blatt verlautbart wurde, konnte man beispielsweise für den 6. August 1703 Folgendes erfahren: *Zwey Herrn von Stumfalls/ kommen von Prag/ logieren im wilden Mann.* Für den darauffolgenden Tag dagegen: *Am 7. Aug. ist niemand kommen.*[310]

Das »Diarium« florierte, während der Hof in beständigen Geldnöten war. Um den Neubau der Bibliothek finanzieren zu können, belegte Karl VI. das »Diarium«, aber auch andere Zeitungen, 1721 mit einer Steuer, die jährlich 3.100 Gulden einbrachte. Der Bestand umfasste mittlerweile mehr als 100.000 Bände, sodass man sich zu einem Bibliotheksneubau – dem heutigen Prunksaal der Österreichischen Nationalbibliothek – veranlasst sah. Unter der Leitung von Joseph Emanuel Fischer von Erlach wurde der Bau 1723 in Angriff genommen und bereits drei Jahre später fertig gestellt. Gleichzeitig erklärte Karl VI. die Bibliothek zu einem öffentlichen Institut, dem sein erster Leibarzt, Pius Garelli, als Präfekt vorstand.

Die Bautätigkeit insbesondere Karls VI., und dabei vor allem die neue Hofbibliothek, waren Gegenstand von heute vergessener Huldigungsdichtung, wie sie bis ins 19. Jahrhundert hinein produziert wurde. Diese neulateinischen, oft von Jesuiten verfassten Epigramme und Epen haben in erster Linie die kaiserlichen Repräsentationsbauten zum Gegenstand, und ganz im Sinne der von den Habsburgern propagierten »translatio imperii« wird Wien als neues Rom am neuen Tiber gerühmt. Für das von den Türken belagerte Wien bot sich aber auch der Vergleich mit Roms Mutterstadt Troja an.[311]

Unter Garellis Bibliothekspräfektur wurden die Bestände beträchtlich vermehrt: 1738 fand mit dem Ankauf der Bibliothek des Prinzen Eugen die umfangreichste Erwerbung überhaupt in der Geschichte der Bibliothek statt: 15.000 Bände Druckschriften, 240 Handschriften, 290 Kassetten Kupferstiche und 215 Kassetten Porträts wechselten den Besitzer. Garelli selbst hatte testamentarisch die Einverleibung seiner eigenen Bibliothek in die Palatina angeordnet, und so wurde der Bestand nochmals um 13.000 Bände vermehrt.

Garellis Nachfolger im Amt, dem k. k. Protomedicus Gerard van Swieten, wurde dagegen gerüchteweise die Dezimierung der Bestände nachgesagt: In seiner Funktion als Bücherzensor und erbitterter Gegner der okkulten Wissenschaften habe er einschlägige Werke sogar verbrennen lassen. Sein Sohn und Nachfolger Gottfried van Swieten dementierte vehement.

Die Artistenbibliothek der Universität Wien, um die es ohnehin nicht zum Besten stand, fand im Universitätsneubau keinen Platz, und auf Anordnung Maria Theresias musste der Großteil dieser Bestände der Hofbibliothek überlassen werden. 1780 wurde auch der ältere Bestand der Wiener Stadtbibliothek für die Hofbibliothek erworben.[312]

Das theresianische Wien sah die ersten moralischen Wochenschriften, einen Zeitungstypus, der vom aufklärerischen England (»The Tatler«, »The Spectator«, »Guardian«, zu Beginn des 18. Jahrhunderts) aus über Norddeutschland (»Der Vernünftler«,

»Der Patriot« in Hamburg) in den Süden vordrang. Theaterkritiken, aber insbesondere Abhandlungen zu Fragen der Zeit – wenn auch nicht explizit politische Texte – und literarische Beiträge machten im Wesentlichen den Inhalt dieser Publikationen aus. Die erste moralische Wochenschrift nach englischem Vorbild war die von Christian Gottlob Klemm herausgegebene »Die Welt« (1762), doch präsentierte Klemm bereits zwei Jahre später ein neues Periodikum, den »Österreichischen Patrioten«, der bis 1767 erschien. Der häufige Namenswechsel ist keineswegs Zeichen wirtschaftlichen Versagens, wenngleich nur eine schmale Oberschicht den Leserkreis der Wochenschriften bildete, sondern Ausdruck des beständigen Verlangens nach Neuem.

Lesestoff der breiten Masse waren Kalender, doch sind von den weit verbreiteten Wandkalendern kaum Exemplare überliefert – man warf sie, wie heute auch, am Ende des Jahres weg. Inhaltlich konzentrierten sich die Kalender auf zwei Themenkreise, Astrologie und Religion, wobei Ersteres zweifellos mit ein Grund war, dass Joseph II. mit Zensurmaßnahmen gegen sie vorging. Die populärste Form im 16. und 17. Jahrhundert waren die Schreibkalender im Quartformat. Zunächst aus Kalenderblättern mit leeren Versoseiten für eigene Notizen zusammengesetzt, fanden ab der Jahrhundertwende immer mehr »Historien«, kurze Erzählungen, Eingang in die Büchlein, die nun zum Unterhaltungsmedium mit Massenverbreitung mutierten. Beliebtestes Produkt war der so genannte »Krakauer Schreibkalender«. Ursprünglich von der Druckerfamilie Cosmerovius 1642 etabliert und zunächst tatsächlich auf den Berechnungen eines Astronomen der renommierten Krakauer Universität beruhend, wurde er rasch kopiert und sozusagen als Marke etabliert, bis im 18. Jahrhundert sechs Kalender dieses Namens am Wiener Buchmarkt erhältlich waren.[313]

Klemms Verdienst um die Etablierung des Genres der moralischen Wochenschriften in Wien verblasst freilich neben der Publikationstätigkeit der »Symbolfigur« der österreichischen Aufklärung, Joseph von Sonnenfels (1733–1817).[314] Sonnenfels, der von Zeitgenossen sowohl als »österreichischer Montesquieu« als auch als »österreichischer Lessing« apostrophiert wurde,[315] ist nicht nur Verfasser staatstheoretischer Schriften und einer der Hauptverfechter der »Reinigung« der deutschen Sprache, insbesondere auf dem Theater, er ist auch und in erster Linie Herausgeber der moralischen Wochenschriften »Der Vertraute« und, später, »Der Mann ohne Vorurtheil«. Seine dreibändige Abhandlung »Grundsätze der Polizei-, Handlungs- und Finanzwissenschaft« (1765 ff.) erlebte nicht weniger als sieben Auflagen, Auszüge fanden in den Erblanden Eingang in den Schulunterricht. Ganz im Zeichen der Modernisierung, aber auch Zentralisierung und Normierung des österreichischen Staates standen Arbeiten »Ueber die Abschaffung der Tortur« (1775) oder auch »Über den Geschäftsstil. Die ersten Grundlinien für angehende österreichische Kancleybeamten« (1784–1787). Die an Lessings »Hamburger Dramaturgie« orientierten Briefe über die »Wienerische Schaubühne« (1768 f.) weisen in dieselbe Richtung der Normierung, wenn auch auf anderem Terrain: Das Wiener Theater, das eine eigene Kultur der Spontaneität, des tagesaktuellen Extemporierens und des rohen Witzes entwickelt hatte, sollte den hehren Idealen eines Gottsched angegli-

chen werden. Dahinter stand natürlich nicht allein eine Orientierung an einer »Hochkultur«, sondern auch das Interesse, die körperorientierte, mimetische Bühnenaktion zu literarisieren und zu bändigen. Der Kampf gegen den Hanswurst, als dessen Vorreiter sich Sonnenfels verstand, war nicht nur ein Kampf um ein »literarisches« Nationaltheater – im Gegensatz zur derben Volksbelustigung, die man in der Stegreifkultur zu entdecken glaubte –, sondern auch ein Akt der Durchsetzung autoritärer Kontrolle.

Während »Der Vertraute« ab Jänner 1765 gerade sechsmal erschien – der große Publikumserfolg hinderte die Zensur nicht, ihres Amtes zu walten –, war Sonnenfels' zweitem Wochenschriftenprojekt ein günstigeres Schicksal beschieden. »Der Mann ohne Vorurtheil« – ganz im Sinne der aufklärerischen Wertschätzung des edlen Wilden in Gestalt des nordamerikanischen Indianers Capa-Kaum – diente Sonnenfels als Inbegriff der Unvoreingenommenheit und Unparteilichkeit, der soziale und politische Fehler vorführen und mit »gesundem Menschenverstand« kritisieren konnte.

Die Zahl der moralischen Wochenschriften stieg rasch an, und als Anton Reichsritter von Geusau seine Wochenschrift »Der hungrige Gelehrte« (1774/75) herausgab, war der Titel im Hinblick auf den Konkurrenzdruck und die dadurch bedingte schlechte finanzielle Lage der einzelnen Herausgeber durchaus wörtlich und ernst gemeint. Generell erschienen die neuen periodischen Publikationen oft nur ein bis zwei Jahre, bevor sie eingestellt wurden oder auch unter geändertem Titel mit neuer redaktioneller Besetzung herauskamen. Die »Wienerischen gelehrten Nachrichten« etwa, die erste Literaturzeitschrift mit größerer Verbreitung, die ab 1755 zweimal wöchentlich bei Trattner herauskam, existierte nur bis 1759, war damals aber bereits in »Gelehrte Anzeigen« umbenannt worden. Die Produktion der Wiener Offizinen hatte sich über die Jahrhunderte verändert: Das Leseverhalten der Wienerinnen und Wiener – und nicht nur ihres – erfuhr in den ersten drei Jahrhunderten des Buchdrucks einen fundamentalen Wandel. Hatte man sich zunächst lange, intensiv und immer wieder mit denselben wenigen Texten befasst, entstand im Lauf der Zeit Hunger nach immer neuer Lektüre.

Länger halten konnten sich die – wohl auch von breiteren Schichten gelesenen – ab 1785 von Josef Richter herausgebrachten »Briefe eines Eipeldauers an seinen Herrn Vetter in Kakran über d'Wienstadt«, die in stilisiertem Dialekt satirische, humorvolle, aber auch kritische Kommentare zum Wiener Zeitgeschehen boten. Der Eipeldauer, der mit »naivem« Blick durch Wien wandert und seinem Vetter seine Beobachtungen mitteilt, erfüllt, ins Provinzielle gewendet, die Funktion des unbeteiligten und unbedarften Beobachters wie Sonnenfels' exotischer Capa-Kaum.[316] Mit geringfügig veränderten Titeln und unter wechselnden Herausgebern erschienen sie bis 1821 und bewirkten eine Fülle von Ablegern, darunter die »Briefe der Tulbinger Resel an ihren Herrn Vetter den jungen ›Eipeldauer‹«.

Daneben hatten natürlich die traditionellen literarischen Formen weiterhin Platz. Insbesondere auf dem Gebiet der höfischen Panegyrik, der die Herrscher verherrlichenden Gelegenheitsdichtung, war man konservativ. Das belegt beispielsweise das Werk von Franz Christoph von Scheyb (1704–1777), der noch 1746 ein Huldigungsgedicht an Ma-

ria Theresia in den Druck gab, die »Theresiade. Ein Ehrengedicht«. In zwölf Büchern und fast 7.700 Alexandrinern wird das Loblied der Kaiserin gesungen.

Nachdem die Zensur in den Jahrzehnten davor recht ungeordnet von der Universität, die von den Jesuiten beherrscht war, aber auch vom Wiener Erzbischof besorgt worden war, sorgte die 1760 Schaffung der »Studien- und Bücher-Zensur-Hofcommission« für eine Vereinheitlichung der Maßstäbe. 1765 gab man einen »Catalogus librorum prohibitorum«, einen Katalog verbotener Bücher, heraus. Er enthielt genaue Klassifikationen, welche Bücher nicht verkauft, welche unter Verschluss gehalten und welche überhaupt vernichtet werden mussten. Buchhändler machten freilich durch Bücherschmuggel gute Geschäfte, was schließlich dazu führte, dass die Verbotsliste, die für sie ein Katalog einträglicher Bücher geworden war, 1777 selbst auf den Index gesetzt wurde.[317]

In engem Zusammenhang mit den Zensurbestimmungen der Zeit ist die Tätigkeit des wichtigsten Druckerverlegers des 18. Jahrhunderts, Johann Thomas Edler (ab 1764) von Trattner (1717–1798), zu sehen. Er betrieb in Wien ein verlegerisches Großunternehmen, das mit dem Nach- bzw. Raubdruck ausländischer Druckwerke Kasse machte. Seine Geschäfte beschränkte Trattner freilich nicht auf Wien. Mindestens zehn Druckereien und Buchhandlungen betrieb er verstreut über das Habsburgerreich. Zunächst selbstständiger Hofbuchhändler, erhielt er bald das Druckerprivileg, das zum Nachdruck ausländischer Werke nachgerade ermutigte. Er druckte alles nach, was im Ausland bereits erschienen war und das sich billiger als das Original verkaufen ließ, was auf den Buchmessen in Frankfurt und Leipzig selbstredend auf Missbilligung stieß. So erschienen in Wien Pope, Gottsched, Wolff, Haller und Klopstock ebenso wie Diderot, Beaumarchais und Voltaire. Auch Goethes Werke fanden so ihren Weg nach Wien. An »gewagte« Texte wagte sich Trattner freilich nicht heran, vielmehr achtete er immer darauf, dass die von ihm verlegten Bücher die Zensur passieren würden. Mit Maria Theresia stand er offensichtlich in bestem Einvernehmen. Nachdem er 1752 den Auftrag über den Druck aller in Österreich herausgegebenen Schul- und Lehrbücher erhalten hatte und dafür eine Großdruckerei in Lerchenfeld hatte eröffnen können, unterstützte er seinerseits Maria Theresia im Siebenjährigen Krieg mit namhaften Geldbeträgen.

Trattners Verdienst um die österreichische Literatursprache kann gar nicht zu hoch angesetzt werden. Nicht nur brachte er durch seine Nachdrucke dem Wiener Publikum die neueste Literatur aus dem aufgeklärten Europa nahe, er trug auch maßgeblich zur Ausbildung und Akzeptanz einer gemeinsamen hochdeutschen Literatursprache bei.[318] Die deutschen Dichter jener Zeit schrieben zumeist das »lutherische«, das »Meißner« Deutsch, und durch Trattners unveränderte Nachdrucke wurde es in Wien gleichsam als literarische Standardsprache naturalisiert.

Die direkt auf Trattner zurückgehende Druckerei Salzer-Ueberreuter lässt sich bis zur Offizin von Hans Kohl (gegründet 1547/48) zurückverfolgen und war lange Zeit die älteste, heute noch bestehende Druckerei Wiens. Mittlerweile ist freilich der Salzer-Ueberreuter-Konzern in Niederösterreich ansässig, und Adolf Holzhausens Nfg. im 14. Wiener Gemeindebezirk kommt nun der Rang der ältesten Druckerei zu. Der Betrieb

geht auf Leonhard Nassingers 1579 eröffnete Offizin zurück. Die älteste noch aus der Frühen Neuzeit herkommende Sortimentsbuchhandlung war bis vor kurzem die Firma Gerold am Graben. Als Nachfolgebetrieb der Newen'schen Hofbuchhandlung war sie seit der josephinischen Ära unter demselben Namen tätig.

Unter Joseph II. wurde 1781 die Zensur beträchtlich gelockert, in Wien herrschte damit seit über 200 Jahren erstmals »Preßfreyheit« – eine Freiheit, die freilich gerade einmal zehn Jahre währen sollte. Joseph II. ließ erstmals den freien Verkauf protestantischer religiöser Literatur zu, verbot aber den Druck okkulter Werke. Juden erhielten nun erstmals die Erlaubnis, alle Bücher, die die Zensur passiert hatten, zu lesen. Vor diesem Hintergrund entstand eine neue Gattung von Druckwerken: die Wiener Broschüren, und zwar unmittelbar und in rauen Mengen. Die Lockerung der Zensur ermöglichte Kritik, wo zuvor hatte geschwiegen werden müssen. Allein von 1781 bis 1782 erschienen, wie Aloys Blumauer in den »Beobachtungen über Oesterreichs Aufklärung und Litteratur« berichtet, fast 1.200 Broschüren und Schriften. Blumauer gibt auch eine Auswahl an einschlägigen Titeln, an der schon ablesbar ist, dass Hauptgegenstand der Veröffentlichungen aktuelle Meldungen aus Wien sind:

> *Ueber die Stubenmädchen in Wien. Ueber die Kammerjungfern. Ueber die Bürgermädchen. Ueber die Halbfräulein. Ueber die Fräulein in Wien. Das Lamentabel der gnädigen Frauen. Ueber die Schwachheiten der gnädigen Frauen des leonischen Adels. Ueber den hohen Adel in Wien. Ueber Doktoren, Chirurgen und Apotheker. Den Hausherren im Vertrauen etwas ins Ohr. Ueber die Kaufleute in Wien. Ueber die Dikasterianten. Ueber die Stutzer in Wien. Ueber die Kaufmannsdiener. Ueber die Schneider. Ueber die Baecker. Ueber die Peruckenmacher. Ueber die Friseurs. Der ehrliche Wastel mit dem Klingelbeutel. An H. S.* Chef der Maulaffenloge auf dem Graben. Ueber den Kleiderpracht im Prater. Ueber die Unterhaltung bey der Tafel in Schönbrunn. Ueber den Schwimmer aus Tyrol beim Tabor. Beurtheilung der Feuerwerke des Stuwer und Mellina. Ueber die Hetze. Kasperl, das Insekt unsers Zeitalters. Ueber das Nationaltheater. Ueber den Missbrauch des Wörtchen Von und Euer Gnaden. Ueber das Gratuliren. Ueber die Kleidertracht. Etwas für die schopfichten Wienerinnen. Philosophie der Modeschnallen. Ueber die Hochzeiten in Wien. Das Gespenst bei dem Hofe. Ueber den grossen Brand der Magdalena-Kirche. Ueber den Selbstmord bey Gelegenheit des Friseurs, der sich erschoß. Ist der Antichrist blau, oder grün? Ueber die Bruderschaften. Ueber die Kirchenmusik. Ueber die Nonnen. Ueber die Trachten der Ordensgeistlichen. Ueber die Reliquien, Opfer und Mirakelbilder. Von Abschaffung der Weihnachtsmetten. Ueber die Universität in Wien. Die Gelehrten im Nasenlande. Der Glückshafen für gelehrte Maulaffen. Ueber die zehn Kreuzer Autoren. Kaufts allerhand! Kaufts Allerhand! Kaufts lang und kurze Waar!*[319]

Der literarische Salon, in dem Bürger zum offenen Gedankenaustausch zusammenkamen und der als Idealbild der aufklärerischen Öffentlichkeit gilt, war selbstverständlich auch in Wien zu finden – allerdings mit etwas verschobenen Zwecken und Zielsetzungen. Die so genannten »Gesellschaften« oder »Assembleen« wurden als *der vornehmste Zeit-Vertreib […] den man zu Wien findet*, angesehen.[320] Die Sitte, im eigenen Haus regelmäßig Gesellschaften zu geben, entstand in aristokratischen Zirkeln, denen es ein Be-

dürfnis war, die Zeit unter Ausschluss niedrigerer Schichten unter sich zu verbringen. Streng durch Standesdünkel voneinander getrennt, agierten dabei die »erste Gesellschaft« der Hocharistokratie und, ab etwa 1760, die »zweite Gesellschaft« des durch die zahlreichen Nobilitierungen sich ständig vergrößernden niederen Adels und des Bürgertums. Voraussetzung für einen bürgerlichen Salon war natürlich ein gewisser materieller Wohlstand, um ein entsprechendes Haus mit Dienerschaft führen zu können. Diejenigen Bürger, die oftmals sogar täglich zum Mittagessen oder zum Souper luden, waren Bankiers, Industrielle und auch höhere Beamte.

Sowohl bei adeligen wie bürgerlichen Gesellschaften waren Herkunft und Reputation der Gäste von zentraler Bedeutung, und Einladungskarten und Empfehlungsschreiben regulierten strikt den Zugang. Joseph II. versuchte diese Abschließung zu durchbrechen, indem er Künstler und auch verdiente Kaufleute in die »erste Gesellschaft« einführte, doch folgte kaum jemand seinem Beispiel. Gerade die Hocharistokratie war penibel darauf bedacht, sich nicht mit Personen niedrigen Stands zu »kontaminieren«.

Wenn heute von Salons die Rede ist, stellt man sich eine ideale Mischung von Geld- und Geistesadel, von Bankiers und Intellektuellen, vor, eine Gesellschaft, die sich im gebildeten, geistreichen Gespräch ergeht. In einigen wenigen Fällen, wie den Zusammenkünften im Hause des Hofrats Franz Sales Greiner, traf dies sicher zu. Seine Tochter Karoline, verheiratete Pichler und eine der bedeutendsten Schriftstellerinnen des 19. Jahrhunderts, schildert, wie Lorenz Leopold Haschka, der bis zur Auflösung des Ordens 1773 Jesuit war und später unter Joseph II. mit antiklerikalen Dichtungen hervortrat, die Gesellschaft formierte:

Haschka, der durch seinen lebendigen Geist, durch sein Dichtertalent, durch seine Rechtlichkeit und echte Freundschaft, wohl aber auch durch sein Betragen, das ich jetzt, nach 50 Jahren darüber nachdenkend, fordernd und um sich greifend nennen möchte, mit jedem Tage nur mehr Ansehen und Gewicht in unserer Familie bekam, führte nach und nach die damaligen Schöngeister von Wien bei uns ein. Alxinger, sein treuester Freund, wurde bald eben dieß für meine Ältern, und war täglich bei uns; Leon (ebenfalls Dichter und später Custos der k.k. Hofbibliothek) ward durch Haschka als Hofmeister meines Bruders ins Haus gebracht. Durch diese beiden lernten wir Ratschky, Denis, Mastalier, Blumauer u.s.w. kennen, und durch die Professoren Wall (der Botaniker und Naturforscher), Jacquin, Abbé Eckhel, Sonnenfels, Sperges, Maffei (lauter Namen, welche die Literargeschichte Österreichs mit Achtung nennt) wurden auch die ernstern Wissenschaften in unsern Kreis gezogen […] Alles, was im In- und Auslande erschien, wurde sogleich bei uns bekannt, gelesen, besprochen.[321]

In Greiners Salon verkehrte alles, was im literarischen Wien Rang und Namen hatte: der Dichter und Kustos der Hofbibliothek, Michael Denis, der Jesuit, Odendichter und Horazübersetzer Karl Mastalier, der Hofdichter Metastasio, aber auch die jüngere Generation mit Aloys Blumauer, Johann Baptist Edler von Alxinger, Joseph Franz von Ratschky, Gottlieb von Léon, Johann Pezzl und eben Haschka, der Verfasser der kaiserlichen Hymne »Gott erhalte«.

In den zahlreichen anderen Salons widmete man sich jedoch nicht in erster Linie dem aufgeklärten Diskurs, sondern Spiel und Unterhaltung. Vor diesem Hintergrund entstanden die ersten Casinos, die auf die Unterhaltungsgesellschaften der venezianischen Adeligen zurückgehen. Das erste bekannte Casino Wiens wurde 1784 im Trattnerhof eröffnet. Man traf sich, um, ähnlich wie in den Salons, zu musizieren, Zeitungen zu lesen, und eben, um zu spielen: Karten- und Brettspiele, aber auch Billard. Geöffnet hielt man von sieben Uhr morgens bis spätnachts – *solange Gesellschaft dort ist.*[322] Dadurch, dass von Erfrischungsgetränken bis zum Mittagstisch auch Speisen und Getränke angeboten wurden, konkurrenzierten die Casinos nicht allein die Salons der »zweiten Gesellschaft«, sondern auch die Gaststätten und Kaffeehäuser. Von jenen unterschied man sich freilich, indem der Zutritt streng limitiert wurde; ausländische Gäste bedurften gar der Zustimmung von zwölf Abonnenten – Stammgästen, die eine der kostspieligen Dauerkarten gelöst hatten –, um eingelassen zu werden.



Abb. 93: Der Kundschafter Georg Koltschitzky

Noch vor den Casinos entstanden so genannte »Lektürekabinette«, die durch ein ähnliches System von hochpreisigen Abonnements unerwünschte Benutzer abzuhalten trachteten. Das erste Wiener Lektürekabinett wurde von Jakob Bianchi, der in Diensten des Fürsten Josef Wenzel von Liechtenstein stand, 1772 eingerichtet. 1777 wurde es bereits von Trattner übernommen, der den Angebotsschwerpunkt von wissenschaftlicher zu eher schöngeistiger Literatur verschob. Doch den Lektürekabinetten war keine lange Geschichte beschieden: Bereits 1783 wurden sie unter strenge Zensur gestellt, um 1798 schließlich mit der Begründung, *das Übermaß an Geistesbildung* sei eine der Hauptursachen der allgemeinen Unruhe der Zeit, verboten zu werden.[323]

Noch in den letzten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts waren die Wiener Kaffeehäuser entstanden, wie sie in anderen Städten Europas schon seit der Jahrhundertmitte eingebürgert waren. Zwar waren sie für alle Schichten offen, doch war ihr Publikum, das sich mit Billardspiel und Zeitungslektüre die Zeit vertrieb, ausschließlich männlich. Der erste Kaffeesieder Wiens war mit einem Privileg zum öffentlichen Ausschank von Kaffee vom 17. Jänner 1685 der Armenier Johannes Diodato; Georg Koltschitzky *(Abb. 93)*,

der in diesem Zusammenhang bis heute vielfach genannt wird, kommt diese Bedeutung dagegen nicht zu, er hat nie ein Kaffeehaus betrieben.

Der literarische Salon nach französischem Vorbild wurde erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von Fanny von Arnstein (1758–1818) in Wien eingeführt. Die berühmteste Wiener Salonière, die aus Berlin stammende Frau des Bankiers Adam Isaak von Arnstein, die als junges Mädchen Schülerin und glühende Anhängerin des Philosophen Moses Mendelssohn gewesen war, gründete in den ersten Jahren der josephinischen Herrschaft einen eigenen Salon in Wien. Bis zu vierhundert Gäste nahmen an den Hausbällen mit mitternächtlichen Soupers und den regelmäßigen literarischen Abenden und Konzerten teil. Die kosmopolitische Fanny von Arnstein brachte nicht nur Gäste aus ganz Europa mit der Wiener aufgeklärten Gesellschaft zusammen, sie ist nebenbei mit der Einführung des Tannenbaums als Symbol für Weihnachten in Österreich eng verbunden. Seine eigentliche Blüte erlebte der Arnstein'sche Salon freilich erst zu Zeiten des Wiener Kongresses.

Fast alle literarisch und publizistisch Tätigen waren in der josephinischen Zeit Freimaurer. Die Logen fungierten als informelle Foren für die Etablierung eines publizistischen Informationsnetzes. Als »Organisationsform der Aufklärung« (Helmut Reinalter) entwickelten die Logen eine rege künstlerische, insbesondere aber eine rege publizistische Tätigkeit. Als 1742 die erste Freimaurerloge in Österreich gegründet wurde, hatte sich Franz Stephan von Lothringen 1738 gegen die Verkündigung der Exkommunikationsbulle gegen die Freimaurer stark gemacht und deren Publikation verhindert. Nach einem zwischenzeitlichen Verbot 1764 wurden die Logen 1780 gesetzlich anerkannt, doch schon das Freimaurerpatent von 1785 stellte sie verstärkt unter staatliche Kontrolle und reglementierte ihre Tätigkeiten. Unter anderem verlangte das Patent die regelmäßige Übersendung der Mitgliederlisten an die Behörden, was viele, unter ihnen Sonnenfels, zum Rückzug unter Vorschützung dringender ›profaner Geschäfte‹ bewog und den Niedergang der Freimaurerei einleitete.

Im Jahr der Freigabe wurde freilich zunächst die wichtige Loge »Zur wahren Eintracht« gegründet, die unter dem »Meister vom Stuhl« Ignaz von Born zu einem elitären Bund wurde. Gemeinsames Ziel war die Etablierung einer Gesellschaft der Wissenschaften, gleichsam als Kompensation für die nach wie vor nicht erfolgte Gründung einer Akademie der Wissenschaften. Bereits zwei Jahre nach ihrer Gründung hatte die Loge 83 Mitglieder und 8 dienende Brüder, und die Liste der Logenbrüder liest sich wie ein Auszug aus dem Gästebuch des Salons Greiner: Blumauer, Ratschky, Sonnenfels, ab 1785 auch Alxinger sowie zahlreiche Beamte und eine nicht unbedeutende Zahl katholischer und protestantischer Prediger. Bezeichnend für die schiere Zahl der Maurer ist Aloys Blumauers seit 1784 zwar als Privatdruck herausgegebenes »Journal für Freymaurer«, das, obwohl es nur für Meister bestimmt war und damit nicht der Zensur unterlag, eine Auflage von 1.000 Exemplaren erreichte.[324]

Aloys Blumauer (1755–1798), zweifellos die herausragendste Persönlichkeit unter den josephinischen Literaten, konnte dennoch, wie seine Zeitgenossen auch, kaum überre-

gionale Bedeutung erlangen. Zunächst Jesuitennovize, dann Hofzensor und – nachdem er diese Funktion nach der Verschärfung der Zensur unter Leopold II. mit seiner Gesinnung nicht mehr vereinbaren konnte – Buchhändler in der Grünangergasse. 1794 wurde Blumauer als Jakobiner verfolgt, konnte aber eine Verhaftung abwenden. Ab 1781 gab er mit Joseph Franz von Ratschky (1757–1810) den von diesem gemeinsam mit Gottlieb von Léon gegründeten »Wiener Musen-Almanach« heraus, das Publikationsorgan fast aller zeitgenössischen Schriftsteller. Von 1782-84 besorgte er auch die Redaktion der »Realzeitung«, die oft als beste österreichische Zeitung des 18. Jahrhunderts bezeichnet wird. Nicht nur publizistisch, auch gesellschaftlich engagierte sich Blumauer für die Literatur: Jeden Sonntagmorgen stand sein Haus seinen »Leserfreunden« offen. In seinem in drei Bänden erschienenen, unvollendet gebliebenen Epos »Virgils Aeneis travestirt« (1784-88) verarbeitete Blumauer den klassischen Stoff in bewusst niedrigem, komischem Stil und nahm dem mythischen Gründer Roms, Aeneas, mit den Mitteln der Komik die heroische Aura. Die Travestie der Vergilschen Verherrlichung des Imperium Romanum ist, der antiklerikalen Grundhaltung Blumauers entsprechend, gleichzeitig als Attacke auf den Vatikan zu lesen.

Mittelbar von großer Wirkung war die erste vollständige »Ossian«-Übersetzung von Michael Denis (1729–1800), die 1768 erstmals im Druck erschien. Denis ist damit in gewisser Weise ein Vorbild für Goethes Werther, der ebenfalls an einer Prosa-Übertragung des Ossian arbeitete. Der »keltische Barde« Ossian, eine Fiktion des James Macpherson, war die Personifikation einer gegen die klassische Regelpoetik gerichteten autochthonen Dichtung. Denis, der zunächst am Theresianum unterrichtete, dann an der Hofbibliothek beschäftigt war und sein umfangreiches Wissen in extensiven Bibliographien und historischen Arbeiten niederlegte, blieb durch seine Erstübertragung des Ossian ein langes literarisches Nachleben beschieden, auch wenn seine scheinbar kontraproduktive Wahl des Hexameters als Versmaß seiner Übersetzung auf Kritik, z. B. von Seiten Herders, stieß.

Der Fülle an Persönlichkeiten, die in der Zeit des »Tauwetter(s) in Wien« (Leslie Bodi) in den Salons und den Freimaurerlogen verkehrten und zum intellektuellen Aufbruch beitrugen, kann hier natürlich nicht Rechnung getragen werden. Genannt sei einzig noch ein in jeder Hinsicht außergewöhnlicher Fall:

Der aus Nigeria gebürtige Angelo Soliman, der um 1720 von Sklavenhändlern gefangen und nach Italien verkauft worden war, war ab 1732 in Besitz von Johann Georg Fürst Lobkowitz, ab 1755 von Wenzel Fürst Liechtenstein, den er auf zahlreichen Reisen durch ganz Europa begleitete. Nicht nur als Schachpartner spielte er eine große Rolle im Liechtensteinschen Haushalt. Ab 1783 Mitglied in der Loge »Zur wahren Eintracht«, verkehrte er freundschaftlich mit Mozart und Haydn. Trotz der dem aufklärerischen Toleranzideal verdankten Integration in die Wiener Gesellschaft, fand Kaiser Franz II. nichts dabei, die Leiche Solimans abhäuten und die Haut auf eine Holzfigurine aufspannen zu lassen. Neben einem ausgestopften Wasserschwein und einigen mumifizierten Sumpfvögeln war der *ausgschoppte* Soliman dann bis 1806 im kaiserlichen Naturalienka-

binett ausgestellt. Erst der Beschuss Wiens im Jahr 1848 ließ das Präparat in Flammen aufgehen.[325]

Anmerkungen

1 Engelbrecht, Bildungswesen 2, 13.

2 Ebd., 9 f.

3 Ebd., 9 bzw 19. Erasmus meinte, dass durch die Erziehung aus der noch ungeformten menschlichen Grundsubstanz *(massa rudis)* ein menschliches Wesen zu bilden sei. Der Lehrer habe liebevoll auf das Kind einzugehen, damit dieses aus Freude am Wissen und nicht aus Furcht vor Strafe lerne.

4 Ebd., 10. Zu den Ansichten Luthers über die Bildung vgl. auch Paulsen, Unterricht, 203–207.

5 *Einer Stadt Gedeihen liegt nicht allein darin, daß man große Schätze sammle [...] sondern das ist einer Stadt Bestes und allerreichstes Gedeihen, Heil und Kraft, daß sie viel feiner, gelehrter, vernünftiger, ehrbarer, wohlerzogener Bürger hat* ... Zitiert nach: Engelbrecht, Bildungswesen 2, 11.

6 Ebd.

7 Mühlberger, Krisen, 270.

8 Ebd., 269 f.

9 Ebd., 271 f.

10 Ebd., 272.

11 Ebd., 270 und 273.

12 Engelbrecht, Bildungswesen 2, 50 f.

13 Ebd., 54.

14 Ebd., 54 f.

15 Ebd., 57 f.

16 Mayer, Bürgerschule, 341 ff.

17 Ebd., 353.

18 Hübl, Schotten, 30–32, bzw. Weiland, Unterricht am Schottenstift, 28 f.

19 Hübl, Schotten, 33, bzw. Weiland, Unterricht am Schottenstift, 29 f.

20 Engelbrecht, Bildungswesen 3, 52.

21 Pichler, Studienwesen, 2, 659.

22 Engelbrecht, Bildungswesen 2, 95 bzw. 82.

23 Ebd., 94 f.

24 Pichler, Studienwesen, 2, 661 f.

25 Ebd.

26 Engelbrecht, Bildungswesen 2, 76, bzw. Pichler, Studienwesen, 2, 662.

27 Pichler, Studienwesen, 2, 663.

28 Engelbrecht, Bildungswesen 2, 81 f.

29 Ebd., 82.

30 Ebd., 85–89.

31 Ebd., 89 f.

32 Pichler, Studienwesen, 2, 665 f.

33 Ebd., 666.

34 Ebd., 667.

35 Engelbrecht, Bildungswesen 2, 76 f.

36 Pichler, Studienwesen, 2, 668 f.

37 Ebd., 671 f.

38 MÜHLBERGER, Reform, 28.
39 UIBLEIN, Dotation, 353–367.
40 GOLDMANN, Universität, 8.
41 ASCHBACH, Universität, 16.
42 GOLDMANN, Universität, 16.
43 KINK, Universität, 1, 245 f.
44 OMAN, Reform, 16–32.
45 GOLDMANN, Universität, 18.
46 Ebd., 18 f.
47 Ebd., 19 f., bzw. ASCHBACH, Universität, 21. Die Zahl der Lehrkanzeln wurde bei den Theologen und Medizinern auf je zwei, bei den Juristen auf drei festgelegt. Bei den Lehrern der Artistenfakultät wurden keine Änderungen vorgenommen, da diese als Kollegiaten des Herzogskollegs ein relativ gutes Einkommen hatten und zusätzlich noch Benefizien innehatten.
48 Vgl. dazu OMAN, Reform, 60–87.
49 ASCHBACH, Universität, 25, bzw. KINK, Universität, 1, 114 f.
50 ASCHBACH, Universität, 30–32.
51 MÜHLBERGER, Reform, 32 f. Der Studiengang an der Artistenfakultät wurde auf zwei Jahre festgelegt; die verpflichtenden Vorlesungen wurden von den Kollegiaten des Herzogskollegs gehalten. An der Medizinischen und Theologischen Fakultät sollten jeweils drei Professoren genau definierte Vorlesungen halten; an der Juridischen Fakultät waren es vier Professoren. Der vorbereitende Unterricht wurde auf die Bursen aufgeteilt. Vgl. dazu ASCHBACH, Universität, 45–48, bzw. KINK, Universität, 1, 272–277.
52 ASCHBACH, Universität, 38–40, 51–56 sowie 83. So wurde das Studium an der Artistenfakultät auf vier Jahre verlängert, und den Juristen wurde ein fünfjähriger Zyklus über das Kirchenrecht vorgeschrieben.
53 KINK, Universität, 1, 296 f.
54 GOLDMANN, Universität, 25.
55 KINK, Universität, 1, S. 299 f.
56 WRBA, Gesellschaft Jesu, 47–49.
57 ENGELBRECHT, Bildungswesen 2, 136 f.
58 Ebd., 150.
59 WRBA, Gesellschaft Jesu, 59 f.
60 ENGELBRECHT, Bildungswesen 2, 150.
61 Ebd., 169.
62 Ebd., 158 f.
63 Ebd., 160 f.
64 Ebd., 161.
65 Ebd., 162.
66 Ebd., 163 f.
67 HÜBL, Schotten, 35.
68 MAYER, Bürgerschule, 353.
69 Ebd., 370 f.; zur Stadtbibliothek in älterer Zeit vgl. jetzt ROLAND, Handschriften. 1575 hatte der Buchführer des Äußeren Rates noch 8 Dukaten für die Anfertigung eines Kataloges der Bibliothek erhalten.
70 Ebd., 343 f.
71 Ebd., 353.
72 ENGELBRECHT, Bildungswesen 2, 180.
73 HÜBL, Schotten, 33 f.
74 *… viel gueter armer (auch wol statlicher edler) leut kinder sich herwurgethan, studieret, graduieret, zu Geistlichen, Weldlichen, kunstgelerten, gewaltnuzen Männern erzogen, hoffleut, amptleut, räth, Cantzler vnnd Prelaten worden …* – Vgl. HÜBL, Schotten, 35, bzw. WEILAND, Unterricht am Schottenstift, 30–32.

75 Hübl, Schotten, 47.
76 Weiland, Unterricht am Schottenstift, 32.
77 Hübl, Schotten, 48 f. bzw. 58.
78 Engelbrecht, Bildungswesen 2, 128–131.
79 Ebd., 226 f.
80 Ebd., 229.
81 Ebd., 228.
82 Weiss, Österreicherin, 317.
83 Ebd., 317 f.
84 Kink, Universität, 1, 329.
85 Wrba, Gesellschaft Jesu, 50. Als Nachweis der Befähigung genügte das Zeugnis des Generaloberen.
86 Ebd., 51.
87 Kink, Universität, 1, 331.
88 Ebd., 331 f.
89 Ebd., 333–337.
90 Ebd., 332.
91 Vgl. dazu Mühlberger, Krisen, 270 f.; v.a. Grafiken 1 und 2.
92 Kink, Universität, 1, 340–342.
93 Mühlberger, Maximilian II., 203 ff.
94 Ebd., 213–216.
95 Kink, Universität, 1, 308.
96 Mühlberger, Maximilian II., 219.
97 Ebd.
98 Kink, Universität, 1, 316 f.
99 Aus diesem Grund wurde die neuerliche Wahl des Protestanten Cornelius Grünwald zum Rektor verhindert. Vgl. Mühlberger, Maximilian II., 222.
100 Ebd., 225. Ungeachtet dieses Verweises wurde Eder aber von Maximilian als Wissenschaftler geschätzt und gehörte zeitweise der Hofakademie an – vgl. ebd., 213.
101 Kink, Universität, 1, 318 f.
102 Ebd., 320.
103 Ebd., 338.
104 Ebd., 350 f.
105 Ebd., 351–353.
106 Wrba, Gesellschaft Jesu, 54.
107 Kink, Universität, 1, 354.
108 So widersetzte sich die Universität dem Auftrag, die Bursengebäude den Jesuiten zu übergeben und verwies auf rechtliche und soziale Probleme. Nach einer Visitation im Mai 1623 wurde aber festgestellt, dass die Gebäude meist in schlechtem Zustand und die Stipendiaten verwahrlost seien, sodass eine Änderung der derzeitigen Situation nur positiv sein könne – vgl. Wrba, Gesellschaft Jesu, 54 f. Zu den genauen Bestimmungen der »Sanctio pragmatica« s. Kink, Universität, 1, 358–360.
109 Kink, Universität, 1, 360–363.
110 Wrba, Gesellschaft Jesu, 56 f., bzw. Perger, Universitätsgebäude, 75–102.
111 Kink, Universität, 1, 365. In diesem als »Domus universitatis« bezeichneten Gebäude in der Sonnenfelsgasse 19 befanden sich der Konsistorialsaal, das Archiv sowie Dienstwohnungen für Universitätsbeamte.
112 Ebd., 374 f.
113 Ebd., 381 f.
114 Ebd., 386.
115 Ebd., 389.

116 Ebd., 388.
117 Ebd., 392–394.
118 Ebd., 396–399.
119 Ebd., 400–402.
120 Ebd., 402–404.
121 Ebd., 409.
122 Ebd., 410–412.
123 ENGELBRECHT, Bildungswesen 3, 19 f.
124 Ebd., 34 f.
125 Ebd., 21 und 24.
126 Ebd., 25 f.
127 Ebd., 26. – 1694/96 wurde in einer Studienordnung den künftigen Lehrern eine neunjährige Ausbildung vorgeschrieben. Anschließend hatten sie zunächst in den Elementarschulen zu unterrichten, wo sie mindestens zehn Jahre zu bleiben hatten. Erst dann war der Aufstieg in ein Gymnasium möglich. Die Wünsche der Lehrer nach der Art des Unterrichts wurden so weit als möglich berücksichtigt. Zur Weiterbildung wurden einerseits die Ordensbibliotheken ständig ergänzt, andererseits durften die Patres eigene Handbibliotheken anlegen – vgl. ebd., 36–38.
128 Ebd., 27.
129 Ebd., 28.
130 Ebd., 28.
131 Ebd.
132 Ebd., 30.
133 Ebd., 29.
134 KAMMERER, Gymnasien, 24.
135 Ebd., 27 f.
136 ENGELBRECHT, Bildungswesen 3, 36.
137 Ebd., 38.
138 Ebd., 39.
139 HÜBL, Schotten, 59. Hier kam es allerdings zum Konflikt mit der Universität – vgl. UAW, CA 1. 2. 50.
140 KAMMERER, Gymnasien, 19.
141 Ebd., 20 bzw. 22.
142 Ebd., 30.
143 ENGELBRECHT, Bildungswesen 3, 41 f.
144 KAMMERER, Gymnasien, 31.
145 ENGELBRECHT, Bildungswesen 3, 43.
146 KAMMERER, Gymnasien, 33.
147 ENGELBRECHT, Bildungswesen 3, 46.
148 Ebd., 11 f.
149 Ebd., 47.
150 Ebd., 48.
151 Ebd., 48 f.
152 Ebd., 49.
153 Ebd., 53 f.
154 Ebd., 55.
155 Ebd., 56 f.
156 FUCHS, Hohe Schule, 7–9.
157 Ebd., 10, bzw. KINK, Universität, 1, 444.
158 KINK, Universität, 1, 442 f.

159 Ebd., 448–450.
160 Ebd., 451–454.
161 Ebd., 458–463.
162 Ebd., 463–469.
163 Zu den ausführlichen Berechnungen und der Korrespondenz vgl. UAW, CA 1. 3. (Häuser, Vermögen, Auslagen).
164 Kink, Universität, 1, 475–477.
165 Ebd., 479–483.
166 Ebd., 471 f. Berichte über die jährlichen Feste s. UAW, CA 1. 1. (Kirchensachen).
167 Ebd., 483 f.
168 Ebd., 486.
169 Fuchs, Hohe Schule, 15–18.
170 Kink, Universität, 1, 491–494.
171 Ebd., 501.
172 Fuchs, Hohe Schule, 20.
173 Ebd.
174 Kink, Universität, 1, 512–515.
175 Stoiber, Universität Wien, 91.
176 Anstelle des bis dahin üblichen Doktorats *utriusque juris* (beider Rechte) – s. Kink, Universität, 1, 520.
177 Fuchs, Hohe Schule, 42–44, bzw. Kink, Universität, 1, 514–527.
178 Kink, Universität, 1, 515.
179 Fuchs, Hohe Schule, 56.
180 Stoiber, Universität Wien, 58–61. Die Universitäten in den Erblanden wurden auf Wien, Prag und Krakau beschränkt. Die übrigen Hochschulen wurden als Lyzeen weitergeführt und den Gymnasien angeglichen.
181 Kink, Universität, 1, 556 f.
182 Ebd., 539.
183 Ebd., 559 f.
184 Ebd., 561.
185 Ebd., 567.
186 Fuchs, Hohe Schule, 82 ff.
187 Ebd., 90 f., bzw. Stoiber, Universität Wien, 186–188.
188 Ebd., 102–104 bzw. 136–139.
189 Stoiber, Universität Wien, 101–104.
190 Ebd., 161–166.
191 Schmidt, Josephs-Akademie, 626–633.
192 Schmidt, Allgemeines Krankenhaus, 19–21.
193 Stoiber, Universität Wien, 160 und 168.
194 Schreiber, Tierärztliche Hochschule, 6–10 sowie 87.
195 Fuchs, Hohe Schule, 85–89.
196 Ebd., 61–63 bzw. 81.
197 Ebd., 106 f.
198 Ebd., 68.
199 Ebd., 63.
200 Kink, Universität, 1, 593.
201 Ebd., 593, bzw. Fuchs, Hohe Schule, 108.
202 Fuchs, Hohe Schule, 110 f.
203 Engelbrecht, Bildungswesen 3, 146.

204 Ebd., 146 f.

205 Ebd., 149 f.

206 Pichler, Studienwesen, 1, 42–65. Einer dieser Reformvorschläge kam von Johann Anton Graf von Pergen, der als Diplomat die schulischen Verhältnisse anderer Länder kennen gelernt hatte und die Wichtigkeit der Erziehung für die Zwecke des Staates betonte. Der Direktor der Hofbibliothek und spätere Director humaniorum Adam Franz Kollar blieb stärker dem humanistischen Bildungsideal verhaftet, arbeitete aber auch französische Vorbilder ein. Ignaz Martin Heß erarbeitete einen wesentlich breiteren Fächerkanon und sprach sich für das Fachlehrerprinzip – im Gegensatz zu den bis dahin verbreiteten Klassenlehrern – aus.

207 Engelbrecht, Bildungswesen 3, 155–157.

208 Ebd., 159.

209 Kammerer, Gymnasien, 62.

210 Ebd., 59–61, bzw. Hübl, St. Anna, 14 f. Die Orientalische Akademie war schon vorher ausgezogen; das Gebäude wurde zwischen der Normal- und Realschule sowie der Akademie der bildenden Künste aufgeteilt.

211 Engelbrecht, Bildungswesen 3, 160 f.

212 Ebd., 161–163.

213 Ebd., 163 f.

214 Ebd., 167–169.

215 Ebd., 164.

216 Ebd., 165.

217 Wolf, Töchterschule, 83–101.

218 Engelbrecht, Bildungswesen 3, 166.

219 Weiss, Österreicherin, 325.

220 Engelbrecht, Bildungswesen 3, 89 f.

221 Ebd., 99.

222 Ebd., 99 f.

223 Ebd., 101 f.

224 Ebd., 102 f.

225 Ebd., 103–105.

226 Ebd., 106 f.

227 Ebd., 107.

228 Ebd., 110.

229 Ebd., 111 f.

230 Ebd., 112 f.

231 Ebd., 113.

232 Ebd., 113.

233 Ebd., 114.

234 Ebd., 115.

235 Ebd., 116.

236 Ebd., 118 f.

237 Ebd., 119 f.

238 Ebd., 120 f.

239 Ebd., 122.

240 Ebd., 123 f.

241 Ebd., 125.

242 Ebd., 129.

243 Ebd. 177 f.

244 Pichler, Studienwesen, 2, 483–489 und 498–511.

245 Ebd., 695–706 und 714–724.

246 Engelbrecht, Bildungswesen 3, 183 f.

247 Pichler, Studienwesen, 2, 705–707.

248 Konsularakademie, 3–8.

249 Engelbrecht, Bildungswesen 3, 184 f.

250 Ebd., 186–188.

251 Mühlberger, Krisen, 271 f.

252 Von den über 48.000 Studenten, die bis 1518 immatrikuliert wurden, waren nur 854 aus Wien. Vgl. Hovorka, Wiener Studenten, 14–18.

253 Steindl, Nationen, 19, bzw. Gall, Alma Mater, 165 f.

254 UAW, CA 1. 0. 3.

255 Steindl, Nationen, 19.

256 Stoiber, Universität Wien, 220.

257 Müller, Studentenkultur, 269–271.

258 Kink, Universität, 1, 297 f.

259 Vgl. Kink, Universität, 2, Statuten der Fakultäten.

260 Vgl. dazu UAW, CA 1. 2. (Studiensachen). Vor allem ab Beginn des 18. Jahrhunderts häufen sich derartige Verordnungen.

261 Mühlberger, Studentenbursen, 130–132 und 147 f.

262 Ebd., 179, 182 f., 186.

263 UAW, CA 1. 3. 54.

264 Schrauf, Stiftbriefe, Stiftbrief der Goldbergstiftung.

265 Als Beispiel dafür s. UAW, CA, 1. 2. 45.

266 UAW, CA 1. 2. (Studiensachen); verschiedene Verfügungen gegen Bettelstudenten.

267 Z.B. im 2. Reformgesetz Ferdinands I.; vgl. Kink, Universität, 2, 361.

268 UAW, CA 2. 0. 4 und 2. 1. 414.

269 Ab 1736 waren jährliche Abrechnungen der Stiftungskapitalien vorzulegen (vgl. UAW, CA 2. 0. 58); seit 1784 bedurfte die Vergabe der Stipendien der Zustimmung der Regierung (UAW; CA 2. 0. 176).

270 Gall, Alma Mater, 127–129.

271 Ebd. 127 und 132.

272 UAW, CA 1. 2. 108 und 109.

273 UAW, CA 1. 0. 156 sowie 158–162.

274 Pichler, Studienwesen, 1, 77.

275 Kammerer, Gymnasien, 20.

276 Pichler, Studienwesen, 1, 150.

277 Ebd., 78.

278 Ebd., 150.

279 Ebd., 72.

280 Ebd., 72 f.

281 Ebd., 147 f.

282 Wrba, Gesellschaft Jesu, 49.

283 Vgl. dazu Müller, Studentenkultur, 278 f.

284 Kink, Universität, 1, 594.

285 Ebd. 284–289.

286 UAW, CA 1. 2. 56.

287 UAW, CA 1. 0. 208, 221 und 251.

288 UAW, CA 1. 0. 32, 90, 102 und 277.

289 GALL, Alma Mater, 139–145.
290 Ebd., 47–153.
291 EVANS, Habsburgermonarchie, 35.
292 BAUER, Humanismus, 152 f.
293 EVANS, Habsburgermonarchie, 35.
294 Vgl. GERSTINGER, Briefe des Sambucus.
295 Vgl. LOUTHAN, Compromise.
296 Zit. nach STUMMVOLL (Hg.), Nationalbibliothek, 125.
297 Übersetzung aus dem Lateinischen, zit. nach STUMMVOLL (Hg.), Nationalbibliothek, 87 f.
298 LAFERL, Spanier, 187.
299 CSENDES – OPLL (Hg.), Städtebuch, 403 f.
300 Privileg zit. nach REMMER, Wiener Presse, 41.
301 Zit. nach RITTER, Deutsch-italienische Literaturbestrebungen, 35.
302 CERNY, Greiffenberg, 51.
303 NEUBER, Adeliges Landleben, 548.
304 EYBL, Abraham, 116 f., 388 f.
305 SCHEEL, Leibniz.
306 RESCHER, Leibniz.
307 BODEMANN, Leibnizens Briefwechsel, 225.
308 BREUER, Vivat Unordnung, 225.
309 PICHLER, Denkwürdigkeiten, 1, 15.
310 SCHIEMER, Augenschmaus.
311 RÖMER – KLECKER, Habsburg-Panegyrik.
312 CSENDES – OPLL (Hg.), Städtebuch, 425 ff.
313 SEETHALER, Kalenderwesen, 111–115, 128–131.
314 Robert A. Kann sieht Sonnenfels als Verkörperung der österreichischen Aufklärung, ebenso wie in seiner intellektuellen Geographie Abraham a Sancta Clara das barocke Wien repräsentiert. KANN, Intellectual History.
315 VAJDA, Literaturen, 40.
316 KAUFFMANN, Wien, 253–298.
317 REMMER, Wiener Presse, 75.
318 SCHMIDT-DENGLER, Österreichische Literatur, 184.
319 Zit. nach KAUFFMANN, Wien, 166 f.
320 KÜCHELBECKER, Nachricht, 405.
321 PICHLER, Denkwürdigkeiten, 1, 53 f.
322 TANZER, Spectacle, 67.
323 JESINGER, Lekturkabinette, 80.
324 ROSENSTRAUCH-KÖNIGSBERG, Freimaurerei, 66.
325 Maria Theresia, 433.

Renaissance und Barock

Auf den hier zur Verfügung stehenden Seiten einen vollständigen Überblick über die Kunst in Wien von 1500 bis 1780 zu geben, ist wohl kaum möglich. Es können daher nur einige Akzente der Entwicklung aufgezeigt und an einzelnen Beispielen verdeutlicht werden. Insgesamt bemerkenswert erscheint der große Anteil von Nichtwienern bzw. Ausländern an der Kunstproduktion der Stadt, sodass Wien immer vom Zuzug Fremder profitiert hat. Dies beginnt mit dem Franken Lucas Cranach sowie dem Comasken Pietro Ferrabosco und endet mit dem Schwaben Franz Anton Maulbertsch und dem Görzer Niccolò Pacassi.

Humanisten und Häretiker

Parallel zum kulturellen Höhepunkt Wiens um 1500 kam es auch zu einer ersten Blüte der Renaissance,[1] wobei der neue Stil nicht nur gleichzeitig alle Kunstgattungen umfasste, sondern auch ein weites Spektrum weltlicher und sakraler Kunst sowie an Auftraggebern betraf. Als erstes Zeugnis der neuen Kunstrichtung in Wien gelten einige Portalfragmente des Federlhofes am Lugeck aus dem Jahre 1497, deren Inschriften ebenso durch ihre Renaissancekapitalis wie durch ihre Klassikerzitate die Antikenrezeption bezeugen. Obwohl in diesem Jahr Konrad Celtis an die Universität berufen wurde und dort das Rhetorik- und Griechischstudium etablierte, handelt es sich dabei um eine »direkte Beeinflussung der corvinischen Frührenaissance«, die bisher trotz der Regentschaft des Matthias Corvinus von 1485–90 in Wien nicht nachweisbar war. Denn die Marmorsteine im Stadthaus des 1494 aus Ofen nach Wien übersiedelten Kupferhändlers Peter Junkherr von Edlasperg (†1504) wurden aus Ungarn importiert, und der Auftraggeber war Hoflieferant des ungarischen Königs und von diesem in den Adelstand erhoben worden.[2] Junkherr, dessen Sohn schon das Amt eines Stadtrichters bekleidete, verkörperte also das durch den Donauhandel nach und in Ungarn zu Reichtum gekommene, aber gesellschaftlich junge Wiener Stadtpatriziat dieser Zeit.

Der Federlhof war offensichtlich eines der bedeutendsten Stadthäuser mit Hofarkaden, aber in seiner Struktur noch eher mittelalterlich. Den Typus eines modernen Bürger- bzw. Bürohauses des frühen 16. Jahrhunderts zeigte hingegen das »Hasenhaus« in der Kärntner Straße *(Abb. 94, S. 454)*. Das 1508 im Auftrag Kaiser Maximilians I. errichtete und nach dem Stadtbrand 1525 erneuerte Gebäude besaß eine stark durchfensterte regelmäßige Fassade im Stil der süddeutschen Renaissance und diente als Sitz der landesfürstlichen Jagdbehörde. Das Haus hatte sich ursprünglich im Besitz des niederösterreichischen Kanzlers Hans Waldner befunden, der 1501 wegen Bezichtigung des Hochverrats Selbstmord verübte. Der Kaiser ordnete daher an, dass die Fassade mit

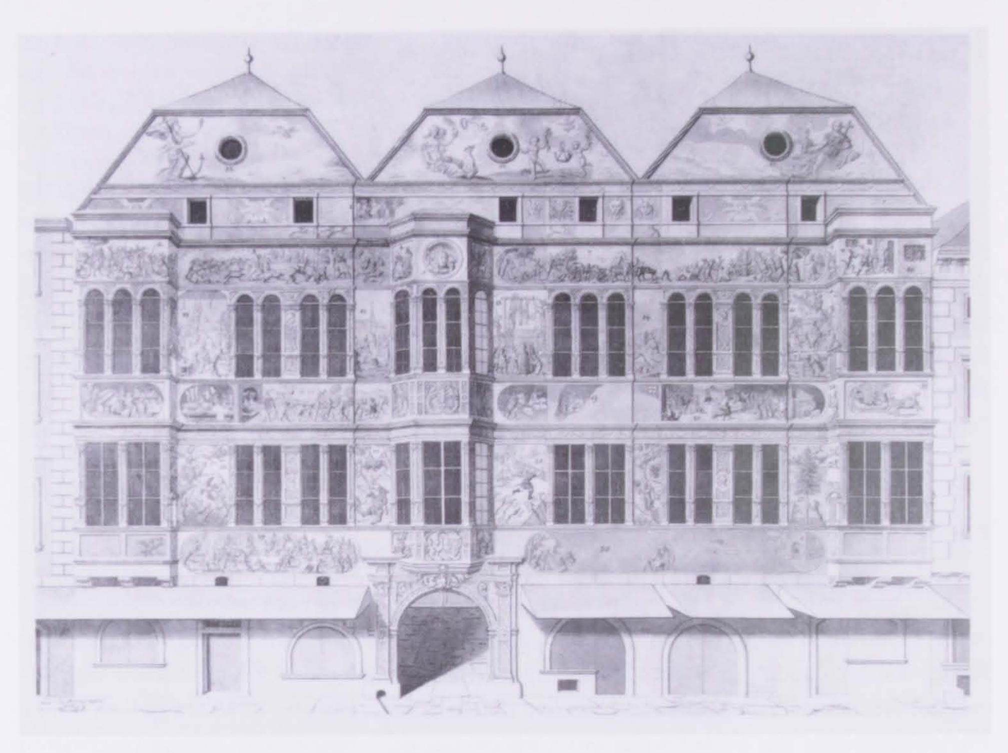


Abb. 94: »Hasenhaus« in der Kärntner Straße, 1508/1525, lavierte Federzeichnung von Salomon Kleiner, 1749

Jägern, Bauern, Hasen und Hunden im Sinne einer »verkehrten Welt« bemalt werde, *damit des Waldners namen durch solch seltzam gemäll vergessen und furan das hasplhaws genant werde.*[3]

Neben solchen Genremalereien erlangten auch das Bildnis und die Landschaftsdarstellung einen neuen Stellenwert, z. B. im Werk von Lucas Cranach d. Ä., der von 1493 bis 1504 in Wien tätig war. Vermutlich auf Grund seiner Qualifikation als Druckgraphiker in Wien Arbeit erhoffend, scheint er tatsächlich vor allem für die Gruppe von Humanisten bzw. gebildeten Geistlichen im Umkreis der von Maximilian I. geförderten Wiener Universität gearbeitet zu haben. So ließen sich etwa Johann Cuspinian (Winterthur, Sammlung Reinhart) sowie vermutlich auch der Jurist und Rektor Stephan Reuss (Nürnberg, Germanisches Nationalmuseum) mitsamt ihren Ehefrauen 1502/3 von Cranach porträtieren. Sakralbilder wie die »Schottenstiftkreuzigung« (Wien, Kunsthistorisches Museum) und die Melker Madonna weisen hingegen auf die großen Benediktinerstifte als Auftraggeber. Cranachs Kenntnis antiker Kunst lässt sich durch eine Zeichnung des 1502 gefundenen Jünglings vom Magdalensberg sowie durch Kopien spätantiker Handschriften nachweisen, und mit seiner neuen Landschaftsauffassung wurde der frän-

kische »Gastarbeiter« in Wien zum Initiator der so genannten Donauschulmalerei.[4] Vermutlich auf Anregung Cuspinians kam um 1515 auch der Memminger Maler Bernhard Strigl nach Wien, wo er Porträts und Altarbilder sowohl für den Humanisten als auch für den Kaiser schuf.[5]

Zwei Werke der sakralen Bauplastik verdeutlichen den innerhalb nur weniger Jahre erfolgten künstlerischen Paradigmenwechsel: Stand der Orgelfuß in St. Stephan von dem aus Brünn/Brno zugewanderten Dombaumeister Anton Pilgram von 1513 noch ganz in der Tradition der Spätgotik,[6] so verweist hingegen das um 1520 entstandene Portal der Salvatorkapelle des alten Wiener Rathauses direkt auf oberitalienische Vorbilder der Frührenaissance.[7] Vor allem die Grabmäler der weltlichen und geistlichen Humanisten im Stephansdom – die Epitaphien der beiden von Cranach porträtierten Professoren sowie das lebensgroße Figurengrabmal des Wiener Bischofs Georg Slatkonia, ein Werk des bayerischen Bildhauers Loy Hering vor 1519 – verraten bereits deutlich moderne Körperlichkeit und antikisierende Gestaltung *(Abb. 95, S. 456)*.[8]

Die teilweise ebenso inhaltlich wie formal an antiken Vorbildern orientierte Druckgraphik im Auftrag Kaiser Maximilians I. wurde hingegen ausschließlich von Künstlern und Werkstätten in Augsburg sowie Nürnberg geschaffen und scheint ohne direkte Auswirkungen auf die Wiener Kunstszene geblieben zu sein,[9] obwohl etwa auch die vom Kaiser 1498 gegründete Hofkapelle und deren Leiter Slatkonia auf dem berühmten »Triumphzug« dargestellt wurden.

Schon wenige Jahre nach dem Tod Maximilians I. verschlechterte sich jedoch die Situation für die Kunst in Wien grundlegend. Neben den religiösen Wirren und den politischen Unruhen, die 1522 mit der Hinrichtung des Wiener Dekans und Bürgermeisters Martin Siebenbürger endeten, waren es vor allem Katastrophen, die das kulturelle Leben zum Erliegen brachten: die Pestepidemie 1519, der Großbrand von 1525, dem ein Drittel der Häuser der Innenstadt zum Opfer fiel, sowie die Erste Türkenbelagerung von 1529 mit ihrer Zerstörung der Vorstädte. Zu den wichtigsten Wiederaufbaumaßnahmen zählte natürlich die Erneuerung der Stadtbefestigungen, und die bis 1566 errichteten Fortifikationen sollten bis ins 19. Jahrhundert mehr oder weniger unverändert das Wiener Stadtbild bestimmen.

Die dafür berufenen süddeutschen und italienischen Baumeister – darunter die auch als Autoren von Wiener Stadtplänen bekannten Augustin Hirschvogel und Bonifaz Wolmuet sowie Jacopo de Spazio und Pietro Ferrabosco – verweisen auf den auch in den nächsten Jahrzehnten vorherrschenden Einfluss dieser beiden Kunstlandschaften. Wurden die süddeutschen Künstler vielleicht auch auf Grund der Dominanz entsprechender Großhändler in Wien an die Donau gelockt, so überwog der italienische Einfluss vor allem bei den Aufträgen König Ferdinands I. für die Hofburg ab 1533. Trotz relativ bescheidener Gestaltung erhielt der »Schweizertrakt« um 1550/55 mit dem prächtigen Renaissanceportal zum großen Burghof sowie einem modernen Treppenhaus neue Akzente für eine öffentliche Repräsentation, die wohl auch dem damals eingeführten burgundisch-spanischen Hofzeremoniell Rechnung trugen.



Abb. 95: Grabmal des Johann Cuspinian (†1529), Salzburger Marmor, Wien, St. Stephan

Mit der Nachfolge Ferdinands I. auf dem Kaiserthron im Jahr 1556 scheint ein weiterer, durchaus gezielter Repräsentationsschub erfolgt zu sein. Schon in diesem Jahr ernannte der Herrscher nämlich Jacopo da Strada zu seinem Antiquarius und berief Hans Sebald Lautensack aus Nürnberg nach Wien als »Römisch kaiserlicher Majestät Antiquitäten Abconterfetter«. Als solcher illustrierte der Graphiker nicht nur den 1558 von Wolfgang Lazius verfassten Katalog der kaiserlichen Sammlung antiker Münzen, sondern 1560 auch ein Tafelwerk über römische Grabsteine.[10] Zwei der hier im Auftrag des Kaisers publizierten antiken Funde waren am Bauplatz der 1558 als Residenz des Thronfolgers begonnenen »Stallburg« gefunden worden, mit der die Hofburg erstmals großzügig und in den modernsten Formen erweitert wurde. Es scheint daher nahe liegend, dass der besondere Klassizität ausstrahlende Arkadenhof *(Abb. 96, S. 458)* direkt auf die »Romanitas« des Kaisertums verweisen sollte. Außerdem ließ Ferdinand I. vermutlich ein eigenes »Kunsthaus« an der Gartenseite der Hofburg errichten, wo auch der von Cranach gezeichnete Jüngling vom Magdalensberg aufgestellt gewesen sein dürfte.

Dies war möglicherweise bereits eine Reaktion auf die Bautätigkeit der niederösterreichischen Stände, aber auch auf das Palais Porcia in der Herrengasse, das nach 1546 von Gabriel de Salamanca Graf von Ortenburg umgebaut worden war. Sowohl die Fassadengliederung als auch die mit Säulen und Balustern geschmückten Arkaden des Innenhofes wirken nur im Nachhinein bescheiden *(Abb. 97, S. 458)*, übertrafen aber vermutlich zur Entstehungszeit die damalige Gestaltung des Kernbereiches der Hofburg an künstlerischem Aufwand und Modernität. Tatsächlich zählte der Bauherr des Schlosses in Spittal/Drau zu den politisch und künstlerisch führenden Männern am Hof Ferdinands I.[11]

Die Stände, die zunehmend auch aus religionspolitischen Gründen in Opposition zu ihrem in Spanien erzogenen Landesfürsten standen, versuchten wohl ihre Macht ebenfalls baukünstlerisch zu demonstrieren. Die architektonische Rivalität mit der Fürstenresidenz wird bereits 1528 aus einer Beschreibung des Wiener Landhauses deutlich, dessen Umbau unmittelbar nach Erwerbung des Liechtensteinischen Hauses in der Herrengasse 1513 begann und von Cuspinian folgend charakterisiert wurde:

> *Dieses Haus ist nämlich so vortrefflich und großartig erbaut, daß es, obgleich die meisten Häuser Wiens von Adeligen bewohnt sein könnten, dennoch alle diese bei weitem überragt. Es kann mit Recht königlich genannt werden und gleich nach der Burg ist es das zweite: so vornehm wirkt seine Kunst.*[12]

Die »Gegenhofburg« (Tietze) wurde bereits 1540–47 um einen Flügel erweitert, 1551 hat man den Saal gewölbt, und 1562 wurde der erste Flügel um ein Stockwerk erhöht. Aus der Bauzeit von Hans Saphoy, Dom- und Stadtbaumeister in Wien, haben sich die Vorhalle mit Groteskmalereien und Wappenreliefs, die Wölbung des großen Sitzungssaales, drei Marmorportale sowie die vom Hoftischler Georg Haas verfertigte prachtvolle Holzdecke der Verordnetenstube und das dazugehörige Portal des Dombaumeisters Hans Saphoy erhalten *(Abb. 98, S. 459)*.



Abb. 96: Arkadenhof der »Stallburg«, Pietro Ferrabosco u. Hermes Schallautzer, 1559–63



Abb. 97: Arkadenhof des Palais Porcia, nach 1545



Abb. 98: Marmorportal der Verordnetenstube des nö. Landhauses, Hans Saphoy, 1571; Wien, Herrengasse

Kaiser Maximilian II. setzte zwar 1575 mit dem »Amalientrakt« den Ausbau der Hofburg fort, legte aber sein Hauptaugenmerk auf seinen Landsitz in Kaiserebersdorf *(Abb. 99, S. 460)* und das 1568 begonnene »Neugebäude«.[13] Vor allem letzteres sollte neben der Rekreation in der Natur und der Vorführung exotischer Produkte der Flora und Fauna wohl auch der Präsentation des wachsenden habsburgischen Kunstbesitzes dienen. Neben der Beschäftigung bekannter Künstler wie Giuseppe Arcimboldo, Bartholomäus Spranger und Jan de Monte, vergrößerte Maximilian II. nämlich seine Sammlung um bedeutende Werke von Tizian, Tintoretto, Wenzel Jamnitzer oder Giambologna.

Als bedeutendstes Grabmal der ersten Jahrhunderthälfte entstand 1530–44 im Auftrag Ferdinands I. das Hochgrab für den Verteidiger Wiens, Niklas Graf Salm, von Loy Hering (heute: Votivkirche), und das adelige Grabmal bildete auch in den nächsten Jahrzehnten eine der wichtigsten Aufgaben der Kunst. Bei den zahlreichen Marmorbildnissen gerüsteter Männer in St. Stephan, St. Michael oder der Franziskanerkirche lassen sich vor allem zwei Typen erkennen: Einerseits die zunehmend monumentaler werdende lebensgroße Standfigur wie jene des Peter von Mollart (†1576) in der Michaelerkirche, andererseits die Darstellung eines Knienden vor dem Kruzifix wie jene des Georg von Herberstein (†1570) in derselben Kirche. Ersteres verrät zweifellos ständisches Selbstbe-



Abb. 99: Lucas von Valckenborch: Kaiserlicher Waldspaziergang vor dem Schloss Neugebäude bei Wien (Historisches Museum der Stadt Wien)

wusstsein, und in Standmotiv bzw. Requisiten entsprachen diese Grabmäler durchaus dem um 1532 von Ferdinands Hofmaler Jakob Seisenegger bzw. Karls V. Hofmaler Tizian entwickelten ganzfigurigen Typus der höfischen Porträtmalerei.

Die zweite Form ist wohl ein deutlicher Ausdruck der »Konfessionalisierung«. Dies gilt zumindest für die eindeutig katholische, wenn auch materiell und künstlerisch bescheidenere Selbstdarstellung eines bürgerlichen Hofbeamten, nämlich das Votiv- bzw. Autorenbild von Paul Weidner in dessen 1559 veröffentlichtem religiösen Werk »Loca praecipua fidei Christiane« *(Abb. 100)*. Der von Donat Hübschmann stammende Holzschnitt zeigt den vom Judentum zum Christentum konvertierten kaiserlichen Leibarzt und Universitätsrektor sowie seine Familie unter dem Kreuz. Tatsächlich setzte bereits 1545 in Wien die gegenreformatorische Bildertheologie ein, als der Wiener Bischof und Reformtheologe Friedrich Nausea sein »Christlich Betbüchlein, auff der allerdurchleuchtigsten und grossmechtigisten (...) Anna, Römischen etc. Königin (...) gnedigst Begeren, nach Vermögen heyliger Schrift, gemacht« mit über 100 künstlerisch bemerkenswerten Textholzschnitten veröffentlichte.

Ebenso wie sein Großvater waren sich auch Ferdinand I. und dessen gleichnamiger Sohn des propagandistischen Werts der Druckgraphik bewusst. Lautensacks Bildnis des Herrschers vor der Vedute von Wien führt die dominierende Macht des Habsburgers in





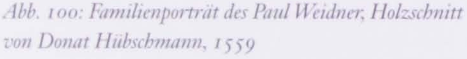

Abb. 100: Familienporträt des Paul Weidner, Holzschnitt von Donat Hübschmann, 1559

Abb. 101: Hans Sebald Lautensack, Porträt des Hermes Schallautzer

seiner Residenzstadt nach der Entmachtung der Stadtverwaltung von 1526 eindringlich vor Augen, und 1558 wurde die großformatige Kupferstichserie »Austriacae gentis imagines« von Francesco Terzio publiziert, die formal und inhaltlich an Konzepte Maximilians I. anschloss.

Sowohl graphische Bildnisse als auch die Porträtmedaille als ebenfalls neues Medium der »Gedechtnus« finden wir damals gleichzeitig bei adeligen Höflingen und bürgerlichen Honoratioren der Stadt, ohne dass der soziale Unterschied auf den ersten Blick sichtbar wäre. So schuf der aus Nürnberg nach Wien übersiedelte Joachim Deschler um 1560/70 Porträtmedaillen von Maximilian II. sowie von Stadtrat Christian Transtetter und Bürgermeister Georg Prantstetter. Und Lautensack porträtierte nicht nur den Kaiser, sondern ebenso dessen Baupräfekten, den Wiener Bürgermeister Hermes Schallautzer *(Abb. 101)*. Weitere Holzschnitte bzw. Radierungen haben sich vom Leinenhändler und Bürgermeister Hans Übermann sowie vom Stadtschreiber Franz Igelhofer erhalten.[14]

Einen Eindruck von den Häusern der Wiener Stadtbürger, die meist vom Weinhandel lebten, vermitteln heute noch manche Fassaden, Portale oder Innenhöfe in der Bäckerstraße und in der Sonnenfelsgasse, in der Naglergasse, Am Gestade sowie Am Hof. Das Haus Bäckerstraße 7 mit seinem Arkadenhof wurde schon im 16. Jahrhundert

als Mietshaus konzipiert.[15] Nicht erhalten blieb hingegen das Haus des Hofantiquarius Jacopo da Strada in der Bankgasse, wo nicht nur seine bedeutende Münzsammlung, sondern auch Tizians Porträt von 1566/67 verwahrt wurden. Dieses Gemälde war zweifellos ein ungewöhnlicher Gipfelpunkt bürgerlicher Repräsentation, verrät aber auch das internationale Niveau des kulturellen und künstlerischen Lebens dieser Zeit in Wien. Diesem Höhepunkt unter Maximilian II. war aber nur ein kurze Blüte beschieden. Denn nach der Übersiedlung des kaiserlichen Hofes unter Rudolf II. im Jahre 1583 nach Prag sank das politische und künstlerische Leben Wiens auf provinzielles Niveau, das nur vorübergehend durch den Aufenthalt der Erzherzöge Matthias und Ernst als niederösterreichische Statthalter unterbrochen wurde.

Geistliche und Generäle

Trotz der Bemühungen der 1551 von Ferdinand I. nach Wien berufenen Jesuiten blieb die katholische Reformbewegung jahrzehntelang in der Defensive und das 1582 von der Königinwitwe Elisabeth von Frankreich errichtete schlichte Gotteshaus des Königinklosters in der Dorotheergasse der einzige Sakralbau der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in Wien. Dennoch erstreckte sich die um 1580 einsetzende religiöse Zensur auch auf die 23 Maler der St.-Lukas-Bruderschaft, die sich verpflichten mussten, keine gegen die katholische Religion verstoßenden Bilder zu malen.[16]

Erst 1603–11 erfolgte mit dem Neubau der Franziskanerkirche ein bedeutungsvoller Akzent der katholischen Reform *(Abb. 102)*. Die nachgotische Form der Fassade visualisiert dementsprechend einen Rückgriff auf das Zeitalter vor der Reformation. Ganz modern war hingegen die Absicht, vor der Kirche einen Platz zu schaffen, der den standesgemäßen Besuch vornehmer Herrschaften ermöglichen sollte, wie der Ordensgeneral in einem Bittgesuch an den Kaiser ausführte:

> *In unser albie bey S. Hieronymo New erbautten khirch ist däglich ein grosser Concurs zum Gottsdienst, nit allein von gemainen Leuthen, sonder auch neben fürnemen Herrn und Frawen des Landts, fast alle Pottschafften fremder Fürsten und Pottentatten ausser der Zeit, zu welcher sie Ir. Kay. Mayst. aufwartten und gehn Khirchen beglaitten, gedachte khirch besuechen; Und vor derselbigen is khain gerämes spatium für die Wägen und Pferdt grosser Herrn und Frawen, sonder nur gar enge gassen, welche ein einziger Wagen also ausfült, dass man weder hin noch wider gehen und khumen khan, dannacher geschichts, das man gar weit von der khirchen in andern gassen von den Ross und wägen muess absteigen, und mit hin undt wider schlieffen Zwischen den rossen und Wägen sich mit grosser Gefahr, von den Rossen geschlagen, getretten, oder gepissen zue werden, in die khirchen schlüffen und dringen muess. So nun vil von Besuechung dess Gottsdienst abhelt. Dieser Ungelegenhait khundte mit Einreissung eines ainigen Beneficiat Hauses, so gleich gegen dem grossen khirchen Thor uber ist, geholffen werden.*[17]



Abb. 102: Fassade der Franziskanerkirche, 1603–11; Wien, Franziskanerplatz



Abb. 103: Fassade der ehemaligen Jesuitenkirche von Filiberto Lucchese, 1667; Platz Am Hof

Eine solche Verbesserung der Zufahrtsmöglichkeit diente nicht zuletzt der zukünftigen Erhöhung der Opfereinnahmen von wohlhabenden Schichten, und durch Abriss des vor dem Portal gelegenen Hauses konnte tatsächlich 1623/24 der heutige Franziskanerplatz geschaffen werden. Ein Blick auf die urbanistische Situation des gleichzeitig errichteten Jesuitenkollegiums beweist, dass auch die Societas Jesu von Baubeginn an eine Nutzung des öffentlichen Raumes anstrebte. Nach dem Abriss bestehender Häuser entstand hier ebenfalls ein Vorplatz, der nicht nur eine repräsentative Zufahrt des Kaisers und der Höflinge ermöglichte, sondern auch als »Bühne und Schaufenster der neuen Jesuitenuniversität« die hohe Doppelturmfassade besser zur Geltung kommen ließ.[18] Noch deutlicher wird diese Konzeption bei der Jesuitenkirche Am Hof, deren 1667 von Filiberto Lucchese geschaffene Schaufassade direkte Parallelen zu Proszeniumslösungen zeitgenössischer Theaterbauten aufweist *(Abb. 103)*.[19] Tatsächlich wurde bereits 1616 die Fronleichnamsprozession der Jesuiten von der Kirche hinaus auf den Platz geführt und dort auch ein Fronleichnamsspiel abgehalten[20]. Kultischer Mittelpunkt des Platzes war die 1646 von Ferdinand III. gelobte und 1664 von Leopold I. errichtete Mariensäule. Die Jesuiten hatten die Widmung an die Immaculata forciert, und von 1649–1782 mussten die Professoren sowie Promovenden im Rahmen der jährlichen Prozession von der Universität zur Mariensäule dort ihren Eid ablegen.[21] Der politische Charakter dieses Denkmals wird u. a. aus dem Text eines Flugblattgebetes von 1648 ersichtlich:

Maria. Wir bitten dich demütiglich/ durch diesen deinen sonderbaren Ehrn Titel/ du wöllest uns sammentlich (sonderlich deinen sonderbaren Liebhaber unserm Allergnädigsten Römischen Kayser/ Ferdinandum den Dritten/ so deiner unbefleckten Empfängnuß zu Ehren/ diese Statuam auffgerichtet/ auch sich/ sein Hochlöbliches Hauß und gantzes Erzhertzogthumb Oesterreich/ mit allen untergebenen ... verlobt) in deinen sonderbaren Schutz und Schirmb auffnehmen/ ...[22]

Parallel zur Vertreibung der Protestanten – 1626/27 wurden etwa alle evangelischen Universitätsprofessoren, Schulmeister und Beamten zur Konversion oder Emigration gezwungen – kam es zu einer verstärkten Ansiedlung von Orden der katholischen Reform: 1614 die Barmherzigen Brüder, 1617 die Kapuziner, 1623 die Klarissen, 1626/27 die Barnabiten, Paulaner und Karmeliter, 1629 die Karmeliterinnen und 1630 die Unbeschuhten Augustiner. Dies hatte eine entsprechende Baupolitik zur Folge, und das ganze Stadtbild bekam einen »geistlichen Anstrich« (Tietze). Schließt die Jesuitenkirche an die transalpine Tradition der Doppelturmfassade an, so bietet die 1631 von Ferdinand II. gestiftete Dominikanerkirche erstmals deutlich römische Formen. Dies gilt sowohl für den von »Il Gesù« in Rom abzuleitenden Grundriss wie für die turmlose Fassade. Die Tatsache, dass die Dominikaner »jesuitischer« als die Jesuiten bauten, kann wohl ebenso durch die Demonstration von römischer Rechtgläubigkeit wie durch die Konkurrenz zur Societas Jesu erklärt werden.[23]

Die entsprechenden Stiftungen wurden durch Wappen bzw. Inschriften deutlich gemacht. So verweist an der Universitätskirche eine monumentale Inschrift auf den kaiserlichen Stifter, und an beiden Jesuitenkirchen prangt das habsburgische Wappen. Neben den Mitgliedern der kaiserlichen Familie waren es vor allem die durch den Dreißigjährigen Krieg zu Reichtum und Standeserhöhungen gekommenen Generäle und Höflinge, die dem kaiserlichen Vorbild folgten und ihren Kriegsgewinn teilweise in die katholische Reform und ihr Seelenheil investierten. Die vom Ordensbruder Carl von St. Joseph geplante Wiener Karmeliterkirche verdankt ihre Entstehung Kaiser Ferdinand II. und dessen Generalfeldmarschall Fürst Maximilian von Liechtenstein. Die Barnabiten von St. Michael besaßen neben dem Kaiser in dessen Hofkanzler Johann Baptist Werda von Werdenberg einen zweiten Stifter. Ersterer wurde postum durch eine Statue im Stiegenhaus geehrt, letzterer erhielt 1627 den nördlichen Nebenchor zur Umgestaltung als Familiengrablege zugewiesen. Gerade Grablegen und Familienkapellen waren bei den meisten Wiener Ordenskirchen Ausdruck dieser Allianz von adeligem Kapital und katholischer Reform. So wurde etwa in der Michaelerkirche die Grablege der Grafen Trautson trotz Ordenswechsels fortgeführt und durch den Kauf eines unmittelbar hinter der Kirche liegenden Palastes noch sinnfälliger.

Im 1634 zur Hofkirche erhobenen Gotteshaus der Augustiner wurden hingegen die damals neu errichteten Chorkapellen gemeinsam mit dem vom Kaiser gestifteten Hochaltar und dem Kaiseroratorium zu einem »Denkmal« des gegenreformatorischen Absolutismus: Die vermutlich vom kaiserlichen Hofarchitekten einheitlich gestalteten Kapellen waren nämlich einigen der wichtigsten Familien des Hofes verkauft worden. Sowohl



Abb. 104: Ordensverleihung in der Augustinerkirche, Gouache von Wilhelm Frommer, 1644

der ungarische Palatin Paul Pálffy als auch seine Nachbarn, der Oberststallmeister Max Graf Waldstein, der Oberstjägermeister Franz Albrecht Graf Harrach, der General und Geheimrat Rudolf von Teuffenbach oder der Obersthofmeister von Erzherzog Leopold Wilhelm, Johann Adolf Graf Schwarzenberg, waren Träger des Vliesordens, der genau an diesem Platz vom Kaiser an seine wichtigsten Minister vergeben wurde *(Abb. 104)*. Als Vliesritter hatten die Höflinge daher auch das Anrecht auf einen Sitz im Presbyterium der Kirche, der sonst nur Geistlichen vorbehalten war. Zeremonieller Vorrang und architektonische Nachbarschaft zum Kaiser gingen also in der Hofkirche Hand in Hand.[24]

Auch die ab 1651 errichtete Servitenkirche wurde durch einen kaiserlichen Feldmarschall und Neufürsten, Ottavio Piccolomini, finanziert, der den Bau zu seiner Grablege bestimmte. Durch dessen Tod kam es daher zu einer mehrjährigen Bauunterbrechung. Piccolomini verzichtete zwar auf ein prunkvolles Grabmal, aber sein Mäzenatentum wurde durch die Figur des hl. Joachim Piccolomini an der Fassade sowie durch eine Stifterbüste von Francesco Mangiotti im Kreuzgang sichtbar gemacht.[25]

Sozusagen die Kehrseite dieser gegenreformatorischen Verbindung von Kirche und weltlicher Macht bildet das erzbischöfliche Palais. Es wurde ab 1632 von Giovanni Coccapani für den Wiener Fürstbischof Anton Wolfrath errichtet, repräsentiert aber vor allem den Status des Bauherrn als kaiserlicher Finanzminister und Reichsfürst (seit 1631! – *Abb. 105*). Erst Fürstbischof Philipp Friedrich Graf Breuner startete 1639 die Barockisierung des Stephansdomes mit dem Hochaltar der Brüder Johann Jakob und Tobias Pock aus Konstanz, mit Chorgestühl und kaiserlichem Oratorium. Anlässlich der Voll-

Abb. 105: Erzbischöfliches Palais, Giovanni Coccapani, ab 1632; Stephansplatz



Abb. 106: Kasel des Breuner-Ornats, rote Atlas-Seide mit Goldstickerei, 1649

endung des Altares stiftete der Kirchenfürst für den Festtag des hl. Stephanus einen Ornat mit Goldstickerei, der zu den bedeutendsten Zeugnissen der frühbarocken Textilkunst gehört (*Abb. 106*). Breuner förderte außerdem den Kalvarienberg in Hernals, das erst 1625 gewaltsam bekehrte Zentrum des Wiener Protestantismus.[26] Der Jesuit und Initiator Karl Musart verfasste dazu 1642 ein Andachtsbuch mit genauen Anweisungen zur Rezeption der einzelnen Stationen. Der jesuitischen Rhetorik zufolge werden Ermahnungen und Ermunterungen eingestreut und die erwünschten Gefühlsregungen auch durch sinnliche Eindrücke (z. B. den Geruch der Blutspur Christi) evoziert:

Guter Jesus, der du von den Peinigern entblößt und an den Pfahl gebunden und mit Geißeln unsagbar zerfleischt werden wolltest, damit du mich mit deinem Blut waschen und mit deiner Gnade bekleiden kannst. Verschone meine Sünden; meine Eigenliebe, meine Begierden, Wollüste sind schlimme Geißeln, die deinen so zarten Körper zerfleischt haben. Jene Dornenkrone aber, von der 72 Blutströme herabflossen, hat mein Ehrgeiz und meine Anmaßung dir aufgedrückt. (…) Durch jene blutigen Verhöhnungen und so viele Ströme des kostbarsten Blutes wasche mich ab von meinen Sünden, damit sich mir dein Stab zum Szepter des Ruhmes wandelt, der Purpur in den Mantel der ewigen Ehre; durch deine Geißelung und die Dornen gib, daß ich meinen Körper züchtige und hinfort ein reineres Leben führe. Amen.[27]

Ebenso wie Ferdinand III. die Errichtung der Kreuzwegstationen unterstützte, kam es auch in zahlreichen anderen Fällen zu habsburgischen Stiftungen von Kultobjekten, Altären oder ganzen Kapellen. Besonders bezeichnend sind die kaiserlichen Widmungen von Reliquien und Gnadenbildern, da aus dieser Verbindung von Wunderkult und landesfürstlicher Repräsentation die numinosen Kristallisationspunkte der »Pietas Austriaca« entstanden. Kaiserin Anna beschenkte das von ihr als Grablege gegründete Wiener Kapuzinerkloster mit einem Reliquienschatz, der noch 1715 als besondere Sehenswürdigkeit galt:

Dieser besteht in vielen Kästen, so wegen der Kleinodien, womit sie auswendig besetzet, kostbar, aber wegen der darinn enthaltenen vornehmen Heiligthümern, noch weit kostbarer seynd, welche etliche Stund erfordern sie alle zu sehen. Was seynd die Merkwürdigsten? Sie seynd alle rar; nemmlich einige Dörner von der Cron unseres Erlösers; Häubter, Gebeine, Finger und andere dergleichen Reliquien mehr von Heiligen, in Silber, oder in Cristall eingefast; sechs grosse Leuchter von Jaspis, und mehr sothane hoch=schätzbare Sachen.[28]

Kaiserin Eleonore ließ 1624–27 in der Augustiner-Hofkirche über der Herzgruft der Habsburger eine Lorettokapelle errichten und schenkte dem »Königinkloster« eine Heilig-Blut-Reliquie aus Mantua. Kaiser Leopold I. erwirkte u. a. 1675 eine Schenkung der Hirnschale des hl. Stephanus durch das Kapitel in Wetzlar an die Wiener Domkirche, und noch 1773 widmete Maria Theresia der Michaelerkirche den Leib des römischen Märtyrers Julius.

Im Blick auf diese Form habsburgischer Frömmigkeit wird deutlich, dass die kaiserliche Bautätigkeit des 17. Jahrhunderts nicht nur Folge der gegenreformatorischen Kirchenpolitik, sondern auch Ausdruck einer sozusagen kultischen oder sakralisierten Stadtplanung war. Bereits 1633 wies der Kaiser anlässlich der Grundsteinlegung der Schwarzspanierkirche die Kritik des Stadtkommandanten an diesem direkt vor den Bastionen gelegenen Bau mit der Bemerkung zurück, dass er keinen besseren Schutz für die Stadt wüsste als eine Marienkirche.[29] Die vom Hofarchitekten Filiberto Lucchese geplante Brigittakapelle in Wien-Brigittenau war 1645–51 von Erzherzog Leopold Wilhelm an jener Stelle der Wolfsschanze errichtet worden, an der dieser 1645 im Abwehrkampf gegen die Schweden einen feindlichen Kanonenkugeleinschlag in sein Zelt

überlebte hatte. Das Altarbild zeigt den Stifter in den Donauauen vor der Dreifaltigkeit und der schwedischen Nationalheiligen, die ausdrücklich zum Schutz Wiens angerufen wird.

Offensichtlich mit demselben Bewusstsein prägte auch Leopold I. der Stadt einen sakral-habsburgischen Stempel auf. So sollten die Kirchen in den Wiener Vorstädten nach 1683 als »›marianische Vorwerke‹ eines himmlischen ›cordon militaire‹« um die kaiserliche Residenzstadt dienen.[30] Da »Maria hilf!« der Schlachtruf des Heeres in der Abwehrschlacht gewesen war, wurden nun wieder aufgebaute Kirchen mit Gnadenbildern ausgestattet oder neue dem Patronat der habsburgischen »Generalissima« gestiftet. Die wichtigsten Beispiele dafür sind »Mariahilf« in Gumpendorf sowie die kaiserliche Stiftung eines Altars »Maria Türkenhilfe« in der Leopoldskirche auf dem ehemaligen Kahlenberg. Schon ab 1684 waren die eng mit dem Kaiserhaus verbundene Wallfahrtskirche Maria Brunn sowie die Kapuzinerkirche am Neubau mit dem Gnadenbild »Maria Schutz« wieder hergestellt worden. 1688 wurde die als Hofkirche von Schönbrunn dienende Wallfahrtskirche Maria Hietzing vergrößert und 1690 mit einer Leopoldskapelle versehen. Im selben Jahr legte der Kaiser den Grundstein zur Kirche der Schwarzspanier in der Alservorstadt, und nach der Eroberung von Gibraltar stiftete Leopold I. 1704 für diese Kirche eine Kopie des Mariazeller Gnadenbildes. In der Nachbarschaft entstand Ende der 1680er Jahre das Kloster des vom Kaiser nach Wien berufenen Trinitarierordens. Die 1689 vollendete und der Hl. Dreifaltigkeit gewidmete Kapelle wurde bald durch eine Kirche ersetzt, zu der Leopold 1695 den Grundstein legte. Topographisches und kultisches Zentrum der leopoldinischen Stadtbefestigung wurde jedoch das Stadt- und Staatspalladium »Maria Pötsch«, eine Ikone im Typus der Hodegetria, die auf Befehl der Kaiserin Eleonora 1697 aus Pócs in Ungarn nach Wien gebracht und auf dem Hochaltar des Stephansdomes zur öffentlichen Verehrung aufgestellt wurde.

Die Bestätigung für diese These liefert der Jesuit Ignaz Reiffenstuell in seinem im Jahre 1700 veröffentlichten Werk »Vienna Gloriosa«. Dort bezeichnet er die Kirchenbauten als Zeugnisse der Majestas und Frömmigkeit des Hauses Österreich, das damit dem Vorbild der antiken und frühchristlichen Herrscher gefolgt sei. Daneben besitze Wien inner- und außerhalb der Stadtmauern auch zahlreiche »Palladia«, die die Stadt gleichzeitig schützen und schmücken würden. Als Beispiele nennt Reiffenstuell die wundertätigen Marienbilder in St. Stephan (Maria Pötsch, *Abb. 59, S. 359*), St. Augustin (Maria Loretto), Mariahilf, St. Ulrich, in der Schottenkirche sowie in Hietzing.[31]

Unter Leopold I. erlangte diese kultische Topographie Wiens jedoch eine zusätzliche Dimension, da die religionspolitische Intention mit einer neuen Sakralisierung des Herrscherhauses verbunden wurde. Die gezielte Verbindung von öffentlicher Frömmigkeit und persönlicher Repräsentation wird zunächst im Kult der Namenspatrone sichtbar, war es doch erst dieser Kaiser, der seinen Namenspatron 1663 zum Patron Österreichs und den hl. Josef 1675 zum Patron der habsburgischen Erblande erhob.[32] Deutlich wird dies etwa bei den von Leopold I. finanzierten Altären in der Franziskaner- sowie in der Rochuskirche, die durch die Statuen der Namens- bzw. Landespatrone Leopold und Mar-

garetha sowie Heinrich II., Stephan, Ladislaus und Wenzel die genealogischen und territorialen Schwerpunkte der habsburgischen Frömmigkeit veranschaulichen. Diese Verschränkung von Namens- und Landespatron, himmlischem und irdischem Schutzherrn zeigte sich vor allem in der Koppelung der kaiserlichen Patronanz an die entsprechenden Patrozinien. Auf Anregung seiner ersten Gattin Margarita Teresa hatte Leopold I. 1670 die Juden aus Wien vertreiben und die zwei Synagogen *zu kierchen dem hayl. Leopoldo unnd Margareta zu Ehren geweiht.*[33] Nach 1683 wurde auch die Dreifaltigkeitskirche im Weißgerberviertel auf Wunsch Leopolds I. in Erinnerung an seine erste Gattin der hl. Margaretha von Antiochia geweiht. Von ihren geistlichen und weltlichen Schutzpatronen erhielten schließlich die Stadtviertel den Namen Leopoldstadt bzw. Margareten (Margaretenkapelle im alten Margaretner Schloss). Dieselbe Namensübertragung lässt sich im Wienerwald nachweisen, wo der Kahlenberg nach dem Wiederaufbau der Leopoldskirche 1679 in Leopoldsberg umbenannt wurde. Und beim Neubau der Karmeliterkirche auf der Laimgrube wurde damals das Theobaldpatrozinium zu Ehren des ältesten Sohnes Leopolds durch jenes des hl. Josef ersetzt. In der Josefstadt war das nach den Zerstörungen von 1683 neu angelegte Stadtviertel bereits von Beginn an *zu Ehren des heiligen Nährvatters Christi und Seiner Majestät des Römischen Königs Joseph I. die Josephstadt genennet worden.*[34] Den Höhe- und Endpunkt dieses doppeldeutigen Josefskultes bildete der Josefsbrunnen auf dem Hohen Markt. An eine Schwester Josephs, Maria Elisabeth, erinnert hingegen das 1709 von Kaiserin Eleonore und ihrer damals als Statthalterin in den Niederlanden wirkenden Tochter gestiftete Kloster der Elisabethinen mit der der hl. Elisabeth geweihten und deren Kopfreliquie verwahrenden Kirche auf der Landstraße.[35]

Zur Vervollständigung der habsburgischen Vorstädte war auch eine Karlstadt vorgesehen, aber diese Bezeichnung konnte sich nicht durchsetzen und wurde von Lichtental (nach dem Fürsten Liechtenstein) verdrängt. Der jüngere Bruder Josephs setzte sich jedoch mit der Karlskirche sein eigenes Denkmal. In der Predigt des Jesuiten-Hofpredigers Franz Xaver Brean anlässlich des öffentlichen Gelöbnisses des Kaisers zum Kirchenbau im Jahre 1714 wurde diese Verschränkung von kaiserlichem und himmlischem Schutzpatron folgend begründet:

> *Weilen aber die Flüchtigkeit unseres Lebens, auch die Danckbarkeit auff der Welt abstürzet, sollen die herrliche Kirchen=Mäuren (…) so lang sie stehen, der gantzen Nach=Welt ein Denck=Zeichen seyn, der Andacht und Gottseeligkeit CAROLI auff Erden, gegen CAROLUM in dem Himmel, und hingegen des Schutzes und der mächtigsten Vorsprechung CAROLI von dem Himmel gegen CAROLUM auff Erden.*[36]

Der kirchliche Schutzwall Wiens wurde unter Karl VI. mit den Kirchen »14 Nothelfer« in Lichtenthal, »Mariä Heimsuchung« am Rennweg (durch Kaiserinwitwe Amalie Wilhelmine 1717) und »Maria de Mercede«, der Kirche des vom Kaiser errichteten Spanischen Spitals, am Alsergrund (1722) erweitert.

Von den Wiener Kirchen bieten vor allem die Dominikaner- und die Servitenkirche noch heute einen guten Eindruck von den sakralen Interieurs des 17. Jahrhunderts mit



Abb. 107: Inneres der Universitätskirche, Andrea Pozzo, um 1705; Wien, Dr.-Ignaz-Seipel-Platz

ihren üppigen Stuckdekorationen und vielteiligen Freskenzyklen. Die dazugehörigen dunklen und möbelartigen Altäre blieben hingegen nur teilweise erhalten. In der Ikonographie der Gotteshäuser lassen sich innerhalb der Thematik der siegreichen und triumphierenden Kirche sowie der Betonung der Rolle der Gottesmutter jedoch ordensspezifische und lokale Unterschiede feststellen. Während die Jesuiten die Verehrung des »Namens Jesu«, der Immaculata sowie des Erzengels Michael betrieben und den Kult der heiligen Ignatius von Loyola sowie Franz Xaver förderten, demonstrierten die Dominikaner schon an der Fassade der Kirche mit den Heiligen Katharina von Siena, Rosa von Lima, Albertus Magnus, Thomas von Aquin u. a. ihre – wohl gegen die neue Dominanz der Jesuiten gerichtete – alte Tradition der universitären Gelehrsamkeit und weltweiten Mission. Die Gemälde im Inneren der Kirche betonen hingegen den dominikanischen Kult des Rosenkranzes.[37] Und an der Stelle über dem Portal, wo die Jesuiten das kaiserliche Wappen als Apotropaion anbrachten, präsentierte der Predigerorden eine Statue der Gottesmutter. Das gleiche Motiv finden wir an der Fassade der Schottenkirche, wo die Benediktiner den Wettstreit der Orden zumindest mit der Anciennität ihrer Ordensheiligen Benedikt und Papst Gregor für sich entscheiden konnten.

Im Laufe des späten 17. Jahrhunderts gewann jedoch das ästhetische Moment auch bei den Kirchenausstattungen zunehmend an Bedeutung. Ein besonderes Anliegen war dies offensichtlich dem Schottenstift, das mit künstlerisch hochrangigen Altären anscheinend den Bedeutungsverlust gegenüber den Jesuiten wettmachen wollte. In einer Stadtbeschreibung des Bildhauers Franz Ferdinand Ertinger wird die Schottenkirche um 1695 als drittes Gotteshaus nach dem Dom und der *beriembten unnd wohl nach der archidectur gebauten Kierch deß Kayserlichen Professhaus* der Jesuiten mit ihrer *künstlichen facciata* ausführlich gewürdigt:

> … *in dißer Closter Kierchen sein von Joachim V: Sandradh* (= Sandrart) *Kunstberiembter Maller drey bläder zu sehen, der Erste und Hoh aldar Praesendiert aller hayl:, die bidhauer arbaith von einem schenck von Costanz* (= Johann Kaspar? Schenck), *das andere stelt vohr die Creuzigung Christi, das drite SS. Peter unnd Paulus wie sie sich zur Marter beurlauben, und solches bladt sohle eines seiner besten werckhen sein; die Zway große seiten aldär ist die bildhauer-arbaith von dem Kunsterfahrnen alten adam Crackher* (= Tobias Kracker), *die Zway bläder aber von dem beriembten Maller Tobias bockh* (= Pock); *das eine stelt vohr Maria Himelfahrt, das andere S. Sebestians Marter. Es ist auch die Handt von dem beriemten bildhauer Simon bachman in einem gemalten aldar blädel darin S: augustin würdig zu sehen.*[38]

Unter diesen Gemälden hatte vor allem das riesige Hochaltarbild von Sandrart aus dem Jahre 1671 schon bei seiner Entstehung eine solche Popularität erlangt, dass es im Rathaus der Stadt Augsburg öffentlich ausgestellt wurde.

Der daraus resultierende Konflikt zwischen materieller Pracht der Kirchen und dem Armutsgelübde der gegenreformatorischen Orden war den Verantwortlichen durchaus bewusst. Aber 1638 befürwortete der Generalkommissar der Piaristen in Mähren, P. Petrus Casani, diesen äußerlichen Prunk mit der Begründung, die Menschen könnten da-

durch leichter zu geistlichen Dingen geführt werden. Vor allem die ehemaligen Protestanten würden eher »durch die Eleganz und die Feierlichkeit der heiligen Riten als durch irgend eine andere Sache angezogen«. Auch 1723 wies der Prediger bei der Einweihung des Johann-Nepomuk-Altares der Wiener Piaristenkirche darauf hin, dass der »hervorstrahlende Glanz die Augen und die Herzen aller Ansehenden bewege zur Verehrung und Lobsprechung« des Heiligen.[39]

Aufgrund der Konkurrenz der Wiener Kirchen und Klöster um die Gläubigen und deren Geld mussten daher die Jesuiten schon den berühmten Mitbruder Andrea Pozzo aus Rom aufbieten, um wieder Eindruck bei den kunstsinnigen und auch von weltlichen Spektakeln verwöhnten Wienern zu machen.[40] Der künstlerische Erfolg der ab 1703 modernisierten Universitätskirche war jedenfalls enorm *(Abb. 107, S. 471)*. Die Vorbildwirkung dieses hochbarocken »Gesamtkunstwerkes« im Unterschied zur früheren Präsentation künstlerischer Einzelleistungen in der Schottenkirche wird etwa aus der Einweihungspredigt der Schwarzspanierkirche im Jahre 1739 deutlich. Denn der jesuitische Domprediger Franz Xaver Peickhart lobt darin ausdrücklich die optische Täuschung durch den bolognesischen Scheinarchitekturmaler Francia und das Zusammenwirken aller Künstler, Gattungen und Materialien:

> *Die Zierde thut es der Dorisch= und Jonischen Bau=Kunst gleich, wo nicht bevor; und ist darinnen was immer zierlich, auch köstlich und künstlich. Der Pemsel hat sich an allen Schildereyen die Ehre eines Meister=Stucks ausgebetten, und hat Daniel Gran, Dominicus Francia, mit dem alten und jungen Altomonte sich dahin beeyferet, daß man ihre Kunst zwar unterscheiden kan, doch allerseits was sie entworffen, mit gleichen Mund loben müsse. Das übrige Bau=Werck ist vollkommen ohne Mangel: Nichts ist allhier, so nicht ausbündig wäre; in vielen Stucken hat die Kunst der Natur nachgeahmet, in vielen ist sie derselben zu Hülff gekommen; beede haben so glücklich miteinander gefochten, daß aller Orts das menschliche Aug sich darbey zu ihren Vergnügen betrogen finde. Aus so vielen Künstlern ware keiner so dem anderen nachgeben wolte: Man betrachte Stein oder Holtz, Ertz oder Eisen, so ist alles so wohl eingetheilet, und trefflich ausgeführet, daß jedem Finger, so sich daran beschäfftiget, von seiner eigenen Arbeit ein besonderes Lob gesprochen wird.*[41]

Bald erhielten auch die profanen Räume der Klöster künstlerisch wertvolle Ausstattungen. In den Speisesälen nahmen die Darstellungen auf das gemeinsame Mahl Bezug, verwiesen typologisch auf das Altarssakrament oder behandelten lokale Themen. Das vom Hofmaler Peter Strudel und den Schülern seiner Akademie um 1700 mit Leinwandbildern ausgestattete Refektorium von St. Michael zeigt etwa die Wunderbare Brotvermehrung, die Bewirtung der drei Engel durch Abraham, die Ordensbestätigung sowie den Kirchenpatron Michael. Das Barnabitenkloster besitzt außerdem noch eine Pontifikalsakristei, ein Kaiseroratorium und ein Archiv *(Abb. 108, S. 474)* aus dem 18. Jahrhundert.[42] Die größte Wiener Klosterbibliothek bestand natürlich bei den Jesuiten, die als Träger der Universität auch eine Münzsammlung sowie ein Naturalien- und Physikalisches Kabinett und die Sternwarte einrichteten. Die der Krankenpflege gewidmeten Bau-



Abb. 108: Archiv des ehemaligen Barnabitenklosters St. Michael, 2. Viertel 18. Jh.; Michaelerplatz

Abb. 109: Fresko von Johann Cimbal in der alten Klosterapotheke der Barmherzigen Brüder, 2. Viertel 18. Jh., Taborstraße



ten der Barmherzigen Brüder in der Taborstraße sowie der Elisabethinen in der Landstraße unterschieden sich durch eine stärker zur Straße hin orientierte Architektur von den anderen Klöstern und verfügen noch heute über prunkvoll gestaltete Klosterapotheken *(Abb. 109)*.

Monarchen und Minister



Abb. 110: Leopoldinischer Trakt, Filiberto Lucchese / Giovanni Pietro Tencala, 1661-81; Hofburg

Im Gegensatz zur vielfältigen Unterstützung der Sakralbauten durch das Kaiserhaus beschränkten sich die Aktivitäten im Bereich der habsburgischen Profanarchitektur in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts auf jene Formen der Repräsentation, die auch der »Rekreation« dienten: Musiktheater, Reitkunst, Kunstsammlungen und Gartenkunst. Erst nach dem Dreißigjährigen Krieg kam es wieder zu einer Blüte der künstlerischen Produktion. Unter den Hofkünstlern dieser Zeit sind vor allem die Steinschneider Dionysio und Ferdinand Eusebio Miseroni sowie die flämischen Maler Frans Luyckx und Jan van den Hoecke zu nennen. Die bedeutendsten deutschen Maler dieser Zeit, Johann Heinrich Schönfeld sowie Joachim von Sandrart, waren auch als Kunsthändler für den Wiener Hof tätig. Mit der Aufstellung der 1.400 Werke umfassenden Gemäldesammlung von Erzherzog Leopold Wilhelm 1656 in der Stallburg trat die zeitgenössische Malerei endgültig ihren Siegeszug in Wien an. Trotzdem schneidet die Repräsentation der

Habsburger vor allem im Vergleich zur Architekturpolitik des »Sonnenkönigs« schlecht ab. Dies gilt besonders für Leopold I., der, abgesehen von seiner tatsächlichen Begeisterung für Musik und Theater sowie den finanziellen Beschränkungen durch die Kriege gegen Frankreich und das Osmanische Reich, wohl nicht so gänzlich an künstlerischer Repräsentation desinteressiert war, wie es landläufig gilt.[43] Schon zwei Jahre nach seiner Krönung hat der Kaiser eine großzügige Erweiterung der Residenz in Wien in Angriff genommen. Der so genannte »Leopoldinische Trakt« der Hofburg wurde bis 1667 von Filiberto Luchese ausgeführt, 1668 durch einen Brand schwer in Mitleidenschaft gezogen und bis 1681 in größerer Form von Giovanni Pietro Tencala wiederaufgebaut[44] *(Abb. 110, S. 475)*. Die Modernisierung der Hofburg stand vermutlich schon von Beginn an unter dem Eindruck der geplanten Heirat des Herrschers mit der spanischen Infantin. Bereits 1663 war offensichtlich auch an eine einheitliche Gestaltung aller Hofburgfassaden nach dem Muster der Münchner Residenz sowie des Madrider Alcázar und des Escorial gedacht. Ebenfalls im Hinblick auf das spanische Erbe gab Leopold I. um 1680 beim Antwerpener Maler Jan Erasmus Quellinus für den großen Saal der Hofburg einen fünfzehn Bilder umfassenden Zyklus monumentaler Historien Karls V. in Auftrag. Ab 1696 folgte ein mehr als 40 Marmorstatuen umfassender Zyklus von lebensgroßen Porträtstatuen der Brüder Strudel, der auch die Angehörigen der spanischen Linie von Karl I. bis Erzherzog Karl umfasste.[45]

Leopold I. war sich aber nicht nur der politischen Bedeutung von Architektur, Malerei und Skulptur bewusst, sondern auch der modernen Propagandafunktion der graphischen Künste, da er sie durch die Berufung eigener bzw. zusätzlicher niederländischer Spezialisten zum Einsatz brachte. Aufgabe dieser Graphiker war zunächst die Publikation der Hochzeitsfeierlichkeiten, d. h. ebenfalls eine Reaktion auf die Vorgabe des Sonnenkönigs. Ein zweites Großprojekt war die Illustration der mehrbändigen Biographie Leopolds I. von Gualdo Priorato.

Darüber hinaus gibt es Indizien dafür, dass die Verschönerung der Residenzstadt durch den Bau neuer Paläste der Aristokratie und bürgerlicher Hofquartiere vom Hof damals bewusst gefördert wurde, wobei zweifellos die Hofburg ein »bedeutendes architektonisches Signal (…) zur allmählichen Veränderung des Wiener Stadtbildes« darstellte.[46] Bereits in den frühen 1660er Jahren – also parallel zu Errichtung des »Leopoldinischen Traktes« – verband der Obersthofmarschall Leopolds I., Heinrich Wilhelm Graf Starhemberg, seine Aufgabe zur Schaffung von Hofquartieren mit der Absicht, nicht nur *Spelunken und Wanzenkobeln* zu beseitigen, sondern alle jene Häuser, *die ein schändliches Spectaculum darbieten*. Dementsprechend wurde jenen Bauherren, die *zierliche* Gebäude errichten würden, Steuerbefreiung auf viele Jahre versprochen.[47] Die praktische Umsetzung dieser Baupolitik zeigte sich etwa bei der Errichtung des Palais Abensberg-Traun in der Herrengasse. Das mit dem Neubau begründete Ansuchen um Hofquartierfreiheit wurde von Starhemberg 1662 befürwortet, da der neue Palast dem öffentlichen Ansehen zu besonderer Zier gereiche. Denn der anstelle der beiden alten Häuser mit schlechten Quartieren entstehende Palast würde eine prächtige und *in die-*



Abb. 111: Palais Starhemberg, um 1665; Minoritenplatz

sem Lande rare Fazata erhalten.[48] Und als der Hofkanzleisekretär Christoph Abele von Lilienberg sich über den Neubau seines Hofquartiers beklagte, bestand Starhemberg ebenfalls auf dem Neubau des *unordentlich und nach altfränkischer Manier* gebauten Hauses. Da die neuen Häuser *italienischen Palästen zu vergleichen seien*, würde Wien bald *mit Gebäuden geziert sein, dass sie keiner Stadt in Deutschland mehr wird weichen*. Es ist bezeichnend, dass die Familie des Obersthofmarschalls mit gutem Beispiel voranging und das um 1665 errichtete Palais Starhemberg auf dem Minoritenplatz durch die – wie es der Obersthofmarschall forderte – »prächtige« Fassade, hellen Räume, breiten Stiegen und reichen Stuckschmuck eine repräsentative Wirkung erzielte (*Abb. 111*). Eine Bestätigung der These von der Verschönerung der Residenzstadt in kaiserlichem Interesse bilden meines Erachtens auch die publizistische Propagierung des Stadtlobes durch die Wien-Veduten des kaiserlichen Kammermalers Folbert van Alten-Allen, des kaiserlichen Festungsingenieurs Daniel Suttinger sowie den »Ehren-Preiss der Kayserlichen Residenz« des kaiserlichen Hofkriegsrates Wolfgang Wilhem Praemer in den Jahren vor 1683.

Spielte hier die Rivalität mit Frankreich nur eine indirekte Rolle, so kam es im Gefolge der politischen Ereignisse um 1680 zu direkten Konfrontationen auf künstlerischem Gebiet. Als nämlich die französischen Diplomaten 1682 sogar in Wien ihren König *über alle andere vornehmere Potentaten erheben und in specie dem Allerhöchstgedachten Glorwürdigsten*

und Unüberwindlichsten Kayserlichen Ertz=Haus Oesterreich vorzuziehen sich hochmütig unterstanden, wann sie denselben allein mit nichts anders vergleichen als mit der Sonne, hat der Wiener Hof mit den Mitteln der emblematischen Festdekorationen offiziell den künstlerischen Fehdehandschuh aufgenommen. Die Jahre um 1688/90 brachten zweifellos eine Verschärfung der kulturpolitischen Auseinandersetzung. Die Heimkehr Josephs I. von der Krönung in Frankfurt wurde 1690 dementsprechend mit den künstlerisch modernen und aufwändigen Triumphbögen des Johann Bernhard Fischer (von Erlach) gefeiert, deren Sonnensymbolik sich direkt gegen Frankreich richtete.[49]

Gleichzeitig begannen ernsthafte Bemühungen des Wiener Hofes, auch die bildende Kunst wieder auf internationales Niveau zu heben: 1687 wurde ein künstlerischer Wettbewerb für die Pestsäule ausgeschrieben; 1688 erhielt Matthias Steinl die Anstellung als kaiserlicher Kammerbeinstecher, und 1689 wurde Johann Bernhard Fischer vom Kaiser zum Architekturlehrer des Thronfolgers ernannt. Er schuf vor allem die Pläne für die Residenz Josephs I. in Schönbrunn. Zu deren Ausstattung hat man 1695 die Maler Franz Werner Tamm, Anton Schoonjans sowie Johann Georg und Ferdinand Hamilton und 1702 den Freskanten Sebastiano Ricci aus Italien an den Wiener Hof geholt. Ebenfalls 1702 berief der Kaiser den Jesuiten Andrea Pozzo aus Rom nach Wien. War die Kunstpolitik Leopolds also programmatisch nach Italien ausgerichtet, so hat sich der Thronfolger in ästhetisch-kulturellen Fragen bewusst am Vorbild des »Sonnenkönigs« orientiert. So sandte er etwa 1698 seinen französischen Gartenarchitekten Jean Trehet mit dem Auftrag nach Frankreich, dort die königlichen Schlösser und Gärten zu studieren. An der Innenausstattung des Schlosses war dann der Franzose Pierre Quantin maßgeblich beteiligt, dessen Anstellung 1692 und 1695 von Leopold I. aus nationalen Gründen abgelehnt, aber von Joseph I. 1706 mit der Ernennung zum Hoftapezierer realisiert wurde.

Noch deutlicher als bei Leopold I. und bei Joseph I. lässt sich in der Kunstpolitik Karls VI. ein Konzept bzw. zumindest eine Stoßrichtung feststellen.[50] Tatsächlich gibt es zumindest zwei Maßnahmen, die auf einen politischen und künstlerischen Zentralismus nach dem Vorbild Ludwigs XIV. abzielen. Schon kurze Zeit nach seinem Regierungsantritt schuf der Herrscher mit der 1713 verkündeten Pragmatischen Sanktion ein neues Staatsgrundgesetz, das die Untrennbarkeit und Unteilbarkeit der habsburgischen Länder, und zwar sowohl inner- als auch außerhalb des Reiches, festschrieb. Als Hauptdenkmal dieser Politik kann die Karlskirche angesehen werden, die als Stiftung von Kaiser, Haus und Provinzen durch Zwangsbeiträge aller Erblande, darunter auch Mailand, Neapel und Flandern, finanziert wurde. Die Ausbildung eines im Unterschied zu Leopold I. nicht mehr transpersonal, sondern territorial gesehenen habsburgischen Heiligenhimmels zeigt sich vor allem in der Ikonographie der Kirche des so genannten Spanischen Spitals in der heutigen Boltzmanngasse. Das von Karl VI. für kranke Spanier, Neapolitaner, Sizilianer, Mailänder und Niederländer eingerichtete Hospital wurde mit Geldern aus diesen Ländern finanziert, die Altäre wurden den Landespatronen der wichtigsten Provinzen des spanischen Erbes gewidmet: Jakobus Major und Eulalia für Kastilien und

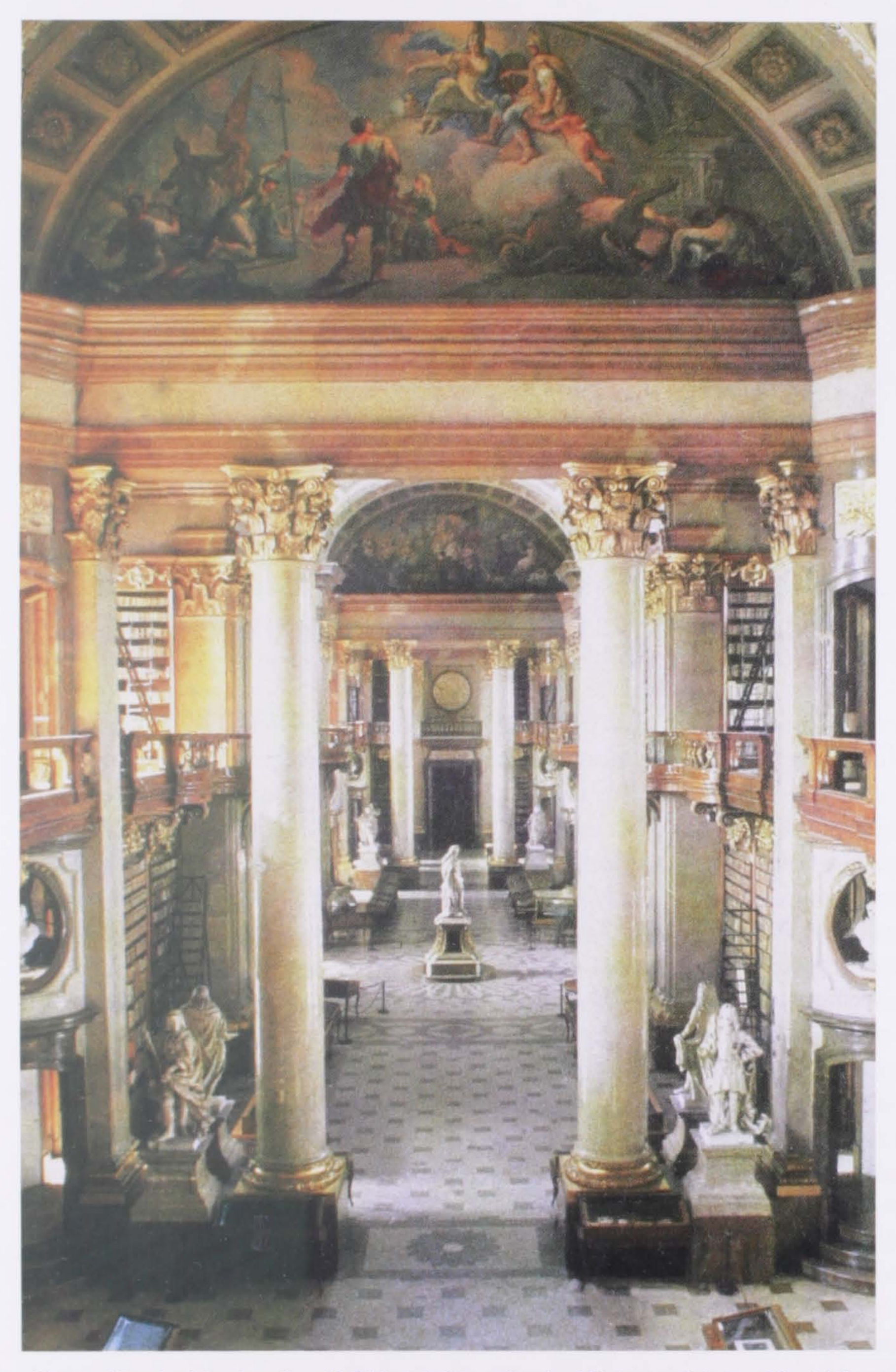


Abb. 112: Kuppelsaal der ehemaligen Hofbibliothek, Johann Bernhard Fischer von Erlach und Daniel Gran, um 1730; Josefsplatz

Katalonien, Januarius für Neapel, Rosalia für Sizilien, Karl Borromäus für Mailand und Petrus für Flandern.

Parallel zu dieser politischen Zentralisierung schuf Karl VI. die institutionellen Rahmenbedingungen für eine Kunstpolitik im Sinne Ludwigs XIV.: 1716 erfolgte die Gründung des Hofbauamtes unter der Leitung des Grafen Gundacker von Althan und 1726 die Wiedergründung der Kunstakademie nach französischem Vorbild durch Jacques van Schuppen und gleichfalls unter dem Protektorat von Althan. Mit den Hofgelehrten Carl Gustav Heraeus und Conrad Adolf von Albrecht standen auch eigene Programmverfasser und Ikonographen zur ständigen Verfügung, deren Aufgabe der französischen *Academie des Inscriptions* entsprach.

Im Gegensatz zur gleichsam traditionellen Bescheidenheit des engeren Residenzbereiches der Hofburg, der Sommerresidenz »Favorita« und der Schlösser Laxenburg und Kaiserebersdorf sowie der Geringschätzung von Schönbrunn ließ Karl VI. die unter dem Stichwort *Salus publica* zu nennenden Projekte durchaus repräsentativ ausstatten und auch entsprechend propagieren. Tatsächlich verbergen sich dahinter Bestrebungen, die eindeutig der Frühaufklärung zuzuordnen sind, und zwar das verstärkte Augenmerk auf Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Sozialwesen. Die Errichtung einer »Nationalbibliothek« und eines ebenso repräsentativen »Nationalmuseums« trug der wachsenden Bedeutung der Wissenschaft und vor allem der Geschichtsschreibung sowie Numismatik Rechnung. Der »Büchertempel« wurde in die Tradition der antiken und spätmittelalterlichen Bibliotheken eingereiht, und die ikonologische Grundstruktur der Hofbibliothek präsentiert den Herrscher als »Herkules musagetes« im Zentrum von Kriegs- und Friedensflügel *(Abb. 112, S. 479)*.[51] Parallel dazu kam es zur Zusammenführung des zerstreuten Kunstbesitzes und dessen repräsentativer Neuaufstellung in der Hofburg. Die Geistliche Schatzkammer wurde vergrößert und die Münz- sowie Antikensammlung von Heraeus neu aufgestellt. Claude Lefort du Plessy führte die Neugestaltung der Gemäldegalerie und Kunstkammer in der Stallburg durch, und es gab auch eine entsprechende Erwerbungspolitik und Wissenschaftsförderung.

Gleichzeitig dazu erfolgte der Bau repräsentativer Amtsgebäude für die verschiedenen Hofkanzleien. Nach der Böhmischen Hofkanzlei (1708–14 durch Johann Bernhard Fischer von Erlach) wurde 1717–21 von Johann Lucas Hildebrandt die Österreichische Hofkanzlei, der heutige Sitz des Bundeskanzlers, erbaut. Der Bau der Reichskanzlei wurde 1721 ebenfalls von Hildebrandt begonnen, aber 1726 dem Hofarchitekten Joseph Emanuel Fischer von Erlach übertragen. Damit wurde die zentralisierende Residenzfunktion Wiens auch architektonisch deutlich, nachdem bis dahin vorwiegend die modernen Paläste der kaiserlichen Minister das Stadtbild geprägt hatten.

Tatsächlich hat Wien im Laufe des 17. Jahrhunderts einen Wandel von der Bürger- zur Adelsstadt durchgemacht, der parallel zur Vergrößerung des Hofstaates verlief und am Hausbesitz nachweisbar ist.[52] Der Anteil der Besitzungen von Aristokratie und Hofbeamten war bereits von 1566 bis 1664 von 21,6 auf 39,2 Prozent der Wiener Innenstadt gestiegen, während der Anteil des städtischen Bürgertums von 73,7 auf 56 Prozent ge-



Abb. 113: Palais Althan in der Rossau, Johann Bernhard Fischer, um 1690, Kupferstich von J. A. Delsenbach nach J. E. Fischer v. Erlach, 1715

sunken war. Von 1664 bis 1779 erhöhte sich der Anteil auf 44,3 Prozent im Vergleich zu 10,5 % öffentlichen Gebäuden und 45,2 % städtischem Bürgertum. Flächenmäßig war dieser Anteil noch höher, da ja ein Palast die Grundfläche von zwei oder mehreren Bürgerhäusern beanspruchte. So befanden sich anstelle des Palais Schwarzenberg an der Schmalseite des Neuen Marktes ursprünglich sieben Häuser, deren Besitzer Bürgermeister und Ratsherren waren. Im frühen 17. Jahrhundert wurden vier davon von Graf Werdenberg erworben und baulich verbunden. Ab 1701 kaufte die Familie Schwarzenberg drei weitere Bürgerhäuser und ließ von Josef Emanuel Fischer von Erlach den neuen Palast errichten.[53] Erste und auch wichtigste Adresse für solche Bauten war allerdings die dieser Funktion ihren Namen verdankende Herrengasse. Auf einem Stadtplan aus der Zeit um 1710 findet man hier u. a. die Paläste der Fürsten Liechtenstein, Dietrichstein, Lamberg und Porcia.

Aufgrund der Tatsache, dass der Wiener Hof (bzw. die Höfe) die Hälfte des Jahres nicht in der Hofburg verbrachte, ergab sich die Ausbildung von »Villenkolonien« um die kaiserlichen Nebenresidenzen im Augarten, auf der Wieden und in Laxenburg. So ließ sich der Landjägermeister Christian Johann Graf von Althan um 1690 von Johann Bernhard Fischer in der Nähe der kaiserlichen Favorita im Augarten ein Lustschlösschen bauen *(Abb. 113)*. Da Karl VI. jedoch die Neue Favorita bevorzugte, sah sich Christian

Johanns Sohn Gundacker ebenfalls zur Übersiedlung auf die Wieden bzw. später auf die Landstraße gezwungen. In einem Dokument von 1717 begründete der Kaiser die Steuerbefreiung des Althanschen Hofes damit, dass sein Generalbaudirektor den *nächst unserer Kaiserlichen Favorita gelegenen* (Besitz …) *fürnehmlich aber in der Absicht an sich gebracht habe, um hiedurch in Zeit während unseren alljährlichen gewöhnlichen Sommer-Residenz in vermelter Unserer Favorita uns desto näher zu sein.*[54] Als Folge der Aufwertung der Neuen Favorita entstanden dort seit den 1690er Jahren die Gartenpaläste der wichtigsten Minister, nämlich das heutige Palais Schwarzenberg für den Obersthofmarschall und Präsidenten des Hofkriegsrates Heinrich Franz Graf von Mansfeld Fürst von Fondi *(Abb. 114)*, daneben das gleichfalls von Hildebrandt stammende Belvedere für Mansfelds Rivalen und Nachfolger als Kriegsminister, Prinz Eugen von Savoyen. Ebenfalls um 1695 begann der böhmische Vizekanzler Thomas Zacharias von Czernin mit der Planung eines Gartenpalastes auf der Wieden, neben dem um 1705 Hildebrandt das Palais Starhemberg-Schönburg für den Präsidenten der Hofkammer, Gundacker Thomas Graf Starhemberg, errichtete.

Die Türkenbelagerung von 1683 war also zwar eine wesentliche Zäsur, aber hinsichtlich der Baupolitik des Adels kein Neubeginn, auch wenn einer Statistik zufolge von 56 Wiener Palästen bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts nur 10 vor 1683 entstanden sind, 46 jedoch zwischen 1683 und 1749.[55] Allerdings scheint die entsprechende Baupolitik des Wiener Hofes nach 1683 forciert worden zu sein: Die 1693 von Leopold I. dem Grafen Jörger auf Lebenszeit erteilte Quartierfreiheit für den neuen Palast wurde 1697 auf ewige Zeiten ausgedehnt, da der Bauherr sich im Dienst der Krone große Verdienste erworben hatte. Ebenfalls 1693 erlangte Hofkanzler Theodor Althet Graf Strattmann die Quartierfreiheit für seinen von Johann Bernhard Fischer anstelle von fünf Häusern errichteten Palast in der Bankgasse, und 1698 gab der Kaiser Prinz Eugen von Savoyen die Quartierfreiheit für 25 Jahre unter Berücksichtigung der 50.000 bis 60.000 Gulden, die der Neubau kosten würde. Nach dem Sieg von Höchstädt wurde Prinz Eugen 1704 mit der vollständigen Steuerbefreiung seines Palastes auf alle Zeiten belohnt.[56] Auf Grund der Quartierfreijahre wurden jedenfalls zwischen 1660 und 1730 nicht weniger als 400 Gebäude neu errichtet.[57]

Der Wiener Bauboom nach 1683 und die schlagartige Durchsetzung des hochbarocken Stiles waren jedoch nicht nur eine Folge kaiserlicher »Wohnbauförderung«, sondern auch Ausdruck der Rivalität der Hofadeligen.[58] Denn die im ständigen Kampf untereinander stehenden wichtigsten Familien Schwarzenberg, Lamberg, Liechtenstein, Auersperg, Waldstein, Windischgrätz, Harrach oder Dietrichstein wachten ebenso eifersüchtig über Hofämter und Standeserhöhungen wie über die Repräsentation der Konkurrenten. Fürst Karl Eusebius von Liechtenstein und Carl Gustav Heraeus gebrauchten bei ihren Architekturbeschreibungen die Begriffe »Ansehen« sowie »Schicklichkeit« und verwiesen damit direkt auf die soziale Wertung ästhetischer Phänomene. In der Architekturtheorie der Zeit wurde dieser Bereich durch das »Decorum« und die Regeln von der »Angemessenheit« berücksichtigt. Demzufolge hatte jeder Bau dem Stand sei-



Abb. 114: Palais Schwarzenberg, Johann Lukas v. Hildebrandt/ Johann Bernhard Fischer v. Erlach, 1697-1726; Schwarzenbergplatz

nes Besitzers zu entsprechen. Die praktische Umsetzung dieser Vorstellungen lässt sich vor allem an zwei Beispielen belegen: Nachdem Fürst Lobkowitz 1674 über Nacht aller seiner Ämter enthoben und aus Wien verbannt worden war, *ließ er sich ein Zimmer zurichten, welches die Helffte mit Tapeten und mehreren Fürstlichen ›Meublen‹ ausgezieret war, die andere Helffte aber die schlechteste Vorstellung einer Bauer-Hütte an Tag legte; er erklärte sich dabey, gegen alle die ihn besuchten, daß er an solchem Ort seines vorigen und ietzigen Zustandes am besten eingedenck seyn könnte.*[59] Umgekehrt wurde auch der soziale Aufstieg sofort sichtbar gemacht. Als Johann Leopold Donat Graf Trautson, der unmittelbar nach seiner Ernennung zum Obersthofmeister Fischer von Erlach mit der Planung eines repräsentativen Vorstadtpalastes beauftragt hatte, während der Bauzeit 1711 in den Reichsfürstenstand erhoben wurde, hat man nicht nur das Grafenwappen an der Fassade durch die fürstliche Heraldik ersetzt, sondern auch die dorische Säulenordnung durch die höher(rangig)e Kompositordnung. Dafür wurden sogar unschöne Gebälküberschneidungen in Kauf genommen.

Das beste Beispiel für das quantitative Wachstum eines Adelssitzes nach dem sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg des Besitzers bietet der Stadtpalast des Prinzen Eugen. Nach der Ernennung zum Feldmarschall im Jahre 1693 erwarb er 1694/95 offensichtlich unter Aufbietung seiner letzten Finanzreserven um 48.000 Gulden zwei Häuser in der Himmelpfortgasse. An deren Stelle entstand der von Johann Bernhard Fischer entwor-

fene siebenachsige Palast, dessen Bau 55.000 Gulden kostete.[60] Der Zubau durch Johann Lucas von Hildebrandt erfolgte schließlich 1708–11, nachdem Eugen durch seine Ernennung zum Oberbefehlshaber in Italien (1701) und zum Präsidenten des Hofkriegsrates (1703) zusätzliche Mittel zur Verfügung hatte oder solche zumindest in Aussicht standen. Erst nach dem Ankauf eines vierten Grundstückes um 15.000 fl im Jahre 1719 wurde der Palast schließlich 1723 in die heute noch bestehende Form mit seinen Achsen und drei Portalen gebracht.

Der sozialen Differenzierung entsprachen auch die Unterschiede zwischen den innerhalb eines Jahrzehntes errichteten Stadtpalästen des Prinzen Eugen und des Grafen Strattmann. Besaß das Palais Strattmann offensichtlich nur ein Paradeappartement mit Vorzimmer, Zimmer und Schlafzimmer,[61] so schritt der Besucher im Stadtpalast des Prinzen von Savoyen durch einen Gardesaal in *Antichambre*, *Audienz=Zimmer* und *Parade=Schlafzimmer* sowie *Spiegel=Kabinett*.[62] Damit wurde der persönliche Status des aus dem fürstlichen Haus von Savoyen stammenden Prinzen sowie sein beruflicher Rang als Präsident des kaiserlichen Hofkriegsrates im Unterschied zu jenem des erst wenige Jahre vor Baubeginn in den Grafenstand erhobenen österreichischen Hofkanzlers Strattmann deutlich veranschaulicht.

Gerade bei den in Wien oft direkt nebeneinander stehenden Bauten war es unvermeidlich, dass die höfischen Rivalitäten auch auf architektonischem Feld ausgetragen wurden. Die »hektisch-nervöse Konkurrenzsituation« (Lorenz)[63] der Wiener Architektur der 1690er Jahre äußerte sich jedenfalls bei fast allen Bauten in abrupten Planänderungen und mehrfachem Architektenwechsel, aber auch in baulichen Mängeln, höfischen Intrigen und öffentlichen Skandalen. So gab Philipp Sigmund Graf Dietrichstein beim Bau seines neuen Palastes neben der Hofkirche der Augustiner 1687 nicht weniger als vier Konkurrenzprojekte in Auftrag. Kaum war der Bau jedoch nach dem durch einen Grundzukauf 1691 notwendigerweise umgearbeiteten Plan des kaiserlichen Hofarchitekten Giovanni Pietro Tencala begonnen worden, wurde er entweder noch von diesem selbst oder durch Johann Bernhard Fischer »›alla romana‹ modernisiert«. Der zunächst nur zaghaft ausgebildete Mittelrisalit wurde sowohl durch Verbreiterung von drei auf sieben Achsen als auch durch Erhöhung um ein Mezzaningeschoss und Bekrönung mit einer Statuenbalustrade wesentlich aufgewertet.[64]

Noch deutlicher sind die abrupten Planänderungen sowie die dahinter stehenden repräsentativen Überlegungen beim Palais von Ferdinand Bonaventura Graf Harrach.[65] Der im Jahre 1689 vom einheimischen Baumeister Christian Alexander Oedtl begonnene Palast war zunächst in die vornehme, aber enge Herrengasse ausgerichtet wie sein Vorgängerbau. Vielleicht noch 1689, spätestens 1690 wurde der Bau jedoch unter der Leitung des eigens aus Rom geholten Architekten Domenico Martinelli auf die Freyung hin orientiert. Die Veränderung hatte zwei wesentliche Folgen. Einerseits war im Trakt zur Freyung eine aufwändigere Raumfolge mit Vestibül, Vorraum, Treppenhaus, Anticamera, Camera und Galerie möglich geworden, andererseits hat der römische Architekt die neue Hauptfassade durch Seitenrisalite akzentuiert und als platzbeherrschende

»Schauseite« urbanistisch wirksam gemacht. Die Bedeutung der Architektur für das adelige Selbstverständnis jener Zeit wird nicht zuletzt dadurch ersichtlich, dass an der Theresianischen Ritterakademie eigene Architekturlehrer beschäftigt waren, z. B. der Jesuit Johann Baptist Izzo *(Abb. 115)*.

Der politischen und topographischen Annäherung an den Hof folgte auch die Ikonographie der Paläste bzw. deren Veränderung. Ab 1690 dominieren nämlich mythologische Darstellungen wie Jupiter als Sinnbild kaiserlicher Macht und Herkules sowie Jason als Personifikationen aristokratischer Tugendideale und deren Belohnung durch den Herrscher. Dazu kommen direkte Hinweise auf kaiserliche und päpstliche Auszeichnungen oder Darstellungen der diplomatischen bzw. militärischen Taten im Dienste von Herrscher und Vaterland. Die Ausstattung des Palais Liechtenstein in der Rossau gehört zu den frühesten hochbarocken Ausstattungen Wiens und vertritt ikonographisch und ideologisch den Übergang vom Land- zum Hofadel. Ebenso wie der Bau durch seine architektonische Zwitterstellung die gesellschaftliche Position des Auftraggebers zwischen höfischem Zentralismus und adeligem Landleben widerspiegelt, wird diese Ambivalenz auch in der Ikonographie deutlich. So waren Rottmayrs Allegorien der Architektur, der Skulptur sowie der Malerei den Personifikationen der Agrikultur gegenübergestellt und damit Mäzenatentum und Ökonomie als gleichwertige Beschäftigungen des Bauherrn ausgewiesen. Vom Erdgeschoss, dem Reich der materiellen Güter, äußerlichen Sinne und irdischen Liebe, führten zwei Treppen ins Piano nobile, deren Deckenbilder von Rottmayr zwei Möglichkeiten des Aufstieges veranschaulichten: einerseits den Fall menschlicher Hybris am Beispiel des Sturzes der Giganten durch Jupiter, andererseits die Belohnung menschlicher Tugend durch die Aufnahme des Herkules in den Olymp nach dem Sieg über die Laster (Wut, Wollust). Im Zentrum des Piano nobile war die Apotheose des Herkules von Andrea Pozzo gemalt worden, und der von Jupiter in den Olymp geholte Tugendheld bildete eine Anspielung auf den fürstlichen Bauherrn. Liechtenstein war nämlich 1698 und nach dem Staatsbankrott 1703 vom Kaiser mit der Sanierung der Staatsfinanzen sowie der Leitung der Wiener Girobank beauftragt und schon 1694 mit dem Goldenen Vlies ausgezeichnet worden.[66]

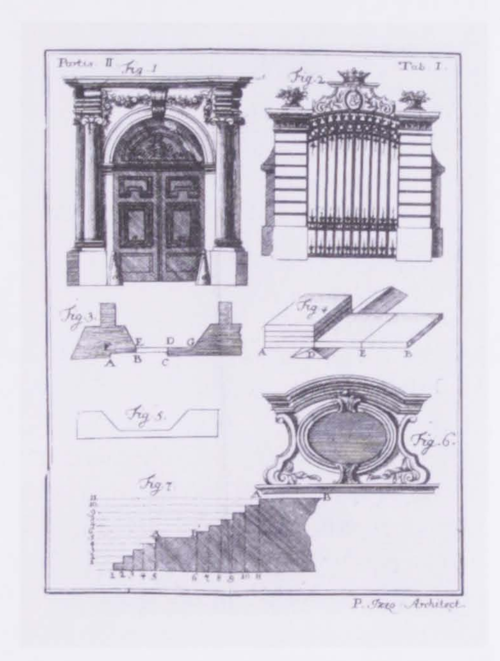


Abb. 115: Architekturlehrbuch der Maria-Theresianischen Ritterakademie, P. Johann Baptist Izzo, 1764

In ähnlicher Weise wurde auch im Stadtpalast des Prinzen Eugen der Hausherr mit Herkules gleichgesetzt, der durch seine Tugend im Dienste von Kaiser und Reich zu höchsten Würden aufgestiegen ist. Schon beim Portal des Palais in der Himmelpfortgasse verwiesen die Reliefs von Herkules und Anthaeus sowie Aeneas und Anchises – ebenso wie an den Fassaden der Paläste Batthyány, Batthyány-Schönborn und Neupauer-Breuner – auf Pflichterfüllung und Verdienste um das Allgemeinwohl. Noch deutlicher als die beiden Treppen in der Rossau veranschaulicht das Treppenhaus im Stadtpalast Eugens mit den Pendants »Aurora führt Phosphor« und »Sturz des Ikarus durch Jupiter« sowie der ideographischen Achse von Herkules unten und Phoebus Apollo oben den beschwerlichen Tugendweg und den Aufstieg in den Olymp. In der Beletage des Prinzen von Savoyen wurde das Programm von der Vergöttlichung des Helden als Sinnbild des sozialen Aufstiegs unter der Gnade des Kaisers fortgesetzt: Der Saal war sowohl *mit untermischten Kriegs-Geräthen von Stucator-Arbeit* und *verschiedenen Thaten des Hercules al fresco* sowie den Darstellungen der siegreichen Schlachten Eugens von Jacques-Ignace Parrocel geziert. Im Audienzzimmer (Roter Salon) mit dem Baldachin sowie einem Herkulesofen befand sich ein Deckenfresko von Andrea Lanzani und Marcantonio Chiarini, das die Himmelfahrt des Herkules und dessen Aufnahme unter die Gestirne durch Jupiter zeigte.[67]

Eine ikonographisch und künstlerisch vergleichbare Ausstattung gab Eugens Waffenfreund Wirrich Philipp Graf Daun Fürst von Thiano um 1715 für seinen Palast auf der Freyung in Auftrag.[68] Auch hier führt die künstlerisch hochwertige Huldigung des Hausherrn und seines Herrschers von den Fassadenskulpturen durch das prunkvolle Treppenhaus *(Abb. 116)* und den Saal zu den Paradeappartements sowie in die Bibliothek. Als erfolgreicher Feldherr in kaiserlichen Diensten und Stadtkommandant von Wien wurde Daun ebenso wie Eugen mit Herkules gleichgesetzt, dem der Sturz des Phaeton als negatives Exemplum gegenübergestellt wird. Durch einzelne Details wird die allgemeine Thematik individualisiert: Im Treppenhausfresko von Carlo Innocenzo Carlone trägt der Obelisk als Sinnbild der fürstlichen Glorie das Daunsche Wappen, und die Personifikation der Malerei arbeitet gerade an einem Schlachtenbild; Allegorien des Meeres und der Stadt Neapel sowie die Tugenden der Klugheit und der Gerechtigkeit verweisen auf die Funktion des Bauherren als Vizekönig von Neapel, und vielleicht war auch die Handschrift der Neapolitaner Hauptmeister Solimena, del Pò und de' Matteis als dezenter Hinweis auf dieses wichtigste Amt Dauns gedacht. Der Vizekönig ermöglichte jedenfalls mit seinem Mäzenatentum der neapolitanischen Malerei einen vorübergehenden Siegeszug in Wien, der auch auf die Wiener Künstler nicht ohne Einfluss blieb.

Zu diesen fixen oder für den konkreten Ort in Auftrag gegeben Ausstattungsbildern und Fresken kamen die Kunstsammlungen der Adeligen, die sich zunächst mehr oder weniger direkt an den kaiserlichen Sammlungen orientierten. Dies gilt vor allem für die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts, als die flämische Malerei in Wien durch eine eigene Filiale der Antwerpener Kunsthandlung Forchondt verbreitet wurde. Zu den wichtigsten Kunden gehörten die Fürsten Liechtenstein, Eggenberg, Schwarzenberg, Montecuccoli



Abb. 116: Treppenhaus im Palais Daun-Kinsky, Johann Lukas v. Hildebrandt / Carlo Innocenzo Carlone, um 1715; Freyung

und Trauttmansdorff sowie die Grafen Hoyos, Harrach, Nostiz, Czernin, Dietrichstein, Herberstein, Waldstein und Questenberg.[69] Die heute noch existierende Liechtenstein-Sammlung war wohl die bedeutendste dieser aristokratischen Galerien und im Stadtpalast in der Bankgasse auch mehr oder weniger öffentlich zugänglich. In seinem Reiseführer von 1741 beschreibt Johann Georg Keyßler seine Eindrücke von diesem Palast folgendermaßen:

> *Er ist nach Italiänischer Art mit vieler Marmor=Arbeit, Gemählden und Antiquitäten meubliret, und kan ich nicht läugnen, daß die innere Auszierung desselben mir unter allen Wienerischen Pallästen am besten gefallen habe. Unter den vielen kostbahren Gemählden befinden sich nicht wenige von Rubens, dessen sechs grosse Stücke aus der Historie Alexandri M(agni) 24.000 Thaler gekostet haben. Die Herodias mit Johannis des Täuffers Haupte ist vom Raphael Urbino, der Bau des Babylonischen Thurms so auf Pergamen vorgestellet ist, und die auf Marmor gemahlte Geschichte, wie Pharao mit seinem Heer im rothen Meer ersäufft, verdienen wohl betrachtet zu werden. Der Saal ist hell und hoch und die Decke von Bellucci gemahlet, von welchem auch die Plafonds auf Leinwand in dem ersten und anderen Stockwercke sind. In den Zimmern stehen hin und wieder kleine Modelle von Römischen Alterthümern aus Marmor und Metal, i.E. Hercules Farnesius, il Poro Farnese &c. Man findet auch alhier viele Gefäße von Achat, Porphyr und kostbaren Marmor, Gemählde von eingelegter Florentinischer Marmor=Arbeit, nebst einem dergleichen Tische, welcher mit 14000 Gulden bezahlet worden. (...).*[70]

Jeder durchschnittlich gebildete Besucher Wiens konnte sich also in direktem Vergleich ein Bild von der künstlerischen Qualität und vom materiellen Wert der verschiedenen Paläste sowie Sammlungen und damit vom tatsächlichen oder repräsentierten Status des Besitzers machen.

Bürgermeister und Bauspekulanten

Die materielle und künstlerische Pracht stand jedoch in einem gewissen Missverhältnis zur Lebensqualität der Wiener Bauten, wie aus einem Bericht der Lady Montagu von 1716 hervorgeht:

> *Die Strassen sind dicht aneinander und so enge, dass man die schönen Fronten der Paläste nicht beobachten kann, obgleich manche derselben wegen ihrer wahrhaften Pracht wirklich Aufmerksamkeit verdienen. Sie sind alle von feinem weißen Steinen gebaut und von übertriebener Höhe. Denn da die Stadt für die Menge Volkes, die darinn leben will, zu klein ist, so scheinen die, welche Gebäude anlegen, dieser Unschicklichkeit dadurch abzuhelfen, dass sie eine Stadt auf den Gipfel der andern türmen, indem ein großer Teil der Häuser von fünf, andere von sechs Stockwerken sind. Sie können sich leicht vorstellen, dass wegen der engen Straßen die Zimmer außerordentlich dunkel sind, und was meines Bedünkens noch eine weit unerträglichere Unbequemlichkeit ist, so gibt es kein Haus, in welchem sich nicht fünf oder sechs Familien fänden. Die Wohnungen der vornehmsten Damen und selbst der Staatsminister sind von der Woh-*

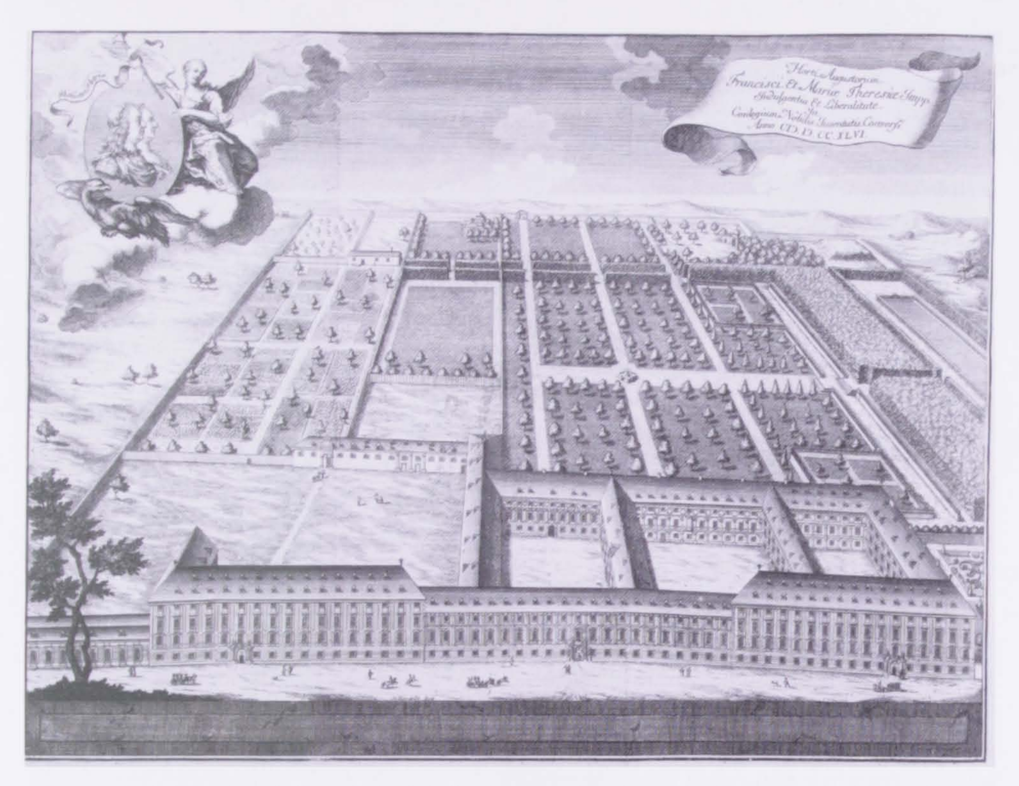


Abb. 117: Maria-Theresianische Ritterakademie in der ehemaligen Favorita auf der Wieden, Kupferstich, 1746

nung eines Schneiders oder Schusters nur durch eine Zwischenwand abgesondert, und ich kenne niemand, der mehr als zween Stöcke in einem Hause, den einen für seinen eigenen Gebrauch, den andern höher oben für seine Bedienten besäße. Die, welche eigene Häuser haben, vermieten den Rest derselben an jeden, der ihn verlangt, und so sind die großen steinernen Treppen ebenso gemein und schmutzig wie die Straßen. (...) und ich muss bekennen, ich kenne nichts so reizendes als die Vorstadt von Wien. Sie ist sehr groß und beinahe nichts als vortreffliche Paläste. Wenn es der Kaiser tunlich fände, zuzugeben, daß die Tore der Stadt ausgehoben würden, um die Vorstadt mit ihr zu vereinigen, so würde er eine der größten und bestgebauten Städte von Europa haben.[71]

Diese Beengtheit der Innenstadt war wohl einer der Hauptgründe für die unter Maria Theresia verstärkte »Landflucht« der führenden Schichten. Anstatt die Projekte zum Neubau der Hofburg von Jean-Nicolas Jadot und Balthasar Neumann zu verwirklichen, widmete sich die Herrscherin mit besonderem Engagement dem Umbau des Lustschlosses Schönbrunn.[72] Dessen Aufwertung zu einem echten Residenzschloss mit eigenem Hoftheater und Tiergarten zog die Adaption zusätzlicher »Privatschlösser« wie Hetzendorf und Ober-St.-Veit nach sich. Wie zuvor entstanden auch jetzt wieder in der Umgebung Sommerpaläste wichtiger Höflinge, z. B. das von N. Pacassi erbaute Schloss

Erlaa für Georg Adam Fürst Starhemberg sowie das Schlösschen der Gräfin Fuchs in Rodaun. Dieser Rückzug in private Paradiese fand in den Innenräumen der Bauten durch Chinesische Kabinette und die vorwiegend von Johann Bergl gemalten exotischen Landschaften seine Entsprechung. Bezeichnend für die Entwicklung ist, dass Maria Theresia selbst die stadtnahe Sommerresidenz ihres Vaters, die Favorita auf der Wieden, aufgab und in eine Ritterakademie umwidmete *(Abb. 117, S. 489)*.

Die Verwaltungsbauten im Zentrum der Stadt wurden dafür repräsentativ aufgewertet. Dies gilt für die Staatsschuldenkasse (ehemals Palais Rottal), die Österreichische und die Ungarische Hofkanzlei sowie für die Hofkriegskanzlei Am Hof, die von den Architekten Franz Anton Pilgram, Matthias Gerl, Niccolò Pacassi und Franz Anton Hillebrandt umgebaut wurden. Auch die Universität erhielt ab 1753 ein neues Amtsgebäude von Jean-Nicolas Jadot, dem lothringischen Hofarchitekten des Kaisers. Die Architektur dieser Staatsbauten ist ebenso durch die Verbindung von fürstlichem Pathos und sparsamer Funktionalität gekennzeichnet wie die patriotisch-dynastischen Fresken in den Repräsentationssälen.[73] Sowohl jene von Gregorio Guglielmi in der Universität als auch jene von Franz Anton Maulbertsch in der Ungarischen Hofkanzlei (heute Botschaft) oszillieren zwischen barocker Allegorik und zeitgeschichtlichen Szenen. So wird die medizinische Fakultät im Universitätsfresko durch Seziertisch sowie Knochensäge veranschaulicht, und die Darstellung der Botanik sowie Chemie verweisen auf die durch Gerard van Swieten 1749 eingeführten neuen Fächer der medizinischen Ausbildung.[74] Die hauptsächlich vom Hofmaler Martin van Meytens geschaffenen Porträts des Herrscherpaares sowie von deren zahlreichen Kindern und Verwandten beeindrucken gleichfalls durch diese Verbindung von hochbarocker Draperie und beinahe biedermeierlicher Detailgenauigkeit. Die stärker den klassizistischen Tendenzen unterworfenen Aufträge des Hofes sind wohl auf den Einfluss des Staatskanzlers Fürst Wenzel Kaunitz-Rietberg und dessen Kunstberaters Josef von Sperges zurückzuführen. Bei der Gestaltung des Parks in Schönbrunn sowie den Projekten für die Michaelerfassade der Hofburg sind Ideen des Generalhofbaudirektors Kaunitz konkret nachweisbar.[75]

Die Landflucht des Adels war nicht zuletzt eine Folge des Bevölkerungs- und damit Bedeutungszuwachses der Stadt. So stieg die Einwohnerzahl von Wien von 100.000 im Jahre 1700 auf 231.000 um 1800. Ein erstes Indiz für das neu erwachte städtische Selbstbewusstsein bildet das ab 1699 umgestaltete Rathaus, das in Größe und Ausstattung durchaus mit Adelspalästen verglichen werden kann *(Abb. 118)*.[76] Dies war kein Zufall, waren doch die tonangebenden Patrizier der Stadt großteils in den Adelsstand erhoben worden. Im Inneren verewigten sich die Ratsbürger mit Serien der Amtsinhaber bzw. Wappendarstellungen, während Amtsmissbrauch mit einer *Damnatio Memoriae* bestraft wurde: Wappen und Name des 1723 wegen Unregelmäßigkeiten ausgeschiedenen Ratsmitgliedes Franz Caspar Scheffer wurden übermalt. Deckenbilder wie eine Allegorie der Gerechtigkeit, »Urteil des Salomon« und »Opfertod des Marcus Curtius« sowie Tugendembleme unter den Devisen *SEMPER CONCORDES* (»Immer einig«), *BONUM COMMUNE* (»Dem allgemeinen Wohl«) oder *PER LABOREM AD HONOREM*

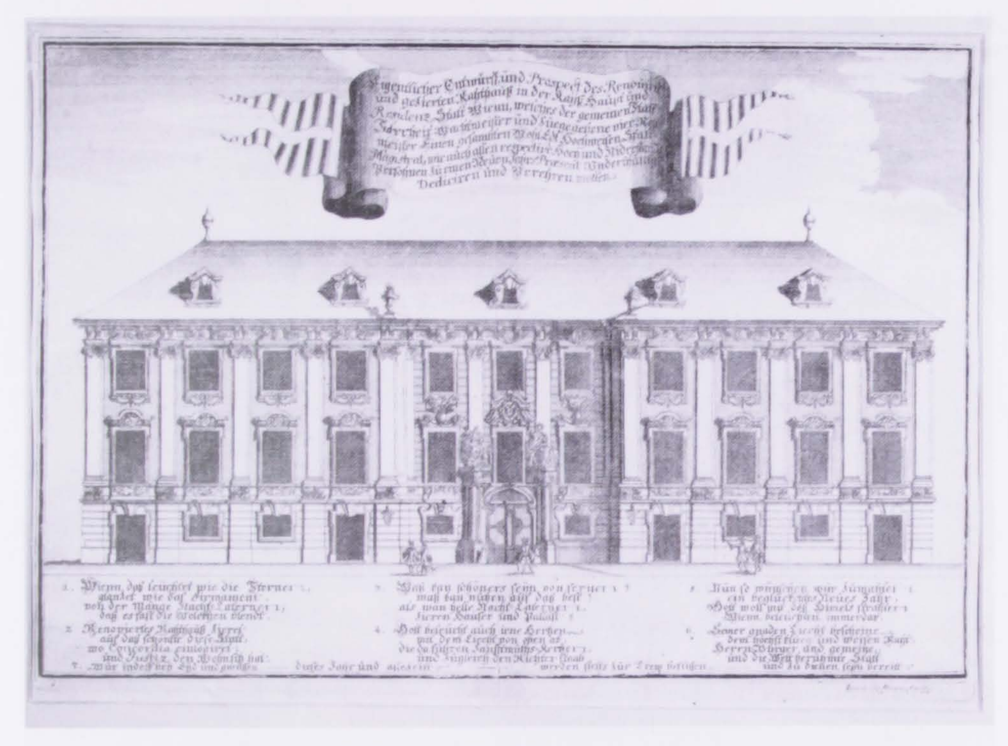


Abb. 118: Altes Rathaus, 1699-1706, Kupferstich von Jacob Hoffmann

(»Durch Arbeit zu Ehren«) verweisen auf zentrale Motive des bürgerlich-kommunalen Ehrenkodex. Bereits um 1725 kam es zur Erweiterung des Rathauses durch einen Quertrakt, in dem u. a. die Bibliothek untergebracht wurde. Damals entstanden auch der Verkündigungsbalkon sowie der Brunnen, und für die Ausstattung wurden u. a. die Künstler Rottmayr, Mattielli sowie Beduzzi herangezogen. Der Andromedabrunnen wurde allerdings erst 1741 von Georg Raphael Donner geschaffen, nachdem zunächst Lorenzo Mattielli 1732 mit den Skulpturen für das Bürgerliche Zeughaus und den beiden Brunnen für den Platz Am Hof beauftragt worden war. Auch die Ausführung zweier neuer Brunnenfiguren am Graben – auf Anordnung Karls VI. – wurde diesem Hofbildhauer übertragen.[77] Den Mehlmarktbrunnen hatte man zunächst ebenfalls Mattielli zugedacht, aber Donner bootete ihn aus, indem er für 600 Gulden nicht nur eine Stein-, sondern eine Bronzefigur anbot. Die Entscheidung des Magistrates wurde damit begründet, dass dieses Material *jederzeit einen Werth hätte* und weil Donner ohne Zweifel *der überlegene Maister und Künstler* sei. Vermutlich aus Ärger über diese Niederlage übersiedelte der Hofbildhauer nach Dresden, während Donner schließlich 1.700 fl für die Mittelfigur und 1.200 fl zusätzlich für die Figuren der Flüsse erhielt. Die Steinmetzarbeiten kosteten wei-

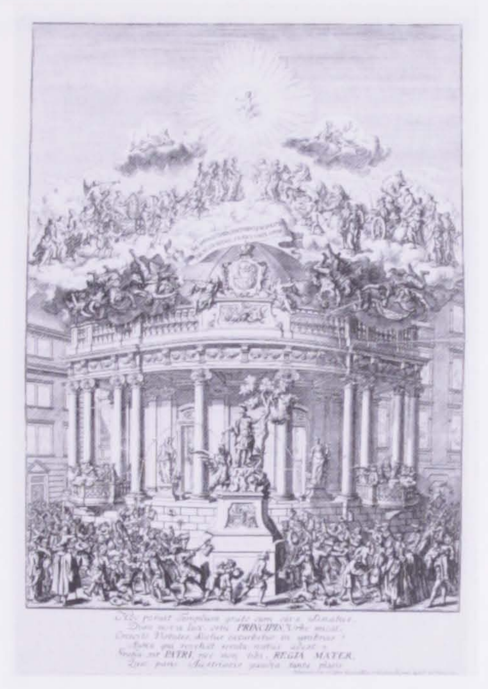


Abb. 119: Providentiabrunnen, Georg Raphael Donner, um 1735, Neuer Markt

tere 1.744 Gulden *(Abb. 119)*.[78] Parallel zur Nobilitierung der städtischen Eliten kann man also im 18. Jahrhundert eine wachsende Inbesitznahme des öffentlichen Raumes durch städtische Repräsentation feststellen. War das städtische Zeughaus Am Hof in den frühen dreißiger Jahren noch eine eindeutige Huldigung für Karl VI. gewesen, so lässt die 1739 geschaffene Allegorie der Voraussicht – eine Personifikation des guten städtischen Regiments – am Providentiabrunnen nur eine leichte Verbeugung vor der Kapuzinergruft erkennen. Hauptthema sind hingegen die Donauzuflüsse Ybbs und March sowie Enns und Traun. Mit dieser Verherrlichung der guten Stadtregierung und des von der Hauptstadt dominierten Territoriums entstand ein echtes Denkmal Wiens.

Die anlässlich habsburgischer Einzüge, Hochzeiten oder Trauerfeiern vom Magistrat errichteten bzw. zu errichtenden ephemeren Festdekorationen bildeten jedoch weiterhin eine Form von Huldigungen, konnten aber als direktes »Kommunikationsmittel« zwischen Stadt und Hof auch bürgerliche Wunschbilder vorführen. Vom städtischen Festgerüst zur Geburt des Thronfolgers Josephs (II.) im Jahre 1741 wissen wir jedenfalls aus

den Akten, dass es dem Magistrat *von Hoff aus anbefohlen* wurde, *zur darthuung dero unterthänigsten ›Devotion‹ und ›patriotischen‹ Lieb.* [79] Das vom Architekturprofessor Franz Rosenstingl konzipierte, teils plastische, teils gemalte Werk vor einem Amtsgebäude Am Hof erreichte fast 30 Meter Höhe und 20 Meter Breite *(Abb. 120)*. Das Programm umfasste traditionelle Symbole vom Erzherzog als neuer Sonne, über Jason mit dem Goldenen Vlies sowie Kriegs- und Friedensallegorien bis zu Herrschertugenden. Durch 8.000 Kerzen und Brunnen, aus denen je 40 Eimer Rot- und Weißwein flossen, sowie durch den Auswurf von zehn Zentnern Kalbfleisch und fünf Zentnern »Schweinernes Brädl« wurde die ephemere Architektur zu einem polysinnlichen Spektakel, das nicht weniger als 3.140 Gulden kostete. Davon entfielen 100 Gulden auf den Architekten, der Hofmaler Martin van Meytens bekam für seine Beratung einen goldenen Ratspfennig, und um 400 Gulden lieferte Salomon Kleiner einen großformatigen Kupferstich, der in 2.000 Exemplaren Nicht-Anwesenden bzw. späteren Generationen wenigstens einen optischen Eindruck des Ereignisses vermitteln sollte.


Abb. 120: Städtisches Festgerüst zur Geburt des Thronfolgers Joseph (II.), Franz Rosenstingl, 1741; Kupferstich von Salomon Kleiner

Musste Graf Starhemberg um 1660 die Kritik der Bürger an Hof und Quartierpflicht noch mit dem Hinweis zurückweisen, dass die Wiener den Hofbediensteten ohnehin jedes Salatblatt teuer verkaufen und daher profitieren würden, so scheinen im 18. Jahrhundert die Hoflieferanten und neuadeligen Stadtväter ihre privilegierte Stellung deutlich demonstriert zu haben. Im Großen Saal des Rathauses visualisierten Impresen und lebensgroße Porträts von habsburgischen Kaisern die Huldigung an das Herrscherhaus korporativ, und der kaiserliche Stadtanwalt Carl Joseph Loiselli wählte 1714 auch persönlich die dazupassende Devise *PRO REGE ET GREGE* (»Für Herrscher und Herde/ Volk«). Ernst Rauchmüller von Ehrenstein, ein Bildhauersohn, brachte um 1735 seinen Dank und seinen Stolz über seine Nobilitierung durch den Kaiser an der Fassade seines Hauses auf dem Neuen Markt noch deutlicher zum Ausdruck: Unter den Büsten Leopolds I. und seiner beiden Söhne verkündete ein Relief Jupiters das Motto *NON SEMPER FULMINAT, ETIAM REMUNERAT* (»Er donnert [straft] nicht nur, sondern belohnt auch«). Tatsächlich verdankte dieser kaiserliche Kammerdiener seinem Herrn nicht

nur den Adelstitel, sondern auch seinen Reichtum, da ihm Leopold I. 1703 das Privileg zur Personenbeförderung mittels Tragsessel verliehen hatte.[80]

Der ebenso geschäftstüchtige wie korrupte Finanzbeamte Gregor Wilhelm von Kirchner ließ in den 1720er Jahren in Breitenfurt sein Schloss vom Hofarchitekten Anton Erhard Martinelli errichten und von Daniel Gran sowie Bartolomeo Altomonte freskieren. Der Kaisersaal mit der Apotheose Karls VI. von Georg Raphael Donner demonstrierte gleichzeitig Dankbarkeit nach oben wie Macht nach unten, und die Verbindung des Schlosses mit einer wohltätigen Stiftung war wohl eine elegante Form, Bestechungsgeld »weißzuwaschen«.[81]



Abb. 121: Thesenschrift über die Körperflüssigkeiten von Maximilian Wolfgang Mannagetta, Titelkupfer von Petrus Schubart von Ehrenburg, Johann Andreas Pfeffel und Christian Engelbrecht, 1702

Der an einer Decke des Rathauses ebenfalls vertretene Baumeister und Immobilienspekulant Johann Christian Neupauer, seit 1707 Mitglied des Inneren Rates, ließ in der Singerstraße ein Wohnhaus errichten, dessen Fassadengestaltung an den Stadtpalästen des Adels orientiert war, obwohl es auch als Mietshaus dem Gelderwerb diente. Auch der Bau, den sich der kaiserliche Hof- und Kammerjuwelier Johann Caspar Brenner damals in der Währinger Straße errichtete, hätte mit seinen neun Fensterachsen und dem Garten jedem Grafen zur Ehre gereicht. Das Gleiche gilt für den Gartenpalast des Hofhändlers Leopold von Engelskirchner auf der Wieden. Dieser hatte jedoch offensichtlich seine Möglichkeiten etwas überschätzt, und 1724 musste das Gebäude wegen Verschuldung verkauft werden – an den kaiserlichen Leibarzt und Hofbibliothekar Dr. Pio Niccolò Garelli. Zu Reichtum und Ansehen brachte es auch die Familie des Leibarztes der Kaiser Ferdinand III. und Leopold I. sowie Historiographen Johann Wilhelm Mannagetta von Lerchenau, dessen Nachkommen zahlreiche Ämter in kaiserlichen sowie städtischen Diensten bekleideten. Seine Witwe stiftete 1667 einen Florianialtar in St. Stephan, und Maximilian Wolfgang Mannagetta gab 1702 für seine Thesenschrift über die Körperflüssigkeiten ein Titelkupfer bei den Hofgraphikern Petrus Schubart von Ehrenburg, Johann Andreas Pfeffel und Christian Engelbrecht in Auftrag *(Abb. 121)*. Mitglieder dieser Familie vermittelten wohl auch den Auftrag der Stadt an Georg Raphael Donner, als dieser in Pressburg/Bratislava tätig war. Einen Eindruck von den Wohnhäu-

sern dieser Schicht bietet das um 1720 modernisierte »Baderische Haus« in der Himmelpfortgasse (heute: Café Frauenhuber), das sich seit dem 16. Jahrhundert im Besitz von Badern und Wundärzten befand.[82] Der Architekt dieses Hauses ist nicht bekannt, aber die Pläne für das später in eine Stiftung eingebrachte Haus des kaiserlichen Leibarztes Dr. Franz Billiotte in der Singerstraße lieferte etwa der Hof- und Stadtarchitekt Anton Ospel.

Es war vor allem der dekorative Charakter der Paläste eines Johann Lukas von Hildebrandt, der sich zur Adaption für bürgerliche Bauten eignete.[83] Als Beispiele seien der Täublhof in der Annagasse sowie das Merkleinsche Haus Am Hof genannt. Ein besonders großzügiges Bürgerhaus war der Hochholzerhof von 1719 auf der Tuchlauben, von dem leider seit 1984 nur mehr eine potemkinsche Fassade erhalten ist. Charakteristisch für diese Beispiele ist eine schon fast an moderne Bauten erinnernde, stark durchfensterte Front, deren Rasterschema weder in der Mittelachse noch in den Hauptgeschossen durch besondere dekorative Akzente durchbrochen wird. Neben vereinzelten profanen Portalfiguren findet man als Fassadenschmuck der Bürgerhäuser vorwiegend religiöse Motive. Besonders qualitätsvoll ist etwa die Immaculata-Statue von Lorenzo Mattielli in einer Nische von Antonio Beduzzi auf dem Haus Tiefer Graben Nr. 34 *(Abb. 122)*[84] oder die Madonna mit Kind des »Hildebrandthauses« in der Bäckerstraße.

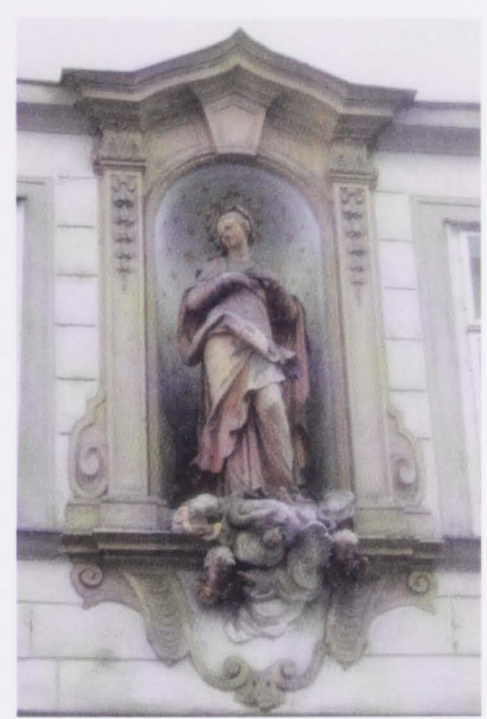


Abb. 122: Immaculata-Statue von Lorenzo Mattielli in einer Nische von Antonio Beduzzi, um 1735; Tiefer Graben Nr. 34

Die Pietà über dem Portal des Hauses Schwertgasse Nr. 3 und die Schwerter, die das Herz Mariens durchbohren, gaben nicht nur dem Haus, sondern auch der Gasse den Namen. Die gleichen Dekorationsformen und Hausheiligen finden wir auch auf den kleineren Häusern der Vorstädte, z. B. im Spittelbergviertel oder beim Haus »Zu den zwölf Himmelszeichen« auf dem St.-Ulrichs-Platz (beides Wien 7).

Die Großmannssucht mancher Bürger sorgte jedoch auch schon bei den Zeitgenossen für Erstaunen, wie aus einem Bericht über den 1778 für den größten Wiener Buchdrucker errichteten Trattnerhof am Graben hervorgeht:

Nach dem Umfang des Plans zu urteilen, schloss ich wenigstens, dass es zu einem Palast bestimmt wäre, den Kaiser und alle neun Curfürsten zu logieren. (...) Die Vorderseite ist von einem unverzeihlich niedrigen Geschmack. Der Baumeister fand gut, eine Reihe Götter auf das Dach zustellen, die in Verlegenheit zu seyn scheinen, warum sie da sind. Man weiß nicht, ob sich die Götter über das Haus mocquieren, oder das Haus über die Götter.[85]

Das adelige Vorbild zeigte sich auch im Sammlungswesen, wie das Nachlassinventar des 1725 verstorbenen Carl Gustav Heraeus verrät.[86] Schon im Empfangsraum demonstrierte der Hofgelehrte seine hohe gesellschaftliche Stellung mit den teilweise ganzfigurigen Bildnissen der Kaiser Leopold I., Joseph I. und Karl VI., des Königs von Polen, des Erzbischofs von Salzburg, des Herzogs von Sachsen und des Prinzen Eugen. In weiteren Zimmern befanden sich Porträts der Kaiserinnen, von Papst Innozenz XIII. und König Ludwig XIV., Gemälde der Heiligen Antonius von Padua, Johannes Baptist sowie Franziskus, Darstellungen des Ecce Homo und der Heiligen Familie, Landschaften und Bauernstücke, Allegorien und Mythologien auf Leinwand oder als Kupferstiche. In seiner Bibliothek verwahrte der Hofgelehrte u. a. vergoldete Gipsskulpturen, einen Erd- und Himmelsglobus, geometrische Instrumente und 17 Kupferstiche. Dazu kamen Exotica wie ein *türckisches Rauchfass von Messing, (...) eine Tazza von indianischer Arbeit*. Vor allem das *sogenannte chinesische Zimmer* mit einer *hölzernen Caffé-Tazza von indianischer Arbeit* verrät deutlich die höfische Vorliebe für exotische Heißgetränke.

Auch im Bereich der Sakralkunst traten die Bürger wieder verstärkt neben dem Adel als Stifter in Erscheinung. Dies gilt vor allem für St. Stephan, wo die Stadt gleichsam wieder die repräsentative Lufthoheit ihrer Kathedrale zurück eroberte. Zwar lag die Baulast immer beim städtischen Kirchmeisteramt, und auch das barocke Chorgestühl sowie das Kaiseroratorium wurden von der Stadt finanziert. Aber nach der Errichtung des Marienaltares (1650) traten zunächst einzelne kaiserliche Beamte und Bürger als Finanziers der Seitenaltäre in Erscheinung: Ferdinand von Radek (Josefsbild des Hofmalers Anton von Schoonjans, 1700), Carl Locher von Lindenheim (Januariusaltar mit Bild von Martino Altomonte, 1714), Franz von Zellern (Franz-Seraphicus-Altar mit Gemälde von Rottmayr, 1715) und der Wechselnegotiant Jacob Mayer sowie dessen Gattin (Johann-Nepomuk- sowie Karl-Borromäus-Altar, 1723 und 1728).[87] Erst ab 1718 zeigte die Stadt mit der Errichtung der Sakristeien durch Christian Alexander Oedtl wieder stärkeres Engagement. Dies gilt vor allem für die Reliefs der Priesterlavabos von Georg Raphael Donner mit den Darstellungen »Hagar in der Wüste« und »Christus und die Samariterin am Brunnen« von 1739. Mitte des Jahrhunderts folgten zwei Seitenaltäre mit Figuren von Balthasar Ferdinand Moll und Gemälden des Akademieprofessors Michelangelo Unterberger, während Molls Entwurf für einen neuen Hochaltartabernakel nicht zustande kam.[88]

Aber auch in anderen Kloster- und Pfarrkirchen folgten nun zahlreiche Bürger den fürstlichen Vorbildern des 17. Jahrhunderts, sei es individuell oder korporativ in Bruderschaften. Obwohl Gründung und Initiative zur Errichtung von Kirchen, Bruderschaftskapellen und Denkmälern meist von Geistlichen ausgingen, boten diese Vereinigungen

adeligen und bürgerlichen Stiftern die gemeinsame Möglichkeit zur materiellen Demonstration ihrer Frömmigkeit. Zu den bedeutendsten Zeugnissen dieser Kultur gehört die Wiener Peterskirche, deren Neubau ab 1700 von der dort ansässigen Dreifaltigkeitsbruderschaft betrieben wurde. Schon anlässlich der Grundsteinlegung erschien ein mit Grund- und Aufriss des geplanten Gotteshauses illustrierter Spendenaufruf *(Abb. 123)*, und 1720 erinnerte der Bruderschaftsprediger die Zuhörer daran, dass sie mit der Stiftung eines Hochaltares nicht nur die Ehre der Dreifaltigkeit befördern, sondern auch den *eigenen Namen verewigen können*. Trotz kaiserlicher Unterstützung konnte der mindestens 475.000 Gulden verschlingende Bau erst fertig ausgestattet werden, als der Beamte Joachim Ritter von Schwandtner die Bruderschaft 1754 zum Universalerben einsetzte. Diesem Bruderschaftsvorsteher wurde daher ebenso wie seinem den Bau beginnenden Vorgänger Franz von Cischini die Ehre eines Grabmals innerhalb der Kirche zuteil.[89]

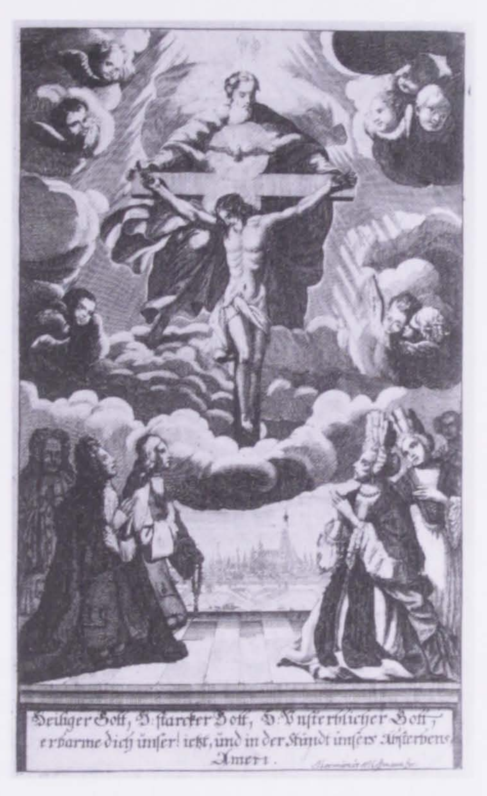


Abb. 123: Spendenaufruf der Dreifaltigkeitsbruderschaft zum Neubau der Peterskirche, Kupferstich von Hermundt und Hoffmann, 1700

Auch bei der Wiener Piaristenkirche hatten drei Bruderschaften, die hauptsächlich der Vorsorge für einen guten Tod und ein würdiges Begräbnis sowie dem Versicherungsschutz bei Arbeitsunfähigkeit dienten, wesentlichen Anteil an der Finanzierung der Kirchendekoration. Die 1712 gegründete Freundschaft-Christi-Bruderschaft, die 1751 1.790 Mitglieder umfasste, stiftete einen Ornat und beteiligte sich an der Errichtung der Kanzel sowie beim Schmuck des Hochaltares. Die seit 1721 bestehende Maria-Treu-Vereinigung gab ebenfalls einen eigenen Ornat in Auftrag, spendete für Kanzel und Hochaltar jeweils 400 Gulden und erwarb zur Steigerung ihrer Attraktivität 1770 in Rom die Gebeine eines hl. Diodorus. Die 1723 eingerichtete Johann-Nepomuk-Bruderschaft ließ 1769 ihren Bruderschaftsaltar nach einem Entwurf von Hetzendorf von Hohenberg erneuern und mit einem Gemälde von Maulbertsch zieren.[90]

Gleichsam zum Ausgleich für das Engagement der Bürger im Sakralbereich betätigten sich die großen Klöster als Immobilienspekulanten, in dem sie ihre Stiftshöfe von Weinlagern und Stadtresidenzen zu Mietskasernen ausbauten. Neben kleineren Bauten wie dem Kremsmünsterer und dem Herzogenburger Hof in der Annagasse gilt das vor



Abb. 124: Kapelle und ehemalige Prälatur des Heiligenkreuzer Hofes, 2. Viertel 18. Jh.

allem für die Höfe der Stifte Melk, Klosterneuburg und Heiligenkreuz. Letzterer besitzt neben der Residenz des Abtes eine architektonisch hervorgehobene Kapelle mit wertvoller Ausstattung *(Abb. 124)*.

Neben den alle Schichten umfassenden religiös orientierten Bruderschaften gab es auch beruflich organisierte Vereinigungen bzw. Stiftungen. So wurde der Hochaltar der Paulanerkirche zu den heiligen Schutzengeln auf der Wieden 1717/18 von der Lakaien- und Hofdienerbruderschaft gestiftet, was nicht einer selbstbewussten Ironie entbehrte. Von alters her bestanden außerdem eigene Altäre der Innungen. So finanzierten etwa die Bruderschaften der Schneider, Steinmetzen und Fassbinder um 1647, 1677 bzw. 1708 eigene Altäre im Stephansdom. Wesentlich häufiger sind kunstgewerbliche Insignien des Korpsgeistes wie Innungszeichen oder -becher, Innungstruhen als Archive und Innungsfahnen für die jährlichen Innungsämter und Prozessionen. Hauptmotive dieser Objekte waren die Initialen der Auftraggeber, Handwerkssymbole und Berufspatrone. Die Innungstruhe der Lust- und Ziergärtner aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts ist aus verschiedenen Edelhölzern gearbeitet und zeigt Adam und Eva im Garten Eden sowie Christus und Magdalena im Garten Gethsemaneh *(Abb. 125)*. Das Historische Museum der Stadt Wien verwahrt auch die Innungstafeln der Donauschiffer von 1673 mit einer



Abb. 125: Zunfttruhe der Lust- und Ziergärtner, 1. H. d. 17. Jahrhunderts

Darstellung des wunderbaren Fischzuges Christi und der Kreuzigung Petri, der ja ebenfalls Fischer war. Der Innungsbecher der Weber von 1747 präsentiert hingegen neben der Geburt Christi auch das Stadtwappen, die Porträts des Kaiserpaares sowie die Namen der Stifter.[91] 1702 gab es in Wien nicht weniger als fünfzig Innungen, deren Fahnen bei den zahlreichen Prozessionen mitgetragen wurden. Darauf waren ebenfalls die Schutzpatrone aus dem Alten oder Neuen Testament dargestellt. So war die Fahne der Zimmerer mit den Bildnissen des hl. Joseph und der Arche Noe geschmückt: *Weil Joseph war ein Zimmer-Mann Auf dieser Wanckel-Erden/ Kient niemand besser zum Patron Von euch erwälet werden./ Die Archen Noe bauen hat/ Vom Sind-Fluß unverletzet/ Der Menschen Unter-Gang: und Schad' Sie wieder hat ersetzet.* Die Dachdecker haben hingegen die Schutzengel und das durch die Luft getragene Haus der Gottesmutter um Schutz gebeten: *Den Engel-Schutz ihr ohne Klag' Erwält zu einer Stützen; Weil ihr offt manchen Sommer Tag Müst hoch-gefärlich schwitzen; Von einem in das ander Land MARIA-Haus wurd tragen/ Auf sie wer hofft/ und braucht Verstand'/ Kann sich auf Gipfel wagen.*[92]

Haben die Handwerker hier also ihre biblischen Vorläufer dargestellt, so brachten es die wohlhabenden Wirte und Lebzelter auch zu eigenen Porträts. Die Gesellen und Straßenhändler wurden hingegen seit der Mitte des 18. Jahrhunderts durch die »Wiener

Kaufruffiguren« der Porzellanmanufaktur verewigt.[93] Bretzelbäck und Maronibraterin zeigen zwar durchaus keckes Selbstbewusstsein, aber auf den Tafeln des Adels und der Patrizier riefen diese Typen wohl eine ebenso abfällig-unterhaltsame Schaulust hervor wie später die »echten Wiener« im Fernsehen.

Und obwohl bereits seit der Akademiereform von 1772 der Klassizismus zum offiziellen Kunststil wurde, hat sich die Stadt noch länger ihre mittelalterliche Enge und ihr barockes Aussehen bewahrt. Dies war schon damals manchen Fortschrittsjüngern ein Dorn im Auge, wie aus einer Kritik von 1784 ersichtlich wird:

Wenn man ihre durch die Vorstädte erhaltene Weitläuftigkeit ausnimmt, so hat sie nichts vorzügliches, was den Fremden eine vorteilhafte Idee von dem Charakter der Einwohner geben könnte. Die meisten öffentlichen Gebäude führen ein unglückliches Gepräge des Nationalgeistes, selbst jene, die erst jüngst aufgeführt wurden. Der Begriff der Erhabenheit und Pracht, wodurch sie sich von allen deutschen Städten auszeichnen sollte, verschwindet hier ganz. Die öffentlichen Plätze haben hier wenig Regelmäßigkeit; die Denkmäler, die sie zieren sollen, sind fast alle ein schlechter Geschmack.[94]

Fest und Alltag

Der Kalender der Frühen Neuzeit war reich an roten Tagen. Zusätzlich zu den Sonntagen gab es zeitweise fast genau so viele Feiertage. Diese roten Tage waren jedoch keine Tage, die dem weltlichen Wohlleben und dem Vergnügen gewidmet waren, sondern es waren kirchliche Feiertage mit feierlichen Zeremonien, Messen, Umzügen und Prozessionen. Nicht selten waren die roten Tage des Kalenders Fasttage, an denen neben dem Messbesuch auch körperliche Enthaltsamkeit geboten war und die Tafeln mit weniger Speisen und auch nur mit bestimmten Speisen gedeckt waren.

Dennoch waren diese Feiertage nach dem Messbesuch auch Tage, an denen man es sich gut gehen ließ. Beispielsweise wandelte sich beim Brigittenauer Kirchtag die kirchliche Feier nach der Messe zu einem sehr profanen Fest mit reichlich Essen und Trinken, die Musik spielte zum Tanz auf. Bevor der Brigittenauer Kirchtag im 19. Jahrhundert seine Bedeutung verlor, galt er als »Nationalfest der Wiener«[95] – und dies sicherlich nicht wegen der feierlichen Messe. Dazu fanden sich jedoch auch kritische Stimmen: *Die Gäste finden sich, ohne die Kirche nur von außen zu sehen, richtig um die Mittagsstunde ein. Der Schmaus, oder vielmehr: die Fresserey fängt an*,[96] schreibt ein Zeitgenosse 1781. Auch der Obrigkeit war dieses Verhalten natürlich ein Dorn im Auge. Seit dem 16. Jahrhundert wurden zahlreiche staatliche Verordnungen zur Einhaltung der Sonntagsheiligung erlassen. Auch Abraham a Sancta Clara beschwerte sich darüber, dass am Feiertag das Volk schlemmt und säuft und das Geld nur aufgespart würde, um es am Feiertag zu vertrinken.[97]

Zur Zeit Maria Theresias waren es 80 offizielle Sonn- und Feiertage, an denen sich das Volk solcherart den Genüssen hingab. Nach einer Eingabe an den Papst zur Verringerung der Festtage erreichte Maria Theresia, dass durch eine päpstliche Bulle 1753 die Handarbeit an 24 kirchlichen Feiertagen nach dem Messbesuch erlaubt wurde und so die Hände nicht länger müßig waren.[98]

Es war jedoch nicht der Müßiggang allein, der das Missfallen der Obrigkeit erregte. Auch das Außerkraftsetzen der »gottgegebenen« Ordnung, etwa durch Mummenschanz bei Maskenumzügen im Fasching,[99] konnte nicht geduldet werden, und bereits im 17. Jahrhundert wurden entsprechende Maskenverbote erlassen. Es war in der Faschingszeit zu regelrechten Tumulten gekommen, bei denen Menschen bei Schlägereien verletzt wurden und sogar Morde im Schutze der Maske verübt wurden. Durch die Verbote der Obrigkeit konnte zunächst nur bewirkt werden, dass das fastnachtliche Treiben von den Straßen Wiens verschwand und sich in die Häuser der Wiener zurückzog. In der Zeit Maria Theresias wurde allen Ständen, auch dem Adel, das Maskentragen auf den Straßen verboten. Die Masken durften nur an bestimmten Orten getragen werden, und die Maskenträger hatten sich bei speziellen Kontrolleuren auszuweisen. Es waren auch nicht alle Masken erlaubt, grundsätzlich mussten die Masken »ehrbar« sein, Masken und Kostüme

wie Harlekin und Pulcinella waren verboten, natürlich waren auch Verkleidungen als Priester nicht erlaubt.

Der Fasching fand in Wien nicht mehr auf der Straße statt, wie in anderen Städten, die diese Traditionen bis heute pflegen, sondern er verlagerte sich in die Ballsäle. Statt sich beim Mummenschanz auszutoben, entwickelten die Wiener ihre Ball- und Tanzleidenschaft. Durch Joseph II. wurden 1772 die vorher dem Hof und dem Adel vorbehaltenen Bälle in den Redoutensälen der Hofburg für alle Stände geöffnet. Aufseher hatten die Aufgabe, darauf zu achten, dass wirklich keine Unterschiede gemacht wurden. Joseph II. beabsichtigte damit eine Annäherung der Stände, die zur Bildung eines einheitlichen Untertanenvolkes führen sollte.

Die Annäherung der Stände wurde sonst eher sorgfältig vermieden, auch die Bemühungen von Joseph II. änderten dies nicht wirklich. Die Feste des Hofes waren dem Adel vorbehalten. Die Beteiligung der Bürger der Stadt Wien an den Feierlichkeiten des kaiserlichen Hofes bestand aus Ehrenbezeigungen gegenüber den Herrschern. Besonders bei den Einzügen der Herrscher nach Krönungen, bei Erbhuldigungen und zu Hochzeiten hatten die Bürger den Glanz dieser Solennitäten durch ihr zahlreiches Auftreten zu steigern.

Franz Christoph Graf von Khevenhüllers Bericht in den »Annales Ferdinandei« vom Einzug Kaiser Ferdinands II. mit seiner Gemahlin Eleonora Gonzaga in Wien nach der feierlichen Hochzeit in Casale 1622 liefert ein typisches Beispiel eines solchen Einzuges:[100]

> *Dem prächtigen Zug von Reitern und Karossen machten um halb vier Uhr abends am Stubentor der Bürgermeister und die mit goldenen Ketten behangenen Stadträte ihre pflichtschuldigste Aufwartung. Sie präsentierten dem Kaiser unter einem goldenen Baldachin die Schlüssel zum Stadttor in einem Beutel aus rotem Samt und der Bürgermeister hielt im Namen des gesamten Stadtrates eine Gratulationsrede. Nachdem sich die kaiserliche Majestät allergnädigst bedankt und den Ratsherren die kaiserliche Hand geboten hatte, nahm der Herr Bürgermeister mit tiefster Reverenz die Schlüssel wieder an sich. Beim Tor standen zu beiden Seiten hundert Knaben in schwarz-gelben Livreen, um die kaiserlichen Majestäten zum Stephansdom zu geleiten. Dort warteten schon die Priester in ihren Ornaten und die Rektoren sämtlicher Fakultäten der Universität mit silbernen Szeptern. Der Kaiser wurde unter einem Baldachin in die Kirche geleitet und der Chor sang das Te Deum Laudamus. Nach der Messe wurde der kaiserliche Zug über den Graben in die Hofburg geleitet, wo Hofdamen die Aufwartung machten. Während des Einzuges wurden in der ganzen Stadt die Glocken geläutet, nach dem Te Deum und beim Einzug in die Burg wird Salut mit den ›großen Stücken‹ geschossen.*

Die weiteren Festveranstaltungen des Hofes fanden dann ohne Beteiligung der Bürger in der Hofburg oder anderen Palais statt.

Das Volk wurde bei den Festen der Herrscher mit Brot, gebratenem Fleisch und Wein bewirtet. Üblicherweise stand bei solchen Festen am Graben am so genannten Hirschenhaus ein Weinbrunnen, aus dem im hohen Bogen roter und weißer Wein floss, dort wurden die Speisen ausgegeben und Gedenkmünzen unter das Volk geworfen.

Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als das Zeitalter der großen höfischen Feste zu Ende ging, wurde auch dem Volk der Zutritt zu den Festen des Hofes gestattet. Maria Theresia erteilte erstmalig 1770 ausdrücklich allen Bürgern die Erlaubnis, am so genannten Belvederefest der Hochzeit von Dauphin Ludwig XVI. von Frankreich mit Erzherzogin Maria Antonia teilzunehmen.[101] Dennoch waren diese Hoffeste auch für die Bürger der Stadt von Bedeutung. Einerseits hatten die Bürger bei den Hoffesten ihre Ehrenbezeigung gegenüber dem Herrscher zu leisten, andererseits bot sich aber auch den verschiedenen Gruppen der Bürgerschaft die Möglichkeit, sich repräsentativ in Szene zu setzen.

Bei der Erbhuldigung von Matthias 1608[102] stand am Lugeck eine Ehrenpforte der welschen Handelsleute, die in Wien ihre Niederlage hatten, am Stock-im-Eisen-Platz befand sich eine weitere Ehrenpforte der deutschen Niederleger, auf dem Graben war die Ehrenpforte der Stadt Wien aufgebaut und auf dem Kohlmarkt hatten die Hofhandelsleute ihre Ehrenpforte errichtet. Die vier verschiedenen Ehrenpforten dienten einerseits der Huldigung für Erzherzog Matthias, auf den große Hoffnungen als Nachfolger von Rudolf II. in Bezug auf Besserung der wirtschaftlichen Lage gesetzt wurden, sie spiegeln auch die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse in der Stadt Wien wider. Bis zu Beginn des 16. Jahrhunderts verfügten allein die Wiener Kaufleute über das Stapelrecht, das heißt, alle Waren, die auf den Fernhandelswegen von Osten nach Westen und in umgekehrter Richtung Wien passierten, mussten den Wiener Kaufleuten angeboten werden. Dieses Vorrecht war wichtige Grundlage für den Reichtum Wiens, während die Warenproduktion des Handwerks nur auf den lokalen Bedarf ausgerichtet war. Im 16. Jahrhundert verlagerten sich die wirtschaftlichen Zentren Europas an die Westküste Europas, und die Warenströme durch Wien gingen zurück. 1515 wurde das Stapelrecht der Wiener Kaufleute aufgehoben, und kapitalkräftige Kaufleute aus Italien und Deutschland errichteten in Wien ihre Niederlagen. Weitere Konkurrenz erwuchs dem Handel und Gewerbe der Stadt Wien durch die Hofhandelsleute und so genannten hofbefreiten Handwerker. Nachdem Wien im 17. Jahrhundert zur ständigen und festen Residenz der Habsburger geworden war, gingen wichtige Impulse für die Wirtschaft Wiens vom Hof aus, die Nachfrage durch die Aufträge des Hofes und der Bedarf der Hofgesellschaft wurden jedoch nicht allein vom traditionellen, zünftischen Handwerk und Gewerbe befriedigt, sondern besonders die höherwertigen Produkte wurden durch die Hofbefreiten und Hofhandelsleute geliefert, die nicht den zünftischen Beschränkungen unterlagen. Bei einem Anlass wie einem wichtigen herrschaftlichen Einzug war natürlich klar, dass jede dieser Kaufmannschaften ihre bedeutende Rolle durch prächtige Repräsentation hervorheben wollte.

Die Bürger hatten dabei für ihre Kosten selbst aufzukommen, die Ausgaben der Stadt Wien sind in den Oberkammeramtsrechnungen dokumentiert. Beispielsweise für die Festlichkeiten anlässlich der Geburt von Joseph II. 1741: Hier war *zu bezeigung dieser allgemainen freudt nach vorhinigen Beyspiehl die Stadt durch 3 täg und zwar den abgedachten geburths, dann bey Ihro Majestät allerhöchsten Hervorgang durch 2 tag zu deroselben höchsten Ehr*

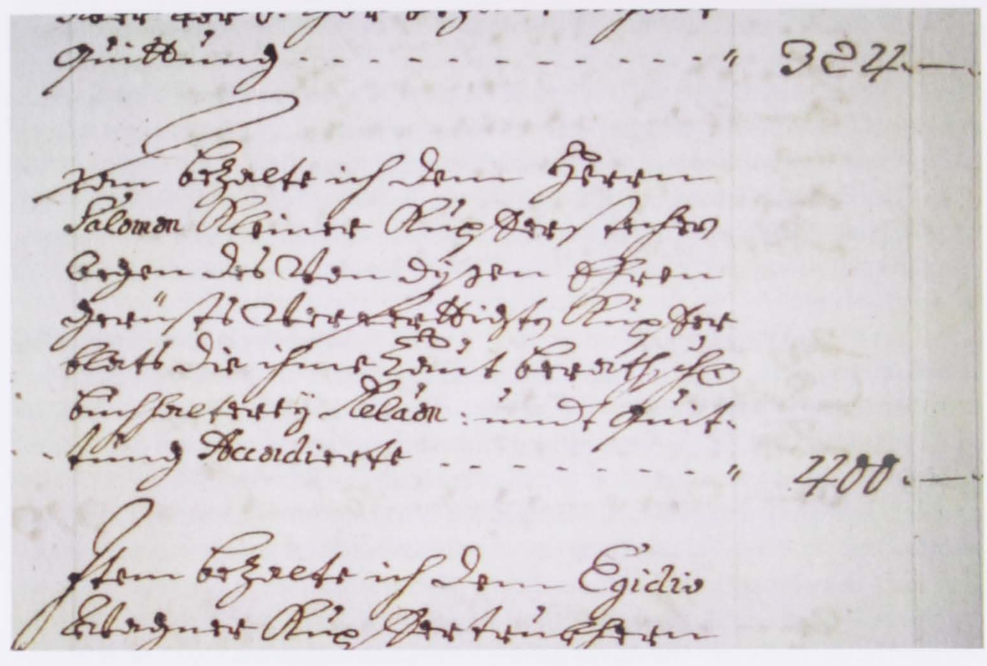


Abb. 126: Ausschnitt aus der städtischen Oberkammeramtsrechnung von 1741

zu Beleuchten von Hoff aus anbefohlen worden. Dazu hatte die Stadt ein Ehrengerüst nach dem Entwurf des Hof- und Kammermalers Martin van Meytens anfertigen lassen, das von Salomon Kleiner im Auftrag der Stadt auf einem Kupferstich festgehalten wurde *(Abb. 126)*. Außerdem wurden das Rathaus und das Unterkammeramt als städtische Amtsgebäude in der Nacht illuminiert. Auch Wein, Semmeln und Fleisch sowie die Pauken und Trompeten wurden aus den städtischen Kassen gezahlt. Auch hier waren die anderen Stände daran beteiligt, dem feierlichen Anlass einen prachtvollen und würdigen Rahmen zu schaffen; die Geistlichkeit ebenso wie die Adelshäuser, bis hin zu den einzelnen Bürgern, die ihre Häuser mit Sinnsprüchen und allegorischen Gemälden schmückten.[103]

Ein bedeutendes Fest für die Wiener war seit dem 14. Jahrhundert das Fronleichnamsfest, an dem sich alle Stände beteiligten und das mit großer Prachtentfaltung zelebriert wurde. Die Stadt war mit »besonderer Feierlichkeit aufgeputzt«,[104] auf den Straßen und Plätzen wurden Altäre aufgebaut, an der Prozession nahmen alle Innungen, geistlichen Orden, der Hofstaat und die Würdenträger des Reiches teil.

Seit dem 16. Jahrhundert waren im deutschen Reichsgebiet die Schützenfeste sehr beliebt, bei denen die Honoratioren der Stadt zum Schießwettbewerb gegeneinander antraten. Teilweise wurden die Preise für die besten Schützen vom Herrscher bereitgestellt. So hatte Kaiser Karl VI. angeordnet, dass in allen Städten Schießplätze angelegt werden

sollten. In Wien befand sich ein Schießplatz in der Gasse vor dem Schottentor. Beim Schießen von 1739 nahmen über 500 Personen teil, darunter auch Mitglieder der kaiserlichen Familie, als Preise waren unter anderem ein großes silbernes Kaffeeservice und ein silberner Tafelaufsatz ausgesetzt.[105] Ein anderes Schießen fand 1563 kurz vor der ungarischen Krönung von Maximilian II. statt. Lienhart Flechsel hat dieses Schießen in Reimform festgehalten[106]. Der Rat stellte 110 Taler für die Gewinne zur Verfügung, jeder Teilnehmer musste 12 Schilling zahlen und durfte 24 Schüsse abgeben, das Schießen fand in zwei Schützenhäusern statt. Vor dem Schießen wurden den Bürgern mitgeteilt, dass ein Teil der Schützen mit zur bevorstehenden Krönung nach Pressburg/Bratislava ziehen sollte. Zur Halbzeit des Schießens spendierte der Rat der Stadt Wien ein Mahl für 142 Teilnehmer, das von Flechsel ausführlich beschrieben wird: Der Tisch war mit Nelken und anderen Blumen übersät, während der Mahlzeit spielten die Stadtpfeiffer auf. Verschiedenste Sorten Fisch wurden aufgetragen: Hechte in Speck abgesotten, Karpfen, Barben, Felchen und Grundeln. Nach gutem Landwein wurde ungarischer Wein ausgeschenkt, zuletzt Muskateller. Zum Nachtisch wurden Hohlhippen, Käse und Birnen gereicht.



Theater in Wien vom 16. zum 18. Jahrhundert

Für einen Reisenden, der zu Beginn des 16. Jahrhunderts nach Wien kam und eine Theaterdarbietung erleben wollte, boten sich noch nicht allzu viele Möglichkeiten: Kam er zur Osterzeit oder zu Fronleichnam, so konnte er einem Passionsspiel oder einer szenisch gestalteten Fronleichnamsprozession beiwohnen; kam er während der Marktzeit um Christi Himmelfahrt oder zum Katharinenmarkt im November, so hatte er Gelegenheit, dem Treiben von Gauklern, Spielleuten oder Artisten zuzuschauen; gehörte er dem Hochadel an, so durfte er auf eine Einladung zu einem der damals noch recht bescheidenen höfischen Feste hoffen; kam er hingegen als Student nach Wien, um an der »Alma Mater Rudolphina« zu studieren, so konnte er möglicherweise sogar seine eigenen schauspielerischen Fähigkeiten in einer der lateinischen Aufführungen antiker Dramen erproben.

Bis zum Ende des 16. Jahrhunderts existierte nur eine einzige theatralische Gattung – das Schauspiel, das in Wien damals noch ausschließlich in den Händen von Laien, geistlichen wie weltlichen, lag. Berufsmäßige Spielgemeinschaften, wie sie sich um die Jahrhundertmitte mit den Truppen der Commedia dell'arte zunächst in Italien und bald darauf auch in England, Frankreich und Deutschland formiert hatten, traten in Wien erst um die Mitte des 17. Jahrhunderts regelmäßig auf.

Um diese Zeit etablierte sich in der kaiserlichen Residenzstadt auch eine zweite kurz zuvor in Italien entstandene theatralische Gattung – das »dramma per musica«, die Oper, die in Wien allerdings bis weit ins 18. Jahrhundert einem exklusiven Publikumskreis vorbehalten bleiben sollte. Das aufwändige höfisch-repräsentative Musikdrama verlangte von vornherein nach professionellen Künstlern (Sängern, Musikern, Tänzern, Bühnenarchitekten und Kostümbildnern), und erst später sollten sich auch adelige Dilettanten auf diesem Gebiet versuchen.

Im Allgemeinen trat das Laientheater jedoch im 17. Jahrhundert in den Hintergrund und erlebte bloß durch die katholischen Orden, vor allem den der Jesuiten, einen neuen Aufschwung; sie setzten das Theaterspiel im Rahmen des Unterrichts gezielt für ihre gegenreformatorischen Zwecke ein.

Sowohl in der Oper als auch im Ordenstheater spielte auch der Tanz eine bedeutende Rolle, entwickelte sich aber erst spät, um die Mitte des 18. Jahrhunderts, zur eigenständigen Kunstform des »ballet d'action«, des Handlungsballetts.

Elemente aus allen drei dramatischen Hauptsparten des Sprech-, Musik- und Tanztheaters vereinigte das Wiener Volkstheater, eine ganz spezifische, zu Beginn des 18. Jahrhunderts aus dem italienischen Stegreiftheater hervorgegangene Theaterform, die – anders als die Commedia dell'arte – in Wien auch schnell eine feste Spielstätte finden sollte.

Die ersten sicher bezeugten Theaterproduktionen in Wien gehen auf die Jahre 1499 und 1502 zurück: 1499 führten die Mitglieder der Gottsleichnamsbruderschaft bei St. Stephan ein geistliches Schauspiel auf; 1502 übten Studenten der Wiener Universität durch die Aufführung antiker weltlicher Komödien ihre lateinischen Sprachkenntnisse. In der Literatur werden zwar schon für das 14. und 15. Jahrhundert zahlreiche geistliche Spiele erwähnt, doch können diese vor 1499 noch nicht eindeutig belegt werden.[107] Die anfangs noch sehr einfachen Spiele wurden im ersten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts von der Gottsleichnamsbruderschaft unter der Leitung ihrer damaligen Verweser, des reichen Tiroler Kaufmanns Matthäus Heuperger und vor allem des Bildschnitzers Wilhelm Rollinger, des Meisters des Chorgestühls im Stephansdom, zu größeren Szenenfolgen aus der Leidensgeschichte Christi ausgebaut und alljährlich aufgeführt.

Durch das Vordringen des Protestantismus kam es zwar in den folgenden Jahrzehnten zu einem Niedergang der Bruderschaft und damit auch der geistlichen Spiele, doch 1565 schlossen sich acht Steuerdiener, Beamte der Stadt Wien, zu einer festen Spielgemeinschaft zusammen, die bis 1718 am Karfreitag regelmäßig Passionsspiele veranstaltete; ihr dramaturgischer Ablauf war in den Grundzügen allerdings bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts festgelegt worden.

Etwa um dieselbe Zeit wie die frühesten Aufführungen geistlicher Spiele setzten auch die ersten theatralischen Vorstellungen antiker römischer Dramen durch die Studenten der Universität Wien ein.[108] Die 1365 gegründete »Alma Mater Rudolphina« hatte unter der Herrschaft von Matthias Corvinus viel von ihrer ursprünglichen Bedeutung eingebüßt, was Maximilian I. dadurch zu verbessern versuchte, dass er einige der führenden deutschen und italienischen Humanisten nach Wien berief, darunter 1497 Konrad Celtis. Vier Jahre später gründete er an der Wiener Universität eine literarische Akademie nach italienischem Muster, die 1502 mit der ersten Aufführung antiker Dramen, dem »Eunuchus« von Terenz und der »Aulularia« von Plautus, eröffnet wurde. Es folgten einige Versuche der Wiener Humanisten, selbst lateinische Dramen zu verfassen, doch war ihr Widerhall insgesamt recht dürftig. Erst nach der Übernahme der theologischen und artistischen Fakultät der »Alma Mater Rudolphina« durch die Jesuiten im Jahre 1623 hört man wieder von einer Verbindung der Universität mit dem Theater (siehe unten).

Zuvor schon, in den Jahren 1540–1551, hatte der für seinen »Lobspruch« auf die Stadt Wien (1547) berühmte Schulmeister des Schottenklosters, Wolfgang Schmeltzl, mehrere von Hans Sachs beeinflusste Dramen in deutscher Sprache verfasst, in denen seine Schüler ihr schauspielerisches Talent entfalten konnten. Nach Schmeltzls Abgang fehlen Belege für weitere Schulaufführungen bei den Schotten; sie erlebten erst im 18. Jahrhundert eine kurze Renaissance durch den Abt Karl Fetzer.[109]

Etwa um dieselbe Zeit wie Schmeltzl begann auch der Schulmeister der Bürgerschule der Stadt Wien, Jörg Muschler, mit seinen Schülern Theater zu spielen; diese Aufführungen dienten meist zur Unterhaltung des Bürgermeisters und des Stadtrats.[110]

Insgesamt war die Zahl der dramatischen Produktionen an der Wiener Universität und an den Schulen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts jedoch sehr gering; das sollte sich erst mit dem Schultheater der Jesuiten schlagartig ändern.[111] In ihrem Unterrichtsprogramm war von Anfang an das Theaterspiel als wichtiges Erziehungsmittel vorgesehen. Obwohl es ursprünglich nur in bescheidenem Umfang im internen Schulbetrieb eingesetzt werden sollte, fand in der Praxis bald eine rege öffentliche Spieltätigkeit statt, die schließlich in den großen Spielen vor dem Kaiserhof, den »Ludi Caesarei«, kulminierte.

Anlässe für öffentliche Spiele waren zunächst die hohen kirchlichen Feiertage Weihnachten, Neujahr, Dreikönigstag, Ostern und Fronleichnam; im 17. Jahrhundert kamen die Gedenktage für den Ordensgründer Ignatius von Loyola am 31. Juli und für den Indienapostel Franz Xaver am 3. Dezember hinzu; weltliche Anlässe boten der Fasching, der Schulschluss mit der Prämienverteilung im September sowie der Studienbeginn im November.

Zu den Vorstellungen hatte nur ein ausgewähltes Publikum Zutritt: geistliche, adelige, aber auch bürgerliche Standespersonen, die Eltern der Schüler und natürlich die Mitglieder der kaiserlichen Familie und ihr Hofstaat. Mit Ferdinand III. setzten die regelmäßigen Besuche des Kaisers im Jesuitentheater ein und fanden ihren Höhepunkt bei Leopold I., dessen gesamte Kulturpolitik stark von der Ideologie der »Societas Jesu« geprägt war. Zunächst war noch gar kein eigener Theatersaal vorhanden; man spielte auf schnell aufgerichteten Bretterbühnen in einem der größeren Räume oder auch im Freien innerhalb des »Collegium Academicum Am Hof«, das die so genannten »Oberen« Jesuiten 1554 bezogen hatten, aber auch in der Kirche Am Hof und auf dem Platz davor. 1622 erhielten die Jesuiten mit dem Universitätsneubau in der Bäckerstraße ein zweites Gebäude, in dem sie ihre Klassen und einen großen Saal für die Schulfeierlichkeiten und Promotionen einrichteten; dort wurde unter anderem auch Theater gespielt. 1650 erhielten auch die »Oberen Jesuiten« Am Hof eine Schule und einen Saal, der sich auch für Theateraufführungen eignete; 24 Jahre später statteten sie diesen Saal mit einer modernen Kulissenbühne aus, die sechs szenische Verwandlungen ermöglichte. 1698 erhielten auch die vier unteren Klassen in der Bäckerstraße ein »Theatrum«, sodass die Wiener Jesuiten schließlich über drei gut ausgestattete Bühnen in ihren Schulen verfügten; diese waren nicht fest eingebaut, sondern konnten zerlegt werden, was sich als sehr nützlich erweisen sollte, als die Jesuiten 1754 Maria Theresia die nun nicht mehr benützten Bühnen in der Bäckerstraße verkauften.

Die bedeutendsten Wiener Jesuitendramatiker waren Nikolaus Avancinus (1611–1686) und Johann Baptist Adolph (1657–1708), die in ihren Dramen den ständig wachsenden Anforderungen vor allem in szenischer Hinsicht Rechnung trugen. Die erhaltenen Stiche der Bühnendekorationen zu dem 1659 vor dem Kaiserhof aufgeführten Prunkdrama »Pietas victrix« von Avancinus zeigen, wie sehr sich das Jesuitentheater im Laufe des 17. Jahrhunderts hinsichtlich der Bühnenausstattung der höfischen Oper annäherte: Hier wie dort handelte es sich um Gesamtkunstwerke aus Text, Musik, Tanz, Dekoration,

Bühnenmaschinerie und Fechtkunst, die im Falle des Jesuitentheaters jedoch fast ausschließlich von jugendlichen Laien dargestellt wurden, während in der Oper in erster Linie Berufskünstler tätig waren.

Von den Wandertruppen zum Wiener Volkstheater

Berufskünstler waren auch die italienischen Komödianten, die seit der Mitte des 16. Jahrhunderts, nach dem Regierungsantritt Kaiser Maximilians II. im Jahre 1564, in Wien bezeugt sind. Zunächst handelte es sich um solistisch auftretende, vorwiegend akrobatische Künstler, bald auch um größere Gesellschaften. Wien war nicht nur wegen seiner geographischen Lage, sondern vor allem wegen seiner Bedeutung als kaiserliche Residenzstadt ein besonders beliebtes Reiseziel für fahrende Künstler. Anders als die Unternehmer der Jahrmarktspektakel, die ihre Spielbewilligung von der Stadt Wien erhielten – ein Recht, das bereits auf Herzog Albrecht III. (1382) zurückging –, benötigten die Wandertruppen die Genehmigung des Kaisers.[112]

Der erste ausdrücklich als »Comedi Spiller« bezeichnete Italiener taucht 1565 in den kaiserlichen Hofzahlamtsbüchern auf; drei Jahre später folgte die erste Commedia dell'arte-Truppe unter der Leitung von Giovanni Tabarino. Auch die berühmte Kompanie der *Comici Gelosi* trat im 16. Jahrhundert in Wien auf, und im 17. fanden Gastspiele der *Comici Accesi* und der *Comici Fedeli* unter Giovanni Battista Andreini statt. Die Komödianten standen am Kaiserhof in hohem Ansehen: So wurde etwa der Prinzipal der *Comici Accesi*, Pier Maria Cecchini, 1614 von Kaiser Matthias in den Adelsstand erhoben; Ferdinand II. übernahm die Patenschaft für einen der Söhne des ersten Arlecchino-Darstellers Tristano Martinelli, und 1660 wurde eigens für das Gastspiel der italienischen Komödianten unter der Führung von Domenico Biancolelli das erste frei stehende Theatergebäude in Wien errichtet.

In den Jahren 1658–1660 fanden erstmals auch zwei längere aufeinanderfolgende Spielzeiten deutscher Wandertruppen in Wien statt, und 1662/63 gastierte mit den *Innsbruggerischen Comoedianten* hier auch die älteste von einem Hof unterhaltene Truppe deutscher Schauspieler. Anders als in Wien, wo der Hof bis weit ins 18. Jahrhundert über kein eigenes Schauspielensemble verfügte, hatte Erzherzog Ferdinand Karl von Tirol eine Gruppe deutscher Komödianten in seinen Dienst genommen, die während der Hoftrauer nach dem Tod des Erzherzogs auf Wanderschaft ging und dabei 1662 auch nach Wien kam.

Nur wenige Jahre später, 1670, unterbreitete Peter Hüttler von Hüttenberg, ein Beamter der Reichshofkanzlei, gleichzeitig aber auch Theaterfreund und Eigentümer eines Ballhauses in der Himmelpfortgasse, den Vorschlag, eine Komödiantentruppe aus Wienern zusammenzustellen. Er führte sehr moderne wirtschaftliche – an merkantilistischen Ideen orientierte – Gründe dafür an: Die fremden Truppen würden ihre Einnahmen außer Landes bringen, während sie durch ein ausschließliches Theaterprivileg für Wien

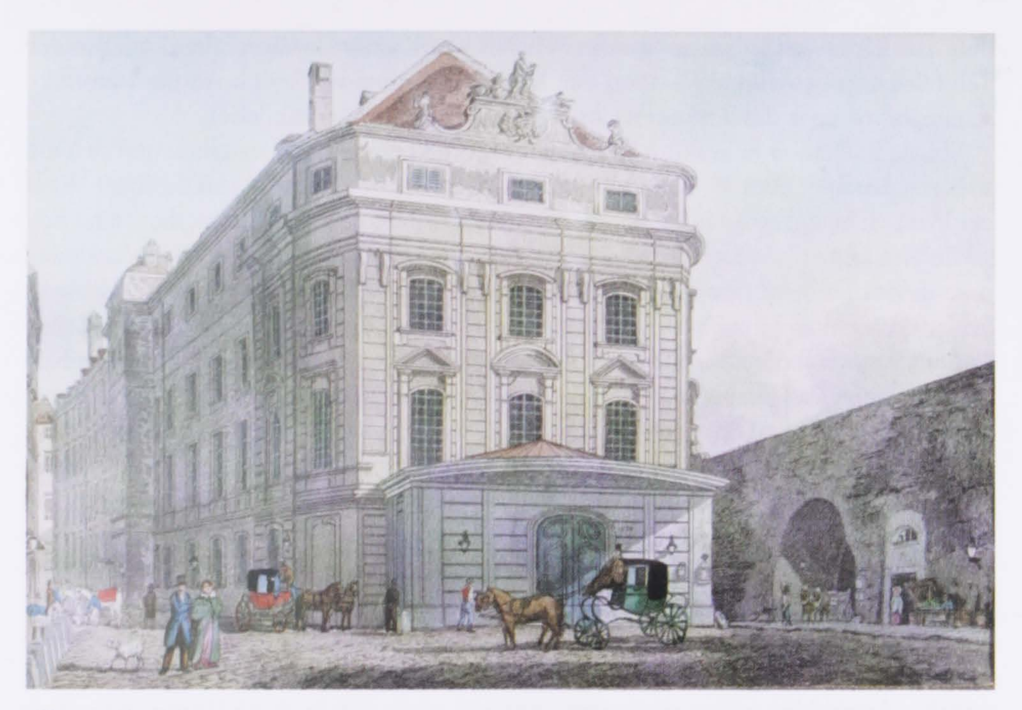


Abb. 127: Altes Kärntnertortheater

in der Stadt bleiben würden. Hüttler erhielt zwar die entsprechende Lizenz, verstarb aber bald darauf, weshalb sein Plan nicht realisiert wurde.

Die folgenden beiden Jahrzehnte waren geprägt von Pestepidemien und den Angriffen durch die Osmanen, die in der Belagerung von 1683 kulminierten. Verständlicherweise kamen in dieser Zeit fahrende Komödianten nur selten nach Wien, umso weniger, als ihnen auch die Jesuiten, die immer stärkeren Einfluss auf Kaiser Leopold I. nahmen, nicht wohl gesinnt waren. Erst in den neunziger Jahren kehrten sowohl italienische als auch deutsche Truppen nach Wien zurück. Sie wurden allerdings nicht mehr vom Hof engagiert, wie dies früher der Fall gewesen war, sondern kamen und spielten auf eigenes Risiko.

Die deutschen Wandertruppen hatten dabei große Schwierigkeiten, sich gegen die Italiener durchzusetzen, weil ihnen die Protektion des Hofes und des Adels fehlte. So fanden etwa die *Eggenbergischen Hofkomödianten*, die 1692 nach Wien kamen, neben der italienischen Truppe Giovanni Tommaso Daneses nicht genügend Unterstützung und damit auch Unterhalt. Deutsche und italienische Truppen traten häufig in Wettstreit miteinander und spielten manchmal sogar in der Sprache der jeweils anderen Gesellschaft. Sie traten entweder in einer der Markthütten auf dem Judenplatz, der Freyung oder auf dem Neuen Markt auf oder in einem der drei privaten Ballhäuser in der Himmelpfortgasse (das allerdings 1708 von Prinz Eugen von Savoyen in sein Winterpalais eingeglie-

dert wurde), in der Ballgasse (wo die italienischen Komödianten spielten) oder in der Teinfaltstraße (wo von 1707–1709 die deutsche Truppe des Joseph Anton Stranitzky spielte, bevor sie in das Theater nächst dem Kärntner Tor übersiedelte).

Da die Ballhäuser eine akute Feuergefahr für die Umgebung darstellten und sich die adeligen Anrainer über die Komödianten ständig beschwerten, wurde an die Stadt Wien der Wunsch herangetragen, sie an eine andere Spielstätte zu transferieren; diese fand sich schließlich beim alten Kärntner Tor *(Abb. 127, S. 511)*. Nachdem die Wiener Stadtverwaltung dort im Jahre 1709 ein Theater errichtet hatte, wurde es zunächst auf ausdrücklichen Wunsch des Hofes einer Truppe italienischer Komödianten unter dem Impresario Antonio Francesco Pecori zugewiesen. Diese konnte sich allerdings nicht lange dort halten, und schon ab 1710 hielt die *Teutsche Comoedianten banda* Stranitzkys im Kärntnertortheater ihren Einzug. Diese Bühne sollte in der Folge bis 1776, bis zur endgültigen Übersiedlung in das zum »Nationaltheater« erhobene Burgtheater, dem deutschen Schauspiel als Spielstätte dienen, anfangs alternierend mit Stücken der italienischen Commedia dell'arte, später mit italienischen Intermezzi, Singspielen und Opern.

Wie die Aufführung eines Stegreifstückes im Kärntnertortheater zu Beginn des 18. Jahrhunderts von einer ausländischen Wien-Besucherin rezipiert wurde, zeigt ein Brief der englischen Lady Mary Montagu vom 14. September 1716. Sie hatte kurz zuvor auch der Freilichtaufführung der Festoper »Angelica vincitrice d'Alcina« im Garten des kaiserlichen Lustschlosses Favorita beigewohnt und zeigte sich beeindruckt von deren aufwändiger Inszenierung, meinte dann aber:

So reizend aber ihre Opern sind, in eben so hohem Grade sind ihre Lustspiele lächerlich. Sie haben nur ein Schauspielhaus, wohin ich aus Neugierde in eine deutsche Komödie ging, und ich war sehr froh, daß es die Geschichte von Amphitryon war; ein Thema, das bereits von einem lateinischen, französischen und englischen Dichter behandelt worden war, ich war sehr neugierig zu sehen, was ein österreichischer Autor daraus machen werde. Ich verstand genug von der Sprache, um den größten Teil zu begreifen, und außerdem hatte ich eine Dame mitgenommen, die die Güte hatte, mir jedes Wort zu erklären. Es ist üblich, für sich und seine Begleitung eine Loge mit vier Plätzen zu nehmen. Der festgesetzte Preis ist ein Gold Dukaten. Ich fand das Haus sehr niedrig und dunkel, doch ich gestehe, die Komödie glich diesen Fehler ganz bewundernswert aus. Ich habe niemals in meinem Leben so viel gelacht. Es begann damit, daß sich Jupiter aus einem Guckloch in den Wolken verliebte und endete mit der Geburt des Herkules; aber das Lustigste war der Gebrauch, den Jupiter von seiner Verwandlung machte, kaum sah man ihn in der Gestalt des Amphitryon, so läßt er, anstatt mit den entzückenden Worten, die ihm Mr. Dryden in den Mund legt, zu Alkmene zu eilen, Amphitryons Schneider holen, betrügt ihn um einen spitzenbesetzten Rock, seinen Bankier um einen Beutel Geld, einen Juden um einen Diamant Ring und bestellt in seinem Namen ein großes Abendessen; der größte Teil der Komödie dreht sich darum, wie der arme Amphitryon von diesen Leuten wegen ihrer Forderungen gequält wird und Merkur mißbraucht Sosia auf dieselbe Weise. Ich kann dem Dichter aber nicht verzeihen, daß er sich die Freiheit nahm, sein Stück nicht nur mit unanständigen Ausdrücken zu spicken, sondern sogar mit so gemeinen Worten, wie sie unser Mob kaum von einem Marktschreier dulden würde, und die zwei Sosias ließen gar ganz gemütlich ihre Hosen

gerade den Logen gegenüber herab, die mit Leuten allerhöchsten Ranges besetzt waren, welche mit ihrer Unterhaltung sehr zufrieden schienen und mir versicherten, es wäre ein sehr berühmtes Stück.[113]

Vom höfischen Theater zum Hoftheater

Italienische Einflüsse spielten von Anfang an eine bedeutende Rolle in der theatralischen Entwicklung Wiens, in ganz besonderem Maße natürlich im Bereich des habsburgischen Kaiserhofes, der mit zahlreichen italienischen Fürstenhäusern verschwägert war. Schon zu Beginn des 16. Jahrhunderts wurde es auch in Wien Usus, bedeutende dynastische Ereignisse des Hofes mit Festen und theatralischen Veranstaltungen zu feiern.

Da Kaiser Maximilian I. jedoch über keine Hofhaltung in Wien verfügte und sich überhaupt nur einmal länger in der Stadt aufhielt, konnte sich dort noch kein echter höfischer Theaterbetrieb entwickeln. Der bereits erwähnte Humanist Konrad Celtis widmete ihm aber drei bedeutende Festspiele: den »Ludus Dianae«, aufgeführt anlässlich der Dichterkrönung eines Studenten der Wiener Universität im Jahre 1501, und gleichzeitig die erste theatralische Verherrlichung eines Herrschers im deutschen Sprachraum; die »Rhapsodia« von 1504 zur Feier des Sieges bei Wenzenbach im Bayerischen Erbfolgekrieg; sowie ein drittes, nicht erhaltenes Festspiel, das auf dem überaus beliebten mythologischen Stoff des Paris-Urteils basierte. Auch der Abt des Schottenklosters, Benedictus Chelidonius, stellte sich mit einem Festspiel zu Ehren Kaiser Maximilians I. ein, das den Titel »Voluptatis cum Virtute disceptatio« trug und zur Feier der Fürstenzusammenkunft von 1515 veranstaltet wurde.[114]

Insgesamt entwickelte Wien in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts jedoch keineswegs denselben Glanz höfischer Festkultur wie so manch anderer europäischer Fürstenhof. Erst in der zweiten Hälfte des 16. und vor allem im 17. Jahrhundert entfaltete sich unter den so genannten »Barockkaisern« Ferdinand III., Leopold I., Joseph I. und Karl VI. auch am Wiener Hof reges theatralisches Leben, das alle festlich-repräsentativen Erscheinungsformen umfasste, wobei aber bald ein Genre über alle anderen dominieren sollte – das Musikdrama.[115] Die verwandtschaftlichen Beziehungen der Habsburger zu den Familien Gonzaga und Medici, von deren Höfen die Oper ihren Ausgang genommen hatte, trugen wesentlich dazu bei, dass die »commedia in musica« auch in Wien eine intensive Pflege erfuhr.

Waren es zunächst vor allem politisch-dynastisch bedeutende Anlässe wie Hochzeiten[116] und Krönungen,[117] die festlich begangen wurden, so wurde es noch in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts Usus, die Geburtstage des Kaisers und der Kaiserin, später auch die des Thronfolgers ebenso wie die Namenstage der wichtigsten Mitglieder des Kaiserhauses theatralisch – und das bedeutete meist mit einer Festoper – zu feiern. Daneben war und blieb der Fasching die Hauptfestzeit des Jahres, in der sich die höfische Gesellschaft durch Maskeraden des Korsetts des strengen Hofzeremoniells entledigen konnte. Aber auch in der Fastenzeit wollte man das Theater nicht ganz missen, und so



Abb. 128: Burnacini-Figurinen

wurden unter Kaiser Leopold I. nicht nur rein musikalische Oratorien, sondern auch halbszenische »rappresentazioni sacre« in der kaiserlichen Hofkapelle aufgeführt, die von denselben Künstlern gestaltet wurden, die auch für die Oper tätig waren.

Abgesehen von den Faschingslustbarkeiten dienten die meisten anderen Festveranstaltungen nicht nur der Unterhaltung des Hofes und seiner Gäste, sondern vor allem der Demonstration fürstlicher Größe und Macht, der Glorifizierung des Herrscherhauses und auch der Demonstration des jeweiligen Machtanspruchs anderen Dynastien gegenüber.

In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts brachten die Ereignisse des Dreißigjährigen Krieges, die Bedrohung durch die Schweden, Türken und die Pest naturgemäß eine Einschränkung des höfischen Theaterbetriebes mit sich,[118] aber bald nach dem Westfälischen Frieden erlebte die höfische Festkultur in Wien wieder einen neuen Aufschwung.[119] 1652 holte man eigens für die Aufführung der Turnieroper »La Gara«[120] zur Geburt der Infantin Margarita Teresa, der späteren Ehefrau Kaiser Leopolds I., den Bühnenarchitekten Giovanni Burnacini aus Venedig nach Wien; dieser und sein Sohn Lodovico Ottavio sollten während der folgenden Jahrzehnte Theaterbau, Bühnenbild und Kostüm *(Abb. 128)* am Kaiserhof entscheidend bestimmen.[121]

Giovanni Burnacini erbaute 1653 während des Reichstages in Regensburg für die Aufführung der Festoper »L'inganno d'Amore« ein hölzernes Logen-Rang-Theater nach ita-



Abb. 129: Il pomo d'oro, Szenenbild

lienischer Art, dessen Bestandteile nach Wien verschifft und 1659 für das Gastspiel des italienischen Komödianten Domenico Biancolelli am Tummelplatz (heute: 1, Josefsplatz) wieder aufgestellt wurden.

Der Sohn Giovannis, Lodovico Ottavio Burnacini, der den Innenraum dieses Theaters in Wien neu gestaltete, erbaute anlässlich der Hochzeit Kaiser Leopolds I. mit der spanischen Prinzessin Margarita Teresa auf dem Stadtwall, der »Cortina«, das zweite frei stehende Theatergebäude in Wien,[122] das 1668 mit der wohl berühmtesten Wiener Barockoper, »Il pomo d'oro«[123] *(Abb. 129)* eröffnet, in der Folge aber nur selten bespielt wurde, weil es nur den allergrößten Theaterfesten vorbehalten war: 1674 wurden dort die Geburtstagsoper für Leopold I., »Il ratto delle Sabine«, und die Festoper anlässlich der Geburt der Erzherzogin Anna Maria, »Il fuoco eterno custodito dalle Vestali«, aufgeführt, 1678 »La Monarchia latina trionfante« zur Geburt des Thronfolgers Joseph; 1683 wurde das hölzerne Theater auf der Cortina wegen des Ansturms der Türken und der damit verbundenen Feuersgefahr abgebrochen.

In den folgenden beiden Jahrzehnten gab es kein eigenes Theatergebäude mehr am Kaiserhof, sondern man spielte im so genannten »Großen« bzw. »Kleinen Comoedi Sall« oder in einem anderen Raum der Hofburg, in den Sommermonaten in einem der Schlossgärten oder auch in einer anderen Stadt im Reich, sei es in Regensburg, Frank-

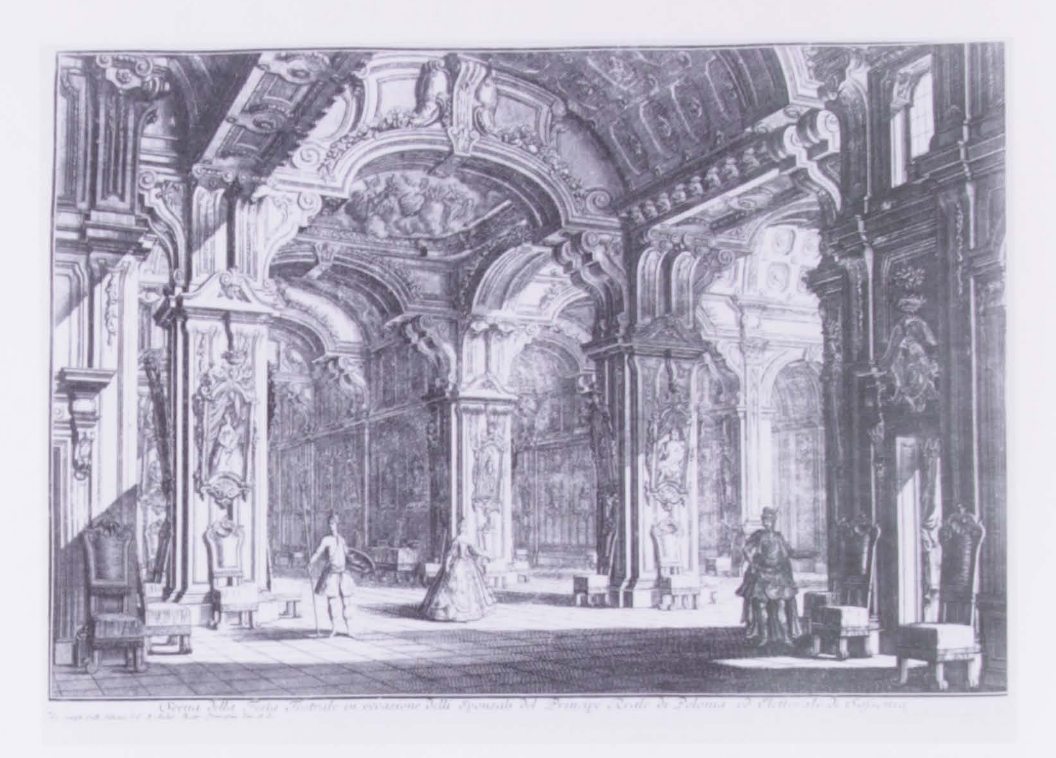


Abb. 130: Bühnenbildentwurf des Galli-Bibiena anlässlich der Hochzeit Erzherzogin Maria Josephas mit dem Kurfürsten von Sachsen, 1719

furt am Main, Pressburg, Augsburg, Wiener Neustadt oder Linz, wenn sich der Kaiser samt seinem Hofstaat gelegentlich eines Reichstages, einer Krönung oder Hochzeit gerade dort aufhielt.

1698 erhielt Francesco Galli-Bibiena – das erste Mitglied der berühmten Bologneser Bühnenbildner-Familie, das in Wien tätig wurde – den Auftrag, den baufällig gewordenen »Großen Comoedi Sall« zu renovieren, und er schuf daraus ein Rang-Logen-Theater im italienischen Stil mit zwei großen Hoflogen, für das später, unter der Regierung Kaiser Karls VI., Francescos Bruder Ferdinando und dessen Söhne Giuseppe und Antonio Galli-Bibiena die Dekorationen schaffen sollten *(Abb. 130)*.[124]

Unter der Herrschaft Leopolds I. und Josephs I.[125] fanden insgesamt etwa 200 Opernpremieren statt, etwas mehr als die Hälfte davon große dreiaktige Festopern; der Text der Libretti stammte großteils von Niccolò Minato, die Musik von Antonio Draghi und die Dekorationen ebenso wie die Kostüme von Lodovico Ottavio Burnacini. Die Einheitlichkeit der künstlerisch Verantwortlichen führte notgedrungen auch zu einer gewissen szenischen Gleichförmigkeit, die zwar durch die Vielfalt der Stoffe ein wenig ausgeglichen wurde, sich aber andererseits auch im stets gleichen Handlungsablauf – Liebesgeschichten mit vielen Irrungen und Wirrungen bis hin zur Auflösung im »lieto fine« – wiederfand.

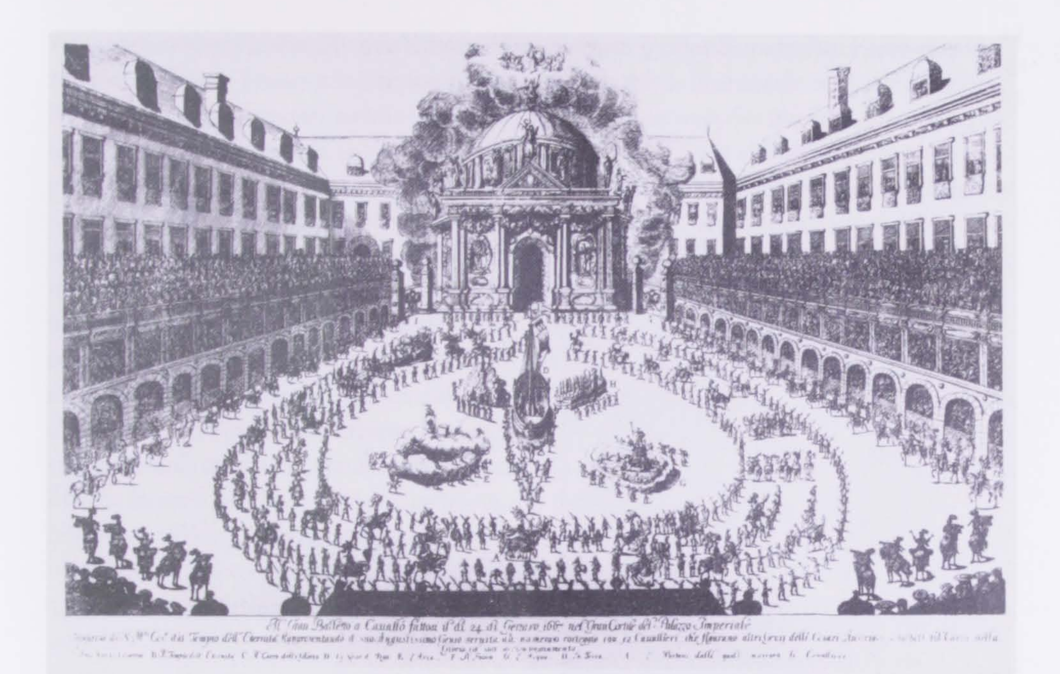


Abb. 131: Rossballett »La contesa dell'Aria e dell'Aqua«, 1667

Die einzelnen Akte der Oper und die Oper selbst wurden mit Charaktertänzen verschiedener, meist aus der Handlung entnommener Figuren beschlossen, die zwar »balletti« genannt wurden, aber noch keine pantomimischen Ballette mit durchgehender Handlung waren.[126] Es gab jedoch eine zweite Gruppe von kleinen selbstständigen Balletten, die meist von den Angehörigen der kaiserlichen Familie, Mitgliedern des Hofstaats und Adeligen getanzt wurden; die Choreographie dazu stammte – wie die der Tänze in den Opern – von den kaiserlichen Tanzmeistern, die Musik von den österreichischen Ballettkomponisten Vater und Sohn Johann Heinrich und Andreas Anton Schmelzer.

Eine ganz spezielle Form des Balletts stellten die Rossballette *(Abb. 131)* dar, die von kunstvoll dressierten Pferden getanzt wurden. Den Höhepunkt bildete zweifellos »La contesa dell'Aria e dell'Acqua«, die im Jahre 1667 mit großem Aufwand als spektakuläres Gesamtkunstwerk aus den höfischen Festformen Turnier, Musiktheater und Ballett zur mehrfach erwähnten Feier der Hochzeit von Kaiser Leopold I. mit Margarita Teresa von Spanien im Inneren Burghof inszeniert wurde.[127]

Was das Schauspiel anlangt, so fanden am Hofe Leopolds I. nur einige kurze Gastspiele von Truppen italienischer Berufsschauspieler sowie Aufführungen von adeligen Dilettanten statt. Die ambitioniertesten Laiendarsteller waren die Edelknaben, die, zumeist im Fasching, Sprechstücke im Stile der Commedia dell'arte zum Besten gaben.[128]

Das größte Hoffest im Fasching waren die »Wirtschaften«, Kostümfeste, zu denen das Kaiserpaar als Wirtsleute zum schwarzen Adler einmal im Jahr einlud und die adeligen Mitglieder des Hofstaats paarweise in den ihnen per Los bestimmten Rollen erschienen. Die Kostüme sowohl für die Wirtschaften *(Abb. 128, S. 514)* als auch für die Edelknabenkomödien entwarf gleichfalls Lodovico Ottavio Burnacini.



Abb. 132: Pietro Metastasio

Auch unter Karl VI.[129] blieb der festlich-repräsentative Charakter des Hoftheaters seiner Vorfahren erhalten, doch gab es einige entscheidende personelle Änderungen in dem mittlerweile recht umfangreichen Theaterbetrieb, die auch gewisse geschmackliche Veränderungen mit sich brachten. So traten die Librettisten Apostolo Zeno, Pietro Pariati und ab 1730 Pietro Metastasio *(Abb. 132)* die Nachfolge des Hofpoeten Niccolò Minato an; statt Antonio Draghi sorgten nun vor allem die Komponisten Antonio Caldara, Francesco Conti und Johann Joseph Fux für die Vertonung der Opernlibretti; drei Vertreter der Bühnenbildner-Familie Galli Bibiena, Fernando, Giuseppe und Antonio, und der Kostümbildner Daniele Antonio Bertoli erfüllten die Aufgaben, die bisher Lodovico Ottavio Burnacini allein bewältigt hatte. 1720 erfolgte darüber hinaus ein wesentlicher organisatorischer Wandel durch die Einführung eines so genannten »Appaldatore«, eines Pachtunternehmers, der als Zwischeninstanz zwischen Kaiser und Theaterensemble eingeschaltet wurde. Er war verpflichtet, alljährlich drei große Opern und eine Serenata sowie alle musikalischen Tafeldienste, Oratorien und die drei Heiligen Gräber auszustatten. Aus diesen Verpflichtungen entstand ein fest umrissener Spielplan festlicher Anlässe mit gleichfalls festgelegten Spielorten: die Namenstagsoper für den Kaiser in dem von Francesco Galli Bibiena eingerichteten Großen Hoftheater, die Faschingsoper in dem daneben liegenden Kleinen Hoftheater sowie die Geburtstagsoper für die Kaiserin in der Favorita; dazu kamen noch weitere festliche Gelegenheiten, die theatralisch begangen wurden, doch war die Anzahl der szenischen Festveranstaltungen insgesamt gar nicht so groß, wie man häufig anzunehmen geneigt ist.

Anders als sein Bruder Joseph I., der bereit gewesen wäre, die Oper zu kommerzialisieren, was durch seinen frühen Tod verhindert wurde, verteidigte Karl VI. sie nach wie

vor als exklusives Vorrecht des Kaisers. Er erteilte zwar 1728 zwei Mitgliedern seines Hofstaates, dem Tenoristen Francesco Borosini und dem Hoftanzmeister Franz Joseph Selliers, ein Theaterprivileg auf 20 Jahre, das sie in dem von der Stadt Wien gepachteten Kärntnertortheater ausüben sollten, doch durften sie dort nur »Comedien mit einigen untermischt gesungenen Intermedien« und keine »drammi per musica« aufführen. Sie wählten als Notlösung eine singspielartige Kleinform, »intermezzi musicali«, in denen sich auch Elemente der Wiener Volkskomödie und Tanzszenen fanden.

Erst mit dem Tod Kaiser Karls VI. im Jahre 1740 war die Zeit der großen exklusiven höfischen Festoper endgültig vorbei.[130] Maria Theresia schloss mit Selliers, dem Pächter und ausschließlichen Privilegiumsinhaber des Theaters nächst dem Kärntner Tor, einen Vertrag, in dem sie ihn zwar verpflichtete, die höfischen Opern ganz im Stile ihrer Vorfahren als Festtheater für die kaiserliche Familie und den engsten adeligen Kreis auszustatten, gleichzeitig erteilte sie ihm aber die Erlaubnis, das nicht mehr genützte Hofballhaus am Michaelerplatz als Theater zu adaptieren und dieses »Theater nächst der Burg« von Anfang an auch dem zahlenden Bürgertum zugänglich zu machen. Damit erhielt diese soziale Schicht erstmals Gelegenheit, am Theatervergnügen des Adels teilzuhaben, der sich jedoch seinerseits immer mehr in seine Privatsphäre zurückzog. Damit in Zusammenhang steht auch die Einrichtung der beiden Theater in den kaiserlichen Lustschlössern Schönbrunn (1747)[131] und Laxenburg (1754), in denen sich Hof und Adel nun zu exklusiven Theatervorstellungen zusammenfanden, die sowohl von adeligen Dilettanten als auch von Mitgliedern des Ensembles des Burgtheaters bestritten wurden; sie spielten französische Komödien ebenso wie Commedia dell'arte-Stücke, aber auch italienische Opern.

Im Großen Hoftheater fand 1744 die letzte große Festopernaufführung zur Hochzeit der Erzherzogin Maria Anna, der Schwester Maria Theresias, mit Herzog Carl von Lothringen statt; dann schloss es endgültig seine Tore.[132] Drei Jahre später wurde es, gemeinsam mit dem Kleinen Hoftheater, in den Großen respektive Kleinen Redoutensaal umgewandelt; gleichzeitig wurde das »Theater nächst der Burg« völlig erneuert und 1748 zum Geburtstag von Maria Theresia mit der Oper »Semiramide riconosciuta« von Pietro Metastasio und Christoph Willibald Gluck in seiner neuen Gestalt wieder eröffnet.[133]

Im Zuge der Reorganisation des Wiener Theaterwesens durch Maria Theresia im Jahre 1752[134] wurde nicht nur ein höfischer »Generalspektakeldirektor« über Burg- und Kärntnertortheater eingesetzt, sondern erhielt auch das Burgtheater *(Abb. 133, S. 520)* durch das Engagement eines französischen Schauspielensembles eine neue Bestimmung; zunächst war es reines Sprechtheater, ab 1755 auch Spielstätte der Opéra comique. Diese Entwicklung hing zusammen mit der frankophilen Einstellung des Hofes, vor allem des lothringischen Kreises um Kaiser Franz I., und des Staatskanzlers Wenzel Anton Graf (ab 1764 Fürst) Kaunitz-Rietberg, des eigentlichen Oberdirektors des Wiener Theaterwesens. Es gab zwei Phasen französischen Schauspiels am Wiener Burgtheater: die erste von 1752–1765, die zweite von 1768–1772; danach fand in Wien keine geschlossene Spielzeit in französischer Sprache mehr statt.[135]



Abb. 133: Altes Burgtheater

Die sechziger Jahre des 18. Jahrhunderts waren politisch und kulturell geprägt von den Hochzeiten der Kinder Maria Theresias,[136] die im Sinne einer politischen Annäherung an den ehemaligen Erzfeind Frankreich großteils mit bourbonischen Prinzen und Prinzessinnen verheiratet wurden. Vor allem das Jahr 1765 *(Abb. 134)* bot Anlass zu glanzvollen höfischen Festopernaufführungen, galt es doch die Vermählungen Kaiser Josephs II. und seines Bruders Leopold, des späteren Kaisers Leopold II., gebührend zu feiern. Es wurden »opere serie« alten Stils mit Texten des kaiserlichen Hofpoeten Pietro Metastasio aufgeführt, wie sie dem höfisch-repräsentativen Charakter solcher Anlässe entsprachen.

Anders als das Burgtheater war das Kärntnertortheater[137] von vornherein eine Domäne des Bürgertums, das anfangs sogar seinen Geschmack gegen den des Adels durchzusetzen vermochte: Es boykottierte die vom Hof favorisierte italienische Komödie zugunsten von Stranitzkys deutschem Stegreiftheater. Doch ab 1748 begann sich auch in Wien die Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der Stegreifkomödien und den Vertretern eines »regelmäßigen« literarischen Schauspiels bemerkbar zu machen. Bis zur Übernahme des Kärntnertortheaters durch den Hof im Jahre 1763[138] dominierte im Repertoire zwar noch das Stegreiftheater mit seinen komischen Hauptfiguren – u. a. dem Hanswurst Joseph Anton Stranitzkys und seines Nachfolgers Gottfried Prehauser sowie



Abb. 134: »Parnaso confuso«, Oper von Pietro Metastasio und Christoph Willibald Gluck aus Anlass der Hochzeit Josephs II. 1765

dem von Joseph Felix von Kurz kreierten Bernardon –, doch dann verschob sich das Gewicht zugunsten des literarischen Schauspiels, wie es der Kreis um den Leipziger Literaturprofessor Johann Christoph Gottsched vertrat. Die Diskussion um die Bildungsfunktion des Theaters und die Forderung der Aufklärer nach einem »gesitteten« Drama führten – nicht zuletzt auf Grund der intensiven Bemühungen des Aufklärers Joseph von Sonnenfels[139] – 1770 zum endgültigen Verbot des Stegreifspiels, dem schon ein generelles Verbot von öffentlichen Volksspielen sowie die Einführung der Theaterzensur vorangegangen waren.

Nach dem Tod Kaiser Franz' I. im Jahre 1765 beschloss der Hof, sich nicht weiter mit dem teuren Theaterbetrieb zu belasten und verpachtete die Hoftheater,[140] zunächst an den früheren Ballettmeister des Burgtheaters, Franz Anton Hilverding van Wewen. Ihm gelang es, Jean Georges Noverre als Ballettmeister für beide Bühnen zu gewinnen. In den Jahren 1767–1774 und nochmals kurz 1776 choreographierte Noverre jedes Jahr etwa ein Dutzend neuer Tanzstücke, von einfachen Divertissements und Kinderballetten bis zu großen fünfaktigen Handlungsballetten; in Wien publizierte er auch seine berühmten »Lettres sur la dance et les ballets« (1767).

Nach dem Tod Hilverdings im Jahre 1768 übernahm Giuseppe d'Afflisio die beiden Hoftheater und hatte durch seinen Pachtvertrag eine Monopolstellung im gesamten Wiener Theaterwesen inne, die er weidlich auszunützen wusste.[141] Er hatte von Anfang an gegen das Defizit zu kämpfen, das vor allem auf das teure französische Schauspiel und die hohen Kosten der beiden Ballettensembles im Burg- und Kärntnertortheater zurückzuführen war. 1770 verschwand d'Afflisio aus Wien und hinterließ seinem Geldgeber, dem ungarischen Magnaten Johann Nepomuk Graf Koháry, die beiden hoch verschuldeten Theater; dieser ging drei Jahre später endgültig in Konkurs, und auch dessen Kurator Joseph Graf Keglevich konnte die verfahrene finanzielle Situation nicht mehr retten. So entschloss sich Kaiser Joseph II., das Wiener Theaterwesen endgültig zu reorganisieren.[142]

Im Jahr 1776 stellte er mit zwei Handbillets die entscheidenden Weichen für die Zukunft des Wiener Theaterwesens: In einem Schreiben an den Statthalter von Niederösterreich, Christian August Graf Seilern, der für die Spielgenehmigungen zuständig war, gewährte er allgemeine Schauspielfreiheit und schuf damit die Grundlage für die spätere Gründung von Privattheatern; und in einem Billet an seinen Obersthofmeister Johann Joseph Fürst Khevenhüller wies er der deutschen Schauspieltruppe das Burgtheater als Spielstätte zu, während er alle anderen Künstler entließ; das Theater sollte nun »teutsches Nationaltheater« heißen, was aber keineswegs einem politisch-ideologischen Konzept entsprach, sondern nur im Sinne der Sprachbezeichnung der dort aufgeführten Werke zu verstehen war.

Diese deutschen Schauspieler bildeten somit das erste Berufsschauspielerensemble im Dienste des Wiener Hofes und sollten das Theater nach dem Vorbild der Comédie Française im künstlerischen Bereich selbst verwalten. Von 1776 bis 1789 übernahm diese Aufgabe die so genannte »Schauspielerversammlung«; sie war für die Auswahl der zur

Aufführung eingereichten dramatischen Werke, die Spielplangestaltung und die Rollenbesetzung zuständig. Zunächst wählte sie aus ihrem Kreise einen Direktor mit dem Funktionstitel »Regisseur«, in den Jahren 1779–1789 hingegen einen aus fünf Schauspielern bestehenden Ausschuss, dessen Tätigkeit allerdings von ständigen Intrigen und Machtkämpfen begleitet war, sodass 1789 mit Franz Karl Hieronymus Brockmann wieder ein einzelner Schauspieler zum Direktor des Burgtheaters gemacht wurde; er sollte es bis 1792 leiten.[143]

Durch die Schauspielfreiheit stand das Kärntnertortheater zwar nach 1776 allen Wandertruppen »gratis« zur Verfügung, doch behielt sich der Kaiser die Auswahl der Bewerber vor; 1785 wurde die Bühne renoviert und wieder in die Obhut des Hofes genommen. Der zweite Versuch Josephs II., dort auch das deutsche Singspiel zu etablieren, schlug ebenso fehl wie der erste, als er 1778–1783 im Burgtheater, neben dem deutschen Nationalschauspiel, auch ein deutsches Nationalsingspiel einführen wollte; ab 1783 wurden auch im Burgtheater wieder verstärkt italienische Opern aufgeführt.[144]

Das Kärntnertortheater, in dem man in diesen Jahren gleichfalls abwechselnd deutsche Schau- und Singspiele sowie italienische Opern gab, wurde 1788 für drei Jahre geschlossen und erst von dem neuen Kaiser Leopold II. wieder eröffnet, der es in erster Linie als repräsentatives Operntheater in aufwändigem Stile führte und auch wieder ein Ballettensemble engagierte.[145]

Leopolds Nachfolger auf dem Kaiserthron, Franz II.,[146] sah sich 1794 gezwungen, die beiden Hoftheater, aber auch das gewinnträchtige Hetztheater und die Redouten an den Bankier Baron Peter von Braun zu verpachten, womit eine neue Ära in der Wiener Theatergeschichte begann.

Das Spektrum theatralischer Vergnügungen hatte sich demnach im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts ganz entscheidend erweitert, und ein Reisender, der gegen Ende des 18. Jahrhunderts nach Wien kam, konnte aus einer Fülle theatralischer Unterhaltungsformen wählen, die zum festen Bestandteil des Wiener Alltagslebens geworden waren. Das kontinuierlich zunehmende Interesse am Theater dokumentiert eine Tagebucheintragung des kaiserlichen Obersthofmeisters Johann Joseph Fürst Khevenhüller-Metsch vom 20. April 1772; er konstatierte, dass *die tägliche Frequentirung der Spectaclen … gleichsamm du beau ton geworden* sei, die *Spectaclen* seien *le principal établissement du jour*, und man wisse *die Abendstunden biß 9 oder 10 Uhr in die Nacht hinein nicht mehr anderst als in denen Comedi-Häusern zuzubringen.*[147]

Der Theaterbesuch war zur wichtigsten Abendunterhaltung der oberen und in der Folge auch der mittleren Schichten geworden, was von Seiten der Regierung ganz bewusst gefördert wurde. So betonte Maria Theresia schon 1759 ihrem damaligen obersten Hoftheaterdirektor, Graf Giacomo Durazzo, gegenüber: *Spectacle müssen seyn, ohnedem kan man nicht hier in einer solchen großen residenz bleiben.*[148]

Der Wandel des Publikumsverhaltens hatte nicht unbedeutende Konsequenzen für das Aufblühen des Theaters als Unterhaltungsform im späten 18. und 19. Jahrhundert;[149] die Herrscher hatten erkannt, dass es sich hervorragend eignete, um die Ruhe und Ord-

nung im Staate zu erhalten. Zu dem auf die Antike zurückgehenden machtpolitischen Argument, das Volk durch »panem et circenses« bei Laune zu halten, kam das ökonomische Argument, dass dadurch die Arbeitskraft gefördert werde. Die Rekreationsfunktion des Theaters spiegelt sich auch in der wachsenden Zahl von Liebhabertheatern wider, sowohl in Adels- als auch in Bürgerhäusern, wo überall begeistert Theater gespielt wurde. Dem zunehmenden Bedürfnis nach Schauspielen entsprach ein größer werdendes Angebot an Spielstätten. Neben dem Burg- und dem Kärntnertortheater, dem Schönbrunner und dem Laxenburger Schlosstheater sowie den privaten Liebhabertheatern, die alle für literarisch-musikalische Aufführungen bestimmt waren, sorgten die Tierhetzen im »Hetzamphitheater« bei den Weißgerbern und ab den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts spektakuläre Feuerwerke auf der Jesuitenwiese für Abwechslung.

Aber erst durch die Aufhebung des Theatermonopols durch Joseph II. im Jahre 1776 war der Weg frei geworden für die Errichtung weiterer Bühnen in den Vorstädten Wiens. Drei konnten sich einen festen Platz im Wiener Theaterleben sichern: das Theater in der Leopoldstadt (1781), das Freihaustheater auf der Wieden (1787, 1801 Übersiedlung in das Theater an der Wien) und das Theater in der Josefstadt (1788). Die Geschichte dieser Bühnen ist mit drei Namen des Wiener Volkstheaters eng verbunden – Ferdinand Raimund, Johann Nestroy und Ludwig Anzengruber –, doch diese weisen bereits in eine neue Zeit, in die des 19. Jahrhunderts.

Musikstadt Wien

... ich versichere sie, daß hier ein Herrlicher ort ist – und für mein Metier der beste ort von der Welt. – das wird ihnen Jederman sagen ...[150] – So beschrieb Wolfgang Amadeus Mozart in einem Brief an seinen Vater aus dem Jahr 1781 Wien als seinen neuen Wohnort. Leopold Mozart hatte mit Entsetzen den Beschluss seines Sohnes aufgenommen, eine sichere Stelle beim Erzbischof Graf Colloredo aufzugeben, um in der Hauptstadt des Habsburgerreiches zu bleiben. Wolfgang Amadeus Mozart verließ mit Freude den als streng und eng empfundenen Dienst in Salzburg. In Wien gab es für einen Musiker am Ende des 18. Jahrhunderts auch ohne Anstellung viele Möglichkeiten, Geld zu verdienen – und vor allem die Chance, in einem Umfeld mit faszinierendem Musikleben zu wirken.

Die Kirchen der Stadt waren bemüht, ihre großen Feiern musikalisch würdevoll zu gestalten. Daneben gab es eine Reihe von adeligen Häusern, die nach höfischem Vorbild großzügig Geld für Musikaufführungen, den Musikunterricht ihrer Kinder, teilweise sogar für eigene Orchester und Opernensembles ausgaben. Eine zusätzliche Verdienstmöglichkeit bot das öffentliche Konzertwesen, das in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein immer wichtigerer Faktor des Wiener Musiklebens geworden war. Der begehrteste Brotgeber aber war noch immer der kaiserliche Hof – obwohl die Hochzeit der glanzvollen Musikfeste bereits vorbei war.

Der Beginn der Wiener Hofkapelle – in dieser frühen Zeit noch oft Kantorei genannt – wird meistens mit dem Datum 1498 angegeben. In diesem Jahr ließ Maximilian I. eine Kapelle unter der Leitung seines Hofkaplans und Kantors Georg Slatkonia und unter dem »Singermaister« Hanns Kerner einrichten. Schon zwei Jahre zuvor hatte man von dem Vorhaben erfahren, Musiker aus seiner Kapelle in Augsburg nach Wien zu entsenden. Maximilian beorderte *Hannsen Kerner, unsern obristen Caplan und Cantor, mitsambt 12 Knaben und Gesellen, darzue den Ysaac und sein Hausfrau gen Wien*. Mit dieser und anderen kulturpolitischen Maßnahmen, wie dem Ausbau der Hofburg und der Erneuerung der Wiener Universität, hatte der Kaiser die Stadt aufgewertet. Vor allem die Entsendung Heinrich Isaaks, der einer der berühmtesten Musiker der damaligen Zeit war, ist bemerkenswert. Allerdings kann man noch nicht von einer ständig in Wien anwesenden Hofmusik ausgehen. Wie damals üblich, führte der Kaiser ein unstetes Wanderleben, bei dem zumindest ein Teil seiner Kapelle mitreisen musste. Der Organist Paul Hofhaimer, der nicht besonders glücklich über diese Art des Lebens war, bekam dafür sogar eine jährliche Reisepauschale.[151]

Bereits für Maximilian waren die Hofkapelle *(Abb. 135, S. 527)* und das Trompeterkorps eine selbstverständliche Repräsentationspflicht. Es entsprach den Gepflogenheiten der Zeit, dass man seine Stärke auch mit der Anzahl und dem Ansehen der Musiker kundtat. In diesem Sinn begrüßte Maximilian beim großen Fürstenkongress von 1515 den König von Polen bei Schwechat mit 45 Trompetern und sechs Paukern. Paul Hof-

haimer beeindruckte damals das Publikum mit seinem Orgelspiel im Stephansdom. Als besondere Anerkennung wurde er vom Kaiser zum Ritter geschlagen.[152]

Es sollte fast noch ein Jahrhundert dauern, bis Wien mit dem Regierungsantritt Ferdinands II. 1619 endgültig Residenzstadt und somit Hauptsitz des Hofstaates wurde. Erst ab dann kann man von einer ständig in Wien stationierten Kapelle reden. In der »Capell-Ordnung« Ferdinands I. von 1527 wurde die Bedeutung der Musik für die Hofhaltung schriftlich formuliert. Danach waren die Hofkapelle für den geistlichen und das Trompeterkorps für den weltlichen Bereich das klingende Symbol für die Macht des Herrscherhauses. Die Hofkapelle war eine geistliche Institution, an deren Spitze der Hofprediger stand, dem der »Elemosinarius« (überwachte das Almosenwesen) und die Hofkapläne untergeben waren. Danach folgten in der Hierarchie die Kapell- und Oratoridiener, und erst dann kamen die Musiker, denen der Kapellmeister vorstand.[153] Die Funktion der Hofkapelle änderte sich allerdings im Laufe der Geschichte. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts kam zur Kirchenmusik auch der Aufgabenbereich der Tafel- und Kammermusik dazu, und nach 1600 wurde der theatrale Bereich mit Oper, Ballett und Singspiel immer wichtiger, wenn nicht die wichtigste Aufgabe. Die Trompeter und Pauker versinnbildlichten die militärische Befehlsgewalt des Herrschers. Sie waren Begleiter der öffentlichen Auftritte des Herrschers, wurden aber auch in die zeremonielle Kirchenmusik eingebaut, wie es seit dem 17. Jahrhundert beim abschließenden Te Deum zu besonderen kirchlichen Ämtern üblich wurde. Das äußere Erscheinen dieser Instrumentalisten (Kleidung, reich verzierte Instrumente, aber auch körperliches Aussehen) sollte ihrer Funktion entsprechen.[154] Zu den Musikern, über die der Herrscher verfügte, kamen noch welche für die Kinder und Gemahlinnen. So hatten beispielsweise Eleonore, Witwe Ferdinands II., und ihre Namensvetterin, die Witwe Ferdinands III., eigene Kapellen mit jeweils 24 Personen. Musikunterricht gehörte zur höfischen Erziehung junger Prinzen und Prinzessinnen, und musikalische Betätigung, die teilweise an das Können von professionellen Musikern heranreichte, war für den Adel selbstverständlich. Der Herrscher auf der Bühne war keine Besonderheit. Was Elisabeth I. von England und der französische König Ludwig XIV. perfektionierten, war auch am Habsburgerhof üblich. Vor allem die Form des Musiktheaters wurde ein Mittel der Machtdemonstration.[155] Von 1631–1702 wurden an die 120 Bühnenwerke von Mitgliedern des Hofes für den Hof aufgeführt. Noch Karl VI. leitete 1724 die Aufführung einer Oper von Antonio Caldara, die ausschließlich von Mitgliedern des Erzhauses und des hohen Adels gestaltet wurde. Im Hause Habsburg sind zudem einige Mitglieder mit beachtlichen kompositorischen Fähigkeiten hervorgetreten, wie Ferdinand III., Leopold I. und Joseph I.

Um das Ansehen des Hauses zu stärken, waren die Habsburger bestrebt, bekannte Musiker für den Hof zu engagieren. So wurden Spitzenkräfte umworben, die mit einem guten Verdienst rechnen konnten, wenn sie dem Geschmack der Zeit und dem des Brotgebers entsprachen. Im 16. Jahrhundert waren Komponistenmusiker aus dem franko-flämischen Bereich begehrt. Zumindest für die führenden Positionen versuchte man Mu-

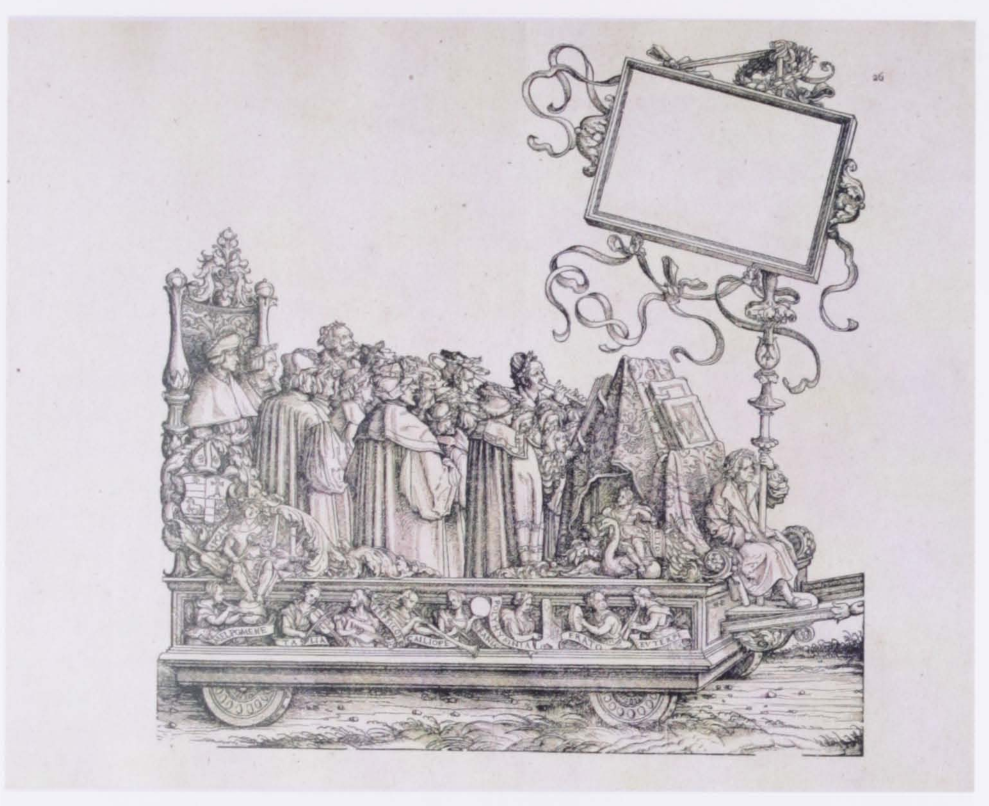


Abb. 135: Hofkapelle zur Zeit Maximilians I., Ausschnitt aus dem Triumphzug

siker von dort zu gewinnen. Der bereits erwähnte Heinrich Isaak hatte schon zu Lebzeiten einen so guten Ruf, dass es offensichtlich wenig ausmachte, wenn er sich nicht sehr oft am Aufenthaltsort der habsburgischen Hofkapelle befand. Ferdinand I. gewann Arnold von Bruck und den aus Gent stammenden Pieter Maessins, unter dem die Hofkapelle zu einer der besten in Europa wurde, danach folgte Jean Guyot. Auch unter Maximilian II. setzte sich diese Reihe mit Jacob Vaet und Philippe de Monte fort. Letzterer war zwar einer der besten Musiker seiner Zeit, für Wien allerdings nur »zweite Wahl« für den Posten des Kapellmeisters. Zuvor hatte man sich vergeblich um den Kapellmeister am päpstlichen Hof in Rom, Giovanni Pierluigi da Palestrina, bemüht, einen Italiener, der schon damals als Meister der franko-flämischen Polyphonie galt.

Im 17. Jahrhundert wurde der italienische Kompositionsstil modern – und mit ihm kamen italienische Musiker und Komponisten. Diese Tendenz begann an der Hofkapelle in Wien 1619 mit dem Regierungsantritt Ferdinand II. Obwohl auch schon vorher Italiener am Hof tätig waren, und auch andere, wie Philipp de Monte, im italienischen Stil komponierten, war der Wechsel sehr abrupt. Wie üblich, dankte der gesamte Hofstaat

des vormaligen Regenten ab, doch anders als sonst wurden in diesem Fall nur sehr wenige Mitglieder der alten Hofkapelle wieder aufgenommen. Ferdinand ersetzte sie durch Musiker, die dem neuen Geschmack verpflichtet waren. Bereits als Erzherzog von Innerösterreich hatte er seine Kapelle in Graz in diesem Sinne ausgestaltet. Von dort nahm er viele seiner Musiker mit, wie den Hofkapellmeister Giovanni Priuli und den Organisten und späteren Nachfolger Priulis, Giovanni Valentini. Die Vorliebe des streng katholisch erzogenen Ferdinand für italienische Musik wurde einerseits durch die Annahme gestärkt, dass Italiener nicht durch den Geist des Protestantismus »verdorben« waren, andererseits durch den Einfluss seiner zweiten Ehefrau Eleonore Gonzaga von Mantua. Mit ihr kamen auch das italienische Musikdrama und das Ballett nach Wien.[156]

Die vorherrschende Rolle der Italiener sollte bis ins 18. Jahrhundert anhalten. Der angebliche Ausspruch Maria Theresias, dass sie für die Theater den geringsten Italiener den eigenen Komponisten vorziehe, ist typisch. Noch am Ende des 18. Jahrhunderts wurden Sänger bei der italienischen Hofoper meist doppelt so hoch bezahlt wie ihre Kollegen beim deutschsprachigen Nationalsingspiel, obwohl die Dominanz der Italiener bereits durchbrochen war und auf den Bühnen auch französische Opern und deutsche Singspiele zu sehen waren.[157] Eine der höchsten Gagen des Nationalsingspiels erhielt der Tenor Valentin Adamberger mit mehr als 2.000 Gulden jährlich. Der Kastrat Luigi Marchesi bekam 2.250 Gulden für nur sechs Auftritte.[158]

Dass Italiener bessere Opernkomponisten und -sänger seien, war europaweit zu einer fixen Idee geworden. Auch in Wien wurden mit der steigenden Bedeutung der Oper seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts italienische Komponisten bevorzugt, wie Antonio Cesti, Antonio Draghi, Marc' Antonio Ziani, Giovanni Bononcini und Antonio Caldara, sowie Librettisten, wie Niccolò Minato, Apostolo Zeno und Pietro Metastasio. Etwa zwei Drittel der Sänger waren Italiener, wobei die Sopran- und Altkastraten fast ausschließlich italienischer Herkunft waren.[159] Die Reihe der italienischen Kapellmeister ging nach den bereits genannten Giovanni Priuli und Giovanni Valentini weiter mit Antonio Bertali und Giovanni Felice Sances. Erst Johann Heinrich Schmelzer unterbrach dies, doch auch nach ihm kamen wieder Italiener: Antonio Draghi, Antonio Pancotti und Marc'Antonio Ziani. Schmelzer wurde von seinem Dienstgeber Leopold I. sehr geschätzt und 1673 sogar mit dem Beinamen »von Ehrenruf« geadelt. Obwohl Schmelzer großartige Zeremonienmusik schrieb, wie die zum Rossballett anlässlich der Hochzeit Leopolds mit Margarita Teresa, blieb auch zu seiner Zeit die Oper in den Händen italienischer Komponisten. Er verfasste lediglich die dazugehörige Ballettmusik. Erst der in der Steiermark geborene Johann Joseph Fux, Kapellmeister Karls VI., war auch als Opernkomponist anerkannt. Die Aufführung seiner Oper »Costanza e Fortezza« während der Krönungsfeierlichkeiten Karls 1723 in Prag wurde zu einem in ganz Europa besprochenen Ereignis. 4.000 Zuseher und ein Ensemble von 100 Sängern und 200 Musikern soll es gegeben haben. Doch auch Fux bekam als Vizekapellmeister den Italiener Antonio Caldara zur Seite gestellt, der als Lieblingskomponist des Kaisers galt.

Die italienische Dominanz lag vor allem im Bereich der Vokalmusik. Bei den Organi-



Abb. 136: Martin van Meytens (Schule), Die jüngsten Kinder Maria Theresias sowie vier Mädchen und Buben aus adeligen Häusern bei der Ausführung einer Balletteinlage in der Oper »Il trionfo d'amore« von Florian Gaßmann

sten waren die bedeutendsten: Paul Hofhaimer (unter Maximilian I.), Johann J. Froberger (unter Ferdinand III.) und Johann Kaspar Kerll (unter Leopold I.).

Mit Karl VI. erreichte die höfisch-zeremonielle Musik ihren letzten Höhepunkt. 1727, als die Oper »Costanza e Fortezza« von Fux aufgeführt wurde, hatte die Hofkapelle mit 134 Personen auch ihren zahlenmäßigen Höchststand. Parallel zur Kunstgeschichte wird diese Zeit auch im Bereich der Musik als »Reichsstil« bzw. »Imperialstil« bezeichnet.[160] Prächtige Musikaufführungen im kirchlichen und weltlichen Bereich dienten zur Glorifizierung des Herrscherhauses und somit des Habsburgerreiches *(Abb. 136, S. 529)*. Auch wenn die politische Realität diese Vorstellungen längst eingeholt hatte, versuchte man zumindest mit Hilfe der höfischen Zeremonie die Idee einer universalen Herrschaft aufrechtzuerhalten. Nach dem Tod Karls VI. konnte an dieser künstlichen Welt nicht weiter festgehalten werden. Aufklärerische Gedanken bestimmten die Politik seiner Tochter Maria Theresia, die höfisch-zeremonielle Funktion der Musik verlor allmählich an Sinn. Außerdem zwangen der Österreichische Erbfolgekrieg und der Siebenjährige Krieg dem Hof Sparmaßnahmen auf. Zeichen für eine neue Denkweise und die Sparsamkeit der Herrscherin war die Ausgliederung der Hofmusikkapelle und der Trompeter, dem ehemaligen unerlässlichen Herrschaftssymbol, aus dem Hofstaat. Joseph I. verfügt über 20 Hoftrompeter, Karl VI. 1712 über 25 kaiserliche Hoftrompeter, zwei Oberhoftrompeter und drei Hofpauker, die er allerdings 1718 auf 20 Mitglieder reduzieren musste. Unter Maria Theresia wurde die Zahl der Trompeter ständig reduziert, bis 1757 alle festgesetzten Dienstposten aufgehoben wurden, sodass die Trompeter und Pauker ihren Dienst ohne festgesetzte Bezüge leisten mussten.[161]

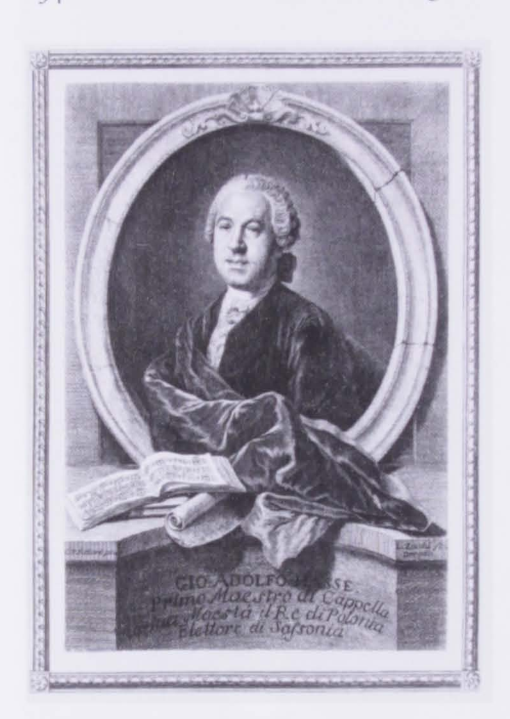


Abb. 137: Johann Adolf Hasse

Die einst pompös inszenierten Musiktheater verschwanden. Nur noch bei sehr wichtigen Ereignissen veranstaltete man Musiktheater im alten Stil. So gewann man Johann Adolf Hasse *(Abb. 137)*, einen der damals bekanntesten Komponisten der höfisch-aristokratischen Opera seria, für entsprechende Feiern, wie für die Hochzeit 1760 (»Alcide al Bivio«) und die Krönung 1764 (»Egeria«) von Joseph II. Noch 1742 war ein neues, wenn auch nicht mehr so aufwändiges Theater (Burgtheater) erbaut worden. Zehn Jahre später wurde es allerdings der Stadt Wien aus Kostengründen zur Verwaltung übergeben. Im

1708/09 erbauten Kärntnertortheater bekamen erstmals neben Hof und Adel auch die Bürger Zutritt, allerdings räumlich getrennt.[162]

Der Aufgabenbereich der Hofkapelle reduzierte sich vor allem auf die Ausgestaltung der Gottesdienste, und auch hier hatte man wenig Sinn für die ehemals prunkvollen Feiern. Die Wahl der Hofkapellmeister fiel nun auf Komponisten, die für diesen Bereich geeignet waren. Bei Komponisten wie Georg Reutter dem Jüngeren änderte sich das Repertoire nach 1740 schlagartig. Hatte er sich zuvor als Opernkomponist hervorgetan, schrieb er danach fast nur noch Kirchenmusik. Er wurde 1747 zum Vize- und 1751 zum Kapellmeister ernannt.[163]

Nach 1740 schwand auch der enge Bezug zur Pietas, zur öffentlichen Frömmigkeitsübung des Kaisers. Seit 1752 ist eine zunehmende Reduzierung der öffentlich praktizierten Religiosität zu erkennen. Zusätzlich zeigte man sich für die Ideen des Jansenismus aufgeschlossen, der sich gegen die extrovertierte, manierierte Ausdruckshaltung der barocken Frömmigkeit wandte. In diesem Sinn ist auch die von Papst Benedikt XIV. 1749 verfügte Enzyklika »Annus qui« zu sehen. Darin wird eine Abkehr von dem ehemals gebräuchlichen imposanten Kirchenstil gefordert.[164] Nach diesem Vorbild wandte sich der Hof 1753 gegen die Verwendung von Trompeten und Pauken in der Kirchenmusik. Die Bestimmung fand jedoch keinen großen Anklang und konnte nur im engen Bereich des Kaiserhofes durchgesetzt werden. Die feierlich gestalteten Hochämter waren inzwischen auch außerhalb des Hofes etabliert und entsprachen dem Repräsentationsbedürfnis vieler Bevölkerungsschichten. Maria Theresia akzeptierte diese Praxis vorerst schweigend, ehe 1767 das Verbot teilweise wieder aufgehoben wurde. Für das Te Deum und bei vergleichbaren feierlichen Anlässen war das Spielen beider Instrumente wieder zugelassen.[165]

Trotz dieser Einschränkungen blieb der Hof der angesehenste Arbeitgeber für Musiker. Für bedeutende Ereignisse wurden wie zuvor große Namen gewonnen, wie das oben genannte Beispiel Johann Adolf Hasses zeigt. Diesen Komponisten engagierte Maria Theresia auch für den Musikunterricht ihrer Kinder Maria Carolina und Maria Antoinette. Mit Christoph Willibald Gluck bekam Maria Antoinette einen weiteren »Star« der Opernkomposition des 18. Jahrhunderts als Lehrer. Die ehemals führende Rolle gab der Hof aber allmählich an den Adel und das Bürgertum ab. Gluck, der Wien seit 1752 als Wohnsitz wählte, fand in Prinz Joseph Friedrich von Sachsen-Hildburghausen einen Förderer. Obwohl Gluck über seine wohlhabende Frau Maria Anna Verbindung zum Kreis um Maria Theresia hatte, war wegen der Sparmaßnahmen vorerst keine Verbindung zum Wiener Hof zustande gekommen. Dass man den Komponisten am Hof schon längere Zeit schätzte, zeigt der Auftrag zur Oper »La Semiramide« von 1748, den er zum Geburtstag Maria Theresias und zur Wiedereröffnung des Burgtheaters erhalten hatte. Erst unter dem Intendanten der Wiener Hoftheater Giacomo Durazzo wurde Gluck 1754 zur Komposition der »Theatral- und Akademiemusik« an das Burgtheater verpflichtet, wo er zwischen 1755 und 1765 mehrere Opern für höfische Anlässe komponierte. 1774 bekam er schließlich die hochdotierte Stellung eines »kaiserlich-königlichen Hofcompositeurs«.

Nach dem Vorbild des Hofes versuchte auch der Adel, mit einem aufwändigen Musikleben Ansehen und Macht zu repräsentieren. Weniger begüterte Adelige behalfen sich, indem sie vorzüglich Bedienstete anstellten, die auch musikalisch gebildet waren. So kamen oft ganze Orchester zustande, ohne dass Musiker eigens dafür bezahlt werden mussten. Graf Johann Rudolf Chotek stellte beispielsweise die Brüder Augustin, Wenzel und Franz Hawelka als Zuckerbäcker ein. Aber auch ein Fürst Joseph Adam zu Schwarzenberg ordnete an, dass bei der Aufnahme des Personals musikalische Kenntnisse berücksichtigt werden sollten.[166]

Obwohl dieser Teil der österreichischen Musikgeschichte noch wenig erforscht ist, kann man die musikalischen Aktivitäten einiger Familien weit zurückverfolgen. So weiß man etwa von musikalischen Fähigkeiten und Kenntnissen des Philipp Lobkowitz,[167] er stand mit Christoph Willibald Gluck in enger Verbindung, den er 1735 für Hauskonzerte im Lobkowitzschen Palais nach Wien verpflichtete. Fürst Franz Joseph Maximilian Lobkowitz, der wie viele seiner Ahnen selbst musizierte, unterhielt eine eigene Kapelle und veranstaltete gegen Ende des 18. Jahrhunderts zahlreiche Konzerte. In seinem Wiener Palais gab es im Winter große Opernaufführungen, im Sommer und Herbst war Ähnliches auf seinen Landsitzen in Böhmen zu erleben.[168] Wer den Einfluss bei Hofe erhalten wollte, musste auch in Wien einen Wohnsitz haben. Diese saisonelle Anwesenheit war typisch für das adelige Leben und wirkte sich natürlich auch auf den Musikbetrieb aus.[169]

Das bekannteste Beispiel für eine lange Musiktradition war die Familie Esterházy. Fürst Paul Anton, der 1761 Joseph Haydn in seinen Dienst aufnahm, hatte einen Chor, der für die Kirchendienste in Eisenstadt eingesetzt wurde, und eine Hof- und Kammermusik, für die er Haydn als Leiter einsetzte. Dieser reiste als Leiter der Hofmusik mit dem Fürsten nach Wien, Eisenstadt, Kittsee, Pressburg/Bratislava und später Schloss Esterháza.[170] Neben der Esterházischen spielte vor 1760 die Kapelle der verwitweten Kaiserin Elisabeth Christine und die der Sachsen-Hildburghausen die wichtigste Rolle. Der Prinz von Sachsen-Hildburghausen, der selbst Querflöte spielte, hatte ein kleines Orchester, das jeden Freitag im Winter und nach dem Verkauf seiner Sommerresidenz »Schlosshof« 1754/55 das ganze Jahr über Konzerte gab. Die Leitung hatte seit 1749 der kaiserliche Hofkomponist und spätere Hofkapellmeister Giuseppe Bonno inne, dem schließlich Christoph Willibald Gluck folgte. Gluck war zuvor schon als eine Art musikalischer Berater und als Konzertmeister bei dem Prinzen tätig. Der förderte auch die musikalische Ausbildung Carl Ditters von Dittersdorf, den er 1751 als Kammerknaben in seine Dienste aufnahm und dem er eine umfangreiche Erziehung zukommen ließ. Drei Jahre später erhielt Dittersdorf eine Anstellung als Violinist und blieb im Dienste des Prinzen bis zur Auflösung der Kapelle 1761. Als er danach unter kaiserlichem Vertrag in das Orchester der Wiener Hofoper aufgenommen wurde, bedeutete es einen finanziellen Verlust, obwohl seine dienstlichen Verpflichtungen enorm stiegen.[171]

Seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, als der Adel allmählich die führende

Funktion als Musikmäzen vom Hof übernahm, sind auch wesentlich mehr Aktivitäten bekannt. So weiß man von eigenen Ensembles der Fürsten Batthyány, Grassalkovics, Liechtenstein und Schwarzenberg, und der Grafen Erdödy, Batthyány, Chotek und Harrach.[172]

Diese reiche Musiktätigkeit führte zu einer großen Nachfrage nach Kompositionen, sowohl was die Bedürfnisse der Adelskapellen anlangte als auch die Nachfrage für das Musizieren im häuslichen Kreis *(Abb. 138)*. Letzteres war in allen Schichten, vom Kaiser bis zum Bürgertum, verbreitet. Wie schon erwähnt, gehörte musikalische Bildung zum Renommee eines Adeligen. Diese »Dilettanten« sind in der damaligen Bedeutung dieses Wortes zu sehen, nämlich als Musikausübende aus Liebhaberei und nicht zum Zwecke des Broterwerbs. Ihr musikalisches Können allerdings war den Berufsmusikern vielfach ebenbürtig, mit denen sie gerne gemeinsam auftraten. Dies war weniger ein Aufheben der sozialen Unterschiede mit Hilfe der Musik, wie es gerne interpretiert wird, sondern wiederum eine Facette der Selbstdarstellung. Als Musikkenner konnte man sich durch exklusive Salons und die Organisation interessanter Konzerte beweisen. Gottfried van Swieten hatte während seiner Aufenthalte in London und Berlin eine Vorliebe für die Musik von Bach und Händel entwickelt. Seine sonntäglichen Matineen waren ausschließlich für Kenner und Liebhaber gedacht. Der Wiener Hofmedicus Ludwig L'Augier tat sich mit der Kenntnis nationaler Melodien hervor, worüber Charles Burney berichtete, der 1772 Gast in dessen Salon war.[173]

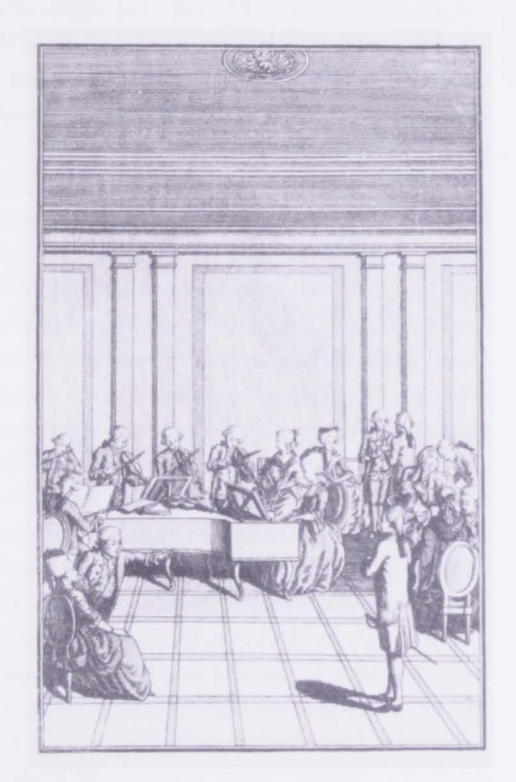


Abb. 138: Johann Ernst Mansfeld, Kammermusik (Kupferstich, 2. H. 18. Jh.)

Virtuosen wurden hofiert und durften sich großzügige Geschenke erwarten. Der sechsjährige Mozart hatte bei seinem Wienaufenthalt 1762 keinen Mangel an Auftrittsmöglichkeiten und spielte bei mehreren Adeligen, etwa beim Grafen Thomas Vinciguerra Collalto, bei Wenzel Fürst von Kaunitz und bei Nikolaus Graf Pálffy.[174] Laut den Lebensbeschreibungen des Carl Ditters von Dittersdorf war der Prinz von Sachsen-Hildburghausen bestrebt, alle interessanten Musiker, die Wien besuchten, bei seinen Akademien auftreten zu lassen:

… wenn ein Virtuos, es sei im Singen oder auf einem Instrumente, nach Wien kam und den Beifall des Publikums in Wahrheit verdiente … dann ließ ihn der Prinz kommen. Daher geschah es, daß ich bei unsern Akademien eine Gabrieli, einen Guarducci, Mansoli im Singen, einen Pugani, Van Maldere auf der Violine, einen Besozzi auf der Hoboe; einen Le Claire auf der Flöte; einen Stamitz, Leutgeb auf einem Waldhorn und dergleichen seltene Virtuosen mehr zu hören bekam.[175]

Seit Mitte des 18. Jahrhunderts kamen Adelskonzerte und -akademien in Mode, wie zum Beispiel eine Gesellschaft mit Graf Leopold Kinsky an der Spitze, die schon 1747 in der Fastenzeit zweimal pro Woche Konzerte organisierte.[176]

Musik in der Stadt und öffentliche Konzerte

Neben diesen Akademien, die vom Adel getragen wurden, gab es seit den 1770er Jahren auch regelmäßig solche, die von Musikern selbst organisiert wurden. In Wien beginnt das öffentliche Konzertwesen im Vergleich zu anderen Städten wie London oder Paris sehr spät. Erstmals wird 1745 über eine derartige Vorführung berichtet. Aufführungsorte dieser bürgerlichen Veranstaltungen waren meist Mehrzwecksäle. Geeignet für derartige Aufführungen waren auch Theater an spielfreien Tagen, wie das Kärntnertortheater und das Burgtheater.[177] Auf Anregung des späteren Hofkapellmeisters Florian Gaßmann wurde als erste Institution 1771 die »Tonkünstlersozietät« gegründet, die zweimal jährlich[178] Konzerte veranstaltete und ihren Gewinn notleidenden Mitgliedern, Witwen und Waisen zur Verfügung stellte. Auf Grund des sozialen Prinzips erhielten die Mitwirkenden jedoch kein Honorar. Dennoch kamen oft riesige Besetzungen von 150 bis 180 Instrumentalisten zustande, zusätzlich wirkten meist noch Vokalsolisten und Chorsänger mit, etwa bei den damals sehr beliebten Oratorien.

Auf den Unterhaltungscharakter derartiger Veranstaltungen jener Zeit lässt sowohl die Programmgestaltung, als auch die Wahl der Räumlichkeiten schließen. Das Musikrepertoire der Akademien war – wie damals üblich – sehr bunt. Symphonien oder Symphoniesätze wechselten mit Opernarien und solistischer Instrumentalmusik. Das Interesse galt vor allem neuesten Kompositionen.[179] Zusätzlich lässt sich ein gewisser Hang zu Sensationen ausmachen. Nicht nur Virtuosen und Wunderkinder waren gefragt. 1781 singt beispielsweise Mademoiselle Hauk, eine »Riesin von außerordentlicher Größe«, im Burgtheater italienische Arien, und 1785 hört man dort das Spiel auf zwei Oboen gleichzeitig.[180]

Typisch ist die Verbindung der Räumlichkeiten mit Restaurants, wie bei der so genannten »Mehlgrube«. Der Saal, in dem Konzerte veranstaltet wurden, lag im ersten Stock, und zu ebener Erde konnte gegessen werden. Bei Veranstaltungen des ersten bekannten professionellen Konzertveranstalters Philipp Jakob Martin[181] wurden in Nebenräumen Spieltische aufgestellt, und die Gäste wurden mit Erfrischungen versorgt. In der »Mehlgrube« fanden im Fasching auch die exklusiven Bälle des Wiener Adels und der

Mitglieder des Kaiserhauses, ab 1764 auch bürgerliche Bälle statt.[182] Die Beliebtheit von Tanzveranstaltungen nahm enorm zu. In den achtziger Jahren soll es in Wien und den Vorstädten an die 460 Tanzsäle gegeben haben.

Vergnügungen aller Art, Akademien, »Hauskomödien« sowie der öffentliche Tanzunterricht mussten seit der Regentschaft Josephs II. polizeilich gemeldet werden. Unter ihm bekamen die Spielleute vollkommene Gewerbefreiheit. Bis 1782 durften ausschließlich die Mitglieder der Nicolai-Bruderschaft bei *Hoch- Mahlzeiten und Pancketen umd die Bezahlung bedienen wie auch theils derselben auff den Tantz-Böden in denen Wirths-Häusern und Taffernen mit ihrer gemeinen Kunst auffmachen ...*[183]

Bereits im 13. Jahrhundert hatten sich die Musiker von Wien zu dieser Organisation in der Michaelerkirche vereinigt. Durch eine berufsständische Organisation konnten die Spielleute Diskriminierungen entgegenwirken, denen ihre nicht sesshaften Kollegen ausgesetzt waren. Der ihnen vorgesetzte Spielgraf fungierte zunächst auch als eine Art Schutzherr und war bis ins 17. Jahrhundert Jurisdiktionsträger. Danach allerdings wurde er zum reinen Verwaltungsbeamten. Das Privileg, bei Vergnügungen spielen zu dürfen, gewährte den Musikern einen geschützten Arbeitsbereich und der Obrigkeit eine Kontrollmöglichkeit. Die meisten Erlässe und Beschwerden betrafen Verfehlungen gegen dieses Privileg und richteten sich gegen Studenten, herumziehende Turner, Soldaten und andere Fahrende Leute, die ohne Erlaubnis (und vor allem, ohne Gebühren zu zahlen) musizierten.

In einer Prozessakte des Oberstspielgrafen gegen die Stadt Wien vom 15. Dezember 1724 sind diverse Musiker, aber auch sehr differenziert dargestellte andere Berufsgruppen des unterhaltenden Gewerbes verzeichnet: *Thurner, Organisten, Posetiver, Kleinzimbler, Instrumenten- und Lautenschläger, Härpffer, Geiger, Pfeiffer, Schwägler, Laichbrättler, Hafenschupffer, andere Glückshaffner, Comoedianten, Gauckhler, Sailfahrer, Holliper, Trummelschläger, Leyrer, Bären- Affen- und Hundstanzmacher, Schwertfänger, Freysinger und Singerin, Jaüffer, Buchstecher, Tröchterer, Würfel- Taschen- und dergleichen Spieller, Schalcksnarren und Schalcksnarrinnen.*[184] – Die genannten Musiker reichen von den städtischen Trompetern (Thurner), Organisten sowie den Spielern von kleinen portablen Orgelinstrumenten (Posetiver, Kleinzimbler), Saiteninstrumentalisten (Instrumenten- und Lautenschläger, Härpffer, Geiger), Flötenspielern (Pfeifer, Schwägler), Begräbnismusikern (Laichbrättler) bis zu den unter die Glücksspieler und Artisten eingereihten Trommlern, Leierspielern und Sängern.

Über das Treiben in früheren Zeiten in Wiens Straßen *(Abb. 139, S. 536)* und Gaststätten, von Brauchtum und musikalischem Repertoire des Volkes kann man über Erlässe, Verordnungen und Beschwerden erfahren. So erfährt man zufällig über das Dreikönigssingen, weil es in den Jahren 1647 und 1654 als »Heischebrauch« untersagt wurde. Über Straßen- und Zeitungsliedsänger berichtet eine Polizeiordnung von 1552, wo geschrieben steht, dass die Wiener von Personen, die *leichtvertig vnd vnschampere Lieder singen*, schlecht beeinflusst werden könnten. Die Beliebtheit dieser Sänger – oder zumindest ihrer Lieder – bestätigt eine Infektionsordnung von 1656, die vor »Zeitungssingern« warnt, *bey welchen sich gemeiniglich eine mänge Volcks zu versamblem pflegt.*[185]

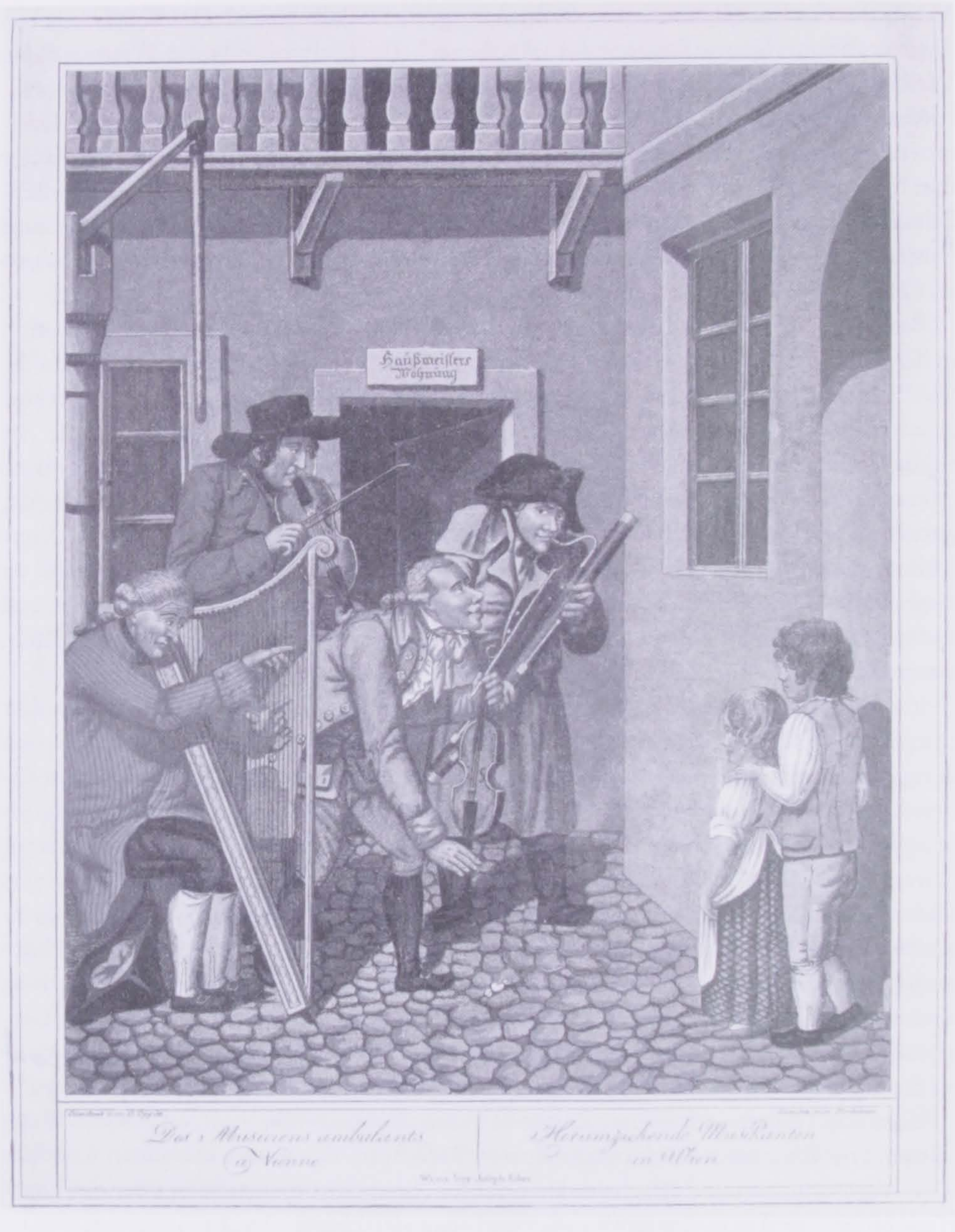


Abb. 139: Kilian Ponheimer nach Georg Emanuel Opitz, Umherziehende Musikanten in Wien, um 1810

Bei Zeitungsliedern handelt es sich um Gesänge, die aufgrund eines aktuellen Anlasses geschrieben und in Liedform gebracht wurden. Die Palette reicht von religiösen, politischen, gesellschaftskritischen Inhalten bis hin zu Darstellungen neuester Kuriositäten. Es gab vermutlich kaum ein öffentliches Ereignis, das nicht in Liedform gebracht wurde. Johann Valentin Neuner (Neiner), der sich selbst dieses Metiers bediente, machte sich 1712 in einer satirischen Kalendererzählung über die Bänkelsänger und Dichter von Zeitungsliedern lustig: *Kaum wird ein Dieb an Galgen gehenckt/ So wird schon drüber ein Lied erdenckt/ Das dalckerte Lied, das reimet sich/ Als wie oft Ar ... und Friederich.*[186]

Wie schon das Beispiel Neuners zeigt, waren die Dichter dieser Gesänge des öfteren gebildete Leute, wie Geistliche, Studenten oder Lehrer, die jedoch zumeist anonym blieben. Die Kolporteure allerdings waren nicht selten von zweifelhaftem Ruf. In Wirtshäusern, Gassen, vor Kirchen und auf Jahrmärkten versuchten sie ihre Flugblattlieder zu verkaufen. Ende des 18. Jahrhunderts wird die Bezeichnung »Liederweiber« für den weiblichen Teil dieser Verkäufer populär, die vom Verkauf von Flugblättern lebten, die sie von einem Dichter schreiben und auf eigene Kosten drucken ließen.[187] Einerseits wurde diese Liedproduktion von der Obrigkeit skeptisch beobachtet, andererseits benutzte man dieses Medium zu Propagandazwecken.

Ein Beispiel dafür war etwa die Darstellung der Kontrahenten im Siebenjährigen Krieg: In einem Gesang auf den Tod des Grafen Schwerin macht man sich über den Gegner Friedrich II. lustig: *Schwerin, bist wirklich todt,/ kommst auch nicht mehr zum Leben?/ Ach weh, erbarm dich Gott!/ Was muß ich nun anheben?/ Zu dir hab ich stets mein Zuversicht/ zu jeder Zeit und Stundt gericht,/ jetzt laßt du mich im Stich,/ dein König Friederich.* – Und umgekehrt schildert man Maria Theresia in dem Lied »Der großmütige Husar und der besiegte Preussische Dragoner« von 1760 als aufopfernde Landesmutter: *Sie is recht frommi Frau, is Mutter arme Leuten,/ Sie will net Krieg anfang und machen Zankigkeiten./ Wann aber hat kein Fried, so ruft Deutsch und Husar;/ Die komm und butz mit Gwehr die Handelsmacher gar.*[188]

Diese Art der Kommunikation hatte eine lange Tradition. Bereits in den Glaubensauseinandersetzungen des 16. Jahrhunderts dienten Flugblattlieder Katholiken und Protestanten als wichtiges Medium zur Verbreitung ihrer Glaubensinhalte und zur Verspottung ihrer Gegner.

Musik und Kirche

Das vom Humanismus geprägte Umfeld um Konrad Celtis hatte in Wien die Aufnahme reformatorischen Gedankenguts erleichtert. Durch die Förderung Maximilians I. hatte es um 1500 eine kurze Blüte des städtisch-bürgerlichen Musiklebens gegeben. Der vom Kaiser an die Wiener Universität berufene Celtis entwickelte die Humanistenoden, die von Petrus Tritonius vierstimmig vertont wurden. In Celtis' Einflussbereich standen auch Musiker, wie der Lautenist Hans Judenküng und der Domorganist Wolfgang Grefinger.

Des weiteren wurde der Buchdruck in Wien belebt. Der erste namhafte Wiener Drucker, Johannes Winterburger, veröffentlichte während seiner Tätigkeit (1499–1519) 17 mit Musiknoten ausgestattete Drucke. Die Drucker Hieronymus Vietor (latinisiert aus Büttner) und Hans Singriener profitierten von dem Aufschwung der Wiener Universität. Bei Singriener erschienen mit »Utiliset compendaria introductio« (ca. 1515–1519) und »Ain schone kunstliche underweisung« (1523) von Hans Judenküng die ersten deutschsprachigen Lautentabulaturen. Dieser humanistischen Episode wurde durch die religionspolitischen Auseinandersetzungen und durch die ständig drohende Türkengefahr sehr bald ein Ende gesetzt.[189]

Die musikalische Praxis war ein guter Indikator für die Situation der Kirchen in der damaligen Zeit. Aus Verordnungen und Visitationsberichten kann man von schlimmen Zuständen in diesem Bereich lesen. So musste für St. Stephan 1552 eine Reihe von Neuankäufen getätigt werden, da angeblich unter dem Kantor Capus *alles zerbrochen und verwüstet worden* sei. 1571 liest man, dass die Knaben gerade in Musik schlecht unterrichtet worden seien, und noch 1600 klagte der neu eingesetzte Kantor Khöber über den baulichen Zustand der Kantorei und die schlechte Arbeitsmoral seiner Untergebenen.[190] Die Pfarrschule von St. Michael musste 1620 geschlossen werden, weil der Schulmeister und mit ihm alle Schüler dem Protestantismus zugetan waren. Auch im Schottenkloster gab es Probleme. An ein geordnetes Klosterleben war in der ersten Hälfte des 16. Jahrhundert offensichtlich nicht zu denken. Die Zahl der Kapitularen ging bis 1566 auf einen einzigen zurück. Die Schule dürfe vorübergehend geschlossen gewesen sein.[191] Erst im Zuge der Gegenreformation verbesserte sich die Situation der katholischen Kirche. Für die Reformierten wurde die Lage jedoch immer schwieriger. Unter Maximilian II. durften sie in den Freihäusern des Adels, die auch den Bürgern offen standen, ihre Gottesdienste feiern, und sonntags stand ihnen die Landhauskapelle zur Verfügung. Josua Opitz, der 1574 als erster Landschaftsprediger bestellt wurde, musste jedoch die Stadt vier Jahre später wieder verlassen. Die Landhauskapelle wurde geschlossen. Protestantische Feiern waren nur noch in Hernals, Inzersdorf und Vösendorf erlaubt.[192] Unter der Regierung Ferdinands III. wurde die Situation der Protestanten immer schwieriger, bis sie schließlich des Landes verwiesen wurden. Der Komponist Andreas Rauch, der von den Niederösterreichischen Landständen in Hernals und Inzersdorf als Organist beschäftigt wurde, zog sich nach Ungarn zurück.

Die katholische Kirche in Wien war quantitativ der bedeutendste Brotgeber für Musiker, worauf auch die Behauptung hinweist, dass die Kirche bis zur Josephinischen Reform 1783 *mehr als zwey Tausend Menschen* ernährt habe. Auch Charles Burney berichtet 1772 von einer reichen Musikpraxis in Wien, etwa dass in Kirchen und Klöstern *täglich des Morgens eine musikalische Messe gehört* werde.

Die attraktive musikalische Ausgestaltung der Gottesdienste an den großen Festtagen war ein wichtiges Anliegen. Zumindest die größeren Kirchen und Klöster leisteten sich ständig angestellte Musiker. Bei feierlichen Hochämtern wurden zusätzlich auswärtige Musiker angeworben. Der Dienst war allerdings vor allem für Choristen und Orchestermusi-

ker sehr schlecht bezahlt und bei weitem nicht so attraktiv wie der am Hof. In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts erhielt ein Domkapellmeister von St. Stephan 288 Gulden Grundgehalt jährlich, ein Hofkapellmeister etwa 2.000 Gulden. Die Vokalisten der Domkirche erhielten etwa 130 Gulden, die Bässe und Tenöre der Hofkapelle an die 800. Besonders schlecht waren die Streicher gestellt. In St. Stephan erhielten sie 40 bis 50 Gulden, am Hof von 360 Gulden aufwärts.[193] Franz Hofer, der Schwager Wolfgang Amadeus Mozarts, hatte bei der Kirchenmusik als 12. Violinist in St. Stephan 1780 20 Gulden Jahresgehalt, 1787 als zehnter Violinist 25 Gulden. Ein Jahr später erhielt er an der kaiserlichen Hofmusikkapelle zusätzlich 150 Gulden und steigerte sich 1796 auf 450 Gulden.[194]


Abb. 140: Augustiner Hofkirche

Für einige Musiker war das Amt an einer Kirche eine weitere Verdienstmöglichkeit neben ihren Ämtern am Hof, wie das Beispiel des Giovanni Valentini[195] oder anderer seiner Kollegen an der Michaelerkirche zeigt. Georg Reutter d. J. etwa wurde 1738 Nachfolger seines Vaters als Domkapellmeister zu St. Stephan und übernahm ab 1756 parallel die Funktion des Kapellmeisters für den Maria-Pötsch-Altar der gleichen Kirche. Auch am Hof übte er neben seiner Stelle als Hofkapellmeister mehrere Tätigkeiten aus, ohne seine Ämter in St. Stephan aufzugeben. Wieder andere versuchten ihren Verdienst zumindest durch zusätzliche Dienste oder die Verpflichtung an zwei oder mehreren Kirchen zu erhöhen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts stellte die Mitwirkung bei Akademien gerade für die schlecht verdienenden Orchestermusiker eine wichtige Einnahmequelle dar.

Die Position des Kantors, bzw. später des Kapellmeisters,[196] mag zwar eine nur bescheidene Verdienstmöglichkeit gewesen sein, sie hatte aber einen unschätzbaren Vorteil. Vielen Musikern diente sie nämlich als Sprungbrett für die Hofkapelle: Johann Joseph Fux war erst Kapellmeister in St. Stephan und danach Hofkapellmeister. Vincenz Fux wirkte als Regens Chori und Organist bei Maria am Gestade, ehe er Hofmusiker der Kaiserinwitwe Eleonore I. wurde.

Die Hofmusik war auch Vorbild für die musikalische Ausgestaltung der Gottesdienste. Gerade die Kirchen waren wichtige Orte des Austausches und der Begegnung. Das galt natürlich nicht für die privaten kirchlichen Feiern in den Kapellen der Hofburg.

Doch es war möglich, bei öffentlichen Andachten und Feiern des Hofes die Hofmusik zu hören. Es gab eine Reihe von Kirchen, die im unmittelbaren Einflussbereich der Hofburg standen oder die vom Hof zumindest regelmäßig besucht wurden. Bei solchen Gelegenheiten gestaltete die Hofkapelle den Gottesdienst.[197] In direktem Einfluss standen die Augustinerkirche *(Abb. 140, S. 539)*, St. Clara, die Kapuzinerkirche, St. Michael und die Minoritenkirche. Auf Grund der unmittelbaren Nähe dieser Kirchen konnten Mitglieder der Hofkapelle besonders leicht eine zusätzliche Anstellung erfüllen. Das prominenteste Beispiel dafür war Giovanni Valentini. Er hatte in der Hofkirche St. Michael das Amt des Regens Chori und an der Hofkapelle zunächst das des Organisten, später das des Hofkapellmeisters inne.[198]

Der Stephansdom, der als Bischofskirche herausragende Bedeutung hatte, wurde an den wichtigsten Festtagen vom Hof frequentiert, der jedoch auch die Jesuitenkirche Am Hof, St. Joseph, St. Peter, die Dominikanerkirche, die Franziskanerkirche, die Schottenkirche, Maria am Gestade oder die Universitätskirche für bestimmte Feiern nutzte. St. Stephan wurde neben der Hofkapelle und St. Augustin vom Hof am häufigsten besucht. Dort fanden traditionell die Dankfeiern mit abschließendem Te Deum statt, wie sie nach Siegen, zu Friedensschlüssen, zur Wahl und Krönung des Kaisers abgehalten wurden. Bei Prozessionen zu Fronleichnam und anderen besonderen Anlässen sangen die kaiserlichen Hofmusiker.[199] St. Stephan war auch Sitz der 1725 für Musiker gegründeten Cäcilien-Bruderschaft, die für das Wohl der Mitglieder, Krankenbetreuung und die geistlichen Exequien für Verstorbene zuständig war. Da die Nicolai-Bruderschaft den bürgerlichen Musikern vorbehalten war, hatten die Hofmusiker bis dahin keine Möglichkeit, einer eigenen Organisationen beizutreten. Das Präsidium der Bruderschaft hatte der jeweilige Direktor der Hofmusik inne.[200] Die Kirche, deren Musikleben von der Bürgerschaft Wiens getragen wurde, war auch ein wichtiger Sitz der Hofmusik.

Ein besonders gutes Beispiel für die Darstellung der Musikpraxis verschiedener Bevölkerungsschichten der Stadt sind die Andachtsfeiern vor dem 1697 aufgestellten Maria-Pötsch-Bild im Stephansdom.[201] Der Hof und deren wichtigster Repräsentant, der Kaiser, verwendeten dieses allseits anerkannte Symbol der Verehrung als Forum der öffentlichen Frömmigkeitsübung. Zu den beiden höchsten Festlichkeiten, dem Fest des Tränenwunders am 4. November[202] und dem Tag der Übertragung der Ikone in die Residenzstadt am 2. Juli, musizierte die Hofkapelle in Anwesenheit des Kaisers, ohne Trompeten und Pauken. Bei der Prozession am Fest der Heimtragung übernahm die Hofkapelle die Gesänge.[203] Doch auch für die Stadt war diese Stätte der Andacht eine Möglichkeit, sich zu präsentieren. Dem Magistrat war dieser Altar die Bezahlung einer eigenen Musikkapelle wert, die täglich im Hochamt zu musizieren hatte. Man sprach von der Kapelle des Gnadenbildes im Gegensatz zur Haupt- oder Essentialkapelle. Die beiden Kapellen waren allerdings beinahe ident – die des Gnadenbildes hatte eine kleinere Besetzung.[204]

Die Musikausgestaltung wurde auch als Mittel von privater Demonstration der Frömmigkeit des Bürgertums verwendet. 1707 verfügte der Handelsmann Michael Kurz tes-

tamentarisch eine Stiftung, wonach an allen Sonn- und Feiertagen der Gottesdienst beim Gnadenbild mit groß besetzter Musik *unter Trompeten= und Paukenschalle* gehalten werden solle.[205] Die aus diesem Vermögen bezahlten Trompeter werden in der Folge als »Kurzische Musici« bezeichnet.[206]

Als Ausdruck der Volksfrömmigkeit entstand während der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein spezielles Liedrepertoire zur Verehrung des Gnadenbildes. Seit der Zeit der Gegenreformation wurden Wallfahrten, Heiligen- und Marienverehrung gefördert und erfreuten sich zunehmender Beliebtheit.

Der Stephansdom war also einer der wesentlichen Fokussierungspunkte für die verschiedensten musikalischen Entfaltungsmöglichkeiten. Sie reichten von Darbietungen einfacher Gesänge bis zur prunkvollen Repräsentationsmusik.

Für Charles Burney, dessen Reisebeschreibungen bis heute eine bedeutende Quelle für das europäische Musikleben der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts sind, war die Kirchenpraxis ein möglicher Grund für die musikalische Geschmacksbildung der Wiener Bevölkerung. Ihm fielen die vielstimmigen Darbietungen von Schülern, Soldaten und »andere[n] gemeine[n] Leute[n]« in den Straßen von Wien auf, die er auf den täglichen Kunstgenuss in Wiens Kirchen zurückführte. »*... und weil hier die Kirchen täglich voll sind, so muß diese Musik, wenn sie auch gleich nicht die schönste ist, gewissermaßen das Ohr der Einwohner bilden.*«[207]

Die »Musikstadt« Wien aus der Sicht eines Reisenden

Das in der späteren Musikgeschichtsschreibung gerne verwendete Klischee von der besonderen Musikalität der Wiener findet man bei Charles Burney nicht. Anregungen seriöser Quellen hätte er bei intensivem Studium finden können. 1548 hob der Schottenschulmeister Wolfgang Schmeltzl die Musikalität der Bevölkerung in seinem bekannten »Lobspruch der Hochlöblichen weitberühmbten Küniglichen Stat Wienn in Österreich« hervor.

> Ich lob diß ort für alle Land!
> Hie seind vil Singer, saytenspil,
> Allerley gsellschaft, frewden vil.
> Mehr Musicos vnd Instrument
> Findt man gwißlich an khainem end.[208]

Zwar berichtete auch Burney von vielen musikalischen Aktivitäten in den Straßen Wiens. Er war auch von den erwähnten mehrstimmigen Darbietungen angetan, nicht aber von den Straßenmusikanten, die jeden Tag zum Mittag- und Abendessen in seinem Gasthof aufspielten. Über sie bemerkte er Folgendes: »*Ueberhaupt habe ich das feine Gehör bey den deutschen Gassenmusikanten nicht gefunden, welches ich bey Leuten von eben der Classe in Ita-*

lien angetroffen habe. Daß die Orgeln hier in den Kirchen fast niemals rein gestimmt sind, das kann an der Sparsamkeit oder Nachlässigkeit der Geistlichen, der Bischöfe oder Vorsteher der Kirchen und Klöster liegen; wenn aber die Gassenmusikanten mit ihren Instrumenten nicht zusammen stimmen, so muß der Fehler an ihnen selbst und ihrem Gehör liegen.«[209] Besser stiegen die Bewohner Böhmens aus, am besten die Italiener, deren musikalischer Vorrang damals unbestritten war. Auch für Burney war klar, dass *»die Italiäner in irgendeiner Sache über das übrige Europa sich eines solchen Vorzugs rühmen konnte, als in ihren musikalischen Erfindungen und Ausübungen«*[210] Die Städte Italiens waren für den Reisenden in Sachen Musik das vorrangige Reiseziel.

Wenn Wien auch nicht die erste Wahl dieser musikalischen Reise war, so durfte die kaiserliche Residenzstadt bei seinen weiteren Besuchen auf dem Kontinent natürlich nicht fehlen und nahm einen entsprechend breiten Platz im Reisetagebuch ein. Die Anwesenheit des Hofes und die damit verbundenen repräsentativen Pflichten hatten Wien auch im Bereich der Musik zu einem wichtigen Zentrum werden lassen. Wie andere europäische Herrscherhäuser bemühte sich auch das der Habsburger darum, durch den Glanz großartiger musikalischer Darbietungen, das Engagement berühmter Musiker und Komponisten und die Kultivierung der eigenen musikalischen Kenntnisse die eigene Größe ihres Hauses darzustellen. Musik war ein politischer Faktor, und so ist es zu verstehen, dass Kaiser Leopold I. und sein französischer Kontrahent Ludwig XIV. sich mit musikalischen Bühnenspektakeln zu überbieten suchten.[211] Zu Burneys Zeit ging diese Form der musikalischen Repräsentation freilich schon ihrem Ende zu. Doch zu seiner großen Freude konnte er in Wien zwei der wichtigsten Vertreter der höfisch-repräsentativen Opera seria antreffen, den damals 74 jährigen und bereits zurückgezogen lebenden Librettisten Pietro Metastasio und den um ein Jahr jüngeren Komponisten Johann Adolf Hasse. Außerdem wohnte der um eine Generation jüngere, als Opernkomponist inzwischen europaweit bekannte Christoph Willibald Gluck in Wien. Durch den Reichtum seiner Frau, den er im Laufe der Zeit geschickt vermehrt hatte, konnte er in der Stadt unabhängig leben und Gäste, wie auch Charles Burney, angemessen empfangen. Die Begegnungen mit diesen drei Männern nahmen dann auch den größten Teil der Beschreibung des Wiener Musiklebens ein. Dies ist sicherlich der »enthusiastischen Bewunderung«, die er für sie hegte, zuzuschreiben. Doch Burney konnte auch sonst einiges vom musikalischen Leben der Stadt berichten: über die oben erwähnten musikalischen Darbietungen in Wiens Straßen, über tägliche musikalische Messen in Kirchen und Klöstern (deren Qualität ihn allerdings sehr oft nicht überzeugte[212]), über seine Einladungen in Salons und seine Theater- und Musiktheaterbesuche. Bei letzteren hob er vor allem die gut besetzten Orchester und die Qualität der dargebotenen Instrumentalwerke hervor. Die Sinfonien stufte er sogar höher ein als die in Mannheim, die als vorbildlich galten.[213]

Das öffentliche Konzertwesen, das schließlich ein wichtiges Forum für Komponisten wie Mozart und Beethoven werden sollte, war in Wien im Gegensatz zu anderen vergleichbaren europäischen Städten in dem beschriebenen Zeitraum erst im Entstehen. In

London und Paris hatten erste professionell veranstaltete Konzerte bereits ein Jahrhundert früher stattgefunden. In Venedig, wo es bereits 1637 das erste öffentliche Opernhaus gab, dem bald weitere Gründungen folgen sollten, konnte man zu Beginn des 18. Jahrhunderts die berühmten Konzerte der Waisenhäuser mit Konservatoriumscharakter[214] hören. Aber auch viele deutsche Städte mit starkem Bürgertum, wie etwa Hamburg, Frankfurt oder Leipzig, konnten auf eine wesentlich längere Tradition des öffentlichen Konzerts zurückblicken. Diese Phase stand Wien im ausklingenden 18. Jahrhundert erst bevor.

Anmerkungen

1 Öhlinger, Wien, 19–26. Zur kunsthistorischen Einordnung siehe: Kaufmann, Höfe; Rosenauer, Spätgotik.
2 Pichler, Renaissancebaukunst.
3 Buchowiecki, Malerei, 49.
4 Stadlober, Cranach; Schütz, Cranach.
5 Buchowiecki, Malerei, 41 f.
6 Schwarz, Altargucker.
7 Egger, Renaissance, 9.
8 Schikola, Wiener Plastik, 63 f.
9 Müller, Druckgraphik.
10 Buchowiecki, Malerei, 47.
11 Egger, Renaissance, 10.
12 Zitiert in: Feuchtmüller, Landhaus, 12.
13 Lietzmann, Neugebäude.
14 Waissenberger, Schausammlung 2/22/ 2–5 und 10; Öhlinger, Wien, 37.
15 Lichtenberger, Altstadt, 48 f.
16 Tietze, Wien, 183.
17 Tietze, Alt-Wien, 17.
18 Hamann – Mühlberger – Skacel (Hg.), Universitätsviertel, 103–110.
19 Bösel, Fassade, 40–47.
20 Moser, Geselligkeit, 121–126.
21 Tipton, Mariensäulen, 375–397.
22 Abgebildet bei: Öhlinger, Wien, 132.
23 Telesko, Universitätsviertel, 296.
24 Hengerer, Adelsgräber, 289–297.
25 Schemper, Skulptur, 485, Nr. 203.
26 Vsedni, Hernals, 3–16.
27 Musart, Peregrinatio, 128.
28 Bormastino, Erzehlung, 190 f.
29 Matsche, Kaiserstil, II, 489, Anm. 614.
30 Matsche, Kaiserstil, I, 168–172.
31 Zitiert in: Polleross, Stadt, 160.
32 Mikuda-Hüttel, Hausmann, 132 f.
33 Tietze-Conrad, Ertinger, 55.
34 Gedenkbuch der Piaristen zitiert in: Maria Treu, 8.

35 Hajós, Kunstdenkmäler, 51.
36 Zitiert in: Polleross, Architektur, 186.
37 Telesko, Universitätsviertel, 280–285.
38 Tietze-Conrad, Ertinger, 50 f.
39 Wagner, Kirchenbau, 131, 156.
40 Bösel, Pozzo.
41 Peickhart, Reden, 259.
42 St. Michael, 159 ff.
43 Goloubeva, Leopold I, 1 ff.
44 Lorenz, Architektur, 250 f, Nr. 18.
45 Bürgler, Marmorstatuen.
46 Kluckert, Kunst, 51.
47 Tietze, Wien, 209 ff.
48 Feuchtmüller, Herrengasse, 88.
49 Polleross, Karl VI., 99.
50 Matsche, Kaiserstil; Polleross, Karl VI.
51 Matsche, Hofbibliothek.
52 Lichtenberger, Altstadt, 98–142.
53 Czeike, Neuer Markt, 83.
54 Zitiert in: Pichorner, Althann, 52.
55 Pircher, Verwüstung, 70.
56 Spielman, City, 185 ff.
57 Lichtenberger, Wien, 147.
58 Polleross, Wien.
59 Zitiert in: Polleross, Wien, 102 f.
60 Kurdiovsky, Winterpalais, 26–27; Perger, Haus- und Grundstücksankäufe, bes. 46 ff.
61 Lorenz, Raumfolge, 294 f.
62 Kurdiovsky, Winterpalais, 55.
63 Lorenz, Martinelli, 75.
64 Rizzi, Lobkowitz, 9–13.
65 Rizzi, Harrach, 15–18. Vgl. dazu oben S. 251, Abb. 32.
66 Lorenz, Gartenpalais; Polleross, Liechtenstein.
67 Kurdiovsky, Winterpalais, 43 ff.
68 Lorenz u. a., Kinsky, 69 ff.
69 Slavicek, Antwerpen,145 ff.
70 Keyssler, Reisen, 938 f.
71 Zitiert in: Tietze, Alt-Wien, 36 f.
72 Iby – Koller, Schönbrunn, 80 ff.
73 Wagner-Rieger, Architektur, 261 f.
74 Telesko, Universitätsviertel, 254.
75 Kroupa, Kaunitz.
76 Czeike, Rathaus, 466–490.
77 Rizzi, Mattielli, 405–407.
78 Öhlinger, Magistrat, 86.
79 Prange, Freudengerüst, 170 f.
80 Czeike, Neuer Markt, 79.
81 Rizzi, Kirchner; Ronzoni, Kirchner.
82 Lorenz, Architektur, 254.

83 Wagner-Rieger, 26 f.
84 Rizzi, Mattielli, 411.
85 Wilhelm Ludwig Werkhlin, Denkwürdigkeiten von Wien, 1777/79, zitiert in: Tietze, Alt-Wien, 52.
86 Bergmann, Heraeus, 17 ff.
87 St. Stephan, 42 f. und 396 f.
88 Ronzoni, Stephansdom, 210 ff.
89 Polleross, Geistliches Zelt- und Kriegslager, 148 ff.
90 Wagner, Maria Treu, 104–116.
91 Waissenberger, Schausammlung, 155–157.
92 Kurtz Lesenswürdige Erinnerung, Wien 1702, zitiert in: Tietze, Alt-Wien, 31.
93 Mattl-Wurm, Wien, 46.
94 Über das Bethaus ..., Wien 1784, zitiert in: Tietze, Alt-Wien, 55.
95 Kisch, Wiens Vorstädte, 146.
96 Einzinger, Kirchtäge, 6.
97 Tanzer, Spectacle, 94–95.
98 Tanzer, Spectacle, 110.
99 Hierzu: Witzmann, Fasching; Gugitz, Faschingsbrauch, und Tanzer, Spectacle, 108–110.
100 Khevenhiller, Annales 9, 1617–1619.
101 Sommer-Mathis, Tu felix Austria nube, 186.
102 Khevenhiller, Annales 7, 13–15.
103 Till, Geburt.
104 Kisch, Wiens Vorstädte, 105.
105 Frey=Schiessen.
106 Flechsels Bericht befindet sich als illustrierter Prachtband in der Österreichischen Nationalbibliothek (Codex 7632), wurde aber auch abgedruckt: Herrenschießen. Vgl. auch Jäger-Sunstenau, Schützenfest.
107 Vgl. zum mittelalterlichen geistlichen Spiel Hadamowsky, Wien, 45–60.
108 Vgl. zum Schultheater der Universität ebd., 62–67.
109 Vgl. zum Schultheater der Schotten ebd., 65–67.
110 Vgl. zum Schultheater der Bürgerschule bei St. Stephan ebd., 68 f.
111 Vgl. zum Jesuitentheater ebd., 77–95; Adel, Jesuitendrama; Szarota, Jesuitendrama.
112 Vgl. zu den Wandertruppen Hadamowsky, Wien, 97–132; im Speziellen zu den italienischen Komödianten Schindler, Comici dell'arte.
113 Zit. nach Breunlich (Hg.), Montagu, 19–24.
114 Vgl. zum höfischen Renaissancetheater Hadamowsky, Wien, 70–75.
115 Seifert, Oper.
116 Seifert, Hochzeit-Gott.
117 Böhm, Theatralia.
118 Schindler, Italienisches Theater; Sommer-Mathis, Pícaro.
119 Vgl. zum Ferdinandeischen Hoftheater Hadamowsky, Wien, 133–138.
120 Dietrich, Huldigungsspiele.
121 Biach-Schiffmann, Burnacini; Solf, Festdekoration.
122 Fleischacker, Rekonstruktionsversuch.
123 Vgl. zuletzt Goloubeva, Pomo d'oro; dies., Glorification, 106–111.
124 Hadamowsky (Hg.), Galli-Bibiena; Lenzi – Bentini (Hg.) Bibiena, v. a. 109–120.
125 Vgl. zum Leopoldinisch-Josephinischen Hoftheater Hadamowsky, Wien, 139–156.
126 Vgl. Stanzl, Ballett.
127 Vgl. Haider-Pregler, Roßballett.
128 Vgl. Dietrich, Edelknabenkomödien.

129 Vgl. zum Karolinischen Hoftheater HADAMOWSKY, Wien, 157–167.
130 Vgl. zum Theresianisch-Josephinischen Theater HADAMOWSKY, Wien, 199–253.
131 Vgl. FREY – KOBALD – HERTERICH, Schönbrunner Schloßtheater; HADAMOWSKY, Wien, 247–254.
132 Vgl. SOMMER-MATHIS, Tu felix Austria nube, 74–81.
133 Vgl. zum Burg- und Kärntnertortheater ab 1747 ZECHMEISTER, Wiener Theater.
134 Vgl. HADAMOWSKY, Wien, 211–214.
135 Vgl. HENN, Théâtre Français.
136 Vgl. SOMMER-MATHIS, Tu felix Austria nube, 83–230.
137 Vgl. HADAMOWSKY, Wien, 169–197.
138 Vgl. HADAMOWSKY, Wien, 214–219.
139 Vgl. HAIDER-PREGLER, Abendschule.
140 Vgl. HADAMOWSKY, Wien, 219–235.
141 Vgl. GROSSEGGER, Gluck.
142 Vgl. HADAMOWSKY, Theaterreform.
143 Vgl. HADAMOWSKY, Wien, 259–283.
144 Vgl. MICHTNER, Das alte Burgtheater.
145 Vgl. RICE, Leopold II.
146 Vgl. HADAMOWSKY, Wien, 283–292.
147 Zit. nach GROSSEGGER, Theater, 297.
148 Zit. nach KNOFLER, Das theresianische Wien, 69.
149 Vgl. TANZER, Spectacle.
150 Brief Wolfgang Amadeus Mozart an seinen Vater, vom 4. April 1781: MOZART, Briefe, 212.
151 GRUBER, Neuzeit, 188.
152 GRUBER, Neuzeit, 193.
153 PASS, Musiker, 216.
154 LINDNER, Hoftrompeter, 2.
155 Siehe oben S. 475 ff.
156 Siehe oben S. 513 ff.
157 Siehe oben S. 519 ff.
158 BRAUNBEHRENS, Mozart, 143.
159 SEIFERT, Barock, 302.
160 RIEDEL, Reichsstil, 34–36.
161 Die Institution des Hoftrompeterkorps existierte bis ins 19. Jahrhundert. LINDNER, Hoftrompeter, 4.
162 Siehe oben S. 519 ff.
163 ANTONICEK, Barock, 28.
164 FELLERER, Katholische Kirchenmusik, 2/149.
165 BIBA, Wiener Kirchenmusik, 71 f.
166 GRUBER, Wiener Klassiker, 188.
167 SCHAAL, Lobkowitz, Sp. 1069 f.
168 GRUBER, Wiener Klassiker, 192.
169 MORROW, Concert Life, 13 f.
170 GRUBER, Wiener Klassiker, 189.
171 YEON, Dittersdorf, 18 ff.
172 GRUBER, Wiener Klassiker, 190 ff; BRAUNBEHRENS, Mozart, 461.
173 Vgl. die Konzertliste (Jahre 1761–1810) in: MORROW, Concert Life, 365–411.
174 SCHENK, Mozart, 65 ff.
175 DITTERS VON DITTERSDORF, Lebensbeschreibungen, 60.
176 GRUBER, Wiener Klassiker, 194.

177 Morrow, Concert Life, 38 ff.

178 Diese Konzerte fanden im Advent und in den Fastenzeit statt und wurden in der Regel wiederholt. Diese Zeiten waren typisch, da die spielfreien Tage der Theater auf diese Zeiten, zu Feiertagen sowie zu Todestagen der zuletzt verstorbenen Habsburgerkaiser angesetzt waren. Vgl. dazu Biba, Konzertwesen, 133, und Morrow, Concert Life, 38 ff.

179 Morrow, Concert Life, 44 ff. und 141 ff.

180 Biba, Konzertwesen, 136.

181 Zu Martin vgl. Morrow, Concert Life, 53 ff.

182 Biba, Konzertwesen, 136 ff.

183 Beschwerdebrief von 1665 abgedruckt bei: Marek, Spielgrafenamt 41.

184 Marek, Spielgrafenamt, 53 f., Thurner sind städtische Trompeter, Positiver spielen auf dem tragbaren Orgelpositiv, Kleinzimbler musizieren ebenfalls auf kleinen tragbaren Orgeln, Härpffer sind Harfenisten, Schwägler Schweglerflötenspieler, Laichbrättler Begräbnismusiker und Leyrer Leierspieler.

185 Schmidt, Volkslied, 4; Kovacs, Bänkelsang, 81 f.

186 Schmidt, Volkslied, 36.

187 Kovacs, Bänkelsang, 82.

188 Schmidt, Volkslied 48.

189 Gruber, Neuzeit, 201 f.

190 Brunner, St. Stephan, 15 f.

191 Hübl, Schotten, 32.

192 Till, Glaubensspaltung, 6 f. Vgl. dazu auch oben S. 325, 327.

193 Seifert, Barock, 332.

194 Braunbehrens, Mozart, 140 f.

195 Siehe unten S. 540.

196 Diese Bezeichnung wird ab 1625 verwendet. Vgl. dazu Brunner, St. Stephan, 16.

197 Riedel, Kirchenmusik, 38 f.

198 Schütz, St. Michael, 25.

199 Riedel, Kirchenmusik, 45 f., 111–113.

200 Antonicek, Barock, 40.

201 Vgl. Hochradner – Vörösmarty, Mária Pócs. (Vor dem Gnadenbild wurden täglich zwischen 5 und 12 Uhr mehrmals Messen gelesen, im Sommer bereits um 4 Uhr, um 11 Uhr gab es ein Hochamt und um 17 Uhr die Lauretanische Litanei. Dazu kam dreimal das Beten des Rosenkranzes und noch anderes.)

202 Das war allerdings auch der Namenstag des Kaisers, deshalb wurde dieses Feier meist verschoben.

203 Hochradner – Vörösmarty, Mária Pócs, 142.

204 Im Zuge der unter Joseph II. veröffentlichten Gottesdienstordnung von 1783 wurde das Kapellmeisteramt am Gnadenbild Maria Pötsch aufgehoben.

205 Hochradner – Vörösmarty, Mária Pócs, 142.

206 Hochradner – Vörösmarty, Mária Pócs, 153.

207 Burney, Tagebuch, 268 f.

208 Schmidt, Volkslied, 14.

209 Burney, Tagebuch, Bd.2, 247.

210 Burney, Tagebuch, Bd.1, VIII.

211 Siehe oben S. 507 ff.

212 Siehe S. 541.

213 Burney, Tagebuch, Bd.2, 162f.

214 Das bekannteste Beispiel war das Waisenhaus Ospedale della pietà, bei dem von 1703 bis 1740 Antonio Vivaldi die musikalische Leitungsfunktion überhatte.



Verzeichnis der Abkürzungen und Siglen

Anm(m). = Amerkung(en)
AÖG = Archiv für österreichische Geschichte
AVA = Allgemeines Verwaltungsarchiv
Bd(e). = Band (Bände)
Beih. = Beiheft
BllVLKNÖ = Blätter (des Vereins) für Landeskunde von Niederösterreich
BMAV = Berichte und Mitteilungen des Alterthumsvereins zu Wien
DAW = Diözesanarchiv Wien
Dipl.Arb. = Diplomarbeit
Diss. = Dissertation
Erg.Bd. = Ergänzungsband
FA = Familienarchiv
FB = Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte
ff. = folgende
fl = Gulden
Fol. = Folio (Blatt)
FRA = Fontes rerum Austriacarum
Habil. = Habilitation
Hg./hg. = Herausgeber(in)/herausgegeben
HHStA = Österreichisches Staatsarchiv, Haus-, Hof- und Staatsarchiv
HKA = Österreichisches Staatsarchiv, Hofkammerarchiv Wien
Hs. = Handschrift
HZ = Historische Zeitschrift
JbLKNÖ = Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich
JbVGStW = Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien
Kart. = Karton
KHM = Kunsthistorisches Museum
Kr = Kreuzer
MIÖG = Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung
MOÖLA = Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs
MÖStA = Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs
Ms. = Manuskript
MUW = Matrikel der Universität Wien
MVGStW = Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Wien
N.F. = Neue Folge
NÖLA = Niederösterreichisches Landesarchiv
NR = Neue Reihe
o.J. = ohne Jahr

o.O.	= ohne Ort
o.S.	= ohne Seitenangabe
ÖGW-Mitteilungen	= Mitteilungen der österreichischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte
ÖKT	= Österreichische Kunsttopographie
ÖStA	= Österreichisches Staatsarchiv
ÖZKD	= Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege
phil.	= philosophisch(e)
QuGStW	= Quellen zur Geschichte der Stadt Wien
s.	= siehe
SB Wien	= Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, philosophisch-historische Klasse
StAKl	= Stiftsarchiv Klosterneuburg
Tom.	= Tomus (Band)
UAW	= Universitätsarchiv Wien
UH	= Unsere Heimat
ungedr.	= ungedruckt
vgl.	= vergleiche
VJSSWG	= Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
WGBll.	= Wiener Geschichtsblätter
WStLA	= Wiener Stadt- und Landesarchiv
WStLB	= Wiener Stadt- und Landesbibliothek

Literatur und gedruckte Quellen

Abraham a Sancta Clara, Centi-Folium Stultorum: Abraham A.S. Clara, Centi-Folium Stultorum In Quarto Oder Hundert Ausbündige Narren ... (Die bibliophilen Taschenbücher 51, Dortmund 1978; Nachdruck der Ausgabe Wien/Nürnberg 1709).

Abraham a Sancta Clara, Mercks Wienn: Abraham A S. Clara, Mercks Wienn (»Österreichische Heimat« 1, 2. Auflage, Wien 1947).

Ackerl – Opll – Vocelka, Chronik Wiens: Isabella Ackerl, Ferdinand Opll und Karl Vocelka, Die Chronik Wiens (Dortmund 1988).

Adel, Jesuitendrama: Kurt Adel, Das Jesuitendrama in Österreich (Wien 1957).

Adler, Anfänge: Max Adler, Die Anfänge der merkantilistischen Gewerbepolitik in Österreich (Wiener Staatswissenschaftliche Studien 4/3, Wien/Leipzig 1903).

Alker, Tauberiana: Hugo Alker, Tauberiana, in: Jahrbuch der Geschichte des Protestantismus in Österreich 81 (1965), 3 ff.

Alscher, Finanzen: Getraude Alscher, Die Finanzen der Stadt Wien während des Dreißigjährigen Krieges. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1949).

Altfahrt, Unbefugte Schneider: Margit Altfahrt, »Den Professionisten ist wider ihre Störer alle Assistenz zu leisten«. Unbefugte Schneider im Wien des späten 18. Jahrhunderts, in: JbVGStW 52/53 (1996/97), 9ff.

Altfahrt, Handwerksmißbräuche: Margit Altfahrt, »Dieser wider alle Vernunft lauffende Mißbrauch«. Disziplinierung und der Kampf um die Handwerksmißbräuche im 18. Jahrhundert, in: JbVGStW 55 (1999), 5 ff.

Amon, Spielgrafenamt: Hans Amon, Das Spielgrafenamt in Österreich unter und ob der Enns, in: JbVGStW 42 (1986), 7 ff.

Ankwicz von Kleehoven, Cuspinian: Hans Ankwicz von Kleehoven, Der Wiener Humanist Johannes Cuspinian. Gelehrter und Diplomat zur Zeit Kaiser Maximilians I. (Graz/Wien/Köln 1959).

Antonicek, Barock: Theophil Antonicek, Die Vollendung des Barock im Zeitalter der höfischen Repräsentation, in: Musikgeschichte Österreichs, hg. von Rudolf Flotzinger und Gernot Gruber, Bd. 2 (2. Auflage, Wien 1995), 18 ff.

Antonicek, Slatkonia: Georg Slatkonia und die Wiener Hofmusikkapelle, hg. von Theophil Antonicek (Die Wiener Hofmusikkapelle 1, Wien 1999).

Aschbach, Universität: Joseph von Aschbach, Geschichte der Wiener Universität. Band 3: Die Universität und ihre Gelehrten 1520–1565 (Wien 1888).

Aschenbrenner – Schweighofer, Troger: Wanda Aschenbrenner und Gregor Schweighofer, Paul Troger (Salzburg 1965).

Asper, Spieltexte der Wanderbühne: Helmut G. Asper, Spieltexte der Wanderbühne. Ein Verzeichnis der Dramenmanuskripte des 17. und 18. Jahrhunderts in Wiener Bibliotheken (Quellen zur Theatergeschichte 1, Wien 1975).

Aumüller, Finanzhaushalt: Hildegard Pauline Aumüller, Finanzhaushalt der Stadt Wien von 1710–1740. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1949).

Baltzarek, Ämtercharakteristiken: Franz Baltzarek, Ämtercharakteristiken in der Stadtordnung von 1526 und ihre Verwandtheit mit Amtseiden des 15. Jahrhunderts, in: WGBll. 23 (1968), 280 ff.

Baltzarek, Beiträge: Franz Baltzarek, Beiträge zur Geschichte des vierten Standes in Niederösterreich. Eine vergleichende Stadtgeschichtsuntersuchung mit besonderer Auswertung der Gaisruckschen Städtordnungen von 1745–1747, in: MÖStA 23 (1970), 64 ff.

Baltzarek, Entwicklung: Franz Baltzarek, Das Steueramt der Stadt Wien und die Entwicklung der städtischen Rechnungskontrolle bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, in: WGBll. 22 (1967), 163–169.

Baltzarek, Stadtarchiv: Franz Baltzarek, Stadtarchiv, Stadtregistratur und Zentralverwaltung in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: WGBll. 24 (1969), 464 ff.

Baltzarek, Stadtordnung: Franz Baltzarek, Die Stadtordnung Ferdinands I. und die städtische Autonomie im 16. Jahrhundert, in: WGBll. 29 (1974), 185 ff.

Baltzarek, Steueramt: Franz Baltzarek, Das Steueramt der Stadt Wien 1526–1760 (Dissertationen der Universität Wien 58, Wien 1971).

Baltzarek, Wachstum: Franz Baltzarek, Das territoriale und bevölkerungsmäßige Wachstum der Großstadt Wien im 17., 18. und 19. Jahrhundert. Mit Betrachtungen zur Entwicklung der Wiener Vorstädte und Vororte, in: WGBll. 35 (1980), 1 ff.

Barker, Doppeladler: Thomas M. Barker, Doppeladler und Halbmond. Entscheidungsjahr 1683 (Graz/Wien/Köln 1982).

Barthold, Fruchtbringende Gesellschaft: Friedrich Wilhelm Barthold, Geschichte der Fruchtbringenden Gesellschaft (Repr. Nachdruck der Ausgabe Berlin 1848, Hildesheim 1969).

Barton, Evangelisch: Peter Barton, Evangelisch in Österreich. Ein Überblick über die Geschichte der Evangelischen in Österreich (Wien/Graz/Köln 1987).

Barton, Jesuiten: Peter Barton, Jesuiten, Jansenisten, Josephiner. Eine Fallstudie zur frühen Toleranzzeit (Wien 1978).

Barton (Hg.), Im Lichte der Toleranz: Im Lichte der Toleranz. Aufsätze zur Toleranzgesetzgebung des 18. Jahrhunderts in den Reichen Joseph II., ihren Voraussetzungen und Folgen. Eine Festschrift, hg. von Peter Barton (Studien und Texte zur Kirchengeschichte und Geschichte, Reihe 2,9, Wien 1981).

Barton (Hg.), Im Zeichen der Toleranz: Im Zeichen der Toleranz. Aufsätze der Toleranzgesetzgebung des 18. Jahrhunderts in den Reichen Josephs II., ihren Voraussetzungen und ihren Folgen. Eine Festschrift, hg. von Peter Barton (Institut für Protestantische Kirchengeschichte) (Studien und Texte zur Kirchengeschichte und Geschichte 2,8, Wien 1981).

Baryli, Wiener Innungen: Andreas Baryli, Die Wiener Innungen und das Allgemeine Krankenhaus. in: JbVGStW 37 (1981), 88 ff.

Bastl, Tugend: Beatrix Bastl, Tugend, Liebe, Ehre. Die adelige Frau in der Frühen Neuzeit (Wien/Köln/Weimar 2000).

Bato, Juden: Ludwig Bato, Die Juden im alten Wien (Wien 1928).

Bauer, Pötzleinsdorf: Barbara Bauer, Geschichte der Pfarre Pötzleinsdorf. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1984).

Bauer, Bruderschaftswesen: Joseph von Bauer, Das Bruderschaftswesen in Niederösterreich. Ein Beitrag zur Rechts- und Culturgeschichte Niederösterreichs, in: BllVLKNÖ 19 (1885), 201 ff.

Bauer, Weinbau: Martin Bauer, Weinbau und Urbanisierung im Niederösterreich des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 2002).

Bauer, Höfische Gesellschaft: Volker Bauer, Die höfische Gesellschaft in Deutschland von der Mitte des 17. bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Versuch einer Typologie (Frühe Neuzeit 12, Tübingen 1993).

Bauer, Hofökonomie: Volker Bauer, Hofökonomie. Der Diskurs über den Fürstenhof in Zeremonialwissenschaft, Hausväterliteratur und Kameralismus (Frühneuzeitstudien N.F. 1, Wien 1997).

Bauer, Humanismus: Werner M. Bauer, Literatur Österreichs und mitteleuropäischer Humanismus: Vom Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit, in: Literaturgeschichte Österreichs. Von den Anfängen im Mittelalter bis zu Gegenwart, hg. von Herbert Zeman (Graz 1996), 117 ff.

Bauer, Märkte: Werner T. Bauer, Die Wiener Märkte (Wien 1996).

Baxa, Zuckererzeugung: Jakob Baxa, Die Zuckererzeugung 1600–1850 (Wien 1937).

Baylor, Reformation: Michael G. Baylor, The Radical Reformation (Cambridge texts in the history of political thought, Cambridge 1991).

Beaujour, Tableau: Félix Beaujour, Tableau de commerce de la Grèce, 2 Bde. (Paris 1800).

Beck, Hieronymus Beck: Margarete Beck, Hieronymus Beck von Leopoldsdorf (1525– 1596). Eine kulturgeschichtliche Studie. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1973).

Becker, Tagebuch: M. A. Becker, Aus dem Tagebuch eines österreichischen Edlen, in: BllVLKNÖ N.F. 12 (1878), 18 ff.

Beer, Handelspolitik: Adolf Beer, Die österreichische Handelspolitik unter Maria Theresia und Josef II., in: AÖG 86 (1899), 1 ff.

Beer, Zollpolitik: Adolf Beer, Die Zollpolitik und die Schaffung eines einheitlichen Zollgebietes unter Maria Theresia, in: MIÖG 14 (1893), 237 ff.

Begräbnisse: Ueber die Begräbnisse in Wien (Wien 1781).

Benedik, Zeremonielle Abläufe: Christian Benedik, Zeremonielle Abläufe in habsburgischen Residenzen um 1700. Die Wiener Hofburg und die Favorita auf der Wieden, in: WGBll. 46 (1991), 171 ff.

Benzing, Buchdrucker: Josef Benzing, Die Buchdrucker des 16. und 17. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebiet (Wiesbaden 1963).

Bérenger, Public loans: Jean Bérenger, Public loans and Austrian policy in the second half of the seventeenth century, in: Journal of European Economic History 2 (1973), 657 ff.

Berger, Gumpendorf: Walter Berger, Die Neubesiedlung der Pfarre Gumpendorf nach dem Türkensturm 1683, in: UH 32 (1961), 1 ff.

Bergmann, Heraeus: Joseph von Bergmann, Nachtrag zur Biographie des kaiserlichen Rathes, Münzen- und Antiquitäten-Inspectors Carl Gustav Heraeus (Wien 1869).

Bergolt, Pest: Klaus Bergolt, Pest, Stadt, Wissenschaft – Wechselwirkungen in oberitalienischen Städten vom 14. bis 17. Jahrhundert, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 15 (1992), 201 ff.

Bernard, Joseph II. and Bavaria: Paul P. Bernard, Joseph II. and Bavaria. Two Eighteenth Century Attempts at German Unification (The Hague 1965).

Bernard, Joseph II. and the Jews: Paul P. Bernard, Joseph II. and the Jews. The origins of the Toleration Patent of 1782, in: Austrian history Yearbook 4/5 (1968/69), 101 ff.

Berndt (Hg.), Canisius: Petrus Canisius (1521–1597). Humanist und Europäer, hg. von Rainer Berndt (Erudiri sapientia 1, Berlin 2000).

Bernleithner, Konfessionelle Gliederung: Ernst Bernleithner, Die konfessionelle Gliederung Österreichs um 1580, in: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte 7 (1966), 14 ff.

Betz, Sombarts Theorie der Stadt: Horst K. Betz, Sombarts Theorie der Stadt, in: Werner Som-

bart (1863–1941) – Klassiker der Sozialwissenschaften. Eine kritische Bestandsaufnahme, hg. von Jürgen Backhaus (Marburg 2000), 221 ff.

Biach-Schiffmann, Burnacini: Flora Biach-Schiffmann, Giovanni und Ludovico Burnacini. Theater und Feste am Wiener Hofe (Wien/Berlin 1931).

Biba, Konzertwesen: Otto Biba, Grundzüge des Konzertwesens in Wien zu Mozarts Zeit, in: Mozart-Jahrbuch 1978/79 (1979), 132 ff.

Biba, Wiener Kirchenmusik: Otto Biba, Die Wiener Kirchenmusik um 1783, in: Beiträge zur Musikgeschichte des 18. Jahrhunderts (Jahrbuch für österreichische Kulturgeschichte I/2, Eisenstadt 1971), 7 ff.

Bibl, Berichte: Victor Bibl, Die Berichte des Reichshofrates Dr. Georg Eder an die Herzoge Albrecht und Wilhelm von Bayern über die Religionskrise in Niederösterreich (1579–1587), in: JbLKNÖ N.F. 8 (1909), 67 ff.

Bibl, Briefe: Victor Bibl, Briefe Melchior Klesls an Herzog Wilhelm V. von Bayern. Ein Beitrag zur Geschichte der Gegenreformation in Oesterreich unter der Enns, in: MIÖG 21 (1900), 640 ff.

Bibl, Denkschrift: Victor Bibl, Eine Denkschrift Melchior Klesls über die Gegenreformation in Niederösterreich (c. 1590), in: JbLKNÖ N.F. 8 (1909), 155 ff.

Bibl, Erklärung: Victor Bibl, Kaiser Maximilians Erklärung vom 18. August 1568 über die Erteilung der Religionskonzession, in: MIÖG 20 (1889), 635 ff.

Bibl, Gegenreformation: Victor Bibl, Die Einführung der katholischen Gegenreformation in Niederösterreich durch Kaiser Rudolf II. (1576–1580) (Innsbruck 1900).

Bibl, Klesls Briefe: Victor Bibl, Klesls Briefe an Kaiser Rudolfs II. Obersthofmeister Adam Freiherrn von Dietrichstein (1583–1589). Ein Beitrag zur Geschichte Klesl's und der Gegenreformation in Niederösterreich, in: AÖG 88 (1900), 473 ff.

Bibl, Organisation: Victor Bibl, Die Organisation des evangelischen Kirchenwesens im Erzherzogtum Österreich unter der Enns von der Ertheilung der Religions-Concession bis zu Kaiser Maximilians II. Tode 1568–1576, in: AÖG 87 (1889), 113 ff.

Bidermann, Stadt-Bank: Ignaz Bidermann, Die Wiener Stadt-Bank. Ihre Entstehung, ihre Eintheilung und Wirksamkeit, ihre Schicksale (Wien 1859).

Bieniarzówna, Handelsbeziehungen: Janina Bieniarzówna, Die Handelsbeziehungen zwischen Krakau und Krems im 16. und 17. Jahrhundert, in: Mitteilungen des Kremser Stadtarchivs (1986–88), 28 ff.

Biermeier, Anfänge des Buchdrucks: Petra Carola Biermeier, Die Anfänge des Buchdrucks in Wien. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1996).

Bischof, St. Florian: Franz M. Bischof, Geschichte der Pfarrkirche »St. Florian« in Matzleinsdorf (Wien 1925).

Blümml, Aufstand: Karl Blümml, Der Aufstand der Zeugmachergesellen im Jahre 1792, in: Karl Blümml und Gustav Gugitz, Von Leuten und Zeiten im alten Wien (Wien/Leipzig 1922), 155 ff.

Blümml – Gugitz, Alt-Wiener Thespiskarren: Emil Blümml und Gustav Gugitz, Alt-Wiener Thespiskarren. Die Frühzeit der Wiener Vorstadtbühnen (Wien 1925).

Bodemann, Leibnizens Briefwechsel: E. Bodemann, Leibnizens Briefwechsel mit dem Herzog Anton Ulrich von Braunschweig-Wolfenbüttel, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen (1888), 73 ff.

Bodi, Tauwetter: Leslie Bodi, Tauwetter in Wien. Zur Prosa der österreichischen Aufklärung

1781–1795 (Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung des 18. Jahrhunderts 6, 2. Auflage, Wien 1995).

Böhm, Verhandlungen: Adalbert M. Böhm, Verhandlungen bezüglich des Geschäftsbetriebes ausländischer Kaufleute in Wien, in: AÖG 14 (1855), 259 ff.

Böhm, Theatralia: Claudia Böhm, Theatralia anläßlich der Krönungen in der österreichischen Linie der Casa d'Austria. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1986).

Böhm, Lufttemperaturschwankungen: Reinhard Böhm, Lufttemperaturschwankungen in Österreich seit 1775 (Österreichische Beiträge zur Meteorologie und Geophysik 5, Wien 1992).

Bösel, Fassade: Richard Bösel, Die Fassade der Kirche am Hof und ein unbekanntes Bauprojekt für St. Michael in Wien, in: Kunsthistoriker 4 (1987), 40 ff.

Bösel, Pozzo: Richard Bösel, Pozzos Sakralarchitektur in Wien, in: Andrea Pozzo, hg. von Alberta Battisti (Milano/Trento 1996), 161 ff.

Bog, Wirtschaft: Ingomar Bog, Wirtschaft und Gesellschaft Nürnbergs im Zeitalter des Merkantilismus (1648–1806), in: VJSSWG 57 (1970), 289 ff.

Bormastino, Erzehlung: Antonio Bormastino, Historische Erzehlung von der Käyserlichen Residentz=Stadt Wienn (Wien 1715).

Bosch, Opernaufführungen: Horst Bosch, Die Opernaufführungen des Abate Pietro Metastasio am Wiener Kaiserhof nach Zeugnissen aus seinen Briefen. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1967).

Braubach, Friedensvermittlung: Max Braubach, Friedensvermittlung in Europa 1735, in: Historisches Jahrbuch 70 (1951), 190 ff.

Braudel – Spooner, Preise: Fernand Braudel und Frank Spooner, Die Preise in Europa von 1450 bis 1750, in: Fernand Braudel, Schriften zur Geschichte 2 (Stuttgart 1993), 11 ff.

Bräuer, Bettler: Helmut Bräuer, »... und hat seithero gebetlet«. Bettler und Bettelwesen in Wien und Niederösterreich zur Zeit Kaiser Leopolds I. (Wien/Köln/Weimar 1996).

Braunbehrens, Mozart: Volkmar Braunbehrens, Mozart in Wien (München 1986).

Brauneder, ABGB: Wilhelm Brauneder, Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch für die gesamten Deutschen Erbländer der österreichischen Monarchie von 1811, in: Gutenberg-Jahrbuch 62 (1987), 205 ff.

Brauneder, Verfassungsgeschichte: Wilhelm Brauneder, Österreichische Verfassungsgeschichte (8. Auflage, Wien 2001).

Braunsberger, Canisius: Otto Braunsberger, Petrus Canisius (Freiburg 1921).

Breuer, Vivat Unordnung: Dieter Breuer, Vivat Unordnung! Die österreichische Literatur im 17. Jahrhundert – Orte, Gestalten, Stilwille, in: Literaturgeschichte Österreichs. Von den Anfängen im Mittelalter bis zu Gegenwart, hg. von Herbert Zeman (Graz 1996), 221 ff.

Breunlich (Hg.), Montagu: Lady Mary Montagu. Briefe aus Wien, hg. von Maria Breunlich (Wien 1985).

Brodrick, Canisius: James Brodrick, Petrus Canisius, 2 Bde. (Wien 1950).

Broucek, Schwedenfeldzug: Peter Broucek, Der Schwedenfeldzug nach Niederösterreich 1645/46 (Militärhistorische Schriftenreihe 7, Wien 1989).

Broucek, Kuruzzeneinfälle: Peter Broucek, Die Kuruzzeneinfälle in Niederösterreich und in der Steiermark 1703–1709 (Militärhistorische Schriftenreihe 55, Wien 1985).

Broucek – Leitsch u.a., Sieg bei Wien: Peter Broucek, Walter Leitsch, Karl Vocelka, Jan Wimmer, Zbigniew Wojcik, Der Sieg bei Wien 1683 (Wien/Warszawa 1983).

Brown, Gluck: Bruce Alan Brown, Christoph Willibald Gluck and the French Theatre in Vienna (Oxford 1991).

BRUCKMÜLLER, Monarchie: Ernst BRUCKMÜLLER, Die habsburgische Monarchie im Zeitalter des Prinzen Eugen zwischen 1683 und 1740, in: Österreich und die Osmanen – Prinz Eugen und seine Zeit, hg. von Erich ZÖLLNER und Karl GUTKAS (Schriften des Instituts für Österreichkunde 51/52, Wien 1988), 88 ff.

BRUNNER, St. Stephan: Hans BRUNNER, Die Kantorei bei St. Stephan in Wien. Beiträge zur Geschichte der Wiener Dommusik, hg. vom Dommusikverein St. Stephan (Wien 1948).

BRUNNER, Bürgertum: Otto BRUNNER, Das Wiener Bürgertum. Eine historisch-soziologische Skizze, in: Monatsblatt des Vereins für Geschichte des Stadt Wien 15 (1933), 220 ff.

BRUNNER, Denkschrift: Otto BRUNNER, Eine handelspolitische Denkschrift der Stadt Wien an König Ferdinand I., in: MIÖG, Erg.Bd. 11 (1929), 474 ff.

BRUNNER, Finanzen: Otto BRUNNER, Die Finanzen der Stadt Wien von den Anfängen bis ins 16. Jahrhundert (Studien aus dem Archiv der Stadt Wien 1/2, Wien 1929).

BRUNNER, Landleben: Otto BRUNNER, Adeliges Landleben und europäischer Geist. Leben und Werk Wolf Helmhards von Hohberg 1612–1688 (Salzburg 1949).

BRUNNER, Neue Arbeiten: Otto BRUNNER, Neue Arbeiten zur älteren Handelsgeschichte Wiens, in: JbVGStW 8 (1949/50), 7 ff.

BRUNNER, Selbstregierung: Otto BRUNNER, Städtische Selbstregierung und neuzeitlicher Verwaltungsstaat in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht 6 (1953/55), 221 ff.

BRUSATTI, Unternehmensfinanzierung: Alois BRUSATTI, Unternehmensfinanzierung und Privatkredit im österreichischen Vormärz, in: MÖStA 13 (1960), 331 ff.

BUCEK, Seidenfabrikanten: Margarete BUCEK, Geschichte der Seidenfabrikanten Wiens im 18. Jahrhundert (1710–1792). Eine wirtschafts-kulturhistorische als auch soziologische Untersuchung (Dissertationen der Universität Wien 105, Wien 1974).

BUCHMANN, Linienwall: Bertrand M. BUCHMANN, Der Wiener Linienwall. Geschichte und Bedeutung. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1975).

BUCHNER, Störer: Thomas BUCHNER, Störer, Schutzdekretisten, Meister. Zünftige und nichtzünftige Arbeit im Wien des 18. Jahrhunderts, in: WGBll. 56 (2001), 113 ff.

BUCHOWIECKI, Malerei: Walther BUCHOWIECKI, Geschichte der Malerei in Wien (Geschichte der Stadt Wien NR VII,2, Wien 1955).

BUJATTI, Seidenindustrie: F. BUJATTI, Die Geschichte der Seidenindustrie Österreichs, deren Ursprung und Entwicklung bis in die neueste Zeit (Wien 1893).

BÜRGLER, Marmorstatuen: Anna BÜRGLER, Zur Identifizierung der Marmorstatuen der Brüder Strudel im Prunksaal der Nationalbibliothek in Wien und im Habsburgersaal der Franzensburg in Laxenburg, in: ÖZKD 55 (2001), 43 ff.

BURKERT, Landesfürst: Günther R. BURKERT, Landesfürst und Stände. Karl V., Ferdinand I. und die österreichischen Erbländer im Ringen um Gesamtstaat und Landesinteressen (Darstellungen zur Geschichte des Steiermärkischen Landtages 1, Graz 1987).

BURNEY, Tagebuch: Charles BURNEY, Tagebuch einer musikalischen Reise durch Frankreich und Italien, durch Flandern, die Niederlande und am Rhein bis Wien, durch Böhmen, Sachsen, Hamburg und Holland 1770–1772 (Taschenbuch zur Musikwissenschaft 65, Nachdruck der Ausgabe Hamburg 1772, Wilhelmshaven 1980).

BURSTYN, Geschichte: Ruth BURSTYN, Die Geschichte der türkisch-spaniolischen Juden im Habsburgerreich. Die Ursprünge der sephardischen/spanischen Einwanderung in Wien, in: Ist jetzt hier die »wahre Heimat«? Ostjüdische Einwanderung nach Wien, hg. von Peter BETTELHEIM und Michael LEY (Wien 1993), 17 ff.

CERMAN, Proto-Industrialization: Markus CERMAN, Proto-Industrialization in an Urban Environment: Vienna, 1750–1857, in: Continuity and Change 8 (1993), 281 ff.

CERNY, Greiffenberg: Heimo CERNY, Catharina Regina von Greiffenberg, geb. Freiherrin von Seisenegg (1633–1694). Herkunft, Leben und Werk der größten deutschen Barockdichterin (Amstettner Beiträge, Amstetten 1983).

CERNY, Hohberg: Heimo CERNY, Wolf Helmhard von Hohberg (1612–1688) – Ein niederösterreichischer Landedelmann, Schriftsteller und Agronom, in: JbLKNÖ N. F. 54/55 (1990), 59 ff.

CHALOUPEK, Großhandel: Günther CHALOUPEK, Wiens Großhandel in der kommerziellen Revolution, in: WGBll. 39 (1984), 105 ff.

CHALOUPEK, Merkantilismus: Günther CHALOUPEK, Die Ära des Merkantilismus, in: Günther CHALOUPEK/Peter EIGNER/Michael WAGNER, Wien. Wirtschaftsgeschichte 1740–1938, Tl. 1 (Geschichte der Stadt Wien 4, hg. von Felix CZEIKE, Wien 1991), 35ff.

CHALOUPEK – WAGNER – WEIGL, Handel: Günther CHALOUPEK/Michael WAGNER/Andreas WEIGL, Handel im vorindustriellen Zeitalter: Der kanalisierte Güterstrom, in: Günther CHALOUPEK/Peter EIGNER/Michael WAGNER, Wien. Wirtschaftsgeschichte 1740–1938, Tl. 2 (Geschichte der Stadt Wien 5, hg. von Felix CZEIKE, Wien 1991), 999ff.

Chronik: Chronik des Gremiums der Wiener Kaufmannschaft (Wien 1903).

CLEMENS, Trier: Lukas CLEMENS, Trier – eine Weinbaustadt im Mittelalter (Trierer Historische Forschungen 22, Trier 1993).

CLOETER, Trattner: Hermine CLOETER, Johann Thomas Trattner. Ein Großunternehmer im Theresianischen Wien (Graz/Köln 1952).

Codex Austriacus: Codex Austriacus. Eigentlicher Begriff und Inhalt aller ... unter der Regierung seiner Majestät Leopoldi. ausgangenen ... Generalien, Patente, Ordnungen, 2 Teile (Wien 1704).

CORETH, Geschichtsschreibung: Anna CORETH, Österreichische Geschichtsschreibung in der Barockzeit (1620–1740) (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 37, Wien 1950).

CORETH, Pietas Austriaca: Anna CORETH, Pietas Austriaca. Österreichische Frömmigkeit im Barock (2. Auflage, Wien 1982).

CSENDES, Erinnerungen: Peter CSENDES, Erinnerungen an Wiens Türkenjahre (Wiener Bezirkskulturführer 29, Wien/München 1983).

CSENDES, Handelsgeschichte: Peter CSENDES, Zur Wiener Handelsgeschichte des 16. Jahrhunderts, in: WGBll. 29 (1974), 218 ff.

CSENDES, Nennung: Peter CSENDES, Die bisher früheste namentliche Nennung eines Wiener Stadtanwaltes, in: WGBll. 26 (1971), 245 ff.

CSENDES, Probleme: Peter CSENDES, Die Probleme der kaiserlichen Residenzstadt im 17. Jahrhundert, in: Polen und Österreich im 17. Jahrhundert, hg. von Walter LEITSCH/Stanislaw TRAWKOWSKI (Wiener Archiv für Geschichte des Slawentums und Osteuropas 18, Wien/Köln/Weimar 1999), 216 ff.

CSENDES, Strafgerichtsbarkeit: Peter CSENDES, Wiener Strafgerichtsbarkeit im 17. Jahrhundert, in: JbVGStW 26 (1970), 103 ff.

CSENDES (Hg.), Rechtsquellen: Die Rechtsquellen der Stadt Wien, hg. von Peter CSENDES (FRA III/9, Wien/Köln/Graz 1986).

CSENDES – OPLL (Hg.), Städtebuch: Die Stadt Wien, hg. von Peter CSENDES und Ferdinand OPLL (Österreichisches Städtebuch Bd. 7, hg. von Othmar PICKL, Wien 1999).

CZEIKE, Bürgermeister: Felix CZEIKE, Wien und seine Bürgermeister. Sieben Jahrhunderte Wiener Stadtgeschichte (Wien/München 1973).

CZEIKE, Feuerlöschwesen: Felix CZEIKE, Das Feuerlöschwesen in Wien. 13. bis 18. Jahrhundert (Wiener Schriften 18, Wien 1962).

CZEIKE, Historisches Lexikon: Felix CZEIKE, Historisches Lexikon Wien in 5 Bänden (Wien 1992–1997).

CZEIKE, Neuer Markt: Felix CZEIKE, Der Neue Markt (Wiener Geschichtsbücher 4, Wien/Hamburg 1970).

CZEIKE, Rathaus: Felix CZEIKE u.a., Das alte Rathaus (WGBll. 27, Sonderheft, Wien 1972).

CZEIKE, Stadtrecht: Felix CZEIKE, Vom Stadtrecht des Mittelalters zur modernen Verfassung, in: WGBll. 26 (1971), 258 ff.

CZEIKE, Stadtschreiber: Felix CZEIKE, Vom Stadtschreiber zum Magistratsdirektor, in: Einheit der Vielfalt. Josef Bandion. Magistratsdirektor von Wien. Festschrift zum 60. Geburtstag (Wien 1990), 109 ff.

CZEIKE, Vizebürgermeisteramt: Felix CZEIKE, Das Wiener Vizebürgermeisteramt und seine Vertreter (1783–1890), in: Handbuch der Stadt Wien 93 (1979), 94 (1979/80), 95 (1980/81), 96 (1981/82).

DE LUCA, Staatsanzeiger: Ignaz DE LUCA, Staatsanzeiger von den k.k. Staaten (Wien 1785).

DE LUCA, Topographie: Ignaz DE LUCA, Topographie von Wien, Bd. 1 (Wien 1794).

DE VRIES, Urbanization: Jan DE VRIES, European Urbanization 1500–1800 (Cambridge/Mass. 1984).

Dehio Wien I: Dehio Handbuch der Kunstdenkmäler Österreichs – Wien. II. bis IX. und XX. Bezirk, hg. von Wolfgang CZERNY u.a. (Wien 1993).

Dehio Wien II: Dehio Handbuch der Kunstdenkmäler Österreichs – Wien. X. bis XIX. und XXI. bis XXIII. Bezirk, hg. von Wolfgang CZERNY u.a. (Wien 1996).

DEMELIUS, Beiträge: Heinrich DEMELIUS, Beiträge zur Haushaltsgeschichte der Universität Wien, in: Studien zur Geschichte der Universität Wien I (Graz/Köln 1965), 65 ff.

DEMELIUS, Grundbücher: Heinrich DEMELIUS, Über die alten Wiener Grundbücher, in: JbVGStW 9 (1951), 110 ff.

DEMELIUS, Stadtrichter: Heinrich DEMELIUS, Stadtrichter contra die von Wien. Ein Beitrag zur Wiener Gerichtsverfassung im 16. Jahrhundert, in: Anzeiger der phil.-hist. Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (1953), 145 ff.

DENIS, Buchdruckergeschichte: Michael DENIS, Wiens Buchdruckergeschichte bis zum Jahre 1560 (Wien 1782).

DEUTSCH, Seidenindustrie: Helene DEUTSCH, Die Entwicklung der Seidenindustrie in Österreich 1660–1840 (Studien zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte 3, Wien 1909).

DIBBLE, Architecture: Charles Lawrence DIBBLE, Architecture and Ethos: the culture of aristocratic urbanization in early modern Vienna. Diss. (Stanford 1992).

DICKSON, Finance: P. G. M. DICKSON, Finance and Government under Maria Theresia 1740–1780, 2 Bde. (Oxford 1987).

DIETRICH, Edelknabenkomödien: Margret DIETRICH, Die Edelknabenkomödien am Hofe Leopolds I./Le commedie dei paggi alla corte di Leopoldo I, in: Heinz KINDERMANN und Margret DIETRICH, Die Commedia dell'Arte und das Altwiener Theater: Vorträge gehalten am Österreichischen Kulturinstitut in Rom am 22. Nov. 1963 (Schriftenreihe des Österreichischen

Kulturinstitutes in Rom/Collana dell'Istituto Austriaco di Cultura a Roma 3, Roma, 1965), 15 ff, 53 ff.

Dietrich, Goldene Vlies-Opern: Margret Dietrich, Goldene Vlies-Opern der Barockzeit. Ihre politische Bedeutung und ihr Publikum, in: Anzeiger der phil.-hist. Klasse der Österreichischen Akademie der Wissenschaften 111 (1975), 469 ff.

Dietrich, Huldigungsspiele: Margret Dietrich, Huldigungsspiele an die Erb-Infantin Margaretha: »La Gara« am Hofe Leopolds I., in: Spanien und Österreich im Barockzeitalter. Akten des Dritten Spanisch-Österreichischen Symposions (Kremsmünster, 25.–30. September 1983) (Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissenschaft, Sonderheft 58, Innsbruck 1985), 61 ff.

Dietrich, Jupiter: Margret Dietrich, Jupiter in Wien oder Götter und Helden der Antike im Altwiener Volkstheater (Graz/Wien/Köln 1967).

Dietrich, Theater am Hofe: Margret Dietrich, Theater am Hofe – Zwischen Tradition und Wandel, in: Maria Theresia und ihre Zeit. Eine Darstellung der Epoche von 1740– 1780 aus Anlaß der 200. Wiederkehr des Todestages der Kaiserin (Salzburg/Wien 1979).

Dietrich (Hg.), Burgtheater: Das Burgtheater und sein Publikum, Bd. 1. Festgabe zur 200-Jahr-Feier der Erhebung des Burgtheaters zum Nationaltheater, hg. von Margret Dietrich (Veröffentlichungen des Instituts für Publikumsforschung 3/SB Wien 305, Wien 1976).

Dinges, Pest und Staat: Martin Dinges, Pest und Staat: Von der Institutionengeschichte zur sozialen Konstruktion, in: Neue Wege in der Seuchengeschichte, hg. von Martin Dinges und Thomas Schlich (Medizin, Geschichte und Gesellschaft, Beih. 6, Stuttgart 1995), 71 ff.

Dinges, Pestbekämpfung: Martin Dinges, Süd-Nord-Gefälle in der Pestbekämpfung: Italien, Deutschland und England im Vergleich, in: Das europäische Gesundheitssystem: Gemeinsamkeiten und Unterschiede in historischer Perspektive, hg. von Wolfgang U. Eckart und Robert Jütte (Medizin, Geschichte und Gesellschaft, Beih. 3, Stuttgart 1994), 19 ff.

Ditters von Dittersdorf, Lebensbeschreibungen: Karl Ditters von Dittersdorf, Lebensbeschreibungen. Seinem Sohn in die Feder diktiert, hg. von Karl Spazier (Lebensläufe 12, München 1967).

Dreger, Beginn: Moriz Dreger, Beginn und Blüte der Wiener Seidenweberei. Separatabdruck aus »Kunst und Kunsthandwerk« 18 (Wien 1915).

Duhr, Geschichte der Jesuiten: Bernhard Duhr, Geschichte der Jesuiten in den Ländern deutscher Zunge, 4 Bde. (Freiburg/Br. 1907–1928).

Duindam, Court: Jeroen Duindam, The Court of the Austrian Habsburgs: locus of a composite heritage, in: Mitteilungen der Residenzen-Kommission der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen 8/2 (1998), 24 ff.

Dullinger, Handelskompagnien: Josef Dullinger, Die Handelskompagnien Österreichs nach dem Oriente und nach Ostindien in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Social- und Wirtschaftsgeschichte 7 (1900), 44 ff.

Düriegl, Wien 1529: Günter Düriegl (Hg.), Wien 1529 – Die erste Türkenbelagerung (62. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien 1980).

Eberhard, Voraussetzungen und Widersprüche: Winfried Eberhard, Zu den Voraussetzungen und Widersprüchen der Toleranzpolitik Josephs II. in den Ländern des östlichen Mitteleuropa, in: Nový Mars Moravicus aneb sborník přísp vků, jež v novali Prof. Dr. Josefu Válkovi jeho žáci a přátelé k sedmdesátinám, hg. von Bronislav Chocholáč, Libor Jan und Tomáš Knoz (Brno 1999), 347 ff.

EBERHART (Hg.), Schatz und Schicksal: Schatz und Schicksal. Katalog der Steirischen Landesausstellung 1996 in Mariazell, hg. von Helmut EBERHART (Graz 1996).

EBERSBERGER, Kostümwerk: Anna Maria EBERSBERGER, Das Kostümwerk Daniele Antonio Bertolis. (Das Bühnenkostüm der Karolinischen Oper), 2 Bde. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1961).

EDELMANN, Schützenwesen: August EDELMANN, Schützenwesen und Schützenfeste der deutschen Städte vom 13. bis zum 18. Jahrhundert (München 1890).

EDER, Reformvorschläge: Gottfried EDER, Die Reformvorschläge Kaiser Ferdinands I. auf dem Konzil von Trient (Reformationsgeschichtliche Studien 18–19, München 1911).

EDER, Geschichte: Karl EDER, Geschichte der Kirche im Zeitalter des konfessionellen Absolutismus (1555–1648) (Kirchengeschichte 3,2, Wien 1949).

EGGER, Renaissance: Gerhart EGGER, Von der Renaissance bis zum Klassizismus, in: Geschichte der bildenden Kunst in Wien. Geschichte der Architektur (Geschichte der Stadt Wien NR VII,2, Wien 1973), 1 ff.

EHALT, Ausdrucksformen: Hubert Christian EHALT, Ausdrucksformen absolutistischer Herrschaft. Der Wiener Hof im 17. und 18. Jahrhundert (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 14, Wien 1980).

EHMER, Familienstruktur: Josef EHMER, Familienstruktur und Arbeitsorganisation im frühindustriellen Wien (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 13, Wien 1980).

EHMER, Geschichte der Familie: Josef EHMER, Die Geschichte der Familie: Wandel der Ideale – Vielfalt der Wirklichkeit, in: Familie. Ideal und Realität, hg. von Elisabeth VAVRA (Horn 1993), 5 ff.

EHMER, Handwerksgesellen: Josef EHMER, Von ehrsamen Handwerksgesellen und ganz armen Leuten – Wien am Anfang des 18. Jahrhunderts, in: Ilse KÖNIG/Josef EHMER, Vom nicht ganz einfachen Leben. Geschichte und Geschichten (Wien 1996), 65 ff.

EHMER, Produktion: Josef EHMER, Produktion und Reproduktion in der Wiener Manufakturperiode, in: Wien im Vormärz, hg. von Renate BANIK-SCHWEITZER u.a. (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte 8, Wien 1980), 107 ff.

EHMER, Soziale Traditionen: Josef EHMER, Soziale Traditionen in Zeiten des Wandels. Arbeiter und Handwerker im 19. Jahrhundert (Studien zur Historischen Sozialwissenschaft 20, Frankfurt a. M./New York 1994).

EHMER, Traditionelles Denken: Josef EHMER, Traditionelles Denken und neue Fragestellungen zur Geschichte von Handwerk und Zunft, in: Handwerk, Hausindustrie und die historische Schule der Nationalökonomie. Wissenschafts- und gewerbegeschichtliche Perspektiven, hg. von Friedrich LENGER (Bielefeld 1998), 19 ff.

EHMER, Worlds of mobility: Josef EHMER, Worlds of Mobility: migration patterns of Viennese artisans in the eighteenth century, in: The Artisan and the European Town, 1500–1900, hg. von Geoffrey CROSSICK (Aldershot 1997), 172 ff.

EIGNER –WAGNER – WEIGL, Finanzplatz: Peter EIGNER, Michael WAGNER und Andreas WEIGL, Finanzplatz: Wien als Geld- und Kapitalmarkt, in: Wien. Wirtschaftsgeschichte 1740 – 1938, hg. von Günther CHALOUPEK, Peter EIGNER und Michael WAGNER, Teil 2: Dienstleistungen (Geschichte der Stadt Wien Bd. V, hg. von Felix CZEIKE, Wien 1991), 909 ff.

EINZINGER, Kirchtäge: Leopold EINZINGER, Von den Kirchtägen in den Wienervorstädten (Wien o.J. [1781]).

ELIAS, Höfische Gesellschaft: Norbert ELIAS, Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie (Frankfurt/Main 1983).

ELSAS, Umriß: J. M. ELSAS, Umriß einer Geschichte der Preise und Löhne in Deutschland, 2 Bde. (Leiden 1936 u. 1940).

EMBER, Außenhandel: Gyula EMBER, Ungarns Außenhandel mit dem Westen um die Mitte des 16. Jahrhunderts, in: Der Außenhandel Ostmitteleuropas 1450–1650, hg. von Ingomar BOG (Köln/Wien 1971), 86 ff.

ENGEL-JANOSI, Geschichte: Friedrich ENGEL-JANOSI, Zur Geschichte der Wiener Kaufmannschaft von der Mitte des 15. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, in: MVGStW 6 (1926), 36 ff.

ENGELBRECHT, Bildungswesen 2: Helmut ENGELBRECHT, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Band 2: Das 16. und 17. Jahrhundert (Wien 1983).

ENGELBRECHT, Bildungswesen 3: Helmut ENGELBRECHT, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Band 3: Von der frühen Aufklärung bis zum Vormärz (Wien 1984).

ENZINGER, Theater: Moritz ENZINGER, Die Entwicklung des Wiener Theaters vom 16. zum 19. Jahrhundert (Schriften der Gesellschaft für Theatergeschichte 28/29, Berlin 1918/19).

ERBE, Deutsche Geschichte: Michael ERBE, Deutsche Geschichte 1713–1790. Dualismus und Aufgeklärter Absolutismus (Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1985).

EVANS, Habsburgermonarchie: R. J. W. EVANS, Das Werden der Habsburgermonarchie 1550–1700. Gesellschaft, Kultur, Institutionen (Forschungen zur Geschichte des Donauraums 6, Wien/Köln 1989).

EYBL, Abraham: Franz M. EYBL, Abraham a Sancta Clara. Vom Prediger zum Schriftsteller (Frühe Neuzeit 6, Tübingen 1992).

FAJKMAJER, Handel: Karl FAJKMAJER, Handel, Verkehr und Münzwesen, in: Geschichte der Stadt Wien, Bd. 4 (Wien 1911), 524 ff.

FAJKMAJER, Rechtsleben: Karl FAJKMAJER, Rechtsleben, Verfassung und Verwaltung von 1526 bis 1740, in: Geschichte der Stadt Wien, Bd. 5 (Wien 1914), 100 ff.

FAJKMAJER, Skizzen: Karl FAJKMAJER, Skizzen aus Alt=Wien (Wien/Leipzig o.J.).

FALKE, Porzellanfabrik: Jacob von FALKE, Die k.k. Wiener Porzellanfabrik. Ihre Geschichte und die Sammlung ihrer Arbeiten im k.k. Oesterreich. (Wien 1887).

FARR, Artisans: James R. FARR, Artisans in Europe, 1300–1914 (Cambridge u.a. 2000).

FECHNER, Küchelbecker: Gertrude FECHNER, Johann Basilius Küchelbecker über Wien und die Österreicher, in: WGBll. 42 (1987), 45 ff.

FEIL, Kaiser Ferdinand's Einzug: Joseph FEIL, Kaiser Ferdinand's Einzug in Wien. 14. April 1558 (Wien 1853).

FELDBAUER, Kinderelend: Peter FELDBAUER, Kinderelend in Wien. Von der Armenpflege zur Jugendfürsorge (17.–19. Jahrhundert) (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 1, Wien 1980).

FELLERER (Hg.), Katholische Kirchenmusik: Die Geschichte der katholischen Kirchenmusik, hg. von Karl Gustav FELLERER, 2 Bde. (Kassel/Basel 1972–76).

FENZL (Hg.), Canisius: Petrus Canisius in Wien. Ausstellung aus Anlaß seines 400. Todesjahres, hg. von Annemarie FENZL (Wien 1997).

FENZL, Pfarrgründungen: Annemarie FENZL, Die Pfarrgründungen Kaiser Josephs II., in: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte 23 (1982), 42 f.

Festschrift 1783 – 1908 – 1983 der Pfarre Baumgarten (Wien 1983).

Festschrift 375 Jahre Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Wien (Wien 1989).

Festschrift Fleischhauergenossenschaft: Festschrift der Wiener Fleischhauergenossenschaft zur Dreihundertjahrfeier der kaiserlichen Wiederbestätigung der alten Wiener Fleischhauer=Privilegien (Wien 1912).

Festschrift zum 150jährigen Jubiläum der Pfarre Maria Geburt am Rennweg in Wien, 3. Bezirk (Wien 1933).

Feuchtmüller, Landhaus: Rupert Feuchtmüller, Das niederösterreichische Landhaus. Ein kunsthistorisches Denkmal 1513–1850 (Wien 1949).

Feuchtmüller, Herrengasse: Rupert Feuchtmüller, Die Herrengasse (Wiener Geschichtsbücher 28, Wien/Hamburg 1982).

Fidler, Architektur: Petr Fidler, Architektur des Seicento. Baumeister, Architekten und Bauten des Wiener Hofkreises. Ungedr. Habil.-Schrift (Innsbruck 1990).

Fielhauer, Johanneskapelle: Hannelore Fielhauer, Eine kurze Geschichte der Gersthofer Johanneskapelle, in: Unser Währing 14 (1979), 23 ff.

Fischer-Martin/Fischer, Blumen: Nora Fischer-Martin und Gerhard Fischer, Die Blumen des Bösen. Eine Geschichte der Armut in Wien, Prag, Budapest und Triest in den Jahren 1693 bis 1873, Bd. 2 (Wien 1994).

Fleischacker, Rekonstruktionsversuch: Peter Fleischacker, Rekonstruktionsversuch des Opernhauses und des Bühnenapparates in dem Theater des Ludovico Ottavio Burnacini. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1962).

Flemming, Jesuitentheater: Carl Willy Flemming, Geschichte des Jesuitentheaters in den Landen deutscher Zunge (Schriften der Gesellschaft für Jesuitengeschichte 32, Berlin 1923).

Flieder, Erzbistum Wien: Viktor Flieder, Die Gründung des Erzbistums Wien und seiner Suffraganbistümer, in: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte 10 (1969), 1 ff.

Flieder, Stephansdom: Viktor Flieder, Stephansdom und Wiener Bistumsgründung. Eine diözesan- und rechtsgeschichtliche Untersuchung (Veröffentlichungen des kirchenhistorischen Instituts der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien 6, Wien 1968).

Fliedl, Lage: Gerhard Fliedl, Die Lage Wiens im 30-jährigen Krieg. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1948).

Flinn, Stabilization: M.W. Flinn, The Stabilization of Mortality in Pre-industrial Modern Europe, in: Journal of European Economic History 3 (1974), 285 ff.

Flohn, Klimaänderungen: Hermann Flohn, Das Problem der Klimaänderungen in Vergangenheit und Zukunft (Darmstadt 1985).

Flotzinger, Epoche: Rudolf Flotzinger, Die Epoche zwischen den Epochen, in: Musikgeschichte Österreichs, hg. von Rudolf Flotzinger und Gernot Gruber, Bd. 2 (2. Auflage, Wien 1995), 79 ff.

Francolin, Wahrhafftiger Ritterlicher Thaten: Hans Francolin, Wahrhafftiger Ritterlicher Thaten, so in dem Monat Juny vergangen LX. Jars in vnd ausserhalb der Stadt Wienn zu Roß vnd zu Fueß, auff Wasser vnd Land gehalten worden … beschrieben (Wien 1561).

Frankl, Geschichte: Ludwig August Frankl, Zur Geschichte der Juden in Wien. Der alte Friedhof. Der Tempelhof (Wien 1853).

Freudenberger, Economic progress: Hermann Freudenberger, Economic progress during the reign of Charles VI., in: Wirtschaftskräfte und Wirtschaftswege (Festschrift für Hermann Kellenbenz, Bd. 3, Stuttgart 1978), 625 ff.

Frey – Kobald – Herterich: Schönbrunner Schloßtheater: Dagobert Frey, Karl Kobald und

Franz Herterich, Das Schönbrunner Schloßtheater (Theater und Kultur 11, Wien/Zürich/Leipzig 1924).
Frey=Schiessen: Beschreibung Des Kaiserl. Gnaden= und Frey=Schiessen [...] In dem Jahr 1739 (Wien o. J.).
Fuchs, Hohe Schule: Edith Maria Fuchs, Die »Hohe Schule« zu Wien unter Maria Theresia und ihren Söhnen. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1994).
Fuchs, Stadtbank: Rudolf Fuchs, Die Wiener Stadtbank (Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs Bd. 8, Frankfurt am Main 1998).
Fučiková (Hg.), Rudolf II. und Prag: Rudolf II. und Prag. Kaiserlicher Hof und Residenzstadt als kulturelles und geistiges Zentrum Mitteleuropas, hg. von Eliška Fučiková (Prag/London 1997).

Gall, Alma Mater: Franz Gall, Alma Mater Rudolphina 1365–1965. Die Wiener Universität und ihre Studenten (Wien 1965).
Ganster – Kretschmer, Volkssänger: Ingrid Ganster und Helmut Kretschmer, Allweil lustig, fesch und munter. Altwiener Volks- und Natursänger (WGBll., Beih. 2, 1996).
Gartler, Kochbuch: Ignaz Gartler, Wienerisches bewährtes Kochbuch [...] (Wien 1787).
Gasser, Karl VI.: Peter Gasser, Karl VI., Triest und die Venezianer, in: Beiträge zur österreichischen Wirtschafts- und Finanzgeschichte vom 17. bis zum 20. Jahrhundert (MÖSTA, Sonderbd. 3, Wien 1977), 17 ff.
Gastfreund, Rabbinen: Isaac Gastfreund, Die Wiener Rabbinen seit den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart (Wien 1879).
Gatscha, Magistratsreform: Eva Maria Gatscha, Die Magistratsreform Josephs II. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1945).
Gecsényi, Memoranduma: Lajos Gecsényi, Bécsi kereskedök memoranduma a kelet-nygati kereskedelemröl (1615), in: Miscellanea fontium historiae europaeae, hg. von János Kalmár (Budapest 1997), 79 ff.
Gecsényi, Ungarnhandel: Lajos Gecsényi, Zur Geschichte des Wiener Ungarnhandels im 16. Jahrhundert, in: Beiträge zur Landeskunde des burgenländisch-westungarischen Raumes. Festschrift für Harald Prickler zum 60. Geburtstag (Burgenländische Forschungen, Sonderbd. 13, Eisenstadt 1994), 149 ff.
Gedenkschrift zum Doppeljubiläum der Gelübde und Pfarrkirche St. Karl Borromäus auf der Wieden 1733–1783 (Wien 1933).
Gerhartl, Belagerung: Gertrud Gerhartl, Belagerung und Entsatz von Wien 1683 (Militärhistorische Schriftenreihe 46, 3. Auflage, Wien 1989).
Gerhartl, Steinfeld: Gertrud Gerhartl, Die Niederlage der Türken am Steinfeld 1532 (Militärhistorische Schriftenreihe 26, Wien 1974).
Gerstinger, Briefe des Sambucus: Hans Gerstinger, Die Briefe des Johannes Sambucus 1554–1584 (SB Wien 255, Graz/Wien/Köln 1968).
Geyer, Literatur: Rudolf Geyer, Neue Literatur zur Wiener Verwaltungs- und Verfassungsgeschichte, in: JbVGStW 12 (1955/56), 251 ff.
Giese, Wiener Menagerien: Ursula Giese, Wiener Menagerien. Ebersdorf, Neugebäude, Belvedere, Schönbrunn (Österreich-Reihe 165/167, Wien 1962).
Gigl, Marktordnungen: Alexander Gigl, Geschichte der Wiener Marktordnungen, in: AÖG 35 (1865), 1 ff.
Gille, Bankwesen: Bertrand Gille, Bankwesen und Industrie in Europa 1730–1914, in: Europäi-

sche Wirtschaftsgeschichte, hg. von Carlo Cipolla und Knut Borchardt, Bd. 3: Die Industrielle Revolution (Stuttgart/New York 1985), 165 ff.

Glaser, Chytraeus: Karl-Heinz Glaser, David und Nathan Chytraeus. Humanismus im konfessionellen Zeitalter (Ubstadt-Weiher 1993).

Glaser, Klimageschichte: Rüdiger Glaser, Klimageschichte Mitteleuropas. 1000 Jahre Wetter, Klima, Katastrophen (Darmstadt 2001).

Göbel, Finanzen: Reinhard Göbel, Die Finanzen der Stadt Wien von 1781 bis 1800. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1973).

Goehlert, Historisch-statistische Notizen: J.V. Goehlert, Historisch-statistische Notizen über Nieder-Oesterreich. Bevölkerungsverhältnisse Wiens von 1780–1799, in: BllVLKNÖ N.F. 6 (1871), 182 ff.

Goertz, Täufer: Hans-Jürgen Goertz, Die Täufer. Geschichte und Deutung (2. Auflage, München 1988).

Göhler, Kollegiatkapitel: Hermann Göhler, Das Wiener Kollegiat-, nachmals Domkapitel zum hl. Stephan in seiner persönlichen Zusammensetzung in den ersten zwei Jahrhunderten seine Bestandes 1365–1554 (Diss. Wien 1932).

Goja, Schützengilden: Hermann Goja, Die österreichischen Schützengilden und ihre Feste 1500–1750. Studien zu ihrer Geschichte (Wien 1963).

Gold, Geschichte: Hugo Gold, Geschichte der Juden in Wien (Tel Aviv 1966).

Goldmann, Geserah: Arthur Goldmann, Die »Wiener Geserah« und die Urteils-Verkündigungen vom Jahre 1421. Als Anhang in: Das Judenbuch der Scheffstraße zu Wien (1389–1420) (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutsch-Österreich 1, Wien/Leipzig 1908).

Goldmann, Universität: Arthur Goldmann, Die Wiener Universität 1529–1720 (Separatabdruck aus Bd. VI der Geschichte der Stadt Wien, hg. vom Alterthumsvereine zu Wien, Wien 1917).

Gollob, Nausea: Hedwig Gollob, Der Wiener Bischof Friedrich Nausea und die Weltanschauungskrise des 16. Jahrhunderts, in: WGBll. 22 (1967), 139 ff.

Goloubeva, Leopold I: Maria Goloubeva, The Glorification of Emperor Leopold I in Image, Spectacle and Text (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz 184, Mainz 2000).

Goloubeva, Pomo d'oro: Maria Goloubeva, »Il Pomo d'oro« and the Problem of Dynastic Continuity in the Reign of Leopold I, in: Majestas 5 (1997), 79 ff.

Gönnenwein, Niederlagsrecht: Otto Gönnenwein, Das Stapel- und Niederlagsrecht (Weimar 1939).

Görlich, Kollonits: Ernst Joseph Görlich, Bischof Kollonits und der türkische Leibeigene, in: WGBll. 13 (1958), 19 ff.

Graf-Stuhlhofer, Poetenkolleg: Franz Graf-Stuhlhofer, Das Weiterbestehen des Wiener Poetenkollegs nach dem Tod Konrad Celtis' (1508). Eine humanistische Pioniereinrichtung und ihr Wirkungsumfeld, in: Zeitschrift für historische Forschung 26 (1993), 393 ff.

Grell – Porter (Hg.), Toleration: Toleration in Enlightenment Europe, hg. von Ole Grell und Roy Porter (Cambridge 1999).

Griehbaum, Beiträge: Wilhelmine Griehbaum, Beiträge zur Geschichte der Vorstädte St. Ulrich – Neubau – Schottenfeld 1620–1820. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1958).

Griffin, High Baroque Culture: Robert Arthur Griffin, High Baroque Culture and Theatre in Vienna (New York 1972).

Gröbl – Hödl – Staudinger, Steuern: Lydia Gröbl, Sabine Hödl und Barbara Staudinger,

Steuern, Privilegien und Konflikte. Rechtsstellung und Handlungsspielräume der Wiener Juden von 1620 bis 1640. Quellen zur jüdischen Geschichte aus den Beständen des Österreichischen Staatsarchivs, in: MÖStA 48 (2000), 147 ff.

Grossegger, Gluck: Elisabeth Grossegger, Gluck und d'Afflisio. Ein Beitrag zur Verpachtung des Burgtheaters (1765/67–1770) (SB Wien 622, Wien 1995).

Grossegger, Theater: Elisabeth Grossegger, Theater, Feste und Feiern zur Zeit Maria Theresias 1742–1776. Nach den Tagebucheintragungen des Fürsten Johann Joseph Khevenhüller-Metsch, Obersthofmeister der Kaiserin (Veröffentlichungen des Instituts für Publikumsforschung 12/ SB Wien 476, Wien 1987).

Grössing, Stadtanwälte: Helmuth Grössing, Die Wiener Stadtanwälte im Spätmittelalter, in: JbVGStW 26 (1970), 36 ff.

Grossmann, Volkszählung: Henryk Grossmann, Eine Wiener Volkszählung im Jahre 1777, in: Statistische Monatsschrift N.F. 16 (1911), 56 ff.

Gruber, Neuzeit: Gernot Gruber, Beginn der Neuzeit, in: Musikgeschichte Österreichs, hg. von Rudolf Flotzinger und Gernot Gruber, Bd.1 (2. Auflage, Wien 1995), 170 ff.

Gruber, Wiener Klassiker: Gernot Gruber, Die Zeit der Wiener Klassiker, in: Musikgeschichte Österreichs, hg. von Rudolf Flotzinger und Gernot Gruber, Bd. 1 (2. Auflage, Wien 1995), 133 ff.

Gruber, Kostka: Matthias Gruber, Wunderbares Leben des hl. Stanislaus Kostka (Freiburg 1896).

Grüll, Elefant: Georg Grüll, Der erste Elefant in Linz, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz 1958 (ersch. 1959), 386 ff.

Grunwald, Juden in Wien: Max Grunwald, Geschichte der Juden in Wien 1625–1740, in: Geschichte der Stadt Wien, hg. vom Alterthumsverein zu Wien, Bd. 5 (Wien 1914), 65ff.

Grunwald, Oppenheimer: Max Grunwald, Samuel Oppenheimer und sein Kreis. Ein Kapitel aus der Finanzgeschichte Österreichs (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutsch-Österreich 5, Wien/Leipzig 1913).

Grunwald, Vienna: Max Grunwald, Vienna (Jewish Community Series, Philadelphia 1936).

Gugitz, Huhnopfer: Gustav Gugitz, Das Huhnopfer in Ober St. Veit und der Heilige Veit, in: UH N.F. 6 (1933) 212 ff.

Gugitz, Faschingsbrauch: Gustav Gugitz, Altwiener Faschingsbrauch, in: Das Jahr und seine Feste im Volksbrauch Österreichs 1 (Wien 1949), 15 ff.

Gugitz, Mord: Gustav Gugitz, Mord und Totschlag in Alt-Wien. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Sicherheit und Kriminalität in Wien im 17. und 18. Jahrhundert, in: JbVGStW 14 (1958), 141 ff.

Gugitz, Kaffeehaus: Gustav Gugitz, Das Wiener Kaffeehaus. Ein Stück Kultur- und Lokalgeschichte (Wien 1940).

Gutkas, Österreichs Städte: Karl Gutkas, Österreichs Städte zwischen Türkenkriegen und staatlichem Absolutismus, in: Städtewesen und Merkantilismus in Mitteleuropa, hg. von Volker Press (Städteforschung. Veröffentlichungen des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster, A 14, Köln/Wien 1983), 82 ff.

Haberzettl, Exjesuiten: Hermann Haberzettl, Die Stellung der Exjesuiten in Politik und Kulturleben Österreichs zu Ende des 18. Jahrhunderts. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1971).

Hack, Messerhandel: Irmgard Hack, Der Messerhandel der Stadt Steyr bis zum Ausgang des 17. Jahrhunderts, in: Oberösterreichische Heimatblätter 6 (1952), 1 ff.

Hadamowsky, Barocktheater: Franz Hadamowsky, Barocktheater am Wiener Kaiserhof, mit einem Spielplan (1625–1740), in: Jahrbuch der Gesellschaft für Wiener Theaterforschung 1951/52 (Wien 1955), 7 ff.

Hadamowsky, Hoftheater: Franz Hadamowsky, Das Hoftheater Leopolds I. und das Kostümwerk des Ludovico Burnacini (Wien 1948).

Hadamowsky, Schauspielfreiheit: Franz Hadamowsky, Die Schauspielfreiheit, die »Erhebung des Burgtheaters zum Hoftheater« und seine »Begründung als Nationaltheater« im Jahr 1776, in: Maske und Kothurn 22 (1976), 5 ff.

Hadamowsky, Societas Jesu: Franz Hadamowsky, Das Theater in den Schulen der Societas Jesu in Wien (1555–1761). Daten, Dramen, Darsteller. Eine Auswahl aus Quellen in der Österreichischen Nationalbibliothek (Wien u.a. 1991).

Hadamowsky, Theaterbauten: Franz Hadamowsky, Theaterbauten und Bühnenkostüme für den Hof Leopolds I. Ein Beitrag zur Geschichte des barocken Hoftheaters in Wien, in: Die Österreichische Nationalbibliothek (Wien 1948), 348 ff.

Hadamowsky, Theaterreform: Franz Hadamowsky, Die Josefinische Theaterreform und das Spieljahr 1776/77 des Burgtheaters. Eine Dokumentation (Quellen zur Theatergeschichte 2, Wien 1978).

Hadamowsky, Wien: Franz Hadamowsky, Wien. Theater Geschichte. Von den Anfängen bis zum Ende des Ersten Weltkriegs (Geschichte der Stadt Wien 3, Wien 1994).

Hadamowsky (Hg.), Galli-Bibiena: Die Familie Galli-Bibiena in Wien. Leben und Werk für das Theater, hg. von Franz Hadamowsky (Museion. Veröffentlichungen der ÖNB in Wien. N.F., 1. Reihe: Veröffentlichungen der Theatersammlung 2, Wien 1962).

Hafner=Zeche: 700 Jahre Wiener Hafner=Zeche 1234–1934 (Wien 1934).

Haider, Verlorenes Wien: Edgard Haider, Verlorenes Wien. Adelspaläste vergangener Tage (Wien/Köln/Graz 1984).

Haider, Oberösterreich: Siegfried Haider, Geschichte Oberösterreichs (Wien 1987).

Haider-Pregler, Abendschule: Hilde Haider-Pregler, Des sittlichen Bürgers Abendschule. Bildungsanspruch und Bildungsauftrag des Berufstheaters im 18. Jahrhundert (Wien 1980).

Haider-Pregler, National-Schaubühne: Hilde Haider-Pregler, Wien probiert seine National-Schaubühne. Das Theater am Kärntnertor in der Spielzeit 1769/70, in: Maske und Kothurn 20 (1974), 286 ff.

Haider-Pregler, Roßballett: Hilde Haider-Pregler, Das Roßballett im inneren Burghof zu Wien (Jänner 1667), in: Maske und Kothurn 15 (1969), 291 ff.

Hajós, Kunstdenkmäler: Géza Hajós, Die Kunstdenkmäler Wiens. Die Kirchen des III. Bezirks (ÖKT 41, Wien 1974).

Haldovsky, Altmannsdorf: Peter Haldovsky, Altmannsdorf 1138–1983 (Wien 1983).

Halm, Osthandel: Hans Halm, Habsburgischer Osthandel im 18. Jahrhundert (München 1954).

Hamann – Mühlberger – Skacel (Hg.), Universitätsviertel: Das alte Universitätsviertel in Wien, 1385–1985, hg. von Günther Hamann, Kurt Mühlberger und Franz Skacel (Wien 1985).

Hammer-Purgstall, Khlesls Leben: Josef von Hammer-Purgstall, Khlesl's, des Cardinals, Directors des geheimen Cabinetes Kaiser Mathias Leben, 4 Bde. (Wien 1847– 1851).

Hammerl – Lenhardt, Erdbeben: Christa Hammerl und Wolfgang Lenhardt, Erdbeben in Österreich (Wien 1997).

Handels- und Schifffahrtsvertrag: Der Handels- und Schifffahrtsvertrag von 1718, in: Österreichisches wirtschaftsstatistisches Archiv 9 (1909), 429 ff.

Hann, Seidenmanufakturen: Gertrud Hann, Die Seidenmanufakturen in Wien und Niederösterreich zur Zeit Maria Theresias. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1947).

Hanslick, Concertwesen: Eduard Hanslick, Geschichte des Concertwesens in Wien (Wien 1869).

Hartl, Kriminalgericht: Friedrich Hartl, Das Wiener Kriminalgericht. Strafrechtspflege vom Zeitalter der Aufklärung bis zur österreichischen Revolution (Wiener rechtsgeschichtliche Arbeiten 10, Graz 1973).

Hartmann, Erinnerungen: Anna Hartmann, Erinnerungen einer alten Wienerin, hg., bearb. und mit einer Einleitung versehen von Erika Flemmich (Damit es nicht verloren geht 41, Wien/Köln/Weimar 1998).

Hassinger, Außenhandel: Herbert Hassinger, Der Außenhandel der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Bericht über die Erste Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Mainz 4.–6. März 1963, hg. von Friedrich Lütge (Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 6, Stuttgart 1964), 61 ff.

Hassinger, Becher: Herbert Hassinger, Johann Joachim Becher (1635–1682). Ein Beitrag zur Geschichte des Merkantilismus (Wien 1951).

Hassinger, Bechers Bedeutung: Herbert Hassinger, Johann Joachim Bechers Bedeutung für die Entwicklung der Seidenindustrie in Deutschland, in: VJSSWG 38 (1951), 209 ff.

Hassinger, Geschichte: Herbert Hassinger, Geschichte des Zollwesens, Handels und Verkehrs in den östlichen Alpenländern vom Spätmittelalter bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts (Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit 16/1, Stuttgart 1987).

Hassinger, Handelskompanie: Herbert Hassinger, Die erste Wiener orientalische Handelskompanie, in: VJSSWG 35 (1942), 1 ff.

Hassinger, Länder: Herbert Hassinger, Die althabsburgischen Länder und Salzburg 1350–1650, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 3 (Stuttgart 1986), 927 ff.

Hassinger, Manufakturen: Herbert Hassinger, Der Stand der Manufakturen in den deutschen Erbländern der Habsburgermonarchie am Ende des 18. Jahrhunderts, in: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Bericht über die Erste Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Mainz 4.–6. März 1963, hg. von Friedrich Lütge (Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 6, Stuttgart 1964), 110 ff.

Hassinger, Villach: Herbert Hassinger, Die Handels- und Verkehrsstellung Villachs bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Carinthia 166 (1976), 211 ff.

Hassinger, Wien: Herbert Hassinger, Wien im Zeitalter des Merkantilismus, in: Nachrichtenblatt des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 3 (1941), H. 1–3, 1 ff.

Hatschek, Manufakturhaus: Hans J. Hatschek, Das Manufakturhaus auf dem Tabor in Wien. Ein Beitrag zur österreichischen Wirthschaftsgeschichte des 17. Jahrhunderts (Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen 6, 1. Heft, hg. von Gustav Schmoller, Leipzig 1886).

Häusler, Judentum: Wolfgang Häusler, Der Weg des Wiener Judentums von der Toleranz zur Emanzipation, in: JbVGStW 30/31 (1974/75), 84 ff.

Häusler, Josephinische Publizistik: Wolfgang Häusler, Die josephinische Publizistik zur Frage der Toleranz für das österreichische Judentum, in: Bericht über den vierzehnten österreichischen Historikertag in Wien (Wien 1979), 59 ff.

Hawlik-Van de Water, Kapuzinergruft: Magdalena Hawlik-Van de Water, Die Kapuzinergruft. Begräbnisstätte der Habsburger in Wien (Wien/Freiburg/Basel 1987).

Hecht, Finanzhaushalt: Karl Hecht, Der Finanzhaushalt der Stadt Wien 1570–1600. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1958).

Heimann-Jelinek, Judentum: Felicitas Heimann-Jelinek, Österreichisches Judentum zur Zeit des Barock, in: Die österreichischen Hofjuden und ihre Zeit, hg. von Karl Schubert (Studia Judaica Austriaca XII, Eisenstadt 1991), 8 ff.

Heimatbuch Mariahilf: Das Wiener Heimatbuch Mariahilf, hg. von der Arbeitsgemeinschaft des Mariahilfer Heimatmuseums (Wien 1963).

Helbling, Faber: Leo Helbling, Dr. Johann Faber. Beiträge zu seiner Lebensgeschichte (Münster/Westfalen 1941).

Hengerer, Adelsintegration: Mark Hengerer, Adelsintegration am Kaiserhof 1620 bis 1665, in: Mitteilungen der Residenzen-Kommission der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen 10/1 (2000), 21 ff.

Hengerer, Zeremoniell: Mark Hengerer, Adelsintegration am Kaiserhof (1618–1665). Zeremoniell, Personal, Finanzen, Netzwerke, in: Frühneuzeit-Info 9/2 (1998), 274 ff.

Hengerer, Adelsgräber: Mark Hengerer, Zur symbolischen Dimension eines sozialen Phänomens: Adelsgräber in der Residenz (Wien im 17. Jahrhundert), in: Wien im Dreißigjährigen Krieg (siehe dort), 250 ff.

Henn, Théâtre Français: Richard Henn, Das Wiener Théâtre Français près de la Cour. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1936/37).

Herrenschießen: Hernach volgt die Ordentliche beschreibung des großen Herrenschießen mit der Püchsen [...] im 1563. Getruckt zu Wienn.

Herrmann, Lehrkörper: Elisabeth Herrmann, Beiträge zur Geschichte des Lehrkörpers der medizinischen Fakultät der Universität Wien im 18. Jahrhundert. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1981).

Hersche, Spätjansenismus: Peter Hersche, Der Spätjansenismus in Österreich (Schriften des DDr. Franz Joseph Mayer-Gunthof-Fonds 11/Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 7, Wien 1977).

Hersche, Migazzi: Peter Hersche, Erzbischof Migazzi und die Anfänge der jansenistischen Bewegung in Wien, in: MÖStA 24 (1971), 280 ff.

Herzfeld, Orienthandelspolitik: Marianne von Herzfeld, Zur Orienthandelspolitik Österreichs unter Maria Theresia in der Zeit von 1740–1771, in: AÖG 108 (1919), 216ff.

Herzog, Literatur in Isolation: Urs Herzog, Literatur in Isolation und Einsamkeit. Catharina Regina von Greiffenberg und ihr literarischer Freundeskreis, in: Deutsche Vierteljahrsschrift für Literatur und Geistesgeschichte 45 (1971), 515 ff.

Hetzendorf: Die Schloßkirche Hetzendorf (Wien o. J.).

Heyden-Rynsch, Europäische Salons: Verena von der Heyden-Rynsch, Europäische Salons. Höhepunkte einer versunkenen weiblichen Kultur (Reinbek bei Hamburg 1995).

Heyret, Aviano: Maria Johanna Heyret, P. Markus von Aviano (München 1931).

Hiess, Großjedlersdorf: Ottilie Hiess, Pfarrkirche Großjedlersdorf »Klein Maria Taferl«. 200 Jahre Pfarre Großjedlersdorf 1783–1983 (Wien 1983).

Hildebrandt (Hg.), Quellen: Quellen und Regesten zu den Augsburger Handelshäusern Paler und Rehlinger 1539–1642, hg. und eingeleitet von Reinhard Hildebrandt, Teil 1: 1539–1623 (Deutsche Handelsakten des Mittelalters und der Neuzeit XIX, Stuttgart 1996).

HILSCHER, Leier: Elisabeth Theresia HILSCHER, Mit Leier und Schwert. Die Habsburger und die Musik (Graz/Wien/Köln 2000).

HILSCHER, St. Johann von Nepomuk: Karl HILSCHER, Geschichte der Pfarre und Kirche St. Johann von Nepomuk in Wien, XII. Bezirk, Meidling (2. Auflage, Wien 1900).

HINKEL, Wien: Raimund HINKEL, Wien an der Donau. Der große Strom, seine Beziehung zur Stadt und die Entwicklung der Schiffahrt im Wandel der Zeit (Wien 1995).

HIRSCH, Münzarchiv: Johann Chr. HIRSCH, Des Teutschen Reichs Münzarchiv, Bd. 5 (Nürnberg 1759).

Hirschstetten: Hirschstetten einst und jetzt. Festschrift zur Weihe der neuen Pfarrkirche von Hirschstetten (Wien 1961).

HOCHRADNER – VÖRÖSMARTY, Mária Pócs: Thomas HOCHRADNER und Géza Michael VÖRÖSMARTY, Zur Musikpflege am Altar Mária Pócs (Maria Pötsch) in St. Stephan in Wien, in: Studia Musicologica Scientiarum Hungaricae 41/1–3 (2000), 133 ff.

HOCHSTADT, Migration: Steve HOCHSTADT, Migration in Preindustrial Germany, in: Central European History 16 (1983), 195 ff.

HÖDL, Juden in Österreich: Sabine HÖDL, Zur Geschichte der Juden in Österreich unter der Enns 1550–1625. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1998).

HÖDL, Suche: Sabine HÖDL, Eine Suche nach jüdischen Zeugnissen in einer Zeit ohne Juden. Zur Geschichte der Juden in Niederösterreich von 1420 bis 1555, in: MÖStA 45 (1997), 271 ff.

HÖDL – STAUDINGER, Juden: Sabine HÖDL und Barbara STAUDINGER, »Ob mans nicht bei den juden … leichter und wolfailer bekommen müege«. Juden im Habsburgerreich als kaiserliche Kreditgeber 1520–1620, in: Finanzen in den habsburgischen Ländern und im Heiligen Römischen Reich am Beginn der Neuzeit, hg. von Friedrich EDELMAYER, Maximilian LANZINNER und Peter RAUSCHER (in Druckvorbereitung).

HOFBAUER, Alservorstadt: Carl HOFBAUER, Die Alservorstadt (Wien 1861).

HOFBAUER, Rossau: Carl HOFBAUER, Die Rossau und das Fischerdörfchen am oberen Werd (Wien 1866).

HOFFMANN, Wirtschaftsgeschichte: Alfred HOFFMANN, Werden. Wachsen. Reifen. Wirtschaftsgeschichte des Landes Oberösterreich, Bd. 1 (Salzburg 1952).

HOFMANN, Schottenfelder Kirche: Christine HOFMANN, Die Schottenfelder Kirche (Aufnahmearbeit Kunsthistorisches Institut, Wien 1983).

HOFMANN, Accademia: Ulrike HOFMANN, Die Accademia am Wiener Kaiserhof unter der Regierung Kaiser Leopolds I., in: Musicologia Austriaca 2 (1979), 76 ff.

HOFMANN, Serenata: Ulrike HOFMANN, Die Serenata am Hofe Kaiser Leopold I. 1658–1705. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1975).

HOFMEISTER, Magistratsverfassung: Herbert HOFMEISTER, Die Magistratsverfassung Josefs II., in: Mestské právo v 16.–18. Století v Europe (Prag 1982), 107 ff.

HOLL, Starhemberg: Brigitte HOLL, Hofkammerpräsident Gundaker Thomas Starhemberg und die österreichische Finanzpolitik der Barockzeit (1703–1715) (AÖG 132, Wien 1976).

HOLLERWEGER, Reform: Hans HOLLERWEGER, Die Reform des Gottesdienstes zur Zeit des Josephinismus in Österreich (Studien zur Pastoralliturgie 1, Regensburg 1976).

HORMAYR, Reisende: Joseph v. HORMAYR, Österreichische Reisende aus der Vorzeit: Hieronymus Beck von Leopoldsdorf, in: Taschenbuch für die vaterländische Geschichte 9 (1828), 23 ff.

HORN, Wiener Hebammen: Sonia Johanna HORN, »… dann mit meiner Hebammerey ich vill mehr gewinnen kann, alß mein Mann mit seiner Doctorey.« Wiener Hebammen 1700–1750. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1995).

Hörnigk, Oesterreich über Alles: (Philipp Wilhelm Hörnigk) P. W. v. H., Oesterreich über Alles, wann es nur will; Das ist: Wohlmeinender Fürschlag, Wie mittelst einer wohlbestellten Landes=Oeconomie, die Kayserl.Königl.Erb=Lande in kurtzem über alle andere Staaten von Europa zu erheben ... (9. Auflage, Frankfurt/Leipzig 1750).

Hovorka, Wiener Studenten: Marianne Hovorka, Die Wiener als Studenten an der Universität Wien im Spätmittelalter 1365–1519. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1980).

Hübl, Schotten: Albert Hübl, Geschichte des Unterrichts im Stifte Schotten in Wien (Wien 1907).

Hübl, St. Anna: Albert Hübl, Das Gymnasium bei St. Anna 1775–1807 (Wien 1909).

Hülber, Arbeitsnachweise: Hans Hülber, Arbeitsnachweise, Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktgeschehen in Österreich in vorindustrieller Zeit unter besonderer Berücksichtigung Wiens. Eine sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Studie, in: WGBll. 30 (1975), Sonderheft.

Hummelberger – Peball, Befestigungen Wiens: Walter Hummelberger/Kurt Peball, Die Befestigungen Wiens (Wiener Geschichtsbücher 14, Wien 1974).

Hummelberger, Wiens erste Belagerung: Walter Hummelberger, Wiens erste Belagerung durch die Türken 1529 (Militärhistorische Schriftenreihe 33, 3. Auflage, Wien 1983).

Iby – Koller, Schönbrunn: Elfriede Iby und Alexander Koller, Schönbrunn (Wien 2000).

Ilg, Handel: A. Ilg, Wiener Handel und Gewerbe im XVIII. Jahrhundert (Wien 1888).

Israel, Jewry: Jonathan I. Israel, European Jewry in the Age of Mercantilism, 1550–1750 (Oxford 1985).

Jäger-Sunstenau, Innung der Stricker: Hanns Jäger-Sunstenau, 350 Jahre Innung der Stricker in Wien, in: Maschen (Wien 1962).

Jäger-Sunstenau, Schützenfest: Hanns Jäger-Sunstenau, Über das Wiener Schützenfest 1563, in: WGBll 15 (1960), 138 ff.

Jäger-Sunstenau, Teilnehmer: Hanns Jäger-Sunstenau, Die Teilnehmer am Wiener Schützenfest des Jahres 1563, in: Adler. Zeitschrift für Genealogie und Heraldik 19 (1961), 200 f.

Janáček, Handelsbeziehungen: Josef Janáček, Die Handelsbeziehungen zwischen Prag und Linz im 16. Jahrhundert, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz (1960), 55 ff.

Janáček, Italové: Josef Janáček, Italové v předbělohorské Praze (1526–1620), in: Pražský sborník historický 16 (1983), 77 ff.

Jekl, Italiener: Konrad Jekl, Die Italiener in Wien in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1953).

Jesinger, Lekturkabinette: Alois Jesinger, Wiener Lekturkabinette (Wien 1928).

John – Lichtblau, Schmelztiegel: Michael John und Albert Lichtblau, Schmelztiegel Wien – einst und jetzt. Zur Geschichte und Gegenwart von Zuwanderung und Minderheiten (Wien/Köln 1990).

Joly, Fétes théâtrales: Jacques Joly, Les fétes théâtrales de Métastase à la cour de Vienne (1731–67) (Clermont-Ferrand 1978).

Josephinische Pfarrgründungen: Karl Weinberger und Johann Weissensteiner, Josephinische Pfarrgründungen in Wien (Wien 1985).

Just – Pils, Randgruppen: Thomas Just und Susanne Claudine Pils, Die Entstehung der Unbarmherzigkeit. Randgruppen und Außenseiter in Wien vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert (WGBll. Beih. 1, Wien 1997).

Just – Weigl, Stadtguardia: Thomas Just und Andreas Weigl, Die Wiener Stadtguardia und der Dreißigjährige Krieg, in: Bulletin des Arbeitskreises Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit 4 (2000), Nr. 5, 25 ff.

Just, Gericht: Thomas Just, Das patrimoniale Gericht des Wiener Bürgerspitals in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: Justiz und Gerechtigkeit. Historische Beiträge (16.–19. Jahrhundert), hg. von Andrea Griesebner, Martin Scheutz und Herwig Weigl (Innsbruck 2002), 269 ff.

Just, Pilgerhaus: Thomas Just, Das Wiener Pilgerhaus. Untersuchungen zum Leben, zur Wirtschaftsführung und Bautätigkeit in einem Wiener Spital des 15. Jahrhunderts. Ungedr. Staatsprüfungsarbeit am Institut für österreichische Geschichtsforschung (Wien 1995).

Just, Pilgramhaus: Thomas Just, Das Wiener Pilgramhaus, in: WGBll. 51 (1996), 65 ff.

Just, Umgang: Thomas Just, Er sauge die Unterthanen aus wie die Wespen die suessen pürn. Städtischer Umgang mit Armut und Bettel zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, in: Wien im Dreißigjährigen Krieg (siehe dort), 397 ff.

Kallbrunner, Wiener Hofquartierwesen: Josef Kallbrunner, Das Wiener Hofquartierwesen und die Maßnahmen gegen die Quartiersnot im 17. und 18. Jahrhundert, in: MVGStW 5 (1925), 24 ff.

Kammerer, Gymnasien: Wilhelm Kammerer, Die Wiener Gymnasien von 1740–1848. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1951).

Kanduth, Dichtung: Erika Kanduth, Italienische Dichtung am Wiener Hof im 17. Jahrhundert, in: Beiträge zur Aufnahme der italienischen und spanischen Literatur in Deutschland im 16. und 17. Jahrhundert, hg. von Alberto Martino (Chloe 9, Amsterdam 1990), 171 ff.

Kann, Intellectual History: Robert A. Kann, A Study in Austrian Intellectual History. From Late Baroque to Romanticism (London 1960).

Karmeliter: 350 Jahre Karmeliter in der Leopoldstadt, Pfarrkirche St. Josef (Der Treffpunkt 20, Wien 1947).

Kassowitz, Reformvorschläge: Theodor Bruno Kassowitz, Die Reformvorschläge Kaiser Ferdinands I. auf dem Konzil von Trient (Wien/Leipzig 1906).

Kauffmann, Wien: Kai Kauffmann, »Es ist nur ein Wien!« Stadtbeschreibungen von Wien, 1700 bis 1873. Geschichte eines literarischen Genres der Wiener Publizistik (Literatur in der Geschichte – Geschichte in der Literatur, Wien/Köln/Weimar 1994).

Kaufmann, Vertreibung: David Kaufmann, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederösterreich. Ihre Vorgeschichte (1625–1670) und ihre Opfer (Wien 1889).

Kaufmann, Wertheimer: David Kaufmann, Samson Wertheimer, der Oberhoffactor und Landesrabbiner (1658–1724) und seine Kinder (Zur Geschichte jüdischer Familien I, Wien 1888).

Kaufmann, Höfe: Thomas DaCosta Kaufmann, Höfe, Klöster und Städte. Kunst und Kultur in Mitteleuropa 1450–1800 (Köln 1998).

Keil-Budischowsky, Theater Wiens: Verena Keil-Budischowsky, Die Theater Wiens (Wiener Geschichtsbücher 30–32, Wien/Hamburg 1983).

Keller, Confessio Augustana: Rudolf Keller, Die Confessio Augustana im theologischen Wirken des Rostocker Professors David Chyträus (1530–1660) (Forschungen zur Kirchen- und Dogmengeschichte 60, Göttingen 1994).

Kerschbaumer, Klesel: Anton Kerschbaumer, Cardinal Klesel, Minister-Präsident unter Kaiser Mathias (Wien 1905).

KEYSSLER, Reisen: Johann George KEYSSLER, Fortsetzung Neuester Reisen durch Teutschland, Böhmen, Ungarn, die Schweitz, Italien und Lothringen (...) (Hannover 1741).

KHEVENHILLER, Annales 7 und 9: Franz Christoph Graf von KHEVENHILLER ZU FRANCKENBURG, Annales Ferdinandei [...]. Bd. 7 (Leipzig 1722) und Bd. 9 (Leipzig 1724).

KINK, Universität: Rudolph KINK, Geschichte der kaiserlichen Universität zu Wien. Band 1, Teil 1: Geschichtliche Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Universität bis zur Neuzeit. Sammt urkundlichen Beilagen. Band 2: Statutenbuch der Universität (Wien 1854).

KINZELBACH, Gesundbleiben: Annemarie KINZELBACH, Gesundbleiben, Krankwerden, Armsein in der frühneuzeitlichen Gesellschaft. Gesunde und Kranke in den Reichsstädten Überlingen und Ulm, 1500–1700 (Medizin, Gesellschaft und Geschichte, Beih. 8, Stuttgart 1995).

KISCH, Wiens Vorstädte: Wilhelm KISCH, Die alten Strassen und Plätze von Wiens Vorstädten und ihre historisch interessanten Häuser (Wien 1888).

KITTEL, Vermögensverhältnisse: Erich KITTEL, Die Vermögensverhältnisse Wiener Bürger in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1966).

KITZLER, Erzbistum: Christine KITZLER, Die Errichtung des Erzbistums Wien 1718– 1729 (Veröffentlichungen des kirchenhistorischen Instituts der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien 7, Wien 1969).

KLATT, Chytraeus: Carl Reinhold Dettleff KLATT, David Chytraeus als Geschichtslehrer und Geschichtsschreiber. Diss. (Rostock 1908).

KLEEDORFER, Ratsbürger: Elisabeth KLEEDORFER, Die Wiener Ratsbürger zur Zeit Maria Theresias. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1972).

KLEIN, Bevölkerung: Kurt KLEIN, Die Bevölkerung Österreichs vom Beginn des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts (mit einem Abriß der Bevölkerungsentwicklung von 1754 bis 1869), in: Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Österreichs. Nebst einem Überblick über die Entwicklung der Bevölkerungs- und Sozialstatistik, hg. von Heimold HELCZMANOVSKI (Wien 1973), 47 ff.

KLEIN, Tauern: Herbert KLEIN, Brenner und Radstädter Tauern, in: Beiträge zur Siedlungs-, Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte von Salzburg (Festschrift f. H. Klein zum 65. Geburtstag, Salzburg 1965), 411 ff.

KLEIN-BRUCKSCHWAIGER, Kirchmeisteramt: Franz KLEIN-BRUCKSCHWAIGER, Das Kirchmeisteramt zu St. Stephan in der Wiener Stadtverfassung, in: WGBll. 24 (1969), 502 ff.

KLEMM, Meteorologische Beobachtungen: Fritz KLEMM, Die Entwicklung der meteorologischen Beobachtungen in Österreich einschließlich Böhmen und Mähren bis zum Jahr 1700 (Annalen der Meteorologie N.F. 21, Offenbach/Main 1983).

KLINGENSTEIN, Kaunitz: Grete KLINGENSTEIN, Habsburgischer Adel im Zeitalter des Absolutismus. Herkunft und Bildung des Staatskanzlers Kaunitz. Ungedr. Habil.-Schrift (Wien 1973).

KLINGER, Döbling: Hans KLINGER, 200 Jahre Pfarre Döbling St. Paul (Wien 1983).

KLOPP, Corrispondenza: Onno KLOPP, Corrispondenza epistolare tra Leopoldo I. imperatore ed il P. Marco d'Aviano cappuccino (Graz 1888).

KLOSE, Lage: Alfred KLOSE, Die wirtschaftliche Lage der bürgerlichen Gewerbe in Wien von 1749 bis 1775. Dargestellt nach den Unbehaustenbüchern. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1957).

KLÖTZL, Ober St. Veit: Gebhard KLÖTZL, 700 Jahre Pfarre Ober St. Veit (Wien 1987).

KLUCKERT, Kunst: Ehrenfried KLUCKERT, Kunst und Architektur im 17. und 18. Jahrhundert. Barock und Rokoko, in: Wien. Kunst und Architektur, hg. von Rolf TOMAN (Köln 1999), 44 ff.

KNITTLER, Habsburgermonarchie: Herbert KNITTLER, Die Habsburgermonarchie 1648–1848, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 4 (Stuttgart 1993), 880 ff.

KNITTLER, Verkehrswesen: Herbert KNITTLER, Das Verkehrswesen als Ausgangspunkt einer staatlichen Infrastrukturpolitik, in: Von der Glückseligkeit des Staates, hg. von Herbert MATIS (Berlin 1981), 137 ff.

KNOFLER, Das theresianische Wien: Monika KNOFLER, Das theresianische Wien. Der Alltag in den Bildern Canalettos (Wien/Köln/Graz 1979).

KÖCHEL, Hof-Musikkapelle: Ludwig R. v. KÖCHEL, Die kaiserliche Hof-Musikkapelle in Wien von 1543 bis 1867 (Wien 1869).

KOHL, Entzauberter Blick: Karl-Heinz KOHL, Entzauberter Blick. Das Bild vom Guten Wilden (Frankfurt 1986).

KOMLOS, Leute: John KOMLOS, Warum wurden die Leute kleiner in einer wachsenden Volkswirtschaft? In: Historical Social Research 22/2 (1997), 150 ff.

KOMLOSY, Selektion: Andrea KOMLOSY, »Zur Belassung am hiesigen Platze nicht geeignet ...« Selektion und Kontrolle der Zuwanderung ins Kernland der Habsburgermonarchie, in: JbLKNÖ 62 (1996), 555 ff.

Konsularakademie: Die Konsularakademie von 1754 bis 1904, hg. im Auftrag des k. und k. Ministers des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußeren Agenor Graf GOLUCHOWSKI VON GOLUCHOLWO (Wien 1904).

KOPALLIK, Regesten: Joseph KOPALLIK, Regesten zur Geschichte der Erzdiözese Wien, 2 Bde. (Wien 1890–1894).

KOPALLIK – HOLZLAND, Franziskanerkonvent: Joseph KOPALLIK und Heinrich HOLZLAND, Geschichte des Franziskanerkonventes in Wien (Wien 1894).

KOUKOLIK, Studien: Sylvia Erna KOUKOLIK, Studien zur Geschichte der Wiener aus den Ländern der böhmischen Krone in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1971).

KOVÁCS, Benefiziatskapitel: Elisabeth KOVÁCS, Zur Gründung des Schwandnerischen Benefiziatskapitels an der St. Peterskirche in Wien 1754, in: Beiträge zu Wiener Diözesangeschichte 15 (1974), 25 ff.

KOVÁCS, Pabst: Elisabeth KOVÁCS, Der Pabst in Teutschland. Die Reise Pius VI. im Jahre 1782 (München 1983).

KOVÁCS, Klosteraufhebungen: Elisabeth KOVÁCS, Josephinische Klosteraufhebungen 1782–1789, in: Österreich zur Zeit Kaiser Josephs II. Katalog der Ausstellung im Stift Melk 1980 (Katalog des niederösterreichischen Landesmuseums N.F. 95, Wien 1980).

KOVACS, Bänkelsang: Susanne KOVACS, Der historische Bänkelsang in Wien. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Medien von 1740–1848. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1987).

KOY, Klosterneuburg: Berthold Franz KOY, Das Augustiner Chorherrenstift Klosterneuburg vom Beginn der Alleinregierung Kaiser Josephs II. bis zur Jahrhundertwende (1780–1800). Ungedr. phil. Diss. (Wien 1977).

KRAFFT-EBING, Pest: Richard von KRAFFT-EBING, Zur Geschichte der Pest in Wien (Leipzig/Wien 1899).

KRAMER, Musik: Waltraute KRAMER, Die Musik im Wiener Jesuitendrama von 1677–1711. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1961).

KRAMERT, Ausgrabungen: Klemens KRAMERT, Ausgrabungen unter der St. Jakobskirche dokumentieren 1500 Jahre Heiligenstadt (Wien 1954).

KRATOCHWILL, Bäckerschupfen: Max KRATOCHWILL, Ein Bäckerschupfen in der Roßau (1728), in: JbVGStW 21/22 (1965/66), 250 ff.

KRAUS, Denkbuch: Honorius KRAUS, Denkbuch der Pfarre und Kirche zum heiligen Laurenzius im Schottenfelde (Wien 1839).

KRAUS, Itinerarium: Victor von KRAUS, Itinerarium Maximiliani I. 1508–1518. Mit einleitenden Bemerkungen über das Kanzleiwesen Maximilians I., in: AÖG 87 (1899), 229 ff.

KRAUS – MÜLLER, Palais: Wolfgang KRAUS und Peter MÜLLER, Wiener Palais (München/Wien 1991).

KRAUSS, Geserah: Samuel KRAUSS, Die Wiener Geserah vom Jahre 1421 (Wien/Leipzig 1920).

KRESSER, Hochwässer: Werner KRESSER, Die Hochwässer der Donau (Schriftenreihe des österreichischen Wasserwirtschaftsverbandes 32/33, Wien 1957).

KRETSCHMER, Sturmpetition: Helmut KRETSCHMER, Sturmpetition und Blockade Wiens im Jahre 1619 (Militärhist. Schriftenreihe 38, Wien 1978).

KRETSCHMER, Handwerkerfrauen: Sigrid KRETSCHMER, Wiener Handwerkerfrauen. Wirtschafts- und Lebensformen von Frauen im 18. Jahrhundert (Feministische Theorie 41, Wien 2000).

KRIEGLEDER, Ratschky: Wynfried KRIEGLEDER, Joseph Franz Ratschky. Eine Monographie. Mit bisher unveröffentlichten Handschriften. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1985).

KRISCH, Fischmarkt: Anton KRISCH, Der Wiener Fischmarkt (Wien 1900).

KRÖLL, Aufhebung: Helmut KRÖLL, Beiträge zur Geschichte der Aufhebung der Gesellschaft Jesu in Wien und Niederösterreich. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1964).

KRÖLL, Auswirkungen: Helmut KRÖLL, Die Auswirkungen der Aufhebung des Jesuitenordens in Wien und Niederösterreich. Ein Beitrag zur Geschichte des Josephinismus in Österreich, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 34 (1971), 547 ff.

KRÖLL, Universität Wien: Helmut KRÖLL, Die Universität Wien und die Aufhebung des Jesuitenordens, in: UH 36 (1965), 46 ff.

KROUPA, Kaunitz: Jiří KROUPA, Fürst Wenzel Anton Kaunitz-Rietberg. Ein Kunstmäzen und Curieux der Aufklärung, in: Staatskanzler Wenzel Anton von Kaunitz-Rietberg 1711–1794, hg. von Grete KLINGENSTEIN und Franz A.J. SZABO (Graz u.a. 1996), 360ff.

KUBINYI: Ofen und Pest: András KUBINYI, Die Städte Ofen und Pest und der Fernhandel am Ende des 15. und zu Anfang des 16. Jahrhunderts, in: Der Außenhandel Ostmitteleuropas 1450–1650, hg. von Ingomar BOG (Köln/Wien 1971), 342 ff.

KÜCHELBECKER, Nachricht: Johanni Basilii KÜCHELBECKERS I.V.Pl. Allerneueste Nachricht vom Römisch-Kayserl. Hofe (2. Auflage, Hannover 1732).

KÜHNEL, Beiträge: Harry KÜHNEL, Beiträge zur Geschichte der Wiener Hofburg im 16. und 17. Jahrhundert, in: Anzeiger der phil.-hist. Klasse d. österreichischen Akademie der Wissenschaften 95 (1958), 268 ff.

KÜHNEL, Hofburg: Harry KÜHNEL, Die Hofburg (Wiener Geschichtsbücher 5, Wien/Hamburg 1971).

KÜHNEL, Hofburg zu Wien: Harry KÜHNEL, Die Hofburg zu Wien (Graz/Köln 1964).

KÜHNEL, Leopoldinischer Trakt: Harry KÜHNEL, Der leopoldinische Trakt der Wiener Hofburg, in: Anzeiger der phil.-hist. Klasse d. österreichischen Akademie der Wissenschaften 93 (1956) 255 ff.

KUNZ, Höfisches Theater: Harald KUNZ, Höfisches Theater in Wien zur Zeit der Maria Theresia, in: Jahrbuch der Gesellschaft für Wiener Theaterforschung 1953/54 (Wien 1958), 3 ff.

KUNZE, Ratsbürger: Irene KUNZE, Die Wiener Ratsbürger 1706–1740. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1974).

KURDIOVSKY, Winterpalais: Richard KURDIOVSKY, Das Winterpalais des Prinzen Eugen. Von der Residenz des Feldherrn zum Finanzministerium der Republik (Wien 2001).

KURZ, Gedenkbuch: Joseph KURZ, Gedenkbuch der landesfürstlichen Stadtpfarre zu den 9 Chören der Engel am Hof (Wien 1891).

KURZ, Mariensäule: Joseph KURZ, Zur Geschichte der Mariensäule Am Hof und der Andachten vor derselben (Wien 1904).

LABISCH –VÖGELE, Stadt und Gesundheit: Alfons LABISCH und Jörg VÖGELE, Stadt und Gesundheit. Anmerkungen zur neueren sozial- und medizinhistorischen Diskussion in Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 37 (1997), 396 ff.

LAFERL, Spanier: Christopher F. LAFERL, Die Kultur der Spanier in Österreich unter Ferdinand I. 1522–1564 (Junge Wiener Romanistik 14, Wien/Köln/Weimar 1997).

LAMB, Klima: Hubert Horace LAMB, Klima und Kulturgeschichte. Der Einfluß des Wetters auf den Gang der Geschichte (Reinbek bei Hamburg 1989).

LAMPERT, Musik und Musiker: Ulrike LAMPERT, Musik und Musiker am Hof von Kaiser Josef I. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1998).

LANDSTEINER, Crisis: Erich LANDSTEINER, The crisis of wine production in late sixteenth-century Central Europe: Climatic causes and economic consequences, in: Climatic Change 43/1 (1999), 323 ff.

LANDSTEINER, Einen Bären anbinden: Erich LANDSTEINER, Einen Bären anbinden, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 4 (1993), 218 ff.

LANDSTEINER, Hantierung: Erich LANDSTEINER, Weinbau und bürgerliche Hantierung. Weinproduktion und Weinhandel in den landesfürstlichen Städten und Märkten Niederösterreichs in der frühen Neuzeit, in: Stadt und Wein, hg. von Ferdinand OPLL (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas XIV, Linz/Donau 1996), 17 ff.

LANDSTEINER, Trübselige Zeit: Erich LANDSTEINER, Trübselige Zeit? Auf der Suche nach den wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen des Klimawandels im späten 16. Jahrhundert, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 12/2 (2001), 79ff.

LANDSTEINER, Weinbau: Erich LANDSTEINER, Weinbau und Gesellschaft in Ostmitteleuropa. Materielle Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft im Weinbau, dargestellt am Beispiel Niederösterreichs in der frühen Neuzeit. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1992).

LANDSTEINER, Wiederaufbau: Erich LANDSTEINER, Wiederaufbau oder Transformation? Niederösterreich vor, während und nach dem Dreißigjährigen Krieg, in: Polen und Österreich im 17. Jahrhundert, hg. von Walter LEITSCH und Stanislaw TRAWKOWSKI (Wien 1999), 133 ff.

LANIER, Geschichte: Amalie LANIER, Die Geschichte des Bank- und Handelshauses Sina (Frankfurt a. M. 1998).

LASSACHER, Naschmarktküche: Martina LASSACHER, Die Wiener Naschmarktküche, in: WGBll. 52 (1997), 166 ff.

LAUFHÜTTE, Versuch: Hartmut LAUFHÜTTE, Emblematische Spiegelung eines Deoglori-Unternehmens: Der Plan Catharina Regina von Greiffenbergs, Kaiser Leopold I. zum Protestantismus zu bekehren, in: Literatur in Bayern 38 (1994), 58 ff.

LAUSCHER, Wetterchronik: Friedrich LAUSCHER, Beiträge zur Wetterchronik seit dem Mittelalter, in: Sitzungsberichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Math.-naturwiss. Klasse 194, Heft 2 (1985), 93 ff.

LAUSECKER, Produktionsformen: Sylvia LAUSECKER, Vor- und frühindustrielle Produktionsformen

am Beispiel der Seiden- und Baumwollindustrie in Wien 1740–1848. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1975).

LAVANDIER, Livre: Jean-Pierre LAVANDIER, Le livre au temps de Joseph II et de Leopold II: Code des lois de censure du livre pour les pays Austro-Bohemiens (1780–1792) (Histoire de la pensée litteraire viennoise, 2, Bern 1995).

LE GOFF, Fegefeuer: Jacques LE GOFF, Die Geburt des Fegefeuers (Stuttgart 1984).

LE ROY LADURIE, Sonnenschein: Emanuel LE ROY LADURIE, Die Geschichte von Sonnenschein und Regenwetter, in: M. BLOCH, F. BRAUDEL, L. FEBVRE u.a., Schrift und Materie der Geschichte. Vorschläge zur systematischen Aneignung historischer Prozesse, hg. von Claudia HONEGGER (Frankfurt/Main 1977), 220 ff.

LECHNER, Diözese Wien: Karl LECHNER, 500 Jahre Diözese Wien. Vorgeschichte und Geschichte des Wiener Bistums, in: UH 40 (1969), 53 ff.

LEITICH, Das süße Wien: Ann Tizia LEITICH, Das süße Wien. Von Kanditoren und Konditoren (Wien 1964).

LENCZ, Aufstand Bocskays: Géza LENCZ, Der Aufstand Bocskays und der Wiener Friede (Debrecen 1917).

LENZI (Hg.), Galli Bibiena: I Galli Bibiena. Una dinastia di architetti e scenografi, hg. von Deanna LENZI (Atti del convegno, Bibbiena 1995, Bibbiena 1997).

LENZI – BENTINI (Hg.) Bibiena: I Bibiena – una famiglia europea, hg. von Deanna LENZI und Jadranka BENTINI (Ausstellungskatalog, Bologna 2000).

LESKY – WANDRUSZKA (Hg.), Gerard van Swieten: Gerard van Swieten und seine Zeit. Internationales Symposium, veranstaltet von der Universität Wien im Institut für Geschichte der Medizin, hg. von Erna LESKY und Adam WANDRUSZKA (Studien zur Geschichte der Universität Wien 8, Wien/Graz/Köln 1973).

LESKY, Gesundheitswesen: Erna LESKY, Österreichisches Gesundheitswesen im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus, in: AÖG 122 (1959), 1 ff.

LEUCHTENMÜLLER-BOLOGNESE, Bevölkerungspolitik: Birgit LEUCHTENMÜLLER-BOLOGNESE, Bevölkerungspolitik zwischen Humanität, Realismus und Härte, in: Von der Glückseligkeit des Staates. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Österreich im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus, hg. von Herbert MATIS (Berlin 1981), 177 ff.

LHOTSKY, Bibliothek: Alphons LHOTSKY, Die Bibliothek des Bischofs von Wien, Dr. Iohannes Faber, in: Festschrift Karl Eder (Innsbruck 1959), 71 ff.

LHOTSKY, Sammlungen: Alphons LHOTSKY, Die Geschichte der Sammlungen, 2 Bde. (Festschrift des Kunsthistorischen Museums zur Feier des fünfzigjährigen Bestandes, 2. Teil, Wien 1941–1945).

LICHTENBERGER, Altstadt: Elisabeth LICHTENBERGER, Die Wiener Altstadt. Von der mittelalterlichen Bürgerstadt zur City (Wien 1977).

LICHTENBERGER, Bürgerstadt: Elisabeth LICHTENBERGER, Von der mittelalterlichen Bürgerstadt zur City. Sozialstatistische Querschnittsanalysen am Wiener Beispiel, in: Beiträge zur Bevölkerungs- und Sozialgeschichte Österreichs, hg. von Heimold HELZCMANOVSKI (Wien 1973), 297 ff.

LICHTENBERGER, Wien: Elisabeth LICHTENBERGER, Wien – Das sozialökologische Modell einer barocken Residenz um die Mitte des 18. Jahrhunderts, in: Städtische Kultur in der Barockzeit hg. von Wilhelm RAUSCH (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas VI, Linz/Donau 1982), 235 ff.

LIETZMANN, Neugebäude: Hilda LIETZMANN, Das Neugebäude in Wien. Sultan Süleymans Zelt –

Kaiser Maximilians II. Lustschloß. Ein Beitrag zur Kunst- und Kulturgeschichte der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts (München/Berlin 1987).

LIND, Chronik: K. LIND, Die Chronik der Familie Beck von Leopoldsdorf, in: BllVLKNÖ N.F. 9 (1875), 129 ff; 10 (1876), 96 ff, 210 ff; 11 (1877), 131 ff.

LINDNER, Hoftrompeter: Andreas LINDNER, Die kaiserlichen Hoftrompeter und -pauker in Wien von 1700 bis 1900. Quellenstudien im Archivbestand des Haus-, Hof- und Staatsarchives Wien. Ungedr. Diss. (Wien 1997).

LINK, National Court Theatre: Dorothea LINK, The National Court Theatre in Mozart's Vienna. Sources and documents, 1783–1792 (Oxford 1998).

LOESCHE, Protestantismus: Georg LOESCHE, Geschichte des Protestantismus im vormaligen und im neuen Österreich (Wien/Leipzig 1930).

LÖHNERT, Hetzendorf: Walter LÖHNERT, 200 Jahre Pfarre Hetzendorf, 75 Jahre Rosenkranzkirche (Wien 1984).

LOHRMANN, Finanz: Klaus LOHRMANN, Zwischen Finanz und Toleranz. Das Haus Habsburg und die Juden (Graz/Wien/Köln 2000).

LOHRMANN, Juden 1: Klaus LOHRMANN, Die Wiener Juden im Mittelalter (Geschichte der Juden in Wien 1, hg. vom Institut für Geschichte der Juden in Österreich, Berlin/Wien 2000).

LOHRMANN, Juden 3: Klaus LOHRMANN, Geschichte der Juden in Wien, Bd. 3 (in Druckvorbereitung).

LOHRMANN, Judenrecht: Klaus LOHRMANN, Judenrecht und Judenpolitik im mittelalterlichen Österreich (Handbuch zur Geschichte der Juden in Österreich, Reihe B, 1, Wien/Köln 1989).

LOHRMANN, Judentum: Klaus LOHRMANN, Das österreichische Judentum zur Zeit Maria Theresias und Josephs II. Katalog der Ausstellung (Studia Judaica Austriaca 7, Eisenstadt 1980).

LOHRMANN – WADL – WENNINGER, Entwicklung: Klaus LOHRMANN, Wilhelm WADL und Markus WENNINGER, Die Entwicklung des Judenrechtes in Österreich und seinen Nachbarländern, in: 1000 Jahre österreichisches Judentum. Ausstellungskatalog, hg. von Klaus LOHRMANN (Eisenstadt 1982), 25 ff.

LOIDL, Erzbistum: Franz LOIDL, Geschichte des Erzbistums Wien (Wien 1983).

LOIDL, Heilige: Franz LOIDL, Heilige, Selige und Ehrwürdige aus dem Wiener Bistum, in: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte 12 (1971), 33 ff.

LOIDL, Klosteraufhebungen: Franz LOIDL, Die Klosteraufhebungen auf dem Gebiet der heutigen Wiener Erzdiözese, in: Beiträge zu Wiener Diözesangeschichte 9 (1968), 3ff.

LOIDL, Maria-Pötsch: Franz LOIDL, Maria-Pötsch. Eine Richtigstellung und Ergänzung, in: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte 18 (1977), 44.

LOIDL, St. Othmar: Franz LOIDL, Die Pfarre St. Othmar »unter den Weißgärbern« und ihre Geschichte (Wien 1936).

LOIDL – KREXNER, Bischöfe: Franz LOIDL und Martin KREXNER, Wiens Bischöfe und Erzbischöfe (Wien 1983).

LORENZ, Allgemeines Krankenhaus: Hellmut LORENZ, Das Alte Allgemeine Krankenhaus in Wien. Baugestalt und Baugeschichte, in: Historie und Geist. Universitätscampus Wien, hg. von Alfred EBENBAUER, Wolfgang GREISENEGGER und Kurt MÜHLBERGER (Wien 1998), 37 ff.

LORENZ, Architektur: Hellmut LORENZ, Architektur, in: Barock, hg. von Hellmut LORENZ (Geschichte der bildenden Kunst in Österreich 4, Wien/München/London/New York 1999), 219 ff.

LORENZ, Barock: Barock, hg. von Hellmut LORENZ (Geschichte der bildenden Kunst in Österreich 4, Wien/München/London/New York 1999).

Lorenz, Festarchitektur: Hellmut Lorenz, Überlegungen zu einer unbekannten Festarchitektur Johann Bernhard Fischers von Erlach, in: Zeitschrift für Kunstgeschichte 57 (1994), 430 ff.

Lorenz, Gartenpalais: Hellmut Lorenz, Ein «exemplum« fürstlichen Mäzenatentums der Barockzeit – Bau und Ausstattung des Gartenpalastes Liechtenstein in Wien, in: Zeitschrift des deutschen Vereins für Kunstwissenschaft 43 (1989), 7 ff.

Lorenz, Imperial Hofburg: Hellmut Lorenz, The Imperial Hofburg. The Theory and Practice of Architectural Representation in Baroque Vienna, in: State and Society in Early Modern Austria, hg. von Charles W. Ingrao (West Lafayette 1994), 93 ff.

Lorenz, Martinelli: Hellmut Lorenz, Domenico Martinelli und die österreichische Barockarchitektur (Wien 1991).

Lorenz, Raumfolge: Hellmut Lorenz, Zur repräsentativen Raumfolge und Ausstattung der barocken Stadtpaläste Wiens, in: Barock: regional – international, hg. von Götz Pochat und Brigitte Wagner (Kunsthistorisches Jahrbuch Graz 25, Graz 1993), 291ff.

Lorenz u.a., Kinsky: Hellmut Lorenz, Wilhelm Georg Rizzi, Wolfgang Prochaska, Luigi A. Ronzoni u.a., Palais Daun-Kinsky: Wien, Freyung (Wien 2001).

Loschelder, Gerichtsordnung: Michael Loschelder, Die Österreichische Allgemeine Gerichtsordnung von 1781. Grundlagen- und Kodifikationsgeschichte (Schriften zur Rechtsgeschichte 18, Berlin 1978).

Loserth, Wiedertaufe: Johann Loserth, Wiedertaufe in Niederösterreich von ihren Anfängen bis zum Tod Balthasar Hubmaiers, in: BllVLKNÖ 33 (1899), 243 ff.

Louthan, Compromise: Howard Louthan, The Quest for Compromise: Peacemakers in Counter-Reformation Vienna (Cambridge 1997).

Lugsch, Siedlungs- und Sozialgeschichte: Walter Lugsch, Siedlungs- und Sozialgeschichte von Hernals 1680–1820, in: Felix Czeike und Walter Lugsch, Studien zur Sozialgeschichte von Ottakring und Hernals (Wiener Schriften 2, Wien 1955), 75 ff.

Luschin von Ebengreuth, Münzwesen: Arnold Luschin von Ebengreuth, Münzwesen, Handel und Verkehr im späteren Mittelalter, in: Geschichte der Stadt Wien, hg. vom Alterthumsverein der Stadt Wien, Bd. 2/2 (Wien 1905), 741 ff.

Mais, Gefängnis: Adolf Mais, Gefängnis und Tod der in Wien hingerichteten Wiedertäufer in ihren Briefen und Liedern, in: JbVGStW 19/20 (1963/64), 87 ff.

Mareck, Literaturgeschichte: Österreichs erste Literaturgeschichte aus der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts (Johann Baptist Gabriel Mareck), hg. von Kurt Adel (Schriftenreihe »Pro Austria«, Reihe A: Forschungen 1, Wien 1972).

Marek, Spielgrafenamt: Hans Georg Marek, Geschichte und Wesen des Spielgrafenamtes in Österreich (Der Schauspieler im Lichte der Soziologie 3, Wien 1957).

Maria Geburt: Zweihundert Jahre Pfarrkirche Maria Geburt am Rennweg 1768–1968 (Wien 1968).

Maria Theresia: Maria Theresia und ihre Zeit. Zur 200. Wiederkehr des Todestages. Katalog der Ausstellung in Wien, Schloß Schönbrunn (Salzburg/Wien 1980).

Maria Treu: 250 Jahre Piaristenpfarre Maria Treu: 250 Jahre Piaristenpfarre Maria Treu (Wien 1969).

Marperger, Dictionarium: Paul Jacob Marperger, Vollständiges Küch- und Keller-Dictionarium [...] (Hamburg 1716).

Matsche, Hofbibliothek: Franz Matsche, Die Hofbibliothek in Wien als Denkmal kaiserlicher

Kulturpolitik, in: Ikonographie der Bibliotheken, hg. von Carsten-Peter WARNCKE (Wolfenbüttler Schriften zur Geschichte des Buchwesens 17, Wiesbaden 1992), 199 ff.

MATSCHE, Kaiserstil: Franz MATSCHE, Die Kunst im Dienst der Staatsidee Kaiser Karls VI. Ikonographie, Ikonologie und Programmatik des »Kaiserstils« (Beiträge zur Kunstgeschichte 16, Berlin/New York 1981).

MATT, Bürgertestamente: Richard MATT, Die Wiener protestantischen Bürgertestamente. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1935).

MATTL-WURM, Wien: Sylvia MATTL-WURM, Wien vom Barock bis zur Aufklärung (Geschichte Wiens IV, Wien 1999).

MAY, Evangelische Kirche: Gerhard MAY, Die evangelische Kirche in Österreich (Göttingen 1962).

MAYER, Buchdrucker-Geschichte: Anton MAYER, Wiens Buchdrucker-Geschichte 1482–1882 (Wien 1883–1887).

MAYER, Bürgerschule: Anton MAYER, Die Bürgerschule zu St. Stephan in Wien, in: BllVLKNÖ 14 (1880), 341 ff.

MAYER, Kirchliches Leben: Anton MAYER, Das kirchliche Leben, die christliche Caritas und die Schulen in Wien (Wien 1902).

MAYER, Anfänge: Franz Martin MAYER, Die Anfänge des Handels und der Industrie in Österreich und die orientalische Compagnie (Innsbruck 1882).

MAYER, Handel: Theodor MAYER, Der auswärtige Handel des Herzogtums Österreich im Mittelalter (Innsbruck 1909).

MAYER, Stapelrecht: Theodor MAYER, Zur Frage des Wiener Stapelrechtes, in: VJSSWG 10 (1912), 355 ff.

MAZZEI, Itinera: Rita MAZZEI, Itinera mercatorum. Circulazione di uomini e beni nell'Europa centro-orientale (Lucca 1999).

MCGOWAN, Economic life: Bruce MCGOWAN, Economic life in Ottoman Europe (Cambridge 1981).

MECENSEFFY, Protestantismus: Grete MECENSEFFY, Geschichte des Protestantismus in Österreich (Graz/Köln 1956).

MEISSL, Harte Zeiten: Gerhard MEISSL, Harte Zeiten. Arbeitsdauer und -intensität als Konfliktfeld der industriellen Gesellschaft, in: Der dressierte Arbeiter. Geschichte und Gegenwart der industriellen Arbeitswelt, hg. von Walter SAUER (Beck'sche Schwarze Reihe 286, München 1984), 94 ff.

MENSI, Finanzen: Franz MENSI, Die Finanzen Oesterreichs von 1701 bis 1740 (Wien 1890).

MENTSCHL – OTRUBA, Industrielle: Josef MENTSCHL und Gustav OTRUBA, Österreichische Industrielle und Bankiers (Wien 1965).

MENZEL, Buchbinder: Maria MENZEL, Wiener Buchbinder der Barockzeit (Wiener Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 3, Graz/Wien/Köln 1972).

MESSING, Beiträge: Walter MESSING, Beiträge zur Geschichte der Juden in Wien und Niederösterreich im 16. Jahrhundert, in: JbVGStW 1 (1939), 11 ff.

MESSING, Kontributionen: Walter MESSING, Die Kontributionen der Wiener Judenschaft im 17. Jahrhundert, in: JbVGStW 3/4 (1942), 14 ff.

METZLER, Canisius: Johann METZLER, Der heilige Petrus Canisius und die Neuerer seiner Zeit (Münster 1927).

MEYNERT, Judenschaft: H. MEYNERT, Wienerischen Judenschaft Privilegien oder neue Saz: und

Ordnung ihrer Richter und Aembter Wahlen. Vom 20. Feb. 1646, in: Jahrbuch für Israeliten N. F. 5 (1858/1859 = 5619; Wien 1858), 22 ff.

Michtner, Burgtheater: Otto Michtner, Das alte Burgtheater als Opernbühne. Von der Einführung des deutschen Singspiels (1778) bis zum Tod Kaiser Leopolds II. (1792) (Theatergeschichte Österreichs 3/1, Wien 1970).

Mikuda-Hüttel, Hausmann: Barbara Mikuda-Hüttel, Vom »Hausmann« zum Hausheiligen des Wiener Hofes. Zur Ikonographie des hl. Joseph im 17. und 18. Jahrhundert (Bau- und Kunstdenkmäler im östlichen Mitteleuropa 4, Marburg 1997).

Missong, Heiliges Wien: Alfred Missong, Heiliges Wien. Ein Führer durch Wiens Kirchen und Kapellen (Österreich. Religion und Kultur 4, Wien 1933).

Mittenzwei, Bourgeoisie: Ingrid Mittenzwei, Zwischen Gestern und Morgen. Wiens frühe Bourgeoisie an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (Bürgertum in der Habsburgermonarchie VII, Wien/Köln/Weimar 1998).

Mitterauer, Familie und Arbeitsteilung: Michael Mitterauer, Familie und Arbeitsteilung. Historisch-vergleichende Studien (Kulturstudien. Bibliothek der Kulturgeschichte 26, Wien/Köln/Weimar 1992).

Mitterauer, Familienbetriebliche Struktur: Michael Mitterauer, Zur familienbetrieblichen Struktur im zünftischen Handwerk, in: Wirtschafts- und sozialhistorische Beiträge. Festschrift für Alfred Hoffmann zum 75. Geburtstag, hg. von Herbert Knittler (Wien 1979), 190 ff.

Mitterauer, Urbanisierung: Michael Mitterauer, Auswirkungen von Urbanisierung und Frühindustrialisierung auf die Familienverfassung an Beispielen des österreichischen Raums, in: Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, hg. von Werner Conze (Industrielle Welt 21, Stuttgart 1976), 53 ff.

Montague, Reisebriefe: Lady Mary Wortley Montagues Reisebriefe (1716–1718) (Berlin 1907).

Möschl, Markus Beck: Christine Möschl, Dr. Markus Beck von Lepoldsdorf. Ein Staatsmann Ferdinands I. (1491(1553). Ungedr. phil. Diss. (Wien 1969).

Möseneder, Einheit: Karl Möseneder, Zum Streben nach »Einheit« im österreichischen Barock, in: Barock, hg. von Hellmut Lorenz (Geschichte der bildenden Kunst in Österreich 4, Wien/München/London/New York 1999), 51 ff.

Morrow, Concert Life: Mary Sue Morrow, Concert Life in Haydn's Vienna: Aspects of a Developing Musical and Social Institution (Sociology of Music 7, New York 1989).

Moser, Geselligkeit: Dietz-Rüdiger Moser, Geselligkeit und Volkskunde. Zum Festwesen im barocken Wien, in: Geselligkeit und Gesellschaft im Barockzeitalter, hg. von Wolfgang Adam (Wolfenbütteler Arbeiten zur Barockforschung 28, Wiesbaden 1997), Bd. 1, 113 ff.

Moser, Musik: Hans J. Moser, Die Musik im frühevangelischen Österreich (Kassel 1954).

Moses, Märtyrerin: Leopold Moses, Die »Märtyrerin« Leonore von Wien, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums 81 = N.F. 45 (1937), 439 ff.

Mozart, Briefe: Wolfgang Amadeus Mozart, Briefe, ausgewählt und hg. von Stefan Kunze (Stuttgart 1987).

Mühlberger, Krisen: Kurt Mühlberger, Zu den Krisen der Universität Wien im Zeitalter der konfessionellen Auseinandersetzungen, in: Bericht über den achtzehnten österreichischen Historikertag in Linz [...] vom 24. bis 29. September 1990 (Veröffentlichungen des Verbandes Österreichischer Geschichtsvereine 27, Wien 1991), 269ff.

Mühlberger, Maximilian II.: Kurt Mühlberger, Bildung und Wissenschaft. Kaiser Maximilian II. und die Universität Wien, in: Kaiser Maximilian II. Kultur und Politik im 16. Jahrhundert, hg.

von Friedrich EDELMAYER und Alfred KOHLER (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 19, Wien/München 1992), 203 ff.

MÜHLBERGER, Reform: Kurt MÜHLBERGER, Zwischen Reform und Tradition. Die Universität Wien in der Zeit des Renaissance-Humanismus und der Reformation, in: ÖGW-Mitteilungen 15 (1995), 13 ff.

MÜHLBERGER, Studentenbursen: Kurt MÜHLBERGER, Wiener Studentenbursen und Kodreien im Wandel vom 15. zum 16. Jahrhundert, in: Aspekte der Bildungs- und Universitätsgeschichte. 16. bis 19. Jahrhundert (Schriftenreihe des Universitätsarchivs 7, hg. von Kurt MÜHLBERGER und Franz SKACEL, Wien 1993), 129 ff.

MÜLLER, Druckgraphik: Mathias F. MÜLLER, Die deutsche und niederländische Druckgraphik in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und die Publikationen Kaiser Maximilians I., in: Maximilian I. Der Aufstieg eines Kaisers – Von der Geburt bis zur Alleinherrschaft 1459–1493, Ausstellungskatalog (Wiener Neustadt 2000), 133 ff.

MÜLLER, Prediger: Paul MÜLLER, Ein Prediger wider die Zeit. Georg Scherer (Wien 1933).

MÜLLER, Studentenkultur: Rainer A. MÜLLER, Studentenkultur und akademischer Alltag, in: Geschichte der Universität in Europa, Band II: Von der Reformation zur französischen Revolution, hg. von Walter RUEGG (München 1996), 263 ff.

MÜLLER, Wiens räumliche Entwicklung: Richard MÜLLER, Wiens räumliche Entwicklung und topographische Benennungen 1522–1740, in: Geschichte der Stadt Wien, hg. vom Alterthumsverein zu Wien, Bd. 4 (Wien 1911), 283 ff.

MÜLLER, Märkte: Silvia MÜLLER, Die Märkte der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1987).

MÜLLER, Fastengebote: Sylvia MÜLLER, Die Fastengebote der römisch-katholischen Kirche und ihre Auswirkungen auf die Ernährung und die Kochkunst in Österreich. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1987).

MURARO (Hg.), L'opera italiana: L'opera italiana a Vienna prima di Metastasio, hg. von Maria Teresa MURARO (Florenz 1990).

MUSART, Peregrinatio: Carolus MUSART, Nova Viennensium peregrinatio a Templo Cathedrali S. Stephani per septem Christi patientis Stationes ad S. Sepulchrum in Hernals (Wien 1642).

Musica Imperialis: Musica Imperialis. 500 Jahre Hofmusikkapelle in Wien, 1498–1998. Ausstellung der Musiksammlung der Österreichischen Nationalbibliothek 1998 (Tutzing 1998).

Musik in Österreich: Musik in Österreich. Eine Chronik in Daten, Dokumenten, Essays und Bildern, hg. von Gottfried KRAUS (Wien 1989).

Nachricht an das Publikum: Nachricht an das Publikum, über die Einrichtung des Hauptspitals in Wien (Wien 1784).

NETTL, Mozart: Paul NETTL, Mozart und der Tanz. Zur Geschichte des Balletts und des Gesellschaftstanzes (Zürich/Stuttgart 1960).

NETTL, Tanzkomposition: Paul NETTL, Die Wiener Tanzkomposition in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: Studien zur Musikwissenschaft 8 (1921), 45 ff.

NEUBER, Adeliges Landleben: Wolfgang NEUBER, Adeliges Landleben in Österreich und die Literatur im 16. und 17. Jahrhundert, in: Adel im Wandel. Politik/Kultur/Konfession 1500–1700. Niederösterreichische Landesausstellung, Rosenburg, 12. Mai/28. Oktober 1990 (Katalog des NÖ Landesmuseums 251, Wien 1990), 543 ff.

Neueste Beschreibung: Neueste Beschreibung aller Merkwürdigkeiten Wiens. Ein Handbuch für Fremde und Inländer (Wien 1988; Nachdruck der Ausgabe von 1779).

Newe Chronica: Newe Chronica oder Zeitregister allerfürnembsten gedenckwürdigsten Historien und Geschichten von Anfang der Welt biß auff gegewärtiges 1627. Jahr continuieret und mit fleiß beschrieben (o. O.).

Nicolai, Reise: Friedrich Nicolai, Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz, im Jahre 1781 (Berlin 1784).

Nützliches Adress- und Reisebuch: Nützliches Adress- und Reisebuch oder Archiv der nöthigsten Kenntnisse von Wien für reisende Fremde und Inländer (Wien 1792).

Obuchowska-Pysiowa, Trade: Honorata Obuchowska-Pysiowa, Trade between Cracow and Italy from the Customs – House Registers of 1604, in: Journal of European Economic History 9 (1983), 633 ff.

Oestreich: Frühmoderner Staat: Gerhard Oestreich, Geist und Gestalt des frühmodernen Staates (Berlin 1969).

Ogesser, Metropolitankirche: Joseph Ogesser, Beschreibung der Metropolitankirche zu St. Stephan in Wien (Wien 1779).

Öhlinger, Magistrat: Walter Öhlinger, Der Wiener Magistrat als Auftraggeber und Eigentümer des Donnerbrunnens, in: Georg Raphael Donner 1693–1741. Ausstellungskatalog (Wien 1993), 84 ff.

Öhlinger, Wien: Walter Öhlinger, Wien zwischen den Türkenkriegen (Geschichte Wiens 3, Wien 1998).

Olbort, Pest: Ferdinand Olbort, Die Pest in Niederösterreich von 1653 bis 1683. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1973).

Olbort, »Vergessene« Pestjahre: Ferdinand Olbort, »Vergessene« Pestjahre. Die Seuche von 1653 bis 1656 in Wien, in: WGBll. 28 (1973), 10 ff.

Oman, Reform: Johannes Oman, Die Reform der Wiener Universität durch Ferdinand I. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1959).

Opll, Burgfried: Ferdinand Opll, Der Wiener Burgfried. Studien zum Kompetenzbereich des Magistrats vor und nach der Türkenbelagerung von 1683 (FB 15, Wien 1985).

Opll, Eisenbuch: Ferdinand Opll, Das große Wiener Stadtbuch, genannt Eisenbuch. Inhaltliche Erschließung (Veröffentlichungen des Wiener Stadt- und Landesarchivs, Reihe A: Archivinventar, Serie 3, Heft 4, Wien 1999).

Opll, Liesing: Ferdinand Opll, Liesing, Geschichte des 23. Wiener Gemeindebezirkes und seiner alten Orte (Wien/München 1982).

Opll, Markt: Ferdinand Opll, Markt im alten Wien, in: WGBll. 34 (1979), 49 ff.

Opll, Sozialstruktur: Ferdinand Opll, Zur spätmittelalterlichen Sozialstruktur von Wien, in: JbVGStW 49 (1993), 7 ff.

Opll, Studien: Ferdinand Opll, Studien zur frühen Wiener Handelsgeschichte, in: WGBll. 35 (1980), 49 ff.

Opll, Wien im Reisetagebuch: Ferdinand Opll, »Iter Viennese Cristo auspice et duce«. Wien im Reisetagebuch des Tilemann Stella von 1560, in: JbVGStW 52/53 (1996/97), 321 ff.

Ortner, Jesuiten: Marie-Therese Ortner, Die Jesuiten in ihrer Bedeutung für das österreichische Bildungswesen vor und nach der Aufhebung des Ordens im Jahre 1773. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1994).

Österreich zur Zeit Kaiser Josephs II.: Österreich zur Zeit Kaiser Josephs II. Katalog der Ausstellung im Stift Melk 1980 (Katalog des niederösterreichischen Landesmuseums N.F. 95, Wien 1980).

Österreichische Naturforscher: Österreichische Naturforscher und Techniker (Wien 1950).

Otruba, Entstehung der »Industrie«: Gustav Otruba, Zur Entstehung der »Industrie« in Österreich und zu deren Entwicklung bis Kaiser Joseph II., in: Österreich in Geschichte und Literatur 11 (1967), 115 ff.

Otruba, Frauen- und Kinderarbeit: Gustav Otruba, Zur Geschichte der Frauen- und Kinderarbeit im Gewerbe und den Manufakturen Niederösterreichs, in: JbLKNÖ N. F. 34 (1960), 143 ff.

Otruba, Lebensmittelkleinhandel: Gustav Otruba, Die Organisation des Lebensmittelkleinhandels in Wien, in: WGBll. 49 (1994), 80 ff.

Otruba, Untersuchungen: Gustav Otruba, Untersuchungen über Berufsprobleme der niederösterreichischen Arbeiterschaft in Gegenwart und Vergangenheit. Tl. 2: Berufsstruktur und Berufslaufbahn vor der industriellen Revolution (Der niederösterreichische Arbeiter. Studien zur Sozial- und Wirtschaftsstruktur Niederösterreichs in Vergangenheit und Gegenwart Heft 4, Wien 1952).

Otruba, Wiens Gewerbe: Gustav Otruba, Wiens Gewerbe, Zünfte und Manufakturen an der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert, in: WGBll. 42 (1987), 113 ff.

Otruba, Wirtschaftspolitik: Gustav Otruba, Die Wirtschaftspolitik Maria Theresias (Österreich-Reihe 192/194, Wien 1963).

Otruba (Hg.), Fabriksprivilegien: Österreichische Fabriksprivilegien vom 16. bis ins 18. Jahrhundert und ausgewählte verwandte Quellen zur Frühgeschichte der Industrialisierung, unter Mitarbeit von Manfred Lang und Harald Steindl hg. von Gustav Otruba (FRA 3, Abt., 7, Wien/Köln/Graz 1981).

Otruba – Sagoschen, Gerberzünfte: G. Otruba und J.A. Sagoschen, Gerberzünfte in Österreich. Organisation und Brauchtum eines weitverbreiteten Handwerks in sieben Jahrhunderten (Österreich-Reihe 236/38, Wien 1964).

Otto, Reformation: Carl von Otto, Geschichte der Reformation im Erzherzogtum Österreich unter Kaiser Maximilian II. (1564–1576), in: Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte des Protestantismus in Österreich 10 (1889), 1 ff.

Otto, Tauberiana: Carl von Otto, Tauberiana, in: Jahrbuch für Geschichte des Protestantismus in Österreich 4 (1883), 1 ff.

Pach, Transylvanian route: Szigmond P. Pach, The Transylvanian route of Levantine trade at the turn of the 15th and 16th centuries, in: ders., Hungary and the European Economy in Early Modern Times (Aldershot 1994), Beitrag VII.

Packull, Hutterer: Werner O. Packull, Die Hutterer in Tirol. Frühes Täufertum in der Schweiz, Tirol und Mähren (Schlern-Schriften 312, Innsbruck 2000).

Pap, Kolozsvári harmincadjegyzék: Ferenc Pap, Kolozsvári harmincadjegyzékek 1599– 1637 (Bukarest/Kolozsvár 2000).

Parker, Entstehung: Geoffrey Parker, Die Entstehung des modernen Geld- und Finanzwesens in Europa 1500–1730, in: Europäische Wirtschaftsgeschichte, hg. von Carlo Cipolla und Knut Borchardt, Bd. 2: Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert (Stuttgart/New York 1983), 335 ff.

PASELLER, Innschiffahrt: Fritz PASELLER, Die Tiroler Innschiffahrt, in: Tiroler Heimat 9–10 (1936/37), 62 ff.
PASS, Musiker: Walter PASS, Musik und Musiker am Hofe Maximilians II. (Wiener musikwissenschaftliche Beiträge 20, Wien 1980).
PAUKER, Hietzing: Wolfgang PAUKER, Die Pfarrkirche von Hietzing (Wien 1899).
PAULSEN, Unterricht: Friedrich PAULSEN, Geschichte des gelehrten Unterrichts, Bd. 1 (Leipzig 1919).
PAWLOWSKY, Mutter: Verena PAWLOWSKY, Mutter ledig – Vater Staat. Das Gebär- und Findelhaus in Wien 1784–1910 (Innsbruck u.a. 2001).
PAWLOWSKY – ZECHNER, Gebär- und Findelhaus: Verena PAWLOWSKY und Rosa ZECHNER, Das Wiener Gebär- und Findelhaus (1784–1910). Bd. 1–3, unter Mitarbeit von Ingrid MATSCHINEGG (Forschungsbericht, Wien 1993).
PEEZ, Handelsbeziehungen: Carl von PEEZ, Alte serbische Handelsbeziehungen zu Wien, in: MIÖG 36 (1915), 498 ff.
PEEZ – RAUDNITZ, Maria-Theresien-Thaler: Carl von PEEZ und Josef RAUDNITZ, Geschichte des Maria-Theresien-Thalers (Wien 1898).
PEICKHART, Reden: Franziskus PEICKHART SJ, Lob-Danck- und Leich-Reden (Wien 1743).
PELLER, Kenntnis: Sigismund PELLER, Zur Kenntnis der städtischen Mortalität im 18. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung der Säuglings- und Tuberkulosesterblichkeit (Wien zur Zeit der ersten Volkszählung), in: Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten 90 (1920), 227 ff.
PEMMER – LACKNER, Prater: Hans PEMMER und Nini LACKNER, Der Prater. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Wiener Heimatkunde 343, Wien/München 1974).
PERGER, Adel: Richard PERGER, Der Adel in öffentlichen Funktionen und sein Zuzug nach Wien, in: Adel im Wandel. Politik/Kultur/Konfession 1500–1700. Niederösterreichische Landesausstellung, Rosenburg, 12. Mai/28. Oktober 1990 (Katalog des NÖ Landesmuseums 251, Wien 1990), 269 ff.
PERGER, Baugeschichte: Richard PERGER, Baugeschichte und Ausstattung bis 1626 nach schriftlichen Quellen, in: St. Michael. Stadtpfarrkirche und Künstlerpfarre von Wien 1288–1988 (Wien 1988), 25 ff.
PERGER, Beiträge: Richard PERGER, Beiträge zur Wiener Verfassungs- und Sozialgeschichte im Spätmittelalter, in: JbVGStW 32/33 (1976/77), 11 ff.
PERGER, Cuspiniana: Richard PERGER, Cuspiniana, in: WGBll. 26 (1971), 168 ff.
PERGER, Haus- und Grundstücksankäufe: Richard PERGER, Die Haus- und Grundstücksankäufe des Prinzen Eugen in Wien, in: WGBll. 41 (1986), 41 ff.
PERGER, Hoher Markt: Richard PERGER, Der Hohe Markt (Wiener Geschichtsbücher 3, Wien/Hamburg 1970).
PERGER, Landesfürst: Richard PERGER, Landesfürst und landesfürstliche Städte im Mittelalter und in der frühen Neuzeit im Ostteil der habsburgischen Erbländer, in: Bericht über den 19. Österreichischen Historikertag in Graz 18. bis 23. Mai 1992 (Wien 1993), 423 ff.
PERGER, Pfarrgemeinde: Richard PERGER, Pfarrgemeinde, Stiftung und Bruderschaften bis 1626, in: St. Michael. Stadtpfarrkirche und Künstlerpfarre von Wien 1288–1988 (Wien 1988), 25 ff.
PERGER, Rat: Richard PERGER, Der Wiener Rat von 1519 bis 1526, in: JbVGStW 35 (1979), 135 ff.
PERGER, Ratsbürger: Richard PERGER, Die Wiener Ratsbürger 1396–1526. Ein Handbuch (FB 18, Wien 1988).

Perger, St. Stephan: Richard Perger, St. Stephan und die Wiener vom 12. bis zum 19. Jahrhundert, in: 850 Jahre St. Stephan. Symbol und Mitte in Wien 1147–1997 (Wien 1997), 36 ff.

Perger, Tauber: Richard Perger, Neues über Caspar Tauber, in: Jahrbuch für Geschichte des Protestantismus in Österreich 98 (1982), 90 ff.

Perger, Universitätsgebäude: Richard Perger, Universitätsgebäude und Bursen vor 1623, in: Das alte Universitätsviertel in Wien 1385 bis 1985 (Schriftenreihe des Universitätsarchivs, Bd. 2, hg. von Günther Hamann, Kurt Mühlberger und Franz Skacel, Wien 1985), 75 ff.

Perger, Wandlung: Richard Perger, Die äußere Wandlung Wiens im 16. Jahrhundert, in: WGBll. 29 (1974), 198 ff.

Perger, Wandlung der österreichischen Städte: Richard Perger, Die Wandlung der österreichischen Städte in der frühen Neuzeit am Beispiel Wiens, in: Was ist neu an der Neuzeit? Österreich zwischen Mittelalter und Barock (1500–1650), hg. von Gerda Mraz (Eisenstadt 1991), 98 ff.

Perger (Hg.), Kirchhofer: Wolfgang Kirchhofer. Erinnerungen eines Wiener Bürgermeisters 1519–1522, hg. von Richard Perger (Wien 1984).

Perger – Brauneis, Kirchen und Klöster: Richard Perger und Walther Brauneis, Die mittelalterlichen Kirchen und Klöster Wiens (Wiener Geschichtsbücher 19/20, Wien/Hamburg 1977).

Perger – Petritsch, Goldenes Lamm: Richard Perger und Ernst Dieter Petritsch, Der Gasthof »Zum Goldenen Lamm« in der Leopoldstadt und seine türkischen Gäste, in: JbVGStW 55 (1999), 147 ff.

Pesendorfer, Elefantenreise: Doris Pesendorfer, Die Elefantenreise. Auf den Spuren eines Dickhäuters in Europa, in: Blickpunkte. Kulturzeitschrift Oberösterreich 43 (1994), 32 ff.

Petermann, Wien: Reinhard E. Petermann, Wien von Jahrhundert zu Jahrhundert, 1. Teil: Überblick über die Geschichte der Stadt bis zum Ende des 18. Jahrhunderts (Wien/Leipzig/New York 1927).

Peters, Nürnberg: Lambert F. Peters, Der Handel Nürnbergs am Anfang des Dreißigjährigen Krieges (VJSSWG , Beih. 112, Stuttgart 1994).

Petrin, Stände: Silvia Petrin, Die Stände des Landes Niederösterreich (Wissenschaftliche Schriftenreihe Niederösterreichs 64, St. Pölten/Wien 1982).

Pezzl, Skizze: Johann Pezzl, Skizze von Wien. Ein Kultur= und Sittenbild aus der josefinischen Zeit, hg. von Gustav Gugitz und Anton Schlossar (Graz 1923).

Pfarrgründungen: Pfarrgründungen in Wien. Katalog der Ausstellung im Historischen Museum der Stadt Wien (Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien 92, Wien 1985).

Pfister, Wetternachhersage: Christian Pfister, Wetternachhersage. 500 Jahre Klimavariationen und Naturkatastrophen 1496–1995 (Bern 1999).

Phelps Brown – Hopkins, Perspective: Henry Phelps Brown und Sheila V. Hopkins, A Perspective of Wages and Prices (London 1981).

Pichler, Denkwürdigkeiten: Caroline Pichler, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben (Wien 1844).

Pichler, Renaissancebaukunst: Gerd Pichler, Neue Erkenntnisse zum Auftreten der Renaissancebaukunst in Wien. Drei Portalfragmente von 1497, in: ÖZKD 52 (1998), 424 ff.

Pichler, Studienwesen: Gerhart Pichler, Das Studienwesen des Erzherzogtums Österreich unter der Enns (Wien und Niederösterreich) 1740–1870, 2 Bde. (Frankfurt/Main 1981).

Pichler, Synagoge: Walther Pichler, Von der Synagoge zur Kirche. Zur Entstehungsgeschichte der Pfarre St. Leopold, Wien II (Veröffentlichungen des Kirchenhistorischen Instituts der Katholisch-theologischen Fakultät Wien 15, Wien 1974).

Pichorner, Althann: Franz Pichorner, Die »spahnische« Althann. Maria Anna Josepha Gräfin Althann, geborene Marchesa Pignatelli (1689–1755). Ihre politische und gesellschaftliche Rolle während der Regierung Karls VI. und Maria Theresias. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1985).

Pickl, Handel: Othmar Pickl, Handel an Inn und Donau um 1630, in: Wirtschaftskräfte und Wirtschaftswege. Festschrift für Hermann Kellenbenz, Bd. 2 (Stuttgart 1978), 205ff.

Pilgram, Untersuchungen: Anton Pilgram, Untersuchungen über das Wahrscheinliche der Wetterkunde (Wien 1788).

Pils, Frauen: Susanne Claudine Pils, Reiche Frauen/Arme Frauen. Überlegungen zu »Frauen-Räumen« im frühneuzeitlichen Wien, in: Frauen in der Stadt, hg. von Günther Hödl, Fritz Mayrhofer und Ferdinand Opll (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas, XVIII, Linz 2003), 115 ff.

Pils, Hof/Tratsch: Susanne Claudine Pils, Hof/Tratsch. Alltag bei Hof im ausgehenden 17. Jahrhundert, in: WGBll. 53 (1998), H. 2, 77 ff.

Pils, Hühneraugen: Susanne Claudine Pils, »Von Hühneraugen und Kinderkrankheiten« – Die Tagzettel der Johanna Theresia Harrach als Quelle zur Sozialgeschichte der Medizin, in: Wiener Gespräche zur Sozialgeschichte der Medizin, Vorträge des internationalen Symposions an der Universität Wien, 9.–11. November 1994, hg. von Helmuth Grössing, Sonia Horn und Thomas Aigner (Wien 1996), 23 ff.

Pils, Identität: Susanne Claudine Pils, Identität und Kontinuität – Erziehung für den Hofdienst am Beispiel der Familie Harrach im 17. Jahrhundert, in: Erziehung bei Hofe, hg. von Werner Paravicini (Residenzenforschung, Sigmaringen) (in Druckvorbereitung).

Pils, Lebensraum: Susanne Claudine Pils, Die Stadt als Lebensraum. Wien im Spiegel der Oberkammeramtsrechnungen 1556–1576, in: JbVGStW 49 (1993), 119 ff.

Pils, Liebe und Sexualität: Susanne Claudine Pils, »daz er mih nidt halb so lieb hadt alß wie ich ihm ...« Liebe und Sexualität im ehelichen Nicht-Alltag von Johanna Theresia und Ferdinand Bonaventura Harrach, in: JbVGStW 52/53 (1996/1997), 397 ff.

Pils, Pest: Susanne Claudine Pils, Stadt, Pest, Stadt und Obrigkeit, in: Wien im Dreißigjährigen Krieg (siehe dort), 353 ff.

Pils, Schreiben: Susanne Claudine Pils, Schreiben aus der Stadt. Die Tagzettel der Johanna Theresia Gräfin Harrach an ihren Mann Ferdinand Bonaventura Graf Harrach aus den Jahren 1665 und 1676/77, in: Selbstzeugnisse frühneuzeitlicher Städterinnen, hg. von Daniela Hacke (in Druckvorbereitung).

Pils, Stadt/Raum: Susanne Claudine Pils, Stadt/Raum/Alltags/Raum. Die Tagzettel der Johanna Theresia Harrach in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Ungedr. phil. Diss. (Wien 2000).

Pils, Stadtguardia: Susanne Claudine Pils, Am Rand der Stadt. Die Wiener Stadtguardia im Spannungsfeld zwischen Stadt und Landesfürst in der Frühen Neuzeit, in: Policey in lokalen Räumen. Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert, hg. von André Holenstein, Frank Konersmann, Josef Pauser und Gerd Sälter (in Druckvorbereitung).

Pils, Tagzettel: Susanne Claudine Pils, Die »Tagzettel« der Gräfin Johanna Theresia von Harrach, in: Die Habsburgermonarchie in der Frühen Neuzeit/eine exemplarische Quellenkunde, hg. von Josef Pauser, Martin Scheutz und Thomas Winkelbauer (MIÖG, Erg.Bd.) (in Vorbereitung).

Pircher, Verwüstung: Wolfgang Pircher, Verwüstung und Verschwendung. Adeliges Bauen nach der Zweiten Türkenbelagerung (FB 14, Wien 1984).

Plöchl, St. Barbara: Willibald Plöchl, St. Barbara zu Wien, 2 Bde. (Wien 1975).

Pohl-Resl, Bürgerspital: Brigitte Pohl-Resl, Rechnen mit der Ewigkeit. Das Wiener Bürgerspital im Mittelalter (MIÖG, Erg.Bd. 33, Wien/München 1996).

Polleross, Architektur: Friedrich Polleross, 'Docent et delectant'. Architektur und Rhetorik am Beispiel von Johann Bernhard Fischer von Erlach, in: Wiener Jahrbuch für Kunstgeschichte 49 (1996), 165 ff., 335 ff.

Polleross, Geistliches Zelt- und Kriegslager: Friedrich B. Polleross, Geistliches Zelt- und Kriegslager. Die Wiener Peterskirche als barockes Gesamtkunstwerk, in: JbVGStW 39 (1983), 142 ff.

Polleross, Karl VI.: Friedrich Polleross, »Monumenta Virtutis Austriacae«. Addenda zur Kunstpolitik Kaiser Karls VI., in: Kunst, Politik, Religion. Studien zur Kunst in Süddeutschland, Österreich, Tschechien und der Slowakei. Festschrift für Franz Matsche, hg. von Markus Hörsch und Elisabeth Oy-Marra (Petersberg 2000), 99 ff.

Polleross, Liechtenstein: Friedrich Polleross, »Utilità, Virtù e Bellezza«. Fürst Johann Adam Andreas von Liechtenstein und sein Wiener Palast in der Rossau, in: ÖZKD 48 (1993), 36 ff.

Polleross, Stadt: Friedrich Polleross, »Pro Deo & Pro Populo«. Die barocke Stadt als »Gedächtniskunstwerk« am Beispiel von Wien und Salzburg, in: Barockberichte 18/19 (1998), 149 ff.

Polleross, Tradition: Friedrich Polleross, Tradition und Recreation. Die Residenzen der österreichischen Habsburger in der frühen Neuzeit (1490–1780), in: Majestas 6 (1998), 91 ff.

Polleross, Wien: Friedrich Polleross, »Des Kaysers Pracht an seinen Cavalliers und hohen Ministern«. Wien als Zentrum aristokratischer Repräsentation um 1700, in: Polen und Österreich im 18. Jahrhundert, hg. von Walter Leitsch, Stanisław Trawkowski und Wojciech Kriegseisen (Warschau 2000), 95 ff.

Pons, Herrschaftsrepräsentation: Rouven Pons, »Wo der gekrönte Löw hat seinen Kayser-Sitz«. Herrschaftsrepräsentation am Wiener Kaiserhof zur Zeit Leopolds I. (Deutsche Hochschulschriften 1195, Egelsbach u.a. 2001).

Posch, Barnabitenprovinz: Waldemar Posch, Die österreichische Barnabitenprovinz – Ein Überblick, in: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte 14 (1973), 44 ff.

Pradel, Ratsbürger: Johanne Pradel, Die Wiener Ratsbürger im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1972).

Pradel, Wiener Bürgermeister: Johanne Pradel, Die Wiener Bürgermeister der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: WGBll. 26 (1971), 178 ff.

Prag um 1600: Prag um 1600. Kunst und Kultur am Hofe Kaiser Rudolfs II. (Wien/Freren 1989).

Prandauer, Legenden: Sepp Prandauer, Altwiener Marien Legenden (Wien/Leipzig 1922).

Prange, Freudengerüst: Peter Prange, Die Errichtung eines Freudengerüstes aus Anlaß der Geburt Josephs II., in: Barockberichte 31 (2001), 168 ff.

Pressburger, Noteninstitut: Siegfried Pressburger, Das Österreichische Noteninstitut 1816–1966, I. Teil, Bd. 1 (Wien 1959).

Preuenhuber, Annales: Valentin Preuenhuber, Annales Styrenses (Nürnberg 1740).

Přibram, Materialien: Materialien zur Geschichte der Preise und Löhne in Österreich, hg. von Alfred Francis Přibram, Bd. 1 (Veröffentlichungen des Internationalen Wissenschaftlichen Kommitees für die Geschichte der Preise und Löhne Österreich 1, Wien 1938).

Přibram, Urkunden: Alfred Francis Přibram, Urkunden und Akten zur Geschichte der Juden in Wien, Bd. 1–2 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Österreich 8, Wien/Leipzig 1918).

PŘIBRAM, Gewerbepolitik: Karl PŘIBRAM, Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik von 1740 bis 1860, Bd. 1 (Leipzig 1907).
PRICKLER, Volumen: Harald PRICKLER, Das Volumen des westlichen ungarischen Außenhandels vom 16. Jahrhundert bis 1700, in: Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Türkenkriege, hg. von Othmar PICKL (Graz 1971), 131 ff.
PROCHASKA, Schmiedehandwerk: Franz PROCHASKA, Zur Geschichte des Schmiedehandwerks, in: WGBll. 54 (1999), 281 ff.
PROCHASKA, Gürtlergewerbe: Franz PROCHASKA, Aus der Geschichte des Wiener Gürtlergewerbes, in: WGBll. 52 (1997), 234 ff.
PROHASKA, Gemälde: Wolfgang PROHASKA, Gemälde, in: Barock, hg. von Hellmut LORENZ (Geschichte der bildenden Kunst in Österreich 4, Wien/München/London/New York 1999), 381 ff.

QuGStW: Quellen zur Geschichte der Stadt Wien, hg. vom Alterthumsverein zu Wien, Abt. 1, Bd. 1–10; Abt. 2 Bd. 1–4; Abt. 3, Bd. 1–3 (Wien 1895–1927).

RABER, Franziskaner: Ludwig RABER, Die österreichischen Franziskaner im Josephinismus (Maria Enzersdorf 1983).
RADEY, Faber: Christian RADEY, Dr. Johannes Faber, Bischof von Wien. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1976).
RAHLF, Getreide: Thomas RAHLF, Getreide in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vom 16. bis 18. Jahrhundert (Trier 1996).
RAJKAY, Bevölkerungsentwicklung: Barbara RAJKAY, Die Bevölkerungsentwicklung von 1500 bis 1648, in: Geschichte der Stadt Augsburg, hg. von Gunther GOTTLIEB u. a. (2. Auflage, Stuttgart 1985), 252 ff.
RAMCKE, Beziehungen: Rainer RAMCKE, Die Beziehungen zwischen Hamburg und Österreich im 18. Jahrhundert (Hamburg 1969).
RANKL, Finanzhaushalt: Elfriede RANKL, Der Finanzhaushalt der Stadt Wien im Zeitalter von 1540 bis 1750. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1954).
RASCH, Weinbuch: Johann RASCH, Das Weinbuch. Neudruck der Ausgabe von 1580 (Dortmund 1981).
RAUPACH, Evangelisches Österreich: Bernhard RAUPACH, Evangelisches Österreich und Presbyteriologia Austriaca, 4 Bde. (Hamburg 1732–1744).
RAUPRICH, Streit: Max RAUPRICH, Der Streit um die Breslauer Niederlage 1490–1515, in: Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Schlesiens 26 (1892), 1 ff.
RAUSCH, Handel: Wilhelm RAUSCH, Handel an der Donau, Bd. 1: Die Geschichte der Linzer Märkte im Mittelalter (Linz 1969).
Regesten: Regesten zur Geschichte der Erzdiözese Wien, Bd. 1 (Wien 1890).
REINALTER, Freimaurerei: Helmut REINALTER, Die Freimaurerei zwischen Josephinismus und frühfranziszeischer Reaktion. Zur gesellschaftlichen Rolle und indirekt politischen Macht der Geheimbünde im 18. Jahrhundert, in: Freimaurer und Geheimbünde im 18. Jahrhundert in Mitteleuropa, hg. von Helmut REINALTER (Frankfurt/Main 1983), 35 ff.
REINGRABNER, Evangelium: Gustav REINGRABNER, Aus der Kraft des Evangeliums. Geschehnisse und Personen aus der Geschichte des österreichischen Protestantismus (Erlangen/Wien 1986).
REINGRABNER, Landschaftsschule: Gustav REINGRABNER, Zur Geschichte der protestantischen Landschaftsschule in Wien, in: WGBll. 27 (1972), 314 ff.

Reingrabner, Protestanten: Gustav Reingrabner, Protestanten in Österreich. Geschichte und Dokumentation (Wien 1981).

Reinhard, Sozialdisziplinierung: Wolfgang Reinhard, Sozialdisziplinierung – Konfessionalisierung – Modernisierung. Ein historiographischer Diskurs, in: Die Frühe Neuzeit in der Geschichtswissenschaft, hg. von Nada Boskova Leimgruber (Paderborn/Wien u.a. 1997), 39 ff.

Reiss, Eisenstadt: Johannes Reiss, Jüdisches Eisenstadt, in: Jüdisches Eisenstadt – Jüdisches Sopron. Ein Exkursionsführer, hg. von Ferdinand Opll (Exkursionen des Österreichischen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung 14, Linz 1997).

Remmer, Wiener Presse: Klaus Remmer, Die Wiener Presse und der Wiener Buchhandel von ihren Anfängen bis zum Jahr 1948. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1949).

Rescher, Leibniz: Nicholas Rescher, Leibniz Visits Vienna (1712–1714), in: Studia leibnitiana 31 (1999), 133 ff.

Ressel, Archiv: Gustav Andreas Ressel, Das Archiv der Bäckergenossenschaft in Wien. Ein Beitrag zur Geschichte des Wiener Handwerks (Wien 1913).

Rice, Leopold II.: John Arthur Rice, Emperor and Impresario: Leopold II. and the Transformation of Viennese Musical Theater, 1790–1792. Phil. Diss. (Berkeley 1987).

Riedel, Kirchenmusik: Friedrich W. Riedel, Kirchenmusik am Hofe Karls VI. (1711–1740) (München 1977).

Riedel, Reichsstil: Friedrich W. Riedel, Der »Reichsstil« in der deutschen Musikgeschichte des 18. Jahrhunderts, in: Bericht über den Internationalen Musikwissenschaftlichen Kongreß, Kassel 1962 (Kassel 1963), 34 ff.

Rinck, Leopold: Eucharius Gottlieb Rinck, Leopolds des Grossen Röm. Kaysers wunderwürdiges Leben und Thaten aus geheimen Nachrichten eröffnet (Leipzig 1708).

Rintelen, Merkantilprotokoll: Max Rintelen, Das Wiener Merkantilprotokoll, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, germ. Abt. 34 (1913), 258 ff.

Ritter, Deutsch-italienische Literaturbestrebungen: Michael Ritter, Der Kaiserhof im barocken Wien als Zentrum deutsch-italienischer Literaturbestrebungen (1653–1718). Ungedr. Diss. (Wien 1997).

Rizzi, Gewerbe: Hans Rizzi, Das österreichische Gewerbe im Zeitalter des Merkantilismus, in: Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung 12 (1903), 71 ff.

Rizzi, Harrach: Wilhelm Georg Rizzi, Palais Harrach: Geschichte, Revitalisierung und Restaurierung des Hauses an der Freyung in Wien (Wien 1995).

Rizzi, Kirchner: Wilhelm Georg Rizzi, Das Kirchnersche Schloß Breitenfurt und seine Ausstattung, in: Barockberichte 31 (2001), 92 ff.

Rizzi, Lobkowitz: Wilhelm Georg Rizzi, Das Palais Dietrichstein-Lobkowitz in Wien – Zur Planungs- und Baugeschichte eines Hauses, in: Lobkowitzplatz 2. Geschichte eines Hauses (Cortina 8, Wien/Köln/Weimar 1991), 9 ff.

Rizzi, Mattielli: Wilhem Georg Rizzi, Mattielli und Beduzzi, in: ÖZKD 54 (2000), 392ff.

Roeck, Stadt: Bernd Roeck, Eine Stadt in Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte der Reichsstadt Augsburg zwischen Kalenderstreit und Parität (Göttingen 1989).

Rohmer: Episches Projekt: Ernst Rohmer, Das epische Projekt. Poetik und Funktion des 'carmen heroicum' in der deutschen Literatur des 17. Jahrhunderts (Beihefte zum Euphorion 30, Heidelberg 1998).

Röhrig (Hg.), Heiliger Leopold: Der Heilige Leopold, Landesfürst und Staatssymbol, hg. von Floridus Röhrig (Katalog des NÖ Landesmuseums N.F. 155, Wien 1985).

Roland, Handschriften: Martin Roland, Die Handschriften der alten Wiener Stadt- und Landesbibliothek in der Österreichischen Nationalbibliothek (Publikationen aus der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, 4, Wien 1999).

Römer – Klecker, Habsburg-Panegyrik: Franz Römer und Elisabeth Klecker, Poetische Habsburg-Panegyrik in lateinischer Sprache. Bestände der Österreichischen Nationalbibliothek als Grundlage eines Forschungsprojekts, in: Biblos 43, 3–4 (1994), 183ff.

Rommel, Alt-Wiener Volkskomödie: Otto Rommel, Die Alt-Wiener Volkskomödie. Ihre Geschichte vom barocken Welttheater bis zum Tode Nestroys (Wien 1952).

Ronzoni, Kirchner: Luigi A. Ronzoni, Gregor Wilhelm von Kirchner und die Apotheose Kaiser Karls VI. von Georg Raphael Donner, in: Barockberichte 31 (2001), 101ff.

Ronzoni, Stephansdom: Luigi Ronzoni, Beiträge zur Geschichte der Ausstattung des Wiener St. Stephansdomes im 18. Jahrhundert. Zu den Magistratsaufträgen von Georg Raphael Donner und Balthasar Ferdinand Moll, in: Wiener Jahrbuch für Kunstgeschichte 50 (1997), 207 ff., 389 ff.

Rosenauer, Spätgotik: Spätgotik und Renaissance, hg. von Artur Rosenauer (Geschichte der bildenden Kunst in Österreich 3, Wien/München/London/New York 2002).

Rosenstrauch-Königsberg, Freimaurerei: Edith Rosenstrauch-Königsberg, Freimaurerei im josephinischen Wien. Aloys Blumauers Weg vom Jesuiten zum Jakobiner (Wiener Arbeiten zur deutschen Literatur 6, Wien 1975).

Rothenberg, Reorganisation: Ignaz Rothenberg, Zur Reorganisation des Wiener Zunftwesens um das Jahr 1600, in: Neunter Jahresbericht über das K.k. Staats-Realgymnasium im XXI. Gemeindebezirk in Wien (früher Staatsgymn. in Floridsdorf) für das Schuljahr 1908/1909 (Wien 1909), 3 ff.

Rotter – Schmieger, Ghetto: Hans Rotter und Adolf Schmieger, Das Ghetto in der Wiener Leopoldstadt (Libri patriae 1, Wien 1926).

Ruffié – Sournia, Seuchen: Jacques Ruffié und Jean-Charles Sournia, Die Seuchen in der Geschichte der Menschheit (4. Auflage, Stuttgart 2000).

Rummel, Rummel: Friedrich von Rummel, Franz Ferdinand von Rummel. Lehrer Kaiser Josephs I. und Fürstbischof von Wien 1644–1716 (Wien 1980).

Sadowsky, Reiseerfahrung: Thorsten Sadowsky, Reiseerfahrung und bürgerliche Mentalität. Das Bild vom josephinischen Wien in den Berichten deutscher Reisender in den Jahren 1780–1790, in: JbVGStW 47/48 (1991/92), 229 ff.

Sailer, Einwanderung: Leopold Friedrich Sailer, Die bayrische Einwanderung nach Wien, in: Gerhard v. Branca, Die Blutsgemeinschaft im Großdeutschen Reich (Graz 1939), 46 ff.

Sailer, Stukkateure: Leopold Sailer, Die Stukkateure (Die Künstler Wiens 1, Wien/München/Brünn 1943).

Salmen, Beruf: Musiker: Walter Salmen, Beruf: Musiker. Verachtet – vergöttert – vermarktet. Eine Sozialgeschichte in Bildern (Kassel 1997).

Salvadori, Congregazione: Giovanni Salvadori, La congregazione della chiesa nazionale italiana in Vienna (Wien 1891).

Salzmann, Ämter: Josefine Salzmann, Die Ämter der Stadt Wien von 1526 bis 1740. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1932).

Sammer, Karlskirche: Alfred Sammer, Geschichte, Kunst und Symbolik der Wiener Karlskirche (Wien 1984).

SANDGRUBER, Bittersüße Genüsse: Roman SANDGRUBER, Bittersüße Genüsse. Kulturgeschichte der Genußmittel (Wien/Köln/Graz 1986).

SANDGRUBER, Einkommensentwicklung: Roman SANDGRUBER, Einkommensentwicklung und Einkommensverteilung in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts – einige Quellen und Anhaltspunkte, in: Österreich im Europa der Aufklärung. Kontinuität und Zäsur in Europa zur Zeit Maria Theresesias und Josephs II. Internationales Symposion in Wien 20.–23. Oktober 1980, Bd. 1 (Wien 1985), 251 ff.

SANDGRUBER, Indikatoren: Roman SANDGRUBER, Indikatoren des Lebensstandards in Wien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Wien im Vormärz, hg. von Renate BANIK-SCHWEITZER u.a. (FB 8, Wien 1980), 57 ff.

SANDGRUBER, Konsumgesellschaft: Roman SANDGRUBER, Die Anfänge der Konsumgesellschaft. Konsumgüterverbrauch, Lebensstandard und Alltagskultur in Österreich im 18. und 19. Jahrhundert (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 15, Wien 1982).

SANDGRUBER, Leben und Lebensstandard: Roman SANDGRUBER, Leben und Lebensstandard im Zeitalter des Barock. Quellen und Ergebnisse, in: Methoden und Probleme der Alltagsforschung im Zeitalter des Barock, hg. von Othmar PICKL und Helmuth FEIGL (Österreichische Akademie der Wissenschaften, Veröffentlichungen der Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Stadtgeschichte 5, Wien 1992), 171 ff.

SANDGRUBER, Luxusindustrie: Roman SANDGRUBER, Luxusindustrie und Massenarmut. Merkantilistische Wirtschaftspolitik und Güterproduktion in Österreich, in: Prinz Eugen und das barocke Österreich, hg. von Karl GUTKAS (Salzburg/Wien 1985), 203 ff.

SANDGRUBER, Massenproduktion: Roman SANDGRUBER, Massenproduktion und Ausdehnung des Marktes. Am Beispiel des Textilienmarktes in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, in: Von der Glückseligkeit des Staates. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Österreich im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus, hg. von Herbert MATIS (Berlin 1981), 211 ff.

SATTEK, Klosterrat: Johann SATTEK, Der niederösterreichische Klosterrat. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1949).

SAUER, Aspekte: Manfred SAUER, Aspekte der Handelspolitik des »aufgeklärten Absolutismus«, in: Von der Glückseligkeit des Staates. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Österreich im Zeitalter des aufgeklärten Absolutismus, hg. von Herbert MATIS (Berlin 1981), 235 ff.

SAUER, Grund-Herrschaft: Walter SAUER, Grund-Herrschaft in Wien 1700–1848. Zu Struktur und Funktion intermediärer Gewalten in der Großstadt (Kommentare zum Historischen Atlas von Wien 5, Wien 1993).

SAUNDERS, Cross, Sword and Lyre: Steven SAUNDERS, Cross, Sword and Lyre: Sacred Music at the Imperial Court of Ferdinand II of Habsburg (1619–1637) (Oxford 1995).

SAUNDERS, Sacred Music: Steven SAUNDERS, Sacred Music at the Habsburg court of Ferdinand II (1615–1637). The Latin Vocal Works of Giovanni Priuli and Giovanni Valentini. Diss. (Pittsburgh 1990).

SCHAAL, Lobkowitz: Richard SCHAAL, Lobkowitz, in: Die Musik in Geschichte und Gegenwart, hg. von Friedrich BLUME, Bd. 8 (Kassel/Basel 1960), Sp. 1069 ff.

SCHÄTZEL, Sängerinnen: Barbara SCHÄTZEL, Die Sängerinnen im Wien des 18. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Hofmusikkapelle und der Hoftheater – Biographien und soziales Umfeld. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 2000).

SCHEEL, Leibniz: Günter SCHEEL, Leibniz, die Alchimie und der absolute Staat, in: Studia Leibnitiana Supplementa 19 (1980), 267 ff.

Scheib, Musikberichterstattung: Wilfried Scheib, Die Entwicklung der Musikberichterstattung im Wienerischen Diarium von 1703–1780 mit besonderer Berücksichtigung der Wiener Oper. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1950).

Schellhass, Ningurda: Carl Schellhass, Der Dominikaner Felizian Ningurda und die Gegenreformation (Bibliothek des preußischen historischen Instituts in Rom 17,18, Rom 1930–1939).

Schemper-Sparholz, Skulptur: Ingeborg Schemper-Sparholz, Skulptur und dekorative Plastik, in: Barock, hg. von Hellmut Lorenz (Geschichte der bildenden Kunst in Österreich 4, Wien/München/London/New York 1999), 461 ff.

Schendl, Maut Linz: Alida Schendl, Die Maut Linz im 16. und 17. Jahrhundert. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1946).

Schenk, Kärntnertortheater: Eleonore Schenk, Die Anfänge des Wiener Kärntnertortheaters (1710–1748), 2 Bde. Ungedr. phil. Diss. (Diss. Wien 1969).

Schenk, Mozart: Erich Schenk, Mozart. Sein Leben – sein Werk (2. überarbeitete Auflage, Wien/München 1975).

Schenk, Nürnberg und Prag: Hans Schenk, Nürnberg und Prag. Ein Beitrag zur Geschichte der Handelsbeziehungen im 14. und 15. Jahrhundert (Wiesbaden 1969).

Scheyrer, Wiener Schützenwesen: Ludwig Scheyrer, Zur Geschichte des Wiener Schützenwesens und der Schützenfeste in alter und neuer Zeit (Wien 1868).

Schiemer, Augenschmaus: Alfred Schiemer, Augenschmaus zum 298. Geburtstag, in: Wiener Zeitung (8. August 2001), 8.

Schikola, Wiener Plastik: Gertraut Schikola, Wiener Plastik der Renaissance und des Barocks, in: Geschichte der bildenden Kunst in Wien. Plastik in Wien (Geschichte der Stadt Wien NR VII,1, Wien 1970), 83 ff.

Schimetschek, Landleben: Bruno Schimetschek, Adeliges Landleben im südöstlichen Niederösterreich zur Zeit der Renaissance, in: UH 55 (1984), 281 ff.

Schimmer, Bevölkerung: Gustav Adolf Schimmer, Die Bevölkerung von Wien, in: BllVLKNÖ 1 (1865), 9 ff., 26 ff.

Schimmer, Alt und Neu Wien: Karl Eduard Schimmer, Alt und Neu Wien. Geschichte der österreichischen Kaiserstadt (2. Auflage, Wien/Leipzig 1904).

Schindler, Comici dell'arte: Otto G. Schindler, »Mio compadre Imperatore«. Comici dell'arte an den Höfen der Habsburger, in: Maske und Kothurn 38 (1997), H. 2–4, 25ff.

Schindler, Italienisches Theater: Otto G. Schindler, *Sonst ist es lustig albie*. Italienisches Theater am Habsburgerhof zwischen Weißem Berg und Sacco di Mantova, in: Wien im Dreißigjährigen Krieg (siehe dort), 565 ff.

Schindler, Zuschauerraum: Otto G. Schindler, Der Zuschauerraum des Burgtheaters im 18. Jahrhundert. Eine baugeschichtliche Skizze, in: Maske und Kothurn 22 (1976), 20 ff.

Schlager, Skizzen: J. E. Schlager, Wiener Skizzen aus dem Mittelalter (Wien 1839).

Schmeltzl, Der Wiener Hans Sachs: Wolfgang Schmeltzl, Der Wiener Hans Sachs. Eine Auslese seiner Werke mit Anmerkungen versehen und hg. von E. Triebnigg (Wien 1915).

Schmeltzl, Lobspruch: Wolfgang Schmeltzl, Ein Lobspruch der hochlöblichen vnd weitberümten Küniglichen Stat Wienn in Osterreich […] (Wien 1547).

Schmidt, Allgemeines Krankenhaus: Gabriela Schmidt, Die Wiener Medizinische Fakultät und das Allgemeine Krankenhaus, in: Historie und Geist. Universitätscampus Wien, Bd. 1, hg. von Alfred Ebenbauer, Wolfgang Greisenegger und Kurt Mühlberger (Wien 1998), 7 ff.

Schmidt, Josephs-Akademie: Gabriela Schmidt, Zur Hebung des Chirurgenstandes an der Jo-

sephs-Akademie, in: Kunst des Heilens. Aus der Geschichte der Medizin und Pharmazie. Niederösterreichische Landesausstellung 1991 (Wien 1991), 626 ff.

Schmidt, Konfessionalisierung: Heinrich Richard Schmidt, Konfessionalisierung im 16. Jahrhundert (Enzyklopädie deutscher Geschichte 12, München 1992).

Schmidt, Volkslied: Leopold Schmidt, Das Volkslied im alten Wien (Wien 1947).

Schmidt – Tietze, Wien: Justus Schmidt und Hans Tietze, Wien. Dehio Handbuch (6. Auflage, Wien/München 1973).

Schmidt-Dengler, Österreichische Literatur: Wendelin Schmidt-Dengler, Österreichische Literatur, in: Literaturlexikon. Autoren und Werke deutscher Sprache, hg. von Walther Killy, Bd. 14, hg. von Volker Meid (München 1993), 179 ff.

Schmölzer, Pest: Hilde Schmölzer, Die Pest in Wien. »Deß wütenden Todts Ein umbständig Beschreibung« (Berlin 1988).

Schram, Bausteine: Wilhelm Schram, Österreichische Bausteine zur Kultur- und Sittengeschichte (Brünn 1905).

Schrauf, Reichshofrat: Karl Schrauf, Der Reichshofrat Dr. Georg Eder. Eine Briefsammlung als Beitrag zur Geschichte der Gegenreformation in Niederösterreich 1573–1578 (Wien 1904).

Schrauf, Stiftbriefe: Franz Schrauf, Die Stiftbriefe der an der k.k. Universität Wien bestehenden Stipendienstiftungen (Wien 1895).

Schreiber, Tierärztliche Hochschule: Josef Schreiber, Die tierärztliche Hochschule in Wien. Ihre Gründung, Geschichte, Lehrpläne und Gebäude, in: 200 Jahre tierärztliche Hochschule in Wien, hg. vom Professorenkollegium der Tierärztlichen Hochschule in Wien (Wien 1968), 1 ff.

Schreiber, Leopold Wilhelm: Renate Schreiber, Erzherzog Leopold Wilhelm. Bischof und Feldherr, Statthalter und Kunstsammler. Ungedr. Diss. (Wien 2001).

Schröder, Schatz= und Rent=Kammer: Wilhelm von Schröder, Fürstliche Schatz= und Rent=Kammer. Nebst seinem Tractat vom Goldmachen Wie auch vom Ministrissimo oder Ober=Staats=Bedienten (Leipzig 1743).

Schubert, Judentum: Kurt Schubert, Das österreichische Judentum – seine Geschichte, seine Kultur, sein Schicksal, in: Das Österreichische Jüdische Museum, hg. von Kurt Schubert (Eisenstadt 1988), 1 ff.

Schüch, Neustift am Walde: Bruno Schüch, 200 Jahre Pfarre Neustift am Walde (Wien 1983).

Schulz, Noverre: Maximilian Schulz, Jean George Noverre in Wien 1767–1774; 1776. Ein Beitrag zur Geschichte des Theaters in Wien (Wien 1937).

Schusser (Hg.), Musik: Musik im mittelalterlichen Wien, hg. von Adelbert Schusser (Historisches Museum der Stadt Wien, 103. Sonderausstellung, Wien 1987).

Schütz, Cranach: Karl Schütz, Lucas Cranach d.Ältere und die Malerei in Wien um 1500, in: Maximilian I. Der Aufstieg eines Kaisers – Von der Geburt bis zur Alleinherrschaft 1459–1493, Ausstellungskatalog (Wiener Neustadt 2000), 123 ff.

Schütz, St. Michael: Karl Schütz, Musikpflege an St. Michael in Wien (Veröffentlichungen der Kommission für Musikforschung der österreichischen Akademie der Wissenschaften 20, Wien 1980).

Schwarz, Altargucker: Michael Viktor Schwarz, Altargucker und Predigtlauscher. Anton Pilgrams Selbstbildnisse in St. Stephan, Wien, in: ders., Visuelle Medien im christlichen Kult. Fallstudien aus dem 13. bis 16. Jahrhundert (Wien 2002), 217 ff.

Schwarz, Geschichte: Ignaz Schwarz, Geschichte der Juden in Wien bis zum Jahre 1625, in: Geschichte der Stadt Wien 5 (Wien 1913), 1 ff.

Schwarz, Ghetto: Ignaz Schwarz, Das Wiener Ghetto, seine Häuser und Bewohner (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutsch-Österreich 2, Wien/Leipzig 1909).

Schwarzl, Hochwasserbedrohung: Siegfried Schwarzl, Die Hochwasserbedrohung Wiens. Elementarereignisse an der Donau im Rahmen der Klimaentwicklung (Wetter und Leben, Sonderheft 4, Wien 1956).

Schweiger, Reyssbeschreibung: Salomon Schweiger, Eine newe Reyssbeschreibung auß Teutschland nach Constantinopel und Jerusalem (Photomechanischer Nachdruck der Ausgabe von 1608. Frühe Reisen und Seefahrten in Originalberichten 3, Graz 1964).

Sedlaczek – Löwy, Statistischer Bericht: Stephan Sedlaczek und Wilhelm Löwy, Wien. Statistischer Bericht über die wichtigsten demographischen Verhältnisse (Wien 1887).

Seethaler, Kalenderwesen: Josef Seethaler, Das Wiener Kalenderwesen von seinen Anfängen bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte des Buchdrucks. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1982).

Seidler, Idealbild: Andrea Seidler, Das Idealbild der Frau in Wiener Wochenschriften der 60er und 70er Jahre des 18. Jahrhunderts, in: Zur Ausweitung des Horizonts (Das achtzehnte Jahrhundert und Österreich. Jahrbuch der österreichischen Gesellschaft zur Erforschung des achtzehnten Jahrhunderts 13, Wien 1999), 91 ff.

Seifert, Barock: Herbert Seifert, Die Entfaltung des Barock, in: Musikgeschichte Österreichs, hg. von Rudolf Flotzinger und Gernot Gruber, Bd. 1 (2. Auflage, Wien 1995), 301 ff.

Seifert, Hochzeit-Gott: Herbert Seifert, Der Sig-prangende Hochzeit-Gott. Hochzeitsfeste am Wiener Hof der Habsburger und ihre Allegorik 1622–1699 (dramma per musica 2, Wien 1988).

Seifert, Oper: Herbert Seifert, Die Oper am Wiener Kaiserhof im 17. Jahrhundert (Wiener Veröffentlichungen zur Musikgeschichte 25, Tutzing 1985).

Senfelder, Barmherzige Brüder: Leopold Senfelder, Die Barmherzigen Brüder in Wien 1614–1914 (Wien 1914).

Senfelder, Sanitätswesen: Leopold Senfelder, Das niederösterreichische Sanitätswesen und die Pest im XVI. und XVII. Jahrhundert, in: BllVLKNÖ 33 (1899), 35 ff.

Senfelder, Wiener Stadtphysikat: Leopold Senfelder, Geschichte des Wiener Stadtphysikats, in: Mitteilungen des k.k. Archivs für Niederösterreich (1908), 93 ff.

Sigmund, Residenzstadt: Anna Maria Sigmund, »In Wien war alles schön«. Die Residenzstadt aus der Sicht berühmter Gäste (Wien 1997).

Skoda, Ratsbürger: Erwin Skoda, Die Wiener Ratsbürger zwischen 1671 und 1705. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1974).

Skvarics, Migrationsgeschichte: Helga Skvarics, Die Migrationsgeschichte der Wiener Buchbinder von 1750 bis 1800. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1996).

Slavicek, Antwerpen: Lubomír Slavicek, Antwerpen, Wien und die böhmischen Länder. Die Antwerpener Malerei 1550–1650 im Lichte des Wiener Kunsthandels und der böhmischen Gemäldesammlungen, in: Die Malerei Antwerpens – Gattungen, Meister, Wirkungen. Studien zur flämischen Kunst des 16. und 17. Jahrhunderts. Internationales Kolloquium Wien 1993, hg. von Ekkehard Mai, Karl Schütz und Hans Vlieghe (Köln 1994), 145 ff.

Smets, Wien: Moritz Smets, Wien im Zeitalter der Reformation (Wien 1969; Nachdruck der Ausgabe Pressburg 1875).

Smith, Alchemy: Pamela H. Smith, The Business of Alchemy. Science and Culture in the Holy Roman Empire (Princeton 1997).

Solf, Festdekoration: Sabine Solf, Festdekoration und Groteske. Der Wiener Bühnenbildner Lo-

dovico Ottavio Burnacini: Inszenierung barocker Kunstvorstellung (Studien zur deutschen Kunstgeschichte 355, Baden-Baden 1975).

Sommer-Mathis, Tu felix Austria nube: Andrea Sommer-Mathis, Tu felix Austria nube. Hochzeitsfeste der Habsburger im 18. Jahrhundert (dramma per musica 4, Wien 1994).

Sommer-Mathis, Pícaro: Andrea Sommer-Mathis, Ein *pícaro* und spanisches Theater am Wiener Hof zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, in: Wien im Dreißigjährigen Krieg (siehe dort), 655 ff.

Sommer-Mathis – Hilscher (Hg.), Metastasio: Pietro Metastasio (1698–1782) – uomo universale. Festgabe der ÖAW zum 300. Geburtstag von Pietro Metastasio, hg. von Andrea Sommer-Mathis und Elisabeth Th. Hilscher (SB Wien 676, Wien 2000).

Spielman, City: John P. Spielman, The City & The Crown. Vienna and the Imperial Court 1600–1740 (West Lafayette 1993).

Sporer (Hg.), Johannes von Nepomuk: Johannes von Nepomuk. Katalog der Ausstellung des Adalbert-Stifter-Vereines in Zusammenarbeit mit dem Münchner Stadtmuseum, hg. von Eugen Sporer (Passau 1971).

Spring, Finanzen: Alfred Spring, Wiens Finanzen in der 2. Hälfte der Regierung Maria Theresias. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1949).

Srbik, Adriapolitik: Heinrich von Srbik, Adriapolitik unter Kaiser Leopold I., in: MIÖG Erg.Bd. 11 (1929), 610 ff.

Srbik, Exporthandel: Heinrich von Srbik, Der staatliche Exporthandel Österreichs von Leopold I. bis Maria Theresia (Wien 1907).

Srbik, Schröder: Heinrich Ritter von Srbik, Wilhelm von Schröder. Ein Beitrag zur Geschichte der Staatswissenschaften (SB Wien 164, 1. Abh., Wien 1910).

St. Michael: St. Michael. Stadtpfarrkirche und Künstlerpfarre von Wien 1288–1988, Ausstellungskatalog (Wien 1988).

St. Stephan: 850 Jahre St. Stephan. Symbol und Mitte in Wien 1147–1997 (Ausstellungskatalog, Wien 1997).

Stadlober, Cranach: Margit Stadlober, Das Frühwerk Lucas Cranachs d. Ä. und Österreich – Ein Entwicklungsweg, in: ÖZKD 52 (1988), 414 ff.

Stangler, Luftfahrt: Gottfried Stangler, Die Luftfahrt in Niederösterreich (Wissenschaftliche Schriftenreihe Niederösterreich 38, Wien 1979).

Stanzl, Ballett: Eva Stanzl, Das Ballett in der Wiener Barockoper, in: Maske und Kothurn 7 (1961), 313 ff.

Starzer, Statthalterei: Albert Starzer, Beiträge zur Geschichte der niederösterreichischen Statthalterei (Wien 1879).

Staudinger, Juden: Barbara Staudinger, Juden am Reichshofrat. Jüdische Rechtsstellung und Judenfeindschaft am Beispiel der österreichischen, böhmischen und mährischen Juden 1559–1670. Ungedr. Diss. (Wien 2001).

Staudinger, Privilegien: Barbara Staudinger, »Auß sonderbaren khayserlichen gnaden«. Die Privilegien der Wiener Hofjuden im 16. und 17. Jahrhundert, in: Frühneuzeit-info 12/1 (2001), 21 ff.

Steidl, Regionale Mobilität: Annemarie Steidl, Regionale Mobilität der städtischen Handwerker. Die Herkunft Wiener Lehrlinge/Lehrmädchen, Gesellen und Meister im 18. und 19. Jahrhundert. Ungedr. Diss. (Wien 1999).

Steidl, Witwenpensionskassen: Annemarie Steidl, »… Trost für die Zukunft der Zurückgelassenen«. Die Funktion der Witwenpensionskassen im Wiener Handwerk im 18. und 19. Jahrhun-

dert, in: Das Alter im Spiel der Generationen. Historische und sozialwissenschaftliche Beiträge, hg. von Josef Ehmer und Peter Gutschner (Wien/Köln/Weimar 1999), 320 ff.

Steindl, Nationen: Astrid Steindl, Die akademischen Nationen an der Universität Wien, in: Aspekte der Bildungs- und Universitätsgeschichte. 16. bis 19. Jahrhundert (Schriftenreihe des Universitätsarchivs 7, hg. von Kurt Mühlberger und Franz Skacel, Wien 1993), 15 ff.

Steiner, Bader: Christl Steiner, Die Bader und Barbiere (Wundärzte) in Wien zur Zeit Maria Theresias (1740–1780). Ungedr. phil. Diss. (Wien 1967).

Steiner, Sterbealter: Leopold Steiner, Das Sterbealter der Bewohner der Leopoldstadt (1700–1735), in: WGBll. 32 (1977), 145 f.

Stekl, Gesellschaftliche Außenseiter: Hannes Stekl, Gesellschaftliche Außenseiter im barocken Österreich, in: Prinz Eugen und das barocke Österreich, hg. von Karl Gutkas (Salzburg/Wien 1985), 221 ff.

Stekl, Hausrechtliche Abhängigkeit: Hannes Stekl, Hausrechtliche Abhängigkeit in der industriellen Gesellschaft. Das häusliche Personal vom 18. bis ins 20. Jahrhundert, in: WGBll. 30 (1975), 301 ff.

Stekl, Unterschichten: Hannes Stekl, Unterschichten und Obrigkeit im Wien des ausgehenden 18. Jahrhunderts, in: Österreich im Europa der Aufklärung. Kontinuität und Zäsur in Europa zur Zeit Maria Theresias und Josephs II., Bd. 1 (Wien 1985), 291 ff.

Stekl, Zucht- und Arbeitshäuser: Hannes Stekl, Österreichs Zucht- und Arbeitshäuser 1671–1920. Institutionen zwischen Fürsorge und Strafvollzug (Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 12, Wien 1978).

Stichweh, Staat: Rudolf Stichweh, Der frühmoderne Staat und die europäische Universität. Zur Interaktion von Politik und Erziehungssystem im Prozeß ihrer Ausdifferenzierung (16.–18. Jahrhundert) (Frankfurt 1991).

Stieve, Briefe: Felix Stieve, Briefe des Reichshofrathes Dr. Georg Eder zur Geschichte Rudolfs II. und der Gegenreformation in Österreich unter der Enns, in: MIÖG 6 (1885), 440 ff.

Stögmann, Staat: Arthur Stögmann, Staat, Kirche und Bürgerschaft: Die katholische Konfessionalisierung und die Wiener Protestanten zwischen Widerstand und Anpassung (1580–1660), in: Wien im Dreißigjährigen Krieg (siehe dort), 482 ff.

Stoianovich, Commerce: Traian Stoianovich, Commerce et industrie ottomans et maghrébins: Pôles de diffusion, aires d'expansion, in: Contributions à l'histoire économique et sociale de l'Empire ottoman, hg. von Jean-Louis Bacqué-Grammont und Paul Dumont (Paris 1983), 329 ff.

Stoianovich, Merchant: Traian Stoianovich, The conquering Balkan orthodox merchant, in: Journal of Economic History 20 (1960), 234 ff.

Stoiber, Universität Wien: Elisabeth Stoiber, Die Universität Wien von 1780 bis 1802. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1979).

Strömmer, Klimaforschung: Elisabeth Strömmer, Historische Klimaforschung am Beispiel der Quellen des Stiftsarchives Klosterneuburg, in: Jahrbuch des Stiftes Klosterneuburg 17 (1999), 7 ff.

Stummvoll (Hg.), Nationalbibliothek: Geschichte der Österreichischen Nationalbibliothek, 1. Teil Die Hofbibliothek (1368–1922), hg. von Josef Stummvoll (Museion. Veröffentlichungen der österreichischen Nationalbibliothek N.F. 2, Reihe 3, Wien 1968).

Sturminger, Milchkrieg: Walter Sturminger, Der Milchkrieg zu Wien am Fronleichnamstag 1578, in: MIÖG 58 (1950), 614 ff.

Sturminger, Türkenbelagerungen: Walter Sturminger, Bibliographie und Ikonographie der Türkenbelagerungen Wiens 1529 und 1683 (Veröffentlichungen der Kommission für Neuere Geschichte Österreichs 41, Graz u.a. 1955).

Stürzlinger, Stadtordnung: Martin Stürzlinger, Die Entstehung der Wiener Stadtordnung 1526, in: JbVGStW 54 (1998), 215 ff.

Suete-Willer, Rodaun: Hildegunde Suete-Willer, 200 Jahre Pfarre Rodaun (Wien 1983).

Sulovsky, Weinhandel: Eva Sulovsky, Der Weinhandel des Stiftes Klosterneuburg, in: Von Rebstock und Riesenfass, hg. von Karl Holubar und Wolfgang Christian Huber (Klosterneuburg/Wien 1994), 17 ff.

Suttinger, Consuetudines: Johann Baptist Suttinger, Consuetudines Austriacae ad stylum excelsi regiminis infra Anasum accommodatae (2. Auflage, Nürnberg 1718).

Szarota, Jesuitendrama: Elida Maria Szarota, Das Jesuitendrama im deutschen Sprachgebiet. Eine Periochen-Edition (München 1979).

Taglicht, Nachlässe: Israel Taglicht, Nachlässe der Wiener Juden im 17. und 18. Jahrhundert (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutsch-Österreich 7, Wien 1917).

Tangl, Finanzen: Erich Tangl, Die Finanzen und Ämter der Stadt Wien von 1679–1710. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1949).

Tanzer, Spectacle: Gerhard Tanzer, Spectacle müssen seyn. Die Freizeit der Wiener im 18. Jahrhundert (Kulturstudien 21, Wien/Köln/Weimar 1992).

Tauchmann, St. Rochus: Karl Tauchmann, Geschichte der Pfarre St. Rochus und St. Sebastian auf der Landstraße in Wien (Wien 1933).

Teibenbacher, Handwerksimmigration: Peter Teibenbacher, Handwerksimmigration in Wien 1350–1600, in: III. Internationales Handwerksgeschichtliches Symposium Veszprém 18–24. 10. 1986 (Veszprém 1987), 263 ff.

Tekely, Soziale Pathologie: Ludwig Tekely, Soziale Pathologie der Tuberkulose, in: Handbuch der sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge, Bd. 3, hg. von A. Gottstein, A. Schlossmann und L. Tekely (Berlin 1925), 116 ff.

Telesko, Universitätsviertel: Werner Telesko, Kunsthistorische Bemerkungen zum »alten Universitätsviertel« in Wien als »Gedächtnisort«, in: Die Verortung von Gedächtnis, hg. von Moritz Csáky und Peter Stachel (Wien 2001), 279 ff.

Teply, Armenische Kolonie: Karl Teply, Die erste armenische Kolonie in Wien, in: WGBll. 28 (1973), 105 ff.

Teply, Einführung des Kaffees: Karl Teply, Die Einführung des Kaffees in Wien. Georg Franz Koltschitzky – Johannes Diodato – Isaak de Luca (FB 6, Wien 1980).

Tersch, Kategorisierung des Blicks: Harald Tersch, Die Kategorisierung des Blicks. Städtische Identität in Wien-Berichten der frühneuzeitlichen Reiseliteratur, in: Frühneuzeit-Info 10/1+2 (1999), 108 ff.

Tersch, Selbstzeugnisse: Harald Tersch, Österreichische Selbstzeugnisse des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit (1400–1650). Eine Darstellung in Einzelbeiträgen (Wien/Köln/Weimar 1998).

Teufel, Schüler Mendelssohns: Helmut Teufel, Ein Schüler Mendelssohns – Herz Homberg als jüdischer Propagandist der josephinischen Aufklärung. Ambivalenzen der Aufklärung. Festschrift für Ernst Wangermann, hg. von Gerhard Ammerer und Hanns Haas (Wien/München 1997), 187 ff.

Theater in Österreich. Theatre in Austria. Le théâtre en Autriche (Notring-Jahrbuch 1965, Wien 1965).

Thiel, Gewerbe: Viktor Thiel, Gewerbe und Industrie, in: Geschichte der Stadt Wien, hg. vom Alterthumsverein zu Wien, Bd. 4 (Wien 1911), 411 ff.

Thiel, Handwerkerordnung: Viktor Thiel, Die Handwerkerordnung Ferdinands I. für die fünf niederösterreichischen Lande (1527), in: JbLKNÖ 8 (1909), 27 ff.

Thomas, Wien als Residenz: Christiane Thomas, Wien als Residenz unter Kaiser Ferdinand I., in: JbVGStW 49 (1993), 101 ff.

Thurn und Taxis, Chronik: Franz Graf von Thurn und Taxis, Eine Chronik der Jörger 1497–1599, in: Monatsblatt »Adler« 7 (1916), 258 ff., 267 ff., 273 ff., 282 ff., 292 ff.

Tietze, Alt-Wien: Hans Tietze, Alt-Wien in Wort und Bild vom Ausgang des Mittelalters bis zum Ende des XVIII. Jahrhunderts (Wien 1924).

Tietze, Juden: Hans Tietze, Die Juden Wiens. Geschichte – Wirtschaft – Kultur (Wien 1987; Nachdruck der Ausgabe Wien/Leipzig 1933).

Tietze, Wien: Hans Tietze, Wien. Kultur, Kunst, Geschichte (Wien/Leipzig 1931).

Tietze-Conrad, Ertinger: Des Bildhauergesellen Franz Ferdinand Ertinger Reisebeschreibung durch Österreich und Deutschland, hg. von Erika Tietze-Conrad (Wien/Leipzig 1907).

Till, Anton Brus: Rudolf Till, Anton Brus von Müglitz, 1558–1563 Bischof von Wien, in: WGBll. 19 (1964), 258 ff.

Till, Besetzung: Rudolf Till, Wien unter fremder Besetzung, in: WGBll. 8 (1953), 76ff.

Till, Geburt: Rudolf Till, Wie Wien die Geburt eines königlichen Prinzen feierte, in: WGBll. 15 (1960), 97 ff.

Till, Glaubensspaltung: Rudolf Till, Glaubensspaltung in Wien. Ursachen und Ausmaß, in: WGBll. 21 (1966), 1 ff.

Till, Schweizer Uhrmacherkolonie: Rudolf Till, Die Schweizer Uhrmacherkolonie in Wien. Ein Beispiel merkantilistischer Gewerbepolitik, in: Zeitschrift für schweizerische Geschichte 30 (1950), 46 ff.

Till, Spanische Juden: Rudolf Till, Geschichte der spanischen Juden in Wien, in: JbVGStW 5–6 (1947), 108 ff.

Till, Stadtverwaltung: Rudolf Till, Geschichte der Wiener Stadtverwaltung in den letzten zweihundert Jahren (Wien 1957).

Till, Wiener Marktwesen: Rudolf Till, Geschichte des Wiener Marktwesens (Wien o.J.).

Till, Wirtschaftskommission: Rudolf Till, Die Stadt Wiener Wirtschaftskommission, in: JbVGStW 2 (1941), 78 ff.

Tipton, Mariensäulen: Susan Tipton, »Super aspidem et basiliscum ambulabis ...«. Zur Entstehung der Mariensäulen im 17. Jahrhunderti, in: Religion und Religiosität im Zeitalter des Barock, hg. von Dieter Breuer (Wolfenbütteler Arbeiten zur Barockforschung 25, Wiesbaden 1995), 375 ff.

Tomaschek, Rechte und Freiheiten: J. A. Tomaschek, Die Rechte und Freiheiten der Stadt Wien, 2 Bde. (Wien 1877–1879).

Tomek, Kirchengeschichte: Ernst Tomek, Kirchengeschichte Österreichs. 2. Teil: Humanismus, Reformation und Gegenreformation (Innsbruck/Wien 1949).

Tomek, Kirchliches Leben: Ernst Tomek, Das kirchliche Leben und die christliche Charitas in Wien, in: Geschichte der Stadt Wien, hg. vom Alterthumsverein zu Wien, Bd. 5 (Wien 1914), 160–330.

Tomek, Spaziergänge: Ernst Tomek, Spaziergänge durch Alt-Wien (Graz 1927).

Trapp, Altlerchenfelder Kirche: Leo Maria Trapp, Altlerchenfelder Kirche (Wien 1948).

Trauungsbücher: Die Trauungsbücher 1542–1556, 1563–1599 der Wiener Stadtpfarre St. Stefan, in: Die Matrikel 2 (1936), Beilage, 5 ff.

Trauungsmatrikeln: Trauungsmatrikeln im 16. Jahrhundert der Wiener Vorstadt St. Ulrich (Maria Trost) und der Stadtpfarre St. Michael, in: Die Matrikel 1 (1935), Beilage, 1 ff.

Trawnicek, Tuchsold: Peter Trawnicek, Tuchsold und Landschaftsjuden. Beiträge zur Geschichte der Soldzahlung in Tuch durch die niederösterreichischen Stände und ihrer Finanzierung durch Wiener Juden im 17. Jahrhundert. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 2000).

Trawnicek, Wien 1716: Peter Trawnicek, Wien 1716. Die Stadt im Spiegel ihrer Totenbeschauprotokolle. Ungedr. Manuskript (Wien 2002).

Tremel, Griechenkolonie: Ferdinand Tremel, Die Griechenkolonie in Wien im Zeitalter Maria Theresias, in: VJSSWG 51 (1964), 108 ff.

Tremel, Italienhandel: Ferdinand Tremel, Zur Geschichte des Wiener Italienhandels im 16. Jahrhundert, in: Nachrichtenblatt des Vereins für Geschichte der Stadt Wien 3 (1941), H. 4, 22 ff.

Tremel, Kaufmann: Ferdinand Tremel, Der österreichische Kaufmann im 16. Jahrhundert, in: Festschrift für Karl Eder zum 70. Geburtstag (Innsbruck 1959), 119 ff.

Tremel, Venezianer Handel: Ferdinand Tremel, Der Venezianer Handel Wiens in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, in: Mélanges en l'honneur de Fernand Braudel, Bd. 2 (Toulouse 1973), 621 ff.

Türken vor Wien: Die Türken vor Wien. Europa und die Entscheidung an der Donau 1683 (Ausstellungskatalog Wien 1983).

Uhl, Hernals: Erika Uhl, Hernals. »Feste Burg« und Kalvarienberg. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1993).

Uhlirz, Gregorianischer Kalender: Karl Uhlirz, Die Einführung des Gregorianischen Kalenders in Wien. Paulus Fabricius und Hieronymus Beck von Leopoldsdorf, 6. September 1583, in: MIÖG 12 (1891), 639 ff.

Uiblein, Dotation: Paul Uiblein, Zur ersten Dotation der Universität Wien, in: Jahrbuch des Stiftes Klosterneuburg N. F. 16 (1997), 353 ff.

Vacha (Hg.), Habsburger: Die Habsburger. Eine europäische Familiengeschichte, hg. von Brigitte Vacha (Graz/Wien/Köln 1992).

Vajda, Literaturen: György M. Vajda, Wien und die Literaturen in der Donaumonarchie. Zur Kulturgeschichte Mitteleuropas 1740–1918 (Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft zur Erforschung des 18. Jahrhunderts 4, Wien/Köln/Weimar 1994).

Valentin, Pomo d'Oro: Jean-Marie Valentin, »Il Pomo d'Oro« et le mythe impérial Catholique à l'époque de Léopold Ier, in: XVIIe Siècle 36 (Paris 1984), 17 ff.

Valentinitsch, Italienische Unternehmer: Helfried Valentinitsch, Italienische Unternehmer im Wirtschaftsleben der innerösterreichischen Länder 1550–1650, in: Wirtschaftskräfte und Wirtschaftswege. Festschrift für Hermann Kellenbenz, Bd. 1 (Stuttgart 1978), 695 ff.

Van Klaveren, Wirtschaftsgeschichte: Jakob Van Klaveren, Europäische Wirtschaftsgeschichte Spaniens im 16. und 17. Jahrhundert (Stuttgart 1960).

Van Zanden, Wages: Jan L. van Zanden, Wages and the Standard of Living in Europe, 1500–1800, in: European Review of Economic History 2 (1999), 175 ff.

Vancsa, Politische Geschichte: Max Vancsa, Politische Geschichte der Stadt Wien 1520–1740 (Wien 1901).

Vangerow, Donauhandel: Hans-Heinrich Vangerow, Linz und der Donauhandel des Jahres 1627, Teil 1, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz (1962), 223 ff.; Teil 2, ebd. (1963), 255 ff.; Teil 3, ebd. (1964), 41 ff.

Vangerow, Isarflöße: Hans-Heinrich Vangerow, Die Isarflöße und ihre Fernverbindungen nach Österreich zwischen 1318 und 1568, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz (1959), 11 ff.; ebd. (1960), 344 ff.

Vangerow: Schiffleute: Hans-Heinrich Vangerow, Schiffleute und Schiffbestand an der Donau von Passau bis Wien Anno 1566, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Linz (1985), 481 ff.

Vasold, Pest: Manfred Vasold, Pest, Not und schwere Plagen. Seuchen und Epidemien vom Mittelalter bis heute (München 1991).

Veltzé, Kriegswesen: Alois Veltzé, Das Kriegswesen, in: Geschichte der Stadt Wien IV (Wien 1911), 159 ff.

Veltzé, Stadtguardia: Alois Veltzé, Die Wiener Stadtguardia (1531–1741), in: Berichte und Mittheilungen des Alterthums-Vereines zu Wien 36/37 (1902), 1 ff.

Vennersten, Wirtschaftswesen: Stellan Vennersten, Das Wirtschaftswesen der Stadt Wien nach dem Dreißigjährigen Krieg 1649–1683. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1933).

Verzeichniß: Verzeichniß der um die k.k. Haupt= und Residenzstadt Wien befindlichen Vorstädten, Gründen, Gässen, numerirten Häuser, Innhaber und ihrer Schilder (Wien 1778).

Vielmetti, Beginn: Nikolaus Vielmetti, Vom Beginn der Neuzeit bis zur Toleranz, in: Das österreichische Judentum. Voraussetzungen und Geschichte, hg. von Anna Drabek, Wolfgang Häusler, Kurt Schubert, Karl Stuhlpfarrer und Nikolaus Vielmetti (Wien/München 1974), 59 ff.

Vocelka, Glanz: Karl Vocelka, Glanz und Untergang der höfischen Welt. Repräsentation, Reform und Reaktion im habsburgischen Vielvölkerstaat (Österreichische Geschichte 1699–1815, hg. von Herwig Wolfram, Wien 2001).

Vocelka, Habsburgische Hochzeiten: Karl Vocelka, Habsburgische Hochzeiten 1550– 1600. Kulturgeschichtliche Studien zum manieristischen Repräsentationsfest (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 65, Wien/Köln/Graz 1976).

Vocelka, Port: Karl Vocelka, »Du bist die port und zir alzeit, befestigung der christenheit«. Wien zwischen Grenzfestung und Residenzstadt im späten Mittelalter und der frühen Neuzeit, in: Metropolen im Wandel. Zentralität in Ostmitteleuropa an der Wende von Mittelalter zur Neuzeit, hg. von Evamaria Engel, Karen Lambrecht und Hanna Nogossek (Berlin 1995), 263 ff.

Vocelka, Propaganda: Karl Vocelka, Die politische Propaganda Kaiser Rudolfs II. (Veröffentlichungen der Kommission für die Geschichte Österreichs 9, Wien 1981).

Vocelka, Rudolf II. und seine Zeit: Karl Vocelka, Rudolf II. und seine Zeit (Wien/Köln/Graz 1985).

Vocelka, Wiener Feste: Karl Vocelka, Die Wiener Feste der frühen Neuzeit in waffenkundlicher Sicht, in: Studien zur Wiener Geschichte. Festschrift aus Anlaß des hundertfünfundzwanzigjährigen Bestehens des Vereines für Geschichte der Stadt Wien (JbVGStW 34, 1978), 133 ff.

Vocelka – Heller, Lebenswelt: Karl Vocelka und Lynne Heller, Die Lebenswelt der Habsburger. Kultur- und Mentalitätsgeschichte einer Familie (Graz/Wien/Köln 1997).

Völker, Sturmpetition: Karl Völker, Die »Sturmpetition« der evangelischen Stände in der Wiener Hofburg am 5. Juni 1619. Wirklichkeit und Legende, in: Jahrbuch der Gesellschaft für die Geschichte des Protestantismus in Österreich 57 (1936), 3 ff.

VOLTELINI, Stadt- und Stadtgerichtsordnung: Hans von VOLTELINI, Die Wiener Stadt- und Stadtgerichtsordnung Ferdinands I. von 1526, in: MVGStW 9/10 (1929), 105 ff.

VSEDNI, Hernals: Karl VSEDNI, Der Pilgerweg nach Hernals. Ein Beitrag zu dessen Rekonstruktion, in: Steine sprechen 39 (2000), 1 ff.

WAACH, Salesianerinnen: Hildegard WAACH, Die Salesianerinnen in Wien 1717–1967 (Wien/München 1967).

WACHA, Wetterbeobachtungen: Georg WACHA, Die ältesten erhaltenen täglichen Wetterbeobachtungen aus dem Raum Wien, in: Wetter und Leben 15 (1963), 147 ff.

WACHSTEIN, Chewra Kadischa: Bernhard WACHSTEIN, Die Gründung der Wiener Chewra Kadischa im Jahre 1763, in: Mitteilungen zur jüdischen Volkskunde 12 (1909), 97 ff. und 13 (1910), 6 ff.

WACHSTEIN, Inschriften: Bernhard WACHSTEIN, Die Inschriften des alten Judenfriedhofes in Wien. Teil 1–2 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutsch-Österreich 4, Wien/Leipzig 1912 und 1917).

WAGNER, Türkenjahr 1664: Georg WAGNER, Das Türkenjahr 1664. Eine europäische Bewährung. Raimund Montecuccoli, die Schlacht von St. Gotthard-Mogersdorf und der Friede von Eisenburg (Vasvár) (Burgenländische Forschungen 48, Eisenstadt 1964).

WAGNER, Idee der Toleranz: Hans WAGNER, Die Idee der Toleranz in Österreich. Religion und Kirche in Österreich (Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde 1972, Wien 1972).

WAGNER, Kleingewerbe: Michael WAGNER, Kleingewerbe und Handwerk im 18. Jahrhundert, in: Günther CHALOUPEK/Peter EIGNER/Michael WAGNER, Wien. Wirtschaftsgeschichte 1740–1938, Tl. 1 (Geschichte der Stadt Wien 4, hg. von Felix CZEIKE, Wien 1991), 99 ff.

WAGNER, Maria Treu: Michael WAGNER, Spätbarocker Kirchenbau und Frömmigkeit. Die Piaristenkirche Maria Treu in Wien. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1999).

WAGNER-RIEGER, Architektur: Renate WAGNER-RIEGER, Architektur im theresianischen Zeitalter, in: Maria Theresia und ihre Zeit, hg. von Walter KOSCHATZKY (Salzburg/Wien 1980), 258 ff.

WAGNER-RIEGER, Bürgerhaus: Renate WAGNER-RIEGER, Das Wiener Bürgerhaus des Barock und Klassizismus (Wien 1957).

WAISSENBERGER, Schausammlung: Robert WAISSENBERGER, Schausammlung. Historisches Museum der Stadt Wien (Wien 1984).

WALLNER, Ämter: Elfriede WALLNER, Die Ämter der Stadt Wien von 1783–1848 in verwaltungsgeschichtlicher und personeller Hinsicht. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1977).

WALTENBERGER, Jedlesee: Raimund WALTENBERGER, Jedlesee. Geschichte der Pfarre und des Ortes (Wien o. J.).

WALTER, Wien: Friedrich WALTER, Wien. Die Geschichte einer deutschen Großstadt an der Grenze. Bd. 2: Die neuere Zeit (1522–1790) (Wien 1941).

WALTER, Beiträge: Friedrich WALTER, Beiträge zur älteren Wiener Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: MVGStW 15 (1935), 42 ff.

WEBER, Weinhandel: Fritz WEBER, Niederösterreichs Weinhandel im 16. Jahrhundert. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1947).

WEIGL, Demographischer Wandel: Andreas WEIGL, Demographischer Wandel und Modernisierung in Wien (Kommentare zum Historischen Atlas von Wien 1, Wien 2000).

WEIGL, Gaststätten: Andreas WEIGL, Gaststätten: Zur Ökonomie der Geselligkeit, in: Wien. Wirtschaftsgeschichte 1740–1938, hg. von Günther CHALOUPEK, Peter EIGNER, Michael WAGNER, Tl. 2 (Geschichte der Stadt Wien 5, hg. von Felix CZEIKE, Wien 1991), 1037 ff.

WEIGL, Nahwanderung: Andreas WEIGL, Nahwanderung und Weinbau in Wien 1580–1700, in: IMIS-Beiträge 18 (2001), 19 ff.

WEIGL, Residenz: Andreas WEIGL, Residenz, Bastion und Konsumptionsstadt: Stadtwachstum und demographische Entwicklung einer werdenden Metropole, in: Wien im Dreißigjährigen Krieg (siehe dort), 31 ff.

WEIGL, Wiener Bevölkerung: Andreas WEIGL, Die Wiener Bevölkerung in den letzten Jahrhunderten, in: Statistische Mitteilungen der Stadt Wien N.F. 2 (2000), 6 ff.

WEIKINN, Quellentexte II: Curt WEIKINN, Quellentexte und Witterungsgeschichte Europas von der Zeitwende bis zum Jahr 1858, Teil II (Quellensammlung zur Hydrographie und Meteorologie I, Berlin 1960).

WEILAND, Unterricht am Schottenstift: Edgar WEILAND, Unterricht am Schottenstift vor der Gründung des Schottengymnasiums, in: Das Schottengymnasium in Wien. Tradition und Verpflichtung, hg. von Johannes JUNG OSB, Gerhard SCHLASS, Friedrich WALLY und Edgar WEILAND (Wien/Köln/Weimar 1997), 15 ff.

WEILEN, Theatergeschichte: Alexander von WEILEN, Zur Wiener Theatergeschichte die vom Jahre 1629 bis zum Jahre 1740 am Wiener Hofe zur Aufführung gelangten Werke theatralischen Charakters und Oratorien (Schriften des Österr. Vereines für Bibliothekswesen 2, Wien 1901).

WEILEN, Theaterwesen: Alexander von WEILEN, Geschichte des Wiener Theaterwesens von den ältesten Zeiten bis zu den Anfängen der Hoftheater (Die Theater Wiens 1, Wien 1899).

WEINZIERL-FISCHER, Hungersnot: Erika WEINZIERL-FISCHER, Die Bekämpfung der Hungersnot in Böhmen 1770–1772 durch Maria Theresia und Joseph II., in: MÖStA 7 (1954), 478 ff.

WEISS, Anstalten: Karl WEISS, Geschichte der öffentlichen Anstalten, Fonde und Stiftungen für die Armenversorgung in Wien (Wien 1867).

WEISS, Geschichte der Stadt Wien: Karl WEISS, Geschichte der Stadt Wien, 2. Abt. (Wien 1872).

WEISS, Österreicherin: Sabine WEISS, Die Österreicherin. Die Rolle der Frau in 1000 Jahren Geschichte (Graz/Wien/Köln 1996).

WEISSENSTEINER, Diözesanregulierung: Johann WEISSENSTEINER, Die Diözesanregulierung Kaiser Josephs II. und das Erzbistum Wien, in: JbLKNÖ N.F. 52 (1986), 270 ff.

WEISSENSTEINER, Regesten: Johann WEISSENSTEINER, Regesten zur Geschichte der Pfarre Inzersdorf-St. Nikolaus (Wien 23) 1571–1932. Nach den Pfarrakten im Diözesanarchiv (Wien 1983).

WEISSENSTEINER, Schematismus: Johann WEISSENSTEINER, »Schematismus« der josephinischen Pfarren der Erzdiözese Wien, in: Beiträge zur Wiener Diözesangeschichte 24 (1983), 3 ff.

WELLESZ, Opern und Oratorien: Egon WELLESZ, Die Opern und Oratorien in Wien von 1660–1708, in: Studien zur Musikwissenschaft 6 (1919), 5 ff.

WENDLER, Journalismus: Anton Wilhelm WENDLER, Der Wiener Journalismus der josephinischen Epoche und seine Stellungnahme zu den Problemen der dramatischen Literatur und des Theaters. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1958).

WENINGER, Eustachiusfeier: Franz WENINGER, Die Eustachiusfeier im Lainzer Tiergarten, in: Jahrbuch 1986 der Erzdiözese Wien (1986).

WERTHEIMER, Juden: Joseph WERTHEIMER, Die Juden in Österreich (anonym erschienen, Leipzig 1842).

WERUNSKY, Rechtsgeschichte: Emil WERUNSKY, Österreichische Reichs- und Rechtsgeschichte (Wien 1894).

WESENER, Einflüsse: Gunter WESENER, Einflüsse und Geltung des römisch-gemeinen Rechts in den altösterreichischen Ländern in der Neuzeit (16. bis 18. Jahrhundert) (Wien/Köln 1989).

Wetter-und-Zufälle-Chronik: Wetter-und-Zufälle-Chronik. Aus archivalischen Anmerkungen des Collegiatstifts Neuburg nach der Urschrifte getreulich aufgezogen und chronologisch geordnet von Willibald LEYRER. Dessen Archivar und Chorherr (1789).

WIEDEMANN, Geisslerfahrt: Theodor WIEDEMANN, Eine Geisslerfahrt in Wien, BMAV 15 (1875), 47 ff.

WIEDEMANN, Reformation: Theodor WIEDEMANN, Geschichte der Reformation und Gegenreformation im Lande unter der Enns, 5 Bde. (Prag/Leipzig 1879–1884).

Wiener Bäcker=Innung: 700 Jahre Wiener Bäcker=Innung (Wien 1927).

Wiener Heiltumbuch: Das Wiener Heiltumbuch nach der Ausgabe vom Jahre 1502 samt den Nachträgen von 1514 (Wien 1882).

Wiener Theater: Wiener Theater. Bilddokumente 1660–1900 aus der Theatersammlung des Historischen Museums (30. Sonderausstellung, Wien 1971).

Wien im Dreißigjährigen Krieg. Bevölkerung/Gesellschaft/Kultur/Konfession, hg. von Andreas WEIGL (Kulturstudien 32, hg. von Hubert Ch. EHALT und Helmut KONRAD, Wien/Köln/Weimar 2001).

Wiennerisches Diarium (ab 1780 Wiener Zeitung).

WIESER, Wiener Parnass: Walter G. WIESER, Der Wiener Parnass und die K.K. Hofbibliothek unter Gottfried Freiherrn van Swieten, in: Festschrift Josef Stummvoll, hg. von Josef MAYERHÖFER und Walter RITZER (Wien 1970), 370 ff.

WILD, Kommunalbeamtentum: Andreas WILD, Das Kommunalbeamtentum Wiens vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts am Beispiel der Magistratsräte. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1980).

WILD, Magistratsräte: Andreas WILD, Die Wiener Magistratsräte 1783–1848, in: JbVGStW 38 (1982), 40 ff.

WILD, Kunsthandel: Barbara WILD, Kunsthandel in Wien, in: Parnass 13 (1993), 60 ff.

WILFINGSEDER, Aufzeichnungen: Franz WILFINGSEDER, Familiengeschichte. Aufzeichnungen der Jörger aus dem 16. und 17. Jahrhundert, in: MOÖLA 3 (1954), 337 ff.

WIMMER, Unterkammeramt: Elisabeth WIMMER, Das Unterkammeramt der Stadt Wien und seine Aufgaben von den Anfängen bis ins 18. Jahrhundert. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1968).

WINKELBAUER, Fürst: Thomas WINKELBAUER, Fürst und Fürstendiener. Gundaker von Liechtenstein, ein österreichischer Aristokrat des konfessionellen Zeitalters (MIÖG, Erg.Bd. 34, Wien/München 1999).

WINKLER, Wiener Ballett: Gerhard WINKLER, Das Wiener Ballett von Noverre bis Fanny Elszler. Ein Beitrag zur Wiener Ballettgeschichte. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1967).

WINKLER, Wien: Josef WINKLER, Wien und die Entwicklung des Donauhandels, in: Mitteilungen der k. k. geographischen Gesellschaft in Wien 15 (1872), 72 ff.

WINNER, Klosteraufhebungen: Gerhard WINNER, Die Klosteraufhebungen in Niederösterreich und Wien (Forschungen zur Kirchengeschichte Österreichs 3, Wien/München 1967).

WINNER, Vertrag: Gerhard WINNER, Der Vertrag über die Wiener Freihäuser vom Jahre 1552, in: UH 28 (1957), 180 ff.

WITZMANN, Fasching: Reingard WITZMANN, Fasching in Wien, in: Fasching in Wien. Der Wiener Walzer 1750–1850. Katalog zur 58. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien (Wien 1978), 5 ff.

WITZMANN, Löschenkohl: Reingard WITZMANN, Hieronymus Löschenkohl. Bildreporter zwischen Barock und Biedermeier (Wien 1978).

Wodka, Canisius: Josef Wodka, Besaß Petrus Canisius die Administration des Bistums Wien?, in: Festschrift Franz Loidl zum 65. Geburtstag, hg. von Elisabeth Kovács (Sammlung aus Christentum und Kultur 3, Wien 1971), 356 ff.

Wodka, Kirche in Österreich: Josef Wodka, Kirche in Österreich. Wegweiser durch ihre Geschichte (Wien 1959).

Wolf, Gesetzgebung: Armin Wolf, Gesetzgebung in Europa 1100–1500. Zur Entstehung der Territorialstaaten (2. Auflage, München 1996).

Wolf, Töchterschule: G. Wolf, Das Projekt einer höheren Töchterschule unter Kaiser Josef II. und das k.k. Civil-Mädchenpensionat in Wien, in: BllVLKNÖ N.F. 13 (1879), 83 ff.

Wolf, Ferdinand II.: Gerson Wolf, Ferdinand II. und die Juden. Nach Aktenstücken in den Archiven der k.k. Ministerien des Inneren und Äußeren (Wien 1859).

Wolf, Geschichte: Gerson Wolf, Geschichte der Juden in Wien (1156–1876) (Reprint der Ausgabe 1876, Wien 1974).

Wolf, Juden: Gerson Wolf, Die Juden (Die Völker Österreich-Ungarns 7, Wien/Teschen 1883).

Wolf, Juden in der Leopoldstadt: Gerson Wolf, Die Juden in der Leopoldstadt im 17. Jahrhundert (Wien 1864).

Wolf, Blumauer: Norbert Christian Wolf, Aloys Blumauers Beobachtungen über Oesterreichs Aufklärung und Litteratur. Ansätze zur Literatursoziologie eines regionalen Ausgleichsprozesses. Ungedr. Dipl. Arb. (Wien 1994).

Wolfsgruber, Migazzi: Cölestin Wolfsgruber, Christoph Anton Kardinal Migazzi, Fürsterzbischof von Wien (Saulgau 1890).

Wolfsgruber, St. Augustin: Cölestin Wolfsgruber, Die Hofkirche zu St. Augustin in Wien (Wien 1883).

Wrba, Gesellschaft Jesu: Johannes Wrba, Der Orden der Gesellschaft Jesu im alten Universitätsviertel, in: Das alte Universitätsviertel in Wien, 1385–1985 (Schriftenreihe des Universitätsarchivs, Bd. 2, hg. von Günther Hamann, Kurt Mühlberger und Franz Skacel, Wien 1985), 47 ff.

Wünsch, Einzug: Josef Wünsch, Der Einzug Kaiser Maximilians II. in Wien 1563, in: BMAV 46/47 (1914), 9 ff.

Wurm, Jörger: Heinrich Wurm, Die Jörger von Tollet (Forschungen zur Geschichte Oberösterreichs 4, Graz/Köln 1955).

Yates, Theatre in Vienna: W. E. Yates, Theatre in Vienna. A Critical History, 1776– 1995 (Cambridge 1996).

Yeon, Ditterdorf: Sang-Chun Yeon, Carl Ditters von Ditterdorf: Die Kammermusik für Streichinstrumente. Quellenkundliche und stilistische Untersuchungen mit thematischem Verzeichnis (Hildesheim/Zürich/New York 1999).

Zahn, Ferdinand III.: J. v. Zahn, Ferdinand III. und Leopold I. vom westfälischen bis zum Karlowitzer Frieden (1648–1699) (Österreichische Geschichte für das Volk 9, Wien 1869).

Zatschek, 550 Jahre: Heinz Zatschek, 550 Jahre jung sein. Die Geschichte eines Handwerks (Wien 1958).

Zatschek, Handwerk und Gewerbe: H(einz) Zatschek, Handwerk und Gewerbe in Wien. Von den Anfängen bis zur Erteilung der Gewerbefreiheit im Jahre 1859 (Wien 1949).

Zatschek, Handwerk, Stadt und Landesfürst: Heinz Zatschek, Handwerk, Stadt und Landesfürst.

Eine Studie zur Gewerbegesetzgebung in den Anfängen Leopolds I, in: JbVGStW 10 (1952/53), 138 ff.

Zatschek, Handwerker aus den Sudetenländern: Heinz Zatschek, Zur Geschichte der Handwerker aus den Sudetenländern, in: Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum 1 (1960), 66 ff.

Zatschek, Handwerker Wiens: Heinz Zatschek, Die Handwerker Wiens. Ein kleiner Beitrag zur Geschichte der Bevölkerungsentwicklung, in: JbVGStW 8 (1949/59), 31 ff.

Zatschek, Studien: Heinz Zatschek, Studien zur Wiener Handels- und Gewerbegeschichte, in: JbVGStW 21/22 (1965/66), 229 ff.

Zatschek, Taschnerhandwerk: Heinz Zatschek, Aus der Vergangenheit des Taschnerhandwerks in Wien (ungedr. Manuskript, Wien 1954).

Zechmeister, Wiener Theater: Gustav Zechmeister, Die Wiener Theater nächst der Burg und nächst dem Kärntnerthor von 1747 bis 1776 (Theatergeschichte Österreichs 3/2, Wien/Köln/Graz 1971).

Zeibig (Hg.), Copey-Buch: Copey-Buch der gemeinen Stadt Wien, hg. von H. J. Zeibig (FRA II/7, Wien 1853).

Zeman, Österreichische Literatur: Herbert Zeman, Die österreichische Literatur im Zeitalter Maria-Theresias und Josephs II., in: Literaturgeschichte Österreichs. Von den Anfängen im Mittelalter bis zu Gegenwart, hg. von Herbert Zeman (Graz 1996), 259 ff.

Ziegler, Donau: Anton Ziegler, Die Donau mit vorzüglicher Berücksichtigung der Überschwemmungen, welche sich seit mehreren Jahrhunderten in den verschiedenen Perioden ereigneten (Wien 1830).

Ziegler, Studien: Walter Ziegler, Studien zum Staatshaushalt Bayerns in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts (München 1981).

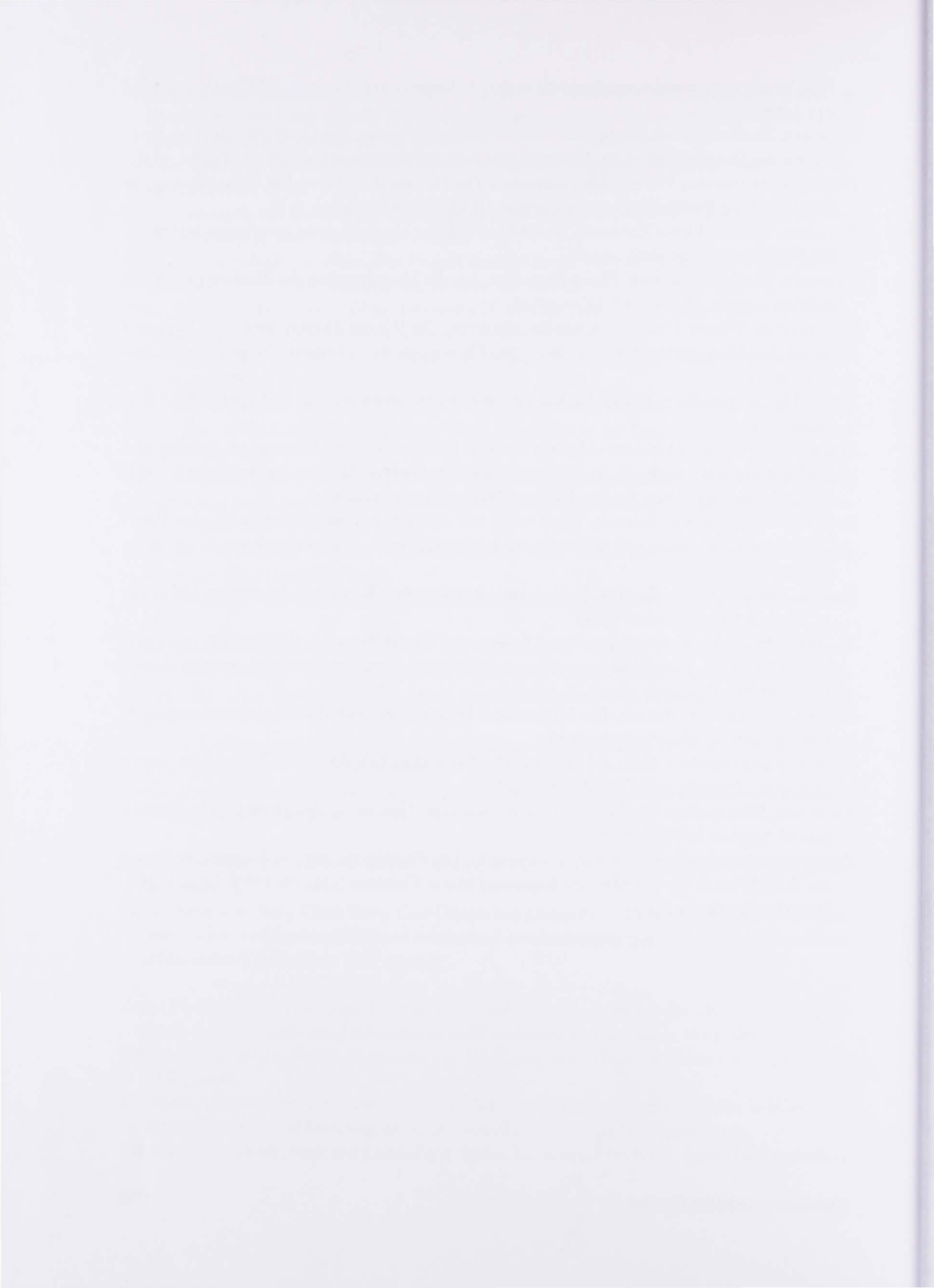
Zimányi – Prickler, Konjunktura: Vera Zimányi und Harald Prickler, Konjunktura és depresszió a XVI.–XVII. századi Magyarországon az ártörtént és a harmincadbevételek tanusági alapján, in: Agrártörténeti szemle (1974), H. 1–2, 49.

Žolger, Hofstaat: Ivan Žolger, Der Hofstaat des Hauses Österreich (Wiener staatswissenschaftliche Studien 14, Wien/Leipzig 1917).

Zoubek, Finanzhaushalt: Edouard Zoubek, Der Finanzhaushalt der Stadt Wien in den Jahren 1740–1780. Ungedr. phil. Diss. (Wien 1932).

Zschokke, Metropolitan-Capitels: Hermann Zschokke, Geschichte des Metropolitan-Capitels zum hl. Stephan in Wien (Wien 1895).

Zwanowetz, Finanzgebarung: Georg Zwanowetz, Die Finanzgebarung und Finanzverrechnung der Stadt Wien in der 1. Hälfte der Regierung Maria Theresias (1740 bis 1760). Ungedr. phil. Diss. (Innsbruck 1953).



Ungedruckte Quellen

Diözesanarchiv Wien (DAW):

- Pfarre St. Stephan, Sterbematriken Tom. 6–17c, Extract Oder Kurtzer Außzug auß dem 1632 (–1706) Jährigen Todten=Buech/ wie vil Persohnen ernentes Jahr/ in vnd vor der Statt Wienn ... gestorben/ vnnd bey gemainer Statt Todten-Beschreiber-Ambt/ ordentlich einkommen seynd.
- Pfarre St. Stephan, Taufmatriken Tom. 7, fol. 202, 290, 373.
- Pfarre St. Stephan, Trauungsmatriken Tom. 15.
- K 1/2, Diözesancurrenden.

Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA):

- Regierungsarchiv, Kaiserl. Patente, 1540 Jänner 2.

Österreichisches Staatsarchiv:

- Hofkammerarchiv und Finanzarchiv (ÖStA-HKA): Handschriftensammlung Hs-1148 (alt: Komm. 1 Nr. 122/1 fol. 761–780).
- Allgemeines Verwaltungsarchiv (ÖStA-AVA): Familienarchiv (FA) Harrach, Karton 350; FA Harrach, Karton 770; FA Harrach, Karton 837.

Stiftsarchiv Klosterneuburg (StAKl):

- Calendariis excerpta: Hs. 102. Calendariis excerpta ab anno 1577 usque ad annum 1742.
- ClCal: Fol. 262, Nr. 1, Kalendersammlung.
- Continuatio: Hs. D 73. Continuatio der Anmerkungen in dem Hofmeistersamt von Sanct. Dorothee.
- Historia: K. 219, Fol. 266, Nr. 37, Historia Canoniae Claustroneoburgensis 1611– 1677.
- Historische Denkmale: K. 214, Fol. 262, Nr. 2 NR, Historische Denkmale.
- Hs. 21/3, pag. 82; Hs. 250, fol. 153.
- K Briefe Sebastian Mayr, Jakob Cini, Ernest Perger, Nr. 117; K 220, Nr. 41 NR, fol. 266v.
- Tag-Buch: Kart. 462, Nr. 14. Tag-Buch. Von Überschwemmungen, Erdbeben und Winden.

Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA):

- Bürgerspitalrechnungen 1616, 1618, 1621.
- Hauptarchiv-Akt 5/1621 Jänner 13.
- Hauptarchiv-Akten, Serie B 31/1682, 682/1690.
- Patent Nr. 880 vom 12. Dezember 1698.
- Steueramt, Steuerbücher B 2/1,18,51 (1600, 1618, 1650); B 3/17,48 (1618, 1650); B 4/11,13,30 (1527, 1618, 1650); B 5/18,39 (1618, 1650).
- Totenbeschauprotokolle 1650, 1660.
- Leopold Steiner, Die Toten der Leopoldstadt 1721–1730 (ungedr. Ms., Wien 1973).
- Hans Pemmer, Alt-Wiener Gast- und Vergnügungsstätten (ungedr. Ms., Wien 1969).

Wiener Stadt- und Landesbibliothek (WStLB):

- Hans Rotter, Die Betriebsstätten, der im ersten Wiener Bäckerzechbuch (1560–1730) verzeichneten Bäckermeister (ungedr. Ms., Wien 1929).



Bildnachweis

Niederösterreichisches Landesmuseum: Abb. 1
Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv: Abb. 2, 4, 25, 28, 32, 33, 35, 43, 50, 55, 65, 79, 80, 89, 92, 105, 109, 114, 119, 127, 131–133, 140
Friedrich Polleroß: Abb. 3, 8, 49, 97, 103, 110, 111, 116, 122
Stift Kremsmünster: Abb. 5
Museum für angewandte Kunst, Wien: Abb. 6, 135
Historisches Museum der Stadt Wien: Abb. 7, 13, 14, 24, 26, 27, 30, 40, 56, 70, 72, 82, 91, 93, 94, 99, 101, 118, 125
Kunsthistorisches Museum Wien: Abb. 9, 74, 88, 136
Universitätsarchiv Wien/Foto Helmreich: Abb. 10, 11, 61–64, 66–68, 73, 74, 76, 77, 81, 84–87
Ferdinand Opll: Abb. 12, 58
Graf Harrachsche Familiensammlung, Schloss Rohrau, Niederösterreich: Abb. 15
Stadtmuseum Wiener Neustadt: Abb. 16
Wiener Stadt- und Landesarchiv: Abb. 17, 18, 19–21, 23, 29, 48, 126
Albertina Wien: Abb. 22, 78, 104, 138
Universitätsbibliothek Wien: Abb. 31
Pfarre St. Michael, Wien: Abb. 34, 108
Österreichisches Staatsarchiv – Allgemeines Verwaltungsarchiv, Familienarchiv Harrach, Kt. 350: Abb. 36
Sabine Hödl: Abb. 37
Jüdisches Museum, Wien: Abb. 38, 41
Österreichisches Staatsarchiv – Haus-, Hof- u. Staatsarchiv (HHStA Wien, Staatskanzlei, Patente K. 2): Abb. 39
Pichler Verlag: Abb. 42
Domarchiv St. Stephan, Wien: Abb. 44, 47, 59, 95, 106
NÖ. Landesbibliothek, Topographische Sammlung: Abb. 45
Zentralbibliothek Zürich: Abb. 46
Wiener Stadt- und Landesbibliothek/Foto Leutner: Abb. 57, 90, 100, 113, 121
Fresach, Evangelisches Diözesanmuseum: Abb. 60
Institut für mittelalterliche Realienkunde Krems: Abb. 69
St. Pölten, Institut der Englischen Fräulein: Abb. 71
Josephinum Wien, Bildarchiv: Abb. 75
Gemäldegalerie der Akademie der bildenden Künste Wien: Abb. 83
Bundesdenkmalamt Wien: Abb. 96, 98, 102, 112, 124
Karl Pani: Abb. 107, 115, 117, 120
Gudrun Vogler: Abb. 123
Studio Mayr: Abb. 128
Foto Zinner: Abb. 129
Österreichische Akademie der Wissenschaften, Kommission für Theatergeschichte: Abb. 130, 134, 137
Archiv der Gesellschaft der Musikfreunde, Wien: Abb. 139



Register der Orts- und Personennamen

Vorbemerkung: Auf die Beifügung eines Sachregisters wurde weitgehend verzichtet, da das nach Themenbereichen gegliederte Inhaltsverzeichnis hier ausreichend Ersatz bietet. Aus verständlichen Gründen fehlt der Name »Wien« im Register. Kirchen und deren Patrone werden unter »St.« verzeichnet; mit den Abkürzungen »Abb.« bzw. »Anm.« wird auf das Vorkommen in der Legende zu einer Abbildung bzw. im Text einer Anmerkung hingewiesen.







Peter Csendes, geb. 1944,
seit 1967 im Wiener Stadt- und Landesarchiv tätig. Dozent für mittelalterliche Geschichte und historische Hilfswissenschaften an der Universität Wien.
Die Geschichte Wiens bildet einen Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit.

Ferdinand Opll, geb. 1950,
Direktor des Wiener Stadt- und Landesarchivs und Dozent für mittelalterliche Geschichte und historische Hilfswissenschaften an der Universität Wien, befasst sich in besonderer Weise mit Fragen der vergleichenden Städtegeschichte der mittelalterlichen Epoche sowie der Geschichte Wiens im Besonderen.

Nach mehr als 60 Jahren wird nun erstmals eine umfassende und mehrbändige Wiener Stadtgeschichte gestartet. Die beiden leitenden Archivare am Wiener Stadt- und Landesarchiv legen in Kooperation mit einem hochrangigen Team von Fachleuten diese neue Wiener Stadtgeschichte vor, die auf drei Bände konzipiert ist.
Das gesamte Unternehmen orientiert sich an einigen grundsätzlichen Überlegungen:

- Diese dreibändige Geschichte der Stadt Wien deckt den zeitlichen Bogen von den vorgeschichtlichen Anfängen bis zur Gegenwart ab.

- Die im Zweijahresabstand ab dem Jahr 2001 erscheinenden Bände weisen eine im Kern chronologische Abfolge auf und werden jeweils von mehreren Fachleuten erarbeitet.

- Diese Stadtgeschichte ist bestrebt, die Balance zwischen hoher wissenschaftlicher Seriosität mit den neuesten Forschungsergebnissen und einer möglichst viele Interessierte ansprechenden Darstellung zu erreichen.

- Abbildungen unterstützen und verdeutlichen die Ausführungen.



ISBN 3-205-99267-9
http://www.boehlau.at